Der Weltkampf um Ehre und Recht.

Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden und Akten beruhend.

Unter Beteiligung von 70 hervorragenden Mitarbeitern herausgegeben von Exzellenz Generalleutnant Max Schwarte.

Verlag von Johann Ambrosius Barth in Leipzig und Walter de Gruyter & Co. in Berlin, © 1919-1933.

Scriptorium dankt Herrn T. St. C.
für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!

Druckversion 2017 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Mitarbeiter:

Generalleutnant a. D. Max Schwarte, Exzellenz, Oberstleutnant Walter Adam,
Generalarzt Dr. Carl Altgelt, Generalleutnant Constantin von Altrock, Major Hans Arndt,
Oberstleutnant Paul Augustin, Mehrkreispfarrer Franz Albert, Generalleutnant William Balck,
Oberst Gustav von Bartenwerffer, Korvettenkapitän Max Bastian,
Oberstleutnant Siegfried Boelcke, Generalmajor Rudolf von Borries,
Geheimrat Prof. Dr. Paul Clemen, Oberstleutnant Hermann Cron,
Kriegsgerichtsrat Dr. jur. h. c. Heinrich Dietz, Professor Wilhelm Doegen,
Generalmajor Wilhelm von Dommes, Oberstleutnant Paul Fleck,
Generalmajor Erich von Flotow, Generalleutnant August Fortmüller,
Generalmajor Hans Föst, Oberst Rudolf Frantz, Oberstleutnant Hans Garcke,
Major Hermann Geyer, Oberstleutnant Edmund Glaise, Korvettenkapitän Otto Groos,
Linienschiffsleutnant Peter Freiherr von Handel-Mazzetti, Stabsapotheker Dr. Rudolf Hanslian,
Konteradmiral Eberhard Heydel, Feldmarschalleutnant Max Hoen, Major Karl Hosse,
Professor Hauptmann a. D. Melchior von Hugo, Fregattenkapitän Emil Huning,
Fregattenleutnant Viktor Igalffy von Igaly, Oberst Friedrich Immanuel, Oberst Theodor Joachim,
Oberstleutnant Rudolf Kißling, Margarete Klante, Feldmarschalleutnant Theodor Konopicky,
Oberstleutnant Paul Krall, General der Infanterie Alfred Krauß, Ministerialrat Konrad Lau,
Fregattenkapitän Friedrich Lützow, Feldmarschalleutnant Josef Metzger, Oberst Walter Nicolai,
Oberst Dr. Erich Nigmann, Oberstabsveterinär Dr. Wilhelm Otto,
Generalmajor Anton Ritter von Pitreich, Dr. Clemens Plaßmann, Oberst Robert Ritter von Pohl,
Major Erich Prigge, Felddivisions- und Armeeoberpfarrer Walter Richter,
Vizeadmiral Bernhard Rösing, Hauptmann Rudolf Schmidt, Oberstleutnant Karl Schroeder,
Stabsveterinär Dr. Curt Schulz, Regierungsrat Major a. D. Rudolf Schumacher,
Dr. jur. et rer. pol. Kurt Schwarz, Oberpostrat Hermann Senger, Hauptmann Walter Sußdorf,
Oberst Georg Veith, Oberst Stefan von Velfen, Major Adalbert von Wallenberg,
Major Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen, Generalleutnant Hans von Winterfeld
Generalmajor Ernst von Wrisberg, Generalmajor Ludwig Wurtzbacher,
General der Infanterie Hans von Zwehl

Bd. 10: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Zweiter Teil

Hermann Oncken, ord. Professor an der Universität Berlin

Inhalt:

Kapitel 1: Das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II. (1890 - 1909)

1. Kaiser Wilhelm II. und die Anfänge des neuen Kurses.

Für die deutsche Entwicklung im letzten Menschenalter vor dem Weltkriege ist nächst dem Schöpfer des Reiches kein Mensch so schicksalhaft bedeutsam geworden wie Kaiser Wilhelm II. - auch das hing mit dem Wesen dieser Schöpfung zusammen. Indem Bismarck das Deutsche Reich schuf, erhob er das alte preußische Königtum in ungeahnter Weise über sich selber hinaus, und in dem deutschen Kaisertum, mit dem er es verschmolz, erschien der monarchische Gedanke, wider alle Wahrscheinlichkeit des geschichtlichen Ablaufs, noch einmal in der Welt erhöht, in der ehrwürdigen Erscheinung des ersten Kaisers unvergleichlich verkörpert. Wir haben verfolgt, wie der Kanzler dieser Monarchie diente und sie zugleich beherrschte, ja wie er sie beherrschte, indem er ihr diente - das war ein einmaliges Verhältnis, in der Einzigartigkeit des Genius begründet. Denn diese Monarchie blieb darum doch sie selber, ihrer alten preußischen Tradition in der ersten Generation noch bewußter als der neuen deutschen Führerstellung - auch über einen allmächtigen Minister mußte sie sich eines Tages wieder erheben wollen. Das Schicksal hat dem Kanzler diese Wendung nicht bis zu seinem Tode aufgespart, sondern auf der Höhe seiner Macht den Sturz über ihn verhängt. Auf diese Weise wird die Persönlichkeit des Reichsgründers von einem auf die gleiche Macht gerichteten Anspruch abgelöst - mit diesem Erben der Macht wird das Schicksal des Reiches sich bis zum Weltkriege verflechten.

Um der gesamten Entwicklung des neuen Zeitalters mit dem richtigen Verständnis gegenüberzu- treten, suchen wir nach einem Schlüssel zu dem Innern dieser Persönlichkeit. Manche möchten zu diesem Zwecke hinabsteigen in die dunklen Gründe des Unbewußten, in denen sich das Seelische mit dem Körperlichen berührt, in die rätselvollen Nachwirkungen frühen Erlebens, dessen Hiero- glyphenschrift in dem werdenden und fertigen Menschen immer stärker durchbricht - vermeinend,

so an das letzte Geheimnis des Individuellen zu rühren, das sich von künstlerischer Intuition wohl ahnen, aber niemals in Worten aussprechen läßt. Für diese Bemühung ist schon die Tatsache des körperlichen Gebrechens, das dem Kaiser seit seiner Geburt anhaftete, ein Anlaß, eben aus ihr das forcierte Überwinden- und Versteckenwollen dieses Mangels als einen Grundzug seines Wesens abzuleiten. Doch scheint eine eigentliche Deutung damit nicht gegeben zu werden, insofern als der gleiche Anlaß auch eine sehr unterschiedene Art des persönlichen Reagierens hätte auslösen können, gleichwie eine überstrenge Erziehung in dem einen kindlichen Individuum den Willen zerbricht, in dem andern aber den Samen der Rebellion streut.

Der Historiker wird sich zu begnügen haben, die historisch bedeutsam gewordenen Züge auf ihre sicher erkennbaren Komponenten zurückzuführen, um gewisse elementare Spannungen in der Natur des Kaisers zu erklären. Die Persönlichkeiten seiner Eltern, ihre geistig-politische Farbe, ihre Art sich zu geben, sind zunächst zu befragen. - Der Vater, eine stattliche und gewinnende Erscheinung, war eine einfache und nicht komplizierte Natur. Von einem ausgesprochenen Bedürfnis erfüllt, auch in der äußeren Form ein monarchisches Selbstgefühl zum Ausdruck zu bringen, war er empfänglich für eine Volkstümlichkeit, die diesem Selbstgefühl Nahrung gab. Er verfügte über das Wohlwollen einer nicht eigentlich starken Natur, weniger über die Kraft, sich durchzusetzen und andere zu bestimmen: das Ideal des konstitutionellen Fürsten, wie es im 19. Jahrhundert erwachsen war, schien für ihn wie geschaffen. Er war der Zeitgenosse jener deutschen nationalen und liberalen Generation, die mehr als ein Glied des deutschen Fürstenstandes in ihre Kreise gezogen hatte; doch hatte er sich diesen modernen politischen Lebensformen nicht aus eigenster, zwingender Überzeugung zugewendet, er war ihnen mehr von außen her zugeführt worden. Seine schwere Aufgabe war, dem Throne am nächsten zu stehen und doch in der politischen Betätigung sich beschränken zu müssen, sein ganzes Mannesalter hindurch, als Kronprinz alternd in doppeltem Schatten: seines kaiserlichen Vaters, der seine monarchische Prärogative unerbittlich wahrte, und vollends des Kanzlers, der gleichsam zum deutschen Schicksal geworden war. Und während Bismarck den deutschen Staat, das deutsche öffentliche Leben immer mehr nach seinem Bilde formte, erfüllte sich das einflußlose Leben des Mannes, der nach seiner Altersklasse zum ersten Kaiser des Reiches berufen gewesen wäre, mit jener tiefen Unbefriedigung, die der Nährboden der Kritik, nicht aber fruchtbaren Handelns ist.

Diese innere Haltung kehrte in seiner Gemahlin Victoria, als der im Grunde stärkeren Natur, nur noch betonter, aktiver, unruhiger wieder: sie empfand die ganze Spannung, in der sie zwischen den Generationen, zwischen Gegenwart und Zukunft, zwischen der Wirklichkeit und dem Schein der Macht lebte, um so schmerzlicher, als sie schon vermöge ihrer Herkunft in einer niemals ganz überwundenen Problematik des Wesens lebte. Sie war stolz auf ihre englische Herkunft, stolz auf das Land, auf seine gesellschaftlichen Lebensformen, auf die politischen Doktrinen, die in ihrer Heimat herrschten und ihr von ihrem bewunderten Vater - der selber eine geistige Existenz zwischen den Nationen geführt hatte - als allgemeine Wahrheiten erziehlich vermittelt worden waren. So kam sie als Botin politischer Ideale und englischer Freundschaft über den Kanal; selbst der alte Ernst Moritz Arndt empfand damals: "Victoria in Berlin! Möge uns englischer Geist durchwehen!" Das alles war für viele und nicht die Schlechtesten damals ein politisches Programm. Sie wurde in die preußische Welt verschlagen, die auf so völlig anderen Grundlagen ruhte, und hoffte mit ehrlichem Schwunge, sie im nationalen und im liberalen Sinne mitgestalten zu können. Und nun sollte dieser nationale Liberalismus, dem sie sich wesensverwandt fühlte, doch nicht das Neue schaffen, sondern die Überwindung des Borussentums stieg aus seinen eigensten Kräften empor, und die Reichsgründung Bismarcks erhob sich als ein ganz autonomer Ausdruck deutsch-preußischer Lebensnotwendigkeiten, unberührt von allen Doktrinen und Vorbildern. Das war für die Tochter der Königin Victoria und des Prinz-Gemahls Albert eine schwere Enttäuschung, eine Kränkung ihres Glaubens. Sie reagierte, weil sie die Fürstin, die Engländerin war, temperamentvoller als fast die meisten ihrer Generation, die durch dasselbe Erlebnis mit ihr gingen. So blieb sie dem Lande, in dem ihr zärtlich und treu geliebter Gemahl zum Herrscher bestimmt war, doch wieder fremder, als es ihrem innersten

Wunsche entsprach. Sie war gewiß zur Deutschen geworden, und wenn ihr Gemahl in den Kriegen 1866 und 1870 den Lorbeer des Siegers um seinen Feldherrnnamen wand, schlug auch ihr das Herz höher und sie wurde ihrer Mutter gegenüber zum leidenschaftlichen Anwalt der deutschen Sache. Wenn schon der ersten Kaiserin Augusta von früh auf das Ideal vorgeschwebt hatte, "preußische Prinzlichkeit in deutsche Fürstlichkeit" zu verwandeln, so sah Victoria eine bewußte Aufgabe darin, ihren Stil des Lebens über die engen Seiten des altpreußischen Geistes hinauszuheben und ihn der Kultur ihrer Zeit nach allen Seiten zu öffnen. In der Potsdamer Luft spürte sie nicht die große und unsterbliche Tradition; sie litt nur unter den ungeistigen und überheblichen Kehrseiten, die an dem militärischen Preußentum hafteten. Und der Schöpfer des Reiches blieb ihr eine wesensfremde, fast verhaßte Erscheinung, nicht einmal ihrem Zeitalter, so wie sie es verstand, angehörig, sondern in ihrer urwüchsigen Elementarkraft im Mittelalter wurzelnd.

Wohl wollte sie aus vollem Herzen Deutsche, nicht aber Preußin sein. Und dennoch blieb sie trotz allem die Engländerin; nicht nur in manchen Sitten, Gewohnheiten, in Empfindungen und Werturteilen, nein, sogar in ihrem politischen Instinkte. Es konnte sogar europäische Situationen geben, wie im Winter 1877/78, in denen ihr die englische Politik im Orient nicht aktiv genug war; dann konnte sie ihrer Mutter ebenso leidenschaftlich Kritik und Ratschlag übermitteln, als wenn sie noch ihrem Geburtslande angehörte, und die ihr nach dieser Seite gezogene Grenze unbekümmert überschreiten. In ihrer Lebhaftigkeit empfand sie das eine Mal so und das andere Mal so, und vermochte nicht zu einer Einheit ihres Wesens zu gelangen; in solcher Seelenlage bildet sich nicht der sichere Takt, der einfachen Menschen in einfacheren Situationen eigen ist. Gerade impulsive und bewegliche Naturen von warmer Empfindung werden in solchen Spannungen leicht hin- und hergezogen, sprunghaft in Kritik und Urteil, und stoßen immer wieder mit der Wirklichkeit zusammen, ohne die Geschlossenheit des Charakters zu gewinnen, welche die Kraft des richtigen Handelns erzeugt. Schon allein die Politik der Staatsräson, die dem Kanzler seine Stellung zwischen England und Rußland anwies, berührte bei ihr Empfindungswelten und Überzeugungen, in denen sie nur ja oder nein sagen konnte. Denn sie hatte ein gutes Stück Eigenwillen von der herrschbegierigen Mutter ererbt, und vermochte ihn ihrem Gemahl gegenüber in der Regel siegreich durchzusetzen.

Wilhelm II. war der Sohn seiner Eltern, und es ist nicht schwer, deren Züge, vor allem auch die der Mutter, in seiner Physiognomie wiederzufinden - er war der Sohn seiner Eltern, obgleich er sich frühzeitig in einem Gegensatz zu ihnen entwickelte. Dieser Gegensatz wurzelte vielleicht schon im Gemüt, insofern Wilhelm II. mit seinem Gebrechen sich nicht genügend geliebt fühlte. Er griff bald auf die äußere Haltung über: der Sohn begann dem modern-liberalen "englischen" Lebenszuschnitt des elterlichen Hofes bald das Militärische, das Preußische und Potsdamische, die Tradition mit ihrer Größe entgegenzustellen. Die Opposition gegen die Eltern setzte sich auch in politischen Fragen nach außen fort und wurde, wie wir sahen, in den Jahren der Battenberg-Episode von dem Hause Bismarck geflissentlich genährt. Auch wenn sich der Kanzler dabei durch die Staatsräson und durch nichts anderes leiten ließ, so mischten sich bei dem Prinzen, der damals der Mutter zum Trotz ebenso russisch war wie sie englisch, auch persönliche Sentiments ein. Und diese forcierte Gegensätzlichkeit, die der junge Leutnant im ersten Garderegiment zu Fuß zur Schau trug, war doch wieder nicht so echt und ursprünglich, wie sie sich gab; denn sie bekämpfte zugleich ein Stück des eigenen Wesens, eigene Neigungen, Sehnsüchte und eigenen Ehrgeiz. Wenn er der englischen Lebensform die preußisch-militärische Haltung entgegensetzte, war das gewaltsam Verdrängte darum in ihm nicht ausgelöscht, und wenn er in diesen Jahren das Bismarcksche so überbetonte, so mischte sich in die ehrliche Bewunderung doch ein sehr persönlicher Nebenton ein. Was vor allem im Widerspruch gewollt wird, verfällt zu leicht der Übersteigerung. So kehrt etwas von der Zwiespältigkeit der Mutter auch im Sohne wieder - es war im Grunde das ungemein bewegliche, aufnahmefähige Temperament der Mutter, dasselbe Bedürfnis nach raschem und starkem Wort,[1] und dieselbe verhängnisvolle Gabe, jene unbedingten Gebote des fürstlichen und menschlichen Taktes, die dem alten Kaiser zur zweiten Natur geworden waren, sorglos außer acht zu setzen.

Er war der Sohn seiner Eltern auch in dem starken Bedürfnis, den sichtbaren monarchischen Willen eines Tages selbstherrlich zu erheben; er sah in Potsdam die Tradition Friedrichs des Großen um sich und hörte früh von beeiferter Seite, daß es seine Aufgabe sein werde, an diese Tradition, anders noch als sein Vater, wieder anzuknüpfen. Das konnte vielleicht nicht anders sein. Der Gedanke der Monarchie, wenn er nicht einer bloßen konstitutionellen Repräsentation verfallen soll, wird solche Anforderungen und solchen Stachel immer wieder in die Seele eines hochstrebenden Erben senken. Er hatte nicht umsonst die Luft seines Elternhauses geatmet, in dem man sich danach sehnte, aus dem doppelten Schatten endlich in das volle Sonnenlicht hinüberzutreten. Noch war für den jungen Prinzen deutsche Größe in dem Kanzler verkörpert, aber im innersten Winkel seiner Seele schlummerte doch, von frühen Eindrücken und Empfindungen her, das Begehren, das Recht der Dynastie eines Tages in die Hand zu nehmen.[2]

Man hat, mit dem häufig wiederholten Worte Gustav Freytags, wohl beklagt, daß mit dem tragischen Tode Friedrichs III. die Ergänzungsfarbe in der deutschen Geschichte ausgefallen sei, daß die Generation, die zwischen 1830 und 1860 jung war, nicht zur Tat und Führung im Reiche gelangen sollte. Mit einem Male trat an die Stelle des uralten Kaisers die Generation, die schon von den Kämpfen um das Reich, von diesem mühevollen Ringen zweier Menschenalter aus eigenem Erleben nichts mehr wußte. Wilhelm II. war zwar kein *Porphyrogennetos* im buchstäblichen Sinne, aber doch erst im neuen Reich zum Jüngling gereift, hatte er seine Machtstellung in Europa und den Glanz der Krone als einen sicheren Besitz überkommen: ein Erbe, mit dem ganzen Schicksal des Erben belastet, der die erziehenden Maßstäbe der Vergangenheit kaum noch kennt.

Die geistige Heimat Wilhelms vor der Thronbesteigung war die Armee mit ihren starken formenden und prägenden Kräften, insbesondere aber der Kreis der Potsdamer Gardeoffiziere, die im gesamtdeutschen Leben nur eine scharf abgeschlossene Seite privilegierten Daseins darstellten; hier erfüllte er sich bis ins Tiefste mit den stolzen und hohen Idealen der Pflicht und des Dienstes, aber auch mit manchen Maßstäben des Urteils, die hier allein und widerspruchslos, befehlsgemäß galten. Dagegen war der Prinz, nach Kenntnissen und Empfindungen, dem lebendigen Staate, so wie er sich unter Bismarcks Führung gestaltet hatte, doch noch sehr fremd, und nicht ihn trifft die Verantwortung, sondern diejenigen, die über seine weitere Erziehung zu wachen hatten. Als der Prinz im November 1887 eine Proklamation an die Bundesfürsten aufsetzte, für den Fall seines Regierungsantritts, hielt Bismarck ein Dokument tiefer politischer Unerfahrenheit in Händen, das er nur zu verbrennen bitten konnte.[3] Aber noch stand es wohl in vielem so: der Gesamtheit der Nation, den in ihr ringenden politischen und sozialen Gewalten, den Parteien und den wirtschaftlichen Kräften, Arbeitnehmern und Arbeitgebern stand Wilhelm, als er den Thron bestieg, fast noch als ein Fremder gegenüber, und nur das hohe Maß von Fassungsgabe und Interessiertheit, mit dem er nun das Leben in sich aufnahm, konnte darüber hinwegtäuschen, daß er für das verantwortlichste Amt des Reiches eine eigentliche Vorbereitung nicht durchgemacht hatte.

Die Erregungen, unter denen der Prinz so plötzlich aus seinem umgrenzten Potsdamer Dasein in die Öffentlichkeit gerissen wurde, konnten nur dazu beitragen, das Jähe seines Hervortretens zu steigern; der Kampf um das Krankenbett seines Vaters, in den die Mutter sich durch Liebe, Eigensucht und Selbsttäuschung hineinziehen ließ; und dann die ungeheure Anspannung der großen Kriegsgefahr im Winter 1887/88, in deren Mitte man schon die Meinung des Prinzen Wilhelm suchte. Eine noch nicht ausgeglichene und noch nicht ausgereifte Natur konnte kaum auf eine schwerere Probe gestellt werden, bevor sie mit einem hohen Bewußtsein der Aufgabe und einem fast überstürzten Tatendrang die Würde und das Amt des Deutschen Kaisers übernahm.

Das doppelte psychologische Problem in diesem jungen Leben, die Hinwendung zu Bismarck und die Abwendung von Bismarck, ist im Grunde eines und dasselbe, irgendwie auf verwandte Motive der Geltung zurückzuführen. Daß die Hinwendung zu Bismarck auch in dem ehrlichen Schwung eines begeisterungsfähigen jungen Menschen ihre Ursache hatte, wird niemand bestreiten können,

daß sie aber eine so scharfe und bekenntnismäßige Form annahm, ist wohl wesentlich aus dem Verhältnis zu den Eltern zu erklären. Wenn der Kronprinz Wilhelm am 1. April 1888 am Geburtstage Bismarcks in einer Rede von fast inbrünstigem Schwunge sich zu dem Kanzler bekannte, ist nicht außer acht zu lassen, aus welchen Gründen er diese Solidarität vor der Welt suchte. Und es lag auf der Hand, daß diese Haltung sich nach der Thronbesteigung zunächst fortsetzte. Nie war die Autorität des Kanzlers als so überwältigend und unentbehrlich erschienen, wie in den Monaten der beiden Thronwechsel - er war das Ruhende und Bleibende, er war wirklich das Reich. Und so war die Welt voll davon, wie stürmisch der junge Monarch sich an die Seite des Kanzlers stellte, mit einem unbedingten Vertrauen, das ohne Beispiel war.[4]

Der Historiker wird zunächst die Frage zu beantworten haben, an welcher Stelle und unter welchem Einfluß sich dieses Vertrauen von der Autorität des Kanzlers innerlich abzulösen beginnt: wo der Glaube am unbedingtesten gewesen war, wird er erschüttert werden. Der erste Differenzpunkt lag nicht in innerpolitischen Fragen, die das Interesse des jungen Fürsten nur in zweiter Linie berühren, sondern der Zweifel entzündete sich an der Frage der richtigen Außenpolitik. Und zwar ist die außenpolitische Autorität Bismarcks bei Wilhelm II. schon vor seiner Thronbesteigung durch den neuen Chef des Generalstabes, den Grafen Waldersee, erschüttert worden. So geschah es, daß der Prinz, der einst im Gegensatz zum elterlichen Hof "russisch" gewesen war, so daß Bismarck im November 1887 ihn gegen diesen Ruf hatte in London verteidigen müssen,[5] doch unmittelbar darauf gerade die russische Politik Bismarcks kritischer zu betrachten begann. Für das militärische Empfinden des jungen Offiziers war die generalstäblerische Forderung des Präventivkrieges gegen Rußland schon gefühlsmäßig begreiflicher als das fast undurchsichtig gewordene System der diplomatischen Aushilfen, insbesondere als das Vertragsverhältnis zu Rußland, das Bismarck im Stillen schon durch andere Kombinationen zu ergänzen suchte. Auf seine Weise deutete der Prinz, in einem Schreiben an den Kanzler vom 14. Januar 1888, seine Stimmung in der oratorischen Wendung an, daß ein Schwert von einem Manne bereit stände, der sich wohl bewußt sei, "daß Friedrich der Große sein Ahnherr sei und dreimal so viel allein bekämpfte, als wir jetzt gegen uns haben".

Bismarck nahm die Empfehlung friderizianischer Politik hin, aber den Geist, der sich hinter jenen Worten barg, begann er scharf zu überwachen. Sein Kampf gegen die Teilnahme Wilhelms an der im Hause Waldersees veranstalteten Stöcker-Versammlung richtete sich vor allem gegen den Einfluß des Generalstabschefs auf den Prinzen überhaupt. Einige Monate später hatte er zufällig Anlaß, die Kriegsfrage auch amtlich dem Prinzen gegenüber zu berühren. Der Deutsche Botschafter in Wien hatte in einem Bericht vom 28. April 1888 rückblickend bemerkt, daß vielleicht die Generalstabsoffiziere in Berlin und Wien mit ihrem Rate, die russische Macht rechtzeitig zu zertrümmern, doch recht gehabt hätten, und damit einen für die Gegensätzlichkeit politischen und militärischen Denkens sehr bezeichnenden Einwand Bismarcks hervorgerufen.[6] Aber jene Erinnerung an den Präventivkriegsplan im Winter 1887/88 wurde von dem Kronprinzen Wilhelm, der seit einigen Wochen in die Geschäfte eingeführt wurde, mit einem energischen "Ja" gebilligt. Bismarck ließ das Aktenstück aus naheliegenden Gründen sofort absondern. Er konnte es nicht ernst genug nehmen. Wohl hatte der Kronprinz sich noch kurz vorher öffentlich zu dem Kanzler bekannt, aber jetzt zeigte es sich, daß er seinem Rat nicht unbedingt folgte: in der Frage des Präventivkrieges schien er den militärischen Häuptern der Kriegspartei mehr Vertrauen zu schenken als der außenpolitischen Autorität des Reichskanzlers. Die Randbemerkungen, die der Kronprinz zu dem Antworterlaß Bismarcks beifügte, verrieten diesem vollends, daß es sich um eine tiefer begründete Meinungsverschiedenheit handle: es war für ihn wie ein erster Blick in einen dunklen Abgrund. So entschloß er sich am 9. Mai zu einem Schreiben an den Kronprinzen, das zu den denkwürdigsten Dokumenten seiner Außenpolitik in ihrem letzten Stadium gehört. Dieser ergreifende Erziehungsversuch des greisen Mentors gegenüber dem unerfahrenen, schnellfertigen Prinzen begann mit einem Appell an seine Verantwortung: "Nach menschlicher Voraussicht wird, bevor eine längere Zeit vergeht, die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließlich in der Hand Ew.

Kaiserlichen Hoheit liegen", um die Frage des Präventivkrieges in dem bekannten Sinne aufzunehmen: "für die Energie, mit welcher die deutsche Volkskraft in den Krieg eintritt, wird es immer entscheidend sein, ob der Krieg durch fremden Angriff herbeigeführt oder von uns aus Motiven der höheren Politik, welche sich dem öffentlichen Verständnis entziehen, freiwillig begonnen worden ist." Den Schluß bildete die ernste Mahnung: Wenn die Regierung friedliche Versicherungen gebe und daneben ein Wort in dem Sinne transpiriere, daß die den Krieg fordernden Generalstabsoffiziere doch recht gehabt hätten, so würden wir das Vertrauen in unsere Glaubwürdigkeit bei den Bundesgenossen verlieren. Der junge Thronerbe war aber nicht geneigt, sich der Weisheit und Sorge der staatsmännischen Autorität ohne weiteres zu unterwerfen; er setzte eine Antwort auf, die, bei allem Entgegenkommen in der Form, doch in der Sache an der Grundanschauung festhielt, und legte sie vor der Absendung dem Grafen Waldersee zur Durchsicht vor.[7] Als Bismarck das Schreiben in Händen hielt, hörte er zugleich die Stimme des Generalstabes, und seine gegen Waldersee gerichteten Randbemerkungen zeigen, daß er die wahre Gegnerschaft vermutete. Wenn Wilhelm jetzt schon in der höchsten Lebensfrage des Reiches auf andere Stimmen hörte, wie konnte Bismarck hoffen, sich auf die Dauer im Vertrauen des künftigen Herrschers zu behaupten - so ist in den Akten ein erschütternder Aufschrei seiner Sorgen zurückgeblieben.[8]

Der Regierungsantritt des Kaisers unterbricht nur auf kurze Dauer das ungelöste russische Problem:[9] sobald die Spannung im Osten, wie wir sahen, im Winter 1888/89 wieder einsetzt, wird auch die Differenz zwischen Kaiser und Kanzler unter Mithilfe derselben fremden Einflüsse erneut ausbrechen.

Wilhelm II. war etwas voreilig auf die Erwiderung seines Besuches durch den Zaren zu sprechen gekommen, aber der Zar bekam einen Wutanfall, als Herr v. Giers darauf anspielte.[10] Das war in denselben Tagen, wo Bismarcks Versuch scheiterte, der russischen Feindseligkeit ein englisches Bündnis entgegenzusetzen. Die Diplomatie hatte, wenngleich von diesem Geheimnis noch nichts durchsickerte, ihre letzte Karte ausgespielt. Das Militär begann von neuem sich mit dem Gedanken der Unvermeidlichkeit des großen Krieges zu beschäftigen. Bald war Waldersee mit sich darüber einig, das Geschick und das Ansehen des Kanzlers noch einige Zeit für die Friedenserhaltung zu verwenden, nach Abschluß der Rüstungen aber den Krieg herbeizuführen: "Bis dahin mit dem Kanzler; wenn es Ernst wird, aber ohne ihn; wenn es sein muß, auch gegen ihn."[11] Seinem höfischen Geschick gelang es, seine Anschauungsweise auch in dem längst dafür vorbereiteten jungen Kaiser zu nähren und zu vertiefen; in ständiger Kritik der kanzlerischen Maßnahmen gewöhnte er ihn daran, von dem Generalstabschef eine laufende Berichterstattung über russische Dinge entgegenzunehmen. Man darf es aussprechen, daß in der Seele des Kaisers der Gedanke an eine Trennung von Bismarck und der Wunsch nach einem anderen Kurs gegen Rußland eine und dieselbe Wurzel haben: sie entzünden sich aneinander und steigern sich wechselseitig.

Schon machte der Kaiser aus seiner kritischen Haltung auch nach außen hin kein Hehl mehr. Als er am 29. Mai 1889 den Botschafter von Radowitz empfing, der zu den unbedingten Vertretern der Russenpolitik Bismarcks gehörte, äußerte sich seine Verstimmung gegen den Zaren auch in scharfen Worten gegen den Kanzler: "Wenn Bismarck nicht mit will gegen die Russen, so müssen sich unsere Wege trennen. Ich habe ihm schon durch Herbert sagen lassen, daß meine Geduld den Russen gegenüber zu Ende sei."[12] Am folgenden Tage feierte der Zar in dem berühmten Toast den Fürsten von Montenegro als seinen einzigen Freund. Was für Bismarck eine grobe Desavouierung seiner Politik war, empfand der Kaiser nach allem Werben um Freundschaft als persönliche Kränkung:[13] schwer verärgert, suchte er nach einem Anlaß, sich zu entladen, und wohin anders als gegen die falsche Russenpolitik seines Kanzlers? Er fand ihn schon nach wenigen Tagen in der Nachricht, daß an der Berliner Börse eine russische Rubelanleihe zur Konversion zugelassen sei. Waldersee und Verdy du Vernois, der neue Kriegsminister, bestärkten den Erzürnten, der nach seiner Art sofort eine "Maßregel" dagegen verlangte.[14] Seine Auseinandersetzung mit dem Grafen Herbert Bismarck machte schon den Eindruck, daß er den Streit suche: "meine militärischen

Ratgeber haben mir gesagt, es sei ungehörig, den Russen ihre Finanzpolitik noch weiter zu erleichtern und ihnen damit das Geld zum Kriege gegen uns zu verschaffen." Von Waldersee selbst, der es wissen mußte, liegt das Urteil vor: "Nach meiner festen Überzeugung lag hier der entscheidende Wendepunkt beim Kaiser." So faßte auch Bismarck den Vorstoß auf, als gegen ihn persönlich und seine Politik gerichtet; der militärische Angriff riß den Kampfgewohnten zum stärksten Gegenschlag auf. Er stellte dem Kaiser sofort die Kabinettsfrage. Nach den Erfahrungen, die er mit dem Lombardverbot gemacht hatte, hielt er es damals für unzeitig, einen finanziellen Konflikt mit Rußland herbeizuführen. In der Sache setzte er schließlich doch seinen Willen durch. Der Kaiser verlor an dem, was für ihn nur ein Anlaß, nicht aber ein geeigneter Konfliktstoff war, bald das Interesse[15] - seine innerste Empfindung behielt er in verstärktem Maße zurück.

In Wahrheit hatte der Kampf um die Macht begonnen, der Kampf, wie Graf Philipp Eulenburg es ausdrückte, zwischen den Herrschergewohnheiten des Hauses Bismarck und der autokratischen Anlage des Kaisers. Der ganze Zusammenhang der Machtstellung des Kanzlers schien davon ergriffen zu sein. Nach außen hin stand er, wie wir sahen, in dem letzten diplomatischen Ringen mit seinen weltpolitischen Gegenspielern und konnte nach keiner Seite hin seine verborgenen Karten aufdecken. Im Innern aber hatten sich die Spitzen des Militärstaates gegen ihn erhoben, jene Gewalten, die einst im Siege vor ihm hatten zurückweichen müssen und ein geheimes Ressentiment nie aufgegeben hatten. Der Reichskanzler stand im Schlußakt eines Ringens, dessen frühere Akte auf den Kriegsschauplätzen in Böhmen und Frankreich gespielt hatten; mußte er den Primat der Politik vor den Ansprüchen der Strategie noch einmal unter ungünstigen Vorzeichen durchfechten? Schon hatte er während des letzten Konflikts gegen das Übergreifen militärischer Einflüsse auf die Außenpolitik seine Presse mobil gemacht; der berühmte Clausewitz-Artikel der *Norddeutschen Zeitung* (7. Juli) ließ weitere Kreise aufhorchen. Aber der Kaiser stand im Lager der Militärs, die auf der ganzen Linie zum Angriff vorgingen.

Als Kaiser Franz Joseph im August 1889 zum Besuch in Berlin weilte, verabredeten Waldersee und Verdy mit dem österreichischen Generalstabschef Frh. von Beck eine militärische Auslegung des *casus foederis*, die die im Winter 1887/88 umkämpfte Frage völlig in ihrem Sinne, gegen die Auffassung Bismarcks entschied. Ja, Wilhelm II. unterstützte den Umschwung besonders lebhaft, indem er in Gegenwart Franz Josephs zu Beck in seiner lebhaften Weise sagte: "Aus welcher Ursache immer Sie mobilisieren, ob wegen Bulgarien oder sonst - der Tag Ihrer Mobilisierung ist auch der Mobilisierungstag für meine Armee, und da können die Kanzler sagen, was sie wollen."[16] Vielleicht war er sich nicht voll bewußt, wie tief diese Versicherung kameradschaftlicher Loyalität in die elastische Bündnispraxis Bismarcks eingriff, aber er scheute sich jetzt nicht mehr, sogar der verbündeten Großmacht gegenüber die Autorität des Kanzlers als für ihn nicht allein verbindlich preiszugeben. Eine militärische Front begann sich zusammenzuschließen. Man erkennt die Gestalten der Halbgötter aus dem Versailler Winter von 1870/71 wieder: sie haben nicht vergessen, daß sie damals unterlagen,[17] aber sie wissen, daß sie jetzt das Ohr des Kaisers besitzen.[18] Dabei ist es nicht einmal die Russenpolitik um ihrer selbst willen, die die Geister so tief voneinander scheidet. Wohl konnte der Kaiser am 6. Oktober zu Waldersee sagen: "Ich bin mit meiner Ansicht fertig, mit dem Kanzler spreche ich gar nicht mehr darüber, denn er hat seine eigene, und wir einigen uns nicht mehr." Als aber der Zar in der Woche darauf endlich seinen Besuch in Berlin abstattete, war Wilhelm in seiner überempfänglichen Art so befriedigt von dem "hübschen Erfolg", daß er nunmehr über die Linie Bismarcks nach der anderen Seite hinausging und sich dem Zaren sogleich für das nächste Jahr zum Besuch anmeldete. Jetzt schien er Waldersee wieder ganz im russischen Fahrwasser zu schwimmen. Ja, er ertrug es schwer, daß der Kanzler das Zuviel nicht loben wollte. Denn die Nuance, die die Seele der Politik ist, war seiner Art nicht von Natur gegeben.

So wird denn auch die ursprüngliche Form des Gegensatzes bald wiederkehren. Während Bismarck noch in den letzten Tagen des Jahres 1889 jede Spitze gegen Rußland abzubiegen suchte,[19] sieht man bei dem Kaiser in den nächsten Wochen das Mißtrauen gegen Rußland wieder stärker

anwachsen. Aus der schon länger eingeführten russischen Berichterstattung Waldersees war ein förmliches System geworden, das die amtliche Information laufend durchkreuzte und das Vertrauen zu dem Auswärtigen Amte verzehrte.[20] Der Zufall wollte es dann, daß dieser Konfliktstoff, der in den Wochen der Kanzlerkrisis völlig hinter anderen innerpolitischen Anlässen des Streites zurücktreten wird, in der allerletzten Stunde des Bruches - vom Kaiser unvorsichtig hineingezogen, von Bismarck sofort aufgegriffen - doch noch einmal in die große Tragödie hineinspielte.

Denn wenn der Kaiser sich auch zunächst in einer außenpolitischen Lebensfrage von seinem Glauben an Bismarck ablöste, so war er sich doch darüber klar, daß jede öffentliche Auseinandersetzung mit der Autorität des Kanzlers auf diesem Schauplatz sich schlechterdings verbot.[21] Wollte er seinem mächtigen Ratgeber eine wesentliche Verselbständigung seines Willens abringen, die äußerstenfalls zur Trennung führen konnte, so ließ sich das schon wegen der letzten Konsequenzen nur auf einem Kampfgelände der inneren Politik vertreten.

So bot sich dem eigenwilligen Betätigungsdrangs des jungen Herrschers, der irgendwo er selbst, irgendwo anders als der Kanzler sein wollte, im Laufe des Jahres 1889 der soziale Fragenkomplex dar. Hier lag das tiefste und umfassendste Problem der inneren Reichspolitik: der Staat und die rasch wachsende Masse des industriellen Arbeiterstandes, die soziale Lage und die politische Haltung des vierten Standes. Bismarck hatte das Problem auf dem doppelten Wege der gewaltsamen Repression durch das Sozialistengesetz und der sachlichen Reform durch die Sozialpolitik zu lösen gesucht; wenn er auf dem einen Wege das revolutionäre Element und die demokratischen Ziele dieses politischen Emanzipationskampfes treffen wollte, suchte er auf dem anderen Wege das Gute der sozialistischen Idee dem Gegner zu entreißen und zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse zu verwenden - mit dieser Versicherungsgesetzgebung, die in der Altersversicherung von 1889 gipfelte, war Deutschland damals in eine Führerstellung unter den Nationen aufgerückt. So groß aber auch die praktische Leistung der Sozialpolitik war, so verfehlte sie doch ihre politischen Nebenabsichten, der Sozialdemokratie den Zugang zu der Seele des Arbeiters zu versperren und die ihr anhangenden Massen auf den Boden des bestehenden Staates herüberzuholen. Unter dieser Enttäuschung begann der Kanzler in seinen letzten Jahren die Fragen der Sozialpolitik wieder ausschließlich unter ihrem machtpolitischen Gesichtspunkte zu betrachten, vom Gesamtinteresse der Staatsordnung, nicht von dem humanitären Wohlfahrtsideale aus; er sah die Aufgabe mit der Alters- und Invaliditätsversorgung als abgeschlossen an und zeigte sich in allen weiteren Fragen des Arbeiterschutzes, der Frauen- und Kinderarbeit, der Sonntagsarbeit, den manchesterlichen Argumenten der Unternehmer zugänglich - trotz aller drängenden Resolutionen des Reichstages und der besorgten Kritik idealistischer Sozialreformer. Es war, als ob er sich verhärte, um den Kräften, die er selbst hatte großziehen helfen, wieder den Rücken zuzuwenden. Um so mehr war er gewillt, das Sozialistengesetz rechtzeitig zu erneuern oder zu verschärfen: gegenüber dem Gespenst der sozialen Revolution, das überall in Europa aufzutauchen drohte, die Sache der Staatsautorität rücksichtslos zu verfechten.

In dieser Situation ging die Sozialdemokratie darauf aus, das Ganze des Bismarckschen Systems der Kraftprobe eines großen Bergarbeiterausstandes auszusetzen, um die Erwartungsstimmung des neuen Regiments zum Erwerb von neuen Sympathien zu benutzen. Hier setzte der Kaiser ein. So wenig er von Haus aus den sozialen Problemen aus Erfahrung oder Neigung nahestand, so war man in einem Teil seiner Umgebung bemüht, hier ein tieferes Interesse zu erwecken; bald lockte ihn der Glaube, durch energisches Vorgehen in der Sozialpolitik der Träger einer monarchischen Mission zu sein und auch für seine Popularität süße und schnell reifende Früchte zu pflücken. Gerade auf einem Gebiete, auf dem der Kanzler den Monarchen bei seiner autoritären Neigung zu fassen suchte, schien dieser sich geflissentlich einer humanitären Denkweise zuzuwenden. Dabei spielte der instinktive Wunsch mit, gerade da, wo der sozialpolitische Eifer des Kanzlers nachzulassen und dem harten Unternehmerstandpunkt zu weichen drohte, eine gewisse persönliche Selbständigkeit zu gewinnen und sich unter freudigem Zuruf weiter Kreise von der Autorität des Kanzlers überhaupt

zu befreien. Wenn im Sommer 1889 der Gedanke einer künftigen Trennung von Bismarck in seiner Seele auch noch verborgen lag, so lockte ihn ersichtlich die Vorstellung, in diesen Dingen des sozialen Interesses vor der Welt und vor der deutschen Nation ein strahlendes Relief zu gewinnen, wenn es eines Tages zu ernsteren Meinungsverschiedenheiten mit dem Kanzler kommen sollte. So vermischten sich sanguinische Beglückungsträume eines jungen Herrschers mit heimlicher politischer Tendenz, die nach einem günstigen Terrain für eine Auseinandersetzung ohne gleichen ausspähte.

Wenn man die zweite Hälfte des Jahres 1889 als die Inkubationszeit des Vorsatzes, sich von Bismarck zu trennen, bezeichnen darf, so wird man doch nicht versuchen, einen eindeutigen Entschluß des Kaisers in einem bestimmten Augenblick anzusetzen. Die Möglichkeit der Trennung ist ja selber nur das Endstück eines längeren, manchen Stimmungen unterworfenen Gedankenganges. Den ersten Anstoß gab das wachsende Begehren Wilhelms, seinen Einfluß auf die wichtigsten Geschäfte auszudehnen und seine Initiative wirksamer zur Geltung zu bringen. Das hieß den amtlichen Machtbereich Bismarcks in der Praxis oder auch in der Form einzuengen, die ministerielle Allmacht zu gutwilligem Einlenken und Verzichten zu bringen oder gar einen allmählichen Rücktritt des Kanzlers von seinen Ämtern einzuleiten in den Formen der Freiwilligkeit, wie sie allein, ohne allzu schweres Odium, vor der Nation vertreten werden konnte; wenn aber die Meinungsverschiedenheiten unüberwindbar waren und eine allmähliche Lösung nicht durchführbar erschien, dann auf den Rücktritt überhaupt hinzuarbeiten. Mochte es in diesem ganzen Programm für eine impressionable Natur auch sehr viele Verhaltungsweisen geben, vom friedlichen Abbau bis zum scharfen Konflikt (wenn man den Charakter des Gegenspielers in Betracht zog!): der Plan einer Eroberung der Macht ist um die Wende des Jahres 1889/90 bewußt in den Willen des Kaisers aufgenommen und vom ersten Augenblick an bewußter, als man gemeinhin annimmt, durchgeführt worden.

Während dieses selben halben Jahres weilte Bismarck mit geringen Unterbrechungen in Friedrichsruh. Man hat diese lange Entfernung von Berlin wohl getadelt, weil sie die innere Ablösung des Kaisers beschleunigt hätte, aber sie geschah nicht ohne Überlegung. Bismarck wollte dem Kaiser nicht so häufig begegnen, ihn nicht das erdrückende Schwergewicht seiner Persönlichkeit fortlaufend fühlen lassen, sondern ihm planmäßig freiere Bewegung in geringeren Angelegenheiten ermöglichen. Die Kehrseite war nur, daß der Kaiser eben dadurch, ohne ausreichendes Gegengewicht, fremden Einflüssen nach mehr als einer Seite hin verfiel; denn die Persönlichkeit Herbert Bismarcks reichte doch nicht aus, um diesen Eigenwillen, der sich der Allmacht des Vaters entziehen wollte, gleichsam mittelbar auf der Linie der Übereinstimmung zu halten. In dieser Zeit der Trennung ist Bismarck, nach den gleichlautenden Urteilen verschiedener Lager, sichtbarer als bisher gealtert. Er klagte wohl selbst, auch zu dem Kaiser, über seine Gesundheit - wann hätte er das nicht getan? Aber allgemein hatte man den Eindruck, daß seine Arbeitskraft und seine Initiative nachließen oder doch durch eine Periode der Erschöpfung hindurchgingen, daß sein Eigenwille sich verhärtete - eben unter dem Eindrucke solcher Meldungen befestigte sich wiederum der Kaiser in seinem geheimen Plane, selber nach der Führung zu greifen. Besaß der Kanzler wirklich, wie sein jüngerer Sohn damals fühlte, nicht mehr den alten Hammerschlag? Auch andere Beobachter glaubten in den kommenden Wochen festzustellen, daß er unsicherer als sonst hin und her geschwankt habe und dem jungen Kaiser mit einer falsch berechneten Psychologie gegenübergetreten sei. Um nur das eine Beispiel herauszugreifen, das sich immer wieder aufdrängt: wenn Bismarck sich darauf versteifte, in der Frage der Einschränkung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit den Unternehmerstandpunkt gegen den Kaiser zu vertreten, war er sich dabei bewußt, daß er dem anderen (so wenig tief auch dessen soziale Gesinnung reichte) eine gefährliche taktische Überlegenheit in die Hände spielte? Oder war es seine auf das Höchste gesteigerte Kunst, in der Politik alle Zwecke als Mittel zu betrachten, die sich an dieser Stelle übernahm und den klaren Blick des Staatsmannes trübte?

Freilich, die innere Unsicherheit, die man beobachtet, hat ihre tieferen in der Sache selbst liegenden Gründe. Ein bisher allmächtiger Minister, der in seinem Monarchen nur noch einen wankenden

Rückhalt besitzt, wird in jeder größeren Aktion, sobald er die Wege des Monarchen kreuzt, notwendig gelähmt sein. Gerade was bisher seine Überlegenheit ausmachte, das instinktive Ausnutzen der Konstellation, die Verknüpfung aller Fäden und das Ausspielen aller Karten, steht ihm nicht mehr unbeschränkt zur Verfügung. Was er auch unternimmt, es wird mit der Zeit gegen ihn ausschlagen. Hatte Bismarcks Fernbleiben von Berlin dazu geführt, daß der Kaiser sich vollends neuen Einflüssen überließ, so eröffnete sein Erscheinen in Berlin, sobald er seinem Einfluß den alten Bereich zurückzugewinnen suchte, sofort den Konflikt auf der ganzen Linie. Nicht anders stand es mit der Frage, ob er dem Kaiser mehr nachgeben oder eher Widerstand leisten solle. Gab er nach, so erweiterte er nur die Bresche, durch die der selbstherrliche Wille des Monarchen eindrang, und schwächte die Position, von der aus sich wirksame Gegenzüge unternehmen ließen. Wenn er aber seiner Natur gemäß die Verteidigung angriffsweise führte, dann verschärfte er die Neigung des Kaisers, sich unter allen Umständen von dem allmächtigen Minister zu trennen. Die alten Methoden der Rücktrittsdrohung oder der Aufregung der öffentlichen Meinung hatten ihre Wirkung eingebüßt; wenn er die politischen Faktoren gegeneinander auszuspielen suchte, so mußte er erkennen, daß auch der Kaiser seine Fühlung mit Bundesfürsten, Ministern, Parteiführern und unverantwortlichen Ratgebern aufgenommen hatte; sobald er aber seine dienstliche Grenze überschritt, gab er sich Blößen und dem Monarchen das Recht der Korrektur. Der Kaiser, mit seinem innerlich feststehenden Endziele, war in der überlegenen Position, die auch seine beherrschte Ruhe gegenüber allen provokatorischen Gegenzügen des Kanzlers erklärt: denn sobald der Machtkampf sich erkennbarer abzeichnete, wuchsen ihm die Helfer, die Bundesgenossen, die Argumente ohne Ende zu. Dagegen kämpfte Bismarck doch immer mehr mit ungleichen Waffen; ob er den Rückhalt im preußischen Staatsministerium oder im Bundesrat, in den Parteien oder in der öffentlichen Meinung suchte, immer zog ein unangreifbarer Magnetberg die Eisenteile aus dem Schiffe, das er steuerte. Seine eigenen Argumente verwandelten sich in Waffen, die ihn selber trafen. Er konnte wohl einen Augenblick die autoritäre Veranlagung des Kaisers gegenüber revolutionären Gefahren der Zukunft zu sich herüberreißen, aber er sollte mit seinem Kampfprogramm dann doch nur neue Gegner-schaften gegen sich aufrufen; das Argument, das geformt war, um die kaiserliche Seele festzuhalten, verwandelte sich in ein Mittel, sie ihm vollends zu entfremden. Und schließlich - das erschwert die objektive Würdigung dieser tragischen Auseinandersetzung - werden die umstrittenen politischen Objekte, Sozialistengesetz und Sozialpolitik, Militärvorlage und Kampf mit dem Reichstage, für beide Männer nicht allein sachliche Zwecke an sich, um derentwillen man aus Überzeugung rang, sondern zugleich Mittel zu einem höheren Zweck: für Bismarck, den Kaiser an seiner Seite zu halten, für den Kaiser, Bismarck zum Rücktritt zu nötigen.[22]

Der Kaiser hatte sich bald nach seiner Rückkehr von der Orientreise endgültig mit dem Gedanken eines Kampfes um die Macht, der langsam in ihm gereift war, vertraut gemacht. Dreimal, so schrieb er später an Kaiser Franz Joseph, habe er in steigernder Dringlichkeit den Kanzler aufgefordert, eine Novelle zum Arbeiterschutz in Angriff zu nehmen. Um Weihnachten wurde es erkennbar, daß er selbst mit eigener Initiative auf dem Gebiete der Sozialpolitik zur Aktion übergehen wollte. Schon am 5. Januar 1890 machte der Minister von Boetticher, sein langjähriger sozialpolitischer Helfer, den Kanzler darauf aufmerksam, daß man mit dem sozialen Interesse des Kaisers ernsthaft werde zu rechnen haben.[23] Bismarck aber nahm die Warnung leicht und wies jedes Einlenken ab, weil er das Interesse nur für eine Laune hielt - aber es war mehr, es war die politische Idee, deren Resonanz der Kaiser für den Fall der unvermeidlichen Machtauseinandersetzung vor der öffentlichen Meinung sich zu sichern gedachte! Bismarck aber war entschlossen, im Falle ernsterer Meinungsverschiedenheit mit dem Kaiser, die Positionen der starken Staatsautorität zu beziehen; zunächst bestand er darauf, von dem Septennats-Reichstage die Erneuerung des Sozialistengesetzes wenn möglich ohne jede Einschränkung zu erlangen;[24] in den Kampfpositionen fühlte er sich am sichersten und am unentbehrlichsten, wenn sein eigener Souverän in anderen Fragen die Front gegen ihn nahm. Denn dieser Eindruck überwog in den ersten Wochen des Januar bei allen, die zu vertraulicher Berührung mit dem Kaiser kamen: er will sich von dem alternden Kanzler befreien. Am 18. Januar sprach der Großherzog von Baden, den Wilhelm tiefer als andere in sein Inneres blicken ließ, es offen aus, daß

der Kaiser jetzt klarer sehe und sich von der Allmacht des Kanzlers losmachen wolle.

Der Kaiser eröffnete seinen Vorstoß zur Ausdehnung der monarchischen Initiative in der Reichsregierung am 23. Januar 1890 durch Anberaumung einer Sitzung des Kronrats auf den folgenden Abend - schon die beispiellose Form des Vorgehens deutete auf ein weiterreichendes Ziel - der Reichskanzler, der noch in Friedrichsruh weilte, war genötigt, sich durch mehrere Rückfragen in Berlin zu erkundigen, worin der Gegenstand der Beratung bestehen würde. Am Mittag des 24. Januar erschien er in tiefer innerer Erregung "im Kreise der Diadochen, welche noch bei Alexanders Lebzeiten gegen ihn aufgetreten".[25] Vor der Sitzung des Kronrats versammelte er das Staatsministerium, um es möglichst solidarisch in den schwebenden Streitfragen an seiner Seite festzulegen. Aber jetzt schon verschwieg er nicht, daß er sich von seinen Ämtern mit Ausnahme der auswärtigen Politik werde zurückziehen müssen.

Der Kaiser eröffnete den Kronrat mit der Vorlesung eines vorbereiteten Programms. Nur rechtzeitige Reform könne der drohenden Revolution vorbeugen; er wolle nicht seine Regierungsanfänge mit Gewalt beflecken, sondern ein König der Geusen sein; die -sehr dunkel gemalte - Lage der Arbeiter erfordere das Eingreifen des Staates, und zwar auf der Grundlage einer internationalen Übereinkunft. Er befahl die Vorlage eines Erlasses an das Staatsministerium, ein feierliches und schwungvolles Manifest noch vor den Wahlen. Keine Kundgebung des Monarchen konnte tiefer, nach innen wie außen, in die allgemeine Staatspolitik eingreifen, als das was hier angekündigt wurde, und sie geschah ohne und gegen den Rat des Kanzlers: indem der Kaiser von Autoritäten sprach, die er in Sachen der Arbeitergesetze gehört, streifte er vor dem versammelten Staatsministerium seinen vornehmsten Ratgeber von sich ab. Damit war die Kanzlerkrisis virtuell eröffnet.

Bismarck behielt zunächst, ohne seine Bedenken über das ganze Unternehmen zu verhehlen, formell für das Staatsministerium vor, seine verbindliche Äußerung bis nach Prüfung und Überlegung der vorgetragenen Ideen und Entwürfe zu vertagen. Dann aber führte die anschließende Erörterung über die Behandlung des Sozialistengesetzes - in der auch Bismarck seine düsteren Perspektiven bis zu dem "die Wogen höher gehen lassen" nicht unterdrückte - zu einem erregten Zusammenstoß der Meinungen. Der Kaiser wiederholte seinen Entschluß, daß er der zu erwartenden Katastrophe durch rechtzeitige Präventivmaßregeln vorbeugen und nicht seine ersten Regierungsjahre mit dem Blut seiner Untertanen färben wolle. Der Kanzler aber warnte vor jeder Art von Kapitulation vor der Parlamentsgewalt schon beim Sozialistengesetz, und ließ sich zu der trotzigen Wendung hinreißen: "Wenn Ew. Majestät kein Gewicht auf meinen Rat legen, so weiß ich nicht, ob ich auf meinem Platze bleiben kann." Es war der offene Zusammenstoß der Protagonisten vor dem schweigenden Chore; in unehrerbietigster Weise, so faßte der Kaiser den Vorgang auf, habe der Kanzler ihm den Abschied vor die Füße geworfen, vor den Ministern, die jenem gehorsam folgten. Das empfand er als Niederlage, und die Alternative, Unterwerfung des Kanzlers oder Trennung von ihm, begann sich in ihm zu verhärten - aber auf der anderen Seite vermißte auch Bismarck bei den Ministern, in denen er bisher seine Minister gesehen hatte, Rückhalt und Unbedingtheit, und glaubte sich von ihnen verlassen.

Scheinbar ging die ganze Debatte um eine der höchsten Prinzipienfragen staatlichen Daseins, die immer wieder im geschichtlichen Ablauf an großen Wendepunkten des Geschehens gestellt wird: ob man drohenden revolutionären Bewegungen mit Festigkeit und Gewalt begegnen oder sie durch einsichtige Reformen rechtzeitig beschwören soll. Nur war die wahre Situation des deutschen Lebens im Januar 1890 keineswegs so beschaffen, daß sie aus sich heraus die Staatsleiter vor eine solche unausweichliche Alternative hätte stellen müssen: beide Positionen waren eher theoretisch von zwei Persönlichkeiten eingenommen, die das Prinzip der Autorität und das Prinzip der Reform zur Plattform ihrer persönlichen machtpolitischen Auseinandersetzung erwählt hatten.

So tief auch Bismarck die Tragweite des ersten großen Zusammenstoßes empfand, so siegte seine

politische Elastizität - soll man sagen, sein Wille zur Macht oder seine Sorge um den Staat, wer will das voneinander trennen! - zunächst über den persönlichen Groll. Er entschloß sich am 26. Januar das Handelsministerium aufzugeben; da am 25. Januar das Sozialistengesetz im Reichstage gefallen war, und das sozialpolitische Ressort fortan einem Berater des Kaisers unter amtlicher Verantwortung überlassen wurde, trat der Kanzler im Augenblick außerhalb der Schußlinie; er erwog zugleich den Rücktritt vom preußischen Ministerpräsidium. In der unmittelbaren Streitsache bezwang er sich, die Formulierung der vom Kaiser gewünschten Erlasse und die Vorbereitung der Konferenz in die Hand zu nehmen, um Schlimmeres zu verhüten. Es war eine Politik des Nachgebens, aber auch, da der innere Widerstand noch fortdauerte, des verdeckten Durchkreuzens.

Aber in diesen Tagen des ersten Überbrückungsversuches ging auch der Kaiser auf seinem Wege weiter. Er glaubte in dem Rücktritt Bismarcks vom Handelsministerium den ersten Erfolg erlangt zu haben, und trat jetzt, vielleicht auch durch die Gegenzüge Bismarcks (gegen die sächsischen Bundesratsanträge) gereizt, innerlich der Frage der Ersetzung Bismarcks auch in seinem Amte als Kanzler näher. Vermutlich am 31. Januar berief er den General von Caprivi in tiefstem Geheimnis nach Berlin: als dieser am 1. Februar vor dem Monarchen erschien, wurde ihm überraschend und zum ersten Male eröffnet, daß er unter Umständen Bismarcks Nachfolger werden solle.

In diesem Augenblick war Bismarck mit der Redaktion der sozialpolitischen Erlasse beschäftigt. Am 4. Februar gingen sie in die Welt, eine unerwartete Kundgebung, deren Sinn man nirgends ganz fassen konnte. Die Veröffentlichung war formal nur möglich auf der Grundlage der in diesem Augenblick anscheinend erfolgten Versöhnung, aber sie wurde überall instinktiv als die Götter-dämmerung des Zeitalters Bismarcks empfunden. Der österreichische Botschafter nannte sie "den ersten großen Schritt zur Emanzipation des Herrschers von den Einflüssen seines ersten Ratgebers".

Auch Bismarck war sich klar darüber, daß er einen zweiten Schritt nachfolgen lassen müsse. Bei der Unterzeichnung der Erlasse hatte er von neuem die Erfahrung gemacht, daß eine Drohung mit dem Rücktritt auf den Kaiser keine Wirkung ausübte. Es blieb ihm nur übrig, selber den Rücktritt von seinen preußischen Ämtern zu vollziehen, um dadurch der Verantwortung für die künftigen innerpolitischen Wendungen enthoben zu sein und zugleich den Schauplatz der Konfliktsmöglichkeiten mit dem Kaiser entscheidend einzuengen. In einer Audienz am 8. Februar rief seine Wendung: "Ich fürchte, daß ich Ew. Majestät im Wege bin", auf der anderen Seite ein verlegenes Schweigen hervor, das sich nur als Zustimmung auslegen ließ. So formulierte er selbst sein Programm des allmählichen Umbaus: Ausscheiden aus allen preußischen Ämtern, Verbleiben im Kanzleramt und in der Leitung der Außenpolitik, Verkündung dieses Wechsels am Tage der Reichstagswahlen (20. Februar). Den Umschwung im einzelnen stellte er sich so vor, daß Caprivi, dessen Namen er dem Kaiser selbst nannte (vermutlich weil er seinen Empfang am 1. Februar unter der Hand erfahren hatte), zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt werden, eine Reihe von Ministern, die er für zu "schwach" hielt für eine schärfere Politik, ausscheiden und der Staatssekretär Herbert Bismarck als preußischer Minister des Auswärtigen in das Staatsministerium eintreten sollte. Der Kaiser nahm den Vorschlag, mit dem die Dinge in Bewegung kamen, an. Bismarck teilte den Kern dieses Programms dem Staatsministerium am 9. Februar mit, nicht eben angenehm überrascht, daß man es mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung aufnahm. Scheinbar unwiderruflich stand mit diesem allmählichen Rückzug des Reichsgründers die große Wendung vor der Tür. Sie erinnerte äußerlich an die Episode von 1872/73, in der Bismarck in der Fülle seiner Macht das preußische Ministerpräsidium dem Kriegsminister Roon überlassen hatte, aber im Unterschied von der damaligen Lösung war es jetzt die Frage, ob die erschütterte Autorität, die einen Teil ihrer Amter über Bord warf, nicht vollends in ihrem Kerne dadurch getroffen ward. Man hätte denken können, daß diese Lösung derjenigen geglichen hätte, in der der uralte Moltke sein Amt bewahrt, nur alle wesentliche Funktionen dem Generalquartiermeister Grafen Waldersee übertragen hatte. Aber alle Voraussetzungen der Ämter und der Personen lagen anders.

Vielleicht war es diese Erkenntnis, die Bismarck selbst schon am 10. Februar die gewählte Lösung wieder aufgeben ließ. Soweit man sieht, kann man einen doppelten Drehpunkt dieses neuen Entschlusses bei ihm beobachten: einen innerpolitischen, hervorgerufen durch eine Besprechung mit dem Grafen Lerchenfeld, dem bayrischen Bundesratsbevollmächtigten, und einen außenpolitischen, hervorgerufen durch eine Besprechung mit dem Botschafter Grafen Schuwalow, beide am 10. Februar. Der bayrische Bundesratsbevollmächtigte, ein unabhängiger Mann von politischem Urteil, riet dem Reichskanzler dringend von der Ämterspaltung ab; er dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, daß der preußische Ministerpräsident die Stimmen im Bundesrat gegen den Reichskanzler ausspiele; der föderalistische Standpunkt bleibe nur in der Gleichsetzung des politischen Willens des Reichskanzlers mit demjenigen Preußens gewahrt. Sein Rat, die Dinge in Preußen einige Zeit laufen zu lassen, aber formell die Hand im Geschäft zu behalten, machte um so mehr Eindruck, als er tatsächlich an die innerste Schwierigkeit der Ämterspaltung rührte. Das war das Eine. Eine Besprechung mit Schuwalow zeigte am selben Tage dem Kanzler die Möglichkeit, eine Erneuerung des Rückversicherungsvertrages womöglich schon im Laufe der nächsten Wochen herbeizuführen und dadurch das Gewicht seiner Autorität auch auf dem äußeren Flügel in unerwarteter Weise zu verstärken.

So ließ Bismarck das Programm des sofortigen Abbaues fallen und teilte dem Kaiser in einer Audienz am 12. Februar mit, daß er seinen Abgang von den preußischen Ämtern nicht zum 20. Februar nehmen werde, sondern erst im Mai oder Juni, nach den ersten Abstimmungen über Militärvorlage und Sozialistengesetz; er konnte für sich anführen, daß die von ihm erwartete Durchdringung der großen Militärvorlage von seiner ungeminderten Autorität aus mit mehr Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden würde, und mochte im stillen hoffen, daß aus diesen Kämpfen eine politische Gesamtlage hervorgehen werde, die ihn dem Kaiser überhaupt unentbehrlich mache. Dieser aber, der sich einige Tage hindurch schon mit der unmittelbaren Teillösung vertraut gemacht hatte, konnte in der Erwiderung seine Enttäuschung nicht ganz unterdrücken: "Da bleibt also bis auf weiteres alles beim Alten." Aber noch wahrte er, vor allem nach außen hin, die Geste, den Kanzler so lange wie möglich nicht zum Rücktritt zu drängen.

In dieser von neuem ungeklärten Situation der Kanzlerkrisis waren auch die Reichstagswahlen vom 20. Februar vor allem ein Stoß vorwärts. Ihr Ergebnis, die schwere Niederlage der Kartellparteien und der Sieg der Opposition, war sowohl dem Kaiser als dem Kanzler im Hinblick auf ihre schwebende Auseinandersetzung nicht einmal unerwünscht. Der Kaiser sah Bismarck eines Rückhaltes beraubt, isolierter gegenüber der künftigen Reichstagsmehrheit, seine politische Stellung sturmreifer geworden - er konnte daraus vor allem Ermutigung für seine stillen Wünsche ziehen.[26] Umgekehrt beurteilte auch der Kanzler die politische Lage für seine inneren Kampfentwürfe nur noch günstiger - mit der Aussicht auf einen sehr anspruchsvollen Reichstag mußte doch auch für den jungen selbstbewußten Monarchen der Horizont sich mit dunklen Wolken überziehen.

Eben darauf gründete Bismarck eine Politik von weiter Sicht, die er dem Kaiser am 25. Februar bzw. 1. März vortrug. Sie zielte im allgemeinen auf Aufrechterhaltung der Staatsautorität und Aufnahme des Kampfes mit der Revolution; im besonderen wollte sie, sowohl aus dem Anlaß eines scharfen Sozialistengesetzes als auch einer weitreichenden Heeresvorlage, dem Konflikt mit dem oppositionellen Reichstag nicht aus dem Wege gehen; am letzten Ende mochte diese allgemeine Kampftendenz in einer Reihenfolge von politischen Maßnahmen ausmünden, die man als den Staatsstreichplan Bismarcks zu bezeichnen sich gewöhnt hat.[27] Es sei aber vorweg bemerkt, daß es sich dabei nicht um ein verzweifeltes Stratagem der letzten Stunde handelt, sondern um Gedanken, Möglichkeiten, Entwürfe, die in der Seele Bismarcks in den letzten Jahrzehnten, wenn es einmal hart auf hart stand, immer wieder aufgetaucht waren. Er hatte immer mit dem Tage gerechnet, an dem eine verfassungsmäßige Einigung mit dem Reichstage für ihn nicht mehr möglich sein würde und auch im Reiche der Kampf um die Vorherrschaft der monarchischen oder der parlamentarischen Staatspraxis ausgekämpft werden mußte - einem solchen Kampfe war er nicht gesonnen



Fürst Bismarck, kurz vor der Entlassung, nach einem Vortrag das Schloß verlassend, 1890.

auszuweichen, jetzt weniger als je. In seinem Programm waren zu diesem Zwecke einmalige und mehrmalige Reichstagsauflösungen vorgesehen, aber unter gewissen Umständen auch eine Verfassungsänderung: sie sollte äußerstenfalls dadurch herbeigeführt werden, daß die Bundesfürsten, die formell die Reichsverfassung durch ihren Vertrag geschaffen hatten, eben diesen Bund auflösten und einen neuen Bund - mit verändertem Wahlrecht! - an die Stelle setzten. Für einen solchen Weg meinte Bismarck sogar den Boden der Legalität nicht verlassen zu brauchen.

Mit jenem souveränen Selbstgefühl, auch der Umbildner aller dieser Dinge sein zu können, wie er ihr Schöpfer gewesen war, malte er sich sogar die legalen Eventualitäten aus, vermöge deren sich der Kaiser vorübergehend auf die preußische Krone, und der Reichskanzler auf die preußische Ministerpräsidentschaft (mit der Führung der preußischen Stimmen im Bundesrat) zurückziehen und den Reichstag gleichsam trockenlegen könnten. In dem System doppelspieliger Rückversicherungen, das die Reichsverfassung darstellte, lagen nun einmal das Prinzip bundesfürstlicher Regierungen und das demokratische Prinzip des einheitlichen nationalen Willens nebeneinander; da konnte es erlaubt sein, in der föderalistischen Ordnung sich eines Organes, des Reichstages, vorübergehend zu entledigen, um es umgebildet wiederherzustellen. Ein Kampfprogramm dieses Geistes fand in dem ersten Moment - unter dem Eindruck der Reichstagswahlen - die Billigung des Kaisers; schon in früheren Jahren hatte er eine gefährliche Anregung dieses Stils mit Zustimmung begleitet;[28] so wenig er die letzten Glieder dieser Kette, die auch bei Bismarck mehr Möglichkeiten an einem fernen Horizonte als greifbare Realitäten waren, in sich aufnahm, so glaubte er doch, von dem kampffreudigen Kanzler an das Portepee gefaßt, vielleicht überrumpelt, sich dem Programm des "*No surrender*" nicht entziehen zu dürfen. Am 2. März trug der Kanzler auch dem Staatsministerium die Umrisse seiner Konfliktspolitik vor.

Wenn wir diese Politik Bismarcks, wie sie von konkreten Schritten des politischen Momentes sich in bloße Umrisse ferner Möglichkeiten verliert, zu würdigen unternehmen, müssen wir unterscheiden zwischen der Bedeutung, die sie in der schwebenden Auseinandersetzung zwischen Wilhelm und Bismarck hat, und der Bedeutung, die ihr in dem großen Zusammenhange der

gesamten Staatsleitung und der politischen Persönlichkeit des Kanzlers anzuweisen ist. Und nehmen wir die Antwort vorweg: in der ersten Hinsicht ist sie als ein politischer Irrtum zu würdigen, der sich für den Urheber schon in wenigen Tagen als ein solcher erweisen wird. In der zweiten Hinsicht aber umschließt sie ein Problem, das den ganzen Staatsmann angeht, ohne daß darum das, was man als unendlich bismarckisch darin empfindet, als sein letztes geschichtliches Wort zur Reichsgestaltung gewertet werden dürfte.

Es war in mehr als einem Sinne ein psychologischer Fehler Bismarcks, wenn er annahm, die autoritäre Natur des Kaisers durch eine auf lange Sicht angelegte Gewaltpolitik an seiner Seite halten zu können: wenn Wilhelm II. solche Neigungen besaß, dann wollte er sie jetzt auf Kosten des Bismarckschen Machtbereiches befriedigen, nicht aber an der Seite eines ihm eben dadurch unentbehrlich werdenden Helfers, nicht aber durch schwere Verfassungskämpfe hindurch. Für den Kaiser, dem es nicht so sehr auf sachliche politische Endziele ankam als auf seine höchst persönliche Auseinandersetzung mit dem Kanzler, mußten jene letzten Andeutungen Bismarcks, in diesen Kämpfen den Bund der Fürsten aufzulösen und einen neuen Bund an die Stelle zu setzen, geradezu aufreizend, ja abschreckend wirken. Wie konnte er an einen vorübergehenden Verzicht auf die Kaiserkrone denken, deren Glanz ihn unter den Fürsten Deutschlands und Europas umstrahlte? Wie sollte der Mann der Erlasse vom 4. Februar 1890 sich plötzlich mit der Möglichkeit vertraut machen, in einem Kampfe gegen die Revolution "bis an die Knöchel durch Blut zu waten"?

Wenn Bismarck vor Beginn der Krise bedauert hatte, daß er den inneren Kämpfen nicht mehr so rüstig "wie 1862" entgegengehe, so mußte gerade diese Erinnerung bei dem Kaiser jede Wirkung verfehlen: denn der Großherzog von Baden riet seinem Neffen auf das dringendste - wie er es schon im Jahre 1862 gegenüber dem alten König Wilhelm vergeblich getan hatte - von jedem Wege ab, der in einem inneren Blutvergießen ausmünden könne. Es war als wenn der alte nationale Liberalismus, einst von Bismarck auf der ganzen Linie überwunden, ihm gemeinsam mit diesem jungen Kaiser, der für seine Person keinen Hauch liberalen Geistes verspürt, noch einmal entgegentrete und sich vor die Schöpfung Bismarcks stelle. Bismarck hat späterhin das von ihm erst ausgelöste badische Eingreifen mit dem Stigma des opportunistischen Louis-Philippismus zu kennzeichnen gesucht. Aber man darf ihm die Frage entgegenhalten, ob im März 1890 wirklich die zwingende Notwendigkeit erweisbar war, den Gewaltweg zu beschreiten. Und welche Aussicht lag für den jungen Kaiser vor, sich dazu mit dem alternden fünfundsiebzigjährigen Kanzler zu verbinden, der diesesmal nicht, wie vor einem Menschenalter im preußischen Konflikt, das entscheidende und versöhnende nationale Ziel in der Hinterhand hatte. Spielte Bismarck mit diesen Vorschlägen nicht geradezu dem Kaiser in die Hände, der sich nunmehr von dem Kanzler des Staatsstreichs auf die Achtung vor der Reichsverfassung und auf den Frieden mit seinem Volke zurückziehen konnte? Es ist keine Frage, daß Wilhelm unter diesem Eindruck erst den Glauben an seine Rechtfertigung vor der Geschichte, wenn er mit Bismarck brach, innerlich gefunden hat. Damit ist die Frage der Taktik des "*No surrender*" in dem Kampfe zwischen Kaiser und Kanzler erledigt.

Aber es bleibt jene andere Frage - wie steht dieser letzte Plan zu Bismarcks ganzem Lebenswerke? Es ist im Zusammenhange unserer nationalen Geschichte eine fast schmerzliche Vorstellung, den Reichsgründer, um seines taktischen Zieles willen, zu so tiefem Eingriff in sein eigenes Werk, in die Rechtsordnung des Reiches, entschlossen zu sehen. Auch wenn die Theorie des "legalen" Staatsstreiches nur darauf abzielte, dem allzu lebhaften Blute des jungen Kaisers ein Quantum Eisen zuzufügen, war eine weitere Erhöhung der Krone diesen Einsatz wert? Wurden nicht hohe nationale Lebenswerte auf diesem Wege in Frage gestellt, der Erschütterung ausgesetzt, zu taktischen Mitteln erniedrigt? War die Unausweichlichkeit des Machtkampfes um den deutschen Staatstypus der Zukunft - denn darum handelte es sich - erwiesen? Daß der Kaiser selber in späterer Zeit mehrere Male mit herrischer Geste einen ähnlichen Anlauf zum Kampfe nahm, wiegt nicht allzu schwer, denn er ist ihm doch wieder vor der ersten ernsteren Schwierigkeit ausgewichen. Konnte aber der Monarchie ein großer Kampf mit der Sozialdemokratie nicht überhaupt erspart bleiben? Stand der

März 1890 wirklich schon unter der Signatur der Revolutionsreife? Man könnte auf die friedliche Entwicklung der Klassengegensätze in der Zeit von 1890 bis 1914 hinweisen, um diese Frage zu verneinen und diejenige Politik für richtig zu erklären, die dem Reiche die schwersten Erschütterungen erspart hat. Und wenn man das Gewicht dieses Argumentes mit dem Hinweis auf die Novemberrevolution entkräften wollte, so sollte doch eine Erinnerung daran, was das deutsche Volk mit Einschluß seiner sozialdemokratisch gesinnten Massen im Weltkrieg geleistet hat, den Ausschlag geben - diese Leistung ruht auf dem sittlichen Grunde eines in der Periode von 1890 bis 1914 nicht erschütterten öffentlichen Rechtszustandes im Reiche.

Aber man hat auch das Recht zu fragen, war denn Bismarck wirklich darauf aus, bis an die Knöchel durch Blut zu waten, und war für den Reichsgründer, der sein Vaterland und den Erdteil umgestaltet hatte, die armselige Weisheit des Fürsten Polignac von 1830 im Alter das letzte Wort geworden? Eine solche Annahme würde ihn völlig mißverstehen. Er sah die Situation dafür reif, den revolutionären Möglichkeiten gegenüber, die sich in Deutschland und in Europa wieder stärker erhoben, die Autorität des Staates angriffsweise zu verteidigen und zu diesem Zwecke auch die eine oder andere verfassungsmäßige Schranke zu überschreiten. Er würde auch nicht der Gefahr ausgewichen sein, inmitten eines unsicheren und feindlichen Europa diese innere Kraftprobe zu unternehmen, sondern sich zugetraut haben, mit ihrer Hilfe eine ganz tiefe Kluft zwischen dem russischen Autokraten und der französischen Republik aufzureißen und damit seine Innenpolitik dem Außensystem einzuordnen. Aber seinem politischen Genius wäre auch dieser Kampf doch nur wieder Durchgang zu einem Rechtszustande gewesen, wie er während des Konfliktes der sechziger Jahre die Indemnität und die Herstellung der Verfassung nie aus dem Auge verloren hatte. Derselbe Bismarck, der jetzt den Reichstag trockenlegen wollte, sollte sich schon im Januar 1892 auf dem Marktplatz in Jena für einen starken Reichstag als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls einsetzen, der die Pflicht der Volksvertretung dadurch erfülle, daß er die Regierung kritisiere, warne, kontrolliere, unter Umständen führe und das verfassungsmäßig vorgesehene Gleichgewicht verwirkliche. Das ganze Bild des politischen Charakters Bismarcks reicht auch über die momentane Kampfstellung des März 1890 weit hinaus und schließt noch ganz andere Möglichkeiten ein, denen erst der Ausgang dieses kampferfüllten Lebens ein Ziel setzte.

Jetzt war das Ergebnis nur eine neue Stufe des Konflikts. Statt der Gemeinschaft bis zum Äußersten, die in der Phantasie Bismarcks einen Augenblick aufgeleuchtet war, nur eine unheilbare Vertiefung des inneren Gegensatzes. Während Bismarck ein Kampfprogramm entwarf, um damit von der Sozialdemokratie, wenn nicht von dem Reichstage loszukommen, entschloß sich Wilhelm II., sobald er von der ersten Überrumpelung sich wieder auf sein eigentliches Endziel besann, einen solchen Kampf mit dem Reichstage um jeden Preis zu vermeiden.

Seine Absage durchlief zwei Stadien. Schon am 4. März ließ der Kaiser, inzwischen unterrichtet, daß selbst die Kartellparteien auf das Sozialistengesetz verzichten wollten, den Reichskanzler wis-sen, daß er eine Verschärfung des Sozialistengesetzes und das Aufrollen eines weitausschauenden Konfliktes nicht wolle. Er nahm wohl an, daß Bismarck daraufhin die Kabinettsfrage stellen werde. Zu seiner Überraschung, vermutlich zu seiner schweren Enttäuschung, gab der Kanzler sofort nach.

So blieb für das Kampfprogramm Bismarcks nur die "große" Militärvorlage übrig. Es kam ihm daher vermutlich höchst gelegen, daß gerade am 8. März der Kriegsminister von Verdy ihm die Denkschrift über die Erweiterung der Heeresorganisation (der Bismarck im Herbst 1889 ziemlich kritisch gegenübergestanden hatte), mit der Bitte um möglichste Beschleunigung, vorlegte.[29] Ihre sachlich-technische Begründung schien jetzt fast zurückzutreten hinter ihrer politisch-dynamischen Funktion. In diesem Sinne machte Bismarck sich das Programm zu eigen; schon am nächsten Tage befaßte er das Staatsministerium mit der Angelegenheit. Er sagte sich, daß er im Kampfe mit der zu erwartenden Opposition schon eine Gelegenheit finden würde, den Reichstag aufzulösen und, wenn er halsstarrig und unbelehrbar zurückkehre, in die Luft zu sprengen. Sobald dann einmal der Kampf

begonnen, durfte er hoffen, den jungen Kaiser, der sich noch am 10. März zu der großen Militärvorlage bekannte, wie im Jahre 1862 den Großvater, fest an seinem militärischen Ehrgefühl zu fassen, und in der wohlvertrauten Kampflage - *vexilla regis prodeunt!* - selber unentbehrlich für die Monarchie sich in der Staatsleitung zu behaupten.

Jetzt aber vollzog sich hinter den Kulissen ein charakteristischer Umschwung. Alle, die auf den Sturz Bismarcks hinarbeiteten, - und wie war diese Phalanx schon in der Ausdehnung begriffen! - erkannten sofort, daß die große Militärvorlage in den Händen Bismarcks ein willkommenes Kampfmittel werden und gerade das herbeiführen mußte, was man vermeiden wollte: den schweren Konflikt mit dem Reichstage, der den Kaiser noch einmal an den Kanzler band. Und so begann man von allen Seiten die Vorlage zu verringern; schon am 12. März wurde zwischen Waldersee und Miquel die Möglichkeit des Übergangs zur zweijährigen Dienstzeit erwogen; die Warnungen des Großherzogs von Baden und des konservativen Führers von Helldorf taten das Ihre, um den Kaiser über die politischen Folgen aufzuklären; sobald man ihm sagte, daß eine "kleine" Militärvorlage auch in diesem Reichstage auf keinen Widerstand stoßen würde, war er bereit (am Abend des 14. März), die ursprünglich so scharf betriebene Heeresvergrößerung ganz erheblich einzuschränken. Alle politischen Sachlichkeiten wurden in diesem Ringen - das empfindet man als das Furchtbare - nur noch taktisch im ausschließlichen Hinblick auf das unausgesprochene Endziel gewertet. Damit war von einem politischen Kampfprogramm nichts mehr übriggeblieben.

Indem der Kaiser aus seiner Auseinandersetzung mit Bismarck die eigentlichen großen Konfliktsanlässe mit dem Reichstage ausschaltete, sah er sich vor der Frage, auf welchem Wege der Bruch mit dem Kanzler herbeizuführen sei. Obgleich seine Umgebung ihn zu drängen suchte, dem Kanzler die Entlassung zu geben, wenn er sie nicht nehmen wolle, hielt er doch an seiner Taktik fest, dem andern unter allen Umständen den Rücktritt zuzuschieben. Dadurch rückte eine Reihe mehr formaler Streitanlässe in den Vordergrund, in denen es sich nur um rein persönliche Machtfragen zwischen Kaiser und Kanzler handelte: es blieb ja nur die peinliche Aufgabe, dem Kanzler sein Amt zu verleiden, daß er freiwillig die Initiative des Rücktritts ergreife.[30]

Das Kampfterrain, auf dem man sich jetzt nur begegnen konnte, war die tatsächliche Machtstellung Bismarcks, wie sie ihm vermöge seiner halbmonarchischen Ämterkumulation und der geltenden Staatspraxis zugewachsen war. Es ging um seine Beziehungen zum preußischen Staatsministerium und zum deutschen Reichstage. Der Kaiser begann nach Belieben den dienstlichen Verkehr mit den Ministern, die er zu sich herüberziehen wollte. Bismarck aber holte eine Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. von 1852 hervor, die, um die Einheitlichkeit in der Politik zu wahren und die ministerielle Verantwortlichkeit zu klären, den Verkehr des Monarchen mit den einzelnen Ministern der Kontrolle des Ministerpräsidenten unterstellt hatte. Er schärfte die Kabinettsordre, trotz ihrer Verstaubtheit ein Stück geltenden Staatsrechts, dem Ministerium ein - es lag auf der Hand, daß der Kaiser diese Anordnung als einen Angriff auf sich selbst empfand. Auf der andern Seite hatte der Kaiser in den letzten Wochen kein Bedenken getragen, hinter dem Rücken Bismarcks in vertrauliche Beratung mit den Parteiführern des Reichstages einzutreten. Als er aber von einem Empfange Windthorsts durch den Reichskanzler am 12. März erfuhr, sah er darin eine ohne sein Wissen unzulässige Verhandlung über die einzuschlagende Richtung der Gesamtpolitik und wallte leidenschaftlich gegen solche Eigenmächtigkeit auf. Er beschloß auf beiden Schauplätzen zum Angriff vorzugehen, und zwar in dem herrischen Stile, den seine Rede vom 5. März angedeutet hatte.

Als der Kaiser am frühen Morgen des 15. März im Reichskanzlerpalais erschien, war das politische Novum seine Mitteilung an den Reichskanzler über die Einschränkung der Militärvorlage: sie nahm Bismarck seine letzte politische Waffe aus der Hand und reduzierte den Kampf auf das Persönliche. Und deswegen nahm die Auseinandersetzung, die sich um die Forderung der Zurücknahme der Ordre von 1852 und um die Vorwürfe über den Empfang Windthorsts drehte, von vornherein einen ganz persönlichen Charakter an. Wenn der Kaiser gereizt verlangte, über Besprechungen des

Kanzlers mit Parlamentariern vorher unterrichtet zu werden, so fühlte dieser sich in dem, was er als seine historische Machtstellung ansah, von dem Monarchen zu Unrecht angefallen, und da der andere offensichtlich den Streit suchte, überschritt auch er jetzt in der Form die Grenzen des dienstlichen und höfischen Verkehrs. Er war wohl einen Augenblick bereit, die Ordre von 1852 preiszugeben und, wenn der Kaiser es wünsche, seine Entlassung zu geben; aber als der Kaiser den Wunsch nach vermehrter Teilnahme an den Geschäften aussprach, lehnte er scharf ab darauf einzugehen. Er hatte jetzt die richtige Empfindung, daß es auf seine Mediatisierung bei lebendigem Leibe abgesehen sei, und bäumte sich dagegen mit dem ursprünglichen Temperament einer großen Herrschernatur auf: dem Kaiser erschien er nur noch als "dem Dämon der Herrschsucht verfallen". Verstehen und Verständigung waren nicht mehr möglich. Der Punkt war erreicht, wo unverhüllt Macht auf Macht stieß. Nachdem die sachlichen Konflikte längst zurückgetreten, machte echte und beherrschte Leidenschaft von beiden Seiten her jeder Möglichkeit des Zusammenbleibens in irgendeiner Form ein Ende.

Während in den Ablauf der Krisis seit dem Januar der außenpolitische Gegensatz bisher nicht mehr hineingespielt hatte, sollte der Kaiser ihn, um das Band völlig zu zerreißen, noch im letzten Augenblick hineinzerren. Da Bismarck am 16. März die Aufhebung der Ordre von 1852 für unmöglich erklärte, forderte der Kaiser das Abschiedsgesuch immer dringlicher, zuletzt bis auf die Stunde; in einer nicht mehr zu bändigenden Ungeduld meinte er jetzt auch auf dem außenpolitischen Gebiete nachstoßen zu sollen. Er nahm eine noch an diesem Tage im normalen Geschäftsgänge erfolgende Vorlegung von Berichten des Konsuls in Kiew zum Anlaß, um in einem ungnädigen Handbillett dem Kanzler unberechtigte und aufgeregte Vorwürfe auszusprechen - in dem Stile, wie sie seit längerer Zeit von Waldersee-Holstein gegen die "russische Politik" in seiner Seele genährt worden waren. Dienstlich war das Verfahren des Auswärtigen Amtes gegen jede Kritik gedeckt; in der Sache konnte Bismarck in seiner Antwort auf die düsteren Kriegsbefürchtungen Wilhelms darauf verweisen, daß Moltke vor drei Jahren ähnlich geurteilt hätte und daß drei Jahre Frieden seitdem vergangen seien. Diese Verteidigung wurde vermutlich in derselben Stunde niedergeschrieben, wo Schuwalow ihm die Botschaft brachte, daß der Zar den Rückversicherungsvertrag zu erneuern bereit sei.

Dieser letzte Vorstoß des Kaisers war - wie der Großherzog von Baden sofort erkannte - auch von seinem Standpunkt ein unkluger Schritt. Insofern er Bismarck wider Erwarten das Recht gab, bei seinem Rücktritt auch denjenigen Schauplatz aufzusuchen, auf dem er eine europäische Autorität war. Schon in seiner Mitteilung an das Staatsministerium (am 17. März um 3 Uhr) über seinen Rücktritt betonte er, daß er auch die auswärtige Politik des Kaisers nicht mehr vertreten könne. Und in sein Abschiedsgesuch vom folgenden Tage nahm er die auswärtige Politik als ausgesprochenes Motiv auf, da er nach dem kaiserlichen Handschreiben sich in der Unmöglichkeit sehe, "die Ausführung der vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen." Ehern klang der Ton seiner Anklage: "ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten in unseren Beziehungen zu Rußland unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat." So rückte ein zeitlich weit zurückreichendes Motiv der Entfremdung noch in der letzten Sekunde zufällig in den Vordergrund, um dann, wie von einem unsichtbaren Verhängnis getrieben, auf die Gleisrichtung des neuen Kurses überzugreifen.

Auch die letzten Züge des Endspiels um die Macht zeigen an, daß Bismarck der Ungeduld des Kaisers, der nur noch sein Ziel im Auge hatte, die Art und Weise der Entlassung aufgezwungen hat. Zum letzten Kampfe gestellt, war er in jedem seiner Schritte, bis zu seiner letzten Fahrt an das Grab des alten Kaisers, von vollendeter Meisterschaft und Gefährlichkeit. Er war sich bewußt, daß eine geschichtliche Figur seines Ranges von der Bühne nur in den Formen abtreten könne, die ihr zukamen, und verachtete den verhüllenden Schein der Konvention. Obgleich in seinem letzten Kampfe und seinen Kampfmethoden sich persönliches wie geschichtliches Recht und Unrecht im einzelnen vielfältig verschlingen, ist das Ganze, über alle seine vergänglichen und falschen

Positionen hinweg, das Sichwehren eines großen Mannes um sein Werk. So bestimmte er den Stil seines Rücktritts, ja auch den Tag - wenn der Kaiser die Kronratssitzung vom 24. Januar, die den Angriff eröffnete, auf den Geburtstag Friedrichs des Großen verlegt hatte, so datierte Bismarck sein Entlassungsgesuch von dem Tage des 18. März, der in der Geschichte des preußischen Königtums eine dunkle Erinnerung aufweckt - das letzte amtliche Aktenstück aus seiner Feder: es bleibt das geschichtliche Monument dieser Tragödie, und nicht der Brief, in dem der auf den Wellen der Erregung hin- und hergeworfene junge Monarch dem Kaiser Franz Joseph den Hergang zu erläutern suchte.

Bismarck schied aus dem Amte wie reichlich ein Jahrhundert vorher Friedrich der Große aus dem Leben und der Regierung. Es war schon acht Jahre vor dem Tode des großen Königs, als Goethe in Berlin "über den großen Mann seine eigenen Lumpenhunde räsonnieren" hörte. Den Moment seines Hinganges in Berlin hat ein Franzose, hat kein anderer als Mirabeau festgehalten: "Alles ist düster, nichts traurig; alles ist beschäftigt, nichts bekümmert. Kein Gesicht, das nicht Erleichterung und Hoffnung ankündigt, nicht **ein** Bedauern, nicht **ein** Seufzer, nicht **ein** Lob. Dahinaus laufen soviel gewonnene Schlachten, soviel Ruhm, eine Regierung von fast einem halben Jahrhundert voll so vieler Großtaten. Alle Welt wünschte ihr Ende, alle Welt beglückwünscht sich dazu."

An diese Worte fühlt man sich erinnert, wenn man verfolgt, wie die deutsche Welt den Sturz Bismarcks aufnahm - nicht wie wir heute, durch eine Kluft bitterer Erfahrung von jenen Vorgängen getrennt, ihre Tragik nachempfinden. Auch ausländische Beobachter fanden es "unglaublich, wie glatt hier das weltgeschichtliche Moment abläuft. Der Eindruck im Ausland ist weit gewaltiger als hier".[31] Lag es an diesem historischen Boden, lag es an dem innern Stil seiner eigenen Schöpfung - oder war es doch in der Natur der Dinge begründet, daß zunächst nur das Gefühl der Erleichterung, soweit man blickt, sich geltend machte? Gewiß, in manchem deutschen Herzen blieb die natürliche Empfindung nicht aus, und in einem Hörsaal der Berliner Universität griff Heinrich von Treitschke mit schmerzbewegtem Pathos bis zu den Zeiten des Themistokles zurück, um ein gleiches Beispiel der Undankbarkeit zu finden.

Aber die Nation begleitete das weltgeschichtliche Ereignis doch nur mit einem unsicheren Schweigen.

Wir sprechen nicht von den politischen Gegnerschaften, die mit Bismarck gerungen und seinen Haß mit ihrem Haß erwidert hatten; vielmehr von den Parteien, die mit ihm gegangen waren und in manchem sich nach seinem Bilde geformt hatten; von den Beamtenkörpern, die unter ihm dem Staate gedient, und überhaupt von der deutschen Generation, die dieses Menschenalter des neuen Reiches tätig miterlebt oder als Erbe übernommen hatte. Man vermißt in ihr die große Resonanz der Nation, und sucht sie unter Fürsten und Großen, im Reichstag und Bundesrat, in der Presse und öffentlichen Meinung, oder in der Luft der Kirchen und Schulen, unter den wortmächtigen Führern der Geistigkeit und bei den Massen auf der Straße, und hört diese Resonanz nicht, als ob der Nation oder doch ihrem öffentlichen Leben die Seele mangele. Sie wird sich wiederaufraffen und ihre Kräfte aus allen Tiefen deutschen Lebens ziehen, sie wird dem bittern Menschenverächter, der in Friedrichsruh sich in Shakespeares Coriolan wiederfand, doch wieder die Gewißheit verleihen, daß er einen unendlichen Schatz dankbarer Liebe in seinem Volke hinterlassen hat.

Aber als er ging, war in den politischen Organen seiner Schöpfung diese Stimme nicht vernehmbar.

Vielleicht war das Furchtbarste, daß er auch an dieser Isolierung im Sturz seinen Anteil hatte. Er hatte die Macht der Krone so hochgehoben, daß sie sich seiner entledigen konnte, sobald sie wollte; er hatte den Aufbau seiner Schöpfung im Reiche so tief und wetterstark fundamentiert, daß er nicht davon berührt ward, als er selbst von seinem Werke schied; und wenn man den Vorwurf erhebt, daß das Werk nur auf ihn selber zugeschnitten gewesen sei, so muß man sagen, daß die Konstruktion

dieselbe blieb, auch als unerfahrene Hände sie übernahmen. Der Allmacht seiner Staatsleitung entsprach die Vielseitigkeit der Gegnerschaften, die sich gegen ihn auflehnten: alle diese Lebenskräfte, die er erzeugt und erzogen, gefördert und gehemmt, und dann als Mittel benutzt hatte - jetzt erhoben sich die Mittel, die "Fragmente", in einer allgemeinen Revolte, um sich selber durchzusetzen: die Krone und das Militär, die kirchlich-konservativen Gewalten, ebenso wie die liberalen und nationalen, die Kolonialleute, die Sozialpolitiker, die Exponenten der Parteien und die Massen der Tiefe. Die großen Erscheinungen, so hoch sie auch ihr Haupt in das Licht emporheben, werfen auch einen weiten Schatten in ihren Umkreis.

Der Kaiser und die Nation hätten von der Mitte der neunziger Jahre ab ihren Weg ohne Bismarck gehen müssen, aber es wäre ein Segen auch für den jungen Kaiser gewesen, wenn erst die Natur der Dinge ihn genötigt hätte, sich von seinem alternden Berater zu trennen. So hatte er beim Beginn seiner monarchischen Laufbahn, aus persönlichem Geltungsdrange und aus dynastischer Verpflichtung, die stärkste Willensentscheidung auf sich genommen und trug an ihren Folgen wie an einem Schicksal - den ganz großen Entschließungen ging er fortan lieber aus dem Wege. Bismarck aber schied in namenlosem Groll "gegen den sicheren Verderber des Reiches",[32] und seine furchtbare Kritik begleitete fortan den Gang der öffentlichen Angelegenheiten im Reiche.

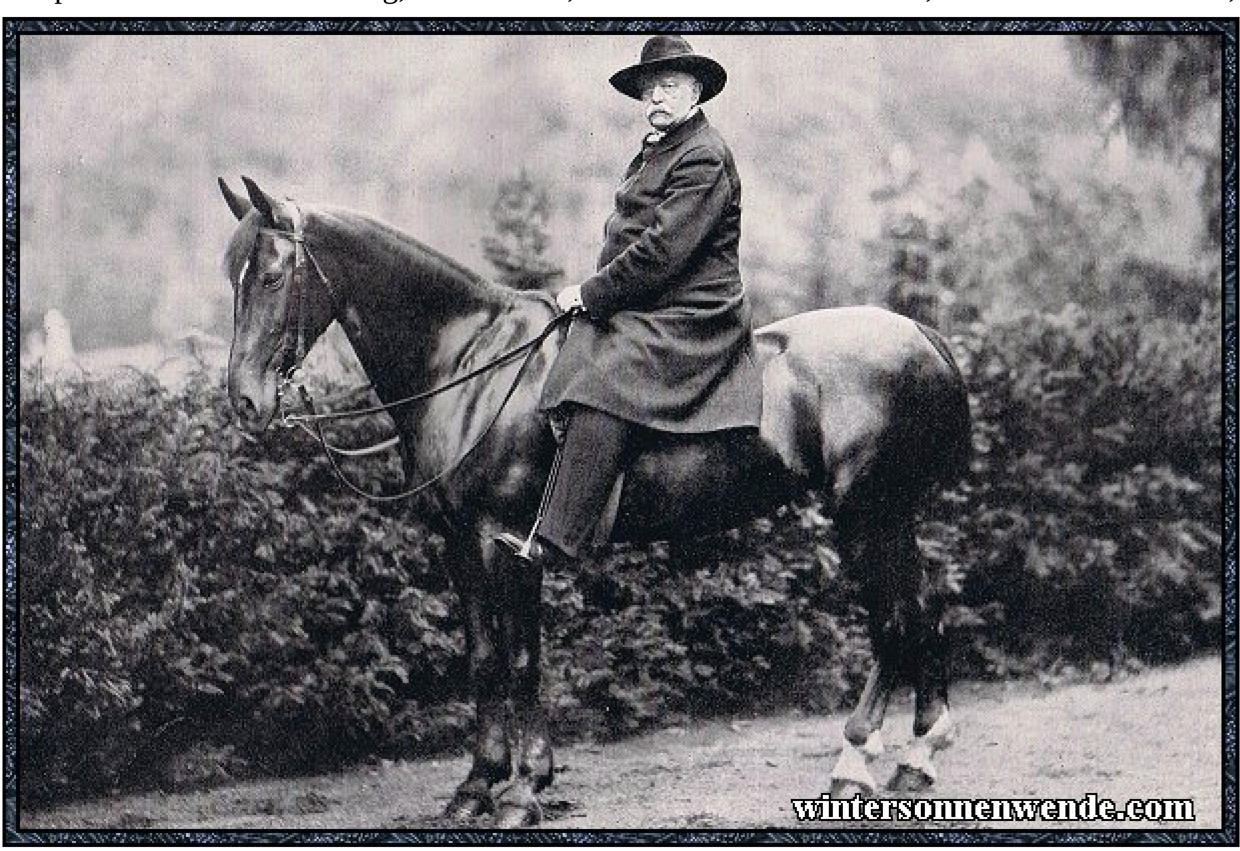
Dabei muß die historische Betrachtung um der Gerechtigkeit willen sich bewußt bleiben, daß der Lebende recht hat. Der Lebende, der die Geschäfte des Staates führt und an jedem Tag vor neue Aufgaben der nationalen Pflichterfüllung gestellt wird. Es ist manchen Deutschen ein Gemütsbedürfnis, mit dem Rücktritt Bismarcks eine völlig veränderte Haltung zu den Geschicken der Nation einzunehmen. Wir können uns aber nicht entschließen, das Dasein unseres Volkes gleichsam vorzugsweise in dem Schatten zu sehen, der von dem tragischen Ereignis des März 1890 ausgeht, und halten es vollends für ein unhistorisches und unwissenschaftliches Denken, die Geschichte der deutschen Nation seit 1890 mit einer vermeintlichen Zwangsläufigkeit unter den zermalmenden Gesichtspunkt des Schicksalsausganges von 1918 zu stellen. Das ist nur eine andere Form der Überheblichkeit, den rätselvoll verschlungenen Zusammenhang der Dinge in der einfachen Formel Schuld und Sühne aufzulösen. Wir würden damit nicht der Nation und ihren unsterblichen Kräften gerecht werden, nicht ihren besten Männern, die sich in den Dienst des Staates und der Allgemeinheit gestellt haben, nicht den Millionen, deren Einzelwirken in der Summe den lebendigen Pulsschlag eines großen Volkes erzeugt. Wir würden die Reichsgründung Bismarcks zu einer Episode herabdrücken, wenn wir aus ihr den einzigen Maßstab des Urteils für die Entwicklung des Deutschen Reiches in dieser zweiten Epoche entnehmen wollten.

Die politische Atmosphäre Europas war durch den Rücktritt Bismarcks auf das tiefste bewegt. Man hat wohl gesagt, Bismarck habe tatsächlich die Politik aller Staaten gemacht. Der Dirigent im Orchester war verschwunden, das von allen gefühlte unsichtbare Übergewicht nicht mehr vorhanden. Insofern waren alle Kabinette, ob freundlich oder feindlich, von einem Gefühl der Erleichterung berührt - irgendwie hatten sie die Überlegenheit seines Rates, seines Ja und Nein empfunden, und sie hätten nicht sie selber sein müssen, wenn sie die Befreiung ihrer politischen Autonomie von der Last des Genius in ihrer Mitte nicht begrüßt hätten. Auch die Männer des neuen Kurses selbst unterlagen wohl der Stimmung, daß sie die Epoche der genialen Aktion als abgeschlossen zu betrachten und die Nation in ein Alltagsdasein zurückzuführen hätten - als neue Leute hatten sie zunächst einmal Vertrauen zu erwerben, denn ihre Namen waren den europäischen Kabinetten fast unbekannt. Der neue Reichskanzler General von Caprivi war eine einfache, klare, willenskräftige Natur, einer der besten Männer des Heeres - Bismarck würde ihn als den besten Generalstabschef und Nachfolger Moltkes begrüßt haben. Aber er war ein Mann ohne jede außenpolitische Erfahrung und ohne die besonderen Fähigkeiten, die in den außenpolitischen Geschäften unerläßlich sind. In Caprivi war die spezifisch militärische Dienstauffassung eher noch stärker ausgebildet als in anderen Generalen. Auch in militärischen Kreisen galt er als ungewöhnlich eigenwillig; Moltke hatte von seinem Zusammenarbeiten mit dem Kaiser nur die

Vorstellung von zwei Kieselsteinen, und Bismarck nahm sogleich an, daß sein Nachfolger keinen höheren Einfluß auf Wilhelm II. gewinnen würde. Im Besitze der besten Tugenden, die der militärische Dienst erzeugt, hatte er nicht das Charisma des Staatsmannes, ja er fand zunächst, wie seine erste Rede nach dem Amtsantritt im Bundesrat zeigt, mit Mühe den Ton. Wenn Bismarck ihm vorwarf, daß er nicht einmal das Bedürfnis zu einer Aussprache mit seinem Vorgänger gehabt habe, so waren es vielleicht gerade die Umstände, unter denen Bismarck aus dem Amte schied, die seiner militärischen Denkweise einen solchen Schritt verboten.

Die außenpolitische Dienstfremdheit Caprivis wog um so schwerer, als mit dem Ausscheiden Herbert Bismarcks, den der Kaiser vergeblich zu halten versuchte, die große Tradition im Auswärtigen Amte überhaupt abriß. Der neue Staatssekretär Freiherr von Marschall, bis dahin badischer Gesandter und Vertreter im Bundesrat, verfügte keineswegs über eine Erfahrung in der großen Politik; daß seine Laufbahn auch sein Talent eines Tages zur Reife bringen werde, war noch nicht vorauszusehen. Das Nebeneinander Caprivi - Marschall schuf also eine ungewöhnliche Situation, die zwangsläufig dazu führte, daß dem Kaiser keine verantwortliche, tiefere Sacherfahrung in der Außenpolitik lebendig gegenüberstand und daß infolgedessen ein Subalterner einen dominierenden Einfluß gewann.

Die Laufbahn des Barons von Holstein ist nur aus dieser Konstellation zu erklären. Er beherrschte seit Jahrzehnten die Geschäftsroutine in vollem Umfange, ein Mann von Arbeitskraft, Energie und Klugheit, der durchaus die Schule verriet, die ihn gezeugt hatte. Einen staatsmännischen Charakter im höheren Sinne hatte er nicht ausbilden können, weil er von den verantwortlichen Entschließungen immer entfernt blieb und ihnen lieber aus dem Wege ging; ja er war ein Menschenalter so verwendet worden, daß er in den Niederungen der großen Politik eher zu Hause war, als auf ihren Höhen. In dem Krisenjahre Bismarcks bezeichnete Waldersee (den er im stillen mit Nachrichten versorgte) ihn als einen der ersten Fahnenflüchtigen: man hat doch den Eindruck, daß er in diesen Monaten im Auswärtigen Amte eine ähnliche Rolle gegen Bismarck spielte, wie einst im Dienste des Reichskanzlers gegen Arnim in der Pariser Botschaft. Zuerst gab er auf der ganzen Linie der außenpolitischen Willensbildung, die von ihm, dem Erfahrensten der Räte, bis zum Kaiser reichte,



Fürst Bismarck nach der Entlassung in Friedrichsruh.

den Ton an.[33] Daß er im weiteren Verlaufe auch gegenüber dem Kaiser, um die Einheitlichkeit des Außendienstes gegen persönliche Durchkreuzung zu sichern, die Sachlichkeit seiner Ziele mit allen Mitteln vertreten hat, soll schon hier zugegeben werden, aber auch diese Bestrebungen führten ihn wieder auf die Benutzung unterirdischer Wege, die immer mehr zu seiner Natur wurde. So war die Außenpolitik des Deutschen Reiches, bisher durch ein unvergleichliches Maß monarchischer Willenskonzentration geleitet, fortan eher gewissen Zufälligkeiten der Willensbildung auf einem längeren Dienstwege ausgesetzt. Und da nun Bismarck selbst, statt in der schweigenden Korrektheit des entlassenen Ministers zu verschwinden, bald begann, jede Rücksicht beiseite setzend, die einzelnen Schritte der Außenpolitik mit einer laufenden Kritik zu begleiten, so bildete sich ein Zustand heraus, der den neuen Männern die Sicherheit der Hand nicht erhöhte.

Man begreift, daß Caprivi hohen Wert darauf legte, sich zu einer einfachen, klaren und loyalen Politik zu bekennen - womit er mehr die Bedürfnisse seiner eigenen Natur kennzeichnete, als den Schwierigkeiten der Lage gerecht wurde. Als wenn die Kompliziertheit, die man an der diploma-tischen Technik Bismarcks tadelte, nicht auch - wie wir gesehen haben - in den Dingen selber gelegen hätte -, als wenn die einfache Linie jetzt leichter als vordem gewesen wäre. Sie war eher erschwert durch das Ausscheiden Bismarcks: in Wien, wo man unter Kálnokys Leitung so lange sich in engster Fühlung mit Berlin gehalten hatte, wurde man sich bald bewußt, daß man an Geltung im Dreibunde und in Europa gewonnen hatte; in Rom schien das Ansehen Crispis eher vermindert dadurch, daß die Gestalt Bismarcks nicht mehr hinter ihm stand; in den gegnerischen Lagern aber war das Selbstbewußtsein automatisch im Wachsen.

Nun sollte ein merkwürdiges Verhängnis den neuen Kurs in der Stunde seiner Geburt sogleich vor seine schwerwiegendste Entscheidung stellen. Mitten in der Kanzlerkrisis hatte Bismarck die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages eingeleitet. In einer Besprechung mit Schuwalow am 10. Februar hatte er den Botschafter dazu gebracht, die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages in Petersburg zu empfehlen.[34] Wir dürfen annehmen, daß Bismarck auch beim Kaiser eine förmliche Ermächtigung zur Verhandlung erwirkt hat.[35] Am Tage vor der Entlassung des Kanzlers, am 17. März morgens, war Schuwalow endlich mit der Ermächtigung des Zaren zurückgekehrt, den russisch-deutschen Gehemivertrag - und zwar unter Wegfall des geheimen Zusatzprotokolls - auf sechs Jahre zu verlängern. Er hatte sofort den Reichskanzler von seinem Auftrage in Kenntnis gesetzt. Der Botschafter hatte von Bismarck - der vielleicht in dieser Stunde schon das kaiserliche Handbillett wegen der Kiewer Berichte in Händen hielt - die Klage vernommen, daß man ihn wegen seiner russophilen Politik angreife; jedenfalls fühlte er sich mitten in das Endstadium der Krisis hineingeraten und sah sich keiner verantwortlichen Instanz gegenüber, mit der er die Verhandlung zu Ende führen könne; somit hielt er es für richtig, in Petersburg eine ausdrückliche Entschließung für den Fall der Entlassung Bismarcks zu erbitten. Über diese Verzögerung verständigte er am 19. März auch den Grafen Herbert Bismarck; dieser war geneigt, noch mehr als ein nur formal geschäftliches Hindernis herauszuhören, und meldete dem Kaiser anderntags den Vorgang in der Form, als ob der Zar auf den Vertrag verzichtet hätte. Kaiser Wilhelm beeilte sich, auf diese Meldung sofort sein Einverständnis mit der Erneuerung des Vertrages auszusprechen und den Staatssekretär zur Mitteilung an Schuwalow zu ermächtigen.[36] Ja, er ließ noch in der Nacht den Botschafter für den andern Morgen um 8 Uhr zu sich bitten, um ihm seine Bereitwilligkeit in aller Form zu eröffnen; im Eifer des Gefechts identifizierte er sich völlig mit dem Geheimvertrage, es sei ja nicht die Politik Bismarcks, es sei die seines Großvaters und die seinige geblieben.[37] Schuwalow bestätigte ihm, daß er nur wegen der Kanzlerkrisis die Verhandlung unterbrochen und um neue Instruktion gebeten habe. So erschien der Kaiser, vielleicht ohne sich der Tragweite seines Impulses ganz bewußt zu sein, als die Verkörperung der Kontinuität. Alles war gesichert: in den nächsten Tagen wiederholte der Zar erfreut sein Einverständnis und stellte am 25. März neue Instruktionen für den Vertrag (ohne das geheime Zusatzprotokoll) aus. Der Abschluß schien nur noch eine Sache der Form.

Aber inzwischen war im Auswärtigen Amt die Entscheidung gegen die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages ausgefallen - gegen die Politik Bismarcks, aber auch gegen den Kaiser, der schon sein Wort für ihre Fortsetzung verpfändet hatte. Am 23. März fand bei dem Reichskanzler Caprivi eine Besprechung statt, an welcher der Unterstaatssekretär Graf Berchem und die Geheimräte von Holstein und Raschdau teilnahmen, und ihr Ergebnis stürzte das Begonnene über den Haufen.[38]

Die Argumente gegen die Erneuerung fielen keineswegs leicht ins Gewicht. Unter den Erlebnissen der letzten drei Jahre hatte Bismarck sich keinen Illusionen über die Wirksamkeit des Vertrages hingegeben; selbst ein Mann wie Schweinitz hatte es im November 1889 Bismarck gegenüber für fraglich erklärt, ob die Verlängerung vorteilhaft sein würde, da sich der Vertrag in den wirklich kritischen Momenten doch nicht geltend gemacht habe und fast in Vergessenheit geraten sei.[39] Von diesem Zweifel an der Wirksamkeit des Vertrages ging Holstein, der schon länger der Wortführer der Kritik war, aus. Dazu gesellte sich eine noch ernstere Erwägung: Ob dieser Vertrag mit dem Wortlaut und Geist der übrigen Bündnisverträge vereinbar sei? Man muß zugeben, daß man darüber verschiedener Meinung sein konnte; wenn auch die heutige völkerrechtliche Fachkritik Punkte beanstandet, die damals keine Rolle spielten, und an Punkten vorbeigeht, die damals (Vereinbarkeit mit dem rumänischen Vertrage) den Ausschlag gaben. Die neuen Leute, zumal wohl die gradlinige und militärische Natur Caprivis, scheuten sich, mit einem zweideutigen Spiel ihre Geschäftsführung zu belasten und dadurch die Festigkeit des Dreibundes zu gefährden. Man unterlag der allgemeinen Empfindung, daß das komplizierte Spiel mit den fünf Kugeln nur von der überragenden Persönlichkeit des Fürsten Bismarck habe gespielt werden können, aber von anderen Händen unmöglich mit einer Aussicht auf Erfolg fortzusetzen sei.[40]

Der politische Kern dieser Abneigung war: man wollte den zügelnden Druck auf die österreichische Orientpolitik, der ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtpolitik Bismarcks gewesen war, nicht mehr ausüben - jedenfalls den Russen die Ausübung eines solchen Druckes nicht mehr vertraglich zusichern. Man fürchtete - und hier klingen die Erlebnisse der Jahre 1887 und 1888 erkennbar nach - auf diesem Wege äußerstenfalls zur Preisgabe Österreichs genötigt werden zu können.[41] Caprivi wollte den Draht nach Petersburg darum nicht abreißen lassen, sondern suchte ihn insoweit zu erhalten, als er ihm nicht den Strom aus denjenigen Leitungen nehme, die seine Politik mit Österreich und Italien verbanden.[42] Aber waren Zeit und Umstände für eine so kunstvolle Umleitung günstig?

Die Hauptsache des Rückversicherungsvertrages war - nach einem Worte Schuwalows - nicht der spezielle Vertragsinhalt, der vielleicht niemals praktisch wurde,[43] sondern die Verstärkung der Gesamtbeziehungen beider Staaten gewesen. Ein Vertrag von einem solchen Charakter mußte den Russen sogar noch wertvoller erscheinen in einem Augenblick, wo in Berlin neue Männer die Erbschaft des Fürsten Bismarck übernahmen. Dieses gestiegene Bedürfnis nach Sicherheit und Vertrag wurde in Berlin nicht genügend gewürdigt. Man sagte sich nicht, daß nach der Zusage des Kaisers vom 21. März eine ihr fast auf dem Fuße folgende Desavouierung der Nichterneuerung des Vertrages eine ganz andere grundsätzliche Bedeutung geben und die entsprechenden Schlußfolgerungen in Petersburg nach sich ziehen würde: auf diese Stelle, möchte man sich vorstellen, würde Bismarck den Finger gelegt haben. Aber man sieht nirgends, daß in der Beratung die - auch für den Russen verwendbare - Tatsache der Zusage vom 21. März eine Rolle gespielt hätte. Gewiß war die Funktion des Vertrages nur allgemeiner und begrenzter Natur gewesen. Aber eine Leistung hatte er aufzuweisen, die Riegelstellung, die Rußland und Frankreich voneinander entfernt gehalten: wenn man jetzt in Berlin gegen die Schriftlichkeit soviel Bedenken hatte, mußte man sich doch sagen, daß das Schriftliche zwischen Berlin und Petersburg bisher etwas Schriftliches zwischen Petersburg und Paris verhindert hatte. Wenn Caprivi es bei seinem Amtsantritt vermied, den Rat seines Vorgängers in Anspruch zu nehmen, so vermißt man am schmerzlichsten, bei seinem Mangel an zureichender Sachkenntnis, an dieser Stelle Aussprache und Fühlung. Ob man sich aber verstanden hätte? Je souveräner Bismarck Vater und Sohn im letzten Kampfstadium sich mit dem Rückversicherungs-

vertrage identifizierten, um sich in der Macht zu halten, desto eifriger versteiften sich die Erben der Macht auf den entgegengesetzten Standpunkt, und in ihre sachlichen Argumente mischte sich hier und da ein menschliches Motiv. Caprivi konnte allerdings für sich anführen, daß der in diesen Tagen eintreffende Botschafter von Schweinitz sich mit seiner großen Autorität den Bedenken des Auswärtigen Amtes anschloß: in seiner Gegenwart hielt er am 28. März den entscheidenden Vortrag vor dem Kaiser. Aber wir wissen auch von Schweinitz, daß er - bei aller kritischen Haltung gegenüber dem Vertrage - doch zugleich aus dem taktischen Grunde schwieg, weil er durch seinen Einspruch den neuen Reichskanzler bei der ersten Aktion gestürzt haben würde - also auch hier ein persönlicher, unsachlicher Unterton. So bleibt nur noch die Frage, weshalb der Kaiser seine am 21. März eingenommene Position so rasch preisgegeben hat. Er konnte tatsächlich nicht anders, als dem Drucke, um nicht zu sagen, Ultimatum seines neuen Beraters nachgeben: es sei unmöglich gewesen, so hat er selbst fünf Jahre später dem Grafen Schuwalow gestanden, innerhalb von 24 Stunden eine neue Ministerkrise heraufzubeschwören.[44] Daß er immerhin mit gemischten Empfindungen am 29. März im Sinne Caprivis entschied, scheint doch aus seiner Wendung hervorzugehen: "Nun dann geht es nicht, so leid es mir tut." Erst später hat die erfolgte Entscheidung jede Erinnerung an die Vorstadien ausgelöscht, und die irrige Meinung in ihm vertieft, als ob er Bismarck um des Rückversicherungsvertrages willen entlassen habe.[45]

Wenn man es beklagt, daß eine so folgenreiche Entschließung nicht frei von einer unglückseligen Verkettung von Zufällen erfolgt sei, so muß man um so mehr Gewicht darauf legen, daß das Schicksal, was es sonst nicht zu tun pflegt, die Gewissensfrage den Männern des neuen Kurses noch zum zweiten Male gestellt hat. Schon als Schweinitz, in den nächsten Tagen nach Petersburg zurückgekehrt, dem Zaren und Herrn von Giers den negativen Ausfall der Entscheidung meldete, hatte er den Eindruck, daß die Russen angesichts der unerwarteten Tatsache dieser plötzlichen Isolierung doch ihre Sehnsucht nach irgend etwas Geschriebenem kaum unterdrücken könnten; auch der Zar äußerte sich diesmal wärmer als sonst, wenn nur Rußland und Deutschland feste Freundschaft hielten, so sei Ruhe.[46] Man fürchtete die Möglichkeit einer grundsätzlichen Wendung in Berlin und verfiel später, um sich den Umschwung zu erklären, sogar auf die unbegründete Vermutung, daß die Erneuerung auf Österreichs Bitte nicht zustande gekommen sei.[47] Um dem auf den Grund zu gehen, entschloß man sich, dem deutschen Partner ein Stück weiter entgegenzukommen, als es sonst russischer Stil war. Am 14. Mai 1890 legte Giers dem Botschafter den Text von Schuwalows Telegramm vom 21. März vor, um auf diese Weise einen Rückweg zu erneuter Verhandlung zu finden. Er erklärte sich zufrieden, wenn das Vakuum, das mit dem Ablauf des Vertrages am 18. Juni bevorstand, auf irgendeine Weise, durch einen Notenaustausch oder vielleicht durch einen Briefwechsel der Monarchen ausgefüllt werde; um diesen Weg zu erleichtern, ließ er außer dem ganzen Zusatzprotokoll auch einzelne Verpflichtungen des Vertrages fallen. Mit Recht entnahm Schweinitz aus diesem Vorgehen, daß der Minister triftige Gründe haben müsse, um in so dringlicher Weise auf das Verlangen nach einer schriftlichen Abmachung zurückzukommen, "durch welche vor allem anderen der russischen Regierung die Möglichkeit genommen wird, sich mit Frankreich zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu koalieren". Der Botschafter, der vermutlich seine Haltung Ende März bedauerte, betonte mit Ernst: "Ich darf hierbei nicht unterlassen, die unvorgreifliche persönliche Ansicht auszusprechen, daß, wenn wir die weit entgegenkommenden Anträge des russischen Ministers völlig abweisen, er oder sein Nachfolger gezwungen sein würde, die Anlehnung, die er bei uns nicht findet, anderweit zu suchen." Auch in einem Privatbrief an den Reichskanzler riet er dringlich, die Hand, die der Zar nochmals ausstrecke, nicht zurückzustoßen: bei den herabgeminderten russischen Ansprüchen scheine ihm eine schriftliche Vereinbarung wohl möglich, die das Bekanntwerden nicht zu scheuen habe und - man glaubt das nüchterne Urteil Bismarcks zu hören - "uns doch die Neutralität Rußlands mindestens für die ersten vier Wochen eines französischen Angriffskrieges sichern würde".

Trotz dieser Mahnung fielen die Voten des Auswärtigen Amtes am 20. Mai (Marschall; Holstein; Kiderlen; Raschdau) erneut gegen jedes Eingehen aus. Nach dem Vortrag Caprivis entschied der Kaiser am 23. Mai, daß die russischen Anerbietungen als definitiv erledigt anzusehen seien. In den

Motiven der Ablehnung überwog das Gefühl, sich Vertrauen erwerben zu müssen, und die Angst vor russischen Indiskretionen. Bei aller Kritik im einzelnen ging man allzu leicht darüber hinweg, daß die russischen Konzessionen, die der deutschen Gewissenhaftigkeit die Annahme erleichtert haben würden, zugleich die Ablehnung erschwerten, das Odium des Abbruchs erhöhten. Stieß man erneut die beeiferten russischen Bemühungen zurück, so wurde dadurch dem Kanzlerwechsel, was eigentlich nicht in seinem Sinne lag, der Anschein einer gewollten und grundsätzlichen Neuorientierung gegeben. Schon darum hätte es sich empfohlen, um mit Bismarck zu sprechen, das Gespinst des ablaufenden Bündnisses "weiterzuspinnen, solang noch ein Faden daran ist". Aber eben diese Tradition stand nicht mehr in höchster Geltung, wenigstens an dieser Stelle war eher die Gegensätzlichkeit zu dem alten Kurse schon zu einem wirksamen Argument gegen den Vertrag geworden.[48] Vielleicht hätte man sogar in dem Einlenken ein Eingeständnis gesehen, lieber in den Schatten des Titanen zurückzukehren.

In den ressorttechnischen Erwägungen vom Mai 1890 vermißt man die beherrschende Gesamtansicht des Staatsmannes, der die letzten Konsequenzen zu Ende denkt. Die nunmehr offene Möglichkeit eines russisch-französischen Vertrages und die daraus fließenden Rückwirkungen auf den Dreibund selbst, vor allem aber auf die deutsch-englischen Beziehungen, weitergreifend das ganze Bündnissystem und das innerste Geheimnis seiner Elastizität oder seiner wahren Schwergewichtsverteilung: alles das ist in der entscheidenden Stunde nicht zur Sprache gekommen. Caprivi warf wohl die keineswegs unberechtigte Frage auf: was sind heute Bündnisse ohne öffentliche Meinung, aber Bismarck würde ihm geantwortet haben, daß er sich der Begrenztheit der Höfe und Kabinette stets bewußt gewesen sei, aber ihr reelles Gewicht, solange es bestehe, in der Dynamik der Mächte in Rechnung stelle. Man meint eine Kluft in der politischen Denkweise zu ahnen. Bismarck lebte in der unmittelbaren Anschauung einer Wirklichkeit, in der er sich ein Menschenalter bewegt hatte, während Caprivi nach einer begrifflichen Klarheit der Dinge strebte, um sich in der ihm fremden Welt zurechtzufinden. So geschah es, daß er und seine Berater sich zutrauten, den alten Kurs, mit Ausnahme eines allzu gewagten Außenstückes, weiterzusteuern, während sie mit diesem Außenstück (so wenig es, für sich allein genommen, das letzte Wort Bismarcks enthielt) zugleich den inneren Zusammenhang der bisherigen Politik verletzt hatten.[49]

Als Schweinitz Herrn von Giers den negativen Bescheid am 4. Juni eröffnete, konnte er feststellen, daß dieser sogar jetzt noch seine Wünsche nicht ganz aufgebe, sondern die goldene Brücke eines identischen Notenaustausches in Erwägung ziehe. Der Zar entschied am 11. Juni, daß die Würde verbiete, die Dinge zu verfolgen, wenn die Deutschen nicht erneuern wollten: "Woran wir sind, werden wir ja sehen, wenn der Kaiser und Caprivi hierher kommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der deutschen Politik eine Kursänderung eingetreten ist und wir müssen mit allen Möglichkeiten rechnen."

In denselben Wochen, in denen die deutsch-russischen Beziehungen in der Stille einer grundstürzenden Wendung entgegenreiften, vollzog sich eine Auseinandersetzung mit England, die wenigstens in der Welt den Eindruck einer bedeutsamen Wendung hervorrief. Sie knüpfte an eine Verhandlung des alten Kurses, an jenen Anlauf des Frühjahrs 1889 an, eine Reihe von Reibungen in der deutsch-englischen Kolonialehe durch einen umfassenden Ausgleich zu beheben; wir erinnern uns, daß dabei schon von englischer Seite auch die Austauschmöglichkeit Helgoland – Südwestafrika gestreift wurde. Bismarck hatte die Anregung, da er in England eigentlich auf "großes Wild" zu jagen versucht hatte, bis zu einem günstigen Augenblick hinausgeschoben. Gegen Ende des Jahres war Salisbury auf den Gedanken in der Form zurückgekommen, womöglich alle kolonialen Differenzen durch einen Schiedsspruch aus der Welt zu schaffen: darauf war Bismarck, der damals entschieden für Einschränkung weiterer Erwerbungen war, grundsätzlich eingegangen.[50] Wohl infolge der Kanzlerkrisis verzögerte sich die Einleitung der Verhandlungen, und erst einige Wochen nach dem Rücktritt Bismarcks erschien der englische Kommissar in Berlin. Es stellte sich heraus, daß es den Engländern nicht nur, aus Handels- und Prestigegründen, auf das Protektorat über die

Insel Sansibar ankam, sondern ebenso sehr im Zusammenhange ihrer Sudanpolitik auf **die Erwerbung von Witu, dessen Übergang in deutsche Hände der eigentliche Keim des Anstoßes war**. In den Verhandlungen, die unter Aufgabe der Schiedsspruchlösung seit Mitte Mai in London weitergeführt wurden, bot man englischerseits gegen Sansibar und Witu eine Teilung der Gebiete nordwestlich vom Nyassa-See und südwestlich des Tanganika-Sees, sowie die Insel Helgoland: nicht mehr in Deutsch-Südwest, sondern in der Begrenzung von Deutsch-Ostafrika lag die Gegengabe für die Nordseeinsel. Die Verhandlung über die Grenzlinien im Bereich der großen Seen wurde ohne allzu große Schwierigkeiten trotz der in England von Stanley geschürten kolonialen Erregung bis zum 14. Juni zum Ende gebracht.[51] Am Tage vor dem Jahrestage von Waterloo wurde der provisorische Vertrag veröffentlicht.

In der großen Literatur über den Vertrag sind die entgegengesetztesten Urteile ausgesprochen worden, und es ist kein Wunder, daß sie auch innerhalb der beiden Lager so weit auseinandergingen.[52] Die Perspektiven reichen zu tief in allgemeine politische Zusammenhänge hinein - von den lokalen innerafrikanischen Grenzziehungen bis in die imperialistischen Entwürfe der Rhodes und Milner vom Kap nach Kairo, und von dem roten Sandsteinfelsen und der Zukunft des Nordostseekanals bis in die verhängnisvolle maritime Rivalität der beiden Völker, die in den Weltkrieg ausmündete. Wenn auch ein gewisser Abstand von den Dingen nötig ist, so gerät man leicht in Entwicklungen hinein, die damals auf keiner Seite geahnt wurden.

Daß auf englischer Seite die Kolonialen trotz ihres anfänglichen Lärms befriedigt waren, liegt auf der Hand: die weltpolitischen Interessen des Empire, für den Fall eines Vorgehens gegen den Mahdismus im Sudan auch von Süden her, ließen jedes Opfer für Witu und Uganda erträglich erscheinen. Bei der Preisgabe Helgolands[53] empfand man die Abtretung von britischen Untertanen, ohne Plebiszit an eine fremde Macht, nicht angenehm; es war ein magerer Trost, wenn die vor dem Tage des Vertragsschlusses geborenen Helgoländer von der deutschen Militärpflicht befreit blieben. Schwerer wog für das englische Denken der mögliche marinepolitische Wert Helgolands. Theoretisch ließen sich wohl Stimmen vernehmen, daß ein zweites Gibraltar in der Nordsee sich hätte daraus machen lassen, aber da die Möglichkeit eines deutsch-englischen Krieges außerhalb jeder Berechnung lag, so hatte man keine Antwort auf die Frage: wozu? Darüber übersah man den marinepolitischen Wert einer Befestigung der Insel für den Nordostseekanal, oder man zog es vor, nicht davon zu sprechen.

Auf der deutschen Seite war die erregte Kritik der Kolonialen um so lauter, als ihr eine klare Einsicht der Marine von der anderen Seite nicht entgegentrat: diese Kritik, die zur Gründung des Alldeutschen Verbandes führte, schoß allerdings weit über das Ziel hinaus und stellte dem politischen Augenmaß einer nationalistischen Agitationspartei von vornherein kein günstiges Prognostikon. Sie fand einen gewissen Widerhall, weil auch Bismarck, bei diesem ersten populären und umstrittenen Akte des neuen Kurses, sich unter die Kritiker begab. Es ist aber keine Frage, daß er den Wert von Sansibar überschätzte und den Zukunftswert von Helgoland unterschätzte. Mochte sich der Vertrag noch ein wenig günstiger schließen lassen, die Richtung der Vertragstendenz lag doch auf der Linie einer Politik, die auch unter Bismarck über kolonialpolitische Einzelinteressen leichten Herzens hinwegzuschreiten gewillt war.[54] Die maritime Bedeutung Helgolands aber bedarf keiner Erörterung. Wenn die Erwerbung Schleswig-Holsteins ihr weltpolitisches Gesicht erst durch den Bau des Nordostseekanals erhielt, so hat der - von Bismarck im Jahre 1884 vorbereitete - Gewinn der Insel dieses Werk gekrönt: dieses "letzte Stück deutscher Erde" (wie man betont kleindeutsch damals sagte) für den Nationalstaat führt in neue Möglichkeiten des deutschen Schicksals hinüber, die auf dem Wasser lagen. Die ganze Lebensmöglichkeit einer deutschen Flotte, wie sie in den nächsten Jahrzehnten gebaut wurde, hing an dieser Verfügung über die Küstengewässer vor der eigenen Tür.

Wenn bei der Kritik Bismarcks ein gewisses Unbehagen mitspielte, daß der Vertrag mit der (von ihm nur vermuteten) Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages gleichzeitig ins Leben trat,

so muß allerdings betont werden, daß irgendein gewollter oder auch nur bewußt empfundener Zusammenhang der beiden Aktionen, wie man ihn wohl lobend oder tadelnd festzustellen vermeint hat, tatsächlich nicht besteht. Es war gerade das Charakteristische dieser Staatskunst, daß dieser Zusammenhang nicht bestand, und in diesem Sinne mag man sagen, daß die Datierung des Vertrages auf den Waterlootag ihm ohne Grund ein zu anspruchsvolles Relief gab. Denn in Petersburg wurde man durch den Vertrag, so wenig er das Licht zu scheuen hatte, doch in der Empfindung des Mißtrauens bestärkt, die seit dem Abbruch der eigenen Verhandlung zurückgeblieben war: daß man jetzt wirklich in Berlin einen anderen Kurs verfolgen wolle.

Als im August 1890 Kaiser Wilhelm und Caprivi zum Besuch am russischen Hofe in Narva erschienen, konnten sie den beruhigenden Trost, den der andere hören wollte, nicht verabreichen; so sehr auch Caprivi betonte, daß man in Bulgarien und an den Meerengen sachlich dieselbe Linie wie bisher verfolgen wolle, er konnte mit mündlicher Erklärung das gestörte Vertrauensverhältnis nicht wiederherstellen. Selbst als Giers in einem letzten Nachklang der Besprechungen sich das Ergebnis schriftlich bestätigen lassen wollte, verharrte der Reichskanzler steif bei seinem Grundsatz: "ich bin fest entschlossen, nichts zu schreiben; aber ich bin ein gewissenhafter Mensch, und Sie können sich auf meine Gewissenhaftigkeit verlassen."[55] Am 23. September 1890 notierte Graf Lamsdorff in sein Tagebuch: "So ist also unser Geheimvertrag mit Deutschland endgültig abgelaufen." Der Welt aber blieb nicht unbekannt, daß die Kaiserzusammenkunft einen sehr kühlen Verlauf genommen habe.

Dieser Ausgang wirkt deswegen so überraschend und entgegen einer tieferen Vernunft, weil man seit dem Versinken des Rückversicherungsvertrages in Berlin eher friedlicher gegen die Russen gesinnt war, als es während des Vertragsverhältnisses manchmal den Anschein gehabt hatte. Wie hätte der Kaiser, der vor dem deutschen Volke die Entlassung Bismarcks zu tragen hatte, auch noch die Last einer Kriegsverantwortung auf sich nehmen können! Schon während der Kanzlerkrisis war die Stimme des Grafen Waldersee im Rate des Kaisers eher schwächer als starker geworden:[56] fast zwangsmäßig mußte der neue Kurs, gerade weil er den Draht nach Petersburg fallen ließ, von einem General abrücken, dem nun einmal der Ruf der Russenfeindschaft anhaftete. Es waren zwar persönliche Konfliktsgründe, die den Kaiser im Winter 1890/91 zur Dienstenthebung des auch ihm gegenüber kritischer gewordenen Generalstabschefs führten, aber Wilhelm war sich doch wohl bewußt, daß er mit dem Opfer Waldersees zugleich eine Garantie seines Friedenswillens gab. So war das merkwürdige Ergebnis, daß der Präventiv-Kriegsgedanke von 1887/88, von dem aus Waldersee in die verhängnisvolle Opposition gegen die Bismarckische Außenpolitik geraten war, in demselben Augenblick wie der umkämpfte Geheimvertrag von der Tagesordnung verschwand.

Die Staatskunst, die nach Osten hin eine "Vereinfachung" ihrer Vertragsverpflichtungen hatte eintreten lassen, war schon dadurch darauf angewiesen, ein stärkeres Gewicht auf den Dreibund-vertrag zu legen. Da die Verträge noch einige Zeit liefen, waren Deutschland und Österreich im Januar 1891 geneigt, gegenüber dem Drängen Crispis mit der Erneuerung zu warten. Erst der Sturz Crispis und die Nachfolge des Marchese di Rudini im Februar 1891 veränderte die Lage. Es hieß von Rudini, daß er sich noch vor kurzem nur kühl über die Bedeutung des Bündnisses mit den Mittelmächten ausgesprochen hätte; schon setzte Frankreich, das mit dem Vorschlage eines Mittel-meer-Status quo an Italien herangetreten war, alles daran, den Dreibund nach Möglichkeit aufzu-lockern. Doch stellte sich bald heraus, daß die italienische Regierung zur Erneuerung bereit war, und nur die Pariser Versuchung geschickt zum Anlaß nahm, um eine Erweiterung des Vertrages durchzusetzen. Schon Crispi hatte auf einen Abschluß von Handelsverträgen als eine Lebens-notwendigkeit für den politischen Dreibund gedrängt. Als Rudini am 9. März 1891 seine Bereit-schaft zur Vertragsschließung kundgetan hatte, erfuhr man bald, daß die Italiener auf dem schon 1887 mit Erfolg beschrittenen Wege der Erweiterung der Vertragsbasis von neuem vorrückten. Sie wünschten formell eine Vereinheitlichung der bisher separat geschlossenen Verträge, weil sie dem Wesen des Dreibundes einen prägnanteren Ausdruck gebe; sachlich aber wünschten sie die Einbeziehung der nordafrikanischen Interessensphäre Italiens in die vertragsmäßig gegen

französische Angriffe zu schützenden Positionen; insbesondere verlangte man deutsche und österreichische Mitwirkung bei dem Abschluß eines italienisch-englischen Abkommens, das die begrenzteren älteren Abkommen auch über die von Italien betonten eigentlichen Mittelmeerfragen ausdehnte. Diese Erweiterung über den natürlichen Machtradius der Mittelmächte hinaus (man erinnere sich an die scharfe Abneigung Bismarcks gegen die ersten Anfänge),[57] hatte allerdings eine aktive englische Mitwirkung zur Voraussetzung. Tatsächlich erleichterte Lord Salisbury - indem er ein besonderes Abkommen mit Italien über Nordafrika schloß - auch die Erneuerung des Dreibundes auf dieser breiteren Grundlage.[58] So liegt die Erneuerung der Dreibundsverträge vom Mai 1891 immerhin auf der im Juni 1890 durch den deutsch-englischen Vertrag eingeleiteten Linie.

Der gewandteste Publizist, den der nachbismarckische "neue Kurs" gefunden hat, zieht aus diesen Hergängen den Schluß: "An die Seite der drei mitteleuropäischen Mächte ist Großbritannien getreten, indem es sich zur Mitverteidigung eines der drei Verbündeten verbindlich gemacht, diese Verbindlichkeit auf den Fall eines durch Bündnisverpflichtungen Italiens hervorgerufenen Krieges ausgedehnt und außerdem zum Zustandekommen des neuen Dreibundvertrages direkt mitgewirkt hat."[59] So schien allerdings die Dreibundpolitik eine leichte Achsenverschiebung vorzunehmen: die Mittelmeerausdehnung und die verstärkte Fühlung mit England, die Entlastung Österreichs von dem geheimen Druck des unsichtbaren Rückversicherungsvertrages wirkten in **einer** Richtung zusammen.

Unter dem sichtbaren Zeichen einer engeren Verknüpfung Englands mit dem Dreibunde stand der Besuch des Kaisers in England, der vom 4. - 13. Juli 1891 unter großem Jubel verlief; auch das persönliche Verständnis zwischen dem Kaiser und Lord Salisbury schien sich gut anzulassen. Unmittelbar darauf fanden die neuen Mittelmeerabkommen in den Besuchen der britischen Flotte in Fiume (in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph) und in Venedig (in Gegenwart des Königs Humbert) einen festlich-symbolischen Ausdruck. Man stand im Honigmond des *flirt anglo-triplicien*, mit einem tiefen Gefühl der Befriedigung und zu allen Illusionen bereit.[60]

Auch wer die günstigen Aspekte dieses Augenblicks zu würdigen bereit ist, wird doch nicht verkennen, daß die elastische Gesamtstruktur des Bismarckischen Bündnissystems einer mehr starren Ordnung und einer leichten Verschiebung nach der einen Seite Platz zu machen beginnt. Inwieweit das auf die vom deutschen Interesse dem Dreibund vorbehaltene Funktion in der europäischen Staatengesellschaft zurückwirkte, wird sich erst dann herausstellen, wenn die durch diese Verschiebung ausgelösten neuen Gruppierungen erkennbar werden. Einstweilen suchte Caprivi die Standfestigkeit des erneuerten Dreibundes auch von innen her, vermöge einer Verankerung der Bündnisverträge in der öffentlichen Meinung und in den wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Länder, zu erhöhen. Gleichzeitig mit den Dreibundverhandlungen begannen im Mai 1891 Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich, dann auch mit Italien, Belgien und der Schweiz über den Abschluß von Handelsverträgen: im Dezember 1891 wurden sie im Reichstage angenommen.

Wirtschaftsgeschichtlich bedeuten die Handelsverträge von 1891 eine erste Auflockerung des von Bismarck geschaffenen Schutzzollbündnisses zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie, sie enthalten die erste Keimzelle einer allgemeinen Entwicklung zu einer freieren Zollpolitik. Das Wort Caprivis: "Wir müssen exportieren, entweder wir exportieren Waren oder wir exportieren Menschen; mit dieser steigenden Bevölkerung, ohne Industrie, sind wir nicht in der Lage, weiter zu leben", enthielt für manchen eine bittere Wahrheit, aber sie ließ sich nicht bestreiten, so wenig wie das Überwiegen der nützlichen Folgen, die der deutschen Wirtschaft aus den Handelsverträgen erwuchsen.

Aber die Verträge wurden zugleich unter dem politischen Gesichtswinkel betrachtet. Nicht nur die freihändlerischen Vertragsfreunde bezeichneten die handelspolitische Verbindung als eine neue Klammer des Dreibundes. Auch Caprivi griff zu dem Argument, daß wir unsere Verbündeten, ihre

militärische, moralische, wirtschaftliche Widerstandskraft stärken müßten; das galt vor allem für Italien, dessen innere Kräfte einer Großmachtspolitik noch nicht entsprachen.[61] Dagegen setzte von seiten Bismarcks, der hier die erste große Fehde gegen seinen Nachfolger eröffnete, eine vorwiegend politisch begründete Kritik ein. Zwar wogen nicht alle seine Argumente gleich schwer, wie z. B. seine Sorge, die Verquickung der wirtschaftlichen und politischen Fragen sei geradezu geeignet, die Volkstümlichkeit eines Bündnisses zu gefährden. Der Kern seiner Kritik lag überhaupt im rein Politischen: er bekämpfte die von ihm vermutete Neigung des neuen Kurses, unbedingte Anlehnung an Österreich und das Dreibundprinzip zu suchen und die bisherige neutrale Haltung in der Orientpolitik aufzugeben. Er befürchtete eben, was er in den letzten Jahren immer wieder vermieden hatte, eine unzulässige Verschiebung des Bündnisinhaltes, und sah in dem Handelsvertrage ein politisches Dokument, das die wandelbare strategische Position des Dreibundes als eine absolute Stellungnahme erstarren lasse: "Auf diesem Wege würde Deutschland allmählich in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich gebracht, das seiner Machtstellung und seiner nationalen Würde wenig angemessen wäre; es würde schließlich Gut und Blut für die Wiener Balkanpolitik riskieren, und außerdem noch auf dem Wege der Handelsverträge Tribut zahlen müssen."[62] Wenn einzelne Argumente auch weit über das Ziel hinausschossen, so lag doch die berechtigte Sorge zugrunde, seine Nachfolger möchten in der allgemeinen Haltung zur Wiener Politik sich allzu weit mitziehen lassen. So führte Bismarck den Kampf gegen die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, den er öffentlich nicht führen konnte,[63] auf diesem handelspolitischen Nebenschauplatze, und seine Klage, Österreich glaube, daß die leitende Stellung im Bunde in seine Hände übergegangen sei, übertrieb vielleicht im Augenblick, kennzeichnete aber immerhin eine Gefahr, die am äußersten Ende des neuen Weges lag.

Das Bild der europäischen Staatengesellschaft, in dem Bismarck lebte, die unbedingte Autonomie des Politischen und die individuelle Entscheidung der leitenden Staatsmänner, die strenge Scheidung der politischen und wirtschaftlichen Sphäre stimmte nicht mehr ganz zu den Überzeugungen Caprivis, daß die Verflechtungen der internationalen Wirtschaft in wachsendem Umfang ein Stück der Verflechtung der internationalen Politik ausmachten. Wenn Caprivi die Position Italiens, das dauernd den handelspolitischen Lockungen Frankreichs ausgesetzt war, mit wirtschaftlichen Mitteln zu stärken suchte, so ließ sich manches dafür ins Feld führen; wenn er aber von den Handelsverträgen die Wirkung erwartete, daß die politischen Verträge sich nunmehr tiefer in die Seelen der Völker einleben würden, so war das eine Illusion, der zuliebe man den Wert der Bündniskonstruktionen verabsolutierte. Gewiß begann das populäre und das wirtschaftliche Motiv - davon hatte Caprivi eine lebendige Vorstellung - sich stärker in der Politik der Großmächte zur Geltung zu bringen; aber es blieb doch immer nur sekundär - hier traf Bismarcks Kritik das Richtige – gegenüber den häufig nur instinktiv empfundenen Lebensnotwendigkeiten, von denen die Völker sich bei ihren großen Entscheidungen leiten lassen. Diese Verschiedenheit der grundsätzlichen Einstellung sollte noch deutlicher sichtbar werden, als die Handelsvertragspolitik von 1891 mit einer gewissen Unvermeidlichkeit zum rumänischen und zum russischen Handelsvertrag führte.

Einstweilen aber wenden wir uns von dem neukonsolidierten Mitteleuropa zu den lange vorbereiteten Entscheidungen, die nunmehr die Flügelmächte des Ostens und Westens aneinanderbinden werden.

Daß die russische Politik angesichts der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages und der Umstände, unter denen er nicht erneuert wurde, eines Tages die Anlehnung an Frankreich suchen mußte, lag auf der Hand.[64] Tatsächlich fanden auch schon im Sommer 1890 die ersten Besprechungen über ein Einvernehmen des russischen und des französischen Generalstabs statt. Selbst die deutschen Bemühungen um französische Freundschaft (Reise der Kaiserin Friedrich nach Paris, Februar 1891)[65] trugen nur dazu bei, auch von russischer Seite den Franzosen Zeichen freundschaftlichen Entgegenkommens zu bewilligen, wie man sie bisher vermieden hatte. Dann wurde die Erneuerung der Dreibundverträge in Petersburg zu einem Anlaß genommen, in die formelle Vertragsverhand-

lung einzutreten. Wenn die Russen sich darauf beriefen, daß sie sich bedroht gefühlt hätten, daß erst die "sensationellen" Begleiterscheinungen der Dreibund-England-Entente im Juli 1891 sie veranlaßt hätten, einen Gegenbau zu errichten, so mag daran so viel richtig sein, daß der Zar unter dem Eindruck dieser Vorgänge die letzten Hemmungen überwand, die ihn bisher von einem vertraglichen Abschluß mit Frankreich zurückgehalten hatten.[66] Man war ja in der glücklichen Lage, auf einen Partner zu stoßen, bei dem das Bündnis mit Rußland seit zwanzig Jahren ein Glaubenssatz der Regierungen und des Volkes war; die Franzosen hatten seit langem ausgesprochen, daß eine auf tieferen Sympathien beruhende Verbindung keiner diplomatischen Ratifizierung bedürfe; der Russe hatte freie Hand, dieses ungeschriebene Bündnis in dem Augenblick, wo die europäische Lage es ihm angezeigt erscheinen ließ, und in den Stufen, in denen er es für wünschenswert hielt, in ein geschriebenes zu verwandeln.

Am 23. Juli lief eine französische Flotte in Kronstadt ein, und an demselben Tage begannen in Petersburg (durch Giers und Laboulaye) und in Paris (durch Ribot und Mohrenheim) Verhandlungen, die bald zum Abschluß einer Entente führten. Der Austausch der Noten zwischen Giers und Ribot am 21. bis 27. August 1891 begründete eine so formelle Verpflichtung, daß sie praktisch einem Vertrage gleichkam.[67] In diesem Sinne faßte auch der Zar die Tragweite des Notenaustausches auf: wenn der Krieg ausbreche, würde er sich als verpflichtet betrachten, seine Truppen mit den französischen Truppen zu gemeinschaftlichem Handeln zu vereinen. So viel Stufen auch noch durchlaufen werden mußten, um den Notenaustausch durch eine Militärkonvention zu ergänzen und dem Ganzen durch eine Ratifizierung der Staatshäupter eine feierliche Bestätigung zu geben, der Schritt zur vertragsmäßigen Bindung war geschehen, der nunmehr von den europäischen Mächten als ein sicherer Faktor in ihre Rechnung gestellt wurde.

So waren die Tage von Kronstadt der Auftakt eines weltgeschichtlichen Ereignisses. Der Eindruck der Massendemonstration eines begeisterten Volkes, das schon in diesem Augenblick das russisch-französische Bündnis als so gut wie vollzogen ansah, war überwältigend. Der russische Absolutismus fühlte sich in demselben Atemzuge seinem Volke innerlich verbunden und in Europa erhoben, an einer Wende der Zeiten angelangt. "Die Lage ist verändert. Von einer deutschen Hegemonie ist nicht mehr die Rede", glaubte Giers bereits urteilen zu dürfen, nachdem er während eines Jahrzehntes aus dem Schatten Bismarcks nicht herausgetreten war. Unter dem Eindruck dieser Wendung wird auch die deutsche Politik, soweit diese Darstellung sie zu verfolgen hat, wie unter einem Schicksal stehen. Aber ihre Wirkungen reichen weit darüber hinaus. Kluge Beobachter fühlten damals schon, daß diese russischen Massen von Kronstadt zum ersten Male sich des Schwergewichts bewußt wurden, das sie in dem Riesenreiche zur Geltung zu bringen vermochten,[68] und in weiter Ferne sieht man den tragischen Ausgang des russisch-französischen Bündnisses für die Zarendynastie heraufziehen.

Der russisch-französische Notenaustausch vom 27. August 1891 sah eine vertrauliche Fühlung über gemeinsame Maßregeln vor, falls eine der beiden Mächte von einem Angriff bedroht würde. Der Anwendung dieser Verpflichtung, die Frankreich vergeblich auf Europa zu beschränken versucht hatte, wurde auf russisches Verlangen ein allgemeiner Charakter gegeben. Es lag in der Natur der Dinge, daß nach dem ersten Schritte die weiteren Schritte nicht lange ausbleiben. Der entscheidende Übergang zu formulierten militärischen Verbindlichkeiten erfolgte durch den Abschluß einer Militärkonvention am 17. August 1892. Der Hauptartikel lautete: "Beide Mächte verpflichten sich, falls eine von ihnen von einem Mitgliede des Dreibundes mit Unterstützung des Dreibundes angegriffen werden sollte, ihre Hauptmacht gegen Deutschland zu werfen." Fast ebenso bedeutsam war der zweite Artikel: "Falls die Streitkräfte des Dreibundes oder einer der Mächte des Dreibundes mobilisiert werden sollten, werden Frankreich und Rußland auf die erste Nachricht dieses Vorganges und ohne daß es vorherigen Einvernehmens bedürfte,[69] unverzüglich und gleichzeitig die Gesamtheit ihrer Streitkräfte mobilisieren und sie so nahe wie möglich an ihren Grenzen versammeln."

Die Verträge, für die Dauer des Dreibundes abgeschlossen, lehnten sich in gewisser Weise an seine Bestimmungen an, tatsächlich gingen sie, auf das Maß der ihnen innewohnenden Aktivität beurteilt, weit über seine militärische Schlagfertigkeit hinaus. Die Verpflichtung der Mobilisierung, die noch Bismarck in der Krisis von 1887/88 mit so viel Vorbehalten zu umgeben gesucht hatte,[70] setzte hier automatisch und unbegrenzt ein, wurde auch grundsätzlich mit dem Kriegsausbruch gleichgesetzt. Es ist überhaupt bezeichnend, wie rasch nach dem diplomatischen Abkommen präzise militärische Vereinbarungen, insbesondere über Mobilisierung in Kraft getreten sind, während zwischen den beiden Zentralmächten trotz 35jährigen Bestehens ihres Bündnisses nichts derartiges erfolgte.[71] Aber auch von den technischen Einzelheiten abgesehen, hatte das russisch-französische Abkommen einen viel eindeutigeren Offensivcharakter, als er der verwickelten Bündnismaschinerie Bismarcks eigen war. Vor allem die betonte Spitze gegen Deutschland, die sich mit der Zeit nur noch schärfer herausarbeitete, wurde durch die Natur des Zweifrontenkrieges, durch die gleichgerichteten Ziele der sich in die Hände arbeitenden Generalstäbe, von einem militärischen Angriffswillen kommandiert, wie er sich in den deutsch-österreichischen Kriegsbesprechungen kaum entwickeln konnte. Das entscheidende Wort über die größere oder geringere Friedensgefährlichkeit solcher militärischer Bestimmungen wird freilich nicht allein durch die technische Formulierung gesprochen, sondern von dem Geist der politischen Kräfte, die dahinterstehen und die Maschine in Bewegung setzen.

Das Frankreich von 1891, das sich dem ersehnten Abschluß mit Rußland näherte, hat nach außen gern betont, daß es nunmehr erst aus seiner Isolierung herausgetreten und in den Besitz der wahren Sicherheit gelangt sei. Das ist die Formel, die Dinge ausschließlich defensiv zu sehen: sie deckt einen politischen Machtinstinkt, der auch den offensiven Sinn der Dinge kennt und von dem Gedanken der Aktion lebt. Gewiß bemühte sich Herr von Giers, als er im November 1891 auf der Rückreise von Paris durch Berlin kam, beruhigend anzudeuten, das Wort "*Alsace*" sei nicht einmal ausgesprochen worden. Daß es, unausgesprochen, für die französische Seite den Sinn der Dinge enthielt, wußte auch er. Einige Wochen vor Kronstadt sagte der französische General Marquis de Gallifet zum deutschen General von Loë: in beiden Nationen wünsche niemand den Krieg, aber alle vernünftigen Leute seien der Ansicht, daß er wegen Elsaß-Lothringen unvermeidlich sei - wenn Rußland den Krieg gegen Deutschland beginne, so sei gar keine Regierung imstande, Frankreich zurückzuhalten. Ja, der Franzose schreckte nicht vor der prophetischen Wendung zurück: es würde nur eines Zwischenfalles auf dem Balkan bedürfen, um den friedlichen Kaiser von Rußland zu zwingen, den Krieg gegen Österreich zu beginnen.[72] Schon vor dem Notenaustausch machte man sich in Paris keine Illusion darüber, was es eines Tages bedeuten mußte, wenn der elsaß-lothringische Gegensatz mit irgendeinem Brandherd des Orients in einen Vertragszusammenhang gebracht wurde.

Aber auch die Freunde Deutschlands konnten aus dieser Feststellung gewisse Schlußfolgerungen ziehen. Die französische Flotte wurde auf ihrer Rückfahrt aus Kronstadt von der englischen Regierung, auf vorgängige Anfrage von Paris, nach Portsmouth eingeladen. Dieser Meisterzug Salisburys, der unmittelbar vorher die Höhe seiner Intimität mit dem Dreibunde erstiegen hatte, besagte nichts für die praktische Politik des Augenblicks, aber er deutete symbolisch und vor der Welt auf einen Weg hin, auf dem England in dem nunmehr in Dreibund und Zweibund geteilten Europa in die Hinterhand gelangen konnte. Salisbury erkannte diese Möglichkeit so früh, weil er im Grunde seines Herzens immer nach ihr ausgeschaut hatte. Er gestand einige Monate später dem österreichischen Botschafter: Bismarck habe mit Rußland, trotz der äußerlichen Gegnerschaft, doch immer geheime Beziehungen unterhalten, die ihm eine gewisse Stütze verliehen hätten - das sei heute zu Ende, dieser mögliche Rückhalt fehle dem deutschen Kabinett und dies sei der Grund, warum man jetzt in Berlin so unruhig und nervös bei jeder auftauchenden Frage sei, wenn sie auch Deutschland keineswegs direkt berühre.[73] Damit rührte er an das tiefste und innerste Geheimnis des Rückversicherungsvertrages - mit dieser Politik, die dem englischen Konzept zuwiderlief, hatte Bismarck gerade England immer wieder auf seine Seite hinübernötigen können und in der

Hinterhand das höchste Maß der Autonomie erreicht. Die Epigonen Bismarcks, die auf dieses Druckmittel verzichtet hatten, mußten sich daran gewöhnen, daß ein anderer auch Geschmack für Rückversicherungstendenzen zeigte, um damit eine freiere Hand zu gewinnen. Natürlich wäre es verfrüht, an dieser Stelle von einer eindeutigen Tatsache zu sprechen. Die russisch-französische Entente, zumal seit ihrer Vertiefung zum Bündnis, konnte zwar eines Tages auch der englischen Politik eine gewisse Erleichterung bringen, aber zunächst war sie eine ernste Bedrohung. Aus beiden Gründen ergab sich für die englische Politik das Bedürfnis, trotz ihrer engen Fühlung mit dem Dreibunde, sich gelegentlich an der Gabelung des Weges aufzuhalten, die zu den beiden Mächtegruppen führten. Es sind zunächst nur leichte Schattierungen der Haltung, an denen das bemerkbar wird, aber die Politik setzt sich aus der Summe solcher Schattierungen zusammen, die bald sich wieder ausgleichen, bald aber sich häufen und zu einem neuen Farbenton steigern. Wenn die Russen und Franzosen mit tiefer Befriedigung empfanden, daß das in Kronstadt begründete Gleichgewicht Deutschland die hegemonische Stellung koste, und daß erst jetzt für sie das Zeitalter Bismarcks zu Ende gehe, so waren doch die Rückwirkungen bei beiden Völkern sehr unterschieden. Das neue Freundschaftsverhältnis bedeutete für die Franzosen einen starken Antrieb ihrer Revanchehoffnungen, und erlegte dadurch den Russen die Verpflichtung auf, den Franzosen immer wieder zu sagen, daß sie eine Erfüllung dieser Hoffnung von dem Wortlaut des Vertrages nicht zu erwarten hätten. Aber es kommt nicht nur darauf an, was ein Bündnisvertrag an positiven Zusagen enthält, sondern auch wesentlich darauf, was die Völker glauben, daß er ihnen früher oder später bescheren könne, was sie in einen solchen Vertrag hineinlegen und was sie aus ihm - ohne seinen Wortlaut zu kennen - als Richtschnur für die eigene Haltung entnehmen. So sah das französische Volk in dem Vertrag - um einen französischen Geschichtschreiber zu hören - "gleichsam das Vorspiel zur nationalen Rache, die es leidenschaftlich seit zwanzig Jahren herbeisehnte. Man glaubte nur zu leicht, der Zar habe damit, daß er die Marseillaise anhörte, gegen den **Frankfurter Frieden** Einspruch erhoben und seine Bereitwilligkeit zeigen wollen, ihn zu zerreißen".[74] Der Abschluß der Militärkonventionen vom August 1892 steigerte diesen Glauben und verstärkte die Sprache. Zu Beginn des Jahres 1893 hielt ein aktiver französischer Generalstabsoffizier Molard es schon für angezeigt, in einem militärischen Werke auszuführen: "Die französische Politik hat stets nur einen Zweck gehabt, die Zurückeroberung der von der deutschen Rasse usurpierten Gebietsteile des linken Rheinufers. Der Rhein ist nicht ein deutscher Fluß - mögen es die deutschen Geschichtschreiber auch noch so oft sagen - sondern er bildet die Grenzbarriere. Er teilt in Wirklichkeit das westliche Europa in zwei große Gebiete, in das französische Gebiet, das vom Atlantischen Ozean bis zum Rhein reicht, und in das deutsche Gebiet vom Rhein bis zur Elbe. Auf jeder Seite dieser Grenzbarriere waren seit 2000 Jahren Gallier und Germanen Feinde, wie es Deutsche und Franzosen heutzutage noch sind. Wir waren es, wir sind es und wir werden es bleiben - bis zum Tage der endgültigen Entscheidung - Erbfeinde! - Das ist nicht eine Phrase, sondern die einfache Feststellung der historischen Wahrheit!"

Es ist nicht die Stimme eines einzelnen Säbelrasslers, die hier ertönt; man hört den Chor der Stimmen derer, die im 17. und 18. Jahrhundert in den königlichen Heeren, und dann in den Armeen der Republik und unter Napoleon den deutschen Westen verheerten; man hört den gellenden Zuruf der Nation, der Napoleon III. bei der leichtfertigen Entfesselung des Krieges von 1870 vorwärtstrieb, dessen Urheberschaft mit einer niemals endenden Verantwortung belastet ist. Diese ganze geschlossene und in ihrer Art große Tradition, längst in dem Geiste der Revanche aufgenommen, hat nunmehr die Haltung des Bedrohten abgelegt und läßt wieder die Fanfaren zum Angriff, wie damals, als alles vom "*grand Rhin*" und vom "*petit Rhin*" träumte, herausfordernd erschallen.

Das russisch-französische Bündnis und seine Rückwirkung auf den kriegerischen Geist der Franzosen legten der deutschen Staatsleitung eine schwere Verantwortung auf. So wenig auch im Augenblick eine bedrohliche Spannung nach der einen oder anderen Seite bestand, so war schon die militärische Tatsache, der man sich fortan gegenübersah, derartig eindeutig, daß man ihr, nachdem die Diplomatie ihre Kunst erschöpft hatte, nur mit militärischen Tatsachen begegnen konnte. Die

jetzt einsetzende und auf die deutsche Front gerichtete Zusammenarbeit der russischen und französischen Generalstäbe konnte nur durch eine höhere Anspannung der eigenen Wehrkraft ausgeglichen werden.

Nachdem der große Heeresreorganisationsplan Verdys während der Kanzlerkrisis zurückgestellt worden war,[75] war eine Ergänzungsvorlage (Erhöhung der Präsenzstärke um etwa 18 000 Mann, in der Hauptsache Feldartillerie) zurückgeblieben; der Reichstag hatte jedoch ihre Annahme mit Resolutionen begleitet, die für die Zukunft eine grundsätzliche Schranke aufrichteten; sie sprachen sich gegen die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, gegen das Septennat und anderseits für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen aus. Wenn Caprivi eine namhafte Verstärkung durchsetzen wollte, hatte er eine doppelte Aufgabe zu lösen: nach außen hin mußte er verhindern, daß die Vorlage als ein Anzeichen politischer Absichten aufgefaßt werde und statt zu einer Friedenssicherung zu ihrem geraden Gegenteil führe; nach innen hin mußte er, wenn er nicht in einen Konflikt hineintreiben wollte, die Erhöhung der Präsenzstärke und damit der Schlagfertigkeit durch den immerhin gewagten Schritt der Dienstverkürzung erkaufen. Im September 1892 - in den Wochen nach dem Abschluß der russisch-französischen Militärkonvention - war der Kaiser, wenn auch gegen starke Widerstände, für diesen Weg gewonnen, mit dem, unter dem gleichzeitigen Zwang der inneren wie der äußeren Situation, die seit dem Jahre 1860 festgehaltene Heerespraxis verlassen wurde.

Die deutsche Militärvorlage von 1892/93, in der eine Erhöhung der Präsenzstärke um ursprünglich 86 000 Mann vorgesehen war, stand durchaus unter dem unheimlichen Zeichen des Zweifronten-krieges. Mit dieser bitteren Tatsache mußte jetzt mit dem Eintritt jedes Kriegsfalles unweigerlich gerechnet werden. Die Motivierung des Reichskanzlers machte aus ihr kein Hehl: "Wir wollen weder Frankreich noch Rußland angreifen; wir wollen aber für den Fall, daß diese beiden Staaten sich noch mehr nähern sollten, alle Mittel aufbieten, die uns zur Verfügung stehen, um einen etwaigen Angriff zurückschlagen zu können. Wir stehen vor der Notwendigkeit, wenn wir an einen künftigen Krieg denken, uns den mit zwei Fronten zu denken, und zwar nicht als Ausnahme, sondern als den wahrscheinlichen Fall."[76] Nirgends schlagen die Motive der Heeresverwaltung einen anderen Ton als den der Abwehr drohender Überlegenheit an. Ein präventiver Angriffsgeist, wie man ihn in den Jahren 1887 - 1889 in den Spitzen des Heeres beobachten konnte, scheint so gut wie ausgelöscht zu sein.[77] Zumal dem Nachfolger Waldersees, dem Generalstabschef Grafen Schlieffen, der im scharfen Gegensatz zu seinem Vorgänger sich eine strenge Zurückhaltung von der Politik zur Pflicht machte, war der Präventivgedanke als Forderung fremd. Um so mehr war er, ein Kopf von wundervoller Schärfe des Urteils, sich darüber klar, daß ein machtpolitischer Druck auf beide deutsche Grenzen auch ohne Krieg eine gefährliche Sache war, wenn ihm nicht mit einem ebenbürtigen machtpolitischen Druck aus dem Inneren begegnet werden konnte. Wir haben aus seinem Munde damals das ebenso persönlich wie realistisch geformte Urteil über die Kosten der Heeresreorganisation: "Geld muß man für alles geben. Schlechte Behandlung, Fußtritte, Unter-würfigkeit, Elend muß man auch bezahlen, vielleicht sehr hoch. Hat man die Wahl, so ist es am billigsten und angenehmsten, sich die Macht zu kaufen."[78] Der Machtgedanke des preußischen Generalstabs (wenn man diese vertrauliche Äußerung so bezeichnen will) verleugnet auch jetzt noch nicht seine Herkunft; noch zittert in ihm nach, auf wie langem und bitterm Wege des Erlebens den Deutschen der Sinn der Macht im Völkerleben aufgegangen ist. Denn dieser Machtgedanke war, den Lehren der Geschichte und der deutschen Mittellage gemäß, nichts anderes als der Sicherheitsgedanke, der ihn in dem internationalen Sprachgebrauch von heute abgelöst hat.

Trotz der starken Erleichterung, die in der Herabsetzung der Dienstzeit für die Fußtruppen lag, stieß die Heeresvorlage anfänglich auf ernste Schwierigkeiten im Reichstage. Caprivi ließ sich sogar herbei, einen Vermittlungsantrag des Abgeordneten von Huene, durch den die angeforderte Erhöhung der Präsenzstärke um 13 000 Mann gekürzt wurde, als annehmbar zu bezeichnen. Als aber auch dieser Kompromißvorschlag keine Mehrheit gewann, wurde der Reichstag am 6. Mai

1893 aufgelöst. Während der Reichstagsberatungen hatte die gesamte Pariser Presse wie auf geheimen Befehl zurückgehalten, erst nach der Ablehnung des Antrages Huene brach der Jubel los. In der Patrie war schon zu lesen: "Eine Stunde, die vielleicht nicht fern ist, wird dieses anscheinende Gerüste von Macht und despotischer Tyrannei mit einem Stoße unerwartet umwerfen, unter dem Antrieb von Ereignissen, deren Gang niemand aufzuhalten oder aufzuschieben vermag." Solche Äußerungen sind in der Pariser Presse in der Zeit von 1871 bis 1914 eine nicht seltene und darum nicht zu tragisch zu nehmende Begleiterscheinung, nur ihre Temperaturhöhe ist von der jeweiligen Situation abhängig.

Einstweilen wurde, nachdem die Neuwahlen die Zusammensetzung des Reichstages im günstigen Sinne verändert hatten, die Caprivische Heeresvorlage, in der Beschränkung des Antrages Huene, am 15. Juli 1893 angenommen. Es war bezeichnend für die damalige Auffassung der europäischen Lage, daß die polnischen Reichstagsabgeordneten sich von vornherein in den Abstimmungen auf der Regierungsseite hielten: sie hatten damals alle ihre Hoffnungen in dem nahenden Weltkriege auf die Seite der Mittelmächte gesetzt.

Wenn die Franzosen in der Heeresvorlage eine Antwort auf den Zweifrontendruck durch das russisch-französische Bündnis sahen, so hatten sie jetzt das dringende Bedürfnis, ihrem Bündnis einen neuen glänzenden Ausdruck vor der Welt und nach innen die leidenschaftlich ersehnte völkerrechtliche Bestätigung zu geben: das erste geschah durch den Besuch, durch den das russische Geschwader den Kronstädter Besuch in Toulon erwiderte, und das zweite durch den Austausch der von den Staatshäuptern unterzeichneten Verträge am 27. Dezember 1893 bzw. 4. Januar 1894.

Der Besuch in Toulon hinterließ, nachdem der Rausch der nationalen Feststimmung verflogen war, in beiden Völkern die aufregende Empfindung, daß Rußland und Frankreich vereint, wie Chateaubriand es einst formuliert hatte, der ganzen Welt das Gesetz des Handelns vorschreiben könnten: und der Rhythmus der politischen Geschäftigkeit der Kabinette wurde allerdings von diesem Eindruck bestimmt. Zwar hatten auch die Feste von Toulon das tatsächliche Machtverhältnis noch nicht weiter verschoben, aber sie wirkten doch beunruhigend auf die Luft der Imponderabilien zurück, in der die reale Staatenordnung eingebettet ist. Es war, als wenn die verbündete russisch-französische Kraft durch jede neue Stufe ihrer Manifestation ihre offensive Tendenz verstärkte, und wenigstens der eine Partner begann diese "Vertiefung" des Bündnisses gründlich auszukosten.[79] Sorgenvoll verzeichnete der belgische Gesandte in Paris, daß fast niemand mehr in Frankreich an der Verbindung der beiden Völker und Heere zum Zwecke einer gemeinsamen Unternehmung gegen Deutschland und seine Verbündeten zweifle:

> "Es ist zu fürchten, daß der Zar wider Willen doch nur erreicht hat, in Frankreich Gefühle zu erhitzen, die bei dem Nervenzustande, in dem sich gegenwärtig diese leicht zu beeinflussende Nation befindet, keine Erregung mehr nötig hatten. Ihre Regierenden würden sie viel schwerer als noch vor einigen Wochen zur Bewahrung der Kaltblütigkeit veranlassen können, wenn ein Zwischenfall plötzlich auftauchte."[80]

Ein anderer objektiver Urteiler, der belgische Gesandte in Berlin, faßte seinen Eindruck in den Sätzen zusammen:

> "Gibt es einen Franzosen, der nicht die Revanche wünschte? Die einen, die Besessenen, wollen sie auf der Stelle. Das sind die weniger zahlreichen... Die andern, die Klugen, erwägen die Revanche für später, wenn die Konjunktur besser geworden ist. Dieses Gefühl... hat seinen Ausdruck in dem Taumel des Empfanges für die russischen Matrosen gefunden, der sich weder durch die Sympathie für die russischen Zustände noch durch gemeinsame Überlieferungen erklären läßt. Das einzig Gemeinsame ist der Haß gegen Deutschland, dem man es nicht verzeihen kann, die vorherrschende Macht in der Welt zu sein, wie es

> Frankreich gewesen ist und Rußland zu werden träumt. Im Munde der Pariser Bevölkerung hat der Ruf »Es lebe Rußland« die gleiche Bedeutung wie der Schrei »Nach Berlin«, den sie 1870 ausstieß."[81]

Das ist die eine Seite der sichtbaren Nachwirkungen von Toulon. Die andere Seite ist allgemeinerer Natur. Der Welt wurde zu Gemüte geführt, daß das politische Energiezentrum, die bewegende Kraft der Initiative sich in Europa zu verschieben begann. Diese Verschiebung wirkte auf alle Teile des Bismarckischen Systems zurück, auf den Dreibund und seine Glieder und auf das locker ihm angeschlossene England; ja nach Toulon überwog der Eindruck, daß die unmittelbare Spitze geradezu gegen die englische Machtstellung im Mittelmeere gerichtet sei. Aber selbst wenn das der Fall war, wurde der europäische Kredit der deutschen Politik nicht auch davon betroffen?

Das innere Selbstvertrauen der deutschen Außenpolitik wurde durch diese Umgruppierung um so weniger erhöht, als die scharfe Kritik Bismarcks jeden ihrer Schritte begleitete und ihr mit wachsendem Widerhall im Volke die Schuld daran zuschob. So wuchs die Neigung bei den leitenden Männern des neuen Kurses, nur dem Alten von Friedrichsruhe keine Blöße zu geben, nachdem das unglückliche Vorgehen Caprivis gegen die Reise Bismarcks nach Wien im Sommer 1892 eine so furchtbare Antwort ausgelöst hatte. Es scheint, daß man gerade in der Außenpolitik den Zweifel nicht los ward, ob die Staatsräson Bismarcks nicht sicherer orientiert gewesen sei, und es läßt sich schon seit dem Herbst 1892 beobachten, daß man auf den russischen Weg zurückzutasten suchte.

Diese Tendenz sollte bei dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages bereits sichtbarer in die Erscheinung treten. Nachdem man von Ende 1891 bis zum Sommer 1893 nicht über akademische Erörterungen hinausgelangt war, bedurfte es schließlich noch des Zwischenspieles eines deutsch-russischen Zollkrieges, um am 1. Oktober 1893 die Verhandlungen neu zu eröffnen. Aus diesen Verhandlungen, begonnen unter dem ungünstigen Gestirn von Toulon, ging der Handelsvertrag hervor, der am 10. März 1894 gegen eine starke agrarische und Bismarckische Opposition angenommen wurde.

Der Kampf um den deutsch-russischen Handelsvertrag geht nicht allein und in erster Linie um seinen wirtschaftspolitischen Inhalt - wenn auch schon in höherem Grade als bei den handelspolitischen Kämpfen des Jahres 1891. Der Vertrag hat im ganzen dazu beigetragen, die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland inniger und fester zu gestalten. Die Herabsetzung der Landwirtschaftszölle war eigentlich nur die notwendige Folge der früheren Verträge; aber sie trug dazu bei, die wirtschaftspolitische Schwenkung zu vertiefen und das Schwergewicht von der agrarischen auf die industrielle Seite zu verlagern; so wurde denn auch die Begründung des Bundes der Landwirte von dem damals entfesselten Interessenkampf ausgelöst.

Aber grundsätzlich noch bedeutsamer waren die Kämpfe, die auf einem andern Schauplatze um die Frage gingen: was bedeuten gute handelspolitische Beziehungen für Völker, die nicht durch Bündnisverträge miteinander verknüpft sind (darauf war die Argumentation von 1891 zugeschnitten), sondern sogar verschiedenen politischen Bündnisgruppen angehören? Caprivi erklärte in seiner Reichstagsrede vom 27. Februar 1894, daß er in dem Vertrage eine Brücke für den friedlichen Verkehr zweier großer Nationen sehe und die Wirkung von ihm erwarte, die Spannungen zwischen den Nationen zu vermindern; ja er wagte es, mit Anspielung auf den "zerrissenen" Draht nach Petersburg von einem "starken, kräftigen, neuen Draht" zu sprechen. Der Kaiser hatte sich im Kronrat vom 18. Februar 1894 sogar übertreibend zu der Auffassung bekannt, daß ein gutes politisches Verhältnis zwischen Staaten, deren wirtschaftliche Beziehungen schlechte seien, auf die Dauer nicht bestehen könne, und die Hoffnung ausgesprochen, daß der Vertrag zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und zur Lockerung derjenigen zwischen Rußland und Frankreich führen könne.

Während Bismarck die beiden Gebiete Politik und Wirtschaft durchweg streng auseinandergehalten hatte, suchte Caprivi in dem neuen Zeitalter des wachsenden Einflusses der Wirtschaft auf die politischen Entscheidungen gerade der deutschen Politik eine führende Rolle dadurch zu verschaffen, daß sie diesen Umschwung entsprechend auswerte. Das war eine Illusion, sobald man glaubte, jemals den Primat der Außenpolitik, den Umkreis dessen was die Völker als ihre Macht, Sicherheit und Lebensnotwendigkeit begreifen, zugunsten überragender und richtig verstandener wirtschaftlicher Interessen zu durchbrechen. Wohl aber war es eine Erkenntnis, die in einem begrenzten Geltungsbereich eine sekundäre (und mit der Zeit wachsende) Bedeutung schon damals besaß. Und da der Russe von Haus aus seinem Bündnis mit Frankreich keineswegs eine offensive Spitze gegen Deutschland geben wollte, konnte ein dauerndes und beide Teile befriedigendes deutsch-russisches Wirtschaftsverhältnis dazu beitragen, die von Paris aus genährte Gefahr politischer Spannungen zu verringern. Wie hoch der Wert der Karte in dem großen Spiel der europäischen Mächte einzuschätzen war, stand allerdings dahin.

Während die kontinentalen Bündnisgruppen sich versteiften, blieb die einzige großmächtliche Beziehung des Deutschen Reiches von labiler Natur, die Beziehung zu England. Sie war in ein neues Stadium getreten, weil seit dem August 1892 ein Ministerium Gladstone-Rosebery die Staatsleitung Salisburys ablöste. Das liberale Kabinett hatte zwar die Erbschaft seines konservativen Vorgängers in dem allgemeinen Verhältnis zu Deutschland angetreten und sich mit einer entsprechenden Erklärung bei den Dreibundsmächten eingeführt,[82] aber es hatte es abgelehnt, die Dreier-Abkommen vom Februar bzw. November 1887 anzuerkennen.[83] Es konnte also formell zur Politik der freien Hand übergehen und ließ die Stetigkeit um so stärker vermissen, als es mit Widerständen im eigenen Lager zu rechnen hatte; wenn Rosebery auch seiner Außenpolitik einen aktiveren Zug zu geben suchte, so verfügte seine sanguinische Sprunghaftigkeit weder über den Rückhalt der nötigen Machtmittel, noch über die Festigkeit einer großen Linie. So lagen die Dinge für die Frage Intimität und Bündnis zwischen Deutschland und England seit dem August 1892 eher ungünstiger als vorher. Was Bismarck auf der Höhe seiner Macht von Salisbury nicht hatte erlangen können, konnten seine Epigonen von Rosebery kaum erwarten.

Dazu kam, daß die Reibungen, die sich aus den mannigfachen kolonialen Berührungen in der Welt ergaben, sich in den nächsten Jahren unglücklich häuften; und es ließ sich nicht verkennen, daß auch die englischen Liberalen die Proteste und Klagen von dem nachbismarckischen Deutschland nicht so leicht ertrugen, wie von dem bismarckischen Deutschland in der Periode von 1884/85; sie legten sich schon die Frage vor, ob man sie von einem zwischen Rußland und Frankreich eingerahmten Deutschland überhaupt schweigend hinnehmen müsse. Gleich in den ersten Monaten zeigte ein Zwischenfall, daß man in London empfindlicher wurde. Als Anfang Januar 1893 der englische Botschafter in Konstantinopel in der anatolischen Eisenbahnfrage zum Nachteile Deutschlands für die französischen Interessen eintrat, wies Herr von Marschall den deutschen Vertreter in Kairo am 7. Januar an, die deutsche Zustimmung zu einer englischen Truppenvermehrung in Ägypten zurückzuhalten; eine Weisung, die übrigens nicht praktisch wurde, da die Zustimmung bereits ausgesprochen war; die Episode lief so rasch ab, daß schon in den nächsten Wochen der Beistand des Dreibundes Rosebery ermöglichte, die französische Aktion in Ägypten zu überwinden und sich zu einer dankbaren Verpflichtung gegenüber dem Dreibunde zu bekennen.

Die Episode ist nur wegen einer psychologischen Nachwirkung bemerkenswert. Denn der junge parlamentarische Unterstaatssekretär im *Foreign Office*, Sir Edward Grey, will, wie er in seinen Memoiren erzählt, damals von dem deutschen "Ultimatum", das in der ägyptischen Frage die Schlinge um den englischen Hals mit einem groben Ruck zusammengezogen habe, einen bitteren Nachgeschmack zurückbehalten haben. In Wirklichkeit scheint die Aufbauschung des Vorganges, der in den Erinnerungen Greys zum bestimmenden Auftakt des Erlebens gemacht wird, den Rückschluß auf eine bereits vorhandene antideutsche Voreingenommenheit zuzulassen.[84] Immerhin bemerkt man, daß Grey amtlich auch schon vor dem Weltkrieg auf seine in der kurzen Episode von

1892 - 1895 mit den Deutschen gemachten Erfahrungen kritisch zurückkommt, und eine längere Liste von unangenehmen Streitfragen anführt.[85] Man hat doch die Vorstellung, daß in dem dreibundfreundlichen Ministerium Roseberys einflußreiche Elemente überhaupt nur zögernd mitgingen.

Jedenfalls kam in die deutsch-englischen Beziehungen ein merkwürdiges Element springender Unruhe. Sobald es sich um ägyptische Angelegenheiten handelte, war Rosebery zu dem Geständnis bereit: Was sollte ich wohl ohne den Dreibund machen? Als der Siamkonflikt zwischen England und Frankreich einen Augenblick sich kriegerisch anließ, wollte man hastig an Deutschland heranrücken. In afrikanischen und Südseefragen verschwanden kleine Konflikte niemals von der Tagesordnung, und bis in untergeordnete Fragen hinein, wie Geschützlandungen in der Walfischbai oder Kulitransporte in Singapore tauschte man gereizte Noten aus. Am 14. September 1893 mußte wieder einmal - nach alten bismarckischen Rezepten von 1884/85 - ein scharfer Erlaß nach London zur Erinnerung bringen, Deutschland könnte gezwungen sein, "künftig sein Entgegenkommen gegenüber englischen politischen Wünschen nach dem Grade englischen Entgegenkommens auf kolonialem Gebiete abzuwägen". So bewegte man sich in einem steten Kreislauf von freundschaftlichen Versicherungen für die Zukunft und ärgerlichen Vorstellungen für die Gegenwart. Und es ließ sich auf keiner Seite ein führender Wille erkennen, aus diesem Zustande der Unsicherheit in eine klarere und festere Stellung gegenüber den umgebenden Gefahren zurückzukehren.

So war es denn bezeichnend für die Konstellation, die sich seit Toulon in Europa ergeben hatte, daß die einzige weitausschauende diplomatische Gegenaktion aus dem Lager des Dreibundes nicht von Berlin und der führenden Dreibundmacht ausging, sondern von Wien, von dem Grafen Kálnoky, der ein Jahrzehnt lang neben dem deutschen Reichskanzler eher die zweite Geige im Bunde gespielt, aber immerhin eine so starke Erfahrung in dieser Gemeinschaft angesammelt hatte, daß sich seit dem Frühjahr 1893, nach dem Urteil von Feind und Freund, sogar das Schwergewicht des Dreibundes von Berlin nach Wien verschoben haben sollte.

Kálnoky kam gegen Ende des Jahres 1893 zu dem Entschluß, die neue Weltlage dazu zu benutzen, um die Identität der Interessen des Dreibundes und Englands, die im letzten Jahre ziemlich unverbunden nebeneinander hergelaufen waren, in einer neuen Vertragsform zu verknüpfen, - und zwar auf der Grundlage der Meerengenpolitik. Die deutsche Politik hatte seit Beginn der Handelsvertragsverhandlungen sich bemüht, die Russen über die Fortdauer ihrer Meerengenpolitik zu beruhigen und auch in Wien keinen Zweifel über ihre Haltung aufkommen lassen. Kaiser Wilhelm hatte schon die Manöver in Güns (September 1893) zu solcher Mitteilung benutzt;[86] und Ende November 1893 sah sich der Generalstabschef Graf Schlieffen zu der Mitteilung an den österreichischen Militärattaché veranlaßt, Deutschland würde im Falle einer Besetzung Konstantinopels durch die Russen keinen *casus belli* darin erblicken, da außer England niemand in dieser Frage interessiert sei. Der österreichische Generalstabschef glaubte ein Wiederauftauchen der Bismarckpolitik zu bemerken und erinnerte an die feierlichen Versprechungen vom August 1889 - aber augenscheinlich war die damalige Haltung von der deutschen Politik gründlichst aufgegeben worden.[87]

In dieser Lage setzte Kálnoky sich die Aktivierung des Dreibundes zur Aufgabe. Sie verfolgte im einzelnen das Ziel, Italiens Abspringen zu verhindern und seine Bundestreue durch englischen Kitt zu befestigen, England zu bestimmter Stellungnahme im Orient und Mittelmeer zu veranlassen und Deutschland aus seiner Rolle der Entsagung in Konstantinopel herauszuholen. Er operierte gleichsam als Fortsetzer der Aktionen Bismarcks von 1887, aber wenn das Ganze gelang, so wäre der Zentralnerv der neuen Gruppierung allerdings von London nach Wien verlaufen.

Am 25. Januar 1894 regte Kálnoky in mehreren Depeschen nach London an, die Stellungnahme Englands für den Fall einer ernsten Erwägung zu unterwerfen, daß Rußland an den Meerengen rütteln werde - ohne England werde Österreich die Wacht am Bosporus aufgeben müssen.

Daraufhin gab Rosebery am 31. Januar/26. Februar die positive Versicherung ab, er werde es um der Erhaltung des *status quo* willen an den Meerengen nötigenfalls auf Krieg mit Rußland ankommen lassen, vorausgesetzt daß "Österreich und seine Freunde", also der Dreibund, "Frankreich in Schach halten", d. h. zur Neutralität zwingen würden. Das Ergebnis war formell eine an eine Voraussetzung geknüpfte verbindliche Erklärung, zugleich mit der verschleierten Anfrage, ob die formulierte Voraussetzung zutreffe.[88] Es kam also darauf an, diese "Anfrage", mit welchen Vorbehalten immer sie umgeben war, so zu beantworten, daß eine Brücke der Verhandlung und womöglich aus den beiden Gliedern der Erklärung eine feste, bis nach Berlin reichende Kette hergestellt werden konnte.

Die deutsche Reichsregierung hatte in diesem Augenblick gerade den russischen Handelsvertrag abgeschlossen, in dem sie eine wesentliche Garantie des Friedens auf der realen Grundlage der Wirtschaftsinteressen erblickte, und war daher nur wenig geneigt, die soeben beruhigte Atmosphäre durch gewagte Experimente nach der anderen Seite wieder zu stören. So ließ sich Caprivi wohl zu der platonischen Erklärung herbei, "daß ein Appell Englands an die Unterstützung der Tripleallianz *a priori* nicht wohl abgelehnt werden könne", aber seine amtliche Antwort vom 8. März 1894 brachte eine glatte Ablehnung; er zog aus einer berechtigten Kritik der englischen Unklarheit (die sich ihre Initiative am Bosporus in einem besser zu lokalisierenden Kriege vorbehielt und daraufhin schon die Verpflichtung Deutschlands zur Pression auf Frankreich erwerben wollte) den Schluß, daß für Deutschland ein Zweifrontenkrieg eine zu ernste Sache sei, um ihn wegen der Meerengen zu provozieren. Kálnoky unternahm dann am 20. April noch einen zweiten Anlauf in Berlin, um sich dem für ihn so wünschenswerten Ziel zu nähern; er glaubte jetzt einer gewissen Bereitschaft Roseberys zu Äquivalenten sicher zu sein[89] und auch auf eine günstige Aufnahme bei Kaiser Wilhelm rechnen zu dürfen. Noch einmal empfahl er auf das dringlichste, eine entgegenkommende Antwort zu geben, die unverbindlich in der Form und an Bedingungen geknüpft sein könne. Aber schon am 23. April lehnte Caprivi den österreichischen Vorschlag auch in dieser Form ab - so unbedingt, man darf sagen, aus der gleichen Mentalität heraus, wie er im Frühjahr 1890 seine Absage an Rußland gegeben hatte. Er blieb dabei, daß England in diese Politik sehr wenig, Deutschland aber den letzten Mann und den letzten Groschen einzusetzen habe.

Man kann seine Entscheidung an sich nicht tadeln, denn die Gegengründe gegen das mehr von Wien als von London aus betriebene Unternehmen wogen zu schwer, und die Annahme, als wenn damals wirklich das erste der sibyllinischen Bücher von England an Deutschland herangetragen und verbrannt worden sei,[90] läßt sich nach allem, was wir von Roseberys Politik wissen,[91] kaum aufrechterhalten. Man könnte höchstens zur Erwägung geben, ob es sich nicht trotzdem gelohnt hätte, den dünnen Verhandlungsfaden aufzuheben und für irgendein Gespinst zu nützen; aber ein solches Vorgehen würde, wenn es versucht worden wäre, schon im nächsten Augenblick sich als vergeblich erwiesen haben.

Denn einige Wochen später kam es zu einem ganz unvorhergesehenem Anlaß, zu einem diplomatischen Konflikt zwischen Deutschland und England, dessen Verlauf die Illusion über einen ernsten Bündniswillen Roseberys völlig zerstörte. Ein am 12. Mai 1894 zwischen England und dem Kongostaat geschlossener Vertrag führte fast gleichzeitig zu einem deutschen und zu einem französischen Protest - es war eine Situation wie vor zehn Jahren, die auch die Möglichkeit eines gemeinsamen deutsch-französischen Vorgehens auftauchen ließ. Daß dieser der Kongoakte widersprechende Vertrag einwandfreie deutsche Rechtsansprüche verletzte, und zwar mehr aus Vergeßlichkeit als aus Illoyalität, steht außer jeder Frage.[92] Der scharfe Ton der deutschen Note, der bei der Unanfechtbarkeit der Rechtslage nicht einmal erforderlich gewesen wäre, erklärt sich wohl aus der Absicht, bei dieser Gelegenheit den unbefriedigenden Tatbestand der kolonialen Differenzen überhaupt einmal aufzurechnen.

Aber welchen turbulenten Umschwung der englischen Politik löste eine Sache aus, in der sie völlig

im Unrecht war! Schon am 13. Juni kündigte Rosebery dem österreichischen Botschafter an, daß er durch Deutschlands Vorgehen in der Kongofrage genötigt sei, in der Frage der Zusicherung hinsichtlich der Meerengen und Konstantinopels eine Revision der englischen Politik vorzunehmen. Als der Kaiser dann in entsprechendem Tone Klage führte, daß der Schritt in Afrika möglicherweise unberechenbare Komplikationen in Europa schaffen würde, ließ Rosebery andern Tages die Österreicher wissen, daß die Umstellung seiner Politik auch Italien und den ganzen Dreibund betreffen würde; das deutsch-französische Zusammengehen erinnere ihn daran, daß es auch Punkte in der Welt gebe, wo England und Frankreich sich verständigen könnten.[93]

Das alles war um so schwerer verständlich, als England und Deutschland schon nach wenigen Wochen, nach Aufhebung des "Korridorparagraphen" im Kongovertrag, die ganze Streitfrage aus der Welt schafften, und Rosebery sich bemühte, den Weg zum Dreibund, zunächst zu Österreich, zurückzufinden. Aber der Ablauf des Kongostreites, einer zeitlich in sich abgegrenzten Episode, hat immerhin die Bedeutung, daß vorübergehend der englische Partner in schärferer Beleuchtung erscheint; danach aber behält man den Eindruck, daß der innere Wert der Bereitwilligkeit Roseberys, auf die Pläne Kálnokys einzugehen, nicht allzu hoch bemessen werden dürfte. Der Kongostreit war zugleich eine neue Stufe in den deutsch-englischen Kolonialreibungen; schon wiederholt hatte Deutschland sein sachliches Recht mit einer gewissen Schärfe in der Form ausgedrückt und damit dazu beigetragen, die laufende Bündnisunterhaltung mit peinlichen Vorhaltungen zu durchsetzen. Ein Erlaß Marschalls vom 16. November 1894 stellte fest, daß das Kabinett Rosebery nach und nach das Wohlwollen Deutschlands durch Rücksichtslosigkeiten in Fragen von untergeordneter Bedeutung verscherze. Er hatte recht, daß er die Anlässe tadelte, aber die Schlußfolgerungen, die er zog, waren eine Sache der großen Politik. Zwar ließ Rosebery im November 1894 amtlich erklären, daß er die bestehenden guten und nahen Beziehungen zum Dreibunde fortsetzen wolle, aber er schien jetzt doch sehr abgekühlt, und von einem Abkommen war nicht mehr die Rede. Wenn er einmal klagte, daß man in Berlin mit allen auf dem besten Fuße stehen wolle und schließlich die wirklich befreundeten Mächte verstimmen würde, so ist darauf zu erwidern, daß er selbst von solcher Gabe mindestens den gleichen Gebrauch machte.

Denn seine Staatskunst der freien Hand, die seit Monaten nach engerer Fühlung mit Petersburg und Paris Ausschau hielt, ging gegen Ende des Jahres 1894 dazu über, nach dem Scheitern einer Orientpolitik **mit** dem Dreibunde, eine Orientpolitik **ohne** den Dreibund einzuleiten. Unleugbare Mißstände der türkischen Verwaltung in Armenien, armenische "Greuel", hatten der englischen öffentlichen Meinung einen Anstoß zu einem Entrüstungsfeldzuge gegeben. Entscheidend war, daß die englische Regierung diese Agitationen jetzt aufgriff, um entgegen ihrer früheren Überlieferung von dieser gefährlichen Stelle aus die große türkische Reformfrage in Fluß zu bringen. Im Dezember 1894 lud sie die russische und die französische Regierung zu gemeinsamen Schritten zur Klärung der armenischen Angelegenheiten ein. Unter solchen Vorzeichen trat ein ganz neues Element in die Beziehungen der Großmächte, und es ist begreiflich, daß man in Berlin eine weltgeschichtliche Wendung darin zu sehen meinte, "wenn gerade England die türkische Erbschaft für eröffnet erkläre".[94]

Von der deutschen Politik gegenüber England im Jahre 1893/94 scheidet man nicht mit dem Eindruck, daß sie etwas gestört oder versäumt habe, was ihr im Gegenspiel gegen die Weltlage seit Toulon wertvolle Aussichten geboten haben würde: für die Pläne Kálnokys, so richtig sie von Wien aus gesehen waren, erwiesen sich Männer und Umstände in London doch nicht als bündnisreif. Ein besonderes Schuldkonto der deutschen Seite ist nicht festzustellen, und nur die große Suche nach verpaßten Gelegenheiten, die sich retrospektiv eine Zeitlang der Durchforschung der deutsch-englischen Beziehungen bemächtigte, hat diese Vorgänge zeitweise in einem überscharfen und künstlichen Lichte erscheinen lassen. Ob man auf der deutschen Seite gut daran tat, gleichzeitig mit der im Orient geübten Zurückhaltung die kolonialen Schwierigkeiten so scharf zu unterstreichen, läßt sich verschieden beurteilen. Wenn der Spannung damals trotz allem nur ein episodenhafter Charakter innewohnte, so liegt der Grund darin, daß die Geschäftsführung Roseberys, dessen

Nervosität selbst das sprunghafte Temperament des Kaisers überbot, schon im Juni 1895 wieder von Salisbury abgelöst und damit für die deutsch-englischen Beziehungen, so viel Reibungsballast sie auch schon mit sich schleppten, noch einmal die Möglichkeit eines neuen Ansatzes eröffnet wurde.

Die österreichisch-englischen Entwürfe von 1894 hatten die Politik Caprivis in dem ungünstigen Augenblick berührt, als er sich gegenüber dem russisch-französischen Bündnis vor die Aufgabe gestellt sah, das Wachstum der (ihm nicht genau bekannten) Intimität und seines Druckes auf die beiden deutschen Fronten zu verhindern; wenn er auch kaum Erfolg in dem Bestreben haben konnte, Rußland von Frankreich wieder zu entfernen, so konnte er doch die unmittelbare Gefahr der verbundenen Fronten von Mitteleuropa ablenken. Ein Eingehen auf Roseberys Pressionsvorschlag würde dieses Ziel gefährdet haben. So bereitete Caprivi tatsächlich eine Situation vor, in der auch der neue Zar zu einem relativ freundlichen Verhalten gegenüber Deutschland veranlaßt werden konnte.

Auch wer die politischen Gedankengänge Caprivis billigt, wird dies bemerken: daß er unter dem Verhältnis zu der Ära Bismarck litt. Schon bei den letzten Bemühungen Kálnokys fällt es auf, wie lehrhaft der Österreicher, eigentlich schon seine Grenze überschreitend, den richtigen gegen den mißverstandenen Bismarck auszuspielen wagte: denn allerdings hatte auch er zu kämpfen mit dem Schatten dessen, der - ob richtig oder falsch verstanden - längst wieder unsichtbar in den Entscheidungen der Wilhelmstraße zu spüren war. Als Caprivi dem österreichischen Botschafter am 23. April 1894 seine Absage begründete, klagte er darüber: der Autorität Bismarcks würde die öffentliche Meinung es leicht verziehen haben, wenn er sich in Fragen der großen Politik auch in diametralen Gegensatz zu seinen früheren Aussprüchen gesetzt hätte; er aber sei in einer schwierigeren Lage und könne die von seinem Vorgänger geerbten Rezepte nicht unberücksichtigt lassen; aber gewiß werde er auch seine eigenen abweichenden Anschauungen nach Tunlichkeit zur Geltung bringen und dabei nicht bloß die Interessen Deutschlands, sondern auch die der verbündeten Mächte sich stets vor Augen halten. Der Botschafter gewann aus diesem Geständnis innerer Unsicherheit den Eindruck: "Augenscheinlich kämpft Graf Caprivi - der sonst ein klarer Kopf ist - mit Bismarckschen Traditionen und eigenen Ansichten und kann zu keinem Entschluß gelangen. Er traut sich selbst und seinem Urteil nicht, und demzufolge sind seine Aussprüche nebulos." Die Erfahrungen seit 1890 waren für die deutschen Staatsmänner doch so stark gewesen, daß sie innerlich zu manchen Positionen der Bismarckzeit zurückstrebten - als wenn man einfach, bei veränderter Weltlage, in den Strom wieder hätte steigen können, da wo man ihn im März 1890 verlassen hatte! Ja, man rechtfertigte sich schon vor sich selber dadurch, daß der neue Kurs nur den alten Kurs fortsetze[95] - als wenn nicht eine der Voraussetzungen des alten Kurses unwiederbringlich entglitten wäre! In diesem Kampfe der zwei Seelen in einer Brust - der sich von der unbedingten Herrschaft einer leitenden politischen Idee im Geiste Bismarcks tief unterscheidet - mochte dann die Gefühlsseite einen allzu großen Raum in kritischen Stunden einnehmen. In den Entscheidungen, die nun einmal der deutschen Politik in ihrer Mittelstellung zwischen Rußland und England auferlegt waren, bestimmte sie schon die Akzente. Man war so ausgesprochen zu der russischen Tendenz zurückgekehrt - die äußere Versöhnung des Kaisers mit Bismarck war gleichsam auf diesem Hintergrunde vor sich gegangen! - daß man in den Reibungen mit England die schärfere Tonart vielleicht allzu sorglos walten ließ.

Der neue Kurs besaß längst nicht mehr den ursprünglichen Glauben an seinen Weg, als er im Oktober 1894, aus einem plötzlichen Anlaß der Innenpolitik, durch den gleichzeitigen Rücktritt des Reichskanzlers Grafen Caprivi und des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, sein erstes Stadium beschloß. Die Außenpolitik spielte dabei nicht mit, aber doch gewisse, in demselben Augenblicke sich einstellende außenpolitische Möglichkeiten: der Tod des Zaren und die Thronbesteigung Nikolaus' II. boten der längst in einer gewissen Rückbiegung begriffenen Außenpolitik des neuen Kurses zusammen mit einer allgemeinen Änderung der Weltlage ganz neue Aussichten.

Anmerkungen:

1 [1/358] Vgl. den Bericht des österreichischen Oberstleutnants von Steininger vom 19. April 1887 (bei Mitis a. a. O., 365 f.). ...zurück...

2 [1/359] Das Schreiben Wilhelms II. an die Kaiserin Friedrich, etwa Dezember 1898 (bei Bülow, *Denkwürdigkeiten* 1, 235 ff.), offenbart gerade dadurch, daß es sich der Denkweise der Mutter anpaßt, das ihnen beiden Gemeinsame. Wohl erscheint in diesem - für die Monarchie beklagenswerten - Dokument das Urerlebnis, die Verdunkelung des Hauses Hohenzollern durch den Kanzler und die Aufgabe der Vorsehung, die Krone und die Ehre des Hauses wiederherzustellen, zeitlich zu hoch hinaufgerückt; die Botschaft an Bismarck ist wohl nur ein Erzeugnis späterer Phantasie. Aber das Ganze konnte so empfunden werden und ist darum eine echte Quelle. ...zurück...

3 [2/359] Siehe oben **Seite 331, Anm.** ...zurück...

4 [1/360] Széchenyi an Kálnoky, 14. Juli 1888: "Die Intimität des gegenwärtigen Herrschers mit dem ersten Rate der Krone ist eine solche, die unbedingt kaum einer Steigerung mehr fähig ist. Es sind wahre Flitterwochen der Verehrung, der Zuneigung, des Vertrauens und des Verständnisses." ...zurück...

5 [1/361] Vgl. **S. 337 f**. ...zurück...

6 [2/361] Randbemerkung Bismarcks: "Das ist so leicht nicht! Ein Sieg über Rußland ist keine Zertrümmerung, sondern nur die Herstellung eines revanchelüsternen Nachbarn auch im Osten." *Große Politik* 6, 302. ...zurück...

7 [1/362] Das Schreiben liegt in zwei Fassungen vor: in einer ursprünglichen Fassung, die sich in den *Denkwürdigkeiten* Waldersees (1, 395 ff.) findet, und in der, formell vielfach, einzeln auch sachlich abweichenden Fassung, die in die Hände des Kanzlers gelangte (gedruckt *Ged. u. Erinn.* 3, 136). Ein Vergleich macht es wahrscheinlich, daß Waldersee den ihm vorgelegten Entwurf fortlaufend durchkorrigierte und daß der Kronprinz sein Schreiben in dieser veränderten Form abgesandt hat. ...zurück...

8 [2/362] Bismarck schaltete zwischen den Text des Schreibens und die Unterschrift "Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen" die Randbemerkung ein: "es wäre ein Unglück, wenn." Das geschah fünf Wochen vor der Thronbesteigung. ...zurück...

9 [3/362] Der junge Kaiser hielt es sogar für angezeigt, keinen Zweifel darüber zu lassen, "daß Er nie dem Grafen Waldersee, trotz der Wertschätzung für denselben, einen unberechtigten Einfluß auf die auswärtige Politik einräumen werde" (22. Juni 1888). ...zurück...

10 [1/363] Uebersberger a. a. O. ...zurück...

11 [2/363] 15. April 1888. Waldersees *Denkwürdigkeiten* 2, 48. ...zurück...

12 [3/363] Radowitz' *Aufzeichnungen und Erinnerungen* 2, 297. Vgl. den Brief Waldersees vom 29. Mai 1887 (H. O. Meisner a. a. O., S. 291 f.). ...zurück...

13 [4/363] Vgl. Bericht des belgischen Gesandten Greindl vom 6. Juni 1889 (Schwertfeger a. a. O., 1, 294). ...zurück...

14 [5/363] Vgl. Waldersee, *Denkwürdigkeiten* 2, 54 f., 65. Graf Philipp Eulenburg, Aus fünfzig Jahren, S. 283 f. Frhr. v. Eppstein, *Fürst Bismarcks Entlassung*, S. 95 - 118. ...zurück...

15 [1/364] Graf Philipp Eulenburg warnte den Kaiser damals, daß Bismarck bei zu scharfem Auftreten gehen würde, und das wäre ein "nationales Unglück, ein Unglück auch für Ew. Majestät". ...zurück...

16 [1/365] E. v. Glaise-Horstenau, *Franz Josephs Weggefährte* (Wien 1930), S. 337 f. ...zurück...

17 [2/365] Es ist Verdy, der noch am 27. Januar 1896 an den Österreicher F. Z. M. Beck schreibt: "Bismarcks übergreifende, gewaltige Persönlichkeit hat uns zu Ende des Krieges 1870/71 viel mehr in Mitleidenschaft gezogen als der Feind, und in den Kämpfen mit ihm mußten wir schließlich einen großen Teil unserer Kraft vergeuden." v. Glaise-Horstenau, a. a. O., S. 468 f. ...zurück...

18 [3/365] Als Kriegsminister v. Verdy am 31. August eine neue Armeeorganisation unter Aufhebung des Septennats, unter Einziehung **aller** verfügbaren Rekruten beantragte, äußerte Bismarck am 6. September Bedenken, sich vor dem Reichstag von dem vor wenig mehr als Jahresfrist angenommenen Septennat loszusagen, und empfahl deswegen, weitergehende Pläne bis nach den Neuwahlen geheimzuhalten. Die Randbemerkungen des Kaisers zu Bismarcks Antwort an Verdy fallen bereits durch ihren überheblichen und feindseligen Ton auf. *Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, Anlagenband, S. 33 - 38 (1930). ...zurück...

19 [4/365] Bismarck an Wilhelm II., 29. Dezember 1889 (Zechlin a. a. O., S. 176 f.): "Wenn Krieg sein soll, so ist gerade der mit Rußland der letzte, den wir freiwillig führen sollten. Er hat neben den geographischen Schwierigkeiten des Kampfes selbst keinen begehrenswerten Kampfpreis usw." ...zurück...

20 [5/365] Über das Verhältnis Waldersee-Holstein vgl. die Tagebücher Waldersees. ...zurück...

21 [1/366] Vgl. die Notiz des Grafen Philipp Eulenburg vom 8. Januar: "Würde der Kanzler in ein anderes Fahrwasser in der russischen Frage gedrängt, so würde sein Rücktritt möglich, weil er eine *belle sortie* hätte: Die öffentliche Meinung stände auf seiner Seite, denn er wäre der Verfechter des Friedensgedankens." *Aus 50 Jahren*, S. 287. ...zurück...

22 [1/369] *Erinnerung und Gedanke*. Von Fürst Otto v. Bismarck (Stuttgart und Berlin 1919). Wilhelm Schüßler, *Bismarcks Sturz* (Leipzig 1921). Egmont Zechlin, *Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890 - 1894*. Ernst Gagliardi, *Bismarcks Entlassung*, Bd. 1 (1927). Briefe Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Franz Joseph. *Österr. Rundschau* 580, S. 100 ff. Von den Berichten am wertvollsten die des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld. Nach den Berichten des österreichischen Botschafters: E. v. Wertheimer, "Bismarcks Sturz," *Preuß. Jahrb*. 184 (Juni 1921). In der obigen Darstellung ist vor allem der innere politische Zusammenhang herausgearbeitet. Dagegen wird darauf verzichtet, den biographischen Inhalt des Geschehens nach der einen wie nach der anderen Seite zu erschöpfen. ...zurück...

23 [1/370] Die Übersendung der Hinzpeterschen Denkschrift an Minister Herrfurth war wohl für Boetticher das Signal, sich am 5. Januar zu persönlicher Aussprache in Friedrichsruh anzumelden. Gleichzeitig am 6. Januar der Notruf von Lucius im Namen des Staatsministeriums. ...zurück...

24 [2/370] Die vielumstrittene Auffassung Delbrücks, Bismarck habe in der taktischen Behandlung des Sozialistengesetzes bewußt auf dessen Scheitern hinausgespielt, um dadurch den Weg zu seiner späteren Gewaltpolitik offenzuhalten, läßt sich keineswegs erweisen. Vielmehr läßt sich sein - vom Schein der Zweideutigkeit nicht ganz freies - Ausweichen aus der politischen Taktik erklären, die er stets und grundsätzlich gegenüber dem Abhandeln der Kommissionen und Plenarbeschlüsse des Reichstages beobachtete. Die Abneigung, sich frühzeitig auf ein Minus festzulegen, wo er später auf ein Plus hinauswollte, ist darum noch kein Beweis für eine vorbedachte Katastrophenpolitik. ...zurück...

25 [1/371] Briefwechsel zw. W. Dilthey u. Graf Paul Yorck v. Wartenburg (1893). ...zurück...

26 [1/374] In diese Tage fallen Bismarcks Versuche, die Schweiz zum Festhalten an ihrer Konferenz zu ermutigen. Der Kaiser sah hier einen neuen Anlaß zur Beschwerde. Später suchte er den Entschluß zur Trennung auf diesen Moment - Bismarcks außenpolitische Durchkreuzungsmanöver - zu fixieren. Graf Philipp Eulenburg, *50 Jahre*, S. 269. Am 2. März will *Bülow* (*Denkwürdigkeiten* 4, 629) von Eulenburg schon eine Mitteilung erhalten haben, nach der das Verhältnis unhaltbar und auch das Ausscheiden Herberts wahrscheinlich sei. ...zurück...

27 [1/375] Die ganze frühere Literatur bei Egmont Zechlin, *Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890 - 1894*, S. 158. ...zurück...

28 [1/376] Vgl. **S. 297 Anm. 1**. ...zurück...

29 [1/379] *Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, Anlageband (1930), S. 38 - 43. Diese (bisher nicht bekannte) Denkschrift macht das Vorgehen Bismarcks in den nächsten Tagen erst ganz verständlich. ...zurück...

30 [1/380] Diese Linie wird schon in der Rede vom 5. März erkennbar: wer wider mich ist, den zerschmettere ich. Auch die Verleihung des Schwarzen-Adler-Ordens an Boetticher vom 8. März verfolgt wohl denselben Zweck. ...zurück...

31 [1/383] Bericht des Grafen Széchenyi: 18. März 1890. ...zurück...

32 [1.384] Bericht des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld: 27. März 1890. ...zurück...

33 [1/386] Graf Philipp Eulenburg schrieb am 14. Februar 1896 an Holstein: "Nachdem durch den Rücktritt Bismarcks die Leitung der deutschen Politik in Ihre Hände überging, fanden Sie, der Sie eine Herrschernatur sind, in Ihren Zirkeln seinen Machtfaktor, der sich selbständig und nicht in dem Rahmen entwickelte, wie Sie es erwartet oder gewünscht haben. Das mußte zu Gegensätzen führen." (Eulenburg zielt auf den Kaiser.) Haller, a. a. O., S. 194. ...zurück...

34 [1/387] S. Goriainow, *The End of the Alliances of the Emperors*... a. a. O., S. 340 ff. (mit dem falschen Datum: 12. Februar). ...zurück...

35 [2/387] Auf eine solche Ermächtigung nimmt der zweite geheime Bericht des Grafen Herbert Bismarck an den Kaiser vom 20. März - ohne daß der Kaiser diese Erwähnung irgendwie beanstandet hätte - ausdrücklich Bezug (*Gr. Pol.* 7, 4). ...zurück...

36 [3/387] Auch aus dieser bündigen Verfügung geht hervor, daß der Kaiser mit dem Inhalt des Vertrages vertraut war. Neuerdings ist von K. Fr. Nowak, *Das dritte deutsche Kaiserreich* (1930), S. 234, mit Berufung auf Kaiser Wilhelm die Behauptung aufgestellt worden, dieser habe bis zum 20. März 1890 von dem Bestehen des Geheim-vertrages nicht gewußt und erst von Caprivi davon erfahren. Diese Behauptung ist von Siegfried v. Kardorff in seiner Polemik mit Nowak restlos widerlegt worden. Schon der Kronprinz Wilhelm war unterrichtet (vgl. Bis-marcks Schreiben vom 9. Mai 1888: "Die geheimen Verträge, welche wir mit Rußland haben, sind Ew. Kaiser-lichen Hoheit bekannt.") Daß Kaiser Wilhelm II. vor dem Antritt seiner ersten Reise nach Petersburg völlig ins Bild gesetzt worden ist, ergibt sich aus dem Immediatberichte Bismarcks an den Kaiser vom 2. August und 19. August 1888 (*Gr. Pol.* 6, 341). Ebenso ergibt sich auch aus Goriainow und dem Bericht Herbert Bismarcks, daß die formelle Ermächtigung zur Erneuerung im Februar erteilt worden ist - wie wäre sonst die Verfügung des Kai-sers vom 20. März (ohne Rückfrage) und sein Verhalten zu Schuwalow zu erklären? Die Behauptung des Grafen Hutten-Czapski, Bismarck habe am 18. März die falsche Meldung erstattet, Rußland würde bei seinem Rücktritt seine deutschen Vertragsbeziehungen lösen (Hohenlohe 3, 276), entstellt den wahren Hergang. ...zurück...

37 [1/388] Telegramm Schuwalows vom 21. März (Gr. Pol. 7, 20 f.). Vollständiger Text nach dem Tagebuch des Grafen Lamsdorff (*Berliner Monatshefte*, Februar 1931, S. 163 f.); vgl. Goriainow a. a. O., S. 343 f. Wenn der Kaiser am Abend des 21. März in der Begrüßungsrede für den Prinzen von Wales von der Gemeinschaft der britischen Flotte und der deutschen Streitkräfte für die Sache des Friedens sprach, glaubte er nicht von dem Programm des Morgens abzuweichen! ...zurück...

38 [2/388] Aufzeichnung des Grafen Berchem vom 25. März 1890, *Gr. Pol.* 7, 4 **-** 10. ...zurück...

39 [3/388] *Denkwürdigkeiten* II, S. 392. ...zurück...

40 [1/389] So glaubt auch Uebersberger, a. a. O., S. 963, die Frage, ob die Nachfolger in der Lage gewesen wären, den Nutzen einer wirksamen Garantie gegen den "*Cauchemar des coalitions*" aus dem Geheimvertrage zu ziehen, ruhig mit einem Nein beantworten zu sollen. ...zurück...

41 [2/389] In zugespitzter Form drückte der Kaiser den Generalen es so aus, als habe Bismarck die Österreicher im Stiche lassen wollen; er bezog sich dabei auf den im vorigen Jahre dem Kaiser Franz Joseph gelobten Treueschwur (**s. S. 364 f.**). Zu diesem Vorwurf vgl. Hatzfeldt an Holstein: 18. Juni 1895, über das letzte Mittel Bismarcks. (*Gr. Pol.* 9, S. 353.) ...zurück...

42 [3/389] So Caprivi im Reichstage am 23. November 1892. ...zurück...

43 [4/389] Die russische Diplomatie erklärte den Franzosen im Jahre 1891, sie denke nicht daran, Konstantinopel oder Bulgarien zu besetzen: sie wolle nur den bestehenden Zustand aufrechterhalten und die Türkei von feindlichen Schritten abhalten. ...zurück...

44 [1/390] Schuwalow an Giers, 5./17. Januar 1895. *Berliner Monatshefte*, April 1932, S. 348. ...zurück...

45 [2/390] So teilte er dem Kaiser Franz Joseph schon bei der ersten Begegnung nach der Entlassung mit; vgl. Caprivi zu Holstein 12. Dezember 1891: "Der Kaiser hat **selbst** dem Grafen Kálnoky mitgeteilt, daß Bismarck ihn zu einem Vertrag mit Rußland in letzter Stunde habe veranlassen wollen, durch welchen die von uns Österreich gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten neutralisiert worden wären; das sei ein Hauptgrund der Trennung

zwischen ihm und dem Fürsten gewesen" (Haller, *Eulenburg*, S. 100 ff). Eulenburg tadelte den Schritt: "E. M. begeben sich damit *de corps et âme* und mit gebundenen Händen in den Dreibund." Der Kaiser antwortete: "Das sei auch notwendig" (vgl. das Telegramm Wilhelms II. an Franz Joseph vom 28. Oktober 1896). ...zurück...

46 [1/391] *Gr. Pol.* 7, 17. ...zurück...

47 [2/391] Randbemerkung des Zaren zu Giers vom 16./28. März (Goriainow, a. a. O. S. 344). Fürst Lobanow an Giers: 17. Juli 1890 (in Graf Lamsdorffs Tagebuch: *Berliner Monatshefte*, Februar 1931, S. 175). ...zurück...

48 [1/392] Holstein machte geltend, alles, was Mißtrauen gegen die deutsche Politik erwecken könne, würde im gegenwärtigen Augenblick wirksam sein, da manche neuere Äußerungen Bismarcks schon an sich geeignet seien, die Verbündeten unsicher zu machen. ...zurück...

49 [2/392] Charakteristisch Kiderlen zu Radowitz (3. Mai 1890): "Die große Politik wird genau nach den bewährten Prinzipien unseres großen Reichskanzlers fortgeführt. Einige nebensächliche Absonderlichkeiten, die der Schluß des vergangenen Regimes gezeitigt, werden nicht mehr sprungweise, aber vorsichtig und langsam beseitigt." Wie unbismarckisch klingt die Argumentation Caprivis: "Eine Annäherung Deutschlands an Rußland würde unsere Verbündeten uns entfremden, England schädigen und unserer eigenen Bevölkerung, die sich in den Gedanken des Dreibundes immer mehr eingelebt hat, unverständlich und unsympathisch sein." ...zurück...

50 [1/393] Erlaß an Hatzfeldt vom 19. Januar 1890 (Gr. Pol. VIII, 8). Bismarck betrachtete Witu nur noch als Kompensationsobjekt (M. v. Hagen, *Helgolandvertrag* S. 18) und hatte am 19. August 1889 in London erklären lassen, daß eine deutsche Besitzergreifung von Uganda ausgeschlossen sei. Darmstätter, II, 87. Er lehnte jede Unterstützung zur Befreiung von Emin Pascha ab: "Die bestehende Freundschaft mit England ist für uns von größerem Wert als alles, was die Expedition am oberen Nil im günstigsten Fall erreichen könnte." ...zurück...

51 [1/394] Die "Enthüllung" des Frhrn. v. Eckardstein, *Lebenserinnerungen* I, 309 (1920), daß die ursprünglich allein auf der Basis Sansibar-Helgoland begonnene Verhandlung durch mehrmaliges Eingreifen des Kaisers ohne Not auf weitere ostafrikanischen Konzessionen ausgedehnt und übereilt zum Abschluß gebracht worden sei, wird durch die Akten völlig widerlegt. Graf Hatzfeldt hielt es zwar am 30. Mai für angezeigt, in Berlin zu warnen, die Bedeutung Helgolands für den Nordostseekanal sichtbar werden zu lassen, da Salisbury "bis jetzt" die Insel als ein in Wirklichkeit ziemlich wertloses Objekt "für uns" betrachte, aber der Kaiser war durchaus mit dieser Taktik einverstanden (*Gr. Pol.* VIII, 19). ...zurück...

52 [2/394] Zuletzt M. v. Hagen, *Geschichte und Bedeutung des Helgolandvertrages* (1916). A. Hasenclever, "Zur Geschichte des Helgolandvertrages vom 1. Juli 1890 (*Arch. f. Pol. u. Gesch.* 3, 507 - 524, 1925). ...zurück...

53 [3/394] Königin Victoria an Lord Salisbury, Ende Mai 1890: "Etwas aufzugeben, was man besitzt, ist immer ein übles Ding" (Sidney Lee, *King Edward VII.*, I, 664 [1925]). ...zurück...

54 [1/395] Caprivi suchte das, in der Form nicht immer glücklich, am 5. Februar 1891 im Reichstag aktenmäßig zu erweisen. ...zurück...

55 [1/396] Graf Murawiew an Giers: 12. September 1880. Ebenda, S. 176. ...zurück...

56 [2/396] An demselben Tage, an dem der Kaiser durch wiederholte Boten dem Kanzler das Entlassungsgesuch abzunötigen suchte, löste er sich in einem militärischen Kreise von der Autorität des Generalstabschefs in auffallender Weise ab. Es war für diesen auch die erste Andeutung, daß er nicht zum Nachfolger Bismarcks bestimmt war. ...zurück...

57 [1/397] **Siehe oben, S. 243**. ...zurück...

58 [2/397] Vgl. Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Graf Philipp Eulenburg (13. Dezember 1894): "...haben wir es in dankbarer Erinnerung, daß, als im Jahre 1890 die Tripolisfrage plötzlich akut wurde... es die stille, aber wirkungsvolle Tätigkeit Lord Salisburys war, welche die Gefahr einer Sprengung des Dreibundes beseitigte" (*Gr. Pol.* 9, S. 176 f.). ...zurück...

59 [3/397] J. v. Eckardt, *Berlin - Wien - Rom* (Leipzig 1892), S. 131, 136, sagt, Salisbury habe die von ihm erbetene englische Beschützung der italienischen Küste von einer Bedingung abhängig gemacht: von der vorgängigen Erneuerung des Dreibundes. ...zurück...

60 [1/398] Man lese die Sätze v. Eckardts a. a. O., S. 137, über die Umgestaltung der Weltlage, deren Grenzen jeder Voraussicht spotteten. Er bleibt doch der Balte, der "die Linie nach dem Osten schärfer zieht" und sich an der "Solidarität westeuropäischer Kulturinteressen" erbaut. ...zurück...

61 [2/398] Der Militärattaché in Rom, Oberstleutnant v. Engelbrecht, malte am 7. Februar 1891 die Lage sehr dunkel: "Italien steht an einem bedeutenden Wendepunkt; das schreiende Mißverhältnis zwischen dem Wollen Crispis und dem Können des Landes hat zur Erschöpfung des letzteren geführt und treibt dasselbe fatalerweise in Frankreichs Arme, da Deutschland nicht zu helfen vermag. Dies ist das Resultat der Regierung Crispis, an dem ein wahrlich nicht beneidenswerter Anteil den Leitern unserer Politik zufällt." ...zurück...

62 [1/399] *Hamburger Nachrichten* vom 5. Januar 1892. ...zurück...

63 [2/399] Anspielungen darauf schon in den *Hamburger Nachrichten* vom 28. Januar und 3. Juni 1891. ...zurück...

64 [1/400] So urteilt Schweinitz schon am 17. April 1891 (*Gr. Pol.* 7, S. 203 f.): "Hierzu war es nicht nur berechtigt, sondern sogar gezwungen." ...zurück...

65 [2/400] *Troisième livre jaune français. L'Alliance Franco-Russe* (1918), p. 63. ...zurück...

66 [3/400] Die Äußerung Holsteins zu Chirol (1901), der Zar habe sich zu dem Bündnis erst entschlossen, nachdem bei ihm durch mancherlei Insinuationen, so auch durch tendenziöse Auslegung einer nach Verlängerung des Dreibundvertrages gehaltenen Schiffsrede Wilhelms II. die Besorgnis erweckt worden sei, daß der Kaiser wirklich etwas Ernsthaftes gegen Rußland zulassen könne, möchte ich mir trotz der Randbemerkung Wilhelms II. "richtig" nicht aneignen (*Gr. Pol.* 17, S. 104). Holstein täuscht sich damit selbst über die letzte Ursache hinweg. ...zurück...

67 [1/401] So der französische Botschafter Graf Montebello am 16. Juli 1892. ...zurück...

68 [2/401] Schweinitz, 5. August 1891. ...zurück...

69 [1/402] Dieser Passus ist seit 1906 verändert worden. ...zurück...

70 [2/402] **Vgl. oben, S. 342**. ...zurück...

71 [3/402] Graf Max Montgelas, *Berliner Monatshefte* 1928, S. 674. ...zurück...

72 [1/403] L. v. Schlözer, *Loë* (1914), S. 26 ff., 209. ...zurück...

73 [2/403] Salisbury zu Graf Deym: 2. Dezember 1891, bei W. Herrmann, *Dreibund, Zweibund, England 1890 - 1895* (1929), S. 38. ...zurück...

74 [1/404] Debidour, *Histoire diplomatique* 1, p. 178. Vgl. ergänzend den Bericht Schwartzkoppens vom 30. Oktober 1896 über die 1894 auf der französischen Kriegsakademie gehaltenen Vorträge (*Gr. Pol.* 11, S. 378). ...zurück...

75 [1/405] **Siehe oben, S. 379**. ...zurück...

76 [1/406] *Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, S. 39. ...zurück...

77 [2/406] In der Begründung der Heeresvorlage hieß es: "Der Vorlage liegen kriegerische Motive vollständig fern. Wer eine kriegerische Politik führt, hat den Vorteil, den günstigsten Zeitpunkt für das Losschlagen bestimmen zu können. Unsere friedliche Politik zwingt uns, auf diesen Vorteil zu verzichten. Desto mehr sind wir aber veranlaßt, uns stets stark und kriegsbereit zu halten, um jederzeit einen Angriff abwehren zu können." ...zurück...

78 [3/406] Graf Schlieffen an seine Schwester: 13. November 1892, *Kriegsrüstung*, S. 44. ...zurück...

79 [1/407] Über die französischen Hoffnungen nach Toulun: Marquis of Dufferin an Rosebery 3. November 1893. *Brit. Dokumente* 2, 2, S. 459 ff. ...zurück...

80 [1/408] Baron Beyens: 30. Oktober 1893. Schwertfeger a. a. O. 1, 394. ...zurück...

81 [2/408] Baron Greindl: 25. Oktober 1893. Schwertfeger a. a. O. 1, 386. ...zurück...

82 [1/410] Lord Edward Grey, *Twenty-five years* I, p. 4 (1925). ...zurück...

83 [2/140] *Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 2, S. 124 f. ...zurück...

84 [1/411] Lord Grey, *Twenty-five years* 1, 10. H. Lutz, "Lord Grey und der Weltkrieg." Gr. Pol. 8, S. 185 ff.; 14, S. 452 ff.; K. Helfferich, *Georg von Siemens*, 3, S. 66 ff.; Harold Nicolson, *Sir Arthur Nicolson* (1930), S. 94 f. Nicolson, damals Sekretär der Botschaft in Konstantinopel, tadelt das kurzsichtige Verhalten seines Chefs, aber auch von ihm sagt der Sohn, daß er seit dieser Episode die Wilhelmstraße mit wachsamem Auge verfolgte. ...zurück...

85 [2/411] Grey an Goschen: 10. Oktober 1910. *Brit. Dok.* 6, S. 538 f., Nr. 407. ...zurück...

86 [1/412] v. Glaise-Horstenau, S. 350 f. Zu dem Erlaß Marschalls vom 6. November 1893: "daß wir ein Festsetzen Rußlands an den Meerengen mit Ruhe ertragen können", die Randbemerkung des Kaisers: "das habe ich wörtlich in Güns an Kálnoky gesagt" (*Gr. Pol.* 9, S. 102); vgl. auch die späteren Randbemerkungen des Kaisers über die "Vorlesung in Güns" (*Gr. Pol.* 9, S. 109, 126). ...zurück...

87 [2/412] v. Glaise-Horstenau, S. 350 f. Graf Schlieffen hielt es auch für angezeigt, zu betonen, er sei nicht mehr so mitteilsam wie Waldersee, da er nur im Einvernehmen mit Caprivi handeln könne. **Vgl. oben S. 364 f**. ...zurück...

88 [1/413] Gegen O. Becker, *Bismarck und die Einkreisung Deutschlands*, und seine weitergehende Auslegung scheint mir die Kritik von H. Herzfeld, D. L. Z. 1926, Sp. 2094 ff., W. Herrmann, *Dreibund, Zweibund, England* (Stuttgart 1929), im Recht zu sein. A. Mendelssohn-Bartholdy (*Europäische Gespräche*, 1928, Bd. 6, 257) hält sogar Roseberys Anfrage für den entscheidendsten Bündnisantrag eines englischen Fachministers! ...zurück...

89 [2/413] Roseberys einige Tage vor dem 20. April unternommenen Versuche, bei dem russischen Botschafter Staal auf ein Aufgreifen der Abrüstungsideen durch den Zaren zu dringen, erwecken wenig Vertrauen zu dem Ernst seines Anschlusses an den Dreibund. ...zurück...

90 [1/414] Fr. Meinecke: *Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890 - 1901* (1927) S. 21. ...zurück...

91 [2/414] Hatzfeldt glaubte nicht einmal an seinen guten Willen in Kolonialfragen und betonte, daß er an dem deutsch-englischen Vertrage von 1890 die allzu große Nachgiebigkeit Salisburys tadele. ...zurück...

92 [3/414] Rosebery bezeichnete selbst nachher das englische Vorgehen als eine "Dummheit". Statt jeden anderen Zeugnisses das Urteil von Lord Grey, *Twenty-five years* 1, p. 21: "*Investigation in the foreign office showed that this German protest was well founded, there was such an agreement and it had been overlooked.*" ...zurück...

93 [1/415] Schon am 6. Juni hatte Rosebery den Gedanken einer europäischen Abrüstungskonferenz unter Führung des Zaren (**siehe oben, S. 413**) wieder aufgenommen. Der permanente Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson gestand noch am 31. August 1895 dem Grafen Hatzfeldt, "daß es während des Ministeriums Rosebery eine Zeit gegeben habe, wo man hier wegen unseres »unfreundlichen« Auftretens in der Kongofrage sehr gereizt auf Deutschland gewesen sei" (*Gr. Pol.* 6, S. 34). ...zurück...

94 [1/416] Marschall an Hatzfeldt, 23. Dezember 1894. *Gr. Pol.* 9, S. 221. ...zurück...

95 [1/417] Frhr. v. Marschall machte am 23. Dezember 1895 zu einem Zeitungsartikel, der von einem Zurückgehen auf den Weg der Bismarckschen Staatskunst in den russischen Beziehungen sprach, die Bemerkung: "Richtiger wäre es, zu sagen, daß Deutschland sich von jenem Prinzip niemals entfernt hat" (*Gr. Pol.* 10, S. 242). ...zurück…

2. Die Anfänge weltpolitischer Verflechtung 1894 - 1899.

Es war das Schicksal des alten Deutschen Reiches im 16. bis 18. Jahrhundert gewesen, daß es auf seiner damaligen Entwicklungsstufe sich an dem beginnendem Kampfe der Mächte um die Erschließung der Welt nicht selbständig beteiligen konnte. Die Folge war, daß auch die neuere Staatsentwicklung der Deutschen, bis zum Deutschen Bunde und zur Begründung des Deutschen Reiches, sich als ein im wesentlichen kontinental-europäischer Vorgang vollzog. Das dynamische Gesetz der großmächtlichen Entwicklung des Reiches lag demgemäß in Europa, überwiegend sogar auf dem Kontinent; wenn die Welt des nahen Orients einbezogen war, so lag das nicht an einem deutschen Bedürfnis, sondern an der historischen Tatsache, daß auf diesem Schauplatze das ewig flüssige Element der europäischen Machtinteressen sich zu erproben gewöhnt war. Noch zu Beginn der achtziger Jahre war das Deutsche Reich, ebenso wie seine mitteleuropäischen Verbündeten, ein rein europäischer Machtkomplex, der allein wirtschaftlich, aber nirgends politisch-militärisch in andere Welten oder über See hinausreichte.

Wir haben gesehen, aus welchen äußeren und inneren Anlässen die Politik Bismarcks in den Jahren 1883/85 sich doch noch, so spät es auch zur Aufteilung der Erde antrat, an kolonialem Erwerb in Afrika und in der Südsee beteiligte. Indem das Reich gegenüber diesem zunächst nur peripherischen, zusammenhangslosen und unbefestigten Besitz neue Verpflichtungen übernahm, trat in seiner bis dahin rein europäisch orientierten Außenpolitik unvermeidlich eine Verschiebung ein. Mit einem Male stand die Reichspolitik Aufgaben auf Gebieten gegenüber, in denen sie über Mittel der Machtanwendung nicht oder doch nur kaum verfügte. Gerade Bismarck empfand schon früh dieses Mißverhältnis als eine Beeinträchtigung seiner freien Hand in Europa. Er konnte, wie sich bei verschiedenen Gelegenheiten beobachten läßt, in den letzten Jahren seiner Staatsleitung koloniale Interessen unbarmherzig in die zweite Reihe schieben und hatte sogar Anwandlungen, in denen er z. B. den befreundeten Afrikareisenden Eugen Wolf fast unwillig auf die europäische Landkarte im Bereiche von Metz verwies: "Dies ist meine Karte von Afrika!" Aber sein eigenes Werk, das von ihm begründete Kolonialreich, wuchs trotzdem weiter, aus eigenen Lebensbedingungen, und forderte Schutz und Eintreten des Reiches. Bei Caprivis kontinental-militärischer Denkweise war der natürliche Sinn für die Kolonien von Hause aus fast noch geringer, und das böse Wort "je weniger Afrika desto besser", zeigt an, daß die in diesen Jahren ansteigende Sorge um die europäische Existenz des Reiches ihm wenig Mut zu außereuropäischen Abenteuern machte. Und doch haben wir gesehen, daß in der Zeit seiner Kanzlerschaft koloniale Interessen so lebhaft in die große Politik des Reiches hineinspielen, daß man sich fragt, ob das richtige Verhältnis gewahrt blieb. Aber es war wohl mehr das Ressort als die Gesamtleitung, das diesen Ton anschlug. Der neue Kurs unter Caprivi stand weltpolitischen Phantasien innerlich noch ganz fremd gegenüber.

Seit der Mitte der neunziger Jahre wurde es üblich, von einem Zeitalter des Imperialismus zu sprechen und von dem besonderen Anteil, den das Deutsche Reich durch seinen zielbewußten Eintritt in die "Weltpolitik" genommen habe. Die Menschheit stand unter dem Eindruck, als wenn ein anderes Zeitalter sich anbahne, das unter einem besonderen neuen Gesetze stehe und die Gemeinschaft der Völker mit einem unwiderstehlichen Drang durcheinandertreibe; daß man einer weltgeschichtlichen Wendung entgegengehe, wurde fast nirgends so erregt empfunden und so lebhaft besprochen wie in Deutschland. Auch ferner stehenden Zuschauern teilte sich der Eindruck mit, daß ein allgemeiner Prozeß, der allerdings schon längere Zeit im Gange gewesen sei, durch die stürmische Art, mit der die Deutschen ihre Beteiligung aufnähmen, in ein beschleunigtes oder gar gewaltsames Tempo gerate. Man kann einen etwas weiter ausgreifenden außen- und innenpolitischen Ausblick nicht entbehren, um diese allgemeine Vorstellung auf einen historisch vertretbaren wahren Zusammenhang zurückzuführen.

In dem Jahrhundert, in dem das deutsche und das italienische Volk noch um die Grundlagen ihres Nationalstaates rangen - also lange bevor man von einem Zeitalter des Imperialismus zu sprechen

pflegte -, hatte das Gesicht der Welt durch einen dreifachen, mächtigen und sich doch in der Stille vollziehenden Vorgang eine Veränderung von höchster Tragweite erfahren. Die englische Weltpolitik, die nach dem Auseinanderbrechen des ersten Imperiums in dem Aufbau eines zweiten ihre Genugtuung fand, das russische Kaiserreich, das gleichsam mit dem Rücken auf eine halbleere Welt stieß, und die Vereinigten Staaten, ihrem "offenbaren Berufensein" folgend, hatten die Hand auf den größten Teil der Erde gelegt. Die Summe dieser Tatsachen ist bis heute entscheidend für die Entwicklung des Erdballs. Und zwar vollzog sich diese folgenreiche Entwicklung, ohne daß "die Welt" von ihr erschüttert wurde, denn sie spielte sich ab in den überwiegend noch im Schatten liegenden Teilen der Erdoberfläche, ohne weitergreifende Reibungen und Rückwirkungen, als eine Summe von Vorgängen, deren voller Sinn erst in der Zukunft sich enthüllen würde. Dieses frühe Jugendstadium des modernen Imperialismus stieß ja auf unbewohnte oder nur von Völkern primitiver Kultur bewohnte Gebiete (wie etwa die Union bis zum Felsengebirge oder Rußland in Sibirien und den transkaspischen Gebieten) oder auf Staatsgebiete mit tropisch entnervter Bevölkerung und alter versteinter Kultur (wie die Engländer in Indien): es dehnte sich aus, ohne ernsthafte Widerstände zu finden, und konnte seinen Gang lange Zeit fortsetzen, ohne sich in seinen drei großen Expansionsrichtungen in sich zu berühren. Diese Voraussetzung begann eines Tages zu schwinden. Ein neues Stadium dieses Prozesses setzte in dem Augenblick ein, als einzelne dieser imperialistischen Mächte sich mit bedrohlicher Rivalität näher rückten, wie es die englische und russische Ausdehnung in Asien eines Tages nicht mehr vermeiden konnte. Von diesem Augenblick an mußte eine neuartige Rückwirkung auf die Ursprungsländer eintreten. Aber auch dann mußte die begonnene imperialistische Aufrollung der Erde in einen gewissen Stillstand geraten, wenn eines der alten Kulturvölker, über die bisher die Räder der Ereignisse widerstandslos hinweggegangen waren, sich die technisch-militärischen Errungenschaften der Europäer aneignete und mit ihrer Hilfe Halt gebot. Schließlich konnte aber auch die Möglichkeit eintreten, daß in den Kreis der altimperialen Völker sich Staaten wieder einschoben, die vorübergehend eine ältere koloniale Tradition zugunsten anderer Bestrebungen zurückgestellt hatten wie die Franzosen, oder gar ganz neue Anwärter, die infolge einer verlangsamten nationalstaatlichen Entwicklung auf den Weltschauplätzen völlig zurückgeblieben waren und nun mit begehrlichem Wettbewerb einzudringen suchten: das ist die Rolle der Deutschen. In der Aufteilung Afrikas in den achtziger Jahren, wo sich Engländer, Franzosen, Deutsche und andere in den Weg traten, sieht man bereits ein viel unruhigeres Tempo, ein Sichdurchkreuzen und Sichabjagen der kolonialen Ziele. Man hatte plötzlich das Gefühl, daß die Welt kleiner werde, und man wurde sich bewußt, daß man vielleicht in einen letzten Aufteilungsprozeß eintrete. Das gilt vor allem von den Engländern, die das Wachstum ihres Kolonialreiches lange Zeit wie einen Naturvorgang sich selber überlassen hatten; in dem Augenblick, wo ihre beneidenswerten Vorzugschancen zusammenschrumpften, begann die freihändlerische Verhaltungsweise zu ihrem über die Welt verstreuten Kolonialbesitz sich zu einem historischen und ethischen Bewußtsein von der damit verbundenen menschheitlichen Aufgabe zu vertiefen. An diesem Punkte hat Seeleys *Ausdehnung Englands* den ihr vorbestimmten Platz gefunden und neben ihr die imperialistische Literatur, die der neuen politischen Bewegung den Namen, den Inhalt und die Schlagworte gibt. Was aber für die Engländer inmitten eines mächtigen Lebensprozesses nur ein Akt der tieferen Selbstbestimmung ist, wird für die anderen zu einem vorbildlichen und erzieherischen Antrieb, auf denselben Spuren zu wandeln.

So hat sich eine grundlegende Veränderung des Gesamtbildes vollzogen. Eine gewaltige Neigung zum "imperialen" Wettbewerb unter wachsender Rückwirkung dieser weltpolitischen Rivalitäten auf die europäische Staatengesellschaft erobert die Völker. Und da diese Dinge für das deutsche Erleben etwas Neues sind, so verbindet sich mit ihnen seit der Mitte der neunziger Jahre die Vorstellung von der Notwendigkeit eines "Eintretens in die Weltpolitik".

Auf diesen Weg drängte nicht nur das äußere Weltbild, wie es sich um die Mitte der neunziger Jahre darstellte, sondern in demselben Maße die Betrachtung der inneren Lebensprobleme des Deutschen Reiches.

Der rasche Anstieg der deutschen Bevölkerungszahlen in den beiden ersten Jahrzehnten des Reiches setzte sich unter der Regierung Wilhelms II. in verstärktem Ausmaße fort. Er wuchs von 49,5 Millionen im Jahre 1890 auf 56,3 Millionen im Jahre 1900 und 64,9 Millionen im Jahre 1910, so daß von der Begründung des Reiches bis zur Schwelle des Weltkrieges eine Zunahme von über 25 Millionen zu verzeichnen ist. Das bedeutete nichts Geringeres, als eine Vermehrung um annähernd zwei Drittel der Bevölkerung, die das stationär gebliebene Frankreich überhaupt in dieser Zeit zählte. Wenn man sich klarmacht, daß es darauf ankam, diesen stetig wachsenden ungeheuren Überschuß zu ernähren, wird man ja zugleich erkennen, wie stark - im Unterschied zu Frankreich! - der Zwang dieser Lebenstatsache für die deutsche Politik sich auswirken mußte. Denn für diesen Überschuß gab es keinen normalen Abfluß mehr; die Auswanderung, die noch zu Anfang der achtziger Jahre von dem mittleren Westen der **Vereinigten Staaten** aufgenommen wurde, war längst zum Stillstand gekommen; die Aufnahmefähigkeit der deutschen Kolonialgebiete erwies sich als so beschränkt, daß sie für das Problem nicht in Betracht kam. Im Innern Deutschlands war die Landwirtschaft bei einem durchschnittlich mittleren und mäßig fruchtbaren Boden doch an enge Grenzen gebunden; nur im Osten kam es zu größeren Bauernansiedlungen auf dem käuflich erworbenen Boden polnischer Großgrundbesitzer. So blieb nichts übrig, als daß der weitaus größte Teil jenes Überschusses von den Erwerbsgebieten der Industrie, des Handels und des Verkehrs aufgenommen werden mußte. In welchem Umfange das tatsächlich geschehen ist, wird durch die Ziffern der Berufszählungen von 1882 und 1907 verdeutlicht. Während im Jahre 1882 die Landwirtschaft noch 19,2 Millionen Erwerbstätige (mit den Angehörigen) aufwies, Industrie, Handel und Verkehr 20,6 Millionen - also zwei etwa gleiche Gruppen einander gegenüberstanden -, war das Verhältnis im Jahre 1907 fast wie eins zu zwei geworden: die Erwerbstätigen der Landwirtschaft umfaßten nur noch 17,7 Millionen, während die Gruppe Industrie auf 34,7 Millionen angestiegen war. Der Bevölkerungsüberschuß war also wesentlich auf der einen Seite des wirtschaftlichen Lebens untergebracht worden.

Das war nicht möglich ohne eine ungeheure Verschiebung in der ökonomisch-sozialen Struktur: aus dem Deutschland von 1870, das ein Getreide ausführendes und Fabrikate einführendes Land gewesen war, wurde in steigendem Maße ein Getreide einführendes und Fabrikate ausführendes Land. Es war zugleich eine Verschiebung in der sittlich-kulturellen Struktur: man vergegenwärtige sich nur, daß im Jahre 1871 knapp 2 Millionen Menschen in Großstädten über 100 000 Einwohnern lebten, während es in der ersten Statistik nach dem Weltkriege ungefähr 17 Millionen waren. So begann mit einer Schnelligkeit und Intensität, die ohnegleichen waren, der oft geschilderte Prozeß der Industrialisierung Deutschlands. Die Produktionssteigerung sollte in Kohle und Eisen sogar das alte Führerland England überholen. Die deutsche Eisenproduktion erreichte eine Höhe, die annähernd so groß war wie die von England und Frankreich zusammen. Bis zum Beginn des Weltkrieges schritten diese Zahlen unserer industriellen Leistungsfähigkeit Jahr für Jahr aufwärts, staunenerregend, verpflichtend, beinahe beunruhigend.

Denn wenn auch der gleichmäßig wachsende innere Markt einen großen Teil dieser Produktion in sich aufnehmen konnte, so war doch ein anderer Teil des Überschusses auf die Ausfuhr, auf den äußeren Markt angewiesen. Auch hier gingen die Zahlen sprunghaft in die Höhe. Der Wert der deutschen Ausfuhr, der im Jahre 1880 knapp 3 Milliarden Mark betrug, war im Jahre 1910 auf 7½ Milliarden Mark gestiegen, und unmittelbar vor dem Weltkriege marschierten die Endsummen der deutschen Außenhandelszahlen mit den entsprechenden Zahlen Großbritanniens in derselben Linie.

Wenn somit ein stets wachsender Teil des deutschen Bevölkerungsüberschusses von dem äußeren Markt lebte, wenn in immer weiter greifendem Umfange ein Teil der deutschen Energien auf die Behauptung und Ausdehnung des äußeren Marktes gerichtet war, so bedeutet das nichts anderes, als daß das Wohl und Wehe Deutschlands, wenigstens ökonomisch gesehen, von dieser Verflechtung in den Weltmarkt und seine Bedingungen immer abhängiger wurde. So kraftstrotzend dieser deutsche Wirtschaftskörper sich auch auswuchs, so blieb er doch immer mehr an etwas gebunden, worüber er nicht selbstherrlich verfügte, sondern mit anderen autonomen Gewalten der Erde sich

auseinanderzusetzen hatte. Damit nähern wir uns dem innersten Problem, dem diese deutsche Machtstellung innerpolitisch und außenpolitisch verhaftet war.

Wenn in Deutschland der innere Druck am stärksten nötigte, die aus Bevölkerungs- und Energieüberschuß sich ergebenden Produktionsmengen auf dem Weltmarkt abzusetzen, so lagen die äußeren Bedingungen für diese Lebensnotwendigkeit, gemäß der historischen Entwicklung, ziemlich ungünstig. Wir hatten keine von unserem Reiche überschatteten Nebenländer, sondern waren in Europa fast nur von Gebieten umgeben, die eher unserer eigenen, von Spannungen überfüllten wirtschaftlichen Struktur ähnlich waren. Wir besaßen weder weiße Auswanderungsgebiete großen Stils, noch unentwickelte Nachbargebiete, deren Bedürfnisse sich steigern ließen, noch tropische Kolonialgebiete mit massenhafter Aufnahmefähigkeit. Wir mochten uns damit trösten, daß wir vielleicht einige besondere Chancen besaßen in technischer Geschicklichkeit und kaufmännischer Beweglichkeit, in Verbindung von Wissenschaft und Industrie, in Qualitätsleistungen und Energiesteigerung, aber wir konnten nicht damit rechnen, daß dies uns dauernd einen Vorsprung sicherte. Wir wurden in die Weltwirtschaft hineingestoßen, ob wir wollten oder nicht, und waren mit unserer ganzen Existenz darauf angewiesen, daß diese Welt und ihre Ordnung sich nicht zuungunsten unserer wirtschaftlichen Bedürfnisse verändere oder, wenn dies infolge fremder Machtausdehnung doch geschah, daß wir dann wenigstens einen Ausgleich zu unseren Gunsten, auf welchem Wege auch immer, herbeiführten.

Und nun haben wir gesehen, wie allerdings die Welt, von einem verschärften imperialen Wettbewerb der Großen überfallen, immer kleiner wurde und die Spannungen, die ein entlegenes Gebiet nach dem anderen in ihn hineinzogen, immer heftiger. Der Kampf der weißen Völker um die Teilung der Erde nahm einen ernsteren Charakter an. Dieses Zeitalter des Imperialismus, dessen äußere Voraussetzungen wir schon umrissen haben, brachte auch dadurch etwas Neues, daß dieser Kampf ganz neue und ungewohnte Methoden und Mittel erzeugte. Zu der einfachen Unterwerfung erworbener Gebiete begannen sich neue Formen der inneren Aneignung und der tatsächlichen Kontrolle zu gesellen. Im nahen Orient waren längst politische Methoden üblich, unter Beibehaltung der bestehenden Rechtsordnung im Osmanenreich, so gut wie selbständige Neuschöpfungen ins Leben zu rufen, wie es das Hineinwachsen Englands in das Protektorat von Ägypten zeigt - eine so einschneidende Umbildung war allerdings nur in Verbindung mit der großen Politik möglich gewesen. Die Vereinigten Staaten vollzogen in Mittelamerika - ob es sich nun um ehemalige Zwergrepubliken handelte oder um Reste des spanischen Kolonialreiches - eine verwandte Aneignung der tatsächlichen Macht, auch ohne Rechtsform, allein durch den Einfluß des Kapitals. In Ostasien wurden - in Fortbildung der Formen, unter denen sich die ersten Festsetzungen europäischer Mächte in chinesischen Häfen vollzogen hatten - Pachtungen gewisser Landesteile auf lange Fristen die Regel, bei denen die praktische Ausübung der Hoheitsrechte auf den pachtenden Staat überging; hinter einem so gesicherten Festpunkte erstreckten sich Interessensphären, in denen wirtschaftliche Monopole eingeräumt wurden, oder Hinterländer, in denen sie wenigstens beansprucht wurden. Wenn ein größeres Gebiet mehrere rivalisierende Mächte lockte, zum Nutznießer damit verbundener Vorteile zu werden, so verfiel man wohl auch auf den Ausweg, sich durch Demarkationslinien gesondert nebeneinander einzurichten oder gar gemeinsame Anwartschaft für die Zukunft anzumelden.

Während auf allen diesen Wegen geltende Souveränitätsrechte dahinschmolzen oder nur dem Scheine nach aufrechterhalten wurden, gab es ein weites Feld, auf dem die wirtschaftliche "Expansion" um sich griff, ohne in die völkerrechtliche Ordnung einzudringen. Das geschah, wenn etwa eine Macht, wie die Türkei, ein einzelnes Wirtschaftsmonopol, wie den Eisenbahnbau auf wichtigen Linien, einer Macht wie Deutschland übertrug; wobei sich dann doch sofort herausstellte, daß Einrichtungen, die an sich nur der Wirtschaft und dem Verkehr dienten, indirekt eine politische und militärische Rückwirkung haben konnten und dementsprechend von den anderen gewertet wurden. Nicht anders stand es um die Anleihepolitik, die, zumal wenn sie mit naheliegenden Bedürfnissen der Rüstungspolitik verbunden war, zu einer regelmäßigen Begleiterscheinung jener

politischen Beziehungen wurde, auf deren tiefstem Grunde die Worte Krieg und Frieden wohl zu erkennen sind. Diese Politisierung der Anleihen, für die später von den Amerikanern der Name der Dollardiplomatie geprägt wurde, erzeugte ein leicht verwirrbares Netz freundschaftlicher Verpflichtungen, in dem in der Regel der Gläubiger den Schuldner, in einzelnen Fällen aber auch der Schuldner den Gläubiger hinter sich zog. Es stellte sich bald heraus, daß auch das System der handelsvertraglichen Beziehungen nicht allein von den wohlverstandenen Wirtschaftsinteressen der beiden Partner bestimmt wurde, sondern von der Summe politischer, militärischer, ökonomischer, finanzieller Einflüsse, die sich in mannigfacher Kombination das Gebiet streitig machten.

Aber die großen Nationen begannen nicht nur alle diese Dinge auszuführen: Geld und Lokomotiven, Kanonen und Gewehre, Maschinen und Fabrikate - sie gingen auch dazu über, namentlich wenn es sich um Rückhalt und Sympathiewerte auf kulturärmerem, fremdem Boden handelte, auch die kulturellen Erzeugnisse ihrer geistigen Individualität auszusenden, von denen sie sich eine Unterstützung in dem Kampf um die materiellen Objekte versprachen: Schulen und Universitäten, Hospitäler und hygienische Institute, Zeitungen und Telegraphenbüros konnten zu Mitteln werden, ein fremdes Gebiet mit Einfluß zu durchtränken, zu beglücken oder zu unterwerfen - je nachdem. Eine besondere Eigenart dieses Imperialismus bestand eben darin, daß die imperialistischen Mächte (und ihre Mitläufer) sich nicht nur mit ihrer machtpolitischen und wirtschaftlichen Auswirkung in Bewegung gesetzt hatten, sondern in der ganzen Rüstung ihrer kulturellen und moralischen Vitalität zu Felde zogen und alle Lebenswerte, die sie an sich reißen konnten, zu Bestandteilen der Macht in dem großen Ringen über das künftige Gesicht der Erde erhoben. Das Ganze stellt einen ungeheuren Prozeß dar, der, auch wenn man sich das Deutsche Reich von der Erde wegdenkt, sich damals machtvoll ausgewirkt haben würde, aber durch den Zutritt dieses, auf die Kraftbetätigung ebenso begierigen wie angewiesenen energiegeladenen Körpers noch beschleunigt wurde.

Man tut gut - um den deutschen Anteil an diesen weltbewegenden Dingen von vornherein im richtigen Verhältnis zu sehen - sich die elementaren Ereignisse der Weltgeschichte von der Mitte der neunziger Jahre bis über die Jahrhundertwende hinaus wenigstens in den Daten sich zu vergegenwärtigen. Eroberung von Madagaskar durch die Franzosen, 1895 bis Januar 1896. - Intervention Rußlands, Frankreichs und Deutschlands im Japanisch-Chinesischen Kriege, April 1895. - Salisburys Vorschlag einer Teilung des Türkischen Reiches, Juli 1895. - Erster englischer Vorstoß gegen die Burenrepubliken, Dezember 1895 bis Januar 1896. - Eröffnung der russischen ostsibirischen Bahn 1896. - Festsetzung der Deutschen in **Kiautschou**, November 1897 bis März 1898. - Zerstörung des spanischen Kolonialreiches durch Amerika, Februar bis Dezember 1898. - Festsetzung der Russen in Port Arthur, der Engländer in Wei-hai-wei, März bis April 1898. - Englisch-französischer Zusammenstoß in Faschoda, Juli bis November 1898. - Orientreise Kaiser Wilhelms II., Oktober bis November 1898. - Eröffnung des Hauptteiles der russisch-sibirischen Bahn 1899. - Deutsche Vorkonzession für die Bagdadbahn, Dezember 1899. - Burenkrieg, Oktober 1899 bis Mai 1902. - Bau der chinesisch-mandschurischen Bahn durch die Russen, Dezember 1899 bis Sommer 1902. - Strafexpedition in China 1901/1902. - Russische Festsetzung in Persien 1902.

Wenn man die Gesamtheit dieser Ereignisse und ihren inneren Zusammenhang überblickt, wird man einige allgemeine Eindrücke vorweg verzeichnen dürfen. Wir haben im Verlaufe unserer Darstellung beobachtet, wie sich z. B. im Jahre 1887 sämtliche Gegensätze der europäischen Staatengesellschaft in dem Kampf um das Schicksal Bulgariens wie in einem Brennpunkt zusammenfassen. Das Bild, das sich an Stelle jener ungewöhnlichen Konzentration nunmehr in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bietet, kann gar nicht entgegengesetzter sein, denn es zeigt eine völlig dezentralisierte Zerstreuung aller politischen Machtziele über den ganzen Erdball hin. Es ist, als wenn eine völlig veränderte Dynamik die Beziehungen aller Mächte zueinander regierte. Schon angesichts dieser Tatsache wird das Bedürfnis, Verantwortlichkeiten aufzustellen und gegeneinander abzuwägen, genötigt sein, den Mund nicht allzu weit zu öffnen. Des weiteren läßt sich unschwer erkennen, daß als die Protagonisten auf der Weltbühne auch jetzt noch, was Umfang und

gewaltsames Durchgreifen angeht, die drei vorher als altimperiale Großmächte bezeichneten Staaten in Betracht kommen und daß ihnen gegenüber Frankreich und Deutschland doch nur als Mächte zweiter Linie anzusehen sind. Dabei scheint jetzt schon die Feststellung erlaubt zu sein, daß in dieser Weltlage ein Sichheraushalten der deutschen Politik - des inneren wie des äußeren Zwanges wegen - sich von vornherein verboten haben würde. Eine kontinentalpolitische Enthaltsamkeit, um unbequemen Weltgefahren vorzubeugen, läßt sich rückblickend leichter verordnen; man darf dafür auch keinesfalls die Autorität Bismarcks anrufen, der mit einem ganz anderen Weltbilde zu rechnen hatte. Tritt man von der Staatspraxis und den Erfahrungen Bismarcks an ein neues Zeitalter heran, das offenbar seine Aufgaben anders stellte, so scheint der Kern des politischen Problems darin zu liegen: Unter welchen Umständen durfte das Land der Mitte, das an gewisse eindeutige Lebensvoraussetzungen unabänderlich gebunden war, diesen unabsehbar verschobenen Schauplatz der großen Politik betreten? Wie ließen sich die kontinentalen Maßstäbe der Bismarckschen Politik mit den weitreichenden Aufgaben, wenn man will, mit den weltpolitischen Zielen der neuen Ära in das richtige Verhältnis bringen?

Mit dieser weltweiten Lebensluft eines neuen Zeitalters hing die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers an sich kaum zusammen. Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst war, als er am 29. Oktober 1894 an die Spitze der Geschäfte im Reich und in Preußen berufen wurde, schon älter (und ermüdeter) als Bismarck damals, wo er, angeblich überaltert, zum Rücktritt genötigt wurde, und seine Verdienste wie seine politische Denkweise gehörten der Vergangenheit an. Sie ruhten auf seinem Anteil an der nationalen Geschichte des letzten Menschenalters. Hatte doch schon vor mehr als zweiunddreißig Jahren Großherzog Friedrich von Baden diesen süddeutschen und liberalen katholischen Standesherrn dem König Wilhelm I. als preußischen Ministerpräsidenten, in vorbismarckscher Zeit, zu empfehlen versucht; dann hatte seine Laufbahn als bayrischer Ministerpräsident in der Zeit des Norddeutschen Bundes, als Botschafter in Paris und als Statthalter von Elsaß-Lothringen ihm reiche Erfahrung und allgemeine Anerkennung verschafft. So trat er sein verantwortungsreiches Amt mit einem stärkeren inneren Anrecht an als einst Caprivi; man konnte sogar ohne Übertreibung aussprechen, daß kein deutscher Staatsmann, vom Fürsten Bismarck abgesehen, über ein gleiches Vertrauen verfügte.[1] Manche Voraussetzungen schienen günstig für seine Amtsführung zu liegen. Er trat dem Kaiser nicht, wie Caprivi, in den Formen eines militärisch-dienstlichen Verhältnisses gegenüber, sondern auf der Ebene einer fast gleichgestellten Vornehmheit, mit einer abgeklärten Altersreife; auch nach dem Bismarckschen Lager hin war er nicht belastet, sondern konnte von vornherein, da die förmliche Versöhnung des Kaisers schon vorausgegangen war, nach Friedrichsruh eine achtungsvolle gesellschaftliche Beziehung wieder anknüpfen. Der außenpolitische Kurs hatte schon im Laufe des letzten Jahres eine gewisse Rückbiegung nach der russischen Seite hin erfahren, die durch den in Petersburg erfolgten Thronwechsel erleichtert wurde; es war nicht zu erwarten, daß der Schatten der Bismarckschen Kritik noch länger störend auf die deutsche Außenpolitik fallen würde. Man mochte von der Schicksalsfügung sprechen, die durch das zeitliche Zusammenfallen der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus II. mit dem Wechsel in der deutschen Staatsleitung gegeben war.

Freilich, Fürst Hohenlohe verfügte nach den Lebensgewohnheiten seines Alters nicht mehr über die Beweglichkeit und Aktivität, die allein dem Kaiser das Gegenpart hätte halten können, und es war die Frage, ob der lässigere Rhythmus seiner Geschäftsführung den gleichen Schritt mit dem persönlichen Betätigungsdrangs des Kaisers zu halten vermochte. Gerade die Thronbesteigung Nikolaus' II. gab Wilhelm II. die Gelegenheit, in einem persönlichen Briefwechsel, der in den neunziger Jahren in der Regel nicht zur dienstlichen Kenntnis des Auswärtigen Amtes kam, die persönliche Note der Politik in Fühlung mit seinem autokratischen Verwandten nur noch stärker zu betonen: in dem Glauben, damit ein wertvolles Aktivum der Außenbeziehungen in Bewegung zu setzen, ging der Kaiser, auch seinerseits von der gefürchteten Bismarck-Kritik befreit, fortan dazu über, in der auswärtigen Politik, in der sich plötzlich ganz neue Schauplätze eröffneten, der Verführung persönlichen Eingreifens nachzugeben.

Noch während Hohenlohe zur Abwicklung seiner Statthaltergeschäfte nach seinem Amtsantritt für einige Tage nach Straßburg zurückgekehrt war, erhielt er am 17. November 1894 - in einem gleichsam symbolischen Vorgange - ein langes Telegramm Wilhelms II.: Es seien Anzeichen vorhanden, daß England demnächst im Orient aktiv zu werden beginne, sich mit Rußland über die Dardanellenfrage einige und in den chinesisch-japanischen Wirren sich in den Besitz von Shanghai zu setzen suche, was zweifellos zur Folge haben werde, daß Rußland und Frankreich gleichfalls wichtige Punkte in China besetzen würden. "Wir dürfen hierbei unter keinen Umständen zu kurz kommen oder uns überraschen lassen. Wir bedürfen gleichfalls eines festen Punktes in China, wo unser Handelsumsatz jährlich 400 Millionen beträgt. Ich schlage dazu Formosa vor... Es empfiehlt sich daher, möglichst schnell im Geheimen sich mit Japan zu verständigen und demnächst unser Geschwader mit Anweisungen zu versehen. Eile ist geboten, da, wie Ich unter der Hand erfahren habe, Frankreich bereits nach Formosa angelt."[2] Die Voraussetzungen trafen zum guten Teil nicht zu, die Schlußfolgerungen aber liefen mit einer beunruhigenden Schnelligkeit ab. Schon in diesem Augenblick hielt Holstein es für angezeigt, dem neuen Kanzler eine bestimmte Marschroute anzudeuten: "Die Art, welche S. M. sich allmählich angewöhnt hat, Politik mit Hinz und Kunz zu machen, wird auf die Dauer nicht verträglich mit einem geordneten Geschäftsbetrieb sein. Ich hege die Hoffnung, daß Eure Durchlaucht **von Anfang an** eine günstige Änderung herbeiführen werden, da Sie auf eine diplomatische Autorität Anspruch machen können, welche dem Grafen Caprivi und Herrn von Marschall abgeht."[3] Die Episode wirkt wie ein erstes Vorspiel eines dienstlichen Verhältnisses, in dem sich bei aller Beobachtung der Form die eigenmächtigen Durchkreuzungen und Übergehungen immer häufiger wiederholten. Sie nehmen vielleicht auch darum einen größeren Raum ein, weil die außenpolitische Bühne, die in der Caprivi-Periode mehr von der stillen Umgruppierung der Staaten erfüllt war, nunmehr durch erregende, dramatische Vorgänge in Atem gehalten wurde.[4]

Indem sich der deutschen Außenpolitik unter Hohenlohe von der ersten Stunde an ein weiterer Welthorizont eröffnete, suchte sie in einer entscheidenden Voraussetzung den Kurs des März 1890 bewußt zu verlassen und an den alten Kurs wiederanzuknüpfen. Als Fürst Hohenlohe nach seinem Amtsantritt dem Fürsten Bismarck am 13. Januar 1895 einen Besuch in Friedrichsruhe abstattete, brachte dieser das Gespräch auf den Gegenstand seiner geheimsten Sorgen, auf den Rückversi-cherungsvertrag, den Caprivi nicht wieder erneuert habe, weil ihm die daraus folgende Politik zu kompliziert gewesen sei.[5] Dieser Gedankenaustausch setzte sich in den nächsten Tagen in Berlin in merkwürdiger Weise fort. Als Graf Paul Schuwalow bei der Überreichung seines Abberufungs-schreibens mit leisen Vorwürfen an die Nichterneuerung des Rückversicherungs-vertrags erinnerte, schilderte der Kaiser seine Zwangslage im März 1890 unter dem "Ultimatum" Caprivis[6] und verband damit die überraschende Frage: ob die Beziehungen nicht wiederherzu-stellen seien, wie sie damals bestanden. In seiner offenherzigen Weise fügte Wilhelm II. hinzu, in Friedrichsruh sei soeben dasselbe Gespräch geführt und derselbe Vorwurf gegen Caprivi erhoben worden.[7] Es ist begreiflich, daß man in Petersburg die Eröffnung mit einer gewissen Genugtuung über den Wandel der Zeiten und die Verschiebung des Schwergewichtes aufnahm. Die beiden Szenen stehen, gleich-sam wie ein Eingangstor, vor den Jahren der Staatsleitung Hohenlohes. Man spürt die Sehnsucht, eine Vergangenheit zu erneuern - ob eine solche Erneuerung nicht am ehesten in den Beziehungen des Reiches zum fernen Osten möglich war, die jetzt so unerwartet in den Vordergrund rückten?

In den Beziehungen zum fernen Osten hatten bisher die rein wirtschaftlichen und die kulturellen Interessen weit vorangestanden. In Japan vor allem hatten die Deutschen in der Zeit von 1886 bis 1894 einen ungewöhnlichen Bereich des Einflusses als militärische und wirtschaftskulturelle Rat-geber sich angeeignet; nach deutschem Vorbilde suchten die Japaner sich in mancher Richtung zu formen, und es war zu erwägen, ob das damit gewonnene Kapital an Sympathien sich nicht zu einer bleibenden politischen Zukunftsanlage ausgestalten ließe. Dagegen wurde Japan als selbständiger Faktor in der hohen Politik noch kaum gewertet, auch dann nicht, als es kraft seiner Heeres-organisation von 1889 zu einer beachtenswerten Möglichkeit an der russischen Peripherie wurde.

Als im Juli 1894 der japanisch-chinesische Krieg ausbrach, sah auch die Reichsregierung darin eine zunächst nur Rußland und England angehende Sache, in der sie, eben wegen der Gefahr russisch-englischer Interessenkollision, nur gemeinsam mit den übrigen Großmächten friedlich einzuwirken geneigt war. Demgemäß hielt sie sich auch zurück, als die englische Politik im Oktober 1894 einen Anlauf nahm, eine gemeinsame Intervention der Mächte zugunsten Chinas herbeizuführen; wenn man sich in Berlin diesem Versuch versagte, der an der allgemeinen Zurückhaltung scheiterte, so spielte dabei eine Japan wohlwollende Haltung mit. Erst als China am 12. November die Vermittlung der Mächte auf der Grundlage der Unabhängigkeit Koreas und der Zahlung einer Kriegsentschädigung anrief, war die große politische Frage aufgeworfen. Wir haben gesehen, wie weitreichend und temperamentvoll die kaiserliche Phantasie sich sofort dieser Möglichkeiten bemächtigte.

Schon eine leise Hinwendung Deutschlands zu solchen Wünschen war von unabsehbarer Tragweite. Es handelte sich nicht nur um seine wirtschaftlich-kulturelle Stellung in Ostasien im engsten Sinne, nicht nur um die Summe der Rückwirkungen, die durch einen Anstoß von der einen Seite hier ausgelöst werden konnten. Sondern vor allem war zu bedenken, daß die Stellung Deutschlands in der noch im Fluß befindlichen Gruppierung der Mächte, insbesondere zwischen Rußland und England, durch den Zutritt dieses neuen Interessengebietes mit neuen Reibungsflächen entscheidend berührt werden konnte.[8] Von jeder Kohlenstation aus, deren Namen die Welt bisher noch gar nicht vernommen hatte, konnte die große Politik eine andere Wendung nehmen. Um so mehr sahen der Kanzler und das Auswärtige Amt sich zunächst genötigt, dem stürmischen Zuruf des Kaisers mit unbedingter Mahnung zur Zurückhaltung zu begegnen. Man kam ihm nur insoweit entgegen, als für den Fall, daß europäische Mächte beim Friedensschluß besondere Vorteile anstrebten, auch Deutschland nicht leer ausgehen dürfe - im übrigen blieb jenes kaiserliche Telegramm zunächst Episode.

Erst nach Beginn der chinesisch-japanischen Friedensverhandlungen zu Anfang Februar 1895 trat die Entscheidung an die Großmächte heran. Für Deutschland enthielt sie in ihrem Kern noch eine besondere Frage, eben das Problem, das auf dem Grunde aller Politik ruhte, ob man in Ostasien seine Stellung an der Seite der englischen oder der russischen Macht nehmen wolle. So lange wie möglich bekannte man sich in Berlin zu dem Grundsatz der Zurückhaltung, auch gegenüber einer dringlichen englischen Ermunterung zum Mitgehen; dabei behielt man sich für den Fall, daß dritte Mächte die Lage zugunsten eigener Vorteile ausnützen würden, einen Anspruch auf vollwichtige Kompensationen vor. Denn diese Hoffnungen spielen doch bei den weiteren diplomatischen Schritten anreizend mit. Erst als die chinesische Regierung die deutsche Intervention unmittelbar anrief, ließ die Reichsregierung sich herbei, in Tokio am 6. März den freundschaftlichen Rat zu erteilen, man möge in den Friedensbedingungen mäßig sein und namentlich von festländischen Gebietsabtretungen absehen; auf diesen Rat ging Japan, seinen freundschaftlichen Geist anerkennend, nicht ein, aber es verfehlte nicht (da es gern einen dritten Interessenten auf der Bühne sah), von sich aus zu deutschen Gebietserwerbungen in Südostchina zu ermutigen.[9] Dann aber verschoben die hochgespannten und auf das Festland übergreifenden Friedensforderungen Japans vom 4. April das Bild von Grund aus. Wenn die europäischen Mächte diese Forderungen so weit zurückschrauben wollten, daß sie keiner von ihnen einen Vorwand für weitere Erwerbungen boten, so blieb allerdings auch für die deutschen Wünsche kein Raum. Aber das Stichwort für eine neue Mächtegruppierung war jetzt gefallen. Am 8. April ergriff die russische Regierung die Führung, indem sie bei den Mächten anregte, die Annexion von Port Arthur als "eine beständige Bedrohung des Friedens in Ostasien" zu bezeichnen. Diese Basis für ein allgemeines Vorgehen kam jedoch nicht zustande. Denn England, damals noch der sprunghaften Staatsleitung Roseberys unterstehend, faßte den Beschluß, eine Intervention abzulehnen, sich von den Mächten zu trennen und aus einem Beschützer Chinas - welche Rolle es bisher gespielt hatte - sich plötzlich in einen Anwalt Japans, der moderneren Macht der Zukunft, zu verwandeln.

Es war ein politisch bedeutsamer Vorgang, als die deutsche Regierung durch dieses plötzliche Umspringen Englands veranlaßt wurde, die russische Anregung zur Intervention - da man sich

Japan gegenüber seit der Ablehnung vom 6. März nicht mehr verpflichtet fühlte - mitzumachen. Das eine Motiv lag in den jetzt nach außen hin zurückgestellten deutschen Zukunftswünschen: man sah in solcher Haltung "vielleicht die einzige Möglichkeit, von einem dankbaren China die Abtretung oder Vermietung eines Platzes für eine Flotten- oder Kohlenstation zu erhalten", sobald sich eine Gelegenheit dazu bieten sollte. Mindestens so ausschlaggebend war eine andere, allgemeinpolitische Erwägung. Wenn man mit Rußland im fernen Osten zusammenging, so eröffnete diese Kombination eine Aussicht, die Druckwirkung des russisch-französischen Bündnisses auf Mitteleuropa überhaupt abzuschwächen, "eine Entlastung unserer östlichen Grenze herbeizuführen", wie Wilhelm II. sofort formulierte. Dieser Politik hatte man schon im Jahre 1894 zugeneigt, und seit der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus II. mochte man sich noch mehr davon versprechen, wenn man über den fernen Osten den abgerissenen Draht nach Petersburg wiederherstellte. Soeben führte der neue russische Botschafter in Berlin, Graf v. d. Osten-Sacken, sich bei dem Grafen Philipp Eulenburg mit einer Meldung über die Absicht des Zaren ein, mit Wilhelm II. "in den allerbesten Beziehungen" zu bleiben. Vor allem folge Rußland mit dem äußersten Interesse dem Kampf, den Kaiser Wilhelm in kraftvoller Art gegen die destruktiven Elemente in Deutschland führe. Mit der monarchischen Solidarität glaubte der Russe sogar eine bestimmte Zusage verbinden zu können: "Hält Kaiser Wilhelm seine dominierende Stellung aufrecht - zugleich als Hort des Friedens, denn dieser ruht wesentlich, ja fast ausschließlich in seiner Hand - so garantiert Rußland den Frieden an Deutschlands Grenze." Von solchem Entgegenkommen erwies sich Kaiser Wilhelm geradezu entzückt. Schon seine Randbemerkung malte hoffnungsfroh die Folgerungen aus: "Das so bestimmte Versprechen bezüglich der Garantie an unserer Ostgrenze, wenn wir Frieden halten, ist von so hohem Wert, und unser Dank dafür äußert sich am besten in einheitlichem Auftreten im Orient! So zeigt sich der Welt das so erwünschte Bild von Dreibund plus Rußland."[10] - Wir werden sehen, mit wie vollen Segeln der Monarch in den nächsten Wochen den neuen Kurs steuern wird.

So erfolgte denn die russisch-französisch-deutsche Intervention gegen den Friedensschluß von Shimonoseki. Lobanow hatte am 17. April angeregt, zunächst an Japan in freundschaftlicher Form Vorhaltungen wegen seiner Friedensbedingungen zu richten; wenn Tokio ablehnen sollte, waren gemeinsame kriegerische Unternehmungen der drei Mächte zur See vorgesehen. Als dann am 23. April der russische, französische und deutsche Gesandte der japanischen Regierung den Einspruch gegen den Frieden amtlich mitteilten, begnügte sich der deutsche Gesandte nicht damit, sich instruktionsgemäß den Erklärungen der beiden anderen Gesandten anzuschließen, sondern fügte unter Überschreitung seiner Instruktion noch Kritik und Mahnungen hinzu, von denen er nur zur Regelung seiner Sprache Gebrauch zu machen berechtigt war. So erweckte das unüberlegte Ungeschick eines Gesandten den Anschein, als wenn Deutschland (das sich in der Sache erst den beiden anderen angeschlossen hatte) sogar energischer als diese aufzutreten wünsche. Für die Japaner und ihren Glauben an deutsche Sympathien blieb von diesem Vorgang, der nur der herrischen Sprache eines Agenten zuzuschreiben war, eine besondere Verletzung zurück, die damals leider keine amtliche Korrektur gefunden hat.

Der Kaiser verfolgte inzwischen in seinem persönlichen Briefwechsel mit dem Zaren[11] weiter den Weg der Annäherung. Auf die sehr allgemeinen Eröffnungen durch Osten-Sacken antwortete er ihm am 26. April: "Ich werde sicherlich alles tun, was in meiner Macht steht, um Europa ruhig zu halten, und auch den Rücken Rußlands decken, so daß niemand Deine Aktion in der Richtung des fernen Ostens behindern wird. Denn dies ist offenbar in Zukunft die große Aufgabe für Rußland, seine Aufmerksamkeit dem asiatischen Kontinent zuzuwenden und Europa gegen die Eingriffe der gelben Rasse zu verteidigen."[11] In der Hoffnung, daß Deutschland irgendwo in China doch noch zu Erwerbungen schreiten und dafür die Dankbarkeit des Zaren gebrauchen könne, glaubte er, das Eisen nicht oft genug schmieden zu können. "Niemandem würde er den Versuch erlauben", so wiederholte er am 10. Juli dem Zaren, "Dich in Europa von rückwärts anzugreifen während der Zeit, da Du die große Mission erfüllst, die der Himmel Dir vorgezeichnet hat." Er vertraute Schweinitz sogar an, er habe dem Zaren sein Ehrenwort gegeben, daß er ihm den Rücken frei halten werde. Man beobach-

tet, wie die Phantasie des Kaisers allmählich die Wirklichkeit übersteigert, und sieht die Keimzelle des Kampfes gegen "die gelbe Gefahr" sich immer weiter entwickeln, bis dieser ganze Stimmungskomplex (der mit der früheren deutschen Japanpolitik nichts zu tun hatte) seinen Niederschlag in der ebenso pathetischen wie in hohem Grade unpolitischen Zeichnung von Knackfuß fand. Der Kaiser gab diese Bemühung auch nicht auf, als er in Ostasien (in Sachen der chinesischen Anleihe) die ersten unerfreulichen Erfahrungen mit den Russen machte - als er einen Versuch wagte, die neue Freundschaft auf die bedrohlichen französischen Rüstungen an der deutschen Westgrenze aufmerksam zu machen, erhielt er von dem zärtlich geliebten Freunde eigentlich keine Antwort.

Immerhin hatte die Verschiedenheit der Ziele, welche Rußland und Frankreich im Zweibund verfolgten, der deutschen Politik die Möglichkeit gegeben, den auf das Land der Mitte gerichteten Druck von sich abzulenken. Die Lage war zunächst so, wie sie Holstein bald darauf kennzeichnete: "Frankreich wollte die Russen in erster Linie gegen Deutschland, Rußland wollte die Franzosen jedenfalls in erster Linie gegen die Engländer verwerten. Bisher aber entspricht keiner der beiden Freunde den Erwartungen des anderen" (15. April 1894).[12] Vor allem waren die Franzosen außerstande, ihre russischen Freunde zu verhindern, aus dem Zweibunde gerade das herauszuholen, was ihre Interessen förderte; aber sie waren nicht gewillt, wegen einer zufälligen Konstellation ihre eigentlichen Ziele zurückzustellen. So sehr man sich in Berlin in den nächsten Jahren auf freundlichere Stimmung in Frankreich hinzuwirken bemühte, der Geist der Revanche blieb derselbe. Selbst der österreichische Außenminister hielt eine Warnung in Berlin für angezeigt, die Dinge nicht zu leicht zu nehmen;[13] und gelegentlich erinnerten chauvinistische Ansprachen hochgestellter französischer Offiziere in den Grenzgarnisonen daran, daß die berechnete Liebenswürdigkeit des Kaisers doch ihr Ziel verfehlte. Einstweilen aber war gerade diejenige Konsequenz, die man in den Tagen von Toulon und Kronstadt am wenigsten hatte voraussehen können, eine Annäherung zwischen Dreibund und Zweibund oder zum mindesten eine engere Fühlung zwischen Berlin und Petersburg seit der Intervention gegen Shimonoseki im Fortschreiten begriffen, und gerade diejenige Großmacht, die bisher mit freier Hand den beiden Bündnisgruppen gegenübergestanden hatte, sollte durch eine unerwartete Wendung diesen Prozeß beschleunigen und vertiefen.

In England war inzwischen wieder der gewohnte politische Umschwung erfolgt. Als gegen Ende Juni 1895, nach dem Sturz des Ministeriums Rosebery, Lord Salisbury zum dritten Male in die Leitung des Staates einrückte, sah man in Berlin nach den Erfahrungen der letzten Jahre den Wechsel nicht ungern. Man mochte hoffen, daß der neue Minister die von seinem Vorgänger ziemlich verfahrene Außenpolitik in Bahnen zurückführen werde, die sie wieder zu näherer Fühlung mit der Dreibundspolitik bringen würden.[14] Diese Erwartung sollte sich nicht erfüllen. Es stellte sich bald heraus, daß Salisbury, sei es, weil er wollte oder weil er mußte, die ganze Erbschaft der armenischen Greuelpropaganda, mit der sein Vorgänger sich den Zugang zu einer näheren Beziehung mit Rußland zu eröffnen bemüht hatte, zu übernehmen entschlossen war. Nach allem Anschein gedachte er auf diesem Wege noch einen Schritt weiter zu gehen: und wenn die Entwürfe, die seine Phantasie nach allen Seiten umhertastend zu gestalten suchte, nicht ganz feste Umrisse gewonnen haben, so bleibt es doch denkwürdig, daß sie jetzt in den Mittelpunkt der englischen Politik rückten. Und nicht minder denkwürdig ist es, daß er sie zunächst den deutschen Staatsmännern vortrug. Schon in seinen ersten Unterredungen mit dem deutschen Botschafter hatte er den bei ihm überraschenden Gedanken eines Endes der Türkenherrschaft durchblicken lassen.[15] Als die deutsche Regierung ihm die Berücksichtigung der italienischen Wünsche in Abessinien nahelegte, lehnte er - wie vordem schon sein Vorgänger - jede Erleichterung auf dem abessinischen Schauplatz ab, erklärte sich aber um so großmütiger bereit, dem Italiener einen Ersatz in Albanien oder in Tripolis in Aussicht zu stellen, und als er auf der deutschen Seite eine Beunruhigung wegen des albanischen Objektes bemerkte, ebenso unbekümmert Tunis und Marokko als Ersatz zu erwägen: die Türkei sei zu verfault, um noch lange existieren zu können. Immer wieder kam er auf den Gedanken zurück, man solle sich beizeiten über eine Art Verteilungsplan im Orient und am Mittelmeer vertraulich verständigen. Zwar meinte Hatzfeldt des Eindrucks sicher zu sein, daß

Salisbury vor allem, soweit dies von ihm abhänge, eine Erhaltung und Kräftigung des Dreibundes wünsche, aber die leitenden Männer in Berlin wurden doch mißtrauischer, ob sich nicht gewisse Hintergedanken hinter einem so weitreichenden Plane wie diesem "Balkanbrandprojekt" verbergen möchten. Zumal Holstein sah nichts als das Bestreben, die englische Position in Ägypten durch orientalische Komplikationen, die alle Mächte erfaßten, zu erleichtern. Nur ein sehr akutes und schwerwiegendes Interesse könne es sein, das von dem Worte "Albanien" verdeckt werde; und es würde das Beste sein, wenn dieser gefährliche Plan bei dem Kaiser, dessen Besuch in Cowes damals bevorstand, auf einen festen Widerstand stoße.

Die Frage, welche letzten Ziele Salisbury mit seinem geheimnisvollen Plane einer Teilung der Türkei[16] verfolgt habe, wird noch heute von der Forschung nicht eindeutig beantwortet. Es handelte sich um eine Teilung, bei der Rußland sehr gut wegkommen sollte (Konstantinopel), bei der auch Österreich (in Saloniki) und Italien, wie wir sahen, reichlich befriedigt werden, Frankreich aber isoliert werden sollte; man ließ in London durchblicken, daß Deutschland in Afrika entschädigt werden könne. Daß dieser Plan sein ägyptisches und daneben auch sein armenisches Motiv hatte, lag zu nahe, aber er zielte doch auch wohl auf eine Umgruppierung der Staatengesellschaft hin. Es war kaum zu bestreiten, daß er die Linie Roseberys in der Annäherung an Rußland fortzusetzen suchte. Sollte der Plan nicht vor allem darauf gerichtet sein, das im fernen Osten sich anbahnende Zusammenwirken des Dreibundes mit Rußland, jene Träume, denen Wilhelm II. sich im Sommer 1895 begeistert hingab, zu durchkreuzen? War es Deutschlands Sache, dem sich in der asiatischen Türkei soeben ein großes Gebiet für Eisenbahnbauten zu erschließen begann, an dem entscheidenden Stoße mitzuwirken? Wohl warnte Hatzfeldt, der das Berliner Mißtrauen nicht völlig teilte: wenn man sich ganz zurückziehe, würde man auch keinen nennenswerten Einfluß auf die Entwicklung der Dinge ausüben können. Hohenlohe und Holstein aber waren, wohl mit Recht, darüber einig, es müsse vermieden werden, daß Deutschland als Vater des Teilungsgedankens vorgeschickt werde.[17]

Als Wilhelm II. am 5. August zu einer vertraulichen Besprechung mit Salisbury bei der Regatta in Cowes zusammentraf, verhielt er sich in der entscheidenden Frage genau nach den Direktiven des Auswärtigen Amtes.[18] Den uns ihrem Sinne nach bekannten Darlegungen des Premierministers über die Unheilbarkeit des kranken Mannes setzte der Kaiser, schon verletzt durch erziehliche Artikel der englischen ministeriellen Presse, in bestimmter Form seinen Glauben an die Reformierbarkeit der Türkei entgegen. Die Unterhaltung dauerte nicht lange, aber sie hinterließ infolge ihres Verlaufes oder noch mehr infolge eines Nachspiels auf beiden Seiten gewisse Empfindlichkeiten. Der Kaiser sah das Gespräch nicht als abgeschlossen an und erwartete den Engländer am folgenden Tage zu einer bestimmten Zeit vergeblich, um es fortzusetzen. Salisbury war zwar tatsächlich durch eine Audienz bei der Königin verhindert, legte aber anscheinend auch keinen besonderen Wert auf die Fortsetzung; er wünschte sich eher zu entziehen und begnügte sich mit einem Minimum der ihm obliegenden Entschuldigung.[19] Die neuen englischen Darstellungen verzeichnen als Ergebnis, daß der Kaiser seitdem eine starke Animosität gegen Salisbury zurückbehalten habe, aber auch Salisbury jene Abneigung gegen ein Bündnis mit Deutschland, die noch in den letzten Jahren seiner Staatsleitung eine so bedeutende Rolle spielen sollte. Über der Besprechung, die vielleicht die Geschicke hätte anders bestimmen können, stand kein günstiger Stern. Wir lassen dahingestellt, ob die Männer, die einander entgegentraten, einen Anteil daran hatten (der Kaiser hatte ein gewisses Recht, gekränkt zu sein), oder ob es nicht vor allem der große sachliche Gegensatz war, um den es sich dabei handelte.

Erst aus den Papieren Salisburys wird man erfahren können, welche letzten Ziele er in dieser Episode, die nur bis zum Rand der Sondierung gelangt ist, tatsächlich verfolgt hat. Bis dahin möchte ich mich für die Annahme entscheiden, daß er mit seinen Sondierungen über die Teilung der Türkei ebensogut den Weg zu Rußland als zu Deutschland (mit dem er wegen des früheren Verhältnisses das Spiel zunächst begann) zu finden suchte. Daß er mit seinem Plane in die Karten des Dreibundes zu spielen gedachte, scheint mir weder aus der Vorgeschichte noch aus dem

Nachspiel hervorzugehen; das brüske Verhalten, mit dem er sich dem Kaiser entzog, spricht ebenso dagegen, wie die Eilfertigkeit, mit der er schon nach einer Woche den französischen Appetit auf Marokko zu erwecken suchte (das soeben noch für Italien bestimmt gewesen war). Seine ganze Aktion läßt sich nur künstlich in einen Zusammenhang bringen, in dem der Kern eine englische Annäherung an den Dreibund gewesen sei, die Wilhelm II. und Holstein schuldhaft verpaßt hätten.[20] Auch wer bei Holstein die Anlage zum Mißtrauen für allzu stark entwickelt hält, kann seinem Urteil über die Teilungspläne - "als englisches Programm erklärlich" - nicht widersprechen. Das Endziel stand dem englischen Ministerpräsidenten, der gleich darauf auch öffentlich in einer Oberhausrede - anders als vor zwanzig Jahren - an die Türkei eine Absage richtete, klar vor Augen. Sein rascher Übergang zu Frankreich deutet an, daß die Frage, ob es mit dem Dreibund oder mit dem Zweibund zu erreichen sei, für ihn nur sekundär war, und befestigte daher Holstein noch mehr in der Überzeugung, daß man angesichts einer solchen englischen Politik weniger als je die Brücken nach Rußland abbrechen dürfe. Lord Salisbury legte anscheinend Wert darauf, seine Orientpläne, für die er niemanden zu erwärmen vermocht hatte, zu den Akten zu legen, um sie bei nächster Gelegenheit wieder aufzunehmen. So erklärte er dem deutschen Botschafter am 25. Oktober: "Sollte es dennoch infolge irgendeines russischen Vorgehens im Orient zu einer Krisis kommen, so werde er sich sofort und vor allem nach Berlin wenden, sich sofort und zunächst mit uns verständigen." Aber die Spannung, die er zu verwischen strebte, war inzwischen - und nicht durch deutsche Schuld - auf einem anderen Gebiete noch stärker hervorgetreten.

Es ist charakteristisch für die deutsch-englischen Beziehungen, in ihrem labilen Zustande, daß sie immer wieder von einem anderen Ende der Weltperipherie in Unruhe gesetzt werden: im Laufe des Jahres 1895 verschob sich ihr Brennpunkt von Ostasien über den Bosporus hinweg nach Südafrika. Hier liegt das eigentliche, empfindliche Zentrum der kolonialen Rivalitäten, denn hier handelte es sich um Objekte von rasch ansteigendem Wert, und hier war der Schauplatz, auf dem die aktivsten Kräfte des britischen Imperialismus auf eine entschlossene deutsche Abwehrstellung stießen. Das deutsche Interesse beschränkte sich nicht nur auf die eigenen Kolonien, die sich nur langsam entwickelten, sondern griff auf die Burenstaaten über, die infolge der Gold- und Diamantenfunde plötzlich eine starke Anziehungskraft auf deutsche Einwanderung und noch mehr auf deutsche Kapitalanlage und Industrieausfuhr ausübten. Vor allem war es für die afrikanische Gesamtpolitik des Reiches von Bedeutung, daß die Burenstaaten, insbesondere Transvaal - in dem Ausmaß der Selbständigkeit, das ihm im Vertrage mit England vom Jahre 1884 garantiert war - erhalten blieben.

Je mehr aber in dem Geiste von Cecil Rhodes jene weitgreifenden Zukunftspläne eines afrikanischen Imperialismus aufstiegen, um so empfindlicher nahm man von Kapstadt bis Kairo die moralische Rückendeckung auf, die das Deutsche Reich den Burenstaaten und ihrer Rechtsstellung bewußt gewährte. Auch die Londoner Politik begann diese Haltung, die nur an dem *status quo* festhielt, als unzulässig zu betrachten, ebenso wie die Sympathien der Buren, die dadurch hervorgerufen würden. Schon in den letzten Zeiten Roseberys war es einmal zu einer Vorhaltung in Berlin gekommen. Ein zweiter Versuch im Herbst 1895 führte sogar zu einem diplomatischen Zwischenfall. Am 14. Oktober 1895 stellte der abgehende Botschafter Sir Edward Malet dem Staatssekretär von Marschall gegenüber ohne einen geschäftlichen Anlaß fest, daß es in den deutsch-englischen Beziehungen nur einen schwarzen Punkt gäbe: die deutsche Haltung in Transvaal. Er machte der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie die Buren zu einer feindlichen Haltung gegen England encouragiere, so daß diese, des deutschen Schutzes sich sicher wähnend, in zunehmendem Maße sich feindlich stellten. Die Fortsetzung dieser Haltung gegenüber Transvaal sei auf die Dauer unerträglich und könne zu ernsten Verwicklungen führen. Ähnlich sprach der Botschafter zu dem Reichskanzler. Das war eine Warnung, wenn nicht eine Drohung. In seiner Antwort betonte Marschall, daß die deutsche Politik in Transvaal ausschließlich die Erhaltung des *status quo* anstrebe, es aber als eine Verletzung seiner Interessen ansehen würde, wenn der Burenstaat die ihm 1884 garantierte Selbständigkeit verlieren und zu einem Bestandteil des großen "Rhodesia" werden sollte. Er ging dann dazu über, seinerseits ein Sündenregister der englischen Kolonialpolitik aufzurollen, und gab

sogar zu bedenken, ob England so viel Freunde auf der Welt besitze, daß es leichthin einem Bruche mit Deutschland zutreibe. Der nach Form und Inhalt ungewöhnliche Vorstoß des englischen Diplomaten wurde vom Kaiser, der ihm einen ultimativen und kriegerischen Sinn zuschrieb, sehr ernst aufgenommen. In seiner Beschwerde gegenüber dem englischen Militärattaché führte er, sich nun seinerseits übernehmend, die Argumentation Marschalls erregt weiter: ein solches Verhalten Englands zwinge dazu, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Rußland zu machen, die an der deutschen Grenze ungefähr eine Million zu stehen hätten; es war, als wenn er dem Engländer nur noch die Wahl zwischen dem vertragsmäßigen Anschluß an den Dreibund oder dem Übergang ins andere Lager stelle. Seine seit dem Frühjahr ansteigende Gereiztheit gegen England schien ein bewußt antienglisches Programm in der großen Politik zu enthüllen. Der Bericht des Obersten Swaine hinterließ daher in London einen tiefen Eindruck; er ist ein Dokument, das man aus dem psychologischen Zusammenhang des Kommenden nicht herauslösen darf.

Der Zwischenfall selbst nahm ein rasches Ende, weil Salisbury jeden Auftrag zu dem Vorgehen Malets in Abrede stellte und auf das Drängen der deutschen Regierung ihr sein förmliches Bedauern über das "Mißverständnis" aussprechen ließ. Da in einem diplomatischen Mißverständnis in der Regel ein realer Kern zu stecken pflegt, so kommt man kaum um die Vermutung herum, daß Malet in Voraussicht der sich in Südafrika anspinnenden Dinge eine Art Einschüchterung der deutschen Politik versucht habe, wobei er sich freilich in der Form peinlich vergriff und eine weitere Übersteigerung der Gegenseite auslöste. Wenn Malet gleichsam einen Auftakt zum Jameson-Einfall lieferte, so war auch eine deutliche Antwort nicht ausgeblieben.

Kaum war diese peinliche Episode verschmerzt, so erregte der Orient erneutes Mißtrauen zwischen den beiden Mächten. Man witterte jetzt vollends in Berlin, daß in London ein vorbereitetes Doppelspiel getrieben werde. Was man vom englischen Standpunkt als "*splendid isolation*" bezeichnete, dieses System des Lavierens, Abtastens, Ausspielens des Zweibundes und des Dreibundes, stellte sich dem deutschen Standpunkt als das Herauslösen aus einer bis dahin eindeutig genommenen Stellung und der Übergang zu undurchsichtigeren Methoden dar. Soeben noch hatte man zu bemerken geglaubt, daß die englische Seite den österreichischen und italienischen Verbündeten in der Flottendemonstration vor den Dardanellen in die vorderste Linie zu manövrieren suchte; gleich darauf vernahm man von Petersburg mit einer gewissen Empörung, daß die englische Diplomatie, augenscheinlich an dem Teilungsgedanken festhaltend, dort ein russisch-englisches Kondominat am Bosporus in Anregung gebracht habe. Am 20. Dezember hielt der Kaiser dem englischen Militärattaché dieses Verfahren in höchst temperamentvoller Weise vor: das Verhalten Englands in der letzten Zeit auf diplomatischem Gebiet sei dergestalt zweideutig und fragwürdig, daß ihm keine der Kontinentalmächte mehr über den Weg traue; falls, was er nicht annehmen könne, Englands Absicht dabei gewesen sei, die Mächte untereinander zu verfeinden und gegeneinander auszuspielen, so werde es kein Glück damit haben, sondern den Kontinent als einen festen Block sich gegenüber finden. Aus der Vorhaltung des Kaisers, die im einzelnen die Grenzen der Vorsicht - zum Kummer Holsteins - überschritt, ist zu erkennen, wie mißtrauisch man nunmehr jeden Schritt der englischen Orientpolitik beobachtete. Auf der anderen Seite erwiderte Salisbury - wir haben seine vertraulichen Äußerungen unmittelbar aus den Tagen vor Jameson-Zug und Krüger-Telegramm - das deutsche Mißtrauen mit einer gegen den Kaiser höchst gereizten Stimmung.[21]

Nachdem die deutsche Politik in Ostasien einen Anschluß an Rußland vollzogen und gleich darauf den englischen Teilungsgedanken abgelehnt hatte, glaubte sie sich immer mehr zu überzeugen, daß England mit seinem Vorschlag die ostasiatische Dreiergruppe zu sprengen und einen neuen Brennpunkt der Mächtegruppierung im Orient zu schaffen gedenke: dagegen war man entschlossen, die Idee des Kontinentalbundes ins Feld zu führen. Das Endziel dieser Politik ist nicht englandfeindlich, sondern lief eher darauf hinaus, den Engländer, der überall in der Welt andere Wege zu gehen suchte, durch eine verdiente Lektion wieder an den Dreibund heranzuholen. Seitdem die Isolierung Englands auch in seinem Verhältnis zu Amerika durch die Clevelandbotschaft zutage

getreten war, glaubte man auch von Europa her einen starken Ton anschlagen zu dürfen. Es geht um das alte Problem: die Einordnung Englands in die in Dreibund und Zweibund gespaltene Staatengesellschaft, also um ein Spiel von höchst delikater Natur, unzweifelhaft für die deutsche Seite dadurch erschwert, daß der Kaiser selbst, infolge seiner Beziehungen zu den Höfen von London und Petersburg, jetzt in die vorderste Linie der Spielleitung eingerückt war.

Während der Kaiser diese schwierige Auseinandersetzung vornahm, war in den südafrikanischen Grassteppen in größter Heimlichkeit schon jene Abenteurertruppe auf dem Marsche, die sich vorgesetzt hatte, mit einem Gewaltstreich das Gesicht des Erdteils zu verändern. Schon kurz vor Weihnachten trafen aus Pretoria beunruhigende Nachrichten ein, aus denen zu entnehmen war, daß sich hinter dem abgeleugneten Vorstoß Malets doch noch mehr verberge. Als Marschall den englischen Botschafter am 28. Dezember auf die seitens der englischen Partei in Johannesburg drohenden Unruhen hinwies, erinnerte er erneut daran, daß man auf der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit von Transvaal nach Maßgabe des Vertrages von 1884 bestehe und in den Plänen von Rhodes eine schwere Beeinträchtigung der deutschen Interessen erblicke;[22] es war die letzte Warnung an die englische Regierung, in deren Mitte Mr. Chamberlain über das Kommende ohne Zweifel tief unterrichtet war. Als die Nachricht von dem Einfall der 800 Mann unter Führung Jamesons am 1. Januar in Berlin eintraf, wirkte sie zwar wie eine Bombe, aber sie stieß zugleich auf eine gleichsam dafür vorbereitete politische Einstellung.

Der Kaiser wollte sofort nach Eintreffen der Nachricht telegraphisch seinen empörten Einspruch anmelden. Dann aber folgte die zweite Nachricht von der Gefangennahme der Jameson-Truppe durch die Buren der ersten so schnell auf dem Fuße, daß die Reichsregierung instand gesetzt wurde, sich zu der vollendeten Tatsache zu äußern. So erging am Mittag des 3. Januar 1896 die berühmte Depesche Wilhelms II. an den Präsidenten Krüger mit dem Wortlaut: "Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren,[23] mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen[24] zu wahren." Noch wenige Tage vorher hatte Königin Victoria persönlich den Zaren und den deutschen Kaiser im Namen der Menschlichkeit gegen die armenischen Greuel aufrufen wollen, jetzt lief eine andere Rechtsverwahrung zugunsten der Kleinen und Schwachen um die Welt.

Die Krüger-Depesche, anfänglich mit Begeisterung vom deutschen Volke aufgenommen, ist später, sobald die bedenklichen Folgen sichtbar wurden, als ein Akt des unverantwortlichen Monarchen, als ein typisches Beispiel seiner "Impulsivität" gescholten worden. In Wahrheit handelt es sich um einen Staatsakt, der auf normale Weise zustande kommt; der Reichskanzler trägt die konstitutionelle Verantwortung; die Mitwirkung des Kaisers vollzieht sich innerhalb der korrekten Grenzen.[25] In die politische Verantwortung haben sich Hohenlohe und Marschall mit dem Kaiser zu teilen. Herr von Marschall liebäugelte schon längst mit der Idee des Kontinentalbundes, um einen gewissen Druck auf England auszuüben und es zugleich zum Dreibund herüberzuholen. Jetzt ergriff er mit einer gewissen Leidenschaft die günstige Gelegenheit zu einer Bloßstellung des skrupellosen Gegenspielers: "Nun muß gehandelt werden", hieß es in seinem Tagebuch schon am 31. Dezember. Wie in dem Kongokonflikt vom Sommer 1894, der überhaupt als ein Vorspiel dieses allerdings weit heftigeren Zusammenstoßes zu deuten ist, hatte er im ersten Augenblick auch dem französischen Botschafter ein Zusammengehen der Kontinentalmächte nahe gelegt. Und wenn man in seinem Tagebuch vom 3. Januar 1896 auf den Satz stößt: "Endlich richtet S. Majestät auf meinen Vorschlag ein Beglückwünschungstelegramm an Präsident Krüger", so könnte man annehmen, daß Marschall der eigentliche Urheber gewesen, und der spätere Versuch des Kaisers, sich selbst weitgehend zu entlasten, durchaus berechtigt sei. Ein solches Bild würde aber sehr unvollkommen sein. In Wirklichkeit ging Wilhelm II. nicht nur mit dem leidenschaftlich vorwärtsdrängenden Marschall, sondern - Stimmungsmensch, der er war - er hatte sogar noch viel weiter gehen wollen. Da England

sich so offensichtlich ins Unrecht gesetzt hatte, schwelgte er in gefährlichen Einfällen, wie der Übernahme des Protektorates über Transvaal, der Mobilisierung der Seebataillone, der Entsendung von Truppen nach der Delagoabai, der Abordnung eines militärischen Erkunders, der Besetzung von Lourenço-Marques - alle diese ganz unmöglichen Pläne mußten dem Kaiser erst ausgeredet werden, bevor die im Vergleich damit harmlose Glückwunschdepesche zur Annahme gebracht wurde.[26] Wenn es nach dem Willen des Kaisers gegangen wäre, würde er eine noch weit schwerere Verantwortung auf sich genommen haben.

Die deutschen Staatsmänner, die zu der Krüger-Depesche zusammenwirkten, standen unter dem doppelten Eindruck des offenkundigen Rechtsbruches, der auch in deutsche Interessen einschnitt, und der Notwendigkeit, einem neuen Kurs der englischen Politik mit starker Warnung zu begegnen: über die psychologische Aufnahme und Nachwirkung der von ihnen gewählten Mittel haben sie sich weniger Gedanken gemacht. Gerade von hier aus gesehen, erwies sich die Depesche als ein schwerer Fehler.[27] Der Fehler lag nicht so sehr darin, daß in der Fassung die Linie der völkerrechtlichen Korrektheit leise überschritten wurde; auch eine korrektere und vorsichtigere Fassung würde die verhängnisvolle Nachwirkung kaum vermieden haben. Denn diese ging von dem Ganzen der deutschen Aktion aus: daß der Kaiser, der Enkel der Königin Victoria, in dem Augenblick, da der gescheiterte Rechtsbruch schon eine allgemeine Verurteilung gefunden hatte, mit dem Schwerte des Rechts an die Seite der Buren trat. Wilhelm II. sprach das Urteil der Welt aus, aber daß gerade **er** es tat, berührte das Unwägbare, die Empfindlichkeit einer großen Nation. So geschah es, daß man jenseits des Kanals die Schmach des Mißgeschickes vor der öffentlichen Meinung in den Zorn über den deutschen Kaiser ablenkte.

Auch alle Kritik der Krüger-Depesche darf nicht daran vorbeigehen, daß die öffentliche Meinung Deutschlands und weit darüber hinaus das mannhafte Hervortreten des Kaisers billigte. Der Reichstag verlieh dieser Zustimmung einen starken und einmütigen Ausdruck. Niemals hatte der Kaiser eine so beifällige öffentliche Meinung hinter sich. Eine realistische Staatskunst wie diejenige Bismarcks wird diesen Erfolg der Popularität als zu teuer erkauft in der Welt großmächtlicher Wirklichkeiten beanstanden. Nicht so einfach ist die Stellungnahme für jede politische Denkweise, der die Ideale der Rechtsordnung der Völker höchste Güter schlechthin sind. Wenn die deutsche Politik der Stimme der Gerechtigkeit (nicht ohne gleichzeitige Wahrnehmung ihres Interesses) freien Lauf ließ, so sollten diejenigen, die einem veredelten Völkerrecht der Zukunft als ihrem Ideale zustreben, ein solches Vorgehen nicht verurteilen, sondern eher anerkennen.

Auch war die Krüger-Depesche kein Fehler, der nicht wieder gutzumachen gewesen wäre. Ein Urteil, welches sie zum Drehpunkt macht, an dem die vorher guten Beziehungen der beiden Staaten sich zum Bösen gewandelt hätten, scheint mir zweierlei zu übersehen: daß einmal die Beziehungen schon vordem nicht so einwandfrei gut waren, und daß sie auch nachher nicht für immer verdorben wurden. Trotz der Depesche sind die deutsch-englischen Bündnissondierungen der Jahre seit 1898 doch noch möglich gewesen; wenn auch ihre Erfolgschancen in der öffentlichen Meinung wohl dauernd verringert waren, so waren sie von diesem Erlebnis aus noch nicht zerstört. Für den Augenblick hatten die Deutschen jeder Anfechtung des *status quo* in Transvaal einen Riegel vorgeschoben. Die Frage war nur, wie lange er hielt. Der alte Reichskanzler in Friedrichsruh verwarf das Telegramm nicht, wenn er auch den Wortlaut nicht billigte, aber er blickte in die Zukunft voraus: "Der Streit um Transvaal ist damit nicht erledigt. England wird darauf nicht verzichten, es wird seine Aktion nur vertagen."[28] Und so sei vorausblickend hier gesagt: die Sühne für den deutschen Schritt sollte nicht darin bestehen, daß man am 3. Januar 1896 die englische Bündnismöglichkeit für immer verscherzte, sondern darin, daß man wenige Jahre später dem Untergang der Buren tatenlos zusehen mußte.

Zunächst aber zu den Nachwirkungen des Augenblicks. Die englische Politik setzte alles daran, um der Offensive der Depesche auf breiter Front zu begegnen. Sie stellte nicht nur ein fliegendes

Geschwader gegen Deutschland in Dienst,[29] sondern suchte in ihren gesamten Weltbeziehungen das Steuer mit der Richtung gegen Deutschland herumzuwerfen. Am weitesten griff der Entschluß, in dem schweren Konflikt mit Amerika ungesäumt den Rückzug anzutreten; am 12. Januar ließ man in Washington vertraulich wissen, daß Großbritannien, wenn die Vereinigten Staaten eine internationale Konferenz berufen würden, zur Anerkennung der Monroe-Doktrin als eines Bestandteils des internationalen Rechtes bereit sein würde.[30] In Europa aber nahm man einen Anlauf, allen Gegnerschaften gegen Deutschland die Hand zu reichen und alle Verbindungen zu dem deutschen Bündnislager abzubrechen. Selbst von Kopenhagen kamen unbestimmte Nachrichten, daß von London dort angefragt worden sei, ob Dänemark im Kriegsfalle mitgehen würde.[31] Vor allem suchte man sofort die Fühlung mit Frankreich. Wenn Salisbury dem deutschen Botschafter zu verstehen gab, daß England schließlich auch ohne Ägypten fertig werden könne,[32] so mochte man in Berlin daraus entnehmen, welchen Preis das Inselreich für Transvaal zu zahlen bereit war. Ob das Wort des französischen Botschafters in London: Frankreich kennt nur einen Feind, amtlich ausgesprochen wurde, mag auf sich beruhen; die Pariser Presse, der *Temps* an der Spitze, sollte sich bald auf die Formel einigen, daß Transvaal nicht geeignet sei, die Aufmerksamkeit Frankreichs von Elsaß-Lothringen abzulenken - und die englische Presse wußte, mit welcher Tonart sie diesen Ball aufzunehmen hatte.[33] Auf der anderen Seite griff Salisbury auf den türkischen Teilungsplan zurück, von dem zu erwarten war, daß er mit der Kraft des Scheidewassers die bestehende Mächtegruppierung zersetzen würde; ähnlich wie Rosebery im April 1894 die Bindungen an die Dreibundmächte aufgelockert hatte, zog auch er die Konsequenz, die mit Österreich und Italien bestehenden Orientabkommen entweder als belanglos auszulegen oder aber formell außer Kraft zu setzen;[34] ein österreichischer Versuch, die Entente zu verlängern oder zu vertiefen, wurde im Laufe des Februar 1896 abgelehnt.[35] Innerhalb des Dreibundes aber blieben die Rückwirkungen der englischen Umstellung nicht ganz aus; es kam doch dazu, daß Italien für gewisse Modalitäten seine Bündnisverpflichtung gegenüber Deutschland einschränkte.[36]

Gegenüber diesen überraschenden Umstellungsversuchen der englischen Politik hatte die optimistische Auffassung Holsteins: daß die Sache "mit einem kleinen diplomatischen Erfolg für Deutschland und einer kleinen politischen Lektion für England"[37] zu Ende gehen würde, keinen Bestand. Denn in der Tiefe des englischen Volkes und nicht nur gewisser Interessenkreise blieb ein Rückstand bitterer Empfindungen. Während der Krisis hatte die von Frank Harris geleitete *Saturday Review*, hinter der das Kapital der südafrikanischen Minenspekulanten Cecil Rhodes, Alfred Beit und Alfred Ochs stand, zum ersten Male das früher unmögliche Wort: "*Germania est delenda*" sich entfahren lassen. Und bald spürt man an manchen Stellen des englischen Lebens Kräfte am Werke, die mit der Zeit in die Vorgeschichte des Weltkrieges verantwortlich eingreifen werden.

Inzwischen war die Episode der Krüger-Depesche als solche längst abgelaufen. Kaiser Wilhelm II. hatte schon nach kaum einer Woche in einem Schreiben die Königin Victoria über seine persönlichen Absichten beruhigt (woraus dann die enttäuschten Franzosen eine demütigende Unterwerfung machten), und es stellte sich alsbald heraus, daß der Zwischenfall, der eine so tiefgehende Verbitterung verursacht hatte, auf dem Kampfplatze selbst eigentlich ohne praktische politische Wirkung blieb, insofern, als weder die grundsätzliche Rechtslage in Südafrika noch der augenblickliche Rechtsstreit durch ihn verändert wurde. Auch die Ausnutzung der Spannung zum Einbringen einer Flottenvorlage, die einen Augenblick dem Temperament des Kaisers möglich schien, wurde zum Glück, vermutlich aus der naheliegenden politischen Erwägung, vermieden.[38] So wurde es denn nach einigen Monaten möglich, daß wenigstens der geschäftliche Verkehr in den alten Formen wiederhergestellt und ein sachliches Zusammengehen auf einem begrenzten Schauplatz durchgeführt wurde.

Am 1. März 1896 erlitt das italienische Heer durch die Truppen Abessiniens eine schwere Niederlage - das bedeutete nicht nur, daß die Leistungsfähigkeit der Dreibundmacht Italien durch diesen Schlag beeinträchtigt wurde, sondern auch, daß der Dreibundgedanke in Italien selbst eine

Schwächung erfuhr. Der Rücktritt Crispis war die unmittelbare Folge. Grund genug für Kaiser Wilhelm, daß er in höchst persönlichem Stil alles daran setzte, dem König von Italien sein Mißgeschick in aller irgendwie dienlichen Weise zu erleichtern. Er kam dabei auf den glücklichen Gedanken, eine Bemühung bei England zugunsten Italiens mit dem Bestreben zu verbinden, ein normales Verhältnis zu England wiederherzustellen.[39] Noch gingen allerdings die Wogen in London hoch. Es kennzeichnet die Lage, wenn der *Daily Telegraph* und die *Times* vom 6. bis 7. März den Fehlschlag einer Dreibundmacht zum Anlaß nahmen, um die Revision des **Frankfurter Friedens**, vorsichtigerweise als eine Aufgabe für Rußland, zur Sprache zu bringen.[40] Die englische Regierung jedoch lenkte nach dieser Entgleisung ein. So wenig sie geneigt war, die aussichtslose Stellung der Italiener in Abessinien zu stützen, so nahm sie doch die Gelegenheit wahr, wenigstens die eigene Stellung im Sudan durch die Expedition nach Dongola zu verstärken und sich dabei des Rückhalts seitens des Dreibundes zu bedienen.[41] Dieses Unternehmen bedingte zwischen den Kabinetten ein förmliches Begräbnis der Jameson-Krüger-Episode. So las denn Sir Frank Lascelles im Auswärtigen Amt in Berlin am 13. März einen Brief Lord Salisburys vor, in dem es hieß, er wünsche, wie in früherer Zeit, mit Deutschland auf dem Fuße gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen zu stehen. England wolle sich an den Dreibund anlehnen, werde aber nie ein Versprechen geben, welches für irgendeine zukünftige Eventualität die Verpflichtung zum Kriege enthalte. So suchte der afrikanische Flügel des britischen Imperialismus, dessen Träume sich auf der Linie von Kap bis Kairo bewegten, die im Süden erlittene Schlappe zunächst im Norden auszugleichen, alles weitere der Zukunft überlassend. Die Folge war, daß die weitere Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen vornehmlich wieder von dem orientalischen und dem ostasiatischen Schauplatze beeinflußt werden sollte.

Auf dem Orientschauplatze blieb der in: Sommer 1895 eröffnete Gegensatz bestehen. Die deutschen Staatsmänner waren überzeugt, daß England noch immer auf eine Orientkrise hinarbeite[42] und am liebsten die Absetzung des Sultans sehen würde.[43] Vor allem nahm Lord Salisbury jede Gelegenheit wahr, um dem deutschen Gegenspieler zu verstehen zu geben, daß er sich in dem freigewählten Zustand der *splendid isolation* wohl befinde und keine Änderung wünsche. Daher betonte er, daß England mit Rußland und Frankreich im Mittelmeer allein fertig werden könne und den Dreibund nicht nötig habe;[44] auf der anderen Seite hielt er dem deutschen Botschafter vor, daß die Berliner Politik den Dreikaiserbund, d. h. einen schon in den siebziger Jahren immer nur mit Mißtrauen beobachteten Zustand der Dinge, wiederherstellen wolle. Graf Hatzfeldt, der seit über einem Jahrzehnt in einem vertraulichen Verhältnis zu dem Ministerpräsidenten stand, setzte dieser Annahme einen Rückblick auf die deutsch-englischen Beziehungen entgegen: "Was ich aber wisse und ihm ebenso gut bekannt sein müsse, sei, daß ich mich jahrelang vergeblich bemüht hätte, die englische Regierung über ihr eigenes Interesse in bezug auf die Gruppierung der Mächte in Europa aufzuklären." Lord Salisbury gab dies bereitwillig zu, fügte aber mit einer gewissen Freundlichkeit hinzu, daß der Anschluß Englands an den Dreibund dem englischen Interesse vielleicht entsprochen hätte, daß er sich aber nicht machen lasse, "weil er einmal mit den hiesigen Traditionen im Widerspruch stehe".[45]

Es lag auf derselben Linie, wenn Salisbury einige Wochen später die Idee einer Verständigung mit Frankreich streifte. Der deutsche Botschafter zog aus seinen bisherigen Beobachtungen noch nicht den Schluß, daß ein positiver Plan vorliege, der vielleicht nur durch einen hohen Preis erkauft werden könne. Aber er gelangte doch zu Erwägungen, die, gerade von ihm ausgesprochen, sehr zu denken gaben. "Die heutigen vertraulichen Äußerungen des Premierministers sind aber jedenfalls von hohem Interesse, weil sie darüber keinen Zweifel lassen, daß er den Gedanken einer Allianz mit Frankreich zu bestimmten Zwecken im Kopfe hat und zu verarbeiten sucht.[46] Lord Salisbury ist nach meinen Erfahrungen ein Opportunist, dessen inneres Gleichgewicht durch eintretende äußere Schwierigkeiten niemals ernstlich beeinträchtigt wird, weil er von sich selbst überzeugt ist, daß es seinem erfinderischen Geiste niemals an Auswegen und Kombinationen fehlen wird, um England mit Hilfe seiner ungeheuren Flotte gegen alle denkbaren Gefahren zu decken."[47, 48] Als im Februar

1897 zwischen Österreich und England eine Unterhaltung über die Meerengenfrage stattfand, stellte sich ein überraschender Widerspruch zwischen den früheren und jetzigen Äußerungen Salisburys heraus. Während er bis vor kurzem stets die Möglichkeit offen gelassen hatte, daß England unter gewissen Voraussetzungen Österreich im Orient zur Seite stehen werde, betonte er jetzt die Unmöglichkeit, sich im Orient mit Österreich festzulegen. Als er aber die Schuld für das dadurch in Wien hervorgerufene Mißtrauen auf Berlin zu schieben suchte, kam man hier mit Recht zu dem Ergebnis: "Je nachdem es ihm paßt, andere Kabinette einzuschüchtern oder zu ködern, läßt Lord Salisbury die eine oder die andere dieser Verständigungen am Horizonte auftauchen oder verschwinden".[49]

Die aus allen diesen Symptomen erkennbare Abkühlung der deutsch-englischen Beziehungen wurde dadurch verschärft, daß die öffentliche Meinung Englands seit der Krüger-Episode ihren gereizten Ton nicht wieder aufgab. Noch im Jahre 1896 hatte ein zeitkundiger Schriftsteller es bereits unternommen, in einem Buche *Made in Germany* allerhand kleine Eifersüchte, die bisher eine Angelegenheit der geschäftlichen Konkurrenz waren, unter einem politischen Schlagwort für die Allgemeinheit zusammenzufassen. Wie viele deutsche Autoren habe ich früher dazu geneigt, in dieser Haltung der Presse einen ursprünglichen Ausdruck der Wirtschaftsrivalität und des Handelsneides zu sehen,[50] doch habe ich mich immer mehr davon überzeugt, daß diese als primäres Motiv der Entfremdung überhaupt nicht in Betracht kommen: sie sind vielmehr als ein brauchbares sekundäres Motiv von den Führern des politischen Gegensatzes aufgegriffen und zur Bearbeitung der Massen verwendet worden.[51] Wenn z. B. das Organ der südafrikanischen Imperialisten und Spekulanten, die durch eine ausgesprochene antideutsche Haltung ausgezeichnete *Saturday Review*, am wildesten auf die deutsche Konkurrenz losschlägt, so geschieht das, weil ihre Hintermänner aus naheliegenden Gründen die große politische Wendung in der öffentlichen Meinung durchdrücken wollen. So griff sie jedes Schlagwort auf, das am europäischen Horizont auftauchte, um ihr mit der ganzen Zähigkeit eines angelsächsischen publizistischen Kreuzzuges verfolgtes Ziel zu erreichen. Am 27. August 1897 hatte der Trinkspruch des Zaren Nikolaus bei dem Besuch des Präsidenten der französischen Republik zum ersten Male von den beiden befreundeten und alliierten Nationen gesprochen. Vierzehn Tage darauf schoß der berühmte Artikel der *Saturday Review* unter den deutschfeindlichen Organen den Vogel ab:

> "England mit seiner langen Geschichte erfolgreicher Offensiven, mit seinem wunderbaren Glauben, daß es in Verfolg seiner eigenen Interessen zugleich Licht unter den im Dunkel lebenden Völkern verbreitet, und Deutschland, Blut von demselben Blut, Bein von demselben Bein, mit einer geringeren Willenskraft, aber vielleicht einer schärferen Intelligenz ausgestattet, treten in jedem Winkel des Erdballs in Wettbewerb. In Transvaal, am Kap, in Zentralafrika, in Indien und im Orient, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, wo nur die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge folgte, da steht der deutsche Geschäftsreisende mit dem englischen Handelsmann im Kampfe. Gibt es dort ein Bergwerk auszubauen, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Temperenz zum Branntwein zu bekehren, so kämpfen Deutsche und Engländer um den ersten Platz. Eine Million kleiner Streitigkeiten erzeugt die größte Kriegsursache, die die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen ausgelöscht wäre, so würde es übermorgen keinen Engländer in der Welt geben, der nicht um so viel reicher wäre. Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbrecht gefochten: müssen sie nicht fechten für einen Handelswert von 200 Millionen Pfund? England ist die einzige Großmacht, die Deutschland ohne furchtbare Gefahr und ohne Zweifel über den Ausgang bekämpfen könnte ... Ein paar Tage nur, und die deutschen Schiffe werden auf dem Meeresgrunde liegen oder als Prisen nach England geleitet werden. Hamburg und Bremen, der Kieler Kanal und die Ostseehäfen würden unter den Kanonen Englands liegen, bis die Kriegsentschädigung gezahlt wäre. Unser Werk getan, brauchten wir weiter nichts, als Frankreich und Rußland zu sagen: Sucht euch irgendeine Kompensation. Nehmt vom deutschen Boden, was ihr wollt - ihr könnt es haben."[52]

Man sieht: den Stoff liefert die Handelsrivalität, aber der Kern und Zielpunkt des Artikels liegt in dem zum Schluß durchbrechenden verlockenden Anerbieten an den Zweibund.



Präsident Felix Faure in Petersburg, Juli 1897.

Unter dem Eindruck dieser Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen in den Jahren 1896/97 hat der Gedanke des Baues einer größeren Flotte, der schon kurze Zeit vor der Krüger-Episode ernsthaft erwogen worden war, von dem politischen Willen des Kaisers und seiner Berater, ja des überwiegenden Teiles der öffentlichen Meinung im deutschen Volke Besitz ergriffen. Aus dem Erlebnis des Januar 1896 war doch ein starkes Gefühl der Wehrlosigkeit zur See zurückgeblieben, und hinter dem Einzelfall hatte sich mit einem Schlage etwas Allgemeineres, die innere Problematik, die verborgene Abhängigkeit des ganzen Kolonialbesitzes und der ganzen überseeischen Handelswerte des Reiches eindringlich und demütigend enthüllt. Man konnte sich nicht mehr darüber hinweg täuschen, daß die deutschen Kolonien, ohne alle maritimen Machtmittel einzig kraft der hegemonischen Stellung des Bismarckschen Reiches in den Jahren 1884/85 erworben, mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten nur dann sicher behauptet werden könnten, wenn Deutschland auch über Seestreitkräfte in einem für eine Großmacht nennenswerten Umfange verfügte. Wie konnte man hoffen, die stark wachsende Handelsflotte und die ununterbrochen fortschreitende Festlegung von Kapitalien und Errichtung von Anlagen in Übersee gegen alle Gefahren zu sichern, wenn das Reich, wie es der Fall war, als (nach Österreich-Ungarn) schwächste der Großmächte zur See vier sog. Schlachtschiffe - in Wahrheit nur schwere Küstenverteidiger - und vier kleinere Panzerschiffe in Dienst stellen konnte.[53] Und ließ sich schließlich erwarten, daß man bei dieser Unvergleichbar-keit mit wirklicher Seemacht von einer Großmacht wie Großbritannien jemals ernst genommen werden würde - da man an der für sie entscheidenden Stelle überhaupt nicht "Macht" war, so war es unvermeidlich, daß man als Bundesgenosse zu leicht wog, in Streitfragen aber kurz und ungnädig abgefertigt wurde.

So lauteten die Grundgedanken, die der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes Alfred Tirpitz, der am 31. März 1897 von der ostasiatischen Station zurückgekehrt war, mit einer seltenen Verbindung von Sachlichkeit und Feuer verkündete. Mit ihm betrat einer der bedeutendsten Männer, willensmäßig vielleicht die stärkste Persönlichkeit des nachbismarckschen Zeitalters, die Bühne der Öffentlichkeit. Ein unvergleichlicher Organisator und ein umstrittener Politiker, hat er

mit seinem Werke und seinem Wollen tiefe Spuren in der Geschichte Wilhelms II. hinterlassen, wie er selbst mit dessen Schicksal auf das stärkste verbunden bleibt. Es war ein denkwürdiger Tag, der 15. Juni 1897, der das zehnte Regierungsjahr Wilhelms II. eröffnete, als Tirpitz dem Kaiser einen Immediatvortrag über seinen großen Flottenplan hielt, der durch seinen zweckmäßigen Aufbau, seine überzeugende Begründung, seine geschickte Mittelverteilung allen seinen Vorgängern überlegen war. Der Plan fand das Einverständnis des Kaisers. Mit der Geschlossenheit seiner Natur, der von Schwung getragenen Sachkunde und auch mit politischen Illusionen, die er aber immer wieder in gewissen Grenzen zu halten wußte, hat Tirpitz von diesem Tage an einen Einfluß begründet, dem Wilhelm II. dauernder gefolgt ist als jedem anderen seiner Berater.

Tirpitz hatte seinem Flottenplan den Leitsatz "Stärkung unserer politischen Macht und Bedeutung gegen England" zugrunde gelegt. Wenn der Kaiser sich mit diesem Gedanken "absolut einverstanden" erklärte, so glaubte er nach den politischen Erfahrungen der letzten Jahre, zumal aber seit der Krüger-Depesche, dazu Ursache genug zu haben. Liest man in einer Randbemerkung des Kaisers vom 31. Juli 1897 die Worte: "Nach der Anerkennung der Überlegenheit der deutschen Industrie wird deren Vernichtung in Bälde von Albion angestrebt und unzweifelhaft erreicht werden, wenn nicht energisch und rasch ein starker Flottenbau bei uns dem Urteil vorbeugt: *ceterum censeo naves esse aedificandas* —" so hört man in der Schlußwendung noch eine Erinnerung an den ersten Artikel der *Saturday Review* nachklingen und zu dem - in dieser Form sehr übertriebenen! - Bilde des englischen Vernichtungswillens gegenüber seinem Konkurrenten beitragen. In dem psychologischen Zusammenhange sind diese Dinge bei der Entstehung des Tirpitzschen Flottenplanes nicht zu streichen; und man könnte sich schon vorstellen, daß, als der Admiral am 15. September 1897 dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe seinen Vortrag über die nunmehr fertig ausgearbeitete Flottenvorlage hielt, er ihm gleichzeitig den einige Tage vorher erschienenen zweiten Artikel der *Saturday Review* (vom 11. September) überreichte, dessen maßlose Herausforderung wir oben wiedergegeben haben.[54]

Daß die Idee der Flottenvorlage auf den politischen Gegensatz gegen England als Kern der deutschen Außenpolitik abzielte, würde eine durchaus irrige Annahme sein. Allerdings will sie in jeder Auseinandersetzung mit England dem von deutscher Seite vertretenen Standpunkt ein größeres Schwergewicht geben, um ihn entsprechend zur Geltung zu bringen. Schon in dem erwähnten Gutachten von Tirpitz, Anfang des Jahres 1896, war der Gedanke ausgeführt worden: "Selbst der größte Seestaat würde entgegenkommender gegen uns sein, wenn wir 2 - 3 gute und hochgeschulte Geschwader in die Waagschale der Politik und dementsprechend nötigenfalls in diejenige des Konflikts zu werfen imstande wären" - eine Vorform des späteren problematischen "Risikogedankens". Das alles ist zunächst eine Zukunftserwägung, die wenig für einen Staat besagt, der bis zum 1. April 1905 während des Sexennats lediglich 11 Linienschiffe, 5 große und 17 kleinere Kreuzer auf Stapel zu legen sich vorsetzt. Selbst diese Zukunftsmöglichkeiten besaßen damals für die Engländer nicht den geringsten Grad von Beunruhigung, ganz abgesehen davon, daß es ihnen noch als unbewiesen galt, ob die Deutschen überhaupt imstande wären, eine solche Flotte aus eigenen Kräften zu bauen und auszurüsten, zu organisieren und auszubilden.[55] Im übrigen waren damals in den deutsch-englischen Beziehungen die akuten Reibungsflächen fast verschwunden, es war der Augenblick, in dem Südafrika aus dem deutschen Interessenkreise wieder ganz zurückzuweichen begann und in der Ferne China in den Vordergrund des Mächtespiels rückte; in den Wochen nach der Verabschiedung der Flottenvorlage fingen die Engländer zum ersten Male wieder an, einen vertraulicheren Ton anzuschlagen.

Unmittelbar vor dem Amtsantritt des Staatssekretärs Tirpitz hatte der Reichstag eine bescheidene Vorlage abgelehnt. Im März 1898 bewilligte er mit großer Mehrheit eine weitausschauende, langfristige Vorlage von sehr viel größerem Umfange. Dieser politische Umschwung ist nicht allein dem agitatorischen Geschick von Tirpitz zuzuschreiben, der, wie der Kaiser ihm nachrühmt, das Riesenwerk fertiggebracht habe, nicht nur ein Volk von "50 Millionen widerhaariger, nicht informierter,

übelgelaunter Deutscher", sondern auch die Mehrheit der Minister zu seiner Ansicht zu bekehren. Es war auch nicht nur das starke Lebensinteresse des Handels und der Industrie, das sich mit der Flotte verband, nicht allein das Erleben dieser Jahre, in denen immer wieder von neuem durch aufregende Geschehnisse in der Welt einem sehr binnenländisch gewordenen Volke das Wesen der Seemacht eingehämmert wurde. Es war das nationale Bewußtsein selbst, aus dem dieser Umschwung hervorging, das nationale Bewußtsein, das, im Reiche saturiert und in seinen Kontinentalgrenzen wieder fest eingeengt, über See nach größeren Schauplätzen der Betätigung sucht - es war der politische Sinn eines Volkes, das in dem Reiche häufig genug nur die monarchische Repräsentation mit ihrem höfischen Glanz, die Intrigen der höfisch-ministeriellen Cliquen und den kleinlichen Streit der Parteien sah und von einer tiefen Sehnsucht nach einem weiteren und freieren Horizont, nach einem Jungbrunnen für das ganze Leben der nationalen Gemeinschaft erfüllt war.

Der alte Hohenlohe war von Hause alles andere eher als ein Phantast und "Marinist". Wenn er sich jetzt für die Schlachtflotte aussprach und einem alten, von schwarzen Bedenken erfüllten bayrischen Freunde die sachliche Notwendigkeit zu erweisen suchte,[56] ging er vor allem davon aus, es sei ungerecht, dem Kaiser vorzuwerfen, daß er die Flotte aus Laune oder zu seinem Vergnügen baue:[57] "Er tut nichts anderes als das ausführen, was das deutsche Volk seit hundertfünfzig Jahren angestrebt hat." Das war gerade in seinem Munde keine Redensart. Selbst einer der Senioren der alten liberalen Nationalpartei, konnte er den historischen Nachweis führen. So stellte sich ihm der Lauf der Vergangenheit dar: das friedliche, unbedeutende, machtlose Dasein in der Zeit des Bundestages, das eines Tages dem deutschen Volke nicht mehr genügte: "es wollte einheitlich gestaltet sein und eine Rolle in der Welt spielen"; und dann nach Burschenschaft und Nationalverein, der ganze Weg von 1848 bis 1871, bis zur Gründung des Reiches; und als dieses Reich Mittel brauchte, um zu leben, der Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll, der mächtige Aufschwung von Industrie und Außenhandel; und nun die Notwendigkeit, alle diese Werte der Nation durch eine Flotte von Rang zu schützen. In diesen Dingen lag allerdings ein tieferer historischer Zusammenhang, und wenn der alte pessimistische Münchner Freund des Kanzlers sich jetzt auch nicht mehr überzeugen ließ, so mußte er doch gestehen, selbst im Jahre 1846 in einem Drama die schönen Worte ausgesprochen zu haben: Deutschland müsse eine Seemacht werden, Gott habe die Meere an unseren Küsten nicht ausgegossen, damit fremde Kiele sie durchfurchen sollten.

Das alles hatte der Engländer Lord Lytton schon 1874 vorausgesehen, wenn er die Frage aufwarf: Gibt es in der Geschichte irgendeinen Fall eines binnenländischen Staates, der plötzlich die militärische Vorherrschaft in Europa gewinnt, ohne sich mittels seiner militärischen Stärke und seines Ansehens zu bemühen, eine Seemacht zu werden? Aber man kann keine Seemacht sein ohne Kolonien.[58]

Je mehr die weltpolitischen Bewegungen von der Peripherie her ihre Anstöße empfingen, desto mehr gerieten die europäischen Verhältnisse in den Zustand einer gewissen Beruhigung: das eine bedingt das andere. Und je mehr England sich auf die Rolle der glänzenden Isolierung zurückzog, desto mehr sahen sich die kontinentaleuropäischen Mächte darauf angewiesen, einen vorläufigen Ausgleich in sich selber vorzunehmen.

Aus der allgemeinen Lage ergab es sich, daß die Erneuerung des Dreibundes - so unerwünscht die deutsch-englische Entfremdung auch in Wien und Rom empfunden wurde - im Mai 1896 ohne Änderung und Schwierigkeit vollzogen wurde.[59]

So lag das Element der Ruhe in der europäischen Staatengesellschaft in dem freundschaftlichen Vertrauensverhältnis begründet, das zwischen Berlin und Petersburg bestand, vor allem in der Tatsache, daß Rußland vermöge des Zweibundes über das Gewicht Frankreichs verfügte, ohne der Erfüllung der Revanche irgendwelche Aussichten zu machen. Der russische Außenminister Lobanow, der als der "überzeugteste Anhänger des russisch-französischen Bündnisses" galt, konnte

doch mit einem moskowitischen Hochmut, der an Alexander III. erinnerte, vertraulich zu dem Fürsten Hohenlohe sagen: "Eigentlich haben wir Europa einen großen Dienst geleistet, daß wir uns Frankreichs angenommen haben. Gott weiß, was diese Leute angefangen hätten, wenn wir sie nicht am Zügel hielten" (September 1895).[60] Das war zwar nicht die ganze Wahrheit, aber kennzeichnete die Wirkung des Augenblicks. Die Zusammenkunft des Zaren Nikolaus II. mit Wilhelm II. in der ersten Septemberwoche des Jahres 1896 befestigte vor allem die Verständigung über die konservative Orientpolitik und damit über eine Stellung, die den Projekten Salisburys vom Sommer 1895 durchaus entgegengesetzt war. Man einigte sich über die Erhaltung des *status quo* im Orient, insbesondere auch über die Autorität des Sultans; wenn man im Notfall auch einen diplomatischen Druck auf den Sultan ausüben wollte, daß er für Ordnung und Versprechungen in Kreta sorge, so verständigte man sich über den entscheidenden Grundsatz, daß orientalische Spezialfragen die Gefahr der Aufrollung der ganzen orientalischen Frage in sich schlössen - diese aber sollte vermieden werden![61] Schon glaubte Wilhelm II., in seiner tiefen Verstimmung gegen England, in dem vertrauten Gespräch auch den Gedanken der wirtschaftlichen Gemeinschaft gegen Amerika, "sei es mit, sei es ohne England", in die Debatte werfen zu müssen.

In diesen Monaten flackerte bald in Armenien, bald in Kreta die Gefahr eines allgemeinen Brandes auf, der das ganze Gebäude des osmanischen Reiches ergreifen mochte. Es fiel der deutschen Politik nicht leicht, die Wiener Staatsmänner von ihrem Mißtrauen gegen die gebesserten deutsch-russischen Beziehungen zu heilen und an ihr Programm der Enthaltsamkeit zu gewöhnen; aber die schlechten Erfahrungen, die Graf Goluchowski[62] mit der englischen Meerengenpolitik gemacht hatte, taten schließlich doch das Ihre, um ihn auf den neuen Weg hinüberzuführen. Als der Nachfolger Lobanows, Graf Murawiew, am 31. Januar 1897 in Berlin erschien, wiederholte er den besonderen Dank für die deutsche Haltung, die durchaus mit den Zielen der auf Erhaltung des Friedens, des *status quo* und der Integrität des Türkischen Reiches gerichteten russischen Politik übereinstimme.[63] Der Abschluß der Verhandlungen erfolgte bei einem Besuche des Kaisers Franz Joseph in Petersburg in der letzten Aprilwoche, der zu einem endgültigen österreichisch-russischen Abkommen führte. Beide Mächte einigten sich über die Aufrechterhaltung des *status quo* im Orient so lange wie möglich und über die beiderseitigen Interessen, welche im Falle der Unhaltbarkeit des *status quo* in den Balkanländern gewahrt werden müßten. Dabei stellte Rußland die Aufrechterhaltung der Sperrung der Dardanellen als eine Lebensfrage des Reiches hin, während Österreich die Unantastbarkeit des ihm durch den Berliner Vertrag zuerkannten Besitzes (Bosnien, Herzegowina, Sandschak) und die Sicherung der Selbständigkeit Albaniens als seine Lebensfrage bezeichnete. Eine Aufteilung der übrigen Gebiete der europäischen Türkei unter die einzelnen Balkanstaaten solle gegebenenfalls einer freundschaftlichen Verständigung zwischen Rußland und Österreich vorbehalten werden. Das aber war das Entscheidende dieses Abkommens, das so lange für unmöglich gehalten war, daß die beiden Großmächte fortan auf der Balkanhalbinsel in ihrer Politik Hand in Hand gingen und daher Aktionen zu vermeiden wünschten, die den Charakter einer auf überwiegenden Einfluß gerichteten Konkurrenz tragen würden.

Graf Goluchowski hatte Recht, den Abschluß als einen Erfolg zu bezeichnen, und Kaiser Wilhelm war nicht im Unrecht, wenn er ihn zu diesem Erfolge beglückwünschte. Auch der etwas skeptischere Holstein erkannte als die Lichtseite des Vertrages die damit gewonnene hohe Wahrscheinlichkeit an, "daß Rußland während der nächsten Jahre in Europa Ruhe haben möchte"; aber er empfand zugleich als Kehrseite, daß Österreich, über einen selbständigen Draht nach Petersburg verfügend, den Wert der deutschen Anlehnung unterschätzen möchte, und machte sich mit seiner mißtrauischen Schärfe auch die vom österreichischen Standpunkt vorhandenen Schattenseiten klar.[64] Im ganzen überwiegt doch die positive Seite. Auf dem Abkommen vom 29. April 1897 und weiter dem später darauf gegründeten Mürzsteger Abkommen vom 1. Oktober 1903 hat der Kern des Weltfriedens geruht, und erst als Rußland sich von dem Inhalt und Geist dieser Verträge zurückzuziehen beginnt, steigen rasch und unaufhaltsam die dunklen Wolken am Himmel empor.

Kaum war der nahe Orient in seinen einst so friedensgefährlichen Bereichen befriedet, so rückte der ferne Osten plötzlich in den Vordergrund der europäischen und der deutschen Interessen hinein.

Aus der Epoche des Friedens von Shimonoseki war die deutsche Politik mit einem ungestillten Verlangen herausgekommen: wollte man in der Front der ostasiatischen Mächte stehen, brauchte man einen maritimen Stützpunkt. Die Franzosen und Russen hatten schon im Sommer 1895 sich ihre Liebesdienste durch Handelsverträge und Vorteile bezahlen lassen, aber was sich für ihren an China angrenzenden Kolonialbesitz unschwer ergab, war für die Deutschen, die nur auf dem Seeweg zu den Chinesen kamen, nicht so leicht zu erreichen. Da man über den geeigneten Ort uneinig war und auch ein passender Anlaß zum Vorgehen fehlte, hatte sich die Befriedigung der deutschen Wünsche hingezogen. Zwar hatte die Marine eine ganze Liste von theoretischen Möglichkeiten der Festsetzung aufgestellt, aber bei näherer Prüfung stellten sich bei den meisten Vorschlägen ältere Vertragsrechte oder Ansprüche anderer heraus; besonders im Auswärtigen Amt war man sich bald klar darüber, daß die Wahl des Ortes schon fast eine Wahl in der Gruppierung der Mächte in sich schloß und somit ihre weltpolitischen Folgen hatte. An die Spitze der Fordernden hatte sich der Kaiser selber gestellt, der sich von einer Aktion auch eine Stärkung des nationalen Selbstgefühls versprach; die Marine, die ein spezielles Bedürfnis vertrat und am leichtesten das Ohr des Kaisers fand, begann allmählich ihre Wünsche über die anfangs geforderte Kohlenstation hinaus zu steigern; aber auch die Presse aller bürgerlichen Parteien und die hinter ihnen stehenden Wirtschaftsgruppen hatten sich, von der allgemeinen Bewegung der Zeit fortgerissen, angeschlossen; stürmisch verlangte der katholische Bischof Anzer im Interesse seiner Mission ein energisches Vorgehen, um den Chinesen wieder Respekt einzuflößen. In vielen Lagern erwartete man nach den Anläufen endlich Taten.

Allerdings zeigte sich die chinesische Regierung zunächst sehr schwerhörig auf die deutsche Beweisführung, es könne China nur recht erwünscht sein, wenn Deutschland dort ein starkes Geschwader unterhalte, um das Gleichgewicht der Kräfte in Ostasien zu sichern. Man machte, und mit Recht, in aller Freundschaft dagegen geltend, daß eine Gewährung der deutschen Wünsche eine Begehrlichkeit aller anderen Mächte auslösen würde. Dafür erfuhr man in Berlin hinwiederum aus den Kreisen chinesischer Diplomaten selbst, daß "ein wenig Gewalt" wohl unvermeidlich sein werde, um eine entgegenkommende Entschließung der Pekinger Zentralregierung herbeizuführen. Selbst als der große Vizekönig Li Hung Tschang in Europa eintraf, ließ er keinen Zweifel darüber, daß eine deutsche Festsetzung in Form einer langjährigen Verpachtung sich wahrscheinlich erreichen lasse.

Er erschien im Sommer 1896 in Berlin und sah nacheinander die beiden Formen des politischen Deutschlands: dieses neue Deutschland, das sich mit dem ungestümen Drange erhob, in der Welt umzugreifen, und jenes alte jetzt versinkende Deutschland, das sich bewußt auf seinen nationalen Machtkern beschränkt hatte. Mit dem höchsten Aufgebot chinesischer Artigkeit machte er am 25. Juni 1896 dem greisen Reichskanzler seinen Besuch in Friedrichsruh. Hier war nicht von peinlichen Geschäften die Rede, sondern von großen und allgemeinen Fragen: wie man China reformieren solle - wie überhaupt zu regieren sei, wenn alles Schwierigkeiten mache und der Monarch anderen Einflüssen zugänglich sei - wie man durch preußische Instruktion die chinesische Armee wieder aufbaue und damit einen Kern des Widerstandes gegen die Auflösung schaffe. Und wenn der Chinese mit tiefer Ehrerbietung dem Kanzler von dessen Erfolgen sprach, die er für die Welt errungen habe, so gab ihm Fürst Bismarck die nachdenkliche Antwort: Hier und in China gilt das griechische Wort τὰ πάντα ῥεῖ, alles fließt, alles stürzt einmal zusammen. Und die beiden Staatsmänner, beide von der Geschichte und Zukunft ihrer Länder getragen, durch eine Welt voneinander getrennt und doch durch das tiefe Empfinden für die von ihnen repräsentierten Lebenskräfte verbunden, blickten sich ernsthaft und lange in die Augen.[65]

Bald danach begann die deutsche Entschließung über den Ort der Festsetzung das letzte Wort zu

finden. Zwar gab es im November 1896 noch einmal einen Augenblick, in dem der Kaiser, von den Admiralen beraten, immer heftiger antreibend, die Besetzung der Insel Amoy, eines Vertragshafens, forderte. Er verlangte jetzt endlich Maßregeln, die Anwendung von Gewalt.[66] Aber das Auswärtige Amt wahrte seine Tradition und leistete Widerstand gegen einen unverhüllten Gewaltstreich: "Die unheilbare Kompromittierung unserer Politik durch einen nackten Rechtsbruch würde selbst durch den Gewinn einer Kohlenstation nicht wettgemacht."

Nach einem Immediatvortrage am 29. November 1896 entschied der Kaiser grundsätzlich für Kiautschou; man beschloß die Entsendung von sachverständigen Wasserbautechnikern zur Aufnahme der Bucht. Das Auswärtige Amt suchte noch einmal zurückzuhalten, da die Bucht einmal von den russischen Schiffen als Winterhafen benutzt worden sei und daher mit einem Widerspruch von dieser Seite gerechnet werden müsse: "Wenn wir jetzt Vermessungen vornehmen, also Besitzergreifungsabsichten zu erkennen geben, so bedeutet dies nichts anderes, als wissentlich einen offenen Konflikt mit Rußland heraufzubeschwören, was wegen des vorliegenden Anlasses nicht in unserem Interesse liegen kann."[67] Man suchte daher Zeit zu gewinnen, auch andere Plätze zur Nachprüfung zur Wahl zu stellen. Gleich darauf war im Tsungli Yamen im Dezember 1896 die Entscheidung über die deutschen Anträge negativ ausgefallen. China könne den Wunsch Deutschlands nicht erfüllen, da sonst andere Mächte ähnliche Konzessionen verlangen würden. Marschall schlug zwar vor, nach Abschluß der deutschen Aufnahmen den Antrag zu erneuern und erst nach erneuter Ablehnung die Chinesen vor eine vollzogene Tatsache zu stellen, aber der Kaiser wollte von weiteren Anfragen nichts mehr wissen: "Sobald der Platz feststeht, gleich besetzen" (19. Februar 1897). Im Laufe des Mai 1897 sahen die deutschen Behörden von Amoy und Samsa ab, obgleich schon in ganz China die Erwartung verbreitet war, daß man Amoy besetzen werde; im Juni war die endgültige Entscheidung für Kiautschou gefallen; sie wurde dadurch erleichtert, daß der russische Admiral Alexejew erklärte, von russischen Ansprüchen auf diesen Platz nichts zu wissen.

Immerhin war die deutsche Politik jetzt an dem Punkte angekommen, wo sie vor jedem weiteren Schritte in Petersburg feststellen mußte, ob die russische Regierung Absichten auf die Kiautschoubucht hege. Die ersten amtlichen Antworten klangen beruhigend; die Entfernung von Wladiwostok sei zu groß, als daß Rußland ein besonderes Interesse daran haben könne, diesen Hafen in Anspruch zu nehmen; dann aber wurden jedenfalls gewisse Vorbehalte angemeldet, über die bei dem Besuche Wilhelms II. bei dem Zaren in Peterhof im August 1897 Klarheit geschaffen wurde. Es kam zu einem Abkommen, daß Rußland ein Interesse daran habe, sich den Zugang zur Kiautschoubucht so lange zu sichern, bis es über einen nördlicher gelegenen, schon in Aussicht genommenen Hafen verfüge; bis dahin werde man keinen Einspruch erheben, wenn die deutschen Schiffe in der Bucht vor Anker gingen. Dieses an einen eintretenden Fall gebundene Zugeständnis erläuterte Murawiew dahin, man habe nicht die Absicht, Kiautschou zu behalten, sondern wolle es nach erfolgter Räumung Deutschland zuwenden.[68] Daraufhin wurde den chinesischen Zentralbehörden das Einlaufen der deutschen Schiffe in der ersten Hälfte des Oktober mitgeteilt. Sowohl eine chinesische Erklärung, daß die deutsche Unternehmung die Russen nichts angehe, als auch eine russische Mitteilung, daß Rußland nicht in der Lage sei, über den Hafen zu verfügen, mußte die deutschen Staatsmänner in dem Glauben bestärken, daß jedenfalls keine russisch-chinesischen Abmachungen ihren Absichten im Wege ständen.

Als die Dinge so weit gediehen waren, stellte sich in letzter Stunde auch noch der äußere Anlaß ein, sie in beschleunigter Geschwindigkeit und mit verstärktem Nachdruck zu betreiben: die Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare in Süd-Schantung am 4. November gab der deutschen Politik, die sich bis dahin von den üblichen europäischen Präzedenzfällen einer Verkoppelung von Verhandlung und Gewaltübung in nichts unterschied, auch noch das Recht, mit dem Schein der Entrüstung auf einer geschuldeten Genugtuung zu bestehen. Gerade der Kaiser, der immer wieder belehrt worden war, daß die Chinesen nun einmal einzig der Gewalt wichen, mahnte vorwurfsvoll, "unsere hypervorsichtige, in ganz Ostasien bereits als schwach angesehene Politik nunmehr

aufzugeben und mit voller Strenge, und wenn nötig, mit brutaler Rücksichtslosigkeit, den Chinesen endlich zu zeigen, daß der deutsche Kaiser nicht mit sich spaßen läßt". Jedenfalls begann der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, im Grunde gegen seine Überzeugung,[69] seinen Widerstand einzustellen, und der neue Staatssekretär Bernhard von Bülow, der im Oktober 1897 an die Stelle Marschalls getreten war, hatte sich bereits beim Kaiser mit der Forderung eingeführt, "daß es die höchste Zeit sei, unsere schwankende und laue Politik in Ostasien energischer zu gestalten".[70] Er stand vor seiner ersten selbständigen Leistung.

Mehr der Form halber vergewisserte man sich noch einmal der Zustimmung Petersburgs. Die Antwort des Zaren an Kaiser Wilhelm II. enthielt zwar keine warme Ermunterung, aber schien ebensowenig Schwierigkeiten machen zu wollen: er könne die Entsendung des deutschen Geschwaders weder gutheißen noch mißbilligen, da der Hafen nur vorübergehend russisch gewesen sei. Daraufhin ergingen, indem man das Telegramm des Zaren noch eindeutiger nahm als es vielleicht gemeint war, die deutschen Befehle zur Besetzung und zur Forderung der Genugtuung.

Aber schon in den nächsten Tagen kündigte die russische Politik plötzlich an, daß sie um jeden Preis eine dauernde deutsche Festsetzung in der Kiautschoubucht verhindern wolle. Murawiew beanspruchte auf Grund eines rätselhaften Rechtes der ersten Ankerung, das jetzt überraschend hervorgeholt wurde, eine Vorhand und sprach sein amtliches Bedauern über das deutsche Vorgehen aus. Der ganze Zusammenhang dieses Umschwungs vom 7. bis 9. November ist wenig durchsichtig; es mag sein, daß die Russen bisher auf den chinesischen Widerstand gerechnet hatten, dem aber durch das Ereignis des 4. November die Eigenkraft genommen war; durch ihre Winkelzüge mochten sie hoffen, die chinesische Energie wiederherzustellen. Immerhin war das russische Vorgehen nach Sache und Form derart, daß die ganze Situation sich mit einem Schlage verschoben hatte: aus einer begrenzten Angelegenheit drohte sich plötzlich eine Krise der Großmächte zu entwickeln. Man sah in Berlin fast die Möglichkeit eines Krieges vor der Tür und fragte sich im Auswärtigen Amt, ob man nicht besser, da ein Bruch mit Rußland außerhalb des Rahmens der kaiserlichen Politik liege, einen anderen Platz wählen solle; vergeblich suchte man noch am 12. November Proklamation und Besetzung zu verschieben, bis eine unbefriedigende chinesische Erklärung eingetroffen sei. Die deutsche Besitzergreifung wurde am 14. November 1897 vollzogen.

Die vollendete Tatsache konnte die in sich starke Position des Deutschen Reiches nur befestigen. Mit vollem Rechte berief sich der Reichskanzler, der bisher vorsichtig gebremst hatte, dem russischen Botschafter gegenüber auf die Rolle, die auch für ihn das Telegramm des Zaren Nikolaus II. gespielt habe: "Der Inhalt des Telegramms hat mich entwaffnet. Jetzt, wo unser Kaiser engagiert ist, habe ich vor allem die Würde des Kaisers und Reiches zu berücksichtigen."[71] Er konnte sich im stillen sagen, daß Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach doch nicht von dem einen zum anderen Tage einen Entschluß zum Kriege gefaßt haben könne.

Doch auch Hohenlohe hielt es für angezeigt, sich in der ungeklärten Lage nach Fühlung umzusehen. Ein Erlaß an den deutschen Botschafter in London suchte den so lange verschütteten Weg wieder zu öffnen: "Es liegt auf der Hand, daß Graf Murawiew seine ungewöhnliche Sprache nur in Rücksicht auf unser schlechtes Verhältnis zu England[72] gewagt hat. Es wäre daher auch für die vorliegende Angelegenheit gut, wenn seine Zuversicht in jener Richtung etwas erschüttert werden könnte. Eine Besserung unserer Beziehungen zu dem Inselreiche, die ja von uns ohnehin nie aus den Augen gelassen worden ist, läßt sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen erreichen. Immerhin könnte sie vielleicht durch einen nach außen verwertbaren Schritt schon jetzt angebahnt werden."[73] Graf Hatzfeld ergriff die Aufgabe, die seinem diplomatischen Geschick gestellt wurde, mit um so höherem Eifer, als er die in den letzten Jahren eingetretene Abwendung von England sehr bedauert hatte und sich obendrein sorgte, man würde sonst den Russen einen höheren Preis bezahlen müssen: "die schlimmste aller Lösungen in unserem Interesse wäre die Festlegung unserer Politik im russischen Sinne, und der Nachteil würde nicht durch den Besitz von halb China aufgewogen."

Er konnte wenigstens die eine Tatsache erkennen, daß England gegen die Festsetzung in der Kiautschoubucht keinen Einwand erhebe; da er die Erklärung verwerten durfte, daß Deutschland jeden südlicher gelegenen Ersatz für Kiautschou standhaft ablehne, schied jedenfalls China als Streitgebiet zwischen England und Deutschland aus.[74] Aber darüber hinaus hatte er keinen Erfolg. Sein Versuch, bei dieser Gelegenheit ein Gebiet der Interessengemeinschaft in eine Vertragsform zu bringen, scheiterte an der Gesamtstimmung des englischen Kabinetts, in welchem wir wenig Freunde hatten, wie der Botschafter meinte.[75] Salisbury aber gestand ihm: man würde im Publikum eine nach außen hin erkennbare Annäherung an Deutschland nicht verstehen, die Regierung dafür tadeln, und die öffentlichen Erörterungen würden nur zu erneuten Rekriminationen und zu einer größeren Verstimmung gegen Deutschland führen: also sollte man sich nicht zu einem übereilten Versuche hinreißen lassen, die öffentliche Meinung zugunsten Deutschlands umzustimmen.

So sollte sich die Kiautschou-Krisis doch in einer deutschen Verständigung mit Rußland, nicht gegen Rußland, lösen. In der letzten Novemberwoche und in der ersten Dezemberwoche ließ die Heftigkeit der Spannung nach. Die russischen Staatsmänner erkannten das Berliner Argument an, daß ein näheres örtliches Heranrücken der deutschen Festsetzung in China zugleich die deutsche Politik zur Annäherung an Rußland nötige, ebenso wie eine Festsetzung im Süden Chinas sie in die Arme Englands getrieben haben würde. Wenn der Deutsche auch dem Russen in Kiautschou zu nahe auf den Leib gerückt war, so war diese Nachbarschaft erträglich, wenn nicht gar erwünscht, falls er sich eben dadurch für eine dauernde Interessengemeinschaft im fernen Osten gewinnen ließ. So teilte man am 14. Dezember in Berlin mit, daß man sich zur Besetzung von Port Arthur entschlossen habe, und daß Rußland und Deutschland im fernen Osten miteinander gehen müßten. In dem Antwortschreiben des Staatssekretärs von Bülow wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die beiden Kaiserreiche gemeinsame Sache angesichts einer gemeinsamen Gefahr machen würden.[76] Man fand am 18. Dezember dafür auch die Formel: "daß die Politik der beiden mächtigen Nachbarreiche in der akuten Frage des Augenblicks sich in den Bahnen bewegt, wo die Gemeinsamkeit der Interessen sie hinwarf".

Die deutsche Politik legte besonders England gegenüber Wert darauf, daß sie das vorgesetzte Ziel aus eigener Kraft erreicht habe. Aber man konnte sich nicht verhehlen, daß man einen Außenposten gewonnen hatte, dessen Gestaltung und Behauptung noch tiefer in den Gegensatz der Mächte, so wie sie sich in Ostasien gruppierten, hineinführen würde. Die deutschen Akten aus diesen Wochen sind auch nicht ohne Sorge, daß sich hier der Knoten des Schicksals unberechenbar knüpfen könne; man ist darauf bedacht, "die Zukunft offen zu halten für ein harmonisches Zusammenwirken mit England, zunächst im beiderseitigen eigenen, dann auch im Weltinteresse", und hält nach Mitteln Umschau, der japanischen Politik Vertrauen zu Deutschland einzuflößen. Aber als am 12. März die russische Pachtung von Port Arthur und Talienwan auf 25 Jahre erfolgte, geschah es doch mit dem Rückhalte an Deutschland, das sich dem englisch-japanischen Konferenzgedanken entgegensetzte.

Bülow rechnete damit, daß die verhältnismäßige Ungleichheit der russischen und deutschen Ansprüche in China ihre weltgeschichtliche Wirkung auf das Verhalten anderer Mächte nicht verfehlen würde; von dem großen China-Programm Rußlands erwartete er überhaupt, daß eine Bagatelle wie Kiautschou darüber in Vergessenheit geraten werde. Und für Deutschland nahm er dann die freie Hand in Anspruch: "Die Freundschaft, welche S. M. den Kaiser mit dem Zaren verbindet und diesem einen moralischen Anspruch auf deutsche Unterstützung gibt, verleiht andererseits unserem allergnädigsten Herrn den berechtigten Anspruch, als Berater **vor** der Tat in allen den Fällen gehört und berücksichtigt zu werden, wo hernach das Einsetzen deutscher Kraft für russische Zwecke erforderlich werden kann. Wenn aber durch das Überwiegen russischer Eigenart und spezifisch russischer Impulse der deutsche Rat wirkungslos gemacht wird, so erlangt damit *ipso facto* S. M. der Kaiser wieder die volle Freiheit, dasjenige zu beschließen, was nach Maßgabe der **deutschen** Interessen alsdann geboten ist."[77]

Der Kaiser hatte schon zu Beginn des Jahres dem Zaren eine neue Zeichnung gewidmet, mit den symbolisierten Gestalten Deutschlands und Rußlands als "Schildwachen am Gelben Meer zur Verkündung des Evangeliums, der Wahrheit und des Lichts im Osten". Und als der Vertrag über Port Arthur von China ratifiziert worden war, beglückwünschte er ihn von neuem: "Wir beide werden ein gutes Paar Schildwachen am Eingange des Golfs von Petschili abgeben, die gebührend, insbesondere von den Gelben, respektiert werden."[78] So hatte wider alles Erwarten die Festsetzung in Kiautschou zunächst die Freundschaft mit Rußland noch weiter befestigt. Daß die Nachwirkungen damit nicht erledigt waren, sondern nun erst sich vorbereiteten, war das allgemeine Gefühl in der Welt. Und das war es, was einen Mann wie Waldersee sich für die Besetzung von Kiautschou doch nicht erwärmen ließ: "Ich hatte das Gefühl, daß wir uns in ein Abenteuer stürzten, und habe es jetzt in stärkerem Grade. Wir sollen Weltpolitik treiben! Wenn ich nur wüßte, was das sein soll; zunächst doch nur ein Schlagwort."[79] Es war das Empfinden altpreußischen Geistes, der zögerte, einen seiner Geschichte so wesensfremden Schauplatz zu betreten.

Unmittelbar nachdem die ostasiatischen Weltrivalitäten in den Vordergrund getreten waren, ging die deutsche Politik dazu über, sich auch im nahen Osten ein neues Feld aktiver Betätigung zu erschließen. Dieses interessanteste Beispiel für die allmähliche Fortentwicklung einer ursprünglich rein wirtschaftlichen Aktion zu einem Unternehmen von weltpolitischen Ausmaßen, das entscheidend in die Beziehungen der großen Mächte eingreift, liegt auf dem Boden der asiatischen Türkei.

Die ersten Ansätze zu deutschen Wirtschaftsunternehmungen führen in die achtziger Jahre zurück, als wirtschaftlich der französische Kapitaleinfluß vermöge der Ottomanbank und der Verwaltung der *Dette Ottomane* überwog, in die letzten Jahre Bismarcks, in denen die deutsche Politik zwar schon ein gewisses Interesse für die militärische Leistungsfähigkeit der Türkei zu verraten begann, in der Hauptsache aber an dem strengen Grundsatz der politischen Uninteressiertheit am Bosporus festhielt, der die deutsche Haltung von jener der anderen Mächte unterschied. Es war in den ersten Wochen der Regierung Kaiser Wilhelms II., am 15. August 1888, daß die Deutsche Bank in Berlin dem Auswärtigen Amt mitteilte, sie wäre geneigt, sich um die Konzession zum Bau und Betrieb des anatolischen Eisenbahnnetzes zu bewerben, und damit die Anfrage verband, ob ihr Vertreter bei seinen Verhandlungen auf diplomatische Unterstützung rechnen dürfe. Der von Bismarck sorgfältig durchkorrigierte Bescheid vom 2. September bejahte zwar die Frage, zog aber für gewisse Konsequenzen, der bisherigen Praxis entsprechend, eine ganz feste Linie: "In der Tat gehen deutsche Unternehmer durch Kapitalanlagen in anatolischen Eisenbahnbauten ein Risiko ein, welches zunächst in der Schwierigkeit der Rechtsverfolgung im Orient liegt, aber durch kriegerische und andere Verwicklungen noch gesteigert werden kann. Die darin für deutsches Kapital liegenden Gefahren werden ausschließlich den Unternehmern zur Last fallen, und werden die letzteren nicht darauf rechnen dürfen, daß das Deutsche Reich sie gegen die mit gewagten Unternehmungen im Auslande verbundenen Wechselfälle sicherstellen werde."[80] Die amtliche Unterstützung trug jedenfalls dazu bei, daß der Sultan am 24. September 1888 die Anleihe und die Konzession der Bahn Haidar Pascha - Angora an die Gruppe der Deutschen Bank zu übertragen befahl. Ein gewisses Widerstreben im französischen und russischen Lager blieb zwar nicht aus, aber beruhigte sich wieder, da das Ganze doch nur als ein unpolitisches Geschäft im üblichen Wettbewerb erschien. Wenn damals die deutschen Unternehmer auch an einen staatlichen Rückhalt für ihre Finanzinteressen in Konstantinopel dachten, so stießen sie allerdings auf jene traditionelle Zurückhaltung der Reichspolitik, die gerade in der grundsätzlichen Uninteressiertheit die Stärke ihrer Stellung im Orient erblickte.[81]

Immerhin, es handelte sich um die erste Anfangsstrecke einer großen Überlandlinie mit weitem Endziel,[82] und als im Juni 1890 die erste Bahnstrecke dem Verkehr übergeben wurde, wagte der türkische Bautenminister schon die zukünftige Verlängerung bis Bagdad hoffnungsvoll anklingen zu lassen. Bald wurde die große Überlandbahn eine Lieblingsidee des Sultans. Es war bezeichnend, daß er schon am 7. Oktober 1891 - bald nach dem Zusammenschluß von Rußland und Frankreich - von Wilhelm II. seine moralische Unterstützung für das große Projekt erbat, doch wohl mit dem

Hintergedanken, damit auch einen politischen Rückhalt von seiten des Deutschen Reiches zu gewinnen; und er empfing von dem Kaiser, für dessen Phantasie solche weitreichenden Pläne wie geschaffen waren, eine Versicherung seines wohlwollenden Interesses. Noch lagen die politischen Konsequenzen ganz im Dunkel. Wenn man in den Kreisen der Unternehmer und Ingenieure die Pläne über Bagdad hinaus bis an den Persischen Golf erstreckte und von einem neuen großen Verkehrsweg nach Indien sprach, wiegte man sich zugleich in dem Glauben, daß gerade England wegen der ihm gebotenen Vorteile an der Beschaffung des Geldes sich beteiligen werde.

Längst hatte der Wettstreit der kapitalistischen Interessentengruppen in der in Konstantinopel üblichen Weise begonnen, der deutschen Gruppe, die allen voranstand, einer französischen und einer englischen Gruppe, hinter ihnen die Botschafter mit allen Künsten der im Jildis-Kiosk herkömmlichen Intrigen, und hinter ihnen die großen Mächte selbst - es konnte nicht ausbleiben, daß bei einem so großen Objekt der Spekulation politische Rivalitäten sich zur Einmischung anschickten. Wir haben bereits gesehen, daß die Art und Weise, wie der englische Botschafter den Druck der englischen öffentlichen Meinung gegen die deutschen Pläne beim Sultan ins Feld führte, im Januar 1893 zur Folge hatte, daß die deutsche Politik diesen Einspruch als einen feindseligen Akt bezeichnete und entsprechend beantwortete. Indem man in Berlin sogar zu dem großen Hebel Ägypten griff,[83] der bisher nur auf den kolonialen Schauplätzen Afrikas benutzt worden war, um in den klein-asiatischen Zukunftsplänen den guten Willen Englands zu erzielen, hatte man das Stadium der unbedingten politischen Uninteressiertheit im Orient bereits verlassen und mit der Politisierung der Absichten des deutschen industriellen Finanzkapitals begonnen. Man sieht allmählich ein deutsches Wirtschaftsinteresse erwachsen, das auch der deutschen Politik eine gewisse Rücksichtnahme auferlegen wird.

Damals kamen die Dinge infolge der allgemeinen Gefährdung der Türkei wieder zum Stehen: das Meerengenproblem, die armenischen Greuel, der kretische Aufstand und der griechische Krieg drängten sich dazwischen. Erst seitdem das russisch-österreichische Abkommen vom Mai 1897 den nahen Orient befriedet hatte, trat die Entwicklung der Bagdadbahnpläne in ein neues Stadium; als dann die ostasiatischen Rivalitäten in dem gegenseitigen Verhältnis der Mächte in den Vordergrund rückten, war die Weltlage eine andere geworden. So fand Herr von Marschall, der nach seinem Rücktritt als Staatssekretär im Herbst 1897 als Botschafter nach Konstantinopel übersiedelte, eine günstige Lage vor, um die ins Stocken geratenen Pläne mit dem ganzen Gewicht seines Willens und seiner Phantasie wieder aufzunehmen. Mit seinem Bericht an den Reichskanzler vom 9. April 1898 setzt eine neue Ära in der Geschichte des Projektes ein: er drängte, die Wünsche des Sultans nicht mehr mit gutem Willen zu vertrösten, sondern die Vorbereitungen für den Bahnbau bis Bagdad sowie für die Schiffbarmachung des Euphrat und Tigris mit der Tat aufzunehmen. Am 17. Mai 1898 gab der Kaiser dem Auswärtigen Amt formell zu erkennen, daß er sich lebhaft für die Bagdadbahn interessiere.[84] Es war, als wenn das Deutsche Reich gleichsam die Früchte der in den letzten Jahren zur Erhaltung der Türkei getriebenen Politik pflücken, aus seiner mehr defensiven Haltung in der Orientpolitik zu einem aktiven Ausgreifen übergehen wolle. Der Entschluß des Kaisers zu seiner Orientreise war nicht allein durch die Absicht eines Besuches in Jerusalem und den heiligen Stätten hervorgerufen, sondern sollte zugleich der Förderung der praktischen Wirtschaftsziele im Orient dienen.

Von dieser Wendung war man in Berlin nicht an allen leitenden Stellen begeistert. In dem Auswärtigen Amt läßt sich ein bewußtes Hinweisen auf die Bismarcksche Tradition beobachten.[85] Es war ein ungewöhnlicher Vorgang, daß im Schoße des preußischen Staatsministeriums sich auf allen Seiten Bedenken gegen die Orientreise des Kaisers erhoben.[86] Der Widerspruch schien sogar in Sachen der Bagdadbahn auf finanzielle Motive überzugreifen. Die Deutsche Bank hatte den vorläufigen Weiterbau der Bahn von einer moralischen Unterstützung der Unternehmung abhängig gemacht dergestalt, daß sich die Preußische Seehandlung (Staatsbank) zur Mitemission der Obligationen der Anatolischen Bahngesellschaft verpflichtete. Daraufhin hatte Bülow, in Verfolg der Allerhöchsten Entschließung, der Seehandlung "im Interesse der politischen Stellung Deutschlands in der Türkei

und insbesondere des deutschen Einflusses in Kleinasien" ein Entgegenkommen nahegelegt.[87] Der Präsident der Seehandlung aber lehnte, im Einverständnis mit dem preußischen Finanzminister von Miquel, die Mitwirkung ab, da es sich um immerhin spekulative und einstweilen nicht ausreichend fundierte Unternehmungen handle.[88] Es gibt zu denken, daß in diesem Stadium eine altpreußische Behörde ihre finanziellen Einwände nachdrücklicher zur Geltung bringt als das Auswärtige Amt etwaige Bedenken, die in außenpolitischen Erwägungen ihre Wurzel hatten.

Es konnte keine stärkere moralische Unterstützung für ein Regime gedacht werden, dessen Dauerhaftigkeit von mehr als einer Großmacht sehr kritisch angesehen wurde, als die Orientreise Wilhelms II. dem Sultan Abdul Hamid gewährte. Gerade nach den Erschütterungen der letzten Jahre machte es einen gewaltigen Eindruck in der Welt, der europäischen und der asiatischen Welt, daß der Kaiser in einem persönlichen Hervortreten, das tiefer verband als vertragsmäßige Verpflichtung, mit der Macht des Reiches sich auf die Seite des Osmanischen Reiches gestellt hatte. Der Höhepunkt war die Rede von Damaskus am 8. November 1898: "Möge S. M. der Sultan, mögen die dreihundert Millionen Mohammedaner, die auf Erden zerstreut in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird." Es ist bezeichnend, daß der Staatssekretär von Bülow die Bekanntgabe des enthusiastischen Wortlautes zu verhindern suchte, während Marschall die für seine Politik unvergleichliche Karte schon an sich gerissen hatte und ihren Lauf gehen ließ.[89] Der Eindruck war ungeheuer. Gegenüber dem Imperialismus der Mächte, der über die kleineren und schwächeren Gewalten zerstörend hinwegschritt, meldete sich eine deutsche Weltpolitik an, die einem großen Völkerkreise sein selbständiges Eigenleben zu verbürgen schien. In der besonderen Nutzanwendung auf das Schicksal der Türkei atmete die Rede, so wenig Politik im engeren Sinne sie auch enthielt, den Geist eines ausgesprochenen Gegensatzes zu den Entwürfen, in denen Salisbury sich im Jahre 1895 bewegt hatte.

Die nächsten Früchte blieben nicht aus. Der Kaiser hatte schon bei seinem Besuch in Konstantinopel am 18. Oktober das ganze Gewicht seiner liebenswürdigen Persönlichkeit für die Durchführung des Bagdadbahnplanes in die Waagschale geworfen. Schon am 29. Januar 1899 erging das definitive Irade des Sultans, das der Anatolischen Eisenbahngesellschaft die Konzession für die Erbauung eines großen Handelshafens in Haidar Pascha erteilte. Nach der Rückkehr des Kaisers eröffnete das Auswärtige Amt dem weitblickenden Direktor der Deutschen Bank, Georg v. Siemens, daß es vollständig bereit sei, den Eisenbahnplan nach allen Richtungen hin zu fördern und bei der Pforte zu unterstützen.[90]

Die entscheidende Frage war, wie die übrigen Großmächte sich zu dem weitausschauenden Unternehmen stellen würden. Schon die Konzession für Haidar Pascha war nicht nur auf französischen Widerstand gestoßen; er mochte um so weniger besagen, als die englisch-französische Spannung wegen Faschoda noch nicht abgelaufen war und einen Teil der öffentlichen Meinung in Paris beherrschte. Aber auch der russische Außenminister Murawiew verhehlte nach der Erteilung der Konzession nicht seine Besorgnis, daß diese ökonomischen Interessen der Deutschen eines Tages mit den russischen Interessen dort in Kollision treten könnten: "Deutschland würde im gegebenen Moment seine wirtschaftlichen Unternehmungen zu verteidigen genötigt sein, und diese Verteidigung werde sich dann gegen Rußland richten, das in den in Frage stehenden Gegenden seinerseits wichtige Interessen zu verfolgen habe."[91] Das war zunächst nur eine Ankündigung ferner Möglichkeiten und wurde von deutscher Seite beruhigend mit dem Gedanken beantwortet, daß selbst für den äußersten Fall einer Besitzergreifung des Bosporus durch Rußland doch die deutschen rein wirtschaftlichen Interessen aus einem solchen Wechsel nur gewinnen würden - aber die russischen Besorgnisse konnten eines Tages mit verstärktem Nachdruck wiederkehren. Die Engländer mischten sich nicht ein, vielleicht in der Berechnung, daß das russische Unbehagen über den deutschen Eindringling auf die Dauer sich zu einem stärkeren politischen Faktor auswachsen könne. Während die Engländer einer kapitalistischen Beteiligung auswichen, gelang es der geschickten Diplomatie Marschalls ein wirtschaftliches Zusammengehen mit Frankreich (Deutschland 60%, Frankreich

40%) in die Wege zu leiten. Der französische Botschafter Constans sah damit schon "für Franzosen und Deutsche den Moment kommen, sich wirtschaftlich zu verständigen" (12. April 1899).

Auf dieser Grundlage wurde das Gesuch um die große Konzession, das am 30. Mai 1899 vorgelegt worden, vom Sultan am 23. Dezember 1899 durch Bewilligung einer Vorkonzession entschieden. Für die Banken und die Ingenieure war der Weg geöffnet.

Die Frage war nur, ob das wirtschaftliche Argument auf die Dauer ausschlaggebend bleiben würde. Herr von Marschall, der die ganzen Zusammenhänge am tiefsten durchdacht hatte, glaubte die auf dem Grunde liegende Schwierigkeit überwinden zu können.[92] Er verhehlte sich nicht die beiden fundamentalen Tatsachen, daß Rußland unentwegt die allmähliche Zersetzung des ottomanischen Staatsgebildes vor Augen habe, und auf der anderen Seite, daß die Gesamtheit der deutschen Unternehmungen auf die Erhaltung der Türkei, auf ihre (wirtschaftliche und militärische) Stärkung, gegen den Verfall wirken werde. Aber Rußland werde diesen Prozeß nicht hindern können. Das Bedeutsame liege darin, daß alle großen wirtschaftlichen Unternehmungen in der Türkei mit fremdem Kapital gegründet seien: "Je mehr fremdes Kapital türkischen Unternehmungen zufließt, um so weiter zieht sich der Kreis des Interesses an dem Fortbestand des Türkischen Reiches. Und die Präponderanz der wirtschaftlichen Interessen, welche eine Signatur der heutigen Zeit bildet, zwingt mit einer gewissen elementaren Gewalt die Staaten, welchen jene Kapitalien entstammen, zu einer erhaltenden Orientpolitik und damit zu einer Stellungnahme gegen das, was Rußland am letzten Ende anstrebt." Man sieht die Gedankengänge fortentwickelt, die schon in den Verhandlungen Caprivis und Marschalls über den österreichischen Handelsvertrag im Jahre 1891[93] zum ersten Male auftauchen. Wenn Rußland zunächst ernsteren Einspruch zurückstellte, so geschah es nicht aus einem grundsätzlichen Unterwerfen des politischen unter das wirtschaftliche Interesse, sondern weil sich in der damaligen Weltlage das Schwergewicht seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen vom nahen Orient nach Ostasien verlagert hatte. Die Zurückhaltung war nur dann von Dauer, wenn sich die Weltlage von 1898/99 nicht in ihren wesentlichen Voraussetzungen veränderte.

Aber der Glaube an den Primat der Wirtschaft begann sich damals vieler führender Köpfe im Unternehmertum zu bemächtigen. Wenn die großen Möglichkeiten, die sich auf lange Frist hinaus enthüllten, nicht nur den Kaiser persönlich, sondern weite Schichten des Volkes begeisterten, so spielte doch die Überzeugung von einer "friedlichen Eroberung des Weltmarktes" dabei mit.[94] Gewiß waren Bülow und Siemens im Recht, wenn sie die Durchführung nur "bei einer vorsichtigen, geschickten und namentlich bei einer den Frieden erhaltenden deutschen Politik" für möglich hielten,[95] aber damit war noch nicht die ganze Wahrheit ausgesprochen. Das Gelingen war an den Weg der großen Politik gebunden, den Deutschland innerhalb der europäischen Staatengesellschaft zurückzulegen hatte.

Wenn sich die deutschen wirtschaftlichen und politischen Energien in solchem Ausmaß auf einem zweiten Schauplatz der Welt, nach dem ostasiatischen, in den bisher überwiegenden englisch-russischen Gegensatz einschoben, so komplizierte sich damit das schon längst verwickelter gewordene System der Beziehungen zu den großen Mächten. Diese politischen Konsequenzen mochten jetzt von dem günstigen Augenblicke noch verhüllt sein, aber sie mußten mit der Zeit, wenn der Bau erst fortschritt und seine Linienführung entschieden wurde, sich wieder deutlicher herausstellen.

Ein Mann von dem Weitblick Holsteins konnte sich über die neue Problemstellung nicht täuschen. Es suchte sich, noch ein Jahr vor Kiautschou und Orientreise, das Neue der Aufgabe klar zu machen:[96]

> "Ohne Prophet zu sein, kann man doch sagen, daß die Orientfrage sowohl wie die ostasiatische in ihrer weiteren Entwicklung neue Gruppierungen schaffen werden. Furcht,

> Erwerbs- und Erhaltungstrieb, Tradition, Legende werden den Kitt der gegenüberstehenden Gruppen bilden. Das heutige Deutsche Reich mit in sich preußischem Kern, welches für Europa keinen Erwerbs-, sondern nur einen Erhaltungstrieb, welches überdies keine Kreuzzugslegenden, sondern nur politische Traditionen neuen Datums und positiven Inhalts hat, wird durch diese Faktoren zunächst auf die russische Seite gewiesen. Mit dieser Grundanschauung, welche als fester Punkt in der uns bevorstehenden Flucht der Erscheinungen schon heute zu bezeichnen ist, tritt die Regierung S. M. des Deutschen Kaisers in das jetzige Vorstadium der Orientkrisis ein. Wenn wir in Rußland die Gegenseitigkeit finden, auf die wir nach nüchterner Erwägung der beiderseitigen Interessen glauben rechnen zu können, so werden die Verständigungen im einzelnen konkreten Falle leicht sein."

Man glaubt aus den allgemein gehaltenen Sätzen die folgenden Leitmotive herauszuhören: Fortsetzung der saturierten friedlichen Kontinentalpolitik, realistische überseeische Interessenvertretung, Rückendeckung in der kontinentalen Bündnisgruppierung. Schon die Festsetzung in Kiautschou gelang, wie wir sahen, nicht ohne Belastung dieser Grundsätze: der Eintritt in die Politik der Bagdadbahn zeigte wenigstens die Möglichkeit neuer Schwierigkeiten an.

Damals lag das alles in der Zukunft. Stärker als durch das Krüger-Telegramm von 1896, stärker als durch die Festsetzung in Kiautschou 1897 wurde durch das Orientprogramm von 1898/99 dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, daß es nun endgültig in ein neues Zeitalter eintrete. Der Mann, der im Augenblick als der stärkste Exponent dieser Wendung erschien, Herr von Marschall, war sich des Grundsätzlichen des neuen Kurses durchaus bewußt; er schrieb im Jahre 1899:[97]

> "Wenn ich ein Zukunftsbild male, wie die Dinge sich einst gestalten werden, wenn Deutschland fortfährt, sich im Orient wirtschaftlich auszustrecken - der Hafen von Haidar Pascha, dem zu erheblichem Teil auf deutschen Schiffen deutsche Waren zugeführt werden, die Bahnlinie von dort bis Bagdad ein deutsches Unternehmen, das nur deutsches Material verwendet und zugleich für Güter und Personen die kürzeste Linie bildet aus dem Herzen Deutschlands nach seinen ostasiatischen Besitzungen - so tritt dem vorschauenden Blick der Moment entgegen, in dem der berühmte Ausspruch, daß der ganze Orient nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei, eine interessante historische Reminiszenz, aber keine aktuelle Wirklichkeit mehr bildet."

In dieser Formulierung war allerdings die Politik Bismarcks verlassen. Während der Schwerpunkt aller deutschen Außenpolitik die Lage in der Mitte Europas gewesen war und jedes weitere Ausgreifen diesem obersten Maßstabe schlechterdings untergeordnet wurde, konnte es nach solchen Sätzen scheinen, als wenn die energisch ergriffenen peripherischen Interessen ein Eigenleben zu entfalten begannen, das eines Tages belastend und umgestaltend auf die alles tragende Grundvoraussetzung in der Mitte des Kontinents zurückwirkte. Niemand kann sagen, daß dies schon in dem Augenblick der Fall war, als die Bagdadbahn-Konzession erteilt wurde, aber daß eine neue Problematik in die Führung der deutschen Außenpolitik einziehen würde, ließ sich schon jetzt nicht verkennen.

Als der Kaiser und Prinz Heinrich im Dezember 1897, vor der Ausreise des Prinzen nach China, einen letzten Besuch in Friedrichsruh abstatteten, machte Bismarck vergebliche Versuche, dem Gespräch eine politische Wendung zu geben. Der Kaiser - aus einem "Mangel an Ehrfurcht", der dem anwesenden Staatssekretär von Tirpitz auffiel - ging nicht darauf ein und Bismarck begnügte sich mit der allgemein sorgenvollen Betrachtung: "Majestät, solange Sie dies Offizierkorps haben, können Sie sich freilich alles erlauben; sollte das nicht mehr der Fall sein, so ist es ganz anders." Der Gründer des Reiches wäre wohl auch angesichts des entscheidenden Vorgehens in dem Bagdad-Unternehmen zu ähnlichen Empfindungen gekommen.

Er starb noch bevor der Kaiser die Orientreise antrat, am 30. Juli 1898, bis in seine letzte Todesstunde, als das Bewußtsein des Lebens schon schwand, gepeinigt von dem Gedanken an die Gefahren, denen seine Schöpfung, das Deutsche Reich, inmitten der Völker ausgesetzt werden könnte. Als der Kaiser nach Deutschland zurückkehrte, war das persönliche und politische Vermächtnis Bismarcks, die beiden ersten Bände der *Gedanken und Erinnerungen* in aller Händen. Sie enthielten, schon 1890/91 geschrieben, keinen besonderen Rat für die längst veränderte Lage, wie sie sich im Jahre 1898 herausgebildet hatte. In der großen Schicksalsfrage der deutschen Außenpolitik, die er selbst nicht bis zur letzten Entscheidung geführt hatte, zeigte er keinen eindeutigen Weg an. Er sprach kein einziges Wort über England und empfahl die Anlehnung an Rußland. In diesem Punkte wäre Bismarcks Vermächtnis den Männern, die seit dem Jahre 1894 die Außenpolitik geleitet hatten, eher als eine Bestätigung denn als eine Kritik dessen, was sie in diesen Jahren erstrebt, erschienen. Auf die Gestaltung der deutschen Politik, von Bülow und Holstein bis in die letzten Ausläufer der öffentlichen Meinung, hat die Stimme aus dem Grabe in den folgenden Jahren einen starken Einfluß ausgeübt.

Anmerkungen:

1 [1/426] So Holstein an Hohenlohe, 26. 10. 1894. *Denkwürdigkeiten* Hohenlohes 3, 2. ...zurück...

2 [1/427] *Große Politik* 9, 245 f. ...zurück...

3 [2/427] Daß es sich um ein Novum (wenigstens dem Grade nach) handelt, zeigt das spätere Schreiben Holsteins an Eulenburg vom 25. 12. 1895 an: "Warum mischt sich S. M. jetzt in die auswärtigen Sachen. Er hat das bisher nicht in der Weise getan... andererseits hat S. M. den Eindruck, daß Er mit Hohenlohe machen kann, was er will...! Nach meiner Empfindung sollte Hohenlohe jetzt einen **letzten energischen** Versuch machen, Wandel zu schaffen, indem er den Kaiser darauf hinweist, daß direkte diplomatische Eingriffe S. M. **nicht möglich** sind." Haller, *Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg*, S. 184. ...zurück...

4 [1/428] Hohenlohe, *Denkwürdigkeiten* 3, 15. ...zurück...

5 [2/428] *Denkwürdigkeiten* 2, 519. ...zurück...

6 [3/428] **Siehe oben S. 390**. ...zurück...

7 [4/428] Schuwalow an Giers 5./17. Januar 1895, *Berliner Monatshefte*, April 1932, S. 349 ff. ...zurück...

8 [1/429] Der Kaiser rechnete von vornherein damit, daß an dem ostasiatischen Gegensatz "die berühmte *Entente cordiale* mit Rußland von Rosebery" zerfallen würde. Sein Endziel dabei war ursprünglich: "Und England kehrt schließlich reumütig in die Arme des Dreibundes heim." Randbemerkung Wilhelms II. zum 19. März 1895, Hohenlohe 3, 52. ...zurück...

9 [1/430] Vicomte Aoki erklärte in Berlin am 2. April 1895: "es sei gar kein Grund vorhanden, warum England und Rußland allein in China Landerwerbungen machen sollten; Deutschland könne ganz gut für sich eine Provinz im Südosten Chinas beanspruchen; ein solcher Besitz sei viel schätzenswerter als unsere ganzen Kolonien in Afrika. Wir würden dort miteinander schon fertig werden." *Große Politik* 9, 260. ...zurück...

10 [1/431] *Gr. Pol.* 9, 349, 351. ...zurück...

11 [1/432] Mit diesem Briefwechsel setzte ein systematisches Eingreifen in den Geschäftsgang der Außenpolitik ein. Der Brief vom 26. April wurde dem Reichskanzler erst am 12. Mai bekannt; Hohenlohe, *Denkwürdigkeiten* 3, 63. Auf die Beschwerde Hohenlohes sagte der Kaiser zu, nicht mehr ohne sein Wissen an den Zaren schreiben zu wollen; Schweinitz, Briefband S. 327. Am 25. August klagte Holstein von neuem, daß die Korrespondenz mit dem Zaren die Aktion des Auswärtigen Amtes lähme; Haller, a. a. O., 178. ...zurück...

12 [2/432] *Große Politik* 11, 339. ...zurück...

13 [1/433] "Der Revanchegeist sei keineswegs im Erkalten, das wäre ein verhängnisvoller Irrtum, die Verbrüderung beider Heere, Flotten, Lehrkörper, Studenten und anderer Volkskreise und Stände haben wesentliche Fortschritte gemacht." 23. Oktober 1896. (*Große Politik* 11, 374.) ...zurück...

14 [2/433] Kaiser Wilhelm II. an Königin Victoria am 12. Juli 1898: "*Confidence in British foreign policy which had become a little difficult to understand under Rosebery is greatly strengthened again.*" Buckle, *Letters to Queen Victoria*, 3, 2, S. 535. Es ist anzunehmen, daß die Verpflichtungen von 1887 bzw. 1890 (Italien und Österreich gegenüber) mit der Staatsleitung Salisburys wieder ins Leben traten. ...zurück...

15 [1/434] Zuerst 10. Juli: "Es konnte ein Augenblick kommen, wo Rußland und England einmal wieder in der Sache übereinstimmen, und das würde dann das Ende der türkischen Herrschaft bedeuten." (*Große Politik* 10, 40 f.) ...zurück...

16 [2/434] Als die deutsche Regierung am 21. Oktober 1902 auf die Teilungspläne Salisburys von 1895 zurückkam, antwortete Lansdowne am 6. November 1902, es scheine ein Mißverständnis vorzuliegen, "da nach zurückgelassenen Aufzeichnungen des Premierministers derselbe nicht direkt eine Teilung vorgeschlagen, sondern bei dem morschen Bau des Ottomanischen Reiches nur hypothetisch (Randbemerkung Holsteins: »Nein. Nach Hatzfeldts Mitteilungen handelt es sich einfach um den Entwurf eines Teilungsplanes«) die Folgen erörtert hätte, die bei einem etwaigen Zusammenbruch desselben eintreten würden". Entsprechend Lansdowne zu Wilhelm II., *Große Politik* 18, 484, 438. - Zur Klärung vgl. man das Telegramm Salisburys nach Petersburg vom 25. Januar 1898 über China und Türkei: "Wir streben keine Gebietsverteilung an, sondern nur eine **Teilung des Übergewichts**." ...zurück...

17 [1/435] E. Jäckh, *Kiderlen*, a. a. O. 1, 131. ...zurück...

18 [2/435] Das Material über die Besprechung von Cowes ist sehr dürftig. Hatzfeldts Bericht vom 7. August, *Große Politik* 10, 25, Erzählung des Kaisers an Schweinitz, Briefband, S. 325 ff. Bemerkungen von Holstein (25. August) und Eulenburg (22. August) bei Haller, a. a. O. Sir Valentine Chirol, *The British Foreign Policy* 3, 275, dazu *Große Politik* 17, 01. Waldersee, *Denkwürdigkeiten* 2, 356. Die in den Lebenserinnerungen des Frhr. v. Eckardstein 1, 212 ff., 2, 287, 3, 64 ff. gegebenen Notizen sind durch so grobe Unrichtigkeiten entstellt, daß sie mit allen Folgerungen als wertlos erscheinen. Dem Publizisten Chirol war später erzählt worden, der Vorschlag der Teilung der Türkei wäre vom Kaiser ausgegangen, und Salisbury habe sich der Erörterung nur durch schleunige Abreise entziehen können. Als Holstein ihm im Jahre 1901 die Akten zeigte, gestand er: "Man war doch bisher gewöhnt anzunehmen, daß dem Worte eines Premierministers Glauben zu schenken sei." - Wenn der Kaiser sich im Jahre 1898 auf die Briefe beruft, die er an Salisbury gerichtet, und auf die Gespräche, die er mit Salisbury gehabt habe, so kann sich das nur auf die Zeit **vor** dem Juli 1895 beziehen. ...zurück...

19 [3/435] Sie erfolgte erst auf eine Mahnung der Königin Victoria an Salisbury, *Letters of Queen Victoria* 3, 2, S. 547 f. ...zurück...

20 [1/436] Diese Einordnung beherrscht die Darstellung von Fr. Meinecke, *Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems*. Der Plan Salisburys muß zunächst vom englischen Interesse aus verstanden werden; wenn man ihn von der Bündnisfrage her - im Grunde aus einer späteren Problemstellung - vorwiegend zu deuten sucht, verliert er sein wahres Gesicht. ...zurück...

21 [1/439] Salisbury an Dir. Arthur Bigge, 24. Dezember 1895: "*He has got into his head that we are intriguing against him. It is an extraordinary delusion, but it may be wise to take precautions against it*" und am 29. Dezember 1895 (auf den Vorschlag der Königin Victoria, einen Brief an den Kaiser zu schreiben): "*From what I have seen of his character, I should rather dread giving him umbrage. He has not recovered from the intoxication of his accession to power; it is rather growing worse. But I repeat that she knows him infinitely better than I do.*" *Letters of Queen Victoria*, 3, 2, S. 582 f. ...zurück...

22 [1/440] Wie sehr man darin recht hatte, geht aus dem späteren Geständnis von Rhodes hervor: "Meine Aktion bedeutete nicht Engländer gegen Holländer. Aber wir wollten das deutsche Element nicht haben, und die Regierung von Pretoria mußte gehen." Rhodes an Harcourt 14. 5. 1896, Michell, *Rhodes* Bd. 2. ...zurück...

23 [2/440] Diesen Passus beanstandete Bismarck in privater Kritik, da er das Deutsche Reich und Transvaal auf eine gleiche völkerrechtliche Ebene verlege. ...zurück...

24 [3/440] Statt "das Ansehen Ihrer Regierung" nachträglich durch Marschall verschärft; ob auf Andringen des

Kaisers? - Die "Unabhängigkeit" bestand nur nach Maßgabe des Vertrages von 1884. ...zurück...

25 [4/440] Zuletzt: Fr. Thimme, "Die Krüger-Depesche." *Europäische Gespräche* Nr. 3 (Mai/Juni 1924). Hans Hallmann, *Krüger-Depesche und Flottenfrage* (1927). ...zurück...

26 [1/441] Anscheinend hat der Kaiser unter einer späteren Einwirkung den Versuch gemacht, das Telegramm in der letzten Minute noch aufzuhalten. Vgl. Thimme, a. a. O. S. 26 f. ...zurück...

27 [2/441] Fr. Thimme urteilt: "Der eigentliche Fehler lag darin, daß man für die Depesche nicht eine Form gefunden hat, die zwar hinsichtlich des englischen Vorgehens in Transvaal ein »bis hierher und nicht weiter« in sich schloß, aber doch auf das englische Nationalgefühl nicht als eine schwere Provokation wirkte." Ob die Quadratur des Zirkels sich in dieser Situation überhaupt lösen ließ? ...zurück...

28 [1/442] Bismarcks sämtliche Werke 9, 462. ...zurück...

29 [2/442] A. v. Tirpitz, *Erinnerungen*, S. 59. ...zurück...

30 [1/443] Mc. Elroy, *Grover Cleveland* 2, 198 f. ...zurück...

31 [2/443] *Große Politik* 11, 59. ...zurück...

32 [3/443] *Große Politik* 11, 55. Über Courcel 11, 338, 343. Dazu "die kaltlächelnde Kritik des Fürsten Lobanow über die Stellung der Parteien in jener Angelegenheit" (*Große Politik* 13, 62). ...zurück...

33 [4/443] Schon am 19. Januar 1896 war Marschall von allen Illusionen geheilt: "Der Gedanke, daß ein zeitweiliges Zusammengehen der Kontinentalmächte das beste Mittel sei, um die eine oder andere zwischen dem Kontinent und England anhängige Streitfrage womöglich ohne Krieg lediglich durch diplomatischen Druck zu erledigen, stellt sich als unpraktisch heraus angesichts der Haltung Frankreichs." *Große Politik*, 11, 83. ...zurück...

34 [5/443] Vgl. Aufzeichnung Marschalls vom 22. Januar 1896: "Jetzt sei England sogar bemüht, eine Balkankrisis, mit evidenter Kriegsgefahr verbunden, herbeizuführen, ohne daß bisher irgendwelche ernste Anzeichen dafür sprächen, daß England seine eigene Beteiligung an einem Kampfe der Kontinentalmächte zum Gegenstand eines... Abkommens machen wolle." (*Große Politik* 12, 1, S. 47.) ...zurück...

35 [6/443] *Große Politik* 13, 3-11. ...zurück...

36 [1/444] Pribram, a. a. O. 1, 227. "Bereits 1896 hat Italien in Berlin und Wien den Entwurf einer Note mitteilen lassen, nach welcher es den *casus foederis* nicht als gegeben ansehen wollte, falls England und Frankreich gegen eine der beiden mit Italien alliierten Mächte oder beide sich zu Feindseligkeiten verbinden sollten." Vgl. dazu *Große Politik* 11, 272 ff. Wenn man sich in Berlin auch nicht auf eine Zustimmung zu diesem Schritte einließ, so konnte man über die Gesinnung, die bei dieser Eventualität von dem Bündnispartner zu erwarten war, nicht im Zweifel sein. ...zurück...

37 [2/444] *Große Politik* 11, 49. ...zurück...

38 [3/444] Die Annahme von Fr. Thimme, a. a. O., S. 20, daß die Krüger-Depesche und die von ihr hervorgerufene Volkserregung damals der Marine und besonders dem "sprungbereiten" Admiral Tirpitz den Anstoß zum Entwurf einer großen Marinevorlage gegeben hätten (danach auch O. Hammann, *Deutsche Weltpolitik* [1890 - 1912] und Theodor Wolff, *Das Vorspiel* [1924]), ist in doppeltem Sinne unrichtig. Vgl. O. Hallmann, *Krüger-Depesche und Flottenfrage* (1927). Einerseits schwebte die Frage der Flottenerweiterung schon seit längerem; im Dezember 1895 hatte bereits das Oberkommando der Marine eine Denkschrift vorgelegt, und schon damals erhielt Tirpitz vom Kaiser den Befehl, sich zu dieser Denkschrift zu äußern, was um die Jahreswende 1895/96 geschah. Anderseits blieb der ganze Plan eine Episode. Der Kaiser ging wohl einen Augenblick darauf aus, die Gelegenheit zu nutzen. Schon am 14. Januar war er überzeugt, daß er gegen die Reichsregierung, den Bundesrat und den Reichstag allein stehen würde. Er verhehlte sich vermutlich auch nicht, daß eine so enge Verknüpfung von Transvaal und Flotte sehr bedenklich werden könne. Unter den befragten Reichstagsabgeordneten hatte Herr v. Levetzow auch geltend gemacht, man würde im Reichstage die Forderung als Kriegsvorbereitung gegen England auffassen und sie aus diesem Grunde viel entschiedener ablehnen. ...zurück...

39 [1/445] Der scharfe Tadel Holsteins an diesem Schritt scheint kaum berechtigt, die Haltung Hohenlohes eher das Richtige zu treffen. Der Anlaß zu einem Vorstoß gegen den Kaiser wäre nicht glücklich gewählt gewesen. Hohenlohe 3, 187 - 211. ...zurück...

40 [2/445] Man nahm in Berlin diese Presseleistung sehr ernst. In einem Erlaß Hohenlohes an Eulenburg vom 7. März 1896 heißt es: "England versucht eine Ablenkung durch die elsaß-lothringische Frage zu erreichen, nachdem die armenische und arabische Frage nicht zu dem gehofften Kontinentalkriege geführt haben. Dies bestätigt meine Überzeugung, daß England durch sein krampfhaftes, allerdings ziemlich aussichtsloses Bestreben, Kriege, an denen es nicht teilzunehmen braucht, herbeizuführen, eine Gefahr für den europäischen Kontinent werden kann." *Große Politik* 11, 125 f. ...zurück...

41 [3/445] Es war die natürliche Folge, daß Frankreich, seine Extratour vom Januar 1896 vergessend, sich jetzt erneut bemühte, eine Fühlung mit Deutschland herzustellen, und ebenso natürlich, daß es, nach den jüngsten Erfahrungen, dabei auf Ablehnung stieß. ...zurück...

42 [1/446] Vgl. noch Balfour 25. März 1898: "daß die englische Regierung in den armenischen und asiatischen Fragen nur dem Zwang der öffentlichen Meinung nachgebe und niemals den Zweck verfolgt habe, eine internationale Verwicklung herbeizuführen." Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.: "Damit reden sie sich im richtigen Augenblick immer heraus." ...zurück...

43 [2/446] Hatzfeldt 29. Juli 1896. (*Große Politik* 12, 189.) ...zurück...

44 [3/446] Hatzfeldt an Hohenlohe am 8. Juni 1896. (*Große Politik* 13, 8, S. 51.) ...zurück...

45 [4/446] Hatzfeldt an Hohenlohe am 10. Dezember 1896. (*Große Politik* 12, 65 ff.) Randbemerkung des Kaisers Wilhelm II.: "Dann muß England auch die Konsequenzen auf sich nehmen." Die Äußerung Salisburys ist für diejenigen lehrreich, die an ein englisches Beitrittsangebot zum Dreibund im Sommer 1895 glauben. ...zurück...

46 [1/447] Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.: "Dasselbe ist ja auch unsere Pflicht und müssen auch wir in ein besseres Verhältnis zu Gallien kommen." ...zurück...

47 [2/447] Desgleichen: "und schließlich dabei andere zum Kastanienholen zu bekommen." ...zurück...

48 [3/447] Hatzfeldt an Hohenlohe am 20. Januar 1897. *Große Politik* 12, 1, S. 260. ...zurück...

49 [4/447] Hohenlohe an Eulenburg am 6. Februar 1897. *Große Politik* 12, 1, S. 78 ff. ...zurück...

50 [5/447] So führt auch Salisbury selbst am 18. Dezember 1897 (*Große Politik* 13, 45) den unfreundlichen Ton der englischen Presse darauf zurück, daß die öffentliche Meinung "hauptsächlich wohl wegen der dem englischen Handel sehr nachteiligen kommerziellen Rivalität Deutschlands uns wenig günstig gesinnt sei". ...zurück...

51 [6/447] Vgl. die Äußerung Harcourts an Chamberlain vom 17. 11. 96: "Ich war sehr erfreut, daß Sie das unsinnige Schreckgespenst des Ruins unseres Handels durch den deutschen Wettbewerb zertreten haben." Gardiner, *Harcourt* 2, 403 f. Die Rolle der Wirtschaftsrivalität wird durch eine Berliner Dissertation von Fräulein Angelika Banze 1932 behandelt werden. ...zurück...

52 [1/448] Die Urheberschaft scheint mir nicht Sir Alfred Mond oder überhaupt einem politisch-geschäftlichen Interessenten zuzuschreiben zu sein, sondern viel eher einem Literaten wie dem Herausgeber Frank Harris (so Bernadotte Schmitt, *England and Germany* S. 265). Ist dem so, dann hat er der Verhetzung der Völker in beispielloser Weise gedient und der deutschen Flottenpropaganda ihr wertvollstes Agitationsstück geliefert. ...zurück...

53 [1/449] Hurd and Castle, *German Sea Power* (1913). S. 115. ...zurück...

54 [1/450] Tirpitz legt noch am 25. 11.1908 den Artikel dem Reichskanzler vor, als historischen Beweis, daß nicht die Flotte, sondern die Wirtschaftsrivalität der letzte Grund für die deutsch-englische Spannung sei. In Wahrheit beweist er nur die Deutschfeindlichkeit der südafrikanischen Kolonialen. ...zurück...

55 [1/451] Wie man darüber in England dachte, wird aus einem Schreiben Salisburys an Lansdowne vom 21. April 1897 (Lord Newton, *Lansdowne*, S. 145 f.) ergötzlich sichtbar. Er lehnte einen Burenkrieg ab, weil er dessen

große Unpopularität in Holland fürchtete. Wenn in den nächsten Jahren die junge Königin der Niederlande einen unter dem Einfluß Kaiser Wilhelms stehenden Prinzen heirate, so werde der folgende Fall eintreten: "*The Germans will get out of the Dutch some form of KriegsVerein (!) which may enable them to man their fleet with Dutch sailors. His great ambition is to have a fleet, but until he gets a maritime population he cannot have a fleet. Some control over Holland is very necessary to him.*" Salisbury hatte immer noch den Holland-Komplex (**s. oben S. 214**). ...zurück...

56 [1/452] Hohenlohe an Frhr. v. Völderndorff 7. Nov. 1897. *Denkwürdigkeiten* 2, 531; 3, 400 f. ...zurück...

57 [2/452] Wohl schon eher ausgesprochen, als die Engländer das Wort von "*Willie's toy*" aufgriffen. ...zurück...

58 [3/452] Der Leitartikel der *Times* vom 28. 3. 1898 zeigte volles Verständnis für die Berechtigung, ja Notwendigkeit der deutschen Seerüstung, vgl. Kerkenberg, *"The Times" und das deutsch-englische Verhältnis* (1925) S. 47. ...zurück...

59 [1/453] Über den Versuch der italienischen Diplomatie, einen Vorbehalt mit Rücksicht auf England anzumelden, **s. oben S. 444**. ...zurück...

60 [2/453] Hohenlohe 2, 522. ...zurück...

61 [3/453] Aufzeichnung Marschalls am 7. September 1896. Wilhelm II. an das Auswärtige Amt, 9. September 1896. Aufzeichnung Hohenlohes am 10. September 1896. *Große Politik* 11, 6; 337 ff. ...zurück...

62 [4/453] Er weilte vom 16. bis 19. Januar 1897 in Berlin. ...zurück...

63 [1/454] *Große Politik* 13, 60. ...zurück...

64 [2/454] Sehr charakteristisch die Aufzeichnung Holsteins vom 13. Juli 1897. (*Große Politik* 12, 302 f.) ...zurück...

65 [1/456] Bismarck, *Sämtliche Werke*, Bd. 7. ...zurück...

66 [2/456] Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zum 25. November: "Verhandelt ist genug worden! **Verhandeln!** nachdem der **chinesische** Gesandte **selbst** uns zur **Gewalt** rät und Heyking desgleichen! Das wäre geradezu lächerlich! Nein! Jetzt heißt es Schiffe konzentriert, Amoy oder Kiaochou genommen, Flagge gehißt und dann verhandelt!" Hohenlohe 3, 281 f. ...zurück...

67 [3/456] Hohenlohe 3, 282 f. ...zurück...

68 [1/457] Daß dies der Sinn des Abkommens war, bestätigen auch die Memoiren des Grafen Witte (*Trad. franç.* S. 87): "*Avait réellement forcé l'Empereur Nicolas à reconnaître tacitement l'occupation allemande de Kiau Chou.*" ...zurück...

69 [1/458] Nach zwei Jahren urteilte er: "Ich habe aber doch Unrecht gehabt und hätte mit dem Ministerium dagegen Einspruch erheben sollen." Hohenlohe 3, 578. ...zurück...

70 [2/458] *Große Politik* 14, 1, S. 69. ...zurück...

71 [1/459] Holstein am 9. November: "Die russische Erklärung ist von so brutaler Deutlichkeit, daß es kaum nötig erscheint, dem Kaiser einen Rat zu geben. Er wird allein wissen, ob er Krieg mit Rußland will oder nicht." Hohenlohe 3, 411. ...zurück...

72 [2/459] Ähnliche Beurteilung der Stimmung in England bei Münster am 6. Dezember 1897. Waldersee 2, 409. ...zurück...

73 [3/459] *Große Politik* 14, 1, S. 83. ...zurück...

74 [4/459] Salisbury am 23. Januar 1898: "Bezüglich China sei nichts geschehen, was als **gegen Deutschland** gerichtet ausgelegt werden könnte." Aber zwei Tage darauf bot er Rußland die Teilung des Übergewichts in China an, **vgl. S. 473**. ...zurück...

75 [5/459] 18. Dezember 1897. *Große Politik* 13, 45 ff. Hatzfeldt wollte mit der Gegenkonzession an Salisbury sehr weit gehen und regte in Berlin an: "etwa die Zusicherung, daß wir uns in die Beziehungen Englands zur Transvaalrepublik nicht mischen wollen", aber er erhielt keine Vollmacht, die Sache zu berühren: anscheinend kam er noch später vergeblich darauf zurück ("wenn wir nicht aus politischen Gründen große Opfer bringen wollen"). *Große Politik* 14, 1, S. 88, 95, 109. ...zurück...

76 [1/460] In einer Aufzeichnung Holsteins vom 12. Juli 1902 wird betont, daß es sich hier ausschließlich darum handelte, Kiautschou für Deutschland und Port Arthur für Rußland zu behaupten, und daß ausschließlich diese beiden Punkte den Gegenstand von Bülows Brief bildeten. *Große Politik* 19, 5. ...zurück...

77 [1/461] Bülow an Hatzfeldt am 8. Januar 1898. *Große Politik* 14, 1, S. 142 ff. Man beobachte, wie die Bismarcksche Terminologie der Außenpolitik durch Bülow in das Dynastische gewendet wird; dem moralischen Anspruch der Zarenfreundschaft auf deutsche Unterstützung würde Bismarck die feste Grenze der Staatsräson gezogen haben. Vgl. Hatzfeldt an Bülow 22. 1. 1898. ...zurück...

78 [2/461] Wilhelm II. an Nikolaus II., 4, 1, am 28. März 1898. ...zurück...

79 [3/461] *Denkwürdigkeiten* 2, 449. ...zurück...

80 [1/462] K. Helfferich, *Georg von Siemens* 3, 33 ff. (1923). Holborn, *Deutschland und die Türkei*, S. 86, 91 (1926). ...zurück...

81 [2/462] Erlaß Herbert Bismarcks vom 31. Oktober 1888: "Wir haben keine direkten eigenen politischen Interessen im Orient und können nicht finanzieller Fragen wegen auf unsere politische Nichtbeteiligung verzichten." ...zurück...

82 [1/463] Es steht dahin, ob die Bemerkung Bismarcks zum Zaren im Oktober 1889: die Aufnahme der Pforte in die Triple-Allianz sei für uns nicht möglich; wir könnten dem deutschen Volke nicht die Pflicht auferlegen, für die Zukunft von Bagdad Krieg mit Rußland zu führen (*Große Politik* 6, 359 f.), schon auf die Fortführung der Bahn anspielt. ...zurück...

83 [2/463] **Vgl. oben S. 411**. ...zurück...

84 [1/464] *Große Politik* 14, 2, S. 464 ff., 467. ...zurück...

85 [2/464] Gegenüber den übergreifenden Vorschlägen von militärischer Seite machte Unterstaatssekretär von Richthofen am 9. August 1898 geltend: "Die Knochen eines pommerschen Grenadiers dürften uns aber heute noch ebensoviel wert sein wie vor 10 oder 20 Jahren, und die Neigung, sie aufs Spiel zu setzen, dürfte bei der deutschen öffentlichen Meinung heute noch ebenso gering sein als zur Zeit, wo Fürst Bismarck seinen bekannten Ausspruch tat" (*Große Politik* 14, 2, S. 573 ff.). ...zurück...

86 [3/464] Posadowsky an Hohenlohe am 25. September 1898; Hohenlohe 3, 460. ...zurück...

87 [1/465] *Große Politik* 14, 2, S. 474. ...zurück...

88 [2/465] Über das Eingreifen Kaiser Wilhelms II. in die "dilatorische Behandlung seitens des Finanzministers von Miquel" vom 19. August 1900 vgl. *Große Politik* 17, 386 ff. Helfferich, a. a. O. 3, 87 f. 116. ...zurück...

89 [3/465] Bülow, *Denkwürdigkeiten* 1, 258. ...zurück...

90 [1/466] Bülow an Wilhelm II. am 17. März 1899. *Große Politik* 14, 2, S. 474. ...zurück...

91 [2/466] *Große Politik* 14, 2, S. 478 ff. ...zurück...

92 [3/466] Marschall an Hohenlohe am 6. Juni 1899. *Große Politik* 14, 2, S. 485 ff. Schlußsatz: "vor Prätensionen nicht zurückweichen". ...zurück...

93 [1/467] **Vgl. S. 398 ff.** ...zurück...

94 [2/467] Fritz Lenz, *Aufriß der politischen Ökonomie*, S. 100. ...zurück...

95 [3/467] *Denkwürdigkeiten* 1, 253. Bülow glaubte am 29. November 1899 feststellen zu können, daß "Rußland seinen früheren Widerstand gegen den Bau der Bagdadlinie aufgegeben und England seine Zustimmung erklärt habe". ...zurück...

96 [1/468] Aufzeichnung vom 27. Januar 1897. (*Große Politik* 13, 51 f.) ...zurück...

97 [2/468] K. Helfferich, *Georg v. Siemens* 3, 90. ...zurück...

3. Die Entscheidung des englischen Bündnisproblems (1898 - 1904).

In dem großen historischen Zusammenhang, in dem der Machtanstieg und Machtverfall des Deutschen Reiches sich darstellt, erscheint der negative Ausgang, der den deutsch-englischen Bündnismöglichkeiten in den Jahren seit 1898 beschieden war, als die eigentliche Wende des Schicksals. Sie ist in dem inneren Kampf um die Ergründung der Schuld besonders scharf und unerbittlich durchleuchtet worden. In dem Ablauf der Ereignisse während jener Jahre drängt sich dagegen das Problem noch keineswegs mit so beherrschender Ausschließlichkeit in den Vordergrund, wie man es nachträglich, einem vorliegenden Beweisthema zuliebe, wohl sehen möchte. Auch den führenden Männern auf beiden Seiten gilt es wohl als eine wichtige Angelegenheit, die sie stets im Kreise umgehen, die sie aufnehmen und fallen lassen und vertagen, wie sie schon oft vertagt worden ist, eine Frage, die nicht einfach mit Ja oder Nein zu lösen, sondern nur durch einen Wald von Vorbehalten zu erreichen ist; jedenfalls wird das ganze Problem nicht von der theoretischen Rechenkunst der politischen Dynamik aus behandelt, nicht in jener Isolierung von der konkreten Wirklichkeit, in der mancher moderne Nachrechner sich heute die Schicksalsfrage zurechtlegt, sondern in der Verflechtung mit den großen politischen Sonderfragen des Tages, die manchmal den verborgenen Bündniskern ganz überwuchern.

Dazu kam, daß die Entscheidung keineswegs so eindeutig zwischen zwei Vertretern der beiden Mächte lag, wie sie etwa zwischen Disraeli und Bismarck gelegen haben würde, die ihren Willen letztlich ungestört vollzogen, sondern - vor allem auf der englischen Seite - fortlaufend ein Gegenstand der Auseinandersetzung verschiedener Meinungen war. So war es möglich, daß jene Entscheidungen, in denen wir heute die Wende des Schicksals sehen, sich hinzogen durch Jahre wechselnder Weltlage, durch Episoden einer präzisen Sondierung und wieder durch längere Zeitabschnitte weitreichender Sonderverhandlungen über große Teilobjekte in dem beiderseitigen Rivalitätsbereiche. Wir suchen geradezu nach der Stunde, in der sich der politische Gesamtwille der beiden Großmächte gegenübertritt, um in klarer Aufrechnung über Zusammengehen oder Auseinandergehen zu entscheiden.

Der Marquis von Salisbury klagte gern, daß in dem modernen England der öffentlichen Meinung die Außenpolitik nicht mehr in dem Stile der Pitt und Palmerston geführt werden könne, aber er pflegte sich selbst um die öffentliche Meinung weniger zu kümmern als seine Zeitgenossen, wie er denn überhaupt dem englischen Bedürfnis nach einem "populären" Staatsmann sehr wenig entgegenkam. Dieser verschlossene Aristokrat mit dem schweren Körper und dem vollbärtigen Gelehrtenhaupt, das eher auf einen vornehmen Geistlichen der Hochkirche schließen ließ, besaß das stolze Selbstgefühl des Hauses Cecil; ja, nach dem Urteil vertrauter Kenner,[1] spielte der persönliche Hochmut bei ihm die größte Rolle; war er hier verletzt, sei es durch politische und noch viel mehr durch persönliche Vorgänge, so war es für immer. Seine Beziehungen zu Deutschland hatten sehr verschiedene Stufen durchlaufen. Schon von Hause aus von ausgesprochenen französisch-kulturellen Sympathien erfüllt, hatte er einst den Anfängen der deutschen Nationalbewegung nur hochfahrende Feindseligkeit entgegengebracht; während er im Jahre 1864 Kaiser Napoleon III. durch das Angebot des linken Rheinufers zu verlocken suchte, konnte er sich im Jahre 1871 über jede französische Abtretung an Deutschland auf das tiefste empören und in dieser frühen Stunde

schon seine stille Hoffnung auf die Revanche setzen.[2] Als Minister aber sah er sich seit 1877 immer stärker in das europäische System Bismarcks hineingezogen, ja, als er Ministerpräsident geworden war, wurde er ein freundschaftlich verbundener Außenposten dieses Systems; nur das Letzte der unabhängigen Stellung wußte er gegen den deutschen Kanzler, der ihn mit ausgesuchter Courtoisie umwarb, doch noch mit Entschiedenheit zu behaupten. Als er dann in seinem dritten Ministerium seit 1895 die freie Hand nach allen Seiten zurückzugewinnen trachtete und sich mit dem Gedanken einer türkischen Teilung befreundete, stieß er auf einen sehr bestimmten deutschen Widerstand; da er in der südafrikanischen Politik mehr zugelassen hatte, als er verantworten mochte, mußte er nach dem Jameson-Einfall die Demütigung der Krüger-Depesche auf sich nehmen. So war er in einen empfindlichen persönlichen Gegensatz zu dem Kaiser geraten, der immer wieder neue Nahrung erhielt. Hatzfeldt mußte wiederholt daran erinnern, daß seine früheren Sympathien in das Gegenteil verwandelt seien, hauptsächlich aus persönlichen Gründen.[3] Soweit überhaupt in dem nur auf den englischen Vorteil bedachten Politiker von Sympathien und Antipathien die Rede war, vollzog sich in ihm im letzten Jahrzehnt seines Lebens eher eine Rückbildung zu den Gesinnungen seiner jüngeren Jahre; auch König Eduard VII. verhehlte seinem Neffen nicht, daß Salisburys Sympathien im höchsten Grade französisch seien.[4] Er war ein reiner Opportunist, immer gewiß, auch in schwierigen Lagen vermöge des Weltzusammenhanges der insularen Politik einen Ausweg finden zu können, wie er denn auch in vertraulicher akademischer Unterhaltung gern auf sein Lieblingsthema zurückkam: kein Land ist so gut wie England in der Lage, auf die Freundschaft anderer zu verzichten, und wenn es allein steht, für längere Zeit ruhig zu "boudieren", ohne besondere Nachteile davon zu befürchten.[5] Auf dem Grunde dieses Sicherheitsgefühles ruhte das System der glänzenden Isolierung. Wenn von Allianzen im allgemeinen die Rede war, betonte er wohl, die Zeit dafür sei überhaupt vorbei, und es könne sich nur noch um ein Zusammengehen von Staaten mit gemeinschaftlichen oder nicht widersprechenden Interessen handeln. Das mochte im Gegensatz zu dem statischen Bündnischarakter der Ära Bismarck gemeint sein und auf die höhere Berechtigung der dynamischen Bündnisse abzielen, das heißt nicht des Sicherheitsbündnisses, sondern der Erwerbsgenossenschaft (um mit Bismarck zu reden). Hatzfeldt machte wohl dagegen geltend, daß in der Gegenwart die Frage der Gruppierung der Mächte eine Hauptrolle spiele, und daß für jede derselben die Auffassung, welche Gruppierung ihren Interessen am meisten entspreche, mit den Ereignissen wechseln könne. Jeder dachte dabei an die seinem Staate offenstehenden Möglichkeiten, und Hatzfeldt verfehlte selten (weil er an dieser Stelle dem edlen Lord dauernd den Puls fühlte), die theoretische Möglichkeit eines englisch-französischen Bündnisses zu unterstreichen; wenn dann Salisbury einwand, er halte eine deutsch-russische Allianz für noch wahrscheinlicher, so schloß Hatzfeldt das diplomatische Degenkreuzen mit der persönlichen Bemerkung, daß er, wenn England ein Bündnis mit Frankreich schließen würde, allerdings unbedingt seiner Regierung dazu raten würde, am nächsten Tage eine feste Verständigung mit Rußland einzugehen.[6]

Salisbury hatte einst dem Bündniswerben Bismarcks widerstanden - wie hätte er dem Locken und Drängen seiner Epigonen nachgeben sollen! Als er nach der Krüger-Depesche die Überzeugung gewann, daß eigentlich der Kaiser seit einem halben Jahre England zum Anschluß an den Dreibund habe drängen wollen, schrieb er der Königin: "Es ist unmöglich für Eure Majestät, so zu handeln, weil das englische Volk niemals zustimmen würde, in den Krieg für eine Sache zu gehen, in der England nicht offensichtlich interessiert wäre; und Lord Salisbury hat, während seines gegenwärtigen Ministeriums und während seines früheren Ministeriums, immer aus diesem Grunde abgelehnt. Es hat keinen Nutzen, etwas zu versprechen, was wahrscheinlich nicht gehalten werden kann."[7]

Im übrigen war Salisbury vorsichtig und zurückhaltend, zäh und schwerflüssig, in den letzten Jahren seines Lebens schien sein Wesen noch unbestimmter, ungreifbarer als ehedem zu werden.[8] Der außerparlamentarische Unterstaatssekretär Sir T. H. Sanderson erzählt:

> "In den letzten Jahren ist's nicht selten vorgekommen, daß Graf Hatzfeldt zu mir

> gekommen ist und geklagt hat: »*Voilà une heure que j'ai causé avec Lord Salisbury et que le diable me prenne si je comprends la politique de votre Gouvernement.*« Worauf ich zu antworten pflegte, er müsse doch wissen, daß wir keine Politik hätten und von der Hand in den Mund schafften. Ich berichtete einmal einen dieser Ausbrüche Lord Salisbury, der lachte und sagte: »Ich hatte keine Ahnung, daß unser Gespräch solch weitgehende Zwecke hatte, doch können Sie Hatzfeldt sagen, daß es bei einem parlamentarischen System wie dem unsern unmöglich ist, die Regierung bezüglich der Haltung, die sie im Falle irgendeines künftigen Ereignisses einnehmen wird, festzulegen.«."[9]

Alles in allem, er war ein echter Sohn seines Landes, der auf der letzten Stufe seiner großen Laufbahn zu einem der bedeutendsten Gegenspieler des Deutschen Reiches geworden ist.

Die Gestaltung der Weltlage seit Anfang 1898 schien es nicht mehr zuzulassen, daß Salisbury die Politik der glänzenden Isolierung fortsetze: die Auswirkungen der Kiautschou-Frage drängten dazu, nach irgendeiner Seite sich zu entscheiden. Auf der einen Seite hatte man von Berlin aus während der ersten Spannung mit Rußland eine vorsichtige Annäherung an England versucht; ohne Erfolg, wenn auch der Mangel an Gegensätzen der beiderseitigen Interessen auf chinesischem Boden festgestellt werden konnte.[10] Auf der anderen Seite drohte ein unabsehbares Weitergreifen der russischen Eroberung in China, auch die Möglichkeit des dauernden deutsch-russischen Zusammengehens. So raffte sich Salisbury zu einer Aktion auf, die durchaus den Stempel seines staatsmännischen Geistes trägt. Nachdem er am 17. Januar eine Vorfrage in Petersburg hatte stellen lassen, ob es möglich sei, daß England und Rußland in China zusammengingen, und bei Murawiew ebenso wie bei Witte auf die grundsätzliche Geneigtheit zu einem engeren Einvernehmen gestoßen war, ließ er den Russen am 25. Januar einen Plan von grandiosen Ausmaßen unterbreiten, der das türkische Projekt von 1895 gleichsam vervielfachte. Die beiden Reiche China und Türkei, so lief der englische Gedankengang, seien so schwach, daß sie ständig durch den Rat fremder Mächte geleitet werden müßten; dabei befänden sich Rußland und England viel häufiger im Gegensatz, als der wirkliche Widerstreit ihrer Interessen rechtfertige; aus einer Verständigung würden beide Nationen Vorteil ziehen. Die wesentlichen Bedingungen seien nur, daß man den Bruch bestehender Verträge nicht zulasse und die Integrität der beiden Reiche nicht schmälere: "Wir streben keine Gebietsverteilung an, sondern nur eine Teilung des Übergewichts." Die ungefähren Umrisse der möglichen Teilungslinien, die um die halbe Welt liefen, werden bereits skizziert.[11] Es ist nicht im einzelnen bekannt, wie die Russen diese Teilung der Welt aufnahmen. Am 2. Februar äußerte der Zar sich dem englischen Botschafter gegenüber sehr ermutigend. Er hatte recht, wenn er später dem deutschen Kaiser gestand: niemals zuvor habe England solche Anerbietungen an Rußland gemacht.[12] Aber schon am 11. Februar meinte Salisbury zu dem Ergebnis zu kommen, daß die Russen unaufrichtig und ihre Äußerungen zweideutig wären; die russischen Absichten auf Port Arthur und Talien-wan ernüchterten die englische Phantasie, und der Abschluß einer englisch-deutschen Anleihe mit China veranlaßte die russische Regierung am 3. März, die Besprechung "der größeren Frage" nicht mehr fortzusetzen. Der Anlauf Salisburys war schon im ersten Anfang gescheitert. Er mußte sich in diesen Tagen leidend nach dem Süden begeben und seine Vertretung im Auswärtigen Amte ging an den ersten Lord des Schatzes, Arthur J. Balfour, seinen Neffen, über.

Inzwischen setzten die jetzt immer weiter um sich greifenden russischen Absichten in China die öffentliche Meinung in London in immer lebhaftere Beunruhigung. Sollte es der Anfang einer Überschwemmung von halb China durch die Russen sein? Dann mußte man sich entschließen, gegen Rußland chinesische und Weltpolitik zu machen. So kam man im Kabinett auf den Gedanken, die Urlaubspause Salisburys zu benutzen, um in der durch die russische Ablehnung geschaffenen Lage den anderen Weg zu versuchen, der bei dem dreieckigen Charakter der großmächtlichen Positionen in China übrigblieb. Einer eher antirussischen Gruppe erschien es wünschenswert, die deutsche Seite wieder als einen positiven Wert in die Rechnung einzusetzen und mit der von Salisbury bisher gegen Deutschland beobachteten kühlen Zurückhaltung zu

brechen. Gerade Männer, wie der Kolonialminister Joseph Chamberlain, der seit der Krüger-Depesche zu den scharfen Gegnern der deutschen Politik und keineswegs zu den Deutschfreunden zählte, hatten sich, angesichts der russischen Gefahr, zu der Notwendigkeit des neuen Weges bekehrt; auch sie wollten der Isolierung ein Ende bereiten, aber nach der anderen Seite hin. Im Kabinett war man, nach englischer Art, bereit, ihm die Chance zu geben, unverbindlich und ohne der Entscheidung des Premiers nach seiner Rückkehr vorzugreifen.[13] Mr. Balfour leitete die formale Annäherung durch eine Aussprache mit dem deutschen Botschafter am 25. März 1898 ein, die in die amtlichen Beziehungen einen freundlicheren Ton trug und augenscheinlich die Vertraulichkeiten des Kolonialministers legitimieren sollte. Dann folgte am 29. März - zufällig in den Tagen, als der Deutsche Reichstag die Flottenvorlage in dritter Lesung annahm - die erste Unterredung Chamberlains mit Hatzfeldt, schon in der Form ungewöhnlich. Denn auf den geschulten Diplomaten (der die Verhandlung mit Balfour entschieden vorzog) machte der Kolonialminister "den Eindruck eines naiven Anfängers, der nur seine persönliche Eitelkeit zu Rate zieht und sich von den Konsequenzen seiner Handlungen und Worten keine genügende Rechenschaft zu machen pflegt."

Chamberlain setzte mit einer unverhüllten Absage an das System Salisburys ein, mit dem offenen Geständnis, England könne die bisherige traditionelle Politik der Isolierung nicht mehr aufrechterhalten, sondern müsse sie, im Bunde mit der öffentlichen Meinung, aufgeben und sich nach Allianzen umsehen. Sowohl die Lage in China als die Verhandlungen über Westafrika nötigten dazu: zwischen Deutschland und England ließen sich kleine Differenzen ausgleichen, wenn man gleichzeitig zu einer Verständigung über die großen politischen Interessen gelange. Und nun ging der undiplomatische Draufgänger noch einen Schritt weiter und setzte mit einer in der üblichen Verhandlungstaktik fast unmöglichen Offenheit der Gegenseite die Pistole auf die Brust. Die englische Regierung stehe vor der zwingenden Notwendigkeit, in den allernächsten Tagen ernste Entschlüsse zu fassen. "Wenn wir jetzt auf Englands Seite stehen wollten, würde England, falls Deutschland angegriffen würde, auf unserer Seite stehen." England beabsichtige seine Flotte nach Talien-wan zu schicken. Also englische Bündnisbereitschaft, aber zum Zwecke der unmittelbaren Aktion in China, mit allen kriegerischen Konsequenzen. Das Angebot Salisburys in Petersburg war erst zwei Monate alt. Nachdem der große Verführer den höchsten Berg bestiegen hatte, suchte einer seiner kleineren Gehilfen einem andern verführbaren Erdensohn die Schätze der Welt von einer anderen Fernsicht aus zu empfehlen.[14]

Bülow und Holstein erhoben gegenüber dem überraschenden Antrag denselben Einwand, den schon Bismarck im September 1882 in ähnlicher Lage - Ägypten! - gemacht hatte, daß ein solcher Vertrag nur die jeweilige englische Regierung binden würde. Auch gaben sie zu erwägen, ob denn England gleichzeitig die französische und die russische Gegnerschaft ins Auge fassen wolle, ob nicht der zur Zeit vorhandene russische Friedenswille, sofern er nur Aussicht auf einen zeitweiligen *modus vivendi* biete, sich heraushalten lasse. Chamberlain aber ließ sich durch diese Bedenken in seinem stürmischen Vorgehen nicht aufhalten. In einer zweiten Besprechung mit Hatzfeldt erklärte er sich bereit, das Abkommen auch dem Parlament zur Ratifikation vorzulegen, und zweifelte nicht im geringsten an der Annahme. Dagegen erwies er sich dem russischen Argument zugänglich und begnügte sich, in raschem Umschlag, mit einer wenigstens scheinbar harmloseren Bündnisgrundlage: daß England und Deutschland sich untereinander über die Zukunft in China mit Ausnahme der Teile, die andere Nationen sich bereits angeeignet, zu verständigen hätten. Das Ergebnis der Abmachung würde dann an Rußland, das dadurch in seinen bisherigen Erwerbungen nicht verkürzt würde, mitzuteilen sein. Das Programm lautete jetzt: Den Kern von China selbständig und dem Welthandel offenzuhalten. Aber die russische Front war geblieben.

So leicht ließ Bülow sich nicht aus seiner Stellung verdrängen. Er bezweifelte (ebenso wie Balfour und Lascelles), ob die Annahme im Parlament nach den Erschütterungen der letzten Jahre so sicher sei, und entwickelte daraus die himmelhohe Verschiedenheit des Risikos. Gesetzt den Fall, daß Deutschland, das nirgends innerhalb oder außerhalb Europas von Rußland bedrängt oder bedroht

werde, sich ohne eine sichtbare Notwendigkeit in festester Form mit Rußlands Hauptfeind verbinde, und es komme dann zur Ablehnung des Vertrages im Parlament - so würde der Zweibund ohne Zögern den Kampf gegen Deutschland aufnehmen,[15] während in England nur die Regierung zum Rücktritt genötigt sei und die Staatspolitik in die zweite Linie der großen Gegensätze rücke.[16] So schloß er mit dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung eine Zusicherung nicht geben könne; er ziehe aber "ein deutsch-englisches Zusammengehen in der von Chamberlain skizzierten Form trotz der für uns durch die gegenwärtigen Verhältnisse gebotenen diesmaligen Ablehnung gleichwohl als eine Eventualität der Zukunft in Betracht. - Denn England wird den Kampf ums Dasein auf die Dauer nicht vermeiden können und andere Allierte als Deutschland und bessere Freunde wird es dabei nicht finden."[17] Man ließ also angesichts der unverbindlichen Sondierung soviel geschäftliches Entgegenkommen sehen, wie angezeigt war, und wartete nicht ohne stille kolonialpolitische Zukunftswünsche ab.[18]

Inzwischen hatte Chamberlain in einer dritten Unterredung am 25. April noch einmal auf den baldigen Abschluß gedrängt. Als aber Hatzfeldt mit ihm die ganze Reihe der Einwände durchging und z. B. eine Wiederherstellung des Verhältnisses mit Österreich und Italien anregte, oder ein freundlicheres Entgegenkommen in kleineren Fragen, um die öffentliche Meinung auf eine weiterreichende Verständigung vorzubereiten, war Chamberlain in der ersten Frage deutlich ausgewichen und hatte betont, daß ohne eine politische Verständigung im Großen auch nicht auf koloniales Entgegenkommen im Einzelnen zu rechnen sein würde. Um so nachdrücklicher kam er auf sein großes Zukunftsgemälde zurück: einem weiteren russischen Vorgehen in Ostasien im Bunde mit dem Dreibund einen Riegel vorzuschieben; keinen Krieg, aber er halte eine gemeinschaftliche Erklärung, daß Rußland sich mit den erworbenen Vorteilen begnügen und jedenfalls nicht über einen gewissen Punkt hinausgehen müsse, für das einzige Mittel, einem künftigen Kriege der in China interessierten Mächte mit Rußland vorzubeugen. Es war antirussische Weltpolitik als Kern und Ziel der Allianz. Chamberlain verschwieg auch nicht, daß, wenn England auf die naturgemäße Allianz verzichten müsse, keine Unmöglichkeit bestehen würde, "mit Rußland[19] oder mit Frankreich[20] zu einer Verständigung zu gelangen". Damit schied er, da die Rückkehr Salisburys schon nahe bevorstand, geschäftlich zunächst wieder aus.[21]

Wenn man nach dieser Episode sich zu dem Verlauf der geschäftlichen Verhandlungen zwischen Hatzfeldt und Salisbury begibt, so hat man das Gefühl, aus etwas dilettantischen Phantasien in eine Welt der Wirklichkeit von erheblich kühlerer Temperatur zurückzukehren. Wohl hörte Hatzfeldt, daß eine Reihe hervorragender Kabinettsmitglieder die Hoffnung auf eine Verständigung nicht aufgebe, aber er vertrat von vornherein die Meinung, daß Salisbury noch das entscheidende Wort spreche und eine Fortsetzung des Verkehrs mit Chamberlain nicht wünsche.[22] Jedenfalls kam der Premierminister im Mai auf die eigentliche Allianzsondierung Chamberlains (zumal da ihr Kern ja einen negativen Bescheid gefunden hatte) nur in allgemeinen Wendungen zurück; er ließ deutlich erkennen, daß er von lange im voraus geschlossenen Allianzverträgen überhaupt nicht viel halte und den scharf antirussischen Bündniszweck Chamberlains nicht billige. Augenscheinlich stand man einem Dualismus im englischen Kabinett gegenüber, bei dem der Wunsch nach Annäherung in sehr verschiedenen Schattierungen vertreten war. Chamberlain fuhr fort, seine Anträge in unverbindlichen Gesprächen und in öffentlicher Rede zu wiederholen; so wagte er am 13. Mai im Hinblick auf die russische Kriegsgefahr den Gedanken eines Anschlusses Englands an den Dreibund öffentlich auszusprechen.[23] Er erinnerte fast an den fashionablen Liebhaber Oskar Wildes, der trotz aller Körbe nicht müde wird, "*to propose*". Auf der anderen Seite blieb das Familienhaupt, das allein zu entscheiden hatte, bei seinem Vorsatz, jede Knüpfung fester Bande lieber zu vermeiden und sowohl andere Bewerber als die eigenen Interessen fest im Auge zu behalten.

Wenn Salisbury sich auch nicht abgeneigt zeigte, den Weg der Einzelverständigung zu beschreiten, so knüpfte er doch an seine Bereitschaft sofort die Voraussetzung, daß nicht der eine Teil stets der gebende und der andere immer nur der nehmende sein dürfe. Darauf ging auch Hatzfeldt weiter aus

sich heraus und gab zu erwägen, daß die tatsächlichen Umstände nicht die gleichen seien und daher eine gleichartige Behandlung kaum zuließen: schon deshalb, weil England in dieser Hinsicht ziemlich alles, wir dagegen sehr wenig besäßen, also von unserem geringen Besitztum nicht so leicht etwas abgeben könnten, wie das an Kolonien überreiche England es von seinem Überfluß tun könne. Er entwickelte als persönlichen Gedanken, daß England, das seit einer Reihe von Jahren in kolonialer Hinsicht mit Riesenschritten vorgegangen sei und jetzt darauf ausgehe, sich die letzten noch verfügbaren kolonialen Objekte einzuverleiben, den freundschaftlichen Beziehungen, wie sie zwischen den beiden Nationen bestehen sollten, entsprechen würde, wenn es Deutschland an seiner künftigen kolonialen Expansion dort, wo deutsche Interessen in Frage kommen könnten, in richtigem und angemessenem Verhältnis teilnehmen ließe. Dieses Zukunftsbild hörte Salisbury schweigend an. Er hatte schon einmal das (in Berlin lange Zeit unvergessene) Wort fallen lassen: Sie verlangen zuviel für Ihre Freundschaft, - ohne eine Antwort auf die Frage zu haben, worin sich denn dieses deutsche Verlangen geäußert hätte.

Immerhin gewann Hatzfeldt aus den gewundenen Sätzen des Premierministers doch den Eindruck, daß er jetzt gute Beziehungen zu Deutschland zu pflegen wünsche und sich dabei vorbehalte, auch eine formale Verständigung anzuregen, wenn eine Zuspitzung der politischen Situation es wünschenswert machen sollte; aus dem Zusammenhang seiner Äußerungen entnahm er, daß Salisbury, wenn er einmal den Augenblick zu Vorschlägen an Deutschland gekommen erachte, eine praktischere Grundlage wählen würde, als Chamberlain aus Mangel an Sachkenntnis und Erfahrung in der auswärtigen Politik tun konnte. Als nach einer Besprechung mit Hatzfeldt der russische Botschafter bei dem Premierminister eintrat und halb im Scherz fragte, ob die lange Unterhaltung auf Allianz deute, konnte auch Salisbury (nicht ohne Berechnung) erwidern: "*Alliance non, rapprochement oui.*"[24] So war es. Der frostige Zustand, der seit der Krüger-Depesche die Temperatur der Beziehungen beherrscht hatte, schien einer milderen Luft zu weichen. Mit Hilfe der Extratouren Chamberlains war das diplomatische Gelände so, wie es Hohenlohe schon im Februar gewünscht hatte, wieder freigelegt. Auch der britische Botschafter in Berlin urteilte: es hat ein großer Umschwung zum Besseren stattgefunden (11. Juni 1898).

So riet Hatzfeldt, die englischen Bemühungen um eine Allianz mit Deutschland freundlich, aber dilatorisch zu behandeln und gleichzeitig darauf hinzuwirken, daß die Möglichkeit einer späteren Verständigung offenbliebe; er begründete seinen Rat mit der Besorgnis, daß jeden Augenblick in irgendeinem Teile der Welt Ereignisse eintreten könnten, die Deutschland vor die Aufgabe stellen würden, weittragende Entscheidungen zu treffen.[25] Dieser Auffassung entsprach auch die allgemeine Stimmung des Auswärtigen Amtes. Man kann nicht sagen, daß Hohenlohe, Bülow und Holstein sich durch mehr als Nuancen von der Auffassung des Londoner Botschafters unterschieden.[26] Nach dem Verlauf der Chamberlain- und der Salisbury-Linie der Verhandlung im Frühjahr 1898 hätte es sich verboten, die in den letzten Jahren angeknüpften Beziehungen zu Rußland um eines höchst ungewissen Ersatzes willen preiszugeben. Die englischen Erwägungen mußten selber eine festere Gestalt gewinnen, bevor sie eine deutsche Entschließung nach sich ziehen konnten.

Wie stand der Kaiser selbst zu den Möglichkeiten, die sich ihm auftaten? Das Verhalten Wilhelms II., sein inneres Verhältnis zu dem englischen Staate und seiner Politik, den englischen Verwandten und der englischen Gesellschaft ist ein besonderes, vielleicht das problematischste Stück seines Charakters: denn an dieser Stelle wurden seine Empfindungen, die so leicht in Bewegung zu setzen waren, am lebhaftesten in Liebe und Haß hin und her geworfen. Nach keiner Seite in Europa schlug sein Herz wärmer und liebebereiter, nach keiner Seite war er empfindlicher, wenn er durch eigene oder anderer Schuld enttäuscht wurde. Er hat die politische Beziehung zu England niemals dauernd und gleichmäßig auf den sachlichen unpersönlichen Ton der Staatsräson abstimmen können und dadurch immer von neuem, durch ein Zuviel oder Zuwenig, eine unruhigere Note in das Verhältnis hineingetragen. Gerade weil Wilhelm II. im April 1898 mit sehr hohen Erwartungen in das Bündnisgespräch hineingegangen war, wußte er sich nicht zu gedulden, als im Mai schon allerhand Wasser

in den Wein geschüttet ward. So ließ er sich zu dem Briefe an den Zaren vom 30. Mai hinreißen, indem er höchst indiskret die wiederholte Sondierung nicht ohne Übertreibung mitteilte und dem überraschten Freunde die Gewissensfrage vorlegte, was er ihm für eine - in gewissem Umfange schon erfolgte - Ablehnung des Bündnisangebotes bieten könne. Der Zar antwortete mit einem Schreiben, das ebenso indiskret die vorangegangene englische Werbung[27] in Petersburg preisgab, aber der ihm gestellten Gewissensfrage, wie er nicht anders konnte, geschickt auswich und zum Schluß die gefühlvolle Versicherung gab: Deutschland und Rußland haben in Frieden seit alten Zeiten gelebt als gute Nachbarn und mögen, Gott gebe es, damit fortfahren in enger und loyaler Freundschaft. Die Länder hätten glücklicherweise keine politische Reibung und die Interessen stießen, wie das Beispiel von Kiautschou zeige, nirgends zusammen: der Kaiser kenne die Gesinnungen des Zaren und könne sich voll auf die friedliche und ruhige Haltung Rußlands verlassen.[28] Es ist nicht zu verwundern, daß aus dieser Episode in der Berliner Stimmung einige gemischte Gefühle zurückblieben, die mehr den russischen Wünschen als der deutschen Staatsräson dienten.

Der Fortgang der deutsch-englischen Besprechungen verließ gleich darauf die Sphäre der akademischen Erörterung und verknüpfte sich bald, wie man in den letzten Wochen schon auf beiden Seiten voraussah, mit neuen politischen Weltvorgängen, die eine hohe Aufmerksamkeit der Kabinette in Anspruch nahmen. Es empfiehlt sich, diesen neuen Welthintergrund fest ins Auge zu fassen, denn aus den einzelnen hervorragenden Geschäften schöpften auch die Bündnisfragen der großen Politik ihren Antrieb und ihr Tempo; eine Isolierung des Bündnisproblems schafft wohl Raum für alle Neigungen kritischen Besserwissens, aber zerschneidet auch zu einem guten Teil die feinen Fäden, die tatsächlich die Entschließungen der Staatsmänner mit dem Erleben des Tages verbinden.

Die praktische Behandlung aller Bündnis- oder Verständnisfragen wurde in den nächsten Monaten dadurch kompliziert, daß - noch bevor der chinesische Fragenkomplex eine Entscheidung erforderte - ein ganz anderes, bisher jenseits des allgemeinen Interesses liegendes Problem in den Mittelpunkt der großmächtlichen Berechnungen rückte, der spanisch-amerikanische Krieg (April bis August 1898). Für einige Monate drohte die eingestandene Gebrechlichkeit und Vergänglichkeit alter weltgeschichtlicher Rechte und Werte die ganze Welt zu erschüttern; und in der Stille, hinter dem Vorhang jener um den Erdball jagenden Ereignisse, schien auch schon über die Reste des portugiesischen Kolonialreiches durch die geheimen deutsch-englischen Verhandlungen (Juni bis August 1898) das letzte Wort gesprochen werden zu sollen. Das neue Zeitalter des Imperialismus begann in immer wilderem Tempo das Bild der Erde umzugestalten. Die Ziele der deutschen Außenpolitik, die fortan mit der höchsten Woge ihrer weltpolitischen Erwartungen geht, erfordern es, den Ablauf dieser beiden Linien in knappen Umrissen darzustellen.

Seitdem die Vereinigten Staaten im September 1897 die Insurgenten in Kuba als kriegführende Macht anerkannt hatten,[29] war die Dauer der spanischen Kolonialherrschaft in Westindien ernsthaft in Frage gestellt. Nach der Explosion der "Maine" im Hafen von Havanna am 15. Februar 1898 war es schon unwahrscheinlich, daß der Krieg zwischen Spanien und Amerika vermieden werden könne. Die Frage war nur, ob die europäischen Mächte bei den sich hier vorbereitenden Ereignissen die Hände in den Schoß legen würden. Eine Anfrage Spaniens an den Deutschen Kaiser, ob er geneigt sei, zum Schutze des monarchischen Prinzips an die Spitze der europäischen Interventionsmächte zu treten, wurde mit Nein beantwortet: der Hinweis auf Frankreich lag nahe genug. Auch ein zweiter Schritt der spanischen Regierung stieß in Berlin auf keine Gegenliebe. Trotzdem wandte sich Spanien am 26. März amtlich an die Mächte, sie möchten an Spanien und die Vereinigten Staaten den empfehlenden Rat geben, die Lösung des kubanischen Konflikts durch einen päpstlichen Schiedsspruch herbeizuführen. Auch jetzt hielt die Reichsregierung an dem Standpunkte fest, daß sie sich bei einem solchen Unternehmen nicht voranzustellen habe, sondern nur, wenn und soweit alle großmächtlichen Vertreter mitmachten, sich beteiligen werde; sie müsse, wie Bülow dem Kaiser vortrug, "alles vermeiden, was wie unnötige Parteinahme, namentlich gegen Amerika aussehen könnte". Auf dieser Grundlage erfolgte am 7. April der Kollektivschritt der sechs

Mächte in Washington (und in Madrid), vom Standpunkt der Menschheit und des Friedens, jeden kriegerischen Schritt zu vermeiden. Als der Schritt wirkungslos blieb, richteten die Vertreter der sechs Großmächte in Washington, und zwar auf Wunsch und Initiative des englischen Botschafters Sir Julian Pauncefote, eine gleichartige Aufforderung an ihre Regierungen, noch einen weiteren Friedensschritt (daß man eine bewaffnete Intervention für nicht gerechtfertigt hielte) folgen zu lassen. Kaiser Wilhelm II. erklärte jedoch sofort: "Ich halte sie für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich, ich bin gegen diesen Schritt." Später, im Januar 1902 haben der englische Botschafter sowie die englische Regierung es für erlaubt gehalten, die eigene Initiative in Abrede zu stellen und sie geradezu auf Deutschland abzuwälzen, ja sogar England als den eigentlichen Gegner dieses Kollektivschrittes zu preisen.[30] Eine Intervention der europäischen Mächte, auch wenn sie in der ersten Minute sich einträchtig zusammenfanden, war nicht so gefestigt in sich, daß sie über den Ozean in die amerikanische Welt hineingereicht hätte.

Die Entscheidungen des Krieges waren zugleich die Entscheidungen über das spanische Kolonialreich, sie waren Anfang Mai durch Deweys Sieg bei Cavite (vor Manila) eingeleitet und Anfang Juli durch die Vernichtung der Flotte Cerveras vor Havanna zum Abschluß gebracht. Daß die Vereinigten Staaten die westindischen Inseln in irgendeiner Form sich aneignen würden, stand von vornherein fest; schwieriger schien die Frage, was aus den der amerikanischen Machtsphäre so fernen Philippinen werden würde. Da geschah es, daß auf ein im Grunde wenig kontrollierbares Gerücht hin[31] in Berlin der Gedanke auftauchte, sich an dieser Stelle, wenn sich die Möglichkeit ergeben sollte, einzuschieben und die in Kiautschou gewonnene Stellung durch weitere ostasiatische Stationen zu vermehren. Der Plan ging nicht so sehr von dem Auswärtigen Amte aus, in dem man die politischen Schwierigkeiten sehr wohl erkannte und nur gemeinschaftlich mit mehreren Seemächten eine Teilung für möglich hielt,[32] sondern von dem Reichsmarineamt, dessen tatkräftiger Leiter im Vollgefühl des soeben verabschiedeten Flottengesetzes nunmehr den Kaiser und das Auswärtige Amt mit phantastischen Entwürfen bestürmte.[33] Von der Seite der Marine begann jetzt ein Tatendrang einzusetzen, dessen Aktivität mit dem politischen Verantwortungsgefühl keineswegs gleichen Schritt hielt; man machte sich kaum recht klar, daß die Aussicht nicht sehr groß sei, aus einem Kriege zweier Anderer einen Teil des Streitobjekts für einen Dritten herauszuholen. Jedenfalls befreundete sich der Kaiser mit dem Gedanken, die Philippinengruppe dürfe nicht ganz oder teilweise in den Besitz einer fremden Macht übergehen, ohne daß Deutschland eine angemessene Kompensation erhalte,[34] und entschloß sich, am 13. Juni ein Geschwader unter dem Vizeadmiral v. Diederichs nach Manila zu entsenden, um die deutschen Interessen zu vertreten. Die Lage war hier allerdings für einen neutralen Zuschauer mit Hintergedanken sehr verwickelt: Aufstand der Eingeborenen, schwaches spanisches Heer, amerikanische Blockade; es verstand sich, daß der deutsche Admiral sich auf das von dem spanischen Generalgouverneur angebotene "Depot der Neutralen" nicht einließ. Die deutsche Philippinenspekulation blieb eine Episode, in der es nach dieser Vorbereitung überhaupt nicht zu amtlichen Schritten kommen sollte.[35] Man kann ihr eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, insofern als die völlige Unsicherheit über das amerikanische Programm in den Philippinen verhältnismäßig lange andauerte; noch als man in Berlin den amerikanischen Botschafter Mr. Andrew White über diese Pläne sondierte (10. Juli), stieß man bei dem erklärten Deutschenfreunde auf ein weitgeöffnetes Entgegenkommen; er war zwar ohne jede Instruktion, aber aus innerpolitischen Gründen ein so überzeugter Gegner einer amerikanischen Annektion, daß er die gewünschten Marinestützpunkte für Deutschland als ebenso nötig wie für Amerika erachtete. Dieser Haltung entsprach der wirkliche politische Wille der Vereinigten Staaten keineswegs. An demselben 10. Juli kam es zwischen dem amerikanischen Geschwaderchef, der die Blockade vor Manila kommandierte, und dem deutschen Geschwaderchef zu gereizter Auseinandersetzung, wie sie bei umgekehrter Rollenverteilung vermutlich auch nicht ausgeblieben wäre.[36] Schon am 25. Juli ward der Botschafter White von Washington amtlich desavouiert. Als die Vereinigten Staaten gleich darauf die Abtretung der Philippinen unter ihre Friedensbedingungen aufnahmen und Spanien sich diesen Bedingungen unterwarf, stand es außer Frage, daß das Deutsche Reich jedes Zeichen von Interesse an dem ganzen Objekte einstellte (12. August). Die Marine, deren Initiative in der Kiautschou-Frage

sich gegenüber dem Auswärtigen Amte durchgesetzt hatte, mußte bei diesem von manchen Merkmalen der Voreiligkeit nicht freien Unternehmen den Rückzug antreten. Man mußte zufrieden sein, bei der Zerschlagung des spanischen Kolonialreiches, die im Jahre 1886 durch päpstlichen Schiedsspruch den Spaniern zurückgegebene Inselgruppe der Karolinen für Deutschland zu erwerben.

Während die spanische Tragödie abrollte, mehr ehrwürdig durch eine zurückliegende große Vergangenheit, als durch ihre inhaltsleer gewordene Gegenwart, schien mit einer gewissen Folgerichtigkeit auch der fast noch gefährdetere Restbestand des portugiesischen Kolonialreiches ins Wanken zu geraten. Es war, als wenn die beiden ältesten Kolonialmächte, die einst die überseeische Welt untereinander geteilt, gleichzeitig von der Bühne abtreten würden, ja einen Augenblick, als wenn die beiden angelsächsischen Mächte den Besitzwechsel gleichzeitig und in einer gewissen Verbundenheit zum Austrag bringen würden.[37] Um so mehr hatten die Deutschen Veranlassung, auf diesem ihnen günstiger gelegenen zweiten Schauplatz ihre Ansprüche geltend zu machen. Um Anfang Juni 1898, in den Tagen, wo Salisbury und Hatzfeldt die möglichen Wege des Zusammengehens in der Welt noch theoretisch untereinander erörterten, erfuhr man, daß der portugiesische Gesandte am englischen Hofe sich nach London begebe, um den bedrängten portugiesischen Finanzen durch eine englische Anleihe gegen Verpfändung von Angola und Mozambique zu Hilfe zu kommen; es lag nahe, daß Chamberlain die Gelegenheit vor allem auch zum Erwerb der Delagoa-Bai benutzen würde.

Da die allgemeinen deutsch-englischen Beziehungen gerade damals um den Punkt des "freundlichen Entgegenkommens" in vorfallenden Einzelfragen kreisten, so empfahl es sich, diese Gelegenheit nicht vorbeigehen zu lassen - denn an dieser Stelle lag für die deutsche Seite fast die einzige Möglichkeit, ihren afrikanischen Kolonialbesitz abzurunden. So war denn auch schon in früheren Jahren zwischen den beiden Regierungen die Zukunft der portugiesischen Kolonien eingehend besprochen worden. Sowohl mit dem Ministerium Rosebery, als auch vordem mit dem zweiten Ministerium Salisbury;[38] damals hatte dieser sogar dem deutschen Botschafter den Vorschlag gemacht, die portugiesischen Kolonien, falls sie in irgendeiner Weise von Portugal aufgegeben werden sollten, mit Deutschland zu teilen.[39] So nahm die deutsche Politik einen Faden der Vergangenheit auf, wenn sie am 14. Juni in London zu verstehen gab, daß ein einseitiges Vorgehen Englands in der portugiesischen Frage nicht geeignet sein würde, die gewünschte Besserung der Beziehungen herbeizuführen. Während Salisbury anfangs den delikaten Gegenstand mit allen Künsten seiner Zurückhaltung nur im Kreise umging, suchte gleichzeitig auch der französische Minister Hanotaux über diese Frage einen Zugang zu gemeinschaftlichem Vorgehen mit Berlin zu finden. Man wäre in Berlin auch nicht abgeneigt gewesen, die Sache von dieser Seite anzufassen, und verhehlte sich nicht, daß das "von weitgehender Bedeutung für die fernere Gestaltung unserer auswärtigen Politik" sein würde; aber der plötzliche Sturz des französischen Ministeriums, nach dem die Außenpolitik an den jedem Zusammengehen abgeneigten Mr. Delcassé überging, machte dieser Möglichkeit sofort ein Ende. So blieb nur die englische Gemeinschaft, und es war nicht leicht, der zähen Vorsicht Salisburys von neuem das "*Divisons, divisons*" zu entlocken. Am 22. Juni ließ Bülow ihm amtlich die Frage vorlegen, ob er über die zukünftige Verteilung der portugiesischen Kolonien zwischen Deutschland und England ein bindendes Abkommen schließen wolle. Die deutsche Regierung erklärte dabei, auf die Tatsache der älteren Interessen Englands Rücksicht nehmen und den Engländern freie Hand in der Delagoa-Bai und deren Hinterland lassen zu wollen, obgleich der Schritt im ganzen deutschen Volke eine peinliche Mißempfindung erregen werde, "weil die Boeren seit Jahren zum Gegenstande einer sentimentalen Sympathie geworden sind, gegen welche wie in allen Fällen von Sympathie mit Gründen der Logik nicht anzugehen ist".[40] Als Gegengabe verlangte sie den nördlichen Teil von Mozambique mit der Sambesi - Schire-Grenze, und wenn man auch Westafrika in den Plan mit hineinnehme, den südlichen Teil von Angola, etwa bis Benguela. Am 6. Juli erklärte Salisbury sich grundsätzlich einverstanden, auf dieser Grundlage zu verhandeln; d. h. für den Fall, daß Portugal mit Anleihewünschen an die beiden Mächte herantrete, diese - nicht gemeinsamen, sondern parallelen - Anleihen gegen die Verpfändung der

Zölle in den portugiesischen Kolonien zu gewähren - worunter jeder den ersten Schritt zur tatsächlichen Kontrolle verstand. Da die Engländer auf gewisse ostafrikanische Gebiete nicht verzichten wollten, wurde von deutscher Seite aus die Walfisch-Bai (in Süd-Westafrika) und die portugiesische Insel Timor in die Verhandlung einbezogen, während von englischer Seite das Recht auf Exterritorialität in Sansibar eingebracht wurde. Nachdem der englische Ministerrat am 13. Juli sein Einverständnis erklärt hatte, gingen die Verhandlungen noch fast sechs Wochen mit größter Zähigkeit weiter und durchschritten mehr als einen Spannungszustand, zumal der englische Ministerrat die Abtretung der Walfischbai ablehnte.[41] Auf der einen Seite drängte der Kaiser, der eben damals die Enttäuschung der Philippinen erlebt hatte, mit höchster Ungeduld, auf der anderen Seite erklärte Balfour, dem Salisbury im letzten Stadium die Verhandlung überließ: "Das eine stehe fest, daß man von den Deutschen nie etwas anderes höre, als die Drohung, unangenehm zu werden, wenn irgendeine Forderung nicht erfüllt werde, niemals aber eine für England freundliche Äußerung, sei es in China oder anderwärts." Das deutsche Auswärtige Amt hinwiederum bezeichnete seine Forderung als "das Minimum dessen dafür, daß wir insbesondere die Boeren sich selbst überlassen".[42]

So kam denn schließlich am 30. August 1898 der Vertrag zustande, der im Zeitalter des Imperialismus als ein Musterstück vertragsmäßiger Ordnung von kolonialen Begehrlichkeiten in dem Bereich eines ungefragten Dritten bezeichnet werden muß. Der Kaufvertrag bestimmte ein gemeinschaftliches Vorgehen von England und Deutschland, wenn Portugal infolge finanzieller Schwierigkeiten sich genötigt sehen sollte, um die Gewährung eines Darlehens an eine der beiden Mächte heranzutreten und dafür die Zolleinnahmen von Mozambique, Angola und Timor zu verpfänden; für diesen Fall teilte er die Zolleinnahmen der portugiesischen Kolonien in zwei Teile, die dem deutschen und englischen Darlehen, und demnach den Inspektionsbefugnissen der einen oder anderen Seite zugewiesen werden sollten. In einer geheimen Konvention einigten sich die beiden Mächte vor allem darüber, einer Einmischung einer dritten Macht in diesem portugiesischen Kolonialgebiet, sei es durch Anleihen auf Sicherheiten, sei es durch Gebietserwerb, Schenkung, Kauf, Pacht usw. gemeinschaftlich entgegenzutreten.

Es ist nicht zu verkennen, daß die letzten Bestimmungen für einen allerdings sehr begrenzten und an eine Reihe von Prämissen gebundenen Eventualfall gegen eine bestimmte Macht (die nur Frankreich sein konnte) sogar eine bündnismäßige Verpflichtung in sich schlossen und insofern ist das Abkommen vom 30. August in die Versuche einzureihen, aus gewissen gemeinsamen Interessen ein System wechselseitiger Verpflichtungen aufzubauen. Wir sehen auch das Thema, das im März angeschlagen war, im Hintergrunde der geschäftlichen Verhandlungen immer noch lebendig. Im Juli hatte der Kaiser durch seine Mutter, die Kaiserin Friedrich, die Königin Victoria wissen lassen, daß konkrete Vorschläge Salisburys auf kein unübersteigbares Hindernis in Berlin stoßen würden, aber eine Rückäußerung war nicht erfolgt, und wir wissen heute, daß Salisbury diesen Wunsch mit einer kühlen Handbewegung beiseiteschob.[43] Bald darauf wußte wieder der englische Botschafter dem Kaiser vertraulich zu erzählen, daß im Laufe des Sommers Chamberlain zu einer realistischeren Auffassung des Bündnisproblems herangereift sei und im vertrauten Kreise das Programm eines Defensivbündnisses aufgestellt habe, nach dem England und Deutschland sich zum gegenseitigen Beistand verpflichten sollten, sobald eine der beiden Mächte von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen würde; aber dieser Versuchsballon aus dem freundlichen Lager, in dem der Kaiser eine ganz annehmbare Basis für weitere Verhandlungen erblickte, wurde von deutscher Seite nicht beantwortet,[44] nachdem man auf einem anderen Wege eine Absage erhalten hatte.

Und nun sollte sich allmählich herausstellen, daß man sich die Handhabung des Abkommens über die portugiesischen Kolonien doch sehr verschieden dachte. Bülow war von dem Abschluß hoch befriedigt[45] und erwartete eine unmittelbare Auswirkung des Abkommens und der neuen Interessengemeinschaft. Er konnte sich nicht genug tun, für diesen zweiten eigentlichen Akt höchste Stille und Schnelligkeit anzuempfehlen, während die Engländer nach beiden Seiten hin umgekehrte Wege gingen. Man erklärte in Berlin, von England Vorschläge über die beste Art der Ausführung

entgegennehmen zu wollen, um möglichst bald mit Portugal ins reine zu kommen, aber es zeigte sich, daß Balfour vollständig unentschlossen war, ob und was er vorschlagen sollte.[46] Heute kennen wir aus den Akten auch die Randbemerkung, mit der Salisbury aus dem Hinterhalt das deutsche Drängen aufnahm: "Ich erwartete das. Sie sind nicht zufrieden damit, die Ereignisse abzuwarten, die ihnen ihren Anteil am portugiesischen Gebiet verschaffen sollen, sondern sie möchten den Gang des Schicksals beschleunigen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, Portugal schon eine Andeutung zu machen, solange wir nichts über die finanziellen Bedingungen wissen, die Deutschland zu gewähren geneigt ist. Sie werden in der Art Shylocks sein".[47]

So nehmen die Dinge von der ersten Stunde an einen in Berlin gar nicht in Berechnung gezogenen Verlauf. Der portugiesischen Regierung blieb es nicht verborgen, daß die deutsche und die englische Regierung mit ihrem Vertrage, dessen äußere Umrisse in Lissabon mitgeteilt wurden, ein sehr verschiedenes Ziel verfolgten. Die Methoden des einen drängten ebenso heftig auf die Anleihe hin, wie die des anderen zurückhielten. Schon gegen Ende September und endgültig im Laufe des Oktober erklärte daher die Regierung in Lissabon, das Anerbieten des deutsch-englischen Abkommens abzulehnen. Man hatte einen Eventualvertrag abgeschlossen, aber wenn die vorausgesetzte Eventualität, das Anleihegesuch des Portugiesen, nicht vorlag, so konnte der Vertrag, der obendrein nur ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte vorsah, überhaupt nicht in Kraft treten, sondern mußte auf Eis gelegt werden.

Vor allem der englische Gesandte in Lissabon setzte alles daran, die Ausführung des Vertrages zu hintertreiben; ein Schriftstück von ihm an das Auswärtige Amt überlegt, wie der Portugiese am besten "aus den Krallen Frankreichs und der zahlreichen politischen und finanziellen Gauner, die es umkreisen", befreit werden könne, wenn die englische Regierung eine große Londoner Bankfirma "überrede", ihm 500 000 £ vorzuschießen; das Abkommen mit Deutschland schließe zwar eine alleinige englische Hilfe an Portugal aus, aber eine Teilnahme Ihrer Majestät Regierung an der Transaktion sei ja - abgesehen von jener Empfehlung - nicht beabsichtigt.[48] Salisbury hatte sich nicht umsonst im letzten Stadium der Verhandlung zurückgezogen; schon Ende Dezember stellte er dem deutschen Botschafter gegenüber fest, daß man die weitere Entwicklung in Lissabon abwarten müsse. Wie er selber dazu beitrug, zeigt eine Besprechung vom 7. Juni 1899 mit dem Marquis de Soveral, dem portugiesischen Gesandten in London, der als intimer Freund des Prinzen von Wales eine große Figur in der Gesellschaft machte; als dieser ihm von der Sorge vor einer Kontrolle der Zölle sprach, beruhigte ihn der Premierminister, daß gegen eine so unangemessene Maßregel von englischer Seite sehr ernstlicher Einspruch erhoben werden würde; er schien ganz vergessen zu haben, daß die Kontrolle im Falle schlechter Zinszahlung in dem Vertrage vom 30. August vorgesehen war. Aber er trug bald darauf gar keine Bedenken, dem deutschen Botschafter gegenüber beiläufig fallenzulassen, daß er diesen Vertrag niemals abgeschlossen haben würde. Eigentlich konnte der Vertrag, obwohl andere Kabinettsmitglieder ihn noch später als ein nützliches Instrument lobten,[49] seitdem nur als ein Fetzen Papier betrachtet werden. Durch das kurz vor dem Ausbruch des Burenkrieges geschlossene geheime englisch-portugiesische Abkommen vom 14. Oktober 1899, das unter Erneuerung von zwei älteren Verträgen von 1642 und 1661 eine Garantie des portugiesischen Territoriums (Mutterland und Kolonien) aussprach, wurde dann der letzte Rest des englisch-deutschen Vertrages in der Stille ausgelöscht.

Man kann Zweifel hegen, ob nicht das Abkommen vom 30. August 1898 in seinen Voraussetzungen und seiner Anlage *contra bonos mores* verstieß. Die Art aber, wie hernach der eine Partner den anderen übers Ohr hieb, nötigt dazu, zu ihrer Kennzeichnung schon zu stärkeren Ausdrücken zu greifen: auch nach englischem Urteil war es ein Akt von beispielloser Treulosigkeit.[50] Im Auswärtigen Amte in Berlin, wo man das ganze Spiel nicht durchschauen konnte, blieb zunächst eine Skala peinlicher Gefühle zurück; Enttäuschung nach der übereilten Hoffnung, Resignation und, als langsam und auf Umwegen die Existenz des Vertrages von 1899 durchsickerte, eine tiefe Erbitterung. Man sah sich betrogen und nicht einmal in der Lage, sich zu beklagen, aber Holstein grollte, es sei

unmöglich mit diesen Leuten in irgendein Verständnis einzutreten.[51] So nahm das erste Beispiel freundlichen Einvernehmens, das der Bündnissondierung Chamberlains vom März 1898 entsprungen war, allmählich einen Verlauf, der für eine vertrauensvolle Fühlung der beiden Kabinette sehr schädlich war. Man empfand das in Berlin um so schneidender, als man sich, nicht lange vor dem Herannahen des Burenkrieges, durch die Hergabe eines Wechsels heimlich gebunden hatte, dessen Gegenwerte für die deutsche Seite nicht einklagbar waren und vielleicht niemals fällig wurden.

Jetzt freilich, im Herbst 1898, stand man noch unter dem Zeichen der frischen Annäherung.[52] Sie fiel um so mehr auf, als in dem dramatischen Wechsel dieser Monate der englische Welthorizont durch andere Wetterzeichen vorübergehend in ein tiefes Dunkel gehüllt wurde. Der Schlußakt des Kampfes der Westmächte um den oberen Nil hatte eingesetzt und er war schon in dem Momente entschieden, wo der Sirdar Kitchener den französischen Major Marchand mit seinem Gefolge in Faschoda "entdeckte".

Die Franzosen verkannten damals die Ungunst der Weltkonstellation und der besonderen Lage am Nil und versteiften sich, statt sich sofort zur Räumung Faschodas zu entschließen, ehrenhalber in Weiterungen. Darüber erhob sich in England ein Sturm der öffentlichen Meinung, um den bedingungslosen Rückzug der Franzosen und ihrer Ansprüche zu erzwingen; umfassende Rüstungen zu Wasser und zu Lande gaben der drohenden Sprache der Minister einen Rückhalt und schon hieß es, daß es größere Übel als den Krieg gebe; der Durchgänger Chamberlain erging sich wieder öffentlich in seinen Lieblingsideen von dem Zusammenschluß der teutonischen und der angelsächsischen Rasse und fürchtete nur, Lord Salisbury, der sich mehr zurückhielt, möge nicht die Seelenstärke besitzen, um die notwendige Krisis heraufzubeschwören und "wie Bismarck in Ems" zuzuschlagen.[53] Selbst der franzosenfreundliche Lord Salisbury entdeckte jetzt, daß die Dinge sich in den letzten zwölf Monaten doch sehr verändert hätten, und gab auf dem Höhepunkt der Krisis der Königin Victoria den Rat, den Kaiser einzuladen, da die Haltung Frankreichs es wünschenswert mache, daß die Welt an ein Einvernehmen zwischen Deutschland und England glaube[54] (17. November 1898). Die Franzosen gestanden rückblickend, während der ganzen Periode von Ende September 1898 bis zum März 1899 "nur zwei Finger breit von dem Ausbruch der Feindseligkeiten entfernt gewesen zu sein".[55] Sie mußten sich darein finden, daß der russische Verbündete auf diesem Schauplatz zu keiner Hilfe imstande und bereit war.

Die deutsche Position während der Krisis war die sichere Hinterhand des Unbeteiligten. Daß die Franzosen jetzt ihre eigentlichen Hoffnungen am Rhein zurückstellten, wog leicht gegenüber der Tatsache, daß sie bei allen freundlichen Worten "nicht gewillt waren, auf diese Hoffnungen zu verzichten".[56] Graf Hatzfeldt riet zwar anfangs, nach seinen Londoner Erfahrungen, den Franzosen gegenüber, wie sie damals gern gewollt hätten, eine äußerlich erkennbare freundlichere Haltung einzunehmen,[57] aber man sah in Berlin davon ab. Falls Deutschland, durch die unfreundliche Haltung Englands in Samoa gedrängt, damals aus seiner für England immer noch freundlichen Stellung herausgetreten wäre und sich zu einer politischen Annäherung an Frankreich und seine Alliierten entschlossen hätte, so würde England nicht die gleiche Nachgiebigkeit in Paris gefunden haben.[58] Also blieb es dabei, daß die Entscheidung von 1870/71, so gut wie einst in der ersten Stunde des Kampfes um Ägypten, auch in der letzten Stunde dieses Kampfes die Franzosen zum Rückzuge zwang.

Welche Konsequenzen für die künftige Gestaltung der deutsch-englischen Verhältnisse zu ziehen waren, war allerdings eine andere Frage. Die englisch-französische Deklaration, die am 21. März 1899 die Abgrenzung der Besitzungen südlich und westlich vom Niger und der Interessensphäre östlich vom Niger festsetzte, bedeutete zwar für das Niltal die große Liquidation, zwischen deren Zeilen schon der künftige französische Verzicht auf den so lange behaupteten ägyptischen Anspruch sich von ferne einleitete. Damit erwuchs den Franzosen aus ihrer Niederlage, die man im Orient ein zweites Sedan hieß, doch auch wieder eine gewisse Erleichterung ihrer Gesamtpolitik. So sehr die

Krisis von Faschoda auch von lärmenden Kundgebungen begleitet war, so rückte doch ihr Ablauf zugleich die theoretische Möglichkeit näher, daß die Kluft zwischen beiden Völkern eines Tages geschlossen werden würde. Man hat den Eindruck, daß Salisbury bei der Richtung seiner Politik diese mögliche Folge sehr früh erkannt hat, wie auf der anderen Seite Delcassé, der, von dem russischen Bündnis enttäuscht, seinen Blick nach London zu richten begann. Dagegen sucht man in den deutschen Akten vergeblich nach einer sicher formulierten Erkenntnis, daß seit dem Ausgang der Faschoda-Krisis der stärkste Trumpf, den man in Berlin lange Zeit hindurch der englischen Politik gegenüber in der Hand gehabt hatte, unmerklich an Wert nach allen Seiten zu verlieren beginne.

Die englische Politik hatte durch den Abschluß des Abkommens mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien und des Abkommens mit Frankreich über den Niger freie Hand zu großen Unternehmungen erlangt, und sie zögerte nicht, inmitten der sich jagenden Weltkonjunkturen, in denen alles auf den Moment ankam, davon Gebrauch zu machen. Es waren noch nicht acht Wochen nach dem Niger-Abkommen vergangen, da deuteten alle Anzeigen darauf hin, daß die Beziehungen Englands zu den Burenstaaten sich verschlechterten; im Mai 1899 war die Regierung von Transvaal schon überzeugt, daß Chamberlain den Krieg wolle; sie hoffte noch den Frieden zu erhalten, aber begann sich auf die Verteidigung vorzubereiten. Das erschütternde Ereignis des Burenkrieges, die gewalttätigste Unternehmung des Zeitalters des Imperialismus, begann in der Ferne heraufzuziehen.

Aber noch bevor die ersten Wetterzeichen sichtbar wurden, hatten die frisch wieder hergestellten Beziehungen zwischen Deutschland und England eine kurze Periode ernster Spannung zu durchschreiten, die, so winzig auch das Objekt im Verhältnis zu den möglichen Folgen war, die beteiligten politischen Gewalten in charakteristischer Beleuchtung zeigt. Sie empfing ihren Anstoß - es schien das Gesetz des Zeitalters zu sein, einem springendem Wechsel der Anstöße über die Welt hin zu unterliegen - aus der Mitte der Südsee, von den Samoainseln.[59] Hier hatte man durch den Berliner Vertrag vom 15. Juni 1889 ältere konkurrierende Ansprüche in dem Experiment einer Dreiherrschaft England - Amerika - Deutschland auszugleichen gesucht. Dieser zweifelhafte Versuch brach seit dem Januar 1899 rettungslos auseinander: die Rivalität der drei Nationen und noch mehr ihrer Beamten, die sich damit verknüpfenden Thronstreitigkeiten und Kämpfe unter den Eingeborenen, bereiteten der an sich unhaltbaren Ordnung ein Ende. Im einzelnen war man später einig darüber, daß Fehler auf allen Seiten begangen seien; an dem Schuldkonto hatte auch der deutsche *furor consularis*, den schon Bismarck mißfällig in den Tropen beobachtet hatte, seinen Anteil. Die Ereignisse führten dazu, daß englische und amerikanische Kriegsschiffe am 15. März vor Apia erschienen und den von den Rebellen gestörten Südseefrieden durch ein Bombardement wieder herzustellen suchten, bei dem auch das deutsche Konsulat beschädigt wurde - wie denn auch andere Begleiterscheinungen gerade die deutschen Interessen und Empfindlichkeiten schwer beeinträchtigten.

Die deutsche Regierung, der dieser entlegene Vorfall wie ein Ziegelstein auf den Kopf fiel (um ein Wort Holsteins zu wiederholen), war von vornherein entschlossen, den Tridominat durch eine reinliche Scheidung zu ersetzen; sie stieß auf amerikanischer Seite auf Geneigtheit, in irgendeiner Form zur Teilung zu gelangen. In London zeigte man sich zunächst gegen diese Möglichkeit ganz harthörig. Obgleich durch das einseitige Bombardement eine Lage geschaffen war, die der deutschen Regierung einen Anlaß zu gerechter Klage bot,[60] schien von der Haltung Salisburys nichts zu erwarten zu sein.[61] Es war noch immer die alte koloniale Verhaltungsweise, auf die Bismarck schon in den Anfängen der Kolonialpolitik gestoßen war. Salisbury und Chamberlain erklärten, eine Teilung, bei der die größte Insel Upolu an Deutschland falle, vor der öffentlichen Meinung Australiens nicht verantworten zu können: Neuseeland und Australien seien beide unabhängige Staaten, mit welchen England eine enge Allianz habe und deren Auffassung man berücksichtigen müsse. Das Kolonialamt berief sich darauf, die Inseln lägen auf dem Dampferwege von Neuseeland und Australien nach Nordamerika und Panama, während Bülow geltend machte,

Samoa bedeute für England, das in den Fidschi-Inseln noch gute Häfen in der Nähe habe, sehr wenig, für Deutschland aber auch noch einen gewissen Gefühlswert aus der ersten Jugend unserer kolonialen Anläufe. Mit Recht betonte er, daß das Verhalten Englands gerade in der Samoa-Frage von entscheidender Bedeutung für die beiderseitigen Beziehungen sein werde.

Der Fortgang der Verhandlung ließ nicht erkennen, daß man diese Auffassung in London teile. Als nach dem Eintreffen der Nachrichten über das Bombardement in Washington vorgeschlagen wurde, eine dreigliedrige Untersuchungskommission nach Samoa zu entsenden, mit dem Rechte Entscheidungen mit Einstimmigkeit zu fällen, erklärten Amerika und Deutschland sich am 30. März zu diesem Wege bereit; dagegen hielt Salisbury an einer Vollmacht der Kommission zu Majoritätsbeschlüssen fest und lehnte die Forderung der Einstimmigkeit ab. Dieses dilatorische Verhalten erschien so feindselig oder hinterhältig,[62] daß man in Berlin, unter dem Druck der erregten öffentlichen Meinung, schon den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erwog. Es bedurfte eines deutschen Vorgehens gegen den englischen Standpunkt im Schoße der ägyptischen Schuldenkommission, um Salisbury in der Einstimmigkeitsfrage zur Nachgiebigkeit zu bringen, aber auch jetzt noch setzten die Schwierigkeiten mit einer sachlich kaum erklärlichen Hartnäckigkeit wieder ein.

Gerade weil das Objekt es nicht lohnte und weil man, ohne davon zu sprechen, in dieser Zeit wieder nach dem Wege einer weiterreichenden Annäherung suchte, gab diese englische Politik zu denken. Wohl hatte der deutsche Botschafter wieder andeuten müssen, daß dieses Verhalten die ganze deutsche Politik zu einer anderen Wendung nötigen würde, aber selbst er, der seit anderthalb Jahrzehnten um Freundschaft oder Bundesverhältnis zu England rang, kam jetzt zu dem realistischen Ergebnis: "Diese unverblümte Drohung hat aber wenig Eindruck gemacht, und ich überzeuge mich immer mehr, daß sie nicht für ernst gehalten wird, vielleicht weil sie im Laufe der Jahre und schon zu Zeiten des Fürsten von Bismarck häufig als Druckmittel angewandt worden ist, ohne daß eine Handlung darauf gefolgt wäre, vielleicht auch weil man hier glaubt, eventuell immer noch einlenken und uns abfinden zu können."[63] Drohungen würden keinen Erfolg haben, wenn England nicht nach irgendeiner Richtung den Anfang einer Ausführung sehen und an den Ernst der Sache glauben müsse. Die deutsche Aufgabe bestehe nach seinem Gefühl darin, England gegenüber weder Liebe noch Abneigung zu zeigen, weder Gefälligkeiten zu verlangen noch solche anzubieten, sondern ruhig abzuwarten, daß man die deutsche Freundschaft zu würdigen wisse und danach handeln wolle. Bis zu diesem Augenblick empfahl er nichts als nüchterne Festigkeit: "Sie können wirklich annehmen, daß ich die Menschen und das Terrain ziemlich genau kenne und mir daher glauben, wenn ich sage, daß nur eins hier Eindruck macht: kühle Ruhe und Zurückhaltung ohne jegliche Drohung und gleichzeitig gelegentliches Parteiergreifen in vorkommenden Fragen gegen England, wie neulich in Ägypten bezüglich gemischter Gerichte. In der Befolgung dieses Systems liegt nach meiner Überzeugung die einzige Aussicht, daß man hier einlenken und größeres Entgegenkommen zeigen wird. Was hier jetzt die Situation beherrscht und auch das Verhalten uns gegenüber erklärt, ist der schrankenlose Hochmut, welcher sich der Engländer, namentlich der Regierung und der Regierungspartei, seit der Flottenvermehrung,[64] der Unterwerfung des Mahdi und dem Zurückweichen Frankreichs bemächtigt hat. Man ist fest überzeugt, daß keine Macht es wagen wird, ernstlich gegen England aufzutreten."[64]

Diese deutsch-englische Spannung, die zunächst durch die Tätigkeit der Dreier-Untersuchungskommission (13. Mai bis 18. Juli) in Samoa unterbrochen wurde, hatte von der öffentlichen Meinung auch auf die Beziehungen der Dynastien übergegriffen. Der Kaiser glaubte, seinen zugesagten Besuch bei der Regatta in Cowes verschieben zu müssen, und nahm am 22. Mai einen Anlaß - es hatten sich auch noch Mißverständnisse zwischen den Höfen über die Einladungsfragen ergeben - der Königin Victoria sein volles Herz auszuschütten, über seinen guten Willen und die Ungebühr der anderen. Er war seit langem überzeugt, immer wieder auf seinen alten hartnäckigen Gegner Salisbury zu stoßen. Als die Kaiserin Friedrich der Königin Victoria im Sommer des Vorjahres schrieb,[65] daß der Kaiser höchst begierig nach einer Annäherung an England sei und hoffe, man

werde ihm auf halbem Wege entgegenkommen, hatte sie - wohl nach Verabredung mit Wilhelm II. - ausdrücklich betont: die wiederholten Äußerungen Chamberlains hätten den günstigsten Eindruck auf ihn gemacht, aber er fürchte, daß Salisbury sie sich aus verschiedenen Gründen nicht aneignen wolle oder könne: sie sei überzeugt, jeder entschiedene Schritt Salisburys würde wohl von dem Kaiser aufgenommen werden. Der Ministerpräsident aber, dem die Königin das Erbieten vorlegte, hatte sich, vermutlich gereizt über die Intervention, gestellt, als wenn er den Zweck nicht verstände, und auf die schwebende portugiesische Kolonialverhandlung verwiesen. Sein Verhalten in der Samoafrage hatte vollends den Zorn des Kaisers erregt. So verband er mit dem Schreiben an seine königliche Großmutter eine eindringliche Klage über Salisburys hochmütige und verächtliche Behandlung, die in den Worten schloß: Die Regierung Lord Salisburys muß lernen, uns als Ebenbürtige zu achten und zu behandeln.[66] Die Grenze dessen, was einem Familienbrief erlaubt war, wurde damit ohne Frage überschritten und die Königin hatte schon recht, ihren Enkel zu tadeln, daß noch nie ein Souverän an einen Souverän in solchen Ausdrücken über ihren leitenden Minister geschrieben habe.



Victoria, Königin von England, Kaiserin von Indien.

Auch wenn der Brief des Kaisers nur eine Augenblicksbedeutung hat - das unterschied ihn wesentlich von dem Schreiben Alexanders II. an Kaiser Wilhelm I. von 1879 -, so vertiefte er doch die persönliche Spannung, die zwischen dem Kaiser und Lord Salisbury bestand. Dieser gab seiner Königin zu verstehen, daß er Premierminister von Großbritannien und Irland und nicht "*Ministre du Roi de Prusse*" sei, und ließ die einzelnen Vorwürfe amtlich erledigen; er setzte sich zwar mit hochmütiger Gleichgültigkeit über den Angriff hinweg, aber zeigte um so mehr zugeknöpfte Gereiztheit in anderen Verhandlungen; eine Anspielung auf Marokko entlockte ihm sogar das auffallende Geständnis der grundsätzlichen Abneigung gegen alle Verträge, durch die das Besitztum noch lebender Eigentümer im voraus geteilt werde - es war damals, daß er auch die Verantwortung von dem Portugal-Abkommen ganz von sich abzuschieben suchte.[67] Erst bei der nächsten Gelegenheit ließ er sich wieder zu der Höflichkeit herbei, er würde sich freuen, bei einem Besuche Wilhelms II. in England "durch persönliche Aussprache die leider eingetretenen Mißverständnisse beseitigen zu können, da ihm nichts ferner liege, als eine den berechtigten Interessen des Kaisers feindliche Politik einzuschlagen".[68]

Denn die englische Regierung konnte es in Wirklichkeit nicht auf sich nehmen, in dem Augenblicke, wo das südafrikanische Gewitter sich immer dunkler zusammenzog, den Unwillen des Kaisers nicht zu begütigen.

Die deutsche Reichsregierung hatte, als seit dem Mai 1899 die Möglichkeit eines englisch-burischen Konfliktes nahte, hohen Wert darauf gelegt, die Linie eines korrekten und neutralen Verhaltens zu beobachten. Da sie sich durch den Vertrag vom 30. August 1898 gebunden fühlte, hatte sie alles daran gesetzt, den Ausbruch eines Krieges möglichst zu verhindern. Zunächst hatte man am 12. Mai durch Vermittlung Hollands auf den Präsidenten Krüger im Sinne der Mäßigung einzuwirken gesucht. Nach dem Abbruch der letzten Ausgleichsverhandlung über die schwebenden Streitfragen am 7. Juni hatte man den Standpunkt eingenommen, daß der Konflikt nur noch durch die Vermittlung einer dritten Macht beschworen werden könne, und da man selber seit dem portugiesischen Kolonialvertrag sich nicht mehr zu einer Vermittlerrolle eignete, im Haag den dringenden Rat erteilt, die Vermittlung der Vereinigten Staaten anzurufen. Dementsprechend hatte die holländische Regierung die Anrufung Amerikas empfohlen, aber Präsident Krüger, dessen Starrsinn mehr und mehr seinem Gegner in die Hände spielte, hatte diesen einzigen Rettungsweg abgelehnt. Seitdem er um Ende August die grundsätzliche Suzeränitätsfrage in den Vordergrund der Verhandlung rückte, begannen die Dinge ihren Lauf zu nehmen - von jetzt ab wurde es für die britische Seite zur Ehrensache, die Machtentscheidung zu suchen.

In diesem Augenblick hatte die Samoanische Untersuchungskommission ihre Arbeit an Ort und Stelle beendet und die Grundlagen einer neuen Ordnung geschaffen. Ihr Bericht, der den deutschen Beschwerden durchweg Recht gab, schlug als einzig mögliche Lösung die Teilung der Inseln vor. Und nun begann, schon völlig von dem nahenden Burenkriege überschattet, der zweite ebenso spannungsreiche Abschnitt der deutsch-englischen Verhandlung, der im September und Oktober 1899 zur stärksten Nervenprobe für beide Seiten wurde. Es handelte sich einmal um die Entschädigungsfragen, die schließlich einem Schiedsspruch des Königs von Schweden überlassen wurden (22. September), der im Jahre 1902 für Deutschland entschied. Sodann aber um die Frage der Teilung der Inseln. Der erste Lösungsversuch, auf deutscher Seite Samoa preiszugeben und dafür eine Reihe von Entschädigungen an anderen Stellen, in erster Linie die Abrundung des Togogebietes durch das sog. Voltadreieck zu erhalten, stieß ursprünglich in Berlin auf Gegenliebe, dann auf den scharfen Einspruch von Tirpitz;[69] es wurde dann die zweite Eventuallösung angenommen, die von den Samoainseln Upolu und Sawaii an Deutschland, dagegen die Tongainseln und den deutschen Teil der Salomoninseln an England gab. Die Künste der zähen Verschleppungstaktik Salisburys kamen schließlich gegen die deutsche Ausnutzung der günstigen Konjunktur nicht auf, die durch den drohenden Burenkrieg und den für November in Aussicht genommenen Besuch des kaiserlichen Paares in Windsor gegeben war. Die Einladung der Königin Victoria war von vornherein englischerseits gedacht als ein weithin sichtbares Zeichen der deutschen Sympathieerklärung für England. Eben wegen dieser starken Auswirkung, welche die Londoner Politik jetzt dringend brauchte,[70] hatte man in Berlin die eigenen Samoawünsche unter allen Umständen vorweg sicherstellen wollen.

Das ganze Ergebnis, das dem Premierminister nur wider Willen abgerungen wurde, erfüllte in allem Wesentlichen das deutsche Programm; es heißt, daß Chamberlain, der die afrikanische Entscheidung immer näherrücken sah, entscheidend auf ein Entgegenkommen in der Südsee hingewirkt habe; nach einer anderen Quelle ist der Abschluß nur dadurch möglich geworden, daß Königin Victoria schließlich auf ihre Weise erklärte, daß sie es so haben wolle.[71] So war die Ernte nur eben, bevor das Gewitter losbrach, in die Scheuern gebracht worden.

Seit dem März 1898 war immerhin ein gut Stück Weges der Annäherung zwischen England und Deutschland zurückgelegt worden. So sehr dieser Weg auch durch Spannungen und Ärgernisse, durch das Vorgefühl beginnender Rivalität hindurchführte, so war doch die Periode der Verstim-

mung von 1895 - 1897 überwunden und die laute Sprache des antideutschen Elementes wesentlich zum Schweigen gebracht worden.[72] In dem Augenblick, wo das englische Weltreich an jenes Unternehmen ging, dessen Riesenumfang damals auch die kühnste Phantasie nicht voraussah, war man in London der freundlichen Haltung des Deutschen Kaisers sicherer als irgendeiner Macht.[73]

An dieser Stelle schien die Neugruppierung der Mächte festere Formen anzunehmen. Zwar hatte der Zar einen Versuch gemacht, diesen Prozeß der Neugruppierung unter ganz ungewohnte Vorzeichen zu stellen und im Moment der höchsten Steigerung imperialistischer Welterraffung die liebliche Stimme des Friedens erschallen zu lassen. Schon am 28. August 1898 hatte er die Welt mit einem schwungvollen Friedensmanifest überrascht, das den Zusammentritt einer internationalen Konferenz über Fragen der Abrüstung und Schiedsgerichte anregte. Die russische Machtpolitik, die in gigantischen Plänen im fernen Osten erobernd ausgriff, hatte zu ihrer europäischen Rückendeckung die Arsenale des Pazifismus geplündert und in einem Zeitalter, wo alte Kolonialmächte in wenigen Wochen zersplittert zu Boden sanken, neue edle und friedliche Normen des Mächteverkehrs gefordert: ehrliche Utopien und verschlagener Machiavellismus verbündeten sich mit einem Male, um die Stunde zu nützen, wo die Großen scheinbar in sich gingen.[74] Gerade in jenen Monaten, wo die Erhaltung des Friedens in Südafrika immer mehr die Menschen beunruhigte, hatte, vom 18. Mai bis zum 29. Juli 1899, die internationale Konferenz im Haag getagt, die zur Beglückung aller Freunde des Weltfriedens einen neuen Geist in die Formen und Methoden der Machtpolitik einzuführen berufen war - wir werden in einem anderen Zusammenhange noch einmal darauf zurückkommen. Aber es zeigte sich bald, daß die Mächte, die die neuen Gedanken und Einrichtungen doch nur wieder als Waffen in ihrem Machtkampfe vor der öffentlichen Meinung benutzten, im übrigen ihr Leben nach den harten Grundsätzen der Staatsräson fortsetzten. So schritt denn auch der russisch-französische Zweibund unmittelbar nach der Haager Friedenskonferenz zu einer vertragsmäßigen Vertiefung seines Bündniszweckes; während dieser sich ursprünglich auf die "allgemeine Friedenswahrung" beschränkt hatte, wurde jetzt die "Wahrung des europäischen Gleichgewichts", die stärker nach einem offensiven Lebenswillen schmeckte, an die Stelle gesetzt; und es fehlte nur noch der letzte Schritt, die Schauplätze des europäischen Gleichgewichts genauer zu bezeichnen. Die nächsten Weltereignisse stürmten über die Haager Schiedsgerichtsdebatten sehr bald hinweg. Wenn gegen die deutsche Reichspolitik häufig später der Vorwurf erhoben worden ist, sie habe sich bei dem Thema der Abrüstung und der Schiedsgerichte allzu militaristisch-zugeknöpft verhalten, so ist nicht zu leugnen, daß eine biegsamere und idealistische Staatskunst sich der Situation hätte gewachsener zeigen können. Aber was besagt das alles gegen die Tatsache, daß das englische Weltreich sich gleichsam von den Beratungstischen des Haag erhob, um gegen ein weißes Volk von ein paar hunderttausend Köpfen einen Streit bis zur Vernichtung auszukämpfen, der zu einer schiedsgerichtlichen Lösung wie geschaffen gewesen wäre.

Der Besuch, den Kaiser Wilhelm II. und seine Gemahlin in der letzten Novemberwoche in Windsor und Sandringham abstatteten, leistete der englischen Politik einen unvergleichlichen Dienst, dessen volle Tragweite damals noch nicht vorauszusehen war. Der Kaiser hatte in seiner Umgebung, vor allem auch bei der Kaiserin, starke Widerstände zu überwinden gehabt und wußte, daß er bei der allgemeinen Volksmeinung seine Popularität in Deutschland auf das Spiel setzte.[75] Während das deutsche Volk schon den ersten Gefechten in Südafrika mit unzweideutiger Sympathie für die Buren zusah, gab der deutsche Kaiser der Welt zu verstehen, daß er, der einst für die Buren eingetreten sei, jetzt dem englischen Imperium freie Hand lassen und, dieser Schluß ergab sich ohne weiteres, sich an keiner Intervention zu ihren Gunsten beteiligen werde. Gerade weil die englische Nation den Wert dieser symbolischen Handlung verstand, nahm der Besuch, dessen privater Charakter nach außen gewahrt wurde, einen sehr harmonischen Verlauf, der für den Kaiser bei seiner Fahrt durch London auch zu spontanen Huldigungen führte.[76]

Zu einer eigentlichen Förderung des deutsch-englischen Problems, das sich fortan auf dem weltgeschichtlichen Hintergrunde des Burenkrieges entfalten wird, sollte es infolge der eigentümlichen

Konstellation Salisbury/Chamberlain im Ministerium nicht kommen. Hatzfeldt hatte ursprünglich dringend geraten, bei der Gereiztheit des *Foreign Office* über die Nebenverhandlung mit Chamberlain eine vertrauliche Verhandlung mit ihm so einzurichten, daß sie nicht zur Kenntnis Salisburys gelange; gleichzeitig hatte er bei dem Kaiser und Bülow darauf hingearbeitet, bei der ausgesprochenen Abneigung des Premierministers gegen Allianzen ihm in dieser Haltung lieber mit einem Worte zuzustimmen und ihn nicht mit Anträgen zu überfallen.[77] Ein schicksalhafter Zufall wollte dann, daß Salisbury, der in diesen Tagen an dem Sterbebette seiner Gemahlin stand, überhaupt unsichtbar blieb. Er ließ Bülow wissen, er werde Chamberlain sehen, aber mit dem ausdrücklichen Hinweis, dieser spräche nur in seinem eigenen Namen und nicht für das Kabinett.[78] In seiner Besprechung mit Bülow[79] entwickelte Chamberlain von neuem seine Ideen über ein Zusammengehen von England, Amerika und Deutschland, als eine die Welt beherrschende Gruppierung. Der Deutsche betonte gegenüber diesem Zukunftsbilde, man könne nur unter zwei Voraussetzungen davon sprechen, daß die Kombination keine direkte Spitze gegen Rußland haben dürfe, sondern bei dem verschiedenen Risiko bestimmte Bürgschaften aufweisen müsse, und daneben - das schien vielleicht auf eine innere Unsicherheit hinzudeuten - daß man Rücksicht auf die deutsche öffentliche Meinung zu nehmen habe.[80] Nach seiner Art unterstützte Chamberlain das Gespräch mit einer öffentlichen Rede am 29. November 1899, in der er gegenüber der russischen Gefahr auf den Dreibund England - Amerika - Deutschland anspielte; da der Premierminister nach einer gewissen Zeit es für verfehlt und bedauerlich erklärte,[81] wenn Redner öffentlich von Allianzen sprächen, so ließ sich nur erkennen, daß an der entscheidenden Stelle des Staates der Dualismus in der Frage der englischen Außenpolitik fortbestand.

Im übrigen schien auch in Einzelfragen weitere Verständigung möglich. Chamberlain hatte schon einige Wochen vorher dem Grafen Hatzfeldt eine geheime Verabredung über Marokko angeregt und sich bereit erklärt, die Sache in die Hand zu nehmen, aber unter unbedingter Geheimhaltung gegenüber Salisbury, der für die Karte Marokko auch andere Verwendung besaß. Auch dem Kaiser gegenüber kam Chamberlain auf die Marokkofrage zurück. Man war überall auf Verständigung bedacht. In diesen Tagen wurde die Erteilung der Generalkonzession für das Bagdadbahnunternehmen bekannt.[82] Die *Times* bedauerte zwar, daß das vor einem halben Jahrhundert von England geplante Unternehmen schließlich in die Hände einer fremden Macht gefallen sei. Aber es gebe keine Macht, welcher England die Ausführung dieses Unternehmens lieber überlasse als Deutschland, das allein bedeutende Zugeständnisse in der Richtung der von England verfolgten Handelspolitik gemacht habe. England werde sich schließlich an dem Unternehmen beteiligen können, und jedenfalls werde es sehr erfreulich sein, wenn ein Zusammenwirken Deutschlands und Englands, wie schon an mehr als einem Platze der Welt, in einem Gebiete stattfinde, das aus vielen Gründen sich Englands lebhaften Interesses erfreue.

Alles in allem, man sieht die Elemente, die einem dauernden und festen Zusammengehen auf beiden Seiten geneigt waren, im Fortschreiten begriffen, und den weltgeschichtlichen Moment, der seit dem Ausbruch des Burenkrieges geschaffen worden war, ihren Absichten günstig. Doch in dem labilen Element der Politik bleiben auch die Gegenkräfte, die sich einer ansteigenden Welle entgegensetzen, immer lebendig. Schon am 26. Dezember 1899 enthielt ein Bericht Hatzfeldts die Bemerkung: "In bezug auf Salisbury habe ich ein instinktives Gefühl, mehr ist es vorläufig nicht, daß er heute schon wieder daran denkt, sich den Russen und Franzosen zu nähern."[83] Vor allem der unerbittliche Zwang des Krieges wirft die politischen Methoden der Kabinette unversehens aus ihren Bahnen, und die Leidenschaften, die ein Krieg entfesselt, tun das ihre, um die Entwürfe vernünftiger Berechnung zu zerstören.

So sollte schon nach kurzer Zeit die englische Kriegführung ernste Mißhelligkeiten hervorrufen. Am 28. Dezember 1899 wurde der Reichspostdampfer "Bundesrat" vor der Delagoa-Bai als der Kontrebande verdächtig nach Durban eingebracht; von deutscher Seite ergingen sofort Reklamationen, auf englischer Seite brauchte man Zeit, um das Ergebnis der Untersuchung

mitzuteilen. Noch während der Notenaustausch hin und her ging, erfolgte ein zweiter, seerechtlich noch bedenklicherer Fall. Am 3. Januar 1900 wurde der Reichspostdampfer "General" in Aden angehalten, besetzt und zum Löschen der Ladung genötigt. Man bestritt auf deutscher Seite sofort die Berechtigung des prisenrechtlichen Verfahrens im Verkehr zwischen neutralen Häfen, verlangte sofortige Freigabe, Rückbringung der Ladung an Bord und Weiterfahrt, vor allem aber eine entsprechende Weisung an die britischen Schiffskommandanten.[84] Von englischer Seite protestierte man gegen den deutschen Rechtsstandpunkt, erklärte sich aber bereit, die Sache in wenigen Tagen zu regeln. Die Stimmung wurde nunmehr in Berlin empfindlicher. Es waren die Tage, wo die ersten Erfolge der Buren schon lebhafte Sympathien im Volke auslösten - die englischen Übergriffe mußten Öl ins Feuer gießen. Man erinnerte sich im Auswärtigen Amte daran, daß es lediglich auf Deutschland zurückgehe, wenn England von Interventionsgelüsten anderer Mächte verschont bliebe; dem Verdachte, daß man sich beleidigen lasse, ohne irgendwie zu reagieren, könne die deutsche Regierung schon deshalb sich nicht aussetzen, weil die amerikanische Regierung in der Frage der Kriegskonterbande denselben Standpunkt einnehme; "wenn unser bisheriges wohlwollend neutrales Verhältnis zu England nur unter der Bedingung aufrechtzuerhalten ist, daß wir uns vor aller Welt völkerrechtswidrig, d. h. geringschätzig behandeln lassen, so ist es eben unhaltbar". An dem Tage, wo Bülow diese Sätze niederschrieb, wurde der dritte Reichspostdampfer "Herzog" von den Engländern beschlagnahmt und nach Durban eingebracht.

Jetzt erst begann die englische Regierung einzulenken, nachdem sie in schwer begreiflicher Weise die Dinge hatte laufen lassen.[85] Am 8. Januar teilte Salisbury dem deutschen Botschafter mit, daß er alle Streitfälle baldmöglichst aus der Welt schaffen werde; wenn er auch im ersten Falle den Rechtsstandpunkt nicht anerkenne, so werde er in den einzelnen Fragen im Sinne der deutschen Forderungen verfahren. Bülow hatte schon eine drohende Reichstagsinterpellation bis zum Ende der Woche verschieben lassen, nahm die einzelnen Vorschläge an, verzichtete auf die prinzipielle Seerechtsentscheidung, legte aber besonderen Nachdruck auf die Termine, bis zu denen sie durchgeführt sein müßten; er ließ die Engländer wissen, daß ihr Gewinn in gar keinem Verhältnis zu der Schädigung der guten Beziehungen stehe.

Salisbury nahm die versöhnliche deutsche Haltung dankbar auf und würdigte die deutsche Vertagung der Rechtsfrage als "eine Courtoisie, die er nicht hoch genug zu schätzen wisse". Die Erledigung ließ dann doch noch länger auf sich warten; der "General" und dann auch der "Herzog" wurden freigegeben, alles übrige aber schien einer Verschleppung zu verfallen, die in Berlin einen ungünstigen Eindruck machte. Der Sturm in der öffentlichen Meinung Deutschlands wuchs an, vor allem auch die persönliche Erregung des Kaisers, der sich in seiner englischen Politik mit Recht kompromittiert sah. Am 15. Januar war die Krisis auf das Höchste gestiegen. Am anderen Tage gelangten Salisbury und Hatzfeldt zu einem endgültigen Ausgleich. Auch der "Bundesrat", bei dem sich keine Konterbande gefunden hatte, wurde sofort freigegeben; die englische Regierung erklärte sich bereit, jede legitime Genugtuung zu leisten und die Entschädigungsfrage, wenn nötig, einem Schiedsspruch zu unterwerfen; in weiterer Entfernung vom Kriegsschauplatze sollten Anhaltungen von Schiffen unterbleiben, und Postdampfer überhaupt nicht auf bloßen Verdacht hin angehalten werden. In den nächsten Tagen ebbte die Erregung wieder ab, die öffentliche Besprechung der Interpellation im Deutschen Reichstage wurde vermieden.[86]

Aber die Nachwirkung dieses Zwischenspieles ging tief. Eines der deutschfreundlichen Kabinettsmitglieder, der Herzog von Devonshire, hatte schon nach der ersten Beschlagnahme erklärt: Unsere Leute haben einen blödsinnigen Fehler begangen.[87] Die burischen Sympathien in Deutschland, die durch die ersten siegreichen Gefechte überall aufgeflackert waren, erhielten einen allgemeinen Auftrieb, als man das eigene nationale Ehrgefühl, die nationale Flagge von demselben rücksichtslosen Gegner angefallen sah. Der Politik, die der Kaiser eingeschlagen hatte, waren die empfindlichsten Schwierigkeiten bereitet. Es war nicht nur die Kränkung des nationalen Ehrgefühls, sondern zugleich ein Gefühl der Ohnmacht zur See, der Abhängigkeit aller ihrer überseeischen

Unternehmungen, das über die Deutschen kam - so unmittelbar und tief war es wohl noch nicht empfunden worden.

So setzte an dieser Stelle eine sofortige Reaktion ein, die Erweiterung des Flottengesetzes von 1898. Sie kam nicht unerwartet. Schon die Weltereignisse der Jahre 1898 und 1899 hatten den Entschluß zur Vorbereitung einer Flottennovelle erzeugt, die für das Jahr 1901 oder 1902 eingebracht werden sollte.[88] Der Kaiser hatte, in schwer zu zügelnder Erwartung, gegen den Rat von Tirpitz bei einem Stapellauf in Hamburg das Schlagwort ausgegeben: Bitter not tut uns eine starke Flotte. In den nächsten Wochen trat er immer ungeduldiger als Dränger hinter den noch kaum ausgereiften Entwurf; man könnte sich denken, daß er in einer Flottenvorlage gleichsam eine Deckung für seine nicht populäre, englandfreundliche Politik sah.

Als nun die Beschlagnahmen erfolgten und die Entrüstungswelle durch das Land ging, schien ihm eine solche Gunst der Stunde nicht wiederzukehren; mit sicherer Witterung sagte er sich, daß die stark wachsende "Gasspannung" nach innen einen Ableiter patriotischer Betätigung finden müsse. Er wies den Staatssekretär Tirpitz am 10. Januar 1900 an, die Flottenvorlage binnen spätestens acht Tagen einzubringen, und schrieb an den Reichskanzler Hohenlohe:[89] "In so großen politischen Augenblicken, wie es der jetzige ist, muß der große Strom des deutschen nationalen Gedankens, der endlich in Fluß gekommen ist, schnell ausgenutzt werden". Schon am 25. Januar 1900 ging die neue Flottenvorlage dem Reichstage zu und am 12. Juni 1900 wurde sie mit 201 gegen 103 Stimmen angenommen.

Das neue Flottengesetz sah nicht weniger als eine Verdoppelung des nach dem Gesetz von 1898 geplanten Flottenbestandes vor, die nach Ablauf von 16 Jahren erreicht werden sollte. Man darf wohl sagen, daß diese Verdoppelung dem veränderten Umfang entsprach, den im Laufe der letzten Jahre die überseeischen Interessen und Ambitionen in der Außenpolitik des Reiches angenommen hatten. Diese Vergrößerung der Flotte vollzog sich nicht mit der Spitze gegen England,[90] aber mit dem ausgesprochenen Gefühl, im Verhältnis zu England stärker und geachteter werden zu wollen. Die Marineleitung suchte dabei grundsätzlich jede gegen England zu deutende Front zu vermeiden, obgleich ihre Berechnungen sich fast ausschließlich mit dem Faktor England befaßten. Ihre Propaganda aber, deren sie sich mit einem unter deutschen Staatsbehörden unerhörten Geschick bediente, stieß naturgemäß in den das Volk durchwogenden Burensympathien auf eine wesensverwandte Disposition des Gemütes: an dieser Stelle fand sie den stärksten Widerhall. Die Burensympathien in Deutschland, unpolitisch und unreif wie sie waren, waren verschärft durch unberechtigte militärische Überheblichkeiten.[91] Sie führten auch in anderen Ländern zu den gehässigsten Ausbrüchen in der öffentlichen Meinung, aber sie fanden dort keine Gelegenheit, sich mit einer starken Rüstungsagitation zu verbinden, und erschienen darum den Engländern belangloser und erträglicher. Aber in Deutschland verbanden sie sich mit einem ungeklärten Rivalitätsempfinden, das zwischen den beiden Völkern aufstieg. Und das bestehende Machtverhältnis zur See umgestalten zu wollen, gestanden die Motive der Flottenvorlage offen ein. Zum Schutze des deutschen Seehandels und **der Kolonien** gebe es nur ein Mittel: Deutschland muß eine Schlachtflotte haben, die so stark ist, daß selbst für den Gegner mit der größten Seemacht ein Krieg gegen sie die Gefahr mit sich bringt, seine Weltstellung zu gefährden. Darin lag noch keine ausgesprochene Angriffsfront enthalten. Darin konnte ebensogut ein Wille verborgen liegen, ein schon seit langem erstrebtes gutes Verhältnis auf dem Fuße der Ebenbürtigkeit wahrhaft herbeizuführen. Wie man auch über die "Risikotheorie" Tirpitzens urteilen mag: sie enthält in sich jedenfalls eine Stufenleiter von Möglichkeiten, die letzten Endes freilich, über alle Gebühr angespannt, auch die entgegengesetzte Möglichkeit auslösen und den Rivalen nötigen konnten, einem zu gefährlich werdenden Risiko durch Maßnahmen und Umgruppierungen auf dem Felde der allgemeinen Politik zu entgehen.

Diese Bemerkungen treffen nicht für diesen Moment zu, der eine englische Sorge noch gar nicht kannte, sondern greifen nur in eine Zukunft, in der die allgemeinen Voraussetzungen sich änderten,

voraus.[92] Für den Augenblick konnte die Flottenvorlage vom Januar 1900 um so weniger Besorgnis in England erregen, als die kaiserliche Regierung gleichzeitig die andere Linie ihrer Politik innezuhalten fortfuhr, und die lautete: loyale Deckung Englands, so wie es bei dem Novemberbesuch des Kaisers vorgesehen worden war.

Diese Politik begann jetzt auf ihre Probe gestellt zu werden. Schon auf der Höhe des Beschlagnahmekonfliktes hatte der russische Botschafter in Berlin sich mit allerhand neugierigen Fragen dem Kaiser zu nähern versucht: wie Deutschland sich zu der brutalen Vergewaltigung des Seerechts durch die Engländer stelle und ob nicht dieser Anmaßung gegenüber eine Koalition gegen England möglich sei; aber obgleich er diese und andere Fragen mit der Sorge verband, die Verhältnisse in Afghanistan und Persien schienen sich zu komplizieren, hatte er nur eine kühle Abweisung seitens des Kaisers davongetragen.[93] Am 3. März, nachdem die burischen Siege durch den ersten Erfolg der Engländer (Kapitulation Cronjes am 27. Februar) abgelöst waren, wagte Murawiew den Anlauf zu einem wirklichen Interventionsvorschlag: dem Burenkrieg durch eine gemeinsame Vermittlung von Rußland, Frankreich und Deutschland ein Ende zu machen.[94]

Die Entscheidung der Reichsregierung war nach den einst beim Krüger-Telegramm gemachten Erfahrungen einfach genug: keinen Schritt, solange man nicht der Haltung des französischen Nachbarn sicher sei. Also lautete die Antwort: "Diese Sicherheit würde nur durch eine Abmachung geboten werden, durch welche die vertragschließenden Mächte sich für eine längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantieren".[95] Daraufhin ließ Murawiew seinen Vorschlag sofort fallen und gestand freimütig ein: "Kein Ministerium in Frankreich würde 24 Stunden am Ruder bleiben können, wenn es dem deutschen Garantiewunsch entgegenkommen wollte: **die elsaß-lothringischen Ansprüche** lassen die Franzosen um keinen Preis fallen".[96] Unmittelbar darauf, am 10. März, erbaten die Burenstaaten die freundschaftliche Vermittlung der Reichsregierung zur Herstellung des Friedens. Aber in Berlin war man zu einem derartigen Schritte nur dann bereit, wenn beide Gegner die Vermittlung wünschen sollten. Trotz der öffentlichen Meinung Deutschlands blieb Wilhelm II. fest bei der Stange und der Prinz von Wales konnte im Kreise der Parlamentarier den Kaiser nicht genug preisen, der die weltgeschichtliche Tragweite des Kampfes begriffen und sich, ebenso wie die Reichsregierung, in traurigen Tagen als treuer und zuverlässiger Freund Englands erwiesen habe.[97] Niemals standen sich Onkel und Neffe so freundschaftlich wie in dieser Zeit, in der Wilhelm II., eigentlich nur um Zuverlässigkeit und Freundschaft noch eindrucksvoller zu beweisen, jene (von seinem intensiven Miterleben zeugenden) militärischen Betrachtungen nach London sandte, die ihm später so verhängnisvoll werden sollten. Diese Haltung wurde von dem Kaiser und der Reichsregierung während des ganzen Burenkrieges nicht verlassen.[98]

Als der Burenkrieg mit allen seinen weltpolitischen Spannungen abgelaufen war, berühmte sich Chamberlain von Anfang an daran festgehalten zu haben, daß England nichts zu fürchten brauche, da die Eifersucht unter den Kontinentalen es der englischen Politik ermöglicht haben würde, sich im Notfall mit der einen oder andern Macht oder Gruppe von Mächten auf Basis politischer oder kolonialer Kompensationen zu verständigen.[99] Damals lag freilich über dieser Theorie das Dunkel eines ungewissen Ausgangs, das der Staatsmann lieber vermeidet. Und ebenso verborgen lag eine zweite Rechnung. Indem der Deutsche dem Engländer den Dienst leistete und damit die Überwindung der großen Krisis wesentlich erleichterte, hatte er die stärkste Karte, die er an sich der englischen Politik gegenüber besaß, zu deren Gunsten ausgespielt. Ein ganz realistischer Staatsmann hätte sich vielleicht sagen müssen, daß die deutsche Politik in London so hoch nicht wieder im Preise stehen würde wie in diesen Monaten.

Im Sommer 1900 schien die Weltlage sich einem Abschnitt zuzuneigen. Nachdem die Engländer in Johannesburg (31. Mai) und Pretoria (5. Juni) eingerückt waren, gewann es den Anschein, als wenn das Geschick der Burenstaaten besiegelt sei und auch die kriegerischen Ereignisse nur noch in letzten Zuckungen zu erwarten sein würden. Der Stolz der Engländer erhob sich nach schwerer

Prüfung - er war doch auch weltpolitisch durch große Spannungen hindurchgegangen - nur um so selbstbewußter. Man mußte schon mit einem anderen England rechnen, wenn der heftige Pulsschlag des Weltgeschehens sich jetzt wieder beruhigte und ein normaler Friedenszustand zurückkehrte.

Schon erwog man in Berlin, ob die Zeit nicht schon gekommen sei, wieder mit London zu "sprechen" oder wenigstens das Gespräch fortzusetzen, das im November 1899 begonnen worden war. Was man erfuhr, war wieder das übliche Bild: Mr. Chamberlain war wie im November bereit, die begonnenen kolonialen Besprechungen fortzusetzen, und er lenkte wiederum den Blick auf Marokko; um so mehr als es damals den Anschein hatte, als ob die Franzosen in den algerisch-marokkanischen Grenzgebieten zur Ausdehnung schreiten wollten. Lord Salisbury aber erwies sich in ausführlicher Besprechung mit dem Botschafter so zugeknöpft, daß er sogar das Wort Marokko vermied, wie er ihm denn schon seit längerer Zeit lieber aus dem Wege gegangen war - denn es war dasjenige weltpolitische Objekt, in dem er am ungernsten die freie Hand aufgab. Man war in Berlin im Zweifel, wie man richtig vorzugehen habe; obgleich Hatzfeldt dringend zum Ergreifen des Momentes riet,[100] da man immer mit vollendeten Tatsachen rechnen müsse, meinte Bülow die Sache nicht übereilen zu sollen. Wohl beschlich ihn schon die Sorge, Salisbury beabsichtige auf den Pfaden der Schwarzenbergschen Undankbarkeitspolitik zu wandeln.[101] Er entschloß sich jedoch, in diesem Augenblick - bevor er etwas Neues anfange - etwas dringlicher sich nach dem Schicksal des Vertrages über die portugiesischen Kolonien zu erkundigen (das ihn damals mit stärkerem Mißtrauen zu erfüllen begann) - aber man ließ auch diese Frage wieder liegen, weil andere Ereignisse sich dazwischen drängten.

In diesen politischen Erschütterungen tritt die Persönlichkeit des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe mehr und mehr zurück, auch in den großen Entscheidungen gibt er nicht mehr den bestimmenden Ton an - es ist als wenn in diesen weltweiten Horizonten der Staatssekretär von Bülow eine lebendige persönliche Fühlung mit dem Kaiser gewinne. Man kann keinen bestimmten Zeitpunkt angeben, nach den Akten, wo die Entscheidung des Kanzlers seltener wurde (man hört ihn schon bei der Debatte über die englische Annäherung von 1898 wenig mitsprechen), aber man sieht seine ehrwürdige und feine Gestalt allmählich blasser werden, aus einer anderen Zeit hereinragend in die weltumspannenden Zukunftspläne, an denen seine müden Hände noch mitspinnen, ohne daß seine Phantasie ihm sagt, was seine Gewebe bedeuten. So beginnt er fast unmerklich auszuscheiden.[102] Als er am 12. Juli 1900 das Wort zur Flottenvorlage im Reichstage ergriff, sah er darin - seltsame Resignation für einen leitenden Staatsmann! - einen "ganz praktischen Weg, um wieder das Gedächtnis des deutschen Publikums aufzufrischen und die ewige Reklame Bülows abzuschwächen".

So hatte der Staatssekretär von Bülow seit seiner Ernennung im Herbst 1897 rasch festen Fuß in der obersten Macht gefaßt. Er schien, das war der allgemeine Eindruck, eine glückliche Hand zu haben, im Reichstage, im Kampfe aller gegen alle in den höchsten Behörden des Reiches und Preußens, in dem persönlichen Verkehr mit dem Kaiser, und selbst in der auswärtigen Politik. Wilhelm II. hatte ihn schon nach der Erwerbung der Karolinen mit dem Grafentitel geehrt und nach der Lösung der Samoafrage glaubte er ihn als den Zauberkünstler beglückwünschen zu dürfen. Daß seine Routine und Wendigkeit in der Außenpolitik die schwerere Hand seines Vorgängers Marschall übertraf, war zu erkennen. Er stand mit Holstein schon zu lange in vertrauter Beziehung, als daß er diese Fühlung nicht vor allem fortgesetzt hätte, und seine überreichen Gaben der Menschenbehandlung erleichterten es ihm, in seinem Ressort die beherrschende Stellung einzunehmen und die Eigenpolitik des Kaisers bei der Stange zu halten. Wenn man die Akten dieser Jahre, soweit sie seine persönliche Geschäftsführung erkennen lassen, auf diesen individuellen Ton nachprüft, begegnet eine doppelte Note stärker in die Staatsräson einzudringen, wie sie etwa Holstein immer wahrt: eine höchst gewandte Bemühtheit um das Wohlwollen des Monarchen und eine sichere Witterung für die öffentliche Meinung - mit ihnen und zwischen ihnen hatte er seinen Weg zu gehen, der nunmehr erst auf die Kammhöhe der Entscheidung führen wird.

Es war von allen dramatischen Verschiebungen dieser Jahre wohl die aufregendste, die jetzt mit einem Male den Blick der Mächte von Afrika ablenkte: der plötzliche Ausbruch einer national-revolutionären Bewegung in China, die in der Belagerung der europäischen Gesandtschaften in Peking und in der Ermordung des deutschen Gesandten Freiherrn von Ketteler (20. Juni 1900) gipfelte. Damit war unter den ungünstigsten Aspekten der große Rivalitätskampf der Mächte um China von neuem eröffnet, und im besonderen: die Frage eines Einvernehmens zwischen England und Deutschland mußte von jetzt an auf dem dafür gefährlichsten weltpolitischen Hintergrunde, dem ostasiatischen, fortgesetzt werden.

Der unglückliche Zufall wollte, daß gerade Deutschland, das vermöge seiner Interessen und Ansprüche auf chinesischem Boden doch erst in zweiter Linie stand, durch das tragische Geschick seines Vertreters in die vorderste Reihe der beteiligten Mächte gedrängt schien. Von vornherein lag hier ein Widerspruch zwischen der leidenschaftlichen persönlichen Aufwallung, die den Kaiser trug, und der Staatsräson, die Bülow zu vertreten hatte. Der Kaiser wünschte vor allem eine große gemeinsame, am liebsten europäische Militäraktion, womöglich unter deutscher Führung mit dem Endziel, Peking dem Erdboden gleichzumachen - denn die ihm geläufige Vorstellung, es ist der Kampf Asiens gegen Europa, hatte wieder von seiner Seele Beschlag genommen. Bülow dagegen war besorgt, wenn Deutschland in Ostasien vorzeitig zu sehr in den Vordergrund träte, könnten sich bei der Eifersucht der Russen, der latenten Feindschaft der Franzosen und der Unzuverlässigkeit der englischen Politik die anderen Mächte gegen uns zusammenschließen.

Vom ersten Augenblick an war jede erdenkliche Sonderfrage, die Stärke der Beteiligung der einzelnen Nationen, der Umfang und das Ziel des militärischen Unternehmens, die Übertragung des Oberbefehls bis zu der Frage der chinesischen Sühne- und Strafbedingungen, den Entschädigungsverhandlungen und schließlich dem Termin des Abmarsches, alles und jedes war hochpolitischer Natur und infolgedessen Gegenstand eines zähen und verschlagenen Ringens unter den Mächten. Und zwar ging es dabei nicht allein um die große Realität der Macht, die mit dem Schicksal ganz Ostasiens in Fluß und zur Entscheidung kommen konnte, sondern ebensogut um den Schein, um das Prestige, das jeder selbst vor den Chinesen zu wahren, dem andern aber womöglich zu stören trachtete - auch wenn das Ganze nur eine in sich selbst ablaufende Episode blieb, konnten doch tiefe Eindrücke in der Seele des fernen Ostens zurückbleiben. Die deutsche Auffassung ging schon vor Beginn der Krisis dahin, sich möglichst nicht in das Vordertreffen zu drängen, und auch als man durch den Ausbruch der Krisis nach vorne geschoben wurde, blieb man entschlossen - trotz aller starken und unglücklichen Worte des Kaisers, die nur an den äußeren Hergang rührten, die politischen Konsequenzen in möglichst engen Grenzen zu halten. Das deutsche Programm lautete: "unnötige Erschütterung oder gar eine Aufteilung der chinesischen Länder ist als unseren Interessen nicht entsprechend zu vermeiden" (30. Juni).[103] In der von Intriguen und Mißtrauen überladenen Atmosphäre war es für die deutsche Politik schon an sich sehr schwer, ihren Weg zwischen Rußland und England zu gehen. Den Russen mit ihren weitreichenden Plänen kam die chinesische Revolution so unerwünscht wie möglich. Sie wollten nicht die Europäer zusammen mit dem Japaner auf dem Boden Chinas auftreten sehen und ließen sich nur mit Widerstreben zu einem Unternehmen gegen Peking bereitfinden. Die Engländer dagegen neigten von vornherein dazu, in der Krisis mit Deutschland zusammen den Russen entgegenzutreten; noch stark in Südafrika beschäftigt, traten sie für eine kräftige militärische Mitwirkung der Japaner ein und waren verstimmt, als die deutsche Diplomatie sich nicht dafür in Petersburg einsetzen wollte;[104] Salisbury erfüllte sich bald mit der Sorge, daß die Deutschen, wenn es sich um eine gemeinsame Politik in Peking handle, die Engländer im Stiche lassen würden, um es mit den Russen nicht zu verderben. Im Grunde war es die russisch-englische Rivalität, die dazu führte, daß man schließlich in Petersburg und in London den wenig erwünschten Oberbefehl des Grafen Waldersee annahm. Zwar gelang es dem Kaiser, am 6. August dem Zaren durch den Eventualvorschlag Waldersee die Zustimmung abzuringen und damit auch das Einverständnis aller übrigen Mächte herbeizuführen.[105] Aber als nach kurzer Frist die Nachricht von der Einnahme Pekings am 17. August eintraf, ließ der Russe sofort die Erklärung

folgen, daß der Vormarsch nunmehr unnötig geworden sei; als Graf Waldersee in Neapel an Bord ging (22. August), lief bereits von Petersburg ein Wort des Zaren in den europäischen Kabinetten um, daß das Militär nicht mehr die Entscheidung habe, daß das Wort an die Diplomatie übergehe. Kaiser Wilhelm, der vor allen anderen seine Ehre verpfändet sah, nahm es mit Erbitterung auf, daß die russische Politik so herausfordernd seine Bahnen kreuzte und schon den Antrag auf Räumung Pekings stellte; es war, als wenn man in Petersburg es zu einer weiterreichenden Strafexpedition und einer Verwirklichung des Oberkommandos überhaupt nicht kommen lassen wollte. Von dieser Unaufrichtigkeit und Rücksichtslosigkeit abgestoßen,[106] begann der Kaiser eine engere Fühlung mit England zu suchen, das ein Eingehen auf den russisch-französischen Antrag auf Räumung Pekings abgelehnt hatte. In einer Besprechung mit dem Prinzen von Wales und dem englischen Botschafter am 22. August in Wilhelmshöhe einigte man sich nicht nur darüber, daß der Krieg noch nicht zu Ende sei, die Diplomatie noch Schweigen bewahren und die Sache den Generalen überlassen solle, sondern auch darüber, daß die Offenhaltung des Jangtse-Gebietes unter gleichen Bedingungen für alle, sowohl für England wie für Deutschland ein Gebot der politischen Notwendigkeit sei. Von dieser Verständigung nahmen die Verhandlungen ihren Ausgang, die zum Abschluß des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober 1900 führten.

Die deutsche Politik war davon ausgegangen, den freien Verkehr im Jangtse-Gebiet, als ein gemeinsames Interesse aller, gemeinsam mit England zu schützen. Der geschickten Verhandlungstechnik Salisburys gelang es jedoch, das deutsche Entgegenkommen für eine weitergesagte und fast mehrdeutige Vertragsgrundlage zu gewinnen. Die grundsätzliche Offenhaltung des freien Verkehrs wurde auf alle Häfen an den Flüssen und Seeufern Chinas ausgedehnt; dementsprechend sollte sich die Verpflichtung der beiden Mächte auf die Aufrechterhaltung der Verkehrsfreiheit auf das ganze chinesische Territorium, "soweit sie Einfluß ausüben können", erstrecken; daß dabei die Mandschurei nicht mit einbezogen werden sollte, ergibt sich einwandfrei aus der Entstehungsgeschichte des Vertrages.[107] Sodann verpflichteten Großbritannien und Deutschland sich, die Wirren nicht zu benutzen, um sich irgendwelche territorialen Vorteile in chinesischem Gebiet anzueignen, und ihre Politik auf die unverminderte Erhaltung des Chinesischen Reiches zu richten; nur für den Fall, daß eine andre Macht solche Vorteile sich aneignete, behielten sie sich eine gemeinsame Verständigung über ihre Interessen vor. Als der Vertrag abgeschlossen war, genügte er der englischen Aktionspartei doch nicht ganz, weil sie besorgte, die Deutschen würden es niemals darauf ankommen lassen, Rußland gegenüber eine energische Haltung einzunehmen, wodurch für sie der eigentliche Zweck des Abkommens völlig vereitelt werde. Zunächst stimmten Rußland, über die Mandschurei beruhigt, und die übrigen Mächte dem Vertrage zu, aber es war vorauszusehen, daß er seine eigentliche Probe noch würde zu bestehen haben.

Die Politik des Grafen Bülow, der an dem Tage nach dem Vertragsabschluß zum Reichskanzler ernannt wurde, ging also dazu über, den Ablauf der chinesischen Expedition in erster Linie durch die Fühlung mit England sicherzustellen. Wenn man tiefer in die Entstehungsgeschichte dieses Vertrages und die Differenzen um seine richtige Interpretation eindringt, so erkennt man jedoch, daß eine restlose Option auf diesem Schauplatze von der deutschen Seite noch nicht vollzogen war. Es stellte sich heraus, daß der Deutsche in der Anwendung des Vertrages vielleicht doch nicht so weit gehen wollte, wie es für die Engländer, um die Kluft gegen Rußland zu vertiefen, der eigentliche Vertragszweck war, und es blieben dann wieder diplomatische Situationen nicht aus, in denen das Einvernehmen vom 16. Oktober, weil es verschieden ausgelegt wurde, geradezu eine Nichteinigkeit zwischen den beiden Partnern auslöste.

Vor allem sei auf die eine gewichtige Tatsache aufmerksam gemacht, daß von dem chinesischen Machtschauplatze, der für die deutschen Interessen an sich nur eine sekundäre Bedeutung besaß, immer wieder die stärksten Rückwirkungen auf das Verhältnis der Reichspolitik zu Rußland und England ausgingen und daß das ungelöste Lebensproblem des englischen Bündnisses fortan seine eigentliche Nahrung aus den wechselnden Konstellationen im fernen Osten bezog.

Bald nach dem Abschlusse des deutsch-englischen Chinavertrages ging die Leitung der englischen Außenpolitik in andere Hände über: am 12. November 1900 trat an die Stelle Salisburys, der sich fortan auf die Ministerpräsidentschaft zurückzog, der bisherige Kriegsminister Marqueß of Lansdowne. Der neue Außenminister war in seiner politischen Laufbahn von früh auf in die weiten Horizonte des Imperiums hineingestellt worden; er hatte bereits die Würde eines Generalgouverneurs von Kanada und dann jahrelang die eines Vizekönigs von Indien bekleidet. Innerhalb des *Foreign Office* besaß er vielleicht noch keine unmittelbare Amtserfahrung, um gegen die überragende Autorität Salisburys aufzukommen; dafür war er von den neuen Voreingenommenheiten und Empfindlichkeiten dieser Behörde frei. Persönlich ein großer Herr von ausgesprochen loyaler Haltung und liebenswürdiger Bestimmtheit, stand er in der Frage des Bündnisproblems der Gruppe Chamberlain - Devonshire nahe und war bereit, einer sachlichen Behandlung nicht aus dem Wege zu gehen - immerhin lagen die Aussichten für eine Verständigung geschäftlich günstiger als seit langer Zeit.[108] Aus welchem Anlasse es sein mochte,[109] jedenfalls entschloß sich die deutschfreundliche Gruppe des Kabinetts, nunmehr das Gespräch mit der deutschen Seite wieder aufzunehmen. Um Mitte Januar ließ Chamberlain auf dem Landsitze des Herzogs von Devonshire vor dem Baron Eckardstein sein bekanntes Programm vernehmen. Die Zeit der glänzenden Isolierung sei vorüber und man müsse sich nach Bundesgenossen umsehen; sowohl im Kabinett wie im Volke seien Stimmen, die zur Anknüpfung mit dem Zweibunde rieten; er selbst sei der Überzeugung, daß der Anschluß an den Dreibund vorzuziehen sei. Und zwar sei er zunächst für ein Geheimabkommen über Marokko auf der früher erörterten Grundlage. Erweise sich das Bündnis als nicht möglich, so werde er auch einen Abschluß mit Rußland befürworten. Es war noch die Melodie von 1898, vielleicht die russische Unterstimme schon ein wenig vernehmlicher instrumentiert.

Der deutsche Botschafter war, wenn auch der Allianzgedanke noch verfrüht sei, doch der Meinung, man solle sich die Zuwegung über Marokko gefallen lassen. Bülow, der damals den Portugal-Vertrag empfindlicher zu nehmen begann, wollte immerhin den Engländern die Initiative überlassen und die Verstimmung der öffentlichen Meinung nicht verschwiegen sehen. In diesem Augenblicke aber erkrankte die greise Königin sehr schwer, und Kaiser Wilhelm entschloß sich, zu dem Sterbelager seiner Großmutter hinüberzueilen. Damit war die Konstellation für ein neues Bündnisgespräch mit einem Male verschoben.

Jetzt hielt der Reichskanzler es vollends für angezeigt, dem Kaiser, wenn es zu einer politischen Besprechung kommen sollte, Zurückhaltung statt der Beeiferung ans Herz zu legen. Er kannte die dem Eindruck der Stunde stürmisch sich hingebende Persönlichkeit Wilhelms II. allzu gut, um es darauf ankommen zu lassen, daß er, hingerissen von dem feierlichen weltgeschichtlichen Augenblick, weitgehend sich binde. Er einigte sich mit dem Kaiser darüber, daß jetzt alles darauf ankomme, die Engländer weder zu entmutigen noch sich vorzeitig von ihnen festlegen zu lassen: ein wahrer Meistercoup wäre auszuführen, wenn es gelänge, "den maßgebenden Engländern die Hoffnung auf ein zukünftiges, festes Verhältnis mit uns zu lassen, ohne sich jetzt schon verfrüht zu binden oder festzulegen." Daß er die Stärke der deutschen Karte im englischen Spiel überschätzte und zuviel von der wachsenden Verlegenheit Englands für seine Trümpfe erwartete, hatte er mit Holstein gemein;[110] aber daß beide die Brücke zu schlagen gewillt waren, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Kaiser vollends war von der Verantwortlichkeit der Stunde, der er entgegenging, tief erfüllt. "Gott gebe mir die richtigen Worte, daß ich sie richtig zu fassen verstehe und zum Wohl beider Länder ausfalle, was wir beredet" - telegraphierte er dem Kanzler, als er nach stürmischer Überfahrt in London den Boden der Insel betreten hatte.

Der Besuch des Kaisers verlief harmonisch. Man nahm es in London doch mit dankbarem Verständnis auf, daß er sich am Totenbett der Königin Victoria und in den ersten Tagen der Thronbesteigung König Eduards VII. wie ein Glied in die große Familie füge. Der Berliner Absicht entsprechend, gewann der Besuch keinen politischen Charakter. Wenngleich Eduard VII. sich zum

Kaiser in den schärfsten Worten gegen den Zweibund aussprach, vermied dieser verabredetermaßen von Allianz zu sprechen; er beschränkte sich bei dem König und den Ministern auf das Thema der Notwendigkeit für England, mit den Kontinentalmächten zusammenzugehen. In seiner akademischen Unterhaltung mit Lansdowne blieb er allerdings zu lebhaft, um den andern zum Sprechen zu nötigen, und verriet durch seine Gesprächigkeit eher, daß er nicht abwarten könne.

Die Ereignisse des fernen Ostens begannen schon jetzt mit steigendem Druck auf die Entschließungen der Mächte einzuwirken. Die Russen hatten am 24. Januar 1901 in Tientsin eine Gebietsaneignung für eine Niederlassung vorgenommen, die nach englischer Auffassung unberechtigt und in Widerspruch zu dem von Rußland anerkannten deutsch-englischen Abkommen stand; auf die englische Frage nach der deutschen Stellungnahme gab man in Berlin zunächst eine ausweichende Antwort, die in London eine gewisse Mißstimmung hervorrief; diese jedoch flaute rasch ab, als man erkannte, daß der deutsche Partner sich seinen Verpflichtungen keineswegs zu entziehen beabsichtige.[111] Bezeichnend war, wie die Leiter der deutschen Politik sich zu der Gewissensfrage, die leicht größere Dimensionen annehmen konnte, stellten. Der Kaiser war in seiner damaligen Erbitterung gegen Rußland im Grunde dafür, den Engländern möglichst entgegenzukommen, ohne die Russen allzu stark zu verletzen.[112] Er fühlte sich, in dem Gedränge der Trauerfeierlichkeiten in Windsor, unter besonders schwierigen Umständen in den russisch-englischen Weltgegensatz eingeklemmt und hielt, in einem immer wieder durchbrechenden richtigen Instinkt für die Wirklichkeit, seinem Berater entgegen: er könne doch nicht immerzu zwischen Russen und Engländern schwanken, er würde sich dann schließlich zwischen zwei Stühle setzen.[113] Der Reichskanzler vermißte stärker, daß England "bei Erwägung etwaiger Abmachungen mit uns die Eventualität größerer **beiderseitiger** Verpflichtungen ins Auge gefaßt habe", mit der einzigen Annahme der Chamberlain-Episode von 1898. Salisbury dagegen habe durch sein regelmäßiges Ausweichen tatsächlich verhindert, daß "ein Vertrag mit breiterer Grundlage, welcher England die deutsche Rückendeckung unter gewissen Voraussetzungen sicherte", vereinbart oder selbst nur beraten worden sei.[114] Offenbar strebte er auf einen solchen Vertrag mit breiterer Grundlage hin.

Die Situation sollte nach diesem ersten Auftakt immer verschärfter wiederkehren. Im Laufe des Januars hatten sich die Nachrichten gehäuft, daß Rußland und China ein Abkommen über die Mandschurei miteinander geschlossen hätten. Am 7. Februar eröffnete Lansdowne dem deutschen Vertreter, daß Japan, von England unterstützt, mit Warnungen in Peking vorzugehen gedächte und daß eine Zurückweisung seines Antrags die schwersten Folgen haben werde. In solcher Voraussicht stellte er die Frage, ob die Reichsregierung ebenfalls gewillt sei, auf den japanischen Antrag einzugehen: von ihren Entschlüssen hänge es im wesentlichen ab, "ob England es weiter für lohnend halten werde, seine bisherige Chinapolitik fortzusetzen". Das war eine Wendung, die unabsehbare Folgen nach sich ziehen, ja, in kurzer Zeit die deutsche Außenpolitik an den Kreuzweg prinzipiellster Entscheidung versetzen konnte.[115] Indem sie sich in Peking den Erklärungen gegen jede chinesische Veräußerung anschloß, stellte sie sich zum ersten Male auf die antirussische Seite. So war man im Auswärtigen Amte sofort entschlossen,[116] jeden weiteren Schritt auf diesem Wege mit der Erörterung des Bündnisproblems zu verbinden, da man wegen der Mandschurei an sich in keinen Gegensatz zu einer Großmacht zu geraten gedachte[117] und weitausschauende Verpflichtungen nur bei genügender Gegenleistung und Sicherheit übernehmen könnte.[118] Man wollte also auf ein Bündnis hinauskommen. Dabei legte die Taktik Holsteins einmal Wert darauf, daß das Angebot eines Bündnisses und die Forderung von Gegenleistungen nicht von Deutschland ausgehen könne; und zweitens glaubte man "angesichts der akuten antienglischen Stimmung in Deutschland" auch nur auf einen Defensivvertrag sich einlassen zu können, der, abgesehen von einer nach Möglichkeit gesicherten Gegenseitigkeit, unmittelbare direkte Vorteile für Deutschland, keine bloßen Versprechungen mit sich brächte, sei es in Form von Gewähren oder von Zulassen.[119] Man wollte sich diesmal anders als beim Portugal-Vertrage vor dem Burenkriege, auch vor der öffentlichen Meinung nur teuer und sicher verkaufen. Da die englische Regierung, die an sich von der deutschen amtlichen Erklärung sehr befriedigt war, die Frage einer weitergehenden

Verständigung mit Deutschland zunächst nicht berührte, blieb die Gelegenheit ungenutzt.

In der ersten Hälfte des März stieg der russisch-englische Konflikt auf den Höhepunkt. Beide Teile zogen Verstärkungen an sich, und schon hieß es, daß die englische Flotte von der Jangtsemündung unterwegs sei; in Tientsin standen Kosaken und englische Wachen einander hart gegenüber und betrachteten sich feindselig. Offen gab man in London zu, wenn man nicht 200 000 Mann in Afrika zu stehen hätte, würde man ganz anders auftreten. Nachdem China die Vermittlung der Mächte gegen die russische Anforderung angerufen hatte, rückte die Möglichkeit eines kriegerischen Ausbruches näher - "welch eine interessante Lage", schrieb der Kaiser am 5. März. Nur der Tatenscheu Salisburys wollte man es in Berlin zuschreiben, wenn es nicht zu gewaltsamer Entladung kam.[120]

Am 7. März 1901 sondierte Lansdowne die deutsche Regierung, ob Deutschland geneigt sein würde, für den Fall eines russisch-japanischen Konflikts in Gemeinschaft mit England in Paris eine Erklärung abzugeben, daß beide Mächte im Interesse des europäischen Friedens die Lokalisierung eines Krieges in Ostasien wünschten und selbst strikte Neutralität bewahren würden. Gegenüber diesem einseitigen Festlegungsversuch entschied der Reichskanzler mit Recht: "Das können wir in London und Tokio, nicht aber in Paris erklären." Grundsätzlich war man gegenüber allen englischen Versuchen, Deutschland zu binden, entschlossen, eine solche Bindung ohne ein vertragsmäßiges Einvernehmen auf breiterer Grundlage zu vermeiden.[121] Von neuem versteifte sich Holstein auf seinen Standpunkt: die Gegenleistung für eine deutsche Unterstützung in Ostasien könne nur das englische Bündnis zur Deckung gegen einen Doppelangriff bieten.

Und so geschah es, daß an diese sich immer weiter komplizierende Fragestellung die eigentliche und zugleich letzte deutsch-englische Bündnisverhandlung anknüpfte. Man hat lange Zeit angenommen, daß Lord Lansdowne am 18. März in einer Unterhaltung mit dem Freiherrn von Eckardstein die Bündnisanregung, und zwar in der von Berlin her gewünschten Form: Bündnis gegen Doppelangriff auf einen der Verbündeten, gegeben habe. Von diesem "Angebot" auf englischer Seite aus sind dann die Vorgänge der folgenden Monate erläutert und beurteilt worden. In Wahrheit liegt die Sache so, daß Eckardstein, trotz der strengsten Anweisung Holsteins, nicht den ersten Schritt zu tun,[122] instruktionswidrig, augenscheinlich in dem Glauben, die Sache dadurch zu fördern, seinerseits mit dem Angebot herausgeplatzt ist.[123] Aus allen späteren englischen Erörterungen geht hervor, daß man sich einem deutschen Bündnisangebot gegenübersehe; insbesondere hat Lansdowne selber niemals eine andere Vorstellung von dem Hergange gehabt.[124] Indem man in Berlin aus der unzuverlässigen Berichterstattung Eckardsteins ein falsches Bild von einem aktiven Bündniswillen der anderen Seite bekam, war man von vornherein in eine unrichtige Stellung hineinmanövriert. Schon nach wenigen Tagen, am 29. März, sah sich Lansdowne in der Lage, Eckardsteins Illusionen erbarmungslos zu zerstören: seine Kollegen wären einem allgemeinen Defensivbündnis an Stelle eines Spezialabkommens über China durchaus abgeneigt, Salisbury sei krank, und ohne ihn könne nichts entschieden werden.

Die in diesem Moment plötzlich eintretende Abkühlung hing einmal allem Anschein nach mit Äußerungen des Kaisers zusammen, der von dem Geheimnis der Verhandlung ausgeschlossen war und gewissen Verstimmungen (in der Frage der chinesischen Kriegsentschädigung und der südafrikanischen Reklamationen) allzusehr nachgab, doch hat diese Episode keine tiefere Bedeutung, da ohnehin die Verhandlung unterbrochen war. Dazu kam, daß fast gleichzeitig der unmittelbare Zwang zur Entschließung für die Engländer wegfiel. Nachdem China seinen Rücktritt aus dem Mandschureivertrage verkündigt hatte, gab auch Rußland am 5. April bekannt, daß es seinerseits von dem Vertrage zurücktrete. Als daher Lansdowne mit seinen Freunden im Laufe des April die schwebende Bündnisverhandlung formell wiederaufnahm, geschah es, ohne daß der mächtige Druck der ostasiatischen Krisis der Maschine noch merkbaren Dampf zuführte. In Fluß kam auch jetzt die Verhandlung erst nach der Rückkehr Salisburys aus seinem Urlaub (28. März bis 10. Mai), und wenn man der optimistischen Darstellung Eckardsteins trauen soll, waren

Lansdowne, Chamberlain und Devonshire immer noch geneigt, den schon fast zu lange beredeten Bündnisgedanken zu verwirklichen.

Um Mitte Mai waren die Dinge so weit gediehen, daß Lansdowne eine schriftliche Niederlegung der beiderseitigen Vorschläge wünschte, um die Frage einer förmlichen Beratung im Kabinett zu unterwerfen. Zu diesem Zwecke suchte er am 23. Mai 1901 den schwerleidenden deutschen Botschafter auf, der in den letzten Monaten die Geschäftsführung zum Schaden der Sache Herrn von Eckardstein überlassen hatte. Und Hatzfeldt schuf wenigstens für die Verhandlung eine sachliche Grundlage. Er verschwieg nicht die Schwierigkeiten, die von der öffentlichen Meinung Deutschlands her dem Bündnis entgegenständen. Aber er verlangte Klarheit über den entscheidenden Punkt, über die Frage, ob England den Deutschen aktiv beispringen würde, wenn der einzige wahrscheinliche Fall eines zweiseitigen Angriffes eintreten sollte: wenn Rußland den Österreicher angriffe, wir aber genötigt wären, dem Dreibundgenossen beizustehen und nunmehr mit dieser Bündnispflicht den russisch-französischen Doppelangriff auf uns zu ziehen. Wenn England diese Frage mit "Ja" beantworte, dann sei Deutschland bereit, das britische Imperium gegen einen zweiseitigen Angriff in allen seinen Kolonien zu verteidigen.[125] Das war eine unabsehbar weitgehende Verpflichtung. Aber das Auswärtige Amt, das Hatzfeldts Vorgehen billigte, glaubte das Risiko tragen zu können, weil, wenn das englische Imperium ernstlich in seinem Bestande bedroht sei, es sich dann nicht mehr um die Frage der einzelnen Dominions handle, sondern um die Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte auf dem Erdball. Dann gelte es auch für die deutsche Politik, nicht Indien und Australien zu schützen, sondern die russisch-französische Weltherrschaft zu verhindern - daran aber habe Deutschland ein unmittelbares Lebensinteresse.

Lansdowne unterbreitete den Bündnisvorschlag Hatzfeldts, nachdem er ihn, um eine greifbare Unterlage der Besprechung zu haben, in dem Entwurf einer Konvention hatte zusammenfassen lassen,[126] zunächst dem Ministerpräsidenten. So ist Salisburys Memorandum über den deutschen Antrag (in der Formulierung Hatzfeldts) vom 29. Mai entstanden. Dieses politische Dokument ersten Ranges lief auf eine völlige Verwerfung hinaus. Schon der wuchtig einsetzende erste Satz: "Dies ist der Vorschlag, England in die Schranken des Dreibundes einzubeziehen" wirkte wie eine Brandmarkung der politischen Absichten, die Salisbury selbst immer wieder durchkreuzt hatte. Seine Kritik setzte damit ein, daß er, die tatsächliche deutsche Hilfsverpflichtung verengend (was auch Lansdowne sogleich beanstandete), mit aller Schärfe eine angebliche Ungleichheit feststellte: "Die Verpflichtung, die deutschen und österreichischen Grenzen gegen Rußland verteidigen zu müssen, wiegt schwerer als die Verpflichtung, die britischen Inseln gegen Frankreich verteidigen zu müssen." Auf Grund dieser Antithese kam er zum Schluß, daß der Handel selbst in seiner nacktesten Gestalt ungünstig für Großbritannien sei. Die Notwendigkeit, der Gefahr der Isolierung entgehen zu müssen, wies er von oben herab zurück: "Haben wir diese Gefahr jemals verspürt?" Nicht einmal im Revolutionskrieg und sonst waren wir je in Gefahr. Es sei daher nicht klug, Verpflichtungen zu übernehmen "zum Schutze gegen eine Gefahr, an deren Bestehen zu glauben wir keinen geschichtlichen Grund haben." Die gewichtigsten Bedenken waren für den Schluß aufgespart. Beide Regierungen seien nicht berechtigt, sich so weitgehende Versprechungen zu machen. "Die britische Regierung kann sich nicht verpflichten, zu irgendeinem Zwecke den Krieg zu erklären, es sei denn zu einem Zweck, den die Wähler unseres Landes billigen würden." Eine Vorlage an das Parlament werde einigermaßen entlasten, habe aber auch sehr ernste Bedenken. Dasselbe Bedenken gelte auch für Deutschland, auch wenn der Reichstag der Exekutive mehr Beachtung schenke. "Aber das Versprechen eines Defensivbündnisses würde ein zorniges Murren in allen Klassen der deutschen Gesellschaft erregen - nach dem Erlebnis der beiden letzten Jahre." Damit versah er das verworfene Bündnis noch mit dem doppelten Stigma, keinen festen Grund in dem lebendigen Willen und der öffentlichen Meinung der beiden Völker zu besitzen. Wenn er überhaupt seine Blicke auf das Bündnisproblem richtete, so liefen sie in anderer Richtung. Allgemein bekannt waren seine französischen Sympathien. Und einige Monate später schrieb er an Lansdowne: "Ich bin der Meinung - und ich habe sie schon lange vertreten - daß engere freundschaftliche Beziehungen zu

Rußland zweckmäßig wären. Die Staatsmänner anderer Länder wissen sehr wohl, daß eine wahre Sympathie zwischen Rußland und England die anderen Mächte in eine untergeordnete Stellung drängen würde." Unter den anderen Mächten war in erster Linie die eine Macht zu verstehen, deren Bündnis er verwarf.

Mit diesem Votum des Ministerpräsidenten war in Wirklichkeit die Debatte geschlossen. Ob es zu einer Besprechung im Kabinett gekommen ist, ist nicht erkennbar und nicht wahrscheinlich.[127] Man hört von keiner Stimme, die sich dagegen erhöbe, und es ist kein Zufall, daß eine Reihe von Zufällen sich vereinte, den Fortgang der Verhandlung zu unterbrechen und schließlich stillzulegen. Schon in diesem Augenblick, ohne daß man sich dessen im deutschen Lager bewußt werden konnte, stehen wir an der entscheidenden Wendung nicht nur dieser laufenden Unterhandlung, sondern an einer Wende der Zeiten.

Die englische Staatsräson, in dem siebzigjährigen Salisbury verkörpert, hatte das deutsche Bündnisproblem vom dynamischen Standpunkt gewogen und zu leicht befunden. Wie in der Lösung eines Rechenexempels kam Salisbury zu dem Ergebnis: der Deutsche braucht das englische Bündnis mehr als der Engländer das deutsche Bündnis, denn das Ganze des Dreibundes ist gefährdeter als das Ganze des Imperiums. Also lehnte er die ihm wohlbekannte Argumentation der deutschen Seite ab, daß England im eigenen Interesse Anschluß an den Dreibund suchen müsse - die große Tradition eines Jahrhunderts führte er mit hohem Selbstgefühl ohne große Worte ins Feld. Wenn diese Grundauffassung zu Recht bestand, dann mußte vom englischen Standpunkt aus die herkömmliche deutsche Politik der Forderungen und leisen Nötigungen allerdings unberechtigt erscheinen, und diese Überzeugung hatte sich als das Ergebnis vieler Erfahrungen im *Foreign Office* festgesetzt. Die ersten Konflikte der Jahre 1884/85 mochten vergessen sein, denn sie fielen noch in die Zeit Bismarcks. Aber im letzten Jahrzehnt glaubte man immer wieder die Erfahrung gemacht zu haben, daß der Deutsche eigentlich sehr anspruchsvoll, ohne zureichenden Grund anspruchsvoll sei. Daß in den einzelnen Streitigkeiten der Deutsche, schon in der Kongostaat-Sache von 1894, formell im Rechte gewesen war, daß man ihn auch kürzlich in der Portugal-Angelegenheit hinterhältig und in der Samoa-Frage unfreundlich behandelt hatte, rechnete man dem Partner schon deswegen nicht recht an, weil man ihm die volle Parität auf allen weltpolitischen Schauplätzen nicht zubilligte. Der Deutsche dagegen sah sich, häufig mit Recht, kürzer und verständnisloser behandelt, als er es für angemessen hielt. Zumal der Kaiser kam gern auf das Thema zurück: den Engländern werde sich nie wieder eine solche Gelegenheit bieten, denn nie wieder werde ein Enkel der Königin von Großbritannien auf dem deutschen Throne sitzen.[128] Und wenn das Inselreich nicht mit beiden Händen zugriff, dann mußte - das ist doch auch des sehr englandfreundlichen Grafen Hatzfeldt letzte Weisheit gewesen - dann mußte es mit realistischen Methoden und dem kühlen Nachweis, daß man auch anders könne, allmählich zu einem besseren Verständnis erzogen werden. Man braucht in dem zähen Ringen um Einzelfragen, das wir immer wieder beobachteten, dem Deutschen diese Taktik nicht zu einem schweren Vorwurf zu machen, aber sollte sich doch das nachdenkliche Urteil Metternichs durch den Kopf gehen lassen: es würden während der letzten Jahrzehnte manche Verstimmungen vermieden worden sein, wenn man sich häufiger die Frage vorgelegt hätte: "Würdest du mit Rußland ebenso verfahren, wie du jetzt mit England verfahren willst."[129] Den Engländern war in diesen Streitigkeiten kraft Tradition und Temperament der längere Atem verliehen, und sie empfanden bei dem Deutschen, der sich mit Heißhunger an die Krippe drängte, nur die unstillbare Begehrlichkeit - sie waren nicht im Recht so zu empfinden, aber sie waren in der Macht. Und wenn umgekehrt auf der deutschen Seite, vor allem auch in der Marine, die englische Art als ein System des nur durch Tatsachen belehrbaren brutalen Egoismus verrufen war, so war man ebensowenig im Recht, sondern drückte nur ein brennend empfundenes Machtverhältnis auf seine Weise aus.

Es handelte sich um Machtfragen. Die Frage war vielleicht nicht, ob Deutschland stark genug war, überhaupt auf diesem Fuße wie Macht mit Macht mit England zu verkehren, sondern ob es

gegenüber dem englischen Weltreiche mit seinem System von Machtmitteln und politischen Möglichkeiten diese Sprache in allen Lebenslagen behaupten werde. Gewiß, die Macht des Deutschen Reiches war ausreichend, seine dominierende Stellung in der Mitte Europas auch gegen Koalitionen festzuhalten und mit diesem Schwergewicht auch seinen älteren Kolonialbestand mittelbar zu decken. Aber durfte man als die stärkste Macht auf dem Kontinent von der nicht ungefährdeten Europamitte aus eine aktive Weltpolitik auf fast allen noch offenen Schauplätzen betreiben? Es war im Auswärtigen Amte in Berlin ein beliebtes Argument, daß England seine Weltpolitik auf die Dauer isoliert nicht würde fortsetzen können - in London war man eher der Meinung, der Deutsche überziehe schon das Ganze seines Weltkredits. Und wenn man in Berlin den Schluß zog, dann die für diese Politik noch erforderlichen Machtmittel zur See zu verstärken, so mußte man sich eines Tages in London fragen, wieweit eine solche Verstärkung im englischen Interesse liege. Einstweilen sah man unter Führung der deutschen Kolonialpolitiker und Marineoffiziere nur die Ansprüche derer wachsen, die stimmungsmäßig von der Idee eines friedlichen Wettkampfes mit England lebten.

Wie kam es jedoch, daß jeder deutsch-englische Verhandlungskomplex immer wieder einen Zustand der Spannung unter den Beteiligten hervorrief? Einige Jahre später, als der große Umschwung sich längst vollzogen hatte, gab König Eduard VII. das Stichwort: "Es handelt sich gar nicht um Friktionen, es handelt sich um Rivalität." In gewissem Sinne gilt das schon von den Jahren, in denen wir stehen. Diese Rivalität besitzt kein konkretes Kampfgebiet, auf dem um dieselben Ziele gerungen würde; weder in der kolonialen Welt noch im Wettkampf der maritimen Machtmittel kann von rivalisierenden Interessen die Rede sein, die nicht nebeneinander bestehen könnten. Es handelt sich nicht um Athen und Sparta, die mit ihren Machtbereichen auf der ganzen Linie der allgriechischen Rivalität aufeinanderstoßen und unaufhaltsam auf die große Machtprobe hintreiben. Aber es regt sich das Vorgefühl, daß die Entwicklung eines Tages in eine wirkliche Rivalität hineinwachsen könne. In der Geschichte der Vergangenheit fehlte es an jedem Anreiz, an aller feindlichen Tradition, wie sie zwischen England und Frankreich die Jahrhunderte füllte - aber schien nicht die Gegenwart eine andere Sprache zu sprechen?

Welch ein Anblick weltgeschichtlicher Energien in beiden Lagern! Sie hatten auf der einen Seite dieses einzigartige imperiale Gebäude in der Dreieinigkeit von Kolonialmacht, Seemacht und Wirtschaftsmacht über die Welt hin geschaffen und trieben auf der anderen Seite die jüngere Großmacht an, mit einer noch angespannteren Bewußtheit in die Rennbahn nach ähnlichen Zielen hinabzusteigen - dieses Nebeneinander mußte ein Vorgefühl der Rivalität erzeugen. Das Deutsche Reich war, nach den in ihm verkörperten Energien beurteilt, in diesen Jahren in der stärksten Geschwindigkeit des Aufstiegs. Es schien auf dem Wege, nach seiner kontinentalen Befestigung und Sicherung auch noch das letzte nachzuholen, was es in seiner Entwicklung der neueren Jahrhunderte versäumt hatte: eine Weltstellung über den Meeren vorzubereiten. Aber Tempo und Richtung dieses Aufstiegs ließen das englische Imperium in dem Deutschen nicht gerade den empfehlenswerten Bundesgenossen erblicken. Man begann vielmehr in England den geschichtlichen Aufstieg des Reiches und die Art und Weise, in der es von seiner Macht Gebrauch machte, mit immer kritischeren Augen anzusehen. Schon im November 1901 ging aus dem *Foreign Office* ein historisches Porträt Neudeutschlands hervor, das eigentlich bereits alle Charakterzüge der später von Haß durchzogenen historisch-politischen Denkschriften von Sir Eyre Crowe enthält,[130] und in den führenden Organen der öffentlichen Meinung fanden die Gedankengänge Salisburys eine immer nachdrücklichere Unterstützung.[131]

Auf dem Hintergrunde des Erlebnisses des Burenkrieges beginnt sich das Vorgefühl der Rivalität zu verdichten. Der elementare Durchbruch der Burensympathien auf der deutschen Seite, der noch hemmungslosere und viel politischere Widerhall später auf der englischen Seite konnten nicht anders als Öl in das Feuer gießen. Eine weitausschauende deutsche Politik hätte, eben weil sie das englische Bündnis wollte, die Zügel in der Burenfrage auf jede Gefahr der Unpopularität straffer

halten müssen, um die Bündnismöglichkeit nicht der englischen öffentlichen Meinung zu verleiden.

Gewiß, auch die englische Regierung war hernach außerstande, ihre Presse auch nur der Person des Kaisers gegenüber auf der Linie der Mäßigung zu halten,[132] und auch sie sollte viel weiter getrieben werden, als sie ursprünglich gewollt hatte. Allmählich verschob sich in dem Lärm der Zeitungen die Streitlust. Noch im Juni 1900 meinte Metternich feststellen zu dürfen: "Trotzdem ist in England viel mehr guter Wille gegenüber Deutschland zu finden, als in Deutschland gegenüber England. Ich meine hiermit die Völker, nicht die Regierungen."[133] Es war kein Jahr vergangen, da traf dieses Urteil nicht mehr zu. Diejenigen, die in Deutschland töricht genug ihr volles Herz nicht wahrten (nicht zum ersten und nicht zum letzten Male in dem öffentlichen Leben unseres Volkes), hatten ihren Leidenschaften so lange freien Lauf gelassen, bis sie sich eines Tages einem anderen England gegenübersahen, das, mit Stolz, Erfahrung und Bitterkeit aus dem Burenkriege emporgestiegen, aus einer noch tiefer sitzenden Leidenschaft heraus zu antworten begann.

Man hat wohl die Fehler der deutschen Verhandlungstaktik im einzelnen bemängelt, spröde Zugeknöpftheit und hinterhältiges Lavieren, aber das Nichtzustandekommen des Bündnisses darf man nicht auf dieses technische Beiwerk der Diplomaten schieben. Man kann jene Methoden sogar zugeben, muß dann aber zugleich darauf bestehen, daß die Engländer durch ausweichendes Lavieren, Zweideutigkeiten und Mangel guten Willens dieselben Fehler begangen haben - denn man sollte den "Fehler" nicht nur von der einen Seite her bloßlegen. Man darf auch die allzu geringe Beweglichkeit kritisieren, mit der die deutsche Diplomatie an ihren Thesen (wie dem Dogma, England werde den Weg zu Rußland nicht finden, oder der Risikotheorie, die den Flottenbau immer weiter treibt, ohne einen politischen Generalangriff zu besorgen) festhält, aber der Kern des Bündnisproblems wird damit nicht berührt.

Der deutsche Bundesgenosse, so wie er sich in diesen Jahren darstellt, war für Englands Weltbedürfnis zu gefährdet und zu beunruhigend, er war für seine Begehrlichkeit zu stark und doch wieder da nicht stark genug, wo England ihn gebraucht haben würde - er war nicht diejenige dynamische Ergänzung, die die englische Weltmacht damals zu brauchen glaubte. Die Frage war nur, ob die "andere" dynamische Ergänzung, die sie nach Verwerfung der ersteren wählte und wählen mußte, auf die Dauer nicht viel gefährlichere Erschütterungen für den Bestand des Imperiums in sich schloß.

Indem wir von den Höhen weltgeschichtlicher Betrachtung unsere Blicke weit über den Augenblick, an dem wir verweilen, haben hinwegschweifen lassen, erinnern wir uns, daß sich auch die größten geschichtlichen Wendungen aus unmerkbaren Übergängen zusammensetzen können. Die deutsch-englische Bündnisbesprechung hatte einen eigentlichen geschäftlichen Abschluß nicht gefunden, sondern sie war Ende Mai, Anfang Juni auf dem Tische liegen geblieben, ebenso wie einst im März 1889 der Antrag, den Bismarck am Ausgang seiner Staatsleitung an Lord Salisbury gerichtet hatte.[134] In den beiden gescheiterten Annäherungsversuchen - man wird keinen Zufall darin erblicken wollen - ist es derselbe englische Premierminister gewesen, der über das Nein entschied. Gegen seine Stimme konnte Lansdowne schwer eine Entscheidung treffen, und so hört man denn auch von allen Seiten, daß Salisbury in den folgenden Monaten der Vater aller Hindernisse bleibt.[135]

Um so leichter nahm Lord Lansdowne es, da auch einige äußere Hindernisse in der Richtung zusammenwirkten, die geschäftlichen Verhandlungen hinauszuschieben. Die immer schwerere Erkrankung des Grafen Hatzfeldt unterbrach zunächst den Fortgang; als die neue Persönlichkeit des Grafen Metternich in die Botschaft vertretungsweise einzog (16. August), verbot sich die Übereilung nach beiden Seiten; die parlamentarische Überlastung und die Ferien gaben dem Außenminister Grund genug, die Sache ruhen zu lassen. Dazu kam, daß Holstein, der den Entwurf Hatzfeldts ursprünglich gebilligt hatte, sich entschloß - vermutlich auf die Nachricht von starken Gegensätzen im Kabinett - die Formel des abgehenden Botschafters wieder fallen zu lassen; er ließ Lansdowne wissen, Hatzfeldt sei zu weit und zu rasch in der Sache vorgegangen,[136] und es empfehle

sich daher, die Angelegenheit einige Zeit liegen zu lassen und in einem günstigeren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

Das war auch die Meinung Lansdownes. Er bezweifelte schon bald, ob es möglich sein werde, etwas aus dem zu machen, "was ich der Bequemlichkeit halber den Eckardsteinschen Vorschlag nennen möchte";[137] und auch Eckardstein stand unter dem Eindruck, daß der Minister den Mut in der Bündnisfrage verloren habe.[138] Die Angelegenheit wurde wohl noch hin und wieder von der einen oder anderen Seite unverbindlich gestreift,[139] aber im amtlichen Verkehr war sie schon fast eingeschlafen. Wenn man die Gesamtheit aller Aktenäußerungen im Sommer und Herbst 1901 sorgfältig nachprüft, so sieht man auf deutscher Seite ein Bemühen, den Bündnisgedanken nicht aufzugeben, auch wenn man ihn etwas vertagen müßte; auf englischer Seite spürt man aber die Neigung, zwar die freundliche Unterhaltung über die Sache nicht abzulehnen, aber, wenn es sich machen lasse, doch auch mit Anstand von ihr loszukommen.

In dieser ungewissen Übergangszeit sollten in dem Verhältnis zwischen beiden Völkern neue Erregungen auftauchen, um die Aussicht auf eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Verhandlungen zu zerstören. Der Kleinkrieg, in dem die noch im Felde stehenden Burenkommandos sich gegen den Untergang ihrer Freiheit zur Wehr setzten, hatte immer wieder zu unangenehmen Rückschlägen für das englische Heer geführt. Die von der englischen Heeresleitung dagegen getroffenen Maßnahmen, die Konzentrationslager, in denen die Burenfrauen und Kinder untergebracht wurden, riefen in vielen Ländern Europas bittere Kritik und ein aus der Tiefe kommendes Mitgefühl hervor. Dagegen erhob sich Chamberlain in einer Rede in Edinburgh am 25. Oktober; einst der Träger des deutschen Bündnisgedankens, war er in den letzten Monaten davon zurückgekommen und eher von dem Bedürfnis erfüllt, diese Erinnerung von seinem politischen Leumund abzustreifen. In seiner Rede suchte er das englische Heer gegen die Vorwürfe wegen der Behandlung der Nichtkombattanten zu verteidigen: diese Maßnahmen reichten bei weitem nicht an das heran, was in Polen und im Kaukasus, in Bosnien, in Tonkin und im deutsch-französischen Kriege geschehen sei. Das einzige Beispiel aus einem zivilisierten Kriege war das, welches Deutschland betraf - Grund genug, daß sich in unserem Vaterlande eine Welle lauter Empörung erhob. Wenn auch Chamberlain eine Ungeschicklichkeit untergelaufen sein mochte, so tat er alles, nach der Entgleisung die "künstliche Erregung" der Deutschen, wie er sie nannte, noch zu vertiefen; die einige Wochen später nahegelegte Möglichkeit, die Sache aus der Welt zu schaffen, lehnte er mit der Begründung ab, die Absicht einer Kränkung habe nicht vorgelegen. Aber es war nicht zu verkennen, daß er es in diesem Augenblicke schon für politisch angemessen hielt, die Worte stehen zu lassen.

Für die deutsche Regierung war diese herausfordernde Haltung um so weniger erwünscht, als sie gerade in jenen Tagen noch einmal ihre prinzipielle Haltung gegenüber dem Burenkriege behauptete. Als die russische Regierung ihr am 22. Oktober 1901 ein Promemoria über eine Eingabe der Buren an den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag vorlegte, den Krieg durch eine unparteiische Entscheidung zu beenden, hielt sie an der während des ganzen Krieges eingenommenen wohlwollenden Stellung zu England fest. Holsteins Antwort bezweifelte, daß das gewünschte Ergebnis in Südafrika durch einen Kollektivschritt zu erreichen sei, da ein solcher, möge die Haltung der beteiligten Mächte auch noch so freundlich und versöhnlich sein, doch immer einen bedrohlichen und daher aufregenden Charakter trage und zur entgegengesetzten Wirkung führe.[140]

Während die deutsche Politik an ihrer bisherigen Stellung in der europäischen Mächtegruppierung festhielt,[141] sah man in London schon Kräfte an der Arbeit, die gerade diese Gruppierung grundstürzend umzugestalten trachteten. Das, was überhaupt von jeher die englische Politik zu freundlicher Annäherung an Deutschland genötigt hatte, war die Tatsache des Weltgegensatzes zwischen England und Rußland: wenn sich der Nachweis führen ließ, daß dieser Gegensatz, statt endgültig zu sein, von kluger Staatskunst aus der Welt geschafft werden könne, dann war die längst erschütterte und jetzt von so viel Haß umtobte Wertschätzung des deutschen Bündnisses vollends zu Falle

gebracht. Diese Aufgabe setzte sich ein Kreis von englischen Politikern aus verschiedenen Lagern, die sich, unabhängige Männer von Erfahrung und Gewicht, in der *National Review* zusammenfanden, um die öffentliche Meinung zu erobern und das Kabinett durch ein System von Gegenstößen zur Aufgabe des bisherigen Kurses zu nötigen. Diese Zeitschrift brachte am 1. November einen Artikel,[142] der sich schon äußerlich als gemeinsame Arbeit einer Reihe von Verfassern gab und seiner prinzipiellen Bedeutung nach wohl mit dem Artikel Katkows vom Juli 1886 verglichen werden kann. Er ging davon aus, die bestunterrichteten Staatsmänner beider Parteien seien sich darüber klar, daß Deutschland in Zukunft der gefährlichste Rivale Englands in der Politik, die Vereinigten Staaten der gefährlichste Rivale im Handel sein würden. Deutschland sei einst ein positiver Faktor der englischen Außenpolitik gewesen, und seine Unterstützung sei noch die Ansicht einer Reihe namhafter Staatsmänner; man könne den Kaiser bewundern, ohne ihm politische Konzessionen zu machen, denn er werbe ebenso um die Gunst Rußlands und Frankreichs und habe sich auch schon einmal um eine antibritische Koalition bemüht. Also sei die Aufgabe jetzt, Verständigung mit Rußland zu suchen. Dieses Programm müsse für England freie Hand in Ägypten und im Jangtsegebiet umfassen, für Rußland freie Hand im Balkan, den Handelszugang zum persischen Golf, in Persien und der Mandschurei; der Russe solle auch das Versprechen erhalten, daß man Deutschland nicht mehr in Kleinasien unterstützen werde. Das Ziel müsse sein, daß in einem deutsch-russischen Kriege England, in einem deutsch-englischen Kriege Rußland neutral bleibe. Auch schon weitere Umrisse der künftigen mitteleuropäischen Politik Englands wurden sichtbar: es werde sich wieder zum Beschützer jeder unterdrückten Freiheit auf dem Kontinent machen, sich zunächst der Tschechen annehmen und die Verdeutschung des italienischen Triest verhindern müssen.

Das alles klang im Augenblicke noch verfrüht, aber es war der Auftakt eines langen Kreuzzuges, der die von dem Bismarckschen Reiche begründete mitteleuropäische Machtstellung zu zerbrechen gewillt war. Noch waren es Stücke einer Fata Morgana, wenn man den Russen einen guten Teil des nahen und des mittleren Ostens bot oder schon verführerisch an den Lebensbestand Österreichs rührte; aber die öffentliche Meinung war eher geneigt, sich mit solchen Zukunftsbildern zu befreunden, als mit dem nunmehr versinkenden Bilde des deutschen Bündnisses.

Lord Lansdowne freilich war weit entfernt, die Verhandlungen mit Deutschland in einer schroffen Form preiszugeben. Schon die Staatsräson gebot, wenn das Ziel nicht erreichbar war, die Schuld der anderen Seite zuzuschieben und den Abbruch der formell noch nicht abgeschlossenen Bündnisbesprechungen in einer möglichst freundschaftlichen Form herbeizuführen. Ja, er suchte den Rückzug sogar durch das Dazwischenschieben eines bescheideneren Sympathievertrages zu erleichtern; wenn auch eine Annahme der deutschen Eröffnung in der von Graf Hatzfeldt vorgebrachten Form ausgeschlossen sei, so hielt er es doch für erwägenswert, wie er dem Ministerpräsidenten am 22. November vortrug, ob man nicht zu einer "begrenzten Verständigung" mit Deutschland gelangen könne; man habe das chinesische Abkommen und könne sich überlegen, ob man nicht einen ähnlichen Austausch von Erklärungen über die Ziele beider Länder und die darin zu gewährende Unterstützung anbieten solle. Eine solche Abmachung würde zweifellos hinter dem deutschen Vorschlag zurückbleiben, aber "als ein versuchsweise unternommener und vorläufiger Schritt nicht ohne Wert sein": auf alle Fälle würde man es der deutschen Regierung unmöglich machen, über rücksichtslose Behandlung zu klagen. Lansdowne bezeichnete auf Salisburys Frage als Grundlage einer solchen Interessengemeinschaft die Aufrechterhaltung des *status quo* an den Küsten des Mittelmeeres, des Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meeres, dazu die Freiheit von Handel und Schiffahrt im Persischen Golf: es sei nicht viel mehr als eine "Erklärung gemeinsamer Politik und des Wunsches, enge diplomatische Beziehungen miteinander zu unterhalten". Er selbst setzte voraus, daß man in Berlin etwas viel Bestimmteres und Weitertragendes wünsche und aus diesem Grunde eine Anregung dieser Art ablehnen werde.

Doch auch dieser Vorschlag schien Salisbury zu weit zu gehen, "voller Gefahren zu sein und keinen ausgleichenden Vorteil zu bringen". Danach ging Lansdowne vor. Bevor Metternich kurz vor Weih-

nachten nach Berlin reiste, hielt der britische Außenminister es für angezeigt, bei dem neuen Botschafter, der in der Bündnisfrage bisher an sich gehalten hatte, den delikaten Gegenstand wenigstens zu berühren. Er rekapitulierte die Verhandlungen des Frühjahrs und Sommers und kam zu dem Schlusse: die Hürde sei zu hoch, sie zu nehmen. Wenn die Engländer den deutschen Vorschlag gewiß nicht mit unfreundlichen oder gleichgültigen Augen betrachteten, so glaube er doch nicht, daß sie es sich für den Augenblick erlauben dürften, ihn aufzugreifen. Nach seiner eigenen Darstellung will Lansdowne daran die Frage geknüpft haben, ob es nicht möglich sei, zwischen den beiden Ländern zu einer Verständigung über die Politik zu gelangen, die sie in bezug auf besondere Fragen oder besondere Teile der Welt von gleichem gemeinsamen Interesse zu befolgen hätten. Darauf habe Metternich ohne Zögern geantwortet, daß kein Vorschlag von dieser Art in Berlin eine günstige Aufnahme finden würde - es handle sich um "alles oder nichts". Nach Metternichs eigenem Bericht ist es weder zu einer so scharf gestellten Frage noch zu einer so scharfen Beantwortung gekommen, sondern nur die rückblickende Frage gefallen, ob es sich lediglich um einen Beitritt Englands zum Dreibund gehandelt habe oder ob auch andere weniger weitgehende Fragen zur Erörterung kommen könnten.[143] Er muß schon einen starken Eindruck von dem englischen Rücktritt von der Verhandlung erhalten haben, daß er den Trostvorschlag (für den er keine Instruktion besaß) überhörte und sich zur sofortigen mündlichen Berichterstattung in Berlin entschloß. Wenn Lansdowne dem schon fast eingeschlafenen Gang der Verhandlungen ein formales Ende bereitete, so blieben auch die blasseren Möglichkeiten, die er bestehen ließ, auf der anderen Seite ohne Widerhall. Ob im Falle einer freundlichen oder beeiferten Aufnahme dieser Andeutungen noch wirklich etwas Haltbares und Wertvolles aus dem Austausch der Worte hervorgegangen wäre, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Bei der sehr erregten Haltung der öffentlichen Meinung in England, bei der nun schon deutschfeindlicher werdenden Stimmung des *Foreign Office*, bei dem unwandelbaren Mißtrauen Salisburys ist es nicht wahrscheinlich, daß der mehr auf die Innehaltung der Form bedachte gute Wille Lansdownes wirklich etwas zustande gebracht haben würde.

Auch König Eduard glaubte persönlich dem Kaiser (der in die eigentlichen Verhandlungen nicht eingeweiht war) den Abbruch nicht vorenthalten zu sollen: das war doch wohl der Sinn des Handschreibens, das er den Botschafter Lascelles am 27. Dezember im Auswärtigen Amte verlesen ließ: der König wünsche nach wie vor, daß Deutschland und England in allen Punkten zusammengingen; dieses Zusammengehen aber in einem formellen Vertrag zu stipulieren, sei schwierig, da ein solcher Vertrag im *House of Commons* zweifellos auf große Bedenken und Weitläufigkeiten stoßen würde. Der König werde aber nicht nachlassen, in Gemeinschaft mit S. Majestät für die Wohlfahrt der Welt zu wirken.[144]

Jedenfalls stand man in Berlin um die Jahreswende unter dem bestimmten Eindrucke, daß London abgebrochen habe, und empfand das Bedürfnis, da die englischen Staatsmänner den historischen Zusammenhang des Bündnisgesprächs mit der Sondierung Eckardsteins einleiteten, möglichst nicht als der um das Bündnis Nachsuchende zu erscheinen. Die Vorwürfe Holsteins klingen vor allem nach Enttäuschung: "Warum hat man die Sache nicht ruhen lassen, da niemand sie dringlich gemacht hatte? Statt uns in aller Form einen Korb zu geben. Die Absage, die wir nicht umhin können, als eine willkürliche, vielleicht vorsätzliche Zurückweisung anzusehen, bessert natürlich die Aussichten für später nicht."[145] Unter diesem Eindruck einer erlittenen Absage steht bereits die Rede, in der im Reichstage der Reichskanzler Graf Bülow am 8. Januar doch noch dem Minister Chamberlain auf dessen Ausfall vom November antwortete. Ihre scharfe Tonart kam der innerdeutschen Entrüstungsagitation stärker entgegen als dem außenpolitischen Gebot der Stunde. Doch leitet sie nicht einen Bruch ein, sie ist eher eine Begleiterscheinung[146] in dem von der anderen Seite begonnenen Ablösungsvorgang und war in England deshalb nicht unwillkommen, weil man für den eigenen Kurswechsel eine öffentlich verwendbare Rechtfertigung in die Hand bekam.

Als einst Salisbury das Bündnisangebot Bismarcks von 1889 auf dem Tische hatte liegen lassen, geschah es mit dem Vorsatz, einstweilen möglichst freundschaftliche Fühlung beizubehalten. Wenn

jetzt die Engländer die deutsche Bündnismöglichkeit nicht ergriffen, waren die Dinge schon dahin gelangt, daß eine negative Entschließung nach der deutschen Seite eine positive Entschließung nach der französischen Seite unter dem Herzen trug. Fast unmittelbar nach den Absagevorgängen wurde eine Verhandlung mit Frankreich auf breiter Grundlage eingeleitet, von der eine Verschiebung aller europäischen Beziehungen ausgehen sollte. Je mehr man in London besorgen mußte, daß Deutschland sich nunmehr auf Rußland und die Kontinentalbundpläne zurückzuziehen versuchen werde, um so eifriger setzte man alles daran, den Weg nach Paris einzuschlagen und sich rechtzeitig dieser Deckung zu bemächtigen.

So vollzogen sich schon im Laufe dieses Januar 1902 zwei Ereignisse, die mit der englischen Absage an Deutschland im engsten kausalen Zusammenhange stehen: das englisch-japanische Bündnis, das am 30. Januar in London unterzeichnet wurde, und die gleichzeitig einsetzende Verhandlung mit Frankreich über den Ausgleich aller englisch-französischen Reibungsflächen in der Welt.

Der Abschluß des Bündnisses mit Japan bedeutete zugleich, von dem englischen Interesse aus gesehen, den Verzicht auf jede andere - in Ostasien wenigstens entbehrlich gewordene – Bündnishilfe. Das neue Bündnis wurde zwar, in Verfolg der früheren Besprechungen, der deutschen Seite zuerst mitgeteilt, aber das änderte nichts daran, daß es gerade die deutsche Bündnismöglichkeit entbehrlich machte. Seine eigentliche Spitze war zwar nicht eindeutig erkennbar, aber wurde von Rußland doch mit Recht auf sich bezogen. So ließ denn die russische Regierung am 25. Februar 1902 in Berlin den Vorschlag einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber der englisch-japanischen Koalition unterbreiten. Damit wurde nichts Geringeres geboten als eine Sicherung gegen den russischen Verbündeten, gegen Frankreich. Der Revanchegedanke in Frankreich sei im Verschwinden; Rußland werde den Franzosen nie erlauben, Deutschland anzugreifen. Der russische Einfluß in Frankreich sei allmächtig und werde auch nicht gestatten, daß die französische Regierung revolutionäre Politik treibe; selbst für den unwahrscheinlichen Fall des französischen Angriffs auf Deutschland werde seitens Rußlands keine antideutsche Stellungnahme erfolgen.[147] Die Verpflichtungen, die Deutschland dagegen hätte übernehmen müssen, sind allerdings nicht erkennbar; und die besonderen Motive, aus denen der Kaiser und Bülow diesen Antrag, der allerdings ein völliges Abspringen von der seit dem Frühjahr 1898 innegehaltenen Linie bedeutet haben würde, von vornherein ablehnten, sind auch nur zu vermuten. Man kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß diese Absage mindestens so schwerwiegend war wie die angeblich ausweichenden Künste, mit denen die deutsche Politik den höchst problematischen Bündniswillen Englands bisher beantwortet hatte. Jedenfalls hat man das Gefühl, hoch oben im Gebirge sich auf einer Hochebene aufzuhalten, auf der sich die Wasserscheiden zweier Systeme in nächster Nähe begegnen.

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man die während des japanischen Abschlusses einsetzende Parallelaktion hinzunimmt, die allerdings, wenn auch auf langwierigem Wege, in ein anderes Flußsystem der englischen Politik hinabführte. Schon am 30. Januar 1902 hatte Metternich gemeldet, daß seit etwa zehn Tagen Verhandlungen zwischen Chamberlain und dem französischen Botschafter schwebten, die einerseits die Gesamtheit der sog. kolonialen Fragen (Neufundland, Niger, Neue Hebriden, Handelsverträge in Madagaskar, Exterritorialität in Sansibar) behandelten, anderseits aber auch auf französischen Antrag über das Schicksal von Marokko entscheiden sollten.[148] Es kennzeichnet die veränderte Konstellation, daß Chamberlain, durch Bülows Reichstagsrede gereizt, dem deutschen Diplomaten gegenüber alle Rücksicht fallen ließ: jetzt habe er genug von solcher Behandlung und von einem Zusammengehen Deutschlands und Englands könne keine Rede sein (8. Februar). Auch der König soll an diesem Tage gesagt haben, daß mindestens auf lange Zeit hinaus von einem Zusammengehen, gleichviel in welchen Fragen, keine Rede sein könne.[149] In Wahrheit nannte man von jetzt an offen bei Namen, was man schon seit Monaten nicht viel anders empfunden hatte, aber ein wenig höflicher ausgedrückt haben würde.

Schon der Beginn des Gesprächs nach der anderen Seite löste dieses Signal aus. Aber es war mehr

ein erster Stimmungsausbruch als eine veränderte Tonart in der amtlichen Politik. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die englisch-französischen Verhandlungen durch einen Zeitraum von über zwei Jahren liefen und inzwischen auch längere Unterbrechungen und Schwierigkeiten zu überwinden hatten, und anderseits, daß die Welt in diesem Zeitraum von Ostasien bis Südafrika von starken Erschütterungen heimgesucht wurde, um zu verstehen, daß der so grob angekündigte Umschwung praktisch doch wieder etwas sehr Allmähliches annahm. Bei dem französischen Partner war schon durch die Pariser Weltausstellung von 1902 ein Bedürfnis nach einer friedlichen Atmosphäre erzeugt; und der englischen Politik lag vollends daran, solange der Burenkrieg nicht ganz abgewickelt war, den Umschwung möglichst durch korrekte Beziehungen nach der deutschen Seite zu verdecken. Bald nach Beginn der Verhandlung, im Juli 1902, legte Salisbury das Amt des Ministerpräsidenten nieder - der Geist seiner Staatsräson hatte schließlich doch, von der Konstellation und manchen Zufällen begünstigt, über seine Gegner triumphiert. Ohne daß die Welt sich dessen bewußt war, bahnte sich in der Stille eine Umgruppierung der Mächte an, deren Wirkungsbereich viel unmittelbarer in den Ursprung des Weltkrieges hineinführt, als der russisch-französische Zusammenschluß zu Anfang der neunziger Jahre. Um so mehr kam es für die englische Politik darauf an, die gesamtpolitischen Schicksalswendungen, die noch auf den Knien der Götter verdeckt lagen, möglichst lange unsichtbar bleiben zu lassen.

Am schnellsten reagierte das empfängliche Barometer der italienischen Politik auf den europäischen Wettersturz. Seitdem man sich in Rom von England nicht mehr so freundlich behandelt fühlte, hatte man zunächst dem Bedürfnis nachgegeben, die fast zerstörten Beziehungen zu Frankreich trotz des Dreibundes zu verbessern. Der erste Schritt war der Handelsvertrag vom November 1898, der die normalen Handelsbeziehungen wiederherstellte; damit war auch der Weg zu den üblichen Artigkeiten zwischen den beiden Staaten freigegeben. Nach der Ermordung des Königs Humbert in Monza (19. Juli 1900) folgte auf den bedingungslosen Anhänger des Dreibundes ein Erbe, der überwiegend aus den guten Gründen einer Vernunftehe am Dreibund festhielt - das konnte das Tempo des Umschwungs nur beschleunigen. So erfolgte denn auf dem Gebiete der Außenpolitik, auf dem der Dreibund den ausgreifenden Italienern niemals genug geleistet hatte, der zweite Schritt, der Notenaustausch vom Dezember 1900,[150] in dem Italien und Frankreich sich wechselseitig ihr Desinteressement an Marokko bzw. an Tripolis aussprachen. Wie gefährlich es werden konnte, wenn Italien die Zukunft seines Tripolis-Interesses durch einen konnexen Vertrag mit der französischen Marokkopolitik verknüpfte,[151] war damals noch nicht vorauszusehen; aber daß der Minister Visconti-Venosta es für erlaubt hielt, den Vorgang seinen Bündnispartnern zu verschweigen, gab doch schon zu denken. Zwar erklärte der junge König sich bereits im Mai 1901 fest entschlossen, den (im Juni 1902 ablaufenden) Dreibund zu erneuern, und Prinetti gelobte feierlich, wohl die Freundschaft Frankreichs dem Dreibunde, aber niemals den Dreibund der Freundschaft Frankreichs opfern zu wollen, aber als die Frage der Erneuerung des Dreibundes herannahte, war auch der Schleier von dem Tripolis-Marokko-Abkommen hinweggezogen - die Verknüpfung schon stellte die deutsche Politik vor eine nicht leichte Entschließung.

In demselben Augenblicke, wo zwischen Berlin und Rom zuerst von Erneuerung und Tripolis gesprochen wurde, im Januar 1902, war in London der große Umschwung eingeleitet worden, und es lag nahe, daß die im Keimen begriffene englisch-französische Entente gerade nach der italienischen Seite über ihren Kreis hinauswirkte. Es geschah dadurch, daß England das italienisch-französische Tripolis-Marokko-Abkommen anerkannte[152] und **dieses** italienische Interesse seinen Plänen einfügte. Für die Dreibundsverhandlungen, die von Januar bis Mai 1902 dauerten, war es bedeutsam, daß sie auf diesem (damals noch kaum erkennbaren) Hintergrunde sich vollzogen. Die Erneuerung des Dreibundes brachte allerdings keine Änderung;[153] die italienischen Versuche, sie mit dem neuen Handelsverträge zu verknüpfen oder Tripolis und Balkanfragen in den Vertrag aufzunehmen, hatten keinen Erfolg. Aber gewisse Begleiterscheinungen waren das Neue. Prinetti hatte dem französischen Botschafter Barrère versprochen, daß der Vertrag nichts Aggressives gegen Frankreich enthalten würde, und ging darauf aus, eine derartige Wendung formell oder sinngemäß in den Vertrag hin-

einzubringen oder irgendwie die neue Dreibundsära unter diesem Zeichen ins Leben treten zu lassen. Er erreichte zwar seine Absicht nicht, aber verständigte Barrère noch vor Abschluß des Dreibundvertrages, über die Sache weiter verhandeln zu wollen. Schon die nächsten Reden, die Prinetti und Delcassé austauschten, ließen erkennen, daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde fortan nur nach Maßgabe eines moralischen Rückversicherungsverhältnisses zu Frankreich zu bewerten sein würde; in einem Notenaustausch vom 1. November 1902, der vor Berlin und Wien sorgfältig geheimgehalten wurde, übernahm Italien sogar eine vertragliche Verpflichtung.[154] Schon das erste Jahr der westmächtlichen Ententeverhandlung löste Italien praktisch halb aus seinem alten Bundesverhältnis heraus - so wurde das Unmögliche möglich, daß diese Dreibundmacht gleichzeitig sich den Dank der Westmächte um das Zustandekommen der *Entente cordiale* erwarb.[155]

Für den mehrfach unterbrochenen Fortgang der englisch-französischen Verhandlungen gab es keine wirksamere Ermutigung, als das Auftauchen einer antideutschen Pressewelle, wie sie nun periodisch mit steigender Wucht einsetzt. Ein geringfügiger Anlaß konnte von einem Tage zum anderen eine Explosion hervorrufen. Als im August 1902 die Burengenerale Botha, Dewet und Delarey in London empfangen worden waren, begaben sie sich zu dem Zwecke von Sammlungen auch auf den Kontinent; wie sie in Paris vom Präsidenten der französischen Republik empfangen wurden, gedachten sie auch einen Empfang durch den deutschen Kaiser zu erwirken.[156] Darin aber waren die Engländer gewillt, selbst wenn der Besuch auf dem amtlichen Wege durch den englischen Botschafter erbeten werden sollte, eine tödliche Beleidigung zu erblicken. Um die Deutschen einzuschüchtern, ließ Chamberlain das gröbste Geschütz auffahren. Einige Tage vor dem 14. September 1902 ließ er dem Baron von Eckardstein gegenüber seinem Groll gegen Deutschland freien Lauf.[157] Es habe lange gedauert, bis er und seine Kollegen sich darüber klar geworden seien, was diese ungebändigten Ausbrüche des Hasses gegen England bedeuteten. Im deutschen Volke habe sich augenscheinlich der Gedanke festgesetzt, daß es Deutschland im Laufe der Jahre mit Leichtigkeit gelingen könne, England und sein Kolonialreich zu Fall zu bringen und dessen gesamte Erbschaft anzutreten. Er selbst sei zwar davon überzeugt, daß derartig phantastische Ideen undurchführbar seien und jeder Versuch, dieselben in Taten umzusetzen, verhängnisvolle Konsequenzen zunächst für Deutschland haben werde. Trotzdem müsse die englische Politik mit dem Faktum eines anscheinend unüberwindlichen Hasses gegen England seitens der deutschen Nation in Zukunft rechnen. Gerade er, der einst für ein englisch-deutsches Zusammengehen eingetreten sei, wolle kein Hehl daraus machen, wie sich jetzt die Gesinnung Englands geändert habe. "Das englische Volk in allen seinen Schichten, sowohl im Mutterlande als auch in den Kolonien, sei jedoch jetzt von einem derartigen Hasse gegen Deutschland erfüllt, daß jedes Ministerium, selbst das stärkste, auf lange Zeit mit diesem Faktor würde zu rechnen haben." Einen Krieg mit Deutschland ohne weiteres vom Zaune zu brechen, daran könne selbstverständlich kein zurechnungsfähiger englischer Staatsmann denken. Irgendeine Provokation Deutschlands aber würde John Bull in ein derartiges "*temper*" versetzen, daß kein englisches Kabinett in der Lage wäre, sich demselben zu widersetzen. Zur Zeit des Krügertelegramms habe es sich in der öffentlichen Meinung um ein hysterisches Aufflackern gehandelt. Heute stehe die Sache viel ernster. Die Verstimmung und das Mißtrauen gegen Deutschland seien jetzt derartig allgemein und tiefgehend, daß viel geringere Provokationen als diejenigen des Jahres 1896 genügen würden, um alles in Flammen zu setzen. Aber ebenso wie England damals auf Frankreich mit Bestimmtheit habe rechnen können, so werde es auch künftighin stets in der Lage sein, einen, wenn nicht mehrere Bundesgenossen, selbst im letzten Moment zu finden. Als der Deutsche nach diesen unverhüllten Drohungen daran erinnerte, daß mehrere Anstrengungen, eine Koalition gegen England zustande zu bringen, lediglich durch die freundschaftliche Haltung des Kaisers und seiner Regierung vereitelt worden seien, trumpfte der Engländer vollends auf: untergegangen würde das englische Weltreich auch dann noch nicht sein, selbst wenn Deutschland statt einer freundschaftlichen eine feindliche Haltung beobachtet hätte. Man würde im Notfalle sich mit der einen oder anderen Macht oder Mächtegruppe auf dem Kompensationswege haben verständigen können.[158] Selbst Rußland hätte man jeden Augenblick gewinnen können, wenn auch für einen hohen Preis: "aber wenn es durchaus notwendig gewesen wäre, hätten wir denselben bezahlt."

Es war als wenn Chamberlain mit brutaler Deutlichkeit die deutschen Staatsmänner darauf aufmerksam machen wollte, daß das Konto des Burenkrieges der Vergangenheit angehöre und jede Illusion einer etwaigen englischen Dankbarkeit aus diesem Zeitabschnitt für immer begraben werden müsse; ja, er kündigte jetzt, um seine eigene Vergangenheit vollends abzutun, die Möglichkeit einer englischen Option für die französisch-russische Seite ohne viel Umschweife an. Dementsprechend bereitete er darauf vor, der bevorstehende Besuch des Kaisers werde an dem Tatbestand nichts ändern, man möge aus der Haltung der Presse keine falschen Schlüsse ziehen, denn die Verstimmung gegen die deutsche Nation in allen Kreisen der Bevölkerung habe bereits zu tiefe Wurzeln gefaßt.

So war denn Wilhelm II. bei seinem Besuch in Sandringham (4. bis 10. November 1902) tief betroffen über den Unterschied, der jetzt zwischen "*the Kaiser*" und "*the German Government*" gemacht wurde. Von allen Illusionen befreit, suchte er die empfangenen Eindrücke getreu wiederzugeben: "Sie sind politisch unerfreulich und müssen durch viel Geduld, Takt - auch im Auswärtigen Amt - und »Maul halten« unserer Presse überwunden werden. Geschieht das nicht, können sehr ernste Folgen unversehens heraufbeschworen werden. Also Vorsicht! Hier haben sie fünfunddreißig Panzerschiffe in Dienst, und wir acht!!, und werden um das Jahre 1905 in England an neuen Panzerschiffen, Kreuzern und Panzerdeckskreuzern 196 zum Dienst bereit sein gegen 46 bei uns!"[159]

Unmittelbar darauf sollte in einer denkwürdigen Episode der Nachweis geliefert werden, daß diese Richtung der öffentlichen Meinung bereits stärker war als die Regierung und im Ernstfalle die Führung an sich reißen konnte. Der Verlauf der Venezuela-Angelegenheit war ein sinnfälliges Zeichen, daß jener Strom, der die sich allmählich durchsetzende Kursänderung trug, schon mächtig genug geworden war, um einen Versuch des Kabinetts, auf einem entlegenen Nebenfluß mit den Deutschen zusammenzugehen, dergestalt zu durchkreuzen, daß der wohlgemeinte Anlauf nur die entgegengesetzte Wirkung hatte, die Wucht der deutschfeindlichen Bewegung zu verdoppeln.

In einem Bürgerkriege in Venezuela hatten deutsche, englische und andere Ansiedler schwere Schädigungen erlitten. Da die venezolanische Regierung sich in den Entschädigungsverhandlungen auf das schroffste ablehnend verhielt, hatte die deutsche Reichsregierung nach vorheriger Fühlungnahme mit den Vereinigten Staaten gegen Ende 1901 ein Geschwader hinübergeschickt und die Anwendung einer sog. Friedensblockade erwogen. Da gab die englische Regierung, die auf dem heißen Boden Venezuelas schon einmal in einen tiefen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten geraten war, von sich aus in Berlin ihre Bereitschaft zu verstehen, unter Umständen ein gemeinsames Vorgehen gegen Venezuela zur Befriedigung der Kriegsreklamationen zu vereinbaren - es war im Januar 1902, als die Wege sich bereits zu trennen begannen. Immerhin war das Auswärtige Amt nicht abgeneigt, auf den Gedanken einzugehen, nur entschied der Kaiser, mit sicherem Blick für die amerikanischen Empfindlichkeiten, daß man an die Durchführung erst nach der Amerikareise des Prinzen Heinrich (Februar/März 1902) herantrete, die einer Belebung der Sympathien zwischen den beiden Völkern zu dienen bestimmt war. So kam der Reichskanzler Bülow erst im Herbst 1902 auf die Angelegenheit zurück. Die venezolanische Regierung hatte inzwischen ihr völkerrechtwidriges Verhalten in herausfordernder Weise fortgesetzt, in der Erwartung, sich im schlimmsten Falle in den Mantelfalten der Monroedoktrin verstecken zu können.

Die Reichsregierung wollte den Eindruck nicht aufkommen lassen, daß die Auslanddeutschen fremder Willkür preisgegeben seien, und fürchtete, wenn sie ihr gutes Recht nicht wahre, ihr Ansehen in Mittel- und Südamerika empfindlich zu schädigen. So knüpfte sie denn an die zu Beginn des Jahres von London gezeigte Bereitwilligkeit an und fragte an, ob man jetzt zu einer gemeinsamen Aktion bereit sei. Die englische Regierung, längst entschlossen ihre Ansprüche in Venezuela unter allen Umständen durchzusetzen, ging ohne Zögern auf die Sondierung ein. Trotz des in der allgemeinen Politik schon eingeschlagenen "französischen" Kurses mochte ihr daran liegen, ihren guten Willen in einem gemeinsamen Vorgehen auf einem Nebenschauplatz zu bezeugen und, da der Schritt nun einmal unvermeidlich war, wenigstens auf diesem gefährlichen

Boden den Deutschen an der Seite zu haben. Nachdem der Kaiser das Unternehmen gebilligt hatte, schlug die englische Regierung Anfang November 1902 eine gemeinsame Aktion in der Weise vor, daß jede Regierung bei den weiteren diplomatischen Schritten in Caracas auch auf die gleichartige Beschwerde der anderen Regierung hinweisen würde; für den Fall der Ablehnung sollte in erster Linie die Beschlagnahme sämtlicher venezolanischer Kriegsfahrzeuge erfolgen; im weiteren Verlaufe wurde auch die Blockade der venezolanischen Küste nach gemeinsamen Grundsätzen in Aussicht genommen. Die näheren Verabredungen erfolgten während des Besuches, den der Kaiser dem König Eduard VII. in Sandringham abstattete. Schon am 17. November sprach eine amtliche Mitteilung der englischen Regierung die Bereitschaft aus, gemeinschaftlich mit Deutschland für die beiderseitigen Forderungen einzutreten, dergestalt, daß ein Zurücktreten nur in wechselseitigem Einverständnis erfolgen dürfe. Die Dinge nahmen einen raschen Verlauf. Nachdem von Venezuela eine unbefriedigende Erklärung eingegangen war, wurde das Vorgehen auch in Washington zur Kenntnis gebracht; der Staatssekretär Hay bedauerte zwar die Einmischung einer europäischen Macht in die Angelegenheiten einer südamerikanischen Republik, aber erkannte doch an, daß europäische Mächte das Recht beanspruchen müßten, ihre Interessen in Südamerika wahrzunehmen. Nachdem England und Deutschland am 7. Dezember gemeinsam ein 24stündiges Ultimatum gestellt hatten, wurden am nächsten Tage die venezolanischen Kriegsschiffe in La Guaira weggenommen und großenteils versenkt; einige Tage später wurde von einem deutschen und einem englischen Schiffe ein Fort zerstört.

Die beiden Mächte waren durchaus einmütig in das Unternehmen hineingegangen. Der ernste Wille Lansdownes zur gemeinsamen Aktion wurde in Berlin im vollen Umfange erwidert, ein Versuch Venezuelas, die Deutschen durch Befriedigung ihrer Ansprüche abzuspalten, in loyaler Weise abgelehnt; auch Bülow hielt es für dringend erwünscht, "den Engländern die Überzeugung beizubringen, daß wir mit ihnen rückhaltlos Hand in Hand gehen." Diese durch die ganze Dauer der Unternehmung aufrechterhaltene Einmütigkeit der Regierungen sollte durch die öffentliche Meinung auf eine schwere Probe gestellt werden.

Schon gleich nach dem Beginn der Demonstration hatten die *Times* sich aus Washington melden lassen, daß die Schuld an dem unnötig scharfen Vorgehen den Deutschen, nicht den Engländern zuzuschreiben wäre. Und obgleich man in Berlin keineswegs darauf bedacht war, als Haupturheber der ganzen Aktion zu erscheinen,[160] wurde der Deutsche allerseits in den Vordergrund gerückt. Überall tauchte in der englischen Presse die Sorge auf, es möchte das deutsch-englische Vorgehen zu einer Abkühlung mit den Vereinigten Staaten führen. Mit einem Schlage trat eine völlige Verschiebung des Bildes ein, von London bis Washington, und wenn es auf die öffentliche Meinung angekommen wäre, so hätte es nicht geheißen, in des Weges Mitte, sondern von dem ersten Schritte an verließen die Begleiter ihn. Was von der öffentlichen Meinung in England galt, war ebensogut von der Königlichen Familie, von der Stimmung in beiden Parteien des Parlamentes, ja bald vom Kabinett selbst zu sagen. In Newyorker Finanzkreisen war man schon am 16. Dezember der Ansicht, daß England, besonders mit Rücksicht auf die Haltung des Parlaments, sich leicht von Deutschland ablösen und den Amerikanern hinter dem Rücken der Deutschen die Hand reichen könne. Als die venezolanische Regierung in Washington den Vorschlag der Einsetzung eines Schiedsgerichtes machte, war drüben nur eine Stimme, das Schiedsgericht im Prinzip anzunehmen. Lansdowne selbst gestand, daß eine starke Strömung im Kabinett dazu neige, die ganze Sache durch Schiedsgericht zum Austrag zu bringen, um dem heftigen Widerspruch im Parlament und im Lande aus dem Wege zu gehen.

Und nun ergab sich eine Situation, in der die versteckte Neigung der Amerikaner, den europäischen Mächten doch noch in den Weg zu treten, und die raffiniert angelegte deutschfeindliche Hetze in der englischen Presse sich von Tag zu Tage stärker in die Hände arbeiteten. Demgegenüber erschien das Kabinett Lansdowne einfach ohnmächtig. Metternich urteilte schon am 16. Dezember: "Wenn die englische Regierung durch Parlament und Presse gedeckt wäre, brauchte man sich um

amerikanische Anmaßung nicht zu kümmern; gegen das eigene Land und gegen die Stimmung in den Vereinigten Staaten sei die englische Regierung auf die Dauer zu schwach, um bei der Stange zu bleiben." In klarer Erfassung dieser Lage bekannte sich Bülow sofort zu dem Grundsatz, "bei der weiteren Behandlung der Frage nicht denjenigen Elementen in England Munition zu ihrem Kriege gegen die Regierung zu liefern, welche das Zusammengehen Englands mit Deutschland von Haus aus verurteilen". Er nahm die englischen finanziellen Vorschläge an und riet, den Vereinigten Staaten selber den Schiedsspruch zuzuleiten.

So nahm denn die amerikanische Regierung, die unter der Hand schon auf baldige Lösung hindrängte, am 24. Dezember den Schiedsgerichtsvorschlag an, doch lehnte Präsident Roosevelt die persönliche Übernahme des Schiedsrichteramtes ab. Venezuela ging auf die Vorbehalte ein, unter denen die drei Blockademächte England, Deutschland und Italien den Schiedsgerichtsweg beschritten.

Die seit dem 20. Dezember 1902 bestehende Blockade sollte, bevor sie durch diese Verhandlungen außer Kraft gesetzt wurde, nicht ohne einen schärferen Zwischenfall verlaufen. Das an der Blockade beteiligte deutsche Kanonenboot "Panther" wurde am 17. Januar 1903 von einem venezolanischen Fort unter Feuer genommen und antwortete, wie es jedes andere Schiff in gleicher Lage ebenfalls getan haben würde, damit, daß es das Fort zerstörte. Dieser Vorfall gab, da er sich kurze Zeit vor dem Verhandlungsabschluß ereignete, sowohl der amerikanischen Nationalerregung als der deutschfeindlichen Bewegung der englischen Presse einen willkommenen Anlaß, das stärkste Geschütz gegen den Störenfried aufzufahren. Der deutsche Botschafter urteilte über diese neue Hetze am 19. Januar 1903: "Solange ich England kenne, habe ich noch niemals hier eine solche Erbitterung gegen eine andere Nation wahrgenommen wie jetzt gegen uns. Es beruht das **nicht** in erster Linie auf Handelsrivalität, sondern es ist der Ausdruck der Stimmung, welche infolge des Verhaltens des deutschen Volkes während des Burenkrieges jetzt hier ihren Widerhall findet. Es würde nichts nützen, die Hand zur Versöhnung zu reichen, sie würde einfach zurückgestoßen werden."[161]

Damit war, ohne irgendein Verschulden von deutscher Seite, aus einer Angelegenheit zweiter oder dritter Ordnung eine solche von höchstpolitischem Gewicht geworden: die ganze Tiefe des deutsch-englischen Gegensatzes wurde erst während und vermöge einer (an sich untergeordneten) Aktion sichtbar, in der Deutschland und England loyal zusammengingen. Es blieb der deutschen Regierung nichts anderes übrig, als auch die amerikanischen Winke, sie von der englischen Haltung zu trennen, zu überhören und bei dem Ausgleich die englischen Wünsche in allen Einzelfragen durch Nachgiebigkeit zu unterstützen. Schon befürchteten Balfour und Lansdowne im anderen Falle ernste parlamentarische Schwierigkeiten, wenn nicht gar den Sturz des Ministeriums; sie besorgten gleichzeitig, daß dann auch die Mißstimmung gegen Deutschland ganz elementar durchbrechen würde, und baten geradezu in Berlin, zu vermeiden, daß ein Stachel zurückbleibe. Der König ging schon so weit, die Erledigung für wichtiger als die Geldforderungen zu bezeichnen, um derentwillen das Ganze unternommen war. Mit vollem Recht hielt ihm der deutsche Botschafter vor, "daß die gemeinsame gerechte und maßvolle Aktion gegen Venezuela nur deshalb einer so unerwünschten und erregten Beurteilung in der Öffentlichkeit begegne, weil die englische Presse in blinder Gehässigkeit von Anfang an die Sache verdreht und der deutschen Regierung alle möglichen unwahren und phantastischen Motive untergeschoben habe, so daß schließlich auch die öffentliche Meinung in Amerika dem englischen Beispiel gefolgt sei".[162] Noch hatte die Verhandlung einige Schwierigkeiten zu überwinden, da Amerika, um den Präzedenzfall zu vermeiden, nicht die blockierenden Mächte (die Gewalt gebraucht hatten) vor den anderen in der Zahlung begünstigt sehen wollte. Lansdowne war auch hier zum Nachgeben bereit, und Bülow hielt, als erneute Versuche in Washington Deutschland von England zu trennen sich bemühten, an seinem Partner fest: "Wir sind fest entschlossen, mit England durchaus zusammenzugehen und uns auf nichts einzulassen, was nicht der mit England getroffenen Verständigung entspricht."[163] Am 13. Februar war die ganze Angelegenheit erledigt, im letzten Stadium nicht einmal unbefriedigend für

die deutschen Forderungen, aber wer fragte von Washington bis Berlin nach dem Schadenersatz einer südamerikanischen Räuberrepublik, wo in dieser Episode ganz andere Unwägbarkeiten in der Seele eines großen Kulturvolkes wie durch einen Scheinwerfer taghell beleuchtet worden waren!

Die beiden Regierungen konnten, als sie aus dem ganzen Unternehmen ausschieden, gegenseitig nur ihr loyales Verhalten anerkennen.[164] Aber schon hatte es sich herausgestellt, daß es zwischen London und Berlin auf andere Dinge ankomme als die diplomatische Geschäftsführung, auf unterirdische Kräfte, die unwiderstehlich über den Willen eines Kabinetts hinwegschritten. Wenn das Ganze unter dem Gesichtspunkt einer wünschenswerten Gemeinsamkeit des Vorgehens unternommen worden war, so stand man jetzt vor der Erkenntnis eines Irrtums. Man konnte sich auf deutscher Seite nicht verhehlen, daß gegen "den amerikanischen Fetisch im Bunde mit der Abneigung gegen Deutschland eine englische Regierung nicht aufkommen könne". In den Bündnissondierungen der letzten Jahre war diese Abneigung von beiden Seiten immer in Rechnung gestellt worden: die Probe auf das Exempel war noch schlechter ausgefallen, als man hatte erwarten können. Lag es daran, daß es schon zu spät war? Man mochte in Berlin nachträglich erwägen, ob die Aktion anders ausgelaufen sein würde, wenn sie, wie ursprünglich geplant, schon drei Vierteljahre früher (Januar 1902) begonnen worden wäre. Ich kann mich dem Glauben nicht entziehen: auch wenn man damals - anknüpfend an die Erbietungen, die Lansdowne Ende Dezember 1901 an Metternich gemacht hatte - in dieses Unternehmen hineingegangen wäre, würde man die gleiche schwere Enttäuschung davongetragen haben. Das "Zusammengehen" wäre in diesem Falle vermutlich schon im Frühjahr 1902 begraben worden.[165] Damit rückt dann das kleine Programm dieses Trostvorschlages, in dem mancher noch heute das letzte Heil sehen möchte, nachträglich in die richtige Beleuchtung.

So hatten diejenigen politischen Kräfte, die unter allen Umständen eine deutsche Orientierung Englands vermieden sehen wollten und schon von verschiedenen Seiten her der entgegengesetzten Orientierung den stärksten Vorschub leisteten, ihren ersten sichtbaren Sieg davongetragen. Das war im Lande der *public opinion* entscheidend. Für jede künftige englische Staatsleitung enthielt die Venezuela-Episode die Lehre (wenn es ihrer noch bedurft hätte): *vestigia terrent*. Das galt nicht nur für die Regierungspartei. Der deutsche Botschafter war durchaus im Recht, wenn er dem Führer der Opposition, Lord Rosebery, vorhielt, daß dieser in der Tiefe wurzelnde und auf die Gesamtrichtung der Politik übergreifende Deutschenhaß eine viel bedenklichere Sache für das Verhältnis beider Völker sei als die sentimentale deutsche Anglophobie im Burenkriege.[166] Aber er verfehlte seinen Eindruck, weil man im anderen Lager überwiegend mit der Tatsache dieser Wendung einverstanden war.

Schon die bloße Kombination hatte ausgereicht, um einen den Deutschen ungünstigen Weltwind in der öffentlichen Meinung hervorzurufen, in den auch die Franzosen tapfer hineinbliesen.[167] Zum ersten Male hatte alle Art von übler Nachrede über die bedrohlichen deutschen Begehrlichkeiten auf ihrer Reise um den Erdball die systematische Unterstützung des anglo-amerikanischen Pressedienstes gefunden,[168] und im nächsten Jahrzehnt sollte das liebevolle Bemühen niemals aufhören, den Amerikaner die Deutschen und ihre frevelhaften Absichten so sehen zu lassen, wie es dem englischen Interesse entsprach.

Unmittelbar nach dem Ablauf der Venezuela-Episode sollte sich zum zweiten Male zeigen, daß die deutsch-feindliche Strömung, die soeben mit Erfolg den Taktstock geführt hatte, stark genug angeschwollen war, um der Regierung wider ihren Willen den Weg vorzuschreiben: das geschah in der Frage des Bagdadbahn-Unternehmens. Lord Lansdowne hatte sich im Frühjahr 1902 zugunsten der deutschen Pläne ausgesprochen, vorausgesetzt, daß das englische Kapital in gleichem Maße beteiligt werde.[169] Im November 1902 hatte eine Konferenz der britischen Admiralität, des Auswärtigen Amtes, des Ministeriums für Indien und des Kriegsministeriums sich einmütig gutachtlich dahin geäußert, "daß es ein großer Fehler sei, das Projekt zu bekämpfen, das wir im Gegenteil nach besten

Kräften fördern sollten; vorausgesetzt, daß wir einen angemessenen Anteil an der Kontrolle der Bahn und ihres Ausgangs zum Persischen Golf erlangen können".[170] Dementsprechend verhielt sich das britische Auswärtige Amt wohlwollend, als sich ein englisches Finanzkonsortium bildete, das mit gleichem Anteil in das Unternehmen eintreten wollte und von der Regierung gewisse grundsätzliche Garantien erbat (Beisteuer für indische Postbeförderung, Erhöhung der türkischen Zolleinnahmen; Endstation in Kueit am Persischen Golf), die für die Sicherstellung des Erfolges für erforderlich gehalten wurden. Lansdowne sah keinen Grund, diese Vorschläge nicht in Betracht zu ziehen.[171]

Als am 13. April 1903 die Konstituierung der *Societé Impériale Ottomane des chemins de fer de Bagdad* in Konstantinopel erfolgte, schien nach langem Bemühen die Grundlegung des von Kaiser Wilhelm II. auf seiner Orientreise aus der Taufe gehobenen Unternehmens sichergestellt zu sein. Freilich mußte es sich, um nur so weit zu kommen, einer weitergehenden Internationalisierung in der Verwaltung und Kapitalbeschaffung unterziehen, als die deutschen Urheber und Führer ursprünglich sie vorgesehen hatten; der Nutzen der englischen Mitbeteiligung lag darin, daß das Werk rascher gefördert wurde und daß die deutsche Politik durch die stärkere Betonung der Internationalität sich den Russen gegenüber, denen das Unternehmen ein Dorn im Auge blieb, freier fühlte.

In diesem Augenblicke aber hatte in London schon ein leidenschaftliches Kesseltreiben gegen das "deutsche Unternehmen" eingesetzt. Die *National Review* hatte in ihrer Aprilnummer den Ton angegeben, der *Spectator* folgte mit einer höchst gehässigen Artikelserie; überall hallte es wieder, daß die Bagdadbahn eng mit der deutschen Regierung verknüpft sei und die britischen Interessen schädige; eine Anfrage im Unterhause erfuhr am 7. April nur eine vorläufige Beantwortung. Lansdowne blieb trotzdem fest; er sprach sich am selben Tage zu den Finanzmännern nachdrücklich gegen jede Änderung der Haltung aus. Er war überzeugt, daß die Bahn schließlich doch gebaut werden würde und daß es ein nationales Unglück sei, wenn dieses ohne britische Beteiligung geschähe. Er verhehlte sich nicht im geringsten: "Ohne das deutschfeindliche Fieber, an dem das Land leidet, würden wir meiner Überzeugung nach, wenn wir diese Ansichten vertreten und nach ihnen handeln, allgemeine Unterstützung finden."[172] Dementsprechend wäre er nach seiner eigenen Aussage geneigt gewesen, an seiner Überzeugung festzuhalten, wenn nicht der immer stärker angewachsene Sturm der öffentlichen Meinung zuerst die Zuversicht des Londoner Finanzsyndikats gebrochen hätte.[173] Dann aber trat die Regierung den Rückzug an. Man fand die Formel, daß auch eine durchgehende Internationalisierung der Anatolischen Eisenbahngesellschaft zur Bedingung gemacht werden müsse. Am 23. April 1903 beantwortete Balfour die neue Anfrage im Unterhause dahin, daß die Regierung die gewünschten Erklärungen nicht geben könne, da eine zwischen der Türkei und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft geschlossene Konvention das ganze Projekt eines Eisenbahnnetzes über Kleinasien bis zum Persischen Golf völlig in den Händen einer unter deutscher Kontrolle stehenden Gesellschaft belasse.[174] Indem die englische Regierung selbst die Hand von dem kleinasiatischen Unternehmen der Deutschen zurückzog, zeigte sie bereits den Russen in der Ferne eine Möglichkeit, sich über ihre gemeinsamen Interessen im nahen Orient gegen den mitteleuropäischen Rivalen zu verständigen.

Der unrühmliche Rückzug der englischen Regierung vor der öffentlichen Meinung des Königreichs war der zweite symptomatische Vorgang von schwerwiegender Bedeutung. Man kann sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frontverschiebung, die durch den Abbruch der deutsch-englischen Verhandlungen und die Aufnahme der englisch-französischen Verhandlungen eingeleitet war, eine ausgesprochene Feindseligkeit in sich barg. Die Regierung hatte im Dezember-Januar wie im April 1903 die Schroffheit der Wendung verdecken mögen, sie war ohnmächtig gegenüber den Gewalten, die auf der ganzen Linie die Konsequenzen gezogen wissen wollten.[175]

Jetzt schon, lange bevor das englisch-französische Abkommen sich seinem Abschlusse näherte, war eine vor aller Welt sichtbare Veränderung eingetreten. Es konnte nicht anders sein, als daß dieser

Umschwung, der durch die Episoden von Venezuela und Bagdad ausgelöst worden war, einen tiefen Eindruck in Paris machte. Die deutsche Diplomatie stellte fest, daß nach dem Entgegenkommen des Ausstellungsjahres seit etwa dem Dezember 1902 ein vollkommener Rückschlag eingetreten sei. Seitdem lasse sich Herr Delcassé auf politische Unterhaltungen mit dem Kaiserlichen Botschafter überhaupt nicht mehr ein; während Vertreter anderer fremder Mächte stundenlang beim Minister weilten, verabschiede er den Fürsten Radolin schon nach kaum fünf Minuten,[176] so daß die Verkehrsform bei aller äußeren Korrektheit fast ungezogen sei.[177] Um die öffentliche Meinung Frankreichs, in der noch viel alter Groll gegen England lebte, stärker auf den neuen Weg herüberzuretten, setzte König Eduard selbst seine Persönlichkeit ein. Er hatte im April 1903 die Reihe seiner europäischen Antrittsbesuche begonnen in Lissabon und hatte hier in herzlichen Worten davon gesprochen, daß die unversehrte Erhaltung der portugiesischen Länder und Kolonien eines der ihm am meisten am Herzen liegenden Ziele sei. Der Besuch des Königs in Paris (1. bis 4. Mai 1903) war sein eigenstes Werk, aus seiner eigenen Initiative hervorgegangen - der anfangs kühle Empfang wurde durch das mit Vorbedacht in den Reden des Königs wiederkehrende Wort der "Freundschaft" in eine ungewöhnlich herzliche Temperatur versetzt, und die Stimmen aus nationalistischen Kreisen, die, zum Teil aus dem russischen Lager angefeuert, sich dem englischen Kurse widersetzten, kamen bald zum Schweigen. Der politische Instinkt der Franzosen lehrte sie, daß nicht ein Monarchenbesuch stattgefunden habe wie andere auch, sondern daß eine politisch bedeutungsvolle Annäherung der Völker vorbereitet worden sei.



Zusammenkunft Kaiser Wilhelms II. und König Eduards VII. in Homburg 1903.

Mußte die Summe dieser Ereignisse, zusammengehalten mit dem rapiden Gange der deutsch-englischen Entfremdung, nicht die höchste Beunruhigung bei den deutschen Staatsmännern auslösen? Man sucht sich vorzustellen, wie der von dem Albdruck der Koalitionen gepeinigte Bismarck sich mit Sorgen und Gegenmaßregeln erfüllt haben würde. Noch überwog aber bei Holstein die Vorstellung, daß jede Koketterie Delcassés mit England auf Kosten des französisch-russischen Bündnisses gehe und somit automatisch der deutschen Politik den Weg nach Petersburg wieder eröffne: daß vor allem das englisch-japanische Bündnis eine unübersteigliche Kluft zwischen England und Rußland aufgerissen habe. Das war eine nicht ganz unbegründete Rechnung,

aber wie lange und in welchem Umfange sie zutreffen würde, darin lag das Problem. Auch Bülow war der Überzeugung, daß die Politik Delcassés erst dann für Deutschland bedenklich werden würde, wenn es ihr gelinge, auch zwischen England und Rußland die Annäherung und damit die in den 70er Jahren von Gambetta angestrebte französisch-englisch-russische Entente herbeizuführen. Sonst würde Frankreichs Werben um England die deutsche in allen für Rußland wichtigen Fragen russenfreundliche Politik in Petersburg in noch hellerem Lichte erstrahlen lassen und den Grafen Lamsdorff in dem Gedanken bestärken, daß das alte Dreikaiserbündnis für die russische Autokratie alles in allem die beste Kombination sei. So schloß denn Bülow mit dem fatalen Satze: "Von heute auf morgen werden sich die bestehenden Gruppierungen aber nicht ändern, und wir können *meo voto* die Dinge gar nicht pomadig genug nehmen."[178]

Diese oberflächliche Stimmung übersah zweierlei. Einmal die Intensität der politischen Triebkräfte, die von Paris und London zueinander hindrängten. Diese Annäherung besaß etwas, was die englisch-deutsche Annäherung, wenn sie zustande gekommen wäre, niemals besessen haben würde: sie war das Produkt einer gemeinsamen Abneigung. "Ohne die deutsch-englische Entfremdung würde eine englandfreundliche Stimmung in Frankreich nicht möglich geworden sein, und Herr Delcassé hätte bis zur Erfüllung seiner Wünsche noch lange warten müssen. Ohne die Abneigung gegen Deutschland hätte die englische Presse nicht seit Monaten an einer Aussöhnung mit Frankreich arbeiten, noch Herr Cambon versöhnliche Reden halten können".[179] Wenn dem aber so war, so mußte der gleichgerichtete Wille, sobald er die äußere Fühlung erreicht hatte, seine Aktivität in Richtung auf das gemeinsame Ziel immer weiter steigern und schließlich zu einem Instrument werden, das über die vorsichtige Berechnung der Staatsmänner, die es geschaffen hatten, weit hinausging und eher den elementaren Triebkräften entsprach, aus denen es entsprungen war.

Und zweitens: auf beiden Seiten mußte alles daran gesetzt werden, zu vermeiden, die neue Verbindung den Deutschen dadurch erträglicher zu machen, daß man sie auf Kosten des russisch-französischen Bündnisses vertiefte. In London und Paris mußte man sich sagen, daß die Entente nur lebensfähig sein würde, wenn es gelänge, das Dreieck zu schließen. In London erblickte die von der *National Review* und dem *Spectator* vertretene politische Tendenz ihre Aufgabe darin, gerade an dieser Stelle die Brücke zu schlagen, und sie konnte die Bagdadbahn-Episode bereits als einen ersten Triumph verzeichnen. Der Gedanke lag so nahe, daß selbst ein Diplomat von so wenig Sachlichkeit und Zuverlässigkeit wie der Freiherr von Eckardstein sich damals verpflichtet fühlte, obwohl er den Dienst schon verlassen hatte, eine ernste Warnung auszusprechen und vor allem die Auffassung als falsch zu bezeichnen, daß jede englisch-französische Annäherung einen Keil in das russisch-französische Bündnis treiben würde.[180] Freilich, die Anzeichen, die er zu sehen glaubte, trafen noch nicht zu. Der neue Dreibund, den er schon sich zusammenziehen sah, lag noch in weitem Felde. Die Warnung war in ihren Tatsächlichkeiten verfrüht, aber in ihren dynamischen Möglichkeiten richtig vorhergesehen, und man ist überrascht, daß sie innerhalb der deutschen Diplomatie nur auf ihren ersteren Gehalt hin, nicht aber auf die von ihr angekündigten latenten Gefahren hin gewürdigt wurde.

Gewisse Symptome, daß die Gefahren eines Tages näher rücken könnten, waren nicht zu verkennen. Die Arbeit der englisch-französischen Ausgleichsverhandlungen war gegen Anfang September 1903 soweit vorgerückt, daß sie einer generellen Nachprüfung im englischen Kabinett unterworfen wurde: am 1. Oktober wurde das Ganze dort angenommen. Gleich darauf wurde am 14. Oktober ein englisch-französischer Schiedsgerichtsvertrag beschlossen, der den diplomatischen Verabredungen der Kabinette einen populären Unterbau verschaffte, und es war ein symbolischer Vorgang, daß sogar der Zar diese Entwicklung, statt sie mit kritischen Augen zu betrachten, eines besonderen Glückwunschtelegramms würdigte.

Es gehört zu der landläufigen Argumentation der englischen und der französischen Betrachtungen über die Entente von 1904, daß sie von Haus aus nur für Friedenszwecke, die Reibungsflächen

beider Machtbereiche in der Welt zu beseitigen, bestimmt gewesen sei und daher in ihrem Verhandlungsablaufe von Januar 1902 bis zum April 1904, wie ein Blick in die Akten erweise, auch keinerlei Spitze gegen Deutschland jemals habe sehen lassen. Daß sich dergleichen Dinge nicht in den Akten finden, liegt in der Natur der Gegenstände begründet, die in den Akten behandelt werden, und wird durch die alte englische Tradition erleichtert, die Akten so zu gestalten, daß sie rein geschäftlich auch für das Parlament und die Öffentlichkeit sich als ostensibel darstellen: das allein schon hält vor Betrachtungen zurück, die über den Augenblick hinweg in künftige Ziele und Möglichkeiten hineinreichen. Die Auffassung von dem an sich harmlosen Sachcharakter der englisch-französischen Entente, der erst später durch den Gegenstoß Deutschlands gegen Frankreich zu etwas ganz anderem gemacht worden sei, ist sogar in die deutsche Geschichtsbetrachtung übergegangen.[181] Aber schon die Nebenumstände, unter denen sich in der öffentlichen Meinung Englands in den Jahren 1902/03 die Ablösung von der einen und die Hinwendung zu der anderen Seite vollzogen hat, sollte davor warnen, die politische Idee dieser Umgruppierung in lauter regionalen Einzelheiten zu suchen, statt in der fundamentalsten Machtverschiebung, die auf dem Erdball seit 1871 sich vollzogen hatte und nur sehr langsam und vorsichtig dem politischen Bewußtsein der Völker erschlossen wurde.

Die Häupter des englischen Weltreiches wußten natürlich, was sie taten, wenn sie in dieser Konstellation die Hände nach Paris hinüberstreckten, und sie wußten nicht minder, in welchem Geiste sie an dieser Stelle aufgenommen wurden. Nur an einzelnen Stellen sieht man in ihre Gedankengänge hinein. Lord Cromer, der weitblickende Prokonsul Ägyptens, der während der Verhandlung mit dem Auswärtigen Amte in besonders enger Fühlung stand, schrieb am 27. November 1903 an Lord Lansdowne:[182] "Nach den Mitteilungen des französischen Agenten stelle ich nur vor, daß Delcassé die Hoffnung hegt, wir würden möglicherweise zu einer Einigung mit Rußland kommen und auf diese Weise Deutschland isolieren. In der Tat, ich komme nicht um den Gedanken herum, daß für die französische Regierung dieses einer der Hauptreize des ganzen Projektes ist." Die Verhandlung mit Rußland sei schwierig, aber einen Versuch sei es schon wert. Nachdem er seit 20 Jahren in diesen Geschäften stehe, könne er sich nicht einer so günstigen Gelegenheit wie der gegenwärtigen erinnern. Wenn er skeptisch sei, so sei der Grund, daß voraussichtlich die allzu hohen Forderungen von Militär und Marine und die Vorliebe für fiskalische Kämpfe die ganze hohe Bedeutung der gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen herabdrücken würden. "Inzwischen schien mein französischer Kollege den Gedanken ganz freundlich aufzunehmen, daß, wenn die Deutschen das englisch-französische Abkommen nicht annehmen sollten, wir ohne sie vorangehen sollten. Das ist natürlich genug. Es liegt offensichtlich im französischen Interesse, daß wir uns mit Deutschland überwerfen sollen."

Es ist nur ein Bruchstück des Quellenmaterials, das sich nicht ergänzen läßt, aber es reicht aus, um Zeugnis dafür abzulegen, daß schon während der schwebenden englisch-französischen Verhandlung das Endziel der politischen Isolierung Deutschlands auf der einen Seite heimlich herbeigesehnt und auf der anderen Seite jedenfalls nicht verworfen wurde.

Als am 12. April 1904 endlich der Inhalt des englisch-französischen Abkommens veröffentlicht wurde, geschah es in einem Augenblicke, da durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges eine Machtfrage von ganz anderen Dimensionen und unabsehbaren Folgen sich erhoben hatte. Gleichsam in dem Schatten dieses immerhin vergänglichen Elementarereignisses wagte sich der zweite, im weltgeschichtlichen Sinne unendlich viel folgenreichere Vorgang in die Öffentlichkeit, und einen Augenblick mochte es so scheinen, als ob seine eigentliche Bedeutung nur darin zu sehen sei, daß nach dem Zusammenprall der russischen und der japanischen Macht sich ihre beiderseitigen Verbündeten, der Engländer hier und der Franzose dort, durch ein geschicktes Ausräumen aller gemeinsamen Reibungsflächen in der Welt dagegen versicherten, in den Brand hineingezogen zu werden. Es war zu verstehen, daß die deutsche Reichsregierung in dem Zeitpunkte der Veröffentlichung des englisch-französischen Abkommens sich zurückhielt. Bülow wollte sich am 12. April

im Reichstage noch nicht äußern, da die beteiligten Staaten noch keine offizielle Erklärung abgegeben hätten; er habe aber keinen Grund zu der Annahme, daß der Vertrag eine Spitze gegen eine dritte Macht habe.

Um so begreiflicher war, daß der Kaiser, der damals auf einer Mittelmeerreise begriffen war, in der Tiefe beunruhigt in die Zukunft sah: "Das jüngste englisch-französische Abkommen gibt mir doch nach mancher Richtung hin zu denken. Ich finde, daß die Franzosen den Vorteil ihrer augenblicklichen Lage mit bemerkenswertem Geschick ausgenutzt haben. Sie haben es fertiggebracht, ohne das Band mit Rußland zu lockern, sich von England ihre Freundschaft teuer bezahlen zu lassen. Die präponderierende Stellung, die sie nunmehr in Marokko erlangt haben, ist unstreitig ein großer Gewinn für sie, den sie mit der Aufgabe des Restes ihrer mehr theoretischen als faktischen Rechte in Ägypten billig eingeheimst haben. Da unsere Handelsinteressen in Marokko bedeutend sind, hoffe ich, daß unsererseits für die notwendigen Garantien gesorgt ist, damit unser Handel dort nicht leidet. England andererseits hat in Ägypten genug freie Hand erlangt. Die möglichen Reibungspunkte mit Frankreich sind durch das Abkommen mit England wesentlich eingeschränkt worden, und letzteres hat an Bewegungsfreiheit auch sonst in der Welt viel gewonnen. Es ist nur natürlich, daß die zunehmende Freundschaft mit Frankreich und die sich daraus ergebende Sicherheit, **daß von dieser Seite nichts zu befürchten ist, für England jede Rücksichtnahme auf uns mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen wird**."[183]

Anmerkungen:

1 [1/471] So Graf Hatzfeldt, der von 1886 - 1902 mit Salisbury in vertrautem Verkehr stand. Er kommt öfter auf dies Motiv zurück, so 15. IV. 1898 (XIV, 2, 606). ...zurück...

2 [2/471] S. o. **S. 75 f.**, **140 f.** ...zurück...

3 [3/471] *Gr. Pol.* XIV, 2, 606 f., 15. IV. 1899. ...zurück...

4 [1/472] Der britische Botschafter in Paris bemerkte beim Tode Salisburys, daß bei den Franzosen, auch wenn sie die englische Regierung angriffen, bei der Behandlung Salisburys eine viel größere Mäßigung und ein auffälliges Fehlen an Schärfe des Tones zutage getreten sei. 23. VIII. 1903. *Brit. Dokum.* II, 499 (nach der deutschen Übersetzung zitiert). ...zurück...

5 [2/474] Hatzfeldt an Holstein. 15. IV. 1889. *Gr. Pol.* XIV, 2, S. 608. ...zurück...

6 [3/472] Hatzfeldt an Holstein. 23. II. 1899. *Gr. Pol.* XIV, 2, S. 579 f. ...zurück...

7 [1/473] Buckle, *Letters of Queen Victoria*, 3, 3, S. 21 (1932). ...zurück...

8 [2/473] *Gr. Pol.* XVII, S. 4. ...zurück...

9 [3/473] 21. I. 1902. *Brit. Dokum.* II, 1, S. 139 ff. ...zurück...

10 [4/473] Vgl. **S. 459**. ...zurück...

11 [1/474] *Brit. Dokum.* I, 1. S. 14 f. ...zurück...

12 [2/474] Zar Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. 22. Mai bis 3. Juni 1899: "*Never before had England made such offers to Russia.*" (*Große Politik* 14, 1, S. 250). ...zurück...

13 [3/474] Salisbury wurde durch Balfour unterrichtet; inwieweit er einverstanden war, ist nicht zu erkennen; an ein Spiel mit verteilten Rollen ist nicht zu denken. ...zurück...

14 [1/475] Die Auffassung des Buches von Eugen Fischer, *Holsteins großes Nein. Die deutsch-englische Bündnisverhandlung von 1898 bis 1901* (Partie 1925) muß auf der ganzen Linie abgelehnt werden. Es steht so stark unter

dem Druck der aus der Situation des Weltkrieges und Zusammenbruchs fließenden Werturteile, daß es zu einer objektiven Würdigung des Verhaltens der deutschen und englischen Politik unfähig ist. So gelangt es zu einem Gesamtbild, dessen wesentliche Teile, der Wert der englischen "Bündnisangebote" (der jetzt erst, aus der Fischer noch nicht vorliegenden englischen Aktenpublikation, authentisch gedeutet werden kann), die "Schuld" der deutschen "Bündnisablehnung" und schließlich die unheilvolle Figur des Baron von Holstein, nur ein Zerrbild enthalten. ...zurück...

15 [1/476] Kaiser Wilhelm II., der an sich von der Annäherung einen tiefen Eindruck hatte, drückte das in einer Randbemerkung zum 7. April 1898 in der Form aus: "Der p. Chamberlain muß nicht vergessen, daß ich in Ostpreußen einem preußischen Armeekorps drei russische Armeen und neun Kavalleriedivisionen hart an der Grenze gegenüberstehen habe, von denen mich keine chinesische Mauer trennt, und die kein englisches Panzerschiff mir vom Leibe hält." (*Große Politik* 14, 1, S. 216.) ...zurück...

16 [2/476] Fr. Meinecke findet dieses Argument Bülows überspitzt. Es enthält aber nicht das sachliche Kernstück des deutschen Gedankenganges, sondern nur den für den englischen Partner am leichtesten verwendbaren Gegengrund. ...zurück...

17 [3/476] Entsprechend Kaiser Wilhelm II.: "Trotzdem ist es aber auch für die Gegenwart von großer Bedeutung, die offizielle Stimmung in England uns günstig und **hoffnungsvoll** zu erhalten" (10. April 1898. *Große Politik* 14, 1, S. 217). ...zurück...

18 [1/477] Bülow 24. April 1898: "Das einzige, was wir verlangen müssen, ist, daß England bei der Ausbreitung seiner eigenen Herrschaft, welche in neuerer Zeit in immer beschleunigterem Tempo und in immer größerem Maßstabe betrieben wird, auch uns etwas gönnt und Kompensationen für Deutschland Raum läßt." *Große Politik* 14, 1, S. 218 ff. ...zurück...

19 [2/477] Randbemerkung Wilhelms II.: "Unmöglich!" ...zurück...

20 [3/477] Desgl.: "Mit Frankreich vielleicht." ...zurück...

21 [4/477] So zog Bülow das Fazit: Gegen weitere Bündnisverhandlung, solange keine Gefahr von Rußland drohe und England die Sache wie ein Meistbietungsverfahren behandele; für Bündnisverhandlungen, wenn wir von Rußland gefährdet oder bedroht und England einsieht, daß es auf Frankreich gegen Rußland nicht rechnen kann; Gefahr von Rußland entsteht erst durch ein englisches Bündnis. ...zurück...

22 [5/477] Hatzfeldt an Bülow 27. Juni 1898. ...zurück...

23 [1/478] Salisbury erklärte die Rede für unverbindlich für das Kabinett. *Große Politik* 14, 1, S. 229. ...zurück...

24 [1/479] Hatzfeldt an Ausw. Amt, 2. Juni 1898, an Hohenlohe 3. Juni 1898. *Große Politik* 14, 1, S. 240 f., 245, 249. ...zurück...

25 [2/479] *Große Politik* 14, 1, S. 247. ...zurück...

26 [3/479] Bülow geht in seinen Denkwürdigkeiten (I, 326) die einzelnen Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes durch, um immer zu dem Ergebnis "anglophil" zu gelangen. ...zurück...

27 [1/480] S. o. **S. 473**. ...zurück...

28 [2/480] Bülow wurde durch das Schreiben des Zaren in dem Entschluß bestärkt: nur über konkrete Einzelfragen mit England in positiver Weise zu verhandeln. ...zurück...

29 [1/481] Schon damals, im September 1897, hatte Wilhelm II. in erster Aufwallung bei seinen Ratgebern ein Eintreten der monarchischen Staaten für Spanien angeregt, aber sich sofort dem Rate Bülows gefügt, daß Deutschland hier die Führung nicht selbst übernehmen könne, sondern die Westmächte vorangehen lassen müsse. ...zurück...

30 [1/482] Aus dieser Ableugnung des Botschafters im Januar 1902, deren inneren Zusammenhang wir seinerzeit kennenlernen werden, ergab sich im April 1902 ein gereizter deutsch-englischer Notenaustausch. Sowohl die

russischen Akten wie die französischen Aussagen bestätigen die englische Initiative; wie sehr Kaiser Wilhelm II. dem Schritte abgeneigt war, zeigt seine Randbemerkung. Vgl. *Große Politik* 15, S. 24 bis 29. ...zurück...

31 [2/482] Am 14. Mai meldete der Konsul in Manila, daß unter den aufständischen Tagalen der Gedanke auftauche, einen Thron unter einem preußischen Prinzen zu errichten! ...zurück...

32 [3/482] Bülow an Kaiser Wilhelm II. 14. Mai 1898. *Große Politik* 15, S. 33 ff. Die sachlichen Bedenken kommen gegen die trotzdem genährte Begehrlichkeit nicht recht auf. ...zurück...

33 [4/482] Klehmet an Bülow (über die Pläne von Tirpitz) 16. März 1898: *Denkwürdigkeiten Bülows* I, S. 188 f. Tirpitz an Kaiser Wilhelm II. 24. April 1898 (Hohenlohe III, S. 441 f.). In den Erinnerungen von Tirpitz S. 159 ist sein Anteil an den Begehrlichkeiten von damals ziemlich vermischt. Seine Sprache gegenüber dem Kaiser belebte dessen Phantasie damals viel zu stark, ohne jedes Gegengewicht realistischer staatsmännischer Erwägungen. ...zurück...

34 [5/482] 18. Mai 1898. ...zurück...

35 [1/483] Die Kritik von H. Friedjung, *Zeitalter des Imperialismus* ("Aus unpraktischem Kraftgefühl ohne jede verletzende Absicht") trifft nicht ganz das Richtige. Wenn Graf Joh. Heinr. Bernstorff, *Deutschland und Amerika*, S. 13, die Aktion aus dem Mißverständnis der Äußerungen des Botschafters White erklärt, so wird dabei übersehen, daß sie schon längst vordem eingeleitet war. ...zurück...

36 [2/483] Daß infolge dieses Zusammenstoßes ein deutsch-amerikanischer Krieg nahe bevorgestanden hätte, ist nur eine freie Phantasie des Freiherrn v. Eckardstein, *Denkwürdigkeiten* I, S. 312. ...zurück...

37 [1/484] So Richthofen 6. Juli 1898. Memorandum von Mr. Bertie 1. Juni 1898. "Die Zeit scheint für eine Entscheidung über die in bezug auf die afrikanischen Besitzungen Portugals zu befolgende Politik gekommen zu sein." *Brit. Dokumente* I, S. 73. ...zurück...

38 [2/484] Als Hatzfeldt an diese früheren Unterhaltungen über freundschaftliche "Teilung" von Mozambique erinnerte, bemerkte Salisbury mit einem gewissen Nachdruck: "*J'ai dit alors que nous aurions pu diviser la colonie portugaise, mais je n'ai pas dit partager.*" *Große Politik* 14, 1, S. 235. ...zurück...

39 [3/484] *Große Politik* 13, S. 29. ...zurück...

40 [1/485] *Gr. Politik* 14, 2, S. 274. ...zurück...

41 [2/485] Bezeichnend Salisburys Urteil: "Der allgemeine Eindruck, der in mir zurückbleibt, war, daß der Kaiser aus dem einen oder anderen Grunde auf ein Abkommen irgendwelcher Art mit Großbritannien erpicht sei, daß er aber die Gelegenheit ergreife, eine größere Forderung zu stellen, als er durchzudrücken beabsichtige." ...zurück...

42 [3/485] Als Stimmungsausdruck bezeichnend: Bülow 20. August 1898: "Ich fürchte, wir stehen vor einer Gabelung, die Beziehungen zu England werden entweder sich bessern oder viel schlechter werden." ...zurück...

43 [1/486] Lee, *King Edward VII*, I, S. 737. ...zurück...

44 [2/486] An das Gespräch Chamberlains, das Fr. Meinecke bis in die erste Hälfte des Juni zurückverlegt, konnte man im amtlichen Verkehr von Berlin aus überhaupt nicht anknüpfen. ...zurück...

45 [1/487] Man lese auch seinen von Schmeichelei nicht freien Bericht an den Kaiser vom 24. August 1898. ...zurück...

46 [2/487] Bülow meinte, das Vorgehen zeuge entweder von Ungeschick oder von Zuversicht, ahnte aber nicht, daß etwas Drittes in Betracht kam. ...zurück...

47 [3/487] *Brit. Dokumente* 1, 1, S. 120. ...zurück...

48 [4/487] *Brit. Dokumente* 1, 1, S. 130 f. ...zurück...

49 [1/488] So Balfour 24. November 1899. Chamberlain 15. Juni 1900. *Große Politik* 14, S. 414; 17, S. 6. ...zurück...

50 [2/488] So Harold Nicolson, a. a. O., S. 127 f. ...zurück...

51 [3/488] Vgl. die Randbemerkung Bülows vom 24. Juni 1900: "Wenn England Vorteile aus dem Abkommen von 1898 zieht, ohne daß wir gleichwertige Äquivalente erhalten, stehen wir nicht nur blamiert da, sondern jedes fernere Arrangement mit England und jedes weitere Zusammengehen ist für absehbare Zeit total ausgeschlossen." Als im Dezember 1900 ein englisches Geschwader zu Verbrüderungsfesten nach Lissabon ging und das Foreign Office den deutschen Botschafter beruhigte, es handle sich um eine "Art von moralischer Auffrischung der aus dem 14. Jahrhundert herrührenden und zur Zeit der napoleonischen Kriege wieder erneuerten Allianz zwischen England und Portugal, nicht aber um ein neues Abkommen und am wenigsten um ein solches, das dem Abkommen über die portugiesischen Kolonien zuwiderlaufe", lag die Sache vollends klar. Der neue Außenminister Lord Lansdowne erklärte zwar am 20. Dezember, "der Geheimvertrag werde durch die Lissaboner Vorgänge in keiner Weise berührt, sondern stände genau da, wo er sich vor jenen Vorgängen befunden habe". Bülow blieb bei seinem Zweifel: "Nach dieser Erfahrung werden wir zu erwägen haben, ob es sich bei der nächsten Gelegenheit empfiehlt, wieder ein solches Abkommen *à longue échéance* zu schließen." 20. Januar 1901. *Große Politik* 17, S. 17. ...zurück...

52 [1/489] Charakteristisch dafür die Art, wie Wilhelm II. den Sieg Kitcheners über den Mahdi feierte. ...zurück...

53 [2/489] *Große Politik* 14, 2, S. 388. ...zurück...

54 [3/489] Buckle, *Letters of Queen Victoria* 3, 3, S. 312. ...zurück...

55 [4/489] C. de Freycinet, *La question d'Egypte*. S. 413. ...zurück...

56 [1/490] Graf Münster 29. Dezember 1898: "Die Idee einer Annäherung an Deutschland wird immer allgemeiner, hat sozial einigen Wert, politisch keinen, solange dabei noch von Elsaß-Lothringen die Rede ist. Dafür, daß das Stichwort »Alsace-Lorraine« nicht mehr die Wirkung hat und sie immer mehr verliert, gibt es schon viele Anzeichen." *Große Politik* 14, 2, 408. Vgl. Arthur Meyer vom "Gaulois" bei Hohenlohe 3, 448. ...zurück...

57 [2/490] Hatzfeldt an Auswärtiges Amt 1. April 1899. *Große Politik* 14, 2, S. 594 ff. ...zurück...

58 [3/490] Hatzfeldt an Hohenlohe 30. Juni 1893. *Große Politik* 14, 2, S. 426. ...zurück...

59 [1/491] *Große Politik* 14, 2, S. 565 bis 575 und *Brit. Dokumente* 1, 1, 157 - 207. Dazu einige Papiere bei Frh. v. Eckardstein, deren Kommentar wie gewöhnlich mit Vorsicht zu benutzen ist. ...zurück...

60 [1/492] Als ein unparteiischer Zeuge mag Cecil Rhodes gelten, der zu Eckardstein äußerte: "*I myself consider the English and American action in Samoa absolutely illegal and unfriendly to Germany. It is impossible for me to understand how the policy of the Foreign Office can be so shortsighted as to offend German susceptibilities and pride for three little islands in the Pacific, while English policy is trying to come to a perfect and friendly understanding with Germany in Africa. I authorise you to make use of my opinion as stated to you as much as you like, if you think it fit even to the Press in Germany.*" 15. April 1899. *Große Politik* 14, 2, S. 609 f. ...zurück...

61 [2/492] Hatzfeldt an Holstein 23. Februar 1899: "Daß Lord Salisbury nichts für uns tun wird, weder in Samoa, noch in Marokko noch in Sansibar oder sonstwo, und es empfiehlt sich, ihn ruhig und ohne weiten Lärm auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß wir, wenn das so weiter geht, die Sicherstellung unserer Interessen auf anderen Wegen und zum Schaden von England suchen könnten." *Große Politik* 14, 2, S. 579 f. Schon verriet im April 1899 auch Chamberlain eine veränderte Haltung: "im vorigen Jahre haben wir Euch alles angeboten, und Ihr habt nicht gewollt, jetzt ist es zu spät." Ebenda, S. 612. ...zurück...

62 [3/492] Lord Sanderson hat in seinem Bericht von 1907 rückblickend die Berechtigung der deutschen Vorwürfe eingeräumt ("daß wir da nicht absolut sauber gehandelt haben"). ...zurück...

63 [1/493] Hatzfeldt an Auswärtiges Amt 1. April 1899, *Große Politik* 14, 2, S. 594 ff. ...zurück...

64 [2/493] Hatzfeldt am 22. April 1899. *Große Politik* 14, 2, S. 611. Man tut gut, sich dieses Bild einzuprägen: es ist dieses England, das bald den Buren den Krieg erklären und dann dem Deutschen als Verhandlungspartner in

der großen Bündnisfrage gegenüberstehen wird. ...zurück...

65 [1/494] Vgl. **S. 486**. Schreiben der Kaiserin Friedrich vom 15. Juli 1898 und Salisburys an Königin Victoria: Buckle, *Letters of Queen Victoria* 3, 3. S. 258 f. (1932). ...zurück...

66 [2/494] Der Brief ist, nach *Große Politik* 14, 2, S. 616 mit Bülow besprochen worden, aber die Pflicht, dem Kaiser staatsmännisch die Feder zu führen, scheint Bülow doch nicht erkannt zu haben. ...zurück...

67 [1/495] Hatzfeldt an Holstein 8. Juli 1899. (Bülow *Denkw*. 1, S. 418 f.) ...zurück...

68 [2/495] Bülow an Kaiser Wilhelm II., 13. Juli 1899, *Große Politik* 14, 2, S. 623. ...zurück...

69 [1/496] Die Bemerkung von Tirpitz, *Erinnerungen* S. 141: "Unbeteiligt war ich z. B. an den Samoa-Händeln 1899" trifft nicht zu. Über sein Eingreifen: *Denkwürdigkeiten* Frh. v. Eckardstein 2, 39 f. Tirpitz an Bülow 11. Oktober 1899. *Große Politik* 14, 2. S. 660 ff. ...zurück...

70 [2/496] Chamberlain gab Eckardstein zu verstehen, daß die Transvaalhändel wirklich eine gute Gelegenheit seien, um etwas Sympathien zu zeigen und dabei die Reste früherer Spannung zu beseitigen: Eckardstein brachte am 12. September die Nachricht über Deutschlands wohlwollende Haltung. ...zurück...

71 [3/496] Bülow *Denkw.* 1, S. 310, 313. ...zurück...

72 [4/496] Jetzt schrieb sogar die *Saturday Review*: "Deutschland und die Vereinigten Staaten sind unsere guten Freunde, und wenn sie den Engländern auch in vielen Punkten den Rang abgelaufen haben, so wäre es töricht, sich wegen dieses freundschaftlichen Wettbewerbs zu streiten." (24. Dezember 1898.) ...zurück...

73 [5/496] Daran ändert nichts, daß Kaiser Wilhelm II. sich gelegentlich einmal, wenn sein Gesprächspartner dem entgegengesetzten Lager angehörte, zu scharfer Kritik der Engländer fortreißen ließ, so zum Marquis de Noailles am 29. Oktober, zur Königin von Holland am 27. März 1900. Aus naheliegenden Gründen lehnte Deutschland die Vertretung der englischen Interessen in Pretoria am 5. Oktober 1899 ab. ...zurück...

74 [1/497] Bei einem orthodoxen Pazifisten wie Hans Wehberg, *Die internationale Beschränkung der Rüstungen* (1919), S. 175 f. sind die entscheidenden russischen machtpolitischen Motive, wie sie aus den Memoiren Wittes und dem Buche Dillons sich ergeben, einseitig zugunsten eines idealistischen Antriebes des Manifestes in den Schatten geschoben. ...zurück...

75 [1/498] Harold Nicolson: "*With courageous disregard of his own public opinion.*" ...zurück...

76 [2/498] Die Berichte Hatzfeldts anerkannten, daß das englische Volk und seine Organe in ihrer Mehrheit den kaiserlichen Besuch nicht mißverstanden, seine Bedeutung nicht aufgebauscht und gegenüber der afrikanischen Politik verwertet hätten, "daß sie vielmehr unsere Neutralität respektieren und nur unsere Nichteinmischung dankbar anerkennen". ...zurück...

77 [3/498] Hatzfeldt an Bülow 11. November, 19. November 1899. Bülow, *Denkw.* 1, S. 303, 309 ff. ...zurück...

78 [4/498] Ebenda 1, S. 314. ...zurück...

79 [5/498] Die Darstellung in Bülows *Denkwürdigkeiten* 1, S. 315 ff. ist zusammen zu verwerten mit seiner Aufzeichnung vom 24. November 1899 (*Große Politik* 15, S. 413 bis 420). Daß er eine gewisse Zurückhaltung übte, lag nach dem Vorspiel der Besprechung auf der Hand. Daß er "die ihm eigene hochmütige und mißtrauische Zurückhaltung gegen Chamberlain bewiesen habe", behauptet Graf Pückler. *Front wider Bülow*, S. 24. Auch Balfour schien in seiner Besprechung mit Bülow einem Zusammengehen aufrichtig geneigt, bemerkte aber auch, "daß ein solches bei der starken Konkurrenz, die wir der englischen Industrie und dem englischen Handel machten, schwieriger sei als ein Zusammengehen Englands mit Frankreich, das kaum noch ein ernster Rivale für England sei". ...zurück...

80 [1/499] Bülow bemerkt am Schluß seiner Darstellung: "Im allgemeinen ist es zweifellos, daß die Stimmung in England viel weniger antideutsch ist, wie die Stimmung in Deutschland antienglisch." ...zurück...

81 [2/499] 28. Februar 1900. *Große Politik* 17, 2, S. 526. S. hielt an seinem Programm fest, daß England sich im

Notfall auf die Seite derjenigen Macht stelle, deren Interessen mit den englischen übereinstimmten. Die Aufnahme der Rede Chamberlains war auch in der Opposition kritisch. Vgl. Spender, *Campbell-Bannerman* 1, S. 258: "*His tactless incursion into the sphere of the Foreign Office*", und Asquith' Rede vom 16. Dezember 1899: "*To go about whistling for alliances among the Great Powers of Europe.*" ...zurück...

82 [3/499] S. o. **S. 466**. ...zurück...

83 [1/500] Hatzfeldt an Bülow 26. Dezember 1899. ...zurück...

84 [2/500] Die scharfe deutsche Note: *Große Politik* 15, S. 448 f. Eckardsteins Urteil über ihre "Unflätigkeit" spiegelt nur die Meinung Salisburys wieder ("geradezu beleidigende Ausdrücke"). *Große Politik* 16, S. 76. Der Ton der Note gibt keinen Anlaß zu diesem Tadel. ...zurück...

85 [1/501] Die Motive für das englische Vorgehen sind schwer erkennbar. Die Erklärung hat viel für sich, man habe in London anonyme Verdächtigungen erhalten, daß die deutschen Schiffe wirklich Kontrebande mit sich führten, und die Regierung habe anfangs den Beweis zu erbringen gehofft. Der Ursprung dieser Verdächtigung wäre dann in einem Lager zu suchen, das an der Verfeindung zwischen Deutschland und England interessiert war. ...zurück...

86 [2/501] Auch entschloß man sich auf deutscher Seite, kein Weißbuch herauszugeben. Von dem englischen Blaubuch meldete Metternich am 18. Februar, "es habe auf die Presse, besonders auf die Provinz einen Eindruck hervorgebracht, der demjenigen des Krüger-Telegramms kaum nachstehe". Lag es in der Absicht, den nationalen Aufschwung dadurch anzufeuern? ...zurück...

87 [1/502] Auch Eckardstein (der im übrigen auch diese Krisis mit Unzuverlässigkeiten anfüllt) spricht von "einer Dummheit nach der anderen". ...zurück...

88 [2/502] Entscheidung des Kaisers vom 28. September 1899. ...zurück...

89 [3/502] *Denkwürdigkeiten* 3, S. 555 f. Schlußsatz: "Graf von Bülow und Herr von Lucanus sind vollkommen informiert und teilen in jeder Beziehung Meine Auffassung". ...zurück...

90 [1/503] Ein unbefangenes Urteil ist das des englischen Botschafters Lascelles, der am 25. April 1902 an Lansdowne schrieb: "*The naval development was not in my opinion intended by the German Government to be directed against England. The German Government wish for a powerful navy to be able to protect German interests all over the world, irrespective of any other Power. They no doubt made use of the animosity against England to obain the necessary votes in the Reichstag, but although they may wish to become the equal of England on the sea etc.*" Lord Newton, *Lansdowne*, S. 248. ...zurück...

91 [2/503] Randbemerkung Bülows zum 26. Dezember 1899: "Der weitaus überwiegende Teil der **hiesigen** Militärs glaubt, daß der Krieg in Südafrika mit einer vollständigen Niederlage der Engländer endigen werde." *Große Politik* 15, S. 434. ...zurück...

92 [1/504] In den acht Jahren von 1897 bis 1904 legte Großbritannien 27 Schlachtschiffe und 35 Panzerkreuzer auf (durchschnittlich 7,75 Schiffe jährlich); Deutschland baute 16 Schlachtschiffe und 5 Panzerkreuzer (durchschnittlich 2,62 jährlich, also ein Drittel). Im Jahre 1905 begann der englische Dreadnought-Bau, dem Deutschland erst im Juli 1907 folgte. ...zurück...

93 [2/504] Aufzeichnung Bülows vom 13. Januar 1900. *Große Politik* 15, S. 509 f. ...zurück...

94 [3/504] Bülow an Radolin 3. März 1900. *Große Politik* 15, S. 516 f. ...zurück...

95 [4/504] Murawiew hatte darauf nur die Antwort, daß die unvermeidlichen langwierigen Verhandlungen die schleunige Beendigung des Krieges unmöglich machen würden. Die Randbemerkung des Kaisers dazu lautete: "Unsinn! Ein Telegramm Delcassé's an Noailles genügt: *Le Gouvernement reconnaît sans arrière-pensée les frontières d'Allemagne comme elles sont délimitées par le traité de Francfort.*" ...zurück...

96 [5/504] Im Juli 1908 suchte M. André Melvil, ein Freund Delcassés, die Dinge so darzustellen, als wenn der erste machiavellistische Anstoß vom Kaiser ausgegangen, aber bei Murawiew und Delcassé auf Menschenliebe und Loyalität gestoßen sei. Diese Giftmischerei (in der *National Review*) wurde aufgedeckt in "Deutsche Intriguen

gegen England während des Burenkrieges. Von einem Wissenden" (*Deutsche Revue*, September 1908.) ...zurück...

97 [1/505] *Große Politik* 15, S. 518. Für den Kaiser charakteristisch die dankbar erfreuten Randbemerkungen. ...zurück...

98 [2/505] Auch im letzten Stadium des Krieges, als die russische Regierung im Oktober 1901 noch einmal sondierte, ob die Großmächte auf Grund der Haager Konvention ihre guten Dienste würden anbieten können, hielt man deutscherseits daran fest, daß von einem Kollektivschritt wegen seines bedrohlichen Charakters abgesehen werden und Rußland als Vormacht der Friedenskonferenz die Initiative ergreifen müsse. *Große Politik* 16, S. 189 ff. ...zurück...

99 [3/505] Eckardstein an Bülow 14. September 1902. *Große Politik* 17, S. 221. ...zurück...

100 [1/506] Hatzfeldt an Bülow 21. Mai 1900. *Große Politik* 17, S. 305. ...zurück...

101 [2/506] 13. Juni 1900. *Große Politik* 17, S. 325. Auch die Randbemerkung Bülows zum 21. Mai (ebenda S. 307) verriet schon eine gewisse Beunruhigung. ...zurück...

102 [1/507] Als er sich die Motive für sein Entlassungsgesuch zusammenstellte (*Denkw*. III, S. 582), zählte er auf: "Die ganze chinesische Angelegenheit ist ohne meine Mitwirkung in Szene gesetzt worden, ich habe weder von den Rüstungen, noch von den Truppensendungen, noch von der Ernennung Waldersees zum Oberfeldherrn vorher Kenntnis erhalten." Das betrifft Vorgänge seit dem Juni 1900. Aber er fügt noch hinzu: "Alles, was auf die auswärtige Politik bezug hat, wird von S. M. und Bülow beraten und beschlossen." Das gilt schon **vor** dem Juni 1900. ...zurück...

103 [1/508] Vorübergehend auftauchende Absichten einer Besetzung (Tschifu) sind sogleich wieder fallen gelassen worden. ...zurück...

104 [1/509] Lascelles sprach noch am 31. Juli von der "Enttäuschung und Entmutigung, welche bei den englischen Staatsmännern, auch bei solchen, welche, wie Mr. Chamberlain, deutschfreundlich waren", durch die Haltung in der ostasiatischen Frage (Nichtunterstützung des japanischen Antrages) hervorgerufen seien. ...zurück...

105 [2/509] Da die englische Zustimmung sich verzögerte, riet Bülow am 10. August zu einem Schreiben des Kaisers an die Königin Victoria mit dem ernsten Hinweis, daß eine englische Ablehnung nicht nur eine für die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England folgenschwere politische Unfreundlichkeit bedeuten würde, sondern auch eine persönliche Kränkung für den Kaiser, die dieser durch seine Haltung im Kriege nicht verdient habe. Aber an demselben 10. August lief die englische Zustimmung ein. ...zurück...

106 [3/509] Kaiser Wilhelm II. an das Auswärtige Amt 21. August 1900: "Die russischen Nachrichten klingen sehr bedenklich nach Schamade und zeugen von großer Unaufrichtigkeit und Rücksichtslosigkeit. Diese unerhörte Zumutung muß ihnen mit der gebührenden Deutlichkeit zurückgewiesen werden". Für seine Stimmung ist charakteristisch seine Randbemerkung vom 7. Oktober: "Hier guckt der Russe in seiner unverfälschten Gemeinheit, List und Heimtücke heraus." ...zurück...

107 [1/510] Als Salisbury die ihm nicht genügende Formel (Jangtse-Gebiet) auf eine allgemeinere auszudehnen wünschte, erklärte man deutscherseits, daß dann die Mandschurei, Port Arthur usw. ausdrücklich ausgenommen werden müßten. Salisbury war zur Festlegung solcher Ausnahmen (Amurgebiet) bereit, beschränkte sich dann aber, statt die einzelnen Ausnahmen konkret zu bezeichnen, darauf, die Geltung des Vertrages "nur südlich vom 38. Breitengrade" in Kraft treten zu lassen; damit erklärten sich die Deutschen einverstanden. Schließlich aber ließ Salisbury, unter Berufung auf Widerspruch im Kabinett, die von ihm selbst erfundene Fassung wieder fallen und ersetzte sie durch die als gleichbedeutend angesehene, aber doch der Mißdeutung ausgesetzte Formel "*as far as they can exercise influence*". ...zurück...

108 [1/511] Bald nach Antritt seines Amtes äußerte Lansdowne, am 14. Dezember 1900 zu Hatzfeldt, er freue sich sehr zu erfahren, daß man in Deutschland Vertrauen zu ihm habe, und er könne nur wiederholt versichern, daß er ehrlich bestrebt sein werde, in allen auswärtigen Fragen, welche ein mit Deutschland gemeinsames Interesse berührten, mit uns loyal und fest zusammenzugehen. ...zurück...

109 [2/511] Man könnte einen Anstoß in dem Meinungsaustausch zwischen Lansdowne und Eckardstein am 20./21. Dezember über den portugiesischen Kolonialvertrag (s. o. **S. 488 f.**) erblicken. Die Einladung Eckardsteins

erfolgte am 9. Januar 1901. ...zurück...

110 [1/512] Holstein 21. Januar 1901: "Ein vernünftiges Abkommen mit England läßt sich meines Erachtens erst dann erreichen, wenn das Gefühl der Zwangslage in England allgemeiner als heute geworden ist". Wenn Bülow dazu für den Kaiser bemerkte: "Das den Engländern freundlich aber deutlich unter die Nase zu reiben, werden S. M. gewiß verstehen", so hört man mehr die Sprache des Höflings als des staatsmännischen Beraters. ...zurück...

111 [1/513] Hatzfeldt an Ausw. Amt am 1. Februar 1801. V. Eckardstein 1. Februar 1901. Bülow hatte anfangs das Ganze für einen ziemlich plumpen Versuch gehalten, "uns mit Rußland zu verhetzen, ohne daß England sich seinerseits bindet", betonte dann aber, daß man jeder Vertragsverpflichtung, sobald der Tatbestand einwandfrei festgestellt sei, pünktlich nachkommen werde. ...zurück...

112 [2/513] Eckardstein an Holstein 2. Februar 1901. *Große Politik* 16, S. 290 ff.: "Die Erbitterung gegen Rußland ist bei dem Kaiser gegenwärtig ganz enorm. Er erwähnte u a., daß Rußland durch sein perfides Verhalten ihm selbst und der deutschen Politik gegenüber die Brücken für eine Entente mit Deutschland hinter sich abgebrochen habe. Es schwebe ihm der Gedanke vor, zunächst einen Anschluß Englands an den Dreibund herbeizuführen." ...zurück...

113 [3/513] Metternich an Auswärtiges Amt 4. Februar 1902. - Die Tientsinfrage ist schließlich zwischen dem englischen und russischen Militär durch einen Schiedsspruch des Oberstkommandierenden Graf Waldersee am 21. März 1902 entschieden worden. ...zurück...

114 [1/514] Bülow an Metternich 3. Februar 1901. *Große Politik* 16, S. 294 f. ...zurück...

115 [2/514] Die amtliche Antwort der deutschen Reichsregierung vom 12. Februar war in der Formel enthalten: "Wir wünschen die Erhaltung des Weltfriedens, da wir selber in Frieden leben möchten. Sollte dieser Wunsch sich nicht erfüllen, so beabsichtigen wir neutral zu bleiben; wir können aber freilich nicht vorhersehen, welche Ausdehnung und Entwicklung der einmal begonnene Konflikt nehmen und welche Aufgaben infolgedessen die Sorge um die Wahrung des Gleichgewichts auf dem Erdball uns etwa stellen wird". Die Eventualformel: "indem England in einen Krieg mit einer dritten Macht gerät, machen wir uns England gegenüber anheischig, neutral zu bleiben", ist nicht zur Mitteilung gelangt. ...zurück...

116 [3/514] Holsteins Aufzeichnung vom 1. März 1901. *Große Politik* 16, S. 329 f. Im Auswärtigen Amt betonte der Unterstaatssekretär v. Richthofen scharf "die zwei Konzessionen allerersten Ranges, moralische Unterstützung in Peking gegen Rußland und Zusicherung wohlwollender Neutralität im englisch-russischen Konfliktsfalle, ohne jeden Reziprozitätsgedanken", ebenda S. 37. ...zurück...

117 [4/514] Die Akten: *Große Politik* 16, S. 311 bis 325; 17, S. 30 bis 39. ...zurück...

118 [5/514] Demgemäß erklärte Bülow am 17. Februar dem russischen Botschafter, man halte an allen früheren Erklärungen über die Mandschurei fest, man könne nur nicht zulassen, daß China in dem gegenwärtigen Stadium, wo die Entschädigungsfragen noch nicht erledigt seien, einseitige Verfügungen über sein Staatsvermögen treffe. ...zurück...

119 [1/515] Holstein an Hatzfeldt 11. Februar 1901. Er sagt von dem Mißtrauen in der deutschen öffentlichen Meinung "diese Überzeugung, welche Sie heute als Gemeingut von 99/100 des deutschen Volkes ansehen können, wird nicht durch Zusicherungen, sondern nur durch Tatsachen umzustimmen sein". Das Argument, mit dem Hatzfeldt noch am 23. Mai operierte, scheint für die englische Mentalität sehr wenig glücklich berechnet zu sein. ...zurück...

120 [2/515] Daß Bülow die Bündnisbesprechung, als das in dieser Krisis zu erstrebende Endziel, auch in der Zwischenzeit fest im Auge behielt, zeigt die Übersendung des Bismarck - Salisbury Briefwechsels von 1887 an Eckardstein, am 5. März 1905 (*Große Politik* 17, S. 39). Das Angebot Bismarcks an Salisbury von 1889 taucht (ob wegen seiner französischen Spitze?) in diesen retrospektiven Betrachtungen merkwürdigerweise niemals auf. ...zurück...

121 [1/516] Schon am 14. März folgt die weitere amtliche Frage in Berlin, wie man sich bei einem Kriege Englands und Japans mit Rußland stellen würde. Die Antwort lautete, daß man wohlwollende Neutralität beobachten würde, aber die Interpretation, die dieser vom heutigen Völkerrecht nicht mehr recht anerkannte Ausdruck fand, schien den Frager keineswegs zu befriedigen. ...zurück...

122 [2/516] Holstein an Eckardstein 9. März 1901: "Aber wie gesagt, dieses Bündnisthema dürfen Sie für jetzt nicht anregen, schon deshalb nicht, weil ich Lord Salisbury zutraue, daß er die Tatsache, daß eine solche Anregung erfolgte, in Petersburg verwertet." Desgleichen 17. März 1901: "Ihnen, lieber Freund, verbiete ich ausdrücklich, auch nur das leiseste Wort von Bündnis zu hauchen. Der geeignete Zeitpunkt, wenn er überhaupt kommt, ist jedenfalls nicht da." ...zurück...

123 [3/516] G. Ritter, *Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898 bis 1901*, S. 30. ...zurück...

124 [4/516] Lansdowne an Lascelles 18. März 1901 (*Brit. Dokumente* 2, 1, S. 96 f.). Ebenso seine späteren Äußerungen 13. April, 24. Mai, 22. November, 19. Dezember (ebenda S. 100, 102, 121, 127). ...zurück...

125 [1/517] Holstein war über Hatzfeldts "meisterhafte Klarstellung" zunächst sehr befriedigt: wenn die Engländer sich jetzt nicht entschließen würden, dann müsse man die ganze Eventualität außer Berechnung lassen, da stärkere Druckmittel als die im Augenblick wirksamen (Marokko, Südchina, Persien) kaum vorstellbar seien (Holstein an Eckardstein 25. Mai 1901). ...zurück...

126 [1/518] So erkläre ich mir den von dem permanenten Unterstaatssekretär Sir T. H. Sanderson hergestellten Entwurf (*Brit. Dokumente* 2, 1, S. 166 f.). Es ist nicht etwa die "Meinung" von S. (dieser urteilt selber, daß sein Entwurf praktisch darauf hinauslaufe, Deutschland die in Frankreich eroberten Provinzen zu garantieren, und aus diesem Gesichtswinkel von den Franzosen betrachtet werden würde). Lansdowne hatte ursprünglich versucht, von der deutschen Botschaft ein Memorandum (sowie die Dreibundverträge) als "Unterlage" zu erhalten. ...zurück...

127 [1/519] Salisbury wollte den Entwurf mit Balfour, Hicks-Beach, Chamberlain, Devonshire und Lansdowne besprechen. Bezeichnenderweise ist irgendeine Gegenwirkung der alten deutsch-freundlichen Gruppe in den Akten nicht erkennbar. Wenn das Kabinett über den Entwurf gesprochen hätte, würde Lansdowne sich wohl später darauf berufen haben. ...zurück...

128 [1/520] Oberstleutnant Grierson an Lascelles 18. Januar 1898. *Brit. Dokumente* 1, S. 70. ...zurück...

129 [2/520] Aufzeichnung Metternichs 24. Juni 1900. *Große Politik* 17, S. 10. ...zurück...

130 [1/521] Memorandum Bertie 9. November 1901. *Brit. Dokumente* 2, 1, S. 116 bis 121. Über die Denkschrift Crowes vom 1. Januar 1907 **s. u. Schluß des vierten Kapitels**. ...zurück...

131 [2/521] So schrieb eben damals, im April 1901, die *Fortnightly Review*, die schon seit Ende August 1900 für den Anschluß an Rußland eintrat und die wirtschaftliche Rivalität Deutschlands bekämpfte: "Wollen wir es doch deutlich sagen, daß Deutschland das einzige Land in Europa ist, mit dem es für England ganz unmöglich ist, zu einem wirklichen Abkommen zu gelangen, das für beide vorteilhaft ist." ...zurück...

132 [1/522] Charakteristisch ist, daß sogar König Eduard VII. einen vergeblichen Versuch machte, mäßigend auf die *Times* einzuwirken, vgl. Sidney Lee, *Eduard VII*. ...zurück...

133 [2/522] *Große Politik* 17, S. 13. Dazu Bülow: "Diesen Eindruck hatte ich im November 1899 in hohem Grade. Alles das ist richtig." ...zurück...

134 [1/523] S. o. **S. 384 ff.** ...zurück...

135 [2/523] König Eduard zu Hatzfeldt 14. Juni 1901 über den "ganz außerordentlich mißtrauischen Salisbury" (Randbemerkung Bülows: "Also müssen wir vor allem nicht drängen, noch die Verhandlungen überstürzen.") Eckardstein 29. Juli 1901: "Lansdowne wage nicht, Salisbury gegenüber ohne triftigen Grund wieder darauf zurückzukommen." Lascelles (ebenda): "Salisbury sehe bis auf weiteres keine Notwendigkeit für die Wiederaufnahme." Dementsprechend die Wendung Holsteins zu Chirol 31. Oktober 1901: "so könne die Bündnisfrage, so lange Lord Salisbury am Ruder sei, nicht zu praktischer Erörterung kommen". *Große Politik* 17, S. 105, 106. ...zurück...

136 [3/523] So Lansdowne an Lascelles 19. Februar 1901. Ähnlich in seinem Memorandum vom 22. November 1901 (*Brit. Dokumente* 2, 1, S. 127, 131). In seiner Mitteilung an Chirol vom 3. Januar 1902 (a. a. O. S. 134) sprach Holstein von Hatzfeldts Entwurf sogar übertreibend als von der "fieberhaften Rastlosigkeit eines Kranken - obwohl er unverzüglich in der bündigsten Weise desavouiert worden sei". Ganz durchsichtig erscheint das

Verfahren Holsteins nicht. Aber er glaubte, das Interesse der Verhandlung wahrzunehmen, wenn er eine Formel beseitigte, die doch nicht auf Annahme rechnen könne. ...zurück...

137 [1/524] Lansdowne an Lascelles 9. Juni 1901. *Brit. Dokumente* 2, 1, S. 113. ...zurück...

138 [2/524] 29. Juli 1901. Eckardstein a. a. O. 2, S. 372. ...zurück...

139 [3/524] Dazu gehört das Gespräch zwischen dem (über die amtliche Verhandlung nicht unterrichteten) Kaiser Wilhelm II. und dem Botschafter Lascelles. ...zurück...

140 [1/525] Es ist aber bezeichnend, daß man in Berlin die den Russen erteilte Absage nicht einmal in London zur Kenntnis zu bringen wagte (wie Bülow erst wollte), da man eine Indiskretion nach Petersburg befürchtete. ...zurück…

141 [2/525] Auch die Äußerungen Holsteins aus der nächsten Zeit sind noch immer ohne übermäßiges Mißtrauen, halten an dem Bündnisgedanken fest und die Zukunft offen. Ebenso Bülow 20. November: "trotzdem bleibt unsere Politik dieselbe". ...zurück...

142 [3/525] Metternich an Bülow 1. 14. November 1901 *Große Pol*. 17, 532 f., 534 f. ...zurück...

143 [1/527] Die Aufzeichnung Metternichs vom 28. Dezember (*Große Politik* 17, 1, S. 111 bis 115 und Lansdownes Erlaß an Lascelles vom 19. Dezember (*Brit. Dokumente* 2, S. 127, 132) sind auf einen sehr verschiedenen Ton gestimmt. Bei Lansdowne steht das Bemühen fest, auf eine anständige Weise aus der Sache herauszukommen. Da Metternich es selber gar nicht erwähnt, so erscheint es mir nicht zulässig, das "alles oder nichts" in seinem Munde so aufzubauschen wie es von O. Becker *D. L. Z.* 1929, Sp. 903 ff. geschieht. Metternich hat vor allem das Nein des anderen gehört. ...zurück...

144 [1/528] Das Schreiben Wilhelms II. an Eduard VII. vom 31. Dezember steht augenscheinlich unter dem Zeichen der Enttäuschung. Sie klingt nach einer Wendung über die nahe Bluts-, Glaubens-, Rasseverwandtschaft der beiden Völker im Schlußsatz vernehmlich nach: "*may your Government never forget this and never place me in the jeopardy to have to choose a course which could be a misfortune to both them and us.*" Der Botschafter Lascelles hatte sich am 27. Dezember nur darauf berufen, daß er in englischen Kreisen eine tiefe Verstimmung gefunden habe. ...zurück...

145 [2/528] Holstein an Chirol 3. Januar 1902. Seine weiteren Ausfälle gegen Salisbury leiden an Übertreibung. In einer persönlichen Besprechung mit dem Publizisten Chirol erläuterte Holstein auch die Rede Bülows: "Wir haben unsern Korb bekommen und wir danken dafür." Sir Valentine Chirol, *Fifty years in a changing world*, S. 297. ...zurück...

146 [1/529] Dazu gehört auch die Preßfehde über die angebliche deutsche Initiative zugunsten Spaniens im Frühjahr 1898 (**s. o. S. 482**) und die Erklärung Lord Cranbournes vom 21. Januar 1902. ...zurück...

147 [2/529] 25. Februar 1902. *Große Politik* 17, S. 160 ff. Die deutschen Akten reichen hier nicht aus. Am 26. Februar hatte Eckardstein die Indiskretion begangen, zu Wilhelm II. über die abgelaufene englische Bündnisverhandlung zu sprechen. Am 27. Februar hatte der Kaiser mit Bülow in aller Frühe im Garten des Reichskanzlerpalais eine einstündige "sehr erregte" Unterredung. Mühlberg an Eckardstein: "Na, da haben Sie was Schönes angerichtet." ...zurück...

148 [1/530] Ägypten wurde dabei von Chamberlain nicht genannt. Am 8. Februar 1902 sah Eckardstein bei einem offiziellen Diner in Marlborough House Chamberlain und Cambon lange Zeit in vertraulicher Unterhaltung, von der er die Worte Marokko und Ägypten vernahm. ...zurück...

149 [2/530] Eckardstein, *Denkwürdigkeiten* 2, S. 377. ...zurück...

150 [1/531] Französisches Gelbbuch: *Les Accords Franco-Italiens de 1900 - 1902* p. 3. ...zurück...

151 [2/531] Schon am 31. März 1901 urteilte der deutsche Botschafter in Rom, Graf Karl Wedel: "in diesem französischen Entgegenkommen liegt für Italiens Haltung in fernerer Zukunft eine ernste Gefahr". *Große Politik* 18, 2, S. 714. ...zurück...

152 [1/532] Vollzogen am 18. März 1902. ...zurück...

153 [2/532] Unterzeichnung des Vertragsinstrumentes über die Verlängerung am 28. Juni 1902. ...zurück...

154 [3/532] Italien verpflichtete sich zu strikter Neutralität für den Fall, daß Frankreich Gegenstand eines Angriffes von einer oder mehreren Mächten sein, oder auch im Falle direkter Provokation selbst die Initiative der Kriegserklärung zur Verteidigung seiner Ehre und Sicherheit ergreifen würde. ...zurück...

155 [4/532] Der englische Diplomat Spring Rice sprach zu Metternich am 25. Dezember 1904 "von den großen Diensten der italienischen Regierung um das Zustandekommen der *Entente cordiale*." *Große Politik* 19, 2, S. 369. ...zurück...

156 [1/533] Es ist eine falsche Behauptung von Eckardstein 2, S. 406, daß der Kaiser alles daran gesetzt habe, den Empfang herbeizuführen. Bülow war allerdings aus Gründen der Popularitätshascherei dafür (an den Kaiser 17. September 1902: "Ich glaube, es wäre ein guter Coup"). Der Kaiser, von vornherein zurückhaltend, unterließ den Schritt, sobald er die englische Erregung bemerkte. "Unter diesen Umständen unterbleibt die Audienz, denn ich bin der Einzige, der die Engländer noch hält, sonst brechen sie vorzeitig los, und meine Flotte ist nicht fertig." ...zurück...

157 [2/533] Eckardstein an Bülow 14. September 1902. (*Große Politik* 17, S. 221.) ...zurück...

158 [1/534] Zu diesem Satze die Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.: "Nein! Wir sind nicht mehr eifersüchtig, die beiden großen Kontinental-Koalitionen haben sich eben verständigt." ...zurück...

159 [2/534] Kaiser Wilhelm II. an Bülow, 12. November 1902. *Große Politik* 17,115 ff. ...zurück...

160 [1/536] So auch Wilhelm II. in der Randbemerkung: "Unsere Flagge ist vertreten, lassen wir den Briten den Vortritt." ...zurück...

161 [1/538] Metternich an Richthofen 19. Januar 1903 (*Große Politik* 17, S. 234 f.). ...zurück...

162 [2/538] Metternich an Ausw. Amt 29. Januar 1903 (ebenda 17, S. 181 f.). ...zurück...

163 [3/538] Bülow an Metternich 4. Februar 1903 (ebenda 17, S. 286 f.). ...zurück...

164 [1/539] Metternich bezeichnete noch im letzten Stadium Lord Lansdowne als einen Ehrenmann, der an den übernommenen Verpflichtungen festhalte. Seinerseits hat Lansdowne noch später zugegeben, daß die Deutschen "*upon the whole, ran straight, as far as we are concerned*". Lord Newton, *Life of Lansdowne*, S. 260. ...zurück...

165 [2/539] Graf J. H. Bernstorff, *Deutschland und Amerika*, S. 13, urteilt: "Der von uns in Bewegung gesetzte Apparat war im Verhältnis zu den deutschen Forderungen viel zu groß. Die erste Anregung zu der gemeinsamen Aktion ging zwar von englischer Seite aus, es wäre aber unsererseits klüger gewesen, die Anregung zu überhören." Gewiß **-** aber wenn wir überhört hätten, würden wir später vermutlich dem Tadel derer verfallen sein, die der deutschen Politik vorwerfen, so viele Chancen des Bündnisses oder Zusammengehens vernachlässigt zu haben. ...zurück...

166 [1/540] Metternich an Bülow 12. März 1903. (*Gr. Pol.* 17, S. 235 ff.) ...zurück...

167 [2/540] Metternich 31. Januar 1903. Waldersee 3, S. 206. ...zurück...

168 [3/540] Dazu gesellte sich jetzt auch das Thema: Deutsche Absichten in Südamerika. Über das tatsächliche Verhalten der Reichsregierung nur ein Beispiel. Als Präsident Roosevelt zu dem deutschen Geschäftsträger bemerkte, die beste Garantie für Besserung der Zustände in Südamerika erblicke er in der Ausdehnung deutschen Einflusses, der in Südbrasilien bereits so festen Fuß gefaßt habe, und in der Schaffung eines unabhängigen Staates von Deutschen in Brasilien erblicke er die beste Lösung der südamerikanischen Frage, antwortete der Freiherr Speck von Sternburg: "Ich nahm Gelegenheit, ihm emphatisch zu versichern, daß Deutschland an Landerwerb in Süd- und Zentralamerika nicht denke." (Randbemerkung des Kaisers: "gut".) *Große Politik* 17, S. 291 f. ...zurück...

169 [4/540] Lansdowne an Lascelles 18. März 1902. Ferner Randbemerkung Lansdownes zu dem Bericht

O'Conors 10. April 1902 "es wäre nach meiner Ansicht ein großes Unglück, wenn diese Eisenbahn ohne britische Beteiligung gebaut werden sollte". *Brit. Dokumente* 2, 1, S. 287 f., 289. ...zurück...

170 [5/540] Ebenda 2, 1, S. 304. ...zurück...

171 [1/541] Wenn Lansdowne am 31. Januar 1903 bei einem Empfang des deutschen Finanzvertreters von Gwinner davon sprach, daß die Bahn für die britischen Interessen schädlich sei, da man bisher den kürzesten Weg nach Indien allein in der Hand gehabt habe und ihn verlieren werde, und daß er glaube, der vereinte Einfluß Englands und Rußland werde ausreichen, den Bahnbau zu hintertreiben (*Große Politik* 17, 432) - so ist das nur Taktik, um den Deutschen für die englischen Forderungen gefügig zu machen. ...zurück...

172 [2/541] Lansdownes Memorandum vom 14. April 1903. *Brit. Dokumente* 2, 1, S. 302 ff. Vgl. auch den Bericht O'Conors vom 28. April 1903 über "die deutschfeindliche Stimmung, die in hohem Maße die Haltung der Presse und öffentlichen Meinung, zum Schaden der englischen Interessen beeinflußt habe". a. a. O. S. 309. ...zurück...

173 [3/541] Vermerk Lansdownes zum Bericht O'Conors vom 15. Dezember 1903: "Wären die Finanzmänner nicht »ausgerissen«, so wäre ich dafür gewesen, an unserer Stellungnahme festzuhalten." a. a. O. S. 317. ...zurück...

174 [1/542] Diese Erklärung fand, im Hinblick auf die Zukunft, am 5. Juni eine Ergänzung in einer Auskunft Lansdownes im Oberhaus, in der die Errichtung einer Flottenstation im Persischen Golf durch eine fremde Macht als eine schwere Bedrohung der englischen Interessen bezeichnet wurde. Für den Fall des Baues der Bagdadbahn ohne britische Beteiligung wurde damit angekündigt, daß künftige Widerstände der englischen Regierung von Kueit und dem Persischen Golf her aufgerollt werden würden. ...zurück...

175 [2/542] Bernstorff an Bülow 24. April 1903: "Mit ungeteilter Befriedigung und in dem nicht ungerechtfertigten Gefühl des Stolzes durch planmäßige und energische Bearbeitung der öffentlichen Meinung die endgültige Entscheidung der Regierung in dem beabsichtigten Sinne herbeigeführt zu haben, begrüßt die Presse das gestern von Mr. Balfour selbst abgegebene ablehnende Votum". ...zurück...

176 [1/543] Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes 19. April 1903. (*Große Politik* 18, 2, S. 801 f.) ...zurück...

177 [2/543] Man berief sich in Paris darauf, die deutsche Regierung habe noch niemals seit Bestehen des Ministeriums Delcassé einen Schritt zu gemeinsamem Einvernehmen getan. Eine Aufzeichnung von Holstein aus dem April 1903 (*Große Politik* 18, 2, S. 802 f.) führt den Nachweis, daß dieses seit dem Juni 1898 zu vier Malen geschehen sei. ...zurück...

178 [1/544] Bülow an Holstein, 3. April 1903. (*Große Politik* 18, S. 839 f.) ...zurück...

179 [2/544] Metternich an Bülow 2. Juni 1903. (*Große Politik* 17, S. 590.) ...zurück...

180 [3/544] Eckardstein an Bülow 10. Mai 1903. (*Große Politik* 17, S. 567 ff.) Die Klage in seinen *Erinnerungen* 2, 415 f., man habe die Warnung im Auswärtigen Amte auf die leichte Achsel genommen, trifft, was die geschäftliche Behandlung angeht, nicht zu. ...zurück...

181 [1/545] Nicht nur in einseitigen Tendenzdarstellungen wie Eugen Fischers *Holsteins großes Nein*, sondern auch in Betrachtungen von höherem staatsmännischen Niveau. So Rosen: *Aus einem diplomatischen Wanderleben* 1, S. 234. "Ursprünglich hatten Balfour und Lord Lansdowne gar nicht das Bewußtsein gehabt, eine Abmachung von so weitreichender politischer Bedeutung abzuschließen. Es ist mir noch im Sommer 1924 von maßgebender Seite bestätigt worden, daß sich die beiden Staatsmänner überrascht gezeigt hätten, als sie sich allmählich über die Tragweite ihrer ursprünglichen Abmachung klar geworden seien". ...zurück...

182 [1/546] Ein großer Teil des speziellen dienstlichen Geschäftsverkehrs aus dieser Zeit ist abgedruckt: *Brit. Dokumente* 2, 2. Der obige vertrauliche hochpolitische Privatbrief ist wiedergegeben von Lord Newton, *Lord Lansdowne* S. 285. ...zurück...

183 [1/547] *Große Politik* 20, S. 22 f. ...zurück...

4. Die deutschen Gegenstöße gegen die englisch-französische Verbindung (1904 - 1907).

Eine neue Konstellation beherrschte seit den ersten Monaten des Jahres 1904 die Welt: der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges und der Abschluß des englisch-französischen Abkommens. Die Kombination dieser beiden Vorgänge samt den von ihnen ausgelösten Rückwirkungen ließ eine Reihe politischer Probleme von höchster Tragweite aufsteigen: denn daß aus dem Kriege, welchen Verlauf er immer nehmen würde, eine neue und endgültige Gruppierung der Staatengesellschaft aufsteigen würde, konnte keinem Weiterblickenden verborgen bleiben. Nur eine Vorfrage war, ob es gelingen würde, die Verbündeten der Russen und Japaner, Frankreich und England, vermöge ihrer Verständigung untereinander der Gefahr zu entziehen, an dem Kriege der anderen beteiligt zu werden. Aber darüber hinaus drängten sich erst die eigentlichen Fragen auf. Würde das russisch-französische Bündnis, das auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatze nicht zur Anwendung kam, diese Prüfung seiner inneren Haltbarkeit überstehen oder einer Umbildung unterzogen werden: sei es, daß das Bündnis sich zu einem Kontinentalbunde nach der deutschen Seite erweiterte, sei es, daß es sich mit der englisch-französischen Entente zu einer Kombination mit dem Drehpunkt in Paris zusammenfaßte? Damit war schon gesagt, daß es sich für die Politik des Deutschen Reiches um eine Lebensfrage handelte. Wenn die amtlichen Kreise in London und Paris sich damals von der Absicht einer Isolierung der deutschen Politik noch fern hielten, so bekannte doch ihre Presse sich bereits herausfordernd zu dem, was die Sprache der Regierungen vorsichtig unterdrückte. Als aber der Kaiser nach Beginn des Krieges in seinen Reden einen ernsteren Ton anschlug,[1] legte eines der führenden antideutschen Blätter, der *Spectator*, seine Worte als Folge der Isolierung Deutschlands aus: der Kaiser suche nur durch laute und leidenschaftliche Worte diese Tatsache zu verbergen, damit man nicht bemerke, "einen wie tiefen Fall in der Weltstellung es in den letzten Jahren getan habe".[2] Und allerdings war die große Frage, ob die englisch-deutsche Rivalität durch den Verlauf des ostasiatischen Krieges sich nicht noch weiter verschärfen und die von ihr ausgelöste Isolierungstendenz zur vollen Entfaltung bringen würde. So mußte sich für die deutsche Politik aus der Verwicklung, deren Dauer noch niemand absehen konnte, aller Wahrscheinlichkeit nach die letzte Entscheidung der Probleme ergeben, die seit der Wende des Jahrhunderts auf ihr lasteten. Es waren ebenso viele Aussichten wie Gefahren - sie ließen sich nicht prophezeien, wie denn der Verlauf des russisch-japanischen Krieges eine große Unbekannte war, die keine Partei in Rechnung zu stellen vermochte. Nur daß die Machtstellung und Sicherheit des Deutschen Reiches mit dieser Entscheidung verflochten war, drängt sich dem Rückblickenden heute auf das eindrucksvollste auf.

Kaiser Wilhelm II. hatte in den letzten Jahren, entsprechend der vollzogenen Abwendung Englands, die Verbindung mit dem Zaren wieder fester geknüpft und war dabei auf ein wachsendes Entgegenkommen auf der anderen Seite gestoßen.[3] Der Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II. und Nikolaus II. entfaltete niemals eine solche Lebhaftigkeit und Vertraulichkeit wie in den nächsten Jahren;[4] während der Kaiser durchweg in vollem Einverständnis mit dem Auswärtigen Amte handelte, war es jetzt zuweilen der Zar, der über die Intentionen seiner Ratgeber hinweg die enge Fühlung mit dem Kaiser pflegte. Nach dem Ausbruch des Krieges gab es für den Kaiser keine Wahl: innerlich hatte er von vornherein Partei genommen. Die Solidarität der Monarchien auf der einen, die gelbe Gefahr auf der anderen Seite entschieden über seine Stimmung. Er war ganz zu den Vorstellungen von 1895/96 zurückgekehrt[5] und meinte, der Endkampf der gelben und weißen Rasse, ja, des Buddhismus und des Christentums ziehe herauf; eben daher sei es eigenstes deutsches Interesse, daß alle Sympathien auf Rußland Seite ständen. Er konnte sich zu der Vorstellung steigern: "Ich weiß genau, daß wir einst mit Japan auf Tod und Leben werden fechten müssen".[6] Auch die amtliche Politik des Auswärtigen Amtes, wenn sie gleich diese temperamentvolle Parteinahme nach Kräften realpolitisch verdünnte, verfolgte die Linie der wohlwollenden Haltung gegen Rußland. Es kam hinzu, daß der Kaiser und die militärischen Kreise Berlins fest an die Überlegenheit der russischen Waffen glaubten - in einem Siege Rußlands über Japan vermeinten sie die eigentliche Chance der deutschen Außenpolitik zu erkennen.

Aus voller Überzeugung hatte ein Brief Wilhelms II. an Nikolaus II. vom 6. Juni ausgesprochen: der Zar könne auf ihn rechnen wie auf einen Freund. Auch für den Zaren gab es, so vernahm man jetzt aus Petersburg, nur noch eine Autorität: den deutschen Kaiser. Auf beiden Seiten sah man nunmehr den Weg zu dem Kontinentalbündnis, das sowohl der Kaiser als auch russische Staatsmänner wie Witte ernstlich betrieben, weiter geöffnet als bisher: in der Mächtelage, die sich während des Krieges herausstellte, besaß es jedenfalls eine bessere Aussicht auf Verwirklichung als jemals früher. Wilhelm hatte schon im März 1904 den Russen deutlich nahegelegt, daß sie sein Entgegenkommen mit Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen erwidern möchten.[7] Als Minister Witte bei dem Reichskanzler Fürsten Bülow zu diesem Zwecke im Juli 1904 in Norderney eintraf, bekannte auch er sich zu der Überzeugung, daß ein intimes Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland die einzig richtige Politik sei: "*Il faut revenir aux temps de Nicolas I. et Alexandre II. et oublier les malentendus de la fin du siècle dernier.*"[8] Die Tonart hatte man in Petersburg, wenn die Zeitläufte es verlangten, immer gern angeschlagen - aber war nicht zu erwarten, daß der wenig glücklich einsetzende Verlauf des Feldzuges diese Stimmung noch weiter vertiefen würde? Diesem neuen Vertrauensverhältnis entsprach die mit der Zeit ansteigende Entblößung der russischen Westgrenze von Soldaten. Schon am 19./20. April stellte Graf Schlieffen fest, daß Rußland zwar noch keine Truppenverbände abgezogen, aber doch alle Truppenverbände an der Grenze geschwächt hätte. Das ging nicht nur das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland, sondern auch das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland an. Graf Schlieffen zog damals schon die theoretische Schlußfolgerung: "Wenn die Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich sich für uns ergeben sollte, so wäre der gegenwärtige Augenblick wohl zweifellos günstig." In Paris hatte man schon von Anfang an die Politik Delcassés kritisiert, die Frankreich in eine schwierige Situation bringe; als die russischen Niederlagen des Sommers folgten, fuhr zwar die Presse fort, sich für Rußland einzusetzen, aber die Meinungen in der Gesellschaft schlugen bedenklich um, und die Schwarzseher sahen schon ein für zehn oder zwanzig Jahre gelähmtes Rußland vor sich. Dieser Zustand vertiefte sich mehr und mehr. Im September 1904 waren schon sämtliche fünf Schützendivisionen, die unter Alexander III. lediglich für Einfälle in Ostpreußen an die Grenze verteilt waren, nach Ostasien abgezogen. Der Kaiser selbst stand unter dem tiefen Eindruck: "Das ist ein Ereignis, welches der alte Moltke - der die Formation dieser Truppenteile erlebte, - und der alte Bismarck mit Sehnen und Hoffen sich herbeiwünschten und ich zu erleben schon aufgegeben hatte."[9] Die militärische Zweifrontensituation, wie sie seit 1891/92 auf dem deutschen Reichskörper lastete, begann allmählich ihre Gefahren zu verringern. Im Sommer 1905 schien diese Sorge für längere Zeit völlig beseitigt.

Das war die eine Seite der Medaille, die nächste Augenblickswirkung. Aber schon einige Wochen bevor der Kaiser, nach der Schlacht bei Liau Yang, die Erleichterung an der Ostgrenze feststellte, kam der deutsche Botschafter in Petersburg zu dem Ergebnis, daß die Siege der Japaner der Todesstoß für Rußlands ostasiatische Position seien und daß das russische Expansionsbedürfnis gezwungen sein würde, sich wieder den Fragen des mittleren und nahen Orients zuzuwenden: alles spreche dafür, daß Rußland die im fernen Osten erlittenen Niederlagen hier auszugleichen versuchen werde.[10] Gewiß konnte eine solche Rückbiegung einen russisch-englischen Gegensatz an anderer Stelle wieder aufwecken; aber es war auch möglich, daß die in Asien enttäuschten russischen Machtinstinkte sich zu der ihnen einst so vertrauten Welt des Balkans zurückwandten und den seit einem Jahrzehnt fast befriedeten Gegensatz zu Österreich von neuem ins Leben riefen. Diejenigen Elemente, die seit Jahren in London am Werke waren, die Vereinbarkeit der russischen und englischen Interessen in der Welt nachzuweisen, waren auf unterirdischen Wegen längst damit beschäftigt, eine derartige Frontverschiebung der russischen Offensivkräfte vorzubereiten.

Die Gruppierung der Staatengesellschaft, wie sie aus diesem Kriege emporsteigen würde, war das Geheimnis, das in der Luft lag und alle, auch die Unbeteiligten, mit höchster Spannung erfüllte. Während Japan durch seine Siege seinen Eintritt in den großmächtlichen Kreis erzwang, waren auch die Vereinigten Staaten als ostasiatische Macht angesichts des Welthorizontes genötigt, sich tiefer als vordem in das Spiel der Mächte zu versenken. Schon bei Beginn des Krieges führte eine

unter der Hand gegebene deutsche Anregung dazu, daß Amerika bei Rußland und Japan einen Wunsch der Neutralen zur Annahme brachte, daß die Kriegführenden den Fortbestand und die Neutralität des Chinesischen Reiches unter Ausscheidung der Kriegszone garantieren möchten. Und mit der Zeit entwickelte sich zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Präsidenten Roosevelt ein näherer Verkehr, als er bisher zwischen dem Berliner Schlosse und dem Weißen Hause möglich gewesen war. Der temperamentvolle Präsident sah in dem Kaiser "den einzigen Mann, den er verstehe, und der ihn verstehe",[11] und noch rückblickend pries er später den Kaiser als den einzigen Herrscher Europas, mit dem er während der äußerst kritischen Periode des russisch-japanischen Krieges eine gemeinsame Politik hätte treiben können.[12] In Berlin entzog man sich den weiteren Verlockungen, an denen es auch in Washington nicht fehlte, während Bülow mehr als einen vorsichtigen Anlauf nahm, in dem gemeinsamen chinesischen Interesse zu einer Vereinbarung zu kommen, ja sogar die Möglichkeit eines deutsch-amerikanischen Defensivbündnisses - gegenüber der Gefahr einer englisch-japanisch-russisch-französischen Gruppe - anzudeuten. Die enge Fühlung endete in einer gemeinschaftlichen vertraulichen Arbeit an der Herbeiführung des russisch-japanischen Friedensschlusses - eben mit Ablauf des Krieges sollte auch diese in sich einzigartige Situation wieder zurücktreten.

Wer den ganzen, durch den Krieg eröffneten weltgeschichtlichen Problemkreis übersieht, wird begreifen, daß im Verhältnis dazu für den Gesichtswinkel der deutschen Politik die sachliche Auswirkung des englisch-französischen Abkommens vom April 1904 zunächst fast in den Hintergrund trat. Ob dieses Abkommen durch seine einzelnen Inhalte in den deutschen Interessenkreis eingriff, ließ sich erst dann genau erkennen, wenn man seinen amtlichen Wortlaut von den Beteiligten erfuhr - und Mr. Delcassé beging ja den schweren Fehler, eine solche Information überhaupt zu unterlassen. Darüber hinaus - und das wog an sich unvergleichlich schwerer als marokkanische und ägyptische Handelsinteressen - war aber auch ein nahes Zusammenwirken zweier Großmächte angebahnt, mit deren Unverbundenheit man bisher gerechnet hatte: von welchem Geiste ihre Verbindung erfüllt sein würde, mochte erst an dem Verhalten der Vertragsschließenden allmählich erkennbar werden. Das Abkommen mochte, solange man es nicht im einzelnen kannte, als eine friedlich farblose Liste von allerhand über die Welt ausgedehnten Interessenausgleichen erscheinen: ob es darüber hinaus noch etwas anderes bedeutete, mußte sich enthüllen, sobald in den Einzelfragen auch ein deutsches Interesse berührt wurde.

Die deutsche Aktion setzte nicht bei Marokko ein, wo man abwartete, bis der Franzose zu sprechen begann, sondern bei der durch den französischen Verzicht verbesserten Stellung der Engländer in Ägypten, also auf einem völkerrechtlich sehr sauber bestellten Boden. England erbat für das Khedivialdekret, das nunmehr der englischen Verwaltung auf dem Gebiete Ägyptens eine größere Freiheit gewährte, und für die Befugnisse der internationalen Schuldenkommission auch die deutsche Zustimmung, wie die der übrigen Mächte. Während diese angesichts der englisch-französischen Übereinstimmung bedingungslos zustimmten, verlangte die deutsche Regierung für ihre Zustimmung als Gegengabe gewisse Zusicherungen: die Gewährung gleicher Handelsfreiheit wie für Frankreich, und einige Zusagen, die Schulen und Institute betrafen. Man konnte sich deutscherseits darauf berufen, daß man seit dem Jahre 1882 die Entwicklung der englischen Ausnahmestellung rückhaltlos gedeckt habe und Berücksichtigung dieser Wünsche verlangen dürfe. Während die mit Lord Cromer in Kairo geführten privaten Unterhandlungen ohne Mühe zum Erfolge führten, stieß man aber in der amtlichen Verhandlung in London auf unerwarteten Widerstand; es schien, als ob man hier fürchtete, Frankreich zu verstimmen, wenn man Deutschland das gleiche gewähre, und daher aus prinzipiellen Gründen von den anfangs zugesagten Konzessionen zurückzukommen suchte. Aber eben in dem Prinzipiellen lag auch die über das Objekt hinausreichende Bedeutung des Falles für die deutsche Seite: ein Zurückweichen Deutschlands vor dem englisch-französischen Widerstande würde keineswegs geeignet sein - so argumentierte Holstein -, bessere deutsch-englische Beziehungen hervorzurufen, sondern im Gegenteil den Engländern, den Franzosen und auch der übrigen Welt den praktischen Beweis

liefern, daß man durch schroffe Behandlung bei Deutschland am meisten erreiche, und daß Deutschland nach der französisch-englischen Entente um jeden Preis Reibungen mit einer der beiden Mächte vermeiden wolle.[13] Auch der englische Botschafter in Berlin bezeichnete das Verhalten seiner Regierung als unbegreiflich, und wollte in der schärfsten Form nach England berichtet haben; der Kaiser meinte, ein solches Verhalten, kurz vor dem Besuche König Eduards, müsse die Schwarzseher in der Vermutung bestätigen, daß England und Frankreich ernstlich Böses im Schilde führten, was er bisher nicht hätte glauben wollen.[14] Schließlich nahm dann die englische Regierung die deutschen Forderungen am 17. Juni an. Es war eine kurze Kraftprobe, sozusagen auf der Sonnenseite des englisch-französischen Abkommens, aber von symptomatischer Bedeutung, weil sie den Deutschen den Weg zeigte, auf dem sie auch auf der Gewitterseite, in Marokko, mit den Franzosen unter Wahrung ihrer eigenen Rechte mit analogem Verfahren zu einer vertragsmäßigen Übereinstimmung gelangen könnten.

Wenige Tage darauf brachte König Eduard bei seinem Besuche in Kiel (25. bis 30. Juni 1904) einen schwungvollen Trinkspruch auf die beiderseitigen Flaggen aus, die bis in die fernsten Zeiten nebeneinander wehen würden. Er versicherte dem Reichskanzler, daß die neue Entente ihre Spitze nicht gegen Deutschland richte und daß er nicht daran denke, Deutschland isolieren zu wollen; er wünsche im Gegenteil die Reibungsflächen zwischen allen Großmächten zu verringern. Aber man konnte nicht verkennen, daß der König mit diesem wohlmeinenden repräsentativen Akte keineswegs die öffentliche Meinung seines Landes vertrat. Ein Gegenbesuch der deutschen Flotte in Plymouth (10. Juli 1904) fand statt der erwarteten eine umgekehrte Wirkung und eine sehr kühle Presse. Es stellte sich heraus, daß jedes Mittel, mit dem man guten Willen zu zeigen versuche, falsch gedeutet werde und alle Annäherungsversuche einstweilen als unzeitgemäß gelten mußten. Die öffentliche Meinung Englands, durch das französische Abkommen nach der einen Seite und den russisch-japanischen Krieg nach der andern Seite jeder Sorge enthoben, fühlte sich jetzt um so mehr berechtigt, in dem Deutschen, gegen den man die neuen Freundschaften geschlossen hatte, den Störenfried Europas zu sehen.[15]

Die neutrale Haltung der deutschen Politik begann erst von dem Augenblick an auf eine stärkere Probe gestellt zu werden, als das Auslaufen der russischen Ostseeflotte nach Ostasien näherrückte.[16] Für die Kohlenversorgung auf dieser Fahrt, die in neutralen (französischen) Häfen vorgenommen werden sollte, hatte eine russische Firma Verträge, unter anderem mit der Hamburg-Amerika-Linie geschlossen; daß nach den völkerrechtlichen Gebräuchen über den privaten Handel der Neutralen eine Versorgung zulässig war, wurde deutscherseits sofort gegenüber den japanischen Einwendungen festgestellt; übrigens waren auch englische Firmen an dem Geschäft beteiligt.[17] Trotzdem setzte gerade in der englischen Presse ein scharfer Hetzfeldzug ein, wohl zu dem Zweck, den Japaner mit dem entfesselten Lärm über die eigene Beteiligung hinwegzutäuschen, oder doch den Versuch zu machen, ob der Deutsche nicht zurückweiche.[18]

Seitdem die Ostseeflotte am 15. Oktober ausgelaufen war, trat die prinzipielle seerechtliche Frage hinter der besonderen Frage zurück, wie weit bis in die Nähe des zu erwartenden Kriegsschau-platzes die Versorgung fortgesetzt werden dürfe. Von Madagaskar an, behauptete die eine Seite, beginne das Kriegsgebiet; schließlich hat sich die Versorgung bis Saigon erstreckt; je weiter man fuhr, desto näher rückte immerhin die Möglichkeit, daß ein Zwischenfall ein größeres Feuer zur Entzündung bringen würde.

Aber lange bevor die Flotte dieses Ziel erreicht hatte, war die Kohlenfrage durch ein anderes zufälliges Ereignis in den Schatten gedrängt worden, das an sich die deutsche Regierung nicht im geringsten berührte, aber in seinen Rückwirkungen trotzdem gegen sie zu wenden versucht wurde: das war jener Vorfall, in dem durch die ausfahrende russische Flotte auf der Doggerbank in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober einige englische Fischerboote mit ihren Insassen vernichtet wurden. Eine leidenschaftlich aufflammende, aber rasch wieder verlöschende Kriegsstimmung war

die Folge. Daß die öffentliche Meinung der Engländer über die unsinnige Schießerei der Russen in die wildeste Erregung geriet, war begreiflich. Die Politik aber verlangte, daß die englische Regierung sich mit möglichster Gelassenheit dem Volkssturm entgegenstemmte, um nicht in ganz ungewollte Verwicklungen hineingezogen zu werden. Sie forderte natürlich schleunigste Genugtuung: das Schwierigste war Anhalten der Flotte in Vigo, Ausschiffung und Bestrafung der schuldigen Offiziere. Schon gab es am 27. Oktober einen Augenblick, wo die englische Admiralität Maßregeln zur Bereithaltung der nächstverfügbaren Geschwader traf und der Krieg nach der Sprache der Presse fast unvermeidlich schien. Am andern Tage war die Krisis überwunden, unter beeiferter Mitwirkung der Franzosen, die sich plötzlich in gefährlichem Gedränge zwischen neuen Freunden und alten Verbündeten erblickten, und unter klugem Entgegenkommen der Engländer, die in der entscheidenden Frage den Schiedsgerichtsvorschlag des Zaren annahmen. Mochte es für die öffentliche Meinung eine Enttäuschung, in den Augen der Japaner sogar ein schlapper Rückzug sein - die englisch-französische Entente hatte das dringende Bedürfnis, diesen Konflikt schleunigst aus der Welt zu schaffen.

Nicht genug damit, sie ging sofort nach dem Ausgang der Krisis dazu über, die Leidenschaften der seltsam zugespitzten Situation nach irgendeiner anderen Richtung hin abzureagieren. Schon in den ersten Tagen war in der englisch-französischen Presse die absurde Anklage aufgetaucht, Deutschland habe, um sich als "Freund" zu erweisen, durch Warnungen an die russische Flotte (vor japanischen Minen) eigentlich die Nervosität des Admirals verschuldet und damit, für seine politischen Zwecke, machiavellistisch das ganze Unheil heraufbeschworen.

Diese Anklage ist auf Grund des gesamten Aktenmaterials als durch nichts, aber auch gar nichts begründet zu erweisen; tatsächlich sind Warnungen von anderer Seite gekommen, aber das Berliner Auswärtige Amt selbst hat solche Nachrichten absichtlich nicht, um die Neutralität nicht zu verletzen, nach Petersburg weitergegeben.[19] Die Erfindungen, die dann über Paris - um allem die Krone aufzusetzen - sogar in die Petersburger Presse gelangten, gehören in das System politischer Brunnenvergiftung, das von einer publizistischen Gruppe mit bestimmten Endzielen ununterbrochen betrieben wurde. So blieb aus der Erinnerung an dieses tragische Nachtstück auf der herbstlichen Nordsee wiederum nur eine neue englisch-deutsche Verhetzung zurück, eine neue Leistung der *Times*, der *National Review* und aller der Organe, die an der Störung des Friedens zwischen zwei Völkern arbeiteten.[20]

Die Aktion mündete, als der Anlaß mit der Weiterfahrt der russischen Flotte von Vigo aus der Sehweite verschwand, in eine Flottenpanik. Denn irgendwie hatte die englische Flotte in diesen Tagen einer plötzlichen Kriegsmöglichkeit das bloße Vorhandensein der in den Heimatgewässern konzentrierten deutschen Flotte als eine störende und feindselige Unbekannte im Kriegsspiel empfunden, und je mehr die politischen Kreise das Bedürfnis hatten, die Volkserregung über die russischen Seeoffiziere nach irgendeiner andern Seite hin abzulenken, desto leichter kam man stillschweigend überein, daß das am besten nach der deutschen Seite geschähe. Schon in den nächsten Wochen gingen englische Zeitschriften dazu über, unter der beliebten Erinnerung an das Schicksal Kopenhagens im Jahre 1807 das Thema zu behandeln, man müsse mit der - doch nur gegen England gebauten - deutschen Flotte rechtzeitig ein Ende machen.

Die Flottenpanik, sachlich unbegründet wie sie war, hing anscheinend mit den Möglichkeiten einer politischen Neugruppierung in diesen Wochen zusammen.

Auf der Höhe des Doggerbankkonfliktes schien einen Augenblick lang die Stunde gekommen, das letzte Wort über das Verhältnis der Mächte Deutschland - Rußland - England zu sprechen. Man glaubte in Berlin nach Ausbruch des Konfliktes bemerkt zu haben, daß die Franzosen ihre Vermittlertätigkeit in der Krisis in der Richtung auf ein russisch-französisch-englisches Bündnis auszudehnen suchten,[21] und hielt es für angezeigt, diese Gefahr zu durchkreuzen. Schon am 24.

Oktober ließ Holstein den russischen Botschafter wissen, daß es angesichts der englischen Pressedrohungen nicht unmöglich sein würde, daß England und Japan offiziell von Deutschland die Einstellung der Kohlenlieferungen verlangen würden, um mit einer solchen Drohung die russische Flotte stillzulegen. Dieser neuen Gefahr sollten Rußland und Deutschland ins Auge sehen, und Frankreich an seine Bündnisverpflichtung erinnern. Im Einverständnis mit diesem Vorgehen telegraphierte auch der Kaiser am 27. Oktober an den Zaren;[22] er betonte, Frankreich würde sich einer solchen Aufforderung nicht entziehen können, und so würde sich eine mächtige Kombination der drei stärksten Kontinentalmächte bilden, die anzugreifen die anglo-japanische Gruppe sich zweimal überlegen würde. Graf Lamsdorff sah in dieser Sondierung, die nicht frei von der Künstlichkeit mancher Holsteinscher Kombinationen ist, nur das Bestreben der deutschen Diplomatie, die russische Freundschaft mit Frankreich zu stören. Aber der Zar war entgegengesetzter Meinung. In seiner Antwort an den Kaiser vom 29. Oktober nahm er nicht nur die Anregung auf, sondern griff, von der Erbitterung im Augenblicke fortgerissen, nach der ganzen Hand. Der einzige Weg wäre allerdings, wie der Kaiser sage, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich über ein Übereinkommen verständigten, um die englisch-japanische Arroganz aus der Welt zu schaffen. Nicht genug damit, er bat Wilhelm II., den Entwurf eines solchen Vertrages aufzusetzen und ihm zu übersenden: "Sobald dieser Vertrag von uns angenommen ist, ist Frankreich gebunden, sich seinen Verbündeten anzuschließen." Diese Kombination sei ihm, dem Zaren, schon oft durch den Kopf gegangen.[23]

Rascher und unbedingter, als man in Berlin gedacht hatte, lag anscheinend ein russisches Bündnisangebot auf dem Tisch. Das Tor zu einem Kontinentalbunde schien nach dem entscheidenden Schlußworte des Zaren weit geöffnet - es **konnte** ein weltgeschichtliches Ereignis werden. Der Kaiser antwortete, in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler, schon am andern Tage in einem langen Schreiben und mit der Übersendung eines Bündnisentwurfes.[24] Das Bündnis würde natürlich, darauf legte er Nachdruck, rein defensiv sein, und ausschließlich gegen den oder die europäischen Angriffe gerichtet, in der Gestalt einer Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit gegen Brandstiftung. "Das Hauptergebnis wird sein, wenn Du und ich Schulter an Schulter zusammenstehen, daß Frankreich förmlich und öffentlich sich mit uns verbündet und auf diese Weise seine Vertragspflicht gegen Rußland erfüllt."

Es ist begreiflich, daß die Leiter der deutschen Außenpolitik sich, angesichts der unabsehbaren Tragweite des Entschlusses, mit den militärischen Autoritäten, mit dem General von Schlieffen und dem Admiral von Tirpitz aussprachen. Es kam auf die doppelte Frage an, wie Frankreich zum Beitritt zu gewinnen sei und ob es überhaupt einem ausgeübten Drucke nachgeben würde, und des weiteren, wie England auf einen solchen Zusammenschluß des Kontinents antworten würde - das war der Gegenstand einer Besprechung der militärischen und politischen Häupter am 31. Oktober.[25] Die Kritik ging von Tirpitz aus, der den Wert der russischen Allianz zu Lande und Wasser gering schätzte, dagegen (wie häufig in ähnlichen Situationen) vor der englischen Kriegsgefahr große Sorge verriet. Er hatte wohl recht, wenn er seine Zweifel in ein "mit der Pistole erzwungenes Bündnis" mit Frankreich setzte; wenn er aber am Ende der deutsch-russischen Pression auf Paris überhaupt eine Anwendung von Gewalt für nützlich hielt,[26] so schien er den wahren Sinn des Kontinentalbundes zu verkennen.

Allerdings, die Möglichkeit des ganzen Vorgehens drehte sich um die Einwirkung auf Frankreich. Der russische Gegenentwurf, den der Zar am 7. November übersandte, hatte gerade an der entscheidenden Stelle eine Änderung angebracht: statt einer russisch-deutschen Aufforderung an Frankreich die zweckmäßigere Formel, der Zar werde die nötigen Schritte tun, um Frankreich in dieses Abkommen einzuweihen und es zum Anschluß als Verbündeten zu verpflichten. Bülow und Holstein glaubten auch den Gegenentwurf noch etwas vorsichtiger gestalten zu können; sie schlugen, statt des von ihnen selbst formulierten Bündniszwecks "um den russisch-japanischen Krieg nach Möglichkeit zu lokalisieren", die allgemeinere und wuchtigere Fassung vor: "um den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten". Schon äußerte sich Bülow zu dem Kaiser in einer diesem

verwandten sanguinischen Hoffnungsseligkeit über die "wirklich großartige und für die zuschauende Welt gänzlich unerwartete Weichenstellung". Wenn man in Paris und London nur die geringste Ahnung davon hätte, würde man alles daran setzen, um das deutsch-russische Bündnis, "welches die Möglichkeit eines russisch-französisch-englischen Bündnisses kontrekarrieren wird, noch in letzter Stunde zu vereiteln". Auch der Kaiser glaubte fest an das Gelingen, wenn er gleichzeitig (am 16. November) dem Zaren schrieb, er wolle die Verhandlung mit Frankreich seiner Diplomatie überlassen; er war überzeugt, daß, wenn einmal die russisch-deutsche Abmachung Tatsache geworden sei, doch die Anziehung der vereinten Kraft unwiderstehlich sei und auch die Franzosen alle Anstrengungen machen würden, um England an dem Kriege zu verhindern. Wenn dieser Brief unter den gegen England anzuwendenden Druckmitteln andeutete, daß militärische Schritte an der persischen und afghanischen Grenze nicht unzweckmäßig sein dürften, so mochte er die Grenze staatsmännischer Vorsicht bereits überschreiten; das gilt schon von dem Entwurfe Bülows, vollends aber von der schwungvollen Art, in der Wilhelm II., von seiner Phantasie fortgerissen, den Verlust Indiens für die Jingoes noch weiter ausmalte.[27]

Aber gleich darauf erwies sich dieses Spiel der Phantasie als leere Seifenblase. In Petersburg siegte die Realpolitik Lamsdorffs über den Versuch des Zaren, eigene Wege zu wandeln. Am 23. November war Nikolaus II. genötigt, nach Berlin zu telegraphieren, daß er es **vor** der Unterzeichnung des Vertrages für ratsam halte, die Franzosen davon in Kenntnis zu setzen. Alles hatte darauf beruht, die Franzosen mit dem russisch-deutschen Abkommen vor eine vollendete Tatsache zu stellen; wenn man aber vorher eine Verhandlung über die Möglichkeit des Abkommens mit Paris eröffnete, so bedeutete das Indiskretion nach London, Veröffentlichung in der *Times*, wie der tief enttäuschte Kaiser meinte.[28] Schon erwachte in ihm die Sorge, die ganze Geschichte werde noch herauskommen, wenn sie noch lange weitergehe: "die Situation fängt an, immer mehr derjenigen vor dem Siebenjährigen Kriege zu gleichen." So warnte er den Zaren, nach Bülows Vorschlag, sofort dringend vor einer vorzeitigen Mitteilung an Frankreich. Wenn die französische Regierung sicher wisse, daß Rußland und Deutschland vertragsmäßig verpflichtet seien, sich zu unterstützen, werde sie die Engländer zum Frieden ermahnen; wenn sie aber wisse, daß ein deutsch-russischer Vertrag erst projektiert, aber noch nicht abgeschlossen sei, so könnte sie der Versuchung unterliegen, den Engländern, solange es noch Zeit sei, einen Wink zu geben. Dann aber könnten England und Japan sich entschließen, Deutschland in Asien und Europa auf der ganzen Linie anzugreifen und zur See zeitweilig lahm zu legen. Wenn der Zar ohne vorherige Zustimmung Frankreichs keinen Vertrag schließen könne, dann sei es weniger gefährlich für sie beide, "daß wir jetzt keinen Vertrag abschließen" (November 24). Damit war das Thema erledigt.[29]

Die Sorge des Kaisers vor Indiskretionen schien allerdings berechtigt zu sein. Schon in den nächsten Tagen sprachen allerhand Anzeichen dafür, daß von den russisch-deutschen Verhandlungen etwas von der Newa an die Seine durchgesickert sei,[30] ja, die Annahme gewann an Wahrscheinlichkeit, daß von hier aus auch Gerüchte, vielleicht von übertriebener Art, nach London gelangt seien. Eine kriegerische Tonart bemächtigte sich ohne ersichtlichen Anlaß eines großen Teils der englischen Presse.[31] Wir haben schon von der Flottenpanik gesprochen, in die der Zwischenfall auf der Doggerbank ausmündete. Daß sie sachlich unbegründet war, daß, wie der Kaiser damals feststellte, den 43 Linienschiffen und 140 Kreuzern auf englischer Seite nur 14 Linienschiffe und 20 Kreuzer auf der deutschen Seite gegenüberstanden, bedarf keines Nachweises. Es kennzeichnete zwar nicht die Berechtigung, wohl aber den Ernst dieser Drohungen, daß sie sogar einen sichtbaren Ausdruck in der Aufstellung der Flotte fanden: am 10. Dezember wurden 4 Linienschiffe der englischen Mittelmeerflotte der Kanalflotte zugeteilt. Dazu gesellten sich weitere Maßnahmen, die eine unmittelbar offensive Tendenz verrieten.

Am 6. Dezember hatte England die Verfügung erlassen, durch welche die in englischen Häfen Kohle einnehmenden Dampfer am Auslaufen mit ihrer Fracht verhindert werden sollten. Damit war einerseits die Möglichkeit eines deutschen Konflikts mit England - Japan nähergerückt, anderseits

die deutsche Regierung in der Zwangslage, die Russen zu nötigen, Farbe zu bekennen.[32] Sie stellte am 6. Dezember die amtliche Frage, ob die russische Regierung sich verpflichte, bei etwaigen aus der Kohlenlieferung erwachsenden Schwierigkeiten Deutschland mit allen Mitteln beizustehen - ohne eine solche Zusicherung müsse die Kaiserliche Regierung diejenigen Maßnahmen ergreifen, welche die Sicherheit des Deutschen Reiches erheische. Entsprechend telegraphierte anderntags auch Kaiser Wilhelm II. dem Zaren, er müsse jetzt absolute, positive Garantie haben, ob er im Falle eines Krieges, den England und Japan aus diesem Anlaß erklären würden, ihn ununterstützt lassen wolle oder nicht; könne der Zar nicht garantieren, Schulter an Schulter mit ihm zu kämpfen, dann müsse er leider den deutschen Dampfern verbieten, die Kohlenlieferung fortzusetzen. Zwar erklärte Nikolaus II. sich am 12. Dezember bereit, in allen aus der Kohlenfrage entstehenden Schwierigkeiten Deutschland mit allen Mitteln beizustehen, aber man fand in Berlin diese Deckung gegen einen bestimmten Kriegsgrund nicht ausreichend, da sie vom Gegner umgangen werden könne; statt dessen verlangte man Defensivbündnis auf Kriegsdauer und ein Jahr nachher.[33] Auf der andern Seite schien die russische Diplomatie das Abstoppen der Kohlenlieferung beinahe als einen unfreundlichen Akt anzusehen - bei aller seiner Macht stand das Deutsche Reich zwischen den Weltmächten fast wie Preußen im Jahre 1805.[34] Der Reichskanzler hatte schon den Botschafter in London nach Berlin berufen, um die Frage eines englischen Krieges oder Überfalles im Zusammenhang mit einem deutsch-russischen Abkommen zu erörtern.[35] Der tief eindringende Situationsbericht Metternichs vom 18. Dezember setzte mit den Worten ein: "In England ist die Ansicht weit verbreitet, daß sich Deutschland mit kriegerischen Absichten gegen das Inselreich trage; in Deutschland wird umgekehrt das Gleiche von England angenommen. Beides ist falsch." Aber er warnte ernstlich, diese Gefahr, sei es durch ein Flottengesetz mit chauvinistischer Agitation, sei es durch den Abschluß eines russischen Bündnisses auf ein Jahr, künstlich zu schaffen oder näher zu bringen, und riet dazu, die Kohlenversorgung nur solange fortzusetzen, wie die eigene Sicherheit es erlaube: wann diese Grenze erreicht sei, sei wesentlich eine praktische Frage. Unter dem Eindruck dieser wahrhaft staatsmännischen Warnung (die vor allem auch mit der Illusion der russisch-französisch-deutschen Entente unbarmherzig aufräumte), ergingen von Berlin am 21. Dezember die entscheidenden Weisungen. Man schlug in Berlin vor, die Vertragsfrage fallen zu lassen, und erklärte, in der Kohlenfrage den Umständen gemäß handeln zu wollen, auch weiterhin gemeinsam mit den Russen, aber "innerhalb der Grenzen, welche die Sorge um unsere eigene Sicherheit uns vorschreibt".[36] Um Weihnachten war die ganze Episode abgeschlossen, und ein Brief des Zaren vom 25. Dezember glitt mit leichter Hand über sie hinweg.[37]

Der Kaiser war schwer enttäuscht. Seine sanguinische Natur glaubte, jetzt den ersten persönlichen Mißerfolg erlebt zu haben, und begehrte, so wie er geartet war, nun nach der anderen Seite hin heftig umzuschlagen.[38] Was zu denken gab, war die Tatsache, daß in der allgemeinen Ordnung der Dinge die Stellung Frankreichs zu Rußland und zu England schon allzu befestigt war, als daß der einträchtige Wunsch des Kaisers und des Zaren daran etwas wesentliches zu ändern vermocht hätte.

Zugleich hatte die Gefahr eines erkennbar anti-englischen Kurses in der deutschen Politik sich zum ersten Male offen enthüllt, und sie war - wenn wirklich kaiserliche Äußerungen über England nach London durchgesickert waren,[39] nicht mit der Vorsicht behandelt worden, die nötig gewesen wäre. Sobald das deutsch-englische Problem nur auftauchte, entzündete es sich an der Flottenfrage. Bülow wußte zwar seinen zur Vorsicht mahnenden Bericht an den Kaiser mit dem schönen historischen Beispiel zu schließen: "Unsere Lage gleicht derjenigen der Athener, als sie die langen Mauern am Piräus aufführen mußten, ohne von den übermächtigen Spartanern an der Fertigstellung dieser Schutzwehr verhindert zu werden."[40] Aber dieses Beispiel deutete doch nur auf ein unentrinnbares Schicksal hin.

War es nicht ein bedenkliches Zeichen der Zeit, daß auf beiden Seiten des Kanals Stimmen laut wurden, man fürchte - ohne einen ersichtlichen Grund - von dem anderen angegriffen zu werden? Gewiß konnte Lansdowne mit Recht betonen, daß in London niemand solche Organe ernst nähme,

aber der deutsche Botschafter antwortete ihm mit demselben Recht, er könne die Beziehungen - trotz Mangels ernster Gegensätze und trotz der guten Absichten beider Regierungen - nicht für gesichert halten. Auch er meldete am 11. Januar 1905 pflichtgemäß: "An Krieg gegen Deutschland denkt hier kein vernünftiger Mensch." Niemals traf eine kaiserliche Randbemerkung so ins Schwarze, wie dieses Mal: "Schade, daß die Unvernünftigen meist im gegebenen Moment die Oberhand haben." Selbst König Eduard sah sich am 12. Januar veranlaßt, dem deutschen Marineattaché auszusprechen, daß England nie einen Krieg mit irgendeinem Lande provozieren werde, mit Deutschland am allerwenigsten, denn einmal liege absolut kein Grund dazu vor, und dann würde ein Krieg zwischen beiden Ländern das größte Unglück für beide sein.[41] Aber an den maßgebenden Stellen der englischen öffentlichen Meinung mußte sich eine Unmenge von Haß aufgesammelt haben,[42] dem es nicht mehr auf die Mittel, sondern nur noch auf den Zweck ankam. Präsident Roosevelt wenigstens gestand dem deutschen Botschafter in diesen Tagen, er erhalte fortwährend von Englands Seite oder von Englands Freunden Warnungen, daß das wahre Angriffsziel Deutschlands Amerika und nicht England sei - selbstverständlich lächle er darüber, aber seine Mahner hielten ihn für blind und schwach.[43]

Sobald aber von friedlicher englischer Seite auf Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen hingewirkt wurde, wurde diese Bemühung sofort mit allen Künsten des publizistischen Sports durchkreuzt. Lehrreich dafür sind die Memoiren von Sir Thomas Barclay, der an der englisch-französischen Handelsfreundschaft einen führenden Anteil hatte, aber eine englisch-deutsche Annäherung für sehr wohl vereinbar mit der neuen Entente hielt; mit verletzender Schärfe schnitt ein offiziöses Reuter-Telegramm vom 23. Dezember alle Illusionen solcher Art entzwei. Dieselben Elemente waren auf dem Posten, als Barclay sich anschickte, eine Versöhnungsrede auf einer Sitzung der Berliner Handelskammer am 15. Februar 1905 zu halten; noch bevor er den Mund geöffnet hatte, war sie jeder politischen Wirkung beraubt durch eine Rede, die der erste Zivillord der Admiralität Lee am 2. Februar hielt. Der Vorstoß Lees gipfelte, ohne einen andern erkennbaren Anlaß als das Entladungsbedürfnis eines beifallslüsternen Bramarbas, in der Prahlerei: die britische Flotte werde gegebenenfalls den ersten Schlag führen, noch ehe man auf der andern Seite der Nordsee Zeit gehabt hätte, die Kriegserklärung in der Zeitung zu lesen.[44] Die entsprechende Antwort blieb nicht aus. Der Kaiser erklärte im ersten Augenblick dem über diesen Ausbruch ganz zerschmetterten englischen Botschafter, daß "dieser racheschnaubende Korsar **morgen** von seiner Regierung desavouiert und offiziell rektifiziert werden müsse, sonst werde ein Pressesturm und ein kolossales Neubautenprogramm darauf antworten".[45] Aber während der Reichskanzler bereit war, jeder angeforderten Summe für eine Flottenverstärkung zuzustimmen, hielten sich die maßgebenden Männer doch in bestimmten Grenzen. Als der Kaiser am 11. Februar seine Einwilligung zu einer Mehrforderung von sechs großen Auslandskreuzern und sieben Torpedodivisionen gab, schärfte er gleichzeitig dem Staatssekretär von Tirpitz ein: "Ich will keine politisch gefährliche Vorlage mit Spitze gegen England."[46]

Derartige Spannungen, die sich vornehmlich in den Vordergründen der Presse und der Reden austoben, pflegen hernach, wenn sie, ohne Unheil zu stiften, abgelaufen sind, vergessen oder auf beiden Seiten friedlich aufgerechnet zu werden. Aber die Stimmung in England schien einer Milderung nicht mehr zugänglich zu sein. Um noch das Wort eines wahrhaft Unparteiischen anzuführen, sei hier die Vorhaltung wiedergegeben, die Präsident Roosevelt dem englischen Botschafter in Washington in den ersten Tagen des März machte: "Daß Deutschland an einen Angriff auf England nicht denke. Die fortgesetzten Hetzereien Englands gegen Deutschland könnten England nicht nützen, sondern nur schaden. Falls dieser Zustand andaure, riskiere England, eines Tages in einen Krieg mit Deutschland sich verwickelt zu finden, und zwar lediglich aus gegenseitiger Furcht vor einem Angriff des Anderen." Einige Wochen später wiederholte er seinen Wunsch, daß gute Beziehungen zwischen Deutschland und England bestehen möchten, aber der Botschafter verharrte bei dem Bilde der dunklen Pläne Deutschlands. Der Präsident antwortete ihm: "Ich gebe Ihnen die Garantie, daß Deutschland keine derartigen Absichten hat."[47] Am 19. Mai

eröffnete der Präsident dem deutschen Botschafter Speck von Sternburg, daß seine Bemühungen, die englisch-deutschen Beziehungen zu verbessern, gescheitert seien; die englische Regierung - sowohl Lord Lansdowne wie der König selbst - habe ihm zu verstehen gegeben, daß sie bessere Beziehungen zu Deutschland nicht wünsche.[48] Diese letzten Bemühungen Roosevelts fielen allerdings in eine Zeit, wo die deutsche Politik die Auseinandersetzung mit Frankreich in der marokkanischen Frage eröffnet hatte und die englische Regierung allein darauf Wert legte, als der bedingungslose und kampfbereite Helfer der Franzosen vor aller Welt zu erscheinen.

Erst nachdem durch die Schlachten von Mukden (1. bis 10. März) die Entscheidung in dem russisch-japanischen Feldzuge zu Lande unwiderruflich gefallen und die Gefahr des Zweifrontenkrieges für längere Zeiten verschwunden[49] war, hielt die deutsche Politik die Stunde für gekommen, die nunmehr dringlicher gewordene Aussprache mit Frankreich über die durch das Abkommen von 1904 in Marokko geschaffene Rechtslage zu eröffnen.

Die deutschen Interessen in Marokko waren im Laufe der neunziger Jahre schnell gewachsen. Auch fremde Beobachter stellen fest, daß Deutschland mit Riesenschritten vorwärtsgehe, und mit einer zielbewußten politischen und kommerziellen Vertretung die deutsche Gesandtschaft zu einem Mittelpunkt des europäischen Einflusses gemacht habe.[50] Dem entsprach, daß in den deutsch-englischen Besprechungen wiederholt auch Marokko als Gebiet einer allgemeinen Verständigung der Interessen mit aller Vorsicht zur Erörterung gestellt wurde. Noch gegen Ende der neunziger Jahre hatten Salisbury und Hatzfeldt, wenn sie ihre imperialistische Phantasie über die verfügbaren Tiefdruckgebiete der Erde gleiten ließen, das Gespräch in akademischem Tone auch auf Marokko gelenkt; selbst der schweigsame Premierminister hatte, während der Faschoda-Krisis, lächelnd das geläufige Schlagwort "*Divisons, divisons*" fallen lassen und sich nicht abgeneigt gezeigt, sich über Zugeständnisse an der marokkanischen Küste zu verständigen (8. Februar 1899).[51] Es gab aber auch Momente, wo er den Anspielungen auswich und von Verträgen über das Gut lebender Erblasser wenig hören mochte (Juli 1899). Mit voller Wucht suchte dagegen Chamberlain nach Beginn des Burenkrieges das Marokkoeisen ins Feuer zu schieben. Er ließ sich im November zu dem Reichskanzler Bülow und dann auch zu dem Kaiser mit dem Vorschlage vernehmen, daß England und Deutschland eine geheime Verabredung über Marokko schließen sollten; wenn Deutschland keine Ansprüche auf die marokkanische Mittelmeerküste erheben wolle, würde England ihm an der atlantischen Küste weitgehende Konzessionen machen; dort würde es sich, wenn also England Tanger nehme, schadlos halten können. Es kam damals nicht zu einer amtlichen Rückäußerung von deutscher Seite, vor allem der Kaiser hielt sich sehr zurück, denn Marokko war immerhin ein Objekt, das wegen seiner Begrenzung durch Algier auch in die französische Interessensphäre hineinreichte und gegebenenfalls zu Reibungen führen konnte, welche die Gesamtpolitik nicht ohne Not hervorzurufen brauchte.[52]

Nach dem ersten Stadium des Burenkrieges regte Hatzfeldt von neuem an, die englische Regierung nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß eine Regelung der marokkanischen Frage ohne deutsche Mitwirkung nicht stattfinden könne (21. Mai 1900). Damals erneuerte Chamberlain seine Bereitwilligkeit, im Kabinett alles für eine solche Lösung zu tun. Er riet dazu, Salisbury einen definitiven Vorschlag vorzulegen; aber Hatzfeldt mußte in seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten feststellen, daß dieser einer Erwähnung Marokkos mit Vorbedacht aus dem Wege gehe und anscheinend keine Neigung zu Zugeständnissen mehr habe; er führte diese spröde Haltung auf das Bedürfnis zurück, "nach Umständen an Frankreich in Marokko die Konzessionen zu machen, die sich als notwendig herausstellten, um mit dieser Macht zu einer friedlichen Abmachung zu gelangen."[53] Gerade an diesem Punkt stieß die gegensätzliche Außenpolitik der beiden Minister scharf aufeinander; während Marokko für Chamberlain eine Zeitlang eine Reserve war, mit der man die Freundschaft Deutschlands erkaufen könnte, wog es für Salisbury ebenso schwer als Kompensation, die Franzosen für Ägypten abzufinden. Daß man, ob man nun für den einen oder den anderen Partner optierte, die scharfe Gegnerschaft eines von ihnen in Kauf zu

nehmen hatte, lag auf der Hand. Denn die Entscheidung über das Bündnisproblem mußte sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf dieser Grundlage vollziehen.

So lag dieser delikate Gegenstand der Begehrlichkeit bis zuletzt auf dem Verhandlungstisch, ohne daß von deutscher Seite gedrängt worden wäre,[54] ihn aufzuheben. Noch im August 1901 antwortete man auf eine vorgeschlagene Formel, daß die beiden Mächte in Marokko den *status quo* aufrechterhalten wollten, die marokkanische Frage sei an sich nicht hinreichend wichtig, um eine Politik zu rechtfertigen, durch die Deutschland die Gefahr ernster internationaler Verwicklungen laufen könne.[55] Wenige Monate darauf ging England dazu über, in die Verhandlungen mit Frankreich auch Marokko als die eigentliche Gegengabe für den französischen Verzicht auf Ägypten einzubeziehen.

Die englischen Staatsmänner mußten sich in diesen Verhandlungen bewußt sein, daß die geltende internationale Vertragsordnung auch die deutschen Rechte und Interessen, die in so starkem Maße angewachsen waren, schützte; und sie konnten noch weniger vergessen haben, daß sie zumeist den Deutschen als berechtigten Partner anzunehmen bereit gewesen waren. Sie hatten also in dem zweijährigen Gang der Verhandlungen Zeit genug, darüber nachzudenken, ob dieser aus seinem Rechtsanspruch und seinen Interessen ausgeschlossene Partner sich stillschweigend in eine Neuordnung Dritter fügen würde. Noch kurz vor dem Abschluß der Verhandlungen am 17. November 1903 schrieb Lord Lansdowne an Lord Cromer:

> "Ich habe von Anfang an gefühlt, und so auch Cambon, daß wir mit Deutschland werden zu rechnen haben. Metternich hat mehrere Fragen nach unseren Absichten getan, und die Zeitungen haben neuerdings so viel Enthüllungen gebracht, daß sie wahrscheinlich die ganze Geschichte wissen, selbst wenn sie sie vorher nicht wußten. Es würde mich nicht überraschen, wenn sie (die Deutschen) Rabat (Hafen an der Westküste) verlangten. Ich weiß nicht, was unsere Admiralität dazu sagen würde, aber die Franzosen haben immer beansprucht, daß wir andere Mächte aus Marokko heraushalten müßten".[56]

Lansdowne stellte auch dem Franzosen Cambon die Frage, welche Haltung Deutschland wohl einnehmen werde. Aber dieser begnügte sich mit der Antwort, man habe neuerlich von deutschen Absichten in Marokko nichts gehört.[57] Das war es eben: der Engländer nahm es - trotz innerer Unsicherheit, - hin, daß seine neuen Freunde die Nichtbeteiligung Deutschlands zur Bedingung machten, und der Franzose rechnete damit, daß sein Partner ihn später doch in seinem Vertragsrecht schützen werde. Daraufhin nahm er es auf sich, auch nach Abschluß des Vertrages dem Deutschen keine amtliche Mitteilung über den Vertragsinhalt zu machen.

Die deutsche Politik hatte trotz aller umlaufenden Gerüchte in die schwebende Verhandlung nicht eingegriffen,[58] sondern abgewartet, bis ihr das Ergebnis mitgeteilt und ihre Zustimmung, soweit sie erforderlich war, eingeholt werde. Noch kurz vor dem Bekanntwerden des englisch-französischen Abkommens - am 16. März 1904 - hatte Kaiser Wilhelm II. in einer Zusammenkunft in Vigo den König von Spanien zu seiner Abmachung mit Frankreich, die er billige, beglückwünscht. Seine Worte: "Wir wollten keinen Territorialerwerb dort. Offene Häfen, Eisenbahnkonzessionen und Import von Fabrikaten" enthielten ein Programm, in dem neben einem Verzicht ein ebenso bestimmter Rechtsanspruch stand.[59] Es kam darauf an, ob er gegenüber dem Wortlaut und Geist des englisch-französischen Abkommens durchzuführen war. Einstweilen wartete man ab, ob der Franzose sich melde. Äußere Anlässe zur Einmischung hätten schon im Frühjahr 1904 nicht gefehlt, aber der russisch-japanische Krieg drängte sich dazwischen.

Holstein nahm dann die Auseinandersetzung mit England über die veränderte Rechtslage in Ägypten[60] zum Ausgangspunkt seiner Denkschriften, die mit der ganzen Schärfe seines politischen Kopfes die doppelte Seite der Marokkofrage, die ökonomisch-lokale und die allgemein-politische

zu analysieren versuchten. Er[61] durfte davon ausgehen, daß die Einbußen, welche dritte Mächte infolge der allmählichen Aufsaugung von Marokko durch Frankreich erleiden würden, unendlich viel größer seien, als die Ausfälle infolge der Umgestaltung Ägyptens, denn es sei damit zu rechnen, daß der auswärtige Handel und die auswärtige Industrie aus Marokko ebenso verdrängt werden würden, wie aus allen anderen französischen Kolonien und Schutzgebieten: "Marokko ist heute noch eines der wenigen Länder, wo Deutschland für seinen Verkehr freie Konkurrenz hat. Da Marokko jetzt im Begriff ist, mit den Anfängen eines Eisenbahnbaues vorzugehen, so ist die Schädigung, welche Deutschland durch das französische Monopol erleiden würde, eine recht erhebliche." Dazu kam eine zweite politische Gedankenreihe: Noch bedenklicher wäre jedoch die Schädigung, welche das Ansehen Deutschlands erleiden würde, wenn wir uns stillschweigend gefallen ließen, daß über deutsche Interessen ohne deutsche Mitwirkung verfügt wird. Zu den Aufgaben einer Großmacht gehört nicht nur der Schutz ihrer Territorialgrenzen, sondern auch die Verteidigung der außerhalb dieser Grenzen gelegenen berechtigten Interessen. Aus diesen Voraussetzungen zog er den Schluß: "Deutschland hat nicht nur aus materiellen Gründen, sondern mehr noch zur Wahrung seines Prestiges gegen die beabsichtigte Aneignung Marokkos durch Frankreich Einspruch zu erheben. Frankreich hätte Verständigung suchen können - das ist nicht geschehen. Lassen wir uns jetzt in Marokko stillschweigend auf die Füße treten, so ermutigen wir zur Wiederholung anderswo."

Wenn aber gegen diese Erwägungen geltend gemacht werden könnte, daß die Prestigefragen einen allzu großen Raum in ihr einnehmen, so gab es noch ein verborgenes, erst der Zukunft angehöriges Argument, bei dem es sich wirklich um ein deutsches Lebensinteresse handelte: die Möglichkeit der französischen Militarisierung Marokkos. Im Laufe der Verhandlungen hat die deutsche Diplomatie gerade die Engländer wissen lassen, ihr ganzer Einspruch beruhe auf dem Umstand, daß, solange die Franzosen an eine "*Guerre de Revanche*" dachten, Deutschland nicht dulden werde, daß Marokko zu einem Rekrutierungsgebiet gemacht würde, denn es müsse auf den Fall gefaßt sein, der im Jahre 1870 eingetreten sei: daß die gesamte afrikanische Armee der Franzosen Deutschland auf dem Kampfplatz entgegengeworfen würde. Jetzt sei Frankreich friedlich, aber die Verhältnisse könnten sich ändern - eben darum könne Deutschland nicht in die Erteilung eines Mandats an Frankreich willigen, den Polizeidienst an der ganzen Küste zu versehen.[62] Diese Argumentation hatte damals vielleicht keinen geschäftlichen Verhandlungswert (und es ist fraglich, ob sie die Engländer überzeugte), aber sie fügt der Berechtigung des deutschen Vorgehens ein ernsthaftes politisches Motiv hinzu. Seitdem die deutschen Erfahrungen von 1870/71 durch die marokkanischen Heerscharen im Weltkriege und ihre Verwendung bei der Rheinlandbesetzung bereichert worden sind, sollten auch diejenigen Gemüter nachdenklich werden, die noch immer von der Vorstellung leben, der Deutsche sei wie ein Fähnrich aus leichtfertigem Übermut in das Marokko-Abenteuer hineingegangen.[63]

Der Gedankengang des Auswärtigen Amts war theoretisch unanfechtbar. Wenn man ihn auf seine praktische Durchführbarkeit nachprüft, so ergeben sich sofort weitreichende Fragen: welche Rückwirkung ein deutscher Einspruch nicht nur auf Frankreich, sondern auch auf seinen Vertragspartner England haben würde, und zweitens: in welcher Weise ein Stoß in dieser Richtung auf die durch den russisch-japanischen Krieg in Fluß geratene Gruppierung der Mächte und die Tendenzen der Allgemeinpolitik einwirken würde. Man konnte sich nicht verhehlen, daß das Programm des Kaisers, so zurückhaltend es formuliert war, doch nur - was den deutschen Handel betraf - durch die Madrider Konvention vom 3. Juli 1880 und den deutsch-marokkanischen Handelsvertrag vom 1. Juni 1900 gedeckt sei, daß aber alles, was die deutschen Konzessionen und die Eisenbahntarife anging, in Zukunft durch die monopolistische Tendenz der Franzosen praktisch gefährdet sein würde. Bülow war durchaus im Recht, wenn er meinte, falls man das neue Privileg Frankreichs jetzt ohne weiteres anerkenne, so heiße das, sich ohne jede Gegenleistung selbst Schaden zufügen; wenn man aber diesen Anspruch Frankreichs bestritt, so stieß man sofort auf seinen neuen Freund England, der mit diesem politischen Anspruch die Verzichte der Franzosen in

Ägypten bezahlt hatte. Man stieß auf die Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit der englisch-französischen Entente.

Es ist begreiflich, daß der Reichskanzler, als die allgemeine Lage einem Eingreifen günstiger wurde, doch nur nach sehr vorsichtiger Vorbereitung sich seiner schwierigen Aufgabe näherte und zunächst festzustellen suchte, in welchem Umfange England die neue und noch sehr problematische Position der Franzosen diplomatisch oder mit der Tat zu decken bereit sei. Er war von Hause aus geneigt, diese Möglichkeit nicht besonders schwer zu nehmen.[64] Als aber Metternich am 15. August auftragsgemäß bei Lord Lansdowne festzustellen suchte, wie weit England seine durch die Deklaration vom 8. April 1904 übernommene Pflicht, Frankreich in Marokko zu unterstützen, auslege, kam er doch zu einem ernsteren Ergebnis. Wohl gewann er den Eindruck, daß man den Begriff der englischen Unterstützungspflicht im Einzelfall einzuengen, nicht auszudehnen versuchen werde, aber er machte doch eine scharfe Unterscheidung. Wenn Deutschland das Vertragsrecht auf seiner Seite habe, könne es unbekümmert um England gegen Frankreich fest auftreten, darüber hinaus aber - und darauf kam es an - liege die Sache anders: der Prozeß der Festsetzung der Franzosen in Marokko würde sich bei der gegenwärtigen Lage schwer aufhalten lassen, und auf eine wohlwollende Konnivenz Englands würde Deutschland bei einem Einspruch nicht rechnen dürfen.[65] Das war noch milde ausgedrückt. Eigentlich mußte man sich in Berlin selbst sagen, daß England, nach der Genesis und den Motiven des Abkommens von 1904, wahrscheinlich alles daran setzen würde, den Franzosen - gerade im Hinblick auf den ihnen entgleitenden russischen Rückhalt - die Unterstützung der Marokko-Ansprüche als ersten Prüfstein der neuen Freundschaft zu erweisen.

Man schwankte in Berlin, auf welche Weise man technisch die Auseinandersetzung eröffnen solle. Sollte man der französischen Regierung bestimmte Fragen vorlegen, oder sie durch eine unzweideutige Geste nötigen, ihrerseits das Schweigen - durch das sie sich ins Unrecht setzte - zu brechen? Es hätte auch nicht an verschleppten Reklamationen gefehlt, die Deutschland gegen Marokko zu erheben berechtigt war, und der deutsche Vertreter in Tanger würde gern in einem Hafen das Zeigen der Flagge - wie bei Agadir - gesehen haben. Aber der Kaiser erklärte sich - entsprechend seiner grundsätzlichen Haltung - fortdauernd bestimmt gegen jedes militärische Vorgehen durch Entsenden des einen oder anderen Kriegsschiffes.[66] So setzte denn die deutsche Politik ihre "stumme und rätselhafte Haltung" fort, bis das aktive Vorgehen der Franzosen in Marokko sie aus der lange beobachteten Reserve herausdrängte.

Man erwartete in Fez zum Januar 1905 die Ankunft einer französischen Mission, deren Ziele sich bereits eine Weile vorher am Horizonte abzeichneten. Schon wurden in diesem Programm alle typischen Merkmale eines Protektoratsvertrages erkennbar: die Reorganisation der marokkanischen Armee durch französische Instrukteure, ein Staatsvertrag über Ausschluß alles fremden politischen Einflusses, eine französische Kontrolle der Finanzen. Gegenüber diesem politischen Ansinnen - so riet der Geschäftsträger in Tanger dem Reichskanzler - müsse man dem Machzen in Fez (d. h. dem Sultan und seinen Beratern) zu verstehen geben, daß eine solche französische Forderung durchaus nicht die anderen Mächte hinter sich habe. Die so wichtige Waffe im Kampf um die wirtschaftliche Gleichstellung mit England und Spanien sei rechtzeitig zu benutzen, um durch das Unterstreichen des deutschen Einflusses in Fez die französische Geneigtheit zu Konzessionen zu steigern - nach einem vollzogenen Protektoratsvertrage sei die Erwartung französischer wirtschaftlicher Garantien aussichtslos. Also: energische Sprache in Fez, um dem Aufmarsch der französischen Aktion zu begegnen. Bisher habe Delcassé die Vorsicht für der Tapferkeit besseren Teil gehalten, der Versuch werde sich lohnen, ob er einem solchen "*game of bluff*" gegenüber widerstandsfähig bliebe.[67]

Dieser Linienführung kamen bald die politischen Bedürfnisse des Sultans entgegen. Seine Ratgeber begannen seit Anfang Dezember zu erforschen, ob sie im Falle eines Widerstandes gegen weitgehende Zumutungen auf moralische Unterstützung Deutschlands zählen könnten. Die

drohenden Anzeichen einer reaktionären islamitischen Bewegung wurden sichtbar, so daß vorübergehend die Franzosen und andere Nationen ihre Landsleute aus Fez abberiefen. In dieser kritischen Spannung setzten die ersten amtlichen Schritte seitens der deutschen Politik ein. Der deutsche Geschäftsträger wurde ermächtigt, die Pariser Sprache von einem einmütigen Vorgehen der europäischen Mächte zu dementieren und dabei einfließen zu lassen, "daß Deutschland ebenso wie verschiedene andere Großmächte mit der Umgestaltung der marokkanischen Frage noch gar nicht befaßt worden seien". Nachdem die französische Mission unter dem Gesandten St. René Taillandier am 25. Januar in Fez eingetroffen und vom Sultan empfangen worden war, wurde der deutsche Konsul in Fez ermächtigt, dem Sultan zu eröffnen: die deutsche Regierung habe von Frankreich keine amtliche Mitteilung über eine beabsichtigte Neugestaltung Marokkos erhalten, habe also bisher keinen Anlaß, von dieser Neugestaltung Notiz zu nehmen.

Sobald dann der Abgesandte Frankreichs vor der marokkanischen Notabelnversammlung als Mandatar Europas zu sprechen begann, war der Augenblick für die deutsche Politik gekommen, von einer unanfechtbaren rechtlichen Grundlage aus den Einspruch gegen dieses Vorgehen anzumelden. Die Ordnung der Dinge, wie sie zur Zeit bestand, ruhte auf einem international anerkannten Vertrage, dem Madrider Abkommen von 1880, und jede Änderung konnte nur unter Mitwirkung der an dem früheren Vertrage beteiligten Mächte internationale Rechtskraft gewinnen. Wenn man hier mit dem Angriff einsetzte und Frankreich zum Rückzuge aus einer international nicht haltbaren Lage nötigte, boten sich in der Ausführung verschiedene Wege dar, die entweder auf eine Entscheidung durch eine neue internationale Konferenz oder auf eine engere Verbindung mit dem Sultan von Marokko hinausliefen. Jedenfalls war es wahrscheinlich, daß in dem weiteren Verlauf die Rechtslage doch auch durch die politischen Beziehungen der Mächte beeinflußt werden konnte. Um so mehr kam es für die deutsche Politik darauf an, auch nach Anmeldung ihres Anspruchs die Zustimmung der Mächte zu der Sachlichkeit und Uneigennützigkeit ihres Vorgehens zu gewinnen. So entschloß man sich in Berlin, die Marokkoaktion durch ein grundsätzliches Bekenntnis zum Programm der offenen Tür einzuleiten. Dieses war schon in der Erklärung Wilhelms II. an den König von Spanien vorweggenommen. Noch Ende Februar ließ der Reichskanzler dem Präsidenten Roosevelt sagen: "In der Gegenwart haben wir nirgends Sonderzwecke, weder in China, noch in Marokko. Nirgends erstreben wir Territorialerwerb, sondern sind lediglich bemüht, eine Verschlechterung der gegenwärtigen Lage zu vermeiden."[68] Ja, man nahm einen Anlauf, dieses Programm weit über den einzelnen Marokkofall hinaus zu verallgemeinern, es gleichsam über das Eingangstor einer neuen friedlich-imperialistischen Politik zu setzen. Auf diesen Ton war die Rede gestimmt, mit der Kaiser Wilhelm II. vor Antritt seiner Mittelmeerfahrt in Bremen eine ethisch begründete Absage an die "öde Weltherrschaft" richtete: "Wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich in der Geschichte reden sollte, so solle es nicht auf Politik begründet sein durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein Dichter sagt: außenhin begrenzt, im Innern unbegrenzt." In diesem Geiste sollte der deutsche Marokkoeinspruch, so schien es beinahe, auch eine neue Ära friedlich-schiedlichen Wettbewerbs in der Welt einleiten.

Dieser Verkündung sollte ein Schritt folgen, der in eindrucksvollster Weise den deutschen Standpunkt festlegte, daß die Souveränität des Sultans international anerkannt werde und Europa bisher in der marokkanischen Frage noch nicht gesprochen habe. Der Kaiser selbst sollte ihn, bei einer Landung in Tanger (die Mittelmeerfahrt war schon vordem geplant), auf marokkanischem Boden aussprechen. Das war die Einleitung des sehr genau überlegten Vorgehens, das wie ein Blitz aus heiterem Himmel niedergehend, im ersten Augenblick den rechtlichen Ausgangspunkt feierlich betonte und das eigene Zukunftsprogramm fast in den Schatten treten ließ.

Der Gedanke der Landung in Tanger war nicht von dem Kaiser, sondern von Bülow ausgegangen; wenn der Kaiser höchstens an den Abstecher eines "Inkognitotouristen" dachte - was allerdings auch nicht recht möglich war -, so widerstrebte er sofort, als er die Gefahr einer politischen

Ausmünzung erkannte. Umgekehrt scheint Bülow gerade durch die Presseerörterungen über die Landungsmöglichkeit eher in dem Plane bestärkt worden zu sein, einen Coup (wie er gern sagte) daraus zu machen: den deutschen Rechtsstandpunkt in Marokko in der denkbar förmlichsten und unwiderruflichsten Weise vor aller Welt anzumelden. Es gab kein fremdes Recht, daß das Einschlagen dieses Weges verboten hätte, und doch war es sehr fraglich, ob der Schritt politisch klug war. Denn er verknüpfte die Persönlichkeit des Kaisers, die nun einmal in dem Ruf der plötzlichen Handlungen stand, viel zu sehr mit einer verwickelten politischen Aktion, deren nicht abzusehende Durchführung die äußerste Vorsicht erforderte. Der seltsame Vorgang der Landung in Tanger war aber dazu angetan, die ganz unanfechtbare Rechtslage der Deutschen durch Beimischung eines dekorativen Momentes scheinbarer kaiserlicher Laune zu ihren Ungunsten ein wenig zu verdunkeln. Diese Nebenwirkung war um so weniger erwünscht, als gerade der Kaiser in den letzten Tagen vorher aus äußerlichen Bedenken wie aus politischem Zweifel die Landung zu vermeiden suchte und nur von Berlin aus bei dem Unternehmen festgehalten wurde. Er schwankte, nach Vorwänden suchend, bis zum letzten Augenblick.[69]

Die politische Verantwortlichkeit lag also diesmal bei dem Auswärtigen Amt. Wenn man sonst immer die Neigung des Kaisers bekämpfte, ohne ministerielle Begleitungsstücke vor der Öffentlichkeit zu erscheinen, und ihn an die Maßnahmen der verantwortlichen Leitung zu binden suchte, drängte man ihn diesmal, obgleich er instinktiv widerstrebte, auf einem exponierten Schauplatz in die vorderste Linie und verfälschte dadurch die politische Situation - man könnte sogar auf den Gedanken kommen, daß der Kaiser bei seiner notorischen Zurückhaltung auf marokkanischem Gebiet, von Anfang an festgelegt werden sollte. Wenn man den vom Reichskanzler dem Kaiser vorgeschlagenen Entwurf der Unterhaltung mit dem maurischen Delegierten liest,[70] fragt man sich überhaupt, ob Bülow damals auf einen Konflikt mit den Franzosen hinarbeitete, und möchte es dem Kaiser hoch anrechnen, daß er diesen Ton vermied. Wenn Bülow aber die Marokkoaktion auf die internationale Rechtslage und das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an der offenen Tür gründen wollte, so hätte es sich empfohlen, nur den Reichstag einmütig, so sachlich wie nur möglich, hinter diese Politik zu stellen. Gerade weil die Möglichkeit bestand, daß die ganze Angelegenheit sich weiter zuspitzen und daß der politische Kern der englisch-französischen Kombination durch die marokkanischen Vordergründe hindurchbrechen würde, mußte man die delikate Frage so friedlich-geschäftlich wie möglich einleiten und die Persönlichkeit des Kaisers herauszuhalten suchen. Man hat überhaupt den Eindruck, daß der politische Weitblick des Auswärtigen Amtes nicht der rechtlichen Begründung gleichkam, mit der sich das Vorgehen rechtfertigen ließ. Es war nach der Demonstration in Tanger nicht ganz sicher zu erkennen, ob man in erster Linie die Fühlung mit dem Sultan von Marokko (der nur als eine sehr unbestimmte Größe in die Rechnung eingesetzt werden konnte) suchen wollte, oder ob man den Schwerpunkt auf das angerufene internationale Recht legte, dessen Entscheidung von der politischen Weltlage nicht ganz unabhängig war. Diese politischen Aussichten sind in Berlin - in dem Vollgefühl des besseren Rechts, über das man verfügte - von vornherein zu leicht und zu optimistisch beurteilt worden. Die deutsche Politik der nächsten Wochen liegt um so mehr in einem gewissen Halbdunkel, als es bei den leitenden Männern an einer Einheitlichkeit über die Endziele fehlte. Während der Kaiser den nächsten und friedlichsten Kern der Aufgabe vor Augen hatte, war sich der Kanzler schon klarer darüber, daß in dem beginnendem Bluffspiel es sich um eine ernste Machtentscheidung handele, und hinter ihm gab es Faktoren, die auch die Möglichkeit eines Bruches mit Frankreich in ihre Rechnung eingestellt hatten.

Seit dem **Frankfurter Frieden von 1871** war zum erstenmal eine konkrete Streitfrage zwischen Deutschland und Frankreich aufgerollt worden, bei der Anspruch auf Anspruch stieß. Der Zusammenstoß erfolgte auf einem Gebiete, das Bismarck als Reibungsfläche überhaupt hatte ausgeschaltet wissen wollen. Aber der Streitfall als solcher war durch Frankreich unter offenkundiger formaler und materieller Verletzung deutschen Rechts hervorgerufen worden, im vollen Bewußtsein des damit verbundenen Risikos. Für beide Völker ergab sich nach einem vollen

Menschenalter zum erstenmal die Gefahr eines unmittelbaren Konflikts, in dem das Objekt sofort hinter dem allgemeinen Gegensatze verschwand. Selbst wenn Frankreich sich herbeiließ, die formelle Unterlassung gutzumachen, und in der marokkanischen Streitfrage befriedigende Konzessionen anbot, der ganze deutsch-französische Gegensatz, für lange Zeit in dem Verhältnis der europäischen Völker eine ruhende Größe, war wieder zu vollem Leben erwacht.

Die erste Frage war: wie nahm Frankreich den in Tanger geführten Gegenstoß der deutschen Politik auf? Sie verband sich sofort mit der zweiten Frage: in welchem Maße stellte sich England, um den deutschen Stoß aufzufangen, an Frankreichs Seite? Daß hier die eigentliche Entscheidung lag, sollte man in Berlin erst im Laufe der nächsten Monate erkennen.

Die Engländer kaufen nicht Zeitungen, schrieb damals ein französischer Politiker, sie kaufen eine Frage - zur gegenwärtigen Stunde haben sie die marokkanische Frage gekauft. Das Geheimnis dieser Frage war ihre dynamische Funktion in den Beziehungen der großen Mächte. Eben darum sahen die Engländer in der deutschen Marokkopolitik niemals die Vertretung berechtigter Interessen, sondern nur einen Angriff auf die *Entente cordiale* mit Frankreich. Und eben darum setzten sie jetzt alles daran, dem französischen Partner den Nachweis der Leistungsfähigkeit der Entente zu erbringen. Diese englische Politik der Rückenstärkung lief durch mehrere Stadien.

Es war wohl das Rücktrittsgesuch Delcassés vom 21. April, das andern Tags Lord Lansdowne zu dem Entschluß brachte, den Franzosen Zusammengehen und Unterstützung gegen das "höchst unvernünftige" Vorgehen der Deutschen anzubieten. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die deutsche Regierung einen Hafen an der marokkanischen Küste verlangen werde: gegen eine derartige Absicht sei England bereit, im Verein mit der französischen Regierung Einspruch zu erheben, und es bitte, ihm uneingeschränkte Gelegenheit zu geben, "mit ihm über die Schritte zu beraten, die dagegen etwa unternommen werden könnten".[71] Die Macht Englands stellte sich, auf das unbegründete Gerücht von deutschen Hafenwünschen, weitreichend zur Verfügung und erwirkte zunächst, daß Delcassé andern Tags sein Rücktrittsgesuch zurückzog. Man hatte zwar in Paris von diesen Hafenwünschen noch nichts gehört, erklärte aber, daß man den Sultan warnen werde, - und setzte die Operation auf merkwürdige Weise fort. Gegen Anfang Mai ließ Delcassé durch die Vermittlung des italienischen Ministers Luzzatti den deutschen Botschafter Monts wissen, er sei bereit, dem Kaiser irgendeine von deutscher Seite zu bezeichnende eklatante Genugtuung zu gewähren, um darauf die Marokkofrage in einer das französische Ehrgefühl nicht zu tief verletzenden Weise zu regeln; man ließ dabei fallen, daß zu dem französischen Angebot der Hafen von Casablanca und ein atlantischer Hafen, sowie ein Abkommen über die Bagdadbahn gehören sollten.[72] Einige Tage später ließ der Ministerpräsident Rouvier dem Reichskanzler durch Vermittlung des Frhr. von Eckardstein sagen, daß er zu einer Verständigung bereit sei, bei der auch die Besitzergreifung eines marokkanischen Hafens an der atlantischen Küste freigestellt werden sollte.[73] Bülow lehnte die eine wie die andere der auf Schleichwegen erfolgenden Annäherungen ab, vor allem weil sie dem deutschen Programm und der Konferenzidee widerspreche. Dieser Entschluß ist häufig getadelt worden, weil er eine wertvolle Kompensationsmöglichkeit im Entstehen zerstört und statt dessen aus Hartnäckigkeit den Weg nach Algeciras vorgezogen habe.

Aber wie steht es mit den Angeboten - in denen plötzlich die Marokkohäfen fast zur Auswahl auf dem Präsentierteller lagen - unmittelbar nachdem England seine Macht zur Bekämpfung solcher deutschen Pläne in Paris angeboten hatte? Sollten die französischen Angebote etwa nur die edle Absicht verfolgen, den Deutschen unter der Hand zum Geständnis seiner Hafenwünsche zu verführen, um ihm dann amtlich Arm in Arm mit England entgegenzutreten? Sollte das ganze Zwischenspiel, in dem Rouvier und Delcassé gesondert nach demselben Schlachtplan operierten, nicht nur eine Falle gewesen sein, den Deutschen von seiner geraden Linie abzubringen und gleichzeitig eine geschlossene englische Aktion in die Front des Widerstandes einzubeziehen?

Das englisch-französische Spiel blieb zunächst ein Stoß ins Leere. So glaubte Lansdowne am 17. Mai zum zweiten Male den Franzosen Mut machen zu müssen. Er wiederholte das Angebot der engen Fühlung und Unterstützung vom April, mit dem Hinzufügen: er habe die Befürchtung, Frankreich könne sich am Ende dazu bewegen lassen, die Einwilligung Deutschlands durch Zugeständnisse in anderen Weltteilen und von einer Art zu erkaufen, die England wahrscheinlich nicht mit freundlichen Augen betrachten würde. Es kam ihm offenbar darauf an, Frankreich auch solchen Verführungen gegenüber - es ließ sich an Konzessionen in der Bagdadbahnangelegenheit denken - schuß- und stichfest zu machen, oder, was dasselbe war, jede Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung auf unerwünschter Grundlage zu zerblasen. Damit war der Sache ein solches Gewicht gegeben, daß der Botschafter Cambon am 25. Mai den Versuch machte,[74] die sich bietende Hilfsverpflichtung in eine bestimmte Formel zu bringen, die den "Fall eines unberechtigten Angriffs" mit der englischen Bereitschaft zur Verständigung über gemeinsam zu treffende Maßregeln in feste Beziehung setzte. Lansdowne sah darin eine zu weitgehende Bindung der englischen Politik,[75] und wollte den vertraulichen Meinungsaustausch eintreten lassen, "zwar nicht so sehr infolge unprovozierter aggressiver Handlungen von seiten einer anderen Macht, als in Erwartung irgendwelcher Verwicklungen, die während der etwas unruhigen Zeitläufte zu befürchten seien".[76] Man sieht zweierlei: beide Seiten hatten begonnen die Bündnisverpflichtung in weitem Kreise zu umgehen, und wenn sie von einem Meinungsaustausch über zu treffende Maßregeln sprachen, konnten nach dem Sprachgebrauch dieser Diplomatie nur militärische Maßregeln darunter verstanden werden - man fühlt sich zum ersten Male in der Atmosphäre des Grey-Cambon-Briefwechsels von 1912.

Daß die Engländer über diese Erbietungen des April und Mai noch hinausgegangen sind, ist von englischer Seite ebenso einmütig bestritten wie von französischer Seite - und zwar beide Male von den Hauptbeteiligten - behauptet worden. Lansdowne hat bestritten, ein Bündnisangebot gemacht zu haben (und in den englischen Akten findet sich nichts weiteres), aber die Franzosen, Delcassé an der Spitze, haben sich in publizistischen Erörterungen immer darauf berufen, daß sie schließlich noch weitere Zusicherungen von London erhalten hätten. Und zwar in den Tagen, als der Kampf um die Person Delcassés seinen Gipfelpunkt erreichte. In den letzten Tagen des Mai hatte die deutsche Diplomatie deutlicher auf die Gefahr seiner Geschäftsführung hingewiesen; noch am 31. Mai antwortete Rouvier, Delcassé sei jetzt nicht entbehrlich und er könne ihn auf ein Stirnrunzeln Deutschlands nicht fallenlassen; am 2. Juni war er im Besitz von Mitteilungen, daß eine Fortsetzung der Politik Delcassés Deutschland nicht mehr gleichgültig sein könne. Nach Delcassés Aussage ist er selbst noch am 4. Juni in den Besitz eines englischen Hilfsangebotes gekommen, über das er nur den Präsidenten Loubet und Rouvier in Kenntnis setzte. Im besonderen ist in späteren - auf Delcassé zurückzuführenden - Enthüllungen[77] davon die Rede gewesen, daß England auch ein sofortiges Eingreifen in den Krieg, und zwar vermöge einer Landung von 100 000 Mann in Schleswig-Holstein versprochen habe. Daß Delcassé diese Zusage erfunden haben sollte, ist nicht anzunehmen. Daß aber Lansdowne, der sie in Abrede stellte, amtlich die Unwahrheit gesagt haben sollte, ist fast ebenso schwer zu glauben. Der harmlose Geschichtsleser sieht sich in Verlegenheit und stellt nur fest, daß der Engländer ein Verfahren eingeschlagen haben muß, das dem kriegswilligen Flügel der Franzosen das absolute Vertrauen auf seine militärische Hilfsbereitschaft einflößte und ihm selbst trotzdem das formale Recht sicherte, diese Zusage als einen amtlichen Schritt den Deutschen gegenüber zu bestreiten. Die französische Seite aber sorgte dafür, daß noch während der Krisis entsprechende Mitteilungen nach Deutschland gelangten.[78] Da es nicht nur amtliche Wege vertraulichen Meinungsaustausches gab, so besteht eine große Wahrscheinlichkeit, daß König Eduard selbst, der in diesen Wochen in nahem Verkehr mit Delcassé stand, ihm die Erläuterung dessen, was von englischer Seite unter "den zu treffenden Maßregeln" verstanden wurde, zu geben gewußt hat; die Lesart der (nicht wahrscheinlichen) Landung "in Schleswig-Holstein" könnte auch auf eine temperamentvolle Wunschtheorie Sir John Fishers schließen lassen. Jedenfalls besteht kein Zweifel, daß die Engländer ihre stärkste Trumpfkarte ausspielten, um den Mann der Entente an der Spitze der französischen Außenpolitik zu erhalten.[79]

Mit diesem Rückhalt wollte Delcassé es wagen: er schlug vor, einen Panzerkreuzer nach Marokko zu entsenden. Als Rouvier ihm entsetzt entgegenhielt: das wäre der Krieg mit Deutschland, blieb er gefaßt: "Glauben Sie das doch nicht, es ist ja alles Bluff." Aber am 6. Juni entschied der Ministerrat gegen Delcassé und seine Kriegspolitik. Gegen Mittag nahm Delcassé seine Entlassung. Bis in die Einzelheiten des Vorganges hinein fühlt man sich an den Sturz des Kriegsministers Boulanger im Frühjahr 1887 erinnert, und es mag sein, daß man in Berlin nach Bismarckschem Rezept verfuhr. Und doch war der tiefe Unterschied der beiden Situationen nicht zu verkennen. Boulanger war der Vertreter einer persönlichen Kriegspolitik gewesen, die sehnsüchtig, ohne schon einen Vertrag zu besitzen, nach Rußland ausschaute; da es an einem sachlichen Streitobjekt fehlte, war mit der Beseitigung seiner Person die ganze Krisis beendet. Jetzt aber, im Jahre 1905, blieb das Streitobjekt auch nach dem Sturze des Ministers unverändert bestehen, und die Macht, die anfeuernd dahinterstand, beschloß ihre Anstrengungen zur Rückendeckung zu verdoppeln.[80]

So wenig Bismarck im Jahre 1887 den Krieg gewollt hatte, so wenig wollte die deutsche Politik, wollte vor allem der Kaiser dieses Mal den Krieg. Wir haben dafür gerade aus dieser Zeit ein ganz persönliches Zeugnis. Im Mai 1905 war in der Londoner Zeitschrift *The XIX. Century* ein Aufsatz erschienen, der im Hinblick auf die gefährdete europäische Lage den sofortigen Abschluß eines französischen Bündnisses forderte:[81] das europäische Gleichgewicht sei durch Rußlands Niederlage zerstört und Frankreich isoliert; man müsse an Bismarcks Prophezeiung denken, daß der nächste große Krieg Frankreich auf der Karte Europas auslöschen würde. Der Dreibund sei absolut der Herr des Kontinents, und seine Glieder möchten jetzt unbekümmert an eine aktivere und abenteuerlichere Politik denken; man müsse damit rechnen, daß sie die sich darbietenden Gelegenheiten des Augenblicks zu ihrem Vorteil ausnützen würden. Wahrscheinlich gehe die lange Friedensperiode jetzt zu Ende und man stände am Eintritt in eine Ära politischer Unruhe, die Europa erschüttern würde.

Graf Schlieffen, in dessen innerstem Denken die Forderung des Präventivkrieges lebte,[82] übersandte den Aufsatz - der seinerseits auch von der Notwendigkeit der Präventive für seine Sache sprach - dem Kaiser. Dieser aber bemerkte am Rande - vermutlich an jener Stelle: - "Nein! Niemals werde ich einer solchen Handlung fähig sein!"[83] In einem Augenblick, wo die gegnerische Publizistik die große Chance der deutschen Politik, den Höhepunkt der politischen Überlegenheit sah, widerstand der Kaiser, auch in vertraulicher Herzensergießung, jedem Spiel mit dem Gedanken des Kriegs und der Vorherrschaft - es war in den Wochen, wo die deutsche Politik in Paris auf die Entlassung Delcassés drückte, nicht um Krieg zu machen, sondern um eine Kriegsgefahr hinwegzuräumen.

Im Augenblick empfand man in London die Niederlage stark. Der englische Premierminister Balfour schrieb am 8. Juni an König Eduard VII.: "Delcassés auf Druck der deutschen Regierung erfolgter Rücktritt verriet eine Schwäche Frankreichs, die es unmöglich macht, mit ihm als einem wirksamen Faktor in der internationalen Politik zu rechnen. Man kann ihm nicht mehr das Vertrauen entgegenbringen, daß es im entscheidenden Augenblick einer Verhandlung nicht vor Drohungen zu Kreuze kriechen wird."[84] Der erste deutsche Gegenstoß gegen die englisch-französische Entente war von einem offensichtlichen Erfolge begleitet.

Der Abschluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 8. Juli, das scheinbar dem Streit die schlimmsten Hörner und Zähne ausgebrochen hatte, und die gleichzeitige Übernahme der Friedensvermittlung durch den Präsidenten Roosevelt, ermutigten den Kaiser zu einer der persönlichsten Handlungen seines Lebens. Er kam auf den Gedanken - im Einverständnis mit dem Reichskanzler -, die im Dezember 1904 gescheiterte Bündnisbesprechung mit dem Zaren noch einmal unter günstigeren Voraussetzungen wieder aufzunehmen. Noch einmal den Versuch zu machen, das Gespenst eines englisch-französisch-russischen Zusammengehens zu bannen. Wenn es im Augenblick auch keine russische Gefahr gab, so war doch damit zu rechnen, daß König Eduard seine Bemühungen um die russische Verständigung, sobald erst Rußland wieder aktionsfähig

geworden war, wieder aufgreifen werde; dann würde auch Frankreich seine gezwungen-friedliche Haltung wieder aufgeben.[85] Die Absicht des Kaisers, psychologisch richtig berechnet, war, an Niko-laus II. in seiner seelischen Verlassenheit als Freund und Helfer heranzutreten und ihn noch einmal einzuladen, die Basis des früheren Vertragsentwurfes zu betreten. Zu diesem Zwecke machte er ihm in der zweiten Hälfte des Juli den Vorschlag, mit ihm auf einer Jachtfahrt in den Gewässern der Ostsee zusammenzutreffen, und der Zar - von der Niederlage gedrückt und durch die Revolutionsbewegung beunruhigt - nahm den Vorschlag mit besonderer Wärme an. Die Ratgeber Kaiser Wilhelms II. hatten zwar seit dem vorjährigen Erlebnis ihre Zweifel, sie hätten auch - der Lage entsprechend - lieber eine Initiative von russischer Seite gesehen, aber sie erklärten sich mit dem Gedanken einverstanden. Noch während Bülow und Holstein die Einzelheiten des Planes hin und her erwogen, traf am 24. Juli von Björkoe im finnischen Meerbusen (nahe Wiborg) die telegraphische Nachricht ein, daß das Unwahrscheinliche eingetroffen, das Unzulängliche Ereignis geworden sei: der Kaiser und der Zar hatten den Vertrag miteinander angenommen und unterzeichnet.



Zusammenkunft Kaiser Wilhelms II. mit Zar Nikolaus II. in Björkoe, Juli 1905 (der Zar auf der "Hohenzollern").

Schon bei der ersten Besprechung der beiden Monarchen am 23. Juli hatte sich gezeigt, daß der Kaiser den psychologischen Moment richtig gewählt hatte, um einen Zugang zu der schwachen und trostbedürftigen Seele des Zaren zu finden. Selbst in der schwierigen Frage der Ordnung des Verhältnisses zu Frankreich. Der Kaiser betonte, Frankreich habe der englischen Verführung Anfang Juni widerstanden und damit angezeigt, daß es sich um Elsaß-Lothringen nicht mehr schlagen wolle. Der Zar antwortete: "Ja, das sehe ich, es ist ganz klar, die elsaß-lothringische Frage ist jetzt ein für allemal, Gottseidank, geschlossen (*incident clos*)." Er war von tiefer Erbitterung gegen England erfüllt, und in der Klage über die Intrigen Eduards VII. als des Friedensstörers von Europa klangen ihre Überzeugungen zusammen: er versprach dem Kaiser in die Hand, niemals ein Bündnis oder eine Verabredung mit England gegen Deutschland zu schließen.[86]

Wilhelm II. hat wohl niemals in seinem Leben alle Kräfte seines Innern so zusammengerafft, wie hier, wo es galt, den Zaren zu gewinnen; mit Gebet zum Herrn suchte er sich zu sammeln. Er hatte den richtigen Instinkt, daß hinter den Entscheidungen die große Wende des Schicksals verborgen liege. Bevor er am nächsten Morgen zu der Jacht des Zaren hinüberfuhr, schlug er die Losungen auf

und suchte nach einer Stärkung. Von neuem klagte der Zar über die englisch-französischen Vertraulichkeiten und auch darüber, daß die englische Flotte in den letzten Tagen in so überschwänglicher Weise in Brest gefeiert worden sei, ohne daß man ihn vorher gefragt habe - ob sie wohl etwas miteinander abgemacht hätten? Jetzt sah Wilhelm II. den Augenblick gekommen. Wenn der Bundesgenosse ohne vorherige Anfrage sich die Politik der freien Hand wahre, so sei es dem Zaren unbenommen, das Gleiche zu tun. Man könne ja, so schlug er vor, das im letzten Winter an Delcassés Widerspruch gescheiterte Übereinkommen wieder hervorholen. Auf die Frage des Zaren legte der Kaiser ihm eine Abschrift jenes Entwurfes vor, die er zur Hand hatte; er hatte darin die beiderseitige Hilfsverpflichtung auf Europa beschränkt. Der Zar las den Entwurf zweimal, dreimal. Selten gewinnt man einen so klaren, einen so persönlichen Eindruck von dem Innenleben des Kaisers, wie in seiner Schilderung dieses Vorgangs: "Ich betete ein Stoßgebet zum lieben Gott, Er möge jetzt bei uns sein und den jungen Herrscher lenken. Es war totenstill; nur das Meer rauschte und die Sonne schien fröhlich und heiter in die trauliche Kabine, und gerade vor mir lag leuchtend weiß die 'Hohenzollern', und hoch in den Lüften flatterte im Morgenwind die Kaiserstandarte auf ihr; ich las gerade auf deren schwarzem Kreuz die Buchstaben 'Gott mit uns', da sagt des Zaren Stimme neben mir: »*that is quite excellent. I quite agree.*« Mein Herz schlägt so laut, daß ich es höre; ich raffe mich zusammen und sagte so ganz nebenhin: »*Should you like to sign it? It would be a very nice souvenir of our entrevue.*«" Der Zar willigte ein. Beide Monarchen unterzeichneten und umarmten einander; als Zeugen mußten der Admiral Birilew und der Unterstaatssekretär von Tschirschky ihre Unterschriften beifügen.[87]

Der Vertrag sah in Europa die wechselseitige Unterstützung der beiden Mächte für den Fall des Angriffs durch eine europäische Macht vor. Er sollte sogleich nach dem Friedensschluß mit Japan ins Leben treten und Bestand haben, solange er nicht ein Jahr zuvor gekündigt sei. Der Zar übernahm die notwendigen Schritte, nach dem Inkrafttreten des - bis zum Friedensschluß geheimzuhaltenden - Vertrages Frankreich in das Abkommen einzuweihen und es zu verpflichten, sich ihm als Verbündeter anzuschließen.

Der Kaiser war so erhoben von dem Gelingen, daß er triumphierend an den Reichskanzler schrieb: "So ist der Morgen des 24. Juli 1905, bei Björkoe, ein Wendepunkt in der Geschichte Europas geworden, dank der Gnade Gottes; und eine große Erleichterung der Lage für mein teures Vaterland, das endlich aus der scheußlichen Greifzange Gallien - Rußland befreit werden wird." Wenn das Wort des Zaren seine Kraft behielt, dann war allerdings der einst im Konflikt mit Bismarck voreilig preisgegebene Rückversicherungsvertrag wiederhergestellt, ein historischer Fehler wieder ausgelöscht -, und zwar, wie Bülows Glückwunsch von der Nordsee es am selben Tage ausdrückte: "Eure Majestät allein haben diese Wendung ermöglicht und herbeigeführt." In dem Leben dieses Monarchen, das stets von einem so heftigen Auf-und-Nieder der Empfindungen erfüllt war, war es vielleicht der glücklichste Augenblick, weil ein niemals ganz in sich selbst beruhigtes Selbstgefühl sich diesmal durch einen Erfolg belohnt sah, den es kaum zu erhoffen gewagt hatte. Gegen dieses menschliche, allzu menschliche Selbstgefühl des Kaisers aber sollten nun gleich darauf die stärksten Stöße, von zwei verschiedenen Seiten her, einsetzen.

Die Enttäuschung ging sogar von der deutschen Seite aus, obgleich hier doch das Gesamtergebnis höchst willkommen sein mußte. Aber der Reichskanzler erblickte in der Beschränkung der gegenseitigen Hilfsverpflichtung auf Europa, die der Kaiser in den Vertragsentwurf eingefügt hatte, eine Verringerung seines politischen Wertes. Er wünschte also den Zusatz "in Europa" zu streichen, und verbiß sich, aus welchen Gründen auch immer, in diese Kritik, obgleich er sich sagen mußte, daß jeder nachträgliche Abänderungsversuch die Gefahr mit sich brachte, daß man auch in Petersburg versuchen werde, den Vertrag abzuändern. Holstein, der von jeder Diskussion einer Vertragsänderung abriet, war viel einsichtiger, wenn er die Tatsache, daß Rußland dem "Viererbunde" nicht mehr beitreten könne, doch höher einschätzte: "Der Kreis um Deutschland kann sich nicht mehr schließen. Damit ist immerhin schon etwas erreicht." Es scheint aber, daß dem Reichskanzler auch

grundsätzlich daran lag, die Festigkeit seiner Stellung dem Eigenwillen des Kaisers gegenüber zu erproben: er weigerte sich, die Verantwortung für den Zusatz zu übernehmen, und erbat am 3. August 1905 seine Entlassung. Für den Kaiser, der in diesen Tagen in Kopenhagen eine gewagte Kontinentalpolitik fortgesetzt hatte,[88] wirkte Kritik und Absage von dieser Seite wie ein Donnerschlag. Der Erregungszustand, den man auch sonst in diesen Tagen an ihm bemerkt, erfuhr eine derartige Steigerung, daß er nach seiner eigenen Aussage völlig zusammenbrach und eine schwere Nervenkrisis befürchtete. Sein Antwortschreiben vom 11. August, in dem er Bülow geradezu anflehte, im Amte zu bleiben und mit ihm gemeinschaftlich zu arbeiten, *ad majorem Germaniae gloriam*, verrät eine Haltlosigkeit, die nur Mitgefühl erregen kann.[89] Auch der greise Wilhelm I. hat sich dem herrscherlichen Rücktrittsgesuch Bismarcks, zwar bittend, aber in souveränem Ton mit seinem "Niemals" entgegengestellt: bei seinem Enkel sieht man ein tief erschüttertes Selbstgefühl sich vor dem Entlassungsgesuch beugen, das Bülow anscheinend mit kalter Berechnung ins Gefecht geführt hatte. Man hat den Eindruck, als wenn der Kaiser in diesem Jahre, wo er mit sicherer Witterung eine dunkle Gefahr rings um Deutschland heransteigen fühlte, in seinem Innersten von heftigen Erschütterungen heimgesucht wurde. Der Umschlag von dem vermeintlichen Triumph zu der Kritik seiner Berater warf ihn seelisch um und offenbarte mit einem Schlage, daß er den Glauben an sich selber nicht mehr besaß.

Und dabei lag das ganze politische Problem gar nicht in dem, was zwischen Wilhelm II., dem Kanzler und Holstein erwogen wurde, nämlich in der Möglichkeit, den Vertrag von Björkoe von deutscher Seite zu "verbessern". Es lag auf der anderen Seite des Abgrunds: würde der Zar, wenn mit dem Friedensschluß die Ratifikation nahte, bei dem Vertrage, so wie er lautete, festgehalten werden können? Würde der Selbstherrscher aller Reußen, dessen Unterschrift für das russische Staatsrecht verbindlich war, sich gegen die russische Staatsräson und gegen die Männer, die sie amtlich vertraten, behaupten? Noch als Witte Ende September, von Amerika kommend, das kaiserliche Jagdschloß Rominten besuchte und vom Kaiser in das Geheimnis des Vertrages eingeweiht wurde, war er zunächst - oder er stellte sich wenigstens so - auf das freudigste überrascht und ging ganz auf die Gedankengänge des kontinentalen Dreibunds ein.[90] Aber auch er dachte nur an eine allmähliche Gewöhnung Frankreichs an den neuen Tatbestand. Als er an den Zarenhof zurückkehrte, sah er bereits den Vertrag von Björkoe im Mittelpunkt der geheimsten Erörterungen stehen. Die amtliche Formel lautete noch, der Zar habe in Björkoe die früheren Bündnisverträge nicht zur Hand gehabt, und man müsse jetzt an den langwierigen Versuch herantreten, Frankreich zum freiwilligen Anschluß zu vermögen, oder aber, wenn es ihn durchaus verweigere, die Artikel 1 und 4 des Vertrages ändern. Um Mitte Oktober ließ Graf Lamsdorff den französischen Botschafter wissen, daß der deutsche Kaiser sich eifrig bemühe, die russische Regierung zu einem bestimmten Schritt gegenüber dem neuen englisch-japanischen Abkommen zu veranlassen. Am 25. Oktober erfuhr man bereits in London, daß der russische Botschafter eine ähnliche Idee - Rußland, Deutschland, Frankreich als Gegengewicht gegen das englisch-japanische Bündnis - Herrn Rouvier vorgeschlagen, aber die Antwort erhalten habe, von einer französischen Beteiligung an einem solchen Plan könne nicht die Rede sein. Der französische Botschafter glaubte sich daher zu der Annahme berechtigt, daß der Vorschlag zwar im Auftrag Lamsdorffs gemacht worden sei, aber in der Erwartung, daß er eine Ablehnung erfahren werde.[91] Nachdem die amtliche russische Politik diese Schwierigkeit festgestellt hatte, ging sie pflichtmäßig dazu über, dem Kaiser die bittere Enttäuschung nicht mehr vorzuenthalten. Am 28. November teilte der Zar dem kaiserlichen Freunde mit, daß die Ereignisse der letzten drei Wochen wenig Aussicht verrieten, Frankreich für einen Vertrag zu Dreien zu gewinnen.

Immerhin wahrte er, wie er mußte, die Form und schlug eine Deklaration vor, daß in Anbetracht dieser Schwierigkeiten Artikel 1 keine Anwendung auf den Fall eines Krieges mit Frankreich fände und daß die französisch-russischen Verpflichtungen bis zur Begründung eines Dreier-Einvernehmens in Kraft blieben. Der Kaiser sah mit Recht in diesem Vorschlag "eine direkte Annullierung des Vertrages im Fall eines Krieges mit Frankreich". Seine Stimmung suchte sich auf der Linie der Illusionen zu halten, "getrost auf unser klares Gewissen und die gute Sache bauend, die große Aufgabe,

Gallien zu gewinnen, zu lösen", um dann doch wieder der Bitterkeit über den russischen Dank für die deutsche Haltung während der letzten Jahre zu verfallen. Und dann überkam ihn, nach dem Scheitern dieses letzten und persönlichsten seiner Anläufe, das dunkle Gefühl, das entscheidende Spiel verloren zu haben: "Die Koalition ist *de facto* da. Das hat King Eduard VII. doch fein gefingert." Der Kampf war noch nicht zu Ende. Aber das Schwergewicht der englisch-französischen Entente hatte sich in dem Ringen um die Seele der russischen Politik als der stärkere Teil erwiesen. Der Form halber hielt man in Berlin an dem zerreißenden Faden noch fest. Der Kaiser betonte, daß der deutsch-russische Defensivvertrag nicht gegen ein französisch-russisches Bündnis verstoße, das doch auch lediglich defensiven Charakters sei. Und der Zar schlug am 2. Dezember vor, die Zusatzdeklaration zu dem Björkoe-Vertrag als in Geltung stehend zu betrachten. Man äußerte sich dazu in Berlin nicht. Da das Wort der Monarchen nicht ausgelöscht werden konnte, gab man sich den Anschein, als wenn es seine Geltung bewahre. Aber schon der nächste Akt, die Konferenz von Algeciras, sollte lehren, daß die politische Wirklichkeit über diese Episode längst hinweggeschritten war.

In allen diesen Monaten standen die deutsch-französischen Verhandlungen über die Voraussetzungen, unter denen man in die internationale Auseinandersetzung eintreten wollte, im Vordergrunde der diplomatischen Geschäftigkeit und der Erregungen der öffentlichen Meinung, die auf dem innersten Boden dieser Gespräche die Frage Krieg oder Frieden witterte. Trotzdem haben wir uns entschlossen, alle diese Dinge nur knapp zu berühren, weil sie nur Vordergründe sind und nicht eigentlich in den Kern der Entscheidungen führen. Das deutsch-französische Abkommen vom 8. Juli, in dem Frankreich grundsätzlich die Entscheidung durch eine internationale Konferenz zugestanden hatte, hatte sich nur als eine provisorische Lösung erwiesen. Die deutsche Vertretung in Fez benutzte die Gelegenheit, neue Konzessionen zu gewinnen, und die Franzosen sahen darin einen willkommenen Anlaß, dagegen zu protestieren. Zu Anfang September begannen neue Verhandlungen in Paris, die am 28. September zu einem neuen deutsch-französischen Abkommen führten[92] - niemand drängte so ungeduldig auf ihren Abschluß als der Kaiser, der dieses ekle Gezanke gründlich satt zu haben erklärte. Man hat die deutsche Politik während dieser ganzen Monate sehr als undurchsichtig getadelt. Ich lasse es dahingestellt, ob diese Vorwürfe das Verfahren im einzelnen treffen, obgleich man auch darin der zähen Verhandlungstaktik der Franzosen nicht immer gewachsen war. Aber der eigentliche Vorwurf wird sich auf einen anderen Gegenstand richten. Man hat den Eindruck, als ob die große Konzeption der deutschen Politik in dieser gefährlichen Kraftprobe, die mit solchem Alarm eingeleitet worden war, der wahren Einheitlichkeit entbehrte. Die Idee des Kaisers, die auf den Kontinentalbund unter Einschluß Frankreichs abzielte (und infolgedessen die Marokkosache sehr leicht nahm), und die Fortführung einer Marokkopolitik auf die Gefahr eines Bruches mit Frankreich hin: das waren zwei Dinge, die nicht in einem beherrschenden Kopfe zu einem großen Plan verschmolzen waren, vielleicht gar nicht hätten verschmolzen werden können. Man vermißt in dem Reichskanzler, der die Verantwortung trug, die Überlegenheit des Führers, die nur aus innerer Klarheit und Entschlossenheit entspringt. Und über dieser Uneinheitlichkeit, die man mehr ahnt, als aus den Akten belegen kann, verschob sich allmählich das Bild der Welt, verflüchtigte sich die Gunst der Stunde. Der Friede zu Portsmouth im September 1905 war zugleich der erste Schritt, den Russen wieder freie Hand zu geben, und wenn sie selber, von dem großen revolutionären Sturm heimgesucht, auch noch kaum Gebrauch davon machen konnten, so war doch für alle anderen Mächte die Rücksicht auf die Unberechenbarkeiten des Krieges fortan hinweggenommen. Unmerkbar war Deutschland in diesen Monaten aus der Hinterhand im Weltspiel herausgekommen, und gerade die Erfahrungen, die man in Berlin mit dem Zarenworte von Juli bis November 1905 gemacht hatte, waren ein Anzeichen dafür, daß die Stellung der Gestirne sich verändert hatte. Die Deutschen standen am Ausgang des Jahres 1905 nicht mehr da, wo sie im Februar gestanden hatten.

Seit dem Sturze Delcassés und der Zusammenkunft von Björkoe hatte König Eduard, von tiefer Erbitterung verzehrt, den Rivalitätskampf mit seinem Neffen auch persönlich aufgenommen, leidenschaftlich von dem Bedürfnis geführt, sich in dieser schicksalsvollen Wende der Zeiten zur

Geltung zu bringen. Für die mißtrauische Gereiztheit, die sich zwischen England und Deutschland entwickelt hatte, ist es bezeichnend, daß ein deutsch-portugiesischer Entschädigungsstreit, bei dem es sich um eine deutsche Sanatoriumskonzession in Madeira handelte, den Engländern zum Anlaß wurde, wegen des falschen Verdachtes, daß hinter dem Sanatorium der Erwerb einer Kohlenstation verborgen liege, im Herbst/Winter 1905 mehrere Male die Bereitschaft ihrer Flotte anzuordnen.[93] Es konnte kein treffenderes Symbol für die Lage geben!

Als die Konferenz von Algeciras, solange schon das Endziel der deutschen Politik, endlich im Januar 1906 zusammentrat, hingen die Entscheidungen, die hier gefällt werden sollten, an der Gestaltung zweier Tatbestände: einmal und in erster Linie an der Festigkeit und Klarheit des politischen Willens, der sich auf der deutschen und auf der englisch-französischen Seite verkörperte, darüber hinaus an dem Chor der anderen Mächte und der Parteinahme, die in der damaligen Weltlage ihnen angezeigt schien. Wenn man nach unserer heutigen Kenntnis der gesamten Aktenbestände diese Lage der Dinge ausdeutet und erfaßt, wird man über den Verlauf und Ausgang der Konferenz nicht überrascht sein.

Die deutschen Staatsmänner waren wohl im Besitze eines eindeutigen Planes dessen, was sie in Marokko wollten, und mehr noch dessen, was sie in Marokko verhindern wollten. Nicht aber waren sie einig über die Linie, bis zu der sie sich für die Durchführung dieses Planes einsetzen wollten. Sobald die letzte Frage auftauchte, ob man gesonnen sei, die eingenommene Stellung bis zum bitteren Ende zu behaupten, war man in dem Kreise der Männer, welche die deutsche Außenpolitik bestimmten, nichts weniger als einmütig.

Kaiser Wilhelm II. trat in das neue Jahr, das die Konferenz brachte, mit einer schweren Enttäuschung hinüber, welche tiefer als alle früheren Erlebnisse sein einst so lautes Selbstgefühl unterhöhlte; er gab sich keinen Trugbildern über jene Machtverschiebung auf der europäischen Bühne hin, die abzuwenden ihm nicht geglückt war: "die Koalition ist *de facto* da". In dieser ihn bedrückenden Überzeugung war er von vornherein entschlossen, die Konferenz zu einer schleunigen und friedlichen Abwicklung der Streitfrage zu gestalten und sie auf keinen Fall zu einer Machtprobe auf ungünstigem diplomatischen Terrain sich auswachsen zu lassen. Einen Krieg wollte er unter allen Umständen vermeiden. Er hatte seit seiner Thronbesteigung niemals den Krieg mit Frankreich gewollt; halb wider Willen war er in das Abenteuer von Tanger und in die ihm niemals sympathische marokkanische Frage verwickelt worden; jeden Streit mit Frankreich hatte er als eine unliebsame Störung seiner Kontinentalbundpläne empfunden. Demgemäß liefen seine Anweisungen nach Madrid und an das Auswärtige Amt auf den Grundsatz hinaus: die Konferenz von Algeciras muß der Grundstein eines französisch-deutschen Einvernehmens werden.[94] Ob für ein solches Ziel auf der französischen Seite ein Bedürfnis bestand, bleibe dahingestellt: dem Kaiser schien das alles im Bereiche des Möglichen zu liegen.

Wie wenig er in dem bisherigen Verlauf der Krisis von kriegerischen Stimmungen berührt war, haben wir gesehen. Wie tief aber in der Stunde von Algeciras sein Abscheu gegen den Krieg ging, ließ er in vertraulicher Eröffnung nur den Reichskanzler wissen, von dem er wohl fühlte, daß er auch anderer Einwirkung ausgesetzt sei. Gewiß, wenn Wilhelm II. als oberster Kriegsherr wie am Neujahrstage 1906 bei der Paroleausgabe im Zeughaus zu den Offizieren sprach,[95] dann pries er, mit einem ernsten Unterton, laut sein Heer, das unüberwindliche Werkzeug: so kannte ihn die Welt. Aber am Abend vorher hatte er Bülow einen vertraulichen Brief geschrieben, dessen Aufgeregtheit eine unbedingte Ablehnung des Krieges verriet.[96] Er wolle keinen Krieg, bevor er nicht ein festes Bündnis mit dem Sultan und allen Mächten des Islam geschlossen habe; allein könne Deutschland überhaupt nicht, wenigstens nicht zur See, gegen England und Frankreich Krieg führen; diesen mache die ungenügende Bewaffnung der Artillerie für das nächste Jahr ebenso unmöglich wie die sozialistische Gefahr im Innern. Also legte er dem Reichskanzler ans Herz - und das war so gut wie ein eindeutiger Befehl, - die auswärtige Politik so zu führen, daß ihm so weit als irgendmöglich und

"jedenfalls für jetzt" die Entscheidung zum Krieg erspart bliebe.[97]

Wenn die deutsche Politik bei den Verhandlungen in Algeciras unter ungünstigen diplomatischen Gestirnen der französischen Alleinherrschaft in Marokko ein Höchstmaß von Sonderrechten entreißen wollte, dann mußte sie den Eindruck eherner Geschlossenheit, der Bereitschaft auch zum Äußersten erwecken. Daß bei dem Kaiser ein so ausgesprochenes Gegenteil eines Kriegswillens lebte, gereicht ihm nicht zur Unehre. So wie die Dinge lagen, waren die Einzelheiten der Polizei- und Bankfragen in Marokko, über die in Algeciras gestritten wurde, kein hinreichender Anlaß zu einem deutschen Volkskrieg und wären als solcher auch von Bismarck wohl verworfen worden. Aber es war kein gutes Vorzeichen, daß die deutsche Seite einen fast gebrochenen Willen in der Verhandlung mit äußerlich unbeugsamer Haltung zu verdecken suchte, - während auf englisch-französischer Seite, wie wir sehen werden, eine kriegsbereite Entschlossenheit vorhanden war.

Wenn es im Laufe der Zeit auch nach außen durchsickerte, daß der Kaiser den Krieg um keinen Preis wolle, so konnte der Gang der Verhandlungen dadurch nur ungünstig für uns beeinflußt werden. Wohl konnte Herr von Holstein noch am 1. März dem englischen Botschafter einen Bericht zeigen, auf dessen Rand der Kaiser geschrieben hatte, daß er entschlossen sei, in der Polizeifrage fest zu bleiben - "darin stehe ich fest" -, als aber die Abstimmung am 3. März Deutschland in eine erdrückende Minderheit versetzte, hielt diese Festigkeit nicht lange an. Wilhelm II. war viel zu temperamentvoll, als daß er aus dem friedlichen Innern seines Herzens eine Mördergrube hätte machen können (wie dem französischen Botschaftsrat Lecomte gegenüber in Liebenberg); auch wenn man selbst sich das friedliche Endziel des Kaisers aneignet, ist doch nicht zu leugnen, daß die Art, wie er seinen Friedenswillen durchscheinen ließ, die Einheitlichkeit des deutschen Auftretens in Algeciras geschädigt hat.

Der Kaiser wußte sehr genau, daß die Quelle des scharfen Widerstandes im Auswärtigen Amte bei Holstein lag. Noch ein Jahr später hat er es in den Akten vermerkt: "Herr von Holstein hat meine ganz bestimmten Befehle und Verabredungen mit dem Kanzler, in seiner geschickten Art, dergestalt verdreht, daß schließlich das Gegenteil herauskam. Er hat immer wieder das Gift gegen Frankreich aufgerührt und eingespritzt, und den Kanzler so bedrängt, daß letzterer wiederholt mir in seinem Garten zu meinem Erstaunen dieselbe Frage vorlegte, ob ich den Krieg mit Frankreich wolle oder wünsche."[98] Statt dessen schärfte der Kaiser, zumal noch in der letzten Krisis um Anfang April, dem Kanzler die Pflicht ein, Konzessionen zu machen[99] und es nicht zum Kriege kommen zu lassen, für den zur Zeit aus militärisch-technischen Gründen die Chancen so ungünstig wie möglich lägen. Er wolle und könne es auf einen solchen Krieg nicht ankommen lassen, der Kanzler möge ihn nicht im Stiche lassen, sondern "ohne Blamage" vor dem Kriege bewahren.[100]

Wenn man von der Bismarckschen Tradition der Ablehnung jedes Präventivkrieges herkommt, wird man den Kaiser dafür rühmen, daß er sich nicht von diesem Gedanken verführen ließ. Erwägt man aber, daß die eigentlichen Marokkofragen nur im Vordergrund der Machtprobe standen und daß dahinter die Gefahr, das Problem der Einkreisung mit allen ihren Rückwirkungen heraufzog, so wird man den Präventivkriegsgedanken, auch wenn man den Kampfplatz für unglücklich gewählt ansieht, nicht unter allen Umständen verurteilen dürfen. Man ist noch kein machiavellistischer Anbeter der reinen Macht, wenn man, von dem Standpunkte der Nachkriegszeit aus und der seitdem gesammelten Erfahrungen, die Frage, so wie sie damals gestellt war, einer Nachprüfung unterziehen möchte. Der Generalstabschef Graf Schlieffen, in dessen militärischem Denken die Forderung des Präventivkriegs schon Raum gefunden haben würde, war am 1. Januar 1906 zurückgetreten, und derjenige Staatsmann, der im weiten politischen Zusammenhang für eine solche Idee Verständnis hatte, Holstein, sah im Laufe der Algeciraskonferenz seinen Einfluß auf den Kanzler, der seine Politik mit der Zeit den Wünschen des Kaisers anpaßte, unaufhaltsam dahinschwinden.

Diesem Bilde steht, im Augenblicke der Eröffnung der Konferenz, eine Befestigung der politischen

Gemeinschaft zwischen England und Frankreich gegenüber. Denn der englische Kabinettswechsel, der aus den Wahlen vom Dezember 1905 hervorging und bis zum Weltkriege die Liberalen ans Regiment brachte, führte zu einer Verstärkung des englisch-französischen Kurses - und ist der beste Beweis dafür, wie sehr die seit Anfang 1902 eingeschlagene Richtung der englischen Außenpolitik eine Sache der Nation war. Obgleich die Liberalen einen starken pazifistischen Flügel unter Führung des Premierministers Campbell-Bannerman umfaßten, bemächtigte sich die Gruppe der liberalen Imperialisten mit wohlüberlegter Ämterverteilung sofort der Außenpolitik. Sie übernahm die in den letzten vier Jahren in den Händen der Unionisten angewachsene außenpolitische Erbschaft als ein Ganzes und ging dazu über, in einer Lage, in welcher es ein Zurück überhaupt nicht mehr gab, die Verpflichtungen ihrer Vorgänger sogar zu vertiefen.

Der neue Außenminister Sir Edward Grey war kein Staatslenker von weitem Blick und großem Stil. Er besaß nur eine geringe außenpolitische Erfahrung; er hatte wenig von der Welt gesehen und ebensowenig gelesen; er sprach nicht französisch und entbehrte einer eigentlichen Geistigkeit; seine Kritiker mochten ihm vorhalten, daß er das Rote Meer mit dem Persischen Meerbusen verwechselte oder die Rheinmündungen nach Deutschland verlege. Aber er besaß Erscheinung und Haltung, alle Vorzüge eines typischen englischen Gentleman, war ein glänzender Redner, und beherrschte in der diplomatischen Kunst die Vorsicht des unverbindlichen Wortes, als wenn er sie schon ein Menschenalter geübt hätte. Wenn er vom Auslande überhaupt eine ganz ungenügende Vorstellung hatte, so entbehrte er - und das ist von seinem vertrauten Freunde Haldane bezeugt! - nicht nur jeder Kenntnis deutschen geistigen Lebens, sondern er hegte ernste Zweifel, ob die Deutschen wirklich gute Menschen seien. Bei dieser Grundlage war er bedingungslos dem Kreise deutschfeindlicher Politiker ausgeliefert, den er im *Foreign Office* vorfand, und wenn irgend etwas dazu beitrug, aus seinen Vorurteilen ein festes System zu machen, so war es der Augenblick, in dem er in die Politik zurückkehrte. Sein politisches Denken ruhte auf wenigen, aber unerschütterlichen Voraussetzungen; es hatte seine Prägung bereits erfahren, als er das Ministerium übernahm, und hat den Stempel, den es beim Eintritt in die Lage von Algeciras trug, nie wieder verloren. So sah er sich veranlaßt, schon bevor er Minister wurde, den deutschen Botschafter in Kenntnis zu setzen, daß im Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich (in Verfolg des Marokkoabkommens) die öffentliche Meinung Englands sich so stark geltend machen würde, daß keine Regierung neutral bleiben könne. Noch während der Wahlen erläuterte er sich das politische Problem, das in seine Hände gelegt werden sollte: "Wenn es Frankreich gelingt, seine Sonderstellung in Marokko mit unserer Hilfe zu erlangen, so wird das einen großen Erfolg für die englisch-französische Entente bedeuten; wenn es ihm mißlingt, wird das Prestige der Entente leiden und ihre Lebenskraft sich verringern. Unser Hauptziel muß es daher sein, Frankreich auf der Konferenz seine Sache durchsetzen zu helfen."[101] Dieser Rechnung gemäß war auf der Linie deutsch-französischer Beziehungen für ihn das Urteil endgültig gesprochen. Grey hat, mit ganz geringen Ausnahmen, das Recht immer auf der einen und das Unrecht immer auf der anderen Seite gesehen.

Wenn Grey sich über seine Haltung völlig klar war, so unterschied er doch scharf die Frage, wie weit er sich für sein Handeln den Franzosen verpflichten solle. Er war viel zu sehr in englischen Traditionen aufgewachsen, als daß er nicht Wert darauf gelegt hätte (und mit Rücksicht auf den friedensfreundlichen Teil des Kabinetts mußte er sehr viel Wert darauf legen!), grundsätzlich die freie Hand der Außenpolitik bis zur letzten Entscheidung zu behalten. So hielt er bei der ersten Anfrage Cambons nach dem Maß der englischen Hilfebindung am 10. Januar zurück. So sehr, daß der englische Botschafter in Paris besorgt warnte: wenn seine Antwort Frankreich nichts weiter als eine Fortdauer der diplomatischen Unterstützung oder die Neutralität im Falle eines von Deutschland provozierten Krieges zusichere, so bestehe die Gefahr eines vollständigen Umschwunges in der Regierung und in der öffentlichen Meinung Frankreichs: man würde dann das Wagnis eines Krieges ohne Verbündete zu vermeiden suchen und Deutschland große Zugeständnisse außerhalb Marokkos, vielleicht zum Nachteil der englischen Interessen, machen.[102] Schon waren die ersten Vorboten einer immer wiederkehrenden Aufstellung zu erkennen: daß

Frankreich es war, das allmählich in die Hinterhand des Spieles rückte und von hier aus einen Druck auf die englischen Zusagen auszuüben suchte. Und schon begann auf der anderen Seite ein Spiel, in dem Grey zwar die förmliche Zusicherung der Hilfe sich vorbehielt, aber durch eine Reihe schlüssiger Handlungen den Franzosen den Glauben beizubringen wußte, daß sie mit einer moralischen Unterstützung wie mit einer sicheren Tatsache rechnen dürften.

Bereits in der ersten Besprechung war er an einer Stelle einen bedeutungsvollen Schritt weitergegangen, indem er dem französischen Botschafter gegenüber sich damit einverstanden erklärte, daß englische und französische Heeres- und Marinesachverständige in einen fortlaufenden Meinungsaustausch träten. Nach englischer politischer Denkweise ging er davon aus, daß diese militärischen Untergebenen nur in gehöriger Weise, d. h. mit Wissen ihres Vorgesetzten und lediglich bis auf weiteres unverbindlich zu verhandeln ermächtigt seien. Er verkannte dabei, daß dieses System der Vertraulichkeiten allmählich sein eigenes Lebensgesetz und seinen eigenen Willen entwickeln würde, bis es zwangsläufig zu einem Werkzeug der Ehre und Kriegsbereitschaft geworden war, dem keine Politik sich versagen konnte. Besonders der neue Kriegsminister, Mr. Haldane, der in der Regierung die wirksamste Verbindung von Einsicht und Tatkraft verkörperte, schuf durch die Zusammenarbeit der englischen und französischen Generalstabsoffiziere eine Gemeinschaft des Vertrauens, der Ziele, der Hoffnungen, wie sie enger - und verpflichtender - kaum zu denken war. Der Neuaufbau des englischen Heeres, das eigentliche Werk Haldanes in den nächsten Jahren, war von vornherein in den Dienst einer ganz bestimmten, auch den Kriegsfall eindeutig umschließenden Aufgabe gestellt. Schon Anfang 1906 sprach Haldane zu Vertrauten aus, seine Armeereform sei "in der bestimmten Annahme, daß wir in einem Kontinentalkrieg intervenieren müssen" festgelegt und darauf gerichtet, die englische Intervention so wirksam wie möglich zu machen. Armeereform und Feldzugsplan an der Seite der Franzosen waren von vornherein zwei Dinge, die auf das engste ineinandergriffen; und die militärischen Mitarbeiter Haldanes erwuchsen in den französischen Manövern zu vertrauten Eingeweihten in die Geheimnisse der großen Offensive.

Das erste war eine unverbindliche englisch-französische Übereinkunft[103] über die Landung eines englischen Expeditionsheeres in den Häfen Calais, Boulogne und Cherbourg sowie die Festlegung von Aufmarsch- und Nachschublinien an den linken französischen Flügel. Diese Vereinbarung war eine Vorarbeit für eine zweite militärische Fühlungnahme: mit dem neutralen Staate Belgien. An demselben 15. Januar 1906, an dem in London die amtliche Ermächtigung zur Verhandlung mit dem französischen Generalstabe erteilt wurde, beschloß man auch in eine geheime Aussprache mit dem belgischen Generalstab einzutreten. Diese Verhandlung, am 18. Januar zwischen dem belgischen Generalstabschef Ducarne und dem englischen Militärattaché Barnardiston eröffnet, führte alsbald zu einem Austausch der Operationspläne und zur Vereinbarung eines gemeinschaftlichen Aufmarschplanes mit verschiedenen Möglichkeiten: der leitende Gedanke war, das in den französischen Häfen gelandete Expeditionsheer in Belgien zur Unterstützung Frankreichs einzusetzen. So kam es in den nächsten Wochen zu einem dreiseitigen englisch-französisch-belgischen Militärabkommen, bis in die Einzelheiten ausgearbeitet und den Regierungen nicht unbekannt. Die Engländer stellten darin das verbindende Mittelglied dar, denn die Basis ihrer Aktion ruhte auf der Vereinbarung mit den Franzosen, ihr selbständiger Operationsplan auf der Vereinbarung mit den Belgiern. Daß Belgien auf diese Weise seine ihm vertraglich auferlegte Neutralität verletzte, stand außer Frage: nicht nur dadurch, daß es militärische Geheimnisse an einen Garanten der Neutralität ohne Wissen und zum Schaden der anderen pflichtwidrig preisgab,[104] sondern vor allem dadurch, daß es seine Kräfte in den militärischen Operationsplan zweier Großmächte gegen eine dritte einbeziehen ließ. Das alles geschah auch nicht, um eine bedrohte Neutralität zu decken, - denn der große Plan Schlieffens, der den Aufmarsch des rechten Flügels gegenüber der belgischen Grenze vorsah, wollte gar nicht die belgische Neutralität als erster verletzen, sondern den Bruch der anderen Seite überlassen. Schon die ersten militärischen Maßnahmen der englischen Regierung entrollen somit unabsehbare Perspektiven. Aber geben wir zu: sie waren gedacht als für die politische Leitung nicht verbindlich, sondern einer freien letzten Entscheidung der Politik unterworfen.

Greys Aufgabe aber war, Dinge, die eine Bindung aus sich selber heraus entwickelten, als unverbindlich darzustellen und, wenn sie zu verbergen waren, möglichst wenig von ihnen zu wissen[105] - die Franzosen aber zu überzeugen, daß dieser Weg mehr in ihrem Interesse liege als formulierte Verpflichtungen. So gelang es ihm, die erneute Anfrage Cambons am 31. Januar zu beruhigen. Obgleich der Franzose dringend um irgendeine verbindliche Form der Hilfezusicherung, wenn auch nur gesprächsweise gegeben, gebeten hatte, ließ er sich von dem Minister überzeugen, daß es besser sei, das Kabinett, ohne welches eine solche förmliche Zusicherung gar nicht möglich sei, bei der Art seiner Zusammensetzung überhaupt nicht mit dieser delikaten Frage zu befassen und die ganze Sache nicht den Wechselfällen ändernder Diskussion auszusetzen. Grey fragte statt dessen vielsagend zurück: ob die Macht der Umstände, die England und Frankreich zusammenbrächten, nicht stärker wäre als jede mündliche Zusicherung, die gegeben werden könnte? Damit gab er das Schlagwort, mit dem er zwar den französischen Partner an das Inselreich band, auf die Dauer aber auch die englische freie Hand an die französische Politik und die von dieser gelenkte "**Macht der Umstände**" auslieferte.

So begann die englische Politik der freien Hand der Entschließungen, in deren Kern die Politik einer entschlossenen Bindung saß - es ist die Politik, die Grey vom Januar 1906 bis zum August 1914 hoch erhoben vor allem Volke getragen hat. Auf welches Endziel sein politischer Wille von vornherein gerichtet war, mögen einige Sätze erweisen, die er schon auf der Höhe der Spannung von Algeciras niederschrieb. Er erwog zunächst die Möglichkeit, für Frankreich einzutreten.

> "Wenn es zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland kommt, wird es für uns sehr schwer sein, draußen zu bleiben. Die Entente und der Austausch der Sympathiekundgebungen haben bei den Franzosen den Glauben erweckt, daß wir sie in einem Kriege unterstützen würden; würden diese Erwartungen enttäuscht, so werden sie uns das nie vergeben; es würde auch in allen Ländern allgemein das Empfinden vorherrschen, daß wir uns niederträchtig benommen und Frankreich im Stiche gelassen hätten. Wir würden ohne Freund dastehen und ohne die Macht, einen Freund zu gewinnen. Es bleibt uns aber auch der Weg, den Krieg zu vermeiden; den Deutschen eine Abfindung mit einem Hafen oder einer Kohlenstation zuzubilligen. Die Franzosen würden allerdings diesen Weg kleinmütig finden; für ihn würde sprechen, daß der jetzige Augenblick am günstigsten für die Deutschen sei, wegen der Schwäche Rußlands; sollte man es jetzt auf eine Entscheidung ankommen lassen, bevor die Russen sich erholt hätten?"[106]

Grey erwägt diese Möglichkeit nur, um sie im Endergebnis doch zu verwerfen: "wir können nicht draußen bleiben, ohne unseren guten Namen und unsere Freunde zu verlieren und unsere Politik und unsere Stellung in der Welt zugrunde zu richten."[107] Während die amtliche Politik den Weg beschritt, der sie am letzten Ende in den Weltkrieg hineinführte, scheute sie sich nicht, gleichzeitig mit jenen geheimen Vorkehrungen auch alle versöhnlichen Mittel anzuwenden, von denen man sich eine günstige Einwirkung auf die friedensbedürftige Gesinnung des Kaisers versprach.[108]

Die Hauptsache ist, wie es bei den gegnerischen Parteien von Algeciras aussah, wenn man bei ihnen auf den Grund ihres politischen Willens blickt. Hinter den Kulissen des diplomatischen Kampfspiels sieht man den angeblichen Angreifer friedenswillig und uneinheitlich, die beiden angeblich angegriffenen Mächte aber klar über ihr Wollen und bis zum Äußersten entschlossen.

Die allgemeine Weltlage konnte dieses Kräfteverhältnis nicht ändern. Denn die deutsche Politik war nicht imstande, den Verlust alter Freunde durch neue Freunde auf dem marokkanischen Schauplatze zu ersetzen. Italien war infolge seiner Abmachungen mit Frankreich auf nordafrikanischem Boden kein Bundesgenosse, auf den man rechnen konnte; und die neue Freundschaft des Kaisers mit dem Präsidenten Roosevelt reichte nicht so weit, um die amerikanische Politik ernsthafter auf dem ihr sehr fernliegenden Boden zu engagieren. Die anderen aber waren gegen Deutschland interessiert.

Spanien so sehr, daß es von den Franzosen Geld forderte, um die Opposition zu beschwichtigen, und Rußland - so äußerte sich ein Erlaß Greys - hat als Preis für seine Unterstützung eine Anleihe unter unangemessenen Bedingungen gefordert. Der Engländer hatte von diesen Einzelheiten den Eindruck, der Schmutz der auswärtigen Politik sei tiefer als jeder andere, in dem er bisher gestanden. Die internationale Gerechtigkeit aber, als deren Anwalt die deutsche Politik in das Gefecht gegangen war, fand unter den Konferenzmächten keine besonderen Liebhaber.

Als die Konferenz von Algeciras am 16. Januar 1906 eröffnet wurde, bekannte sie sich zunächst zu dem dreifachen Grundsatz: der Souveränität des Sultans, der Unverletzlichkeit seiner Staaten, der gleichen Behandlung in Wirtschaftsfragen, der offenen Tür für alle. Damit schien das deutsche Programm feierlich anerkannt. Noch glaubte der erste deutsche Delegierte, Herr von Radowitz, das deutsche Bestreben, das Vertrauen aller der Mächte zu gewinnen, die für gleiches Recht und Wahrung gemeinsamer Interessen eintreten, sei von Erfolg gewesen.[109] Als man aber dazu überging, die Einzelfragen (Polizei, Bank) zu erörtern, konnte man sich auf deutscher Seite nicht mehr verhehlen, daß die Lösungen, denen man entgegentrieb, in Wirklichkeit nichts anderes besagten als eine Durchlöcherung des deutschen Programms auf der ganzen Linie. Es wurde immer deutlicher, daß der stärkste deutsche Erfolg mit dem Sturze Delcassés und der Herbeiführung der Konferenz vorweggenommen sei, und daß die allgemeine Stimmung immer mehr darauf hinauslief, von der Macht, die in den Fragen der Form ihre stärkste Karte ausgespielt und ihren Willen durchgesetzt hatte, in der Sache Nachgiebigkeit um des Weltfriedens willen zu verlangen. Zwar war in der entscheidenden Polizeifrage von dem Generalmandat Frankreichs nicht mehr die Rede, nur noch von einem französisch-spanischen Mandat, doch dies war letzten Endes dasselbe; wenn Deutschland dagegen die Beteiligung Dritter, auch die eigene, forderte, so stand es mit diesem Verlangen fast allein, ja es setzte sich dem Verdacht aus, auf eine Demütigung Frankreichs loszusteuern.[110] Auf der anderen Seite sah Holstein das Scheitern der Konferenz unvermeidlich werden und eine sehr unsichere Lage heraufziehen. Wohl hatte man in der Welt allgemein das Gefühl, daß hinter dem Feilschen um die marokkanischen Einzelfragen etwas ganz anderes, der große Machtkampf in der Staatengesellschaft verborgen war, aber gerade die unbeteiligten Mächte in Algeciras fragten sich, ob denn die umkämpften Einzelheiten, an denen Deutschland festhielt, den ungeheuren Einsatz des Weltfriedens wert seien. Auf diesem Schauplatz und um dieser Ziele willen empfahl sich die Taktik des Bluffens auf die Dauer nicht, denn sie nötigte Deutschland, sein Schwert in die Waagschale zu werfen, etwa für die Polizeiorganisation in einem Hafen - gleichviel ob man ihm den Ernst zutraute oder nicht, in beiden Fällen fehlte es an Helfern, diese im Endziel nicht eindeutig erkennbare Politik zu unterstützen.

Am 3. März enthüllte die erste Abstimmung, die herbeizuführen den Gegnern glückte, das peinliche Ergebnis, daß Deutschland mit Österreich-Ungarn und Marokko allein stand. Man befand sich vor der Frage: Abbruch der Konferenz oder Nachgeben (Kompromiß). Am 8. März machte der österreichische Vertreter Graf Welsersheimb einen vermittelnden Vorschlag, der in den nächsten Tagen in Berlin Zustimmung fand. Der Ausgleich, den der Kaiser von vornherein gewollt hatte, siegte über eine weitergehende, auch den Konfliktsmöglichkeiten nicht ausweichende Politik, wie sie Holstein bis zuletzt festhielt.[111] Deutschland gestand damit, wie Grey sofort erkannte, das Wesentliche zu.[112] Radowitz mußte sich schon zu der Bemerkung herbeilassen, es habe den Kaiser große Mühe gekostet, auf dem Wege des Zugeständnisses so weit zu gehen, um der französischen Regierung nahezulegen, aus Rücksicht auf den Wunsch des Kaisers die Sache in möglichst annehmbarer Form zu Ende zu bringen.[113] Der Franzose glaubte nun aber nicht nachgeben zu sollen, obgleich Grey es für falsch hielt, das Wesen dem Schein zu opfern, und für einen großen Fehler, daß Frankreich das deutsche Zugeständnis, statt es als einen diplomatischen Sieg zu feiern, nicht sofort angenommen hätte. Der Schlußkampf stand schon mehr unter dem Zeichen des Telegramms, in dem Bülow am 21. März den Präsidenten Roosevelt wissen ließ: "Die unverzügliche Beseitigung aller Mißverständnisse ist Deutschland weit wichtiger als die ganze Marokkoangelegenheit."[114]

Als die Konferenz von Algeciras am 7. April geschlossen wurde, konnte man sich nicht verhehlen, daß das Ergebnis für die deutsche Politik sehr unbefriedigend war. Es war überwiegend fruchtlos geblieben in den Fragen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Marokkos, um derentwillen ein so großes Aufgebot der Kräfte unternommen war; und wenn sich dieser negative Ausgang damals nicht sogleich bis auf den Grund durchschauen ließ, so sollte er in den nächsten Jahren immer deutlicher sich herausstellen. Darüber hinaus war die deutsche Politik auch gescheitert in dem viel weiter ausschauenden Unternehmen, auf diesem anscheinend günstigen Kampfplatze die englisch-französische Entente aufzulockern und dem neuen europäischen Kurs, der hier sein erstes Probestück geliefert hatte, seinen Stillstand zu gebieten. Gerade hier, wo es um das Ganze ging, hatte das neue Gebilde, der neue Schwerpunkt der europäischen Dinge sich befestigt, und alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß diese Verschiebung weiterginge. Ja, wenn man seinen Willen darauf gesetzt hatte, eine europäische Konferenz darüber entscheiden zu lassen, was die englisch-französische Entente einseitig hatte regeln wollen, so hatte man formell seinen Willen erreicht, aber im übrigen den in der Sache erfolgten Umschwung sichtbar und eindrucksvoll zur Anschauung gebracht.

Man könnte sich durch die Einzelergebnisse über ihren wahren Sinn hinwegtäuschen lassen. Wenn eine Großmacht sich entschließt, das Gesamtergebnis einer Beratung aller ohne Widerspruch hinzunehmen, dann liegt es für sie nahe, um ihrer Position willen nach innen wie nach außen den Nachweis zu führen, daß sie allen Grund habe, befriedigt zu sein. Der Reichskanzler war im Reichstage am 3. April mit dieser Aufgabe beschäftigt, für die seine optimistische Art von der Natur mit vielen Fähigkeiten ausgestattet war, als er während der Rede von einem Ohnmachtsanfall betroffen wurde.

Während seiner Erkrankung schied Baron Holstein aus seinem Amte. Er hatte vorher schon, wie oftmals zuvor, sein Abschiedsgesuch eingereicht, und sah es dieses Mal zu seiner Überraschung von dem Stellvertreter des Kanzlers und doch nicht ohne dessen Zustimmung angenommen. Damit verließ unter allen denen, die seit dem Rücktritt Bismarcks an dem Webstuhl der deutschen Außenpolitik gestanden hatten, der Erfahrenste, Sachlichste und Unermüdlichste seinen Posten. Er mochte in seinen großen Ideen zu logischen Überspitzungen und in dem inneren Betrieb zu einer Vorliebe für die weniger geraden Wege neigen, wie sie sich leicht ergibt, wenn man der Mächtigste nur in der Tat ist, nicht aber in der amtlichen Stellung; aber das dunkle Bild, das man später unter dem Eindruck zweifelhafter Quellen[115] von seinem unsinnigen Mißtrauen, von seinen krankhaften Schrullen und pathologischen Zügen entwirft, wirkt doch nur als eine Verzerrung. Sie wird dem Gewicht dieser Figur, die seit Bismarck die stärkste im Auswärtigen Amte war, nicht gerecht. Auch den Engländern galt er als der Schüler Bismarcks, und da jetzt die deutschfeindliche Richtung obenauf kam, als derjenige, der die von seinem Meister erlernte Kunst, England auszuquetschen und gering zu achten, am wirksamsten geübt hätte. Jetzt schied er, der eigentliche Unterlegene in der Marokkosache, der wohl eine große Konzeption im Stile seines Meisters zu entwerfen imstande war, aber sie weder mit der Vielseitigkeit der Mittel noch mit der Konsequenz des Vorgehens noch mit dem Glücke Bismarcks durchzuführen verstanden hatte.

Wie wenig Bülow, so sehr er das Gesicht wahrte, sich über die veränderte Weltlage und ihre Rückwirkung auf die Sicherheit des Deutschen Reiches Illusionen machte, verrät das merkwürdige Schreiben, das er am 1. Juni 1906 aus Norderney an den preußischen Kriegsminister von Einem und gleichlautend an den neuen Generalstabschef von Moltke sandte - während er es dem Kaiser vorenthielt.[116] Wohl setzte er noch mit einem befriedigten Rückblick auf die Marokkofrage ein, um dann die Schatten der Zukunft auszumalen: die englische Eifersucht nicht endgültig überwunden, in Frankreich die Revanche nicht erloschen, die russischen Verhältnisse unberechenbar und den Westmächten zuneigend; dazu die Bundesgenossen, militärisch nicht ebenbürtig oder im Innern selbst belastet. So war sein Schluß ein Appell an die eigenen Kräfte, nichts zu verabsäumen, damit die Nation, wenn früher oder später sich ein Ungewitter entladen sollte, diesem so wohlgerüstet wie nur immer entgegensehe: "Wie eintretendenfalls die Würfel auf dem Schlachtfeld fallen, steht in

Gottes Hand. Aber wir sind vor Gott und der Geschichte verantwortlich, daß hinsichtlich der technischen Ausrüstung der Armee nichts versäumt wird, damit das deutsche Volk, wenn es den Kriegspfad beschreite, dies in tadelloser und lückenloser Rüstung mit allen Chancen des Erfolges tue." Als solche technischen Forderungen zählte er auf: Maschinengewehre, schnellere Umbewaffnung der Artillerie, Ausgestaltung der Verkehrstruppen, Bespannung der schweren Artillerie des Feldheeres, lenkbare Luftschiffe und praktische Felduniformen. In der Behandlung der Vorlage müsse alles vermieden werden, was im Auslande nur Mißtrauen erregen könne: weder lärmende Agitation noch politische Argumente, nur technische Begründung. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es seit der Kanzlerschaft Bismarcks das erstemal sei und auch das einzige Mal geblieben sei, daß eine Anregung zur Verstärkung der Heeresmacht unmittelbar vom Leiter der Gesamtpolitik ausgegangen sei.[117] Waren die Dinge schon so weit gediehen, daß die Diplomatie im Augenblick und für die nächste Zeit keinen andern Rat mehr wußte?

Obgleich der Ernst der Mahnung nicht zu verkennen war, ließ der Kriegsminister den Plan schon an der Bedingung scheitern, daß von Politik nicht gesprochen werden dürfe - solange Rußland und die Zweifrontengefahr noch ausgeschaltet waren, ließ sich eine Vorlage sowieso nicht leicht begründen. Und die amtlichen Methoden, die außenpolitische Lage öffentlich rosafarben zu malen, waren mit dem Maß von Wahrheit, das eine so weitgreifende Begründung der Heeresvorlage erforderte, nicht leicht zu vereinen. Noch schwerer verständlich ist die Tatsache, daß Bülow nach dem ersten Anlauf alles liegenließ und schon im Februar 1907 von "Ersparnissen im Militäretat" sprach. Auch Moltke stellte bald darauf dem Kriegsminister gegenüber fest, daß die Hauptwaffen jetzt soweit gefördert seien, daß der Rahmen als stetig angesehen werden dürfe. Das Neue an der militärischen Gesamtlage, das Einrücken Englands in den Kreis der Gegner, schien zunächst eine Verstärkung zu Wasser und nicht zu Lande erforderlich zu machen, und hier geriet man allerdings in einen Wettbewerb, auf den zurückzukommen sein wird.

Jede vorausblickende Erwägung der Außenpolitik stand vor der Frage, ob nach der Beseitigung des Marokkoanlasses der friedlich-neutrale Charakter der Entente, der so häufig in London betont worden war, tatsächlich sichtbar werden oder ob die offensive Seite ihres Wesens, nachdem sie sich so erfolgreich betätigt hatte, immer eindeutiger durchbrechen würde.

Während der Verhandlungen von Algeciras hatte Sir Edward Grey mehrfach fallenlassen, daß er nach der Ausräumung dieses Streites die Hand zur Besserung der deutsch-englischen Verhältnisse gern bieten werde. Es kennzeichnet den aufrichtigen Friedenswillen der deutschen Regierung, mit welcher - man ist versucht zu sagen - Harmlosigkeit sie den (auch vom Botschafter für verfrüht gehaltenen) Versuch machte, den Versöhnungsweg zu beschreiten. Mußte man doch die Anerkennung der Entente als einer Grundlage der englischen Politik stillschweigend hinnehmen, nachdem man sie bisher zu sprengen gesucht hatte. An einzelnen Stellen war wohl Entgegenkommen zu spüren: so zeigte sich Mr. Haldane stets bestrebt, als Freund des geistigen Deutschlands zu erscheinen, überall guten Willens, den Faden der Gespräche nicht abreißen zu lassen; er verstand es, eine Einladung zu den deutschen Manövern zu erwirken. Aber die leitenden Männer der Außenpolitik wichen aus. Hardinge meinte bei dem ersten Anklopfen am 8. Mai noch vorsichtig, es werde sich im Laufe der nächsten Monate eine Gelegenheit bieten, aber ein Besuch deutscher Journalisten blieb ohne jeden Erfolg, und schon leise Ansätze zur Annäherung erweckten ängstliches Mißtrauen in der französischen Presse. Am 31. Juli nahm endlich Graf Metternich einen Anlauf, Sir Edward Grey selbst auf sein erkennbares Bestreben anzureden, Ausgleich und Vertrauensverhältnis mit allen Mächten, nur mit Deutschland nicht, zu betreiben: an dieser Stelle lag der Nerv der englischen Ententepolitik, die Europa in Bewegung setzte. Er wies den Minister mit Recht darauf hin, daß die Politik der Ententen mit Ausschluß Deutschlands, und um ein Gegengewicht in Europa gegen die deutsche Macht zu schaffen, unsicher in ihrer Durchführung und gefährlich in ihren Folgen sei. Grey aber verstand sich auf die Kunst, auf das Thema eines unwillkommenen Gespräches nicht einzugehen, und überhörte die Vorhaltung, daß auch der englisch-russische Ausgleich von einem Teil

der englisch-französischen Presse unter dem Gesichtspunkt befürwortet werde, die drei Mächte und womöglich das übrige Europa müßten sich zusammenschließen, um einen Schutzdamm gegen das aggressive Deutschland zu bilden. Das Gespräch endete in einem eleganten Degenkreuzen, das die neue Situation erleuchtete. Der Botschafter stellte die Frage: "Sind offen eingestandene freundliche Beziehungen zu Deutschland vereinbar mit Englands Freundschaft mit Frankreich?" Der Minister wich einer geraden Antwort aus: "Das hängt von der deutschen Politik ab." Metternich aber durchschlug diese Parade: "Nein, es scheint abzuhängen von der französischen Auslegung der deutschen Politik." Er war im Recht, wenn er in dieser Frage und Antwort den Kern der englischen Politik enthalten sah. Grey erbat dann von neuem Zeit, da erst drei Monate seit Algeciras vergangen seien, und der Deutsche beschloß: "Nun, dann laßt uns warten." Er war entschlossen, auf prinzipielle Erörterungen dieses Stils nicht zurückzukommen.[118]

Als einen Nachklang dieser deutschen Fühler könnte man es deuten, wenn König Eduard VII. bei einem Besuche in Friedrichshof im August 1906 zu der Frage einer deutsch-englischen Verständigung erklärte, er könne sich eine solche Entente nicht vorstellen, denn England und Deutschland hätten keine widerstrebenden Interessen, die eines Ausgleichs bedürften: "es gibt keine Reibungen zwischen uns, es existiert nur Rivalität." Er beabsichtigte vermutlich nicht einmal darauf anzuspielen, daß es zwischen rivalisierenden Mächten keinen Ausgleich, sondern nur ein Ausfechten ihrer Gegensätze geben könne, aber der Sinn seiner Worte war den Bemühungen um engere Fühlung jedenfalls ungünstig. Es war begreiflich, daß der Botschafter im Herbst den Rat gab, alle Versuche vorläufig ruhen zu lassen. Sie wieder aufzunehmen wäre schon darum ein taktischer Fehler gewesen, weil die englische Politik jetzt mit aller Energie dazu überging, den Kreis der Ententen - so wie es von vornherein die Absicht gewesen war - durch die Einbeziehung Rußlands zu erweitern. Schon im September 1906 sah die vorauseilende Sorge des Kaisers resigniert das Ergebnis heraufziehen: "man kann also in Zukunft mit der *Alliance Franco-Russe*, *Entente cordiale Franco-Anglaise* und *Entente Anglo-Russe* rechnen, mit Spanien, Italien, Portugal als Anhängsel dazu im zweiten Treffen."[119]

Die Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zu Deutschland wäre für den neuen Kurs eine



Kriegsminister Lord Haldane als Vertreter der englischen Regierung in Berlin [September] 1906.

Abirrung gewesen. Sie lag überhaupt dem Geiste einer Politik fern, die von ihrer früheren Praxis, von der Hand in den Mund zu leben, vollständig zurückgekommen war, und jeden ihrer Schritte weitblickend einem obersten Leitgedanken unterordnete. Diese Politik, die in den Anfängen sich vielleicht ihres letzten Sinnes nicht ganz bewußt gewesen war, war jetzt zu vollkommener Klarheit über ihre Fronten und ihr Programm durchgedrungen.

Am Ende des Jahres 1906 wurde im Auswärtigen Amte in London in einem denkwürdigen Aktenstück von ungewöhnlichem Umfange die Bilanz der neuen englischen Außenpolitik gezogen:[120] in seiner Gesamtanlage fast unenglisch, in seinem geschlossenen systematischen Aufbau, in seinem von einem einzigen Gedanken bis in die letzte Wendung hinein beherrschten, von einem zielsichern politischen Willen durchglühten Zusammenhange, sprach dieses Aktenstück alles das aus, was weder in den Kabinettsverhandlungen noch in den Parlamentsdebatten, und ebensowenig in dem vorsichtig abgewogenen diplomatischen Verkehr zu Worte kam - aber die neue Seele des englischen Machtwillens in der Welt lebte darin.

Der Verfasser war Sir Eyre Crowe, der während der Tagung von Algeciras von Grey an die Spitze der "westlichen Abteilung" im *Foreign Office* berufen war. Er galt als Deutschlandkenner, schon weil er in Deutschland erzogen war, der Sohn einer deutschen Mutter und der Gatte einer deutschen Frau; er vermochte den Nachweis zu liefern, daß man trotzdem der leidenschaftlichste Deutschenfeind sein konnte oder - wenn man die verflochtenen Irrgänge der menschlichen Seele in Betracht zieht - gerade deswegen der Deutschenfeind sein mußte.

Das Memorandum Crowes erblickt in der ganzen Richtung der Politik Deutschlands den schlüssigen Beweis, daß es bewußt die Errichtung einer deutschen Hegemonie zuerst in Europa und schließlich in der Welt anstrebe. Diese deutsche Weltpolitik wird aus dem politischen, ethischen und geistigen Charakter der Deutschen abgeleitet, dieser wiederum aus der - unter einem einzigen Gesichtspunkt angeschauten - deutschen Geschichte, aus dem Werden des deutschen Staates erklärt. Für das also vorbereitete Urteil stellt sich das englisch-deutsche Verhältnis dar als "die Geschichte einer systematischen Politik freiwilliger Zugeständnisse", die zu dem höchst enttäuschenden Ergebnis einer Dauerspannung geführt habe; man glaubt wirklich das Verhältnis einer so wesenhaft eindeutigen Politik, wie Deutschland sie seit einem Vierteljahrhundert gegen England betrieben habe, in der immer wiederkehrenden Fabel von Wolf und Lamm abgebildet zu sehen. Aus diesem ganzen Tatbestande ergibt sich als die einzige und allen andern Rücksichten überzuordnende Zielsetzung der englischen Politik: unbeugsame Entschlossenheit, britische Rechte und Interessen in jedem Teile des Erdballes zu verteidigen. In seiner lückenlosen Geschlossenheit mußte dieses Bild auf einen Mann wie Grey, der von Deutschland so gut wie nichts wußte, einen geradezu überwältigenden Eindruck machen. Seine grundsätzliche Zustimmung geht sowohl aus seinem Gesamturteil hervor: "als Richtschnur für die Politik sehr nützlich", als auch aus seiner Verfügung, daß das Memorandum in einem engeren Kreise des Kabinetts umlaufen solle - was um so bedeutsamer war, als die liberale Partei seit zwei Jahrzehnten sehr wenig außenpolitische Tradition aufwies und die Mitglieder des Kabinetts zu einem guten Teile überhaupt keinen Sinn für außenpolitische Probleme besaßen.[121] Für den kleinen Kreis der liberalen Imperialisten,[122] der die Außenpolitik bestimmte, bedeutete das Memorandum, das, wie J. A. Spender sagt, "alle Geheimnisse offen darlegte", ungemein viel. Zur objektiven Würdigung der englischen Politik des nächsten Jahrzehnts ist es mit höherem Rechte heranzuziehen als etwa die nichtssagenden amtlichen Antworten auf die parlamentarischen Anfragen. Der Geist einer Außenpolitik ist wahrlich nicht zu enträtseln aus einzelnen Auskünften, die von einem der gewandtesten parlamentarischen Routiniers für die Vielzuvielen geformt werden, sondern aus dem, was allen diesen Entschließungen zugrunde liegt: aus jener Summe von Werten, Vorurteilen, Sorgen und Ängsten, die in einem politischen Unterbewußtsein durcheinanderflutet und die Gesetze des Handelns bestimmt. Das Memorandum, das Grey selbst als Richtschnur bezeichnet hat, öffnet die Tore zu dieser uns sonst verborgenen Innenwelt. Darum wird es zu allen Zeiten in die Zahl jener großen Dokumente eingereiht werden müssen, auf die ein Staat, der bewußt

eine neue Ära seines außenpolitischen Willens eröffnet, sein Tun und Lassen gründet. Es gehört freilich zu denjenigen Beispielen dieser Gattung, die ihre eindeutige Zielsetzung nicht mit einem Ton objektiven Verstehenwollens auch für den Gegner (so wie Bismarck es in den berühmten Schriftstücken der fünfziger Jahre Österreich gegenüber tat) verbinden, sondern zu denen, die ihre Beweisführung vor allem durch Einseitigkeit und Gehässigkeit zu steigern bemüht sind - aber das mag aus der Mischung des Blutes zu erklären sein, in der dieser Mann zwischen der Rivalität zweier großer Völker stand. Einige seiner Beweisstücke sind allerdings nicht sein Sondereigentum, sondern hatten längst begonnen, in das englische Denken überzugehen.

Crowe, selbst durch deutsche Schulen gegangen, spiegelte ein Bild preußisch-deutscher Geschichtsanschauung wider, wie sie ihm daher geläufig war; ohne sonderlich zu übertreiben, zeigte er, wie in dem Aufstieg von der kleinen Markgrafschaft Brandenburg bis zu Friedrich dem Großen und dann zu Bismarck eine zur Tradition werdende Bewußtheit und Gewolltheit des Willens lebe, immer größer und mächtiger zu werden. Daß dieser ganze Weg des Aufstiegs sich im wesentlichen auf dem innerdeutschen Schauplatz abspielte und von den Gesetzen des innerdeutschen Machtkampfes bestimmt war - wie ihm denn vom 13. bis 18. Jahrhundert eine fast bis zuletzt überlegen bleibende analoge österreichische Territorialentwicklung zur Seite läuft - das mochte der Ausländer sich nicht so klar machen. Ein Mann wie Seeley, der dem deutschen historischen Denken soviel verdankte, hatte das begriffen, Crowe sah schon hier nichts als Warnung, und die englischen Liberalen, denen das Zuwachsen ihres Imperiums immer als ein natürlicher organischer Prozeß erschien, hatten sich über den Weg von Blut und Eisen, den man in Mitteleuropa angeblich vorzog, immer gern bekreuzigt.

Die Stellungnahme zu dem deutschen Staate gewann für das englische politische Denken erst dann eine gewisse Bedeutung, wenn man sich ernsthaft mit ihm über materielle Fragen auseinanderzusetzen hatte. So setzte denn Crowe mit dem unter Bismarck in den Jahren 1884/85 vollzogenen Eintritt Deutschlands in die Kolonialpolitik, mit wuchtigem Auftakt ein. Es gab dazu einen unmittelbaren Anlaß. Im Jahre 1905 war die Biographie Lord Granvilles von Lord Fitzmaurice erschienen, die zum ersten Male tiefer in die Kämpfe hineinleuchtete, durch die Bismarck in den Jahren 1884/85 die deutschen Kolonien erworben hatte; in einem fast verhängnisvollen Moment herausgegeben, rief die Darstellung, ohne einen offensiven Zweck zu verfolgen, im historischen Rückblick jetzt viel tiefere Erregung hervor als einst das Erleben jener Vorgänge. Von jetzt an taucht eine Schuldrechnung Bismarcks - "diese Feindseligkeiten werden mit einer Mißachtung der elementaren Regeln geraden und ehrenhaften Verhaltens an den Tag gelegt"! - in der englischen Diplomatie und Publizistik auf, an die man in der Zwischenzeit mit gutem Grunde (da man über die fadenscheinigen Rechtstitel und die fehlerhafte Politik Granvilles zumal im Lager der Konservativen genau Bescheid wußte) kaum gerührt hatte. Jetzt erschien die Linie von Bismarck von 1884/85 bis zu Bülow – Holstein von 1905/06 in einem großen Zusammenhang;[123] Holstein wurde beim Sturze als der gelehrigste Schüler Bismarcks und seiner Politik angesehen. Mit tiefem Ressentiment wurde die ganze Kette dieser Vorfälle als "die erste Erfahrung eines britischen Kabinetts mit deutscher als gekränkte Freundschaft und Unschuld verkleideten Feindseligkeit" aufgerollt.

Um nun den Nachweis der Welthegemoniepläne zu führen, verfügte Crowe über ein dreifaches Beweismaterial. Zunächst Schlagworte aus kaiserlichen Reden, die immer wenig glücklich waren, wenn sie den herkömmlichen Fanfarenton militärischer Ansprachen mit einem politischen Gegenstande verknüpften, bei dem die Welt eine vorsichtige Instrumentierung gewohnt war. Sodann aber die alldeutsche Literatur, die allerdings eine Fundgrube für unkluge und anmaßliche Begehrlichkeiten war, wie sie nur auf dem Boden dieser unpolitischen Dilettanten erwachsen konnten. Wenn Crowe von einem deutschen Staatsmann Klarheit darüber verlangte, "daß der Bau des Alldeutschtums mit seinen Außenbastionen in den Niederlanden, in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz, in den deutschen Provinzen Österreichs und am Adriatischen Meer niemals auf einer anderen Grundlage als den Trümmern der Freiheiten Europas aufgeführt werden könnte", so unter-

schlug er die einfache Tatsache, daß niemals ein deutscher Staatsmann alle diese Dinge auch nur annähernd so ernsthaft wie Crowe selbst genommen hatte. Um so beeiferter wies er nach, wie der Erwerb von Kolonien in Südamerika mit der Monroedoktrin nicht in Einklang zu bringen sei; oder daß "die Schaffung eines deutschen Indien in Kleinasien letzten Endes entweder mit einer deutschen Beherrschung der See oder einer deutschen Eroberung Konstantinopels und der **zwischen den gegenwärtigen Südostgrenzen Deutschlands und dem Bosporus liegenden Länder** stehen oder fallen müsse".[124] Das sind einige der Beweisstücke für den Weltherrschaftsplan. Wenn Crowe als drittes Argument auch den deutschen Flottenbau anführte, so meinte er ihn sich nur aus einer solchen Absicht erklären zu können. Aber er kam noch nicht auf den Gedanken, in der Flotte eine Gefahr zu sehen, wozu die Engländer im Jahre des Dreadnoughtbaus (1906/07) überhaupt keine Neigung zeigten, und noch weniger, den Bau beschränken zu wollen: "es ist das Kennzeichen eines unabhängigen Staates, daß er solche Dinge selbst, frei von jeder äußeren Einmischung entscheidet, und es würde England mit seinen großen Flotten schlecht anstehen, einem anderen Staate vorzuschreiben, was in Angelegenheiten höchster nationaler Wichtigkeit gut für ihn ist."

Es ist an sich nicht schwer, das Bild von der deutschen Politik, wie es Crowe gibt, zu widerlegen, und doch wieder nicht leicht, ohne sich als Deutscher dem Verdacht auszusetzen, in wesentlichen Lebens- und Urteilsfragen ebenso Partei zu sein, wie Crowe im Interesse seines Vaterlandes es ist oder zu sein glaubt. Um so dankbarer müssen wir es begrüßen, daß wir einen Kronzeugen gegen ein so grundlegendes Dokument anführen können, der nicht nur dem englischen Lager angehört, sondern damals als einer der ersten außenpolitischen Sachverständigen der englischen Nation zu bezeichnen war. Der Zufall wollte, daß Hardinge einige Wochen später das Memorandum Crowes auch zur Kenntnis von Lord Sanderson brachte, der in den Jahren 1895 bis 1906 permanenter Unterstaatssekretär im *Foreign Office* unter Salisbury und Lansdowne gewesen war und aus dieser Zeit, der eigentlich kritischen Periode der deutsch-englischen Beziehungen, die tiefste Kenntnis unter allen lebenden Engländern besaß. Zu seiner Überraschung aber erlebte Hardinge, daß gerade dieser zum Urteil berufene, wenngleich nicht mehr im Dienst stehende hohe Beamte "für Deutschland Partei ergriff" und an der ihm vorgelegten Anklageschrift eine vernichtende Kritik übte.[125]

Zu diesem Zwecke ging er zunächst alle diplomatischen Einzelvorgänge wieder durch; knapp in der Bismarckperiode, aus der er wenigstens die gröbsten Züge "unverkennbarer Feindseligkeit" entfernte, eingehender während des letzten Jahrzehntes, für das er in dem auf der ganzen Linie verzerrten Streitbilde den objektiven Verlauf wiederherstellte. Das wog um so schwerer, als er die Abwendung von Deutschland (1901), den Abschluß der Entente (1904) und das erregende Jahr 1905 in hervorragender amtlicher Stellung selbst mitgemacht hatte. Er konnte es wissen und hatte den Mut es zu sagen, wenn er in der Samoafrage von 1898, in der Crowe den deutschen Agenten "zynische Nichtachtung" vorgeworfen hatte, offen gestand: "Ich habe den Eindruck, daß wir da nicht absolut sauber gehandelt haben und daß Lord Salisbury zwar unserseits alle Ansprüche zugestand, aber gleichzeitig sein Möglichstes tat, um den Widerstand der Vereinigten Staaten zu wecken. Es ist kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung das nicht wußte. Sie behauptete jedenfalls immer, daß wir sie nicht fair behandelt hätten, und einige unserer eigenen Diplomaten waren geneigt, diese Ansicht zu teilen." Die fast gleichzeitige Beschlagnahme von drei großen deutschen Postdampfern zu Beginn des Burenkrieges bezeichnete Sanderson ohne Umschweife als einen Akt, "der, wenn an uns selbst begangen, sicherlich als unerträglich gebrandmarkt worden wäre". Diese gewissenhafte Sachlichkeit ließ auch keinen Zweifel darüber, daß Mr. Delcassé unentwegt eine Reihe von Manövern betrieben habe, "um Deutschland zu isolieren und seine Bündnisse zu schwächen." So kam er denn am Abschluß seiner eingehenden Nachprüfung mit echtem Wahrheitssinn zu dem Ergebnis, "daß die Geschichte der deutschen Politik unserm Land gegenüber nicht das einförmige Bild (*record*) schwarzer Taten ist, wie das Memorandum sie zu schildern scheint." Seine Erfahrungen liefen auf ein viel abgetönteres, aber auch glaubhafteres Bild hinaus: "Es hat viele Gelegenheiten gegeben, bei denen wir angenehm im Einvernehmen mit Deutschland gearbeitet haben, und nicht wenige Fälle, in denen seine Unterstützung uns nützlich

war. Es hat andere Fälle gegeben, in denen Deutschland äußerst aufreizend war, manchmal unbewußt, manchmal mit Absicht. Die Deutschen sind sehr gerissene Geschäftsleute und haben sich den Spitznamen »*les juifs de la diplomatie*« erworben." Wenn man dieses Urteil (obgleich es immer noch die eine Partei vertritt) annimmt, wird man es vermutlich dahin ergänzen dürfen, daß, von der Wilhelmstraße aus gesehen, das Verfahren der Engländer sich nicht viel anders dargestellt haben wird. Auf dieser sachlichen Grundlage hatte Sanderson sich auch die Fähigkeit bewahrt, dem deutschen Verhandlungsgegner persönlich gerecht zu werden. Crowes Haß hatte sich hinreißen lassen, in die Sphäre der moralischen Verdächtigung hinabzusteigen und das übliche Verhalten Deutschlands zu vergleichen "mit einem berufsmäßigen Erpresser, dessen Erpressungen im Falle einer Weigerung seines Opfers durch die Drohung mit irgendwelchen vagen und furchtbaren Folgen entrissen werden."[126] Die Summe der Erfahrungen Sandersons, über jene Selbstgerechtigkeiten schweigend hinweggehend, stellt nach jenen zehn Schicksalsjahren von 1895 bis (Ende) 1905 fest: "Die Lehre ist, daß Deutschland ein hilfreicher, wenn auch etwas anspruchsvoller Freund ist, ein gerissener und zäher Geschäftsmann und ein höchst unangenehmer Gegner."

Nach diesen Proben wird man nicht überrascht sein, daß Sanderson für die furchtbare Anklage auf Welthegemonie nur ein ironisches Lächeln hatte. Dieser Sohn des englischen Weltreiches besaß innere Überlegenheit genug, um auf den Widerspruch aufmerksam zu machen, wenn dieses Welt-reich andere Mächte welthegemonischer Gelüste bezichtigen wolle. Er wagte sogar den Satz, den ein Nichtengländer ihm kaum nachgemacht hätte: "es ist mir manchmal so vorgekommen, daß ei-nem Ausländer, der unsere Presse liest, das britische Reich wie ein ungeheurer Riese erscheinen muß, der sich über den Erdball reckt, mit gichtischen dicken, sich nach allen Richtungen strecken-den Fingern und Zehen, denen man sich nicht nähern kann, ohne ihm ein Geschrei zu entlocken." Also lautete sein Endurteil kurz und bündig: "Wenn der bloße Gebietserwerb an sich unmoralisch wäre, so wiegen die Sünden Deutschlands seit 1871 leicht im Vergleich zu den unsrigen."

Man wird nicht zweifeln, aus welchem Grunde diese beiden englischen Denkschriften, beide nicht aus der Feder der leitenden Staatsmänner stammend, hier so eingehend analysiert werden.

Unsere Darstellung verzichtet auf die billige Methode, bei dem Verhalten der einen oder andern Macht in diesem Jahrzehnt laufende Schuldkonten anzulegen und ihre schuldhaften Anteile an dem Ursprung des Weltkriegs einzutragen. Wir denken, daß die Zeit, wo dieses Gewerbe blühte, vorüber ist. Aber wir glauben in einem Moment, wo die Wege schon entschiedener auseinander gehen, die zur Katastrophe führen, das Recht zu einigen Betrachtungen zu haben. Mit dem Geiste Sandersons würde ein friedlicher deutsch-englischer Ausgleich möglich gewesen sein - er wußte, weshalb er mit den Worten schloß: es wäre ein Unglück, wenn Deutschland sich zum Glauben geführt sähe, daß es den britischen Löwen überall auf seinen Wegen finden werde. Ebenso sicher darf man aussprechen, daß der Geist des Croweschen Memorandums, in dem Grey eine Richtschnur für seine Politik anerkannte, von jenen Verantwortlichkeiten nicht frei ist, die zum Kriege trieben. Es ist damit nicht gesagt, daß er in den nächsten acht Jahren unbedingt dominiert hätte - immer wieder gab es in England, bis in das Kabinett hinein, Elemente, die auf die andere Seite drängten. Aber in den entscheidenden Augenblicken hat Grey sich immer wieder von der Denkweise lenken lassen, die er zu Anfang des Jahres 1907 uneingeschränkt begrüßte. Der unsinnige Vorwurf der deutschen Welthegemoniebestrebungen, der den Kern von Crowes Anschauungen bildet, wurde gleichsam ein Sammelbecken für alte und neuere Gegnerschaften gegen Deutschland, und die englische Politik forderte die Völker der Erde auf, sich unter ihrer Führung dieser unheimlichen Gefahr zu erwehren.

Anmerkungen:

1 [1/548] In Karlsruhe am 28. April (Mahnung zur Einigkeit, wenn es notwendig werden sollte, in die Weltpolitik einzugreifen) und in Mainz am 1. Mai bei der Einweihung der Rheinbrücke (daß sie sich auch dann bewähren würde, wenn sie zu ernsteren Transporten benützt werden würde). ...zurück...

2 [2/548] Spiegelung in den belgischen Gesandtschaftsberichten. ...zurück...

3 [1/549] Graf Witte zu Bülow 15. Juli 1904 (*Gr. Pol.* 19, 199 f.): "Das Verhältnis war von seiten des Zaren während Jahren kein gutes. Die Überlegenheit Ihres Kaisers drückte den Zaren und machte ihn eifersüchtig - bis zur Begegnung in Danzig. Danzig (September 1901) verlief gut, Reval (August 1902) noch besser, Wolfsgarten (November 1903) vorzüglich." ...zurück...

4 [2/549] Die Briefe Wilhelms II. in den Kriegsjahren sind durchweg im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amte verfaßt (vgl. aber **S. 556 Anm. 2**). In dem ersten der Briefe vom 11. Februar 1904 (nach Kriegsausbruch) fällt der einfach-herzliche Ton auf. ...zurück...

5 [3/549] *Große Politik* 19, 1, S. 62 f. ...zurück...

6 [4/549] Randbemerkung Wilhelms II.: 8. November (*Große Politik* 19, 1, S. 211). ...zurück...

7 [1/550] Wilhelm II. an Nikolaus II.: 29. März 1904 ("wenn Du plötzlich mit Deiner Kaiserlichen Faust auf den »grünen Tisch« schlügest"). ...zurück...

8 [2/550] Über das "Dreikaiserbündnis" vgl. die Aufzeichnung Richthofens Anfang Juli: "Ostensibles Heranrücken an Rußland würde in diesem Augenblick in England und Amerika Mißtrauen erregen." ...zurück...

9 [1/551] Wilhelm II.: 25. September 1904 (*Große Politik* 19, 1, S. 252 f.). ...zurück...

10 [2/551] Alvensleben an Bülow: 25. August 1904. ...zurück...

11 [3/551] Wenn Bülow in seiner Weise dem Kaiser gegenüber bemerkte: "daß der Präsident ein großer Bewunderer Eurer Majestät ist und Hand in Hand mit Eurer Majestät die Welt regieren möchte, indem er sich gewissermaßen als amerikanisches Pendant Eurer Majestät fühlt," erwiderte der Kaiser nur: "mir sehr schmeichelhaft". ...zurück...

12 [1/552] 3. November 1905 (*Große Politik* 21, S. 9). ...zurück...

13 [1/553] Aufzeichnung Holsteins vom 5. Juni 1904 (*Große Politik* 20, 1, S. 144 f.). ...zurück...

14 [2/553] In diesen Tagen ging sogar in Berlin das Gerücht von einer Geheimklausel in dem englisch-französischen Abkommen über die Rheingrenze um. (Ebenda 20, 1, S. 27 ff.) ...zurück...

15 [1/554] So schildert Graf Metternich am 11. Januar 1905 rückblickend die englische Stimmung des Herbst 1904, vor dem Aufbruch der russischen Ostseeflotte; ferner Graf Bernstorff: 6. September 1904 (*Große Politik* 19, 2, S. 377 ff.). ...zurück...

16 [2/554] Ein Vorspiel war die Behandlung der nach Kiautschou geflüchteten russischen Schiffe im August 1904. ...zurück...

17 [3/554] Ein Viertel der Kohlenschiffe stand unter englischer Flagge, zum Teil durch Unterverträge gegenüber der Hamburg-Amerika-Linie verpflichtet; und bei dem ganzen Geschäft handelte es sich um (englische) Cardiffkohle. Es war ebenso Geschäft wie auf der andern Seite der Verkauf englischer Schiffe an Japan oder die Belieferung Japans durch Krupp mit Geschützen und Munition. ...zurück...

18 [4/554] *Times*, September 1904: Wilhelm II. blieb fest. ...zurück...

19 [1/555] Vgl. *Große Politik* 19, 1, S. 281, 292, 294/95. ...zurück...

20 [2/555] Die englische Regierung, die die Spitze gegen Rußland ablenken wollte, ließ alles gewähren. ...zurück...

21 [1/556] Holsteins Aufzeichnungen vom 2. Februar 1905 (*Große Politik* 19, 1, S. 349 f.). ...zurück...

22 [2/556] Es sei hier vorweg bemerkt, daß die ganze Tätigkeit des Kaisers sich in dieser Krisis in engster Fühlung mit dem Auswärtigen Amte vollzieht. Eine Ausnahme bilden die Zusätze in dem Schreiben vom 16.

November. ...zurück...

23 [1/557] Das ist der Gedankengang, der in der Seele Wilhelms II. zündete. Vgl. noch seine Randbemerkung vom 2. Oktober 1905: "Sobald Gallien klar ist, daß russische Bajonette nicht mehr gegen uns gehen, wir also völlig freie Hand haben, wird es sich schwer hüten zu England überzugehen, da eine Flotte keine Räder hat und Frankreich gar nichts nützen könnte." (*Große Politik* 20, 2, S. 662.) ...zurück...

24 [2/557] Das Schreiben (*Große Politik* 19, 1, S. 306 ff.) ist von Bülow entworfen. Nachträglich veranlaßte er, als Voraussetzung einzuschalten, daß der Doggerbank-Zwischenfall erledigt sein müsse, bevor man zur Aktion schreite. Ein **persönlicher** Zusatz des Kaisers ist der Satz: "Möge Gottes Segen ruhen auf dem Vorhaben der hohen Herrscher und die mächtige dreifache Gruppe Rußland, Deutschland, Frankreich für immer Europa den Frieden bewahren helfen, das walte Gott - so lauteten seine (Bülows) Worte, als wir fertig waren." ...zurück...

25 [3/557] Darüber: Tirpitz, *Lebenserinnerungen*, S. 143 ff. (vgl. Hammann, *Der mißverstandene Bismarck*, S. 128) "uns über Paris gegen englische Kriegsgelüste zu sichern". Tirpitz hatte nur "Zeitgewinn und Flottenbau" im Kopfe. Auch Graf Schlieffen schien damals der irreführenden Vorstellung zu unterliegen, als wenn die Anwendung eines Zwanges gegen Frankreich in Frage kommen könnte. - Man könnte mit der Besprechung in einen Zusammenhang bringen, daß der Reichskanzler zu einem Diner am 12. November, bei dem der Kaiser erschien, außer Tirpitz, dem Kriegsminister u. a. auch Holstein lud - das einzige Mal, daß der Kaiser ihn gesprochen hat! ...zurück...

26 [1/558] So auch in seinem Schreiben an Richthofen vom 1. November 1904. ...zurück...

27 [2/558] Vgl. die Gegenüberstellung der beiden Texte bei Rosen, *Aus einem diplomatischen Wanderleben* 1, S. 100 f. - Nach dem *Daily-Telegraph*-Interview hat Zar Nikolaus II., um sich für die Indiskretion des Kaisers zu rächen, diese Briefstelle im Jahre 1908 Sir Arthur Nicolson gezeigt (Harold Nicolson, *Lord Carnock*, S. 289) und damit einen tiefen und dauerhaften Eindruck hervorgerufen. ...zurück...

28 [1/559] Wilhelm II. an Bülow: 23. November 1904. "Der Hohe Herr fängt an, kalte Füße zu kriegen in bezug auf die Gallier, und ist so schlapp, daß er nicht einmal diesen Vertrag mit uns ohne ihre Erlaubnis - d. h. also auch nicht gegen dieselbe - machen will." *Große Politik* 19, 1, S. 316. ...zurück...

29 [2/559] Der Zar hüllte sich zunächst in Schweigen. Der Vorschlag, den er dann am 7. Dezember machte, die Franzosen "mit den allgemeinen Ideen des Vertrages zu Dreien bekannt zu machen", bezeichnete der Kaiser mit Recht als "kindlich". ...zurück...

30 [3/559] Bülow an Kaiser Wilhelm II.: 6. Dezember 1904 (*Große Politik* 19, 1, S. 263 ff.). ...zurück...

31 [4/559] Vgl. Holstein: 5. Dezember 1904 (*Große Politik* 19, 2, S. 358 ff.), er glaube, nach einigen geheimen Äußerungen in den letzten Tagen, was er bisher nicht getan habe, an die Möglichkeit eines Krieges mit England, in welchem der Angriff von englischer Seite ausgehen würde. Man hat aus diesen Tagen ein Schreiben Holsteins vom 29. November an den Grafen Schlieffen, in dem er dessen Besuch am andern Tage erbittet. ...zurück...

32 [1/560] Bülow an Wilhelm II.: 6. Dezember 1904 (s. o. *Große Politik* 19, 1, S. 263 ff.); an Alvensleben: 6. Dezember 1904 (ebenda, S. 320 ff.). ...zurück...
33 [2/560] Randbemerkung Holsteins am 12. Dezember 1904 (*Große Politik* 19, 1, S. 328 f.). ...zurück...

34 [3/560] Das hat der Botschafter Alvensleben wohl im Auge, wenn er eine Situation sieht, "die mit der Lage Preußens im Jahre 1807 unverkennbare Analogie haben könnte" (a. a. O., **S. 331**). ...zurück...

35 [4/560] Wenn Bülow am 15. Dezember unter dem Eindruck der bedrohlichen Londoner Berichte die Frage erwog, ob in dem Falle eines englischen Angriffs auf uns Frankreich mit in den Krieg hineingezogen werden sollte, und die Gründe dafür und dagegen erörterte ("während wir, wenn Frankreich mit im Spiele ist, und namentlich, wenn wir auch Belgien und Holland mit hineinziehen, zwar das Risiko steigern, aber wenigstens die Möglichkeit erwerben, Waffenerfolge zu haben, Pfänder in die Hand zu bekommen usw."), so hat Fr. Thimme, *Front gegen Bülow*, 206 diese "Absicht" (die gar nicht feststand) allzusehr aufgebauscht. ...zurück...

36 [1/561] Wilhelm II. an Nikolaus II.: 21. Dezember 1904. Die Schlußverfügung des Kaisers (S. 341) ist charakteristisch für seine Kunst des Ablenkens. ...zurück...

37 [2/561] Alvensleben hätte gewünscht, den Meinungsaustausch mit Rußland so weit zu führen, daß völlige Klarheit über die Stellung Frankreichs geschaffen würde. Aber sie bestand von vornherein. ...zurück...

38 [3/561] "Es ist eine klare Absage an jeden Gedanken einer Verabredung ohne Vorwissen Galliens. Ein gänzlich negatives Resultat nach zweimonatlicher ehrlicher Arbeit." Die Randbemerkungen des Kaisers in den nächsten Tagen verraten heftige Hinwendung zu Amerika und Japan (*Große Politik* 19, 2, S. 371, 375). ...zurück...

39 [4/561] Rosen, 1, S. 159: "Die vom Zaren zugesagte Diskretion wurde nicht gewahrt, und infolgedessen war die Lage Deutschlands Anfang 1905 eine noch viel bedenklichere, als sie es im Jahre 1904 war." ...zurück...

40 [1/562] Freilich lautete die resignierte Randbemerkung Wilhelms II.: "Mein lieber Bülow, wie oft habe ich in den letzten Jahren dieses Beispiel angeführt!" ...zurück...

41 [2/562] Vgl. auch die Äußerung des Königs: "*it is monstrous to pretend that I want to make war on Germany. I wouldn't declare war against Germany any more than I would make war against the Prince of Wales.*" (*Große Politik* 19, 2, S. 374.) ...zurück...

42 [3/562] Einen Einblick gewährt auch das Gespräch des Besitzers der *Times*, Mr. Walter, mit dem deutschen Botschafter in Washington. (*Große Politik* 19, 2, S. 571.) ...zurück...

43 [4/562] *Große Politik* 19, 2, S. 574. ...zurück...

44 [1/563] Wenn Lee hernach die Authentizität des Textes seiner Rede in Abrede stellte, so heißt das, die Schuld auf diejenigen abwälzen, die den Text dieser Rede verbreiteten. Barclay, S. 273: Wenn England damals auf die deutschen Freundschaftsbemühungen eingegangen wäre, statt sie mit gehässiger Gleichgültigkeit zu behandeln, so wäre heute keine deutsche Flottenrivalität entstanden. ...zurück...

45 [2/563] Bei dem Chef des Marinekabinetts v. Müller liest man in diesen Tagen Phantasien über den Weltkrieg mit dem Ziel Indien, in denen die Träume des Kaisers vom November sehr bedenklich nachwirken. Tirpitz, *Der Aufbau der deutschen Weltmacht*, S. 15. ...zurück...

46 [3/563] Tirpitz, a. a. O., S. 1. - Auch in dem letzten Stadium der Kohlenversorgung, die am 24. März in Saigon ihr Ende nahm, war man auf deutscher Seite sehr vorsichtig. ...zurück...

47 [1/564] Speck an Auswärtiges Amt: 7. März 1905, April 1905 (*Große Politik* 19, 2, S. 590). ...zurück...

48 [2/564] Desgl. 17. Mai 1905 (*Große Politik* 19, 2, S. 602f.; vgl. 20, 2, S. 640). ...zurück...

49 [3/564] Vgl. den Bericht des Grafen Schlieffen an Bülow vom 10. Juni 1905. ...zurück...

50 [4/564] So der österreichische Ministerresident (*Große Politik* 17, S. 328 ff.). ...zurück...

51 [5/564] *Große Politik* 17, S. 296, 304 f. ...zurück...

52 [1/565] *Große Politik* 17, S. 297 f. 15, S. 418. ...zurück...

53 [2/565] Vgl. **S. 506**. ...zurück...

54 [3/565] Daß noch im Juni 1901 durch Sir Arthur Nicolson an den deutschen Diplomaten Frhr. v. Eckardstein das Angebot einer deutsch-englischen Durchdringung von Marokko gemacht worden sei, war schon aus den deutschen Akten nirgends zu belegen und ist neuerdings von Harold Nicolson, *Lord Carnock*, als grobes Mißverständnis nachgewiesen worden. ...zurück...

55 [1/566] *Große Politik* 17, S. 339 ff. ...zurück...

56 [2/566] Lord Newton, Lord Lansdowne, S. 285 f. Lord Cromer antwortete am 27. November: "Ich sollte es beinahe für sicher halten, daß die Deutschen etwas verlangen werden - entweder Rabat oder vielleicht eine Kohlenstation im Roten Meer. Sie brauchen Kohlenstationen dringend. Man wird auf eine ziemlich unangenehme Forderung rechnen müssen." ...zurück...

57 [3/566] Harold Nicolson, *Lord Carnock*, S. 149. ...zurück...

58 [4/566] Metternich an Bülow, 4. Oktober 1903: "Wann der richtige Augenblick für uns eintritt, kann nur die Entwicklung der Dinge lehren, oder erst durch die genauere Kenntnis der englisch-französischen Abmachungen bestimmt werden." (Bülow, *Denkwürdigkeiten* 2, S. 5.) ...zurück...

59 [1/567] Darauf gründet sich die Formel in dem Erlaß Bülows vom 26. Juli 1904: "S. M. der Kaiser hat unsere künftige Stellung in Marokko dahin präzisiert, daß wir dort offene Türen, Eisenbahnkonzessionen und die Einfuhr von industriellen Erzeugnissen beanspruchen." ...zurück...

60 [2/567] S. o. **S. 552 f.** ...zurück...

61 [3/567] Aufzeichnung Holsteins (*Große Politik* 20, 1, S. 207 ff.). ...zurück...

62 [1/568] So der Gesandte Rosen zu Mr. Lowther. Mr. Lowther an Lord Lansdowne: 4. Dezember 1905 (*Brit. Dokum.* 3, S. 233 ff.). ...zurück...

63 [2/568] Die Engländer, wie z. B. Winston Churchill und General French, nahmen das deutsche Argument der schwarzen Armee nicht allzu schwer: bei einem Angriffskriege Frankreichs sei die Verwendung Schwarzer absolut unmoralisch, in einem Verteidigungskriege gegen eine Invasion sei jedes Mittel gestattet. *Österr.-Ung. Außenpolitik* 3, S. 362 ff., 405. ...zurück...

64 [1/569] Metternich, 4. Juni 1904: "Lord Lansdowne hat mir noch gestern ausdrücklich gesagt, daß England zwar den Franzosen Desinteressement in Marokko versprochen, aber damit keinenfalls die Verpflichtung übernommen habe, bei den etwaigen Beziehungen Dritter in Marokko zugunsten Frankreichs einzugreifen. Noch viel weniger wird England sich zu einem kontinentalen Krieg im voraus verpflichten." Dementsprechend sprach auch Radolin am 27. Juli 1904 von der Überzeugung des Reichskanzlers, daß die englische diplomatische Unterstützung Frankreichs nicht viel bedeuten würde. ...zurück...

65 [2/569] Metternich an Bülow: 15. August 1904 (*Große Politik* 20, 1, S. 219 ff.). ...zurück...

66 [1/570] Richthofen an Bülow: 7. Oktober 1904 (*Große Politik* 20, 1, S. 228). ...zurück...

67 [2/570] Kühlmann an Bülow: 28. November 1904 (*Große Politik* 20, 1, S. 237 ff.). Er traf in den Tagen in Berlin ein, wo die russische Hoffnung im Felde zerronnen war, dafür die englische Kriegspanik sich plötzlich zu unheimlicher Höhe erhob. ...zurück...

68 [1/571] Bülow an Speck von Sternburg: 25. Februar 1905 (*Große Politik* 20, 1, S. 256). ...zurück...

69 [1/572] Vgl. das Schreiben Wilhelms II. an Bülow vom 11. August 1905: "Vergessen Sie nicht, daß Sie mich **persönlich gegen meinen Willen** in Tanger eingesetzt haben... Ich bin Ihnen zuliebe, weil es das Vaterland erheischte, gelandet, auf ein fremdes Pferd trotz meiner durch den verkrüppelten linken Arm behinderten Reitfähigkeit gestiegen, und das Pferd hatte mich um ein Haar ums **Leben** gebracht, was Ihr Einsatz war" (*Große Politik* 19, 2. S. 497 f.). ...zurück...

70 [1/573] Bülow an Wilhelm II. vom 26. März 1905: "Falls ich heute fest verspräche, Euch zu unterstützen, würdet Ihr morgen die Franzosen angreifen. Ich möchte aber... den Frieden erhalten, obwohl ich ein sehr starkes Heer habe. Deshalb muß ich mir meine Entschließung vorbehalten für den Fall, daß es wirklich zum Kriege zwischen Marokko und Frankreich kommt... Aber Frankreich weiß, daß seine Lage eine gefährliche ist, wenn es Marokko angreift, ohne sich der Neutralität Deutschlands versichert zu haben" (*Große Politik* 20, 1, S. 276). ...zurück...

71 [1/574] *Brit. Dokum.* 3, S. 118. Spender, Sir H. *Campbell-Bannermann* 2, S. 248 (mit dem falschen Datum 25. April). Sidney Lee, *König Eduard* 2, S. 341 (Berties Bericht vom 22. April, Delcassé habe erwähnt, die deutsche Regierung wolle ihn "hinauswerfen"). Rosen, *Aus einem diplomatischen Wanderleben* 1, 137 ff. ...zurück...

72 [1/575] *Große Politik* 20, 2, S. 362 ff. Es ist begreiflich, daß Monts darnach den Marokkofeldzug schon für gewonnen hielt. - Vgl. Rosen, a. a. O. 1, S. 137 f. Das Urteil des Frhr. von der Lancken (*Meine dreißig Dienstjahre*, S. 42 f.) über den "tragischen Mißerfolg" von Monts steht unter dem Irrtum, daß eine ernsthafte Absicht Delcassés zugrunde gelegen hätte. ...zurück...

73 [2/575] Frhr. von Eckardstein, *Lebenserinnerungen* (*Große Politik* 20, 2, S. 368 ff.). ...zurück...

74 [3/575] Brit. Dokum. 3, S. 124 f. Spender, *Campbell-Bannermann*. ...zurück...

75 [1/576] In späterer Zeit hat er diesen Akten die Bemerkung zugefügt: "Dies war vermutlich der Ursprung des Offensiv- und Defensivbündnisses." ...zurück...

76 [2/576] *Brit. Dokum*. 3, S. 125 f. ...zurück...

77 [3/576] Im Gaulois vom 12. Juli und im Matin vom 6./13. Oktober 1905. Dazu in einem Briefe Delcassés an den *Figaro* vom 20. März 1922. Vgl. Roosevelts Urteil am 3. November 1905 über die "Machenschaften dieses unglaublichen Halunken Delcassé, der zum Glück für die Zivilisation abgetakelt ist. Dieser Mensch darf auf keinen Fall wieder ans Ruder kommen." (*Große Politik* 21, 10.) Vgl. Cambon an Poincaré 31.10. 1912. *Doc. Dipl. Fr.* sér. 3, t. 4, 318 ff. ...zurück...

78 [1/577] Am 6. Juni durch einen Mitarbeiter (und im Auftrag des Eigentümers) des Matin: "daß von englischer Seite hier in aller Form das Anerbieten einer Offensiv- und Defensivallianz mit antideutscher Spitze gemacht worden sei" (*Große Politik* 20, 2, S. 624, 627). Bezeichnend ist, daß Alfred Beit, der Freund König Eduards, dem Kaiser gegenüber das in Delcassés Enthüllung erwähnte Angebot bewaffneter Hilfe nicht bestritt: "so sei das nur im Falle gemeint gewesen, falls Deutschland Frankreich unrechtmäßig überfiele". Der Kaiser sah in dieser Einschränkung nur eine Bestätigung. Frhr. von Eckardstein bezieht sich auf eine Äußerung des Generals Sir John French vor Zeugen, es sei alles vorbereitet gewesen, um im Notfalle 3 Armeekorps (100 000 Mann) zur Unterstützung der Franzosen an die Maas zu werfen. Metternich an Bülow: 31. Januar 1907 (*Große Politik* 21, 2, S. 470). ...zurück...

79 [2/577] Als Tirpitz später, 1906, mit dem englischen Marineattaché Capt. Dumas auf die Erbietungen an Frankreich von 1905 zu sprechen kam, ließ sich dieser - in der Sache alles bestreitend - in ein Gespräch über die Opportunität des Schritts ein. Grey aber tadelte dieses Verhalten: "Keiner unserer Offiziere und Diplomaten sollte mit Deutschen erörtern, welche Unterstützung wir zu irgendeiner Zeit der Vergangenheit oder Zukunft Frankreich anbieten mögen oder etwa angeboten haben" (*Brit. Dokum.* 6, S. 3 ff.). Als Metternich am 20. Dezember 1905 in seinem ersten Gespräch mit Grey die Frage der bewaffneten Hilfe streifte, schwieg dieser dazu (*Große Politik* 20, S. 685 ff.). ...zurück...

80 [1/578] Daß der Kaiser aus diesem Anlaß den Reichskanzler Grafen Bülow in den Fürstenstand erhob, hätte - namentlich um die Demütigung der Franzosen nicht zu betonen - besser vermieden werden sollen. ...zurück...

81 [2/578] *The Balance of Power*, von O. Eltzbacher, Maiheft S. 787 - 804. ...zurück...

82 [3/578] Daß Graf Schlieffen in diesem Jahre den Präventivkrieg "betrieben" habe, ist quellenmäßig nicht zu belegen; die Angaben bei Rochs und Frhr. v. d. Lancken a. a. O. beziehen sich auf den Vorgang im Oktober 1904, s. oben **S. 557**. Kaiser Wilhelm II. war schon im Januar 1905 entschlossen, dem Grafen Schlieffen, der im Jahre 1903 sein siebzigstes Lebensjahr überschritten hatte, einen Nachfolger zu geben, und hatte damals schon den General von Moltke mit der Anlage der Kaisermanöver im Herbst 1905 betraut. Der "Schlieffensche Plan" verdankt diesen letzten Jahren (s. 1902) seine Entstehung. Aber daß der Chef des Generalstabs, der sich in seiner ganzen Dienstzeit von jeder politischen Einwirkung ferngehalten hatte, noch in diesem letzten Jahre einen stärkeren Einfluß auf den ihm innerlich fremden Monarchen zu nehmen versucht haben sollte, ist höchst unwahrscheinlich. ...zurück...

83 [4/578] Auf Grund einer Mitteilung des Generals von Haeften bei Frhr. v. d. Lancken, *Aus dreißig Dienstjahren*, S. 62 f. (Unter unbestimmter Wiedergabe des Anlasses.) Herrn General von Haeften bin ich für die Bezeichnung der Zeitschrift dankbar. Das Heft selbst ist in den Generalstabsakten nicht mehr erhalten. ...zurück...

84 [1/579] Lee, *König Eduard VII.* 2, S. 343 (deutsche Ausgabe). ...zurück...

85 [2/579] Bülow an Holstein: 20. Juli 1905. ...zurück...

86 [1/580] Diese Formulierung erst in dem späteren Briefe des Kaisers vom 12. August. ...zurück...

87 [1/581] Kaiser Wilhelm II. an Bülow (*Große Politik* 19, 2, S. 458 - 465). ...zurück...

88 [1/582] Seine damaligen Gespräche über den "europäischen Zollverein" sind es wohl, die hernach in der englischen Diplomatie als "napoleonische Tendenzen" wiederkehren. ...zurück...

89 [2/582] Vor allem der Passus: "Was ich nicht überleben kann. Denn der Morgen nach dem Eintreffen Ihres Abschiedes würde den Kaiser nicht mehr am Leben sehen." ...zurück...

90 [1/583] Nach dem Telegramm des Kaisers vom 27. September ist kein Zweifel über die völlige Orientierung Wittes über den Vertrag. Die Aussagen seiner eigenen Memoiren (S. 289 f.) und zu Dillon (*Eclipse of Russia*, S. 354) sind ganz unrichtig. ...zurück...

91 [2/583] *Brit. Dokum.* 4, S. 338 ff., 353, 357 ff.; vgl. auch den Bericht Metternichs vom 15. November 1905 über eine Äußerung Hardinges, das Bündnis sei am Widerstand der französischen Regierung gescheitert, die aus Rücksicht auf England dasselbe nicht habe perfekt werden lassen. ...zurück...

92 [1/584] Darüber neuerdings: Fr. Rosen, *Aus einem diplomatischen Wanderleben* 1, S. 154 - 226. ...zurück...

93 [1/585] Ein deutsches Ultimatum an Portugal, von dem Lord Fisher, *Memories* 1, S. 27, erzählt, ist niemals ergangen. Vgl. *Große Politik* 21, 2, S. 443. In der englischen Aktenpublikation findet sich nichts. ...zurück...

94 [1/586] Randbemerkung Wilhelms II.: 17. April 1907 (Große Politik 21, 2, S. 567). ...zurück...

95 [2/586] Bülow, *Denkwürdigkeiten* 2, S. 207. ...zurück...

96 [3/586] Der Brief "unter dem Tannenbaum" (Bülow 2, S. 197 f.) liegt nicht im Original, sondern nur im Auszug Bülows vor. Die Wendungen über Abschießen und Töten der Sozialisten verraten die (auch schon im Sommer bemerkbare) maßlose Erregung des Kaisers. ...zurück...

97 [1/587] Er ließ darüber auch nach außen hin keinen Zweifel, so in seinem Briefe an den Zaren Nikolaus II. vom 29. Januar 1906: "Die Marokko-Geschichte wird, soweit ich sehen kann, schon werden - ohne Krieg." ...zurück...

98 [1/588] *Große Politik* 21, 2, S. 567. ...zurück...

99 [2/588] Die Wendung Bülows an seinen Bruder ("Gewiß hätten wir, wenn S. M. nicht zum Schluß nervös geworden wäre, in einer Reihe von Einzelpunkten mehr erreichen können") ist nicht unrichtig, trifft jedoch den Kern der Sache nicht. ...zurück...

100 [3/588] Bülow 2, S. 209 f.: Die Bemerkung des Kaisers in dem Gespräch: "vor dem Krieg bewahren, für den weder bei den deutschen Fürsten noch im Reichstage, noch im Volk irgendwelche Stimmung sei", zählt die "anderen" Mitgründe auf, die sonst im kaiserlichen Sprachgebrauch selten begegnen. ...zurück...

101 [1/589] Grey an Nicolson: 21. Dezember 1905 (*Brit. Dokum.* 3, S. 255 f.). ...zurück...

102 [1/590] Bertie an Grey: 13. Januar 1906 (*Brit. Dokum.* 3, S. 277, Nr. 203). Bezeichnend ist die mit der "deutschen Hegemonie" arbeitende Alternative: "Hier (in Paris) wird allgemein angenommen, daß Deutschland keinen Krieg anfangen wird, wenn es überzeugt ist, daß England an die Seite Frankreichs treten wird, daß es aber, sollte es zum Schluß kommen, daß England davon absehen wird, Frankreich bewaffnete Hilfe zu leisten, den gegenwärtigen Augenblick als günstig erachten wird, um Frankreich zu zerschmettern, und zwar als Einleitung zur Behandlung der Probleme Hollands, Belgiens, Österreichs und der Überlegenheit Englands zur See." ...zurück...

103 [1/591] Quellen: *Britische Dokumente* Bd. 3. *Documents Diplomatiques Français, 3e Série Tome 2nd* (1931). B. Schwertfeger, *Die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges*. 2. Kommentarband.
Die neuesten Untersuchungen: A. Bach, "Die »Conventions anglo-belges« im Lichte neuer Dokumente," *Berliner Monatshefte*, Juni 1930. E. Gottschalt ebenda Dezember 1930. Carl Hosse, *Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg* (1930). P. Kluke, *Heeresaufbau und Heerespolitik Englands vom Burenkriege bis zum Weltkriege* (1932). ...zurück...

104 [1/592] Dessen war sich der belgische General Ducarne bewußt, wenn er Barnardiston bat, einen Aufmarschplan als von dessen Büro und nicht von ihm ausgehend zu bezeichnen, wenn er ihn den Franzosen mitteilte. ...zurück...

105 [2/592] Bezeichnend ist gleich das erste Beispiel, wie er zwar den Premierminister über die Anfrage Cambons unterrichtet, dann aber doch auf die beantragte Berufung der Kabinettssitzung verzichtet, weil er ihren Verlauf für unsicher hielt. ...zurück...

106 [1/593] Dieser Gesichtspunkt kehrt damals häufiger bei Grey wieder. So Grey an Nicolson: 2. Februar 1908 (*Brit. Dokum.* 3, Nr. 288); ebenso Hardinge: 3. März 1906 (*Brit. Dokum.* 3, S. 453). ...zurück...

107 [2/593] 20. Februar 1906 (*Brit. Dokum.* 3, S. 429 ff.). ...zurück...

108 [3/593] König Eduard schrieb am 23. Januar 1906 versöhnlich über sein angebliches Ziel: "*above all that a friendly feeling may exist between Germany, France and England.*" Die freundliche Antwort Wilhelms II. vom 1. Februar besagte, daß er in Frieden zu leben wünsche: "*with all countries especially my neighbours*" (*Große Politik* 21, Nr. 1, S. 108 ff.). ...zurück...

109 [1/594] Radowitz an Bülow, 26. Januar 1906 (*Große Politik* 21, S. 123). ...zurück...

110 [2/594] So Graf Witte am 20. Februar 1906 (Schoen an Ausw. Amt, *Große Politik* 21, S. 192). ...zurück...

111 [1/595] Die letzte Unterredung, in der Bülow und Holstein übereinstimmten, fand am 26. oder 27. Februar statt; nach dem Umschwung am 12. März hatte Holstein keinen Anteil mehr an der Marokkopolitik. Er erklärte in einem Artikel in der *Zukunft* vom 12. Oktober 1907 die Lesart, daß er in irgendeiner Phase der Marokkopolitik andere Ziele verfolgt habe als Bülow, für eine freie Erfindung und gänzlich unwahr. *Brit. Dokum.* 3, S. 532. ...zurück...

112 [2/595] Grey an Nicolson: 10. März 1906 (*Brit. Dokum.* 3, S. 468). ...zurück...

113 [3/595] Nicolson an Grey: 13. März 1906 (ebenda, S. 482). ...zurück...

114 [4/595] Bülow an Speck von Sternburg: 19. März 1906 (*Große Pol.* 21, 1, S. 310). ...zurück...

115 [1/596] Vor allem die in ihrem Kern unzuverlässigen Memoiren Eckardsteins haben in diesem Sinne gewirkt und viel von dem in Jahrzehnten gegen den Allmächtigen aufgesammelten Mißgefühl aufgelockert. ...zurück...

116 [1/597] *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*. (Bearbeitet im Reichsarchiv.) *Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, Anlagenband, S. 95 f. (1931): "Der Kaiser weiß von diesem Schreiben nichts." ...zurück...

117 [2/597] Ebenda, Textband, S. 62. ...zurück...

118 [1/599] Metternich an Bülow 8. Mai, 31. Juli 1906 (*Große Politik* 21, 2, S. 427, 432, 441 ff.). ...zurück...

119 [2/599] Randbemerkung (*Große Politik* 25, S. 23). ...zurück...

120 [3/599] Memorandum von Herrn Eyre Crowe über den gegenwärtigen Stand der britischen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland (*Brit. Dokum.* 3, S. 645 - 686). Ergänzend z. B. der Vermerk zum 9. Juni 1906 (*Brit. Dokum.* 3, S. 578), in dem Crowe sich auf die Anschauungen der (ihm verwandtschaftlich nahestehenden) deutschen Marinekreise beruft. Vgl. H. Lutz, *Eyre Crowe, der böse Geist des Foreign Office* (1931). ...zurück...

121 [1/600] F. W. Hirst, der Herausgeber des Memorandums von Lord Morley, meint, daß weder Morley noch Loreburn ihm damals viel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben schienen, und J. A. Spender, der es gleichfalls wissen konnte, sagt, daß damit die Stellung der meisten Kabinettsmitglieder zur auswärtigen Politik treffend charakterisiert sei. ...zurück...

122 [1/601] Bezeichnenderweise hat sich Haldane beim Umlauf jeder Bemerkung enthalten! ...zurück...

123 [1/602] Tschirschky berichtet, daß König Eduard in Friedrichshof im August 1906 die eigentümliche Bemerkung machte: zu den englisch-deutschen Mißstimmungen hätte wohl noch Bismarcks Einfluß mitgewirkt (*Große Politik* 21, 2, S. 453). ...zurück...

124 [1/603] Die angeblichen Absichten des Deutschen Reiches auf Österreich sind ein besonders bösartiges Beispiel ungegründeter und verleumderischer Erfindung. - Sie kommen schon in den siebziger Jahren vor,

verschwinden dann und kehren in dem neuen Jahrhundert immer häufiger nach Bedarf wieder. ...zurück...

125 [2/603] Memorandum von Lord Sanderson (*Brit. Dokum.* 3, S. 686 - 707). ...zurück...

126 [1/604] Man erinnere sich, daß Grey, wie Haldane erzählt, die Deutschen nicht eigentlich für "gute Menschen gehalten" habe. ...zurück...

5. Die Bildung des Dreiverbandes und die bosnische Krisis (1906 - 1909).

Es war nur scheinbar ein Moment friedlichen Atemholens, als die zweite Haager Konferenz im Sommer 1907 zusammentrat. Sie war im Verhältnis zu der ersten Konferenz eher noch stärker politisiert, und der eigentliche Kampf wird sich schon vor ihrem Zusammentritt, bei der Aufstellung der Tagesordnung, abspielen. Insbesondere wird sich bemerkbar machen, daß sie auf dem Hintergrunde der antideutschen Umgruppierung zusammentrat, die sich in Europa vollzog: die verborgene Wechselwirkung, in der sie mit der deutsch-englischen Spannung steht, wird daher ihr eigentliches Problem darstellen.

Es setzte damit ein, daß England sich gewillt zeigte, im Gegensatz zu den meisten Kontinentalmächten, die auf der ersten Konferenz unbestimmt vertagte Rüstungsbeschränkung von neuem zur Verhandlung zu bringen. Die deutsche Reichsregierung war zur Teilnahme nur dann bereit, wenn diese Frage weiter ausgeschaltet blieb. Sie sprach in einem Promemoria vom 24. März 1907 aus, sie habe "keine Formel zu finden vermocht, die geeignet wäre, der verschiedenen Lage der einzelnen Länder sowie der Verschiedenheit ihrer militärischen Organisation und wirtschaftlichen Interessen auch nur annähernd Rechnung zu tragen und demnächst als Grundlage für die internationale Abrüstung zu dienen". Dabei war Bülow sich durchaus darüber klar, daß Deutschland, der stärkste Militärstaat, nicht ohne Not das Odium auf sich laden dürfe: "wir haben jedes Interesse daran, die Friedensbewegung vor den Wagen unserer (Friedens-) Politik zu spannen, statt sie von anderen gegen uns verwerten zu lassen."[1] Allerdings war die englische Regierung in der glücklichen Lage, in ihrer Mitte Anhänger humanitärer Friedensbestrebungen als auch Vertreter einer machtpolitischen Staatsräson aufweisen zu können: man sieht sie abwechselnd in die Arena steigen. Der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman begann am 2. März 1907 mit einem berühmten Friedensartikel in der *Nation*, den der Pariser *Temps* ob seiner Phrasenhaftigkeit nicht scharf genug verurteilen konnte. Er sprach als ehrlicher Idealist. Bald darauf sagte er Clemenceau ins Gesicht (zu dessen Bestürzung), er glaube nicht, daß die englische öffentliche Meinung die Verwendung britischer Truppen auf dem europäischen Festlande zulassen würde;[2] er wußte tatsächlich weder von der Fortdauer der von Grey - Haldane veranlaßten militärischen Besprechungen,[3] noch von einer Politik der antideutschen Gruppierung. Als Bülow nun erfuhr, daß Grey die "Beschränkung der Ausgaben für Rüstungen" (wie er sich ausdrückte) wieder auf die Tagesordnung bringen wollte, verhehlte er sich nicht, daß dieser Schritt seine Spitze gegen Deutschland richte.[4] Doch gelang es nicht, unter der Hand das britische Kabinett zum Verzicht auf seine Absicht zu veranlassen; man legte vielmehr in London Wert darauf, eine deutsche Weigerung öffentlich zu konstatieren und auch innerpolitisch (z. B. bei neuen Flottenausgaben) zu verwerten. So ergab sich für den deutschen Reichskanzler doch die Notwendigkeit, in einer Reichstagsrede vom 30. April die deutsche Position in der Rüstungsbeschränkung grundsätzlich klarzustellen. In feiner Weise flocht Bülow ein, man habe ihm wohl geraten, den kriegerischen Schein zu vermeiden und an der Diskussion teilzunehmen, aber er glaube nicht, "daß wir durch eine solche Politik einen besseren Schutz gegen ungerechte Verdächtigungen unserer Friedensliebe, eine aufrichtigere Anerkennung der Schwierigkeiten unserer geographischen Lage und anderer Umstände, die uns zu Schutz und Wehr nötigen, erreicht haben würden". Die "Umstände" mochten sich auf die europäische Umgruppierung beziehen. Grey konnte sich nicht genugtun, den günstigen Eindruck dieser Rede zu rühmen. Nachdem sich der Deutsche vor der Welt bekannt hatte, konnte Campbell-Bannerman am 10. Mai wieder das Wort ergreifen und - das

Friedensgesicht Englands wahrend - das tiefe Bedauern seiner Regierung aussprechen, daß Deutschland sich der Erörterung der Rüstungsbeschränkung versage.

Wenn man sich an diesem Beispiel vergegenwärtigt, wie tief diese Diskussionen mit taktischen Hintergedanken getränkt sind, wird man es nicht für ein ergiebiges Geschäft halten, das Verfahren der deutschen Vertretung auf der Friedenskonferenz, die in den gewandten Händen des Herrn von Marschall lag, unter dem Gesichtspunkt ihres Dienstes am Weltfrieden oder gar der Vermeidbarkeit des Weltkrieges nachzuprüfen.[5] In der Rüstungsfrage wäre immerhin für die deutsche Taktik, ebenso wie im Jahre 1899, das Versäumnis einer glänzenden Gelegenheit zu beklagen, "vor dem Forum der Welt durch unanfechtbare Zahlen zu beweisen, wie gering die Anspannung der Wehrkraft Deutschlands, von Österreich-Ungarn ganz zu schweigen, gegenüber der in Frankreich wäre".[6]

Wenn Deutschland sich schon im Jahre 1899 an der Errichtung eines Schiedshofes beteiligt hatte, so gab es diese grundsätzliche Haltung auch 1907 nicht auf. Es lehnte zwar das Obligatorium ab, und zwar auf Grund der schlechten Erfahrungen, die man inzwischen gemacht hatte, aber gab dafür den Anstoß zu dem Entwurf eines internationalen Prisenhofes, "der vollendetsten Ausgestaltung des Schiedsgerichtsgedankens, der jemals in der Welt hervorgetreten ist und damit zugleich der höchsten theoretischen Entwicklung des Völkerrechts seit Hugo Grotius".[7]

Im Anschluß an die Friedenskonferenz sei hier noch der - durch den norwegischen Integritätsvertrag vom 2. November 1907 ausgelöste - Abschluß des Nordseeabkommens (zwischen Deutschland, Rußland, Schweden und Dänemark) und des Ostseeabkommens (zwischen Deutschland, England, Frankreich, Holland und Dänemark) erwähnt. Vom ersten Moment an trug die deutsche Politik Sorge dafür, in dem Nordseeabkommen die Aufnahme von Holland und Dänemark offenzuhalten. Es heißt in einem deutschen Aktenstück: "durch die Garantie des *status quo* in Holland würde ein Moment des Mißtrauens gegen uns (unsere vermeintlichen Annexionsgelüste betreffs Holland) beseitigt werden, wir würden der Welt einen neuen Beweis unserer friedlichen, nicht auf territoriale Expansion gerichteten Politik geben".[8]

Während die Welt des Nordens gleichsam gegen jede Friedensstörung vertraglich abgeriegelt wurde, sollte der Südosten Europas allmählich in seine alte Funktion als gefährlichstes Tiefdruckgebiet eintreten.

Im Laufe der Marokkokrisis hatte die deutsche Politik vergeblich der englisch-französischen Entente den Weg nach Rußland zu verlegen gesucht. Der Ausgang zeigte, daß im Ernstfalle die Entfernung zwischen Rußland und der englisch-französischen Entente geringer und leichter zu überwinden war, als die Entfernung zwischen Rußland und Deutschland oder dem Dreibunde. So wuchs mit einer gewissen Naturnotwendigkeit aus jenem Zwischenspiel der dramatisch bewegten Vorstöße und Annäherungen die allmählich und sicher fortschreitende englisch-russische Verständigung hervor.

Das Jahr dieser Verhandlungen (Juni 1906 bis August 1907) ist den beiden Jahren der Verhandlungen über die englisch-französische Entente (Juni 1902 bis April 1904) vergleichbar. Vergleichbar in den sachlichen Schwierigkeiten, in der Ausdehnung und auch in den Hemmungen. Vergleichbar in den Begleiterscheinungen in der Presse, welche die zeitweiligen Stockungen durch eine lebendige Front gegen eine dritte Macht zu überwinden suchen. Vergleichbar schließlich durch die Aufgaben, die diese Vorgänge der deutschen Politik stellen.

Auch eine russisch-englische Verständigung hatte, wie vordem die englisch-französische, ihre Abmachungen, die nur die beiden Partner angingen, und konnte daneben einen Sinn haben, der eine Lebensfrage für Deutschland in sich schloß - gerade nach dem ganzen Vorspiel, das einem Wettlauf um die Gunst Rußlands gleichgesehen hatte, war schon anzunehmen, daß in dem allgemeinen

politischen Zusammenschluß der drei Großmächte der eigentliche Schwerpunkt liegen werde.

Als der neue russische Minister Iswolski im Mai 1906 in Berlin ankündigte, daß er nach dem Abschluß des neuen Verfassungswerkes an eine Verhandlung mit England herantreten werde, deren Gegenstand die Türkei, Persien, Afghanistan und Tibet umfasse, erläuterte ihm Bülow die deutsche Stellung: "Wir werden ein Arrangement zwischen den beiden Mächten begrüßen, soweit es ausschließlich russisch-englische Interessen zum Gegenstande hat und durch Beseitigung russisch-englischer Reibungsflächen dem allgemeinen Frieden dient. Wir erwarten aber von der neuen Regierung, daß sie in Fragen, welche deutsche Interessen berühren, nicht ohne unser Zutun entscheidet und uns nicht vor ein *fait accompli* stellt. Als eine solche Frage betrachten wir die Bagdadbahn, da sie durch Konzession des Sultans deutsches Wertobjekt geworden ist."[9] Dieser Auffassung stimmte Iswolski zu.

Das war ein eindeutiges Programm, aus dem eine deutsche Gegensätzlichkeit gegen die Übereinkunft an sich nicht herauszulesen war. Aber die Dinge dieser Welt verlaufen in der Regel nicht so reibungslos, wie sie der Sache nach sehr wohl verlaufen könnten. Während der ganzen Verhandlungszeit hörte die Presse in England und Rußland nicht auf, deutschfeindliche Artikel zu bringen, um der Öffentlichkeit auf beiden Seiten die neue Annäherung mundgerecht zu machen. Bei jeder Verzögerung der Verhandlungen tauchte die böswillige Behauptung auf, die deutsche Regierung intrigiere gegen den Abschluß eines Vertrages. Als die Verhandlungen sich dem Ende näherten, lautete hüben wie drüben das Schlagwort: England sei zu diesem Vertrage nicht veranlaßt worden durch die eingebildeten Gefahren in Asien, sondern durch das Wachsen einer drohenden Macht in Europa. Die Bedeutung des Abkommens liege daher nicht so sehr in Asien wie in Europa, wo seine Folgen sich auf längere Zeit hinaus bemerkbar machen dürften. Der Wunsch nach einer freundschaftlichen Abrechnung mit Rußland sei England aus diesem Grunde nahegelegt worden: der englische Einfluß in Europa werde nach Beseitigung der Reibungsflächen mit Rußland steigen,[10] und Rußland gewinne Muße zum Wiederaufbau, ohne von einer europäischen Macht hierbei gestört zu werden.[10]

Ein so riesiger Machtkörper wie das russische Weltreich lebt nicht, ohne dem Schwergewicht seiner Masse **eine** vorwiegende dynamische Ausrichtung zu geben. Nachdem das grenzenlose Ausgreifen im fernen Osten zum Stillstand und Rückzug genötigt worden war, nachdem man im mittleren Osten durch Ausgleich mit England die Reibungsflächen geglättet, mußten naturgemäß die aktiven Kräfte sich wieder dem altgewohnten Schauplatz des nahen Ostens zuwenden, der so lange - zumal durch die Abkommen mit Österreich-Ungarn von 1897 und 1903 - unter eine Glasglocke gestellt worden war: hier vermochte das schwer geschädigte Selbstbewußtsein der Russen sich am ehesten wieder aufzurichten. Und der neue Partner, mit dem man soeben alte weltweite Gegnerschaften in Asien friedlich zur Ruhe gebracht hatte, setzte alles daran, das Gesicht Rußlands wieder nach Europa (und das hieß nach dem Balkan) zurückzuwenden.

Die Witterung des kommenden Umschlages liegt schon im Jahre 1907 über der Balkanhalbinsel. Überall regen sich unterirdische Kräfte, setzen sich Interessen in Bewegung, die bisher nach großmächtlicher Übereinkunft geschlummert hatten. Der allgemeine Eindruck war, daß Rußland seine lange unterbrochene herkömmliche Orientpolitik wieder aufgenommen habe und dabei vor internationalen Verträgen nicht stehenbleiben werde. An dieser Stelle setzte der neue Lenker der österreichisch-ungarischen Außenpolitik ein, Freiherr von Aehrenthal, der im Oktober 1906 an die Stelle des Grafen Goluchowski getreten war. Mit dem ehemaligen Botschafter in Petersburg, der dort die schweren Zeiten Rußlands mitdurchlebt hatte, trat an die Spitze der österreichisch-ungarischen Politik ein Mann, der die großmächtlichen Bedürfnisse und Sorgen der Doppelmonarchie - wie sie auch in der starken Seele des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und in dem feurigen Willen des Generalstabschefs Freiherrn Conrad von Hötzendorf lebten - wieder mit stärkerer Betonung zur Geltung zu bringen entschlossen war. Ehrgeizig, tatkräftig und gewandt, eine starke und doch wieder problematische Figur in der Schicksalsgeschichte seines Staates - jedenfalls auch für den

deutschen Verbündeten eine neue und eigenwillige Verkörperung der Bündnistreue.[11]



Reichskanzler Fürst Bülow und Außenminister Iswolski bei der Kaiserzusammenkunft Swinemünde 1907.

Ende 1907 unterbreitete er der Pforte den Wunsch, Vorarbeiten für einen Bahnbau zu unternehmen, der von Bosnien in das - von Österreich besetzte, aber zur Türkei gehörige - Gebiet des Sandschak Novipasar (aus wirtschaftlichen Gründen) führen sollte. In einer berühmt gewordenen Delegationsrede vom 27. Januar 1908 kündigte er an, daß der Plan darauf hinauslaufe, einen Anschluß der bosnischen Bahnen an das türkische und griechische Bahnnetz zu gewinnen - wie es der Sprache dieser Zeit gemäß war, fehlte es sogar nicht an weitgreifenden Wendungen, die von einem kürzesten Bahnweg Wien - Budapest - Serajewo - Athen - Piräus, von Zentraleuropa nach Ägypten und Indien sprachen. Wenn solche Zukunftsträumereien auch wirklich gute Weile hatten, so reichten sie doch aus, um Mißtrauen, Widerstand und Gegenpläne an mehr als einer Stelle auszulösen. In Rußland zeigte man sich sofort geneigt, über den Inhalt des eben geschlossenen Abkommens hinaus eine Verständigung mit England auch über Balkanfragen zu suchen. Iswolski eröffnete am 2. Februar eine denkwürdige Sitzung des Ministerrates[12] mit der verlockenden Aussicht einer auch militärisch gemeinsamen englisch-russischen aktiven Außenpolitik, die zu glänzenden Ergebnissen und zur Verwirklichung der historischen Aufgaben Rußlands im nahen Osten führen könne. Schon trat er mit Worten dem Gedanken einer erneuten Aufrollung der ganzen türkischen Frage näher. Das waren alles zunächst nur Zukunftsbilder, aber sie deuteten auf eine Umgestaltung der europäischen Politik, aus der dieser erregende Fragenkreis einst, in den ersten Jahren der russischen Ostasienpolitik, herausgenommen worden war - jetzt tauchten am Horizonte wieder die Kräfte auf, die bis zum Anfange der neunziger Jahre die russische Politik gelenkt hatten. Es lag auf der Hand, daß darüber jene russisch-österreichische Verbundenheit, die auf der Erhaltung des *status quo* geruht hatte, in die Brüche gehen müsse. Als eine russische Note vom 16. März 1908 in der Frage der mazedo-nischen Reformen allen Signatarmächten des Berliner Kongresses die gleichen Rechte einzuräumen wünschte, deutete sie an, daß sie die Gemeinschaft der Vorhand mit Österreich-Ungarn aufgebe und damit eine neue Verhandlungsgrundlage zu schaffen gedenke. Aehrenthal meinte dann nur fest-stellen zu müssen, daß Rußland den Ententegedanken mit Österreich endgültig fallen lasse.[13] Es wurde in Wien als ein Zeichen der Zeit gedeutet, wenn die großserbische Bewegung, die in Bosnien und der Herzegowina

neben dem kroatischen Element an Boden gewonnen hatte, auch in der russischen Presse eine auffallende Begünstigung zu finden begann.

Während dieser allmählich sichtbarer werdenden Ansätze auf dem Balkan, war zwischen England und Deutschland fast unerwartet ein tiefes Mißtrauen, ausgelöst durch die Flottenrüstung, zum Ausdruck gekommen.

Die ersten deutschen Flottenprogramme hatten in England niemals eine sonderliche Beachtung und Beunruhigung hervorgerufen, da die Möglichkeit eines Wettbewerbes außer jeder Berechnung lag; die brutalen Drohungen des Februar 1905 kennzeichneten das unbedingte Überlegenheitsgefühl. Als dann vollends der erste englische Dreadnought im Frühjahr 1906 in Dienst gestellt wurde, glaubte man die deutsche Gegnerschaft wie auch jede andere für immer hinter sich zu lassen; man rechnete damit, daß die hohen Kosten, vor allem aber auch die Abmessungen des Kaiser-Wilhelm-Kanals und der Docks die Deutschen dauernd verhindern würden, auf diesem Wege nachzukommen.[14] Diese Rechnung, für die somit die englische Überlegenheit als ohne erhebliche Finanzlasten gesichert galt, sollte sich als ein Fehler von verhängnisvoller Tragweite herausstellen.

Die deutsche Marine war zunächst durch den Bau des neuen stärkeren Typs, der eine außerordentliche Entwertung der älteren Schiffsarten zur Folge hatte, so überrascht, daß zwei Jahre lang, vom Sommer 1905 bis zum Juli 1907 (in der Zeit der Marokkospannung und in den Tagen von Algeciras) in Deutschland überhaupt kein Kriegsschiff aufgelegt wurde; dann erst nahm sie, auf Grund einer im November 1905 eingebrachten und im Mai 1906 vom Reichstag angenommenen Flottenvorlage den Wettkampf auf. Wohl konnte Sir Edward Grey am 10. Mai 1906 die stolzen Worte sprechen, er glaube, es habe nie eine Zeit gegeben, in der die verhältnis- und vergleichsmäßige Überlegenheit der britischen Flotte größer gewesen sei als im gegenwärtigen Augenblick. Noch im Januar 1907 schrieb ein von Fisher unterrichteter Marinefachmann "*The German Naval Policy has completely broken down*" - eben wegen der Dreadnoughts. Aber wenn Deutschland trotz aller Schwierigkeiten dazu überging, Schiffe der gleichen Stärke zu bauen, dann war mit diesem neuen Typ, zumal für den Fall, daß alle Seemächte denselben Weg beschritten, ein neuer Ausgangspunkt des Wettbewerbes geschaffen, welcher gerade der ältesten und größten unter ihnen gefährlich werden konnte: wider Erwarten sollte sich die zur Vernichtung des Gegners bestimmte Waffe wie in der Sage auf den Schleudernden zurückwenden.[15] Als Deutschland, nach langer Vorbereitung, im Juli 1907 zwei und im August 1907 wieder zwei Dreadnoughts auflegte (die im Mai bzw. September 1910 fertig sein sollten), begann sich das Bild zu verschieben; schon in der Parlamentsdebatte vom 28. Juli 1907 gestand Balfour, der Führer der Opposition, offen den Fehler der Rechnung ein, ohne daß die Regierung widersprochen hätte. Im Augenblick allerdings war der Vorsprung der britischen Flotte noch ganz erdrückend. Der Admiral Sir John Fisher, der erste Seelord, konnte sich König Eduard gegenüber im Herbst 1907 rühmen, daß Deutschland durch den Dreadnoughtbau gelähmt sei, denn die Wahrheit sei jetzt: England habe sieben Dreadnoughts und drei Dreadnought-Schlachtkreuzer, im ganzen zehn Dreadnoughts, gebaut und im Bau, während Deutschland im März, ja im Mai des Jahres noch keinen einzigen Dreadnought aufgelegt habe: die englische Flotte sei daher, darin habe Tirpitz recht, viermal so stark wie die deutsche. Dieser augenblicklichen Überlegenheit entsprach es, wenn Sir John Fisher nur einen einzigen Schluß daraus gezogen wissen wollte. Er schlug dem König im März 1908 vor, die Überrumpelung Kopenhagens durch Nelson zu erneuern und die deutsche Flotte abzufassen - "aber ach, wir hatten keinen Pitt, keinen Bismarck, keinen Gambetta",[16] grollte der gewalthungrige Seemann noch lange nachher.

Dieser piratenhafte Präventivgedanke ließ sich sachlich leicht begründen. Wenn die Deutschen tatsächlich nach ihrem umgearbeiteten Flottenplan dazu übergingen, jährlich mehrere Schiffe des neuen Typs aufzulegen, dann mußte sich das Stärkeverhältnis in wenigen Jahren verschieben. So geschah es, daß diese fernliegende Möglichkeit in der Zeit der Entspannung nach Algeciras von neuem Gefühle der "Beunruhigung" auslöste. Schon seit dem Januar 1907 begannen die englischen

Staatsmänner in ihren Gesprächen mit dem deutschen Botschafter diese neue Quelle des Mißtrauens zu beklagen und - was im Augenblicke nur als unerhörte Verzerrung der Wirklichkeit erscheinen konnte - sich auf die Furcht vor dem Anwachsen der deutschen Flotte zu berufen.[17] Mit einem Schlage hatte sich eine Panik der englischen öffentlichen Meinung bemächtigt, von einer skrupellosen Presse aufgepeitscht, aber in der Tiefe des Volkes widerhallend. Die deutsche Flottenpropaganda, zumal unter der zeitweilig ganz extremen Führung des Flottenvereins durch General Keim, tat an unvorsichtigen Übertreibungen und Herausforderungen nicht wenig, um den englischen Flottenagitatoren das nötige Material zu verschaffen und in ihnen verwandte Leidenschaften und große Worte zu entzünden. Die Erregtheit verschärfte sich, als der Bundesrat im November 1907 die Einbringung einer weiteren Flottennovelle genehmigte, die - neben einer Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre - die Verteilung der Ersatzbauten für die Jahre 1908 bis 1917 vornahm.[18] Danach war für die Jahre 1908 bis 1911 die Auflegung von jährlich drei Linienschiffen und einem Panzerkreuzer zu erwarten. Der Gedanke schon warf die englische öffentliche Meinung aus dem Geleise ruhiger Überlegung. Düster schien das Bild der Zukunft einer dunklen Wolke gleich mit Windeseile heraufzuziehen, und der *Outlook* sah, mit unsinniger Übertreibung, schon im Januar 1908 den Augenblick nahe, in dem das Schwergewicht unter den Seemächten in andere Hände übergehe - England müsse ohne unnötige Worte und Lamentationen seine ganze Wachsamkeit und Energie der Tatsache widmen, daß Deutschland die englische Vorherrschaft zur See bedrohe wie noch keine Macht in den letzten zweihundert Jahren.

Gleich darauf sprachen Grey und Lord Tweedmouth, seit Dezember 1905 der erste Lord der Admiralität, von der Notwendigkeit einer Flottenverstärkung. Die Unruhe in England stieg von Tag zu Tag.[19] Der Kaiser hatte den unglücklichen Einfall, in einem Schreiben, das er am 16. Februar, ohne dem Reichskanzler ein Wort zu sagen, an Lord Tweedmouth richtete, die Irrtümer richtigzustellen, von denen die öffentliche Meinung erfüllt war, und sich feierlich dagegen zu verwahren, daß die deutsche Flotte gegen England, als eine Herausforderung der englischen Vorherrschaft zur See gebaut werde.[20] Was halfen aber alle guten Gründe, wenn die Form dieses unkonstitutionellen Belehrungsversuches bei dem Könige wie bei dem Volke Englands peinliches Empfinden hervorrief und den Empfänger des Schreibens, der im Einverständnis mit Grey höflich, aber ausweichend geantwortet hatte, in seinem Amte unmöglich machte. Es gab nur noch zwei Parteien in England: die eine glaubte an die deutsche Angriffsabsicht, die andere nur an die Gefahr eines Konflikts; daß diese Gefahr bestehe, darin schienen beide Parteien einig zu sein.[21] Es war in diesen Tagen, daß Sir John Fisher seiner Kopenhagener Phantasie vor dem Könige freien Lauf ließ. Dagegen war Bülow durchaus im Recht, wenn er am 24. März 1908 im Reichstag den rein defensiven Charakter der deutschen Flottenpolitik "gegenüber den unaufhörlichen Versuchen, uns England gegenüber aggressive Absichten und Pläne anzudichten", auf das schärfste betonte; da die Deutschen mit England in Ruhe und Frieden zu leben wünschten, empfänden sie es bitter, daß ein Teil der englischen Publizistik immer wieder von der "deutschen Gefahr" spreche, "obwohl die englische Flotte unserer Flotte mehrfach überlegen ist, obwohl andere Länder stärkere Flotten besitzen als wir und mit nicht geringerem Eifer an dem Ausbau ihrer Flotte arbeiten als wir." Er nahm noch den Standpunkt ein: es ist unser gutes Recht.

In ein neues Stadium trat die internationale Seite der Flottenfrage, als Sir Edward Grey am 14. Mai 1908 erklärte: der englische Flottenaufwand sei von den Aufwendungen anderer Flotten abhängig; England sei bereit, die Frage mit anderen Nationen zu diskutieren, wenn diese gleichfalls die gegenseitige Abhängigkeit der Rüstungen zugäben.[22] Damit war eine diplomatische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England über die Flottenfrage eingeleitet. Diese Auseinandersetzung hatte anscheinend eine mehr technische und eine rein machtpolitische Seite. Auf dem ersten Gebiete gab es Mißverständnisse, die an sich hätten beseitigt werden können. Schon aus einer privaten Besprechung von Sir Ernest Cassel mit Albert Ballin hatte sich ergeben, daß die Engländer zu wissen glaubten, daß die Verstärkungen der deutschen Flotte erheblich größer seien, als sie in den amtlichen Darstellungen erschienen; sie meinten, auf deutschen Werften mit Hilfe ihrer Spionage

(aus deren Tätigkeit amtlich kein Hehl gemacht wurde) abweichende Feststellungen gemacht zu haben. Bei den späteren Besprechungen stellte sich sogar heraus, daß die amtlichen Kreise Londons in allem Ernst fürchteten, daß Deutschland schon im Jahre 1912 den Engländern an Dreadnoughts gleich oder überlegen sein würde. Außerdem sahen sie in der Konzentration der deutschen Flotte in der Nordsee eine unmittelbare Bedrohung; während die Deutschen geltend machten, daß sie - nicht im Besitz von Flottenstationen in anderen Meeren - zu solchen Maßnahmen genötigt seien. Sie hätten sich auch darauf berufen können, daß das englische Spiel mit Überfallsplänen eben diese Konzentration für sie zum Gebot mache. Alle technischen Fragen gingen, sobald man sie nur berührte, ohne weiteres in Machtfragen über.

Die Engländer erklärten, sie müßten die Aufrechterhaltung der Oberherrschaft zur See als Lebensfrage vertreten; die Befürchtung wachse, daß diese Oberherrschaft zur See gefährdet sei; dann würden sie gezwungen sein, ein neues Flottenprogramm aufzustellen, mit allen Steuern und Lasten, die das Volk erbittern würden. Dagegen glaubte sich England jetzt stark genug, vermöge seiner Ententen, und hielt auf der andern Seite die Machtstellung Deutschlands für so weit vermindert,[23] daß man eine Aussprache verlangen durfte, deren Endziel der freiwillige Verzicht auf den geplanten Umfang und das Tempo seiner Seerüstung sein mußte.[24]

Gerade in diesem Augenblick hatte König Eduard VII. der veränderten europäischen Lage in seiner Zusammenkunft mit dem Zaren Nikolaus II. in Reval (9./10. Juni 1908) einen wohlberechneten Ausdruck gegeben. Die Zusammenkunft ist in den verschiedenen Lagern sehr verschieden beurteilt worden. Auf deutscher Seite, wo man dem Ereignis mit starkem Mißtrauen entgegengesehen hatte,[25] überwog die Ansicht von ihrem ausgesprochen deutschfeindlichen Charakter, ja sie erweiterte sich, ohne bestimmtes Belegmaterial vorzubringen, zu der Vorstellung von einer dunklen Verschwörung. Dagegen hat der Zar dem Kaiser sofort versichert, politische Gegenstände seien kaum berührt worden, und Iswolski bot den deutschen Diplomaten immer wieder sein Ehrenwort an, daß in Reval keine weiteren politischen Vereinbarungen getroffen seien; auf diesen Ton sind auch die englischen Darstellungen gestimmt. Die Aussagen der Nächstbeteiligten sind natürlich nicht gelogen, aber ebensowenig wahr. Daß die politischen Gespräche alle schwebenden Fragen berührten - darunter auch die mazedonische Reformfrage, auf die noch zurückzukommen sein wird, - verstand sich von selbst. Es kommt aber nicht nur darauf an, ob fertige politische Abmachungen aus den Gesprächen hervorgingen, sondern auf die Tendenz der Anregungen und Beeinflussungen, die auf englischer Seite ihren Ursprung nahmen und in die russischen Köpfe sanken. Die Russen waren gewiß mit der Absicht gekommen, ihre Beziehungen zu Deutschland nicht stören zu lassen,[26] aber die Engländer waren bemüht, ihren neuen Freunden (mit denen sie bisher nur durch die mittelasiatische Entente verbunden waren) den Gesichtskreis nach Europa hin in ihrer Weise wieder zu erweitern. Wohl sprach auch Hardinge zu Iswolski von seiner Absicht, gute Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, aber er setzte mit scharfer Betonung (sowie er auch schon zu Clemenceau gesprochen hatte) hinzu: "Trotzdem kann man sich nicht der Einsicht verschließen, daß, wenn Deutschland in demselben beschleunigten Tempo seine Rüstungen zur See fortsetzen wird, in sieben oder acht Jahren in Europa eine äußerst beunruhigende Lage entstehen kann - dann wird zweifelsohne Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; und aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglich stark ist." Die Aussicht mochte den Russen in ihrem damaligen Machtzustande wohltun, sie wußten, daß diese Formel nichts anderes besagte als: "wir brauchen ein starkes Rußland gegen Deutschland." Ein derber Seemann wie Sir John Fisher vermochte den Gedanken noch etwas deutlicher auszudrücken. Er saß beim Diner zwischen Iswolski und Stolypin und antwortete auf die russische Frage, was Rußland vor allen Dingen jetzt brauche, nicht etwa, was man von ihm erwarten konnte: Kriegsschiffe, sondern gab den bedeutungsschweren Bescheid: "Eure Westgrenze ist entblößt von Truppen und Eure Magazine sind leer. Füllt sie auf und dann sprecht von Flotte." Der Engländer erinnerte an Kuropatkins Wort: "Die Grundlage von Rußlands Sicherheit ist seine Westgrenze."[27] In seine eigene politische Sprache übertragen, lautete es: ein möglichst starker russischer Druck auf die deutsche

Ostgrenze liegt im englischen Interesse. Wieder hatte der englische Versucher den hohen Berg bestiegen und sprach vorsichtig und unverbindlich von den Schätzen der Erde. Für die aufhorchenden Russen ergab sich zweierlei: der Engländer brauchte die Karte der russischen Macht in seiner beginnenden Flottenauseinandersetzung mit Deutschland, er war dafür bereit, jede Erneuerung einer aktiven Balkanpolitik - und auch davon war in Reval die Rede! - selbst wenn sie zu schärferem Gegensatz zu Österreich und Deutschland führen sollte - wohlwollend zu unterstützen.

Wenige Wochen nach dem Vorspiel in Reval begann die englische Politik sich ihrem Hauptgegenstande, mit einer ineinandergreifenden Kombination von einzelnen Schritten zu nähern. Zunächst waren es, absichtlich zusammen operierend, Sir Edward Grey und Lloyd George, die am 14. Juli 1908 die Diskussion mit dem deutschen Botschafter über die Flottenfrage eröffneten, die zwischen England und Deutschland stehe. Die englischen Flottenausgaben gingen wegen des deutschen Flottenprogramms und der neuen Beschleunigung des Tempos derart in die Höhe, daß die Beziehungen sich während der Dauer dieser Konkurrenz nicht bessern könnten. Jeder Engländer würde seinen letzten Pfennig dransetzen, um die Überlegenheit zur See zu wahren, weil von ihr nicht nur die Weltstellung Englands, sondern auch seine Existenz als unabhängiger Staat abhänge. Für England sei eine mächtige deutsche Flotte, mit einer noch mächtigeren Armee im Hintergrunde, eine reale Gefahr. Besonders der Schatzkanzler Lloyd George stellte das weitgehendste Entgegenkommen bei der Schaffung einer gemeinsamen Basis für die beiderseitige Einschränkung des Flottenbaus in Aussicht. Der Kaiser sah schon in dieser ersten Sondierung eine Anmaßung. In heftige Erregung versetzt, wollte er unter keinen Umständen von einer Flottendiskussion, als einer Versündigung an einem selbständigen und ehrliebenden Staat, etwas wissen,[28] und redete sich ein, daß er ein amtliches Vorgehen auf dieser Linie als eine Kriegserklärung auffassen müsse. Aber das gefährliche Thema schien in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens in England gerückt zu sein, und verantwortungsvolle Staatsmänner, wie Lord Cromer, begannen ohne Scheu von der Kriegsgefahr zu sprechen.

Der zweite Vorstoß ging auf die Person des Kaisers selbst und erfolgte bei einem Besuch, den König Eduard VII., begleitet von dem Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge und dem Botschafter Sir Frank Lascelles, ihm in Kronberg im Taunus abstattete.[29] Ursprünglich hatte der König selbst das Flottengespräch führen wollen, dann überließ er - was der Form nicht recht entsprach[30] - Hardinge die schwierige Aufgabe. Der Kaiser gab sich zunächst alle Mühe, die Mißverständnisse aufzuklären, durch die, wie Hardinge klagte, die schwere Beunruhigung der Nation so hoch gesteigert sei. Aber der Engländer ließ nicht locker, sondern kam immer wieder darauf zurück, dieser Konkurrenzbauerei müsse ein Ende gemacht werden, es müsse ein Arrangement getroffen werden, wonach das Bautempo verlangsamt werde. Er ließ sich zu der ganz kategorischen Fragestellung verleiten: Könnt ihr nicht eine Pause in eurem Schiffsbau eintreten lassen? Oder weniger Schiffe bauen? Als dann der Kaiser den definitiven Charakter der deutschen Seerüstung erläuterte, kam er trotzdem auf seine Alternative zurück: "Ihr müßt eine Pause eintreten lassen oder weniger bauen." Darauf der Kaiser, erregt über die direkte Form der Pression: "Dann werden wir fechten, denn es ist eine Frage der nationalen Ehre und Würde." Das Gleichgewicht der Unterhaltung wurde nach diesem Zusammenstoß wieder hergestellt, aber der König und sein Begleiter verließen Kronberg mit dem Gefühl, mit diesem Vorstoß nichts erreicht zu haben. Sie unternahmen gleich darauf einen noch bedenklicheren Schritt, indem sie den Besuch, den der König dem Kaiser Franz Joseph in Ischl am 12./13. August abstattete, zu Klagen über die Gefährlichkeit der deutschen Flottenrüstung benutzten. Die Anregung des Königs, Franz Joseph möge seine guten Dienste leihen, um seinen Verbündeten von dieser Gefahr zu überzeugen, wurde von dem alten Habsburger völlig überhört. Und ebensowenig ging Aehrenthal auf die Anklage Hardinges ein; er fand sogar das Verhalten Kaiser Wilhelms nicht überraschend, da die erfolgreiche Ententepolitik des Königs, die doch für Deutschland eine unangenehme Lage schaffe, ihm ein Einlenken schwer mache, und auch er bekannte sich, wenn auch als stolzer Österreicher, der seinen eigenen Weg gehe, zum unverbrüchlichen Festhalten am Bündnis.[31] Als König Eduard gleich darauf in Karlsbad mit M.

Clemenceau zusammentraf, machte er jedenfalls kein Hehl aus seiner tiefen Verstimmung, und Clemenceau erging sich bald in pessimistischen Reden, daß er den Krieg zwischen Deutschland und England für unvermeidlich halte und daß dann - so spann er den Gedanken weiter - die Gefahr bestehe, daß Deutschland sich mit aller Wucht auf Frankreich werfen würde.[32]



Kaiser Franz Joseph II. während der Huldigung in Serajewo 1908.

Man kann begreifen, daß der Kaiser sich zunächst auf den Standpunkt stellte, mit dem Flottenbau von einem Recht der Souveränität Gebrauch zu machen und sich in die Ausübung dieses Rechts nicht hereinreden zu lassen, auf jede Gefahr hin.[33] Aber dieser formalistische Gesichtspunkt hielt nicht mehr vor, wenn eine andere Großmacht, die in der Aufrechterhaltung ihrer Vormacht zur See eine Lebensfrage erblickte, mit dem ganzen ihr innewohnenden Schwergewicht zu erkennen gab, sie fühle sich durch das Tempo der deutschen Seerüstung bedroht. Auch Holstein wollte die Frage nicht so gestellt wissen, wie sie von der deutschen Flottenpropaganda bis zur Ermüdung vorgetragen wurde: wer in der Welt will denn dem großen deutschen Volke verbieten, eine Flotte zu bauen![34] Für jedes politische Denken mußte die Frage so formuliert werden: Ist es praktisch für den Weltfrieden, neben der stärksten Armee eine große Flotte zu besitzen, welche den Deutschen sehr wahrscheinlich außer den Gegnern zu Lande noch die stärkste Seemacht zum Feind auf Leben und Tod machen kann? Wenn daher die stärkste Seemacht den Antrag stellte, über Tempo und Ausmaß der Seerüstung in Verhandlung zu treten, dann konnte man nicht einfach ausweichen.

Es war nicht ausgeschlossen, daß England, das bereits ein System von Ententen geschaffen hatte, um Deutschland überall den Weg zu verlegen, ihm schließlich zusammen mit seinen Freunden die Frage vorlegen werde, wann es in seiner Seerüstung Halt machen werde. Selbst Albert Ballin wollte bei seinen englischen Freunden keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß eine solche Anfrage der Krieg sein würde - Deutschland werde sich jedem derartigen Versuche einer Einmischung mit aller Kraft widersetzen. Aber wenn es auch dazu nicht kam, so war doch damit zu rechnen, daß England das politische Instrument seiner Entente zu starkem und feindlichem Druck auf die Mitte Europas benutzen würde.

Jedenfalls sah der Reichskanzler die Stunde gekommen, auch bei dem Kaiser dieses politische Motiv nachdrücklich zu betonen. In einem Immediatbericht vom 26. August legte er die Verschiedenheit ihrer Ansichten dar. Er konnte sich darauf berufen, daß er seit 1897 alle Flottenvorlagen mit Erfolg vertreten habe, und erkannte an, daß die Schöpfung der deutschen Flotte die Aufgabe sei, "die Euer Majestät von der Geschichte gestellt ist". Er werde auch vor einem englischen Druck oder einer englischen Drohung unter keinen Umständen zurückweichen und habe in den letzten Wochen die Sprache der Presse in dieser Richtung gelenkt. Aber sein politisches Urteil unterscheide sich von

der Auffassung des Kaisers in doppelter Hinsicht. Wenn der Kaiser glaube, die Engländer würden es unter keinen Umständen auf den Krieg ankommen lassen, so halte er den Krieg jetzt wohl für denkbar, wenn die Engländer zu der Überzeugung gelangen würden, daß die deutschen Seerüstungen *in infinitum* so weitergehen würden. Die Situation im Kriegsfalle bleibe ernst, da man einer französisch-englisch-russischen Front gegenüberstehen würde. Die Türken aber seien wenig leistungsfähig, ein Aufstand in Indien unwahrscheinlich, die Fellahs in Ägypten ein feiges Gesindel. Er sei daher dafür, auch ohne den Engländern Versprechungen anzubieten, ihnen nicht alle Hoffnungen für die Zukunft abzuschneiden: "Wenn wir jede Verständigung über den Flottenbau kategorisch und für immer ablehnen, so wächst die Verstimmung in England in geometrischer Progression; damit entsteht natürlich doch eine reelle Kriegsgefahr, und vor allem baut England mehr wie je." Er stellte sich unbedingt auch für schwere Zeiten zur Verfügung, aber er schloß: "Es kommt darauf an, über die nächsten Jahre wegzukommen." Die ernste Mahnung blieb auf den Kaiser ohne jeden Eindruck. Seine Schlußbemerkung hielt an dem Flottengesetz als bis 1920 ausreichend, aber auch unveränderlich, fest und schloß hartnackig mit dem Satze: "von 1920 an können wir uns unverbindlich mit ihnen über Bauten unterhalten."[35] Auf die politischen Schlußfolgerungen und Ratschläge ging die augenscheinlich unter der Einwirkung von Tirpitz getroffene kaiserliche Entschließung überhaupt nicht ein. Man mochte über die Sorgen und Ansprüche der Engländer, über die Opportunität einer Flottenbesprechung sehr verschieden denken, - für jeden Tieferblickenden lag es auf der Hand, daß der ganze Fragenkomplex nicht nur vom zugeknöpften Ressortstandpunkt aus gelöst werden konnte, sondern eine hochpolitische Angelegenheit ersten Ranges war. Noch drängte die Frage nicht zur Entscheidung (wenn auch in denselben Tagen König Eduard sie schon mit Clemenceau in Marienbad erörterte), aber sie wird wiederkehren, dringlicher und drohender. Es ist von geschichtlicher Bedeutung festzustellen, daß der Reichskanzler Fürst Bülow schon, bevor die bosnische Krise heraufzog, den Weg der Flottenverständigung zu beschreiten bereit war,[36] und die Demonstrationen des Flottenvereins, deren Häupter jedes politische Augenmaß vermissen ließen, als gefährlich verurteilte. Aber jetzt schon ließ sich erkennen, daß der Kaiser, aus Vorliebe und militärischem Selbstgefühl, in diesem Zentrum politischer Entschließungen gewillt blieb, dem Rate seiner Marinefachleute und nicht dem seiner politischen Berater zu folgen.[37]

Inzwischen waren einige Keime, die auch schon in der Zusammenkunft in Reval in das Erdreich gesenkt worden, unter sorgfältiger Behandlung sichtbarer geworden. Dazu gehörte die Frage der mazedonischen Reformen, die seit den Jahren 1897 und 1903 eine gemeinschaftliche Sonderangelegenheit Rußlands und Österreich-Ungarns (solange ihre Entente bestand) gewesen war und erst jetzt wieder (als diese Entente sich zu lockern drohte) als Gericht auf der europäischen Tafel aufgetragen wurde. Mazedonische Reformen waren eine nützliche, ja notwendige Angelegenheit für die Nächstbeteiligten, aber zugleich eine hochpolitische und gefährliche Angelegenheit, wenn man sich ihnen ernsthafter näherte. Man hatte sich in Reval geeinigt, das interessante Gesprächsthema in den nächsten Wochen weiter zu entwickeln, wobei der Engländer sich für fliegende Kolonnen gegen Bandenbildung und der Russe mehr für Justiz- und Finanzreformen interessierte; bald war man auf dem besten Wege, die Reformaktion in Noten an den Sultan zusammenzufassen. Dabei war sich jeder Mitspieler bewußt, daß dieses Vorgehen weitere Kreise ziehen würde. Schon sah man Iswolski immer lebhafter bemüht, der deutschen Diplomatie nahezubringen, daß in ihren Händen die letzte Entscheidung über den Kurs liege, den die russische Politik nunmehr einzuschlagen haben werde: stelle sich Deutschland und mit ihm Österreich-Ungarn günstig zu dem anglo-russischen Reformprojekt für Mazedonien, so biete es damit Rußland die Möglichkeit, auf dem Boden der Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn und des Zusammenwirkens der drei konservativen Kaisermächte weiter zu arbeiten - mache das Berliner und das Wiener Kabinett dagegen Schwierigkeiten, so werde Rußland sich genötigt sehen, stärkere Anlehnung an England zu nehmen, was dann allerdings erheblich zur Verschärfung der allgemeinen Lage beitragen werde.[38] Der Keil, der eingetrieben werden sollte, war unverkennbar, und der Russe rühmte sich gar, was er zur Milderung der radikalen Reformen der Engländer schon getan habe. Die deutsche Entschließung, die zwischen dem Sultan und den österreichischen Interessen stand, konnte, wie man sofort erkannte, vor eine

schwierige Alternative gestellt werden.

Die ganze, mit soviel Verschlagenheit eingeleitete Aktion sollte durch unerwartete elementare Ereignisse umgebogen werden. Es lag auf der Hand, daß die Nachricht von diesen Absichten, durch mannigfache unterirdische Kanäle schlüpfend, bald auch auf dem Balkan umlief; sowohl unter denen, die von dem Umwerfen der ganzen türkischen Machtordnung träumten, als auch unter denen, die diese in ihrem Bestande bedrohte despotische Ordnung der Türkei von innen her umwälzen und dadurch das Osmanenreich erneuern wollten. Diese waren es, die losbrachen. Es ist nachgewiesen, daß es die mazedonische Reformfrage war, die seit Anfang Juli die in Gärung geratenen jungtürkischen Kreise zuerst in Bewegung brachte. Sechs Wochen nach Reval brach die jungtürkische Revolution aus - zunächst mit der von England kommenden Losung "gegen den blutigen Sultan" und mit dem Gassenruf "*à bas l'Allemagne*".[39] Als der Sultan am 24. Juli zur Unterwerfung und zur Wiederherstellung der Verfassung von 1876 genötigt wurde, mochte die überraschte Welt in der ersten Stunde sich dem Glauben hingeben, daß mit dem Absolutismus des Sultans auch der beherrschende Einfluß seines deutschen Beschützers am Goldenen Horn zusammengebrochen sei. An vielen Stellen Europas begeisterte sich die feindliche Presse an der Vorstellung, daß eine neue Bastion der deutschen Außenpolitik - auf der auch das Bagdadbahn-projekt mit allen seinen "welthegemonischen" Entwürfen ruhte - ein ruhmloses Ende gefunden habe. Aber das natürliche Schwergewicht der Dinge drängte die Erben der Macht Abdul Hamids auf dieselbe Seite - schon bald kamen die jungtürkischen Führer nächtlich zu dem Vertreter des Kaisers in Konstantinopel, um seinen Rat einzuholen und ihm zu versichern, daß die jungtürkischen Komitees nicht antideutsch seien, sondern sehr wohl wüßten, wieviel die Türkei dem deutschen Reiche zu verdanken habe.[40] Aber immerhin, die orientalische Welt, die man soeben noch mit der anglo-russischen Reformaktion nach erprobten Rezepten in Bewegung setzen wollte, war nun auf ihre Weise, vom Zentrum her, aus den Tiefen sich nährend und bis an ihren Rand hin um sich greifend, in elementare Gärung geraten. Es war gar nicht abzusehen, welche Nachwirkungen die unerhörte Form des Umsturzes in der Welt des Islam nach sich ziehen würde; wie es dem Körper des kranken Osmanenreiches bekommen würde, daß man ihm gleichzeitig den nationalistischen und den parlamentarischen Bazillus einimpfte - an jedem einzelnen orientalischen Problem mußten die Folgen des Experimentes sichtbar werden. Und schließlich, in welcher Weise würde der tiefe Gegensatz der europäischen Mächte - wo blieben da die elenden mazedonischen Reformen? - den unvergleichlichen Anstoß, nunmehr ihre Kräfte zu messen, aufnehmen.

Noch vor dem Ausbruch der jungtürkischen Revolution war die Frage des endgültigen Schicksals von Bosnien und der Herzegowina an verschiedenen Stellen aufgetaucht. Zu Anfang Juli 1908 hatte Iswolski, in einer Denkschrift, die er in Wien vorlegte, im Rahmen der allgemeinen Balkanbespre-chungen (Entente, Eisenbahnbau, mazedonische Reformen, Sandschak) auch die bosnische Frage gestreift, zwar ihren eminent europäischen Charakter betont, aber zugleich die russische Bereit-schaft zu freundschaftlicher Erörterung ausgesprochen. Die Österreicher hatten immer aus den Abmachungen von 1897 ein Recht abgeleitet, das sie in einem günstigen Moment geltend zu ma-chen gedachten; und die innerpolitischen Sorgen, die ihnen durch das Eindringen der großserbi-schen Propaganda erwuchsen, führten im Laufe des August dazu, die Annexionsfrage auf das Programm zu setzen. Es war die jungtürkische Revolution, die diesen Entschluß auslöste. Sowohl die Möglichkeit nationalistischer Ansprüche der "jungen" Türkei gegenüber der immer noch nicht ganz eindeutigen Rechtslage der beiden Provinzen drängte auf diesen Weg, als auch die Wahr-scheinlichkeit, daß die serbische Nationalbewegung, zumal wenn ihr ein Vordringen nach Süden in die verjüngte Türkei verrammelt werden sollte, sich die ungeklärte Lage zunutze machen würde. Man mußte in Wien sich darauf einrichten, den Unberechenbarkeiten auf diesem heißen Boden einen festen Rechtszustand gegenüberzustellen: mit andern Worten, wenn die Türkei bei sich parlamentarische Institutionen einführen sollte, auch in den beiden okkupierten Provinzen moderne Verfassungszustände herbeiführen und sie dadurch unlöslich mit dem Körper der habsburgischen Monarchie verschmelzen.[41]

So begrüßte man es, daß der Russe, dessen politische Phantasien mit anderen ihn verlockenden Zukunftsbildern genährt waren, den Entschluß faßte, angesichts des türkischen Elementarereignisses zunächst die alte Verbindung mit Österreich-Ungarn wieder aufzunehmen - da er noch nicht zu dem vollen Besitz seiner Kräfte zurückgekehrt war, erschien ihm die Gemeinsamkeit des Vorgehens noch als der sicherste Weg. Am 15. September 1908 erschien Iswolski bei dem österreichischen Außenminister Frhr. von Aehrenthal in Buchlau, auf dem Landsitz des Botschafters Grafen Berchtold, zur vertraulichen Aussprache.[42] Der Russe war es, der die Initiative ergriff, die historische Stunde zu nützen, um aus der türkischen Krisis sein Interesse herauszuholen. Er bot dem Österreicher an: wenn Rußland die freie Durchfahrt seiner Kriegsschiffe durch den Bosporus erhalte, dann seine Einwilligung zu geben, daß Österreich zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina schreite. Es lag auf der Hand, daß Aehrenthal mit beiden Händen zugriff. So verschieden später die Aussagen der beiden Staatsmänner über die Einzelheiten ihrer Verabredungen lauteten, so steht doch heute außer allem Zweifel: daß sie sich über diese beiden Ziele grundsätzlich einigten. Iswolski erklärte sich mit der Eventualität der Annexion einverstanden, und wenn man auch keinen bestimmten Termin vereinbarte, so hatte er gegen einen - nach Aehrenthals Darlegung sehr bald zu erwartenden - nahen Termin auch nichts einzuwenden. Daß Iswolski, indem er in die Annexion einwilligte, selbst den Anstoß zu einer gemeinsamen Aktion auf Kosten serbischer nationaler Zukunftshoffnungen gab, scheint ihm nicht allzuviel Kopfzerbrechen gemacht zu haben;[43] und daß die Erreichung seines Zieles, in dem er das Äquivalent für die Zusicherung an Österreich-Ungarn erblickte, auf ganz andersartige Schwierigkeiten stoßen könne, war ihm völlig verborgen. Die europäische Tragweite des Unternehmens, in das er mit unerfahrenen Händen hineinsteuerte, lag für ihn im Dunkeln. Bülow hat nachmals geurteilt, daß in dem späteren Streit der beiden Staatsmänner über die Korrektheit ihres Vorgehens das formale Recht auf seiten Aehrenthals war, der auch schlauer operierte, daß aber sein Verhalten nicht ganz "fair" gewesen sei - aber auch er konnte nicht voraussehen, daß er durch sein Vorgehen Iswolski in eine so bedauernswerte Lage hineinmanövrieren würde. Daran hatten andere Gewalten auf der europäischen Bühne einen besonderen Anteil.

Jedenfalls glaubte der leitende Staatsmann Österreich-Ungarns sich auf Grund der Besprechungen in Buchlau berechtigt, seinerseits den Annexionsakt unmittelbar zu vollziehen. Er teilte diese Absicht am 30. September dem Minister Iswolski mit. Als dieser am 4. Oktober früh in Paris eintraf, erfuhr er die ihm vertraulich angekündigte Tatsache - sein Partner hatte das ihm obliegende Stück des Duetts bereits gespielt. Im ersten Augenblick nahm der russische Minister die Nachricht ohne sonderliche Überraschung auf, da er fest vertraute, sein Stück der Rolle alsbald nachholen zu können. Die Veröffentlichung der Annexion am 6. Oktober fiel zusammen mit der Erklärung der bulgarischen Unabhängigkeit durch den Fürsten Ferdinand, einem Akte, der viel einschneidender das geltende Völkerrecht verletzte. Iswolski hatte schon vorher in Paris erfahren, daß man die Annexion mißbillige, jetzt vernahm er, daß die beiden Westmächte entschieden dagegen Stellung nehmen würden: daß vor allem England den höchsten Wert darauf lege, die Jungtürken gegen eine solche zweifache Vergewaltigung in Schutz zu nehmen, und grundsätzlich derartige Veränderungen eines internationalen Vertrags nur durch neue Vereinbarungen der Mächte, wie man einst auf der Pontuskonferenz beschlossen, eintreten zu lassen. Die schlimmste Enttäuschung erwartete ihn aber in England selbst: man lehnte die von Rußland geplante Form der Benutzung und Kontrolle der Meerengen unbedingt ab. Und damit war es ihm verwehrt, den russischen Teil der Buchlauer Verabredung eines Tages einziehen zu können. Während die österreichische Politik sich einer vollzogenen (aber gegen Europa zu behauptenden) Tatsache erfreute, waren die russischen Wünsche, bevor sie vor Europa angemeldet waren, in alle Winde zerflattert.

Damit war eine schwere europäische Krisis eröffnet. Ohne Zutun des Deutschen Reiches, vielmehr in einer Situation, die gerade die deutsche Politik in eine schwierige Lage zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn brachte. Zwar war der Reichskanzler Bülow sich von vornherein darüber klar, daß er keine Wahl hatte, nachdem Österreich, wie er glaubte, sich des russischen Einverständnisses versichert habe: "Unsere Lage würde dann eine wirklich bedenkliche werden, wenn Österreich das

Vertrauen zu uns verlöre und nun ausschwenkte... Eine ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage der Annexion von Bosnien und der Herzegowina würde uns Österreich nicht verzeihen." Also mit ruhiger Zustimmung aufnehmen "und diese unsere Zustimmung als den Ausfluß unserer unbedingten Zuverlässigkeit gegenüber Österreich erscheinen lassen."[44] Als dann aber die Erklärung der Annexion (und der bulgarischen Unabhängigkeit) erfolgte, war Kaiser Wilhelm II., der nunmehr die erste Nachricht bekam,[45] von tiefem Unwillen und Zorn erfüllt. So lautete seine Randbemerkung am 6. Oktober:[46] "Daß wir gegen die Annexion nichts tun, ist selbstverständlich! Ich bin aber persönlich auf das tiefste in meinen Gefühlen als Bundesgenosse verletzt, daß ich nicht im Geringsten vorher von S. M. ins Vertrauen gezogen wurde.... so bin ich der Letzte von Allen in Europa, der überhaupt etwas erfahre!... Vom türkischen Standpunkt aus betrachtet ergibt sich die Lage, daß nach 20 Jahren Freundespolitik von mir, mein bester Verbündeter der erste ist, der das Signal zum Aufteilen der europäischen Türkei gegeben hat." Und am folgenden Tage, als der Einspruch Englands schon erkennbar wurde: "Ich bedaure nur durch die furchtbare Dummheit Aehrenthals in das Dilemma gebracht worden zu sein, die Türken unsre Freunde nicht beschützen und ihnen nicht beistehen zu dürfen, da **mein Verbündeter** sie beleidigt hat. Und statt dessen **England** an meiner Stelle den Türken beraten und beschützen sehen zu müssen, noch dazu mit Ausführungen völkerrechtlicher Natur, die formell unanfechtbar und mir aus der Seele gesprochen sind. Auf die Weise geht meine 20jährige mühsam aufgebaute türkische Politik in die Binsen! Ein großer Triumph Eduards VII. über uns!"[47] Er erzählte bald darauf dem ihm befreundeten Fürsten Max Fürstenberg: "Ich war so betroffen, daß ich eines ganzen Tages und einer Nacht bedurfte, um über mein Verhalten diesen Ereignissen gegenüber klar zu werden! Aber nach reiflicher Überlegung überwand ich alle Empfindlichkeit und kam zu dem festen Entschluß, dem alten Kaiser treu zu bleiben, zu ihm zu stehen als unerschütterlicher Freund und Bundesgenosse."[48] Während die gegnerische Presse anfänglich in blindem Eifer Deutschland als Mitschuldigen und zumal den Kaiser persönlich angegriffen hatte, stand dieser - wie der Reichskanzler später im Reichstage hervorhob - vor der Welt von jedem Anteil an der neuen Wendung unberührt da.

Zu alledem war in eben diesen Tagen ein kleiner deutsch-französischer Konflikt entstanden, der wenigstens wegen des marokkanischen Bodens, auf dem er erfolgte, bedenklich werden konnte. Am 25. September war es in Casablanca zu einem Zwischenfalle gekommen: deutsche (aber auch einige nichtdeutsche) Deserteure aus der Fremdenlegion, die von einem deutschen Konsulatsbeamten zu Schiff geleitet wurden, waren verhaftet, die Beamten verletzt und beleidigt worden. Es lief also neben dem Ausbruch der großen Krisis ein kleiner deutsch-französischer Konflikt her, bei dem man auf beiden Seiten die Erweiterung nicht wünschte;[49] immerhin dauerte es bis zum 24. November, bis dieser Streit durch schiedsgerichtliche Erledigung aus der Welt geschafft war.

Aber auch von diesem Nebenstreite abgesehen, die europäische Verwirrung, die durch das Vorgehen Österreich-Ungarns (obgleich es tatsächlich nichts an dem politischen Tatbestand der Balkanhalbinsel änderte) hervorgerufen wurde, war allerdings von unabsehbarer Tragweite: Protest der Türkei, deren junger Nationalismus zu der hartnäckigen Waffe eines Boykotts österreichischer Waren griff; Verweisung an eine Konferenz durch die Mächte; leidenschaftliche nationale Erregung in Serbien, dem unerwartet eine europäische Unzufriedenheit in den Schoß fiel; verzweifelte Ratlosigkeit Iswolskis, der nach der Enttäuschung, die ihm in England in der Meerengenpolitik bereitet wurde, nun allen Groll gegen seinen glücklicheren Partner wandte. Er entschloß sich, das Ziel der Meerengenpolitik zwar beizubehalten, aber auf anderem Wege zu erreichen. Vor allem einigte er sich mit England über die Konferenzidee, um Österreich wenigstens durch dieses kaudinische Joch zu schicken, und zugleich mit der Vorlegung der Annexion auf der Konferenz eine Kompensation für Serbien und Montenegro zu erzielen: denn das war die neue Lösungsmöglichkeit, die ihn jetzt lockte. Daß Rußland diesen Weg bis zum Ende nur beschreiten konnte, wenn es den Widerstand Deutschlands und Österreichs zu brechen vermochte und es auf einen allgemeinen Brand ankommen ließ, lag auf der Hand. Es ist aber unwahrscheinlich, daß Rußland in irgendeinem Stadium der bosnischen Krisis ernsthaft mit der Entfesselung des Weltkrieges gespielt habe, denn es konnte sich

nicht verhehlen, daß es sich von Japankrieg und Revolution damals noch viel zu wenig erholt hatte, um sich gegen die Mittelmächte behaupten zu können.

Die Stellung Deutschlands zu dem Programm, das Iswolski und Grey in London aufgestellt und in Paris hatten billigen lassen, war einfach genug. Man erklärte, den Konferenzgedanken nicht ablehnend gegenüberzustehen; ohne Teilnahme Österreich-Ungarns könne aber keine Konferenz zusammentreten, und nur dasjenige Konferenzprogramm könne als annehmbar gelten, das allseitig in allen seinen Punkten vorher vereinbart worden sei. Praktisch lief es auf die Vereitelung der Konferenz hinaus. Als Iswolski am 24. Oktober in Berlin erschien, verlangte er, seiner Erregung kaum Herr, vom Reichskanzler, daß das deutsche Heer auf Österreich-Ungarn drücken solle, um die Annexionsfrage vor die Konferenz zu bringen und eine territoriale Kompensation für Serbien und Montenegro zu beschaffen - ja, er stellte für den Fall, daß es nicht geschähe, den Losbruch der Serben und Montenegriner, allgemeinen Brand auf der Balkan-Halbinsel, Krieg zwischen Rußland und Österreich und schließlich - es ist amtlich wohl eines der ersten Male, daß man vor dem Worte nicht zurückschreckt! - den Weltkrieg in Aussicht. Die Antwort war ein Nein: "wir haben uns gegenüber den russischen Wünschen und Ansprüchen durchaus ablehnend verhalten."[50] Dem Russen konnte man nicht verhehlen, daß er seinen Anteil an dieser Haltung habe: "Nachdem Rußland sich seit Reval demonstrativ an England angeschlossen hat, konnten wir Österreich nicht preisgeben. Dadurch war die europäische Lage so verschoben, daß wir für russische Wünsche spröder werden mußten, als wir es sonst gewesen wären."[51] Ja, Bülow ging in den nächsten Tagen noch einen starken Schritt weiter. Als Aehrenthal ihm am 30. Oktober die Unhaltbarkeit der serbischen Zustände darlegte, antwortete er: "Ich habe überhaupt Vertrauen zu Ihrem Urteil; in diesem speziellen Fall sage ich mir noch außerdem, daß Sie die serbischen Verhältnisse noch genauer beurteilen können, als ich aus der Ferne. Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schließlich gelangen, als die durch die Verhältnisse gebotene ansehen." Das hörte sich wie eine Blankovollmacht an, mit Serbien nach Belieben zu verfahren, für ganz unbestimmte Möglichkeiten, in denen man in Wien selbst noch kein klares Programm hatte.

Es war die Frage, ob eine solche deutsche Stellungnahme, die eine starke Ermutigung der österreichischen Aktion zur Folge hatte, im Rahmen unserer Europapolitik verantwortet werden konnte. Schon in den ersten Tagen nach der Annexionserklärung hatte sich herausgestellt, daß diese bosnische Krisis, so starke Rückwirkungen sie im ganzen Bereiche der Orientinteressen auslöste, doch nur auf dem Hintergrunde der deutsch-englischen Spannung, als dem umfassenderen Gegensatze durchgekämpft werden konnte. Dadurch bekam sie ihr besonderes Gesicht - hier lagen die Wurzeln ihrer Gefährlichkeit. Man hatte bald in den Hauptstädten Europas den Eindruck, daß der Schwerpunkt der Entscheidungen nach London gerückt sei.

Lord Grey hat sich später in seinen Memoiren darüber beschwert, er sei in Österreich und auch in Deutschland angeklagt worden, die Verwirrung genährt und den Ausbruch eines europäischen Krieges betrieben zuhaben, und sich darauf berufen, daß die amtlichen Telegramme und Erlasse das Gegenteil feststellten.[52] Diese amtlichen Tatbestände sollen nicht bestritten werden, entscheiden aber noch nicht über den Kern des Problems.

Gewiß, Grey gab den Russen keine positive Zusage englischer Hilfe. Als am 10. November 1908 der russische Botschafter mit einem gedrückten Privatbrief Iswolskis erschien, daß die Deutschen Reval nachtrügen und mit Österreich gehen würden, und nun die schwere Frage stellte, was England im Falle einer Balkankrisis tun würde, beobachtete er eine große Vorsicht. Wie im Januar 1906 zu den Franzosen, erklärte er, über diese Frage könne er sich ohne das Kabinett nicht aussprechen, und das Kabinett zu befragen, sei nicht möglich. In der Sache redete er mehr um den Gegenstand herum; er verwarf das Einkreisungsgerede als Nonsens; aber er spielte auf den (schon halb erledigten) Casablanca-Zwischenfall an und auf die in diesem Falle scharf antideutsche Haltung der englischen Presse; er streifte auch andere Möglichkeiten - was Rußland im

Marokkokrieg getan haben würde - was Frankreich in einem russisch-österreichischen Konflikt über Bosnien tun würde, in dem Deutschland den Österreichern helfe. Als der Russe die Meinung aussprach, in diesem Falle würden alle vier Mächte unweigerlich hineingezogen, aber eine scharfe Haltung Englands, etwa ein Kreditantrag im Unterhause, würde den Frieden sichern, gab Grey keine direkte Antwort. Er betonte nur von neuem, das Kabinett würde nur unter dem Druck einer Krisis zur Entscheidung kommen, er könne seine Kollegen nicht eher fragen, als bis die Krisis dringend würde.[53] Er gab keine Hoffnung, aber er nahm sie noch weniger.

Der Historiker hat jedenfalls das Recht, Grey bei der Undurchsichtigkeit seiner Politik aus sich selber zu interpretieren. Als die Russen unter deutschem Vermittlungsdruck sich in die Annexion gefunden hatten, stellte der russische Geschäftsträger noch einmal die Frage: was England im Falle eines Krieges getan hätte. Grey erwiderte natürlich, er habe nicht das Recht, eine direkte Antwort zu geben. Aber ging dann doch auf die Frage ein und suchte an der Hand der Geschichte nachzuweisen, daß England stets mit derjenigen Macht habe kämpfen müssen, die eine alle andern Kontinentalmächte dominierende Stellung erlange - und eine solche Hegemonie wäre Deutschland im Falle eines mit Rußland allein geführten Krieges zugefallen. Die Frage, ob Krieg oder Frieden, hänge in England von keiner Regierung, sondern ausschließlich von der öffentlichen Meinung ab; doch habe er das Gefühl gehabt, daß im gegebenen Falle die öffentliche Meinung genügend vorbereitet war, um der Regierung "bei einer Aggression Deutschlands, ein aktives Eingreifen zu ermöglichen".[54]

Die beiden Aussagen, zusammengehalten, geben den Schlüssel zu dem ganzen Grey, bis zum Kriegsausbruch von 1914.

Eine ganze Reihe von Anzeichen vereinigt sich dazu, die sehr ungünstige Auffassung, die man sich vor allem in Wien von der englischen Politik während der bosnischen Krisis bildete,[55] zu bestätigen. Daß sie den Gedanken verfolgte, Iswolski, der noch in Buchlau eine Neigung zum Zusammengehen mit den Mittelmächten verraten hatte, mit Hilfe seines Fehlschlages auf die Seite der Entente herüberzuholen, ist durchaus begreiflich; je mehr man in London durch die Ablehnung des Dardanellenprogramms die schwierige Lage noch weiter verschärft hatte, desto eifriger mußte man sich bemühen, durch Schürung des Widerstandes gegen Österreich ihm einen Ersatz zu gewähren; so tat man alles, um Rußland den Rücken zu steifen, ebenso wie man Frankreich während der Marokkokrisis gegen jede Nachgiebigkeit festzumachen gesucht hatte. Wie es mit dem positiven Kriegswillen Englands stand, sei dahingestellt: der große Zug dieser Politik verlangte gebieterisch, den Dingen denjenigen Lauf zu geben, der die Kluft zwischen Rußland und den Mittelmächten endgültig zu vertiefen suchte.

Bei dem Beginn der Krisis hatte Lord Rosebery, ein Parteigenosse Greys, die Befürchtung ausgesprochen, daß Grey alles zu sehr ausschließlich vom französischen Standpunkt betrachte und **dieser** Rücksichtnahme alles andere unterordne.[56] Es stellte sich aber heraus, daß man sogar in Paris viel vorsichtiger als in London zurückhielt. Der österreichische Botschafter meldete, daß England in dem Casablanca-Konflikt sehr verderbliche Ratschläge gegeben habe; man habe Frankreich in den Krieg treiben wollen und zu Clemenceau und Pichon gesagt, der Moment für die Revanche sei da und würde so günstig nie wiederkehren; Österreich-Ungarn, in der Front gegen den Balkan beschäftigt, könne Deutschland als Alliierter wenig helfen; Deutschland stünde jetzt allein gegen Rußland, Frankreich und England, da man Italien vermögen würde, sich seiner Bundespflicht zu entziehen.[57] Noch um Mitte Dezember erfuhr Aehrenthal von einem intimen Freunde Clemenceaus, daß König Eduard in den verflossenen zwei Monaten alles aufgeboten habe, um Clemenceau zu bewegen, der Entente eine aggressive Spitze gegen Deutschland zu geben.[58] Im folgenden Jahre erzählte König Karl von Rumänien, der serbische Außenminister Milowanowitsch, der sich während der Krisis der schärfsten kriegerischen Ausfälle gegen Österreich schuldig machte, habe ihm ausdrücklich erklärt, nicht Rußland habe Serbien in dieser Zeit zum Widerstande gegen die

Monarchie getrieben, sondern England.[59] Die *Neue Freie Presse* vom 6. Januar 1909 glaubte den Grund dieses beispiellosen Verhaltens auf ein ganz eindeutiges Motiv zurückführen zu können: es geschehe allein aus tiefem Groll wegen der österreichischen Bundestreue gegenüber Deutschland, daß England den Frieden der Monarchie gefährde: "Englands Absicht ist es, uns zu demütigen, indem es an einem schlagenden Beispiel zeigt, daß keine Nation dem deutschen Reiche treu bleiben könne, ohne sich selbst zu schaden." Grey begnügte sich mit der Feststellung, daß man in England durch die Haltung Österreichs in der Krisis gezwungen worden sei, die Sympathien aufzugeben, die man bisher für dieses Land gehegt hätte. Es blieb doch ohne rechten Widerspruch, wenn Graf Stefan Tisza im ungarischen Magnatenhause am 1. März 1909 das Vorgehen der englischen Regierung für den künstlichen europäischen Entrüstungssturm in Europa verantwortlich machte.

Für die aufreizende Haltung der englischen Presse bedurfte es keiner Beweisstücke; für das Verhalten der englischen Diplomatie ließ sich der schlüssige Beweis viel schwerer erbringen. Der deutsche Botschafter in London neigte sogar dazu, die Anklage gegen die englische Politik als Unruhestifterin auf dem Balkan für übertrieben zu halten.[60] In Wahrheit hatte England schon Ende Oktober den Jungtürken die Eröffnung machen lassen, daß man sie in finanzieller und moralischer Beziehung auf alle Weise unterstützen werde, wenn sie nur die direkte Verhandlung mit Österreich-Ungarn wieder abbrechen würden.[61] Und in ähnlichem Tone klang in den nächsten Monaten die englische Stimme in Belgrad. Und nur diese zweite Linie des großen Weltgegensatzes war es, die in der ersten Linie soviel Kampflust und Kriegsgeschrei entfesselte. Wenn man die deutsche Staatsleitung wegen ihrer allzu weitgehenden Deckung Österreichs tadelt, muß man ihr doch das eine zubilligen: daß sie sich bewußt war, in einer Machtprobe gegenüber dem Vorkämpfer des andern Lagers, England, zu stehen und für die Aufrechterhaltung eines schon eingeengten Machteinflusses einzutreten.

Wir haben den Gang der durch die Annexion Bosniens ausgelösten europäischen Krisis, die sich ein halbes Jahr hinschleppte, hier zu unterbrechen, denn schon in ihrem Beginn schob sich eine schwere innerdeutsche Krisis - die schwerste seit 1890! - in welche Persönlichkeit und Politik des Kaisers verflochten waren.

Wilhelm II. hatte während seines letzten Aufenthalts in England sich bemüht, an der Versöhnung der aufgepeitschten öffentlichen Meinung mitzuarbeiten, aber wiederum, wie in dem Tweedmouth-Fall, bewiesen, daß gerade er, selber im Innersten von wechselnden Gefühlen hin und hergerissen, in dieser Auseinandersetzung keine glückliche Hand hatte. In Gesprächen mit seinem englischen Gastfreunde, dem Obersten Stuart Wortly, hatte er unter anderem auch seine wirkliche Haltung im Burenkriege erörtert,[62] und dieser glaubte der Sache der deutsch-englischen Freundschaft ehrlich zu dienen, wenn er die von ihm aufgezeichneten Gespräche in geschlossener Form, die gleichwohl ihre Authentizität erkennen ließ, zur Veröffentlichung brächte. Er übersandte seinen Entwurf dem Kaiser und erbat dessen Zustimmung - von diesem Einfall eines wohlmeinenden Dilettanten sollten dann die Ereignisse ins Rollen gebracht werden, die, springflutartig anschwellend, einen Augenblick an die Kaiserkrone auf dem Haupte Wilhelms II. rührten.

Niemals hielt der Kaiser sich so korrekt an die konstitutionelle Form wie in diesem Falle. Er übersandte den englischen Entwurf dem Reichskanzler mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Durchsicht und mit der Aufforderung, die zweckmäßigen Veränderungen vorzunehmen, das Ganze aber geheim und vertraulich ohne das Auswärtige Amt zu erledigen (30. September).[63] Schon formell hielt sich Bülow, im Seebad mit anderen schwerwiegenden Arbeiten überhäuft, wenig an die kaiserliche Weisung; er ließ die Sache zunächst den Instanzenweg durch das Auswärtige Amt zur sorgfältigen Prüfung gehen; statt persönlich einzugreifen, zeigte er sich schon hier ohne rechtes Gefühl für die Tragweite einer Angelegenheit, in der jede Nuance von Gewicht war. Vor allem unterließ er zu erwägen, ob nicht die einem Interview gleichkommende Form den Kaiser ganz unnötig ohne ministerielle Bekleidungsstücke erscheinen lasse. So kam es, wie es kommen mußte.

Der zuständige Geheimrat im Auswärtigen Amt - einerseits durch den Entschluß des Kaisers beeinflußt, anderseits durch die höhere politische Einsicht des Kanzlers sich gedeckt fühlend - ließ es dabei bewenden, einiges Tatsächliche unter Verweis auf andere offiziöse Äußerungen zu beanstanden; in dieser Form ließ der vorgesetzte Unterstaatssekretär trotz eines leisen Gefühls von Unbehaglichkeit - wie vermißt man die scharfe und feste Hand Holsteins! - die Sache zurückgehen. Der Reichskanzler aber begnügte sich, auch durch die wenigen kritischen Monita nicht veranlaßt, sich persönlich in den Fall zu vertiefen, dem Kaiser das Aktenstück zustimmend zurückzugeben. Alle nachträglichen geschäftlichen Entschuldigungen wiegen leicht gegenüber der Tatsache, daß eine Prüfung des Ganzen und seiner Wirkung unter einem höheren politischen Gesichtspunkt überhaupt nicht stattgefunden hat.

Als nun der Artikel im *Daily Telegraph* am 28. Oktober - zur Zeit des ersten Höhepunktes der bosnischen Krisis - erschien, rief er in England einen sehr unerfreulichen und in Deutschland einen niederschmetternden Eindruck hervor. Denn er enthielt trotz der leise bessernden Hand des Auswärtigen Amtes nicht nur Übertreibungen und Ungenauigkeiten, wie sie dem Kaiser immer wieder unterliefen, sondern auch einige eindeutige Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten, die der Politik des Deutschen Reiches schädlich waren. Im einzelnen, wie in den Mitteilungen, die im Lager der deutschen Burenfreunde helle Empörung erregten, handelte es sich auch um Dinge, in denen der Kaiser politisch das Richtige getan und die populäre Kritik das Falsche gewollt hatte; wenn aber der Kaiser seine überflüssigen "Militärischen Aphorismen"[64] aus dem Beginn des Burenkrieges erwähnte und sie ohne Grund mit dem Generalstab in Verbindung brachte, so kränkte er mit einem Schlage das militärische Selbstgefühl der Engländer und die menschlichen Burensympathien in seinem eigenen Volke. Daß der Zar sich durch die Indiskretion über die geplante Intervention im Burenkriege veranlaßt sah, damals dem englischen Vertreter einen Einblick in den unvorsichtigen Brief des Kaisers mit den Indienplänen zu gewähren,[65] blieb zwar verborgen, aber man ahnte doch, wie die Folgen aussehen würden. Mehr noch als die Einzelheiten war es der Gesamteindruck, die Summe der kaiserlichen politischen Denkweise, wovon eine so unheilvolle Wirkung ausging. Mit einem Male erschien das unglückliche Interview als ein bezeichnendes Beweisstück für jenes persönliche Regiment, das in die auswärtige Politik und gerade in ihre wichtigsten Lebensfragen, in denen alles auf Takt und einheitliche Linie ankam, verwirrend eingriff, wie es der peinliche Widerhall aus England zeigte und das abschätzige Urteil der Welt bestätigte.

Im deutschen Volk brach eine lange zurückgehaltene Kritik elementar durch. Sie fand in so maßvollen Körperschaften wie dem Deutschen Bundesrat und einer von so fester Tradition erfüllten Behörde wie dem Preußischen Staatsministerium einen gemessenen Ausdruck. Im Reichstage aber kam es zu einer einmütigen Verurteilung bei allen Parteien, gerade auch bei denen, die von einem streng monarchischem Standpunkt aus der Volksvertretung das Recht der Kritik an dem Träger der Krone bestritten. Es war ein beispielloser Vorgang in der preußisch-deutschen Geschichte, daß die konservative Partei am 6. November offen aussprach, sie sehe mit Sorge, daß Äußerungen des Kaisers, gewiß stets von edlen Motiven ausgehend, nicht selten dazu beitrügen - zum Teil infolge mißverständlicher Auslegung - unsere auswärtige Politik in schwierige Lagen zu bringen. Sie verband damit den ehrfurchtsvollen Wunsch, daß in solchen Äußerungen künftig eine größere Zurückhaltung beobachtet werden möge. So aber erklang es, nur in abgestufter Tonart, in der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands, ja, es glich den ersten Sturmzeichen einer Volksbewegung, die - nachdem man lange Zurückhaltung geübt hatte - sich endlich einmal über etwas aussprechen wollte, was mancher zu manchen Zeiten empfunden und in sich bewahrt hatte.

Es war im Grunde das Problem, das schon gestellt war seit dem Jahre 1890, als Bismarck um seine politische Macht kämpfte: das Problem der Machtverteilung in der Reichsregierung, die Bestimmung des Raumes, den der persönliche Wille des Monarchen in der Verfassung für sich beanspruchen konnte. Damals hatte Bismarck noch die Umbildung des Reiches im autoritären Sinne, im Kampf mit dem Reichstag, erwogen - der Kaiser aber hatte es vorgezogen, seine Front gegen seinen

höchsten Berater zu nehmen, statt gegen die Macht der Volksvertretung. Der Gedanke einer Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Sozialdemokratie war dann in den neunziger Jahren aufgetaucht; Ausnahmegesetze politischer und wirtschaftlicher Natur waren geplant worden, nach wiederholten Anläufen aber doch nicht zur Durchführung gelangt. Die Krone hatte schließlich jede Rückkehr zu gesetzgeberischen Maßregeln aufgegeben - die letzten Endes nur mit Gewalt durchzusetzen waren, - und war ohne Konflikt mit dem Reichstage ausgekommen. Sie hatte sich darein gefunden, weil die beiden Faktoren, deren Mitwirkung unerläßlich gewesen wäre, sich einer solchen Politik versagten. Sowohl die Bundesfürsten, die auch nach dem Programm Bismarcks die eigentlichen Träger eines solchen Verfassungsumbaues hätten sein müssen,[66] als die - zwar nicht verfassungsmäßig berufene, aber doch praktisch einflußreiche - hohe Beamtenschaft des Reiches und Preußens fühlten immer weniger das Bedürfnis, die monarchische Autorität auf Kosten des Reichstags auf dem Wege schwerer Verfassungskämpfe zu stärken. So kam es, daß um die Wende des Jahrhunderts der Gedanke an reaktionäre Experimente und Staatsstreichpläne verschwand. Die politische Machtverteilung verharrte in dem bisherigen Zustande.

Dieser verfassungsgeschichtliche Stillstand blieb nicht ohne unerwünschte Begleiterscheinungen. Zu einer organischen Fortbildung der Reichseinrichtungen, wie sie die politische Seele Bismarcks immer bewegt hatte, sollte es fortan überhaupt nicht mehr kommen. Die Entwicklung des Systems der Reichsfinanzen blieb zumal angesichts der steigenden Forderungen, die durch den Flottenbau gestellt worden, allzu weit zurück. Jedenfalls schritt sie nicht mit den Wandlungen in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Volkes vorwärts. Vor allem das preußische Problem, die scheinbar so organische Verzahnung des führenden Gliedstaates in dem Gesamtkörper des Reiches blieb völlig unverändert. Auf diesem Beharrungsvermögen beruhte recht eigentlich das zwar reibungsreiche, aber doch wieder ineinandergreifende Gefüge der doppelten Maschinerie im Reiche und in Preußen. Die Spannung innerhalb des preußisch-deutschen Problems war zwar im Wachsen, weil der politische Geist, der hier und dort herrschte, sich immer mehr voneinander zu entfernen schien. Man ertrug diese Quelle innerer Hemmungen, weil man im ganzen das Gefühl hatte, in einer Zeit kräftigen Aufstiegs zu leben, und nicht durch die Not auf den Weg der Reformen gedrängt wurde. Es waren Jahre wirtschaftlicher Blüte, alles schien mit der Welle der Ausdehnung zu gehen, die auch nach außen hin, unter den weltpolitischen Antrieben, die Zuversicht eines tatkräftigen und erfolgreichen Geschlechtes trug.

Und dazu kam noch ein Anderes. Wer von einer Reform der Reichsverfassung sprach, rührte an die Person des Monarchen. In dem innern Kerne der Reichsgewalten, der nicht so einfach und durchsichtig vor den Augen der Menschen lag, war die Auseinandersetzung mit der Person des Monarchen das belebende, das aufreizende Motiv des Alltags - von ihm waren die Reichsorgane zeitweilig mehr in Anspruch genommen, als von den sachlichen Aufgaben des organisatorischen Aufbaus. Hinter den Kulissen spielte sich auch ein Stück preußisch-deutscher Verfassungsgeschichte ab, bei dem der Einsatz nicht gering war: das war der Kampf zwischen dem Träger der Krone und seinen vornehmsten Beratern im Reich und in Preußen um den Bereich ihres politischen Willens. Es lag auf der Hand, daß dieses Ringen sich in viel größerem Ausmaße auf dem Gebiete der auswärtigen als der inneren Politik vollzog. Und wenn Wilhelm II. irgendwo das unter Bismarcks Staatsleitung verlorengegangene Terrain für den Träger der Krone zurückzuerobern trachtete, so war es dieses Lieblingsgebiet fürstlicher Prärogative. Die Neigung des Kaisers, persönlich in die Führung der Außenpolitik einzugreifen, war in der Caprivi-Zeit, als der dunkle Schatten der Bismarckschen Fronde zur Vorsicht nötigte, kaum bemerkbar gewesen. Während der Kanzlerschaft Hohenlohes aber sollten die geheimen Zusammenstöße in den obersten Regionen einen immer größeren Raum einnehmen. Wir haben gesehen, wie für den Kaiser sein persönlicher Briefwechsel mit dem Zaren Nikolaus II. gleichsam die erste Brücke gewesen war, um auf das freie Feld unkontrollierter monarchischer Willensäußerung zu gelangen - bei jedem Brief muß man feststellen, wie die Verantwortlichkeit zwischen dem Monarchen und dem Auswärtigen Amte verteilt war.

Im Auswärtigen Amte war dem Kaiser von Anfang an Baron Holstein als ein völlig unsichtbarer, aber auch unbedingter Gegner gegenübergetreten, um mit verzehrender Leidenschaft die Unantastbarkeit der außenpolitischen Staatsräson, wie sie Bismarck einst nach allen Seiten hin verteidigt hatte, zu vertreten. Gegen jede Art selbstherrlicher Initiative, jedes Durchbrechen des Geschäftsganges und jede Form unverantwortlicher Beratung: gegen eine Staatspraxis, in welcher der Monarch "mit den Kabinetten gegen die konstitutionellen Organe regiere";[67] gegen die militärischen Unterströmungen, die jetzt nicht mehr, wie in den Zeiten Waldersees, vom Generalstab, wohl aber von der Marine her sich die Neigungen und Urteile des Kaisers unterwarfen, und gegen das System der Flügeladjutanten, die jeden Ball kaiserlicher Laune, manchmal die Wirkung eines Einfalls noch verstärkend, auffingen und weitergaben.[68] Von Hause aus in altpreußischer Beamtentradition aufgewachsen, hatte Holstein sich aus Staatsgesinnung zum Anhänger eines modernen Verfassungsregimentes fortentwickelt;[69] er sprach wohl, im Bewußtsein eines größeren historischen Zusammenhanges, im Namen derer, "die nicht Lust haben, als Epigonen von Lombard in der Geschichte dazustehen".[70] Immer wieder suchte er den alten Reichskanzler Hohenlohe fest zu machen gegen kaiserliche Übergehung; immer wieder schickte er den Freund des Kaisers, Grafen Philipp Eulenburg, als geschickt und mutig warnenden Mentor vor; er brach mit Eulenburg, als dieser eine solche Angriffsstellung nicht mit seinen monarchischen und freundschaftlichen Gesinnungen vereinbaren zu können meinte: "Sie denken an den Kaiser, ich denke an die Dynastie." Allerdings war Holstein, schon vermöge seiner Dienststellung, darauf angewiesen, einen Kampf, den er unmittelbar gar nicht führen konnte, auf unterirdischem Wege anzufechten; der weichere Eulenburg meinte aus den leidenschaftlichen Ausbrüchen seiner patriotischen Sorge sogar auf eine dunkle Verschwörernatur schließen zu sollen. Dazu fehlten in der Luft dieses hohen Beamtentums allerdings die Charaktere. Es ist nicht dazu gekommen, daß sich hier eine Revolte gegen den Kaiser vorbereitete, wie sie unter Steins Führung im Jahre 1805 dem Könige Friedrich Wilhelm III. entgegentrat. Aber etwas von einer solchen Stimmung ist schon in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an dem Manne zu spüren, der kein Minister war und werden wollte, aber der das ihm anvertraute Instrument der deutschen Außenpolitik gegen jede unsachliche Schädigung zu sichern gewillt war.

Unter den Reichskanzlern verstand Fürst Hohenlohe in manchem Zusammenstoß die Position seiner Überzeugungen ehrerbietig und fest zu behaupten, aber doch mehr in Abwehrstellung als in aktivem Vorgehen. Und wenn er auch wohl einmal auffuhr, daß er nicht ein Kanzleirat, sondern der Reichskanzler sei, so war seine überhaupt nicht auf Initiative gestellte Natur zu nichts weniger geschaffen, als nach dem Vorgange Steins die vornehmsten Diener dieser Monarchie gegen den Monarchen zu führen. Eine solche politische Aktion des hohen Beamtentums verbot sich schon deswegen, weil es mit der Kritik, die im Kreise der Bundesfürsten verborgen umlief, und der Kritik, die sich gelegentlich im Reichstag vernehmlich erhob, gar keine Fühlung besaß. In dieser Trennung der Gewalten gab es keine feste Plattform, von der aus sich die kaiserlichen Selbstherrlichkeiten einengen ließen.

Es war nur eine Stimme, daß Bülow die Gabe besaß, den Kaiser mit einem geringeren Grade von Reibung zu lenken, als seine Vorgänger. Seinem leichten optimistischen Sinn fiel die Taktik der Anbequemung so wenig schwer wie die Kunst der Schmeichelei; immer wieder überraschte seine Eleganz, eine verfahrene Angelegenheit wieder einzurenken oder die Folgen einer kaiserlichen Rede abzubiegen. Unmittelbar nach dem Antritt seines Reichskanzleramts hatte er die Schritte zu decken, die vom Kaiser gegen die chinesische Revolution vorgenommen oder angekündigt worden waren, - nicht ohne Sorge, daß die Kritik der Bundesfürsten sich diesmal mit der Kritik im Reichstage zusammenfinden könnte.[71] Wie seiner glücklichen Hand diese erste Überbrückung einer schwierigen Lage gelang, so verstand er immer wieder, da die Natur des Kaisers sich nicht änderte,[72] einen Ausgleich zu finden und die Scharten öffentlicher Kritik zu verwischen. Ein an sich harmloserer Fall wie das Swinemünder Telegramm an den Prinzregenten Luitpold, das nicht ohne politische Rückwirkung auf das Verhältnis Bayerns zum Reiche blieb, gab Anfang 1903 den Anlaß zu dem ungewöhnlichen Schritt, daß die führenden Parteien des Reichstages dem Kanzler eine Denkschrift gegen die Gefahren des persönlichen Hervortretens des Kaisers überreichten. Da dieser

Vorgang jedoch der Öffentlichkeit fremd blieb, entbehrte er jeder politischen Nachwirkung.

Es war ja auch nicht so, daß Krone und Volksvertretung irgendwie in einen Widerstreit der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten geraten wären. Wilhelm II. hatte es längst aufgegeben, eine reichstägliche Opposition zu Paaren treiben zu wollen. Er regierte als konstitutioneller Monarch in Preußen wie im Reiche, und man hätte ihm nicht vorwerfen können, durch autoritäre Handlungen der Willkür die Verfassung verletzt zu haben. Es war vielmehr die persönliche impulsive Begleitmusik, die das Gleichgewicht im öffentlichen Leben störte. In der auswärtigen Politik, in der nach den Richtlinien des Auswärtigen Amtes zu handeln er im allgemeinen durchaus bereit war, waren es Temperament und Stimmung, die ihm immer wieder die Gewichte in einer Verhandlung verschoben; diese bewegliche Lebhaftigkeit verdarb die Nuancen, entzündete die Mißstimmungen, erschwerte den laufenden Dienst. Der Reichskanzler hatte sich längst gewöhnt, eine gewisse Belastung des Geschäftsganges durch dieses eigenwillige Eingreifen des Kaisers hinzunehmen; auch anderen leitenden Staatsmännern war eine solche Aufgabe nicht fremd, und selbst dem klugen Eduard VII. begegnete das Mißgeschick, ein Memorandum, das ihm Lansdowne zur persönlichen Orientierung auf eine Reise nach Berlin mitgegeben hatte, in die Hände des deutschen Reichskanzlers zu legen. Es war die allgemeine Meinung, daß gerade die Gewandtheit Bülows, der sich auf dem Boden des Reichstages sicher bewegte, wie geschaffen sei, den Kaiser zu decken, zu ergänzen, zu führen. Den heftigen Angriffen der Sozialdemokratie hatte er sich wenigstens als oratorisch gewachsen erwiesen; er verstand es, mit Hilfe der geschickt bewegten öffentlichen Meinung die Flottenvorlage zum Siege zu führen, und hatte sogar den hochschutzzöllnerischen Zolltarif von 1902, so wenig ihm dabei wirtschaftliche Vorkenntnisse zur Seite standen, durchgebracht. Er beherrschte den Reichstag, und nach dem Bruche mit dem Zentrum im Winter 1906/07 schien es sogar, als wenn er sich der parlamentarischen Praxis annähern und eine dauernde konservativ-liberale Mehrheitsbildung anstreben wolle. Diese Stellung zur Volksvertretung hatte ihm schon im Februar 1908, als der Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth die Gemüter erregte, das Anschlagen eines offenen und freimütigen Tones im Reichstage nach beiden Seiten hin ermöglicht.

Aber was bedeutete jenes Vorspiel gegenüber der Erregung, als im Oktober 1908 die Äußerungen des *Daily Telegraph* in die Welt gingen und eine hochaufsteigende Welle der deutschen öffentlichen Meinung dazu drängte, an diesem Beispiel eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Frage herbeizuführen, welchen handelnden Anteil der Kaiser an der Außenpolitik nehmen dürfe. Jetzt stand hinter dem Tadel das dunkle Gefühl der Deutschen, daß sich die Weltlage zu ihren Ungunsten verschoben habe und daß ein Zusammenschluß der anderen großen Mächte mit der Front gegen Deutschland sichtbar werde. Die Sorge war es, die nunmehr die Kritik an den kaiserlichen Äußerungen trug und durch ein elegantes Ausweichen nicht mehr beschwichtigt werden konnte.

Fürst Bülow hatte im ersten Augenblick die Tragweite dieser Krisis nicht voll erfaßt, dann aber gelang es ihm, der verworrenen und beunruhigenden Lage der Dinge - obgleich er selbst durch den geschäftlichen Anlaß der Angelegenheit belastet war und deshalb sein Abschiedsgesuch einreichte - noch einmal Herr zu werden. Es lag am Tage, daß es nicht allein um das Interview im *Daily Telegraph* ging, in welchem der Kaiser obendrein nach dem konstitutionellen Schema von der Verantwortung frei war. Es handelte sich vielmehr um den ganzen Kreis von Fragen, der mit dem Eingreifen des Kaisers in den auswärtigen Geschäftsgang verbunden war, um dieselben Nöte also, die im Auswärtigen Amte längst die Gemüter erhitzten, bevor sich die Nation eingehender damit beschäftigte. Der Reichskanzler erblickte seine Aufgabe darin, zwar die heftigsten Stöße der gegen den Kaiser gerichteten Kritik aufzufangen, aber die Gelegenheit wahrzunehmen, die Führung der auswärtigen Geschäfte gegen alle Eingriffe grundsätzlich sicherzustellen; es galt, für die künftige sachgemäße Behandlung außenpolitischer Probleme einen bleibenden Gewinn aus dieser öffentlichen Aussprache davonzutragen und doch ohne Schädigung der staatlichen Autorität und des monarchischen Ansehens, sowohl nach innen wie nach außen, über die Krisis hinwegzukommen. Auf dieser schmalen Linie vorgehend, brachte Bülow es fertig, auch die formelle Ermächtigung des

Kaisers zu gewinnen, der anfangs aus allen Wolken gestürzt, innerlich ganz gebrochen von Abdankung sprach, dann zu jeder Art des Einlenkens bereit war, um nur den Zwischenfall, der seine ganze Autorität in Frage stellte, aus der Welt zu schaffen.

Auch die Mehrheit des Reichstages war nicht gewillt, über diese Linie hinauszugehen. Selbst die schärfsten Kritiker dachten nicht an Abdankung des Kaisers, die außer Verhältnis zu dem Anlaß der Krisis gestanden hätte und nach innen wie nach außen als schwerer Prestigeverlust des Reiches empfunden worden wäre. So unbedingt galt der Kaiser als der Repräsentant des Reiches, daß für die Mehrheit eine weitergehende Beschränkung der monarchischen Institution überhaupt nicht in Frage kam: wenn sich der Träger der Krone nur zu dem Versprechen bereit fand, hinfort größere Vorsicht zu üben. Je ernster die Entwicklung der bosnischen Krisis sich anließ, um so mehr wuchs doch auch das Bedürfnis, wenigstens diese erregende innere Angelegenheit möglichst schnell abzuschließen. So erschien Bülow in seiner Reichstagsrede vom 10. November, einem Meisterstück diplomatischer und rednerischer Künste, als der Retter, der mit seinem raschen Witterungsvermögen das aussprach, was die Nation wollte und was der Kaiser hinzunehmen gewillt war. In der Form deckte er den Monarchen im vorliegenden Falle; er führte Übertreibungen auf das richtige Maß zurück und wahrte das individuelle Recht der kaiserlichen Person; zugleich aber gab er mittelbar den Tatbestand der Störungen zu und schnitt allem weiteren Tadel die Spitze durch die Zusage des Kaisers ab, auch in Privatgesprächen hinfort jene Zurückhaltung beobachten zu wollen, die im Interesse einer einheitlichen Geschäftsführung wie der Autorität der Krone gleich unentbehrlich sei; der Kanzler betonte zugleich, daß er ohne eine Änderung der Praxis die Geschäfte nicht würde fortführen können. Es gelang ihm, dem Kaiser eine Erklärung abzunötigen, die am 17. November amtlich veröffentlicht wurde und - unter Bezugnahme auf Bülows Rede - den Willen des Monarchen aussprach, daß er unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik seine vornehmste kaiserliche Pflicht darin erblicke, "die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern".[73] Auf diese Weise waren die innerdeutschen Schwierigkeiten so gut wie erledigt. Es mochte scheinen, als ob das Ende des persönlichen Regimentes vor der Tür stehe. Hier und da glaubte man schon einen Ansatz zu parlamentarischen Formen der Staatsleitung zu erkennen: vom Reichskanzler und Reichstag herbeigeführt und in übereinstimmender Willensmeinung festgestellt. Und doch handelte es sich nur um eine abgebrochene Krisis, bei der allein die Risse im Bau verklebt waren und die eigentliche Entscheidung zunächst vertagt wurde.

In Wirklichkeit hatte der Kaiser, im Augenblick qualvoll erschüttert und fast zerbrochen, sich zwar unterworfen; er war auch zufrieden, durch einige symbolische Handlungen sich zu dem Ergebnis zu bekennen. Aber er behielt sich vor, seine alte Stellung bald wieder einzunehmen. Sobald er die Besinnung wiederfand, bestärkte er sich in der Überzeugung, daß er in diesem Falle überhaupt keine Schuld habe - ohne sich die Frage zu stellen, in wieviel anderen Fällen er nicht im Rechte gewesen war! Aus diesem Gefühl erwuchs der Vorwurf (auch von manchen Stimmen nach dem Ablauf der Krisis geschäftig ihm zugeflüstert), der Reichskanzler, der wahrlich alle Ursache dazu gehabt hätte, habe ihn nicht genügend gedeckt und die monarchische Idee ohne Grund preisgegeben. Der Kaiser hatte den Glauben an die Treue des Kanzlers verloren, dessen Rücktrittsgesuch er noch vor kurzem so fassungslos zurückgewiesen und den er in sein Morgen- und Abendgebet eingeschlossen hatte - die Empfindungen der Freundschaft begannen sich in der Stille in einen tiefen Groll zu verwandeln. Er wußte, daß er ohne die Biegsamkeit Bülows die ganzen Schwierigkeiten gar nicht hätte überwinden können, und war bereit, an ihm festzuhalten, solange die allgemeine gespannte Lage der Dinge fortdauerte; denn er verhehlte sich nicht, innenpolitisch wie außenpolitisch an den Reichskanzler gebunden zu sein, dessen Unentbehrlichkeit niemals größer war als in dem Augenblick der Kaiserkrisis. Aber die Dauer der Unentbehrlichkeit war es, die über das Schicksal des Kanzlers entschied.

Unmittelbar nach der formellen Erledigung dieser Angelegenheit, am 19. November 1908, hatte Bülow die Vorlage der Reichsfinanzreform im Reichstage eingebracht. Es war die Frage, ob er in

diesem Reichstage, der soeben eine beispiellose Haltung gegenüber der Krone eingenommen hatte, eine so tief einschneidende und große Opfer verlangende Reform durchführen konnte, wie sie von der augenblicklichen Finanzlage und der grundsätzlichen Neuordnung der Reichseinnahmen erfordert wurde - vor allem aber, ob diese Ziele mit der konservativ-liberalen Parteiengruppierung erreicht werden konnten, die seit dem Sylvester 1907 als das eigenste Gebilde Bülows, gleichsam als die parlamentarische Verkörperung seiner politischen Überzeugungen galt. An den Fortbestand und die Leistungsfähigkeit dieser "seiner" Reichstagsmehrheit war Bülow fortan gebunden: mit einem Rückhalt an der zustimmenden Volksvertretung konnte er selbst der Fortdauer kaiserlicher Ungnade begegnen. Die Reichstagsverhandlungen im Winter 1908/09 und Frühjahr 1909 erhielten dadurch ein ganz besonderes Gesicht, daß es nicht allein um sachliche Aufgaben ging, sondern zugleich, wie in einem parlamentarisch regierten Staatswesen, um das Amt und die Macht des leitenden Ministers.

Aber bevor diese sich lange hinziehenden Entscheidungen fielen, kamen auf dem Gebiet der äußeren Politik - und hier lag der Kern der Unentbehrlichkeit Bülows - die europäischen Spannungen zur Lösung: die noch immer weiter schwelende marokkanische Gefahr, die in der jetzigen Weltlage den größten Teil ihrer Bedeutung verloren hatte, und in der Ferne die schwarze Wolke der bosnischen Frage, aus der eine Zeitlang ein verheerendes Gewitter über ganz Europa niederzugehen drohte.

Der erste Gedanke Bülows war, die marokkanische Krisis möglichst schnell zur Ruhe zu bringen und dadurch beruhigend auch auf die Stellung Frankreichs zu der Orientfrage einzuwirken. Das geschah durch den Vertrag vom 9. Februar 1909, in dem sich Deutschland politisch desinteressierte, während Frankreich die Verpflichtung einging, die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu wahren und die deutschen kaufmännischen und industriellen Interessen nicht zu verletzen. Es mag richtig sein, daß man bei dem etwas übereilten Abschluß dieses Vertrages - man wollte die Sache damals bis zu dem Besuche König Eduards VII. in Berlin aus der Welt geschafft haben - allerhand Einzelheiten preisgegeben hat, die sich bei einer sachlicheren Verhandlungsweise hätten behaupten lassen,[74] aber an dem Grundcharakter des ganzen Ergebnisses, das dieses Abkommen auf den ersten Blick als einen kompensationslosen Verzicht Deutschlands erkennbar macht, würde kaum etwas Wesentliches geändert worden sein. In einem Lande wie Marokko, so wird von einem Kenner, wie dem Gesandten Rosen, mit Recht betont, war eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit ohne politischen Einfluß nicht möglich, wie man in Deutschland von Anfang an klar erkannt hatte; jetzt aber willigte man unter dem Druck der Weltlage darein, daß die unteren Stockwerke des Gebäudes abgerissen wurden, gegen das Versprechen, die oberen Stockwerke stehenzulassen.[75]

Wenn man gerechnet hatte, mit der marokkanischen Befriedung mildernd auf die Gesinnung König Eduards einzuwirken, so sollte man eine Enttäuschung erleben. Es heißt sogar, daß er keineswegs erfreut gewesen sei. Bezeichnend für die Ziele des Königs war, daß er den bei dem Kaiser beobachteten Groll gegen Bülow zu steigern suchte. Während seines ganzen Aufenthaltes ließ er sich nicht bewegen, mit dem Reichskanzler nur ein einziges Wort über Politik zu sprechen, sondern zog vor, ihn zu schneiden; jedenfalls versicherte er dem Kaiser, er könne dem Fürsten Bülow seine Haltung während der Novembervorgänge nicht verzeihen, nicht nur aus verwandtschaftlichem Empfinden, sondern auch vom Standpunkte des monarchischen Prinzips.[76] Es mußte also wohl ein Interesse englischer Politik vorhanden sein, Bülows erschütterte Stellung bei dem Kaiser, der damals bereits vom "Verräter"[77] sprach, vollends zu untergraben.

Während der letzten Monate hatte die Entwicklung der bosnischen Krisis ein immer gefährlicheres Gesicht angenommen. Es handelte sich dabei allmählich weniger um den ursprünglichen Kern des Konflikts, die europäische Rechtsfrage und die Annexion, insonderheit das Problem der Konferenz, als vielmehr um eine zweite, anfangs nur peripherische Frage, die sich allmählich aus dem Streit der Großmächte aus eigener Kraft erhob: der serbische Nationalismus und die Annexion. Diese Gefahr

blieb auch dann bestehen, als es Aehrenthal gelang, den Einspruch der Türkei auf dem Wege direkter Verhandlung abzubiegen. Bald nach Anfang Januar fand ein finanzielles Angebot gute Aufnahme, und das Endergebnis war, daß am 26. Februar 1909 die Türkei die Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannte. Es war eine beginnende Erleichterung für die österreichische Politik, daß damit der Gegner ausschied, der immerhin mit gutem Rechte sich als durch die Annexion beeinträchtigt hatte fühlen können.

Aber der serbische Widerspruch, nicht in einem vergilbten Rechtsanspruch, sondern in einem elementaren Nationalgefühl wurzelnd, erhob sich nur um so hemmungsloser. Die serbischen Rüstungen, von leidenschaftlichem Lärm nach außen begleitet, nahmen einen solchen Umfang an, daß auch Österreich-Ungarn zu ausgedehnten Rüstungen schreiten mußte. Rüstung und Kriegswille begannen auf beiden Seiten einander immer heftiger zu steigern. War auf der einen Seite eine urwüchsige Volksleidenschaft im Spiel, der ein Funke genügte, um einen allgemeinen Brand zu entzünden, so erhob sich auf der andern Seite in dem beherrschenden Kopfe des österreichischen Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf der verwegene Gedanke, durch die Entfesselung eines Präventivkrieges den Knoten zu zerhauen und den ganzen serbischen Problemkomplex für die Monarchie zur Lösung zu bringen, in letzter Stunde.

Je näher die Gefahr eines österreichisch-serbischen Krieges rückte, schließlich schon wegen der Dauer und des Umfangs der Mobilmachungen kaum noch aufzuhalten, desto unerträglicher wurde es für Rußland, die Serben in ihrem gewagten Spiel auch nur diplomatisch im Stiche zu lassen: sie mußten ihnen entweder in ihren Kompensationsforderungen zur Seite stehen und damit einen ehrenvollen Rückzug ermöglichen, oder aber mit einem Krieg an der Seite der Serben rechnen.

Mit dieser Möglichkeit war die Gefahr eines deutsch-russischen Krieges gegeben, ja der Horizont des Weltkriegs eröffnet. Es ist verständlich, daß in diesen Sorgen der Zar und der Kaiser, zwischen denen noch das halbverklungene Wort von Björkoe stand, sich zu nähern suchten. Im Laufe des Dezember 1908 ließ der Kaiser dem Zaren eröffnen, daß er bereit sei, der russischen Politik die Durchfahrt durch die Meerengen zu bewilligen.[78] Der Zar wollte zwar auf diesen Vorschlag nicht eingehen, da er die Schwierigkeiten genügend kennengelernt hatte, um so dringlicher aber bat er Wilhelm II. um seine Hilfe bei der Abwehr österreichischer Gewalttaten gegen Serbien. Der Kaiser hinwiederum mußte die ganze russische Politik der letzten zwei Jahre und das unablässige Spiel mit der Triple-Entente hervorholen, um die bei aller Fortdauer der Freundschaft doch veränderte Wesensart ihrer Beziehungen zu erweisen. Die Hände der Monarchen waren nicht stark genug, in dieser ernsten Stunde das mürbe gewordene Band von neuem zu knüpfen.

Die Kriegsgefahr rückte immer näher heran. Obgleich solche Dinge immer im Schatten liegenbleiben, kann man hier und da auch bei den Westmächten in die Vorbereitungen hineinblicken. Wir sehen Lord Fisher über Expeditionsentwürfen brüten, die ihm Lord Esher, der Privatsekretär des Königs, übersandt hatte,[79] und mit der Frage ringen, ob man die britische Kontinentalarmee entsenden werde oder nicht, ob der blutige Kampf bei Reims oder Amiens stattfinden werde. Und der belgische Gesandte in Paris weiß in den nächsten Tagen zu erzählen, daß aus seinen Erkundigungen an bester Quelle hervorginge, daß sowohl in Paris wie in London Verpflichtungen übernommen wären, um Rußland im Falle des Kriegsausbruches zu unterstützen: "alles war geregelt, um sich rasch in Marsch zu setzen".[80] Und es versteht sich, daß auch der deutsche und der österreichische Generalstabschef damals in engere Fühlung untereinander getreten waren.

Die Kriegsgefahr des Winters 1908/09 nötigte den österreichischen und den deutschen Generalstab, die militärischen Verpflichtungen des Bündnisses nachzuprüfen. Bekanntlich war in dem Bündnisvertrage von 1879 der *casus foederis* nur für den Angriff Rußlands vorgesehen, aber die Frage, wie der Bündnisfall auszulegen sei, war immerhin zu verschiedenen Zeiten verschieden beantwortet worden. Wir erinnern uns, daß Bismarck im Jahre 1887/88 einen Versuch Moltke - Waldersees, das

Eintreten des *casus foederis* weitherziger zu interpretieren, mit dem entschiedensten Nachdruck entgegengetreten war, weil er die politische Entwicklung nicht aus der Hand geben und einen "Übergang der Politik auf die beiden Generalstäbe" unter keinen Umständen zulassen wollte. Trotzdem war unter Wilhelm II. im August 1889 eine andere Praxis zwischen den Monarchen und ihren militärischen Räten vereinbart worden, man kann aber nicht sagen, daß während der Geltungszeit dieser weitergreifenden Verpflichtung ein erhöhter Kriegswille in Berlin oder Wien geherrscht hätte. Schon nach wenigen Jahren wurde dann unter Caprivi - Schlieffen die Bündnisverpflichtung wieder in einem engeren Sinne ausgelegt; ausdrücklich wurde die Besetzung Konstantinopels durch die Russen als nicht den Bündnisfall hervorrufend bezeichnet.[81]

Jetzt stellte der österreichische Generalstabschef Freiherr von Conrad - im Einverständnis mit Kaiser Franz Joseph und Aehrenthal - in Berlin am 1. Januar 1909 die formelle Frage, die in der früheren Zeit der Bündnisverpflichtung als solche so gut wie gar nicht bestanden hatte: er setzte den Fall, daß Österreich genötigt sein könnte, in Serbien und Montenegro einzumarschieren, und durch dieses Vorgehen sich den Angriff Rußlands zuziehen würde. Die - im Einverständnis mit Kaiser Wilhelm II. und Bülow - erteilte Antwort des Generalstabschefs Moltke unter dem 21. Januar 1909 bestätigte, daß, wenn erst der Einmarsch Österreichs in Serbien ein eventuell aktives Einschreiten Rußlands auslösen würde, in diesem Falle der *casus foederis* für Deutschland gegeben sein würde; entsprechend würde auch mit einer Mobilmachung Rußlands diejenige Deutschlands gleichzeitig erfolgen. An den Tatbestand dieses Briefwechsels, der hernach in weiterer Verhandlung vertieft wurde, ist später der Vorwurf geknüpft worden, der Bündnisvertrag sei im Januar 1909 aus einem rein defensiven in einen offensiven umgewandelt oder uminterpretiert worden.[82] Die Kriegslust der österreichischen Regierung sei dadurch nicht gewarnt oder zurückgehalten, sondern aufgemuntert worden und seitdem das stärkste Unruhezentrum in Europa - genug, die Pforten sind von hieran bis zum Kriegsausbruch und vor allem zur Kriegsschuldfrage hin geöffnet.

Der Meinungsaustausch - ob man ihn als Militärkonvention bezeichnet oder nicht - ist von hoher Bedeutung. Er wird auch dadurch nicht belanglos, daß innerhalb des Dreiverbandes viel weitergreifende Verpflichtungen festgestellt werden. Aber er ist nicht isoliert, sondern in dem großen Zusammenhange, der ihn erzeugte, zu verstehen. Zum ersten Male stand vor den Augen der Welt die Tatsache, daß auch Österreich-Ungarn einem Zweifrontenkriege ausgesetzt sei; man erlebte das starke Bemühen Rußlands, von der serbischen Front her Österreich zu kriegerischen Handlungen zu provozieren. Auf diese neue Situation sollte der Bündnisfall angewandt werden. Wenn Konstantinopel, wie Bismarck immer wieder betonte, keine "Lebensfrage" für die Doppelmonarchie war, so war die serbische Gefahr schon jetzt zu einer Lebensfrage geworden. Wenn der Bündnisfall formell wieder weiter ausgedehnt wurde als früher, so war damit noch nicht gesagt, daß die politische Leitung des Deutschen Reiches - und auf sie kommt es als die entscheidende an - sich bei den dem Eintritt des *casus foederis* vorausgehenden Schritten praktisch ausschalten würde. Vielmehr läßt sich ohne Mühe der Nachweis führen, daß die deutsche Politik, trotz der weiterreichenden Vertragsauslegung, immer wieder im Sinne des Friedens gegen die Verlockungen österreichischer Aktivität eingreifen wird. Trotz des Moltke - Conradschen Briefwechsels wird es also darauf ankommen, wie in jedem einzelnen Falle die obliegende politisch-militärische Verpflichtung in Berlin beurteilt werden wird.

Aber die Russen waren sich inzwischen klar geworden, daß sie nichts weniger als kriegsbereit waren: in der geheimen Sitzung der Reichsduma in der Nacht vom 8. zum 9. März wurde die Tatsache von der Opposition ausgesprochen, ohne daß die Regierung widersprach. Als es ganz Ernst wurde, zog man vor, an den Rückzug zu denken und die deutsche Unterstützung dafür anzurufen. Die damals von Aehrenthal geplante Veröffentlichung der Akten zur Vorgeschichte der bosnischen Krisis wäre für Iswolski und für die russische Politik eine untragbare Bloßstellung gewesen. Als Iswolski am 13. März die deutsche Vermittlung in Wien nachsuchte, daß diese Veröffentlichung unterbliebe, erklärte sich Bülow zu jedem freundschaftlichen Schritte bereit, falls Rußland Serbien tatsächlich

und ernstlich zur Ruhe bringen wolle. Sein Vorschlag würde darauf hinauslaufen, daß die österreichische Regierung ihre Verständigung mit der Türkei notifiziere und dabei die Mächte um die formelle Sanktion der Abänderung des Artikel 25 des Berliner Vertrages angehe; wenn aber Iswolski von dem Entgegenkommen keinen Gebrauch mache und sich gegen eine gemeinsame Sanktion der vollzogenen Tatsachen sträube, so müsse er den Dingen ihren Lauf lassen. Während in diesen Tagen Spannung und Kriegsgerücht noch weiter stiegen, lehnte ein russischer Ministerrat die vorgeschlagene Teilmobilmachung ab. Die Antwort Iswolskis auf den deutschen Vorschlag vom 20. März war noch eine Halbheit: sie würdigte in hohem Maße den freundschaftlichen Geist des Vorschlags und erklärte sich zur Annahme bereit, aber meinte, die Notwendigkeit des Zusammentritts einer europäischen Konferenz dadurch nicht auszuschließen. Daraufhin entschloß sich Bülow, auf den entscheidenden Rat Kiderlen-Wächters, den Russen den unvermeidlichen Rückzug durch eine noch deutlichere Form zu erleichtern. Seine Note vom 21. März erneuerte den Vorschlag; man müsse dabei aber bestimmt wissen, daß Rußland ohne Vorbehalt zustimme; die Konferenzfrage sei eine Frage für sich, ihre Hereinziehung ein Versuch der Verschleppung und Ablehnung des deutschen Vorschlags. Der Botschafter wurde demgemäß angewiesen, Iswolski in bestimmter Form zu sagen, "daß wir eine präzise Antwort - ja oder nein - erwarten; jede ausweichende, verklausulierte oder unklare Antwort würden wir als eine Ablehnung betrachten müssen. Wir würden uns dann zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung würde dann ausschließlich Herrn Iswolski zufallen, nachdem wir einen letzten aufrichtigen Versuch gemacht, ihm behilflich zu sein, die Situation zu klären in einer für ihn annehmbaren Weise."[83]

Darauf tat Iswolski das, was er von vornherein gewollt hatte: ohne vorher den französischen oder englischen Botschafter um Rat zu fragen, nahm er den deutschen Vorschlag an. Am 24. März lief die vorbehaltlose Zustimmung Rußlands zur Annexion Bosniens und der Herzegowina ein, und in den nächsten Wochen verflüchtigten sich die letzten Ausläufer des serbischen Kriegswillens.

Die Note vom 21. März hat den Ausgang der bosnischen Krisis ohne Krieg entschieden. Welcher Charakter dieser deutschen "Vermittlung" zuzuschreiben sei, ist seitdem viel umstritten worden. Daß formell von einem Ultimatum oder einem ultimativen Schritt nicht die Rede sein kann, ergibt sich daraus, daß eine Drohung mit einer Eventualhandlung nicht vorliegt; vielmehr wurde eine erbetene Vermittlung an eine bestimmte Bedingung geknüpft; daß schließlich der Wendung, man werde sonst den Dingen ihren Lauf lassen, keine ausgesprochen ultimative Tendenz beiwohnt, wird dadurch belegt, daß Sir Edward Grey damals eine Mahnung in Wien mit denselben Worten begleitete.[84] Jedenfalls war Zar Nikolaus II. weit entfernt, aus dem deutschen Schritte ultimative Nebentöne herauszuhören.[85]

Eine andere Frage war freilich, ob Iswolski nicht alles Interesse daran hatte, die Schuld an seiner verunglückten Politik nicht sich selber, sondern einem andern zuzuschreiben, und ob seine neuen Freunde, die soeben noch Rußland zu weiterem Vorgehen auf seinem falschen Wege ermutigt hatten, nicht alles daran setzten, den deutschen Vermittler mit dem Vorwurf des Ultimatums und der Schuld an dem russischen Rückzug zu belasten. Der englische Botschafter konnte seinen Unwillen nicht verbergen und sprach davon, die internationale Ehre sei doch mehr wert als der Friede. Schon in den nächsten Tagen war in Petersburg eine - von der englischen Botschaft ausgehende - Lesart verbreitet: Rußland sei die schwere Demütigung zugefügt worden, den Erfolg des germanischen "Dranges nach dem Osten", den "Raub slawischer Länder" anerkennen zu müssen; Deutschland habe durch eine plumpe Drohung, daß es sonst seinen Willen mit den Waffen durchsetzen würde, Rußland gedemütigt und zur Kapitulation vor Aehrenthal gezwungen. Also Anschluß an die Westmächte, um den großen Kampf zwischen Slawentum und Germanentum[86] für eine nicht ferne Zeit wirksam vorzubereiten.

Eine Machtfrage war allerdings, wie alle Beteiligten empfanden, ausgetragen worden, nur lag sie keineswegs zwischen Deutschland und Rußland, sondern zwischen dem deutsch-österreichischen

Bündnis und dem Dreiverband. In diesem Augenblick hatte der Block der mitteleuropäischen Mächte sich als stärker erwiesen, und wenn die ungünstige Konstellation von Algeciras der andern Seite zugute gekommen war, so war diese Schlappe durch eine noch ernsthaftere Probe wieder ausgeglichen.

Soweit es aufs Prestige ankam, konnte Bülow mit Recht triumphieren. Eine andere Frage war es, wenn man die Nachwirkung der Krisis in einem weiten Zusammenhange nachprüft - ob sie dann nicht dem Bemühen derjenigen zugute kommen mußte, die dieses Mal weder einig noch kräftig genug zur Offensive gegen die Mittelmächte gewesen waren.

Ein Mann wie Nicolson, der überzeugt war, daß Deutschland und Österreich ein lange vorbereitetes Spiel gespielt hatten, um den Ring zu durchbrechen, kam zu dem niederschlagenden Ergebnis, daß die Hegemonie der Mittelmächte jetzt in Europa aufgerichtet und England isoliert sein werde; schon sah er Rußland und Frankreich zu den Mittelmächten übergehen, die Entente aber ermatten - wenn sie nicht einen Bündnischarakter annehme.[87] Was er fürchtete, klang wie bei Sir Eyre Crowe: "Die letzten Ziele Deutschlands sind sicher, ein Übergewicht auf dem Kontinent von Europa zu gewinnen, und wenn es stark genug geworden ist, dann will es in einen Kampf mit uns um die Oberhoheit zur See eintreten. In der Vergangenheit hatten wir mit Holland, Spanien, Frankreich um diese Oberhoheit zu kämpfen, und persönlich bin ich überzeugt, daß früher oder später, wir denselben Kampf mit Deutschland zu wiederholen haben."[88]

Noch während der bosnischen Krisis hatte der Reichskanzler Fürst Bülow es für angezeigt gehalten, wenigstens den Versuch zu machen, sein völlig ungeklärt gebliebenes Verhältnis zum Kaiser wieder sicherzustellen. Er erbat am 11. März von Wilhelm II. die Ermächtigung zu einem Immediatvortrag, in welchem es zu persönlicher Aussprache kam; darauf folgte am anderen Tage ein Erscheinen des kaiserlichen Paares zum Diner im Hause Bülow; in aller Form, sogar in herzlicher Weise schien das Verhältnis wiederhergestellt, aber die Versöhnung war äußerlich, sie war befristet.

Der Abschluß der bosnischen Angelegenheit verstärkte zwar die außenpolitische Autorität des Kanzlers, die der Kaiser trotz gelegentlicher Zweifel noch immer anerkannte. Aber indem sich die Wolken vom Balkan verzogen, war die Unentbehrlichkeit Bülows schon nicht mehr die gleiche.

In den Tagen des englischen Besuches in Berlin hatte der Botschafter Metternich dem Staatssekretär von Tirpitz erklärt: Wenn Sie es dem Fürsten Bülow nicht ermöglichen, das von ihm angestrebte Flottenagreement mit England zustande zu bringen, so wird dies wohl das letztemal sein, daß ein englischer König einem deutschen Kaiser einen Besuch macht.

Unmittelbar nach dem Besuche König Eduards war in England im Zusammenhange mit der Vorlage des neuen Marineetats eine alle ihre Vorgänger weit überflügelnde Flottenpanik ausgebrochen, die dadurch besonders gefährlich wurde, daß sie mit dem Höhepunkt der bosnischen Krisis - wohl nicht zufällig! - zeitlich zusammenfiel.[89] Sie nahm ihren Ausgang von falschen Nachrichten über eine deutsche Beschleunigung des Bautempos; daß diese auf Spionage gegründeten Nachrichten[90] irrig waren, ist später von englischer Seite selbst zugestanden worden. Als der Marineminister McKenna am 16. März eine den deutschen amtlichen Angaben scharf zuwiderlaufende Auskunft über den deutschen Flottenbau erteilte[91] und die Opposition noch weitere Übertreibungen hinzufügte, war die Erregung nicht mehr zu bändigen; nur Sir John Fisher gestand zynisch ein, Asquith habe eine kleine Panik für die eigenen Radikalen gebraucht und nicht geahnt, daß die Opposition sich der Frage bemächtigen würde. Aber die Lage hatte sich ernst genug zugespitzt. Ein tiefes Mißtrauen war in den meisten Lagern eingezogen. Wenn man sich vorstellt, daß die Panik sich erhob gegenüber einem Gegner, der in diesem Augenblick überhaupt noch keinen Dreadnought vom Stapel gelassen hatte, wird man auch die Erbitterung des Kaisers über die unechte "Mache" nachfühlen. Aber der deutsche Botschafter kam zu dem Schluß, wenn bisher anzunehmen gewesen sei, daß England eine

sich **ohne sein Zutun** bietende Gelegenheit eines europäischen Krieges zum Losschlagen benutzen werde, so werde es, wenn keine Verständigung zustande komme, fortan voraussichtlich darauf ausgehen, eine solche Gelegenheit seinerseits herbeizuführen.[92] So machte Bülow, als Grey erneut den Wunsch nach einer Verständigung durchblicken ließ, sich mit dem Gedanken einer friedlichen Auseinandersetzung mit England vertraut: er sah seine dringendste Aufgabe darin, den Kaiser für diesen notwendigen Schritt zu gewinnen.

Der Kaiser dagegen suchte, sowohl um der Sache willen, die ihm am Herzen lag, als um sein erschüttertes Selbstgefühl zurückzugewinnen, Rückhalt an der Unerschütterlichkeit von Tirpitz. Als Bülow um Ende März 1909 in einem Immediatvortrage das im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik stehende Problem im Sinne einer vorsichtigen Mahnung zur Mäßigung behandelte, antwortete ihm der Kaiser Anfang April in einem Schreiben,[93] das in der Sache sich "nach Übereinkunft mit Admiral Tirpitz" nur dazu bereit erklärte: "wenn England uns ehrlich um Verhandlung bittet, mit England zu verhandeln auf der Relation 3 : 4 in Linienschiffen." Aber er wollte sich nur zu Verhandlungen von gleich zu gleich hergeben, nicht zu einer unbedingten Anerkennung des "*Two Power Standard*", die England von den Deutschen erzwingen wollte. Es war nicht, so schreibt er weiter, "nur die leiseste Spur zu entdecken, daß die Engländer auch selbst Abrüstung wirklich beabsichtigten, sondern es wurde uns stets nur klargemacht, es läge im englischen Interesse, daß wir mit Rüsten aufhörten." Auf englische Zumutungen dieser Art wollte der Kaiser nicht eingehen, weil "wir das ohne Kapitulation vor der Welt oder ohne Verletzung unserer nationalen Ehre einfach nicht können, noch wollen, noch werden." Grundsätzlich war die Frage von dem Kaiser in einer Weise behandelt, welche sie im Einverständnis mit Tirpitz als eine marinetechnische Ressortangelegenheit entschied, ohne darüber hinaus der diesen Einzelfragen übergeordneten allgemein politischen Überlegung Raum zu lassen. Und was die Form anging, so wehte aus dem kaiserlichen Schreiben eine so gereizte Bestimmtheit, ein so metallener Klang des *hoc volo, sic jubeo*, daß Bülow seinem Vorgehen kaum übersteigbare Schranken gesetzt sah. Aus dem Ton allein mußte er die Folgerung ziehen, daß er der Gnade des Monarchen keineswegs mehr sicher sein könne.

Die Flottenfrage war immerhin keine Sache unmittelbarer Entschließung. Fürs erste wanderten alle politischen Entscheidungen nunmehr auf den Kampfplatz der Innenpolitik. Der Kaiser konnte, da der europäische Himmel sich zunächst aufgeheitert hatte, am 13. April seine Mittelmeerreise antreten, die ihn bis zum 27. Mai von Berlin und den Kämpfen im Reichstage fernhielt. Denn von jetzt an sammelte sich alles politische Interesse um das Ergebnis der parlamentarischen Verhandlungen über die Neuordnung der Reichsfinanzen. Gelang der glücklichen Hand Bülows auch noch die Lösung dieser Aufgabe, so war es für den Kaiser kaum möglich, sich von seinem Berater zu trennen, der zugleich als der Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit erschien. Wenn der Kanzler aber scheiterte, wenn er den festen Rückhalt in der Volksvertretung verlor, dann gewann der Kaiser die freie Hand, sich von ihm, sogar in Übereinstimmung mit einer neuen parlamentarischen Mehrheit, loszusagen. Diese Rechnung besaß eine Seite, welche sich schon während der Verhandlungen für Bülow ungünstig auswirkte. Die Ungnade des Kaisers war trotz der äußerlichen Versöhnung nicht so unbekannt geblieben, als daß sie nicht gewisse Rückwirkungen auf einzelne Gruppen im Reichstage gehabt hätte. Bei einem großen Teil der Konservativen, die einem Kernstück der Finanzreform aus sachlichen Gründen ohnehin abgeneigt waren, zeitigte die Mißstimmung zwischen dem Kaiser und Bülow schon im Laufe des April den Entschluß, die Vorlage nicht zusammen mit dem wankenden Kanzler zu verabschieden.

Als der Kaiser am 27. Mai von seiner Korfureise zurückkehrte, stand die Entscheidung unmittelbar bevor. Bülow unternahm damals zunächst noch einen ernsthaften Versuch, durch eine Beratung die Flottenfrage ein Stück vorwärts zu bringen. Am 3. Juni fand im Reichskanzlerpalais eine Verhandlung zwischen den obersten Behörden statt.[94] Der Kanzler ging davon aus, daß Stimmung und Befürchtungen in England sehr ernst seien und daß die englische Politik infolgedessen uns überall in der Welt feindlich entgegentrete; eine Verständigung sei vielleicht auf der Grundlage verlangsamter

Baugeschwindigkeit erreichbar; in unseren Beziehungen zu England erblicke er die einzige schwarze Wolke am Horizont. Tirpitz hielt an seiner Bezeichnung der britischen Flottenpanik als einer künstlichen Mache fest und bezeichnete es nach dem Verhalten der englischen Regierung in diesem Frühjahr als nicht angezeigt, eher als gefährlich, selbst die Initiative der Verständigung zu ergreifen. Bülow betonte, daß keine Diplomatie der Welt England dahinbringen könne, eine Formel anzunehmen, die es als für seine Existenz bedrohlich ansehe. Ein eigentliches Ergebnis wurde nicht festgestellt. Die ganze Beratung vom 3. Juni stand schon im Zeichen eines Kanzlers, dessen Verbleiben im Amte zweifelhaft geworden war. In seiner mündlichen Berichterstattung bei dem Kaiser stieß Bülow auf völlige Ablehnung. Der Monarch antwortete ihm, er könne an eine von England drohende Gefahr nicht glauben, sondern müsse sich der Auffassung des Admirals von Tirpitz anschließen. Der Reichskanzler mußte erkennen, daß er in der wichtigsten Lebensfrage der Außenpolitik das Vertrauen des Kaisers nicht mehr besaß. Aber noch am 23. Juni sprach er in einem Erlaß an Metternich seine Überzeugung aus, daß man bei gutem Willen auf beiden Seiten zu einer Flottenverständigung werde gelangen können; er wies den Botschafter an, die Möglichkeit einer Verständigung jederzeit zu betonen, sofern damit eine uns freundliche Orientierung der englischen Politik verbunden sei; am besten sei die Erledigung der Finanzfrage abzuwarten, um den Anschein zu vermeiden, daß uns der Atem auf finanziellem Gebiete ausginge.[95] Er glaubte noch fest im Sattel zu sitzen und sah seinen Weg noch vor sich liegen, beweglich und optimistisch wie nur je zuvor.

In den folgenden Tagen begann die zweite Lesung der Vorlage über die Reichsfinanzreform. Die politische Lage des Kanzlers glich bis zu einem gewissen Grade der eines parlamentarischen Ministers. Er hatte im Laufe der letzten Jahre seinen Rückhalt stärker im Reichstage gesucht, und das Programm, das er wohl in die Formel der Modernisierung der Konservativen und der Politisierung der Liberalen brachte, wurde von vielen Seiten als eine tiefe politische Notwendigkeit für die Entwicklung des Reiches empfunden. Es erschien als das Gebot der Stunde - die Leistungsfähigkeit der konservativ-liberalen Zusammenarbeit, auf welche Bülow sich stützte, die Dauerhaftigkeit des neuen Kurses, der auf eine engere organische Fühlung der ausführenden und der gesetzgebenden Reichsgewalt hinstrebte, stand in der Finanzfrage zur Diskussion. Die Stunde ging ungenützt vorüber. Es erwies sich, daß Bülow, vielleicht weil ihm ein tieferes staatsmännisches Ethos fehlte, doch nicht über das Maß des Vertrauens verfügte, das für eine so weit ausschauende Politik erforderlich gewesen wäre - und wenn er es vorher besessen hätte, er würde es damals kaum behauptet haben, weil niemandem verborgen blieb, daß der Kaiser, wenigstens im Falle eines Mißerfolges, nicht mehr hinter ihm stand. Des Kanzlers letzte politische Rechnung schlug fehl, weil die Konservativen, die aus grundsätzlichen Erwägungen der Erbschaftssteuer widerstrebten, sich längst, ihr Vorgehen im November bedauernd, zu einer streng monarchischen Haltung zurückgefunden hatten und sich nicht mit dem Kanzler verbinden wollten, für den der Kaiser keine Hand mehr aufhob. Mochte es Bülow auch mit starkem Nachdruck als Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit und als sozialpolitische Notwendigkeit bezeichnen, die fünfhundert Millionen neuer Belastung der Nation nicht nur in der Form von Verbrauchssteuern und mittelbaren Steuern aufzulegen, welche mehr die Minderbemittelten als die Begüterten träfen, mochte er noch so feierlich betonen, daß er mit seiner Sache stehe und falle - die Konservativen wußten, daß sie einen Minister stürzten, der von der höchsten Stelle nicht gehalten wurde.

So wurde in zweiter Lesung am 24. Juni die Erbanfallsteuer mit 195 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Die Finanzreform war damit gescheitert. Der Reichskanzler reichte sein Rücktrittsgesuch ein. Der Kaiser aber griff mit Freuden nach der Gelegenheit, scheinbar in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes, das Gesuch anzunehmen. Es konnte so aussehen, als wenn der Kanzler auf anderem Wege als seine drei Vorgänger, weil er das Vertrauen der Parlamentsmehrheit nicht mehr besaß, zu Fall gekommen sei, und es fehlte im In- und Auslande nicht an Stimmen, die bereits von einer neuen Ära und von einer Parlamentarisierung der Reichsverfassung sprachen. In Wahrheit aber war es doch der Kaiser, der aus freiem Entschlusse - ein halbes Jahr nach der unter dem Druck der Verhältnisse versprochenen Verminderung und Beschränkung eigenwilligen Übergreifens - den

obersten Reichsbeamten in dem herkömmlichen Stile des Bismarckschen Reiches entließ. Er mochte in dieser Entschließung eine Wiederherstellung seiner Autorität gegenüber dem Bülow des November 1908, eine Rückkehr zu dem alten Verhältnis zwischen Monarch und Kanzler erblicken. Mit einem rohen Worte zerschnitt er das Band, das ihn am menschlichsten und längsten mit diesem Kanzler verknüpft hatte, und dieser sollte die Erbitterung des Monarchen mit einem Hasse erwidern, der über das Grab hinaus sich nicht genug tun konnte.

Indem der Kaiser den Oberpräsidenten von Bethmann Hollweg zum Reichskanzler ernannte, der nach seiner Laufbahn der auswärtigen Politik ebenso fremd gegenüberstand wie einst der General von Caprivi, ersetzte er die erprobte diplomatische Gewandtheit Bülows, welche bei allen ihren zweifelhaften Seiten auch ihre unleugbare Stärke besaß, durch einen hohen Verwaltungsbeamten von starkem ethischen Verantwortungsgefühl, aber geringer Entschlußkraft. Ob das Wort des Kaisers beim Abschied von Bülow - "die auswärtige Politik überlassen Sie mir" - so gefallen ist, wie es überliefert wird, sei dahingestellt. Es ist nicht sicher zu belegen, daß eine solche Absicht, die auswärtigen Angelegenheiten künftig in höherem Grade zu bestimmen, bei der Wahl eines Kanzlers von allein innenpolitischer Vergangenheit mitgespielt habe.[96] Wilhelm II. war aus der Novemberkrisis eher mit einem geschwächten Selbstvertrauen hervorgegangen, und sein Entschluß ging doch auch dahin, Anstöße nach außen zu vermeiden. Bülow will dem Kaiser einen doppelten Rat hinterlassen haben: die bosnische Politik nicht zum zweiten Male zu machen und in der Flottenfrage einzulenken. Wieweit der politische Abschied der beiden Männer tatsächlich auf diesen Ton eingestellt war, läßt sich nicht beurteilen.

Die beiden Gefahrenkreise, welche dem Reiche zum Schicksal werden konnten, waren allerdings damit bezeichnet. Sie verschwanden nicht mit dem Kanzlerwechsel, sondern blieben die Erbschaft für die neuen Männer. Die Brandherde nach Möglichkeit zur Ruhe zu bringen und unter allen Umständen auseinanderzuhalten, das war die Aufgabe einer Reichspolitik, die einen Weltkrieg vermeiden wollte.

Anmerkungen:

1 [1/606] 14. Dezember 1906 *Gr. Pol.* 23, S. 81. ...zurück...

2 [1/607] Bertie an Grey 11. April 1907. *Brit. Dok.* 6, S. 39 f. ...zurück...

3 [2/607] Siehe oben **S. 591**. ...zurück...

4 [3/607] *Gr. Pol.* 23, 1, S. 215. ...zurück...

5 [4/607] Gutachten, erstattet dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Reiches, von den Sachverständigen Wehberg, Graf Montgelas, Zorn, Kriege und Thimme. ...zurück...

6 [5/607] Graf Max Montgelas ebenda. ...zurück...

7 [1/608] So Ph. Zorn, *Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen* (1920). Auf die Stellung Deutschlands zum Seebeuterecht sei hier nicht eingegangen, da sie keine praktische Wirkung hatte. Die überspitzte Motivierung, mit der Tirpitz für seine Beibehaltung eintrat, ist für die Denkweise des Großadmirals interessanter als für die Verhandlung im Haag. ...zurück...

8 [2/608] *Gr. Pol.* 23, 2, S. 467, 476, 479, 488, 492, 538. ...zurück...

9 [1/609] Bülow an Schoen: 19. Mai 1906 (*Große Pol.* 25, 11 f.). Iswolski bestätigte am 30. Oktober 1906 Schoen gegenüber in Berlin, daß die Abmachung keinerlei Spitze gegen Deutschland haben würde, und die sorgsame Beachtung der Rechte und Interessen Dritter enthalten müsse. ...zurück...

10 [1/610] Miquel an Bülow: 25, und 27. September 1907 (*Große Politik* 25, S. 42 ff., 45 ff.). Randbem. Wilhelms II: "sehr richtig! und wird **uns** in Europa noch unangenehmer werden als bisher." ...zurück...
11 [2/610] Über ihn: B. Molden, *Graf Aehrenthal* (1917). ...zurück...

12 [1/611] M. Pokrowski, *Drei Konferenzen*, S. 17 ff. ...zurück...

13 [2/611] Randbem. Wilhelms II.: "und geht zu England über" (*Große Politik* 25, 2, S. 399). ...zurück...

14 [1/612] Wilhelm II. an Hardinge: 12. August 1906. "Beim Stapellauf des Dreadnought hat Ihre Presse das Schiff als sicherstes Vernichtungsinstrument für die deutsche Flotte bezeichnet." ...zurück...

15 [2/612] Vgl. Hurd and Castle (a. a. O., S. 138 f.). Die Randbemerkung des Kaisers vom 8. März 1908 trifft den Nagel auf den Kopf: "An alledem ist **nicht unsere Flotte** schuld, sondern die ganz **verrückte Dreadnought-Policy** von Sir J. Fisher und *His Majesty*, welche vermeinten, uns damit *en demeure* zu setzen. Jetzt sehen sie und die getäuschten Briten ein, daß sie sich total geirrt haben und daß sie damit ihre alte, große, bisherige Überlegenheit vernichtet haben, da **alle Staaten** sie nachmachen" (*Große Politik* 24, S. 46). Dazu Hardinge am 11. August 1908 zum Kaiser: "es war ein schwerer Fehler von uns." ...zurück...

16 [1/613] Der Brief an den König muß kurz vor dem 14. März 1908 fallen (vgl. Fisher, *Memories* 1, 21/22, S. 34). Der Vorschlag wurde rasch bekannt (vgl. Metternichs Bericht: 30. Juni 1908). *Große Politik* 24, 81 ff. ...zurück...

17 [2/613] Metternich an Bülow: 31. Januar 1907; *Große Politik* 21, 2, S. 468, 470 (Gespräche mit Haldane und Balfour). Im Mai 1907: Unterhaltung Stumm-Hardinge (ebenda 502 ff.). ...zurück...

18 [3/613] W. v. Stumm: 27. November 1907. Starke Beunruhigung. ...zurück...

19 [1/614] Es war wohl damals, daß Eduard VII. den im Herbst verabredeten Gegenbesuch in Berlin schriftlich absagte. ...zurück...

20 [2/614] Vgl. Tirpitz, *Aufbau der deutschen Weltmacht*. S. 58 ff., 63. ...zurück...

21 [3/614] Metternich an Bülow: 8. März 1905. *Gr. Pol.* 24, 44 ff. ...zurück...

22 [4/614] Randbem. Wilhelm II.: Nein. ...zurück...

23 [1/615] Also sah der belgische Gesandte Baron Greindl schon Ende Mai 1908 die allgemeine Lage an: "Was man Allianz, Entente oder wie man will nennt, die persönlich vom König von England vorbereitete Gruppierung der Mächte existiert und wenn sie nicht eine direkte und nahe Kriegsdrohung für Deutschland ist (was zu viel gesagt wäre), so stellt es doch nicht weniger eine Verminderung seiner Sicherheit dar." ...zurück...

24 [2/615] Metternich an Bülow 5. Juni 1908: "An eine innere Feindschaft des englischen Volkes gegen Deutschland glaube ich nicht, wohl aber an die zunehmende Furcht vor uns, aus der dann alle möglichen Folgen entspringen können, nur nicht der schließlichen Ergebung in das unvermeidliche Schicksal vor der Superiorität Deutschlands." ...zurück...

25 [1/616] Ein Ausdruck dafür war die militärische Ansprache des Kaisers im Lager von Döberitz am 29. Mai 1908, die auf die Gefahren militärischer Einkreisung anspielte, aber hiernach in stärker aufgebauschter Färbung bei den Gegnern umlief. ...zurück...

26 [2/616] Ein offiziöser Artikel Iswolskis in der *Rossija* wendete sich gegen diejenigen Blätter, "die Rußland auf den Weg neuer politischer Bündnisse zu drängen suchen und Deutschland zum Zweck beständiger und scharfer Ausfälle machen, indem sie ihm in allen aktuellen Fragen der internationalen Politik hinterlistige Ränke zuschieben, was durch keinerlei positive Tatsachen begründet ist". ...zurück...

27 [1/617] Lord John Fisher, *Memories and Records* 1, 186 f. ...zurück...

28 [2/617] Vgl. Randbemerkung Wilhelm II.: "Wenn England uns nur seine Hand in Gnaden zu reichen beabsichtigt unter dem Hinweis, wir müßten unsere Flotte einschränken, so ist das eine bodenlose Unverschämtheit, die eine schwere Insulte für das deutsche Volk und seinen Kaiser in sich schließt. Mit demselben Recht können Frank-

reich und Rußland dann eine Einschränkung unserer Rüstungen zu Lande fordern. Sobald man unter irgendwelcher Firma einem fremden Staate erlaubt, in die eigenen Rüstungen hineinzureden, so dankt man ab, wie Portugal und Spanien." *Große Politik* 24, S. 104. ...zurück...

29 [1/618] Über die Besprechung in Kronberg die Berichte des Kaisers (von denen eine gewisse dramatische Übersteigerung abzuziehen sein mag) vom 11. und 13. August 1908: *Große Politik* 24, S. 122 ff. Die englischen Berichte: *Brit. Dokum.* 6, S. 287 - 331. Bülow fand am 22. September 1908 den mündlichen Bericht des Kaisers "weit ruhiger". ...zurück...

30 [2/618] Der Kaiser bezeichnete später das Vorschicken Hardinges als unkonstitutionell und verlangte sogar Bitte um Verzeihung, bevor man deutscherseits Vorschläge über eine Verhandlung entgegennehmen könne. ...zurück...

31 [3/618] Aehrenthal 15. August 1908. *Öst.-Ung. Außenpol.* 1, 37 f. (Der Bericht Hardinges, *Brit. Dok.* 5, 1381 ff. ist nicht so stark getönt). Sidney Lee, *König Eduard VII*; deutsche Ausgabe 2, 607. Kaiser Wilhelm II. nahm die österreichische Haltung sehr dankbar auf ("das tut einem wohl"). Die englische Diplomatie war nachher über ein Jahr lang bemüht, Gerüchte über eine Verstimmung des Königs und überhaupt über sein persönliches Eingreifen aus der Welt zu schaffen. *Öst.-Ung. Außenpol.* 1, 40. 64. 536 f. 848. 882; 2, 401. 424 ff. Am Ballhausplatz erhielt sich die Auffassung von einem Dienst, den man der deutschen Politik geleistet habe, vgl. die Denkschrift Szápárys vom 7. Dezember 1912, ebenda 4, 572. ...zurück...

32 [1/619] Aehrenthal an Bülow: 26. September 1908. Schoen an Bülow: 26. September 1908 (*Große Politik* 26, 1, S. 38, 42). Bülow hielt es für angezeigt, den Kaiser auf den Zusammenhang hinzuweisen: "Clemenceau sprach offenbar unter dem Eindruck dessen, was er in Karlsbad von König Eduard gehört hatte, und König Eduard stand unter dem Eindruck seines Besuchs in Friedrichshof und der dortigen Unterredung zwischen S. M. und Hardinge." Bülow an Wilhelm: 30. September 1908 (*Große Politik* 26, 1, S. 47). ...zurück...

33 [2/619] In diesem machtpolitischen Sinne antwortete Präsident Roosevelt im Mai 1910 in London auf die Frage: Warum bauen sie (die Deutschen) eine Flotte?: "*Because every great Power that respects itself cannot afford to be dependent for its existence on the good will or momentary kindly disposition of this or that Power or group of Powers, whether they will attack it or leave it alone; it must be able to guard itself quite independently of the disposition of the feelings of the neighbours.*" Man versteht die Befriedigung, mit der der Kaiser diesen Ausspruch dem Reichskanzler meldete (*Gr. Pol.* 28, 327 f.). ...zurück...

34 [3/619] Vgl. Randbemerkung Wilhelms II.: (Die Reden) "...sind alle bedeutungslos, da sie alle eine Reduzierung unserer Flotte als Vorbedingung ihrer Freundschaft im Auge haben; und das werden wir nicht tun. Die Briten sollen sich nur klar sein, daß Krieg mit Deutschland den Verlust Indiens bedeute und damit den Weltkrieg." Trotha, *Fritz von Holstein* (1931) S. 83. ...zurück...

35 [1/620] Bülow an Kaiser Wilhelm II.: 26. August 1908. Dazu: Hammann, *Bilder aus der letzten Kaiserzeit*, S. 57 f. ...zurück...

36 [1/621] Vgl. die Briefe Bülows an Hammann vom 12. und 14. September und 2. Oktober 1908 (Hammann, *Bilder aus der letzten Kaiserzeit*, S. 50, 59). ...zurück...

37 [2/621] Aus den letzten Jahren der Reichskanzlerschaft Bülows stammt wohl sein Urteil über Tirpitz, der kein eigentlich politischer Kopf gewesen sei, da ihm der Sinn für Nuancen gefehlt habe: "Er ging zu oft davon aus, daß es nur zwei Wege gäbe. Es gibt dazwischen aber gewöhnlich auch Mittelwege, die, vorübergehend oder auch dauernd einzuschlagen, nützlich sein kann." *Denkwürdigkeiten* 1, S. 109. ...zurück...

38 [1/622] Graf Pourtalès an Bülow: 9. Juli 1908 (*Große Politik* 25, 2, S. 528). ...zurück...

39 [2/622] Jäckh, *Kiderlen-Wächter* 1, S. 228. Kiderlen vertrat den Botschafter von Marschall: Mai bis Dezember 1907, Juni bis September 1908, November 1908 bis März 1909. ...zurück...

40 [3/622] Eine Schlußbemerkung des Kaisers vom 15. August 1908 gibt schon ein neues Bild: "Die Revolution ist nicht von den »Jung-Türken« aus Paris und London, sondern allein von der Armee, und zwar ausschließlich von den in Deutschland erzogenen sogenannten deutschen Offizieren gemacht worden. Eine reine Militärrevolution. Diese Offiziere haben das Heft in der Hand und sind absolut deutsch gesinnt." *Große Politik* 25, 2, S. 608. ...zurück...

41 [1/623] Musulin, *Das Haus am Ballplatz*, S. 164 ff. ...zurück...

42 [1/624] Vgl. Molden, *Aehrenthal* (1917). Friedjung, *Zeitalter des Imperialismus* Bd. 2 (1922). ...zurück...

43 [2/624] Immerhin hat er in Buchlau schon von einer kleinen Kompensation an Serbien und Montenegro gesprochen. ...zurück...

44 [1/625] Bülow: 30. September 1908. ...zurück...

45 [2/625] Er erfuhr sie zuerst am 5. Oktober, 5 Uhr. ...zurück...

46 [3/625] Faksimiliert bei Bülow, *Denkwürdigkeiten* 2, S. 336/337. ...zurück...

47 [1/626] *Große Politik* 26, 1, S. 112. ...zurück...

48 [2/626] Leopold von Chlumecky, *Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen*, S. 96 (1929). ...zurück...

49 [3/626] Bülow verfügte schon am 28. September: "Dieser unliebsame Vorfall sollte ohne beiderseitige Rechtsschikanen **rasch und gutwillig** beigelegt werden." *Große Politik* 24, S. 332. ...zurück...

50 [1/627] Bülow an Schoen: 24. Oktober 1908. ...zurück...

51 [2/627] Aufzeichnung Bülows: 27. Oktober 1908 (*Große Politik* 26, 1, S. 217). ...zurück...

52 [1/628] Lord Edward Grey: *Twenty-five years* 1, S. 183. Es kam schon während des Weltkrieges im Mai/Juni 1916 zu einer amtlichen Kontroverse zwischen der deutschen und englischen Regierung über diesen Gegenstand. ...zurück...

53 [2/628] H. Nicolson, *Lord Carnock*, S. 284 ff. ...zurück...

54 [1/629] Beilage eines Berichtes von Graf Pourtalès an Bülow, 5. 4.1909 (*Große Politik* 26, 2, 740 Anm.). ...zurück...

55 [2/629] Man hegte in Wien den Argwohn, die englische Regierung habe es auf einen europäischen Krieg abgesehen, um während des allgemeinen Brandes mit der deutschen Flotte aufzuräumen. Grey bezeichnete diese Annahme als absurd und albern: sie stehe in völligem Gegensatz zu der Politik der englischen Regierung und sei den Anschauungen des Landes fremd. Cartwright an Grey 21. Dezember, Grey an Cartwright 23. Dezember (*Brit. Dok.* 5, 1386 f.). ...zurück...

56 [3/629] Bericht des Grafen Mensdorff: 12. November 1908 (*Österreich-Ungarns Außenpolitik* 1, S. 426). ...zurück...

57 [1/630] Graf Khevenhüller: 11. November 1908 (ebenda 1, S. 419). ...zurück...

58 [2/630] Privatbrief Aehrenthals an Szögyény: 15. Dezember 1908 (ebenda 1, S. 602 f.). ...zurück...

59 [3/630] Von der Rede von Milowanowitsch in der Skuptschina sagte der *Daily Graphic*: "In jedem anderen Staate würde eine solche Rede aus dem Munde eines Ministers einer Kriegserklärung gleichkommen." ...zurück...

60 [4/630] Metternich an Bülow: 5. und 7. Januar 1909 (*Große Politik* 26, S. 393 ff.). "England hat dadurch, daß es den türkischen und russischen Standpunkt unterstützt, die Lage verschärft, aber nicht hervorgerufen." Später äußerte er sich schärfer, so zu Haldane am 25. Oktober 1909: Die Balkankrisis würde ohne das Eingreifen Englands überhaupt nicht entstanden sein (*Gr. Pol.* 26, 859). ...zurück...

61 [1/631] Tschirschky an Ausw. Amt: 25. Oktober 1908 (*Große Politik* 26, 2, S. 428 f.). ...zurück...

62 [2/631] Die Frage wurde damals auch offiziös behandelt (vgl. "Deutsche Intrigue gegen England während des Burenkrieges von einem Wissenden". *Deutsche Revue*, September 1908, S. 257 bis 263, vgl. oben **S. 504 f**). ...zurück...

63 [3/631] Schon Tirpitz hatte in Rominten am 28. September das Interview als "recht bedenklich" bezeichnet. ...zurück...

64 [1/632] Siehe oben **S. 505**. ...zurück...

65 [2/632] Siehe **S. 558**. ...zurück...

66 [1/633] Bezeichnend die Äußerung des Königs von Sachsen zu dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe (März 1897): "Dazu gehörten auch die verbündeten Fürsten, und diese würden nie zustimmen, da sie nicht das nötige Vertrauen auf die Stabilität in dem Vorgehen des Kaisers hätten." Hohenlohe 3, S. 321. ...zurück...

67 [1/635] Holstein an Eulenburg: 7. Februar 1895 (Haller, a. a. O., S. 177). ...zurück...

68 [2/635] Haller, S. 245 f. ...zurück...

69 [3/635] "Für eine maßvolle Anwendung des außer in Petersburg und Konstantinopel sonst in der europäischen Welt gangbaren Systems verfassungsmäßigen Zusammenwirkens." Holstein an Eulenburg: 9. Februar 1896; Haller, a. a. O., S. 193. ...zurück...

70 [4/635] Holstein an Eulenburg: 25. Dezember 1895 (ebenda, S. 184). ...zurück...

71 [1/636] Zu Bülows Art, sich gleichzeitig der unterstützenden Einwirkung Eulenburgs auf den Kaiser zu versichern, vgl. Haller, a. a. O., S. 258 f. ...zurück...

72 [2/636] Im November 1899 urteilt Graf Philipp Eulenburg: "Er ist unverändert in seiner explosiven Art. Sogar härter und plötzlicher in seinem Selbstgefühl großer Erfahrung, die keine Erfahrung ist. Seine Individualität ist stärker als die Wirkung der Erfahrung." ...zurück...

73 [1/639] Nach den Erinnerungen Bülows Bd. 2, 377 ff. ist der Kaiser am 17. November auf diese Erklärung erleichtert und dankbar eingegangen. Valentini, *Kaiser und Kabinettschef*, S. 104, erzählt: "Er war blaß und erregt, und ich hatte den Eindruck, daß er nur momentan und zum Schein dem Druck nachgegeben habe, dem Kanzler aber diese Stunde nie vergeben werde." In den nächsten Tagen war noch von Abdankung die Rede, am 22. November fällt sogar vom Kaiser das Wort: "von Politik wolle er nie wieder etwas hören." ...zurück...

74 [1/640] Frhr. v. d. Lancken, *Meine dreißig Dienstjahre*, S. 87. ...zurück...

75 [1/641] *Meine diplomatischen Wanderjahre* 1, S. 387. ...zurück...

76 [2/641] Szögyény an Aehrenthal: 17. Februar 1909 (*Österr.-Ung. Außenpol.* 1, S. 835 ff.). ...zurück...

77 [3/641] Valentini, a. a. O., S. 106. ...zurück...

78 [1/642] Das Schreiben des Kaisers Wilhelm II. an Fürst Bülow vom 13. Dezember 1908 und seine Randbemerkungen zu dem Immediatbericht Bülows vom 14. Dezember 1908 sind charakteristisch für den wiedergewonnenen selbständigen und kühl veränderten Ton des Monarchen. *Große Politik* 20, 1, S. 369-376. ...zurück...

79 [2/642] *Memories and Records* 1, S. 188 f. ...zurück...

80 [1/643] B. Schwertfeger, *Zur europäischen Politik 1897 - 1914*: 3, S. 146. ...zurück...

81 [2/643] Über diese Vorstufen der Bündnisverpflichtung vgl. oben **S. 340 ff.**, **364 f.** und **412**. ...zurück...

82 [1/644] Frh. v. Conrad, *Aus meiner Dienstzeit* 1906, I, 631 - 634, 379 - 406. Heinrich Kanner, *Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage* (1929) und zahlreiche Aufsätze in der Zeitschrift *Der Krieg* (1928 - 1930). S. B. Fay legt Wert darauf, daß es sich nicht um eine Militärkonvention handle. Graf Montgelas, *Die Kriegsschuldfrage* 1928, S. 570 ff.: R. Kiszling ebenda 1926, S. 820 - 833. ...zurück...

83 [1/645] Dazu Jäckh, *Kiderlen-Wächter* 2, S. 26 f. ...zurück...

84 [2/645] "Wenn der Schritt fehlschlage, ziehe er sich zurück und lasse den Dingen ihren Lauf." ...zurück...

85 [1/646] Sonst hätte er dem Kaiser nicht am 22. März telegraphieren können: "*Prince Bülow's last proposal... seems to indicate Germany's wish to find a peaceful way out of the present difficulties. I am heartily glad of this and have instructed Iswolski to show every disposition to meet him halfway.*" ...zurück...

86 [2/646] Es wäre eine interessante Aufgabe, dem Umsichgreifen dieses Schlagwortes nachzugehen. Die Mittelmächte hatten allen Grund, das Schlagwort nicht in ihren Sprachgebrauch aufzunehmen, wie Frhr. v. Conrad auch den deutschen Diplomaten auseinandersetzte. ...zurück...

87 [1/647] Nicolson an Grey, 24. März 1908. *Brit. Dokum.*, Bd. 5, Nr. 761. ...zurück...

88 [2/647] Nicolson, *Lord Carnock*, S. 304 ff. ...zurück...

89 [3/647] Deutsche Akten: *Gr. Pol.* 28, 83 - 143. Englische Akten: *Brit. Dok.* 6, 398 - 471. ...zurück...

90 [4/647] McKenna berief sich später dem deutschen Marineattaché gegenüber auf eine private und glaubwürdige Information, wodurch die deutschen amtlichen Angaben Lügen gestraft seien. Er trug nicht einmal Bedenken, von einem seiner privaten Freunde zu sprechen, der in einer Winternacht über das Eis hinüber nach der Schichauwerft gegangen sei und die Helling besucht habe. 10. Juli 1911 (*Gr. Pol.* 28, 425). ...zurück...

91 [1/648] Die deutsche amtliche Auskunft gab die Zahl der Ende 1912 fertigen Schiffe auf 13 an. McKenna dagegen sprach von den 13 zu Ende 1911 fertigen und von 17 im Jahre 1912 fertigen Dreadnoughts. ...zurück...

92 [2/648] Kriege an Schoen 26. März 1909. ...zurück...

93 [3/648] Bei Bülow, a. a. O. 2, S. 429 ff. ...zurück...

94 [1/649] *Große Politik* 28, S. 168 ff. ...zurück...

95 [1/650] Bülow, a. a. O. 2, S. 431 - 437. ...zurück...

96 [1/651] Der einzige außenpolitisch erfahrene Kandidat war Graf Monts, von dem Bülow scharf abriet. Daneben ließ der Kaiser die Grafen August und Botho Eulenburg befragen, dachte auch einen Augenblick an den **General v. d. Goltz**. ...zurück...

Kapitel 2: Das Nahen des Weltkrieges

1. Politisch geistige Atmosphäre um 1910.

Wer die fünf Jahre von dem Sturze Bülows bis zu dem Ausbruch des Weltkrieges unter einem beherrschenden Gesichtspunkt zu durchdringen sucht, läßt sich leicht verführen, sie als die Epoche eines zwangsläufig abrollenden Schicksals, als die Vorbereitung eines unabwendbaren Krieges zu deuten. Eine solche Auffassung, so leicht sie sich scheinbar durch eine Unsumme von Einzelheiten stützen ließe, trifft einmal nicht für den ganzen Zeitraum zu; auch innerhalb seines Ablaufes wird es immer wieder Momente der Entspannung geben, in denen der Silberstreifen einer friedlichen Lösung am Horizonte sichtbar wird. Sie trifft aber ebensowenig zu für den Gesamtkreis der die große Verantwortung tragenden Staatsmänner. In diesem Kreise, in dem das Wesen der Gefahr immer deutlicher erkannt wurde, ist doch eine sehr differenzierte Stufenleiter der letzten Verhaltungsweisen zu bemerken: sie geht aus von denen, die ehrlich entschlossen sind, dem drohenden Schicksal sich entgegenzuwerfen, und führt durch alle Möglichkeiten derer, die zwar dem kriegerischen Ausgang sich zunächst zu entziehen trachten, aber mit der Zeit sich an seine Unvermeidbarkeit, oder doch an seine Gegebenheit unter gewissen Umständen gewöhnen, um, nach der Salvierung des Gewissens als des letzten Vorbehalts, den Entschluß zu vollziehen, leichten Herzens oder mit zitternder Hand. Der eindeutige "Kriegswille" dagegen ist in der Regel auf den militärischen Berufskreis be-

schränkt, überhaupt nur in einzelnen Gestalten ungebrochen nachweisbar. Wer das ganze Geschehen unaufhaltsam ansteigend in diesen fünf Jahren der Katastrophe zudrängen sieht, darf auch nicht außer acht lassen, daß damals die dunkle Generalansicht keineswegs dominiert. Gewiß ist die Darstellung, mit der Fürst Bülow im Sommer 1913 das fünfundzwanzigjährige Jubiläum der Regierung Kaiser Wilhelms II. begleitete, bewußt auf eine optimistische Deutung der Dinge eingestellt; schon daß sie in dem Jahre vor dem Kriege von einem Staatsmann, der noch ernsthaft mit der Rückkehr in die Staatsleitung rechnete, geschrieben werden konnte, sollte doch davor warnen, dem verworrenen Lauf der weltgeschichtlichen Ereignisse einzig und allein die furchtbare Sinndeutung zu geben: den Niagara hinab!

Mehr und mehr tritt man in einen Problemkreis ein, der später vornehmlich von dem wilden Parteigeist der Nationen, welcher nur eindeutige Urteilssprüche kannte oder wollte, durchwühlt worden ist, also im Grunde von den Gewalten, in denen sich die Kämpfe der Vorkriegszeit und Kriegszeit fortsetzen und steigern: indem sie sich aus dieser Quelle ableiten lassen, ist über ihre Bewertung alles gesagt. Seitdem man in **Versailles** des Brennus Degen in die Waage der Gerechtigkeit zu werfen suchte, ist zwar nicht alles Bemühen erloschen, die Frage nach dem Ursprung des Krieges mit Gewalt zu entscheiden. In ihrer Mehrheit aber ist die Welt sich darüber einig geworden, daß dieser angebliche Richterspruch mit historischer Erkenntnis nichts zu tun hat; eine Position dieses größten Fälschungsversuches in der Weltgeschichte nach der andern ist verlassen worden; der Rückzug von der Kriegsschuldthese von 1919 ist unaufhaltsam. Man fängt aber auch an, allmählich die Beweisverfahren einzustellen, die mit scheinbar wissenschaftlicher Methode unendlich viele "schuldhafte" Momente zu ermitteln und aus der Summe solcher Rechtstatsachen ein letztes Urteil, ja sogar eine Rangordnung des Schuldanteils der Völker, wenn auch mit sehr verschiedenen Ergebnissen, aufzustellen suchen. Denn man kann sich nicht gegen die Erkenntnis verschließen, daß ein derartiges historisch-juristisches Ermittlungsverfahren selbst in den sterilisierten Händen der Neutralen eine endgültige und allgemeinverbindliche Entscheidung nicht zu fällen vermag.

Wir sehen uns in diesen Jahren vor dem Weltkriege einer doppelten Tatsache gegenüber. Einmal einer fortschreitenden objektiven Verschärfung des Spannungszustandes unter den Völkern - daneben aber einem wachsenden Sichbewußtwerden der Gefahr, in den Völkern und bei ihren verantwortlichen Führern, einer Summe von Bestrebungen, dem Verhängnis zu entgehen. Ein leidenschaftlicher Zweikampf der den Krieg fördernden und der ihn hemmenden Triebkräfte ist seinem Ausbruch vorangegangen. Inmitten des einen Lagers, wo der Zündstoff, der im ungünstigen Augenblick zur Explosion führen muß, sich immer höher türmt, hat man vor allem zu unterscheiden: welchen Anteil die Führung der Weltpolitik durch England, der von ihr aus auf die Gegenseite ausgeübte Druck an diesem Prozesse hat; welchen Anteil die anderen aktiven und ihre eigenen Ziele verfolgenden Glieder der Gruppe, in stetem Zusammenspiel untereinander, im weiteren Verlaufe an sich reißen; und welche Gegenkräfte schließlich in dem ebenso aktiven, wenn auch bereits in die Defensive gedrängten Lebenswillen der deutschen Politik entbunden werden. Entsprechend ist in dem entgegengesetzten Lager, wo die Friedenspalme herrscht, doch wieder abzuwägen, was positiv geleistet wird, um Friedensworte durch einen wirklichen Friedenswillen zu ersetzen und diesen Willen zur Tat werden zu lassen. Solche Untersuchung wird nicht immer scharf scheiden können, was Friedensmittel und was Kriegsmittel sind. Eine Macht kann mit drohender Stärke auftreten, um einen notorischen Kriegswillen auf der anderen Seite einzuschüchtern oder auszulöschen; sie kann aber mit denselben Mitteln auch eine umgekehrte Wirkung ausüben auf eine Politik, die von Haus aus mehr friedlich als kriegerisch war und nur durch diese Form des Dazwischentretens genötigt wird, nach dem Schwerte zu greifen. Auch der reine Wille derer, die einen Krieg vermeiden wollen, kann schließlich von den "Umstanden" hinweggeschwemmt werden: von den traditionellen Geboten der Staatsräson, von dem objektiven Zwang politischer Situationen, von den Instinkten und Leidenschaften der Tiefe, kurzum von jener Atmosphäre der Vorkriegszeit, die, selber das Erzeugnis einer verworrenen Entwicklung, dann doch wieder zu etwas Eigenwüchsigem wird, dem Schicksal gleich, das man nicht fassen und verantwortlich machen kann. Vor allem stellt sich heraus, daß unter den

Kriegsmotiven gefährlicher noch als der eingestandene eigene Offensivwille wirken kann die Sorge vor einem fremden Offensivwillen und das Schreckbild, das man - mit mehr oder minder Recht - sich davon vortäuscht, die blasse Furcht vor den Folgen einer friedlichen Entschließung.

Daß in gewissen Situationen in der Politik der Mächte Stimmungen friedlichen Durchhaltens und Regungen einer bewußt-unbewußten Kriegsbereitschaft fast unlösbar - so daß man kaum auf den Grund sehen kann - ineinander verflochten sind, soll nicht bestritten werden: in der Regel aber lassen sich die beiden Möglichkeiten doch scharf voneinander scheiden. Dabei läßt sich immer von neuem feststellen, daß das weiter und weiter um sich greifende System von Gruppenbildung mit der Verfeinerung und Durchbildung des politischen Apparates auch zugleich seinen kriegerischen Sinn auflockert und anregt. Insbesondere werden die kleineren Völker oder gar die unterirdischen Gewalten halberwachter Nationalitäten sich viel unbedingter dem offensiven Element in der Politik der großen Mächte zu eigen geben und deren kühle Berechnung mit ihrer revolutionären Ursprünglichkeit steigern. Dem leitenden Staatsmann einer Großmacht kann man auch im tobenden Sturm auf die Hände sehen, wie sie in die Speichen des Steuerrades eingreifen - in den Leidenschaften der öffentlichen Meinung sucht man schließlich vergeblich nach den eigentlichen Verantwortlichkeiten. So ist nichts schwieriger als die Frage, unter welchen Bedingungen der immanente Lebenswille der großen Staaten die den Krieg nicht mehr verschmähende Färbung annimmt, bis er schließlich alle anderen ethischen Antriebe der Menschen ohne jeden Widerstand in seinen Strudel hineinreißt.

Der Lebenswille des deutschen Volkes schien in diesen letzten Friedensjahren in besonderem Maße an die Erhaltung des Friedens in der Welt gebunden zu sein. Die in dauerndem Steigen begriffene Wohlfahrt, das wachsende Verhältnis, in dem sie sich in der ganzen Welt entfaltete und verwurzelte, die zunehmende Gewagtheit dieser weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Anlage der Kräfte, alles bedurfte des Friedens. Jener wirtschaftlich-soziale Umbildungsprozeß, den wir immer wieder verfolgt haben, war bis unmittelbar vor dem Kriege in gleichmäßigem Wachstum begriffen. Die Bevölkerung wurde im Jahre 1914 auf 67,8 Millionen geschätzt, und noch immer vermochte die sich weiter industrialisierende Gesamtwirtschaft ihren Überschuß aufzunehmen; die Auswanderung war seit den achtziger Jahren immer sichtbarer zurückgegangen, sie betrug in den Jahren vor dem Weltkrieg nur noch im Durchschnitt 20 000 Menschen.

Ohne stillezustehen war der Prozeß der Industrialisierung vorangeschritten. Auch die Engländer vermochten mit nüchterner Beobachtung festzustellen, welche Momente diesen beispiellosen Aufstieg im Verhältnis zu ihrem alten Vorsprung begünstigten. In den alten Industrien war Deutschland mit allen Vorteilen einer ganz neuen technischen Ausstattung der Betriebe und ohne das Hindernis einer traditionellen Organisation emporgekommen. Dabei hatte es von Anfang an den großen Wert der Anwendung der Wissenschaft auf die Industrie und die Notwendigkeit ihrer engen Zusammenarbeit erkannt.[1] Der deutsche Handel entwickelte ein Maß von Anpassung und Beweglichkeit, wie sie dem konservativen Verhalten seines reicheren englischen Rivalen immer ferngelegen hatte. Wenn der Wert der Ausfuhr Großbritanniens von 1873 bis 1912 von 7 425 auf 10 713 Millionen Mark gestiegen war, so wuchs er in demselben Zeitraum in Deutschland von 2 302 auf 10 097 Millionen Mark; aber auf der langen Linie dieses Wettbewerbes waren beide Völker wechselseitig ihre besten Kunden geblieben. Der Anteil Deutschlands an der Handelsschiffahrt der Welt stieg von 7,4% im Jahre 1891 auf 10,1% im Jahre 1911, die Zahlen der Eisen- und Kohlenproduktion setzten ihren Marsch nach oben ohne Unterbrechung fort; aus der Wirtschaftsstatistik jedes Jahres strahlte Zuversicht und Verheißung.

So war der deutsche Volksreichtum in einem springenden Aufstieg begriffen. Unmittelbar vor dem Weltkrieg wurde er auf 310 Milliarden Mark und darüber geschätzt,[2] er hatte den alten Reichtum Frankreichs schon überflügelt und blieb nicht mehr weit - so hatte es wenigstens den Anschein - hinter den Zahlen Großbritanniens zurück. Die Sparkasseneinlagen zeugten davon, wie tief die Verbreitung einer gewissen Wohlhabenheit in die mittleren und unteren Schichten hinabreichte.

Früher hatte die auswärtige Kritik mit Vorliebe von den Hungerlöhnen und der geringen Lebenshaltung des deutschen Arbeiters gesprochen. Jetzt kamen die englischen Arbeiter in die deutschen Industriereviere herüber und überzeugten sich zu ihrer Überraschung davon, daß die tragende Menschenschicht dieser neudeutschen Industriewelt sich eines menschenwürdigen Daseins in Wohnung, Kleidung und Ernährung erfreute. Lloyd George konnte sich nicht genug tun, die heilsame Wirkung der deutschen staatlichen Versicherungseinrichtungen (die damals noch die Schattenseiten weit überwog) auf die soziale Lage zu preisen, um wesentliche Bestandteile in die englische Gesetzgebung zu übernehmen.

Das ganze Gebäude dieses wilhelminischen Deutschlands hatte aber auch seine Mängel und Kehrseiten. Sie hingen zum Teil mit der allgemeinen geistig-sittlichen Haltung des Zeitalters zusammen, mit dem Anwachsen oberflächlicher Genußsucht, mit der Verweltlichung und Mechanisierung des Lebens. Sie waren auf deutschem Boden darum um so sichtbarer, weil hier der Umschwung mit am raschesten erfolgt war und in die historischen Werte der deutschen Art am rücksichtslosesten eingriff. Manche lauten Gesten der Überheblichkeit, die durch alle Klassen gingen, ließen erkennen, daß die innere politische Selbsterziehung der Nation mit dem äußeren wirtschaftlichen Aufstieg nicht gleichen Schritt gehalten hatte. Vor allem beunruhigte die Spannung zwischen den anschwellenden ökonomisch-sozialen Energien,die einen neuen deutschen Menschentypus schufen, und den politischen Formen, in denen sie einen Anteil an der Entscheidung über die Lebensaufgaben der Nation fanden. Insbesondere war man sich auf den Höhen des deutschen Lebens sehr wohl bewußt, daß die äußere Macht, die dieser arbeitsame Emporkömmling zu entfalten verstand, nicht eigentlich einen ihr eigentümlichen Stil des deutschen Lebens als ein wertvolles Gut trug, und bemühte sich, dem "deutschen Gedanken in der Welt" einen vertiefteren Inhalt zu geben. Auch die unparteiischen Zuschauer unter den Völkern waren nicht geneigt, den Deutschen die Gabe zuzubilligen, durch die Geistigkeit und Beherrschtheit ihrer Machtausübung mit der Tatsache der Macht auszusöhnen.

Es war nicht eigentlich die imperialistische Form der Betätigung, die der Lebenswille dieses Reiches angenommen hatte, was Bedenken erregte: sie war in diesem Zeitalter wohl unvermeidlich, wenn man nicht rettungslos zurückbleiben wollte. Zwar bekämpfte die deutsche sozialdemokratische Opposition die Stützen dieses Systems, die hochgesteigerten Schutzzollmauern, die Last der militärischen und maritimen Rüstung, und fürchtete vor allem die Verlockung zu immer weiterem Ausgreifen in der Welt. Aber sie konnte nicht leugnen, daß der aufsteigende vierte Stand seinen Anteil an den Früchten dieser Politik hatte - wie einst der englische Arbeiter an dem industriellen Aufstieg in der Freihandelsära. Ein orthodoxer marxistischer Kopf wie Rosa Luxemburg mochte sich damit begnügen, den Imperialismus als den politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Kampfe um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus zu definieren und damit zu verurteilen. Aber gerade in den Jahren vor dem Weltkriege waren vorgeschrittene sozialdemokratische Theoretiker damit beschäftigt, der deutschen Arbeiterschaft die Notwendigkeit deutscher Kolonialpolitik und imperialen Wettbewerbs in den Resten dieses "Weltmilieus" zu erweisen. Es war kaum drei Jahre vor dem Weltkrieg, daß der Sozialist Gerhard Hildebrand eine Stimme erhob, die damals zuerst wie eine Überraschung wirkte.[3] Nach einem ersten Menschenalter neudeutscher Kolonialpolitik war das Verständnis für diese Dinge noch ein Stockwerk tiefer in die Fundamente des deutschen Hauses hineingewandert, wenn es hier hieß: "Kein Volk, das in seiner eigenen Entwicklung bedroht oder ungebührlich eingeschränkt wird, braucht sich um des lieben Friedens willen die allmähliche, im einzelnen oft fast mörderische Einschnürung seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit widerstandslos gefallen zu lassen. Darum wäre es kein unsozialistischer Schritt, kein Rückfall in nationalistische Tendenzen, keine Unterstützung kapitalistischer Sonderinteressen, wenn die Arbeiter der kolonial benachteiligten Länder Deutschland (und Italien) in der gegenwärtigen Situation erklären würden: »Wir sind für den Frieden, aber nur für einen Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Wir sind es der Zukunft unseres Volkes, der Zukunft unserer Kinder schuldig, daß wir die koloniale Sicherung der benachteiligten Volkswirtschaften erstreben und

durchsetzen, mögen die Hindernisse so groß sein, wie sie wollen.«"

Das war noch eine vereinzelte Stimme aus dem sozialdemokratischen Lager, aber sie öffnete die Tore zu einer Stimmung, die sehr rasch um sich griff. Denn diese Sozialdemokratie, die als Parteiorganisation im mächtigen Wachsen blieb, hatte nun einmal ihren Anteil an der Sicherheit, die das starke Reich seinen Arbeitermassen bot, und an dem wirtschaftlichen Aufschwung, der, von dem Ganzen ausgehend, allen Teilen und insbesondere auch der sozialen Lage der Arbeiterschaft zugute kam; unausgesprochen gewann sie einen Teil ihres Selbstbewußtseins auch aus der Zugehörigkeit zu einer der stärksten wirtschaftlich-politischen Organisationen der Welt. Wohl wandte sie prinzipiell diesem Staate viel feindlicher den Rücken, als der politische Sinn der englischen Arbeiterschaft es jemals auf sich genommen hätte; aber gerade in den Jahren vor dem Kriege sieht man die verschwiegene Sehnsucht nach einer Politik auf dem Boden des Staates und der nationalen Gemeinschaft immer lebendiger durchbrechen.[4]

Die Kehrseiten des wilhelminischen Staates sind nach dem großen Zusammenbruch in die grellste Beleuchtung getreten, aber man hat keinen Grund anzunehmen, daß seine innerpolitischen Spannungen nicht auf dem Wege einer normalen Entwicklung hätten überwunden werden können. Der Weg, der hier vom März 1890 bis zum August 1914 zurückgelegt wurde, spricht für sich selber. Der Kaiser, mit seiner beweglichen Mischung sehr rückständiger und sehr moderner Züge, war doch vor allem ein Repräsentant dieser neudeutschen Modernisierung des Lebens; er war längst dazu gelangt, die innere Entwicklung ihren eigenen Lebensgesetzen zu überlassen und sogar - wie es in der Stunde des Kriegsausbruchs geschah - die Brücke in das Lager der Arbeiterschaft zu schlagen. Das eigentliche Problem des deutschen Staates lag nicht im Innern, trotz der scheinbar weltweiten Spannungen, sondern im Äußern.

Der kunstvoll verschlungene Interessenbereich dieses Reiches der Mitte war über seine natürliche Lage weit hinausgewachsen. Als man mit kolonialen Gründungen begann, hatte man sich unbekümmert gesagt, daß man sie gegen England nicht werde behaupten können. Jetzt reihte sich eine schwerwiegende Frage an die andere: ließ sich diese ganze über die Welt verstreute Kolonialwelt, in der eine solche Summe deutscher Arbeit und Energie steckte, in einem Kriegsfalle halten? ließ sich die Handelsschiffahrt, in der ein großer Teil des Volksvermögens angelegt war, mit allen überseeischen Kapitalanlagen vor der Wegnahme sichern? konnte der Industrie der Bezug der unentbehrlichen Rohstoffe und der Absatz ihrer Fabrikate sichergestellt werden? konnte in einem längeren Kriege überhaupt die Ernährung des deutschen Volkes gewährleistet werden? Die Antwort mochte nur immer lauten: daß der Besitz einer starken Flotte die wirksamste Garantie dafür sein würde, diesen Interessenbereich - der an das Leben der Nation selber rührte - unter einen ausreichenden Schutz zu stellen. Wenn diese Flotte so stark sein würde, daß auch die stärkste Seemacht sich scheuen würde, sie anzugreifen, so sei das Ziel erreicht. Wenn nun aber die stärkste Seemacht zu einer Politik der Abwehr griff und alle erreichbaren Mächte der Erde mit der Front gegen Deutschland zusammenschloß, dann konnte die Einschnürung vorher so weit getrieben werden, daß der ehrlichste Friedenswille nicht mehr standhielt. In einem solchen Falle, mit einer unterlegenen Flotte, drohten die ganzen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Außenpositionen des Reichs, einem Turm zu Babel gleich, zusammenzustürzen. Als man im Jahre 1879 im Deutschen Reiche zum Schutzzoll überging, hatten die Nationalökonomen zum erstenmal die Frage der Ernährung Deutschlands erörtert: bei einem Kriege nach Osten stehe der Westen, bei einem Kriege nach Westen der Osten offen, selbst einem Zweifrontenkrieg (Rußland - Frankreich) gegenüber sei man durch die englische Zufuhr gedeckt; wenn aber auch England - so hatte man damals hinzugefügt - sich zu unseren Feinden geselle, so sei man überhaupt verloren. Jetzt mußte man auch dieser Möglichkeit entgegensehen.

Und wenn dieser Abhängigkeit über See immer noch mit Recht entgegengehalten wurde, daß die eigentliche Kriegsentscheidung doch auf dem Kontinent erfolge, so war ernsthaft nachzuprüfen, wie

neben der machtvoll angewachsenen Stellung des Deutschen Reiches die Treue und die Leistungsfähigkeit seiner Verbündeten im Dreibund sich entwickelt hatte. Auch hier ergab sich eine problematische Ansicht der Dinge.

Wir haben zuvor einen Blick zu werfen auf den Kreis der Männer, denen in diesen Jahren das Geschick des Reiches anvertraut war.

Von dem Kaiser hat kein Geringerer als sein eigener (ältester) Sohn es ausgesprochen, daß sein Selbstvertrauen unter den Eindrücken der Novemberkrisis im Jahre 1908 einen Bruch erlitten habe, von dem es sich niemals ganz erholt habe. Seine bis dahin unverzagte Entschlußfreudigkeit und Willenskraft sei in jenen Tagen geknickt worden; der Keim zu vielen der Unsicherheiten und Schwankungen im letzten Jahrzehnt seiner Regierung liege in jenen Tagen; fortan habe er mehr und mehr die Geschäfte an die verantwortlichen Ratgeber in den Kabinetten gleiten lassen und die eigne Stimme bis zur völligen Ausschaltung seiner Meinung zurückgehalten.[5] So ausgesprochen war nun dieser Umschwung nicht. Das Selbstvertrauen des Kaisers war schon in den Jahren vor der Novemberkrisis - wie wir gesehen haben - nicht mehr das alte, und er erscheint anderseits sogar in den Wesenszügen seiner Natur auch später unverändert. Das Neue ist nur, daß der Kaiser sich in Kundgebungen nach außen hin scharf zurückhielt; er konnte in England gelegentlich ein Gespräch mit einem Minister mit der Begründung ablehnen: ich bin ein konstitutioneller Monarch. Er wünschte um keinen Preis sich in der öffentlichen Meinung eine neue Blöße zu geben. In seinen Kompetenzen aber erhob er denselben Anspruch wie früher. Daß der Souverän der Leiter der äußeren Politik sei, hat er seinem neuen Kanzler schon im ersten Jahre vorgehalten, und wo die äußere Politik, wie in der Flottenfrage, sich mit seiner Stellung als oberstem Kriegsherrn berührte, hat er nur um so unbedingter auf seiner Entscheidung bestanden. In seinen Randbemerkungen äußert er sich mit dem - zwischen den Gegensätzen sprunghaft hin- und hergeworfenen - alten Temperament. Allerdings, die freudige Unbekümmertheit der Anfänge ist vor dem Ernst der Zeit gewichen.

Von seinem neuen Ratgeber, dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, ist mit Recht gesagt worden, er sei eine der wenigen völlig unangreifbaren Gestalten in der Vorkriegszeit.[6] Aber das deutsche Volk wird bei der Bewertung des letzten Kanzlers der Kaiserzeit noch nach einem anderen als dem hier gemeinten ethischen Maßstab suchen. Bethmann Hollweg war zwar nicht so frei von Ehrgeiz, daß er ein Amt, für dessen eigentliche Erfordernis er keine Erfahrung mitbrachte, darum abgelehnt hätte; aber er hat es übernommen aus einer ethischen Verpflichtung. Ja, er trug das übernommene Amt wie etwas ihm Auferlegtes, in einer stoischen Haltung, ohne den vollen Glauben an sich selbst. Von dem tatfreudigen und leichtherzigen Optimismus seines Vorgängers Bülow besaß er nichts, wohl aber einen stark entwickelten Sinn für Verantwortlichkeit und einen angeborenen Mangel an Entschlußfreudigkeit. Seine frühere Laufbahn unterschied ihn von allen seinen Vorgängern. In dem schicksalsvollen letzten Jahrzehnt hatte er als Verwaltungsbeamter dem Staate gedient, als Landrat, Regierungspräsident, Oberpräsident - das Verwalten war immer mehr seine Sache als das Regieren. Wenn er anfangs erklärte, die äußere Politik liege ihm fern, er wolle sie eifrig studieren, um sie selber zu leiten, so mochte das wohl Kopfschütteln erregen.[7] Er war "ein schwerer Pflüger", der jeder Sache auf den Grund ging, und sich nicht für einen Mann des Glückes hielt. Die englischen Staatsmänner fühlten sich bei seiner äußeren Erscheinung an Abraham Lincoln erinnert: die hochragende Gestalt, die sorgenvollen Züge, das ethische Bedürfnis. Inmitten der europäischen Diplomatie war er beinahe eine fremdartige Erscheinung; daß auf dem Boden seiner Eigenschaften keine Weltherrschaftspläne oder Präventivkriegsgedanken gediehen, bedarf keines Nachweises. Es fehlte dem letzten Kanzler des kaiserlichen Deutschlands an jeder Dämonie des Willens, die unerträgliche Spannungen zu sprengen wagt, um eine geschichtliche Ordnung zu schaffen oder zu retten.

Das Gewicht der außenpolitischen Erfahrung Bethmann Hollwegs war nicht so groß, daß er es dem Kaiser gegenüber mit Erfolg hätte zur Geltung bringen können, der seit dem Sturze Bülows dem

Auswärtigen Amte gegenüber ein betontes Selbstgefühl zur Schau trug.[8] Zumal in der ersten Zeit ließ er den Kanzler diese Stimmung fühlen und brachte seinen Willen in einer so straffen Form zum Ausdruck, daß dieser sich fügte.[9] Bei günstiger Gelegenheit erinnerte er ihn daran, "daß der Leiter der auswärtigen Politik, der Souverän", nicht im Dunkeln gelassen werden dürfe.[10] Man beobachtet in der nächsten Zeit bei wichtigen Gesprächen mit auswärtigen Staatsmännern einen peinlichen Mangel an sachlicher Fühlung zwischen Kaiser und Kanzler.[11] Dem Auswärtigen Amt war längst die Praxis geläufig geworden, den Kaiser zur Erleichterung des Geschäftsganges aus einer laufenden Verhandlung auszuschalten, und es hatte sich mehr als einmal herausgestellt, daß auch eine solche Ausschaltung zu schweren Mißständen führen konnte. Sie verbot sich, wenn sie politische Lebensfragen und Entscheidungen von Gewicht berührte.

Das Verhältnis Bethmann Hollwegs zum Kaiser in außenpolitischen Fragen hing von der Wahl seines nächsten Mitarbeiters ab. Das Auswärtige Amt war in diesem Augenblick zu arm an Persönlichkeiten, als daß er nicht einen neuen Mann - nach längerem Zögern - zum Staatssekretär berufen hätte, den Gesandten in Bukarest, Herrn von Kiderlen-Wächter, der vielleicht als der fähigste Kopf des auswärtigen Dienstes galt. Herr von Kiderlen hatte, seitdem er im Jahre 1898 durch seine unvorsichtige Burschikosität in Ungnade bei Wilhelm II. gefallen war, fast ein Jahrzehnt auf seinem entlegenen Posten verbracht; aber er hatte in den letzten Jahren schon mehrfach den Botschafter von Marschall in Konstantinopel vertreten, auch dem Staatssekretär während der bosnischen Krisis zur Seite gestanden - sein Anteil an dem Durchhauen des gordischen Knotens im März 1909 ließ auf eine kräftige Hand schließen. Erst im Sommer 1910 gelang es dem Reichskanzler, seine Ernennung herbeizuführen. Um Ende Juli 1910 trat Kiderlen sein Amt an, um es bis zu seinem plötzlichen Tode (Ende 1912) zu führen. Das Urteil über den Mann, der "zu spät kam und allzu früh wieder ging", ist nicht leicht zu formulieren - eben, weil eine abgeschlossene Leistung nicht vorliegt. Dieser derbe und schlaue Schwabe verfügte über manche Gaben: gesunden Menschenverstand, Mangel an Menschenfurcht und kräftige Nerven. Daß er an Willenskraft und Intelligenz den Durchschnitt der neuen Generation des Außendienstes überragte, ist wohl nicht zu bestreiten; aber seiner Kraft waren auch brutale Züge nicht fremd und seine Erfahrung verschmähte gewagte Mittel nicht. Daß sein Menschentum ihn hoch über seine Umwelt erhoben hätte, kann man nicht sagen, und übertriebene Verherrlichung hat nur berechtigten Einspruch ausgelöst. Aber er erweckte von anderer Seite gewisse Hoffnungen und kam mit dem Entschluß, das heruntergewirtschaftete Prestige des Amtes wiederherzustellen.[12]

Und allerdings, nach den Spannungen und Krisen der letzten Jahre forderte das ganze System der auswärtigen Beziehungen Deutschlands, der Kreis der Freunde und der Kreis der Gegner, zu einer tiefgreifenden Nachprüfung der Fundamente auf.

Der Dreibund war, kurz vor der bosnischen Krisis, in den alten Formen erneuert worden, aber die Frage war, ob dieses älteste Gebilde in der europäischen Staatengruppierung noch denselben Sinn besaß, wie in den Zeiten seiner Begründung.

Schon das Bündnisverhältnis zu Österreich-Ungarn war augenscheinlich auf dem Wege, seinen Wesensinhalt zu verschieben. Während der bosnischen Krisis hatten die bismarckorthodoxen *Hamburger Nachrichten* die deutsche Politik bekämpft, weil sie, zumal in ihrem Vorgehen am 21. März 1909, die Grenzlinien der Bismarckschen Bündnisauslegung überschritten habe; ob diese Überschreitung aber nicht doch notwendig gewesen war, ob die Unerschütterlichkeit des Bündnisses in der damaligen Weltlage nicht vor Europa hätte erwiesen werden müssen, ließ sich nicht allein durch das Anrufen des Reichsgründers entscheiden. Aber das Problem selbst blieb bestehen und konnte in jedem Augenblick erneute Entscheidung erheischen. Noch bei Beginn der bosnischen Krisis hatten die deutschen Bundesfürsten unter Führung Kaiser Wilhelms II. dem greisen Kaiser Franz Joseph zur Feier seines sechzigjährigen Regierungsjubiläums einen gemeinsamen Besuch abgestattet - ein repräsentativer Huldigungsakt, der das großdeutsche

Empfinden an einem vorüberhuschenden Sonnentage freudig erregte. Historische Erinnerungen mochten zurückspringen zu jenem Frankfurter Fürstentag von 1863, als derselbe Habsburger noch die politische Führung dieses selben Fürstenkreises zu übernehmen versucht hatte. Konnte dem Hause Österreich, auch nachdem es die Führung in dem kleineren Deutschland an Preußen abgegeben hatte, mehr als die Nibelungentreue erwiesen werden, die in der Krisis von 1909 ihren Mann stand? Oder konnte nicht gerade dieses schöne, aber gefährliche Wort auch ganz andere Bilder deutscher Größe und Tragik aus der Vergangenheit heraufzaubern? Denn von diesen Nibelungen, die donauaufwärts in das Land Rüdigers von Pechlarn und weiter in das Hunnenland zogen, war keiner zurückgekehrt, nur der unsterbliche Ruhm im Liede war geblieben.

Aber lagen die Probleme des gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Staates noch an dieser Stelle - war selbst das deutsch-österreichische Bündnis vornehmlich unter dem Zeichen seiner weitreichenden Verwurzelung im deutschen Volkstum zu rechtfertigen? Der Staat Franz Josephs empfing seine europäische Signatur von dem Grade, in dem er seiner inneren Nationalitätenkämpfe Herr wurde. Ganz Europa verfolgte gespannt, wie der außenpolitische Gegensatz zu Serbien für die Monarchie zu einer Frage auch des innenpolitischen Verhältnisses zu ihren serbischen und kroatischen Untertanen wurde, und damit die Stellung des Slawentums zum Gesamtstaat überhaupt immer mehr in den Mittelpunkt der Entscheidung rückte. Indem die Opposition der Tschechen auf dem Boden Böhmens und Mährens sich verschärfte, war sie zugleich Jahr für Jahr in den Delegationen zu Vorstößen gegen die Bündnispolitik der Monarchie übergegangen. Der Führer der Jungtschechen, Kramarsch, hatte sich schon vor Jahren nicht gescheut, den Dreibund als ein abgespieltes Luxusklavier zu bezeichnen. Als Kaiser Franz Joseph sein sechzigjähriges Regierungsjubiläum beging, folgten sich auch in Prag die Huldigungen des Adels, der Staatsbeamten, des Parlamentes. In den Straßen Prags aber gab es in diesen Tagen - es war der erste Höhepunkt der bosnischen Krisis! - Barrikadenbau und Straßenkämpfe, wurde das Standrecht wegen Aufruhrs verkündigt. Es war eine revolutionäre Demonstration gegen die Balkanpolitik der Monarchie, aber wenn man tiefer auf den Grund sah, gegen diesen Staat überhaupt, wenigstens gegen das inner- und außenpolitische Gefüge, in dem seine Existenz seit mehr als dreißig Jahren gesichert war.

Seit langem hatten die Mächte der Entente an dieser inneren Problematik der Monarchie mit ihren Hoffnungen und Berechnungen eingesetzt. Der Franzose Erneste Denis forderte in seiner Böhmischen Geschichte die Schüler des Comenius auf, wieder zu Soldaten Ziskas zu werden: "Sie werden in diesem letzten Kampfe alle diejenigen an ihrer Seite haben, die sich vor der brutalen Gewalt zu beugen weigern und für die Völker das Recht der Selbstbestimmung verlangen. Die Tschechen sind zu den höchsten Opfern bereit, um das ruhmvolle Erbe ihrer Helden und Märtyrer aufrechtzuerhalten, wenn die Stunde des Schicksals schlägt." Das war die volle Aufnahme des panslawistischen Programms über die Aufteilung Österreichs in das französische Denken - die Glocken der französischen Revanche läuteten schon den festlichen Tag ein, der mit der Zerschlagung der Habsburgischen Monarchie zu der erhofften Isolierung des Deutschen Reichs führen würde. Seit der bosnischen Krisis begann das kritische Interesse an der inneren Entwicklung Österreich-Ungarns auch nach England hinüberzuspringen - auch hier begann das Verhalten der amtlichen Politik und die Färbung der öffentlichen Meinung sich wechselseitig zu durchdringen.

In noch höherem Grade war die Haltung der Serben und Kroaten im Königreich Ungarn zu einer Angelegenheit Europas geworden, das den Agramprozeß mit leidenschaftlichem Anteil verfolgte. Immer allgemeiner wurde die Überzeugung in der Monarchie, daß es sich in diesen Kämpfen um Lebensfragen handle, die in letzter Stunde noch - wenn man nicht der Auflösung anheimfallen wollte - selbstherrlich gemeistert werden mußten. Schon hatte der Thronerbe, Erzherzog Franz Ferdinand, sich vollends mit dem Gedanken durchdrungen, daß eine trialistische Umgliederung der dualistischen Monarchie erfolgen müsse, wenn man der von den Südslawen drohenden Gefahr begegnen wolle. An den greisen Kaiser Franz Joseph aber, der den Dingen ihren Lauf ließ, trat - wie einst in den Tagen des letzten männlichen Habsburgers, Kaiser Karls VI., der Prinz Eugen von

Savoyen - der Chef des Generalstabs heran, Freiherr Conrad von Hoetzendorf, und verlangte als militärischer Berater den Präventivkrieg gegen Serbien, ja gegen Italien - ehe es zu spät sei. Er mochte bei einem Eintritt in den Krieg, der sofort zu einem allgemeinen Kriege werden mußte, schon die innere Hemmung in der Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns unterschätzen; aber er täuschte sich tatsächlich über die Unbedingtheit, mit der ihm der deutsche Bündnispartner in der gegenwärtigen Weltlage für so weitausschauende Unternehmungen zur Verfügung stand. Für das deutsche Interesse kam es entscheidend darauf an, ob solche Konzeption im Rahmen des Bündnisvertrags und Bündniszwecks angenommen werden konnte. Wenn der Bundesgenosse, halb durch die innerpolitische Spannung gelähmt, halb durch sie zur Aktion vorangetrieben, auf einen Präventivkrieg zusteuerte, dann war auch die Frage des *casus foederis*, ganz anders noch als im Jahre 1887/88, in Berlin gestellt. Für Herrn von Kiderlen stand es nach der Übernahme seines Amtes fest, in Zukunft eine Überschreitung der deutschen Bündnisverpflichtung von Wien aus nicht mehr zuzulassen.

Wenn es bisher Tradition der reichsdeutschen Politik gewesen war, sich von den innerpolitischen Verhältnissen der Nachbarmonarchie nach Möglichkeit fernzuhalten, so mußte man sich in den nächsten Jahren allerdings sagen, daß die Vorgänge in Budapest, Prag, ja in Agram und Trient von wachsender Rückwirkung auf die Außenpolitik sein konnten. Ja, man möchte - von heute aus gesehen - den Gedanken nicht unterdrücken, daß gegen diese dem weiteren deutschen Volksboden nahegerückten Schicksalsmöglichkeiten die überseeischen Abenteuer von Agadir und Angola, Bagdad und Kiautschou in die zweite Linie rücken mußten.

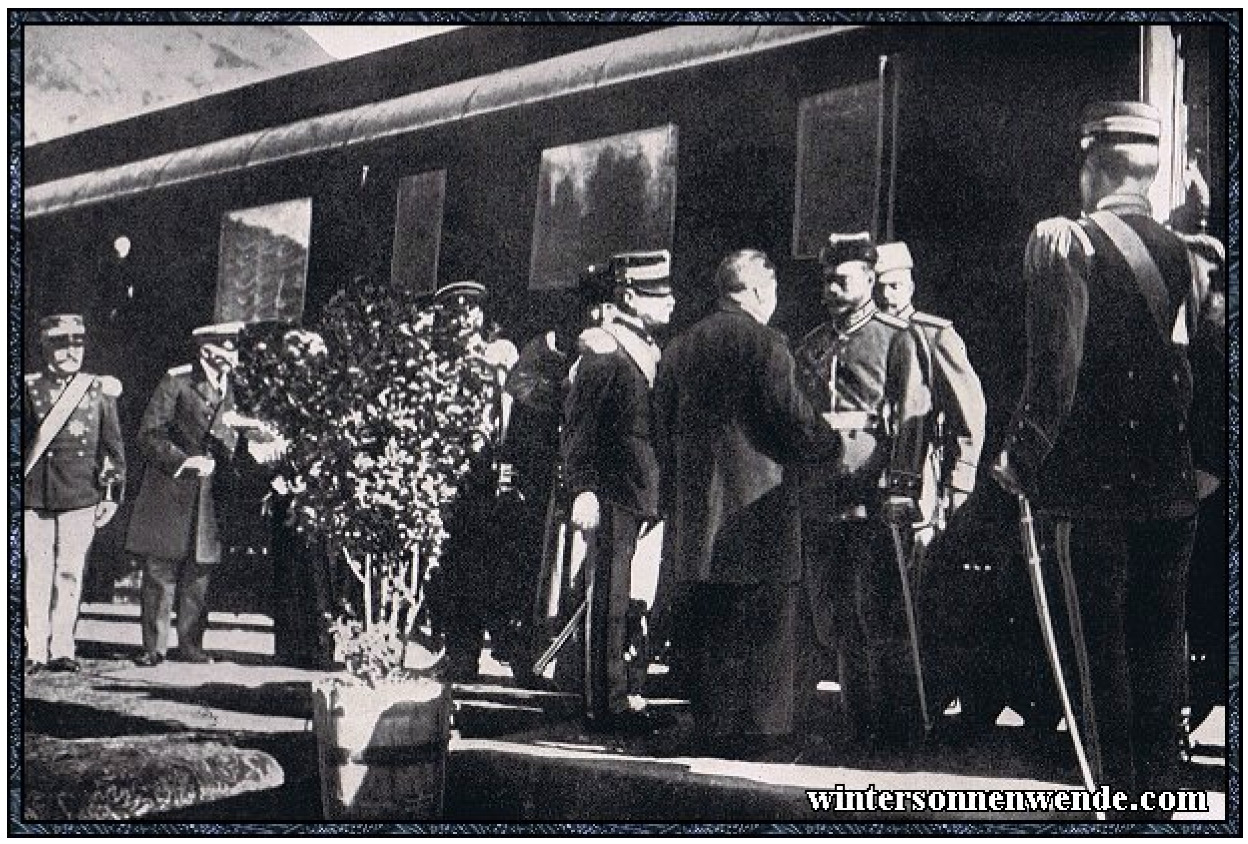
Auch die zweite Dreibundmacht, Italien, besaß ihre Problematik, aber sie lag an einer anderen Stelle. Sie bestand geradezu in der Frage, ob und wie lange noch die Ambitionen, die diesen Staat erfüllten, in der loyalen Zugehörigkeit zum Dreibunde auf ihre Kosten kamen.

Italien war seit Beginn des Jahrhunderts dazu übergegangen, seine Verpflichtungen im Dreibunde, an dem es festhielt, zu kombinieren mit Verabredungen, die es mit Frankreich und England traf. Was ihm am Gewicht der vollen Großmachtstellung fehlte, suchte es durch die Möglichkeiten dieses Doppelspiels auszugleichen. Die Mittelmächte nahmen dieses Verhältnis hin, weil ein formeller Austritt aus dem Dreibund eine Minderung des Prestige in sich geschlossen haben würde.[13] Wohl war im Jahre 1907 der Dreibund stillschweigend erneuert worden. Aber es gab doch zu denken, daß es damals unter den deutschen Diplomaten gerade der Botschafter in Rom, Graf Monts, war, der die Kündigung des Verhältnisses zu Italien in Anregung brachte, ohne in Berlin oder Wien Gehör zu finden.[14]

Diese zweideutige Stellung Italiens im Dreibunde war während der bosnischen Krisis noch unverkennbarer hervorgetreten. So wenig auch die tatsächliche Macht Österreich-Ungarns eine Verstärkung erfuhr, die öffentliche Meinung Italiens ertrug es nicht, in dieser Krisis eine Sache zu vertreten, die auch nur den Anschein erwecken konnte, die Habsburgische Stellung in der Adria auf die Dauer zu befestigen; eher wandte sie ihre Sympathien, für die der damals schon immer wieder gezogene Vergleich zwischen Piemont und Serbien etwas Unwiderstehliches hatte, dem kampflustigen jungen Nationalstaat der Serben zu. Daß dieses Südslawentum eines Tages der Rivale an der Adria werden würde, ließ sich damals noch nicht voraussehen. So lavierte die amtliche Politik zwischen den Parteien. Wenn sie sich schließlich demjenigen anschloß, der im Ernstfall der Stärkere war, so bereitete sie doch schon damals eine nähere Fühlung mit dem russischen Gegner vor.[15]

Diese Annäherung erfolgte auf einer Zusammenkunft des Zaren Nikolaus II. mit dem König Viktor Emanuel in Racconigi (19. - 20. Oktober 1909). Es war ein Vorstoß der Dreiverbandspolitik in den Bereich des Dreibundes, der allerdings eine ungewöhnliche Tragweite annehmen konnte. Denn Italien und Rußland verpflichteten sich wechselseitig, den *status quo* auf dem Balkan

aufrechtzuerhalten, für den Fall der Abänderung aber dem Nationalitätenprinzip, durch normale und friedliche Entwicklung der Balkanstaaten unter Ausschluß aller fremden Herrschaft, die Vorhand zu lassen, und sich der Ausdehnung einer dritten Macht auf dem Balkan mit allen, zunächst



Zar Nikolaus II. in Racconigi 1909 (Italiens Abschwenken zur Entente).

diplomatischen Mitteln zu widersetzen. In einem weiteren Paragraphen gelobte man, in der Meerengenfrage und in Tripolis die Interessen der anderen mit wohlwollenden Augen zu betrachten.

Die Presse der beteiligten Länder legte den Vertrag als eine gegen den Dreibund und hauptsächlich gegen Österreich gerichtete Kundgebung aus. Man sprach höhnisch davon, daß jetzt das von Bismarck erfundene Mittel der Rückversicherung auch von anderer Seite zur Anwendung gebracht werde. Was es für das Schicksal des Orients bedeutete, daß jetzt die italienische Adriapolitik mit dem Schlagwort: der Balkan den Balkanstaaten, verknüpft wurde, wird sich in den nächsten Jahren herausstellen. Noch bedeutsamer aber war die Rückwirkung auf die Gruppierung der Mächte. Man hörte aus russischen Kreisen, daß der Zar nach Italien nicht so sehr als das Staatsoberhaupt Rußlands als vielmehr als der Vertreter und Wortführer der Tripleentente gegangen sei.[16] Unter diesem Gesichtspunkt gewann es noch einen besonderen Sinn, daß er den Boden Österreich-Ungarns umgangen hatte, um nach Racconigi zu gelangen. So stellte man denn auch in England mit großer Befriedigung fest, daß Italien in Zukunft der Entente näher stehe als dem Dreibunde; Grey und Hardinge verschwiegen auch dem serbischen Ministerpräsidenten nicht, welche günstigen Folgen sie von der Wendung erwarteten.[17] In der Tat schien der Prozeß der Herauslösung Italiens aus dem Dreibunde weiterzugehen. Die Entente gewöhnte sich daran, den Italiener auch ferner als Mitglied des Dreibundes zu betrachten,[18] und dieser hütete sich wohl, den Wert seines Flirts mit dem anderen Lager durch vorzeitige Klärung zu verringern. Als im April 1910 der deutsche Reichskanzler in Italien erschien, konnte sich der neue Minister - es war der Marquis di San Giuliano - sogar nicht genugtun, den Dreibund, und daneben die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich und Rußland, als ein Fundament der italienischen Politik zu bezeichnen. Aber auch der skeptischere Aehrenthal gewann im September 1910 wieder den Eindruck, daß die italienische Politik bestrebt sei, sich enger an die beiden verbündeten Mächte zu halten.

Das von England in der Wendung von 1904 begründete politische System ist von deutscher Seite - vielleicht war der Kaiser einer der ersten, der dieser Empfindung den Namen verlieh - als Einkreisungspolitik bezeichnet worden. Gegen diese Charakterisierung haben sich schon damals, mit besonderem Eifer, die englischen Staatsmänner verwahrt, wohl weil sie den offensiven Nebenton des Begriffes vermieden wissen wollten. Aber auch die englische Geschichtschreibung nach dem Kriege lehnt die "Einkreisungspolitik" ab, mit der nun einmal ein höheres Maß englischer Verantwortlichkeit am Lauf der Weltgeschichte anerkannt werden müßte, und beruft sich darauf, daß sich auch in den amtlichen Dokumenten weder der Ausdruck noch der Sinn einer bewußten "Einkreisung" Deutschlands nachweisen lasse.[19]

Was in den Dokumenten nicht mit Buchstaben zu belegen ist, spricht vernehmlich aus der sinnvollen Kette politischen Handelns. Schon als die englische Politik von der französischen Entente (der das Bündnis mit Japan schon vorangegangen war) zu der russischen Entente überging, wurde diese Konzeption von Anfang an von der Vorstellung eines dadurch zu erreichenden Druckes auf Deutschland geleitet. Wenn die deutsche Politik zur Abwehr dieser Gefahr die Drahtleitung nach Petersburg um jeden Preis von neuem zu legen suchte, folgte sie einem natürlichen Defensivbedürfnis, nicht einem frevelhaften Hang zur Intrigue. Freilich, wenn es ihr gelungen wäre, die russische Freundschaft zu einem russisch-französisch-deutschen Kontinentalbunde zu steigern, so würde sie mit dieser Gruppierung England gerade so isoliert haben, wie England seinerseits Deutschland zu isolieren trachtete - nur daß England bei seiner natürlichen Lage eine solche, lange Zeit sogar als Naturform der insularen Politik gepriesene Isolierung nicht gerade als eine Einkreisung empfunden haben würde. Aber das war nun einmal die Anschauungsform, in der sich dem Deutschen bei **seiner** geographischen Lage in Mitteleuropa die Summe der englischen Politik darstellte. Denn diese verband die beiden Flügel der russisch-französischen Zweifrontenlage durch den Riegel ihrer überlegenen Seemachtstellung zu einem riesigen Dreiviertelkreis, der vom Oberrhein abwärts bis in den Kanal, dann über Nord- und Ostsee hinweg, von Litauen bis an die untere Donau reichte, wenn nicht gar bis an die Isonzolinie und in die Dolomiten. Welche unerwartete Lebenskraft, welche Verführung zum Handeln wurde dem Zweibunde durch diese Verbindung, durch diesen den Völkern der Erde nicht verborgen bleibenden Willen des englischen Weltreiches zugeführt!

Jede diplomatische Kraftäußerung dieser Entente hatte die dynamische Wirkung, diese Einkreisung zu verstärken. Dazu diente die Angliederung Serbiens, die Auflockerung der italienischen Dreibundstellung - wir sehen, welche Hoffnungen man in London auf Racconigi setzte. Dazu diente auch das leise und behutsame Zerren an der Bundestreue Österreich-Ungarns, das Vorschieben der publizistischen Angriffslinien in den Nationalitätenbestand der Doppelmonarchie. Immer wieder erörterte die englische Presse, es sei eine "neue Lage" für England dadurch geschaffen, daß man diese Festigkeit des Bündnisses, diese Intimität mit Berlin habe erleben müssen. Nach der bosnischen Krisis wollte die *Times* die Wiederaufnahme vertrauensvoller Beziehungen davon abhängig gemacht wissen, daß die Politik Österreich-Ungarns mit der Deutschlands "nicht identisch" sein werde.[20] Die österreichischen Nationalitätenkämpfe boten genug Gelegenheit, im Sinne des Angriffprogramms von Crowe, das englische Interesse für die Unabhängigkeit der kleinen Völker wie in den Tagen Palmerstons zu beleben. Wie der Franzose Denis der historische Vorkämpfer des Tschechentums, so wurde der Engländer Seton Watson zum publizistischen Anwalt des Südslawentums. Alles, was dem obersten Leitgedanken dieser politischen Isolierung Deutschlands und der Mittelmächte diente, war schließlich eingebettet in jene größere Einkreisungsunternehmung, die wir seit Jahren schon nach Amerika übergreifen sehen. In dem internationalen Handel mit "Publizität" war ein Zusammenschluß der englischen und französischen Betriebe mit ihrem Einfluß auf den amerikanischen Nachrichtenmarkt für die bewußte Formung der Weltmeinung von unabsehbarer Bedeutung.

Aus dem Kreise der Führer der englischen Politik verschwand in dieser Zeit die Persönlichkeit, die

vielen Menschen als die Seele der "Einkreisung" erschien: König Eduard VII. starb am 7. Mai 1910. Das Maß des persönlichen Anteils, das dem König an der weltgeschichtlichen Wendung in seiner kurzen Regierungszeit zugeschrieben wird, ist zwar sehr umstritten.[21] Wenn die englische konstitutionelle Auffassung es liebt, seinen Anteil über Gebühr herabzudrücken, so neigt die deutsche Auffassung dazu, ihn allzu stark aufzubauschen. Die große Wendung selber ist nicht sein Werk, aber er hieß sie von Anfang an willkommen und stellte sich unbedingt in ihren Dienst. Nicht zwar in den eigentlichen geschäftlichen Verhandlungen, die gar nicht seine Sache waren, wohl aber in den vielen vorbereitenden Vorgängen in der Atmosphäre der Höfe, in deren Behandlung er Meister war. Wenn er bei einer Zusammenkunft in Italien im Juni 1909 beiläufig von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Konflikts zwischen England und Deutschland sprach, so erschütterte er seine aufhorchenden Hörer, die sich den Zusammenstoß doch nicht als so unmittelbar bevorstehend vorgestellt hatten.[22] Bei seinen Besuchen am Hofe Kaiser Franz Josephs mußte er zwar vorsichtiger sein, aber der Eindruck, daß er zur Auflockerung des Bündnisses zu wirken versucht habe, blieb trotzdem zurück, so sehr man auch von London bemüht war, ihn auszulöschen.[23] Von englischer Seite ist besonders seine Fähigkeit überliefert, auf seine Berater einzuwirken, indem er sich beraten ließ. Auch der Kaiser wußte, daß sein englischer Oheim zwar die englische Politik nicht gemacht, aber sie durch eine ganz gefährliche, persönliche Note verstärkt habe. Vielleicht hat sein Selbstbewußtsein die ihm verwandte, aber letzten Endes überlegene Art des andern schmerzhaft empfunden: in ihm sah er den persönlichen Gegenspieler, an dem ein gutes Teil seiner eigenen Aspirationen in der Welt gescheitert war. So liest man mit innerem Anteil seine Randbemerkung: "Eine hervorragende politische Persönlichkeit verschwindet plötzlich von der europäischen Bühne, eine merkbare Lücke lassend. In solchem Augenblick verzeiht man manches. Die englische Politik im ganzen *ex officio* wird sich nicht viel ändern. Wohl aber wird sich die Tätigkeit remüanter Intrigenwirtschaft etwas legen, die Europa in stetem Atem hielt und nicht zum Genuß friedlicher Ruhe kommen lassen sollte. Die persönlich inszenierten Kombinationen werden, beim Fehlen des Hauptes, zerbröckeln, denn sie wurden zusammengehalten durch den Zauber des persönlichen Einflusses und überzeugender Redegabe."[24] Ein Urteil, das seine letzte erschütternde Steigerung findet bei Ausbruch des Krieges, wo dem Kaiser die Gestalt seines siegreichen Gegenspielers vor Augen trat in einer Stunde innerer Unsicherheit und qualvollen Zweifels an allem, was er erstrebt hatte.

Die englische Politik erfuhr durch das Ausscheiden König Eduard VII. keine Veränderung. Der neue König, Georg V., der ein persönliches Gewicht gar nicht zur Geltung zu bringen hatte, ging ohne weiteres mit dem Strome.[25] Der verwandtschaftliche Verkehr mit dem Berliner Hofe nahm überhaupt etwas Entfernteres an, übrigens nicht zum Schaden der normalen Beziehungen.

Viel bedeutsamer war, daß die deutschfeindliche Politik des *Foreign Office* gleich darauf eine ausgesprochene Verstärkung erfuhr. Der Botschafter in Petersburg, Sir Arthur Nicolson, wurde als Nachfolger Hardinges an die Stelle des permanenten Unterstaatssekretärs berufen. Die unansehnliche Erscheinung des kleinen Mannes, dem die große Politik Lebenszweck und Lebensinhalt bedeutete, verkörperte fortan, in engem Zusammenwirken mit Sir Eyre Crowe, die Deutschfeindlichkeit der Behörde. Er glaubte an die deutsche Gefahr als an eine "Existenzgefahr" für das britische Reich. Da er es für unmöglich hielt, auf die Dauer sogar in der Flottenfrage gleichen Schritt zu halten, so ergab sich ihm die "logische Konsequenz der wünschenswerten Schwächung durch kontinentale Komplikationen" von selbst.[26] Sein nächstes Ziel war, die Entente mit Frankreich und Rußland - deren Haltbarkeit gegenüber der deutschen Außenpolitik nicht genüge - zu Bündnissen auszugestalten. Gegenüber der eingestandenen Einkreisungsabsicht Nicolsons und Crowes hielt Sir Edward Grey daran fest, das Problem vornehmlich vom parlamentarischen Standpunkt aus zu betrachten: es sei für ihn wichtig, in der Lage zu sein, bestimmte Fragen im Unterhause durch ebenso bestimmte Erklärungen zu beantworten. In seiner Partei paßte der radikale Flügel dem Außenminister - wenn auch vergeblich - immer auf die Finger, ob er sich nicht in außenpolitische Verpflichtungen gegen andere Mächte verstricke, während er auf der anderen Seite mit seinen Bedenklichkeiten den aktiveren Treibern im *Foreign Office* niemals genug tat. Er ging mitten durch und

bestätigte sich selbst durch seine formalistische Methode, daß er weder eine Politik der Einkreisung noch der bündnismäßigen Verpflichtungen treibe, sondern allein - nach englischer Tradition - eine Politik der freien Hand und des Friedens verfolge.

Es war für diese Politik charakteristisch, daß sie die Bereitschaft zeigte, mit jedem Volk der Erde zu einem Abkommen in überseeischen Interessensphären zu gelangen, mit Ausnahme des Deutschen Reiches. Lange Zeit wurde dafür geltend gemacht, daß es leider nur an geeigneten Schauplätzen fehle, auch mit Deutschland Vereinbarungen dieser Art zu treffen, aber wo die Möglichkeit vorlag, wie in der Bagdadbahn, wurde sie vermieden, oder die Methode des positiven Ausschließens des deutschen Wettbewerbes vorgezogen.

Das persische Beispiel mag diese Methode erläutern. Die deutsche Regierung hatte gegen das englisch-russische Abkommen von 1907, das Persien in eine englische und eine russische Interessensphäre (neben einer neutralen Sphäre) zerlegte, keinen Einspruch erhoben. Als man aber in Berlin Anfang 1910 von einer Verabredung erfuhr, außer englischen und russischen Beratern nur Franzosen als Finanzberater in persischen Diensten zuzulassen, machte man an beiden Stellen Vorhaltungen und erinnerte an den Grundsatz der offenen Tür. Schon sah sich Grey - auch wenn er auf die Ruhe und Mäßigung Bethmann Hollwegs hoffte - an den Marokkofall erinnert.[27] Er sah das Wesen des Abkommens nicht darin, Eisenbahnbauten zu unternehmen, sondern nur in dem Einvernehmen, sich Eisenbahnbaukonzessionen zu reservieren, mit andern Worten: deutsche Konzessionen zu verhindern. Nach seinem eigenen Geständnis würden deutsche Eisenbahnbauten in Persien die Bedeutung der Konvention in Frage stellen.[28] Da die beiden Mächte auf die amtliche deutsche Frage eine jener formell einwandfreien, aber in der Sache ausweichenden Auskünfte erteilten, kam die deutsche Regierung zunächst auf die Frage nicht wieder zurück, die ihren aktuellen Wert eingebüßt hatte. Die Sache selbst war damit aber nicht aus der Welt geschafft. Nun war für die vorsichtige Persienpolitik Greys der Russe ein unbequemer, weil viel zu brutal ausgreifender Partner, der ihm vor der öffentlichen Meinung in England genügend zu schaffen machte. Aber selbst auf diesem persischen Schauplatz galt nur ein oberster Grundsatz, wenn ein Zipfel der deutschen Fahne auftauchte. Er unterbreitete im Oktober 1912 der russischen Regierung den Vorschlag,[29] ein für allemal die unerwünschten Anschläge Deutschlands auf die neutrale Zone auszuschalten, indem Rußland von der persischen Regierung die Option zum Bau der Eisenbahnlinie Teheran - Ispahan erhalte, und England/Rußland gemeinsam für die Strecke Ispahan - Mohammesan. Damit sei keine Verpflichtung gegeben, wirklich zu bauen, sondern nur vorgesehen, "Deutschland aus der neutralen Zone zu verdrängen, wo nach einem solchen Abkommen keine einzige für den Deutschen irgendwie anlockende Konzession übrigbleiben würde." Diese feindselige Umsicht ging sogar so weit, daß sie für gewisse Anstellungen die neutralen Schweizer nur dann für zulässig erklärte, wenn sie nicht den deutsch-schweizerischen Kantonen angehörten und unter Schutz der deutschen Gesandtschaft ständen.[30] Ein englischer Diplomat trug damals nicht die geringsten Bedenken, einem deutschen Kollegen die Naturnotwendigkeit solcher Methoden zu erläutern: "Deutschland sei verspätet auf dem Schauplatz gelangt und erwarte, ohne Einsatz von Gut und Blut, wie es mit England seit Jahren der Fall gewesen sei, in die vorderste Reihe der Kolonialmächte zu treten. Es könne, wie der zu spät gekommene Arbeiter im biblischen Weinberg, nicht erwarten, dieselbe Stellung in Persien einzunehmen, wie der russische Nachbar und England. In Persien müsse Deutschland, außer hinsichtlich reiner Handelsfragen, von Rußland und England wie eine Art Wilderer betrachtet werden."[31]

Diese politische Praxis war längst in der Entwicklung gewesen, bevor der eigentliche Flottengegensatz eine größere Rolle spielte. Aber seitdem diese aufreizende Rivalität hinzugekommen war, hatte sich das, was die Deutschen, mit Recht oder Unrecht, Einkreisungspolitik nannten, offensichtlich verschärft. Von der englischen Seite her gesehen, wurde das System der Ententen ausgebaut und die Maschine der Einkreisung in Bewegung gesetzt, um mit ihrem Druck dieser kostspieligen und auf die Dauer gefährlichen Rivalität eine Grenze zu setzen. Von der deutschen Seite her gesehen, war der Flottenbau gerade darum eine Lebensnotwendigkeit, weil dieser überall in der Welt feindlichen

Politik Englands ein achtunggebietendes Instrument der Verteidigung und Abwehr entgegengesetzt werden mußte. Daß diese beiden Argumentationen sich wechselseitig bis ins Endlose steigern ließen und dadurch eine wirkliche Gefahr für den Weltfrieden erzeugen konnten, lag auf der Hand.

Gewiß bestand die Gefahr für England nicht darin, daß Deutschland mit seiner im weiten Abstand schwächeren Flotte eines Tages einen "Angriff" auf das Inselreich unternehmen würde; die Invasionsangst und die Flottenpanik wurden auch in England nicht von denjenigen geglaubt, die sie veranstalteten. Aber auch für Deutschland bestand die Gefahr nicht darin, daß England seinerseits zum Angriff und Überfall schreiten oder zu diesem eingestandenen Zwecke eine Offensivallianz gegen uns zustandebringen würde;[32] diese politische Idee würde Sir Edward Grey aus Überzeugung verworfen haben. Wohl aber konnte es dazu kommen, daß England ohne direkt feindliche Handlung den deutschen Interessen an allen Punkten außerhalb Europas oder an dessen Peripherie unbequem wurde und das Deutsche Reich in vielen Fragen, die an sich das deutsche Lebensinteresse nicht direkt berührten, vor die Alternative stellte, entweder eine diplomatische Niederlage einzustecken oder den Krieg zu erklären.[33] Und dahinter drohte dann die weitere, in diesen Jahren erst in Umrissen erkennbare Gefahr, daß England durch die letzte Zielsetzung seiner Politik die Glieder seiner Ententen in ihrem eingeborenen kriegerischen Lebenswillen so sehr bestärkte, daß sie eines Tages die Führung der Offensive an sich rissen und das Inselreich hinter sich herzogen.

Diesen ernsten Aussichten gegenüber ergab sich für die deutsche Politik das Gebot, in ihren Beziehungen zu England, die in den Mittelpunkt des Weltzusammenhangs gerückt waren, einen Versuch wirklicher Entspannung zu unternehmen. Bethmann Hollweg übernahm nur die Erbschaft Bülows, wenn er, im Einverständnis mit dem Kaiser, wenige Wochen nach seinem Amtsantritt dem englischen Botschafter eröffnete, daß er zu einem Flottenabkommen im Rahmen einer allgemeinen Verständigung bereit sei.[34] Der Reichskanzler griff also sofort das zentrale Problem der deutschen Außenpolitik auf. Er hatte sich dabei schon der Mitarbeit des (damals noch in Bukarest weilenden) Gesandten von Kiderlen-Wächter versichert, dessen Denkschriften, Dokumente politischen Weitblicks und diplomatischer Erfahrung, vor allem einen ehrlichen und von allen zweideutigen Hintergedanken freien Verständigungswillen bezeugen.[35] Auch Kiderlen ging davon aus, daß ein bloßes Flottenabkommen ohne nebenherlaufende politische Verständigung keine wirkliche Besserung bringen würde. Er sah das Problem nur politisch und wünschte, bevor die Einzelheiten der Flottenfrage der Hartnäckigkeit der "Techniker" überlassen würden, das politische Terrain vorzubereiten: "Das politische Gebiet ist elastischer als das militärische." Sein Ziel war, so gestand er offen ein, überhaupt zu einem Abkommen zu gelangen, sei es auch noch so unbedeutend. Er wollte verhindern, daß so wie England bisher den deutschen Gegensatz zu Frankreich ausgenutzt habe, der Franzose, der sich mit England verständigt hatte, den deutschen Gegensatz zu England ausnutze. Nach dieser Vorbereitung kam am 14. Oktober eine erste einleitende Aussprache des Reichskanzlers mit dem englischen Botschafter zustande.[36] Nach dieser Eröffnung erklärte sich England am 4. November bereit, neben der Verhandlung über eine Flottenabrüstung auch in eine freundschaftliche Besprechung über die allgemeine Orientierung der gegenseitigen Politik einzutreten. Freilich war von vornherein nicht zu verkennen, daß diese Kombination von den beiden Parteien sehr verschieden gesehen wurde: während England von einem politischen Abkommen ohne Flottenabrüstung nichts wissen wollte, kam für Deutschland keine Flottenabrüstung ohne politisches Abkommen in Frage. Wer in die Akten beider Lager blickt, ist erstaunt über das Maß von gehässigem Mißtrauen, mit dem das englische Auswärtige Amt den ehrlichen Absichten von Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter begegnete.[37] Gewiß hatte auch der Kanzler den Kaiser und Tirpitz nicht für immer hinter sich,[38] gewiß stellte sich sogleich heraus, daß die englische Seite eine andere Vorstellung von der Rüstungsbeschränkung hatte als die deutsche Seite, aber es war doch überraschend, daß Sir Edward Grey schon am 17. November die Verhandlung mit Rücksicht auf die bevorstehenden Unterhauswahlen unterbrach, zunächst bis Ende Januar 1910. Erst im Sommer 1910 sollten die Verhandlungen wieder in vollem Umfange aufgenommen werden. Wir werden in einem andern Zusammenhange auf sie zurückkommen.

Schon bei Beginn der Flottenbesprechung war man in Paris unruhig geworden,[39] und Grey hatte sich sofort beeilt, Pichon wissen zu lassen, daß, wenn bei den Verhandlungen etwas mehr als allgemeine Versicherungen des Wohlwollens herauskämen, er sich darauf verlassen könne, daß Grey sich mit der französischen Regierung ins Benehmen setzen würde, ehe er sich festlege. Schon im Jahre 1906 hatte Graf Metternich, wie wir uns erinnern, dem Engländer vorausgesagt, daß die Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses abhängig sein werde von der französischen Interpretation der deutschen Politik. Ein Mann wie Lord Rosebery gestand in den nächsten Jahren dem österreichischen Botschafter wiederholt: was ihn am meisten beunruhige, sei die übertriebene Hinneigung der englischen Außenpolitik zu Frankreich. Wenn Paris in einem deutsch-französischen Konflikt die englische Unterstützung verlange, so werde England sie gewähren und sich in einen schweren Kampf hineinziehen lassen.[40] Je höher die Germanophobie anstieg, desto mehr verstärkte sie die tatsächliche Abhängigkeit von Frankreich. Die Franzosen aber wußten von diesem unsichtbaren Wechselverhältnis Gebrauch zu machen. Wenn schärfere Auseinandersetzungen mit Deutschland auftauchten, suchten sie das Band der englischen Verpflichtungen fester zu ziehen. Wenn aber in ruhigeren Zeiten die Zeichen auf deutsch-englischer Entspannung standen, dann wurde man in Paris nervös.[41] Das Barometer der Revanche ging auf und ab, je nachdem von London ein Hoch oder Tief gemeldet wurde.

In der französischen Politik dieser Jahre ist die Frage nach dem Stande der Revanche und nach der Rolle Elsaß-Lothringens nicht mit einem Worte zu beantworten. Man wird die beiden Zeugen Clemenceau und Tardieu nicht ablehnen können. In einer Unterhaltung mit dem deutschen Diplomaten Frhr. v. d. Lancken im Sommer 1908 gestand Tardieu: an Revanche dächten ernst zu nehmende Leute überhaupt nicht mehr; für Dinge eine Vergeltung zu suchen, die vierzig Jahre zurücklägen, habe man seiner Ansicht nach kaum ein Recht.[42] Kurz zuvor, in einem Zeitraum politischer Ruhe, hatte Sir Edward Grey dem Ministerpräsidenten Clemenceau die Frage vorgelegt, ob Elsaß-Lothringen noch immer ein Hindernis für jede wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wäre. Clemenceau antwortete: Elsaß und Lothringen seien ein Hindernis, und mehr denn je. Das Volk in Elsaß und Lothringen wäre genau so französisch in Sympathien und Gefühl, als es je gewesen sei. Solange dies der Fall sein werde, würde - obgleich gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bestehen und laufende Geschäfte freundlich erledigt werden könnten - keine Abmachung möglich sein, die definitiv wäre.[43]

Die beiden Aussagen widersprechen sich nicht nur, sondern sie ergänzen sich. Und beide lassen sich durch tausende und abertausende von Belegen vervielfältigen. Mochten die Franzosen sich in ihrem Innern abgefunden haben (wie sich auch die Elsaß-Lothringer abgefunden hatten), nach außen hin war die französische Unversöhnlichkeit ein eherner Bestand, ein sicherer Wechsel für jede andere Regierung. Nach außen hin mußte **die Legende vom französischen Elsaß** um jeden Preis aufrechterhalten werden, obgleich man unter sich keinen Hehl daraus machte, wie weit der Prozeß der Wiederverdeutschung schon vorgeschritten war. Mußten doch die Franzosen jetzt mit ansehen, daß die Reichsregierung die elsaß-lothringische Verfassung ins Leben rief, die der Bevölkerung mehr politische Selbstbestimmung gab, als sie jemals während ihrer Zugehörigkeit zu Frankreich besessen hatte; und daß das Land unter deutscher Verwaltung einen Aufschwung genommen, wie es ihn vor der Annexion gar nicht gekannt hatte, wurde nicht nur von Männern wie Hervé offen anerkannt. Die Stimme des Volkes, die zu den Franzosen hinüberdrang, war so eindeutig wie möglich. Noch wenige Wochen vor Serajewo hielt der Mülhauser Pfarrer Scheer, ein Altelsässer mit französischen Sympathien, in Lyon eine Rede: "Es handelt sich für uns nicht darum, zu wissen, ob das Elsaß wieder einmal französisch wird oder nicht. Wir nehmen die vollzogene Tatsache an. Das Elsaß wünscht mit allen Kräften eine deutsch-französische Annäherung." Unmittelbar vor dem Weltkrieg kündigte dieses eindeutige Dokument das Ende des Protestes an.

Die französische Politik aber blieb fest entschlossen, die vollzogene Tatsache nicht anzuerkennen. Ihre Stellung in Europa bestand darin, daß sie es nicht tat. Von dieser Haltung war die französische

Politik nicht abzubringen gewesen, durch alle Freundlichkeiten nicht, mit denen Wilhelm II. vermeinte, den Prozeß des Verzichtes erleichtern zu können,[44] und auch nicht durch die stärkeren Druckmittel, die von der Berliner Politik gelegentlich zur Anwendung gebracht wurden. Sie wußte, daß in der Idee der Revanche - auch wenn sie in der Seele der einzelnen nicht mehr lebendig war - ihre starke einheitliche Linie, ihr Begehrt- und Umworbensein lag.[45] Denn jeder Gegensatz gegen Deutschland fand hier Aufnahme und Widerhall, und der Franzose konnte mit Hilfe der Sympathien, die ihm aus dieser Quelle zuwuchsen, seine Stellung in der Welt, in den Kolonien erweitern und im übrigen der verhängnisvollen Stunde gewärtig sein, von der die Pariser Presse - dem Worte Gambettas zum Trotze - immer zu sprechen liebte.

Wenn die französische Politik während der bosnischen Krisis zurückgehalten hatte, so hatte neben der Besonnenheit Pichons auch die nüchterne Erkenntnis mitgespielt, daß die Schlagfertigkeit des russischen Heeres noch längst nicht so weit wiederhergestellt sei, um ein so gefährliches Bluffspiel bis zum Ende durchzuführen.

Denn der russische Machtfaktor war in dem unglücklichen Anlauf Iswolskis von 1908/09 verfrüht in die europäische Politik zurückgeführt worden. Diese Erkenntnis erfüllte nach der bosnischen Krisis die russischen Staatsmänner und vor allem den Minister Sasonow, der im September 1910 die Nachfolge Iswolskis angetreten hatte und nunmehr die Wiederherstellung des von seinem Vorgänger vernachlässigten guten Verhältnisses zum Deutschen Reiche anstrebte. Wenn die russische Politik eine ruhige Zeit der Kräftesammlung brauchte, pflegte sie immer ein gutes Verhältnis zum Deutschen Reiche zu schätzen, das insofern auch in der russischen Gesellschaft als eine Kraft der Erhaltung gewürdigt wurde. Der erste selbständige Schritt Sasonows war die Herbeiführung einer Zusammenkunft der beiden Monarchen in Potsdam am 3./4. November 1910. Das überraschte Europa erfuhr plötzlich, daß es hier über die Erhaltung des status quo in der Türkei und in Persien zu einem Meinungsaustausch von nicht geringer Tragweite gekommen war. Der Kaiser und der Reichskanzler (nach dem Rate Kiderlen-Wächters) gaben dem Zaren die Erklärung ab, daß das Deutsche Reich weder verpflichtet noch gewillt sei, eine expansive Balkanpolitik Österreich-Ungarns zu unterstützen - zur großen Beruhigung der Russen, die sich darüber merkwürdigen Schreckbildern hingaben. Die Gegenerklärung des Zaren bestand darin, daß er nicht verpflichtet sei und nicht die Absicht habe, eine deutschfeindliche Politik Englands zu unterstützen. Neben diesen allgemeinen Erklärungen lief eine besondere Übereinkunft: die Russen zeigten sich erbötig, dem Bagdadbahnprojekt keine Schwierigkeiten zu bereiten, vielmehr einen künftigen Anschluß ihrer persischen Bahn an die Bagdadbahn ins Auge zu fassen, wogegen man deutscherseits mit der vorwaltenden politischen Einflußstellung Rußlands in Nordpersien einverstanden war und sich nur auf reine Handelsinteressen beschränken zu wollen erklärte. In einer Reichstagssitzung vom 10. Dezember bestätigte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg den Austausch der Erklärungen mit der farblos verallgemeinernden Formel, "daß die beiden Regierungen sich in keinerlei Kombination einlassen würden, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte"; er begrüßte es, daß "das alte vertrauensvolle Verhältnis zwischen uns und Rußland bestätigt und bekräftigt sei". Der Eindruck war allgemein, daß die Entfremdung der letzten Jahre geschwunden sei, ja, man fragte sich, ob das alles nicht nach einer grundsätzlichen Rückkehr in längst verlassene Bahnen der Politik klinge.[46]

So war es begreiflich, daß man in London und in Paris diese Entwicklung mit höchster Anspannung verfolgte. In England war der Eindruck anfänglich so stark, daß Sir Edward Grey, über die russische Annäherung an Deutschland tief enttäuscht, von der Absicht seines Rücktritts sprach.[47] Vor allem fühlte er sich durch das einseitige Vorgehen Rußlands in Sachen der Bagdadbahn verletzt. Schon klagte ein Publizist von dem Range Garvins, daß in der Frage dieser Bahn, die das Lebensinteresse Englands mehr als irgendeiner anderen europäischen Großmacht berührte, der Dreiverband absolut aufgehört habe zu existieren.

Noch beunruhigender wirkten die Potsdamer Nachrichten in Paris, wo man vor allem an die Festigkeit des Bündnisses dachte. Zornig vertraute der französische Botschafter in Berlin seinem englischen Kollegen an, daß er zwar amtlich jede Störung der russischen Bündnisbeziehungen bestreite, aber - "soll ich Ihnen meine Meinung sagen, nun, sie lautet, daß das russisch-französische Bündnis zum T..... ist".[48] Er sah Sasonow schon in den Fängen der Kiderlenschen Verführung, und selbst der maßvolle Pichon schalt über den russischen Außenminister: "Dieser Mensch ist unerträglich." So setzte von Paris aus die Gegenwirkung auf weitverzweigten amtlichen und nichtamtlichen Kanälen ein.

Nun kam es allerdings darauf an, ob die in Potsdam geknüpften Fäden wirklich weitergesponnen wurden. Die allgemeinen Erklärungen verpflichteten die Partner zu nichts Geringem, aber sie boten jedem auch eine wertvolle Gegengabe. Von berufener russischer Seite ist später zugestanden worden, daß es der deutschen Diplomatie schwergefallen sein würde, noch weiter in der Anerkennung der russischen Forderungen im nahen Osten zu gehen.[49] Es versteht sich, daß auf der anderen Seite Kiderlen-Wächter betonte, daß die auf das Verhältnis zu England bezügliche russische Zusicherung für ihn das A und O der ganzen Abmachung sei.[50] Nun erklärte Sasonow nach seiner Rückkehr nach Petersburg sich wohl bereit, den Inhalt der Erklärungen in einem zu vereinbarenden Notenaustausch festzulegen. Als man jedoch von Berlin aus einen formulierten Entwurf vorlegte, begann er, von der russischen und ausländischen Politik unsicher gemacht, mehr und mehr auszuweichen. Er zeigte ein wirkliches Interesse nur noch für das Spezialabkommen über Nordpersien-Bagdadbahn, - aus diesem sollte dann nach sehr langwieriger Verhandlung der Abschluß eines Staatsvertrages am 19. August 1911 hervorgehen.[51] Was aber jene allgemeinen Erklärungen anging, so trat er plötzlich mit dem Einwand hervor, er könne die schriftliche Formulierung nicht annehmen, da die beiden Verpflichtungen nicht gleichwertig seien. Er gestand schließlich offen ein, daß er den Eindruck in England fürchte; die Sache würde sehr bald in London bekannt sein und man würde noch mehr dahinter suchen, als wirklich dahinter stecke; er besorge, den ganzen Erfolg des russisch-englischen Abkommens von 1907 in Frage zu stellen. Man konnte daraus die Melodie entnehmen, auf die Grey seine (von der Rücktrittsdrohung begleiteten) Vorhaltungen in Petersburg gestimmt hatte.

Die deutsch-russische Verhandlung sollte nun nicht vollends scheitern. Sasonow brachte sie dadurch zu einem Abschluß, daß er eine Entscheidung des Zaren mitteilte. Sie besagte, daß in den Augen des Zaren die beiden zwischen den Souveränen ausgetauschten Erklärungen mehr wert seien, als ein schriftlicher Notenaustausch; der Zar verlasse sich auf das Wort Kaiser Wilhelms II. und rechne darauf, daß auch ihm Vertrauen geschenkt werde. Das war eine Bestätigung, wie man sie nur wünschen konnte, aber nach dem diplomatischen Vorspiel auch wieder eine Einschränkung. War das Ergebnis von Potsdam, trotz des feierlichen Zarenwortes, durch den Mann, der es amtlich zu vertreten hatte, nicht doch zu einem guten Teile durchlöchert worden?[52] Noch neuerdings hat russische Kritik den Fehler Sasonows stark getadelt. Wenn es ein neuerliches Versprechen des Zaren gab, das dem Vorschlag der deutschen Diplomatie entsprach, so lag für den Minister keine Veranlassung vor, der wechselseitigen Verpflichtung der Souveräne nicht auch eine schriftliche Form zu geben. In der Sache bedeutete seine Weigerung offenbar, daß die russische Regierung es vorziehe, die Hände frei zu behalten; seine Sorge, durch dieses geheime Papier in England bloßgestellt zu werden, mußte eigentlich ein zweifelhaftes Licht auf das bestehende russisch-englische Verhältnis werfen.[53]

Die Hand, die man soeben vertrauensvoll drückte, entzog sich doch wieder, wenn auch mit herzlichem Gegendrucke, nur nicht so unvermittelt, wie in den beiden kritischen Höhepunkten des Verhältnisses in den Jahren 1904 und 1905. Aber die diesmal geschicktere Regie der Gegenseite gab doch zu denken. Man fühlt sich noch einmal an die beiden Rußland erinnert, die schon in den achtziger Jahren in der Außenpolitik des Zarenreiches sich die Waage hielten. Und wenn man den Geist erwog, in dem Iswolski, der jetzt den Botschafterposten in Paris antrat, das genaue Gegenteil der Politik von Potsdam sich zur Aufgabe setzte, so mochte man zweifeln, an welcher Stelle der Schwerpunkt lag. Man war in Berlin weit entfernt, sich Illusionen über die russische Politik zu

machen, in deren Hintergründe man dauernd einen geheimen Einblick hatte,[54] aber man kam doch nicht um die Lehre herum, daß eine russische Annäherung nur auf Zeit - solange das russische Erholungsbedürfnis der aktiven Rückkehr in die große Politik im Wege stand - und im Rahmen der englischen Rücksicht gemeint sei, und darum als eine wahrhaft zuverlässige Unterlage der deutschen Politik nicht in Betracht kommen könne.

Wenn somit die politischen Nachwirkungen der Potsdamer Zusammenkunft um die Wende des Jahres 1910/11 doch nicht die von der einen Seite erhoffte, von der anderen aber befürchtete Tragweite annahmen, so wurde an einer Stelle eine dem Geist von Potsdam direkt entgegengesetzte Wirkung ausgelöst. Die französische öffentliche Meinung war über die unbedingte Schlagfertigkeit des russischen Bündnisses um so mehr beunruhigt worden, als auch enttäuschende Nachrichten über russische Truppenverschiebungen an der Westgrenze in Paris einliefen. Das alles war Grund genug für die leitenden Politiker, einen Sturz des Ministeriums Ende Februar 1911 zu benutzen, um den Außenminister Pichon, der nunmehr seit fünf Jahren sein Amt mit Besonnenheit geleitet und auch eine Entspannung gegenüber Deutschland ermöglicht hatte, nicht wiederkehren zu lassen. Der französische Tatendrang verlangte instinktiv, wenn das Bündnis auf der einen Seite noch nicht recht wirksam gemacht werden könne, das System der Entente auf der andern Seite aufzufrischen durch den befreienden Luftzug der Tat, d. h. durch eine politische Unternehmung, die in erster Linie die aktiven Kräfte des französischen Lebenswillens wieder gegen die Front, an die jeder im stillen dachte, in Bewegung setzte. So kompliziert der Zusammenhang erscheinen mag, er wird durch mehr als einen diplomatischen Zuschauer bestätigt:[55] Das Erlebnis von Potsdam führte die Franzosen zu dem Vormarsch nach Fez, zum erneuten Aufrollen der Marokkofrage und zu einer Kraftprobe der Entente auf einem anderen Schauplatz. Und wenn der Potsdamer Austausch von Erklärungen gleichsam ein Riegel zugunsten des Friedens gewesen war, so war der französische Vormarsch nach Fez allerdings eher dazu angetan, das Tor des Krieges wieder eine Hand breit zu öffnen.

Anmerkungen:

1 [1/658] *Final Report: Commercial and Industrial Policy after the war* (1919). ...zurück...

2 [2/658] Ich ziehe die Schätzung Helfferichs vor. ...zurück...

3 [1/660] *Sozialistische Auslandspolitik*. Jena, Herbst 1911. ...zurück...

4 [2/660] Nach H. Oncken, *Lassalle*, 4. Aufl. (1923), S. 525. ...zurück...

5 [1/662] *Lebenserinnerungen des Kronprinzen Friedrich Wilhelm*, S. 20 f., 94. ...zurück...

6 [2/662] Harold Nicolson, *Lord Carnock*. ...zurück...

7 [1/663] So auch zu den Österreichern am 8. August 1909, er sei mit dem komplizierten Räderwerk der auswärtigen Politik leider wenig bekannt, es werde ihm keine geringe Mühe machen, sich in das wichtige Ressort einzuarbeiten (*Österreich-Ungarns Außenpolitik* 2, 435). Der wenig gehaltvolle Graf Berchtold gewann im September 1912 nicht den Eindruck, daß Bethmann sich im Verlaufe seiner Kanzlerschaft in den diplomatischen Beruf eingearbeitet habe: "er zeigte sich mit Detailfragen nicht vertraut und vermied es, in manchem eine persönliche Meinung abzugeben." Ebenda 4, 417. ...zurück...

8 [2/663] 1909. Kaiser Wilhelm II.: "Die Angst des Auswärtigen Amtes ist völlig überflüssig gewesen. Ich wünsche diesem überhaupt mehr Schneid und Selbstbewußtsein." ...zurück…

9 [3/663] Kaiser Wilhelm an den Reichskanzler 25. November 1909 (in der Frage, ob der Marokko-Politik Pichons in der Thronrede gedacht werden soll): "Gewiß wird eine Erwähnung von E. E. im Reichstage dankbar angenommen werden, aber eine Erwähnung durch mich zieht ganz anders; und ich habe das Abkommen gemacht, ehe Sie Kanzler wurden. Daher wünsche ich eine kurze Erwähnung in der Thronrede." (*Gr. Pol.* 29, 34.) ...zurück...

10 [4/663] Randbemerkung des Kaisers 11. Dezember 1910: "In Zukunft ist mir Meldung zu machen vorher, über Inhalt einer beabsichtigten Erklärung und über die unternommenen Schritte bei fremden Regierungen." (*Gr. Pol.* 27, 2, S. 868.) ...zurück...

11 [5/663] Vgl. Aehrenthal, Aufzeichnung über die vom 22. - 25. Februar 1910 in Berlin mit dem Kaiser und dem Kanzler von Bethmann Hollweg geführten Gespräche: "Die Diskrepanz in den Anschauungen des Kaisers und seines Kanzlers liegt klar zutage. An Friktionen wird es sohin nicht fehlen, und der Kurs der deutschen Weltpolitik wahrscheinlicherweise auch in der Zukunft starken Schwankungen unterliegen." (*Österreich-Ungarns Außenpolitik* 2, 724 f.) ...zurück...

12 [1/664] Die Biographie von E. Jäckh, *Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch*, 2 Bände, ist so sehr auf kritiklose Verherrlichung eingestellt, daß man dem Aufsatz von W. Andreas, "K. W., Randglossen zu seinem Nachlaß" (*Hist. Ztschr.* 132, S. 247 - 276), auch wenn die Töne hier einzeln zu dunkel gehalten sind, in vielem recht geben muß. ...zurück...

13 [1/667] So stellte sich einem neutralen Beobachter wie dem belgischen Gesandten Baron Greind das Verhältnis dar. ...zurück...

14 [2/667] Vgl. Monts an Kiderlen 30. September 1911: "Ich begründete meine Ansicht damals mit dem Hinweis, daß Italien überhaupt nur handelspolitisch in Betracht käme. Politisch und in Stunden der Gefahr dürften wir nie mit Italien rechnen, da Piemontesen und Lombarden selbst eine loyale römische Regierung sofort mattsetzen würden. Aber Bülows... absoluter Mangel an politischer Einsicht verschloß sich allen Argumenten." Jäckh, *Kiderlen* 2, 164 f. ...zurück...

15 [1/668] Vgl. Graf Monts an Bülow 8. Dezember 1908, *Gr. Pol.* 27,1, S. 399 ff. ...zurück...

16 [2/668] Tschirschky an Bethmann Hollweg, 28. Oktober 1909. (*Gr. Pol.* 27, 1, S. 411.) ...zurück...

17 [1/669] Die vertraulichen Berichte Benckendorffs (Siebert a. a. O.) sind auch für die englische Beurteilung von Racconigi lehrreich. ...zurück...

18 [2/669] Sasonow an Iswolski 30. Mai 12: "Wie Ihnen gut bekannt, halten wir es nicht für nützlich, auf den formellen Austritt Italiens aus dem Dreibunde hinzuarbeiten." Stieve, *Iswolski* 2, 128. ...zurück...

19 [3/669] Selbst ein von innerer Objektivität geleiteter Historiker wie G. P. Gooch wünscht den Ausdruck vermieden zu wissen. ...zurück...

20 [1/670] Bericht Tarnowskis 7. Mai 1910. *Österreich-Ungarns Außenpolitik* 2, 856 f. ...zurück...

21 [1/671] Alfred Stern, *Europäische Gespräche*. ...zurück...

22 [2/671] Bericht des russischen Geschäftsträgers 9./22. Juni 1909. Siebert 1, S. 116 ff. ...zurück...

23 [3/671] Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt. *Gr. Pol.* 25, 2, 547. ...zurück...

24 [4/671] Randbemerkung zum 7. Mai 1910. *Gr. Pol.* 28, 321 f. ...zurück...

25 [1/672] Auch nach der Thronbesteigung trug er kein Bedenken, dem österreichischen Botschafter zu sagen, daß er Deutschland hasse ("*he hates Germany*"). Wensdorffs Bericht 29. September 1911. *Österreich-Ungarns Außenpolitik* 3, 368. ...zurück...

26 [2/672] So ein Bericht des Grafen Berchtold, 8. Juli. *Österreich-Ungarns Außenpolitik* 2, 912. ...zurück...

27 [1/673] Benckendorff an Iswolski 5./18. März 1910. Siebert 1, S. 264. ...zurück...

28 [2/673] Siebert 1, S. 263. ...zurück...

29 [3/673] Sasonow an Zar Nikolaus II. 2. Oktober 1912. Stieve, *Iswolski* 2, S. 294. ...zurück...

30 [4/673] Siebert, a. a. O. S. 355. ...zurück...

31 [1/674] Bertie zu Frhrn. von Stumm. *Brit. Dok.* 6, 1138. ...zurück...

32 [2/674] So sieht z. B. der deutsche Militärattaché am 24. März das Bild: "Aus allem geht klar hervor, daß England mit der bekannten Zähigkeit und Ausdauer seiner Politik uns in einen **kontinentalen Krieg** stürzen will." Tirpitz, *Aufbau der deutschen Weltmacht* S. 174. ...zurück...

33 [3/674] So nach der Denkschrift Kiderlens, a. a. O., 2, 49. ...zurück...

34 [1/675] Die deutschen Akten *Gr. Pol.* 28, S. 199 ff.; dazu Jäckh, *Kiderlen-Wächter* 2, 41 ff. Tirpitz, *Der Aufbau der deutschen Weltmacht* S. 164 ff. Die englischen Akten: *Britische Dokumente* 6, 1, S. 473-544. ...zurück...

35 [2/675] Die beiden Denkschriften Kiderlens vom Ende September und vom 2. November (Jäckh, a. a. O. 2, 48 - 59 und 64 - 67) geben mit am ehesten ein Bild von der politischen Denkweise des Staatssekretärs. ...zurück...

36 [3/675] Die steifere Hand Bethmann Hollwegs unterscheidet sich aber von der Beweglichkeit, die in den Ratschlägen Kiderlens lebt. ...zurück...

37 [4/675] Um nur ein Beispiel zu geben, seien einige Sätze von Sir Eyre Crowe aus seinem Vermerk zum 4. November 1909 mitgeteilt. "Nach den Bestimmungen des Abkommens wird es Deutschland freistehen, mit jedem andern Staat in jeder beliebigen Weise zu verfahren. Es kann jedes kleine Land unterdrücken, vergewaltigen oder verschlucken, es kann große Länder angreifen oder einschüchtern oder auslöschen. Es kann es seinen Verbündeten überlassen, Flotten zu bauen, oder es kann neue Bündnisse mit den Besitzern von Flotten schließen oder deren Schiffe für einen künftigen Fall ankaufen" usw. ...zurück...

38 [1/676] Flotow an Kiderlen, 11. November 1909: "Daß wir bei langer Dauer nicht sicher sind, S. M. und Tirpitz wieder aus den Händen zu verlieren." ...zurück...

39 [2/676] Der Privatbrief von Sir F. Bertie fehlt leider in den *Brit. Dokum.* ...zurück...

40 [3/676] Bericht Mensdorffs 16. November 1909. *Österreich-Ungarns Außenpolitik* 2, 543. ...zurück...

41 [4/676] Bericht Mensdorffs 26. April 1912 (ebenda 4, 138) über Lord Morleys Äußerung: "Wie sollen wir zu einer *détente* mit Deutschland gelangen, wenn man in Paris gleich nervös wird und wir uns ganz von unseren Freunden beeinflussen lassen." ...zurück...

42 [1/677] Frhr. v. d. Lancken, *Meine dreißig Dienstjahre 1888* - *1918*, S. 81. ...zurück...

43 [2/677] Grey, *Twenty-five Years* 2, S. 305. ...zurück...

44 [1/678] Wenige Axiome der Außenpolitik standen für Wilhelm II. so fest wie die freundliche Behandlung "der Gallier". Eine Sammlung der Belege von 1890 bis 1914 würde sich lohnen. ...zurück...

45 [2/678] Vgl. Pourtalès an Bülow 14. Juli 1909 über die Reise der russischen Parlamentarier nach Paris. Die *Nowoje Wremja* schrieb, die Einmütigkeit ihrer Deutschfeindlichkeit müsse auf die Franzosen wie eine Offenbarung gewirkt haben, weil sie ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des russischen Bündnisses zeige. ...zurück...

46 [1/679] Bethmann Hollweg teilte am 14. November den Potsdamer Vorgang an Aehrenthal mit (*Österreich-Ungarns Außenpolitik* 3, 53 ff.). Antwort Aehrenthals 6. Dezember, ebenda 3, 89 ff. Eine mündliche Erörterung Bethmanns scheint durch ihre Offenherzigkeiten den bedenklichen Eindruck Aehrenthals noch mehr gesteigert zu haben, ebenda 4, 417. Dieser entnahm daraus, daß "Deutschland sich striktement auf den Boden unseres Allianzvertrages zurückgezogen habe", das Recht, nach Agadir eine "reservierte Haltung" einzunehmen. 4. Juli 1911 (ebenda 3, 267 ff.). ...zurück...

47 [2/679] Jäckh, *Kiderlen* 2, 151: "Er ließ in Petersburg seinen Unmut allzu deutlich erkennen." Ob Kiderlens Quelle ein Bericht Benckendorffs war? Vgl. Benckendorff an Sasonow, 27. Januar/9. Februar 1911: "Es hat große Anstrengungen gekostet, Grey von seinem ursprünglichen Vorhaben abzubringen, seine Entlassung zu nehmen und sich vom politischen Leben zurückzuziehen" (Siebert 2, S. 27.). Vgl. Baron Greindl: "Wenn die Triple-Entente nur die Aufrechterhaltung des Friedens im Auge hätte, so müßte sie eine Annäherung freundlich begrüßen, die die deutsch-russischen Beziehungen verbesserte; »aber in Paris und London wünscht man gerade,

daß sie schlecht sind«". ...zurück...

48 [1/680] Harald Nicolson, *Lord Carnock*, S. 337. ...zurück...

49 [2/680] Frhr. Michael v. Taube, *Der großen Katastrophe entgegen. Erinnerungen 1904 - 17*, S. 231. ...zurück...

50 [3/680] Kiderlen-Wächter an Pourtalès 4. Dezember 1910: "Sie muß so ausfallen, daß sie am Tage, wo sie zur englischen Kenntnis kommt, für die Russen kompromittierend wirkt." *Gr. Pol.* 26, 861 f. ...zurück...

51 [4/680] Vgl. **Kap. 2, S. 706 f.** ...zurück...

52 [1/681] Es ist bezeichnend, daß Sasonow in seinen Memoiren über den eigentlichen Inhalt der Potsdamer Verhandlung nichts sagt. ...zurück...

53 [2/681] Frhr. Michael v. Taube, a. a. O., S. 233: "Wenn England aus einer Verpflichtung Rußlands, an keinen deutschfeindlichen politischen Unternehmungen teilzunehmen, Verdacht schöpfen kann, so heißt das nicht nur, daß es solche tatsächlich vorbereitet, sondern auch, daß es Veranlassung hat zu glauben, daß Rußland ihm eventuell bei seinen Unternehmungen zu Hilfe kommen würde." ...zurück...

54 [3/681] Man hat damit zu rechnen, daß ein großer Teil der in der Sammlung von B. v. Siebert vereinigten Aktenstücke laufend der Wilhelmstraße bekannt wurde. Die Tatsache war mit tiefstem Geheimnis umgeben und wurde sogar dem Kaiser vorenthalten. ...zurück...

55 [1/682] Aehrenthal betrachtete das aggressive Vorgehen Frankreichs in Marokko zum größten Teil als eine Folge der Potsdamer Besprechung (4. Juli 1911, *Österreich-Ungarns Außenpolitik* 3, 267). Vgl. Bericht Szögyény 23. Mai 1911: "Im Auswärtigen Amt ist man darüber vollständig im klaren, daß das aggressive Vorgehen Frankreichs in Marokko als ein Gegenzug gegen die offenkundigen Bestrebungen Deutschlands nach Annäherung an St. Petersburg und London anzusehen ist. Frankreich wollte eben noch die Gelegenheit benutzen, die Triple-Entente für seine eigenen Interessen auszubeuten." (Ebenda, 3, 268 Anm.) ...zurück...

2. Der zweite Zusammenstoß zwischen Deutschland und den Westmächten 1911 - 1912.

Seit dem Abkommen vom 9. Februar 1909 gab es zwischen den Franzosen und Deutschen zwei verschiedene Möglichkeiten politischen Zusammenlebens. Entweder die Franzosen hielten sich an das Marokkoabkommen, eröffneten auch der deutschen Betätigung die darin vorgesehenen Möglichkeiten und schalteten damit diesen Brandherd, wie es der Sachlage entsprach, völlig aus; vielleicht um den Preis, daß die ihnen sichere Durchdringung Marokkos dadurch etwas verlangsamt wurde, aber dafür mit der Aussicht, auf diesem Wege eine friedliche Gemeinschaft mit dem Nachbarn, so wie Bülow sie damals im Reichstag, die Tore weit öffnend, ankündigte, allmählich herbeizuführen.

Oder aber die Franzosen ließen sich durch militärischen Übereifer oder durch Eigennutz wirtschaftlicher Interessen verleiten, das Tempo zu beschleunigen und die Algecirasakte wie das Abkommen zu durchlöchern und damit die Marokkofrage als ganzes, mit allen ihren in die großmächtlichen Beziehungen eingreifenden Rückwirkungen wieder aufzurollen. Denn es ging ja, sobald der Rechtsstand in Marokko von neuem in Frage gestellt wurde, nicht um das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich allein, sondern um den Weltfrieden.

Die Franzosen sollten einen Anlauf nehmen, den ersten Weg zu gehen, um dann doch nach kurzer Frist den zweiten zu beschreiten.

Man war zunächst auf beiden Seiten, obgleich Reibungen auf dem abenteuerlichen Schauplatz des Wettbewerbs nicht ausblieben, durchaus bemüht, loyal zusammenzuarbeiten. Der Minister Pichon erklärte am 23. November 1909 in der Kammer, er zolle der Redlichkeit Anerkennung, mit der man

in Berlin das Abkommen ausführe; es habe sich daraus für die europäische Lage eine Entspannung ergeben, wozu jeder sich beglückwünschen dürfe. Der Kaiser war über diese Erklärung so erfreut, daß er es gegen die Bedenken des Reichskanzlers durchsetzte, in der Thronrede mit einigen entsprechenden Sätzen auf die Artigkeit zu antworten.[1] Das schien ein guter Anfang, und man nahm auch auf deutscher Seite einzelne Übergriffe leicht hin, weil man wußte, daß Pichon fortfuhr, dem militärischen Vorwärtsdrängen Widerstand zu leisten. Als im September 1910 der Botschafter Fürst Radolin sein Abberufungsschreiben überreichte, bestätigte ihm der Präsident der französischen Republik, wie erfreut er sei, daß die jetzt glücklicherweise beseitigten marokkanischen Schwierigkeiten nicht mehr die Länder trennten. Ja, er scherzte, Frankreich müsse eigentlich den Deutschen dankbar sein, daß sie es davor bewahrt hätten, in ganz Marokko erobernd einzudringen.

Diese Stimmung schwand, als die Franzosen mit der allgemeinen Leitung ihrer Außenpolitik infolge der Potsdamer Übereinkunft unzufrieden wurden, als sie die Leistungsfähigkeit ihrer Bündnisse und Entente nachprüften und wieder einmal Taten, Vormarsch, Aktivität verlangten. Diese neue Welle des Tatendranges, aus der Gesamtpolitik entsprungen und genährt, war es, die dem aktiveren Element der Marokkomilitärs und Marokkointeressenten das Übergewicht gab. Das neue Ministerium Monis (1. März 1911), in dem an Stelle Pichons der bisherige Handelsminister Cruppi das Äußere übernahm, aber auch Delcassé einen Platz als Marineminister fand, war berufen, eine kräftigere Tonart anzuschlagen. Von demselben Augenblick an häuften sich die Nachrichten, daß der Sicherheitszustand in Marokko einen beunruhigenden, ja bedrohlichen Anschein annehme, und wenn diese Nachrichten sich auch später als sehr übertrieben erwiesen, es stand sofort für die Regierung fest, diesen Unruhen mit einer größeren Tatkraft als bisher zu begegnen, und zu diesem Zwecke auch den Wortlaut der Verträge von Algeciras und von 1909 im Notfall zu überschreiten.

Man muß die in London stets als korrekt gebilligten Methoden der Franzosen als ein Ganzes ansehen. Jeder einzelne Übergriff war an sich unbedeutend. Die Franzosen hätten die ihnen eigentümlichen Gaben verleugnen müssen, wenn sie nicht im Einzelfall - wie etwa in der Festsetzung in Casablanca - ziemlich plausible Gründe oder Vorwände dafür hätten anführen können. So dehnten sie sich in der Schauja "wie ein Ölfleck" aus, ohne daß ein Moment sich finden ließ, in dem man hätte sagen können, nachdem man das Vorhergehende hatte geschehen lassen: jetzt, gerade jetzt habt ihr die Algecirasakte gebrochen.[2] Es waren auch nicht die Deutschen allein, die diese Feststellung machten. Die Spanier klagten schon seit Monaten unaufhörlich, daß Frankreich immer deutlicher danach strebe, sich Marokko endgültig, entgegen der Algecirasakte, zu unterwerfen.[3]

Wo aber für die Franzosen eine Möglichkeit vorgelegen hätte, mit den Deutschen - im Sinne ihrer vertraglichen Abmachungen - wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, da versagte immer wieder alle ihre Gewandtheit, und die Dinge blieben in einem Dickicht von Hindernissen stecken. Selbst da, wo es schon zu gelingen schien, wie in der von der *Société Maroccaine de travaux publics* eingeleiteten Beteiligung der Deutschen an dem Bau kleiner schmalspuriger Eisenbahnen in Ostmarokko, stand plötzlich alles still. Freilich, gerade in diesem Fall ist heute erkennbar, daß ein Dritter diesem Plane den Weg vertrat: der Widerspruch Englands. So sehr man in London aus politischen Gründen diese deutsch-französische Zusammenarbeit guthieß, so scharf wandte man sich dagegen, wenn man glaubte, daß englische wirtschaftliche Interessen darunter Schaden leiden könnten. Schon der erste Schritt jenes Unternehmens wurde im *Foreign Office* scharf getadelt als "flagrantes Beispiel für die von der französischen Regierung betriebene üble Politik, unter Ausnutzung der freundschaftlichen Gesinnung unseres Landes mit Deutschland wichtige politische Geschäfte auf unsere Kosten zu machen".[4] Wer also in Paris etwa einen Ausgleich mit Deutschland suchte, erfuhr sehr bald, daß er auf geschäftliche Sympathien jenseits des Kanals nicht würde zu rechnen haben - es gibt doch sehr zu denken, daß gerade in diesem Eisenbahnfall Kiderlen-Wächter, ohne ganz auf den Grund sehen zu können, zu dem Ergebnis kam, daß mit den Franzosen nichts Ernsthaftes anzufangen sei.[5]

So scheiterten denn auch, aus nicht erkennbaren Gründen, zwei Ansätze zu einer weiter ausschauen-

den deutsch-französischen Arbeit außerhalb Marokkos, das sogenannte Ngoko-Sangha-Projekt, dessen Arbeitsgebiet in den Grenzstrichen von Kamerun und Französisch-Kongo lag, und der Plan einer afrikanischen Überlandbahn, die von Kamerun über Französisch-Kongo und Belgisch-Kongo nach Deutsch-Ostafrika führen sollte.[6] Auch diese Pläne stießen jedoch auf unsichtbare Hindernisse, bevor sie die Stufe ernsthafter Verhandlung erreichten. Die Summe solcher Erfahrungen war es, die in Kiderlen-Wächter den Entschluß zeitigte: in solcher Weise können wir uns nicht von den Franzosen auf der Nase herumtanzen lassen. Denn eben jetzt stellte sich heraus, daß die Franzosen sich nicht mehr genügen lassen wollten, die Zeit für sich arbeiten zu lassen. Mit dem Ministerium Monis-Cruppi übernahm die Draufgängerpartei[7] die Führung, der das bisherige Tempo nicht mehr zusagte. Ihre neuen Methoden waren es, die auch die deutsche Politik nötigen sollten, ihnen eine veränderte Methode entgegenzusetzen.[8]

Die Franzosen beschlossen, zur militärischen Durchdringung des Landes überzugehen, und der Marsch auf Fez sollte ihnen die Grundlage liefern.[9] Nachdem die beunruhigenden Nachrichten über die gefährdete Lage der Europäer in Fez unter der sorgsamen Pflege der Pariser Presse einen angemessenen Umfang erreicht hatten,[10] hielt die französische Regierung die Lage für reif, um zum Handeln überzugehen.

Am 4. April erschien der Botschafter Jules Cambon im Auswärtigen Amte, um die vorbereitende Ankündigung zu machen, wenn in der bedenklichen Lage um Fez keine Besserung einträte, so werde es möglicherweise notwendig sein, Maßnahmen zum Schutze der Europäer zu treffen. Kiderlen zeigte im ersten Augenblicke eine kühle und kategorische Miene, doch die deutsche amtliche Antwort vom 7. April war in der Form entgegenkommend. Aber indem sie eine Besserung in den Nachrichten aus Fez feststellte, verschwieg sie ihre Vorbehalte nicht: Bedenken gegen zeitweiliges Besetzen eines weiteren Hafens, Sorge um Durchlöcherung der Algecirasakte und neue Erregung der öffentlichen Meinung. Sie deutete zum Schluß den Wunsch an, die Marokkofrage nicht in der Presse, sondern direkt zwischen den Regierungen zu verhandeln; diese letzte Wendung, die, ohne das Wort Kompensation auszusprechen, leise an diese Möglichkeit rührte, wurde von Cambon voll erfaßt.[11]

Die französische Regierung war aber zunächst weit entfernt, diesem leichten Winke Gehör zu geben, denn sie hatte gleichzeitig für den beabsichtigten Marsch nach Fez sich um ganz andere Deckungsmittel und -methoden gegen Deutschland bemüht. Einige Tage vorher hatte Grey im Unterhause auf eine Frage nach militärischen Verpflichtungen eine seiner üblichen Auskünfte gegeben, daß solche unbekannten Verpflichtungen nicht bestünden.[12] Vertraulich gestand er nachher, man würde im Parlament Lärm geschlagen haben, wenn er Worte gebraucht hätte, die eine solche Möglichkeit offenließen. Vorsichtigerweise hielt man auch auf englischer Seite darauf, eine Erklärung, die Cruppi am 6. April über die Beziehungen der beiden Staaten abgab, vorher einer Prüfung und Einschränkung zu unterziehen. Der französische Außenminister aber zog ein sehr pessimistisches Gesicht und sprach sein Bedauern aus, daß Grey ein unbekanntes Abkommen in Abrede gestellt habe, denn er würde es vorgezogen haben, "wenn der Verdacht bestehe, daß doch eine Vereinbarung für mögliche Eventualitäten bestehe".[13] Er nahm sogar einen stürmischen Anlauf, die schmerzliche Lücke auszufüllen.

Die Einleitung bestand darin, daß General Foch den englischen Militärattaché Fairholme am 8. April aufsuchte und ihm, ohne das Wort Marokko fallen zu lassen, einen längeren Vortrag über die deutsche Gefahr (zumal auch für die kleineren Staaten Belgien, Holland, Schweiz) hielt. Dagegen werde unentbehrlich sein, eine englisch-französische Verständigung "über die Form, welche eine gemeinsame Aktion im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland nehmen sollte", rechtzeitig auszuarbeiten, nicht auf Kriegsausbruch zu verschieben. Es handle sich darum, die Mitwirkung der englischen Expeditionsarmee an der Seite des französischen Heeres bei dem auf der Linie Namur - Epinal am 13. Mobilmachungstage erwarteten Zusammenstoß mit dem deutschen

Heere sicherzustellen - bis in das kleinste Detail, bis auf die Stunde und Minute müsse alles ausgearbeitet werden.[14] Das war nichts Geringeres, als die Forderung einer Militärkonvention. Dem Gespräch der militärischen Fachmänner gab Cruppi einige Tage später das politische Gesicht.[15] Er erklärte es für beide Regierungen als geboten - da jeden Augenblick eine Krise hereinbrechen könnte -, die Frage ihres möglichen Zusammenwirkens "bei gewissen Eventualitäten" weiter als bisher zu führen. Nicht eine förmliche Konvention, aber ein Übereinkommen, das zwar die Regierungen nicht zum Handeln verpflichte, aber doch bestimmen würde, worin die gemeinsame Aktion im Falle des Zusammenwirkens bestehen solle. Hinausschieben bis zum Eintritt der Krisis würde eine schlechte Politik sein, denn "wenn unglücklicherweise der Krieg ausbreche", dürfte er zu rasch verlaufen, als daß man auf den Abschluß warten könne. Der Franzose rechnete also bei dem Marsch auf Fez von vornherein mit der Möglichkeit des Krieges und wollte sich für den Kriegsfall die Hilfe des englischen Heeres im voraus sichern. Schon die Aussprache der Militärs hatte in dem Stabe Greys einmütige Zustimmung gefunden. Als der formelle Antrag Cruppis folgte, erklärte Crowe sogleich, der französische Gedanke, daß zwischen England und Frankreich ein engeres Übereinkommen - in welcher Gestalt auch immer - über die Eventualität eines bewaffneten Konflikts mit Deutschland wünschenswert sei, verdiene die sorgsamste Erwägung. Grey behandelte die Angelegenheit, ohne sie dem Kabinett vorzulegen, in einem kleineren Kreise mit Asquith, Haldane und Morley und schlug vor, sie ganz nach Analogie der französischen Anfrage vom Januar 1906 zu entscheiden. In seiner formalistischen Weise fügte er hinzu: "Die militärischen Sachverständigen haben damals ihre Meinungen ausgetauscht. Was sie beschlossen haben, habe ich nie erfahren - die Lage war so, daß die Regierung ganz frei war, nur daß die Militärs wußten, was sie zu tun hatten, wenn das Stichwort fiel."[16] Wir dürfen danach annehmen, daß Haldane seinen Generalen die Ermächtigung zu neuen Besprechungen erteilte, und des weiteren, daß die Minister auch dieses Mal nicht erfuhren, was die Militärs besprochen hatten. Jedenfalls war die militärische Fühlung erneuert, als der französische Ministerrat am 23. April den Marsch nach Fez beschloß. Während es hinter den Kulissen auf der Linie London - Paris schon leise von Waffen klirrte, waren in Deutschland nur friedliche Töne zu hören[17] - um so unheimlicher ist die Vorstellung, die man in diesen Tagen im *Foreign Office* sich mit überreizter Phantasie von den schwarzen Plänen des Störenfrieds Deutschland machte.[18]

Damit waren die Dinge so weit in Fluß gekommen (auch die Beunruhigung um Fez hatte entsprechend zugenommen), daß die französische Regierung die Zeit für gekommen hielt, die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens amtlich in Berlin anzuzeigen (28. April). Kiderlen-Wächter gab zur Antwort: er habe volles Vertrauen in die loyalen Absichten der französischen Regierung, aber bisweilen seien die Ereignisse stärker als man glaube; falls ihre Truppen in Fez bleiben sollten, so daß der Sultan nur noch mit Hilfe französischer Bajonette regiere, würde man ihn nicht mehr als den durch die Algecirasakte eingesetzten Sultan betrachten können und die Freiheit des Handelns wieder aufnehmen.[19] Er hoffe aufrichtig, gestand er Cambon, daß alles gut gehen werde, aber wenn das Gegenteil eintrete und die Besetzung sich unbegrenzt hinziehe, so werde dies das Ende der Algecirasakte sein. Eine offiziöse Mitteilung in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* brachte diesen Standpunkt des Abwartens unter bestimmtem Vorbehalt zur allgemeinen Kenntnis.

Welches deutsche Programm aber verbarg sich hinter dieser Erklärung des Abwartenwollens? Es lag auf der Hand, daß Kiderlen sich über die Richtung des von ihm eingeschlagenen Weges klar war, und wenn auch das eine oder andere Stück dieses Weges umstritten ist, so kann bei einem so bestimmten und energischen Kopfe über alles Entscheidende in seinem Wollen kein Zweifel sein.[20] Er sagte sich, daß die Algecirasakte sich mit dem Eintreffen der Franzosen nicht mehr werde halten lassen, da ein Sultan, der unter den französischen Bajonetten stehe, nicht mehr die in der Akte vorgesehene Autorität darstelle. Also plante er, wenn die Franzosen eine Zeitlang in Fez ständen, in freundschaftlicher Weise in Paris anzufragen, wie lange die Aktion noch dauern werde; wenn sie sich hinauszögere, werde der Moment eintreten, wo Deutschland erkläre: die Algecirasakte ist zerrissen, wir nehmen die Freiheit des Handelns zurück. Kiderlen wollte sich dann aber nicht mit dem

bloßen Protest begnügen, sondern - nach den bisherigen Erfahrungen - der Verhandlung dadurch einen stärkeren Nachdruck geben, daß er sich ein Objekt sichere, Schiffe etwa nach Mogador oder Agadir, Häfen mit fruchtbarem und erzreichem Hinterland sende, um dann in Ruhe abzuwarten, ob etwa Frankreich aus seinem Kolonialbesitze geeignete Kompensationen anbiete, für die wir die Häfen verlassen würden. Seine Absicht war also von vornherein ohne jeden Zweifel: nicht etwa ein Stück Marokkobesitz (Hafen, Hinterland, Konzessionen) zu erstreben, sondern eine Kompensation außerhalb Marokkos in der afrikanischen Kolonialwelt zu suchen. Sein politisches Endziel war überhaupt, die problematische Marokkostellung aufzugeben und eine völlige Vereinigung dieser Streitfrage zu schaffen. Daran ändert nichts, daß er in dem ersten Stadium seiner Aktion mit dem Greifen nach einem Marokkopfande zu operieren gewillt war (darin lag der Bluff), um das wirklich erstrebte Ziel zu erreichen. Mochte die französische öffentliche Meinung es fürchten, die deutsche öffentliche Meinung es hoffen: er wollte das Scheinziel nicht, und wo seine Äußerungen sich den Anschein gaben, es zu wollen, ging er auf Täuschung aus. Sein wirkliches Endziel war ein anderes, ein höheres. Wenn das Deutsche Reich jetzt endgültig dareinwilligte, daß die Franzosen den lückenlosen Abschluß ihres riesigen Kolonialreichs erlangten, das von den Grenzen von Tripolis bis nach Senegambien reichen würde, dann sollte es sich seine Zustimmung nur durch ein wirkliches Äquivalent abkaufen lassen.[21] Darüber, daß dieser Weg nicht leicht bis zum Ende zu gehen sei, machte er sich keine Illusionen. Er dachte zwar nicht an Krieg, aber er verhehlte sich nicht, daß wir einen befriedigenden Abschluß nur dann erreichen würden, wenn wir bereit seien, die letzte Konsequenz zu ziehen, d. h. wenn die andern diesen Eindruck gewönnen. Aber die Drohung war nicht seine eigentliche Karte; er wollte den Franzosen eine größere Abtretung dadurch erleichtern, daß sie in die Form eines territorialen Kolonialtausches gekleidet wurde. Die Preisgabe von Togo deutscherseits sollte die Franzosen für das "Geschäft" im größeren Sinne gewinnen. Man kann der Politik Kiderlens nicht ganz gerecht werden, wenn man nicht auch die Fühlung hinzunimmt, die er inzwischen in Paris auf mehr als einem unterirdischen Wege, vor allem wohl mit dem Finanzminister Caillaux, genommen hatte. Auf diese Weise hoffte Kiderlen den ganzen französischen Kongo zu gewinnen, jedenfalls bis an den belgischen Kongo heran, über dessen Zukunft das letzte Wort noch nicht gesprochen war. So mochte er in seinen kühnsten Träumen hoffen, für später eine Verbindung mit Deutsch-Ostafrika vorzubereiten. Die geschlossene Abrundung des deutschen Kolonialreiches, die Abstellung eines Mangels, der schwer auf unserer kolonialen Betätigung lastete, war es, was ihm in weiter Ferne vorschwebte.

Nachdem diese weitausschauenden Ziele nicht erreicht worden sind, vielmehr nur Teilziele, und auch sie nur vermöge einer Spannung, die in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stand, wird man - soweit nachträgliche historische Kritik dazu berechtigt ist - nach den Fehlerquellen in diesem Programm fragen. Es wäre falsch, Kiderlen vorzuwerfen, er habe überhaupt nicht mit England gerechnet;[22] er war sich vollständig klar darüber, daß eine deutsche Niederlassung in Marokko schon wegen des englischen Widerspruchs nicht möglich sei, und war eben deswegen dafür, dieses ganze Objekt aufzugeben. Dennoch hat er nicht genügend mit England gerechnet. Er übersah, daß England nicht nur durch die formale Marokkoverpflichtung, sondern durch das allgemeine politische Interesse seiner Weltstellung an Frankreich gebunden war; daß diese politische Rechnung in Frankreich das zu erhaltende und zu kräftigende, vor jeder Demütigung und jedem Druck zu bewahrende Gegengewicht gegen Deutschland in dem ganzen europäischen Mächtespiel erblickte. An irgendeinem Punkt mußte sich dieser Gegenspieler erheben. Kiderlen gab sich überhaupt der Täuschung hin, daß man ein so verwickeltes diplomatisches Machtspiel wie ein Geschäft - auch mit Hilfe der von ihm bevorzugten geheimen Wege geschäftlicher Verhandlung - ungestört von der öffentlichen Meinung Frankreichs und Deutschlands durchführen könne. Wenn er jedoch im Schlußstadium den vollen Ernst der Lage, bis zur Drohung hin, durchblicken lassen mußte, so konnte das nicht geschehen, ohne die tiefen Leidenschaften der Völker aufzurühren und ohne eine Rückwirkung auf die Staatengesellschaft hervorzurufen. Die politische Technik Kiderlens erinnert an diejenige Holsteins, insbesondere an dessen Feldzug gegen die marokkanische Position der Franzosen von 1904/05. Sein Ausgangspunkt war ein ganz unzweifelhaft deutsches Recht; die

meisterhafte Einleitung des Spiels, bei der die Franzosen sich immer weiter ins Unrecht setzten, erregte scheue Bewunderung; es gelang ihm wirklich, in die Hinterhand des Spieles zu kommen und in einer überlegenen Position zur Forderung überzugehen. Aber auf dem Höhepunkt der Ausführung setzt, ähnlich wie in der Politik von 1905, ein Umschlag ein, weil die Imponderabilien der Weltlage die scharfe Rechnung durchkreuzen, und das diplomatische Machtspiel, das es nun einmal in seinem letzten Stadium war, stieß auf Schwierigkeiten, die so nicht vorgesehen waren, aber mehr und mehr den Verteidiger eines legitimen Rechtsanspruchs ins Unrecht zu setzen drohten. Gerade wenn man eine gewisse - auch in dem äußeren Ablauf zu verfolgende - Verwandtschaft der in den Jahren 1904/05 und 1911 angewandten Methoden zugibt, wird man die Frage zu prüfen haben, die bei vielen ausländischen, aber auch bei einigen deutschen Kritikern eine Rolle spielt: unterscheidet sich diese deutsche Methode von denen der anderen, hat sie in der Tat einen unbequem metallischen, erpresserischen und friedensstörenden Unterton, der sie ins Unrecht setzen muß und daher zum Scheitern verurteilt? Ich würde antworten: nicht etwas Ethisches, sondern etwas rein Dynamisches entscheidet den Umschlag. Wenn es England gelang, die im Jahre 1902 eingeleitete Politik zum Abschluß zu führen, in einem Jahrzehnt den riesigen Block Marokko (mit allen seinen Zukunftsmöglichkeiten) in den französischen Machtbereich zu wälzen, mit allen Künsten einer skrupellosen Machtpolitik die Rechtsansprüche der Deutschen mit einer fragwürdigen Abtretung abzufinden und sie nebenbei mit dem Odium des europäischen Friedensstörers zu belasten, so ist das Ganze allein aus der seit 1904 vollzogenen Umgruppierung der Mächte zu erklären. Auf diesem marokkanischen Schauplatz war die (im weitesten Sinne) politische Macht des Deutschen Reiches nicht so unmittelbar wirksam, daß sie ohne gewagte diplomatische Methoden die günstigere Kampfstellung der Westmächte ausgleichen konnte. Kiderlen hatte wohl recht, dem Kaiser zuzurufen: "Wer im voraus erklärt, daß er nicht fechten will, kann in der Politik nichts erreichen." Aber war denn letzten Endes das Mehr oder Weniger der französischen Kompensation am Kongo ein wirkliches Kriegsmotiv - war die Abgrenzung in kolonialen Bereichen, die noch kaum ein Deutscher betreten hatte, ein ausreichender Grund, die Wehrpflicht eines großen Reiches bis zum äußersten anzuspannen? Das war auch gar nicht gewollt, aber es läßt erkennen, daß das diplomatische Bluffspiel, das einem unbedingten Kriegswillen auf der Gegenseite begegnen wird, in seinem Aufbau etwas Künstliches und Fehlerhaftes hat, das nach dem Ausbruch der Krisis sich immer weniger verdecken läßt.

Diese Betrachtungen sollen dem letzten Urteil noch nicht vorgreifen. Wer den Fortgang des raffinierten Annexionsspiels von Frankreich und England verfolgt, wie es im Mai und Juni fortschreitet, wird vielleicht mit dem Reichskanzler die Frage aufwerfen: welchen anderen Weg die Deutschen hätten einschlagen sollen?

Während die Franzosen den Marsch auf Fez antraten, waren sie sich voll bewußt, damit eine von ihnen anerkannte Rechtslage in Frage zu stellen und eine ernste europäische Krisis heraufzubeschwören. Sie konnten sich damit beruhigen, daß die Weltlage ihnen nicht ungünstig war. England ließ überall wissen, daß es das französische Vorgehen billige, und der russische Verbündete (wenngleich er geflissentlich ein geringes Marokkointeresse zur Schau trug) gab doch formell ähnliche Erklärungen ab. Demgegenüber schien der Deutsche für die Politik, die man bei ihm voraussetzte, wenig Freunde zu besitzen. Man fand die Haltung der Reichsregierung, auf die verstohlen alle Blicke gerichtet waren, wohl korrekt, aber beunruhigend korrekt. Die Engländer rühmten die kluge und besonnene Haltung Kiderlens[23] - solange sie von der Freiheit des Handelns keinen Gebrauch machte. Aber es war die Frage, ob Deutschland, wenn es dazu überging, sich seiner Freiheit zu bedienen, nicht ziemlich allein stehen würde - sein österreichischer Verbündeter zeigte schon bald nicht geringen Eifer, seine weite Entferntheit von allen Marokkointeressen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, und Italien lauerte überhaupt nur auf den Augenblick, wo es aus seinen Marokko-Tripolis-Verträgen das Recht zu einem Eroberungszug nach einer anderen Seite ableiten konnte.

So fuhr die französische Regierung - ohne sich allzu großer Sorge hinzugeben - mit ihren bisherigen

Methoden fort. Sie schwieg nach der deutschen Seite hin; sie hörte ruhig an, daß hier und da von Kompensationen geredet wurde, aber sie meinte, auch hier die besten Geschäfte machen zu können, wenn sie den Mund nicht vorzeitig öffne.
Um diese Zeit begann die von Kiderlen in Paris gesäte Saat aufzugehen. Um Anfang Mai sprach die Presse plötzlich von der Möglichkeit, die Deutschen durch Abtretung des französischen Kongo (gegen Verzicht auf Togo) zu befriedigen, und es hieß, daß der Finanzminister Caillaux solchen Plänen nicht fernstehe. Gegen Ende des Monats kehrte der Bankier Ludwig Delbrück mit sehr hoffnungsvollen Nachrichten nach Berlin zurück; jedenfalls waren gewisse französische Finanzkreise eifrig darauf aus, solche deutsche Hoffnungen zu pflegen.[24] Ob zwischen Kiderlen und Caillaux noch festere Fäden und verbindlichere Abreden hin- und herliefen, ist nicht sicher zu erkennen.[25]

Die Leitung der französischen Außenpolitik hatte mit jenen Geschäften nichts zu tun. Um so mehr erinnerte sie sich, als ihre Truppen sich Fez näherten, der anderen Karte, auf die sie ihr Spiel gesetzt hatte. Um Mitte Mai begann Cruppi wieder eine verzagte Stimmung durchblicken zu lassen, um den Engländern von neuem nahezubringen, daß man für gewisse Eventualitäten doch noch nicht ganz nach Wunsch sichergestellt sei. Seine Sorge äußerte sich in der Formel: "Wenn sich nur das Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland und England aktivieren und augenfälliger machen ließe, so würde die von Deutschland drohende Gefahr einer Störung des europäischen Friedens abgewendet werden." Er wollte sich nur in einer möglichst eindrucksvollen Bündnisrüstung, wenn es sein mußte, an den Verhandlungstisch setzen und den gefürchteten Partner auf die billigsten Bedingungen herabdrücken. Sein Traum war "etwas für Deutschland Sichtbareres und für Frankreich Nützlicheres als die derzeitige Entente zwischen Frankreich und England". Er kam also am 14. Mai auf seinen Antrag vom 8. April zurück. Der englische Botschafter empfahl in London dringend, darauf einzugehen: "Alles Militärische und Maritime sollte inoffiziell ausgemacht werden, um für den Fall vorzusorgen, daß britische und französische Streitkräfte zusammenwirken müssen. Sonst könnten wir in diesen Zeiten der raschen Beförderung einen Tag zu spät für die Keilerei ankommen und unsere Interessen bereits geschädigt finden."[26] Der Ton ist nicht nur kennzeichnend für die Gemütsruhe, mit der die Diplomatie auf der Linie Paris - London auch den kriegerischen Möglichkeiten entgegensah; er sollte allen denjenigen zu denken geben, die nur von der Entsendung des "Panther" nach Agadir (sechs Wochen später) den idyllischen Frieden eines Rokokoschäfertales gestört sahen. Zur Beruhigung teilte Sir Arthur Nicolson dem Botschafter mit, daß zwischen den beiderseitigen militärischen Autoritäten eine gewisse Art von flüchtigem Gespräch stattgefunden habe, aber Endgültiges scheine nicht niedergelegt zu sein.[27] Daß auch damals schon die lockere Fühlung so weit reichte, daß sie in jedem Augenblick binnen vierundzwanzig Stunden in eine bis in das Kleinste durchgearbeitete Militärkonvention verwandelt werden konnte, werden wir binnen kurzem erfahren.

Während dieser Tage stattete Kaiser Wilhelm II. in London dem neuen König Georg V. aus Anlaß der Einweihung des Victoria-Denkmals den ersten Staatsbesuch ab. Es ist später der Vorwurf erhoben worden, der Kaiser habe kein Wort über seine finsteren Marokkopläne fallen lassen; aber man darf dem entgegenhalten, daß auch die Engländer nichts von ihrem vertraulichen militärischen Gespräch mit den Franzosen (über die Deckung des Marsches auf Fez) verrieten. Im übrigen liegt seitens des Kaisers die positive Erklärung vor, er habe dem König Georg eine leise Andeutung über eine Kompensation "vielleicht an der Grenze unseres afrikanischen Besitzes"[28] und auch über die mögliche Entsendung eines Schiffes gemacht. Dagegen fand mit Grey kein politisches Gespräch über Marokko statt.[29]

Am 21. Mai marschierten die Franzosen in Fez ein. "Der erste Akt des Marokkoschauspiels ist glücklich zu Ende geführt; nun beginnt aber das zweite und viel gefährlichere Stadium" - meldete der russische Botschafter in Paris,[30] der, wie die russische Politik überhaupt, der Marokkoangelegenheit aus einer sehr unbeteiligten Ferne zusah. Grey sprach den Franzosen seinen

Glückwunsch zu dem "großen Erfolg" aus - sehr diplomatisch allerdings zugleich für den Fall, daß die Franzosen glaubten, nach friedlicher Schlichtung wieder abziehen zu dürfen.

Jetzt mußte die Auseinandersetzung der Franzosen mit Deutschland einsetzen. Ein Teil der europäischen Diplomatie war höchst gespannt, wann die langmütigen Deutschen aus ihrer Rolle des Zuschauers heraustreten würden. Selbst in London neigte man jetzt der Meinung zu, daß ein "Gespräch" zwischen Frankreich und Deutschland beginnen werde.[31] Man rechnete auch mit einer Kompensation für Deutschland und wünschte nur nicht, daß es ein marokkanischer Hafen sein möchte. Besonders Grey verhehlte sich nicht im geringsten, daß die Franzosen ihre Stellung ungeheuer verstärkt hätten, und daß der Bruch der Algecirasakte nicht mehr geleugnet werden könne. "Wir schlittern schon über sehr dünnes Eis, indem wir behaupten, daß die Algecirasakte durch all das, was geschehen ist, nicht berührt wird, und mit jeder Woche, die die Franzosen in Fez bleiben, wird das Eis dünner werden. Wenn die Algecirasakte wirklich über Bord geht, wird die Aufteilung Marokkos zwischen Frankreich und Spanien erfolgen. Ich nehme nicht an, daß es unmöglich wäre, hierzu Deutschlands Zustimmung zu erlangen; aber man würde für diese Zustimmung einen Preis bezahlen müssen: wenn dieser Preis auch nicht notwendigerweise irgend etwas in Marokko zu sein braucht."[32]

Es kam darauf an, wie lange die Franzosen ihre Truppen "zur Wiederherstellung der Ordnung" in Fez stehenlassen würden. Der Reichskanzler hatte erklärt, man würde zu diesem Zweck gegen einen angemessenen Zeitraum nichts einwenden; die andere Seite suchte herauszubekommen, was unter einer angemessenen Zeit zu verstehen sei. War vorher von drei Wochen die Rede, so wurde jetzt auch von vier Wochen und mehr gesprochen.[33] Entscheidend war, ob diese Frist von den Franzosen benutzt wurde, um den Deutschen einen entsprechenden Preis für die beginnende Tunifikation von Marokko zu bieten - um wenigstens eine ernsthafte Unterhaltung zu eröffnen. Dies geschah nicht. Die Franzosen, die immer in vertraulicher Rücksprache mit London begriffen waren, konnten nach Berlin das richtige Wort nicht finden; auch wo sie grundsätzlich einem Angebot nicht aus dem Wege gingen, blieben sie in der Vorstellung von einer kolonialen Grenzberichtigung stecken;[34] die Engländer aber, die das Ganze der französischen Aktion billigten, aber mit einer deutschen Kompensation rechneten, vermieden ihrerseits, in Paris zu einem solchen Schritte anzuregen. So nahmen die Dinge den vorgesehenen Verlauf. Kiderlen beschloß, mit dem längst erwogenen Mittel einen kräftigeren Anstoß zu einer Aussprache zu geben. Die zunehmende Aufdeckung des französischen Programms, die Besetzung des Hafens Larrasch durch die Spanier (8. Juni) brachten seinen Entschluß zur Reife. Man sagte sich, daß bei einem normalen Anklopfen doch nur die übliche Antwort zu erwarten sei, leidenschaftlicher Widerspruch in der französischen und dann auch in der englischen Presse: "Wir werden, mögen unsere Forderungen noch so gerecht sein, als die Friedensstörer verschrieen werden und haben, da niemand einen europäischen Krieg wegen Marokko wünscht, sehr bald die öffentliche Meinung der ganzen Welt jedenfalls nicht für uns. Das Ende vom Liede würde sein, daß die so gestörten Verhandlungen resultatlos verliefen und Frankreich ohne Kompensation das in Marokko Erreichte behielte."[35] Also Anwendung eines stärkeren Mittels: Entsendung von Schiffen nach Mogador und Agadir, in deren Hinterland reichliche Erzvorkommen von deutscher Seite entdeckt worden seien, Vorgehen mit dem vollen Ernste auf der durch die Franzosen neugeschaffenen Rechtsgrundlage und Mitsichredenlassen, "wenn Frankreich uns geeignete Kompensationsobjekte in Französisch-Kongo anbieten sollte".

In diesem Sinne machte Kiderlen am 20./21. Juni dem Botschafter Cambon die wichtige Eröffnung: ohne erhebliche Kompensation werde die deutsche Zustimmung nicht zu erlangen sein. Der Botschafter reiste nach Paris zurück, wo in den nächsten Tagen der Ministerpräsident Monis durch den bisherigen Finanzminister Caillaux (der schon seit einiger Zeit mit Kiderlen in einer verborgenen Fühlung wegen der Kompensationsfrage stand), und der Außenminister Cruppi durch de Selves abgelöst wurden. Gleichzeitig versicherten sich der Reichskanzler und der Staatssekretär am 26. Juni der Zustimmung des Kaisers, der seine Nordlandsreise antrat. Der Kaiser willigte nicht

ohne Widerstreben ein,[36] wie er denn stets in der Marokkofrage sich zurückgehalten hatte. Er verließ Deutschland ohne das volle Gefühl für die Gewagtheit des Unternehmens[37] und war für seine Person - darin trafen wohl seine eigenen und die Wünsche des Auswärtigen Amtes zusammen - zunächst so gut wie ausgeschaltet. Kiderlen hatte das Spiel allein in der Hand und ging vor, ehe die neue französische Regierung zu einer amtlichen Äußerung gelangt war.[38] Am Nachmittag des 1. Juli 1911 ging das deutsche Kanonenboot "Panther" (später durch den Kreuzer "Berlin" ersetzt) vor dem geschlossenen marokkanischen Hafen Agadir vor Anker.

Die Entsendung eines Kriegsschiffes wurde von der einen Seite als ein Glockenzeichen zur Einleitung eines Meinungsaustausches bezeichnet, von der andern Seite aber als ein Alarmschuß oder gar ein Kanonenschlag, der die ganze Welt in Aufruhr brachte. So lebt denn Agadir fort als ein typischer Vorgang in der sich stets in massiven Methoden übernehmenden deutschen Vorkriegsdiplomatie. Selbst auf deutscher Seite wird er heute ungünstig kritisiert.[39] Diese Beurteilung trägt aber viel zu sehr die Züge derer, die alles Interesse daran hatten, den Marsch der Franzosen auf Fez als die vorhergehende militärische Gewalthandlung gegen die internationale Rechtslage in Vergessenheit geraten zu lassen gegenüber dem immerhin nur symbolischen Panthersprung. Zieht man die Übertreibungen ab, so bleibt doch etwas weniger übrig, als die Gegenseite aus diesem "Gewaltakt" machte, den selbst der gewiß nicht deutschfreundliche Iswolski für einen ausgezeichneten Schritt erklärte. Mit Recht gestand der unbefangene Lord Morley, als ein Vierteljahr später das italienische Ultimatum an die Türkei erging: verglichen mit diesem Streich war der "Panther" ein frommes Lämmchen.[40] Wenn aber Sir Edward Grey damals sagen ließ, es sei wiederum ein echtes *procédé* der Deutschen, "was immer sie erreichen wollen, mit dem Maximum an Mitteln ein voraussichtliches Minimum an Erfolg durchzusetzen",[41] so ließ er dabei nur zweierlei außer acht: einmal, daß allein die von ihm und seinen französischen Freunden unternommenen Schritte die Deutschen zur Anwendung von drastischen Mitteln nötigten, und dann, daß es allerdings das Leitmotiv der englischen Weltpolitik war, jede deutsche Kraftanstrengung auf ein Minimum des Erfolges herabzudrücken. Wenn die deutschen Methoden, was nicht geleugnet werden soll, auch ihre "gefährliche" Seite hatten, so war das Unternehmen der Westmächte - im weiteren politischen Sinne waren sie beide beteiligt - ohne Zweifel auf die Gefahr des Krieges hin gewollt.

Die deutsche Regierung beschränkte sich bei der Notifizierung der Entsendung des "Panther" amtlich auf das Motiv, die bedrohten deutschen Interessen und deutschen Untertanen schützen zu wollen. Nur so lange, wie das Bedürfnis zu diesem Schutze bestehe, werde das Schiff dort verbleiben. Immerhin ließ die deutsche Diplomatie außeramtlich verlauten, daß eine Absicht der **Festsetzung** in Marokko nicht damit verbunden sei.[42] Mit Rücksicht darauf gab Grey auch den (ebenso wie in Paris) auftauchenden Gedanken auf, das eine oder andere Schiff nach Agadir zu entsenden - womit er den weiteren friedlichen Verlauf möglicherweise aus der Hand gegeben haben würde. Die Stimmung des *Foreign Office* war, was ja bei der engen Fühlung mit Frankreich nicht zu verwundern war, von vornherein derart, daß keine Auskunft der Welt sie befriedigt haben würde. Sir E. A. Crowe hatte schon bei der ersten Nachricht von der Entsendung des Panther geurteilt: daß die Deutschen diesen Schritt nicht getan haben würden, ohne zu erwägen, daß diese Politik zum Kriege führen könne. Schon nach wenigen Tagen stand für ihn fest, daß es sich nur um einen neuen Akt der wohlerprobten Erpressungspolitik handle: "Für den Augenblick ist Frankreich das Opfer. Aber es ist ganz sicher, daß - welchen Preis es jetzt auch zahlt - dies Deutschland nicht an baldigen weiteren Erpressungen von genau derselben Art hindern wird. Diesem Prozeß wird nichts ein Ende machen, als ein fester Entschluß und die Kraft, nein zu sagen und, wenn nötig, dafür zu kämpfen. Das ist die wirkliche Lehre, nicht bloß für Frankreich, sondern auch für uns."[43]

Das Vorgehen Kiderlens ist getadelt worden, weil er nicht alsbald eine beruhigende Erklärung über seine Absichten abgegeben hätte. Wenn die englische Regierung sich später beklagte, daß sie im Dunkeln gelassen sei, so darf man nicht außer acht lassen (und wenn man will, kann man auch das tadeln),[44] daß Grey absichtlich keine Frage stellte. Seine Taktik bestand von vornherein darin, der

deutschen Regierung in keiner Weise zu erkennen zu geben, welchen Weg England einschlagen werde,[45] sondern zu schweigen und im entscheidenden Augenblick auf den Plan zu treten.

Der Augenblick war gekommen, wo Kiderlen in seinem, den Franzosen im Umriß nicht unbekannten Spiel, die entscheidende Karte der Kompensationsforderung aufdeckte.[46] In dem gereizten Gespräch mit Cambon am 9. Juli ließ er "rein hypothetisch" die Lösung durchblicken: "Wir geben in Marokko *Carte blanche*, würden dafür aber von Frankreich nicht moralische, sondern reale Kompensationen auf kolonialem Gebiete verlangen." Darauf Cambon, lebhaft einfallend: "*On a parlé du congo.*" Kiderlen wies die Anregung nicht von der Hand: "Wir müßten dann aber erhebliche Ansprüche machen; vielleicht könnten wir den Franzosen die Sache dadurch erleichtern, daß man einen Territorialaustausch vornähme, bei dem wir aber den Löwenanteil haben müssen." Auf Cambons interessierte Frage ließ er das Wort "Togo" fallen. Der Botschafter, sichtlich erleichtert durch den Gedanken, daß die Deutschen auf territoriale Forderungen in Marokko verzichteten, eilte zur Berichterstattung nach Paris. Einen Augenblick schien es, als ob die Sache glatt verlaufen solle. Der Außenminister de Selves, gleichfalls durch das Ausscheiden einer Marokkokompensation angenehm berührt, sprach die Hoffnung aus, daß man zur vollen Verständigung gelange, und erklärte sich einverstanden, die weitere Besprechung ohne Teilnahme Spaniens oder anderer Mächte durchzuführen.[47] Als aber Kiderlen am 15. Juli dem zurückgekehrten Botschafter eröffnete, daß er - allerdings unter der Voraussetzung, daß Togo in die andere Waagschale geworfen würde - den ganzen Kongo beanspruche, wollte dieser auf den Rücken fallen: schon eine teilweise Abtretung des Kongogebietes würde sehr schwer zu verteidigen sein. War es ein Mißverständnis oder nur gespielt? Der Franzose stellte sich überrascht, da er bisher nur an bescheidene Grenzveränderungen gedacht hätte. Der Deutsche hatte immer auf die Erheblichkeit der Gegenleistung hingewiesen, jetzt trat er mit der Maximalforderung hervor. Eine Verständigung schien kaum möglich. Kiderlen stellte sofort fest, daß man, um zu einem günstigen Resultat zu kommen, jedenfalls noch sehr kräftig werde auftreten müssen.[48] Auf diesen Ton war seine nächste Besprechung mit Cambon gestellt.

Der 15. Juli hatte die Wendung gebracht. Er wirkte in mehr als einer Richtung als ein Donnerschlag.

Zunächst war der Kaiser sehr betroffen. Er hatte sich die (ihm wohl zu optimistisch dargestellte) Sache viel leichter vorgestellt und war schon seit einigen Tagen sehr ungeduldig geworden, daß die reife Frucht sich nicht vom Baum schütteln lasse. Als er jetzt von der Notwendigkeit kräftigen Auftretens hörte, hatte er den richtigen Eindruck, daß er sofort nach Hause müsse.[49] Auch nachdem er die erste Aufregung überwunden hatte, telegraphierte er von neuem, wenn seine Ratgeber den bisher verabredeten Rahmen überschritten und ein einer Drohung gleichkommendes kräftiges Auftreten für geboten hielten, müsse er sofort zurückkehren. Dagegen hielt Kiderlen an seinem Programm - den ganzen Kongo zu beanspruchen - fest. Indem er seinen Entschluß durch ein Rücktrittsgesuch[50] unterstützte, trug er dem Kanzler vor, "daß wir einen befriedigenden Abschluß nur erreichen würden, wenn wir bereit seien, die letzten Konsequenzen zu ziehen, d. h. wenn die andern fühlen und wissen, daß wir es sind."[51] Er konnte ihm allerdings nicht verschweigen, daß er kein anderes Mittel habe: "Wir können nur durch zähes Verhandeln über die Kompensationsfrage etwas erreichen; denn das ist das einzige, bei dem wir keine fremde Einmischung zu gewärtigen haben." Indem sich der Kanzler - wie er nicht anders konnte - auf die Seite des Staatssekretärs stellte, gelang es ihm, auch die Ermächtigung des Kaisers zur Fortsetzung der Verhandlung zu erlangen.

Viel dramatischer spielten sich die Dinge auf der Gegenseite ab. Die englische Regierung war von Paris - trotz der verabredeten Geheimhaltung - über die deutsche Forderung benachrichtigt und um Hilfe angerufen worden. Sie war insofern in Verlegenheit, als sie gegen eine für Frankreich tragbare Kongoabtretung nichts einzuwenden gehabt hätte, einer nicht annehmbaren Forderung aber widerstrebte, weil sie sich sagte, daß eine solche die Deutschen veranlassen könnte, wieder auf Marokkoansprüche zurückzugreifen; und wenn man schon in einen deutschen Handelshafen hier gewilligt hätte, so stieß die bloße Andeutung auf die beweglichsten Gegenvorstellungen in Paris. So stand

man denn wieder an dem großen Kreuzweg der allgemeinen Politik. Die Heißsporne im Auswärtigen Amt sahen jetzt klar: "Deutschland spielt um die höchsten Einsätze. Wenn seine Forderungen entweder am Kongo oder in Marokko oder in beiden Gebieten bewilligt werden, wird das endgültig die Unterwerfung Frankreichs bedeuten. Die Niederlage Frankreichs ist eine für unser Land lebenswichtige Sache. Das Maß der Kompensationen ist Detail. Letzten Endes kommt es auf den Entschluß an, ob man eine deutsche Aggression hinnehmen will oder sich ihr mit ganzer Tatkraft widersetzen und die Folgen auf sich nehmen."[52] Den Ausschlag gab eine persönliche Einwirkung Nicolsons auf den Minister. "Würde es dahin kommen, daß Frankreich uns mißtraute, so würde es wahrscheinlich versuchen, sich ohne Rücksicht auf uns mit Deutschland zu verständigen, während Deutschland, das unser Zaudern bald entdecken würde, geneigt wäre, weit härtere Bedingungen aufzuerlegen, als gegenwärtig der Fall sein mag. Auf jeden Fall würde Frankreich uns niemals verzeihen, daß wir es im Stiche gelassen hätten, und der ganze Dreiverband würde in die Brüche gehen. Das würde bedeuten, daß wir ein triumphierendes Deutschland sowie ein unfreundliches Frankreich und Rußland hätten und daß unsere Politik seit 1904, das Gleichgewicht und infolgedessen den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten, gescheitert wäre" (21. Juli).[53]

Diese aus dem Kern der englischen Weltpolitik fließenden Erwägungen gaben den Ausschlag. Noch an demselben Tage eröffnete Grey dem deutschen Botschafter, ernst und sorgenvoll, daß für ihn, da Deutschland weitgehende und augenscheinlich für Frankreich unannehmbare Forderungen gestellt habe, die grundsätzliche Frage nach den deutschen Absichten in Agadir wieder in den Vordergrund trete - damit sei für England der Zeitpunkt gekommen, wo es in die deutsch-französischen Verhandlungen hineingezogen zu werden wünsche. Der Botschafter konnte zunächst nur erklären, daß Deutschland in Agadir keine anderen Absichten verfolge, als es seinerzeit angekündigt habe. Grey aber begnügte sich nicht mit der geschäftlichen Anmeldung seines Willens, von jetzt an mitzureden, er wartete eine amtliche deutsche Äußerung überhaupt nicht ab, sondern hielt es für angemessen, seine Stellungnahme in den nächsten Stunden auf die eindrucksvollste Weise vor aller Welt zu verkünden.

Das geschah in der kriegerisch gestimmten Rede des Schatzkanzlers Lloyd George, der bisher der friedlicheren Gruppe des Kabinetts zugerechnet wurde.[54] Sie gipfelte in einer Drohung von würdevoller Feierlichkeit: "Wenn der Friede sich nur aufrechterhalten ließe durch Aufopferung der großen und wohltätigen Stellung, die England im Laufe der Jahrhunderte erworben habe; wenn England sich so behandeln lassen müsse, daß in Fällen, wo vitale Interessen auf dem Spiele stünden, seine Stimme als unerheblich im Rate der Völker zur Seite geschoben werde, dann sage er mit Nachdruck: Friede um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen könne." - Deutschland war in der Rede mit keinem Worte genannt, wie man nachher von London aus geltend gemacht hat, und doch herrschte nirgend in der Welt ein Zweifel darüber, wer getroffen werden sollte. Wenn es keine Drohung war, so war es eine Warnung schärfster Art: in dem schwebenden Streitfalle eine Lähmung der französischen Ausgleichsbereitschaft,[55] eine Ermutigung der französischen Draufgängerpartei. Aber die Wirkung reichte weit über den Marokkoschauplatz hinaus. So hoch hatte sich der weltpolitische Gegensatz Englands zu Deutschland - das Endziel der im Jahre 1904 eingeleiteten Politik - bisher noch nicht erhoben. Die Völker der Erde hielten den Atem an.

Man war sich in London auch über diejenigen Konsequenzen klar, die man sonst so gern vertagte. Schon zwei Tage vorher, am 19. Juli, war der Chef des Generalstabs Sir Henry Wilson, nach Paris geeilt - unzweifelhaft auf Anregung Haldanes. Er hatte mit den militärischen Autoritäten eine Reihe von Besprechungen, die schon am 20. Juli! - so weit hatten die früheren Aussprachen vorbereitet! - zum Abschluß einer Militärkonvention führten.[56] Sie entbehrte zwar der formellen Ratifikation der Regierungen und begann sogar mit dem Satze, daß sie keinen offiziellen Charakter habe und die Regierungen nicht binden könne. Aber alles das gehörte zu den spinnewebenen Formeln, mit denen Grey vor dem Parlamente die Politik der freien Hand deckte. In Wirklichkeit wurden ihre wechselseitigen Verpflichtungen von keiner Militärkonvention in der Geschichte übertroffen: Genaue Be-

stimmung der Expeditionen (6900 Offiziere und 165 000 Mann), ihrer Landung und Ausschiffung, ihrer Transporte, ihres Aufmarsches und ihrer Verpflegung, um am 16. Tage der gleichzeitigen Mobilmachung in die Kampfhandlung eintreten zu können. Es war genau das, was General Foch schon im April 1911 verlangt hatte. Indem die Engländer ihre ganze Expeditionsarmee, das Rückgrat ihrer künftigen nationalen Armee, nicht mehr in dem exponierten und gefährlichen belgischen Aufmarschraum, sondern in völliger Einordnung in die französischen Operationen, in dem Raume Busigny - Hirson - Maubeuge aufmarschieren ließen, verknüpften sie ihr Heer - nach den Bestimmungen, die wesentlich noch im August 1914 in Kraft waren - auf Gedeih und Verderb mit dem französischen Heer. Gewiß, nur für den Ernstfall - ob dieser eintreten würde, blieb noch eine Sache der englischen Politik, die ihre Entschlüsse über Krieg und Frieden anscheinend von dem Maß der deutschen Kompensationen abhängig machte.

Die deutsche Reichsregierung wurde durch die englische Intervention genötigt, sich zunächst – bevor sie die französische Verhandlung fortsetzte - mit dem neuen Gegner auseinanderzusetzen. Sie tat das in der Weise, daß sie die schwebende geschäftliche Verhandlung von der Rede Lloyd Georges trennte. Somit beantwortete sie zunächst am 24. Juli die Eröffnung Greys mit der Erklärung, sie habe nie daran gedacht, einen Kriegshafen an der marokkanischen Küste zu bauen, und gedenke überhaupt nur im äußersten Notfall zu landen. Das seien "Halluzinationen". Statt dessen wies Kiderlen darauf hin, daß in der deutsch-französischen Verhandlung der Tatbestand verabredungswidrig durch ungenaue Nachrichten entstellt sei. Wenn die deutsche Forderung unannehmbar erscheine, so müsse man bedenken, daß ja auch Deutschland zu Konzessionen auf kolonialem Gebiet bereit sei. Komme man nicht zur Einigung, so bleibe immer der Rückzug auf die Algecirasakte und den *status quo ante*.

Was aber die Drohrede von Lloyd George anging, die inzwischen in der englisch-französischen Presse einen Widerhall gefunden hatte, so versagte Kiderlen es sich, hier gleichfalls öffentlich zu antworten[57] - was kaum ohne weitere Verschärfung der Lage, ja, vielleicht nicht ohne Kriegsgefahr möglich gewesen wäre -, sondern beschloß, auf diplomatischem Wege, hier aber in schärfster Form, vorzugehen. Er hatte schon dem englischen Botschafter entgegnet: Worte wie "unerträgliche Demütigung für eine große Nation" könnten mit demselben Recht von deutscher Seite gebraucht werden - wenn man so fortfahre, "könne es nur schief gehen".[58] So ließ er denn anderntags durch den Grafen Metternich bei Grey Klage führen über die "an Drohungen grenzende Warnung", die eine Verständigung mit Frankreich nicht gefördert habe. "Wenn die englische Regierung die Absicht haben sollte, die politische Lage einer gewaltsamen Entladung entgegenzuführen, so konnte sie allerdings kein besseres Mittel wählen als die Rede des Schatzkanzlers, die so wenig der von ihm für England vindizierten Würde und Stellung einer Großmacht mit Rücksicht auf uns Rechnung trug." Als Metternich sich dieses Auftrags am andern Tage entledigte, nahm Grey die Rede von Lloyd George als maßvoll in Schutz, bezeichnete aber den Ton der deutschen Mitteilung als derart, daß er seine Regierung verstimmen müsse. Metternich beharrte darauf, daß, je mehr man uns drohende Warnungen erteile, wir um so fester auftreten würden.[59] Grey glaubte aus dem Tone sogar schließen zu dürfen, daß er mit der Möglichkeit eines sofortigen Überfalls durch die deutsche Flotte - der Kaiser war noch nicht von seiner Nordlandsreise zurückgekehrt! - rechnen müsse, und veranlaßte das Marineamt, die atlantische Flotte in den Heimathäfen zu konzentrieren.[60] Es lag auf der Hand, daß eine Steigerung solcher Maßnahmen zu einer unmittelbaren deutsch-englischen Kriegsgefahr führen konnte. Diese Zuspitzung wurde dadurch vermieden, daß Kiderlen - jetzt selbst stärker beunruhigt - am 27. Juli durch den Grafen Metternich[61] eine weitere Eröffnung machen ließ, die seine Mitteilung vom 24. Juli erläuterte. In versöhnlichem Tone wurde Grey daran erinnert, daß er von den deutschen "unmöglichen Forderungen" gesprochen habe, ohne zu wissen, worin die deutschen Angebote beständen; dann aber wurde ihm nahegelegt, daß eine weitere abfällige Haltung Englands die schwebende Besprechung mit Frankreich erschwere, ein wohlwollender Ton einen wohltätigen Einfluß ausüben würde; man habe selbst den aufrichtigen Wunsch, alle deutsch-französischen Reibungsflächen auf kolonialem Gebiete möglichst verschwinden zu lassen. Unter

dem Eindruck dieser Erklärung setzte der englische Ministerrat noch im letzten Augenblick die sehr maßvolle Antwort fest, die Asquith im Unterhause erteilte. Sie umschrieb die englischen Interessen, stellte aber feindliche Absichten in Abrede und drückte die Hoffnung auf eine friedliche Lösung aus.[62] Mit dieser Wendung hing es vermutlich zusammen, daß die englische Regierung davon absah, einen Kreuzer nach Agadir zu entsenden, in der richtigen Erwägung, dadurch nur gefährlichere deutsche Gegenmaßnahmen auszulösen.[63]

Während die unmittelbaren Gefahren des deutsch-englischen Zusammenpralls wieder verflogen, blieb die Hauptfrage offen: welche Rückwirkungen diese Vorgänge auf den Fortgang der geschäftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich haben würden.

Es konnte nicht anders sein, als daß diese Rückwirkungen sehr problematisch waren. Die friedliche Ausgleichsgruppe unter Caillaux wurde durch eine so kräftige Rückendeckung eher gelähmt als gestützt, und der ihr nahestehende Cambon war "ziemlich entsetzt" über die Wirkung, die Lloyd Georges Rede auf die französischen Kolonialchauvinisten hatte.[64] Man mußte also mit einer bedenklichen Versteifung rechnen, um so mehr, als die Franzosen große Hoffnungen auf die Rückkehr des Kaisers setzten, dessen grundsätzliche Zurückhaltung in der Marokkofrage nicht unbekannt war. Diese Rechnung zerstörte man sich freilich selbst wieder, da die Heißsporne der Presse es sich nicht versagen konnten, mit aufreizenden Ausfällen gegen "*Guillaume le Timide*" zur Verständigung beizutragen.

So fiel es dem Reichskanzler und dem Staatssekretär nicht schwer, die Zustimmung des von der Nordlandsreise heimkehrenden Kaisers für die Fortsetzung ihrer Politik in Swinemünde zu gewinnen (28. Juli). Man war sich darin einig, von dem **ganzen** Kongo als Bedingung abzusehen, und sich mit dem größeren Teile zu begnügen. Der Kaiser, der die ganze Aktion von vornherein dem Kanzler - und das hieß in Wahrheit dem Staatssekretär - überlassen hatte, war zwar durch den englischen Gegenstoß nervös geworden, jedenfalls nicht kriegerisch gesinnt,[65] aber er stellte sich jetzt, wenn auch ohne große Begeisterung, hinter seine Ratgeber, zum Durchhalten entschlossen.

Die nächsten Tage erweckten nun allerdings den Eindruck, als ob die Verständigungsmöglichkeiten, trotz der englischen Begleitmusik, nach den in der Stille vorbereiteten Rezepten zwischen Berlin und Paris weitergehen sollten. Auf der einen Seite griff Kiderlen nach allen den dünnen Fäden, die er unter den Friedensfreunden in Paris geknüpft hatte;[66] auf der andern Seite zeigte sich der Ministerpräsident Caillaux, der über die Kriegsaussichten Frankreichs skeptischer dachte, bereit, einen Ausgleich mit Hilfe eines für Deutschland vorteilhaften Gebietsaustausches und finanzieller Abmachungen zu versuchen. Jedenfalls legte Cambon in den ersten Tagen des August ein Angebot vor (Stück des mittleren Kongo mit Zugang zum Kongo), das Kiderlen als Ausgangspunkt der weiteren Verhandlung annehmbar erschien.[67] Noch am 3. August äußerte sich Caillaux befriedigt über den Fortgang, da in der deutschen Haltung ein Wandel eingetreten sei.[68] Schon glaubte die offiziöse Presse in Berlin eine prinzipielle Einigung ankündigen zu können.

Aber am Morgen des 4. August stellte sich heraus, daß die beiden Unterhändler noch weit voneinander entfernt waren: der Franzose konnte keinen Zugang zum Kongo mehr bieten und Kiderlen war nicht imstande, über Togo zu verfügen. Indiskretionen und Mißverständnisse hatten auf beiden Seiten mitgespielt, und auf einmal hieß es sogar, die Verhandlungen seien abgebrochen. Kiderlen hatte sich das Endstadium von vornherein als ein Bluffspiel vorgestellt, aber welchen Umfang dieses gefährliche Spiel mit dem Feuer annehmen würde, wird auch er nicht vorhergesehen haben. Es ist ja das Eigentümliche dieses Spieles, daß der Gegenspieler zu denselben Methoden des Bluffens greift, und schließlich werden sich Berufene und Unberufene daran beteiligen, und die ganze Welt spielt mit. Selbst die Verständigungspolitiker verschmähten nicht, mit ernsten Nachrichten militärischer Art zu bluffen. Aber als die Franzosen die mögliche Entsendung von Kriegsschiffen in die Debatte warfen, verlangte Kiderlen, das zurückzunehmen, da er unter dem Druck einer Drohung

nicht verhandeln könne. Von beiden Seiten wurden unterirdische Kanäle angelegt, die den Zweck verfolgten, ihr Nachrichtenmaterial dem Gegner in die Hände zu spielen. Kiderlen scheute sich nicht, mit mehr als gewagten Methoden die Grenzen der Vorsicht unbekümmert zu überschreiten.[69] Gefährlicher als diese Künste - die dem Intrigenstück vergangener Zeiten entnommen zu sein scheinen! - war der Ton, in dem ein Teil der französischen und der deutschen Presse sich an dem diplomatischen Kampfe zu beteiligen für gut hielt. Das wirkte geradezu lähmend auf die Unterhandlungen, zumal wenn man dabei - wie die alldeutsche Presse - mit dem Schlachtruf "Westmarokko deutsch" gar die eigentlichen Geschäfte des Auswärtigen Amtes zu besorgen meinte und in einzelnen Organen sogar zu maßlosen Angriffen gegen den Friedenswillen des Kaisers überging.[70]

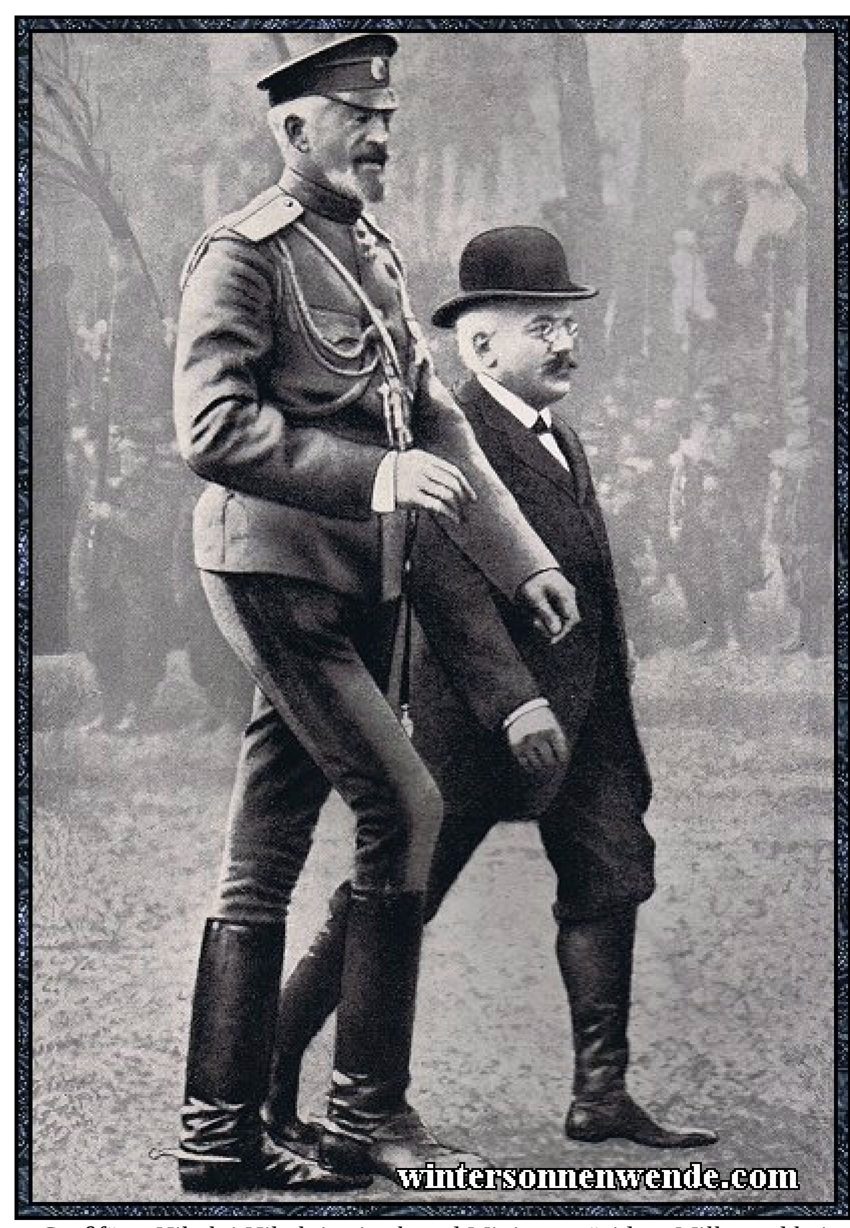
Mitten in diesem Lärm, der das verborgene und zähe Ringen der Kabinette begleitete, wirkte der Abbruch der Verhandlungen am 17. August wie der Auftakt zur kriegerischen Lösung. Die Stille, die plötzlich eintrat, war vollends beunruhigend. Grey urteilte mit Recht, daß ihm die unnatürliche Verzögerung nicht gefalle. Er hielt die Stunde für gekommen, die Russen zu fragen, was sie im Falle von Komplikationen zu tun gedächten, denn wenn die Verhandlung scheitere, werde das der allgemeine Krieg sein, dem man entgegengehe, und er könne seine Hoffnung nur auf den Kaiser setzen, der das alles nicht zulassen werde.



Zar Nikolaus II. und Zarin, geführt von Präsident Loubet, bei den französischen Manövern 1911.

Denn jetzt waren es die Franzosen, die, von allen nachgiebigen Anwandlungen gründlich erholt, in der durch die Rede von Lloyd George geschaffenen Weltlage durch ein bestimmtes Auftreten der gesamten Verhandlung ein ganz anderes Gesicht zu geben versuchten. Am 22. August fand in Paris, unter Zuziehung des Berliner und des Londoner Botschafters, eine Sitzung des Gesamtministeriums statt, in der man sich über ein Gebietsangebot einigte, das den Deutschen als äußerste Grenze des Entgegenkommens - auf Ja oder Nein - mitgeteilt werden sollte. Wenn dann Deutschland, im Falle des Abbruchs der Verhandlung, Truppen lande oder ähnliche Schritte tue, so war man gewillt, für jeden solchen Fall auch ein Schiff zu entsenden. Aber man fragte doch zunächst bei der englischen Regierung an, ob sie nicht - vielleicht neben der Entsendung von Schiffen - der deutschen Regierung auf eine indirekte Weise beibringen könne, daß eine Landung oder Machtverstärkung die Dinge unvermeidlich komplizieren müsse. Man wollte in Paris, bevor man die neue Methode anwandte,

sich mit einer neuen englischen Warnung bewaffnen. Aber dieses Mal lehnte Grey unbedingt ab, ei-ne so gefährliche moralische Unterstützung zu leisten. Er sagte, die englische Regierung werde kei-nen derartigen Schritt tun, ohne den Versuch einer Konferenz gemacht zu haben. Sei es, daß er durch die Erfahrung mit der Rede Lloyd Georges darüber belehrt worden war, daß ein zweiter dro-hender Vorstoß gegen die Deut-schen gerade den Krieg, den es zu verhindern galt, unvermeidlich machen würde; sei es, daß die unzureichende Schlagfertigkeit des englischen Heeres und die gerin-ge Aussicht auf wirksame russische Hilfe überhaupt zur Vorsicht mahnte:[71] er ließ sich dieses Mal von den Franzosen nicht ins Schlepptau nehmen. Vielmehr ließ er in Paris vor der Entsendung von Schiffen war-nen.[72] Mit diesem gefährlichen Gedanken verschwand auch die ultimative Haltung aus der Fassung des französischen Angebots.



Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und Ministerpräsident Millerand bei den französischen Manövern 1911.

Denn auch die russische Politik, für die damals das Bedürfnis nach einer Ruhepause alles an-dere überwog, war keineswegs gesonnen, die Franzosen zu ei-nem herausfordernden Vorgehen zu ermu-tigen.[73] Vielmehr trug sie kein Bedenken, das seit lan-gem schwebende Abkommen mit Deutschland über Vorderasien gerade jetzt zum Abschluß zu bringen. So sehr man den Fran-zosen auch das Festhalten an den Bündnisverpflichtungen versicherte, so deutlich suchte man ihnen zu machen, daß Rußland zur Zeit über eine Kriegsbereitschaft nicht verfüge - das war das Ergebnis der Konferenz der beiden Generalstäbe am 31. August. Ja, man hielt es in Petersburg für angezeigt, den Tatendrang der Franzosen auch auf diplomatischem Wege zu dämpfen. Schon am 29. August hatte Iswolski die fast verletzende Anregung in Paris vorgetragen, die Marokkofrage einem Schiedsspruch des Kaisers von Österreich zu überlassen.[74] Am 1. September ließ die russische Regierung noch eine weitgehen-de Erklärung folgen. Sie sei bestürzt über die Kriegsgefahr; der Umfang der zu leistenden Abtretun-gen an Kolonialgebiet könne für Frankreich nicht von Bedeutung sein, wenn es sich um die Vermei-dung eines Krieges handele; ein Krieg würde eine Gefahr für die neuen liberalen Institutionen sein, die russische Armee sei noch nicht auf ihrer Höhe. Es ist begreiflich, daß man in Paris diese eindeu-tige Mahnung zum Frieden - mit der Petersburg zugleich für die französische Zurückhaltung während der bosnischen Krisis höflich quittierte - sehr verübelte.

Die Weltlage war einer herausfordernden Haltung Frankreichs nicht günstig.[75] So war die Grund-

lage der Verhandlung, mit der Cambon am 4. September nach Berlin zurückkehrte, wesentlich in der Richtung auf den Ausgleich verschoben.[76] Zwar betonte Kiderlen, daß die französischen Garantien in Marokko noch Schwierigkeiten machen würden. Aber Grey gab doch in Paris den Rat, nachdem die deutsche Seite einmal im Prinzip das französische Protektorat über Marokko angenommen habe, die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Das deutsche Gegenprojekt vom 8. September verstärkte die Hoffnungen auf Ausgleich. Zwar erklärte Cambon es nach seiner Prüfung für unannehmbar, aber er hinterließ doch bei dem englischen Botschafter den Eindruck, daß die Übereinkunft zustande kommen würde.[77] Es kennzeichnete die Lage, daß auch Aehrenthal, der auf die Fühlung nach beiden Seiten Wert legte, die Zeit für gekommen hielt, in Paris einen leichten freundschaftlichen Druck auszuüben.[78]

Je mehr die Kabinette auf die Einigung zusteuerten, um so hitziger geriet die öffentliche Meinung auf beiden Seiten noch im letzten Stadium in Bewegung. Wenn die *Kölnische Zeitung* auch am 5. September noch unter der Überschrift "Krieg oder Frieden" schrieb, so erwiesen doch Börsenpanik und Sparkassensturm, die in den nächsten Tagen an manchen Stellen Deutschlands erfolgten, daß auch die Anwendung scharfer Einschüchterung ihre zwei Seiten hatte. Daß der Gegenstoß der französischen Finanz, die unerwartete Zurücknahme großer Geldbeträge, damals eine vorübergehende Wirkung ausübte, ist nicht zu bestreiten; aber es steht ebenso fest, daß eine entscheidende Einwirkung auf die Haltung der deutschen Politik von dieser Seite nicht ausgegangen ist.[79] Als am 15. September die neuen Vorschläge der Franzosen einliefen, durfte der Reichskanzler dem Kaiser vortragen, daß sie in wesentlichen Punkten auf die deutschen Wünsche eingingen; da es nach Cambons Andeutung noch nicht das letzte Wort sei, so werde weitere ruhige Beharrlichkeit zum gewünschten Ergebnis führen, "wenn auch einzelne Modifikationen unserer Wünsche erforderlich werden dürften".[80] Wenige Tage später trug auch das italienische Ultimatum an die Türkei dazu bei, das politische Interesse auf einen andern Schauplatz zu lenken. Die Auseinandersetzungen traten in ein ruhiges Stadium über.

Am 11. Oktober wurde das Marokkoabkommen unterzeichnet, am 14. Oktober die Begleitbriefe. Am folgenden Tage begann die Spezialverhandlung über das Kongoabkommen, über das man sich vorher schon grundsätzlich geeinigt hatte: am 4. November wurde der ganze Vertrag unterzeichnet.

Man konnte die beiden Verträge an sich und zusammengenommen gewiß sehr scharf kritisieren. Wenn das in mehr als einem Lager in Berlin mit Unerbittlichkeit geschah, so mußte man doch Notiz davon nehmen, daß die Urteile in Paris - aus entgegengesetzten Gründen - ebenso vernichtend lauteten: aber an beiden Stellen nahm die Volksvertretung die Verträge an. Die Deutschen konnten von ihrer Seite die Frage aufwerfen, ob die in Marokko verbliebenen und verbrieften Wirtschaftsgarantien sich auf die Dauer nicht doch als unwirksam herausstellen würden. Wenn sie aber die für den Verzicht erhaltene Gegengabe betrachteten, so stellten sie zunächst fest, daß sie hinter dem ursprünglich Gewollten weit zurückgeblieben sei und statt des ganzen Kongo nicht einmal den halben umfasse. Denjenigen aber, die zugunsten der Regierung darauf hinwiesen, daß man immerhin für 12 000 qkm (im Tschadseegebiet) nicht weniger als 275 000 qkm, also ein Gebiet halb so groß wie Frankreich, erhalten habe, trat eine Opposition entgegen, die die Wertlosigkeit dieses tropischen Gebietes betonte und seine geographische Gestalt, die künstlichen schmalen Korridore an den Kongo und den Ubangi, dem Spotte preisgab. Das letzte Wort über das unfertige Ergebnis hing von den vorbereiteten Ergänzungen (einer spanischen Enklave) und überhaupt von dem Fortgang der Bemühungen ab, deren Endziel die territoriale Zusammenlegung **unserer afrikanischen Kolonien** zu einem zusammenhängenden Gebiet sein sollte. Wer aber angesichts des Kampfpreises, wie er damals erschien - freilich, wieviel Deutsche haben in den nächsten Jahren überhaupt noch **einen Blick in diesen dunklen Teil Afrikas tun können**! -, sich ernsthaft fragte, ob das alle die Gefährdungen des Weltfriedens wert sei, mochte sehr skeptisch gestimmt sein. Man kann, wenn man gerecht sein will, nur von den Möglichkeiten aus urteilen, die man im Rahmen eines weitausschauenden Planes vorbereitet zu haben glaubte und in den nächsten Jahren auszugestalten fortfuhr.

Über den Wert des Erlangten und Preisgegebenen konnten sich damals nur kleine Sachverständigen- und Interessentengruppen streiten - die beiden lebendigen Nationen als Ganzes wurden davon im Grunde wenig berührt. Viel tiefer senkten sich die gesamten Vorgänge der Machtprobe des Sommers 1911 in das Empfinden und Wollen der Völker - und hier wird sich alsbald der Engländer als Dritter zu den beiden anderen gesellen. Es ist von weitreichender Bedeutung, wie ihre verschiedenen politischen Individualitäten aus diesem Erlebnis herauskamen.

Seit der Gründung des Deutschen Reichs waren die im Grunde unpolitischen Gemüter unseres Volkes durch kein außenpolitisches Ereignis so erschüttert worden, wie durch die Agadirepisode und ihre Folgen. Diesmal ging es tiefer als in der Spannung von Algeciras oder in der dramatisch bewegten bosnischen Krisis. Von der Lloyd-George-Rede, von dieser wie ein Blitz aus heiterem Himmel niedergehenden englischen Kriegsgefahr, blieb zunächst das richtige Empfinden zurück: das Schicksal eines großen Volkes kann nicht in dieser Weise an die Abwicklung eines diplomatischen Geheimspiels geknüpft werden, das nur von wenigen durchschaut wurde - in den Reden des Reichstags im November 1911 kam dieses Gefühl berechtigter Unruhe, die sich nach irgendeiner Richtung hin zu entladen strebte, im Unterton überall zur Geltung. Das zweite war: in dieser schwierigen Auseinandersetzung, in der man von einer einwandfreien Rechtsbasis aus auf den zähen Widerstand der Franzosen stieß, hatte die Stimme Englands entscheidend eingegriffen. Die Nachwirkung dieses Erlebnisses war so stark, daß die Front der nationalen Erregung den Franzosen gegenüber - an deren Gegnerschaft man seit mehr als einem Menschenalter als an etwas Schicksalsmäßiges gewohnt war, das man in diesen Jahren aus Großmut und Unkenntnis eher zu leicht genommen hatte - sich sofort auch gegen die Engländer wandte. "Wir wissen jetzt, wo der Feind steht" - mit dieser Formel nahm der konservative Führer, Herr von Heydebrand und der Lasa, jetzt vielen das Wort vom Munde, ohne zu bedenken, daß ein Mann von der politischen Stellung, die er nun einmal in Preußen besaß, seine Worte zu wägen hat, wenn sie über die Grenzen des Vaterlandes hinaus auf eine fremde Großmacht zielen. Aber das war es ja, daß in diesen Reden der Heydebrand und Wassermann nicht ein beherrschter und durchdachter politischer Wille zum Ausdruck kam, sondern eine erregte und unklare Stimmung, die auf ein peinigendes Erlebnis zunächst einmal eine eindeutige und starke Antwort zu geben trachtete - um damit nachzuholen, was die Reichsregierung im Juli unterlassen hatte.

Gerade die Reichstagsverhandlungen im November, so sehr ihr äußeres Niveau sich auch über ihre Durchschnittshaltung erhob, lieferten doch den Beweis, daß der Reichstag nicht eigentlich der Träger der Außenpolitik, sondern herkömmlicherweise nur die Resonanz dieser Außenpolitik war. Die Vertrautheit mit den außenpolitischen Problemen, die Erziehung im außenpolitischen Denken, das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an diesen nationalen Angelegenheiten war im Reichstag und überhaupt in den politischen Organen der Nation nicht eigentlich zu Hause.

Man hat in der deutschen öffentlichen Meinung zu unterscheiden zwischen dem Geräusch, das von gewissen "nationalen" Bewegungen ausging, und der politischen Eigenkraft, die ihnen innewohnte. Eine der mächtigsten dieser Organisationen, der Flottenverein, war im Grunde nur eine ausgedehnte Resonanz in der üblichen deutschen Vereinsform; er erfüllte seine Aufgabe, solange er den Sinn der binnenländischen Deutschen für See und Seemacht zu kräftigen suchte, und er überschritt seine Grenzen, als er in Angelegenheiten mitsprechen wollte, die nur von dem technischen Sachverstand oder dem politischen Weitblick einiger weniger zu durchschauen waren. Wenn auf der Hauptversammlung im Herbst 1911 ein erregter Pfarrer den Neubau von so und so vielen Panzern forderte, da die Diplomatie versagt habe, und das Schwert nun sprechen müsse, so mochte das anderen Nationen seltsam erscheinen. Bei der eigentlichen Vorhut der Nationalisten, dem Alldeutschen Verband, überwogen vollends die guten Leute und schlechten Musikanten; er hatte schon in seinen Anfängen im Jahre 1890 eine unglückliche Hand gehabt, und trotz vieler bester Absichten sie immer noch weiter betätigt. Wenn er als das eigentliche Zentrum des imperialistischen Wollens der Deutschen galt, so wurde dabei übersehen, daß er zwar die deutsche Politik häufig (zur Freude der

fremden Kabinette) kompromittierte, aber niemals auch nur einen nachweislichen Einfluß auf die Führung unserer Außenpolitik gewann. Der furchtbare Verband ist seitdem auch von sachkundigen Ausländern längst als das erkannt worden, was er immer war: ein Löwe aus Plüsch mit Pfötchen aus Plüsch und einem Kassenbestand von ein paar Mark.[81] Aber niemand las die *Alldeutschen Blätter*, das Organ eines geschäftigen Dilettantismus, so eifrig, wie Sir Eyre Crowe, der im englischen Außenamt den Ruf des Spezialisten für Deutschland genoß und seine antideutsche Monomanie an dieser Quelle nährte. Gefährlicher noch war jene Publizistik, die schon in den letzten Jahren Bismarcks die Präventivkriegspolitik Waldersees unterstützt hatte. Derselbe Major von Bernhardi, der gegen die Kriegsscheu des alten Bismarck die anonyme Schrift *Videant consules* (1889) verfaßt hatte, sollte noch 1912 durch ein gleichgerichtetes Buch zum anerkannten Kronzeugen für den deutschen Kriegswillen werden. Der deutsche Aufstieg zum Nationalstaat war das Werk eines einzigen gewesen: die außenpolitische Erziehung, der Instinkt für das Mögliche und Unmögliche, der Takt in allen Berührungen mit der Lebenssphäre fremder Völker konnte nicht ererbt, sondern nur erworben werden; vielleicht nicht in einer Generation, da sich der weltpolitische Horizont so rapide erweitert hatte. Die Kenner wußten schon seit den Zeiten der Burenkriege, daß bei uns in Fragen der auswärtigen Politik die Druckerschwärze am billigsten war und die Lautsprecher an der Vierbank oder in der Volksversammlung am hemmungslosesten zu werden pflegten. Gewiß spielt eine solche vage Erregbarkeit auch in anderen Völkern eine Rolle, und die Staatsmänner suchen sich ihrer zu bedienen oder sie zu lenken. Aber es war doch ein spezifisch deutscher Fall, wenn Kiderlen-Wächter, der den alldeutschen Lärm etwas zu burschikos vor seinen Wagen hatte spannen wollen, hernach von dem Vorstande des Alldeutschen Verbandes verklagt wurde, damit ein Amtsgericht feststelle, welche Politik der Staatssekretär des Deutschen Reiches mit Agadir eigentlich bezweckt habe.

So malte sich in diesen Köpfen das Erlebnis, daß die englische Weltmacht mit ihrem Gefolge sich dem Deutschen Reiche kriegerisch in den Weg gestellt hatte, und daß diese Tatsache allen anderen Gegnerschaften in der Welt ein neues Gesicht und unabsehbare Möglichkeiten gab. Aber irgendwie hatte sich jeder Deutsche mit dieser Tatsache auseinanderzusetzen. Der erste Gedanke war: also müssen wir stärker werden zur Abwehr, und da es gegen England ist, die Flotte verstärken; ein Gedanke, den Tirpitz schon Ende Juli vertrat. Sobald man aber das Ganze der politischen Lage übersah, konnte man nicht anders als vor allem eine Verstärkung des Landheeres herbeiführen.

Während die Deutschen aus der großen Spannung mit einer ausgesprochenen seelischen Front gegen die Engländer hervorgingen, blieb bei den Franzosen ein erbitterter Haß gegen die Deutschen zurück. Die alte Revanchestimmung, in den Untergründen niemals ganz erloschen, bemächtigte sich - sobald die Rede von Lloyd George den ermutigenden Anstoß gegeben hatte - der Nation mit unwiderstehlicher Gewalt. Mit ihr verband sich fortan ein hochgestiegenes militärisches Selbstgefühl, durch die scharfe Anspannung dieser Monate entfesselt und durch den Glauben an die Überlegenheit in der neuen Luftwaffe beflügelt - was alles als Bitterkeit über den mit Agadir verbundenen Zwang, den man der Draufgängerpartei verdankte, zurückgeblieben war, schlug in dieses neue, heilende Selbstgefühl um. Wenn der russische Verbündete erst zum Sommer 1913 schlagfertig sein sollte, so gab die Gewißheit der englischen Waffenhilfe (und alles dessen, was hinter der ersten Expeditionsarmee stand) einen vollwertigen Ersatz. Dieser "neue Geist", so achtungsvoll seine Antriebe waren, entlud sich nach außen in einer kriegerischen Hetze gegen Deutschland. Die meisten Beobachter stimmten darin überein, daß die französische Nation den Krieg nicht wolle, daß die überwiegende Mehrheit ihn eher fürchte. Aber mit Recht urteilte der österreichisch-ungarische Botschafter beim Beginn des neuen Jahres, daß dieses fortwährende Säbelrasseln auf die Dauer gefährlich werde: "Wenn man immer wiederholt, daß man mit einigen hundert Aeroplanen Deutschland erobern wird, so könnte es die Bevölkerung schließlich doch glauben. Die Leute gewöhnen sich an die Idee des Krieges mit Deutschland, der früher oder später doch ausbrechen werde."[82]

Dieser Aufschwung des "neuen Geistes" in einer kriegerischen Nation trug dazu bei, daß das Ministerium Caillaux, wenige Wochen nachdem es dem Marokko-Kongo-Vertrag zur Annahme in

der Kammer verholfen hatte, gestürzt und durch ein aus starken Persönlichkeiten zusammengesetztes Ministerium unter dem Vorsitz des Lothringers Poincaré ersetzt wurde (Januar 1912). Es handelte sich bei diesem Ministerwechsel nicht wie so häufig um eine Ablösung der Personen im innern Kampf um die Macht, sondern um eine neue Tonart in der Sprache der nationalen Politik. Der Sturz Caillaux' erklärte sich viel weniger aus der Unzufriedenheit mit den abgeschlossenen Verträgen, als aus dem Unmut darüber, daß seine Regierung dem angeblich demütigenden Vorgehen der deutschen Regierung nicht eine würdigere Haltung entgegengesetzt und nicht größeres Vertrauen zu Frankreichs Widerstandskraft an den Tag gelegt habe.[83] War Caillaux der Ausgleich mit Deutschland gewesen, der Friede unter Opfern (wenn nicht gar, wie die Indiskretionen flüsterten, auf dunklen und unwürdigen Wegen), so sollte Poincaré die nationale Selbstbesinnung, die unbeugsame Haltung und die soldatische Ehre vertreten, auf die Gefahr des Krieges hin. Dieser Zuversicht entsprach der militärische Entschluß, es bei Kriegsausbruch nicht bei der Defensive bewenden zu lassen, sondern selbst zur Offensive überzugehen und gegebenenfalls den Durchmarsch durch Belgien zu wagen - nach einem Plane, der - wie der Präsident Fallières befriedigt im Kriegsrat erklärte - den großen französischen Traditionen gemäß sei. Noch während des Winters 1911/12 kam General Joffre zu dem Entschlusse, schon eine stärkere deutsche Truppenkonzentration bei Aachen als eine tatsächliche Bedrohung Belgiens zu betrachten und mit dem Einmarsch in Belgien zu beantworten. Sein Plan wurde am 21. Februar 1912 auf einer Ministerkonferenz unter Vorsitz Poincarés mit der Begründung vorgetragen, daß die Siegesaussichten größer sein würden, wenn die französische Armee die Freiheit hätte, die Offensive auf belgisches Gebiet zu tragen - es verstand sich, daß man dem Plan zustimmte.[84] Kam nicht alles zusammen, um den Glauben zu erwecken, daß es mit der Überlegenheit der Deutschen zu Ende sei? Wie triumphierte die *France militaire*, als in dem ausgebrochenen Tripoliskriege die Ohnmacht der Türken im Felde, trotz ihrer deutschen Lehrmeister, sich herausstellte! Herausfordernd schrieb sie: "Dieser junge deutsche Koloß mit den tönernen Füßen ist nichts als eine schlecht zementierte Masse, die sich mäßig gesichert hält in der Mitte Europas, aber außerstande ist, auf Entfernung wirksam zu handeln, ohne die Erlaubnis von England, Rußland und Frankreich." Man rührte damit an die Grenzen der deutschen Macht, die über ihren kontinentalen Bereich hinaus, in einem weiteren Radius in der Welt dem einkreisenden Zusammenspiel des Dreiverbandes nicht gewachsen war. War diese deutsche Macht nicht überhaupt überschätzt worden? Das behaupteten in der Woche des Abflauens der Agadirkrisis die glänzend geschriebenen Artikel des Obersten Repington über die deutschen Kaisermanöver in der *Times*. Wenn seine wenig schmeichelhafte Kritik fast wehmütig den einem neuen Jena entgegengehenden Niedergang der einst so ruhmreichen Armee - im Verhältnis zu dem Aufstieg der Franzosen! - beklagte, so verfolgte er damit den durchsichtigen politischen Zweck, mit dieser Gegenüberstellung das erwachte Selbstgefühl und die Kriegslust der Franzosen noch weiter anzuspornen.[85]

Es kam darauf an, wie dieses militärische Selbstbewußtsein auf die politischen Ziele der Nation zurückwirkte. Der deutsche Militärattaché unterschied in seinen sehr maßvoll geschriebenen Berichten zwischen der Militärpresse und den Hetzblättern, nach denen Frankreich nur auf den Moment warte, um Deutschland anzugreifen, und den besonneneren Elementen, die auch heute noch einem Kriege mit Deutschland ausweichen würden, allerdings nicht um jeden Preis, sondern nur, sofern es die nationale Ehre und die augenblicklich besonders hochgesteigerte Empfindlichkeit gestatten.[86] Auch der deutsche Botschafter in Paris urteilte im März 1912, **der Wunsch nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens** sei in der französischen Volksseele keineswegs erloschen, aber die Nation wolle keinen Krieg; was sie zur Zeit beherrsche, sei nur das dunkle Gefühl, daß ihr ein Krieg durch europäische Verwicklungen, durch einen Angriff oder eine unerträgliche Zumutung der Deutschen aufgedrungen werden könnte.[87] Aber in denselben Tagen gab ein englischer Beobachter das Urteil ab:[88] das Zentrum der Kriegsgefahr liege jetzt in Frankreich. Niemand in England sollte in Unkenntnis bleiben über den wachsenden Chauvinismus des französischen Volkes und der Tatsache, daß er bewußt von der französischen Regierung genährt werde. Man müsse zugeben, daß er die ausgesprochenste Ermutigung von einem vielgelesenen Teil der englischen Presse erhalte. Jeden Morgen und jeden Abend wiesen gewisse Massenblätter auf den "neuen Geist" in Frankreich hin, auf den schnell

wachsenden Stolz auf die Armee und den eingestandenen Wunsch, die verlorenen Provinzen zurückzugewinnen.

Dieses Ineinanderspielen der öffentlichen Meinung ist eine Erscheinung, die eine eindringende Untersuchung wohl verdiente: sie zeigt die Presse Englands in derselben Abhängigkeit, wie die politische Leitung. Dazu gesellt sich, als etwas Neues, ein System militärisch-politischer Vertraulichkeiten, das sich erst seit wenigen Jahren, seit dem Anfang der liberalen Regierung, entwickelt hatte.

Die englische Geschichte kennt seit Jahrhunderten kein selbständiges militärisches Element, das von sich aus in die Lebensfragen von Krieg und Frieden eingriffe: seit Marlborough war es Tradition, daß die militärische Kaste gleichsam von der Bildung des im Parlament zusammengefaßten politischen Lebenswillens der Nation ausgeschlossen war. Hier setzt jetzt eine denkwürdige Wendung ein. Eine Darstellung der englischen Politik in diesen Jahren würde sehr unvollkommen sein, wenn sie sich allein auf die amtlichen Äußerungen im Parlament und diplomatischen Verkehr zu stützen suchte. Es ist eine im Zusammenhang bisher selten gewürdigte Tatsache, daß der zielbewußte Geist des englischen Offizierkorps, der politisch bisher nichts bedeutete, einen maßgebenden Einfluß auf das politische Denken der Nation, ja auf die Staatsleitung selber gewinnt.[89]

Der Ausgangspunkt liegt in den im Januar 1906 unter Haldanes Verantwortung eingeleiteten Besprechungen mit dem französischen Generalstab.[90] Während Grey noch immer fortfuhr, von diesen Besprechungen nicht mehr zu wissen, als daß es sich um einen unverbindlichen Meinungsaustausch zwischen Technikern, wie etwa zwischen Feuerwehr und Wasserwerken,[91] handele, war hier eine Macht erstanden, die ihr eigenwüchsiges Leben besaß und nur eine beherrschende Leidenschaft kannte.

Gerade das, was man in England früher als Eigenart des Militarismus (*military mind*) zu verabscheuen pflegte, das Übergreifen militärischer kriegerischer Denkweise in die außenpolitischen Geschäfte eines Landes, sollte sich in wenigen Jahren, ohne daß man diesen Umschwung sonderlich bemerkte, bis zu einem gewissen Grade durchsetzen: eine Politisierung des Militärs, die letzten Endes auch zu einer höchst unenglischen Militarisierung der Politik führen kann. Die Generation der führenden Generale, der Roberts und French, der Haig und Robertson, der Nicholson und H. Wilson, der Rawlinson und Grierson, lebte in der Unvermeidlichkeit des Krieges gegen einen Feind, den man nicht zu nennen brauchte. Sogar auf den indischen Generalstabsreisen wurde der deutsche Gegner und seine Methode vorausgesetzt, bis der Vizekönig Lord Morley es für richtiger hielt, diese Gewohnheit abzustellen.[92] Der kraftvollste Vertreter dieses neuen Geistes war Sir Henry Wilson, seit 1910 Leiter der Operationsabteilung des Generalstabs, dem es gelang, in eine unbegrenzte Vertraulichkeit mit dem anfänglich zurückhaltenden französischen Generalstab zu gelangen.[93] Nach seinen Tagebüchern möchte man glauben, daß er die halbe Zeit in Verhandlung mit dem französischen Generalstabe oder Informationsreisen auf belgisch-lothringischen Schlachtfeldern und Anmarschstraßen verbrachte. Alljährlich stattet dieser hagere, leidenschaftliche General der Statue der "*France*" in Mars la Tour, hart an der deutschen Grenze, seinen Huldigungsbesuch ab und im Oktober 1911 legt er zu ihren Füßen gar ein Stückchen der Generalstabskarte nieder, die das vertragliche Aufmarschgebiet der englischen Truppen umfaßte. Kann es für seine Seelenverfassung ein treffenderes Bild geben? Wilson vor allem war es, der zwischen den Generalstäben jene Intimität begründete, die einer moralischen Verpflichtung gleichkam - hier war allerdings Ehre im Spiele, wie Churchill der Greyschen Politik der freien Hand in den Tagen des Kriegsausbruches vorhielt. Längst hatte der militärische Meinungsaustausch einen politischen Charakter angenommen. Man lese nur die politischen Erwägungen, die der Generalstabschef Joffre am 24. August 1911 - auf dem Höhepunkt der Krisis! - dem englischen Militärattaché Obersten Fairholme vortrug: daß Deutschland auf jeden Fall eine große Streitmacht nach Elsaß-Lothringen hineinwerfen müsse, da die Bevölkerung sich erheben werde, wenn man hier festen Fuß fasse ("das wissen wir bestimmt"); daß

man damit rechne, Italien werde sich nicht rühren, und nur bedaure, daß - wenn Deutschland nicht mit starker Kraft durch Belgien angreife - die Berührungsfront zweier so großer Heere allzu eingeengt sei. Man begreift, daß selbst der Premierminister Asquith eine solche Verhandlung beanstandete, da sie "sehr gefährlich in der Krisis" sei und allzusehr zur Ermutigung der Franzosen diene.[94]

Gerade Belgien ist für die zunehmende Politisierung ein bezeichnendes Beispiel. Sir Henry Wilson hatte während der Krisis nie aufgehört, den englischen Staatsmännern die Notwendigkeit der politischen Einbeziehung Belgiens klarzumachen und den französischen Militärs zu predigen, wie unerläßlich es sei, Belgien in das gemeinsame Aufmarschgebiet aufzunehmen.[95] Er hatte vermutlich einen entscheidenden Anteil daran, daß die französische Heeresleitung den Durchmarsch durch Belgien - nur für den Fall, daß die Deutschen eine größere Truppenzusammenziehung bei Aachen vornähmen - auf ihr Programm setzte.[96] Es ist der Plan, der demnächst auch in die deutsch-englischen Verhandlungen über die Neutralitätsformel hineinspielen wird. Von Wilson wird die Anweisung an den englischen Militärattaché in Brüssel ausgegangen sein, dem belgischen Generalstabschef zu eröffnen, England habe schon in der letzten Krisis - was in Wirklichkeit gar nicht der Fall gewesen war! - die Absicht gehabt, seine Truppen auf belgischem Gebiet zu landen, und werde vorkommendenfalls davon Gebrauch machen, da Belgien nicht fähig sei, die Deutschen am Durchmarsch zu hindern. Diese Vorgänge sind bisher wesentlich im Rahmen des Problems der belgischen Neutralität behandelt und umstritten worden - sie kommen in diesem Augenblick für Belgien nicht in Betracht, weil der belgische General jedes Eingehen auf die englischen Wünsche ablehnte. Sie sind aber ein unwiderlegliches Zeugnis für die Methoden des militärischen Übergreifens in das politische Gebiet, und wir werden im Laufe des folgenden Jahres sehen, wie unbekümmert Wilson dieses Verfahren noch steigern wird.

Längst hatte er begonnen, die Politiker seines eigenen Landes mit kriegerischen Absichten zu durchtränken. Im Zusammenwirken mit Churchill - der von Natur den militärischen Gesichtspunkten zuneigte -, verfocht er vor dem Außenminister die Notwendigkeit einer Politik, die auf ein Offensiv- und Defensivbündnis von England, Frankreich, Belgien, Dänemark und Rußland gegründet sei. Selbst Grey gestand, nach Ablauf der Krisis den Plan ernstlich durchdenken zu wollen (4. Sept.). Oder Wilson suchte Lloyd George von dem Werte eines freundlichen, d. h. durchmarschfreundlichen Belgiens zu überzeugen und fand ihn ganz zugunsten eines Krieges gestimmt (11. Sept.). Ja, dieser neue Typ eines politischen Generals nötigte seinen eigenen Kriegsminister in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht dadurch zum Rückzuge im Unterhause, daß er sich heimlich mit den Führern der Opposition, mit Bonar Law und Balfour, in Verbindung setzte - beim Ausbruch des Weltkrieges wird er durch dieselben Hintertüren den Zugang zur Opposition finden, um den gefährdeten Kriegsentschluß durchdrücken zu helfen.

Daß hier eine tiefgreifende Änderung sich vorbereitete, blieb weitblickenden politischen Köpfen nicht verborgen. Der führende liberale Publizist, Spender, führte Haldane gegenüber den Nachweis, daß dieser Generalstab sich nicht mit der Ausarbeitung möglicher Feldzüge beschäftige, sondern zu einem Zentrum der Politik geworden sei und den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht verbreite. Diese würde sicherlich erforderlich werden, wenn ihre Politik die Oberhand gewinne, die alle klugen jungen Offiziere lehre, auf den Feldzug gegen Deutschland als auf ihr Lebensziel zu blicken. Die militärischen Besprechungen mit Frankreich seien von dieser Schule geführt und hätten zweifellos in beiden Lagern die Vermutung genährt, daß dieses die ausgesprochene Politik Großbritanniens sei: diese Atmosphäre sei eine Gefahr, denn sie erzeuge ein Versprechen, welches die Regierung einlösen müsse.[97]

Wie häufig hatten englische Minister sich fremden Kabinetten gegenüber auf ihre Abhängigkeit von der "*public opinion*" berufen, und die neue Außenpolitik seit 1904 war ohne Zweifel von einem starken Strome der öffentlichen Meinung getragen. Aber in einer politisch durchgebildeten Nation konnte es nicht ausbleiben, daß nach so tiefgreifenden Erlebnissen auch eine starke und echte

Gegenströmung einsetzte - der Widerhall, den die Rede Lloyd Georges in Deutschland fand, veranlaßte weite Kreise zu einer eindringenden Nachprüfung der Außenpolitik von 1904 bis 1911. Die Kritik zog die Bilanz dieser Politik und fand ihre Früchte nicht weniger als verlockend: eine tiefgehende deutsche Erbitterung, eine chronische deutsche Kriegsgefahr, eine ungeheure Steigerung der Flottenlasten und eine nicht endende Kostenrechnung in Asien; gerade damals hatten die russisch-englischen Meinungsverschiedenheiten über Persien einen großen Umfang angenommen. Viele Engländer hatten im Sommer 1911 zum ersten Male die Möglichkeit eines Weltkrieges erlebt, sie waren sich darüber klar, daß sie in einer ungünstigen Stunde wiederkehren könne, und verlangten, daß man sich dem Unheil beizeiten entgegenwerfe; die Erfahrungen mit der bisher als Friedensgarantie gepriesenen Entente führten zu dem vor kurzem unmöglichen Gedanken: wäre ein Über-einkommen mit Deutschland nicht doch vorteilhafter für England? Sehr verschiedene Motive fanden sich zu diesem Zwecke zusammen: die Reste der alten deutschfreundlichen Partei, die Weltfriedensgedanken des freihändlerischen und humanitären Liberalismus, die wirtschaftlichen Interessen weiter Kreise, der natürliche Sinn des Engländers, einen vernünftigen Ausgleich einem kostspieligeren Auskämpfen des Gegensatzes vorzuziehen. Vor allem überwog die Empfindung, daß man nach all den vergeblichen Versöhnungskomitees und Verbrüderungsreisen jetzt mit praktischem politischem Handeln die Verständigung herbeiführen müsse.

Die Opposition erhob sich im Parlament selbst. Am 11. November überreichten 80 Mitglieder des Unterhauses, geführt von E. D. Morel[98] und F. W. Hirst, dem Premierminister eine Denkschrift, welche die Folgen einer Politik darlegte, die ausschließlich durch angebliche Interessen Frankreichs bestimmt werde. Sie forderte eine gemeinsame Verständigung (*business-understanding*) mit Deutschland, die auf der offenen Anerkennung der Tatsache beruhen müsse, daß eine große Nation, die jährlich an Bevölkerung, an industriellem Fortschritt, an jeder Form edler menschlicher Tätigkeit wachse, das berechtigte Bedürfnis habe, von Jahr zu Jahr freieren Zugang und billigere Behandlung auf den Märkten der Welt zu beanspruchen, um der fruchtbaren Anlage ihrer Kapitalien und dem Unternehmungsgeist ihrer Bürger Raum zu schaffen. Die Bewegung kam diesmal nicht so bald zur Ruhe. Interpellationen im Unterhause förderten Aufklärung über die bestehenden englisch-französischen Geheimverträge. Die Gruppe der "*Grey-must-go*-Radikalen" war im ständigen Wachsen.[99] Selbst im Oberhause klagte der radikale Lord Courtney die falsche Politik Greys an, die aus dem Rate der Nation verschwinden müsse.[100]

Es konnte nicht ausbleiben, daß auch das amtliche England angesichts dieser Bewegung eine gewisse Neigung zum Einlenken verriet! Der deutsche Botschafter hatte noch kurz vor Weihnachten eine Aussprache mit Grey, ein schwacher Anfang, der immerhin Keime zu einer möglichen Entwicklung in sich trage - noch stieß er bei dem Kaiser auf eine kühle Abweisung.[101] Der Botschaftsrat von Kühlmann glaubte, die günstige Konjunktur schon mit raschem Zugreifen nutzen zu müssen. Seine Denkschrift vom 6. Januar erklärte die deutsch-englischen Beziehungen als am entscheidenden Wendepunkte angekommen und stellte die ernste Alternative: entweder gehe man zu einer weiteren Flottenvermehrung über und zerstöre dadurch die Verständigung, oder aber man vermehre allein die Landmacht, unter Beibehaltung des Flottengesetzes, und suche die Zustimmung Englands, die jetzt möglicher als früher sei, zu einem weitausschauenden Kolonialabkommen herbeizuführen, dessen Bereich sich auf die portugiesischen Kolonien und das Kongobecken zu erstrecken habe. Er erinnerte daran, daß die dauernd wirksamen Faktoren des deutschen Aufstiegs uns von jeder Störung dieser Entwicklung durch einen Rivalitätskampf abraten sollten.

Die neue Sprache in London mußte auch in Berlin Aufmerksamkeit erregen. Im Laufe des Dezember hatte eine Artikelreihe in der *Westminster Gazette* in einer Untersuchung des deutsch-englischen Problems auch den tiefsten Grund des Gegensatzes beim Namen genannt. Der Autor meinte, wenn Deutschland dem Streit ein Ende zu machen wünsche, so sollte es die Engländer davon überzeugen, daß es nicht nach einer Vorherrschaft in Europa strebe, bei der England das nächste Opfer sein würde; aber er wollte Deutschland auch gar nicht eines solchen Planes beschuldigen, sondern lehnte

ausdrücklich den Verdacht ab, der die tiefste Ursache der Reibereien während der letzten Jahre gewesen sei. Darum forderte auch er: "die Hauptsache ist, daß wir zu einer Politik des Gebens und Nehmens bereit sein und mit allen Mitteln, selbst dem Opfer rein strategischer Erwägungen, den Verdacht vermeiden sollten, daß wir ausdrücklich Deutschlands Ausdehnung blockieren". Der Kaiser - dem dieser Artikel von Sir Ernest Cassel auf dem Wege über Albert Ballin zuging - lehnte zwar die deutschen Gelüste nach Welthegemonie wie immer mit starkem Unmut ab ("wir Hohenzollern haben noch niemals nach so ehrgeizigen und nebelhaften Zielen gestrebt"), aber er verschwieg seinem Hamburger Freunde nicht, daß in diesem Geiste eine Verständigung möglich sei.[102]

Während die Draufgänger in London davon sprachen, daß ein ernsthaftes deutsches Bauprogramm durch ein Ersuchen um Aufklärung beantwortet werden müsse,[103] begegneten sich Cassel - der mit dem neuen Marineminister Winston Churchill in Fühlung stand - und Ballin in dem Gedanken, daß es vor allem wünschenswert sei, die abgerissenen Fäden zwischen London und Berlin wieder anzuknüpfen. Es gelang dem Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, eine Äußerung des Kaisers nach London zu leiten, die einen freundlichen Empfang Churchills in Berlin verhieß (20. Januar).[104]

Darauf erfolgte in den letzten Tagen des Monats ein geheimer Besuch Cassels in Berlin, bei dem das Einverständnis des Kaisers und des Kanzlers mit der Einleitung einer Aussprache festgestellt wurde.[105] Man hat hernach in London Wert darauf gelegt, daß die Initiative von Berlin ausgegangen sei - es liegt im ganzen wohl so, daß zwei Bereitwilligkeiten sich trafen und sich stufenweise zu halbamtlichen und amtlichen Schritten verdichteten, bis man zu einem Austausch von grundlegenden Sätzen als Verhandlungsbasis schreiten konnte.[106] Auf englischer Seite hat man das Ergreifen des Ölzweigs naturgemäß mit verschiedener Stimmung und Berechnung aufgenommen. Selbst Grey kam zum Schluß, daß sowohl aus inneren als aus außenpolitischen Gründen eine solche Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden dürfe. Das Kabinett beschloß aber, nicht Grey oder Churchill zu entsenden, sondern die Besprechung mit einer Vorstufe zu eröffnen und zu ihr dasjenige Mitglied abzuordnen, das sowohl der deutschfreundlichen als auch der deutschfeindlichen Gruppe zugerechnet wurde und die deutsche Aussöhnung betreiben konnte, ohne sich aus dem System der Politik Greys herauszulösen. So war es Lord Haldane, der am 9. Februar 1912 in denkwürdiger Mission in Berlin erschien - fast genau ein Jahrzehnt, nachdem man den vertraulichen Verkehr zwischen den beiden Regierungen eingestellt hatte.

In den Besprechungen Haldanes in Berlin waren drei Themata vorgesehen: die Frage der Flottenrüstung, der Entwurf einer Neutralitätsformel (*political agreement*), ein koloniales Zukunftsprogramm. Das Ganze bildete eine innere Einheit, wobei die beiden ersten Fragen nach dem Tenor der Vorbesprechungen noch in einer inneren Wechselwirkung zueinander standen. Auf allen diesen Gebieten war Haldane nur berechtigt zu hören, zu sondieren, zu debattieren; er war ohne Vollmachten, wie man aus London den Ententefreunden mitteilen ließ,[107] in Berlin erschienen. Nun hatte die deutsche Thronrede sich, schon am Tage vor Haldanes Ankunft in Berlin, auf eine Flottenverstärkung grundsätzlich festgelegt und damit einer Verständigung ein nicht geringes Hindernis in den Weg gewälzt. Aber die Engländer hatten darin kein absolutes Hindernis sehen wollen, freilich auch in Aussicht gestellt, daß sie, gleichviel wie weit die deutschen Neuforderungen gingen, diese um 60% übertreffen würden. Die Zeit, wo die beiden Flotten um ihr Stärkeverhältnis untereinander gestritten hatten, war vorüber, und hierin lag auch in dem Kommenden nicht die Schwierigkeit. Wohl aber hatten die Engländer, und mit einem gewissen Recht, geltend gemacht, daß, wenn beide Seiten zu einer erheblichen Flottenverstärkung schritten, sie schwer gleichzeitig den Übergang zu einem politischen Gegenseitigkeitsvertrage vor ihren Völkern begründen könnten. Sie hatten daher die Erwartung ausgesprochen, der deutsche Neuaufwand werde sich so modifizieren lassen, daß eine ernsthafte englische Vermehrung als Antwort nicht nötig werden dürfte. Die deutsche Regierung hatte ein Entgegenkommen gegen diese Wünsche als möglich bezeichnet, wenn sie gleichzeitig ausreichende Bürgschaft für eine freundliche Orientierung der englischen Politik erhalte. An dieser innersten Stelle war der Kern der Verständigungsaufgabe zu erblicken.

Wir überblicken noch einmal in dieser Stunde die Elemente, die in dem politischen Willen der deutschen Nation zusammenwirkten. Die sanguinische Natur des Kaisers war bei dem ersten Besuche Cassels "kindlich entzückt" gewesen und hatte sich ganz der Hoffnung hingegeben, diesmal den Weg aus der Wüste zu finden - grundsätzlich war er bereit, die Politik des Reichskanzlers zu unterstützen. Es war sich dessen bewußt, was davon abhing. Noch am Morgen vor der ersten Besprechung ließ er Tirpitz an die Bedeutung des Moments erinnern, von dem "das Schicksal Deutschlands und der ganzen Welt" abhänge: wenn er den englischen Wünschen so weit entgegenkomme, daß die Verständigung gelänge, so solle die Welt erfahren, daß Deutschland und die Welt ihm den Frieden verdanke; er "werde eine Position in der Welt wie seit Bismarck kein Deutscher" haben.[108] Tirpitz sollte, das war der Sinn dieser pathetischen Beschwörung, die Bedürfnisse der Flotte vertreten, aber innerhalb der Grenzen, die eine Verständigung möglich machen würden. Es war nicht anders: der Kaiser wollte zwei Hasen jagen und die Verantwortung von sich selber abschieben. Demgegenüber war die innere Haltung von Tirpitz sehr viel einfacher. Er hatte schon Ende Juli die Stunde für eine neue Flottenvorlage kommen sehen und wollte auf seinem Wege ein gut Stück weitergelangen, obgleich er wußte, daß der Engländer zu einem dauernden Vorsprung von 60% entschlossen war, und obwohl ein erkennbares politisches Endziel am Schluß des Rennens nicht angegeben werden konnte. Sein Ziel blieb relativ - eine respektable und gefährliche Macht in dem Verhältnis zu dem andern -, und es gab für ihn keine politische Gegengabe, die ihn hätte zum Einstellen des Wettkampfes bewegen können. Wenn er nicht daran glauben wollte, daß Grey überhaupt seine Ententepolitik abwandeln werde, so mochte er im Recht sein. Wenn er aber die deutsche politische Forderung dahin auslegte: "Wir fordern von England eine Neuorientierung seiner Gesamtpolitik in dem Sinn, daß es seine bisherigen Ententen aufgibt, und wir an die Stelle Frankreichs treten",[109] so zeigte er, daß sein Blick für die politischen Wirklichkeiten und Möglichkeiten der Weltlage nicht zureichte. Tirpitz war - wie schon Bülow gesehen hatte - in politischen Dingen immer nur auf ein Entweder/Oder eingestellt, indem er, mit einer Sturheit des Willens, und nicht ohne Verschlagenheit in der Wahl seiner Mittel, dem mächtigen Gegner seit fünfzehn Jahren eine Waffe, wie sie niemand erwartet hatte, entgegensetzte. Die großartige Einseitigkeit, mit der er dieses - und nur dieses - Ziel verfolgte, hatte ihm den Blick dafür getrübt, daß jetzt vielleicht in dem flüssigen Element der Politik die Stunde zu beweglicheren Mitteln gekommen war.

Ihm gegenüber sah der Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Verständigung "den Traum seines Lebens". Er hatte sogar einen persönlichen Ehrgeiz daran gesetzt, mit seinem guten Willen die Frage zu lösen, die allerdings die entscheidende Aufgabe seiner Reichskanzlerschaft war. Man sieht nicht, ob er selbst dazu beigetragen hatte, sich seiner stärksten Hilfe zu berauben: der Staatssekretär von Kiderlen, der Gegner Tirpitzens,[110] dessen Politik er in den Krieg mit England münden sah, der Staatsmann, der schon vor Jahren "die Techniker" aus dieser Frage hatte ausschalten wollen, wurde selbst aus dieser Verhandlung ausgeschaltet. Bethmann hatte sich begnügt,[111] den Kaiser - als mäßigendes Korrektiv - dem Staatssekretär des Reichsmarineamts zur Seite zu stellen.

So verliefen die Besprechungen in zwei gesonderten Abschnitten: Haldane mit dem Kaiser und Tirpitz über das marinepolitische Thema; Haldane mit dem Reichskanzler über die beiden anderen Themata. Man hat von vornherein den Eindruck, daß die politische Leitung nicht die ganze Führung hat (zumal die marinepolitische Frage eigentlich die allen anderen übergeordnete politische Frage in sich schloß), und bedauert, daß sie sich die militärischen Ressortentschließungen nicht vorher unterworfen hatte - der Kanzler hätte vor den Besprechungen um den Willen des Kaisers kämpfen müssen. So trat der politische Wille des Reichs dem klugen Engländer von Anfang an nicht als Einheit entgegen - er schied aus Berlin mit dem Eindruck, daß in diesem so wundervoll durchorganisierten Reiche an der obersten Stelle das Chaos herrsche, die Uneinheitlichkeit gegenüber der großen Lebensfrage.

Die erste Besprechung verlief anscheinend befriedigend. Der Kaiser und Tirpitz kamen dem Engländer darin entgegen, daß sie sich auf Haldanes Anregung bereit erklärten, den Bau der in der

Flottennovelle vorgesehenen drei neuen Linienschiffe um je ein Jahr zu verschieben. Da Haldane das Erbieten mit Dank annahm, konnten sie glauben, das entscheidende Entgegenkommen bezeigt zu haben. Nun lag aber der Schwerpunkt nicht in der Vermehrung, sondern in der organisatorischen Umgestaltung, in der Bildung eines zur Rekrutenausbildung bestimmten dritten Geschwaders unter Einstellung der noch nicht in Bereitschaft gestellten Schiffe und einer starken Erhöhung des Personalbestandes. Es mag sein, daß Haldane die volle Bedeutung dieses Teils nicht ganz erfaßte oder sich zunächst begnügte, ihn zur Kenntnis zu nehmen - die Deutschen jedenfalls waren der Meinung, ihn mit ihren Vorschlägen befriedigt und den Weg für ein politisches Abkommen geebnet zu haben.

Zu dem zweiten Teil der Besprechung - mit dem Reichskanzler - legte Haldane eine Formel vor, deren Bindung er selbst als zu schwach bezeichnete: kein improvisierter Angriff auf die andere Macht oder Teilnahme an einer Koalition gegen die andere zu Angriffszwecken oder Teilnahme an kriegerischen Unternehmen zu solchen Zwecken. Bethmann schlug eine von ihm mit Kiderlen ausgearbeitete Formel vor, die in einer Verpflichtung gipfelte, daß jeder der Vertragspartner, wenn er in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden sollte, sich verpflichtete, zum mindesten eine wohlwollende Neutralität zu beobachten und für die Lokalisierung des Konfliktes bemüht zu sein. - Das koloniale Angebot der Engländer war nicht gering; es erstreckte sich auf Angola (durch Revision des portugiesischen Vertrages), um es Deutschland zu ermöglichen, seine südwestafrikanischen Besitzungen nach Norden bis zum belgischen Kongo auszudehnen, wogegen England die portugiesische Insel Timor bekommen sollte; und des weiteren auf ein Einverständnis, wenn Deutschland dermal einst Teile des belgischen Kongo von Belgien kaufen sollte. Auch war England bereit, Sansibar und Pemba abzutreten - gegen ein Entgegenkommen bei der Bagdadbahn, wobei den englischen Wünschen in der Golflinie Bagdad - Basra Rechnung getragen werden sollte. Haldane ließ jedenfalls fallen, seine Regierung biete ihre volle Unterstützung zur Erwerbung eines breiten Gürtels durch Afrika von Meer zu Meer.[112]

Bei diesen Besprechungen mit dem Kanzler verhehlte Haldane nicht, daß die vorgeschlagene Verschiebung des Bautempos dem Kabinett wohl nicht genügen würde; er würde den Verzicht auf Neubauten während der nächsten Jahre vorziehen. Er ging dem Reichskanzler gegenüber - dessen ernster Ausgleichswille ihm einen tiefen Eindruck machte - weiter aus sich heraus als gegenüber dem Kaiser und betonte seine Sorge, das Abkommen möchte erschwert werden, wenn ein gesteigerter Schiffsbau folge, der, "ich würde keinen Augenblick sagen der Schuld, aber der Initiative Deutschlands seinen Anlaß verdanke". Der Kanzler konnte seine Niedergeschlagenheit nicht verbergen; in seiner schwerblütigen Weise gestand er Haldane, was die Folge eines Mißlingens sein werde, sei Schicksalssache. Eine solche resignierte Formulierung würde Haldane vielleicht fern gelegen haben.

So schied man: viel Freundlichkeit und wachsendes Vertrauen; gewiß noch viel Entfernung, die aber zu überbrücken war. Auch Haldane verließ Berlin nicht ohne freudige Hoffnungen.[113] Es heißt, daß er beim Abschied in Berlin erklärte, man würde den Entwurf des Abkommens in fünf oder sechs Tagen nach seiner Rückkehr erwarten können.[114] Als er am Morgen des 12. Februar in London eintraf, schrieb er an Freunde im radikalen Lager: "Die Luft ist jetzt klar, und unsere Aufgabe ist, sie so zu erhalten und die Pflanze im Sonnenschein zum Wachstum zu bringen... Ich bin nicht sicher, ob die Aufgabe der deutschen Regierung nicht noch größer als die unsrige ist. Aber Bethmann Hollweg ist ein sehr großzügiger und guter Mann, und ich habe Vertrauen zu seinem Geschick. Ein großer Teil des Kampfplatzes muß noch durchschritten werden, aber er begreift unsere Schwierigkeiten wie wir die seinigen."[115] Selbst die erste Äußerung Greys war, er sei "*immensely impressed*",[116] und in den nächsten Tagen stimmte auch Asquith im Unterhause einen hoffnungsvollen Ton an, den Bethmann Hollweg im Reichstage warm erwiderte.

Dann aber setzte in London der Widerstand, und zwar von zwei Seiten zugleich, ein. Er kam vor allem von Paris. Auf Greys Mitteilungen sprach Cambon sich über das Unbehagen in der französischen

sischen Öffentlichkeit aus: wenn Deutschland den Engländern die Hände binde und seine eigenen freihalten könne, würde es sehr bald in der Lage sein, einem Kampf mit Frankreich gleichmütig entgegenzusehen. Er nahm sich sogar heraus, die Rede von Asquith zu beanstanden, da sie in etwas positiveren Ausdrücken, als er sie durch die Umstände für gerechtfertigt halte, gefaßt sei (15. Februar).[117] Und vermutlich schon bald darauf erfolgte auch von seiten Poincarés ein kategorischer Einspruch: wo zwischen Frankreich und England kein geschriebenes Abkommen von allgemeinem politischem Charakter existiere, würde die Unterschrift Englands unter ein ähnliches Abkommen mit Deutschland auf einen Schlag den französisch-englischen Beziehungen ein Ende machen.[118]

Mit diesem vielleicht entscheidenden Stoß von außen, der ohne Zweifel im *Foreign Office* eine starke Resonanz fand, begegnete sich ein gewichtiges Bedenken der britischen Admiralität. Sie hatte festgestellt, daß der Haldane übergebene Entwurf der deutschen Novelle, auch abgesehen von den drei neuen Schiffen, eine ganz bedeutende Erweiterung enthalte, vor allem hatte sie über die Bedeutung des dritten Geschwaders und die über dessen Bedürfnisse noch hinausgehende Verstärkung der Mannschaftsbestände eine ernstere Ansicht gewonnen. Nachdem der Ministerrat die Vorschläge Haldanes mit diesen Bedenken erwogen hatte, trugen Grey und Haldane dem deutschen Botschafter vor allem die Flottensache vor: hier liege die einzige wirkliche Schwierigkeit. Nur noch eindringlicher ließen sie sich jetzt hören: die deutsche Novelle würde eine erhebliche Mehrbelastung des englischen Marinebudgets nach sich ziehen, und dann werde es kaum möglich sein, ein Abkommen von so weittragender Bedeutung zu treffen und eine neue Ära deutsch-englischer Beziehungen zu eröffnen. In welchem Maße hinter dieser einen Schwierigkeit noch jene andere, eben der erregte Einspruch von Paris, wirksam war und vielleicht den Ausschlag gab, läßt sich nicht entscheiden. Genug, daß von derjenigen Seite, die man mit Worten nannte, eine abkühlende Wirkung auch auf die anderen Teile der Verhandlung übergriff, und der hoffnungsvolle Beginn plötzlich in einer von Grund aus veränderten Beleuchtung erschien. Metternich glaubte den Kanzler auch privatim warnen zu müssen: "Es steht um das Abkommen schlecht, und meine ursprüngliche Befürchtung scheint sich zu bewahrheiten, daß es an der Flottenvorlage scheitert."[119]

So war man in Berlin vor einen neuen Entschluß gestellt, und damit trat hier der Zwiespalt hervor, der bisher verdeckt gelegen hatte. Kiderlen-Wächter unternahm zunächst - im Einverständnis mit dem Kanzler - einen Versuch, Tirpitz zu bewegen, die drei Schiffe fallen zu lassen, stieß aber bei ihm auf unbedingten Widerstand. Die Zurückschiebung der Schiffe sei ja gerade von Haldane angeregt und ihm bewilligt worden. Und was die Schädigung des politischen Abkommens anging, so ließ diese Sorge Tirpitz völlig kühl, da er sich von seiner Wirkung wenig oder nichts versprach.[120] Der Kaiser aber, von dem Admiral unverzüglich unterrichtet, nahm die plötzliche Wendung höchst empfindlich. Er hatte die irrige Vorstellung, diese "Sache sei schon abgeschlossen" und von Haldane "glatt akzeptiert"; er sah in der Verhandlungsbasis des 9. Februar das letzte Wort, und in dem Bemühen der Engländer, sie zu verlassen, ein illoyales Verhalten. Somit zog er sich auf seine Autorität zurück und erblickte in den englischen Wünschen nur eine "freche Ingerenz" in das freie Selbstbestimmungsrecht einer großen Nation seitens einer anderen. Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes bedeutete er ungnädig, er sei gewillt, den marinepolitischen Teil der Verhandlung persönlich, unabhängig in der Hand zu behalten, "da sie leicht durch zu viel Diplomatie verfahren werden könne."[121]

Als die weiteren Nachrichten aus England auf der ganzen Linie einen merkbar zurückhaltenderen Ton verrieten, stieg die Gereiztheit in Berlin nur noch höher. In dem Meinungsaustausch der Sachverständigen vermochte die eine Seite die andere nicht zu überzeugen, vielmehr rief die Einzelkritik, die in der englischen Admiralität an dem deutschen Entwurf geübt wurde, neue Verstimmung hervor. Vor allem war der Kaiser durch die persönliche Enttäuschung beim ersten Hindernis ganz in das andere Extrem umgeschlagen. Er übte eine in der Sache nicht unberechtigte Kritik und war jetzt wieder völlig dem Einfluß der - von vornherein innerlich widerstrebenden - Marine verfallen. Als er erfuhr, daß die Engländer gegenüber der deutschen Verstärkung von dem

Plane sprächen, ihre Flotte durch Heranziehung der Mittelmeerflotte in der Nordsee stärker zu konzentrieren, geriet er sogar in so hochgradige Erregung, daß er einen solchen Schritt als Kriegsfall auffassen zu müssen erklärte.[122]

Auf der andern Seite hatte der Reichskanzler sich zwar auch zu der Auffassung gewandelt, daß durch die Desavouierung Haldanes die Grundlage der Verhandlung verschoben sei, aber er sah im englischen Kabinett eine Reihe von Männern wie Haldane, Morley und Harcourt ernstlich um die Sache bemüht[123] und wollte einen vorzeitigen Abbruch um jeden Preis vermeiden. Der Kaiser aber hatte schon den Glauben verloren, er wollte nicht weiter entgegenkommen: "Meine und des deutschen Volkes Geduld ist zu Ende" (5. März). So war der Zusammenstoß zwischen dem Kaiser und dem Kanzler unvermeidlich. Da der Kaiser nicht nur die geschäftliche Abwicklung mit London ungnädig an sich zu reißen suchte, sondern zugleich halbwegs kriegerische Perspektiven durchblicken ließ, hielt es der Reichskanzler für geboten, am 6. März sein Entlassungsgesuch zu unterbreiten.

Der Kaiser verwarf das Gesuch, da er sich von Bethmann Hollweg gar nicht trennen wollte; er schien sogar unter stärkerem Ansturm von allen Seiten geneigt, den Zeitpunkt des Baus für alle drei Schiffe offen zu halten, d. h. sie zunächst fallen zu lassen. Nur ein Rücktrittsgesuch von Tirpitz führte ihn am 10. März auf die bisherige Position zurück. Der Kanzler kämpfte bis zur endgültigen Veröffentlichung der Flottenvorlage (mit der dieses eine Thema der Aussprache ausschied) um jeden Tag, da er noch immer hoffte, in dem Meinungsaustausch mit England über die Formel des *political agreement* zu einem Ergebnis zu gelangen. Er ließ in London wissen, daß Formel und Flottenausgaben voneinander abhängige Fragen seien, und hoffte, daß die erstere voll befriedigen werde.

Darauf teilte Grey am 14. bzw. 16. März ihm den englischen Vorschlag mit, der einschließlich einer nachträglichen Redaktion nunmehr lautete: "Da die beiden Mächte beiderseits den Wunsch hegen, Frieden und Freundschaft untereinander zu sichern, erklärt England, daß es weder einen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen noch an einem solchen teilnehmen und keine aggressive Politik gegen Deutschland verfolgen wird. Eine Aggression gegen Deutschland ist nicht Gegenstand und bildet keinen Teil irgendeines Vertrages, irgendeiner Verständigung oder Kombination, an denen England gegenwärtig beteiligt ist, und es wird auch nicht an etwas teilnehmen, was einen derartigen Zweck verfolgt." Damit war die Neutralität, die den wichtigsten Teil des Entwurfes Haldane - Bethmann gebildet hatte, beseitigt. Grey gestand offen ein, ein direktes Neutralitätsabkommen würde unbedingt die französische Empfindlichkeit reizen; er könne aber nicht soweit gehen, die Freundschaft mit Frankreich zu gefährden. In dem innerpolitischen Machtkampf in Berlin war die Entscheidung gefallen. Der Reichskanzler war einer wachsenden Gegnerschaft unterlegen.[124] Der Kaiser hatte besonders empfindlich eine Wendung Greys genommen, daß er zu der deutschen Staatsleitung, solange sie in den Händen Bethmann Hollweg ruhe, volles Vertrauen habe.[125]

Die englische Formel vom 14. März gab den Deutschen bei weitem nicht genug, nach der Meinung der Franzosen aber viel zu viel. So lange die Verhandlungen schwebten, war die Stimmung in Paris immer nervöser geworden, man wollte weder von einer engeren noch von einer weiteren englischen Formel etwas wissen. Cambon klagte beweglich, die englische Regierung möge nicht vergessen, daß sie es mit Leuten zu tun habe, die äußerst gewandt und verschmitzt seien und die dasselbe Ziel verfolgten, das sie während der letzten acht Jahre mit größter Hartnäckigkeit angestrebt hätten, nämlich zwischen England und Frankreich einen Riß, wenn nicht einen Bruch herbeizuführen. Ebenso warnte der Botschafter Bertie, ganz im französischen Fahrwasser schwimmend, daß jede nichtaggressive Formel für die französische Öffentlichkeit eine unangenehme Überraschung bedeute, die alle Bande der Freundschaft und des Vertrauens zwischen Frankreich und England lockern und die englische Handlungsfreiheit in einer für Frankreich nachteiligen Weise beeinträchtigen werde. Wer diese Diskussion der deutsch-englischen Formel verfolgte, mochte auf

den Gedanken kommen, daß die Oberinstanz der Entscheidung in Paris läge. Im *Foreign Office* war daher die führende Gruppe längst der Meinung, es sei besser, sobald wie möglich in der Formelfrage eine entscheidende Absage an Deutschland zu erteilen; aber das Kabinett wollte höchst ungern den Anschein des Abbruchs erwecken. Schon fürchtete Nicolson, daß die englisch-französischen Beziehungen ernstlich unter irgendeinem Abschluß mit Deutschland leiden würden, und er beschwor Grey, da Deutschland die Formel vom 14. März so gut wie verworfen habe und mehr verlange, die Formel wieder zurückzuziehen und jede Erweiterung "dieser sehr gefährlichen und lästigen Dokumente" zu unterlassen. Auch Asquith war zweifelhaft geworden, ob England und Deutschland zu einer Einigung gelangen würden.[126] Noch vergingen einige Wochen der Spannung, bis auf Grund einer Weisung des Reichskanzlers der deutsche Botschafter am 10. April die Entscheidung mitteilte, daß die von England angebotene Formel unzulänglich sei und die Flottennovelle im Reichstag ihren Lauf nehmen müsse. Wie atmete Nicolson auf, als er den Franzosen die frohe Botschaft mitteilen konnte! Poincaré äußerte sich sehr erleichtert, da die Deklaration ein Schlag für die französische öffentliche Meinung gewesen sein würde. Unzweifelhaft - denn sie enthüllte damals ihre absolute Deutschfeindlichkeit immer rückhaltloser.[127]

Die Kritik der Politik Greys war davon ausgegangen, daß sie sich allzusehr in ihren Beziehungen zu Deutschland den französischen Interessen untergeordnet hätte. Es war, als wenn man - in der Beschäftigung mit diesem zentralen Problem - es im Kreise umgangen hätte und wieder an den Ausgangspunkt zurückgelangt wäre.

In den nächsten Wochen entschied es sich, daß Graf Metternich seinen Posten verlassen würde. Er hatte die Geschäfte in London übernommen, als sich der große Umschlag gegen Deutschland vorbereitete, und sie elf Jahre lang mit Pflichttreue, Sachkunde und hohem Mute geführt, unbekümmert darum, daß seine warnende Berichterstattung ihn beim Kaiser nur mißliebiger machte. Mochten ihn Tirpitz und seine Leute als einen gefährlichen Gegner mit ihrem Haß verfolgen - der aufrechte Mann hatte, ohne viel Dank zu ernten, seinem Vaterlande große Dienste geleistet.

Zu seinem Nachfolger wurde Herr von Marschall bestimmt, Botschafter in Konstantinopel seit fast fünfzehn Jahren, und vordem Staatssekretär; nach Gewicht und Erfahrung der stärkste Mann im deutschen Außendienst. Schon bei der ersten Nachricht von dieser Besetzung geriet Poincaré in größte Aufregung: es könne nicht anders sein, als daß die Deutschen mit dieser Ernennung etwas sehr Großes bezweckten. Er scheute sich nicht - so sehr hatte sich in diesem zarten Verhältnis das Schwergewicht verschoben -, in London eine ernsthafte Beunruhigung für den Fall anzumelden, daß diese Ernennung die Absicht einer Wiederaufnahme der Ausgleichsformel bedeute; schon die Veröffentlichung, so harmlos sie auch in den Absichten der englischen Regierung sein könne, werde gewiß nicht harmlos in den Absichten Deutschlands sein, und daher in Frankreich die unheilvollsten Folgen hervorrufen. Es würde unter diesen Umständen für die französische Regierung sehr schwer sein, die öffentliche Meinung aufrechtzuerhalten und der *Entente cordiale* ihre ganze Wirksamkeit zu sichern.

Es war eine Mahnung, den Pfad der Tugend nicht wieder zu verlassen, sondern die Front gegen Deutschland - was auch kommen möge - als oberstes Gesetz zu ehren.

Das letzte Wort über die Mission Haldanes und das Scheitern des deutsch-englischen Ausgleichs kann von dem Historiker nicht leicht gesprochen werden. Wer dazu neigt, die "Schuld" an dem negativen Ausgang auf der einen Seite zu sehen, darf nicht vergessen, daß auf beiden Seiten die Geister der Annäherung und der Abstoßung am Werke sind. Eine Formel, die der Summe des politischen Wollens auf beiden Seiten unparteiisch gerecht würde, ist vielleicht ebenso schwer zu finden, wie jene Formel, die einen kriegerischen Zusammenstoß Deutschlands und Englands verhindern sollte. Selbst der Reichskanzler, der mit so viel Glauben in die Sache hineinging, schied

aus ihr mit dem zweifelvollen Empfinden, daß die Aufgabe innerlich unlöslich sei.[128] Eine verwandte Empfindung mochte Churchill haben, wenn er nach dem Scheitern schrieb: "Für jedes der beiden Länder ist es schwierig, sich richtig vorzustellen, wie furchtbar es in den Augen der andern erscheint. Für Deutschland mit seiner glänzenden Armee und kriegerischen Bevölkerung, die imstande ist, ihren vaterländischen Boden gegen jeden der kommen mag, zu halten, binnen Landes gelegen, mit Straßen und Eisenbahnverbindungen auf jeder Seite, muß es sicherlich fast unmöglich sein, die Gefühle richtig zu würdigen, mit denen ein Inselstaat wie Britannien die stolze und unerbittliche Entwicklung eines Nebenbuhlers in der Seemacht von höchster Lebensfähigkeit ansieht."[129]

Es bleibt die Frage zurück, ob die Aufgabe des Ausgleichs wenigstens in gewissen Grenzen lösbar war und darum zu lösen versucht werden sollte. Man darf darauf hinweisen, daß die jetzt eingeleitete koloniale Besprechung tatsächlich mit Erfolg fortgesetzt werden konnte und noch kurz vor dem Weltkrieg zu einem befriedigenden Ergebnis führte - aber es steht doch die Tatsache unmittelbar daneben, daß eine solche koloniale Teilverständigung eben nicht die Bedeutung gewinnen konnte, entscheidend auf die Gesamtpolitik, auf Krieg und Frieden, zurückzuwirken. In deutschen Marinekreisen hat man schon nach kurzer Zeit betont, die Engländer hätten sich doch mit dem neuen Stadium der Flottenrivalität, wie es von der Flottennovelle geschaffen war, abgefunden und die Anbahnung besserer Beziehungen zu Deutschland nicht mehr an die Bedingung einer vorgängigen Flottenverständigung geknüpft; mit anderen Worten, daß man in England nicht **trotz** der deutschen Flotte, sondern **wegen** ihrer anfange sich zu bequemen.[130] Es ist das die Auffassung, mit der Tirpitz noch im historischen Rückblick "die deutsch-englische Entspannung 1912/14" ganz wesentlich auf die deutsche "Machtbildung zur See" zurückzuführen sucht. Daß diese Entspannung aber von andern vorübergehenden politischen Konstellationen abhängig war und mit ihrem Verschwinden auch ihrerseits verschwand, werden wir noch zu erörtern haben - genug, daß sie gegenüber einer ernsten Probe der großen Politik nicht stand hielt. Hier trifft das historische Urteil von Churchill das Richtige: "Mit jeder Niete, die Tirpitz in seine Kriegsschiffe trieb, einigte er britisches Denken in weitesten Kreisen des mächtigsten Volkes in jedem Teile des Imperiums. Die Hämmer, die in Kiel und Wilhelmshaven dröhnten, schweißten die Verbindung der Nationen, von denen Deutschland einen Widerstand erfuhr und schließlich überwältigt wurde." Um nur die eine nächste Wirkung zu nennen: die im Sommer 1912 eingeleitete Verlegung des englischen Mittelmeergeschwaders in die Nordsee trug dazu bei, die englische Macht politisch wie moralisch noch fester an Frankreich zu binden.

Hätte dieser ganze Gang der Entwicklung, den wir von 1904 bis 1914 als ein immanentes Gesetz der englischen Politik verfolgen können, im Frühjahr 1912 aufgehalten werden können durch drei Schiffe weniger und eine Formel, in der die Quadratur des Zirkels gelöst wurde? Es hält schwer, auf diesen Glauben eine sichere Überzeugung zu bauen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß das deutsch-englische Verhältnis trotz der weiterwachsenden Flottenrivalität im Laufe des Jahres 1913, statt sich zu verschärfen, sich ersichtlich besserte. Das lag aber an den Balkankriegen und der politischen Haltung, die die beiden Mächte um ihres Interesses willen in dieser Krisis einnahmen. Als diese Krisis in Serajewo zur Explosion kam und die unerbittlichen Machtgegensätze Europas zum letzten Durchbruch brachte, da setzte sich auch der englisch-deutsche Gegensatz, der sich als allen andern Gegensätzen übergeordnet erwies, mit der Wucht einer Naturnotwendigkeit durch. Insofern würde also Tirpitz recht behalten haben? - und doch kommt man nicht um die Erwägung herum, daß in diesem großen weltgeschichtlichen Zusammenhange, der sich im Weltkrieg entlud, ein entschlossener deutscher Vorstoß auf dem Wege der Verständigung die weitausschauendere Politik gewesen wäre. Man muß es den Engländern überlassen, wenn sie ihr eigenes Verhalten in den Zusammenhängen der Jahrhunderte betrachten, zu einem ähnlichen nachdenklichen Urteil über ihre Politik zu gelangen.

Anmerkungen:

1 [1/683] Vgl. **S. 663**. ...zurück...
2 [1/684] Nach der Schilderung Kiderlens in seinem Rücktrittsgesuch vom 19. Juli 1911. Jäckh 2, 132. ...zurück...

3 [2/684] Vgl. Iswolski an Sasonow 15./28. März 1911, Stieve, *Iswolski*. 1, S. 56 ff. Engländer und Russen waren bemüht, die Spanier zu beruhigen. Besonders die Engländer vermuteten hinter ihnen, aber anscheinend ohne zureichenden Grund, deutsche Einwirkung. ...zurück...

4 [1/685] Sir E. A. Crowe zum 14. März 1911. *Brit. Dokumente* 7, 290 ff. ...zurück...

5 [2/685] Kiderlen zu Cambon: "*Quand j'ai vu vos atermoiments dans l'affaire des chemins de fer, j'ai compris que vous ne vouliez rien faire avec nous.*" Bei Mermeix S. 89. ...zurück...

6 [3/685] Über beide Pläne: Frhr. v. d. Lancken a. a. O., S. 90 ff. ...zurück...

7 [4/685] So Bertie am 19. April 1911. *Britische Dokumente* 7, 313 ff. ...zurück...

8 [5/685] Dieser vielfach verwischte Tatbestand ist vereinzelt auch von französischer Seite eingestanden worden. Der Botschafter von Schoen berichtete am 10. April 1913 eine Äußerung des Ministers Pichon: "Zu Agadir und seinen mannigfachen Folgen wäre es wohl nicht gekommen, wenn er seinerzeit Minister geblieben wäre, denn dann wäre der Marsch nach Fez unterblieben. Dies ist das erstemal, daß ein französischer Minister freimütig zugesteht, daß es die frivolen Vorstöße Frankreichs gegen die Verträge gewesen sind, welche Agadir und seine Folgen ausgelöst haben". *Gr. Pol.* 39, 187. ...zurück...

9 [1/686] Über die Marokkokrisis von 1911: Fritz Hartung, "Die Marokkokrisis des Jahres 1911," *Arch. für Pol. u. Gesch.* 1926, Heft 7/8, S. 54 - 117, wo die ganze ältere Literatur verzeichnet ist. Dazu kommen neuerdings die österreichischen Akten und die sehr ergiebigen englischen Akten. (*Brit. Dokumente* 7.) Ferner die Memoiren von Rosen und Freiherr v. d. Lancken. Die letzte Darstellung bei E. Brandenburg, *Von Bismarck zum Weltkrieg*, 2. Aufl. (1925). ...zurück...

10 [2/686] Die Gefahr wird von den Franzosen aufgebauscht, von den Deutschen bestritten. Aber auch die belgischen Berichte vom 15. April und 5. Mai sprechen sich sehr negativ aus: in Tanger habe niemand außerhalb des französischen Kreises eine Besorgnis über das Schicksal der Europäer gehegt. Schwertfeger 4, S. 310 ff., 320. Ebenso die spanischen Berichte. (*Brit. Dokumente* 7, 409.) ...zurück...

11 [3/686] *Gr. Pol.* 29, 79. Vgl. auch die Berichte von Goschen vom 7. und 14. April 1911. *Brit. Dok.* 7, S. 303 ff. Cambon an Cruppi. 9. April bei Caillaux, *Agadir* S. 267 ff. Vgl. das Urteil des russischen Geschäftsträgers in Berlin. 13. April 1911: "Es besteht kein Zweifel, daß, wenn auch Deutschland jemals seine Zustimmung zu einer solchen Verletzung geben sollte, es von Frankreich einen hohen Preis verlangen wird." Siebert, Bd. 2, 83. ...zurück...

12 [4/686] Sie steht im Zusammenhang mit Erörterungen, die schon seit längerem schwebten. ...zurück...

13 [1/687] Bertie an Grey 9. April; Grey an Bertie 10. April 1911. *Brit. Dokumente* 7, 306 f. ...zurück...

14 [2/687] Bericht Fairholmes von Bertie übersandt: *Brit. Dok.* 6, 1021 - 1024. ...zurück...

15 [3/687] Bertie an Grey 13. April 1911. *Brit. Dok.* 7, 307 ff. Es ist bedauerlich, daß die beiden vorstehenden Aktenstücke in der englischen Publikation so weit voneinander getrennt abgedruckt sind. ...zurück...

16 [1/688] Grey an Asquith 16. April 11. Grey, *Twenty-five Years*, 1, 91 f. ...zurück...

17 [2/688] Auf eine **falsche** Meldung über eine Verschlimmerung der Lage in Fez telegraphierte Wilhelm II. sogar von Korfu aus nach Berlin, er sei der Ansicht, Deutschland solle die Franzosen nicht hindern, die Ordnung wiederherzustellen. ...zurück...

18 [3/688] Vermerk von Sir E. A. Crowe zum 24. April. (*Brit. Dok.* 7, 320.) "Die Lage dürfte wohl rasch ernst werden, Deutschland hat im Sinn, das zu wiederholen, was es vor und auf der Algeciraskonferenz zu tun versuchte: Frankreich durch Androhen bewaffneten Eingreifens zu schrecken; England zur Preisgabe Frankreichs

zu drängen; spanische Eitelkeit und Empfindungen gegen Frankreich aufzureizen; auf Oesterreich, Italien und die kleineren beteiligten Mächte (Holland und Schweden) zu drücken, der deutschen Führung zu folgen; und so ohne irgendwelche eigene Kosten das Höchstmaß an Unheil und Reibungen zu schaffen." ...zurück...
19 [4/688] Aufzeichnung Kiderlens: "Ich glaube jede Phrase gewissenhaft abgewogen zu haben." *Gr. Pol.* 29, 97. Über sein Gespräch mit Cambon auch: Goschen an Grey 28. April (*Brit. Dok.* 7, 334 ff.) ...zurück...

20 [1/689] Zusammenhängende Darlegungen der Politik Kiderlens: Die Denkschrift vom 3. Mai (von Zimmermann und Langwerth v. Simmern), *Gr. Pol.* 29, 101 - 108. Aufzeichnung vom 12. Juni (von Zimmermann), ebenda 29, 142 - 149. Dazu die beiden Rücktrittsgesuche Kiderlens: Jäckh 2, 128 - 30, 132, 134. ...zurück...

21 [1/690] So Kiderlen in dem Rücktrittsgesuch vom 17. Juli. ...zurück...

22 [2/690] Irreführend ist z. B. Tirpitz, *Aufbau der deutschen Weltmacht*, S. 204: "Man nahm eine wohlwollende Haltung Englands von vornherein an, weil man einige Freundlichkeiten ausgetauscht hatte." ...zurück...

23 [1/692] Goschen an Nicolson 5. Mai 1911. *Brit. Dok.* 7, 369. ...zurück...

24 [2/692] Schoen an Bethmann Hollweg 7. Mai 11. Denkschrift Zimmermanns 12. Juni 11. Randbemerkung des Kaisers 25. Mai 11. *Gr. Pol.* 29, 113, 142 ff., 152 Anm. ...zurück...

25 [3/692] Sir Eyre Crowe machte sich, wie seine Denkschrift vom 14. Januar 12 (*Brit. Dok.* 7, 1346 - 1355) beweist, aus diesen Zusammenhängen später eine Verschwörung zwischen Caillaux und Kiderlen zurecht, in der Caillaux, der angeblich Frankreich in die Bahnen des Dreibundes führen wollte, als der Hauptschuldige erscheint. Die Denkschrift ist für die Zügellosigkeit seiner Phantasie sehr bezeichnend. ...zurück...

26 [1/693] Bertie an Nicolson, 14. Mai 1911. Privat und vertraulich. *Brit. Dok.* 7, 398. ...zurück...

27 [2/693] Nicolson an Bertie, privat 17. Mai 11. *Brit. Dok.* 7, 408 ff. Die unmittelbare geschäftliche Nachwirkung ist in den Akten nicht zu erkennen. ...zurück...

28 [1/694] *Gr. Pol.* 29, 120. ...zurück...

29 [2/694] *Brit. Dok.* 7, 410. ...zurück...

30 [3/694] Siebert, a. a. O. S. 423. ...zurück...

31 [4/694] Tyrrell 25. Mai 1911, "*on pourrait causer*", *Österr.-Ungar. Außenpolitik* 3, 252. ...zurück...

32 [5/694] Grey an Bertie 1. Juni 1911. *Brit. Dok.* 7, 445 f. ...zurück...

33 [1/695] Bertie an Nicolson 19. Mai 11. *Brit. Dok.* 7, 415. ...zurück...

34 [2/695] Das gilt von der Bemerkung, die Cambon am 10. Juni dem Reichskanzler gegenüber einfließen ließ. Eben dahin gehört Cruppis Anspielung auf das Kamerun - Kongo-Bahnprojekt vom 15. Juni. (Kiderlen: "Solche Lappalien können doch bei der großen Abrechnung nicht mitsprechen." *Gr. Pol.* 29, 150 f.) ...zurück...

35 [3/695] Denkschrift Zimmermann vom 12. Juni 1911. *Gr. Pol.* 29, 142 - 149. ...zurück...

36 [1/696] Nach Mitteilung Albert Ballins, Huldermann a. a. O. S. 95. ...zurück...

37 [2/696] Tirpitz, *Aufbau der Weltmacht* S. 203, erzählt: "Der Kaiser sagte mir, er wolle wegen Marokko keinen Krieg führen, wir würden jetzt als Entschädigung den ganzen Kongo fordern." ...zurück...

38 [3/696] Sie erklärte am 2. Juli, sie sei eben im Begriff gewesen, die freundschaftliche Aussprache einzuleiten. ...zurück...

39 [4/696] Wenn Tirpitz a. a. O. S. 205 f. die Handlung von Inlandspolitikern und Dilettanten auf der See in der Weltpolitik tadelt, so sieht man nicht, daß er das alles vor dem Kaiser zur Geltung brachte. Seine Meinung, man hätte eine Kanone vor Metz klarmachen sollen, ist ein schwerer Irrtum. Das wäre damals der Krieg gewesen. ...zurück...

40 [5/696] Zu dem österreichischen Botschafter Grafen Mensdorff, 29. September 1911. *Österreich-Ungarns Außenpol.* 3, 366. ...zurück...

41 [6/696] Tyrrell zu Mensdorff, 6. Juli 11. Ebenda 3, 269. ...zurück...

42 [1/697] Das geht daraus hervor, daß der Botschaftsrat v. Kühlmann dem russischen Botschafter schon am Tage, da der "Panther" vor Agadir erschien, auf die Frage, ob Marokko oder ein marokkanischer Hafen in Frage käme, antwortete: "Weder das eine noch das andere. Man wird wahrscheinlich wohl anderswo Kompensationen für das beständige Vorrücken Frankreichs in Marokko finden." Bericht Benckendorffs vom 16./29. August. Siebert 2, 152. ...zurück...

43 [2/697] Vermerk zum 11. Juli 11. *Brit. Dok.* 7, 568. ...zurück...

44 [3/697] So Baron Greindl 6. Juli 11. Auch Gooch, *Cambridge History of British Foreign Policy* 3, 442, sieht hier einen Fehler. ...zurück...

45 [1/698] Vermerk zum 2. Juli 11. ...zurück...

46 [2/698] Aufzeichnung Kiderlens, *Gr. Pol.* 29, 173 ff. ...zurück...

47 [3/698] Schoen an Ausw. Amt 12. Juli 11. Ebenda 29, 183 f. ...zurück...

48 [4/698] Bethmann an Kaiser Wilhelm II., 15. Juli 11. ...zurück...

49 [1/699] Randbemerkung Wilhelms II. zum 15. Juli *Gr. Pol.* 29, 186: "Denn ich kann meine Regierung nicht so auftreten lassen, ohne an Ort und Stelle zu sein, um die Konsequenzen genau zu übersehen... Das wäre sonst unverzeihlich und zu parlamentarisch! *Le roi s'amuse.* Und derweilen steuern wir auf die Mobilmachung los!" ...zurück...

50 [2/699] Rücktrittsgesuch Kiderlens vom 17. Juli 11. Jäckh 2, 128 ff. ...zurück...

51 [3/699] Kaiser Wilhelm II. an Bethmann Hollweg 17. Juli 11. Jäckh 2, 127. ...zurück...

52 [4/699] Vermerk Sir E. A. Crowes zum 18. Juli 11. *Brit. Dok.* 7, 607. ...zurück...

53 [1/700] Nicolson an Grey 21. Juli 11. Ebenda 7, 629 f. ...zurück...

54 [2/700] Ob Grey (und Asquith) buchstäblich den Wortlaut der Rede verfaßt haben (so der Kaiser *Gr. Pol.* 29, 206, Fußnote **), steht dahin; ihre geistige Urheberschaft steht außer Frage. ...zurück...

55 [3/700] Frhr. v. d. Lancken S. 101. ...zurück...

56 [1/701] *Documents Diplomatiques Français Serie 3e Tom. 2*, S. 267 - 271; in einer etwas veränderten Fassung vom 21. August *Brit. Dok.* 7, 1026 - 1030. Dazu Callwell, *Life of Fieldmarshall Sir Henry Wilson* 1, 96. P. Kluke, *Heeresaufbau und Heerespolitik Englands vom Burenkrige bis zum Weltkriege*. (1932.) ...zurück...

57 [1/702] Daß die englische Drohung damals die deutsche Entschlossenheit gelähmt habe, ist unrichtig. Auch das Urteil, es sei infolge der (öffentlichen) Nichtbeantwortung der Rede von Lloyd George "der Zauber gebrochen worden, der bisher die deutsche Armee unüberwindlich machte" (Rochs, *Schlieffen* a. a. O.), schießt über das Ziel hinaus. Auch Bismarck kannte diplomatische Situationen, die sich nicht nach dem Göttinger Comment regeln ließen. ...zurück...

58 [2/702] Bericht Szögyény. 27. Juli 11. *Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 285 f. ...zurück...

59 [3/702] Jäckh 2, 135 ff. ...zurück...

60 [4/702] Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II. 27. Juli 11: "Konzentration englischer Flotte allerdings äußerlicher Höflichkeitsbeweis für Paris, nach ausdrücklicher Mitteilung Sir E. Greys an uns jedoch tatsächlich ohne Zusammenhang mit Marokko." *Gr. Pol.* 29, 220. Vgl. Winston Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 1, 1911 - 14, S. 40. ...zurück...

61 [1/703] Nach Benckendorff ist diese Mitteilung nicht durch Metternich selbst, sondern durch Herrn von Kühlmann gemacht worden. ...zurück...

62 [2/703] Graf Benckendorffs Bericht vom 19. Juli/1. August, bei Siebert 2, 134 ff. Dazu Tyrrell, *Öster.-Ung. Außenpol.* 3, 809. ...zurück...

63 [3/703] Darauf deutet die Meldung des englischen Botschafters in Wien vom 29. 7., er habe von offiziöser österreichischer Seite eine Äußerung des deutschen Botschafters erfahren, falls Großbritannien und Frankreich Schiffe nach Agadir schickten, solchen Schritt mit Mobilmachung zweier Armeekorps in Elsaß-Lothringen zu beantworten. *Brit. Dok.* 7, 689 f. ...zurück...

64 [4/703] Goschen an Nicolson 27. Juli 11. *Brit. Dok.* 7, 676 f. ...zurück...

65 [1/704] Vgl. das Urteil des Chefs des Marinekabinetts v. Müller, "Kriegsfurcht, aber keine Kriegsfreudigkeit", Tirpitz, *Aufbau der Weltmacht* S. 193 f. Für Tirpitz ist es bezeichnend, daß er schon in diesen Tagen mit der Möglichkeit einer Flottennovelle zu rechnen begann. ...zurück...

66 [2/704] Vgl. Frhr. v. d. Lancken a. a. O. 102 f. ...zurück...

67 [3/704] Über seine Haltung in diesen Tagen: Schreiben an Aehrenthal 31. Juli 11. (*Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 288 f.) Dazu Aehrenthal an K. Franz Josef, 3. August 11. (3, 292 ff.) Szögyény an Aehrenthal 1. August 11. (ebenda 3, 291 f.): "Die Basis zu einer Verständigung mit Frankreich über die Marokkofrage sei nun gefunden. Er sei momentan mit dem Gang der Verhandlungen zufrieden; im großen und ganzen werde Deutschland das erreichen, was es angestrebt hatte." Kiderlen an Schoen 2. August 11. *Gr. Pol.* 29, 308. Goschen an Grey 1. August 11 ("annehmbare Erörterungsgrundlage"). ...zurück...

68 [4/704] Bertie an Grey 3. August 11. *Brit. Dok.* 7, 705. ...zurück...

69 [1/705] Ich nehme an, daß Kiderlens Briefwechsel mit Mme de Yonin das Ziel dieser politischen Berechnung verfolgt und dem Gegner in die Hände fallen sollte; so auch Thimme, *Gr. Pol.* 29,173; Hammann, *Arch. f. Pol. u. Gesch.* (1925) S. 550; Fr. Hartung a. a. O. S. 78 ff. Skeptischer ist das Urteil von Tirpitz a. a. O, S. 372; W. Andreas H. Z. 132, 272 ff; Rosen a. a. O. 1, 344. ...zurück...

70 [2/705] Als typischer Stimmungsausbruch in diesen Wochen möge eine Aufzeichnung des Generalstabschefs Moltke vom 19. August dienen: "Die unglückliche Marokkogeschichte fängt an, mir zum Halse herauszuhängen. Wenn wir aus dieser Affäre wieder mit eingezogenem Schwanze herausschleichen, wenn wir uns nicht zu einer energischen Forderung aufraffen können, die wir bereit sind, mit dem Schwert zu erzwingen, dann verzweifle ich an der Zukunft des Deutschen Reiches. Dann gehe ich." *Erinnerungen* S. 362. ...zurück...

71 [1/706] Vgl. Wilsons Tagebuchnotizen über die großen Lücken in der englischen Rüstung, über die mangelnde Fühlung zwischen Heer und Flotte und seine Äußerung zu Grey über die Leistungsfähigkeit der Russen. Callwell 1, S. 97 ff. ...zurück...

72 [2/706] Die Erklärungen von Paul Lambon vor dem französischen Ministerrat über die Grenzen der englischen Unterstützung ("aber wenn Frankreich sich ins Unrecht setzte und Deutschland angriffe oder die Verhandlungen vorsätzlich abbräche, wäre die britische öffentliche Meinung auf jeden Fall anfangs nicht auf seiten Frankreichs, und die britische Regierung vermöchte Frankreich daher beim Beginn nicht beizustehen, einerlei, was sie späterhin tun möge"), sind jedenfalls in die letzte Augustwoche zu verlegen. *Brit. Dok.* 7, 983. ...zurück...

73 [3/706] Kaiser Wilhelm II. zu Szögyény über das sehr loyale und zurückhaltende Benehmen Rußlands: die bevorstehende Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens im gegenwärtigen Zeitpunkt beweise, daß die Beziehungen Rußlands zu Deutschland durch die marokkanischen Schwierigkeiten nicht im geringsten berührt seien. *Österr.-Ung. Außenpolitik* 8, 312. ...zurück...

74 [1/707] Ob dabei auch auf eine "mittlere" Haltung Österreichs spekuliert wurde, steht dahin. Über die Versuche, auf die Haltung und öffentliche Meinung Österreichs einzuwirken, insbesondere den Artikel, den der Botschafter Cartwright am 25. August in die *Neue Freie Presse* schreiben ließ, vgl. H. Lutz, *Deutschfeindliche Kräfte im Foreign Office der Vorkriegszeit* (1932). Die Unglaubwürdigkeit dieses deutschfeindlichen Diplomaten steht danach außer aller Frage. ...zurück...

75 [2/707] Italiens völlige Zurückhaltung war schon damals dadurch erklärt, daß es seine Augen mehr auf Tripolis als auf Marokko gerichtet hielt, vgl. Kiderlen an Aehrenthal 18. August 11. *Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 308. ...zurück...

76 [3/707] Goschen an Nicolson 8. September 11. *Brit. Dok.* 7, 787. ...zurück...

77 [4/707] Vgl. neuerdings den Bericht Flotows 5. September 11 (*Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 326). Grey an Bertie 5. September 11 (*Twenty-five Years* 1, 224 f.). ...zurück...

78 [5/707] So an Kaiser Franz Josef 9. September 11. *Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 330. ...zurück...

79 [1/708] Hier sieht z. B. Caillaux a. a. O. 194 die Entscheidung. Auch bei Gooch, *The Cambridge History of British Foreign Policy* 3, 452, spielt eine Erklärung der Bankiers, Deutschland sei finanziell nicht zum Kriege vorbereitet, und die dadurch herbeigeführte größere Nachgiebigkeit Kiderlens eine Rolle. Ein interessanter Nachweis, daß der Finanzepisode diese Bedeutung nicht zukam, wird von Sir Francis Oppenheimer in seinem sehr aufschlußreichen Bericht vom 21. Oktober 11 geführt. *Brit. Dok.* 7, 1305 - 1322. ...zurück...

80 [2/708] Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II. 16. September 11. *Gr. Pol.* 29, 379. ...zurück...

81 [1/710] Arthur Salz, *Der moderne Imperialismus* (1932). ...zurück...

82 [1/712] Bericht Graf Szécsen. 6. Januar 1912. *Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 755. ...zurück...

83 [2/712] So Schoen an Bethmann Hollweg 22. März 1912. *Gr. Pol.* 31, 396. ...zurück...

84 [1/713] Poincaré, *Mémoires. Maréchal Joffre, Revue des deux mondes* 15. August 1932. A. v. Wegerer, "Der Einmarsch in Belgien," *Berliner Monatshefte*, September 1932. ...zurück...

85 [2/713] Das scheint mir eine größere Rolle zu spielen, als das von Tirpitz vermutete Motiv: die Deutschen von der Flottenpolitik abzulenken und zu den vernachlässigten Aufgaben des Landheeres zurückzuführen. ...zurück...

86 [3/713] Bericht des Majors v. Winterfeld 19. Februar 1912. *Gr. Pol.* 31, 389 ff. ...zurück...

87 [4/713] Schoen an Bethmann Hollweg 22. März. 1912, s. o. ...zurück...

88 [5/713] *Saturday Review* 23. März 1912. ...zurück...

89 [1/714] Vgl. die demnächst erscheinende Arbeit meines Schülers Paul Kluke, *Heeresaufbau und Heerespolitik Englands vom Burenkriege bis zum Weltkriege* (1932). ...zurück...

90 [2/714] Vgl. oben **S. 590 ff.** ...zurück...

91 [3/714] So ironisiert Harald Nicolson die herkömmliche amtliche Auffassung. ...zurück...

92 [1/715] Charteris, *Lord Haig*. ...zurück...

93 [2/715] Caldwell, *Field-Marshall Sir Henry Wilson*, 2. vol. (New York 1927). ...zurück...

94 [3/715] *Brit. Dok.* 6, Nr. 475. Dazu Asquith. H. Lutz. Grey hielt ein Verbot für unmöglich, wenn auch diese Besprechungen und die ministeriellen Reden eine Erwartung der Hilfe erweckt hätten - das lasse sich nicht ändern. ...zurück...

95 [1/716] Gespräche mit Churchill (28. August), Grey (31. August), Lloyd George (11. September). Am 9. September machte Wilson dem französischen Militärattaché anscheinend auf eigene Faust Mitteilungen, die Cambon dem Ministerrat vorlegte. ...zurück...

96 [2/716] Vgl. oben **S. 654**, **712 f.** Sir Arthur Nicolson erfuhr bald darauf von einem französischen Diplomaten, daß der englische Generalstab "den Einmarsch in Belgien in gewissen Fällen als notwendig erachte." 4. April 1912. *D. D. Fr. Sér. 3 T. II* No. 300. ...zurück...

97 [1/717] Spender, *Life, Journalism* 1, 195 f. ...zurück...

98 [2/717] Über ihn und sein Buch *Morocco in Diplomacy* (Februar 1912): H. Lutz, *E. D. Morel* (1925). ...zurück...

99 [1/718] Benckendorff an Sasonow 15./28. Januar 12: "Die Opposition in England wächst. Die persische Frage fällt am meisten in die Augen; sie ist aber nicht die einzige. In Wirklichkeit handelt es sich um die Beziehungen zu Deutschland; man findet sie zu gespannt, und man macht Grey dafür verantwortlich." Desgl. 2. Februar 1912 Siebert 2, 286, 289 ff. ...zurück...

100 [2/718] G. P. Gooch, *Life of Lord Courtney* (1920), S. 570. ...zurück...

101 [3/718] Metternich an Bethmann Hollweg 20. Dezember 1911. Randbemerkung Wilhelms II.: "Das ist nicht die Art, in der der Deutsche Kaiser und sein Deutsches Volk erwarten kann und erwarten muß, von England approchiert zu werden." *Gr. Pol.* 31, 81 - 86. ...zurück...

102 [1/719] Faksimile des Artikels der *Westminster Gazette* bei Huldermann, *Albert Ballin* S. 240. ...zurück...

103 [2/719] Wilson und Nicolson stimmten darin überein. ...zurück...

104 [3/719] Der Kaiser war "sehr entzückt". Wie sehr er noch am Tage zuvor über England erbittert war, zeigt der Bericht Szögyénys vom 19. Januar. *Österr.-Ung. Außenpol.* 3, 778. ...zurück...

105 [4/719] Cassel an Ballin 9. Januar. (Huldermann a. a. O. 246 f.). Ballin an Cassel 20. Januar. Cassel an Churchill 20. Januar. *Brit. Dok.* 6, 2,1104. Winston Churchill, *Weltkrisis 1911 - 1914*, 78 ff. Während Cassel in Berlin war, weilte Kiderlen in Stuttgart auf Urlaub. Er war wütend, daß man mit Cassel verhandelte, ohne ihn benachrichtigt zu haben; er legte beim Kanzler Verwahrung ein, erbat sich auch eine politische Konferenz beim Kaiser, konnte aber nicht ändern, daß er auch im weiteren Verlaufe ausgeschaltet blieb. Jäckh a. a. O. 2, 155 (wo statt "Haldane" "Cassel" zu lesen ist). ...zurück...

106 [5/719] Die geschäftlichen Grundlagen der Mission Haldane: 1. Englisches Memorandum, Ende Januar (Churchill a. a. O. 79 f.). 2. Cassel an Ballin 2. Februar 1912. 3. Bethmann Hollweg an Cassel 4. Februar 1912; dazu Erläuterungen Ballins (Huldermann S. 248 f., 250 f., 252). ...zurück...

107 [1/720] Den Russen ließ man, nicht ohne Anspielung, sagen, daß die Mission "weniger formell" sei als die Potsdamer Zusammenkunft von 1910. ...zurück...

108 [1/721] Wilhelm II. an Admiral von Müller 9. Februar 12. Tirpitz, *Aufbau* S. 285 f. ...zurück...

109 [2/721] So in der Denkschrift für den Kaiser vom 26. Februar 12. Tirpitz, *Aufbau* S. 299 f. ...zurück...

110 [1/722] Jäckh a. a. O. 2, 155. ...zurück...

111 [2/722] Kaiser Wilhelm II.: "Auf ausdrückliche Bitte und im Einverständnis mit dem Kanzler". ...zurück...

112 [1/723] So seine spätere Formulierung am 29. Februar 12 zu Metternich. *Gr. Pol.* 31, 147. ...zurück...

113 [2/723] Metternich 11. März 12. "Selbst der ausgezeichnete Haldane scheint in der Freude der Feststimmung weitergegangen zu sein, als seine Kollegen es ihm gestattet hatten." ...zurück...

114 [3/723] So wenigstens der Kaiser in einem Entwurf seines Schreibens an König Georg V. am 18. März 12. Tirpitz a. a O. 332 f. ...zurück...

115 [4/723] Haldane an Lady Courtney 12. Februar 12. Gooch, *Lord Courtney* S. 573 f. ...zurück...

116 [1/724] Grey an Bertie 13. Februar 12: "Bethmann Hollweg sei höchst freundlich und durchaus aufrichtig, der offene Meinungsaustausch habe die Atmosphäre dadurch aufgeklärt, daß er das Mißtrauen zwischen der deutschen Regierung und uns etwas beseitigt habe." *Brit. Dok.* 6, 1145 ff. Es ist bemerkenswert, wie Cambon in seiner Antwort an Grey die Sprache sofort auf "die Vorherrschaft in Europa" brachte, die Deutschland wünsche. ...zurück...

117 [2/724] Aufzeichnung Nicolsons *Brit. Dok.* 6, 1149 f. In Paris gehörte der Botschafter Bertie zu den Gegnern der Mission Haldane; er nannte sie am 11. Februar einen törichten Schritt, der vermutlich die Grey-muß-gehen Radikalen zufriedenstellen soll. ...zurück...

118 [3/724] Nach einer Mitteilung Iswolskis an Sasonow vom 5. Dezember 12, der die Mitteilung von Poincaré und Paléologue hatte. *Un Livre Noir* 1, 362. Fr. Stieve a. a. O. 2, 377. ...zurück...

119 [1/725] Metternich an Bethmann Hollweg 22. Februar 12. *Gr. Pol.* 31, 128 ff., 131. Die Admiralität war von vornherein Gegner der Verhandlung (Lord Fisher a. a. O. 1, 200: "*the very worst possible thing was Haldane's visit*"). ...zurück...

120 [2/725] Tirpitz a. a. O. S. 290 ff. ...zurück...

121 [3/725] Kaiser Wilhelm II. an Kiderlen-Wächter. Kiderlen-Wächter an Kaiser Wilhelm II, 24. Februar 12. Jäckh 2, 155 ff., 157 f. ...zurück...

122 [1/726] Randbemerkung zum 1. März. Erlaß an Bethmann Hollweg 5. März, an Metternich 5. März. ...zurück...

123 [2/726] Dazu gehörte auch die Bemerkung Haldanes zu Metternich am 29. Februar: "Über die politische Formel würde sich auch eine Vereinbarung finden lassen. Allerdings wolle man hier die französische Freundschaft erhalten, und es liege nicht im englischen Interesse, *if we did eat up France*. Ebensowenig liege es aber im englischen Interesse, eine aggressive Politik Frankreichs zu unterstützen. Die englische Regierung beabsichtige vielmehr, zugleich mit einer Verständigung mit Deutschland, die Franzosen klar und unzweideutig wissen zu lassen, daß sie **bei einer Revanchepolitik, die auf Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen gerichtet sei**, auf englische Unterstützung nicht zu rechnen hätten." *Gr. Pol.* 31, 147 f. ...zurück...

124 [1/727] Aufzeichnung des Kabinettchefs Admiral v. Müller vom 18. März: "Der gestern erst eingegangene englische Vorschlag ist völlig unannehmbar. Verklausulierte Neutralität unter Bedingung der Aufgabe der Novelle." Der Zweck der ganzen Aktion - Vernichtung der Novelle - ist damit auf das klarste zum Ausdruck gekommen. Tirpitz a. a. O. S. 328. ...zurück...

125 [2/727] Metternich an Ausw. Amt, 17. März 12; *Gr. Pol.* 31, 181 ff., 183 ff. Was die Schlußbemerkung des Kaisers zu dem Bericht des Reichskanzlers vom 18. März (ebenda S. 187 f.) betrifft, so sei nur bemerkt, daß dem Einfall, nunmehr Bündnis mit England und Frankreich vorzuschlagen, keine amtliche Folge gegeben wurde. ...zurück...

126 [1/728] Nicolson an Goschen 1. April. Bertie an Grey 3. April. Aufzeichnung Nicolsons 4. April. Grey an Bertie 9. April 12. *Brit. Dok.* 6, 1215, 1225 f., 1232. Poincaré, *Au Service de La France* 1, 170 ff. (1926). ...zurück...

127 [2/728] Schoen an Bethmann Hollweg 17. April 1912. "Eine entschiedene Feindseligkeit gegen alles Deutsche ist hier gegenwärtig geradezu zur Mode geworden, und die gesamte Presse glaubt, derselben Rechnung tragen zu müssen." *Gr. Pol.* 31, 401 f. ...zurück...

128 [1/729] An Ballin 19. März 12. Huldermann a. a. O. S. 266. ...zurück...

129 [2/729] Churchill an Cassel 14. April. Tirpitz a. a. O. 335. ...zurück...

130 [1/730] Bericht des Marineattachés Widenmann 17. April 1912. ...zurück...

3. Die Balkankriege und das Anwachsen der europäischen Spannung 1912 - 1914.

Während die zwischen dem Deutschen Reich und den Westmächten entstandene Krisis auf ihren Höhepunkt gelangte, war die Welt plötzlich durch ein Ereignis überrascht worden, das zunächst nur von peripherischer Natur zu sein schien, aber alsbald eine nicht mehr aufzuhaltende Kette von

Weiterwirkungen auslöste: ein Vorspiel nur, aber ein solches, das die ganze europäische Staatengesellschaft in Bewegung setzt und vor allem den Schwerpunkt des Geschehens von dem Westen in den Osten Europas zu verlagern beginnt. Am 25. September 1911 hatte Italien der Türkei um des längst vorbereiteten Zieles Tripolis willen den Krieg erklärt und schon am 5. November 1911 verkündete es, obgleich die militärischen Handlungen noch in den Anfängen steckten, die Annexion des türkischen Nordafrika. Damit begann eine umfassende Erschütterung des Orients, bis in die Tiefen hinabreichend und den gesamten Zusammenhang der Großmächte berührend - von diesem Kampf um den Orient führen die Perspektiven in den Weltkrieg hinüber.

Die italienische Aktion, deren letzter Ursprung in den Verträgen mit den Westmächten ruhte, war nicht durch Agadir - wie die Gegenseite behauptete -, sondern durch den Marsch auf Fez ausgelöst: sobald der Anfall Marokkos an Frankreich unvermeidlich wurde, ließen die Italiener sich nicht halten, ihren Teil der Beute an sich zu reißen. Das Objekt in Tripolis war für die Türken weder unentbehrlich, noch war es von ihnen über See gegen einen Angriff zu behaupten; aber es war eine Ehrensache für den Staat, der sich einem endlosen Zugreifen von allen Seiten und einer letzten Erschütterung aussetzen mußte, wenn er Tripolis kampflos preisgab.

Damit war die deutsche Politik - noch in der Schlußabwicklung der Marokko-Kongo-Episode begriffen - vor eine äußerst schwierige Aufgabe gestellt, und die Art, wie sie sich unter Leitung Kiderlens zurechtzufinden suchte, ist schon im Hinblick darauf, daß dasselbe Problem in vergrößertem Umfange wiederkehren konnte, von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Italiener hatten in ihrer Weise nach allen Seiten vorgesorgt. Sie hatten die englische Politik schon sehr frühzeitig - bezeichnenderweise in den Tagen der Hochspannung nach Lloyd Georges Rede - unterrichtet und die unbedenkliche Zusicherung moralischer Sympathien davongetragen. Im Moment des Losschlagens hatte man aber auch in Berlin wissen lassen, daß man über eine vorzeitige Erneuerung des Dreibundvertrages zu verhandeln wünsche. So stand die deutsche Politik zwischen Verbündetem und Freund. Bei den italienischen Klagen über die unfreundliche Haltung der deutschen Presse hörte man immer: das hieße Italien in die Arme Englands und Frankreichs treiben, und wenn es ernster wurde, sprachen auch italienische Staatsmänner davon, daß der Dreibund gefährdet sei.[1] Auf der anderen Seite konnte man Gefahr laufen, die alte Einflußsphäre in der Türkei samt den deutschen Errungenschaften zu verlieren, und wenn die Gegenpartei in Konstantinopel Sturm lief, ließ Marschall laute Hilferufe erschallen, die den Kaiser schwer bedrückten. Es wurden Stimmen laut, die für den unzuverlässigen Bundesgenossen die zuverlässige Türkei eintauschen wollten. Jede Wendung des Krieges konnte ernstere Krisen auslösen. Schon in den ersten Wochen hatte ein italienischer Angriff auf türkische Schiffe in der Adria einen österreichischen Einspruch hervorgerufen, und als sich herausstellte, daß Italien den Türken in Tripolis mit kriegerischem Zwange gar nicht zu treffen vermochte und daher den Kriegsschauplatz auszudehnen suchte (Saloniki, Dardanellen, Ägäische Inseln), wuchs die Feuergefährlichkeit des Unternehmens ins Unberechenbare. Schon sah Wilhelm II. in dunklen Augenblicken die Entfachung des Weltbrandes mit allen seinen Schrecken.

Dagegen stellte sich der Staatssekretär von Kiderlen-Wächter, dem seine Vertrautheit mit allen Balkanproblemen zugute kam, auf den realpolitischen Standpunkt, daß die deutsche Politik der Türkenfreundschaft, richtig verstanden, vor allem wegen der wirtschaftlichen Interessen auf möglichste Erhaltung einer lebensfähigen Türkei gerichtet sei, es aber immer sorgfältig vermieden habe, sich politisch in der Türkei zu engagieren. Er war also entschlossen, die Dinge zu nehmen wie sie waren, wie auch der Kaiser schließlich meinte: "man muß die Lawine herabtosen lassen und sich mit dem Faktum als Elementarereignis abfinden."[2] Bei dieser Sachlage würde Kiderlen am liebsten eine vermittelnde Form für die italienischen Wünsche gefunden haben; er mußte aber davon absehen, weil die Italiener sich auf Annexion festlegten und die Türken erst verzichten konnten, wenn die militärische Okkupation durchgeführt war. Sie waren überhaupt in der schwierigen Lage,

rein muselmännisches Gebiet einem christlichen Herrscher abtreten zu müssen, und glaubten mit hartnäckigem Widerstand immer noch am wenigsten zu verlieren.

Da schien es plötzlich, als ob das peripherische Unternehmen, das so schwer einem Ausgang zugeführt werden konnte, durch einen Schuß in das Zentrum abgelöst werden sollte. Der Russe hielt die Stunde für gekommen, in der Meerengenfrage einen Vorstoß zu machen: am 4. November, am Tage des deutsch-französischen Abkommens über Marokko - Kongo, stellten sie schon in Paris den Antrag auf Unterstützung. Um Mitte November kündigten sie bereits in Konstantinopel ihre Absicht einer Neuordnung an, wonach ihren Schiffen die freie Durchfahrt gestattet werden, den fremden aber die Einfahrt verwehrt bleiben solle. Es war das Ziel von Generationen, nach dem der Russe die Hand ausstreckte. - Demgegenüber scheute Kiderlen keinen Augenblick davor zurück, einen Entschluß zu fassen, der nach dem, was vorangegangen, nicht leicht war. Für ihn lag das Interesse der deutschen Politik in dieser Krisis - in der die ganze europäische Machtgruppierung von neuem in Fluß geraten konnte - darin, auf Kosten der Türkei vorzugehen, "unter Abstraktion von allen gemütlichen Regungen der Entwicklung eines Konfliktes zu einer allgemeinen Konflagration vorzubeugen".[3] Er gab somit den Russen sofort die Antwort, daß eine russisch-türkische Verständigung auf keinen Widerspruch in Berlin stoßen würde, und er versicherte sich des Einverständnisses des Kaisers und Kanzlers, auf dieser Grundlage auch an Österreich herantreten zu dürfen: wenn Rußland sich mit der Türkei über die Meerengenfrage verständige, einer solchen Vereinbarung keinen Widerstand entgegenzusetzen (19. November). Nur weil man in Wien noch Näheres wissen wollte und sich unklugerweise mit Gegenansprüchen trug, willigte er darein, eine genauere Formulierung der russischen Wünsche abzuwarten. Aber der Reichskanzler ließ erneut den österreichischen Bundesgenossen wissen: wir seien bezüglich der Meerengen den Russen gegenüber nicht gebunden, wohl aber würde es unserer ganzen bisherigen Politik entsprechen, Rußland in dieser Sache keine Schwierigkeiten zu machen (24. November). Aus alledem gewinnt man den Eindruck, daß Kiderlen beabsichtigte, die Politik in den Geleisen Bismarckscher Tradition zu führen.

Gegen diese Entscheidung erhob der Botschafter von Marschall in einer Reihe von Berichten mit Wucht und Leidenschaft die ernsteste Einwendung, im Namen jener Politik, die der Kaiser auf der Orientreise im Jahre 1898 nach seinem Rate eingeleitet hatte.[4] Wenn Rußland erreiche, was es anstrebe, so sei die orientalische Frage in dem traditionell russischen Sinne gelöst, d. h. die Türkei sei "zum Vasallenstaat des weißen Zaren degradiert". Es stand für ihn fest, daß der Haß Rußlands nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Deutschland gerichtet sei, und er verstieg sich zu der Behauptung, die Orientpolitik, die man seit 20 Jahren geführt habe, sei unvereinbar mit einer Konnivenz gegen Rußland in der Meerengenfrage. Man begreift, daß er selbst sich mit dieser Politik identifizierte; aber schneidend bemerkte Kiderlen mit weiterem Blick (indem er der Türkei ihre Stelle im Rahmen der deutschen Gesamtpolitik zuwies): "er hat eben unsere Politik nie erfaßt". Der Botschafter gedachte unzweifelhaft - zuletzt mit der Drohung seines Rücktrittes -, Kiderlen und seine Leitung der Außenpolitik zu überrennen. Schon ließ Kaiser Wilhelm II., von der ungewöhnlichen Energie des Einspruchs hingerissen und selber in der Welt der ihm einst so teuren Sympathien schmerzlich berührt, wenigstens in seinen Randbemerkungen sich halb in das andere Lager hinüberziehen - er wollte die Eisenbahn "mit dem Schwerte verteidigen, in Gemeinschaft mit den Türken". Aber die realpolitische Einstellung Kiderlens trug den Sieg davon: "Wir müssen also nicht vor, sondern hinter dem Türken stehen, nach Maßgabe unserer Interessen." Er behielt auch darum recht, weil er wußte, daß England höchst widerstrebend und Frankreich (das die Antwort auf die russische Anfrage ungebührlich hinauszögerte) nur sehr lau geneigt war, die russische Aktion zu unterstützen, so daß er es schon der Haltung der Westmächte überlassen konnte, die Russen noch im Dezember zur Einstellung ihrer Bemühungen zu veranlassen.

Der weitere Verlauf des Italienisch-Türkischen Krieges bietet nur insofern Interesse, als Deutschland, als ehrlicher Makler, an der Herbeiführung des Friedens von Lausanne beteiligt war und es wenigstens als einen Erfolg ansprechen konnte, "daß wir uns auch während des Kampfes

eines Freundes und Bundesgenossen die Sympathien beider zu erhalten gewußt haben".[5]

Aber längst war eine andere Balkangefahr an die Stelle dieser Vorspiele getreten.[6] Die italienische Aktion hatte schon unmittelbar nach ihrem Beginn eine geheime Resonanz ausgelöst. Bereits in den ersten Tagen des Oktober 1911 hatte der bulgarische Minister Geschow dem russischen Botschafter in Wien die Frage vorgelegt: welche Unterstützung ein bulgarisch-serbisches Bündnis erfahren würde, das in Österreich, an der Pforte und in Rumänien als eine feindliche Haltung angesehen werden würde. Der Russe tat alles, zu ermutigen und zugleich festzuhalten. So gewann Geschow die Zustimmung zu einem Bündnis mit Serbien unter russischem Protektorat. In den Verhandlungen in Belgrad bezeichnete er die Türkei als Angriffsziel und als Programm: mit der Forderung der Autonomie Mazedoniens zur Eroberung und zur Teilung der für Reformen nicht zugänglichen Provinz zu schreiten. Der serbische Außenminister suchte das Programm noch zu erweitern. Er sah eine Vereinfachung der Lösung darin, "wenn gleichzeitig mit der Liquidation der europäischen Türkei der Zerfall Österreich-Ungarns eintreten könnte, da Serbien dann Bosnien und Herzegovina und Rumänien Siebenbürgen erhalten, und ein Eingreifen Rumäniens in den Türkenkrieg nicht zu befürchten sein würde." - Schon in diesem Stadium war Frankreich tätig bemüht, eine Einigung der Interessen zu fördern. Einem diplomatischen Zwischenspiel König Ferdinands nach der anderen Seite wurde durch ein bulgarisches Blutbad in Mazedonien ein Ende bereitet. Am 13. März 1912 wurde das serbisch-bulgarische Bündnis abgeschlossen "zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderungen auf dem Balkan". Das heißt: es war ein gemeinsamer Angriff auf die Türkei in Aussicht genommen, in dem Rußland als Schiedsrichter vorgesehen war. Das Bündnis war ausdrücklich auch gegen Österreich-Ungarn gerichtet, wenn es mit Serbien in Konflikt geraten sollte. Das Ganze sollte in tiefem Geheimnis bleiben unter alleiniger Einweihung Rußlands - das übrigens seine Ententefreunde alsbald unterrichtete.[7]

Rußland vollzog durch die Übernahme seiner Patenschaft bei dem Bündnis der Balkanstaaten eine Wendung in seiner Politik, deren Folgen nicht wieder auszulöschen waren. Während man sich zwischen London und Berlin noch vergeblich um Formeln bemühte, mit deren Hilfe ein kriegerischer Zusammenstoß vermieden werden sollte, wurde hier von der russischen Staatskunst eine Saat in den Boden gesenkt, aus der unter allen Umständen die geharnischten Männer aufsteigen mußten. Der russische Geschäftsträger in Sofia, Fürst Urussow, schrieb am 6. März an Sasonow, der Pakt sei aus einem Kriege entstanden und als Vorbereitung zu einem anderen Kriege zu bewerten. Und so erging denn am Tage des Bündnisabschlusses eine vom Zaren genehmigte Entschließung des Generalstabs: daß ein telegraphischer Befehl zur Anordnung der Mobilmachung in den europäischen Militärbezirken aus Anlaß politischer Komplikationen an den Westgrenzen gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland aufzufassen sei.[8] Dieses Dokument hat eine geschichtliche Bedeutung vor allem für den Moment, in dem es vorsorglich entworfen wurde. Gewiß, der Russe mochte hoffen, die Balkanstaaten in der Hand zu behalten und erst dann gegen die Türkei und Österreich-Ungarn loszulassen, wenn seine eigene Vorbereitung die Stunde für gekommen hielt; er hatte auch im Jahre 1912 die volle Schlagfertigkeit noch nicht wiedergewonnen. In Wirklichkeit sollten die Kräfte, deren Kombination auf dem Balkan vollzogen war, sich stark genug fühlen, die Initiative, unbekümmert um alle Folgen, an sich zu reißen, sobald es sie gelüstete. Schon der Zutritt der Griechen zu dem Bunde im Mai 1912 steigerte den unbedingten Offensivwillen und ließ die Möglichkeit eines vorzeitigen Losbrechens näher heranrücken.

Die politischen Maßregeln der Russen waren zunächst nicht dazu angetan, den Verdacht einer Verschwörung gegen den Frieden zu nähren. Sie verfolgten im Gegenteil das Ziel, möglichst lange den Vorhang des Geheimnisses vor dem Kommenden geschlossen zu halten. Auch die Zusammenkunft des Zaren Nikolaus II. mit dem Kaiser Wilhelm II. in Baltisch-Port (4. bis 6. Juli 1912) diente vor allem diesem Zwecke; wenn ein nichtssagendes Kommuniqué ankündigte, daß diese Zusammenkünfte zu einer regelmäßigen Einrichtung gemacht werden und eine dauernde Fühlung begründen sollten, so verfehlte diese Sprache jeden Eindruck. Der Reichskanzler hatte bei dem Vorgange

mitgewirkt, aber man begreift den Zornesausbruch Kiderlens, weil die gemeinsame amtliche Verlautbarung dem Dreiverbande seine friedlichen Ziele und den Deutschen bescheinigte, daß nichts abgemacht sei.[9] Man konnte aus der Zusammenkunft nur entnehmen, daß der Russe bis zum letzten Augenblicke die Politik der friedlichen Nachbarschaft zu Deutschland auszunutzen gedachte.
Das Entscheidende war, daß die Serben in die Vorbereitung ihres Kampfes um die Vollendung ihres Nationalstaates eingetreten waren. Sie hatten die Anfänge ihrer Freiheit von den Türken aus den Händen des Hauses Österreich empfangen, schon in jenen ruhmvollen Tagen, **als Prinz Eugen Belgrad eroberte**, als deutsche Reichskontingente unter **Max Emanuel von Bayern und dem badischen Türkenlouis** bis in die serbischen und bosnischen Täler drangen. Auf breiter Linie erschien damals die österreichische Macht als Befreier und Kulturträger, als die Verkörperung des christlichen Abendlandes. Sie nahm einen Teil der befreiten Kroaten und Serben in ihr staatliches Gefüge auf oder siedelte die Flüchtlinge im Grenzlande an. Sie gewann an ihnen eine kaisertreue und opferwillige Bevölkerung. Aber auch der selbständige kleine serbische Staat, der sich aus dem Osmanenreiche löste, fand durch Generationen hindurch seinen Rückhalt in Wien; noch im Jahre 1885 war es Österreich, das im Serbisch-Bulgarischen Kriege König Milan rettete und dem bulgarischen Sieger Halt gebot. Es war somit eine Wendung von weltgeschichtlicher Tragweite, als die nationalen Instinkte dieses kräftigen Volkes eine feindliche Richtung gegen die habsburgische Monarchie nahmen. Sie hing zusammen mit dem Dynastiewechsel im Jahre 1903, als die Obrenowitsch, die gewohnheitsgemäß einen Rückhalt an Österreich gesucht hatten, von der Partei der Karageorgiewitsch durch Mord beseitigt wurden. Die Sympathien mit dem serbischen Staate standen damals sehr tief in der Welt, und es wäre vielleicht eine letzte Gelegenheit für Österreich gewesen, das Verhältnis zum Serbentum in dem alten Machtsinne zu ordnen; es heißt, daß auch Rußland (es war im Jahre vor dem Ausbruch des japanischen Krieges) damals bereit gewesen sei, den Österreichern in Serbien freie Hand zu lassen.[10] Die weltgeschichtliche Möglichkeit, die sich vielleicht dem Staate Franz Josephs geboten hätte, ist damals ungenutzt vorübergegangen.

Und so begannen entgegengesetzte Möglichkeiten aufzusteigen. Die mordbefleckte Dynastie der Karageorgiewitsch konnte sich nur dadurch im Lande befestigen, daß sie sich mit dem radikalen Nationalismus unter Pašić verband, dem ein großserbischer Nationalstaat als Ziel seiner Träume vorschwebte. Die scharfe Ablehnung, mit der die Wiener und Budapester Politik fortan dem ungebärdigen Nachbarn entgegentrat, konnte den Gegensatz nur vertiefen. Man hat auch hier gestritten, auf welcher Seite in dieser leidenschaftlichen Verbitterung die größere Schuld gelegen habe, und es gibt eine scheinbar marxistische Auffassung, die den Schweineeinfuhrverboten der magyarischen Grundbesitzer einen verhängnisvollen Anteil an dem Lauf der Weltgeschichte zuschreiben möchte.

In Wahrheit hatten die Serben seit 1903 erkannt, daß die Weltlage sich in einer ihren Zielen günstigen Weise zu verschieben begann - daraufhin allein hatten sie im Winter 1908/09 die erste große Kraftprobe gewagt. Wie einst die italienische Einheitsbewegung ihre europäische Chance zur Lösung von Österreich in der Kombination von Napoleon III. und dem deutschen Nationalismus fand, so schuf jetzt der Zusammenschluß des Dreiverbandes, ohne daß der serbische Nationalstaat auf seinem Programm stand, durch sein bloßes Dasein eine unvergleichbare Konjunktur. Die Serben wußten fortan, daß sie kraft dieser auf die Mittelmächte gerichteten Angriffsfront in dem größeren Teile Europas auf aktive Sympathien rechnen konnten. Jenes Schlagwort der Vernichtung Österreichs, das in dem Denken des russischen Panslawismus seit Danilewski eine Rolle gespielt und sich gelegentlich auch der zärtlichen Vorliebe der Franzosen erfreute, wurde mit Inbrunst als nationaler Schlachtruf benutzt. Man wagte jetzt in Belgrad eine für einen Kleinstaat gegenüber einem großmächtlichen Nachbarn unerhörte Politik einzuschlagen. In Europa galt der bestehende Rechtszustand als unantastbar, die geringste Möglichkeit seiner Verschiebung war verfehmt, weil sie das ganze Gleichgewicht der Staatengesellschaft in Erschütterung bringen konnte. Hier tauchte aber in einem halbzivilisierten Kleinstaat ein politisches Programm auf, das die Zerstörung Österreich-Ungarns mit demselben Gleichmut wie die Zerstörung der europäischen Türkei auf seine

Fahne geschrieben hatte, und - wenn man die Dinge ernsthaft zu Ende dachte - allein durch einen Weltkrieg seine Lösung finden konnte. Wovor die meisten europäischen Staatsmänner sich noch im stillen bekreuzten, das wurde für die Serben ein heiliger Moment der Erfüllung, auf den alle ihre nationalen Träume warteten.

Es hat lange gedauert, bis die Staatsmänner Österreich-Ungarns sich erbarmungslos Rechenschaft über die Lage gaben, in die ihr Staat hineinglitt. Schon für Aehrenthal war der Entschluß zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu einem Teile von dieser Sorge ausgelöst. Was soll man dazu sagen, daß Graf Berchtold, der seit dem Februar 1912 die Nachfolge Aehrenthals in der Leitung der Außenpolitik übernommen hatte, auf dem Höhepunkte der Balkankrisis dem deutschen Botschafter freimütig gestand, er habe, als er das Ministerium übernahm, keine Ahnung von der südslawischen Frage gehabt. Konnte es bei den deutschen Staatsmännern und Militärs viel anders liegen?

Die verhängnisvolle Bedeutung dieses Problems bestand darin, daß es die gesamten Spannungen des innerpolitischen Nationalitätenkampfes in der Habsburger Monarchie in einen gleichsam organischen Zusammenhang mit dem feindseligen außenpolitischen Druck des Dreiverbandes brachte: es forderte die gegen die Monarchie vereinigten Weltgegensätze auf, tief in das innerste Gefüge des Staates, bis in den böhmischen Landtag hinein, indirekt vorzustoßen. Der größere Teil der Schwierigkeiten, die für die Monarchie mit dem gesamtserbischen Problem verknüpft waren, ging von der ungarischen Reichshälfte aus; der unduldsame Nationalismus der Magyaren trug viel dazu bei, die Loyalität der Kroaten gegen das Haus Habsburg auszurotten und der Propaganda für den Gedanken des alten Illyrismus einen Zugang auch bei den katholischen Südslawen zu ermöglichen. Die von hier ausgelösten Spannungen griffen auf die zisleithanische Reichshälfte über; sie trugen dazu bei, auch diesen Staat, der seit 1907 einen Anlauf nahm, vermöge des allgemeinen Wahlrechts den Jammer des ewigen Nationalitätenhaders zu überwinden, wieder tiefer in die Kämpfe zwischen Deutschen und Slawen hineinzureißen, bis schließlich die neue parlamentarische Maschine von einem nur noch verschärften Nationalismus völlig lahmgelegt wurde. Und auch hier beobachtet man, daß die innerpolitischen Gegensätze anfangen, sich durch die außenpolitische Orientierung zu vertiefen. Der Gesamtstaat stand jetzt - wie seine Leiter offen zugaben - vor der Führung einer Serbenpolitik, deren Hauptzweck war, "sich die Möglichkeit zu schaffen, die 7 Millionen Südslawen der Monarchie in Ruhe und Frieden regieren zu können".

Die ganze Verzweigung dieses inner- und außerpolitischen Problems wurde damals nur an wenig Stellen mit unerbittlicher Schärfe übersehen - am schärfsten vom feindlichen Auslande. Macht man sich das Ganze des Zusammenhanges klar, so begreift man die Konsequenz derjenigen Militärs, die, wie der Freiherr v. Conrad, die einzige wirkliche Lösung in einem schleunigen Präventivkriege gegen Serbien unter völliger Zertretung des Brandherdes erblickten; mit der Zerstörung der Existenz Serbiens würde man zur Vereinigung des Serbentums in der Monarchie haben schreiten können. Die Umorganisierung des Gesamtstaates auf der Basis des Trialismus würde dann - so nahm man an - auch das nationale Einheitsbedürfnis der Serben befriedigt haben. Die kriegerische Lösung, die etwas Ganzes gab, war aber zwei ernsten Einwänden ausgesetzt: nahm man zu den 7 Millionen österreichisch-ungarischer Südslawen noch gegen 3 Millionen Serben hinzu, so verstärkte man das ganz intransigente Element und erschwerte die innerpolitische Lösung nur noch weiter. Vor allem aber: bevor man zum Ziele kam, erhob sich das schwerwiegende Bedenken, ob gleichzeitig Krieg und fundamentaler Umbau des Staates in dieser nach außen hochgespannten Weltlage durchgeführt werden konnten. Die Militärs, die offen zugaben, daß nur im Orkan des Weltkrieges die Verwirklichung möglich sei, waren gar nicht so weit von den Serben entfernt, die auf demselben Wege zu ihrem Ziele zu gelangen dachten. So wird man ein Verständnis dafür haben, wenn der achtzigjährige Kaiser Franz Joseph nicht nur im Stillstand greisenhaft erstarrter Gewohnheit, sondern aus der Tiefe der Überzeugung, mit solchem Risikospiel allzu frevelhaft in die Speichen des Schicksals zu greifen, das Programm Conrads am 15. November 1911 ablehnte und

ihn ungnädig anherrschte: "Meine Politik ist eine Politik des Friedens. Dieser meiner Politik müssen sich alle anbequemen. In diesem Sinne führen Meine Minister des Äußeren Meine Politik."[11]

Wenn man aber den Kriegsweg verwarf, so war damit noch nichts darüber ausgesagt, welchen Weg im Frieden zu beschreiten die Staatsräson erfordere. Wohl gab es auch ein Programm des Trialismus ohne die kriegerische Voraussetzung. Die Pläne des Erzherzogs Franz Ferdinand, der zeitweilig dem Freiherrn von Conrad stimmungsgemäß nachgab, in der Regel aber den kriegerischen Plänen widerstand, liefen in dieser Richtung: zwar den Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden, aber den dringlichen Umbau des Staates schon im Frieden vorzunehmen, um die gefährliche Gewaltherrschaft der Magyaren zu brechen - aber hier ließ sich wiederum einwenden, daß ein Trialismus mit einem nationalistischen Serbien zur Seite das südslawische Reichsdrittel vollends ernsten Gefahren aussetzen mußte. Oder gab es andere Mittel, die Serben durch Güte oder Gewalt nachgiebiger zu machen? An vielen Stellen in Europa begriff man, daß Österreich irgendwelche "Garantien" beanspruchen dürfe, aber die Frage war, worin diese Garantien zu bestehen hätten. Eine Neutralisierung Serbiens war unerreichbar; der Sandschak als militärisches Druckmittel war preisgegeben worden; serbische Friedensgelöbnisse, wie die von 1909, schienen das Papier nicht wert zu sein, auf dem man sie niederschrieb. Auch der Abschluß wirtschaftlicher Handelsverträge, von denen man sich eine gewisse Beruhigung der streitenden Interessen hatte versprechen können, war nicht frei von politischen Schwierigkeiten. Und so war denn der allgemeine Eindruck, den die deutsche Diplomatie empfing, daß Graf Berchtold selbst und alle leitenden Stellen präzise Gedanken über den Weg, auf dem das Ziel zu erreichen sein würde, noch nicht besaßen.

Berchtolds Absicht, mit der er zugleich die Friedensabsicht Franz Josephs gegen das kriegerische Andrängen Conrads zu verteidigen suchte, war der friedliche Weg, womöglich mit einem diplomatischen Erfolg, jedenfalls mit Ehren aus der jetzigen Lage herauszukommen. Welche Forderungen sich daraus nach dem Kriegsausbruch entwickeln, werden wir noch sehen.

Die wachsenden Sorgen, die sich für die österreichisch-ungarische Staatsleitung aus der Entwicklung des großserbischen Problems ergaben, wirkten auf die deutsche Politik immer erregender zurück. Das System der gegnerischen Ententen hatte, wie wir in steigendem Maße beobachten konnten, eine isolierende Wirkung auf den Kern des Dreibundes ausgeübt. Ob sie wollten oder nicht, das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn waren durch gemeinsame Gegnerschaft aneinandergedrängt, die Feinde des einen wuchsen dem anderen zu, auch ohne daß ein besonderer Anlaß vorlag. So war den beiden Mächten auch kaum eine andere Wahl gelassen, als in enger Fühlung miteinander vorzugehen und die Bündnisverpflichtung so intim wie möglich zu nehmen. Aber es gab doch mehr als eine Nuance in der praktischen Anwendung der Bündnisgemeinschaft. Auch Kiderlen hatte eine Erinnerung daran bewahrt, daß Aehrenthals Politik während der Fez-Agadir-Krisis eine sehr reservierte Haltung beobachtet und die Beziehung zu Frankreich besonders sorgfältig gepflegt hatte, und als er jetzt die Balkankrise heraufziehen sah, war er sich von vornherein darüber klar, daß es auch für ihn Grenzen in der aktiven Beteiligung gebe.[12] Er wurde darin bestärkt durch die selbstherrliche Diplomatie des Grafen Berchtold, der in dieser die Lebensfrage der Habsburger Monarchie so nahe berührenden Angelegenheit anfänglich eine sehr geschäftige Tätigkeit entfalten zu müssen glaubte, um "die führende Rolle in der Orientfrage zu übernehmen" (13. August).[13] Wenn er aber gedachte, auch Deutschland allein auf dem Wege der Zirkulardepeschen über seine Absichten zu unterrichten und dann doch seiner grundsätzlichen Unterstützung sicher zu sein, so gab er sich einer Täuschung hin. Kiderlen beanspruchte von dem Bundesgenossen nicht nur das Recht zu wissen, wohin die Fahrt gehe, sondern er erhob bei dem Eintritt in die große europäische Krisis - die ihm schon frühzeitig nicht verborgen geblieben war - für das Deutsche Reich den Anspruch, über den Kurs seiner Politik nach Maßgabe seiner eigenen Interessen zu entscheiden. Die deutsche Politik in Europa stand unter einem viel zu starken Drucke, als daß er - so wie einst Bismarck in den Jahren 1887/88 - einer Ausdehnung der Bündnisverpflichtungen nicht sehr bestimmte Grenzen gezogen hätte. Diese

Gedankengänge entwickelte er dem Reichskanzler am 2. September, als dieser auf dem Wege war, dem Grafen Berchtold in Buchlau einen Besuch abzustatten. Man glaubt den Klang Bismarckscher Musik zu vernehmen:

> "Nach unseren Verträgen und Abmachungen mit Österreich-Ungarn sind wir nicht verpflichtet, Österreich-Ungarn in seinen Plänen, geschweige denn Abenteuern zu unterstützen. Sind wir in den letzten Jahren wiederholt über diese Verpflichtungen hinausgegangen, so haben wir dies getan im Interesse der Stärkung und Festigung unseres Bündnisses nach außen hin. Wir müssen uns aber unsere Stellungnahme zum österreichischen Vorgehen in Balkanfragen stets von Fall zu Fall vorbehalten. Wenn die österreichischen Überraschungen mit Schritten, die der österreichisch-ungarische Minister ohne vorherige Fühlung mit uns sofort bei sämtlichen Mächten unternimmt, sich häufen sollten, so würde leicht der Fall eintreten können, daß wir uns in einem Spezialfall von unserm Bundesgenossen trennen müssen. Den österreichischen Satelliten im Orient wollen wir nicht machen."[14]

Ob der Reichskanzler diese Auffassung so bestimmt, wie sie ihm nahegelegt wurde, dem Grafen Berchtold gegenüber am 7./8. September vertreten hat, ist aus dem Bericht des Österreichers nicht zu ersehen.

Immerhin nahm man in Wien, sobald gewisse selbständige Neigungen der deutschen Politik bemerkbar wurden, dies Verhalten mit zorniger Erbitterung auf. Je mehr man gewöhnt war, sich dem Bunde "der vier Parvenus" gegenüber als großen Herrn zu fühlen, um so eher glaubte man sich berechtigt, den Ton nach dieser Richtung allein zu bestimmen. Wenige Tage, bevor die Gewehre auf dem Balkan losgingen, stellte eine interne Denkschrift des Ballhausplatzes (vom Grafen Szápáry) die schwere Enttäuschung fest: "In dem Augenblick, wo der historische Moment gekommen schien, auf welchen sich die Monarchie seit Jahrzehnten vorbereitet hat, hat unser Bundesgenosse den Versuch gemacht, durch eine europäische Aktion unsere Bewegungsfreiheit einzuschränken und uns den Vorteil des uns zukommenden natürlichen Vorsprunges auf der Balkanhalbinsel zu nehmen." So hatte im Jahre 1876 der Russe von den Pflichten der deutschen Politik ihm gegenüber gesprochen. Man sah ein Versagen der Allianz "in bezug auf ihren Hauptzweck" und warf dem deutschen Vorgehen vor, daß es nahe "an das Mark des deutsch-österreichischen Verhältnisses heranreiche und an seinen Fundamenten rüttele".[15] Jedenfalls kam es in den nächsten Tagen zu einer Aussprache in Berlin. Herr von Bethmann Hollweg war "peinlich berührt" und erklärte in seiner Art, aber auch mit vollem Recht, er habe ein "reines Gewissen"; während Kiderlen kein Hehl daraus machte, daß eine Unsicherheit in den vertraulichen Beziehungen zwischen dem Berliner und Wiener Kabinett eingetreten sei, weil man in Berlin unter dem Druck der Befürchtung stehe, von Wien aus zu häufig vor *faits accomplis* gestellt zu werden.[16] Es scheint beinahe, als wenn Kiderlen die Aussprache nicht unabsichtlich herbeigeführt habe, um bei dem Beginn der europäischen Krisis, die sich jederzeit zum Weltkriege erweitern konnte, die volle Parität in den diplomatischen Beziehungen grundsätzlich wiederherzustellen. Er wollte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er nicht der Mann sei, sich ein Leitseil von Wien aus um den Hals werfen zu lassen. In einer seiner Aufzeichnungen aus diesen Tagen heißt es: "Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß die Leitung der Politik von Berlin an Wien übergeht, wie es Aehrenthal gegenüber Bülow leider gelungen war. Das könnte uns eines Tages viel kosten."[17] Unbeschadet der Bündnisverpflichtungen wollte er die Unabhängigkeit der deutschen Politik behaupten und womöglich die Krisis benutzen, um den europäischen Druck, der bisher auf dem Zentrum gelastet hatte, einigermaßen zu erleichtern. —

Die politische Haltung, in der England in die Balkankrisis eintrat, ist nichts weniger als eindeutig. Man könnte geradezu von einer doppelpoligen Politik sprechen. Denn sie setzt sich zusammen aus einer festeren Knüpfung der Bande, durch die es seit Jahren mit Frankreich verbunden war, und einem gleichzeitigen Bestreben, den steckengebliebenen Anlauf zur Entspannung mit Deutschland

auf dem gefährlichen Hintergrunde einer orientalischen Krisis wieder aufzunehmen.

Die festere Knüpfung der Bande mit Frankreich war die unmittelbare Folge des Scheiterns der Flottenverständigung mit Deutschland.[18] Die deutsche Flottennovelle führte in London zu dem Entschluß, ihr durch eine ungewöhnliche Maßregel zu begegnen, nämlich durch die Verlegung des bei Malta liegenden Panzergeschwaders (von 8 Linienschiffen) in die Nordsee.[19] Am 29. Mai 1912 wurden durch Churchill, Asquith und Kitchener die schwerwiegenden Entschlüsse gefaßt. Denn für die britische Tradition bedeuteten sie einen Bruch mit vielem, was der Nation aus der Geschichte von der Anwendung der Seemacht geläufig war. Seit Menschenaltern hatte das Mittelmeergeschwader die Aufgabe erfüllt, nicht nur Türken und Griechen die jederzeit verfügbare Macht Englands in einem drohenden Symbol vor Augen zu führen. Auch die anliegenden Großmächte waren durch das Dasein dieser Flotte immer daran erinnert, daß England seine Stellung unter den Mittelmeermächten beanspruche. Die ganze Verschiebung wurde nur dadurch möglich gemacht, daß Frankreich sich bereit finden ließ, sie grundsätzlich - im gemeinsamen europäischen Interesse - auszugleichen. So wurde verabredet, daß Frankreich demnächst sein atlantisches Geschwader aus dem Heimathafen Brest nach Toulon verlegen sollte, um fortan mit seinen drei Geschwadern auch einer Kombination der italienischen und der österreichisch-ungarischen Flotte im Mittelmeer gewachsen zu sein. In Erwartung dieser Verlegung wurde im englischen Kabinett die Entscheidung getroffen und am 22. Juli im Unterhause gutgeheißen.

Der englische Marineminister Winston Churchill hielt es nunmehr für angezeigt den Franzosen vorzuschlagen, die aus dieser Umgruppierung der Flotte sich ergebenden Verpflichtungen in einer Art von Marinekonvention festzulegen, für deren äußere Form er sich nach den geltenden englisch-französischen Militärkonventionen zu richten gedachte. Er schlug vor, daß die zu treffende Vereinbarung in keiner Weise die Politik binden, sondern erst an dem Tage ins Leben treten solle, wo die beiden Kabinette gemeinschaftlich den Entschluß fassen würden, sie in Kraft zu setzen (18. Juli).[20] Noch bevor man darüber zu einer endgültigen Vereinbarung gelangt war, hatte die französische Regierung am 6. September den Beschluß gefaßt, das Geschwader aus Brest in das Mittelmeer zu verlegen. Der Beschluß gelangte schon bald in die Öffentlichkeit und die englische Presse begrüßte triumphierend diese erste sichtbare Kundgebung einer Marine-Entente zwischen Frankreich, England und Rußland. Aber es war nicht so leicht, "den Abschluß der Marinekonvention mit den parlamentarischen Bedürfnissen in Einklang zu setzen, mit denen das englische Kabinett zu rechnen hat". Dieses Mal forderte der Franzose mehr als die wohlbekannte Formel ("*on pourvait se demander à quoit bon s'entendre*") (21. September). Man erklärte, man könne die Nordseeküste nicht entblößen, ohne feste Zusicherungen Englands dafür einzutauschen, und setzte sich gegenüber Grey - der immer nur im Kopfe habe, wie er eine im Unterhause gestellte Frage beantworten solle - auf das hohe Pferd. Churchill bemühte sich zwar nachzuweisen, daß Engländer und Franzosen auch um ihrer selbst willen diese Maßregeln treffen müßten; er verhehlte nicht, welche starke moralische Bindung sonst an dieser Stelle übernommen werden würde;[21] aber der Franzose war, wenn er eine Leistung übernahm, ein zäher Verhandlungsgegner. Indem Cambon nach Formeln suchte, griff er auf die von ihm mit Lord Lansdowne gepflogenen Besprechungen zurück, um die Liberalen auf den Boden der Vertragsverhandlung zurückzuführen, den sie schon im Januar 1906 nicht hatten betreten wollen.[22] Doch erwies es sich keineswegs als leicht, mit ihrem parlamentarischen Kredo, das sie sowieso nur mühsam vor ihren eigenen Leuten aufrecht erhielten, zu einer Einigung zu gelangen. Asquith erklärte einen amtlichen Notenaustausch ohne Mitteilung an das Unterhaus für unmöglich, und nach den häufigen mündlichen Erklärungen der englischen Regierung ein schriftliches Abkommen für unnötig. Noch am 16. Oktober, an dem Tage, wo das französische Geschwader Brest verließ, bewegte sich die Aussprache nur im Kreise. Dann einigte man sich auf mittlerer Linie: kein Notenaustausch, aber Austausch von Privatbriefen, und zwar nach Gutheißung ihres Textes durch das englische Kabinett. Nachdem das Kabinett in einer Sitzung vom 30. Oktober - in der die meisten Mitglieder überhaupt zum ersten Male über die bestehenden englisch-französischen Militärkonventionen unterrichtet wurden! - dieses Vorgehen gebilligt hatte, sprach es am 1. November sein

Einverständnis aus. Diese Dinge hatten sich bis in den Balkankrieg hingezogen.

So entstand der denkwürdige Briefwechsel Grey - Cambon vom 22. November 1912, der bisher nur in seiner Isolierung bekannt war und deswegen auch nicht in seinem völligen Umfange sicher beurteilt werden konnte.[23] Es erhellt aus seiner Vorgeschichte, daß dieser Briefaustausch, der die wechselseitige Bindung zwischen England und Frankreich in eine neue Form brachte, mit dem Datum, das er trägt - auf dem Höhepunkt der Balkankrisis! - nichts Sonderliches zu tun hat. Er ist das Siegel und die Bedingung für die von Juli bis Oktober 1912 erfolgte Umgruppierung der englischen und französischen Flotte. Insofern ist der Briefwechsel, der von früh auf in der wissenschaftlichen Durchforschung der Vorgeschichte des Weltkrieges in hellster Beleuchtung stand, im weiteren geschichtlichen Zusammenhang eine Auswirkung der Flottennovelle vom Frühjahr 1912, ein letzter Nachklang der gescheiterten Mission Haldanes. Er beweist, ebenso wie die Verhandlung über die englisch-russische Marinekonvention im Frühjahr 1914, daß es keineswegs richtig ist, in diesen letzten Jahren von einer Entspannung in der deutsch-englischen Flottenrivalität zu sprechen. Die Tatsache, daß die Rivalität aus dem Vordergrunde der öffentlichen Meinung und der diplomatischen Verhandlungen mehr und mehr verschwunden war, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie dauernd den Weltgegensatz und seine Gruppierungen vertiefte.[24]

In den Briefen Greys und Cambons wird ein historischer Rückblick auf die bisherigen Besprechungen und ihren für die Regierungen unverbindlichen Eventualcharakter, einschließlich der Flottenabmachung, gegeben. Dann aber wird für den Fall, daß eine unprovozierte Kriegsgefahr von einer dritten Macht droht, sofortige gemeinsame Prüfung der zu treffenden Maßnahmen vorgesehen und im Falle der Entscheidung für die Aktion das Inkrafttreten der vereinbarten Generalstabspläne. Der Charakter des englisch-französischen Verhältnisses ist durch diese Briefe nicht verändert worden, und Grey konnte formal, früher wie später, sich auf seine freie Hand berufen. In Wirklichkeit aber war doch eine Ehrenverpflichtung besonderer Art hinzugekommen und das Ganze der bestehenden und hinzukommenden Eventualverpflichtungen in eine Form gebracht, die nicht mehr durch das innere Kabinett allein, sondern durch das ganze Kabinett gedeckt wurde und daher es dem französischen Botschafter beim Ausbruch des Weltkrieges leicht machte, gerade diesen Wechsel zu präsentieren.[25]

Während Grey in der Marineverhandlung mit Frankreich stand, hatte man auch von der anderen Seite der Entente her einen Versuch gemacht, die englische Hand fester zu ergreifen. Man mußte auch in Petersburg mehr und mehr damit rechnen, früher als man gedacht hatte, in die große Verwicklung hineingezogen zu werden. Schon Ende August wußte der russische Botschafter in Konstantinopel sich nicht zu retten vor den beständigen Fragen seiner nervösen Balkankollegen: "Wann wird Rußlandland endlich zu handeln anfangen?"[26] Aber noch im Laufe des September ließ die russische Regierung in Sofia und in Belgrad wissen, daß man auf keine Hilfe rechnen dürfe, da Rußland noch nicht genügend vorbereitet sei und nicht in den Fehler von 1878 zurückzufallen gedenke.[27]

Um so mehr hielt Sasonow es für angezeigt, sich auf einer Europareise noch einmal über die von den Mächten zu erwartende Haltung zu vergewissern. Er begab sich zunächst nach Paris und vereinbarte mit Poincaré ein Vorgehen, das wir aus dessen diplomatischen Schritten noch genauer kennenlernen werden. Es war damals, daß Großfürst Nikolaus an den lothringischen Manövern teilnahm und mit seiner Gemahlin Anastasia durch sichtbare symbolische Handlungen das französische Revanchegefühl aufzureizen suchte; das Attackenreiten gegen die deutsche Grenze und die Bonbonniere, die Anastasia damals mit lothringischer Erde füllte, waren der Sentimentalitäten des Generals Wilson würdig. Von Paris aus begab Sasonow sich nach England (20. September bis 2. Oktober) auf einen Boden, der für seine Pläne immerhin noch etwas unsicherer war. Es geschah auf ausdrückliche Anregung Poincarés, daß er Grey mit der allgemeinen Frage, was Rußland von England im Falle eines Konfliktes mit Deutschland zu erwarten habe, auch die besondere Frage

vorlegte, ob man nicht über den Abschluß einer russisch-englischen Marinekonvention (die Rußland in der Ostsee decken sollte) reden könne. Grey lehnte zwar aus schwerwiegenden Gründen die zweite Frage ab, im übrigen aber gab er die für seine Natur sehr eindeutige Antwort: England werde, wenn die vorausgesetzten Umstände eintreten würden, alle Anstrengungen machen, der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen. Auch der König, der doch zu mehr Zurückhaltung Anlaß hatte, beruhigte den Russen darüber, daß im Kriegsfall jedes deutsche Handelsschiff versenkt werden würde. Grey legte später wohl besonderen Wert darauf, daß seine Antwort nur für den Fall gegeben worden sei, daß England - das zur Zeit noch über seine freie Hand verfüge - in den großen Krieg verwickelt werden sollte, während Sasonow doch aus dem Ton der Antwort heraushörte, daß bei dem automatischen Abrollen der Kriegsverpflichtungen "ohne Bedenken" auf England zu rechnen sein würde.[28] Es ist der Vorbehalt, der Grey allmählich von allen seinen Mitspielern unterscheidet: der Vorbehalt der freien Hand, der seinem Gewissen die letzte Zuflucht bedeutet, den andern aber längst zur leeren Formel geworden ist. Jedenfalls konnte Sasonow aus dieser Aussprache eine starke Ermutigung mit hinwegnehmen.

Freilich, so einfach, wie es sich nach diesem aktenmäßigen Befund über die Aussprachen mit den beiden Ententegenossen ergibt, war die Politik Greys nun doch nicht. Je mehr er das Gefühl hatte, sich nach der einen Seite zu engagieren, um so mehr war er auch bemüht, einige Gegengewichte für sein Tun aufzuhängen. Schon gleich nach der Besprechung mit Sasonow hatte er dem deutschen Botschaftsrat von Kühlmann - der an Stelle des verstorbenen Herrn von Marschall die Geschäfte führte - als "Vertrauensbeweis" eine Mitteilung gemacht (in der übrigens alles Wesentliche übergangen wurde) und damit den Wunsch verbunden, bei der Orientkrisis mit der deutschen Politik in eine engere Fühlung zu treten. Eine Woche später, am 14. Oktober, unmittelbar vor dem Ausbruch des Balkankrieges, ließ er Kühlmann auf dem ungewöhnlichen Wege durch seinen Privatsekretär Mr. Tyrrell eine noch viel ungewöhnlichere Eröffnung machen: Er sei des langen Haders herzlich müde und wolle uns in voller Aufrichtigkeit die Hand zu einer dauernden Versöhnung reichen, er biete uns den Ölzweig des Friedens an. England erstrebe keinen politischen Gewinn, verfolge die Lokalisierung des Krieges und könne sein Ziel am besten erreichen, wenn es durch einen vertraulichen Meinungsaustausch eine Übereinstimmung feststelle, in der die beiden Mächte offen Hand in Hand vor Europa erscheinen würden. Sei durch ein solches Zusammenwirken in schwieriger Zeit die Intimität der deutschen und englischen Diplomatie hergestellt, so werde man sich über alle politischen Wünsche und Interessen verständigen können. Er sei zum allergrößten Entgegenkommen bereit und halte ein Kolonialabkommen über China, Persien, Türkei und Afrika für aussichtsreich. Der Minister ließ den Wunsch aussprechen, auch die Deutschen möchten seinen Vorschlag für einen wichtigen und entscheidenden Schritt halten.[29]

Was wollte Grey? Was konnte er anders wollen, als die deutsche Regierung möglichst zwanglos darüber unterrichten, daß er in dieser Krisis, statt die ausgesprochene Parteihaltung von 1908/9 zu wiederholen, eine friedensfreundliche und uneigennützige Haltung einnehmen werde; damit dann auch die Deutschen zu einer entsprechenden Haltung auffordern und es verhindern, daß sie sich vorzeitig im österreichischen Sinne versteiften; vielleicht sie durch die verlockende Perspektive eines umfassenden Kolonialabkommens überhaupt für friedliche Methoden der Politik gewinnen? Das alles galt zunächst für die Dauer der Balkankrisis - es wäre die Vorbereitung jenes Verhältnisses, das sich tatsächlich im nächsten Jahre herausbildete.

Kiderlen war sofort entschlossen, "den Zeitpunkt für eine entsprechende Fühlungnahme mit London nicht zu verpassen", wenn auch mit einiger Zurückhaltung, "um die Anfänge der erwünschten Entwicklung nicht im Keime zu gefährden". Seine realistische Natur sagte sich, "daß ein praktisches Zusammengehen mit England in einer wichtigen Frage der allgemeinen Politik heilsamer als alle Verbrüderungsfeste und papierne Verträge auf unsere Beziehungen zu England einwirken würde".[30] So antwortete er Grey am 20. Oktober (die Feindseligkeiten waren inzwischen auf dem Balkan eröffnet), daß er mit Greys Balkanprogramm vollständig einverstanden sei, und ging die verschie-

denen Möglichkeiten, je nach dem Verlauf des Feldzuges, durch. Indem er sich bereit erklärte, in einen Gedankenaustausch mit England einzutreten, stellte er nur zwei Bedingungen: absolute Vertraulichkeit, dann aber, wenn eine Verständigung erzielt sei, die Bereitschaft, sie auch den andern Mächten gegenüber zu vertreten. Je weiter dann auf andern Gebieten England sich zu einem Entgegenkommen entschließe, desto weiter könne man in der Beseitigung der Orientkrisis gehen. Man könne aber auf eine offene deutsch-englische Aktion nur eingehen, wenn man die Gewißheit habe, von England nicht lediglich für Erreichung besonderer momentaner englischer Zwecke ausgenützt und dann wieder andern Beziehungen geopfert zu werden.[31] Grey erklärte sich damit einverstanden.

Wenn Grey ernstlich entschlossen war, den Deutschen den Olivenzweig zu überreichen, so war man in Berlin vorbehaltlos bereit, ihn in demselben Sinne anzunehmen. Nichts ist denkwürdiger, als der Augenblick, in dem die Führer des umfassendsten Weltgegensatzes zu dieser Aussprache über ihren Verständigungswillen gelangten, denn der Balkan stand jetzt in hellen Flammen. In diesen selben Tagen ging der russische Botschafter Iswolski in Paris die Möglichkeiten durch, die dem Verlauf des Krieges offenstanden. Die eine war, daß der Türke siegreich blieb. Die andre - damals für am wenigsten wahrscheinlich gehalten - war ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten, der für den allgemeinen Frieden am bedrohlichsten sein würde: er würde zur Folge haben, daß der Kampf des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanentum, sofort in seiner vollen historischen Größe in den Vordergrund rückte. "In diesem Falle kann man kaum noch Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen und man muß sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten".[32] Diese Möglichkeit, an die Iswolski und sein Vertrauter Poincaré so unheilvolle Perspektiven knüpften, zog dann in den nächsten Tagen schon unaufhaltsam herauf. Am 23./24. Oktober hatten die Bulgaren bei Kirkkilisse, an demselben Tage die Serben bei Kumanowa die Türken vernichtend geschlagen und am 8. November zogen die Griechen in Saloniki ein. Das Ende der europäischen Türkei - ein Ereignis, das seit Jahrhunderten mehr als einmal den Horizont verdunkelt hatte, dann doch von den Mächten immer wieder verhindert worden war - schien nicht mehr aufzuhalten zu sein. Selbst die Mächte, die soeben noch für die Erhaltung des *status quo* auf dem Balkan sich eingesetzt hatten, wußten kaum einen andern Ausweg, als den Balkanstaaten die Aufteilung der Halbinsel zu überlassen.

Aber eine solche Lösung konnte an mehr als einer Stelle in die Lebensinteressen der einen oder andern Großmacht empfindlich einschneiden, ihren Widerspruch auslösen und die Uneinigkeit aufdecken. In demselben Augenblick schon, da die überraschenden Schlachtenmeldungen über Europa flogen, mußte man sich in allen Kabinetten darüber klar werden, daß man unmittelbar vor einer schweren Krisis, wenn nicht gar - wie es Iswolski bereits formulierte - an der Pforte des Weltkrieges stand.

Den tiefsten Eindruck von den serbisch-bulgarischen Siegen und die heftigste Steigerung eigenen Tatendranges hatte ohne Zweifel Poincaré davongetragen. Schon am 28. Oktober konnte Iswolski feststellen, daß in Paris ein ernsthafter Umschwung zugunsten der Balkanstaaten und des russischen Standpunktes eingetreten sei. Poincaré glaubte, im Unterschied von den übrigen minder interessierten Mächten und zur Überraschung seiner Ententefreunde,[33] sogar die Führung übernehmen zu sollen.

Er begann schon Ende Oktober (auf Sasonows Anregung) mit einem Vorschlag, die Großmächte sollten im gegebenen Augenblick ihre Vermittlung bei den Kriegführenden nach dem Prinzip des absoluten Desinteressements an allen Kompensationen - durch welches Prinzip einseitig Österreich-Ungarn getroffen werden sollte - ausüben. Der Vorschlag, von dem Dreiverband unterstützt, stieß auf die Ablehnung des Dreibundes, der von einer Vermittlung erst dann gesprochen wissen wollte, wenn einer der Kriegführenden darum nachgesucht haben würde (4. November). Und da Graf Berchtold in den ersten Tagen die Kabinette des Dreiverbandes verständigte, daß Österreich-Ungarn keinerlei Gebietskompensationen für sich beanspruche, so war zunächst der Vorstoß Poincarés

erledigt.

Um so wichtiger ist es festzustellen, aus welchen Motiven er ihn unternahm und was er sich davon versprach.

Es ging in diesen Wochen eine kriegerische Welle durch Paris. In Frankreich hatte die Niederlage der Türken den verführerischen Glauben gezeitigt, daß die deutschen Kanonen und die deutsche Strategie nichts wert seien; der Sieg von Creuzot über Krupp wurde wie ein französischer Sieg gefeiert, und die Zeitungen erörterten ununterbrochen das "*Sommes-nous prêts?*", um es begeistert zu bejahen. Man rechnete schon, daß die Armeen der vier Balkanvölker stark genug seien, um die Kräfte Österreich-Ungarns lahmzulegen - also werde im Ernstfalle Deutschland es allein mit Frankreich und Rußland zu tun haben.[34] Es läßt sich denken, welchen Eindruck der bloße Glaube, daß sich eine solche Verschiebung schon vollzogen habe, auch auf den militärischen Laien in Paris machte.[35]

So führte Poincaré am 4. November eine Gelegenheit herbei, in der er Iswolski klarzumachen suchte, weshalb er schon frühzeitig die Festlegung allgemeiner Grundlinien gewünscht hatte, und weshalb er so gern wissen möchte, ob die russische Regierung gleichfalls jeder Annexion türkischen Gebiets durch eine Großmacht feindlich gegenüberstehe und geneigt sei, mit Frankreich sowohl als mit England die nötigen Mittel zur Abwendung dieser Gefahr zu besprechen.[36] Der dunkle Sinn dieser Rede wurde von Iswolski ohne Mühe erfaßt. "Er enthält", so meldete er nach Petersburg, "einen ganz neuen Gesichtspunkt Frankreichs in der Frage territorialer Vergrößerung Österreichs auf Kosten der Balkanhalbinsel. Bisher hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Ereignisse von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keinerlei aktive Intervention veranlassen könnten; jetzt scheint es aber einzusehen, daß Gebietserweiterungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht Europas und dadurch die eignen Interessen Frankreichs in Frage ziehen würden. Ich habe nicht verfehlt, Herrn Poincaré darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns und England die Mittel zur Verhütung derartiger Gebietserweiterungen zu prüfen, auch bereits die Frage der **praktischen Folgen** des von ihm vorgeschlagenen Unternehmens aufgeworfen habe. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen klar darüber ist, Frankreich könne hierbei in militärische Operationen hineingezogen werden."

Es versteht sich, daß die russische Regierung, obgleich sie bei dem Grade ihrer eignen Bereitschaft keinen Grund hatte, die Sache zu forcieren, die französische Bereitschaft sehr befriedigt aufnahm. Aber Poincaré wurde nicht müde, dem Russen als dem zumeist interessierten Teile das Ergreifen der Initiative zuzuschieben. Wenn Iswolski sich dahinter zurückzog, Frankreich und England hätten offen erklärt, daß sie keineswegs gesonnen seien, sich durch den Konflikt mit dem Dreibund entzweien zu lassen, so suchte Poincaré ihm jede Sorge zu nehmen: "Im großen und ganzen lief alles auf die Erklärung hinaus, wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde." Auf Iswolskis Frage nach dem Standpunkt Englands mußte Poincaré zugeben, daß es sich für den Augenblick auf volle diplomatische Unterstützung beschränke, "was aber nötigenfalls eine nachdrücklichere Hilfe nicht ausschließen würde". "Frei von jeder Furcht vor Verantwortlichkeit", das war soeben Sasonows persönlicher Eindruck gewesen - diesen Eindruck von sich suchte Poincaré bei den Russen mit allen Mitteln zu vertiefen.

Diese Tatsache gehört in der Vorgeschichte des Weltkrieges zu denjenigen, denen eine ernste Tragweite innewohnt. Von diesem Tage an konnte man in Petersburg sicher sein, daß man für ein Ringen um die Vorherrschaft auf dem Balkan unbedingt auf das Eingreifen des französischen Heeres zählen könnte.[37] Noch im August 1912 hatte Poincaré in Petersburg vorsichtig formuliert, die öffentliche Meinung in Frankreich würde der Regierung nicht gestatten, sich aus Gründen, die

nur den Balkan angingen, für ein kriegerisches Vorgehen zu entscheiden, es sei denn, daß Deutschland daran teilnehme oder die Anwendung des Bündnisfalles herausfordere. Sobald aber die Ziele des siegreichen Balkanbundes vor allem die offene Front gegen Österreich-Ungarn enthüllten, dehnte sich der Bündniswille Frankreichs auf die ganze russische Balkanpolitik aus, weil er hoffte, daß gerade diese scharfe antiösterreichische Front Deutschland unter allen Umständen zum Eingreifen nötigen würde. Fortan war die Revanche entschlossen, jede Klammer zum Balkan hinüberzuschlagen, damit ihr keine Gelegenheit für den Krieg entgehe. Diese Haltung Frankreichs wird sich bei andern Gelegenheiten erneuern, sie wird grundsätzlich, bis zum Weltkriege, nicht wieder aufgegeben werden.[38] An **einer** Stelle war jetzt ein Kriegswille sichtbar geworden, der zwar seit langem als ein unveränderlicher, aber ruhender, latenter Posten in der Rechnung aller europäischen Großmächte geführt worden war, der jetzt aber, tatbereit und aufreizend, sich zur Übernahme neuer Verbindlichkeiten anmeldet.

Um so bedeutsamer ist es, im Vergleich damit die Haltung der Mittelmächte zu prüfen. Die österreichische Regierung hatte am 30. Oktober, nach langem Drängen Kiderlens, endlich bekanntgegeben, unter welchen Bedingungen sie in die durchgreifenden Umgestaltungen auf der Balkanhalbinsel willigen würde. Sie hatte keine Einwendungen gegen eine territoriale Vergrößerung von Serbien und Montenegro und wünschte nur Garantien, die hauptsächlich wohl auf wirtschaftlichem Gebiet lagen. Sie wollte für sich - wie sie auch den Dreibundsmächten in den nächsten Tagen erklärte - keine territoriale Bereicherung. Aber sie richtete zwei Schranken auf: sie erklärte, einen Versuch Serbiens, an die Adria zu gelangen, unter allen Umständen abweisen zu müssen, und sprach den Wunsch nach einer freien staatlichen Entwicklung Albaniens aus.[39] In diesen beiden Forderungen stimmte sie grundsätzlich mit der dritten Dreibundmacht Italien überein.

Der Fortgang der Dinge war sehr bemerkenswert. Am 6. November richteten der französische und der englische Botschafter an Herrn von Kiderlen die Frage, ob Aussicht vorhanden sei, daß das serbische Verlangen nach einem Hafen an der Adria auf keinerlei Widerstand stoßen werde. Die Antwort des Staatssekretärs ließ keinen Zweifel darüber, daß Österreich sich einem solchen Verlangen entschieden widersetzen, und weiter, daß es die volle Unterstützung Deutschlands und wohl auch Italiens finden würde.[40] Darauf erschien am 7. November der serbische Gesandte im Auswärtigen Amt,[41] um Kiderlen die amtliche Mitteilung zu machen, daß Serbien sich nicht abhalten lassen werde, bis an die Adria vorzustoßen; nicht nur Bulgarien, sondern auch Rußland - fügte der Serbe hinzu, der in diesem Punkte von Sasonow nachdrücklich desavouiert werden sollte[42] - wäre bereit, hinter ihren Teilungsplan zu treten. Als er dann die für den Vertreter einer kleinen Macht wenig angemessene Frage anschloß: ob Deutschland Österreich gegen Rußland beistehen würde, auch wenn sich Frankreich neutral verhielte? - verlor Kiderlen die Geduld und erklärte auf dieses impertinente Ausholen kurz und bündig: falls nicht nur Serbien, sondern auch Rußland den Krieg haben wollten, so könnten sie ihn haben, es würde dann nicht nur Deutschland, sondern auch Italien mit voller Kraft an der Seite Österreich-Ungarns stehen - im übrigen könne man die Leichtfertigkeit nicht genug verdammen, eine der Großmächte, die der Gegenstand nichts angehe - wenn auch nur in Worten - in einen Krieg verwickeln zu wollen. Wenn der Serbe, ohne Autorisation von russischer Seite, sich so weit vorwagte, so mußte wohl ein Stärkerer und Geschickterer die Hand dabei im Spiele haben - daß es Jules Cambon gewesen sei, ist freilich nur eine Vermutung, für die einstweilen kein Beweis vorliegt.

Indem Kiderlen hier, der Geschlossenheit des Dreibundes sicher, eine ganz feste Haltung einnahm, erfuhr er den Widerspruch des Kaisers. Wilhelm II. hielt den österreichischen Widerstand gegen serbische Adriawünsche für "Einbildung" Wiener Bedürfnisse, denen er - vom österreichischen Sonderstandpunkt - eine gewisse Berechtigung nicht absprach, "deren Geltendmachung aber mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen (Krieg usw.) lediglich Sache Österreichs und nicht seiner Verbündeten ist". Er wollte wegen der Serben in Durazzo oder Albanien den *casus foederis* nicht eintreten lassen, da eine so weitgehende Verpflichtung nicht dem Geist des Dreibundes

entspreche, der *a limine* den Bestand des wirklichen Besitzes zu gewährleisten bestimmt war. Gewiß sei manche Veränderung auf dem Balkan für Wien recht unbequem und auch unerwünscht, aber keine so einschneidend, daß wir uns ihretwegen der Gefahr einer kriegerischen Verwicklung aussetzen dürfen, "das würde ich weder vor meinem Volk noch vor meinem Gewissen verantworten können".[43] Noch als in den nächsten Tagen der Reichskanzler sich zu dem Kaiser nach Letzlingen begab, hielt dieser daran fest, "daß er wegen Albanien und Durazzo unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren werde". Er sah schon Eintreten des *casus foederis*, Mobilmachung und Zweifrontenkrieg kommen: "es muß also Deutschland in einen Existenzkampf mit drei Großmächten eintreten, bei dem **alles** aufs Spiel gesetzt werden muß und es untergehen kann." Erst allmählich fand Wilhelm II. sich im Laufe der nächsten Tage damit ab, daß die Bündnisverpflichtung in dem Fall, daß die Russen durch etwaige Ablehnung von Vermittlungsvorschlägen sich ins Unrecht setzen würden, doch in Kraft treten müsse. Auch diese Episode bestätigt den in ernsten Krisen immer wieder zu beobachtenden Friedenswillen des Kaisers. Man kann ihm vorwerfen, daß er in solcher Stimmung Bündnisverpflichtung und Großmachtinteressen eher zu leicht nahm, und in diesem diplomatischen Kleinkampf nicht die festen Nerven einer Kämpfernatur besaß; man muß ihm aber unbedingt zubilligen, daß er mit einem richtigen menschlichen Empfinden dagegen reagierte, gestern wegen Agadir, heute wegen Durazzo und Albanien das deutsche Volk, dem diese Dinge als Kampfanlaß schlechterdings fernlagen, in einen Krieg führen zu sollen, der die Existenz des Reiches in Frage stellen konnte.

Aber das alles war nur ein Vorspiel. Die Dinge gewannen ein ernsteres Gesicht, als der Serbe, trotz des ablehnenden Verhaltens des Dreibundes, an seinen Forderungen festhielt und wenigstens für gewisse Kompromißvorschläge (Handelshafen an der Adria mit territorialem Korridor oder gesichertem Schienenweg) den diplomatischen Rückhalt der russischen Macht gewann. Rußland suchte seinem diplomatischen Vorgehen einen gewichtigeren Nachdruck dadurch zu verleihen, daß es auch zu militärischen Maßregeln schritt. Schon am 5. November hatte es die fällige Entlassung des ausgedienten Jahrganges wider allen Brauch bis zum 31. Dezember verschoben und damit eine wesentliche Erhöhung seiner Kriegsbereitschaft erzielt; gleich darauf begann es, in den Militärbezirken Warschau, Kiew und Odessa zahlreiche Vorbereitungen für den glatten Verlauf einer Mobilmachung zu treffen. Gegen Mitte November fing man auch in Österreich-Ungarn an - nach dem russischen Vorgang - sich vorzubereiten und in Galizien entsprechende Gegenvorsichtsmaßregeln zu treffen. Diese parallel sich steigernden Rüstungen der beiden Großmächte auf der einen Seite und der serbische Vormarsch in Albanien auf der andern Seite drohten alsbald, an irgendeiner Stelle zur Explosion zu führen: herausfordernde Äußerungen serbischer Politiker und russischer Diplomaten taten das ihre, um Öl in das Feuer zu gießen; und schon stellte sich heraus, daß die Stimmen derer, die auf einen großen Krieg hinauswollten, an mehr als einer Stelle in Europa eine Resonanz fanden. Daß im Osten der Pulvergeruch in dichten Schwaden über die Grenze zog, ließ sich durch die unmittelbare Nähe der Kriegsschauplätze erklären. Fast noch mehr gab zu denken - was damals freilich nach außen hin so gut wie unerkennbar blieb - daß auch die westlichen Generalstäbe gleichzeitig in eine gesteigerte Tätigkeit eintraten.

Die Zusammenarbeit des französischen und des englischen Generalstabs für unmittelbare Kriegsaufgaben wurde wieder lebhafter. In London, wo General Wilson gerade mit Plänen beschäftigt war, die auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zielten, stand man plötzlich vor der Aufgabe, obgleich man noch nicht fertig war, die Entsendung des Expeditionsheeres für den Ernstfall vorzubereiten. Eine Sitzung des *Army-Council* am 12. November setzte die Kommandostellen fest und eröffnete die Verhandlung mit der Admiralität.[44] Wilson selbst begab sich nach Paris, wo schon an hundert kleinen Anzeichen eine dienstliche Unruhe erkennbar wurde; am 26./27. November wurde in den Garnisonen der Grenzkorps eine Probemobilmachung vorgenommen, die sich nicht nur auf die Truppen, sondern auch auf die Zivilbehörden erstreckte.[45] Am 27. November fand unter der Leitung des Generals Castelnau eine der üblichen Besprechungen des französischen und englischen Generalstabs statt, an der zum erstenmal nicht nur Militärs, sondern auch andere Vertreter der fran-

zösischen Regierung teilnahmen. Befriedigt wußte auch der russische Botschafter davon zu berichten, daß die englisch-französische Militärkonvention nunmehr ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet und erschöpfend sei, wie die französisch-russische.[46] So tauchte denn auch von neuem die dringliche Angelegenheit Belgien auf. General Castelnau stellte die Frage zur Erörterung: welche Maßnahmen für den Fall zu treffen seien, daß Belgien als feindlich in einem Kontinentalkriege angenommen werden müsse? Die Pläne, von denen die Öffentlichkeit soeben in peinlicher Weise dadurch unterrichtet wurde, daß der französische General Picquard während einer Reise in Namur schwer erkrankte, beschäftigten damals alle Eingeweihten. Die Vorschläge Castelnaus, die auf einen französisch-englischen Einmarsch in Belgien hinausliefen (um "in dieser Gegend" einen deutschen Angriff abzuschlagen), fanden zwar die persönliche Zustimmung Wilsons, aber sie bedurften auch der Genehmigung der englischen Regierung. Wilson mußte auftragsgemäß den Franzosen eröffnen, daß es nicht im englischen Interesse liege, wenn die französische Armee als erste die belgische Neutralität verletzen würde. Die französischen Einwendungen waren es wohl, die das *Foreign Office* veranlaßten, noch einmal in Brüssel anzuklopfen, ob Belgien einen solchen Einmarsch der Engländer und Franzosen als Freunde oder Feinde aufnehmen würde. Die Antwort lautete jetzt, daß Belgien im Falle eines europäischen Konfliktes sich nicht länger auf seine Garantien verlassen könne, sondern für seine eigene Sicherheit sorgen müsse. Aber es war doch in dem Berichte des Gesandten tröstlich die Rede davon, daß nicht das Gefühl im Volk oder in der Armee, sondern nur die Regierung, die Engländer als Feinde ansehen müsse, "wahrscheinlich nicht bis zu dem Grade, einen aktiven Widerstand zu leisten, aber sie würden uns keine Hilfe leisten und in keiner Weise unsere Operationen erleichtern".[47] Wollte man sich also in Brüssel statt eines grundsätzlichen Bruches der Neutralität mit einem leisen Abweichen vom Pfade der Tugend begnügen? - So rollte denn die Lawine der militärischen Vorbereitungen schon in diesen ersten Wochen von Osten bis auf den - von jedem Interesse an Albanien unberührten - Boden Belgiens.

Im Westen ging es um eine technische Kriegsmöglichkeit, die sich aus irgendeinem gleichgültigen Grunde ergeben konnte und, automatisch abrollend, die geheimen Systeme der Verständigungen in Kraft setzen und Millionen um fremder Ziele wegen in Marsch bringen würde. In Österreich dagegen überwog das fast erdrückende Gefühl, daß es um das Leben selber gehe. Man sah nicht nur eine mächtig ansteigende slawische Welle an der Grenze der Monarchie sich immer mächtiger erheben, sondern man empfand, daß der hier angesammelte Sprengstoff in den Nationalitätenhader der Monarchie zerstörend übergreifen werde.

Nachdem die katholisch-kroatische Rechtspartei sich mit dem orthodox-slowenischen Nationalverbande feierlich verbrüdert hatte, sah man die staatsfeindlichen Bestrebungen der Völker der Monarchie auf der ganzen Linie näher heranrücken. Überall regte sich in dem staatstreuen Element das düstere Gefühl: am letzten Ende geht es um den Bestand des Staates. Als Kaiser Franz Joseph am 21. November in die Erhöhung der galizischen Truppenbestände willigte, war er sich der Tragweite dieser Maßregel durchaus bewußt. Der Kriegsminister General von Auffenberg bemerkte zu ihm: es sei vielleicht der ernsteste Augenblick seit 1866; darauf antwortete der Kaiser: "Er ist schwerer als 1866." Der Kriegsminister gestand dem deutschen Botschafter: "Wir brauchen mindestens auf ein halbes Jahrhundert hinaus Ruhe in der Monarchie, um die Südslawen in Ordnung zu bringen, und diese Ruhe können wir nur erhalten, wenn die Hoffnung der Südslawen auf russische Unterstützung definitiv beseitigt wird. Sonst geht die Monarchie in Stücke."[48] In dieser Lage war auch Kaiser Wilhelm von jeder Neigung zurückgekommen, dem Konflikt auszuweichen. Er formulierte seine Bereitschaft am 21. November: sollten russische Gegenmaßregeln den Kaiser Franz Joseph zwingen, den Krieg zu eröffnen, "so hat er das Recht auf seiner Seite und ich bin bereit, den *casus foederis* in vollstem Maße mit allen Konsequenzen durchzuführen". Diese Zusicherung gab der Kaiser auch dem Erzherzog Franz Ferdinand zu dessen tiefer Befriedigung, er bat nur, den österreichischen Standpunkt jeweils genau zu präzisieren - warnte vor Übereilungen und zum Abschiede, bei der Zusammenkunft in Springe, mahnte er noch: nur keine Dummheiten.[49]

Die deutsche Politik hatte eine doppelte schwere Verpflichtung gegenüber dem Bundesgenossen und dem Weltfrieden durchzuführen. Kiderlen vertrat fest den Standpunkt, kein "Arbiter über österreichische Lebensinteressen" zu sein, aber es nachdrücklich diplomatisch zu unterstützen; bei weiteren Ereignissen, sofern Österreich seine Lebensinteressen für berührt erachte, auch die Bündnispflicht zu erfüllen; nur müsse bei solchen ernsten Ereignissen Österreich offenkundig im Rechte sein und nicht als der Provozierende, sondern als der Provozierte erscheinen.[50] Er verlangte von dem Bundesgenossen wirkliche Pläne und ausreichende Information und klagte sehr, daß man sie nicht liefere und dennoch Hilfe verlange. Um zu zeigen, daß es hier bestimmte Grenzen gebe, hielt er es gelegentlich sogar für nötig, einen kalten Wasserstrahl nach Wien zu entsenden.[51]

Das Gesamtprogramm, so wie es Kiderlen am 28. November im Bundesrat vortrug,[52] kennzeichnet nicht nur seine politische Denkweise, sondern zugleich die Position, die Deutschland und Österreich-Ungarn nunmehr in der tieferschütterten europäischen Welt einnahmen. Zunächst der Orient: die europäische Türkei gehört der Vergangenheit an, die asiatische Türkei (mit Konstantinopel) ist politisch und wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten. Den Bundesgenossen Österreich-Ungarn und in zweiter Linie Italien wird in ihren hier betroffenen Lebensinteressen auch fernerhin diplomatische Unterstützung zuteil werden, die Geltendmachung ihrer Ansprüche aber wird ihnen selber überlassen. Sollte Österreich-Ungarn bei der Geltendmachung von Lebensinteressen, auf die es ohne Minderung seiner Großmachtstellung slawischer Anmaßung gegenüber nicht verzichten kann, von Rußland angegriffen werden, so liegt es in unserem allereigensten Interesse, unsere ganze Macht zur Erfüllung unsrer Bündnispflicht einzusetzen. Der Zweck ist für uns nicht Durazzo, sondern die Aufrechterhaltung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns, damit wir nicht - der Staatssekretär durfte hier mit vollem Recht den Schatten Bismarcks beschwören - mit Rußland in der Front und Frankreich im Rücken allein zurückbleiben. Muß also Österreich-Ungarn um seine Großmachtstellung kämpfen, so müssen wir an seine Seite treten, um nicht nachher neben einem geschwächten Österreich allein fechten zu müssen. Im übrigen aber: Milderung der Gegensätze, keine Demütigungen, kein Krieg, solange es in Ehren möglich; wenn es aber unmöglich, ihn zu vermeiden, ihm fertig und fest ins Auge sehen.

Auf dieser Grundlage war Kiderlen bereit, zwar nicht die Entscheidung einer formellen Konferenz der Mächte zu überlassen - in der sofort die Gruppenbildung alles beherrscht haben würde -, wohl aber, wie Grey es in diesen Tagen anregte, einer zwanglosen Konferenz der Botschafter in London die schiedlich-friedliche Förderung anheimzugeben. Kiderlen hatte, bei aller Beherrschtheit, in dem geschlossenen Kreise des Bundesrats eine sehr bestimmte Haltung eingenommen. In der öffentlichen Rede, die dann der Reichskanzler am 2. Dezember im Reichstage hielt, schien diese Festigkeit - anscheinend gegen den Wunsch Kiderlens[53] - um eine Nuance gesteigert; vielleicht überschritt sie sogar schon die Grenze der den Umständen entsprechenden Formulierung. Zu diesen Umständen gehörte die in den Tagen bei Rußland bemerkbare Neigung, auf der Londoner Konferenz den Rückzug anzutreten, und der Entschluß Greys, ihm diesen Rückzug zu erleichtern. Diese Situation muß man sich klarmachen, um den tieferen Sinn eines kleinen deutsch-englischen Zwischenspiels zu verstehen. Der englische Minister war schon am 28. Oktober von dem russischen Botschafter darauf aufmerksam gemacht worden, wie gefährlich die Annahme für Deutschland sein würde, daß man auf alle Fälle auf Englands Neutralität rechnen dürfe, und Grey hatte es unternommen, diese Gefahr auf seine Weise zu beschwichtigen. Er machte dem deutschen Botschafter, Fürsten Felix Lichnowsky, der im Oktober die Nachfolge Marschalls angetreten hatte, eine der Mitteilungen, wie er sie liebte: eine allgemeine Betrachtung in freundschaftlichem Ton, deren Motive und Folgerungen sich in weniger erwünschten Eventualitäten verloren. Er ging davon aus, daß England und Deutschland diejenigen Staaten seien, welche in Balkanfragen am wenigsten und daher an der Erhaltung des Friedens am meisten interessiert seien. Denn wenn der Krieg ausbreche, liege der wahre Grund so viel tiefer als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen würden, daß er keine ernstliche Garantie dagegen erblicke, daß schließlich nicht auch England und Deutschland in ihn hineingezogen werden würden.[54] Dieses delphische Orakel ließ er auch nach Petersburg mit-

teilen. Er verschwieg auch dem russischen Botschafter nicht, daß die versöhnliche Form der Mitteilung an ihrer Wichtigkeit, d. h. ihrem Ernst, nichts ändere, und dieser begriff sofort, daß die Deutschen nicht zu sicher gemacht werden sollten, auf die Neutralität Englands zu bauen.[55] Die Mitteilung besagte grundsätzlich und für alle Zukunft: wir können so freundlich stehen wie wir wollen, das ändert nichts daran, daß auf dem Grunde unsrer Beziehungen ein primärer Gegensatz obwaltet, der im Ernstfalle absolut durch alle anderweitigen Gegensätze durchschlagen wird.

Daß dies der Sinn seines Vorgehens war, wird dadurch bestätigt, daß Grey nach vier Tagen die Methode noch einmal anwandte. Die Rede des Reichskanzlers vom 2. Dezember machte ihn wegen gewisser kriegerischer Wendungen[56] mißtrauisch; er hielt sie für unnütz und warnte Lichnowsky: jeder Versuch, die schimmernde Wehr wieder hervorzuholen, werde in Rußland keinen Erfolg haben. Vor allem ließ er dem deutschen Botschafter eine Vorlesung halten, diesmal durch Haldane, in dessen Mund sie noch eindeutiger klang.[57] Bei einem allgemeinen europäischen Wirrwarr, der sich aus dem Einmarsch Österreichs in Serbien ergeben könnte, sei es kaum wahrscheinlich, daß Großbritannien stiller Zuschauer bleiben könne: das sei die mögliche Folge eines Krieges zwischen den beiden Gruppen. Die Wurzeln der englischen Politik lägen in der allgemeinen Empfindung, daß das Gleichgewicht der Gruppen einigermaßen aufrechtzuerhalten sei. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können, es könne und wolle sich nachher nicht einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen. Sollte also Deutschland durch Österreich hineingezogen werden und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstreben könnte. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und habe auch zur Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt.

Diese Einwirkung Greys ist um so bezeichnender, als sie von seinem eignen Standpunkt aus gar nicht erforderlich war: es lag gar keine kriegerische Haltung Deutschlands gegen Rußland vor, geschweige denn eine Gefahr für Frankreich - eben in diesen beiden Staaten, zumal in Frankreich, wurde in ganz andrer Weise mit dem Gedanken des Krieges gespielt. Aber wenn Grey die kleine Balkankrisis mit friedlichen Mitteln und mit deutscher Freundschaft zu lösen bereit war, so vergaß er nicht, daß es jenseits dieser Episode noch ganz große Machtentscheidungen gab, die mit andren Mitteln zu lösen waren. Trotzdem erschien im *Foreign Office*, wie die eifersüchtige Ehefrau bei dem Ehegatten, der einer Extratour verdächtig ist, der Botschafter Cambon voll Sorge über Presse-gerüchte, die von einer gewissen Annäherung zwischen England und Deutschland sprächen, woraus sich eine Lockerung der Ententen und Interpellationen in der Kammer ergeben könnten. Und nun hatte Grey wieder den Aufgeregten zu beruhigen, daß zwischen den beiden Regierungen nur koloni-ale und ganz nebensächliche Fragen in versöhnlicher und liebenswürdiger Weise erörtert würden.[58]

Gleich in der ersten Sitzung der Botschafterkonferenz am 17. Dezember hatte Rußland, indem es in ein autonomes, an Griechenland und Montenegro angrenzendes Albanien willigte, die Serben zum Verzicht auf ihre Adriaforderungen genötigt. Diesem Druck mußten die Serben sich fügen und Kaiser Wilhelm versicherte den Österreichern aufatmend: er hoffe, trotz des Kriegslärms, nunmehr ganz bestimmt, daß der Friede aufrechterhalten bleibe.[59] Während man auf allen Seiten die wachsende Friedensaussicht begrüßte, war die französische Kriegspartei tief enttäuscht. Sie lebte nur noch in der Vorstellung, daß die österreichische Rüstung (die man ungebührlich aufbauschte) die russische, diese die deutsche und französische nach sich ziehen müsse. Poincaré trug dem Botschafter Iswolski vor: alle Maßregeln seien getroffen, die Mobilmachung an der Ostgrenze nachgeprüft, das Kriegsmaterial liege bereit - um dann vorwurfsvoll zu fragen: "und gerade in diesem Augenblick scheine Frankreich sich einer ganz andern Haltung seines Verbündeten gegenüber zu befinden, und das in Anbetracht einer Lage, an der dieser, sollte man meinen, am meisten interessiert sei."[60] Der französische Kriegsminister Millerand, Sozialist nach seiner politischen Herkunft, ließ sich an demselben Tage sogar hinreißen, dem russischen Militärattaché Grafen Ignatiew - der auftragsgemäß erklärte, daß Rußland keinen Krieg oder kriegerische

Maßnahmen wolle - in erregtem Tone vorzuhalten: "Folglich werden Sie Serbien seinem Schicksal überlassen müssen. Das ist natürlich Ihre Sache; man muß nur wissen, daß dieses nicht nur durch unsre Schuld geschieht; wir sind bereit und müssen in Rechnung gestellt werden."[61] So wenig konnte die unbeherrschte Gereiztheit des zivilen Kriegsministers sich in die Wendung finden, daß der Weltkrieg, auf den die französische Politik hinarbeitete, ihr zu entgleiten begann. Gewiß, auch Freiherr von Conrad wollte den Krieg, um ein schwer in seiner großmächtlichen Existenz gefährdetes Reich nach innen und außen zu retten - aber die politische Leitung des Staates hielt ihn zurück. In Paris dagegen waren die politischen und militärischen Machthaber sich darüber einig, dem Weltkrieg aus Anlaß eines Objektes, an dem man nicht im geringsten interessiert war, nicht aus dem Wege zu gehen, um das primäre Ziel ihrer Revanche zu erreichen.

Die französischen Generale hatten schon aufgehört, ihre Kriegslust zu verbergen. Als der Engländer Wilson im Januar 1913 wieder in Paris eintraf, konnte er feststellen, wie sehr sie sich jetzt als Herren der Lage fühlten und den Engländer zur allgemeinen Wehrpflicht zu drängen suchten.[62] Vor allem aber sagten sie jetzt gerade heraus, daß es weit besser für Frankreich wäre, wenn der Konflikt nicht mehr allzulange hinausgeschoben würde. Den entscheidenden Grund verhehlten sie nicht: entzünde sich der Krieg aus diesem Balkananlaß, so sei man der unbedingten Unterstützung Rußlands sicher, werde aber der Konflikt, jetzt vertagt, später aus einem zwischen Deutschland und Frankreich liegenden Anlaß entspringen, so könne man der Vertragstreue Rußlands nicht so sicher sein; eben deswegen fürchteten sie, daß die gute Gelegenheit vorbeigehe. Es ist die Politik, die Poincaré seit dem November 1912 verfolgte: Das Ziel der Revanche mit dem Hebel der Orientpolitik.

Es war daher ein symbolischer Akt, daß Poincaré durch die Wahl am 17. Januar 1913 zum Präsidenten der Republik aufstieg. In diesem symbolischen Sinne erklärte er dem vertrauten Iswolski, daß er in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik volle Möglichkeit haben werde, direkten Einfluß auf die französische Außenpolitik zu gewinnen: es sei für die französische Regierung von allerhöchster Wichtigkeit, die öffentliche Meinung Frankreichs im voraus auf die Teilnahme an dem Kriege vorbereiten zu können, der wegen der Balkanfrage ausbrechen könne. Wir sehen die erblichen monarchischen Staatshäupter immer wieder mit der Verantwortlichkeit ringen, wir sehen Wilhelm II. und Franz Joseph - von dem unbedeutenden Zaren nicht zu reden - immer wieder für den Frieden sich entscheiden. Dieser fanatische Lothringer beglückwünscht sich, indem er zum erwählten Staatshaupt aufsteigt, dazu, daß er für die Stunde des Krieges der richtige Mann sei, und begnügt sich nicht, dieses furchtbare Wissen in seiner Seele zu verschließen. Aber auch Grey verschloß sich nicht gegen die Gefahr, als er dies Geständnis in einem Bericht Nicolsons las, aber er stellte mit Schärfe fest: "Wir unsrerseits können nicht der Bundesgenosse von Frankreich sein, das den Konflikt überstürzt um der Revanche willen."[63] Am Tage zuvor hatte einer der urteilsfähigsten Diplomaten der Entente, der russische Botschafter Graf Benckendorff, der die Spannungen der letzten Monate im Zentrum hatte verfolgen können, ein eindeutiges Urteil über die Politik Frankreichs abgegeben. "Wenn ich alle Unterredungen Cambons mit mir überdenke, und dazu die Haltung Poincarés in Betracht ziehe, so kommt mir der Gedanke, daß von allen Mächten nur Frankreich den Krieg, um nicht zu sagen wünscht, so doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv zur Arbeit im Sinne eines Kompromisses beiträgt. Nun, der Kompromiß ist der Friede, jenseits des Kompromisses liegt der Krieg. Von allen Mächten ist es Frankreich, das den Krieg mit dem größten Gleichmut hinnehmen würde."[64]

Die weiteren Balkankrisen - während der ersten Botschafterkonferenz, dann nach ihrem Abbruch und dem erneuten Einsetzen des Krieges bis zu dem Waffenstillstand am 16. April und zum Friedensschluß am 30. Mai 1913 - sind hier nicht nach ihrem sachlichen Gehalte zu erörtern, sondern nur in Hinblick auf ihre allgemeine Rückwirkung auf die österreichische und damit auch auf die deutsche Politik knapp zu bestimmen.

Die Leitung der deutschen Außenpolitik erlitt durch den plötzlichen Tod des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter am 30. Dezember 1912 einen schweren Schlag. Und wenn auch das letzte Wort über seine kurze Amtsführung noch nicht gesprochen werden kann, so entzieht man sich doch kaum dem Eindruck, daß sein Nachfolger, Herr von Jagow, ihm an geistiger und willensmäßiger Energie nicht gewachsen war. Es soll damit nicht von vornherein ausgesprochen werden, daß infolgedessen in den letzten anderthalb Jahren bis zum Weltkriege besondere Mißgriffe im Auswärtigen Amt erfolgt seien. Die außenpolitische Machtstellung Bethmann Hollwegs, die seit der Haldane-Episode überhaupt etwas geschwächt war, erfuhr immerhin durch die Persönlichkeit Jagows keine innere Ergänzung; gerade in dem Kreise der Männer, in dem sich die außenpolitische Willensbildung vollzog, vom Kaiser bis zu den namhaften Botschaftern, vermißt man im Zusammenwirken die Initiative einer klaren Linie und eines großen Willens;[65] und wenn Tirpitz insofern ein stärkerer Mann war und als der stärkste Mann hätte Reichskanzler sein sollen,[66] so lagen seine Fähigkeiten eben nicht auf dem Felde einer sachlichen Durchdringung der Weltlage.

Was die im Mittelpunkt stehende Frage betraf, der sich die deutsche Außenpolitik auf Schritt und Tritt gegenübersah, so war Jagow grundsätzlich bestrebt, die Selbständigkeit der Wilhelmstraße, die sein Vorgänger wiederhergestellt hatte, fortdauernd zu behaupten. Die neuen Situationen, in denen man vor einer Entscheidung stand, ähnelten sich immer wieder. Am 23./24. April 1913 hatten die Montenegriner zur Überraschung der europäischen Diplomatie sich der türkischen Festung Skutari in Albanien bemächtigt, und damit trat die Gefahr, welche von den Österreichern schon seit dem Dezember beseitigt schien, noch einmal wieder hervor. Der General von Conrad triumphierte: "Ja, jetzt kommen die Deutschen, früher haben sie sich passiv verhalten", und als der deutsche Militärattaché ihm erwiderte: "Es ist aber schwer, dem deutschen Bürger verständlich zu machen, daß man wegen Albanien Krieg mit Frankreich führen soll", wurde der Österreicher deutlicher: "Nein, nein! Nicht am deutschen Bürger liegt es, sondern der deutsche Kaiser hat den Ausdruck gebraucht: wegen der albanischen Ziegenweiden wird man doch keinen Krieg führen."[67] Für den österreichischen General handelte es sich nicht um "albanische Ziegenweiden", wie er grimmig zurückgab, sondern "um Österreich-Ungarns Machtstellung am Balkan, um seine eignen südslawischen Gebiete, um seinen Küstenbesitz, damit aber um Österreich-Ungarns Machtstellung überhaupt, also auch um seinen Bündniswert für Deutschland, das isoliert inmitten seiner Feinde stand". Er wollte sofort losschlagen, er wollte die Aktion im großen Stile. Die Botschafterkonferenz unternahm zunächst einen Kollektivschritt in Cetinje, aber König Nikita blieb hartnäckig. Österreich erklärte, allein vorzugehen und verhandelte noch mit Italien über gemeinsame Aktion. Plötzlich spitzte sich die Lage zwischen Dreiverband und Dreibund doch bedrohlich zu. Es kam der Augenblick, daß Grey von der Sorge erfaßt wurde, die öffentliche Meinung werde, wenn Österreich, ohne alle Mittel erschöpft zu haben, zu den Waffen greife, sich gegen Österreich wenden und er begann sich dieser Wendung anzupassen. Schon sah der Kaiser in tiefer Erbitterung den Führer der europäischen Konferenz "das Signal zum Weltenbrand" geben. Da gab der Montenegriner am 4. Mai durch Räumung von Skutari nach, nachdem er eine Woche auf dem explosionsgefährlichen Instrument der großmächtlichen Gruppierung gespielt hatte, und die Episode war wie ein wüster Traum wieder verflogen.

Ein typischer Vorgang für die Politik dieser Jahre. An einem Punkte, bis dahin ganz im Dunkel liegend, entzündet sich ein Gegensatz, der in dem einen Augenblick von den Mächten noch mit einer gewissen Sachlichkeit behandelt, im nächsten unter dem ausschließlichen politischen Gesichtspunkt der großen Gruppengegensätze gewertet wird. Diese Fälle würden sich im Laufe des Jahres 1913 noch viel mehr gehäuft haben, wenn nicht die Interessen, zumal seit dem Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges, sich immer verwickelter und sprunghafter durcheinandergeschoben hätten. Der eigentliche Sinn des Balkangeschehens war nicht nur die äußere territoriale Neugestaltung, die sich schließlich aus dem Kriegsjahre erhob, sondern die sich vorbereitende Umordnung der balkanischen Welt im Anschluß an das System der großen Staatengruppen - eine Entwicklung, die der Feindlichkeit dieser Gruppen neue Triebkräfte zuführt und an mehr als einer Stelle in den Weltkrieg selbst hineinreicht. Und damit gewinnen diese Orientangelegenheiten auch für die

deutsche Politik erhöhte Bedeutung. Sie spürt den heißen Atem, der in diesen fortdauernden Machtverschiebungen lebt und die Atmosphäre des Weltkrieges vorwegnimmt.

Die Welterschütterungen blieben nicht ohne Rückwirkung auf die Rüstungen der Mächte. Schon im Laufe des Oktober und November 1912 hatten in den entscheidenden deutschen Kreisen Beratungen darüber stattgefunden, ob nicht bei der Unsicherheit der Lage weitere militärische Verstärkungsmaßregeln getroffen werden müßten. Noch hielt der preußische Kriegsminister nach dem Heeresgesetz vom 14. Juni 1912 - so sehr dieses durch den gleichzeitigen Flottenaufwand eingeengt worden war - eine erneute Vermehrung für ebenso unnötig wie undurchführbar. Erst die einschneidende Veränderung, die durch den Zusammenbruch der Türkei und durch den Aufschwung der Balkanstaaten in der militär-politischen Lage des Reiches eintrat, nötigte zu sofortiger eingreifender Nachprüfung.[68] Die von Frankreich einlaufenden Alarmnachrichten, der Beginn der russischen und darauf der österreichischen Rüstungsmaßnahmen, der überraschende englische Warnungsschuß Anfang Dezember 1912 - der bei dem Kaiser einen tiefen Eindruck zurückließ - alles kam zusammen, um den Ernst der Lage noch eindrucksvoller zu machen. Schon am 25. November hatte der Chef des Generalstabs, General von Moltke, besonders auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus plötzlichen Einfällen und weitreichenden Störungen der Mobilmachung ergeben könnten, und mit Nachdruck ausgesprochen: "Wir müssen uns wieder entschließen, wenigstens unser Menschenmaterial auszunutzen, wir müssen wieder ein Volk in Waffen werden." Am 14. Dezember trug der Kriegsminister, General von Heeringen, dem Reichskanzler die Motive vor, mit denen schon so bald nach der Heeresvorlage des Frühjahrs eine neue Anforderung begründet werden müsse. Ausschlaggebend war natürlich, daß infolge der Erstarkung der Südslawen Österreich gezwungen sein würde, starke Truppenmassen gegen Serbien stehen zu lassen, so daß die Hilfe, die Österreich gegen Rußland leisten könne, stark vermindert sein werde.

In den nunmehr beginnenden Auseinandersetzungen über die Aufstellung der neuen Heeresvorlage war die politische Leitung so gut wie ausgeschaltet, oder sie ging mit. Wenn der Reichskanzler anfangs den Standpunkt vertrat, daß eine Veröffentlichung der Heeresvorlage, solange noch die Botschafterkonferenz in London tage, "durchaus inopportun und direkt bedenklich sei", so läßt sich der Einwand begreifen; und wenn er die weitere Bedingung stellte, daß gleichzeitig mit einer so weitreichenden Heeresvorlage von einer Flottenvorlage keine Rede sein dürfe (und dafür die Zustimmung des Kaisers erwirkte), so ergab sich diese Lehre allerdings aus dem Charakter der Weltlage. Aber auch der Reichstag hat in voller Erkenntnis des tiefen Ernstes und mit patriotischer Bereitschaft in seiner Mehrheit die Bewilligung der Opfer ausgesprochen, die das deutsche Volk nun auf sich nahm. Um so bemerkenswerter ist die überraschende Tatsache, daß dieser "Kampf um die Militärvorlage" sich eher im Kreise der Militärs selber abspielte. Es kam zu einem wochenlangen Ringen zwischen dem Kriegsministerium und dem Generalstab, das nicht ohne Schärfe ausgefochten wurde und auch einer gewissen Grundsätzlichkeit nicht entbehrte. Es handelt sich dabei weniger um den Gegensatz von Ressorts und Personen, der selten ausbleibt, sondern um die verschiedene Einstellung des Blickes, die verschiedene Urteilweise derer, die das Heer aufzubauen und zu organisieren, den Aufbau öffentlich zu begründen und zu vertreten haben, und derer, die die fertige Waffe des Heeres als Führer übernehmen, sie anwenden, mit ihr siegen sollen. Es ist weder meine Aufgabe noch meine Kompetenz, hier für die eine oder die andre Seite einzutreten, doch darf vielleicht das eine Argument besonders betont werden, das die tiefsten Gründe des damaligen Meinungskampfes erhellt: der militär-politische Druck auf das Deutsche Reich war in wenigen Jahren so schnell angestiegen (nachdem die Ausschaltung oder Verminderung des russischen Drucks lange darüber hinweggetäuscht hatte), daß jetzt - wo man die Lage in unbarmherziger Beleuchtung sah - die von der Führung erkannte Notwendigkeit für den Umfang der Verstärkung eher über die organisatorischen Möglichkeiten hinausgriff, oder, um es ganz laienmäßig auszudrücken: die Anforderungen für den Ernstfall, um die Sicherheit des Reiches siegreich zu behaupten, überstiegen beinahe die Fähigkeit, das ungeheure Verteidigungsinstrument mit einem Schlage so hinzustellen, wie es der Sorge und Berechnung der obersten Heeresleitung entsprach.

Es geschah in der Geschichte des Heeres zum ersten Male, daß der Generalstab von sich aus den Anlauf unternahm, eine umfassende Heeresverstärkung herbeizuführen, und es ergibt sich aus dem Angedeuteten, daß sein Rüstungsprogramm einen noch großzügigeren Charakter trug, als die Pläne des Kriegsministeriums. Es war nun nicht so, daß bei dem Zwiespalt der militärischen Instanzen über das Ausmaß der Heeresverstärkung ein größerer oder geringerer Drang mitgespielt hätte, die blanker gewordene Waffe bewußt im Ernstfall zu ergreifen; es handelt sich hier gar nicht um einen düsteren Gegensatz im Schoß eines eroberungslüsternen Militarismus. Gerade das war das Eigentümliche dieses preußisch-deutschen Militärgeistes, daß er in sich zwischen dem Vorbereitetsein auf den Krieg und der Leidenschaft, die kriegerische Entscheidung für den Staat zu suchen, die schärfste Scheidung vollzogen hatte. In dem Entwurf eines Operationsplanes von 1901/2 erklärte Graf Schlieffen: "Wir wollen nichts erobern, sondern nur verteidigen, was wir besitzen. Wir werden wohl nie die Angreifenden, stets die Angegriffenen sein." Auch bei seinem Nachfolger, dem General von Moltke, findet man den Gedanken vertreten: Das Reich sei "nur auf die Wahrung des Erworbenen bedacht". Und so ist denn die Denkschrift des Großen Generalstabs über eine Heeresverstärkung, und zwar über eine Heeresverstärkung von gewaltigem Umfange, ein Dokument tiefer Verantwortlichkeit in allen Fragen des Krieges und des Friedens, und ein um so stärkerer Beweis für den friedlichen Grundzug unsrer Politik, als er gerade an dieser Stelle kaum gesucht werden dürfte:

> "Ebenso wie der Dreibund bezeichnet sich die Triple-Entente als ein Defensivbündnis, aber, während der Gedanke der Abwehr dem Dreibundabkommen in ausgesprochenster Weise zugrunde liegt, sind in der Triple-Entente starke offensive Tendenzen vorhanden, d. h. positive Ziele, deren Erreichung den in ihr vereinigten Staaten erstrebenswert erscheinen muß: Rußland hat den begreiflichen Wunsch, sich durch Niederwerfung Österreichs als slawische Vormacht in Europa durchzusetzen, durch Vermittlung Serbiens sich den Weg zur Adria zu öffnen. Österreich hat das defensive Interesse, dies zu hindern. Frankreich hat den Wunsch, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen und Revanche zu nehmen für die Niederlagen von 1870. Deutschland will dagegen nur seinen Besitzstand wahren. England hat den Wunsch, sich mit Hilfe seiner Verbündeten von dem Alpdruck der deutschen Seemacht zu befreien. Deutschland denkt nicht an eine Vernichtung der englischen Flotte, auch hier will es sich nur verteidigen. Überall also offensive Ziele auf der einen, defensive auf der andern Seite. Das bedeutet für den Kriegsfall eine größere innere Stärke der Triple-Entente dem Dreibund gegenüber, denn in dem Streben nach bestimmten Zielen, also in der Offensive, liegt ebenso wie auf dem politischen Gebiet auch in der Kriegführung die stärkere Kampfform. Man kann das Wesen des Dreibundes nicht nur in der gegenwärtigen politischen Spannung, sondern voraussichtlich auch auf weiter hinaus kurz so charakterisieren: der politisch am meisten bedrohte Teil der drei Kontrahenten Österreich, der militärisch bedrohteste Teil Deutschland, der politisch und militärisch am wenigsten interessierte Italien. Kommt es zum Krieg, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß seine Hauptlast auf den Schultern des von drei Seiten her durch seine Gegner umklammerten Deutschland liegen wird."

Der Generalstab hatte gehofft, bei gleicher Anspannung der Wehrkräfte wie in Frankreich, jährlich 150 000 Retruten mehr erhalten, die Friedensstärke des Heeres um etwa 300 000 Mann erhöhen zu können; auf dieser Grundlage hatte er eine Erweiterung der Friedensorganisation durch Aufstellung von mindestens drei neuen Armeekorps beantragt. In der schließlichen Entscheidung wurden die neuen Armeekorps aufgegeben; man blieb bei einer Erhöhung der jährlichen Rekrutenquote um rund 68 500 Mann stehen. Das Gesamtergebnis war ein Zuwachs von 4 000 Offizieren, 14 850 Unteroffizieren und 117 000 Mann. Die Gesamtstärke des Heeres war mit Ablauf des Quinquennats auf rund 819 000 Mann anzusetzen (die französischen Angaben übertrieben meist: 860 - 870 000). Der Hauptteil der Reformen sollte am 1. Oktober 1913 in Kraft treten.

Nachdem gegen Ende Januar 1913 zum ersten Male Nachrichten durchgesickert waren, war der Gesetzentwurf gegen Ende Februar fertiggestellt worden. Aber noch bevor er amtlich bekannt-

gegeben wurde,[69] und noch bevor man in Frankreich eine Vorstellung von dem Charakter und dem Ausmaß der Vorlage haben konnte, war hier die öffentliche Meinung dazu übergegangen, von ihrer Regierung sofortige Gegenmaßregeln zu verlangen. Und da die Franzosen ihre Friedenspräsenzstärke nicht mehr steigern konnten - schon der letzte einigermaßen Taugliche stand bereits unter den Fahnen -, so stürzten sie sich auf den einzigen radikalen Ausweg, der ihnen blieb. Schon Ende Februar erfuhr man in Berlin, daß in Frankreich die dreijährige Dienstzeit für alle Waffengattungen wieder eingeführt werden würde. Diese Nachricht veranlaßte den deutschen Generalstab noch zu einem letzten Vorstoß zugunsten seines ursprünglichen Antrages, doch blieb es bei dem inzwischen festgesetzten Entwurf.

Es war ein Triumph für die französische Volksseele - dessen sie zu bedürfen scheint -, daß man, indem man diese ungeheure Last nun auch noch auf sich nahm, mit dem Gegenschlag wenigstens noch früher auf den Plan trat als der Gegner, und bereits am 6. März, bevor noch der deutsche Entwurf vorlag, den amtlichen Entwurf eines Gesetzes veröffentlichen konnte. Schon in den Rüstungsmaßnahmen durfte keine Atempause eintreten - gerade als wenn es sich um kriegerische Operationen handle - und die Rückwirkung des Entschlusses auf das Land war derart, daß die Welt annahm: lange würden die Franzosen diesen Zustand nicht ertragen können, sondern den Krieg dieser dauernden Belastung vorziehen.[70]

Die Franzosen begnügten sich nicht, selbst bis an die äußerste Grenze ihrer Wehrfähigkeit vorzudringen, sondern sie versicherten sich gleichzeitig, daß der Russe eine sofortige und über jeden europäischen Vergleich erhabene Heeresverstärkung ins Leben rief.[71]

Das Ereignis der europäischen Geschichte in dem Jahr nach dem Balkankriege bestand darin: Rußland erschien wieder auf dem Kampfplatze, mit dem vollen Schwergewicht des Kolosses, zum Schlagen noch nicht ganz fertig, aber zum Schlagen bereit. Wie lange Zeit war vergangen, wo Rußland nicht bereit und nicht gewillt gewesen war! Das Jahrzehnt, in dem es das Schwergewicht seines offensiven Lebenswillens aus Europa hinaus, in den fernen Osten verlegt hatte. Und dann das Jahrzehnt, in dem es sich unter den Nachwehen des japanischen Krieges und der Revolution nur langsam erholt hatte. Es waren die Jahre der bosnischen Krisis (1908/9), auf deren Höhe das große Reich eingestand, daß es militärisch nicht bereit sei, oder das Jahr von Agadir (1911), in dem man unter der Hand den Franzosen dasselbe Geständnis machen mußte; es war die Zeit, in der man immer wieder in freundschaftlichen Monarchenzusammenkünften das alte Vertrauensverhältnis zu dem deutschen Nachbar auffrischte oder auch nur hinschleppte. Noch während des Balkankrieges 1912/13 war die russische Politik darauf hinausgelaufen, die Früchte reifen zu lassen, ohne daß sie selber zum militärischen Eingreifen genötigt wurde. In diese Jahre fällt die Reorganisation der russischen Armee durch den Kriegsminister Suchomlinow, der seit dem März 1909 - seit den Tagen, da der deutsche Rat die Russen auf den Weg des Friedens nötigte - "das Wunder der Wunder", eine Reorganisation von Grund auf, unter völliger Umgestaltung der Bedingungen für die Mobilmachung und den Aufmarsch, in die Hand genommen hatte.

Die Grundlagen dieser Organisation waren gelegt, der Ausbau noch nicht völlig abgeschlossen. Um das Werk mit größter Beschleunigung zu vollenden, griffen jetzt auch Willensstärke und verschlagene Hände von außen ein: der in der Führung Poincarés verkörperte Offensivwille des französischen Staates, der von dem Beginn des Balkankrieges an so vermessene Hoffnungen auf den allgemeinen Losbruch gesetzt hatte und immer wieder enttäuscht worden war. Jetzt war er entschlossen, dem Russen, wenn auch mit den größten Opfern, alles zu bewilligen, was ihm für die Durchführung seiner Operationen gegen Deutschland und für die Erlangung der vollen Zuversicht in die eigne Überlegenheit noch fehlen mochte. Als Poincaré, unmittelbar nach seiner Präsidentenwahl, den bisherigen Marineminister Delcassé als Botschafter nach Petersburg entsandte, "als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses",[72] gab er ihm einen besonderen Auftrag mit, der das Geheimnis dieser Mission war. Für die Franzosen kam alles

darauf an, im Kriegsfalle durch eine möglichst schnelle und weite Entfaltung der russischen Angriffsoperationen gegen Deutschland eine wirksame Entlastung gegenüber dem deutschen Angriff zu gewinnen. Delcassé sollte nun die Russen von der Notwendigkeit überzeugen, durch eine Vermehrung der strategischen Bahnen den Aufmarsch des russischen Heeres an der Westgrenze entscheidend zu beschleunigen; er war bevollmächtigt, alle hierzu erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten. Daß eine Reihe von neuen Eisenbahnlinien zu diesem Zwecke nötig sei, hatten die beiderseitigen Generalstäbe noch im Sommer 1912 gemeinsam festgestellt: sie zu bauen, d. h. ihren Bau zu ermöglichen, wurde jetzt eine Sache der zielbewußten französischen militärisch-politischen Initiative. Dieser Entschluß, der zu den ganz eindeutigen Tatsachen aus der Vorgeschichte des Weltkrieges gehört, war ausgelöst durch die peinliche Feststellung, daß die auf den Balkankrieg und seine Auswirkung gesetzten Hoffnungen fehlgeschlagen seien, daß - wie die französische Presse sich ausdrückte - "das Bündnis während der letzten Monate die Probe auf den Gang der Ereignisse nicht bestanden habe" (23. Februar 1913). Das Unrecht, das dadurch der französischen Nation geschehen war, die Bedrohungen, denen sie sich durch den Fehlschlag dieser Erwartungen ausgesetzt sah, mußte aus der Welt geschafft werden. Man muß schon den verlogenen Gedankengang dieser Presse buchstäblich hierhersetzen, um eine Vorstellung von dieser politischen Mentalität zu geben, die sich zu einem bedingungslosen Kampfwillen unter voller Wahrung des europäisch-friedlichen Dekorums bekennt: "Die Folge ist gewesen", so sagt die *Dépêche de Toulouse*, "daß Frankreich trotz des Bündnisses in Europa in gewisser Weise vereinzelt dasteht und dem deutschen Drucke ausgeliefert ist. Damit dieser beklagenswerte und gefährliche Zustand aufhört, ist es durchaus notwendig, daß Rußland eine Reihe militärischer Maßnahmen trifft, die mit denen in Einklang stehen, die es schon beschlossen hat und die Frankreich noch vorbereitet, sowie daß es durch eine Bedrohung der deutschen Ostgrenze ein Gewicht ausübt, wie es Deutschland gegen unsre Vogesengrenze ausüben muß. Für das europäische Gleichgewicht muß Rußland klar und entschlossen zu seiner Aufgabe als europäische Großmacht zurückkehren." Zu diesem Zwecke bewilligte Frankreich im Herbst 1913 für vier, später fünf Jahre der russischen Regierung eine Anleihe von jährlich einer halben Milliarde Franken, zum Bau der strategischen Bahnen an ihren Westgrenzen und zu einer weiteren Erhöhung der Friedenspräsenzstärke. Oder, wie es Präsident Poincaré in einem Schreiben an den Zaren vom 30. März 1913 ausdrückte: die große militärische Anstrengung, die Frankreich zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Streitkräfte zu machen beabsichtige (Einführung der dreijährigen Dienstzeit), bewirke, daß entsprechende Maßnahmen, über deren Notwendigkeit die Generalstäbe sich geeinigt hätten, gegenwärtig besonders dringlich seien; er kündigte dem Zaren zugleich an, daß Delcassé seine Regierung auf dem laufenden über diese wichtige und alle andern Fragen halten werde, die diese Betätigung des Bündnisses beträfen.

Wie weit sich diese Betätigung erstreckte, bleibt nur der Vermutung überlassen. Wir würden mehr von dem Geiste der Verhandlungen des Kriegsbotschafters Delcassé in Petersburg wissen, wenn Poincaré nach dem Weltkrieg den Mut als Mann bewiesen hätte, sich zu dem, was er und seine Gehilfen mit schließlichem Erfolge betrieben hatten, zu bekennen, statt die Kriegsschuldlügen mit zu decken. Es wäre sehr natürlich, wenn Delcassé und Suchomlinow (oder wer sonst sein Verhandlungspartner war) in den Verhandlungen über die strategischen Bahnen in Polen auch schon über die Kriegsoperationen gesprochen hätten. Und an einer Stelle wenigstens lüftet sich der Schleier, hinter dem wir die Franzosen so geschäftig am Werke sehen, das Fell des Bären zu verteilen. Während des Weltkrieges ergab sich im Oktober 1914 in Bordeaux eine Situation, in der Delcassé und Iswolski über die Kriegsziele verhandelten, wobei Delcassé nach Iswolskis Meldung ausdrücklich bestand: "auf Rückerstattung Elsaß-Lothringens, einige koloniale Forderungen, und als Hauptsache darauf, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische Kraft Preußens so viel wie möglich geschwächt werde". "Hierbei berief sich Delcassé - so berichtet der russische Botschafter - "auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bat inständigst, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß diese Forderungen und Wünsche das Notwendige darstellten, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten." Wenn die eine, die

treibende Seite, ihre Bedingungen nennt, wird auch die andre, die sich treiben ließ, die ihrigen nicht verschwiegen haben.

Die "Hauptsache" Delcassés wird nicht weiter überraschen. Die Vernichtung des Deutschen Reiches und die Schwächung der militärischen Kraft Preußens waren schon die Kriegsziele Napoleons III. in den Jahren 1868/70 gewesen, und sollten es auch unverändert für die französische Generation nach dem Weltkriege bleiben. Die Russen sprachen wohl in ihrer Überhebung von Österreich als von der "zweiten Türkei", die zerschlagen werden müsse. Hier aber hört man als Kriegsziel auch das Zerschlagen des Deutschen Reiches, als wenn es noch eine "dritte Türkei" gäbe, und zwar von einem Politiker, der zur Empfehlung dieses Unternehmens mit 2½ Milliarden Franken ausgerüstet ist. Im übrigen wurden die finanziellen Verhandlungen durch den russischen Ministerpräsidenten Kokowzow im Herbst 1913 in Paris abgeschlossen. Seine Versuche, wenigstens einen Teil dieser Summe für andre als strategische russische Bahnen verwenden zu dürfen, scheiterten an dem unerbittlichen Militarismus seines französischen Verbündeten - jeder Mißbrauch zu Friedenszwecken blieb, bei der harten Konsequenz der Darlehnsgeber, verboten.

Die Geschichte der russischen Anleihen in Frankreich ist ein interessantes Kapitel vor allem wegen ihrer Verflechtung mit der Politik, und so wenig das im einzelnen für alle Beteiligten an diesem ungeheuren Geschäft nachzuweisen ist, so hinterläßt es doch in großen Zügen eine Lehre, bei der es jedem überlassen wird, die Schlußfolgerungen zu ziehen. In den Jahren vor und während des Abschlusses des russisch-französischen Bündnisses, als der junge Revanchetraum die Verwirklichung eines glühenden Wunschbildes noch für so leicht und nahe hielt, in den Jahren 1888 - 1894, betrug die Summe der Anleihen Frankreichs an Rußland 7012 Millionen Franken. In dem dann folgenden Jahrzehnt, in dem die Russen - wie man in Paris stöhnte - mit dem französischen Gelde nach Ostasien "desertiert" waren, war der Anleihebetrag auf 1624 Millionen Franken gesunken. Erst das Jahr von Algeciras brachte wieder eine Anleihe von 1365 Millionen und das Jahr der bosnischen Krisis eine von 1120 Millionen Franken. Aber so eindeutig hatten sich bisher die politischen und militärischen Ziele noch niemals ineinander gefügt, wie bei den 2½ Milliarden Franken, die nicht nur die russische Kriegsrüstung (sie sind für diese kaum noch in wesentlichem Umfange praktisch geworden), sondern den russischen Kriegswillen finanzierten. In dem Bericht Kokowzows wurde ohne jeden Umschweif - selbst die Formen, in denen sich ein stolzer Staat bewegt, waren bei diesem Handel unbeachtet zu Boden gefallen - angegeben, daß die französische Regierung die russische Bereitwilligkeit "erwarte", sofort mit dem Bau strategischer Bahnen zu beginnen. Und damit wurde Suchomlinows großes Programm, auch in den entscheidenden Verkehrsgrundlagen seiner künftigen kriegerischen Operationen, von der Revanche im voraus finanziell gesichert.

Es hätte des Knallens der französischen Peitsche nicht bedurft, um das kriegerische Selbstgefühl der Russen nach dem Balkankriege ins Grenzenlose zu steigern. Schon im November 1912, als in diesem Kriege die großen Entscheidungen gefallen waren, tauchte in den russischen Ministerien eine Denkschrift nach der andern auf, in denen das große historische Ziel der Meerengen als dasjenige bezeichnet wurde, das nunmehr erstrebt werden müsse. Fast ihnen allen ist eigentümlich, daß sie wohl um die Schwierigkeiten wissen, die diesem Endziel von westmächtlicher, vor allem von englischer Seite bereitet werden können, und eben darum erfüllen sie sich mit der Vorstellung, daß es nur durch einen Weltkrieg zu erreichen sein werde. Schon die erste dieser Denkschriften fordert die Annexion der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen nebst den angrenzenden europäischen und kleinasiatischen Landstrichen für das russische Reich. Eine zweite, von dem Admiralstabschef Fürsten Lieven, geht in ihrem imperialistischen Überschwang noch ein Stück weiter, indem sie nicht nur Kleinasien und die Balkanhalbinsel, sondern auch alle Inseln des griechischen Archipels - Kreta nicht ausgenommen - annektieren möchte.[73] Die Marine entwarf schon im Sommer 1913 einen gewaltigen Flottenbauplan. Die Diplomaten dagegen waren sich wenigstens darüber klar, daß der Besitz der Meerengen "nur im Falle eines allgemeinen Krieges in Europa oder eines großen europäischen Krieges schlechthin zu erlangen sein würde".[74]

Die andre Möglichkeit betraf die Balkanwelt selbst. Zwar hatte man sich darein gefunden, daß diese Gewalten fortan auf eignen Füßen standen, aber in der Mitte dieser Kräfte hatte sich Rußland als der Führer erhoben, bereit, sie zu lenken.

Es hatte auch in der letzten Krisis den Serben nicht alle Wünsche erfüllen können, aber stand als verheißender Protektor hinter ihnen. Nach altem russischen Brauche waren amtliche Kundgebung und heimliche Ermunterung weit voneinander geschieden. Anfang Mai 1913 hatte Zar Nikolaus II., dem Friedensschlusse gemäß, den *status quo* im Osten feierlich mahnend anerkannt; unmittelbar darauf, und wie zum Hohn auf die Versicherung des Zaren, schrieb Sasonow (6. Mai) nach Belgrad: "Serbien hat erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen, und zur Erreichung seines Zieles muß es noch einen furchtbaren Kampf bestehen, bei dem seine ganze Existenz in Frage gestellt werden kann. Das gelobte Land der Serben liegt im heutigen Österreich-Ungarn." In denselben Tagen äußerte er sich zum serbischen Gesandten, man müsse für die Zukunft arbeiten: sie würden viel Land in Österreich bekommen.

Daß die nationalistischen Leidenschaften der Serben eine grenzenlose Verantwortung tragen und von ihr niemals in dem Gedächtnis der Weltgeschichte befreit werden können, bedarf keiner Erörterung. Es ist aber selten mit voller Schärfe ausgesprochen worden, daß die russische Staatskunst, von ihrer Leitung bis zu ihrem Gesandten in Belgrad - der doch nur ein untergeordnetes Organ war - im höheren Sinne mit dieser Verantwortung belastet ist. Die serbische Hybris von 1913/14 ist auf dem Boden dieses neuen russischen Imperialismus erwachsen: "Zu dem Hasse gegen die Monarchie", so schildert der österreichisch-ungarische Militärattaché am 14. Februar 1914[75] die Situation, "gesellte sich, insbesondre seit dem Kriege, eine unglaubliche Geringschätzung unsrer politischen und militärischen Stärke. Täglich kann man in den Zeitungen Äußerungen lesen, daß, wie ganz Europa weiß, die Monarchie ihrem Zerfalle entgegengeht und ihrem Ende schon nahe gekommen ist, oder zum Beispiel, daß in einem europäischen Kriege Deutschland allein mit Rußland und Frankreich wird kämpfen müssen, da zum Niederwerfen der »zweiten Türkei« Rumänien, Serbien und Montenegro vollauf genügen."

Schon während des Jahres 1913 konnte eine weitere Frucht der Umgestaltung auf dem Balkan gepflückt werden. Das Königreich Rumänien, seit einem Menschenalter Bundesgenosse der Mittelmächte, begann sich allmählich, aber unaufhaltsam aus dem Dreibund herauszulösen. Der Rumäne konnte den großserbischen Möglichkeiten durch ein Großrumänien, das aus Ungarn und Siebenbürgen herausgeschnitten werden sollte, ein zweites Beispiel hinzufügen; er war, nachdem einmal die Entscheidung für diese Front gefallen war, der geborene Bundesgenosse für die Serben, und der zweite Balkankrieg, den Rumänien zusammen mit Serbien gegen Bulgarien führte, war nur die rasch durchschrittene Vorstufe zu einer viel gefährlicheren Stellung, mit der auch Rumänien sich in die große Front gegen Österreich einreihte.

Solange König Karl lebte, war der formelle Übertritt Rumäniens in das andre Lager nicht zu erwarten. In Petersburg glaubte man schon im Winter 1913/14 damit rechnen zu dürfen, daß der eiserne Ring, mit dem das Habsburgerreich für den Kriegsfall eingeschlossen war - von Krakau, nahe der deutschen Grenze, um Galizien, Bukowina, Siebenbürgen bis zur Adria reichen würde. Die Deckung, die Österreich-Ungarn seit vierzig Jahren nach dieser Seite besessen hatte, war immerhin in Stücke zerbrochen, und diese Schwächung des Bundesgenossen mußte auf das Deutsche Reich zurückwirken. Die Balkanereignisse des Sommers und Herbstes 1913, die hier nur gestreift werden können, sind auch deshalb von großer Tragweite für die deutsche wie für die österreich-ungarische Politik, weil die beiden Mittelmächte an diesem Punkte in eine tiefe Meinungsverschiedenheit untereinander gerieten. Während Deutschland alles daran setzt, Rumänien unter der verehrungswürdigen Gestalt seines greisen Fürsten an der Seite des Dreibundes - über das Mögliche hinaus - zu erhalten, und infolgedessen auch für die Aufrechterhaltung des Friedens von Bukarest eintritt, ist Österreich-Ungarn schon dazu übergegangen, sich für die Revision des Friedens zu bemühen und

im Bundesverhältnis den Rumänen durch den Bulgaren zu ersetzen. In diesen neuen Gruppierungen suchen auch die Griechen an der Seite des Dreibundes Fuß zu fassen. Man glaubt bei diesen diplomatischen Anstrengungen schon die Luft des Kommenden unmittelbar zu atmen; die Ereignisse gehören weniger der Vorgeschichte des Weltkrieges an, insofern, als sie nicht auf seine Auslösung hinwirken, sondern schon in die Bindungen hinüberspielen, die sich während des Krieges ergeben sollten.[76]

Wer aber diese politische Atmosphäre betrachtet, begreift, wie gierig das jetzt hemmungslos sich entfaltende russische Selbstgefühl - nach den Jahren gedämpften Auftretens - sich an der stimulierenden Kost all dieser Vorgänge nährt. Es findet seinen Ausdruck in den politischen Methoden, mit denen ein an sich begrenztes Ereignis, wie die Mission Liman von Sanders, wochenlang mit Vorbedacht zu einem Weltkonflikt zu steigern versucht wird (November 1913 bis Januar 1914).

Noch während des ersten Balkankrieges, im April 1913, hatten zwischen dem Berliner Auswärtigen Amte und der Türkei Verhandlungen über Entsendung einer deutschen Militärmission nach Konstantinopel begonnen; der Kaiser hatte den Zaren im Mai 1913 davon unterrichtet, ohne jedoch die Bedenken dadurch zu zerstreuen. Die Jungtürken, unter Führung des Großvezirs Mahmud Schewket, waren entschlossen, einen umfassenden Versuch zu machen, den Staatskörper des ihnen verbliebenen Reiches durch Reformen, mit Hilfe europäischer Instrukteure, zu erneuern. Ein englischer Admiral sollte die Flotte, ein französischer General die Gendarmerie, ein deutscher General die Armee reformieren. Die Wahl der Instrukteure für die verschiedenen Ressorts ließ auf vorsichtige Überlegung schließen; mit Recht wurde von Sachkennern festgestellt, daß die Macht, welche die Armee kontrolliere, in der Türkei immer die stärkste sein würde.[77] So kam es zu der Berufung des Generals Liman von Sanders, die nach späterem russischen Urteil "gewissermaßen den Anfang der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen" bildet[78] - ja, die Episode hätte beinahe den Anlaß gegeben, schon um die Wende des Jahres 1913/14 den Weltkrieg zu entzünden.

Es hatte seit Jahrzehnten in der Türkei deutsche Militärmissionen von wechselnder Stärke gegeben, und wenn ihr neuer Führer, General Liman von Sanders, seinen Wohnsitz in Konstantinopel nehmen wollte, so tat er nur dasselbe, wie zwölf Jahre hindurch vorher sein Vorgänger **von der Goltz**. Aber um die Mission durchgreifender zu gestalten - und die Türken hatten auf diesem Gebiet ihre Erfahrungen gesammelt - war dieses Mal vorgesehen, daß ihr Chef zugleich das Kommando über das erste Armeekorps in Konstantinopel, das zu einem Musterkorps für Lehrzwecke entwickelt werden sollte, übernahm. Damit war für die Russen das Schlagwort gegeben. Sie hatten die deutschen Missionen nie geliebt, in ihrer Erneuerung sahen sie ein unmittelbares Hindernis für Pläne, die sich jetzt mit unwiderstehlichem Zwange ihrer Begehrlichkeit aufdrängten. Sie meinten, die "preußische Garnison in Konstantinopel" oder "eine Art von deutscher Diktatur am Bosporus", wie der Franzose es ausdrückte, nicht ertragen zu können.

Am 13. November 1913 eröffnete Sasonow den Angriff, "peinlich berührt" von der Angelegenheit, wo doch die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen vertrauensvoller denn je seien: dies sei keine militärische - urteilte er -, sondern eine politische Frage. In den nächsten Tagen weilte in Berlin der Ministerpräsident Kokowzow, von Paris kommend, wo er über die Unterbringung der russischen Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Geldmarkt verhandelt hatte. Vergeblich bemühte sich Bethmann Hollweg, ihm die - sozusagen - technischen Gründe zu erläutern, die zu dem Entschlusse geführt hätten: die Fortsetzung einer alten Einrichtung, die man - ohne einen Echec vor der Welt einzugestehen - den bittenden Türken nicht hätten versagen können; auch würde sonst eine andre Großmacht an die Stelle getreten sein. Aber mit guten Gründen läßt sich keine Macht überzeugen, wenn sie auf ihrem Wege ein Hindernis sieht. Erneut erging von Sasonow an Bethmann Hollweg die Aufforderung, die eminent **politische** Frage der Residenz und Kommandogewalt des Generals nicht diesem selbst zu überlassen, sondern eine Entscheidung des Kaisers darüber herbeizuführen.

Schon regte die französische Regierung - vom ersten Augenblick an in fester Front neben dem Russen - einen Kollektivschritt des Dreiverbandes in Konstantinopel an; er scheiterte daran, daß die englische Regierung nur in sehr harmloser Weise mitmachen wollte. Es wurde indes erkennbar, daß die Dinge sich rasch zu einer Prestigefrage - auch für Deutschland - entwickeln konnten. Bethmann Hollweg meinte schon am 29. November: augenblicklich würde jede Konzession als ein Zurückweichen vor französischen und russischen Drohungen aufgefaßt werden und einen Sturm der Entrüstung heraufbeschwören. Indem die europäische Presse sich des Streites bemächtigte, stieg die Gefahr, und der Kaiser hatte Recht, Mitte Dezember festzustellen: "Es handelt sich um unser Ansehen in der Welt, gegen das von allen Seiten gehetzt wird! Also Nacken steif und Hand ans Schwert." Mit einem Schlage ging es um eine Entscheidung, die bei den großen Mächten lag, und diese waren es, die Krieg und Frieden in den Falten ihrer Toga hielten.

Die Frage war, ob die den Balkankrieg beherrschende unterschiedliche Haltung der beiden Westmächte fortdauern würde. Grey hatte von Haus aus wenig Neigung, an der Protestaktion in Konstantinopel mitzuwirken. Es war formell nicht einmal leicht für ihn, weil der englische Admiral in Konstantinopel die gleiche Residenz und Kommandogewalt (was allerdings bei der Flotte weniger besagte) wie der deutsche General besaß. Aber er ließ sich doch zur Beteiligung bereitfinden, als der Russe dringlich warnte: er werde Greys Verhalten in dieser Frage zum Prüfstein für die Gesinnungen der englischen Regierung gegen Rußland machen. So erfolgte am 13. Dezember der gemeinsame Schritt, daß die Vertreter der Mächte des Dreiverbandes dem Großwesir eine Reihe von Fragen im Hinblick auf die deutsche Mission und ihre Gefahren für die Unabhängigkeit der Türkei vorlegten. Der Türke lehnte würdevoll ab, die Fragen zu beantworten.

Damit wurde die Lage vollends gefährlich. Nach welcher Seite würde sich der Zündstoff entladen?[79] Es klang schon sehr bedenklich, wenn Rußland für den Fall, daß sich kein Ausweg finde, Zwangsmaßregeln durch Besetzung einzelner Plätze anregte. Daß Sasonow gerade in diesen Tagen - am 8. Dezember - dem Zaren eine Denkschrift über die Meerengenfrage unterbreitete, läßt auch darauf schließen, daß er dem Lauf der Dinge rechtzeitig einen Hintergrund von weltgeschichtlicher Tragweite zu geben wünschte.

Der Friede wurde nur dadurch erhalten, daß man auf deutscher wie auf türkischer Seite den Ausweg wählte, Liman von Sanders zum türkischen Marschall zu ernennen und kraft dieser Beförderung über die Kommandogewalt eines Korpskommandeurs in Konstantinopel hinauszuheben. Damit war die deutsche Politik, angesichts der unverkennbaren Kriegsbereitschaft Rußlands und Frankreichs, bis hart an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen, wenn man sich auch damit abfinden konnte, daß in Wirklichkeit der Generalinspekteur gewinne, was der kommandierende General verliere.[80] Es ist wohl getadelt worden, daß man sich auf deutscher Seite in ein Unternehmen eingelassen habe, das so scharf in die russischen Empfindlichkeiten einschneiden mußte; aber die Dinge liegen doch wohl so, daß die Russen, wenn Liman ursprünglich nicht zum Kommandierenden General in Konstantinopel ernannt worden wäre, nur einen andern Punkt des deutschen Programms hervorgeholt haben würden. Um jede russische Empfindlichkeit zu vermeiden, hätte jetzt eine Politik geführt werden müssen, die den völligen Verzicht Deutschlands auf seine Orientstellung während der letzten Jahrzehnte in sich geschlossen hätte.

Hinter dem Streit um Titel und Dienstauftrag eines deutschen Offiziers verbarg sich, wie in einer am blauen Himmel auftauchenden dunklen Wolke, ein großes Gewitter. Es handelt sich um die erste Ansage eines Kampfes um die Herrschaft an einer der weltgeschichtlichen Stellen der Erde. Die Russen hatten sich von neuem versichert, wen sie auf ihrem Wege als Freunde finden würden: die französische Regierung hielt sich von vornherein auf das engste an die russische Führung und verpflichtete sich, in sorgsam abgewogener Formulierung, auch schriftlich, sich bei allen Schritten der russischen Regierung anzuschließen. Der Präsident der Republik, Poincaré, der fortlaufend auf das radikale Kabinett eingewirkt hatte, schloß sich "auf das allerbestimmteste" dieser Erklärung an: mit

Rußland in dem schwebenden Streitfall bis zum Ende zusammenzugehen. Die Franzosen waren zum Kriege bereit, wie sie es schon im Winter 1912/13 gewesen waren. Iswolski stellte - nicht zum ersten Male - fest, daß in diesen Worten Poincarés "mit vollem Vorbedacht die ruhige Entschlossenheit ausgedrückt wird, sich unter den obliegenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns auferlegt".[81] Dem entsprach, daß auf russischer Seite - in jener Sonderkonferenz vom 13. Januar, die über die gegen die Türkei zu treffenden Nötigungsmaßnahmen beraten sollte - die einleitende, mit voller Präzision gestellte Frage: "Ist der Krieg mit Deutschland erwünscht und kann Rußland ihn führen?" vom Kriegsminister und Generalstabschef dahin beantwortet wurde, daß Rußland die volle Bereitschaft besitze.

So begann sich Sasonow immer mehr der Vorbereitung einer großen weltgeschichtlichen Aktion zu nähern. Am 8. Februar berief er die Häupter der politischen, militärischen und maritimen Sachverständigen zu einer Sonderkonferenz, die für den Fall, daß irgendwelche Ereignisse die internationale Lage der Meerengen radikal ändern könnten, ein bis ins kleinste ausgearbeitetes Programm für die Durchführung der Besitzergreifung durchberaten sollte.[82] Es ist dabei bemerkenswert, daß er sich die Lösung nicht als einen isolierten Vorgang dachte, sondern sich offen gegen die Annahme aussprach, "daß die russischen Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden"; dieselbe Annahme vertrat der Chef des Generalstabs. Es ergab sich daraus, daß für das nächste konkrete Ziel der russischen Außenpolitik der Weltkrieg als etwas Unvermeidliches in Rechnung gestellt war, als Hintergrund und Konstellation des säkularen Unternehmens; wie der Marinesachverständige es ausdrückte, hieß das Ziel jetzt: "die deutschen und österreichischen Heere schlagen, worauf wir in Berlin und Wien unseren Willen diktieren und die Meerengen erhalten". Die auf dieser Voraussetzung ruhenden Beschlüsse wurden von Sasonow dem Zaren unterbreitet und von diesem genehmigt.

Dabei war für Sasonow noch ein ungewisses Element in der diplomatischen Rechnung übrig geblieben, das er vor dem weiteren Vorgehen geklärt zu sehen wünschte: das war die immer wieder undurchsichtige, immer wieder Zweifel erweckende Politik Englands.[83] Wohl suchte ihn der Botschafter in London, Graf Benckendorff zu beruhigen: man müsse Grey Zeit lassen und Vertrauen schenken; England sei weder auf ein Bündnis mit Frankreich noch mit Rußland vorbereitet; wenn Rußland die transpersische Bahn allzusehr betreibe, so werde das insulare Vorurteil die Richtung auf Indien darin entdecken. Aber Sasonow wollte sich nicht beruhigen lassen; er wünschte ein Organ zur Vereinheitlichung der Ansichten und des Vorgehens der Mächte; vor allem aber verlangte er eine solidere Basis für die Beziehungen, er verlangte das Bündnis: "die Franzosen sind der gleichen Meinung." Er gab vor, unter der Entmutigung wegen der schwankenden und unklaren Politik des englischen Kabinetts zu leiden, und unter der Unmöglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen. So kam er immer wieder auf die Formel zurück, der Weltfriede sei erst an dem Tage gesichert, an dem der Dreiverband sich in ein, in allen Zeitungen der Welt angekündigtes Defensivbündnis ohne Geheimklauseln verwandelt habe - an diesem Tage werde die Gefahr einer deutschen Hegemonie verschwunden sein. Daß er einige Tage vorher dem amtlichen Rußland und dem Zaren eine Unternehmung vorgeschlagen hatte, bei der nicht der Weltfriede, sondern der Weltkrieg als Voraussetzung angenommen würde, schien er vergessen zu haben. Es war für den russischen Minister unerträglich: "sich am stärksten fühlen und doch dauernd einem Gegner weichen, dessen Übermacht lediglich in seiner Disziplin besteht, das ist nicht nur eine demütigende, sondern auch eine gefährliche Sache". In diesem Satze wird also die angebliche deutsche "Hegemonie" wieder außer Kraft gesetzt - in den Aktenstücken der Entente in diesen letzten Monaten erscheinen die deutsche Hegemoniegefahr und die Überlegenheit gegenüber dem Deutschen so friedlich nebeneinander, daß man in Verlegenheit gerät, diesen unwahren Seelenzustand richtig zu bezeichnen.[84]

Benckendorff suchte dagegen seinen Minister durch den Nachweis zu überzeugen, daß doch auch unter den Engländern die Schicht derer viel breiter sei, die den natürlichen Ausgang der Ententepolitik in ihrem Einmünden in einen Feuerkreis erblickten, der die Bombe zum Platzen bringen

würde. Dieser Auffassung huldige das *Foreign Office*, die Nicolson und Buchanan, Hardinge, Mallet und Sir Eyre Crowe, die Militärs und Marineleute größtenteils. Er war sogar überzeugt, wenn Grey könnte, täte er es morgen, aber er gehöre zu den Menschen, die selten von den Dingen reden, bevor sie sie für spruchreif halten. In seinem anspielungsreichen Brief gab er, aus nächster Nähe langjährigen Umgangs, ein Bild Greys, in dem das berechnende, hinterhaltige, zweideutige Element stärker als von irgend jemanden aus dem Feindeslager gesehen wird: "Die drohende deutsche Hegemonie beschäftigt ihn andauernd, allem Anschein zum Trotze, er verfolgt deren Fortschritte mit Sorge. Glauben Sie nicht, er sei blind. Er ist kein Mann der Initiative... vor allem nicht der Drohungen..., ehe der Dreibund sich nicht ganz offenbar - was für das englische Publikum nötig ist - und deutlich ins Unrecht gesetzt hat. Er ist beinahe dabei, ihm Fallen zu stellen."

Immer eindeutiger schimmerte im Laufe des Jahres 1913 und in den ersten Monaten des Jahres 1914 der Offensivwille Frankreichs und Rußlands selbst durch die zurückhaltende Sprache der Akten hindurch - wie viel undurchsichtiger mußte der Welt und bis zu einem gewissen Grade sogar den Eingeweihten das Gespinst erscheinen, das Edward Greys gelassene und beherrschte Hände woben.

Sein Programm bestand seit dem Beginn der Balkankriege darin, nach Möglichkeit zu verhindern, daß sich aus dieser Krisis ein großer Krieg entwickle, und, wenn es sich herausstellte, daß Deutschland einen ähnlichen Weg verfolgen würde, zu diesem Zwecke mit ihm, innerhalb gewisser Grenzen, in näherer Fühlung zusammenzuwirken - das war der Ölzweig, den er im Oktober 1912 nach Berlin hinübergereicht hatte. Innerhalb gewisser Grenzen, denn wenn Deutschland auf diesem Wege der mittleren Linie in der diplomatischen Unterstützung Österreich-Ungarns nach Greys Meinung nur etwas zu weit für Rußlands Empfindlichkeiten (und die dadurch mögliche Gefährdung des Friedens) gehen sollte, dann wollte er es, wie wir am 4. Dezember 1912 beobachten konnten, rechtzeitig in aller Freundlichkeit vor den Folgen warnen; d. h. ohne viel Umschweife daran erinnern, daß man auf diese Weise in den Weltkrieg hineinsteuere, und daß dann allerdings, nach dem automatischen Ablauf der kontinentalen Bündnisse, auch England auf dem Kampfplatz erscheinen und nach seiner Auffassung vom europäischen Gleichgewicht Partei ergreifen würde. Dann werde der Ölzweig von dem Orkan des Weltkriegs verschlungen.

Damit war das Verhältnis der beiden Mächte, nach allen gefährlichen Spannungen, die ihr Zusammenleben über ein Jahrzehnt vergiftet hatten, gekennzeichnet. Man konnte in den laufenden Welthändeln freundschaftlich zusammengehen, einen gewissen gemeinsamen Einfluß ausüben und dadurch das Verhältnis sogar noch vertiefen. Um Anfang März sprach Grey sich zu dem englischen Botschafter in Berlin anerkennend darüber aus, daß sich die Beziehungen zu Deutschland gebessert hätten; Kiderlen-Wächter - dessen derbere Art seinen geräuschlosen Methoden an sich kaum zusagte - "habe für den Frieden gearbeitet und Jagow tue dasselbe".[85] Es ist möglich, daß man auch auf Umwegen auf den Kaiser einzuwirken suchte, um ihn über die Absichten Englands zu beruhigen.[86] Der Verlauf der zweiten Balkankrisis (März bis Mai 1913) bestärkte Grey in seiner Überzeugung, und wer im April 1913 nach London kam, konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß der Wind umgeschlagen sei wie seit einem Jahrzehnt nicht. Wenn ich aus einem Privatbriefe Lord Haldanes, den ich damals kennenlernte, aus dem Mai 1913 hier einige Worte wiedergebe, so geschieht es, weil man so in den leitenden Kreisen Englands damals allgemein zu den Deutschen sprach: "Es ist eine wirkliche reine Freude für mich, zu fühlen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien endlich ausgezeichnet werden. Möge diese Entwicklung fortfahren und an Stärke zunehmen." Es war gewiß nicht die ganze Wahrheit und vielleicht nicht einmal die halbe Wahrheit, sondern eine begrenzte Teilwahrheit. Denn alles, was hier an ehrlicher Überzeugung über das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis der beiden Völker ausgesagt wurde, war und blieb eingebettet in einen großen Vorbehalt, wenn man will Hintergedanken: Das alles gilt, solange dieses freundschaftliche Verhältnis nicht auf eine ernstere Probe gestellt wird, keinen Augenblick länger. Führt ein kontinentaler Zusammenstoß, der die Bündnisverpflichtungen in Kraft

treten läßt, zu einem Kriege, dann wird auch England, aus freier Entschließung, seinen vorgesehenen Platz unter den Kämpfenden einnehmen: dann verschlingt ein Weltgegensatz, in dem alle Mächte nach ihren Interessen zu handeln genötigt sind, alle freundschaftlichen Rücksichten der zweiten Linie - dann wird Grey in dem ganzen Umkreis der fälligen Verpflichtungen, Kombinationen und Eventualitäten sich dem Gebote der Staatsräson unterwerfen.

Für dieses England von 1913 bestand die deutsche Rivalität noch fort, insbesondere, als dominierende politische Tatsache, die Flottenrivalität. Freilich, der verhetzende Flottenstreit von ehedem hatte aufgehört. Man hörte die auf friedliches Entgegenkommen gestimmten Ausführungen von Tirpitz im Februar 1913 mit Achtung an; nach einer gewissen Zeit antwortete Churchill mit dem akademischen Vorschlag eines Feierjahres; aber alles das hatte, zumal da der Bau in dem stillschweigend anerkannten Verhältnis 16 zu 10 weiterging, keine besondere Bedeutung mehr. Es war daher ein Irrtum auf deutscher Seite, von der Marine ausgehend,[87] dem auch der Kaiser[88] und sogar der Reichskanzler von Bethmann Hollweg[89] verfielen: daß die Engländer sich in diesen Gegensatz wie in ein Schicksal gefunden hätten. Sie besaßen, um der deutschen Gefahr im Notfalle zu begegnen, neben der eignen größeren Flotte, das System ihrer Weltpolitik und waren entschlossen, mit Hilfe dieser Rückversicherung ihres eignen Schicksals Meister zu bleiben.

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich, inwiefern die beiden nebeneinander laufenden und sich scheinbar widersprechenden Linien der großen Politik Englands gegenüber Deutschland in dem letzten Jahre vor dem Weltkriege gleichzeitig möglich waren: die beiden großen deutsch-englischen Abkommen auf dem afrikanischen und asiatischen Schauplatze und die gegen Deutschland gerichtete Festerknüpfung des Bandes mit den Ententegenossen.

Die deutschen Verhandlungen zerfielen in zwei Hauptgruppen: in eine Wiederaufnahme des deutsch-englischen Vertrages über die portugiesischen Kolonien, und ein Abkommen über die Endstrecke der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf; beide Angelegenheiten wurden in einem Geiste geführt, den man in der Zeit von 1902 bis 1912 niemals zu hoffen gewagt hätte, und gelangten noch vor der Schwelle des Weltkrieges zum vertragsmäßigen Abschluß; sie erweckten in denen vor allem, die sie auf deutscher Seite betrieben, unendliche Hoffnungen und hinterließen die bittersten der Enttäuschungen.

Das Kolonialabkommen war von den weitausschauenden Versprechungen, die zur Zeit der Haldane-Mission gefallen waren, eigentlich das letzte Überbleibsel.[90] Während der Balkankrisis hatte Grey mit vollem Bedacht diese Karte wieder hervorgeholt, um auf dieser Annäherungsbasis das zarte Gewächs des Vertrauens wieder zum Wachsen zu bringen. Die Verhandlung ging darauf hinaus, das unglückliche Abkommen von 1898 von seiner zweideutigen Verkoppelung mit portugiesischen Anleihebedürfnissen zu befreien, ohne weiteres die Teilung in wirtschaftliche Interessensphären der beiden Mächte vorzunehmen und diese Aufteilung in einer für Deutschland günstigen Weise zu verbessern. Der am 20. Oktober 1913 in London paraphierte Vertrag war, technisch beurteilt, für Deutschland günstig - gegen den Verzicht auf die portugiesische Hälfte der Insel Timor und einen Streifen am Sambesi, wurde Deutschland das mittlere Angola und die Zusage des englischen Desinteressements an den portugiesischen Inseln São Thomé und Principe überwiesen; damit wurde in Südwestafrika ein kompaktes Kolonialgebiet geschaffen mit einer Küstenausdehnung von 20 Breitengraden - also ein ernstlicher Schritt zu jenen kolonialen Konzentrationsplänen, die schon bei dem Vorstoße Kiderlens im Hintergrunde gestanden hatten - so wenig man heute auch an dem Auftauchen dieser fernen Luftschlösser inmitten der europäischen Kriegsatmosphäre Geschmack zu gewinnen vermag.

Nach der sachlichen Einigung ergab sich eine mehr formale Schwierigkeit daraus, daß Grey die Veröffentlichung der Verträge von 1898 und 1913 nur gleichzeitig mit der Veröffentlichung des englisch-portugiesischen Windsorvertrages von 1899 zulassen wollte; die deutsche Regierung

wünschte die letztere nicht, weil sie von ihr in der öffentlichen Meinung eine bittere Kritik befürchtete und sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, noch einmal betrogen zu werden. Darüber zögerte sich die Ratifikation hin, zumal da auch das Mißtrauen der Franzosen sich einzumischen begann;[91] die Deutschen wünschten die Unterzeichnung, während die Engländer sie ohne Veröffentlichung für nicht möglich hielten.[92] Der Gesandte Rosen bezeichnete das Abkommen als "das Beste, was die kaiserliche Politik - soweit sie eine schaffende und erwerbende sein kann - seit dem großen Zeitalter der Gründung des Reiches geleistet hat".[93] Das mochte übertrieben sein, aber die Berliner Bedenken, in denen allerhand politische Kampfscheu mitspielt, können angesichts der Weltlage, die damals gewiß jede Art von Entlastung brauchen konnte, wenig Stich halten.[94] Schließlich wurde die Sache erst in den Tagen von neuem angefaßt, als die Flammen des großen Brandes schon um den Erdball züngelten.

Einen ähnlichen glücklichen und dann doch nicht ganz sich vollendenden Lauf nahm die Einigung über das Bagdadbahnprojekt. Der zeitliche Ausgangspunkt liegt hier fast an derselben Stelle, in den ersten Monaten des Jahres 1913, als die Engländer mit den Türken darüber verhandelten, den Bahnabschnitt Bagdad - Basra nur als türkische Staatsbahn unter Zustimmung der britischen Regierung bauen zu lassen. Damals gab Staatssekretär von Jagow die Erklärung ab: "Wir sind nach wie vor bereit, uns mit dem Londoner Kabinett über die Bagdadbahn zu verständigen, und werden es begrüßen, wenn die einzige akute Frage, die zwischen Deutschland und England schwebt, zur beiderseitigen Befriedigung aus der Welt geschafft wird." Man legte besonderen Wert darauf, daß diese Frage, die gegen den deutschen Wunsch durch die Haltung der englischen Regierung und Presse zu einer politischen Frage umgestempelt worden sei, von der Tagesordnung verschwinde und dadurch der allgemeinen Besserung der Beziehungen zugute käme. Gleich darauf begannen die Verhandlungen, auf deren Einzelheiten in diesem weltgeschichtlichen Augenblick nicht mehr einzugehen sein wird. Der große Vertrag ist in den Tagen von Serajewo zum Abschluß gebracht und paraphiert worden. Eine von dem Berliner Auswärtigen Amte an den Botschafter Fürsten Lichnowsky übersandte undatierte Vollmacht zur Unterzeichnung ist das letzte Aktenstück aus der Geschichte der englisch-deutschen Weltbeziehungen.

Daß die Vertragsergebnisse der beiden Verhandlungen in beiden Fällen nicht die allerletzte völkerrechtliche Form gefunden haben, ist zu beklagen, macht aber für den Schicksalsgang der Ereignisse vom Juli 1914 nichts aus. Bedeutungsvoller ist die Tatsache, daß die Verträge und der in ihnen geführte Nachweis der deutsch-englischen Verständigungsmöglichkeit auf die allgemeinpolitischen Ziele Greys im Juli 1914 keine Einwirkung geübt haben. Die deutsche Außenpolitik hatte sich vielleicht einer solchen Illusion hingegeben; wer heute, wo alle Zusammenhänge offen vor uns liegen, die Entwicklung der englischen Politik überblickt, wird nicht mehr dadurch überrascht sein.

Wir sahen, wie die Russen nach dem Übergang zur Aktion alles an den Ausbau der Entente mit England setzten. Schon im Februar 1914 hatten sie in London angeklopft, ob die lockere Entente nicht in eine festere Form gebracht werden könnte.[95] Am 15. April 1914 schrieb Sasonow an Benckendorff: "Es ist nötig, daß die Engländer nicht die unerbittliche Notwendigkeit aus dem Auge verlieren, einen aktiven Teil an dem Kampf gegen Deutschland zu nehmen, an dem Tage, wo dieses einen Krieg unternehmen wird, dessen Ziel nur der Umsturz des europäischen Gleichgewichts sein kann."[96] Die französische Diplomatie nahm die russischen Wünsche mit besonderem Eifer auf, erwog die Art, wie sich die Fäden würden fester ziehen lassen, und versprach, den Besuch des englischen Königspaares in Paris (21./24. April 1914) zu diesen Verhandlungen zu benutzen. Das geschah. In einer langen Besprechung am 23. April trug der französische Ministerpräsident Doumergue die russischen Wünsche mit einer Begründung, die auf sich beruhen mag, dem englischen Außenminister vor. Das Überraschende war, daß Grey, mit den üblichen Vorbehalten, sich sofort vollkommen bereit erklärte. Er schlug vor, daß zu diesem Zwecke die beiden Kabinette dem Petersburger Kabinett alle bestehenden Abkommen: die Militär- und Marinekonventionen und den Grey-Cambon-Briefwechsel mitteilen und damit den Russen Anlaß geben sollten, in einen

Meinungsaustausch mit England über ein entsprechendes Abkommen zu treten; dieses werde offenbar nur eine Marinekonvention sein können.[97] Die Franzosen waren selbst erstaunt über das rasche Eingehen Greys auf Pläne, die er noch im Oktober 1912 von der Hand gewiesen hatte; sie legten auf die Sache nicht viel Wert, wollten aber den Russen bei guter Laune halten und ihn nicht durch Weigerung kränken; und so hielt auch Grey die Flottenfrage in der Ostsee für wenig bedeutsam, aber er fürchtete die Russen zu verletzen, indem sie meinen könnten, nicht unter den gleichen Bedingungen wie die Franzosen behandelt zu werden. Er fügte die Worte hinzu, die etwas tiefer in sein Inneres blicken lassen: "es könnte ihnen sogar den Eindruck geben, daß wir, seitdem wir zum ersten Male in militärische Besprechungen mit Frankreich gewilligt hätten, unsre Gemüter gegen die Teilnahme an einem Kriege verschlossen hätten; und diesen Eindruck hervorzurufen, würde verwirrende Folgen haben können und der Wahrheit nicht entsprechen." Fürchtete Grey, den kriegerischen Kredit Englands einzubüßen, in diesen Zeitläufen und diesem Genossen gegenüber?

Der weitere Verlauf der Verhandlung über die Marinekonvention ist beinahe von geringerem Interesse. Sie wurde am 12. Mai in London zwischen Grey, Cambon und Benckendorff eröffnet und beschloß, daß der russische Marineattaché in London mit dem englischen Admiralstab in Besprechung treten solle. Aber der Fortschritt zögerte sich hin, zum Teil aus äußerlichen Gründen, zum Teil aus tiefliegenden Ursachen. Das Geheimnis sickerte durch, Anfragen im Unterhaus blieben nicht aus, auch die deutsche Diplomatie führte eine ernste Sprache - man muß schließlich in London froh gewesen sein, die Sache hinzuziehen oder zu vertagen. Jedenfalls ist es vor dem Weltkrieg nicht mehr zu einem Abschluß gekommen. Nur die Bereitschaft Greys lag uneingeschränkt vor, und zwar ohne daß sich aus der Weltlage ein zwingender Grund für ihn ergeben hätte. Bis zu der letzten Entscheidungsstunde schritt er auf dem Wege vor, der seine freien Hände fester band. In immer rascherem Tempo erfüllte sich an ihm das Wort, das Wilhelm II. im Mai von seiner Rolle im Dreiverband aussprach: "*Je suis leur chef, il faut que je les suive.*"

Während Grey sein diplomatisches Spiel weiterführte, war in Rußland die publizistische Kriegshetze auf den Höhepunkt gestiegen. Ein Artikel des Kriegsministers Suchomlinow vom 13. Juni 1914 gibt von diesem Geist ein Bild. Er war beunruhigt durch die französische Ministerkrisis und den Streit der politischen Parteien in Frankreich um die soeben eingeführte dreijährige Militärdienstzeit. Und so wiederholte sich das herkömmliche Spiel der militärischen Aufreizung auf der Linie Paris - Petersburg, mit veränderten Vorzeichen, in umgekehrter Richtung.

> "Rußland hat alles getan, wozu es durch das Bündnis mit Frankreich verpflichtet ist, und muß natürlich erwarten, daß auch unser Verbündeter seine Verpflichtungen erfüllt. Es hat sein Rekrutenkontingent von 450 000 auf 580 000 Mann gebracht, und wird während jeden Winters vier Rekrutenkontingente, gleich 2 320 000 Mann (im Vergleich zu den 880 000 Mann Deutschlands, den 500 000 Mann Österreichs, den 400 000 Mann Italiens) unter der Fahne haben. Eines solchen Heeres kann sich nur das große mächtige Rußland erfreuen. Es ist daher ganz natürlich, daß wir erwarten, daß Frankreich jene 770 000 Mann stellt, die nur bei Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit aufgebracht werden können. Rußland und Frankreich wollen keinen Krieg, aber Rußland ist bereit und hofft, daß auch Frankreich bereit sein wird."[98]

Am 26. Juni schilderte der Russe Fürst Kotschubey im *Correspondant* die phantastische Tiefe des in der russischen Gesellschaft und dem russischen Volkstum herrschenden Hasses gegen alles Deutschtum und kündigte den Krieg an, wenn die Deutschen den Russen nicht gestatteten, die Meerengen in Besitz zu nehmen und Österreich zu zertrümmern. In diesen Tagen fielen die Schüsse von Serajewo.

Anmerkungen:

1 [1/732] So 28. September 1911. 4. April 1912 (*Gr. Pol.* 30, S. 63, 371). ...zurück...

2 [2/732] 7. August 1911 (*Gr. Pol.* 30, S. 99). ...zurück...
3 [1/733] Jäckh, a. a. O. 2, S. 219. ...zurück…

4 [2/733] *Gr. Pol.* 30, S. 212 ff. ...zurück...

5 [1/734] Jäckh, a. a. O. 2, S. 193. ...zurück...

6 [2/734] Zu dem folgenden: Russische Quellen: *Krasnyi Archiv*, Bd. 8, 9. Bulgarische Quellen: Geschow, *L'Alliance balcanique* (1915). Serbische Quellen: Bogitschewitsch, *Die auswärtige Politik Serbiens 1903/14*, Bd. 1, *Geheimakten aus serbischen Archiven* (1928); G. Roloff, *Die Entstehung des Balkanbundes* (1928). ...zurück...

7 [1/735] Poincaré, *Les origines de la guerre*, S. 117, behauptet nachträglich, von der Existenz des Balkanbundes bis zu seiner Petersburger Reise (August 1912) nichts gewußt zu haben. Es ist bedauerlich, daß sein Gedächtnis in einer so wichtigen Sache völlig versagt. In Wahrheit hat Sasonow am 30. März 1912 die Botschafter in Paris und London angewiesen, vertrauliche Mitteilung über das Bündnis zu gelegener Zeit zu machen, und aus einer eigenen Äußerung Poincarés in einem Erlaß vom 1. April 1912 geht hervor, daß er damals sofort unterrichtet worden ist. *Doc. Dipl. Franç. 3. série II tom.* Nr. 284. ...zurück...

8 [2/735] R. Hoeniger, a. a. O., S. 5. ...zurück...

9 [1/736] Jäckh, a. a. O. 2, S. 152. ...zurück...

10 [1/737] Joseph Redlich, *Kaiser Franz Joseph von Österreich* (1928), S. 403. ...zurück...

11 [1/739] Frhr. von Conrad a. a. O. 2, S. 282. ...zurück...

12 [1/740] Es erscheint mir sehr bezeichnend, daß Kiderlen am 15. April 1912 dem König von Rumänien eine Mitteilung über das Balkanbündnis (vgl. Jäckh, 2, S. 185 ff.: "Ich nehme an, daß auch diese Abmachungen von Rußland nur als Mittel gedacht sind, die Balkanstaaten in der Hand zu behalten und deren eigenmächtiges Vorgehen zu verhindern") machte, die wohl aus der bekannten Quelle stammte, während er zu Berchtold zuerst am 24. Mai 1912 davon sprach. ...zurück...

13 [2/740] *Österr.-Ung. Außenpolitik* 4, S. 339 f. ...zurück...

14 [1/741] Kiderlen an Bethmann Hollweg: 2. September 1912 (*Gr. Pol.* 33, S. 93). ...zurück...

15 [2/741] Denkschrift Szápárys vom 7. Oktober 1912. Berchtold an Kiderlen-Wächter: 8. Oktober. Szögyény an Berchtold: 10. Oktober, 11. Oktober (*Österr.-Ung. Außenpolitik* 4, S. 569 ff., 575, 593, 604). ...zurück...

16 [1/742] *Gr. Pol.* 33, S. 93. ...zurück...

17 [2/742] Jäckh, a. a. O., 2, S. 189. ...zurück...

18 [3/742] Vgl. **S. 729 f**. Winston Churchill, a. a. O. S. 92 ff. A. v. Tirpitz, S. 339 ff. ...zurück...

19 [4/742] Über die erste Wirkung dieser Absicht auf den Kaiser vgl. oben **S. 726**. ...zurück...

20 [1/743] Diese englisch-französischen Verhandlungen sind erst neuerdings bekanntgeworden (*Doc. Diplom. Français 3. Serie, T. 3*, S. 225, 270 ff., 384, 523 ff., 544 ff.; T. 4, S. 11 f., 318 ff., 415 ff., 535 f., 543 ff., 560). Sie werden demnächst aus den englischen Akten eine Ergänzung finden. ...zurück...

21 [2/743] Churchill an Asquith und Grey: 23. August 1912. ...zurück...

22 [1/744] Wenn man erwartet, aus den historischen Rückblicken Cambons auf die Verhandlung mit Lord Lansdowne, auch über weitergehende Angebote an Delcassé etwas zu erfahren, so täuscht man sich. ...zurück...

23 [2/744] Er würde erfolgt sein, auch wenn es gar nicht zur Balkankrisis und zum Balkankrieg gekommen wäre. ...zurück...

24 [3/744] Churchill hat recht, wenn er ironisch den deutschen Marineminister über eine Politik frohlocken läßt, die den Erfolg hatte, zur gemeinsamen Verteidigung gegen Deutschland zwei mächtige Flotten, die bis dahin Rivalen gewesen waren, zu vereinigen. Der Hinweis in der deutschen Ausgabe von Churchill 1, S. 95. ...zurück...

25 [1/745] Vgl. Poincaré an Millerand: 23. November 1912: "*L'importance de ces documents ne vous échappera pas, les études stratégiques, auxquelles procèdent secrètement les États-major des deux pays, ont désormais l'approbation explicite du Gouvernement britannique.*" *Doc. Dipl. Franç. 3, tom. 4*, No. 563. ...zurück...

26 [2/745] Siebert 2, S. 441. ...zurück...

27 [3/745] Bericht des serbischen Gesandten Popović: 22. September 1912 (*Ausw. Pol. Serbiens* 1, Nr. 187). ...zurück...

28 [1/746] Bericht Sasonows an den Zaren: *Le livre noir* S. 2, 345 ff. *Diplomatischer Schriftwechsel Iswolskis* 2, S. 289 ff. (vgl. Grey, *Twenty-five years* 1, S. 288). ...zurück...

29 [1/747] Kühlmann an Bethmann Hollweg: 15. Oktober 1912: *Gr. Pol.* 33, S. 228 ff. (vgl. H. Nicolson, *Lord Carnock*, S. 384 ff. - Daß Grey am andern Tage seine Ansichten durch Tyrrell als vorläufig rein persönliche bezeichnen und um Diskretion gegenüber Nicolson und Goschen bitten ließ, war eine Vorsichtsmaßregel, die an dem Sinn seines Vorgehens nichts ändert. Daß Kühlmann an seinen Bericht eigene Betrachtungen knüpfte, die augenscheinlich viel zu optimistisch gefärbt waren, vermag den tatsächlichen Inhalt seiner Berichterstattung nicht zu entwerten. ...zurück...

30 [2/747] Kiderlen an Jenisch: Mitte Oktober 1912 (Jäckh 2, S. 189 ff.); er ist damals augenscheinlich schon im Besitz des Berichtes von Kühlmann. ...zurück...

31 [1/748] Kiderlen an Kühlmann: 20. Oktober 1912. Kühlmann an Bethmann Hollweg: 25. Oktober 1912 (*Gr. Pol.* 33, S. 233 - 237, 244 - 247). Die Überstürzung des Balkankrieges unterbrach dann den Fortgang des Meinungsaustausches. ...zurück...

32 [2/748] Iswolski an Sasonow: 23. Oktober 1912. Übrigens war am 13. Oktober die Entschließung des russischen Generalstabs vom 13. März (s. o. **S. 735**) an den Warschauer Militärbezirk herausgegeben worden. ...zurück...

33 [1/749] Bericht Mensdorffs: 8. November 1912: "Sowohl Benckendorff wie Nicolson machen mir den Eindruck, die unermüdliche Tätigkeit Poincarés in letzter Zeit nicht zu billigen. Auch die englische Presse hat die französische Anregung über Desinteressement recht ungünstig beurteilt" (*Österr.-Ung. Außenpol.* 4, S. 804 f.). - Zu der Aktion Poincarés gehört auch der unter dem 25. Oktober eingeleitete Versuch, mit Italien, unter Erweiterung des Vertrages von 1902, zu einem Garantievertrage über die beiderseitigen nordafrikanischen Besitzungen und den *status quo* im Mittelmeer zu gelangen. *Doc. Dipl. Fr. 3, Tom. 4*, No. 244, vgl. No. 308. ...zurück...

34 [2/749] Bericht Szécsen: 9. November 1912 (*Österr.-Ung. Außenpolitik* 4, S. 814 f.). Bericht von Winterfeldt: 11. November 1912 (*Gr. Pol.* 31, S. 414). ...zurück...

35 [3/749] Es ist immerhin als Stimmungssymptom zu bewerten, wenn in diesen Tagen in der deutschen Botschaft in Paris eine Nachricht einlief, daß Poincaré im Ministerrate davon gesprochen habe, im Ernstfalle mit überraschender Wucht über die Grenze vorzustoßen, ohne das Parlament über die Kriegserklärung zu befragen, dementsprechend seien in aller Stille die Maßregeln getroffen worden. (Schoen an Bethmann Hollweg: 11. November 1912, *Gr. Pol.* 33, S. 315.) ...zurück...

36 [1/750] Poincaré an Iswolski, 4. November 1911 (Stieve, a. a. O., S. 104). ...zurück...

37 [1/751] So Stieve, a. a. O., S. 107. ...zurück...

38 [2/751] Poincaré sagt in seinen Memoiren, in denen er sich hütet, mit der fundamentalen Auslegung Iswolskis sich auseinanderzusetzen, über das Novum nichts. Er betont vielmehr: "Keine Erweiterung, keine Abweichung,

keine neue Auslegung des Bündnisses." ...zurück...

39 [3/751] Erlaß Berchtolds: 30. Oktober 1912 (*Österr.-Ung. Außenpolitik* 4, S. 727 f.). ...zurück...

40 [1/752] Bericht Szögyénys: 6. November 1912 (*Österr.-Ung. Außenpolitik* 4, S. 783). ...zurück...

41 [2/752] Kiderlen an Tschirschky: 7. November 1912 (*Gr. Pol.* 33, S. 292 ff.). Bericht Szögyénys: 7. November 1912 (*Österr.-Ung. Außenpolitik* 4, S. 792). J. Cambon (nach der Mitteilung Kiderlens): *Doc. Dipl. Français 3. Série T. 4*. No. 380. "*Je lui répondis, continua Mr. de Kiderlen, que dans ce cas, le casus belli jouerait; il est impossible, de trop condamner le légèreté avec laquelle on parle de nous jeter dans une guerre dont l'objet ne nous concerne pas et on oublie que l'Europe se montre complaisante en abandonnant la Turquie d'Europe à ses vainqueurs.*" ...zurück...

42 [3/752] *Gr. Pol.* 33, S. 333. ...zurück...

43 [1/753] Kaiser Wilhelm II. an Kiderlen: 7. November 1912, an Ausw. Amt: 9. November 1912. Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.: 11. November 1912 (*Gr. Pol.* 33, S. 295, 302 f.). ...zurück...

44 [1/754] Callwell, *Wilson* 1, S. 119. ...zurück...

45 [2/754] Bericht Winterfeldts an Moltke: 24. November 1912 (*Gr. Pol.* 33, S. 404 ff.). Moltke an das Auswärtige Amt: 29. November 1912 (*Gr. Pol.* 33, S. 435 f.). ...zurück...

46 [3/754] Iswolski an Sasonow: 5. Dezember 1912. *Diplomatischer Schriftwechsel Iswolksis* herausgegeben von Fr. Stieve 2, S. 377 f.: "Der einzige Unterschied besteht darin, daß die erstere nur die Unterschriften der Chefs der beiden Generalstäbe trägt." Die Abmachungen wurden jetzt genauer präzisiert (vgl. *Les Armées Françaises dans la Grande Guerre* 1, S. 50). ...zurück...

47 [1/755] Nicolson an Villiers: 30. Dezember 1912. Villiers an Nicolson: 11. Januar 1913. Harold Nicolson, Lord Carnock S. 398 ff. A. v. Wegerer, *Kriegsschuldfrage*, Mai 1930. *Doc. Dipl. Français Série 3, T. 2*, 308 ff. ...zurück...

48 [2/755] Tschirschky an Ausw. Amt: 21. November 1912. *Gr. Pol.* 33, S. 372 f. ...zurück...

49 [1/756] L. v. Chlumecky, *Erzherzog Franz Ferdinand* (1929), S. 91. Szögyény: 22. November. Franz Ferdinand: 22. November. Szögyény: 23. November 1912 (*Österr.-Ung. Außenpol.* 4, S. 971, 979, 994). ...zurück...

50 [2/756] Vgl. Jäckh, a. a. O. 2, S. 192. Helfferich, *Vorgeschichte des Weltkrieges*, S. 104 f. ...zurück...

51 [3/756] Das Kommuniqué der *Nordd. Allg. Ztg.* vom 25. November. Über die vergeblichen Versuche Wiens, die Sache abzuschwächen (*Österr.-Ung. Außenpol.* 4, S. 1034, 1038, 1047, 1066). ...zurück...

52 [4/756] Vgl. Jäckh, a. a. O. 2, S. 193 - 198. ...zurück...

53 [1/757] Zu Bethmanns Rede: Mensdorffs Bericht (*Österr.-Ung. Außenpol.* 5, S. 22, 39, 46 ff.). Die spätere Bemerkung Bethmanns, *Betrachtungen zum Weltkrieg* 1, S. 82 f., täuscht sich doch etwas über die Wirkung. ...zurück...

54 [1/758] Lichnowsky an Ausw. Amt 27. November 1912. *Gr. Pol.* 33, S. 417 ff. ...zurück...

55 [2/758] B. v. Siebert: 2, S. 507 f. ...zurück...

56 [3/758] Nach Chlumecky (S. 146) hatte Kiderlen ins Konzept für die Rede des Reichskanzlers im Reichstage notiert, daß Deutschland sich an die Seite der Alliierten stellen werde, während Bethmann den Ausdruck **fechten** gebrauchte. Auch der Kaiser schrieb, wie der Brief an Ballin verrät, der "forschen" Rede Bethmanns einen Sinn zu, der auf die Unvermeidlichkeit des Rassenkampfes zwischen Germanentum und Slaventum deute. ...zurück...

57 [4/758] Lichnowsky an Bethmann Hollweg: 3. Dezember 1912. *Gr. Pol.* 39, S. 119 ff. Bülow, *Denkwürdigkeiten* 3, S. 128 ff. - Wie konnte Lichnowsky sagen, er hätte eine so entschlossene Rede nicht

erwartet! Wie die Meldung über das Gespräch Lichnowsky - Haldane auf die Wilhelmstraße gewirkt hat, ist aus dem Schreiben des Kaisers an A. Ballin vom 15. Dezember 1912 (Huldermann, a. a. O., S. 272 ff.) zu erkennen. Trotzdem nehme ich nicht an, daß die Linie Kiderlens ohne Greys Einwirkung wesentlich weitergegangen wäre. ...zurück...

58 [1/759] B. v. Siebert, a. a. O. 2, 522 f. ...zurück...

59 [2/759] Berichte Thurn: 16. Dezember. Szögyény: 17. Dezember. Mensdorff: 18. Dezember 1912 (*Österr.-Ung. Außenpol.* 5, S. 142 f., 145 f., 148, 157). - Kaiser Franz Joseph hatte zwar von neuem Freiherrn von Conrad zum Chef des Generalstabs ernannt, widersetzte sich aber seit dem Zusammentritt der Londoner Konferenz allen militärischen Maßnahmen. Er bestand dem Thronfolger gegenüber am 14. Dezember darauf: "er wolle keinen Krieg und habe auch kein volles Vertrauen zu Deutschland". Chlumecky S. 138. ...zurück...

60 [3/759] 18. Dezember 1912: *Der diplom. Briefwechsel Iswolskis* 2, S. 397. ...zurück...

61 [1/760] Stieve, *Iswolski und der Weltkrieg*, S. 118 (nach E. Adamow in der Iswestija vom 29. Juli 1924). ...zurück...

62 [2/760] Bezeichnend ist, daß die Franzosen den Wert der englischen Flotte, den die *Times* auf 500 000 Bajonette berechnet hatte, nicht einem Bajonett gleichsetzen wollten. ...zurück...

63 [1/761] Nicolson an Grey: 24. Februar 1913. Dazu Grey: "*We on our side can be no party to France precipitating a conflict for the revanche.*" H. Nicolson, *Lord Carnock*, S. 397 f. ...zurück...

64 [2/761] 23. Februar 1913: B. v. Siebert, *Graf Benckendorffs diplomatischer Briefwechsel* 3, S. 115. ...zurück...

65 [1/762] Tirpitz, *Aufbau der Weltmacht*, S. 328: "Der Kaiser hatte das Gefühl, an Bethmann Hollweg keinen Halt mehr zu finden. Der Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, hielt sich in dem wankenden Staatsgefüge für unentbehrlich; er wurde jetzt, wie seine nähere Umgebung es empfand, Reichskanzler hinter der Hand"; in welchem Maße dieses Urteil zutrifft, ist nicht festzustellen. ...zurück...

66 [2/762] So Kühlmann in Rhodes, *Kühlmann*, S. 92. ...zurück...

67 [3/762] Feldmarschall Conrad, *Aus meiner Dienstzeit 1906 - 1918*, 3, S. 268 f. ...zurück...

68 [1/763] Veröffentlichung des Reichsarchivs: *Der Weltkrieg 1914 - 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft.* Textbd. S. 154 - 206, Anlagenbd. S. 146 - 193 (1930). ...zurück...

69 [1/766] In der *Nordd. Allg. Ztg.* vom 28. März 1913. ...zurück...

70 [1/767] So urteilte der belgische Gesandte Baron Guillaume in Paris am 12. Juni 1913, Frankreich würde sich bald vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht werde ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. *Belg. Aktenstücke 1905 - 1914*. ...zurück...

71 [2/767] Über das Folgende: Gunther Frantz, *Rußlands Eintritt in den Weltkrieg* (1924). ...zurück...

72 [1/768] *Diplomat. Schriftwechsel Iswolskis*, herausgegeben von Fr. Stieve, 3, 67 f. ...zurück...

73 [1/771] *Krasny Archiv*, Bd. 6, 7: Konstantinopel und die Meerengen. G. Frantz, "Meerengenfrage in der Vorkriegspolitik Rußlands" (*Deutsche Rundschau*, Februar 1927). Frhr. v. Taube, a. a. O., S. 285 ff. ...zurück...

74 [2/771] Taube, a. a. O., S. 289 (Schillings). ...zurück...

75 [1/772] Bericht vom 14. Februar 1914 (*Österr.-Ung. Außenpol.* 7, S. 874). ...zurück...

76 [1/773] Vgl. die vortreffliche, schon mit Benutzung der österreich-ungarischen Akten geschriebene Darstellung von Fr. Stieve, *Die Tragödie des Bundesgenossen* (1930). Ferner F. Schwendemann, *Berliner Monatshefte*, März 1930. Georg Graf Waldersee, "Über die Beziehungen des deutschen zum österreichisch-ungarischen Generalstabe vor dem Weltkriege," ebenda Februar 1930. ...zurück...

77 [2/773] *Gr. Pol.* 38, S. 200. ...zurück...

78 [3/773] So der Zar im Juni 1914 zum König Karl von Rumänien, ebenda 38, S. 317 f. ...zurück...

79 [1/775] In England erinnerte man sich des Falles, daß im Jahre 1870 ein Verzicht der Spanier auf die Thronkandidatur des Hohenzollern verlangt worden wäre. ...zurück...

80 [2/775] v. Mutius an Bethmann Hollweg: 20. Januar 1914, *Gr. Pol.* 38, S. 305. ...zurück...

81 [1/776] *Der diplomatische Briefwechsel Iswolskis 1911 - 1914*, ed. Fr. Stieve 3, S. 425, 430, 437; 4, S. 17 f., 26. ...zurück...

82 [2/776] Pokrowski, *Drei Konferenzen*, S. 46 ff. Stieve, *Iswolski und der Weltkrieg* (1925), S. 191 ff., 247 - 267. ...zurück...

83 [3/776] Benckendorff an Sasonow 11. Februar. Sasonow an Benckendorff 12. Februar, 19. Februar. Benckendorff an Sasonow 25. Februar. *Die internationalen Beziehungen* (Russische Akten 1914), deutsche Ausgabe v. Hoetzsch I, 1, S. 225 ff., 234, 274 f., 328 ff. (1931). Der Bericht Buchanans, der das Ganze einleitet, wird erst von der englischen Aktenpublikation zu erwarten sein. ...zurück...

84 [1/777] Besonders die französischen Beispiele lassen sich zu Hunderten häufen. So hat der *Commandant de Civrieux* (*La France militaire* vom 25. Juli 1913) das doppelte Thema: 1. Wilhelm II. vermeidet aus Furcht den Krieg, 2. Der Krieg ist als solcher unvermeidlich, weil alle Völker Europas der Drohung und des Ehrgeizes Deutschlands ebenso müde seien wie seinerzeit des Joches Napoleons I. ...zurück...

85 [1/778] Grey an Goschen, 5. März 1913: "*Nevertheless, our relations with Germany have improved because Kiderlen worked for peace in the Balkan Crisis and Jagrow has done the same and I shall do my part to keep relations cordial as long as the German Government will also do their part in good faith. To be sure of each other's good faith is all that is wanted to make our relations all that can be desired.*" *Twenty-five years* 1, S. 256 f. - Die englische Aktenpublikation liegt für diese Zeit noch nicht vor. ...zurück...

86 [1/779] Randbemerkung Kaiser Wilhelms II., 12. März 1913: "Nach meinen Privatnachrichten aus Finanzkreisen der City soll die englische Regierung der französischen Regierung **schriftlich** erklärt haben, daß sie unter keinen Umständen Paris zu einem Revanchekrieg für die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens **provoziert** oder **unprovoziert** unterstützen werde. Solche **Torheiten** müsse sich Frankreich aus dem Kopfe schlagen." Die Finanzquelle mag schon vorhanden gewesen sein, die Einzelheiten sind aber unsicher. ...zurück...

87 [2/779] S. o. **S. 729 f.**, **744**. ...zurück...

88 [3/779] Randbemerkung zum 10. Oktober 1913, *Gr. Pol.* 39, S. 51 f.: "Ein grandioser Triumph für Admiral von Tirpitz vor aller Welt... Ein neuer Beweis für meine... Theorie, daß nur rücksichtsloses, mannhaftes, unerschrockenes Vertreten den Engländern imponiert und zuletzt zur Annäherung zwingt... England kommt uns, nicht trotz, sondern wegen meiner Kaiserlichen Marine." ...zurück...

89 [1/780] Vgl. seine Äußerung vom 22. April 1914 (in Korfu) zu dem Botschafter von Wangenheim: "Es sei keine Frage, daß 1911/12 die Tirpitzsche Politik die richtige war und daß wir unser jetziges aussichtsreiches Verhältnis zu England nur dieser Marinepolitik verdanken. Er selbst habe das damals nicht so einschätzen können, bekenne sich aber jetzt zu dem Tirpitzschen Standpunkt" (Tirpitz, *Lebenserinnerungen*, S. 195). Es ist dieser Bethmann, der Ende Juli die schwere Enttäuschung erlebte. ...zurück...

90 [2/780] So Jagow: 14. März 1913 (*Gr. Pol.* 37, S. 32). ...zurück...

91 [1/781] Swerbejeff an Sasonow: 13. Februar 1914: "Indes Cambon blickt trübe auf die beständigen Gerüchte einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, da er die Möglichkeit irgendeiner Annäherung zwischen diesen beiden Ländern in der Zukunft sieht." Siebert, a. a. O., 3, S. 255. ...zurück...

92 [2/781] Jagow war der Meinung, daß ein paraphierter Vertrag zum mindesten eine moralische Bindung bedeutete, während der englische Kolonialminister Harcourt erklärte, ein nur paraphierter Vertrag sei so gut wie gar keiner. ...zurück...

93 [3/781] 30. Mai 1914 (*Gr. Pol.* 37, S. 127). ...zurück...

94 [4/781] Nur die Argumentationen, mit denen der Fürst Lichnowski die Sache zum Abschluß zu bringen suchte, schießen wiederum nach der andern Seite über das Ziel hinaus. ...zurück...

95 [1/782] Sasonow an Benckendorff: 19. Februar 1914 (*Livre noir* 2, S. 307). Der Zar zu dem neuen Botschafter Paléologue: 17. Februar 1914. *Diplomatischer Schriftwechsel Iswolskis*: 4, S. 73. Sasonow an Iswolski: 2. April 1914 (ebenda 4, S. 84 f.). ...zurück...

96 [2/782] *Livre noir* 2, S. 314 f. ...zurück...

97 [1/783] Iswolski an Sasonow: 29. April 1914. *Diplomatischer Schriftwechsel Iswolskis*, herausgegeben von Fr. Stieve 4, S. 95 ff. Lord Grey, *Twenty-five Years 1892 - 1916*, 1, S. 284 ff. Gleichzeitig trug Grey Sorge dafür, in Paris zu verbreiten, daß die Entente ein Instrument des Friedens sei und daß an ihrem defensiven Charakter nicht gerüttelt werden dürfe. ...zurück...

98 [1/784] Randbemerkung des Kaisers: "Na! Endlich haben die Russen die Karten aufgedeckt! Wer in Deutschland jetzt noch nicht glaubt, daß von Russo-Gallien mit Hochdruck auf einen baldigen Krieg gegen uns hingearbeitet wird, und wir dementsprechende Gegenmaßregeln ergreifen müssen, der verdient ins Irrenhaus geschickt zu werden!" Randbemerkung Bethmanns: "In der Tat hat wohl noch niemals ein offiziös inspirierter Artikel die kriegerischen Tendenzen der russischen Militaristenpartei so rücksichtslos enthüllt." *Gr. Pol.* 39, S. 587. ...zurück...

4. Serajewo und der Zwang zum Kriege.

In den Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts verbirgt sich eine elementare Urkraft, die zur letzten Auswirkung und Gestaltung um jeden Preis drängt - das gibt ihrer Größe den unheilvollen Zug und befleckt ihren Glanz mit Blut und Schmutz. Der große Staatsmann, der sich in den Dienst einer nationalen Idee stellt, weiß, daß er sie nur ganz allmählich und vielleicht nur innerhalb gewisser Grenzen verwirklichen kann. Er lenkt die Flut, die ihn trägt, er ist sich dessen bewußt, daß sie auch zerstörende Kräfte in sich birgt, sorgend hält er sein Auge gerichtet auf die Gesamtheit der Völker, in deren Mitte seine Nation leben soll. Diese tiefe Verantwortlichkeit war es, die Bismarck empfand, als er am 19. Mai 1868 sagte: "Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott."

Die großserbische Nationalbewegung wäre nach menschlichem Ermessen im Laufe einiger Generationen zu irgendeinem Ergebnis gekommen, in dem sie ihr Genüge hätte finden können. Jetzt aber drängten fanatische Köpfe zum plötzlichen Handeln. Sie bedienten sich verbrecherischer Hände, um mit einem Schlage ans Ziel zu kommen, und befleckten dadurch ihren nationalen Aufstieg für immer mit dem Morde, ja, sie belasteten ihn mit dem weltgeschichtlichen Odium des Weltkrieges.

Die Vorgeschichte des Mordes von Serajewo, auch in ihren zurückliegenden Verzweigungen, ist heute von allem Dunkel des Geheimnisses ebenso befreit, wie jeder banale Mordprozeß, in dem der juristische Scharfsinn frei sich hat entfalten können; insbesondere ist über das, was in unsrem Zusammenhange allein von entscheidender Bedeutung ist, taghelles Licht bis fast in die letzte versteckte Falte hinein ausgegossen worden: über die Beteiligung und Mitwisserschaft amtlicher serbischer Stellen an der Vorbereitung der Mordtat. Die äußeren Vorgänge seien so knapp wie möglich zusammengefaßt.[1]

Der erste Gedanke des Mordprojektes ging aus von einem Manne, der an bevorzugter Stelle des serbischen Heeres stand, von dem Generalstabsobersten Dragutin Dimitrijević, dem Chef der

Nachrichtenabteilung des Generalstabs und Leiter der Geheimorganisation "*Ujedinjenje ili smrt*" ("Vereinigung oder Tod"), auch "schwarze Hand" genannt. Dieser Mann, der seine Hände schon in der Ermordung König Alexanders gehabt hatte, will infolge von angeblichen Gerüchten, die nach dem Besuche Kaiser Wilhelms II. bei dem Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt im Herbst 1913 von einem dort geplanten "Überfall auf Serbien" sprachen, auf das politische Heilmittel des Mordes verfallen sein. Er erteilte in den nächsten Monaten einem andern Vorstandsmitglied der "Schwarzen Hand", dem Major Tankosić, den Auftrag, ein Attentat vorzubereiten. Dieser veranlaßte ein in Lausanne ansässiges Mitglied der Organisation, das geistige Haupt der bosnischen Südslawen, Gačinović, eine Zusammenkunft geeigneter Vertrauensleute aus der "Mlada Bosna" nach Toulouse zu berufen. Hier wurde Mitte Januar 1914 ein Beschluß gefaßt, mit Mordanschlägen gegen den Erzherzog und andre Persönlichkeiten vorzugehen. Dieser Umweg wurde aber nach kurzer Zeit aufgegeben. Ein Bosniake, Prinčip, der zu denen gehörte, die von den Umtrieben Kenntnis erhielten, begab sich Anfang März nach Belgrad, wo er auf seine Bereitschaftsmeldung hin von Major Tankosić erfuhr, daß die Vorkehrungen **sofort** - unter Ausschaltung von Lausanne/Toulouse - getroffen werden sollten; er trat gleich darauf auch mit Cabrinović und Grabez in Verbindung, mit denen dann der Kreis der Täter geschlossen war.

Sobald es bekannt wurde, daß der Erzherzog Franz Ferdinand an den bosnischen Manövern im Sommer 1914 teilnehmen würde, verdichtete sich die Verschwörung zu dem Plane, diese Gelegenheit zu dem Anschlage zu benutzen. Die Einzelheiten des Attentates wurden von Major Tankosić und dem Eisenbahnbeamten Ciganović, einem bekannten Komitadschi, mit den Tätern festgestellt. Dieser Ciganović, der übrigens von dem Ministerpräsidenten Pašić als Spitzel in der "Schwarzen Hand" verwendet wurde (wie denn überhaupt amtliche und oppositionelle Organe in dieser Sphäre bunt durcheinander liefen), war der eigentliche Mittelsmann zwischen den Militärs und den Mördern. Er vermittelte die Beschaffung der für den Mord bestimmten Waffen, händigte sie auf Anweisung der Militärs aus und übernahm auch die Unterweisung der Anfänger im Gebrauche. Während die sechs Bomben aus militärischen Beständen stammten, über die Major Tankosić verfügte, waren die vier Browningpistolen von dem Obersten Dimitrijević angekauft worden; es ist gut beglaubigt, daß er die Quittung über die Kaufsumme während des Weltkrieges bei sich trug und gelegentlich lächelnd vorzeigte.

Am 28. Mai verließen die drei Mordgesellen Belgrad, auf fest abgesteckten Marschrouten durch die Grenzhauptleute in Sabac und Ložnica weiter befördert; dann wurden sie nach des letzteren Anweisung mit Hilfe eines beigegebenen Finanzwachmannes, sowie von Mitgliedern der "Narodna odbrana" (ein Bauer, ein Lehrer), in der Nacht vom 1. auf den 2. Juni über die Grenze nach Bosnien gebracht. Schon in diesem Augenblick war das Wesentliche des Geheimnisses auch den Spitzen der Behörden in Serbien nicht mehr unbekannt. Wie der serbische Unterrichtsminister, später Präsident der Skupčina, Jovanović[2] ausgesagt hat, hat der Ministerpräsident Pašić in jenen Tagen, Ende Mai oder Anfang Juni, im Ministerrat Mitteilung von dem in Vorbereitung befindlichen Anschlag gemacht; daß zu ihm verborgene Wege aus dem Kreise der Verschwörer führten, ist bereits erwähnt worden. Der Beschluß des Ministerrats, die Mörder aufzuhalten, kam aber zu spät: sie hatten bereits die beiden Grenzhauptleute passiert. Wenn dieser schwache Versuch, das Verbrechen zu verhindern, seinen Erfolg verfehlte, so schloß sich daran nicht etwa - wie zu erwarten gewesen wäre - eine amtliche Warnung an die österreichisch-ungarischen Behörden in Serajewo. Die serbischen Minister haben vielmehr die folgenden Wochen bis zum Morde in dem dunklen und belastenden Gefühle einer furchtbaren Mitwisserschaft durchlebt.

Von der ersten bis zur letzten Minute hat das amtliche und halbamtliche Serbien, von den großserbischen Organisationen unterstützt, in der Vorbereitung oder doch jedenfalls in der Mitwisserschaft des Verbrechens mitgewirkt.[3] Nur das ganze Ineinanderspiel der Behörden hat die glatte und geräuschlose Vorbereitung des Verbrechens ermöglicht. Wenn die österreichische Regierung nach dem Morde eine Reihe wichtiger Verdachtsmomente sofort aufgreifen konnte, so

hatte sie doch von dem ganzen Umfange der Beteiligung des amtlichen Serbiens noch keine zureichende Vorstellung. Man hat aber heute das Recht zu sagen, in irgendeiner Weise, wenn auch in verschiedenem Grade, tragen serbische Staatsbehörden überall die Verantwortung, und jene armseligen Mordgesellen sind nichts als anonyme ausführende Hände, hinter denen die eigentlich Schuldigen sich nicht verbergen können.



Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand und Gattin verlassen,
unmittelbar vor dem Attentat, das Rathaus in Serajewo, Juni 1914.

Das ist der Ursprung der Mordtaten von Serajewo vom 28. Juni 1914, die nicht nur einen Einzelnen, sondern ein Reich, nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft einer Großmacht vernichtend treffen sollten. Erst eine wohlberechnete Verwirrung hat dazu geführt, wenn die Kriegsschuld zur Debatte stand, gerade von diesem einwandfreien Ausgangspunkt der Blutschuld das Licht abzulenken und nach verschiedenen Nebenseiten zu zerstreuen. Von Rechts wegen hätten die großserbische Revolutionspropaganda und die russisch-serbische Gruppe derer, die die "Zerschlagung Österreich-Ungarns" im Munde führten, neben den Prinčip, Cabrinović und Grabez auf der Anklagebank sitzen müssen. Das muß um so deutlicher ausgesprochen werden, als in vielen Ländern das Gefühl für das Verbrecherische dieses Schlagwortes der lebenden Generation fast abhanden gekommen zu sein scheint. Denn dieser große Staat, der, seitdem er durch den Weltkrieg zerbrochen worden ist, fast angesehen wird als etwas, was zugrunde gehen **mußte**, war damals ein machtvolles historisches Gebilde, das mit seinen kulturpolitischen Leistungen durch die Jahrhunderte hindurch, seiner sittlichen Geltung für alle seine Glieder, seinem Anteil an der gemeinsamen Ordnung aller innerhalb der Staatengesellschaft ein ebenbürtiges Daseinsrecht besaß. Er gehörte zu den großen historischen Werten und Tatbeständen, die in der neuen Geschichte geschaffen wurden waren, und ließ sich aus diesem Kreise noch nicht dadurch entfernen, daß seit seiner Bildung die nationalen Gewalten sich mit ursprünglicher Kraft erhoben hatten. Wer ihm von der südslawischen "Idee" her heute das Daseinsrecht absprechen will, kommt kaum darüber hinweg, daß die "Zerschlagung" Österreich-Ungarns sogar für die Angehörigen der angeblich einheitlichen serbo-kroatischen Nationalität ein nur von der Gewalt ausgeübtes Herrschafts- und Dienstverhältnis in ihrer eigenen Mitte aufgerichtet hat.

Es wäre ohne Beispiel in der Geschichte gewesen, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nach den Erlebnissen der letzten Jahre die ihnen entspringende Mordtat schweigend hingenommen hätte. Wenn man damals in Wien den ganzen Tatbestand so überschaut hätte und ihn den europäischen Großmächten so hätte vorlegen können, wie wir ihn heute kennen, so vermag man kaum zu glauben, daß unmittelbar nach dem Morde ein Einmarsch der Österreicher in Serbien einem Einspruch der Weltmeinung begegnet wäre. Aber wenn auch der ganze Tatbestand noch nicht vorlag - hatte denn etwa das amerikanische Volk stärkere Gründe zum Kriege mit Spanien gehabt, als die "Maine" im Hafen von Havanna in die Luft flog? Oder war vielleicht das englische Weltreich von echteren ethischen Impulsen erfüllt gewesen, als es das kleine Burenvolk in den Krieg trieb?

Es ist daher durchaus begreiflich, daß die österreichisch-ungarischen Staatsmänner sich entschlossen, den furchtbaren Stoß, der die Monarchie getroffen hatte, mit einem Gegenstoß auf Serbien zu erwidern. So teilte Graf Berchtold dem Generalstabschef Freiherrn v. Conrad schon am 29. Juni mit, die Stunde zur Lösung der serbischen Frage habe nunmehr geschlagen; auch dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza sprach er seine Absicht aus, die Greueltat in Serajewo zum Anlaß der Abrechnung mit Serbien zu machen. Wenn dieser Wille feststand, bedurfte es in Wien vor allem andern der Gewißheit über die deutsche Bündnisleistung. Damit kehrte - auf das äußerste zugespitzt - eine Situation wieder, wie man sie in den letzten Jahren immer wieder erlebt hatte.

Von Anfang an hatte das deutsch-österreichische Bündnis, bei aller historischen Begründung und inneren Unbedingtheit, doch eine bestimmte Grenze gehabt. Es war Bismarcks eigentliches Motiv gewesen, daß es die großmächtliche Existenz der Doppelmonarchie zu decken habe, nicht mehr und nicht weniger - darauf hielt er schon in den ersten Jahren seines Bestehens, daß es die Grenze dieser Verpflichtung nicht überschreite. Ja, er ging so weit, daß er die Entscheidung darüber, was in diesem Sinne als Existenzfrage aufgefaßt werden und in welchem Falle der *casus foederis* eintreten müsse, der Entscheidung seines Kaisers, d. h. seiner eigenen Beurteilung nicht entzogen wissen wollte. Er war sich dabei bewußt, daß auch bei diesem höchst subjektiv ausgelegten Vorbehalte die Hauptsicherheit Österreichs für die Erfüllung der deutschen Bundesleistung in "der unzweifelhaften Tatsache bestehe, daß seine ungeschwächte Existenz ein Lebensbedürfnis für uns und das europäische Gleichgewicht sei". Es war kein festeres Band denkbar, als wenn die Erhaltung des einen zugleich das Lebensbedürfnis des andern war. Eben darum konnte Bismarck auch den Gedanken verfolgen, dieses Bündnis als ein "ewiges", verfassungsmäßig gesichertes, zu errichten. In der Entwicklung der Bündnisgeschichte hat gleichwohl die Auffassung über seine Anwendung leise geschwankt. Man ist wiederholt in Berlin und in Wien verschiedener Meinung über die Praxis der Auslegung gewesen, und man hat zu verschiedenen Zeiten auch in Berlin verschiedene politische Schlußfolgerungen aus der Verpflichtung gezogen. Am erkennbarsten hatte wohl Bülow während der bosnischen Krisis von 1908/09 in der Sache und in der Form die bisher beobachtete Linie überschritten, mehr aus europäischen Erwägungen heraus, als aus einer grundsätzlichen Veränderung in seiner bundesgenössischen Haltung. Ebendarum hatte Kiderlen-Wächter seit dem Beginn des ersten Balkankrieges in die Bismarcksche Staatspraxis zurückgelenkt. Schon im November 1912 hatte er mit Berchtold um die Auslegung des Bündnisses heftig gerungen; er schien vor seinem Hingange auf dem besten Wege, die bedrohte Parität (im deutschen Sinne) wiederherzustellen. Denn an diesem innersten Punkte, von dem eigentlich alle deutsche Bündnispolitik ausgegangen war, begegneten sich jetzt die Kernfragen unsrer ganzen Außenpolitik. So weit man beobachten kann, war Herr v. Jagow in diesen anderthalb Jahren in denselben Bahnen gewandelt, wenn auch ohne die für den Erfolg wesentliche Rücksichtslosigkeit seines Vorgängers.

Auch nach Serajewo war die deutsche Diplomatie sich klar bemüht, daß selbst dieses Furchtbare unter seinem europäischen Aspekt zu sehen sei.[4] In dem Kopfe Berchtolds war gleich bei dem ersten Male, wo er den deutschen Botschafter empfing, die Reichweite des Bündnisses der leitende Gedanke; er spielte auf den Verlauf der letzten Balkankrisis an, in der man ihm die Bundestreue immer wieder versichert, aber in der Praxis nicht immer die notwendige Unterstützung geleistet

habe - er könne daher nicht wissen, inwieweit er auf Deutschland zählen könne. Die hiermit gestellte Frage wurde auch in der Sphäre der Dynastie in einem Schreiben Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm II. gerichtet, das diesem am 5. Juli in Potsdam überreicht wurde.[5] Oder vielmehr wurde die Frage nicht eigentlich gestellt, sondern gleich im voraus beantwortet: denn Kaiser Franz Joseph ging davon aus, daß er in Wilhelm II. einen treuen, verläßlichen Freund besitze, auf den er in jeder ernsten Stunde rechnen dürfe. Im übrigen wies er darauf hin, daß die großserbische Agitation, aus der das Attentat hervorgegangen sei, als einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung der Monarchie verfolge, um dann ausführlicher auf den Gedanken einzugehen, an Stelle Rumäniens, das dem Dreibunde kaum werde erhalten werden können, den Anschluß Bulgariens in Vorschlag zu bringen. Von den Aufgaben und Zielen der Zukunft wurde nur das eine gesagt, daß sie "in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein müssen" - diesem Ziele sollte offenbar die Umgruppierung des Balkanbundes (Bulgarien, Griechenland) dienen.

Kaiser Wilhelm II. sprach bei dem Empfang des Handschreibens am 5. Juli - welchen Staatsakt man in der früheren Kriegsschulderörterung fälschlich zu einem Kronrat[6] zu erweitern gesucht hat - zunächst noch keine definitive und amtliche Antwort aus, da er die Meinung des Reichskanzlers noch nicht kenne; aber er verhehlte schon jetzt seine persönliche Ansicht nicht, daß er eine ernste Aktion Österreichs gegen Serbien erwartet habe und seine volle Unterstützung in Aussicht stelle. Seine Unterredung mit dem Reichskanzler am 6. Juli erhob diese Meinung zum Entschluß. Bethmann Hollweg betonte, Österreich müsse beurteilen, was zu geschehen habe; es würde dabei - wie immer auch seine Entscheidung ausfallen möge - mit Sicherheit darauf rechnen können, "daß Deutschland als Freund und Bundesgenosse der Monarchie hinter ihr stünde". Im besonderen sprach der Kaiser sich für sofortiges Einschreiten gegen Serbien als radikale und beste Lösung aus, im jetzigen Augenblicke günstiger als in einem späteren; mit der Einleitung der bulgarischen Verhandlung erklärte er sich einverstanden.[7] In demselben Sinne ließ der Reichskanzler an diesem Tage den deutschen Botschafter in Wien wissen: der Kaiser könne zu den serbischen Fragen "naturgemäß keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen".[8] Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß Seine Majestät in Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft,[9] treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen würde.

Bei diesem ersten Schritt auf dem Wege der deutschen Entschließungen bleiben wir stehen. Richtung und Gewicht dieses Schrittes haben damals viel weniger Überraschendes an sich, als es vielleicht heute manchem Kritiker erscheinen mag. Durch die öffentliche Meinung des von so viel Gefährdungen heimgesuchten und immer wieder bewahrten Europa rollte eine Welle der Empörung. Die Sympathien der Presse gingen anfangs in warmen Untertönen mit dem Schicksal des schwergeprüften alten Kaisers und seines Staates. Auch vom Standpunkt des deutschen Bundesgenossen aus mußte man sich ein doppeltes sagen. Einmal: wenn Österreich-Ungarn jemals gegen Serbien handeln wolle, werde es in diesem Augenblick unter den günstigsten Vorzeichen handeln können, und zweitens: wenn jemals eine Lebensfrage für die Doppelmonarchie vorgelegen habe, so liege sie in dem jetzigen Augenblick vor, und wenn die Bündnispflicht jemals gegolten habe, so gelte sie jetzt. War es nicht eine Situation, von der Grey (im Januar 1906) gesagt haben würde: "wir können nicht draußen bleiben, ohne unsern guten Namen und unsre Freunde zu verlieren und unsre Politik und unsre Stellung in der Welt zugrunde zu richten"[10]? Man gedachte dabei noch keine *carte blanche* für das Vorgehen gegen Serbien zu geben -, es ist überhaupt überraschend, wie viel mehr in dieser ersten Woche zwischen Wien und Berlin von Bulgarien/Rumänien als von Serbien die Rede ist - sondern glaubte, daß das, was darunter zu verstehen sei, als Ergebnis der Untersuchung sich natürlich entwickeln würde. Eines aber wollte man unbedingt: wenn die serbische Verschuldung dieses Einschreiten nötig und möglich mache, dann sofort, ohne Verzug, in dem denkbar ersten Moment einschreiten. Es ist keine Frage, daß in der ersten Woche der Ton, der Nachdruck von deutscher Seite auf die Schnelligkeit mehr als auf die Art des Einschreitens gelegt wird. So sprechen sich der Kaiser und der Kanzler aus; so ist es anscheinend auch auf unkontrollierbaren Umwegen an die Österreicher herangetragen,[11] aber auch amtlich bis zum 8. Juli einschließlich vertreten worden.[12]

Es sind die Motive des Augenblicks, die die Köpfe beherrschten und zum sofortigen Losschlagen drängten. Wenn das frisch vergossene Blut des Thronerben in der monarchischen Völkergesellschaft die sofortige Sühne erheischte, wenn Recht und Unrecht so eindeutig verteilt lagen, dann war allerdings schnellstes Vorgehen dasjenige, was in dieser Staatengesellschaft sich am ehesten rechtfertigen ließ und den Einbruch der verhängnisvollen Gruppeninteressen vielleicht verhindern konnte. Eine vollendete Tatsache, etwa geschaffen durch sofortige Besetzung Belgrads, und die Aufstellung eines Forderungsprogramms hätte im Moment vielleicht alle Einwendungen zum Schweigen gebracht und die politisch brauchbarste Grundlage für die weiteren Verhandlungen geschaffen. Das war der Sinn des deutschen Drängens in diesen ersten Tagen - mit einem darin verborgenen Kriegswillen nach weit ausschauenden Zielen hatte es nicht das geringste zu tun.

Die erste Phase der deutschen Haltung war zu Ende, als man aus Wien erfuhr, daß zwischen Berchtold und Tisza eine Meinungsverschiedenheit bestände, und daß der Kaiser Franz Joseph am 9. Juli für den Weg der konkreten Anforderungen an Serbien entschieden hätte. Das raschere Tempo, ohnehin schon ausgeblieben, schied von jetzt an grundsätzlich aus; die Entscheidung war auf den – immerhin nur in gewissen Fristen durchführbaren - ordentlichen Weg der diplomatischen Vorbereitung geschoben. Freilich, wenn dieses Einlenken in den "ordentlichen" Weg nur darauf hinauslief, daß die ultimativen Forderungen so hoch gespannt wurden, daß sie von Serbien unmöglich angenommen werden konnten, dann konnte man schließlich doch noch ebenso plötzlich vor die letzten Entscheidungen gestellt werden, wie es bei der Herbeiführung einer vollendeten Tatsache zu Anfang Juli der Fall gewesen sein würde.

Ist somit die deutsche politische Haltung des Drängens zu begreifen, so gibt sie doch zu einem ernsten Einwand Veranlassung. Wenn man den Vortrag liest, in dem der ungarische Ministerpräsident Graf Stefan Tisza seinem Monarchen nicht die von Berchtold vorgeschlagene, sondern eine vorsichtigere Politik anrät und vor allem die möglichen Perspektiven des Weltkriegs in seine Rechnung einbezieht, so legt man sich die Frage vor: ob denn nicht solche nüchternen und realpolitischen Erwägungen auch von den deutschen Staatsmännern hätten angestellt werden sollen, in weitestem Ausmaß und in schärfster Vertiefung? Danach aber sucht man in den Akten vergebens. Wenn schon in den äußeren deutschen Hergängen, in dem isolierten Einsetzen der Beteiligten im Ablauf der Geschäfte irgend etwas liegt, was dem düstern Ernst der Dinge nicht ganz gerecht wird, wenn der Antritt der Nordlandreise durch den Kaiser - obgleich in ähnlichen Situationen vom Auswärtigen Amt erprobt - rein psychologisch dazu beiträgt, diesen Ernst eher zu verschleiern, so kommt man immer auf den Eindruck zurück, daß die Staatsleitung des Reichskanzlers versagt, weil sie nicht in der vollen Anschauung der Weltlage lebt, durch die jeder Schritt vorwärts einen andern Sinn bekommt, als er ihn in normalen Zeiten gehabt haben würde. Bethmann Hollweg ließ die Dinge an sich herankommen, anstatt in der Führung zu bleiben und dadurch den Sturm zu beschwören.

War es nicht eine verkehrte Welt, wenn Stefan Tisza seinen vorsichtigeren Standpunkt "trotz allem Optimismus in Berlin" vertrat, während nach Lage der Dinge ein etwaiger optimistischer Aktionswille in Wien in dem Bremsen der Berliner Politik seine natürliche Ergänzung hätte finden sollen? Die Gründe, die für Österreich-Ungarns Entschließung absolut zwingend waren, konnten für das Deutsche Reich doch nur relativ wirksam sein. Und darum erwartet man, daß der Eintritt des Bündnisfalls trotz allem, was moralisch dafür ins Gewicht fiel, doch auch realpolitisch nach allen Seiten durchdacht worden wäre; und wenn man dann zu dem Ergebnis kam, daß die Gründe Wiens die gleiche absolut zwingende Kraft auch für Berlin hätten, dann mußte man auch an der diplomatischen Durchführung des gefährlichen Spiels verantwortlich teilnehmen oder doch sich vorbehalten, entscheidend eingreifen zu können, solange das noch möglich war. Man sucht vergebens nach der Figur des großen Staatsmannes, der mit der letzten Schärfe des Erkennens und mit der äußersten Härte des Willens den ganzen Kreis dieser Probleme in sich verarbeitet und mit den Häuptern des Staates zusammen mit diesem Schicksal gerungen hätte. Aber ob man von dem Kaiser ausgeht, der am 27. Juli von der Nordlandreise zurückkehrte, von dem Reichskanzler Bethmann Hollweg, von

dem Staatssekretär v. Jagow und dem Auswärtigen Amt, von den leitenden Männern in Heer und Marine - als eine lebendige Organisation hatte sich ein derartiger Kreis der höchsten Verantwortlichen unter Wilhelm II. nicht herausgebildet, als eine lebendige Organisation fand er sich jedenfalls nicht in diesen Wochen unheimlichster Spannung zusammen. Nicht, als ob der heiße Atem des kommenden Weltkrieges ihnen schon das nüchterne Urteil benommen hätte: es war eher so, daß sie in den einzelnen Schritten ihrer Ressorts allzu lange in den Maßstäben des Weltfriedens als des Selbstverständlichen weiterlebten.

In den folgenden vierzehn Tagen stand das Auswärtige Amt vor der Prüfung der Frage, ob man sich - auch wenn man sich bei der Aufstellung des Ultimatums nicht beteiligte (für welches formale Heraushalten sich ernste objektive Gründe anführen ließen) -, nicht wenigstens vorbehalten sollte, bei der Beurteilung des Verhaltens Serbiens zum Ultimatum irgendwie verbindlich mitzureden und damit wenigstens die weitere Entwicklung mit zu beeinflussen.[13] Jedenfalls vermißt man in den deutschen Akten jede Bemerkung darüber, daß man sich von vornherein damit abgefunden hätte, daß die österreichischen Forderungen für Serbien unannehmbar gemacht werden sollten.[14] Wenn man jetzt in Berlin die Formel der Lokalisierung des Krieges aufstellte, so mußte man sich sagen, daß sie höchstens in dem Falle anwendbar sein könne, daß Serbien annehmbare Forderungen böswillig von der Hand weise. Man mußte darauf gefaßt sein, daß im andern Falle die Mächte des Dreiverbandes, nachdem sie sich von dem Schlag von Serajewo erholt hatten, eines Tages wieder am Platze sein und ein Verdikt darüber abgeben würden, ob die österreichischen Forderungen berechtigt seien.

Vom Standpunkt des Rechtes und der Moral wird sich die Frage, so einfach manchem die Antwort dünken wird, nicht endgültig entscheiden lassen: steht der Anspruch Österreichs höher, den serbischen Staat in gewissem Umfange für seine schuldhafte Duldung national-revolutionärer Mordpropaganda zur Rechenschaft zu ziehen, oder das Recht Rußlands, diesem Anspruch in den Weg zu treten und den serbischen Staat gegen eine solche Bestrafung zu decken? Die Frage der Sittlichkeit, die von Haus aus so günstig für das Wiener Vorgehen stand, trat dann in Kollision mit der Frage der Macht, sobald Rußland eindeutig erklärte, seinen Anspruch mit allen kriegerischen Mitteln zu unterstützen: sobald also Österreich sein militärisch-politisches Strafverfahren mit der Gefahr einer gleichzeitigen Entfesselung des Weltkrieges belastet sah. Die Komplizierung des Problems wurde durch die russische Staatsräson, so wie sie sich in den letzten zwei Jahren gestaltet hatte, auf ihre eigene Verantwortung hineingetragen, aber indem es geschah, wurden auch Österreich-Ungarn und Deutschland vor die schwere Frage gestellt, die ganze Angelegenheit des österreichisch-serbischen Konfliktes unter diesem unerwarteten Aspekte nachzuprüfen.

Das Deutsche Reich hatte sich gezwungen gesehen, das geplante Einschreiten Österreich-Ungarns gegen Serbien im Sinne des Bündnisses zu decken - so wie sich Frankreich unbedingt verpflichtet fühlte, den zur Deckung Serbiens entschlossenen russischen Bundesgenossen auf jede Gefahr hin zu unterstützen. Diese Zusage wurde von vornherein ausgegeben als etwas den Frieden allein Sicherndes, weil die Gegenseite auf die Gefahr rechtzeitig aufmerksam Machendes, während die deutsche Zusage in den Ruf gebracht wurde, friedensgefährlich gewirkt zu haben, weil sie, auch ohne militärische Schritte damit zu verbinden, an eine leichten Herzens gegebene *carte blanche* grenzte. Daß nur zufällig die französische Bündnisverpflichtung an einem späteren Verfallspunkt in dem automatischen Ablauf der Bündnisse liegt, sei hier nur angedeutet: die deutsche Zusage steht nicht deshalb an der Spitze, weil die Aktion von ihr ausgeht, sondern weil sie zuerst an eine Verpflichtung erinnert werden konnte. Immerhin mußte die deutsche Staatsleitung am ehesten die Vollmachten nachprüfen, die zu so unabsehbaren Konsequenzen führen konnten, und das Urteil über ihre Politik vor dem Ausbruch des Weltkrieges wird davon ausgehen, mit welchen letzten Absichten und welchem Eifer sie diesen Weg betreten hat.

Daß die Mittelmächte nicht den Weltkrieg gewollt haben, bedarf keines Wortes: sie zielten aber,

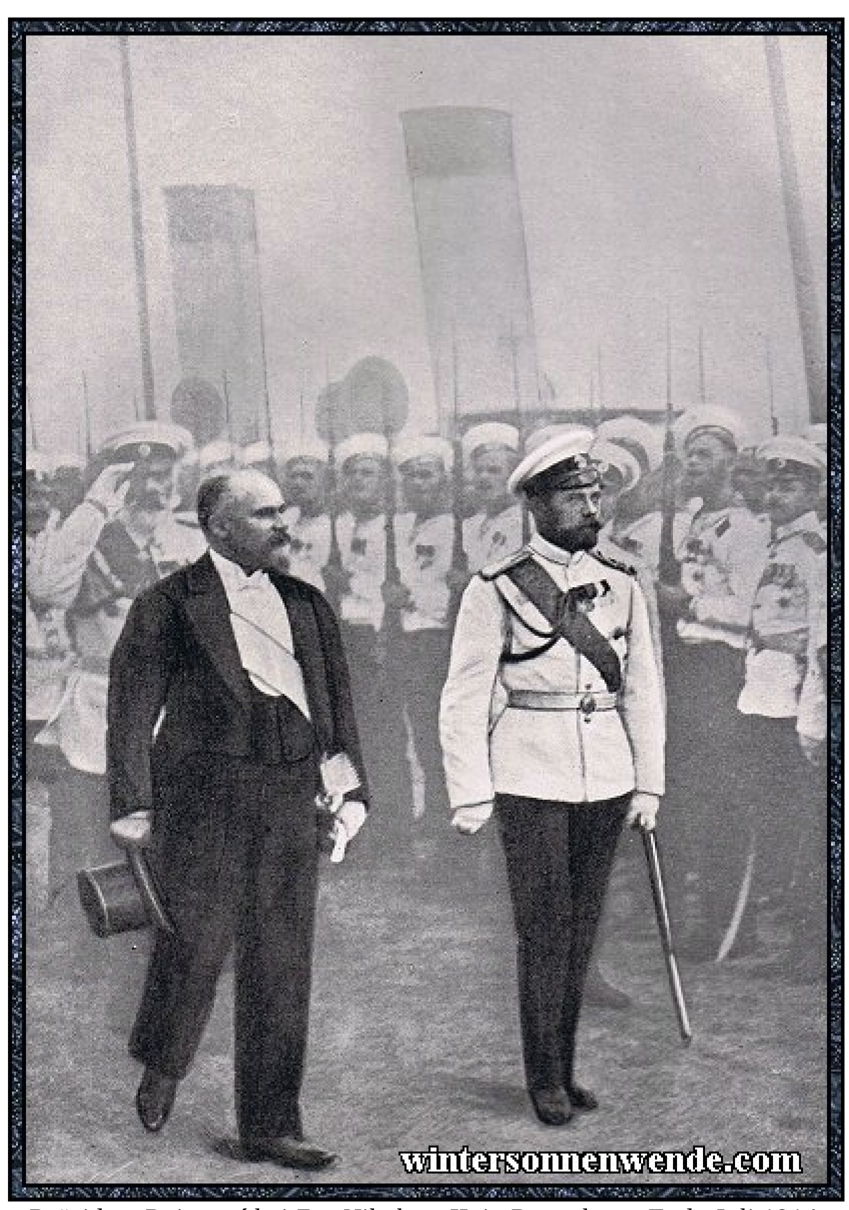
wenn der Serbe sich nicht unterwarf, auf das kriegerische Auskämpfen eines Konfliktes, den sie glaubten lokalisieren zu können. Dieser Glaube stellte sich als ein Irrtum heraus - es war ein weltgeschichtlicher Irrtum. Aber selbst wenn die Lokalisierung eine Utopie war, die man in der Weltlage von 1913/14 als einen schweren Fehler der politischen Einsicht bezeichnen muß, wenn damit auch die deutsche Politik belastet werden müßte, so sind, auf dieser Ebene der Verteilung der Verantwortlichkeiten, diejenigen Staatsmänner noch schwerer zu belasten, die diese Lokalisierung von vornherein unmöglich machten und, ohne ihre Durchführbarkeit in gewissen Grenzen zu erwägen, sofort auf den großen Brand lossteuerten. Denn wenn es sich herausstellte, daß selbst aus diesem außerordentlichen Anlaß - den in seinem natürlichen Rahmen zu erledigen die Staatengesellschaft einen fast solidarischen Anlaß besaß - der Friede nicht aufrechterhalten werden konnte, dann war allerdings sofort der Schluß unvermeidlich, daß der unterirdische Kriegswille in Europa überhaupt nicht mehr erstickt werden könne, sondern, wenn jetzt zurückgedrängt, bei nächster Gelegenheit doch durchbrechen würde.

Wollte die deutsche Regierung sich ein sicheres Bild von der Weltlage verschaffen, wollte sie sich insbesondere beizeiten darüber klar werden, ob die von ihr eingenommene Position der "Lokalisierung des Krieges" als einer nur die Österreicher und Serben angehenden Angelegenheit gehalten werden könne, dann mochte sie versuchen, von der englischen Politik eine unzweideutige Antwort auf die Frage herauszuholen: was habt ihr mit Rußland? London konnte sich der Bemühung zur Lokalisierung anschließen oder sie ablehnen. Es konnte den Russen zurückhalten, ermutigen oder gewähren lassen - und schon das letztere war eine Ermutigung, die in Wahrheit das bittere Ende hinnahm. Diese Gewissensfrage zu stellen, auf begründeter Unterlage zu stellen, war Fürst Lichnowsky am 6. Juli beauftragt. Er begann damit, die wahrscheinliche Verschärfung Wien - Belgrad zur Sprache zu bringen. Als er Grey nahe zu legen versuchte, er möge seinen Einfluß in Petersburg rechtzeitig dahin geltend machen, daß von dort aus im Sinne der Nachgiebigkeit auf Serbien gewirkt werde, enthielt sich dieser vorsichtig jeder bestimmten Meinung - denn hier war der Punkt bezeichnet, an dem er für die friedliche Lösung wirksam werden konnte. Das zweite Thema Lichnowskys, die deutsche Beunruhigung über die Rüstungen und den strategischen Bahnbau Rußlands, wurde ebenso negativ behandelt: Grey waren keine Anzeichen bekannt. Als der Botschafter dann auf neue Gerüchte über die englisch-russische Marinekonvention[15] zu sprechen kam, die den russischen Nationalismus sehr beleben müßten, bezog sich Grey auf seine negative Auskunft im Parlament, benutzte aber die Gelegenheit, den sehr intimen Charakter der Beziehungen zu betonen. Der Deutsche konnte aus allem nur entnehmen, daß Grey auf der ganzen Linie unzugänglich sein würde. Auch die nächsten beiden Besprechungen (9. u. 15. Juli) waren auf einen verwandten Ton gestimmt. Grey sprach wohl davon, daß französisch-englische und russisch-englische Abmachungen für den Kriegsfall nicht existierten, und daß England freie Hand habe; aber er tat auch dies, um einfließen zu lassen, die Beziehungen hätten nichts von ihrer früheren Innigkeit verloren, seien vielmehr von Zeit zu Zeit durch neue Konversationen aufgefrischt worden, natürlich nicht in offensivem, sondern in friedlichem Sinne. Als der Botschafter vor Konventionen warnte, nahm Grey für sich in Anspruch: er habe die Russen für eine versöhnliche Haltung gegenüber Österreich zu gewinnen versucht. Aber auch hier hat man den Eindruck, es komme dem englischen Minister vor allem darauf an, daß die österreichische Maßnahme "nicht das slawische Gefühl in einer Weise errege, die es Sasonow unmöglich machen würde, passiv zu bleiben". Ja, er fügte das nächste Mal hinzu: sollte es in Rußland wegen österreichischer militärischer Maßnahmen zu einer gewaltigen Erregung kommen, so würde er gar nicht in der Lage sein, die russische Politik in der Hand zu behalten, schon mit Rücksicht auf schwebende russisch-englische Empfindlichkeiten nicht.[16]

Wenn Grey schon dem Deutschen gegenüber seine Sprache über Rußland so vorbedacht regelte, so wird man nicht überrascht sein, daß er andern gegenüber auch noch deutlicher werden konnte. Ist es nicht ungemein bezeichnend, daß er am 22. Juli - am Tage vor der Überreichung der österreichischen Begehrnote in Belgrad und auf dem Höhepunkt der russisch-französischen Verbrüderungsfeste! - in einem Erlaß an Buchanan den Fall setzte: wenn er Sasonow wäre, so würde er den Öster-

reicher kommen lassen, die Stärke des proserbischen Gefühls in Rußland betonen und hervorheben, wie gewaltig und unwiderstehlich diese Gefühle im Fall einer Krise werden konnten.[17] Konnte er eine deutlichere Form wählen, um den Russen Gewißheit darüber zu geben, daß seine Staatskunst ihnen den Weg nicht vertreten würde?

Die Stimmung der Mächte war in dem Augenblick, wo Österreich-Ungarn sein Ultimatum nach Belgrad richtete und das Deutsche Reich aus seiner Sekundantenrolle kein Hehl machte, schon ziemlich eindeutig festzustellen. Es war bemerkenswert, daß der *Temps* und der *Matin* gerade um Mitte Juli das Thema der russischen Heeresverstärkung anschlugen: die ungeheure Vermehrung der Militärmacht, die bis zum Winter 1916 das russische Heer auf Friedensfuß nahezu verdoppele (von 1 200 000 auf 2 245 000 Mann), eine aktive Armee, deren Kopfzahl größer sein würde, als die vereinigten Heere des Dreibunds. Die französischen Journalisten schlossen daraus, daß man gewisse Handlungen Deutschlands nicht länger zulassen werde; die russische Diplomatie schlage im Verkehr mit der deutschen Diplomatie einen andern Ton an und Deutschland fürchte seinen östlichen Nachbarn. Ihre Artikel predigten, daß Frankreich mehr als eine andre Nation an der neuen Sachlage interessiert sei. Grey zog aus diesen Nachrichten, die der englische Militärattaché in Paris übermittelte,[18] nicht etwa die beruhigende Folgerung, daß die Sorge vor der deutschen Welthegemonie überflüssig geworden sei, sondern eher den bedenklichen Schluß, daß es sich für England nicht empfehle, mit der furchtbaren russischen Macht zu brechen.



Präsident Poincaré bei Zar Nikolaus II. in Petersburg, Ende Juli 1914.

Sollte es schon dahin gekommen sein, daß auf dem Grunde der Seele Greys sich die Wasser zu scheiden begannen? Er ließ am 23. Juli - noch bevor in Belgrad die Entscheidung gefallen war - den österreichischen Botschafter kommen (der wegen seiner nahen Beziehungen zum englischen Königshof eine besondere Stellung in London einnahm) und entwickelte ihm seine Gedanken über die entsetzlichen Folgen eines Konflikts: "Wenn nicht weniger als vier Großmächte Europas - z. B. Österreich, Frankreich, Rußland und Deutschland - in einen Krieg verwickelt würden", so müsse dieses seines Erachtens solch ungeheure Geldsummen verschlingen, Störung des Welthandels, Zusammenbruch des Kreditwesens und der Industrie, schlimmerer Zustand der Industriestaaten als der von 1848 - er malte das furchtbare Zukunftsbild noch ohne eine Beteiligung Englands bei seiner Entstehung,[19] aber die ökonomischen Folgen dergestalt, daß England sie augenscheinlich

nicht werde hinnehmen können. Diese Phantasie gab sich, als wenn sie nur ökonomisch erregt sei, aber sie ging darauf aus, bei dem andern die Angst vor der politisch-militärischen Stellungnahme Englands im Weltkrieg zu erwecken.

Schon bevor das österreichische Ultimatum in Belgrad überreicht wurde (23. Juli) und bevor seine Bedingungen bekannt waren, war in Petersburg so gut wie unwiderruflich die Entscheidung für den Krieg gefallen. Wenn irgendwie noch ein Zweifel über die Richtung der nunmehr zu fassenden Entschlüsse geherrscht hatte, so schwand er in den Tagen, als der Präsident der französischen Republik, Poincaré und der Ministerpräsident Viviani als Gäste am Zarenhofe weilten.

Das denkwürdige Ergebnis dieses feierlichen Staatsaktes, der das eigentliche Eingangstor zu dem Weltkriege geworden ist, verteilt sich auf die politischen Beschlüsse der Staatsmänner und auf die unsagbar persönliche Bekräftigung, die vor allem der leitende Franzose den Verpflichtungsformeln zu geben wußte. Man stellte zunächst - in der üblichen Weise - die vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten über die Probleme fest, denen sich die beiden Mächte in bezug auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, insbesondere im Osten, gegenüber gestellt sähen: ein Bekenntnis zur absoluten Solidarität. Dazu gesellte man die Forderung an Wien, alle Schritte und Anforderungen zu vermeiden, "die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen und die Serbien berechtigterweise als einen Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit betrachten könnte". Das war die Verpflichtung zur solidarischen Deckung Serbiens, ja, noch mehr, zur aktiven Unterstützung jeden serbischen Verhaltens gegen einschneidende Forderungen Österreichs.

Und dem entsprach die persönliche Haltung des Präsidenten Poincaré: sie atmete Kriegsbereitschaft und Kriegswillen. In den farbig erzählten und doch sehr vorsichtig redigierten Memoiren des Botschafters Paléologue sind wenigstens einige Bilder des äußeren Auftretens überliefert,[20] mit dem der kalt entschlossene Lothringer, den unsichtbaren Kriegshelm auf dem Haupte tragend, durch die Pracht des letzten Friedensfestes des Zarismus schreitet. Er geht durch den Kreis der Botschafter. Mit dem Deutschen kein Wort über Politik. Zu dem Engländer eine unzweideutige Mahnung, endlich die Notwendigkeit einer Umwandlung des Dreiverbandes in einen Dreibund zu begreifen. Zu dem Vertreter der habsburgischen Monarchie, Grafen Szápáry, die Frage des Augenblicks: "Haben Sie Nachrichten von Serbien?" Der Magyare kühl: "Die gerichtliche Untersuchung nimmt ihren Lauf." Poincaré aber, wie von einem inneren Trieb, zu provozieren, gestachelt: "Die Ergebnisse dieser Untersuchung können nicht umhin, mich zu beunruhigen, Herr Botschafter, denn ich erinnere mich zweier früherer Unternehmungen, die Ihre Beziehungen zu Serbien nicht gebessert haben. Sie erinnern sich, Herr Botschafter, - die Angelegenheit Friedjung und die Angelegenheit Prochaska." Der ätzende Hohn, der diese beiden mißlungenen Rekriminationen trüben Angedenkens auf eine Linie mit der Ermordung des Erzherzogs stellt, ist nicht zu übertreffen - er verrät, in dieser Weltlage und in diesem Moment, schließlich nur eine gemeine Seele. Würdig wahrt Szápáry seine Sache: "Wir können nicht dulden, Herr Präsident, daß eine fremde Regierung auf ihrem Territorium Attentate gegen unsren Souverän vorbereiten läßt." Aber der Franzose mahnt streng zur Vorsicht: "Mit ein wenig gutem Willen laßt sich diese serbische Angelegenheit leicht regeln. Aber leicht wird sie sich auch gefährlich entwickeln. Serbien hat sehr warme Freunde im russischen Volk. Und Rußland hat einen Alliierten: Frankreich. Welche Verwicklungen sind da zu befürchten!" Und dann tritt er in den Kreis der übrigen, mit Händedrücken und Liebenswürdigkeiten, mit sympathischen Trostworten für den serbischen Gesandten. Seine Drohung mit dem Weltkrieg hatte der Gast des Hauses dem Botschafter Österreich-Ungarns in der herausforderndsten Weise ins Gesicht geworfen.

Und noch ein anderes Bild aus dieser Welt altfürstlichen Glanzes, die seit dieser Stunde von der französischen Revanche in die Tiefe des Abgrunds gezerrt wird. Das Festmahl zu Ehren Poincarés bei dem Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch und der Großfürstin Anastasia; die Kapellen spielen nur "*Marche Lorraine*" und "*Sambre et Meuse*"; die Tische sind geschmückt mit lothringischen Dis-

teln - von solchen Festen, in ein kriegerisches Aroma getaucht, pflegte Ludwig XIV. in den Krieg zu ziehen. Und inmitten ihrer Gäste die Herrin des Hauses, die Montenegrinerin Anastasia, zu dem französischen Botschafter Paléologue gewandt, ihm ihre Bonbonnière mit der lothringischen Erde zeigend, von dem Telegramm ihres Vaters Nikita sprechend (...vor Ende des Monats Krieg... welcher Held, mein Vater!... er ist der Ilias würdig!) und dann, sich überstürzend in atemlos zugeflüsterten Zukunftsbildern: "Der Krieg wird ausbrechen... von Österreich wird nichts übrig bleiben... unsere Truppen werden sich in Berlin vereinigen... Deutschland wird vernichtet sein." Bis ein Blick des Zaren auf die Erregte fällt und sie zur Mäßigung zwingt. - Zwei Momentbilder aus der Rolle des Kriegsbringers Poincaré. Als das Kriegsschiff "La France" am 23. Juli den Hafen von Kronstadt verließ, war sein Werk, soweit es an ihm lag, getan.

An demselben 23. Juli, nachmittags 6 Uhr, überreichte der österreichisch-ungarische Gesandte dem serbischen Außenminister die "Begehrnote", die in zehn Punkten die Maßregeln gegen die großserbische Propaganda, die Ergreifung bestimmter verdächtiger Persönlichkeiten und die Anordnung einer Untersuchung in Belgrad forderte, an der österreichische und ungarische Delegierte teilnehmen sollten. Die Antwort war bis zum 25. Juli 6 Uhr erbeten; wenn sie ausbleibe oder unzureichend sei, werde der österreichisch-ungarische Gesandte Belgrad verlassen. Wenn man den Forderungen der Begehrnote vorwirft, sie seien mit der Würde eines unabhängigen Staates unvereinbar, so ist dem entgegenzuhalten, daß Serbien sich gegen die Pflichten dieser Unabhängigkeit schwer vergangen hatte, vor und nach dem Morde; daß völkerrechtlich schon analoge Forderungen gestellt worden sind, ist ebenso unbestreitbar wie die Tatsache, daß ein großer Teil der Londoner Presse sie schwer, aber angemessen fand.

Als die österreichische Note in Belgrad überreicht wurde, war auch schon eine deutsche Note vom 21. Juli an die Mächte unterwegs, gleichsam die internationale Parallele und die eigentliche Verstärkung der Begehrnote; am 24. Juli wurde sie von dem Botschafter Pourtalès dem russischen Außenminister verlesen.

Die von Jagow gezeichnete Note des Reichskanzlers war dadurch von Bedeutung, daß sie die Aussprache der Mächte eröffnete und für sie den Takt und den Ton angab. Sie ging von der Tatsache aus, daß sich schon aus den bisherigen Veröffentlichungen ergebe, daß die Fäden der Mordverschwörung zum mindesten unter Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee in Belgrad zusammenliefen - so wie es der Wahrheit entsprach. Daran knüpfte sie einen geschichtlichen Rückblick über die Rolle der großserbischen Propaganda seit fünf Jahren, die Zurückhaltung Österreichs, das Einschreiten der Großmächte, das Gelöbnis Serbiens - und trotzdem diese stillschweigende Duldung der Verschwörung durch die amtlichen serbischen Stellen. Das alles war richtig, wurde freilich von andern Großmächten politisch ganz anders bewertet. Aus dieser Vorgeschichte zog die Note den Schluß, daß es weder der Würde noch der Selbstachtung der österreichisch-ungarischen Monarchie entspreche, diesem Treiben, das ihre Sicherheit dauernd bedrohe, tatenlos zuzusehen.

So gründete die deutsche Reichsregierung auf diese Voraussetzungen ihr Urteil: Vorgehen und Forderungen Österreich-Ungarns sind billig und maßvoll. Sie ging sogar noch einen Schritt weiter. Da leider zu erwarten sei, daß Serbien die Forderungen nicht erfüllen, sondern in seiner herausfordernden Stellung fortfahren werde, so werde für Österreich-Ungarn nichts andres übrig bleiben, als seine Forderungen durch einen starken Druck und nötigenfalls unter Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, "wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß". Man erklärte sich also nicht nur bereit, Vorgehen und Forderungen Österreich-Ungarns zu decken, sondern auch den Eventualfall einer Exekution mit ihren Folgen: das großmächtliche Gewicht Deutschlands wurde mit ernstem Nachdruck eingesetzt. Den Mächten gegenüber vertrat man die Anschauung, daß es sich um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele: Lokalisierung des Konflikts. Diese Formel wurde mit der zumindest warnenden Begründung empfohlen, "weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen

Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde".

An diese Möglichkeit **dachten** alle Mächte: eine Einschüchterung konnte von ihr nicht ausgehen. Wenn man den Deutschen einen Vorwurf daraus macht, daß ihre Art der Stellungnahme für Österreich-Ungarn das unbedingte "auf jede Gefahr" in die Auseinandersetzung eingeführt hatte, so läßt er sich nicht halten; denn die Warnung war gerade an die beiden Mächte gerichtet, die sich in eben diesen Tagen schon auf jede Gefahr gegen die Mittelmächte verbanden und statt auf die Lokalisierung von vornherein auf die Weltausdehnung des Konfliktes abzielten. Man könnte eher beanstanden, daß der deutsche Sekundant, der so früh und scharf einsprang, mit der Unbedingtheit seines Programmes auch in der Form die Wege versperrte, die selbst in so ernsthaften Aktionen die Aussichten auf einen möglichen Ausgleich und die Segnungen des Friedens eröffnet hätten. Wenn die deutsche Note sich eine Wirkung davon versprach, daß sie die Russen an die Solidarität der monarchischen Interessen erinnerte, so gab sie sich einer Täuschung hin. Der Zar aller Reußen sollte vielmehr mit dem Argument der Gefahr für seinen Thron gerade in das entgegengesetzte Lager getrieben werden. Alles aber hing an der Frage: entsprach die Note vom 21. Juli noch der Weltlage, in der die Gruppierungen inzwischen Zeit gefunden hatten, sich auf ihre Macht und ihre Interessen zu besinnen?

Es hatte allerdings einen Augenblick den Anschein, als wenn die serbische Entschließung über Annahme oder Ablehnung der Begehrnote sich ohne den Einfluß der Weltlage vollziehen würde. Schon am Abend des 24. Juli meldete der Vertreter der *Frankfurter Zeitung* den Eindruck, daß Serbien kein anderer Ausweg offen stehe, als die Forderungen Österreich-Ungarns trotz ihrer Schwere anzunehmen. Am andern Morgen sprachen das Regierungsorgan, das Wolffsche Telegraphenbüro und Berliner Zeitungen dieselbe Ansicht aus. Schon erging ein Befehl zur Verhaftung des Majors Tankosić; man sah Pašić persönlich bemüht, den radikalen Klub und die öffentliche Meinung für das Nachgeben zu gewinnen; selbst in dem Punkt, der am schwersten anzunehmen war, der Zulassung österreichischer Beamter zu der Untersuchung. Das ist eine Tatsache von außerordentlicher Bedeutung.[21] Schon neigte sich um den Mittag des 25. Juli der allgemeine Glaube der Erhaltung des Friedens zu. Da erging um 3 Uhr plötzlich der Befehl zur Mobilmachung der serbischen Armee und in den folgenden Stunden verbreitete sich die Gewißheit, daß ein Umschwung eingetreten sei. Alles sprach davon, daß man auf Rußland und Frankreich rechnen könne und daß somit den Österreichern eine nicht völlig befriedigende Antwort gegeben werden würde.

Was war geschehen? Am 24. Juli hatte der Kronprinz Alexander einen Hilferuf an den Zaren ergehen lassen, dessen Gesinnung ihm bekannt war.[22] Im Laufe des Vormittags des 25. Juli waren die Antworttelegramme in Belgrad eingetroffen. Das erste enthielt nur die Mitteilung, daß man sich bereit halten oder mobilisieren sollte. Das zweite Telegramm (Zarentelegramm) brachte die ersehnte Zusicherung der russischen Hilfe und gab nähere Anweisung, wie man sich den österreichischen Forderungen gegenüber zu verhalten habe. Schon in den Morgenstunden des 25. Juli empfing Pašić den russischen Geschäftsträger, der die entsprechende Bestätigung gab. Daraufhin beschloß der unter Vorsitz des Kronprinzen bis zwei Uhr tagende serbische Ministerrat: das Ultimatum nur unter Bedingungen anzunehmen, sofort zu mobilisieren, die Skupčina nach Niś einzuberufen und die Regierung nach Niś zu verlegen. Damit wurde den schon zur Unterwerfung geneigten serbischen Gemütern durch den Zaren selbst die Richtung auf den Krieg gegeben.

Schon am 24. Juli hatte die militärische und diplomatische Maschinerie der Russen sich auf einen Ausgang einzustellen begonnen, der den Weltkrieg in dem ganzen Umfang dieses Begriffes entschlossen in Rechnung setzte.[23] Als der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szápáry dem Ministerpräsidenten Sasonow am 24. Juli das Ultimatum zur Kenntnis brachte, hatte dieser seiner schärfsten Ablehnung unverhohlenen Ausdruck gegeben. Er ging auf allen Wegen zur Aktion vor. Er hätte gewünscht, den ganzen Druck des Dreiverbandes vom ersten Augenblick hinter diese Aktion zu stellen. Somit trat er mittags um ½1 Uhr in der französischen Botschaft mit den

Botschaftern der Westmächte, Paléologue und Buchanan, zusammen, um eine Solidaritätserklärung zu vereinbaren; zur Empfehlung einer solchen Solidaritätsformel ließ sich, weil sie den absoluten Ernst zeige, das Scheinargument geltend machen, daß sie als einziges Mittel den Frieden noch erhalten könne. Aber der Engländer war weit entfernt, sich in diesem Stadium schon an eine so folgenreiche Sache binden zu lassen; er glaubte mit dem Vorschlag der Fristverlängerung noch die mittlere Linie innehalten zu können.

Die zweite Aktion war die der militärischen Vorbereitung. Eine Sitzung des Ministerrates um 3 Uhr[24] genehmigte die in dem weiteren Verlauf einzuschlagende Politik Sasonows (Fristverlängerung; Rat an die Serben, sich bei österreichischem Einmarsch ohne Widerstand zurückzuziehen). Des weiteren wurde dem Kriegsminister und dem Marineminister anheimgegeben, nötigenfalls die Genehmigung des Zaren zu erbitten, nach Maßgabe der Ereignisse die Mobilmachung der vier Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan, der Baltischen und der Schwarzen-Meer-Flotte anzuordnen - also wenigstens in den Formen eines Eventualbeschlusses der erste Schritt auf dem Wege zur großen Rüstung! Die maßlose Erregung Sasonows am Abend des 24. Juli verriet die Flut von Anklagen, mit denen er beim Empfang des deutschen Botschafters die Politik Österreich-Ungarns überhäufte.

Nach Serbien aber ergingen nicht nur die - durch die anfängliche Zurückhaltung Englands bedingten - vorsichtigen diplomatischen Ratschläge, sich vor dem Einmarsch der Österreicher friedlich zurückzuziehen und der Entscheidung der Großmächte zu vertrauen, sondern vor allem auf unmit-telbarem Wege jene beiden Telegramme, die den Umschwung in Belgrad, wie wir gesehen haben, herbeiführten: die militärische Ermutigung durch die Person des Zaren fiel schwerer ins Gewicht als alle Einzelheiten diplomatischer Beratung. Der Ernst der militärischen Aktion in Petersburg erwies sich auch dadurch, daß sie schon in den nächsten Stunden einen Schritt weiter vorwärts ging. Ein Ministerrat, der am 25. Juli morgens 10 Uhr tagte, bestätigte nicht nur das Sonderprotokoll des Ministerrats vom Tage zuvor, sondern bestimmte angesichts der diplomatischen Lage nunmehr, vom folgenden Tage ab die Vorschrift für die Kriegsvorbereitungsperiode[25] für das gesamte Reichsgebiet in Kraft treten zu lassen.



Präsident Poincaré und Ministerpräsident Sasonow beschließen den Krieg, Petersburg, Ende Juli 1914.

Während der 24 Stunden vom Vormittag des 24. bis zum Vormittag des 25. Juli hatte Rußland sich durch die Gesamtheit seiner Schritte schon so festgelegt, daß ein Einlenken kaum noch möglich war. Mit scharfem Blicke stellte das noch am 24. Juli ein Vermerk von Sir Eyre A. Crowe fest: "Der Augenblick ist vorüber, als es vielleicht noch möglich war, die französische Unterstützung für einen Versuch, Rußland zurückzuhalten, zu gewinnen. Es ist klar, daß Frankreich und Rußland entschlossen sind, den hingeworfenen Handschuh aufzunehmen." So ist es. Es handelt sich um eine gemein-same Verantwortung, die Rußland und Frankreich schon für die Einleitung ihrer Aktion tragen: sie wäre ohne die bedingungslose Solidarität der beiden undenkbar gewesen. Wer die diplomatische Politik Rußlands, als den Krieg wollend, verurteilt, belastet den französischen Kriegswillen in derselben Höhe. Daneben ist die taktische Nüchternheit bezeichnend, mit der auch der englische Diplomat am Abend des 24. Juli nur **ein** wirksames Mittel weiß, um auf seine Weise den Frieden zu retten: die ganze englische Flotte unverzüglich auf Kriegsfuß zu setzen! Dieser Schritt, so liefen seine Gedanken, möge denkbarerweise Deutschland die Augen über den Ernst der Gefahr öffnen, der es ausgesetzt sei, falls England am Kriege teilnehme. Daß dieser Schritt zugleich eine unbegrenzte Ermutigung für die russisch-französische Aktion bedeuten würde, statt einer Vermittlung von friedensfreundlichem Charakter eine einseitige drohende Parteinahme, machte ihm nicht das geringste Kopfzerbrechen. Es scheint ihm und seinen Gesinnungsgenossen eine selbstverständliche Vorstellung, daß bei dem Beginn der Krisis die aktiven Formen kriegerischer Vorbereitung, soweit sie vom Dreiverband ausgehen, allein als friedensichernde Maßregeln zu bewerten sind.

Die österreichische Regierung hatte die ungenügende serbische Antwort ihrer Ankündigung gemäß mit dem Entschluß des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen erwidert. Da der eine Teil schon mit der Mobilmachung vorangegangen war, konnte die Frage der Kriegserklärung nur eine Frage von Tagen sein. Und indem sich die Umrisse russischer "Kriegsvorbereitung" und die Eventualität der "Teilmobilmachung" dazu gesellten, erhob sich hinter dem österreichisch-serbischen Konflikt bereits unabwendbar der österreichisch-russische Konflikt, der die Gefahr des Weltkrieges bedeutete. Die deutsche und europäische Politik stand seit dem 25. Juli nachmittags 6 Uhr vor einer neuen und gefährlichen Problemstellung.

So kommen wir denn zunächst noch einmal zu der deutschen Stellungnahme zum österreichischen Ultimatum und zu der Verwerfung der serbischen Antwort zurück.

Als der Staatssekretär v. Jagow den amtlichen Text des Ultimatums kennenlernte,[26] erschien er ihm "als reichlich scharf und über den Zweck hinausgehend"; er hätte wohl gern noch eingewirkt, erfuhr aber, daß es schon nach Belgrad abgegangen sei; es war also "nichts mehr zu machen". Er sprach dem Botschafter sein "Befremden" aus, daß er so spät benachrichtigt worden sei und keine Möglichkeit mehr habe, Stellung zu nehmen. Auch Bethmann Hollweg fand die Note "zu scharf". Man fühlt heraus, daß man in der Wilhelmstraße von dem unsicheren Gefühl beunruhigt war, von einem rücksichtslosen Partner auf einer Reise zu einem unbekannten Ziele mitgenommen zu werden. Wenn die deutsche Seite in die Fassung des Ultimatums nicht mehr eingreifen konnte, so hätte sie sich doch unter allen Umständen sofort eine Mitwirkung bei der Behandlung der serbischen Antwort ausbedingen sollen. Das ist aber, so viel man sieht, nicht geschehen. Im Gegenteil, man ist in Berlin, wo man zu allererst hätte orientiert sein sollen, nicht auf dem schnellsten Wege unterrichtet worden. Wenn die Politik des Ballhausplatzes ihrem serbischen Gegner 48 Stunden zur Entschließung ließ, so wäre es nicht unbillig gewesen, dem Bundesgenossen - dessen überragende Macht der eigentliche Einsatz des Wiener Vorgehens war - wenigstens 24 Stunden zu bewilligen, um die serbische Antwort zu prüfen. Es war nicht zu billigen, daß man in Wien diese Antwort sogar zurückhielt und auf wiederholtes Drängen nicht herausgab, so daß man in Berlin den Wortlaut erst am 27. Juli von serbischer Seite erfuhr. Denn schon hatten die Ereignisse ein so vehementes Tempo angenommen, daß die deutsche Reichsregierung überhaupt von Glück sagen konnte, wenn es ihr noch gelang, in die Speichen des abwärtssausenden Wagens einzugreifen.

Die am 28. Juli 11 Uhr vormittags erfolgende Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien setzte die bereits eingeleiteten kriegerischen Vorbereitungen Rußlands sofort in stärkere Bewegung. Diese Entschließungen, mit denen die Möglichkeit eines zu lokalisierenden österreichisch-serbischen Konfliktes endgültig verschwindet und das große Ungewitter heraufzieht, sind von der höchsten Verantwortlichkeit und schon darum der schärfsten Nachprüfung unterzogen worden.[27]

Der erste Beschluß einer (gegen Österreich gerichteten) Teilmobilmachung in den Militärbezirken Kiew, Odessa, Kasan, Moskau war prinzipiell im Ministerrat schon am 24. Juli gefaßt worden, blieb aber nach der Formulierung des Ministerrats vom 25. Juli an die Genehmigung des Zaren gebunden. Am 28. Juli gab die russische Regierung in Berlin die Erklärung ab, daß am folgenden Tage die Teilmobilmachung erklärt werden würde. Inzwischen hatte schon der Gedanke der allgemeinen Mobilmachung, die auch die (gegen Deutschland gerichteten) Militärbezirke Warschau, Wilna, Petersburg und die asiatischen Militärbezirke umfaßte, um sich gegriffen; die Art und Weise, wie die Befehle zur Teilmobilmachung von den Befehlen zur Generalmobilmachung abgelöst wurden bzw. in diese übergehen, ist nicht völlig durchsichtig. Jedenfalls wies Sasonow schon am 28. Juli den Generalstabschef Januschkewitsch auf die Notwendigkeit hin, mit der Gesamtmobilmachung nicht länger zu zögern. Und schon am folgenden Vormittag gelang es dem ungebändigten Kriegswillen der militärisch-politischen Häupter, dem Zaren die Unterschrift zu entreißen.

Am folgenden Tage, dem 29. Juli zwischen 12 und 2 Uhr mittags, übergab Januschkewitsch dem General Dobrorolski, Chef der Mobilmachungsabteilung, den Befehl des Zaren für die allgemeine Mobilmachung (mit 30. Juli als 1. Mobilmachungstag); er fand sich um 3 Uhr noch berechtigt, dem deutschen Militärattaché eine Erklärung zu übermitteln, daß sich nichts verändert habe. Aber unmittelbar hernach, nach 3 Uhr, erfolgte zwischen Sasonow, Suchomlinow und Januschkewitsch das Einverständnis über die allgemeine Mobilmachung, und auf telephonischem Wege die Genehmigung dieses Beschlusses durch den Zaren. In den Abendstunden, nach 7 Uhr, benachrichtigte Sasonow die russischen Vertretungen in Paris und London, daß er die Rüstungen beschleunige und mit der Unvermeidlichkeit des Krieges rechne. Als aber Dobrorolski gegen 9 Uhr nach Erledigung der vorgeschriebenen Formalien auf dem Haupttelegraphenamt in Petersburg erschien und die Bereitstellung von einigen Dutzend Apparaten zum Abtelegraphieren anordnete, wurde er im letzten Augenblick von einem Generalstabshauptmann mit der kaiserlichen Weisung aufgehalten: nicht allgemeine Mobilmachung, sondern nur Teilmobilmachung (Kiew, Odessa, Moskau, Kasan) - in dieser Form liefen gegen Mitternacht die Befehle über den Draht.

Noch einmal war es, als ob das Schicksal, dem die Welt schon verfallen schien, den Atem anhielte. Am 29. Juli 6 Uhr 30 war in Potsdam ein Telegramm Kaiser Wilhelms aufgegeben worden, das seinen Eindruck auf den Zaren nicht verfehlte. Er wiederholte die österreichische Erklärung, daß Österreich nicht beabsichtige, irgendwelche territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens zu machen; natürlich würden drohende militärische Maßnahmen ein Unheil beschleunigen, das sie beide zu vermeiden trachteten, und seine Stellung als Vermittler gefährden. Der Zar stand anscheinend unter dem Gefühl, daß er den Ton dieser Annäherung nicht mit der Gesamtmobilmachung beantworten könne, von der er selber wußte, daß sie für Deutschland dasselbe bedeutete und für beide Länder den Krieg. So dankte er dem Kaiser sofort um 8 Uhr 20 für das versöhnliche und freundliche Telegramm, das von der Sprache des deutschen Botschafters zu Sasonow unterschieden sei, bat, diesen Zwiespalt zu erklären, und regte leichthin an, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz zu übergeben - diesem Schritt entsprach die bereits erwähnte Zurücknahme des Befehls zur Gesamtmobilmachung.[28]

Daß diese Wendung, in den militärischen Kreisen in Petersburg katastrophal wirkend, darum doch nicht eine in den Frieden zurücklenkende Maßregel bedeutete, weil sie gleichzeitig die gegen Österreich gerichtete Teilmobilmachung vollzog und es Kaiser Wilhelm II. damit unmöglich machte, seine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland fortzusetzen, sei schon vorweg betont. Aber

auch von dieser Zweideutigkeit abgesehen, die dem Schritte des Zaren innewohnte, kam alles darauf an, ob die augenscheinlich von dem Selbstherrscher ohne Fühlung mit seinen Beratern unternommene Aktion tatsächlich von Bestand war, oder ob sie eine Episode blieb, die über die Stunden der Nacht und des Vormittags nicht hinausreichte.

Denn es blieb nicht aus, daß die Kriegspartei, die während der Nacht den Dingen ihren Lauf lassen mußte,[29] sich am anderen Morgen von neuem sammelte, um sich des ihr entglittenen Befehls zur Gesamtmobilmachung wieder zu bemächtigen.[30] Politik und Kriegführung stimmten darin überein, daß die Generalmobilmachung absolute Notwendigkeit sei: darüber waren Sasonow, Suchomlinow und Januschkewitsch in einer Besprechung um 11 Uhr einig. Sie trauten sich anscheinend zu, das aufgetauchte Kriegshindernis wieder aus dem Wege zu räumen. Etwa um 11 Uhr erging von Januschkewitsch an Dobrorolski die telephonische Mitteilung: "Es besteht Hoffnung auf Besserung (!) der Situation. Halten Sie sich bereit, auf meinen Anruf gleich nach Mittag mit allen meinen Dokumenten bei mir vorzusprechen." Aber der erste Ansturm, den man telephonisch versuchte, schlug fehl. Der Zar, der sich gegenüber Berlin in mehrfacher Form festgelegt hatte, lehnte entschieden ab, er erklärte dem Grafen Fredericks noch einmal, er sei fest entschlossen, seinen Weg weiter zu verfolgen und keinem Drucke nachzugeben. Erst um Mittag begab sich Sasonow persönlich nach Peterhof, und schon um 1 Uhr konnte er an Januschkewitsch telephonieren, der Zar habe es für richtig befunden, "auf Grund der letzten Nachrichten aus Berlin", die allgemeine Mobilmachung der gesamten Armee und Flotte zu verfügen.

Daß von Berlin aus weder deutsche noch russische Meldungen inzwischen eingetroffen waren, die für den Zaren die Lage der Nacht irgendwie verschoben hätten, ist durch die Forschung einwandfrei erwiesen worden.[31] Der schwache Wille des Zaren ist durch andere Mittel gebrochen worden.

Die Gründe, die Sasonow für die Gesamtmobilmachung gegen die Teilmobilmachung anführte, bestanden zum Teil in diplomatischen Finessen: die Teilmobilmachung sei eine Verletzung der Bündnispflicht gegen Frankreich, weil der Kaiser sie benutzen würde, den Franzosen das Versprechen der Neutralität abzutrotzen.[32] Es ist aber aus guter Quelle beglaubigt, daß Sasonow im äußersten Moment - um den Krieg durchzudrücken - noch viel stärkere Mittel angewandt hat. Schon in der Nacht vom 29. zum 30. Juli hatte er dem Grafen Pourtalès gegenüber das bedenkliche Argument gebraucht, "keine Regierung würde ohne ernste Gefahren für die Monarchie eine solche Politik hier führen können", und dieses Schlagwort "Gefahr für die Monarchie" scheute er sich nicht, dem Zaren ins Gesicht zu verwenden. Nach dem Zeugnis des dem Auftritt beiwohnenden Hausministers Grafen Fredericks hat Sasonow den entscheidenden Stoß mit der Erklärung geführt: "daß ein Krieg mit Deutschland außerdem das einzige Mittel für ihn sei, sein Leben und den Thron für seinen Sohn zu erhalten".[33] Diese Sprache, die am Zarenhofe nicht so unmöglich war, wie man sich das im vorrevolutionären Rußland gewöhnlich vorstellt, konnte sich allerdings auf eine gewisse Resonanz berufen. Eben in diesen Stunden, um 2 Uhr mittags, erschien der Dumapräsident Rodzianko mit dem Kriegsminister bei Sasonow, um als Haupt der Volksvertretung die entscheidende Erklärung abzugeben, daß das russische Volk der Regierung eine Verzögerung der Mobilmachung, die verhängnisvoll für das Reich werden würde, niemals verzeihen würde. Es war nichts anderes, als was zwei Großfürsten schon dem Zaren drohend angekündigt hatten: daß ein feiger Friede die Revolution entfesseln würde. Es waren die Kräfte des russischen Nationalismus, die in dieser Stunde ihr struppiges Karyatidenhaupt vor dem Zarismus erhoben und sein Schicksal bestimmten. Immer wieder hatte die russische Autokratie sich ihrer bedient, um immer tiefer in die Abhängigkeit von ihnen zu geraten. Und so scheitert denn die letzte schwächliche Episode eines Aufflackerns des zaristischen Selbstherrscherwillens zwischen dem Abend des 29. Juli und dem Mittag des 30. Juli - an diesen Kräften der Tiefe. So wie Zar Nikolaus im Herbst 1904 und im Sommer 1905 die Hand des deutschen Kaisers zu friedlicher Gemeinschaft hatte ergreifen wollen und jedesmal wieder abgedrängt worden war, so verfiel seine schattenhafte Figur jetzt für immer einer Unterwerfung, die er nicht wieder abschütteln konnte.

Ob die formelle Unterschrift schon um 1 bis 2 Uhr oder erst zwischen 3 und 4 Uhr vollzogen wurde - genug, von etwa 6 Uhr an ergingen die Telegramme aus Petersburg, die den Befehl für die Gesamtmobilmachung in Europa und Asien enthielten.[34] Es waren die Maßnahmen, die mit unausbleiblicher Konsequenz auch die deutsche und dann die französische Mobilmachung nach sich zogen und die Welt für mehr als vier Jahre in den ungeheuersten aller Kriege hineinrissen.[35] Alle Beteiligten, der Russe voran, wußten, daß Mobilmachung praktisch gleichbedeutend mit Kriegserklärung sei. So begann sich von diesem Augenblick an, wo die russische Gesamtmobilmachung im Vertrauen auf den Dreiverband vollzogen wurde, der Zwang zum Kriege auf alle Entschließungen der deutschen Politik zu senken.

Kaiser Wilhelm II. war von der Nordlandreise zurückgekehrt, als nach der serbischen Beantwortung des Ultimatums die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien abgebrochen waren. An demselben Tage hatte die Vermittlung eingesetzt, von London waren Anträge auf Fristverlängerung, die bereits überholt war, und auf Vermittlung des österreichisch-russischen Konflikts durch die vier unbeteiligten Mächte eingetroffen; dieser Antrag war von Berlin nach Wien weitergegeben worden. Am 27. Juli, als der Reichskanzler zur Berichterstattung vor dem Kaiser erschien, häuften sich ernsthafte Vorschläge der Vermittlung. Auf der einen Seite erweiterte England seine Anregung einer Vermittlung der Vier auf den Vorschlag einer Konferenz zu Vieren in London, aber unter Einbeziehung auch des österreichisch-serbischen Konfliktes; auf der anderen Seite wurde von Petersburg die Einleitung direkter Besprechungen zwischen dem österreichischen und dem russischen Kabinett angekündigt. Die deutsche Regierung zog diesen zweiten Weg, auf dem sie die Möglichkeit unmittelbarer Einwirkung hatte, dem ersten Wege vor.[36]

Bethmann Hollweg hatte bisher an der etwas starren Taktik festgehalten, die er seit Beginn der Krisis verfolgte, und nicht minder an den Illusionen, die dieser Taktik zugrunde lagen. Der Ausgangspunkt war die Lokalisierung des Krieges; entsprechend strenge und formelle Zurückhaltung der deutschen Politik (namentlich aus den Einzelheiten des österreichischen Vorgehens); auch die Abwesenheit des Kaisers sollte dieses Nichtbeteiligtsein akzentuieren. Sein Endziel war friedlich. Noch in den letzten Tagen urteilte der englische Botschafter, er sei davon überzeugt, "daß sowohl der Kanzler als auch Jagow einen allgemeinen Krieg vermeiden möchten - das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die der meisten Diplomaten".[37] Wenn aber der Russe (dessen Angriffswillen man unterschätzte) die Lokalisierung des Krieges durchbrach, dann wollte man ihn auf sich zukommen lassen und fest zu Österreich-Ungarn stehen: **nur gezwungen** sich in den großen Krieg verwickeln lassen.[38] Dabei hoffte man in Berlin - und hier saß das Zentrum der Illusion -, diesen großen Krieg doch auf den Kontinent beschränken zu können. Man lebte in dem Irrglauben, nach den nicht ungünstigen Erfahrungen der beiden letzten Jahre, selbst nach gewissen Eindrücken der letzten Tage, daß England sich aus dem Kontinentalkriege heraushalten werde. So verkannte man den politischen Nerv, von dem in Wahrheit die Staatskunst Englands gelenkt wurde, und glaubte es durch Entgegenkommen im Kleinen von seiner großen Linie ablenken zu können; bezeichnend ist, wie der Kanzler noch am 25./26. Juli - unter durchaus berechtigter Kritik seitens des Kaisers - sich für die Nichtheimsendung der Flotte und die Nichtrückkehr Wilhelms II. einsetzte, um England nicht zu verstimmen. Jedenfalls meinte Jagow noch am Abend des 27. Juli von dem gut funktionierenden Draht zwischen Deutschland und England sprechen zu dürfen.[39]

Der Vortrag des Kanzlers vor dem Kaiser in den ersten Nachmittagstunden des 27. Juli scheint noch allzu optimistisch abgetönt gewesen zu sein. Aber eben jetzt begann sich das Bild zu verändern. Am Abend des 27. Juli traf eine Depesche[40] Lichnowskys ein, die bei Grey, unter dem Eindruck der serbischen Antwort, eine starke Verstimmung, wenn nicht gar eine Wendung ankündigte; zunächst aber die Bitte, die deutsche Regierung möge in Wien darauf hinwirken, daß man die Antwort "entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage für Besprechungen". Von jetzt an überfiel den Kanzler die doppelte Sorge, die englische Haltung könne sich doch anders enthüllen, als er bisher angenommen hatte, und eine Ablehnung der Londoner Anregung würde, wenn es zum Weltkriege

kommen sollte, die Mittelmächte statt Rußland mit dem Odium belasten. Also lenkte er ein. Der starre Grundsatz, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt nicht einzumischen, wurde damit von deutscher Seite aufgegeben. Es ist begreiflich, daß man mit dieser Einwirkung in Wien fast ängstlich den Schein des Druckes zu vermeiden suchte und sich zunächst auf das bloße Weitergeben der Anregung beschränkte.[41]

Immerhin, die Wendung war unverkennbar: der Kanzler eröffnete die Reihe seiner mahnenden Einwirkungen auf das österreichische Kabinett. In gemessenem Tone erklärte er: "Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung *a limine* abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen." Dem entsprach die Auffassung, die Kaiser Wilhelm II. persönlich von der serbischen Antwort hatte. Er hatte sofort, wie seine Randbemerkung zeigt, den Eindruck: "Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien, aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort." Somit schlug er dem Staatssekretär vor, den Österreichern zu dem demütigenden Rückzug Serbiens zu gratulieren und ihnen zu sagen, daß ein Kriegsgrund jetzt nicht mehr vorhanden sei; es werde sich nur noch darum handeln, Garantien für die Ausführung der Versprechungen zu erhalten; etwa auf der Basis einer vorübergehenden Besetzung eines Teiles von Serbien gedachte er zu vermitteln.

Die deutschen Schritte wurden durch die Nachricht durchkreuzt, daß Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt und den englischen Vorschlag als verspätet abgelehnt habe. Die Reichsregierung verständigte sofort die Kabinette, daß die Kriegserklärung an der von ihr unternommenen Vermittlung nichts ändere. Sie schlug zu diesem Zwecke der österreich-ungarischen Regierung vor, sie möge wiederholt in Petersburg erklären, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien fernlägen und daß ihre militärischen Maßnahmen nur eine vorübergehende Besetzung von Belgrad ("Halt in Belgrad") zu Garantiezwecken beabsichtigten. Auch sagte man dem Österreicher, um ihn zum Einlenken zu veranlassen, es handle sich um ein Vorgehen, welches das Ziel der Wiener Politik, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu zerstören, ermögliche, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden sei, die Bedingungen, unter denen er zu führen sei, für uns tunlichst verbessern würde. Der Reichskanzler war jedoch weit entfernt, seinerseits sich auf diesen Eventualfall einzurichten, er versicherte vielmehr unmittelbar hernach dem englischen Botschafter seine feste Absicht, mit England im Interesse des Friedens zusammenzuarbeiten: "ein Krieg zwischen uns Großmächten muß vermieden werden".

Der folgende Tag, der 29. Juli, stand bereits unter dem Eindruck der sich häufenden militärischen Maßnahmen in Rußland (und auch in Frankreich), so daß die Reichsregierung sich genötigt sah, in den Nachmittagstunden bereits in Petersburg sehr ernst darauf hinzuweisen, daß ein weiteres Fortschreiten dieser russischen Maßnahmen auch Deutschland zur Mobilmachung nötigen und daß dann ein europäischer Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde. Aus dieser Sorge entstand das Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom Nachmittag des 29. Juli; in versöhnlichem Tone legte er dem alten Freunde ans Herz, daß er die deutsche Verständigung zwischen Petersburg und Wien fortsetze, daß aber militärische Maßnahmen seine eigene Stellung als Vermittler gefährden würden. Wir haben gesehen, daß dieses Telegramm zwar die bereits befohlene Gesamtmobilmachung noch unterbrach, wenn auch nur für etwa 18 Stunden, nicht aber die Teilmobilmachung gegen Österreich, deren Befehle in den nächsten Stunden über den Draht liefen.

Nur wenige Stunden, solange man von diesen Vorgängen nichts ahnte, konnte man sich in Berlin dem Glauben hingeben, daß der Wille des Zaren einen anderen Weg einschlage. Der Kanzler vervielfältigte seine Bemühungen, die Russen zur Einstellung ihrer militärischen Maßnahmen zu veranlassen, noch während diese in Wirklichkeit schon in der Ausführung begriffen waren; gleichzeitig

aber suchte er die Österreicher über den Fortgang seiner Bemühungen zu beruhigen und verhandlungsgeneigt zu machen. Denn obgleich zwischen Berlin und London in diesem Augenblick über den Weg der Vermittlung (Vermittlung der Vier, Halt in Belgrad) keine wesentliche Differenz bestand, hielt Grey es schon für angezeigt, die Warnung auszusprechen, daß England zwar in einem russisch-österreichischen Konflikt abseits stehen könne, nicht aber, wenn Deutschland und Frankreich hineingezogen würden. In der Nacht vom 29. zum 30. Juli - also in einer Zeit, wo man noch hoffen durfte, den Zaren zurückzuhalten - gingen in den ersten drei Morgenstunden von Berlin nach Wien fünf ernsteste Mahnungen ab. Sie gipfeln in der scharfen Mahnung: "Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustande begriffen ist. Die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit St. Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen." Auf das dringendste empfahl der Kanzler die englische Anregung, die Wiederaufnahme der russischen Vermittlung unter vorläufiger Einstellung der Feindseligkeiten anzunehmen, und malte, jetzt zum ersten Male, die Weltlage so wie sie war: daß "England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir 2 gegen 4 Großmächte stehen würden". Man glaubt den verzweifelten Unterton zu spüren, wenn die Note schließt: "Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere."

Die deutsche Diplomatie hat immer mit Recht betont, daß sie in Formen gemahnt hätte, welche bis an das äußerste dessen gingen, was mit den Bundesverhältnissen verträglich sei, und man kann nur bedauern, daß diese Sprache nicht schon in einem früheren Stadium geführt worden ist, sondern erst in einem Augenblick, wo der rapide Ablauf der Dinge ihnen bereits eine eigentliche Wirkung versagen mußte. Aber auch wenn man dem Wiener Kabinett den berechtigten Vorwurf machen darf, daß es im Laufe des 30. Juli die deutschen Mahnungen ablehnend und verzögernd behandelt habe, so muß man ihm zugute halten, daß auch ein anderes Verhalten den Gang der Dinge vermutlich nicht mehr verändert haben würde. Denn seit den Mittagsstunden des 30. Juli war ja die russische Gesamtmobilmachung von neuem beschlossen worden; in den Nachmittagstunden setzten ihre Befehle einen Erdteil unter die Waffen.

Die diplomatische Auseinandersetzung hatte überhaupt schon einen Punkt erreicht, an dem rein technisch die Dinge sich so rapide steigerten, daß ein Schritt der einen Seite, wenn er der anderen Seite zur Entschließung vorlag, bereits durch Schritte Dritter oder durch militärische Handlungen überholt oder durchkreuzt war; die Beteiligten waren gezwungen, ihren immer ohnmächtiger werdenden Apparat zu bedienen, ohne daß sich der einzelne mit durchgreifendem Entschlusse in eine höhere Ebene hätte erheben können, wie denn auch der persönliche Telegrammwechsel der Monarchen in den immer höher ansteigenden Orkan des diplomatischen Geschäftsverkehrs hineingezogen wurde. Alle Worte wichen immer mehr zurück hinter der Unbedingtheit der militärischen Maßregeln, hinter den vollendeten Tatsachen, die sich weder aufhalten noch rückgängig machen ließen, sondern ihr eigenes Gesetz in sich trugen und schließlich den Primat des Handelns an sich rissen.

Die amtliche Nachricht der russischen Gesamtmobilisierung sollte erst gegen Mittag des 31. Juli nach Berlin gelangen. Als der Kaiser den nächtlichen Bericht des Grafen Pourtalès aus der zweiten Morgenstunde des 30. Juli in die Hände bekam, konnte er von der Gesamtmobilmachung noch nichts wissen. Aber schon die Nachricht von der Teilmobilmachung ließ ihn jetzt die ganze Unaufhaltsamkeit eines wie ein Weltenbrand daherstürmenden Schicksals erkennen - wenn der Zar auch nur durch die Teilmobilmachung ihm die Vermittlung mit Österreich unmöglich machte, dann zerrann ihm alle Möglichkeit, die Dinge zum Stehen zu bringen, unter den Händen. In den Abendstunden des 30. Juli - in denen der Zar sich bereits hatte weitertreiben lassen - stand für den Kaiser das Ergebnis in großen Zügen bereits fest: die Verabredung der Mächte des Dreiverbandes, den öster-

reichisch-serbischen Konflikt zum Vorwand zu nehmen, um einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu führen. In tiefster Erregung sah er den Kampf gegen die Entente, sein ganzes Schicksal und sein ganzes Leben, in einem einzigen großen Zusammenhange:[42]

> "Also die berühmte »Einkreisung« Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Tatsache geworden, trotz aller Versuche unserer Politiker und Diplomaten, sie zu verhindern. Das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen, und hohnlächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns isoliert im Netze zappelnd aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zugrunde geht! Eduard VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe."

Man fühlt den inneren Zusammenbruch eines Herrschers, der im Grunde seiner Seele zu jeder Zeit ein Friedensfürst hatte sein wollen - trotz aller kriegerischen Worte und Gesten - und der sich weltgeschichtlich als Besiegter empfindet, als er sein Volk in das Ungeheure dieses Krieges führen muß. Weiter als er kann man nicht von den Phantasien der Welteroberung entfernt sein, **die ein Teil der Welt ihm zuschreibt**.

Wenn die diplomatische Kunst der Kabinette in der letzten Woche überwiegend dem Zweck der Manöver dient, um die für sie richtige Position beim Eintritt in den Weltkrieg einzunehmen, so gilt dies namentlich für England, das allein seine Hände von formaler Bindung frei zu haben meinte. Insofern liegt auch für die deutsche Politik nach dieser Seite hin die letzte Auseinandersetzung mit einer, wenn auch nicht wirklich, so doch scheinbar großen Unbekannten, die letzte Möglichkeit, den Charakter und Umfang des großen Krieges einzuschränken, wenn nicht gar, von hier aus den ganzen Zusammenstoß zum Stillstand zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkt hat die historische Kritik später jede einzelne Äußerung Greys, jedes Wort und jede Andeutung mit Andacht daraufhin durchleuchtet, ob in ihnen haltbare Fäden zur Rettung des Weltfriedens zu entdecken seien, die von einem willigen und gewandten Gegenspieler hätten aufgegriffen werden können. Gerade die deutsche Politik ist der Nachprüfung an diesem Maßstabe unterworfen worden.

In Wirklichkeit kam das alles für diejenigen weltgeschichtlichen Entscheidungen, die zu vollziehen Sir Edward Grey sich jetzt anschickte, gar nicht in Frage. Von dem Augenblick an, wo der Ausbruch eines großen Krieges auch nur wahrscheinlich wurde, sah er seine Aufgabe nicht darin, diese Wahrscheinlichkeit - was er gekonnt hätte! - abzuwenden oder auch nur zu verringern, sondern er war gewillt, den Dingen ihren Lauf zu lassen und England seine aktive Stellung dazu anzuweisen. Als vollends die kontinentalen Mobilmachungen automatisch aufeinanderfolgten, kam für ihn nur noch in Frage, in dem jetzt unabwendbaren Zusammenstoß England an der Seite seiner Genossen in den Krieg zu führen; - seine Aufgabe war fortan nicht mehr, ob, sondern wie er im Kabinett und in der öffentlichen Meinung die Widerstände überwand, um die Politik der freien Hand von der ersten Stunde an aktiv an dem Weltkriege zu beteiligen.

Darüber war Grey sich sofort unerbittlich klar. Sobald die Wendung erkennbar einsetzte und von Petersburg der Ruf zur Solidarität der Entente kam, berief er eine Sitzung des Kabinetts ein. In dieser Sitzung (um den 26. Juli)[43] entwickelte Grey das Bild der Weltlage: es werde ein Krieg zwischen Rußland - Frankreich und Deutschland - Österreich ausbrechen, und England werde in diesen Krieg verwickelt werden. Es sei daher für England der Augenblick gekommen, sich entweder aktiv auf die Seite der Ententemächte zu stellen oder aber in absoluter Neutralität beiseitezustehen. Von vornherein ließ Grey keinen Zweifel darüber bestehen, daß er selbst eine solche Politik der Neutralität nicht führen werde, sondern er erklärte, für einen solchen Fall die Kabinettsfrage stellen zu müssen. Er hatte Partei genommen, wie es niemanden nach der Entwicklung dieser acht Jahre überraschen konnte. Unerschütterlich stand für ihn fest, wie er in

diesen ersten Tagen einmal im Kabinett formulierte: Deutschlands Politik sei die eines großen europäischen Angreifers, "der so schlecht sei, wie Napoleon".[44] Er bekannte sich jetzt amtlich, wie das *Foreign Office* seit langem, zu dem in dem napoleonischen Bilde sich spiegelnden Weltgegensatz und wollte im Zeichen dieser Tradition die Engländer in den Krieg führen.[45]

Unter diesem Gesichtspunkt, als irgendwie doch jener letzten, vorgefaßten Entscheidung untergeordnet, sind alle seine Äußerungen und Schritte in den folgenden Tagen zu beurteilen. Man geht auch wohl nicht zu weit, wenn man behauptet, daß von dieser inneren Einstellung aus auch das Tun und Lassen Greys in den Tagen vorher entscheidend bestimmt gewesen ist, vor allem das Unterlassen jeder im Sinne des Friedens ernsthaften Einwirkung auf Sasonow. Wir sahen, daß alle Äußerungen nach der deutschen Seite hin vorsichtig auf diesen Ton abgestimmt waren. Von hier wird dann weiter der wahre Vermittlungswert seines Vorschlages zu bemessen sein, die Behandlung des österreichisch-russischen Konflikts in die Hände der vier Mächte England, Frankreich, Italien und Deutschland zu legen (25. Juli), als die einzige Möglichkeit, den Krieg zu vermeiden. Wenn man diesen Vorschlag in Berlin ablehnte zugunsten einer direkten Vermittlung zwischen Rußland/Österreich, so wies man nicht etwa den Geist einer wahren Friedensvermittlung ab, sondern ein englisches Positionsmanöver, bei dem der Zeitgewinn für die russische Seite eine sichere Sache war. Und wenn Grey durch Nicolson und Tyrrell dem deutschen Botschafter am Abend des 26. Juli seinen Konferenzplan empfahl, den österreichischen Einmarsch als für Rußland untragbar bezeichnen ließ und damit die beglückende Perspektive verband: "gelänge es dem Kaiser im Verein mit Grey den europäischen Frieden zu retten, so seien die deutsch-englischen Beziehungen für alle Zeiten auf eine sichere Grundlage gestellt", so erinnert die Lockung wohl an den Ölzweig vom Oktober 1912, aber sie gibt noch kein Recht, in Grey das Bild einer Friedenstaube zu sehen. Wenn er diese Vision in seinem eigenen Kabinette geäußert hätte, so würde die Mehrheit ihn mit ihren Segenswünschen auf diesem Wege begleitet haben; er hütete sich wohl, vor Lord Morley und seinen Freunden einen Zipfel solcher Hoffnungen zu lüften.

Jedenfalls verflüchtigte sich der blasse Schein dieses Lichtleins sofort, wenn der Ausbruch des Kontinentalkrieges unvermeidlich wurde. Das war es, was der deutsche Reichskanzler verkannte, der die friedliche Stimmung Greys zur Nichtteilnahme Englands an diesem Kriege führen zu können meinte. Bethmann Hollweg hielt sich an die Formel, daß es England eigentlich nur daran liege, daß Frankreich nicht zertrümmert werde. Darauf baute er seinen merkwürdigen Neutralitätsvorschlag auf - mit dem er vielleicht glaubte, den Ölzweig Greys aufnehmen zu können. Der Vorschlag, bald nach Mitternacht des 29./30. Juli durch den Botschafter Goschen expediert,[46] bestand in folgendem Angebot: **1.** Keine Zertrümmerung Frankreichs - also Verzicht auf jeden deutschen Gebietserwerb. **2.** Neutralität und Integrität Hollands. **3.** Integrität Belgiens nach dem Kriege garantiert, und **4.** auf dieser Grundlage weitere Verständigung. Crowe meinte, der Vorschlag werfe ein sehr schlechtes Licht auf den Staatsmann, der ihn mache. Der gute Wille, in dem entscheidenden Punkte entgegenzukommen, war unbestreitbar, aber der innerste Charakter der englisch-französischen Entente und ihre Stellung im weltpolitischen System Englands konnten kaum gröber verkannt werden.

Wir greifen noch einmal alle Fäden der deutschen Bemühungen in letzter Stunde auf, die wir einzeln schon in Händen hielten: alles, was in der Nacht vom 29. zum 30. Juli die Seele Kaiser Wilhelms II. und seines Kanzlers bewegte. Am Spätnachmittag war der persönliche Appell des Kaisers an den Zaren voraufgegangen, im Moment von Erfolg, während der Nacht sich scheinbar verdichtend; dann während derselben Nacht die ganze Kette der mit wachsendem Druck einsetzenden Einwirkungen auf Wien, und schließlich noch dieses Neutralitätserbieten an England. Mochten die einzelnen Schritte zu spät kommen, überholt sein, sich in den Mitteln vergreifen - das Ganze ist ein schlüssiger Gegenbeweis gegen die Annahme eines vorbedachten deutschen Kriegswillens, es ist das ergreifende Bild eines ohnmächtigen Ringens, das Schicksal zum Stehen zu bringen. Gegenüber dieser eindeutigen Haltung Bethmann Hollwegs sind die taktischen Wendungen und letzten

Gedanken Greys allerdings nicht so überzeugend auf eine klare Formel zu bringen.

Seine politische Stellung war verwickelt genug. Er stand vor der doppelten Aufgabe, die diplomatischen Möglichkeiten der Friedenserhaltung auszuschöpfen, wie die öffentliche Meinung seines Landes und der Welt es von ihm erwartete, und zugleich, den von ihm für unvermeidlich gehaltenen Eintritt in den Krieg unter möglichst günstigen Umständen für sich und seine Freunde herbeizuführen. Wenn das sein Endziel war, so ist nicht abzuweisen, daß er im Zweifelsfalle die Diplomatie des Vordergrundes von den politischen Instinkten der Tiefe bestimmen ließ; und daß er zugleich bestrebt sein mußte, der Opposition im Kabinett und in seiner eigenen Partei die Friedensargumente aus der Hand zu nehmen. Er sah sich im Kabinett einer Opposition von 8 bis 9, schließlich von 10 bis 11 Mitgliedern gegenüber, und noch am 1. August sprach Lloyd George davon, daß 95% des englischen Volkes gegen den Eintritt in den Krieg seien. Die Opposition suchte allen Schritten in den Weg zu treten, die den Bruch unheilbar machten; sie kam den Bemühungen Bethmann Hollwegs und Lichnowskys entgegen, jede Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Deutschland und England aufzugreifen. Grey hatte im Innersten seine Front gegen beide zu nehmen: während seine diplomatische Maschinerie die Verhandlung mit Deutschland fortsetzte, suchte er sich vor allem klar zu werden, auf welche Weise, aus welchem Anlaß und mit welchen Motiven er den Eintritt in den Krieg vollziehen könne.

Diese Entscheidung rückte für England in dem Augenblick näher, wo Deutschland durch die russische Gesamtmobilmachung gleichfalls zur Mobilmachung genötigt wurde (Zustand drohender Kriegsgefahr 31. Juli; Mobilmachung 1. August 5 Uhr NM.), und gleichzeitig die entsprechenden französischen Maßnahmen ergingen (Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes vom 30. Juli; Mobilmachung 1. August 4 Uhr 30 NM.). In dieser Stunde, da der Franzose den Tempel des Janus öffnete, klopfte er zugleich mit allen seinen Wechseln in der Hand an die Tür des englischen Schuldners.[47] Denn in den Übereinkünften der beiden Generalstäbe war seit 1911/12 die gleichzeitige Anordnung der Mobilmachung vorgesehen - auf dieser Voraussetzung ruhten die gemeinsamen kriegerischen Operationen.

Grey aber, der eine solche Zwangslage wohl niemals durchdacht hatte, war im bedenklichsten Rückstande. Noch war er weit entfernt, die Opposition im Kabinett für ein annehmbares Kriegsmotiv zu gewinnen, so daß es eher schien, als werde es zur Sprengung der Partei kommen, und ein zündendes Schlagwort, mit dem die öffentliche Meinung Englands in den Krieg hineingerissen werden konnte, war nirgends zu erblicken. Man hatte zwar in Berlin am 31. Juli angefragt, ob Deutschland die Neutralität Belgiens respektieren werde, aber die ausweichende Antwort ließ sich als Kriegsgrund nicht verwenden.

So erteilte Grey dem französischen Botschafter notgedrungen eine negative Auskunft: Frankreich müsse jetzt seine eigenen Entschlüsse fassen, ohne auf die Hilfe zu rechnen, die England zu versprechen jetzt nicht in der Lage sei.[48] Cambon verwies auf die unverteidigten französischen Küsten und berief sich auf den Briefwechsel vom 22. November 1912 ("*mon petit papier*"), Grey vertröstete ihn auf eine deutsche Verletzung der belgischen Neutralität. Der Franzose erklärte, seiner Regierung die englische Antwort nicht übermitteln zu können; er geriet darüber in eine grenzenlose Aufregung. Nicolson, der aus vollem Herzen auf seiner Seite stand, hat geschildert, wie er am Nachmittag des 1. August totenblaß in sein Zimmer wankte - "*ils vont nous lâcher*" - und, so beherrscht er sonst war, seiner Erbitterung Luft machte. Zu einem Journalisten: er möchte wissen, ob das Wort "Ehre" aus dem englischen Wörterbuch gestrichen werden müsse. So auch zu einem konservativen Abgeordneten, Mr. G. Lloyd: Ehre - weiß denn England überhaupt, was Ehre ist! Schon wagte er daran die Drohung zu knüpfen: wenn Rußland und Frankreich als Sieger aus dem Kampf hervorgehen würden, so würden sie England nie verzeihen; und würden sie geschlagen, so würden sich die Dinge noch weit schlimmer gestalten.

Und nun organisiert sich von der Flanke her ein Widerstand gegen einen Außenminister, der anscheinend keinen Entschluß fassen kann, und gegen ein Kabinett, das diesen Entschluß verhindern will - auf einem Wege, der immer denkwürdig für die englische Geschichte bleiben wird. Der französische Botschafter; dann General Wilson, ganz Energie und Leidenschaft; nationalistische Journalisten wie Maxse und Steed, konservative Abgeordnete wie Amery und Lloyd - aus diesen Elementen bildet sich eine Liga, den gefährdeten Krieg zu retten und die Friedensmöglichkeit zu ersticken. Ihnen gelingt es, in den Abend- und Nachtstunden, die am Sonntag auf dem Lande verstreuten Führer der Konservativen, Lansdowne, Bonar Law, Balfour, Austin Chamberlain in die Stadt zu berufen.[49] In der Nacht trennen sie sich, nicht über das Ziel, sondern nur über den Weg uneinig, noch planlos. Am Vormittag des 3. August finden sie sich wieder zusammen und um 11 Uhr überreichen Lansdowne und Bonar Law dem Ministerpräsidenten Asquith ein Schreiben, in dem die Opposition sich für den Krieg zur Verfügung stellte. Sie betonten nachdrücklich, daß jedes Zaudern in der augenblicklichen Unterstützung Frankreichs und Rußlands für die Ehre und die zukünftige Sicherheit Englands verhängnisvoll sein würde. Damit war für den äußersten Fall eine Kriegsreserve der Abstimmung für Greys Politik der freien Hand bereitgestellt und der Widerstand im liberalen Kabinett von innen her lahmgelegt.

Für die Politik Greys seit 1906 hatte die konservative Opposition in der Hinterhand immer eine Art von unsichtbarer Deckung geliefert, jetzt rückte sie in die Front ein. Lord Lansdowne hat einmal ausgesprochen, es sei das Unglück der Deutschen gewesen, unter einer liberalen Regierung in England in den Krieg zu gehen; eine konservative Regierung würde unter ähnlichen Umständen niemals eine entsprechende Zusicherung von den Liberalen für den Krieg haben erlangen können. Die kriegswillige Minorität der Liberalen aber konnte - trotz aller Schwierigkeiten - ihr Ziel erreichen. Wer freilich das ganze Spiel dieser Kombinationen überschaut, wird noch nachträglich von tiefem Zweifel erfaßt, ob die politische Elastizität dieser Nation sich durch Neutralitätsformeln, wie sie dem deutschen Reichskanzler im Frühjahr 1912 vorschwebten, im Ernstfalle hätte binden lassen.

Inzwischen war Grey auf seinem Wege, auf der Jagd nach einem Kriegsanlaß vorangegangen. Er hatte zunächst am Nachmittag des 1. August dem deutschen Botschafter als Ergebnis des Ministerrats einen Vorschlag gemacht, der anscheinend bezweckte, "die große Katastrophe zu verhindern": wenn die Deutschen Gewehr bei Fuß den Franzosen gegenüber stehenblieben, so würde England die französische Neutralität verbürgen können.[50] Dieses nicht völlig durchsichtige Zwischenspiel, schon nach wenigen Stunden von Grey und Lichnowsky als Mißverständnis bezeichnet, sollte wohl eine Art Deckung für die Franzosen beschaffen, konnte ihnen aber nicht viel helfen, weil sie ihre Bündnisverpflichtung Rußland gegenüber einzuhalten hatten. Denkwürdig ist dieser Verlegenheitseinfall Greys nur deshalb, weil er im Berliner Königsschloß, eine halbe Stunde nach dem Mobilmachungsbeschluß, bei dem Kaiser und dem Reichskanzler einen letzten Hoffnungsschimmer hervorrief, man möchte den Krieg auf den Osten beschränken können - mit einer fast verhängnisvollen Wirkung für den damaligen Stand der Mobilmachung![51] Wie dieses Scheingebot in Wirklichkeit zu beurteilen ist, geht daraus hervor, daß Grey in derselben Minute, wo man in Berlin dieser trügerischen Hoffnung nachhing, nach Paris telegraphierte: "Ich habe endgültig alle Anträge abgelehnt, Deutschland irgendein Neutralitätsversprechen zu geben, und werde keinen derartigen Vorschlag in Erwägung ziehen, es wäre denn unter Bedingungen, die für Frankreich wirklich vorteilhaft zu sein schienen".[52]

So blieben als Kriegsanlaß nur Belgien und die französische Nordküste, und so lange der Deutsche nicht an Belgien rührte, mußte man es mit dem letzten Mittel probieren. Am Abend des 2. August erging eine Warnung an Deutschland: wenn Deutschland die französischen Küsten oder französische Schiffe im Kanal oder in der Nordsee angreife, so werde England solchen Vorgängen vor seiner eigenen Tür nicht gleichgültig zusehen. Auch die Mehrheit des Kabinetts wollte für diesen Fall eine englische Verpflichtung (auf Grund des Marineabkommens und des Briefwechsels von 1912) gelten lassen. Aber Deutschland erklärte sich am Morgen des 3. August bereit, die

französischen Nordseeküsten zu respektieren, um dem Spiele Greys auch diese Karte zu nehmen. Grey fand jedoch die deutsche Erklärung "zu eng", und gleich darauf trat dieses Kriegsmotiv überhaupt hinter dem längst erwarteten stärkeren Anlaß zurück.

In denselben Stunden des 3. August, in denen der deutsche Botschafter die Antwort überbrachte, daß die deutsche Reichsflotte die französischen Kanalküsten respektieren würde, erfuhr man in London, daß die deutsche Reichsregierung am Abend des 2. August (7 Uhr 30) ein zwölfstündig befristetes Ultimatum an Belgien: einfacher Durchmarsch und wohlwollende Neutralitat, gerichtet habe, und daß die Belgier das Ultimatum abgelehnt und die gewaltsame Abwehr des Durchmarsches in Aussicht gestellt hätten, auch von den Franzosen unterrichtet seien, daß diese mit fünf Armeekorps zum Einmarsch in Belgien bereitstünden.

Damit ergab sich für die englische Politik die langersehnte Möglichkeit, sich nunmehr aktiv an dem Kriege zu beteiligen, ohne die Einheit des Kabinetts und der Partei auf das Spiel zu setzen; vielmehr in der Gewißheit, um diesen Kriegsanlaß das ganze Volk einmütig zu versammeln. Das große Schlagwort eines uneigennützigen, vom Völkerrecht und von englischer Tradition geheiligten Kriegsanlasses war gefunden, wenn England sich jetzt entschloß, das Schwert zu ziehen.

Die Grenzen, in denen die englische Politik sich in diesem Bilde darstellen darf, sind in Wahrheit so eng wie möglich. Man war weit entfernt, eine englische Verpflichtung zum Schutze Belgiens oder der Heiligkeit des Völkerrechts irgendwie anzuerkennen, sondern dachte darüber in London höchst realpolitisch. Wir haben gesehen, daß in den englisch-französischen militärischen Verhandlungen immer wieder der kombinierte Einmarsch in Belgien als Kern der gemeinsamen Operationen angesehen wurde, und daß man auf englischer Seite erst im Jahre 1912 davon zurückkam. Aber man war gar nicht gewillt, einen allgemeingültigen Maßstab des Rechts auf diesem Boden anzuerkennen. Als im Jahre 1908 Sir Eyre Crowe in einem amtlichen Memorandum die Verpflichtung Englands zum Schutze der Neutralität Belgiens vertrat, hatte der Unterstaatssekretär Hardinge Einspruch erhoben und betont, daß die Erfüllung einer solchen Verpflichtung durch England abhängig sein müsse von der englischen Politik der gegebenen Zeit und von den Umständen des Augenblicks. Unbedenklich unterschied er: wenn Frankreich die Neutralität Belgiens in einem Kriege gegen Deutschland verletzen würde, so sei es unter den jetzigen Umständen zweifelhaft, ob England oder Rußland zu ihrem Schutze auch nur einen Finger rühren würden: wenn die Neutralität durch Deutschland verletzt werden würde, so würde wahrscheinlich das Gegenteil der Fall sein.[53] Grey selber aber hatte damals die Denkschrift Crowes gebilligt, aber zugleich amtlich festgestellt, daß auch die Bemerkung Hardinges den Kern träfe, und man hat keinen Grund zur Annahme, daß er im Jahre 1914 anders dachte als im Jahre 1908.

Die Tragweite dieser soeben erst möglich gewordenen Feststellung besteht darin, daß sie die tiefe Unwahrheit der politischen Ethik Greys enthüllt, die sich so gern über die realpolitische Praxis Deutschlands erhob. Auf der nervösen Suche nach brauchbaren Kriegsgründen griff er wie erlöst nach der belgischen Neutralitätsverletzung durch die Deutschen, während er derselben Verletzung durch die Franzosen mit Gemütsruhe zugesehen haben würde. Der deutsche Einmarsch in Belgien flickte das auseinanderbrechende liberale Kabinett noch einmal zusammen, machte die Reservestellung der Opposition unnötig und einigte das englische Volk über das Motiv, aus dem es – angeblich - in den Krieg ging. Der Machtkrieg, den das englische Imperium nach der Vorbereitung eines Jahrzehnts zu entfesseln half, konnte von diesem Augenblick an auch noch die Fahne der Verteidigung des Völkerrechts und der Menschlichkeit aufziehen. So kläglich die Rolle Greys in den letzten Tagen gewesen war, jetzt ging er doch noch mit der hohen Flut, die bei seinem Volke so oft die robusteste Machtentfaltung mit dem Nimbus einer großen ethischen Angelegenheit umgeben hatte. Der französische Einmarsch in Belgien würde ein schweigendes England und demgemäß eine zulassende Welt vorgefunden haben; - wer erwägt, **welche Welt von sittlichen Anklagen unter dem Schlagwort "Belgien" von dieser Stunde an unter englischer Führung gegen Deutschland**

geschleudert wurde, wird sich mit Ekel von diesem Ausgang der Politik der freien Hand abwenden. Ein Engländer selbst, der redliche alte Morley, hat über die unsaubere Rolle dieses Arguments das harte Wort gesprochen:

> "Das übereilige Auflodern über Belgien war weniger der Empörung über die Verletzung eines Vertrages als der natürlichen Empfindung zu verdanken, daß die Berufung darauf einen guten Grund für eine Intervention zugunsten Frankreichs, für die Entsendung eines Hilfskorps und für alles übrige liefern würde. Belgien mußte den Platz einnehmen, welchen früher Marokko und Agadir als Grund zu einem Kriege eingenommen hatten".

Noch in dieser letzten Woche herrschte im englischen Außenamt die Auffassung vor, daß die deutsche Politik in dieser Krisis mit gewohnter Planmäßigkeit vorgehe. Wie immer ihre Ziele zu bestimmen sind - und es mag dabei von einem materiellen Werturteil über Motive und Absichten ganz abgesehen werden -, gerade die planmäßige Sicherheit läßt sich den Händen der deutschen Leitung nicht nachsagen. Das ewig Denkwürdige besteht vielmehr darin, daß die Führer des deutschen Staates und Volkes, indem sie mit dem Eintritt in den Weltkrieg einen Schritt von einer auf Jahrhunderte nachwirkenden Wagnisgefahr vollziehen, in der Technik ihrer diplomatischen Aktion gar nicht eine führende und den Gang der Verhandlungen bestimmende Rolle spielen. Während des ganzen Ablaufs dieser Krisis liegt vielmehr der Schwerpunkt derjenigen weltgeschichtlichen Entscheidungen, die das Folgende unwiderruflich beherrschen, abwechselnd bei den verschiedenen Großmächten. Zunächst bei Österreich-Ungarn, dem gegenüber die deutsche Politik anfangs zwischen Zurückhaltung und Anspornung wechselt, um dann, sobald der Horizont der Weltgefahr sich geöffnet hat, einen bewußt einlenkenden und schließlich scharf bremsenden Charakter anzunehmen. Dann springt die Entscheidung nach Rußland hinüber, das mit seiner Teil- und Gesamtmobilmachung die den Krieg so gut wie unwiderruflich machenden Tatsachen schafft; auch hier wechselt die Tonart der deutschen Bemühungen, um in dem ernsthaften Vermittlungsversuch des Kaisers, der nur dem russischen Losbruch gegenüber zu spät kommt, zu gipfeln. In den letzten Tagen aber rückt der Schwerpunkt der Weltgeschichte nach England, in den Kampf um Krieg und Frieden, der sich in London abspielt; und hier beobachten wir vollends, daß die deutsche Außenpolitik, in einer Reihenfolge von sich anpassenden Bemühungen und Bereitwilligkeiten, durchweg nicht der führende, sondern der folgende Teil in einer Auseinandersetzung ist; der Höhepunkt dieses dynamischen Verhältnisses ist vielleicht darin zu sehen, daß eine leere Blase, die einige Stunden lang aus dem diplomatischen Verlegenheitsspiel Sir Edward Greys aufsteigt, imstande ist, für einen Moment bei der deutschen Staatsleitung die Möglichkeit eines bloßen Ostkrieges und des dafür erforderlichen Herumwerfens des ganzen Mobilmachungsplanes auszulösen. Wenn in der Liste dieser "Schwerpunkte" der Entscheidungen Frankreich fehlt, so nur deshalb, weil es sich vom ersten Augenblick so unlöslich auf Gedeih und Verderb mit Rußland vereinigt hat, daß es mit diesem als eins in allen Absichten und Verantwortlichkeiten zu beurteilen ist.

An der Stelle aber, an der nachher die richtende Welt den höchsten Maßstab der Verantwortlichkeiten anlegte, ist weder die Einheitlichkeit der Absichten noch die Entschlossenheit der Durchführung, die jener Voraussetzung entsprechen würde, zu beobachten - von einem überragenden Führerwillen, der ein Schicksal so oder so wenden will, ist - zumal im Verhältnis zu den gegnerischen Mächten - nicht die Rede. Und wenn man über das Jahrzehnt bis Algeciras zurückblickt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in der Führerinstanz längst organische und persönliche Hemmungen lagen, von denen eine Lähmung der höchsten Einheitlichkeit und Geschlossenheit ausging. Das dauert bis an den Rand des Weltkriegs und doch wohl in den Weltkrieg hinein. Neben der ungeheuren Leistung, die das deutsche Volk, in allen seinen Stämmen, in allen seinen Schichten und Klassen, in allen seinen Parteien, in Einheit während der Kriegsjahre vollbracht hat - steht die Tatsache, daß in den führenden Organen des Reiches die entsprechende Einheit, Klarheit und Härte des Willens nicht jederzeit vorhanden war. So wurde der Krieg für die Deutschen ein gigantischer Versuch, durch das Ganze der Leistung und Opfer auch diese Lücke in ihrer staatspolitischen

Erziehung in einem Daseinskampf ohnegleichen auszugleichen.

Anmerkungen:

1 [1/785] Die letzten Darstellungen: Friedrich Ritter von Wiesner, "Die Schuld der serbischen Regierung am Mord von Serajewo. Die Kriegsschuldfrage," *Berliner Monatshefte*, Jhg. 1928. S. 307 - 395. Untersuchungsausschuß des Reichstags. 1. Reihe Bd. 10: Gutachten von Roderich Gooß, S. 5 - 302, und Hermann Wendel, S. 304 - 370 (1930). Bogitschewitsch, *Le procès de Salonique*. Die offizielle serbische Auffassung vermag die maßgebende Beteiligung von Dimitrijević und Tankosić nicht in Abrede zu stellen und beschränkt ihr Bemühen darauf, wenigstens die Verbände "Narodna odbrana" und "Ujedinjenje ili smrt" zu entlasten; vgl. den Aufsatz von C. A. Popović im Juliheft der *Nova Europa* (durchweg übersetzt in den *Berliner Monatsheften* November 1932, S. 1097 bis 1120). ...zurück...

2 [1/787] Wiesner a. a. O., S. 367 ff. ...zurück...

3 [2/787] Über die Sitzung des serbischen Ministerrates: Die Erinnerungen des Dr. Velizar Janković, *Berliner Monatshefte*, September 1931, S. 851 - 872. ...zurück...

4 [1/790] So Tschirschky, der in seinem Telegramm vom 30. Juni gegenüber der allgemeinen Forderung des energischen Vorgehens jeden Anlaß benutzte, "um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen". (Randbemerkung, *D. Dok.* 1, S. 10 f., Tadel des Kaisers!) Auf diesen Ton sind auch Tschirschkys Äußerungen zu Kaiser Franz Joseph am 2. Juli und zu Berchtold am 3. Juli gestimmt. - Auch Zimmermann empfahl am 4. Juli große Vorsicht und riet, an Serbien keine demütigenden Forderungen zu stellen. ...zurück...

5 [2/790] *Österr.-Ung. Außenpol.* 8, S. 277. ...zurück...

6 [3/790] Der angebliche "Kronrat von Potsdam" spielte in dem ersten Stadium der Kriegsschuldfrage (Headlam u. a.) eine gewisse Rolle. Eine tatsächliche Bedeutung kommt ihm nicht zu. ...zurück...

7 [1/791] Die Formulierung wurde von Bethmann Hollweg in Übereinstimmung mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann getroffen. Der Kaiser verließ nach der Aussprache mit Bethmann Hollweg Berlin, um andern Tages seine Nordlandreise anzutreten. Der Staatssekretär Herr v. Jagow, der auf der Hochzeitsreise begriffen war, traf erst am 7. Juli in Berlin ein und ist erst vom 8. Juli an in den Akten erkennbar. ...zurück...

8 [2/791] Diese Formel klingt bedenklich an diejenige Bülows von 1908 (zu Aehrenthal) an, vgl. **S. 627**. ...zurück...

9 [3/791] *D. Dok.* 1, S. 33. ...zurück...

10 [4/791] Vgl. oben **S. 593**. Vgl. Jagow, *Erinnerungen*. ...zurück...

11 [1/792] Der Anlauf von dem Journalisten Dr. Victor Naumann vom 30. Juni, *Österr.-Ung. Außenpol.* 8, S. 235, erscheint mir schon wegen des frühen Datums am wenigsten beglaubigt; es ist jedenfalls nicht berechtigt, darauf, wie das Pariser *Journal* vom 7. Februar 1930, den Artikel "*la volonté de guerre de Berlin avant Serajewo*" zu gründen. Ernster erscheint die Mahnung vom 4. Juli durch Dr. Ganz von der *Frankfurter Zeitung* ("je früher, desto besser, besser wäre gestern gewesen, besser aber heute als morgen" - offener könne eine Großmacht nicht sprechen). *Österr.-Ung. Außenpol.* 8, S. 295. ...zurück...

12 [2/792] Szögyény an Berchtold am 6. u. 8. Juli über Jagow ("mit Ungeduld, da man die Auffassung habe, daß jetzt der richtige Moment gekommen sei"), *Österr.-Ung. Außenpol.* 8, S. 357. Zuletzt noch die nur in diesem Zusammenhang bemerkenswerten Äußerungen Tschirschkys vom 8. Juli (die diesem auf Grund eines besonderen Telegramms, das nicht mehr erhalten ist, aufgegeben wurden): er solle in Wien mit allem Nachdruck erklären, man würde es in Deutschland nicht verstehen, "wenn wir die gegebene Gelegenheit vorübergehen ließen, ohne einen Schlag zu führen". *Österr.-Ung. Außenpol.* 8, S. 370 f. ...zurück...

13 [1/794] Nach Jagow, *Erinnerungen*, S. 103, ist wiederholt in Wien angefragt worden: man wünsche vorher orientiert zu sein, wohin die Reise ginge. ...zurück...

14 [2/794] Oder ging man in Wien von der Annahme aus, daß, da der Deutsche bei dem "außerordentlichen" Weg der ersten Woche zugestimmt hatte, er bei dem "ordentlichen" Weg mit jeder Hochspannung der Forderungen einverstanden sein werde? ...zurück...

15 [1/796] Die Verhandlungen waren in diesem Augenblick nur formell unterbrochen (vgl. **S. 783**). ...zurück...

16 [2/796] Hier spielte der persische Schauplatz eine große Rolle, vgl. **S. 777**. ...zurück...

17 [1/797] Grey an Buchanan 22. Juli 1914. *Brit. Dokum. Ausbruch* 1, S. 105 f. ...zurück...

18 [2/797] Lord Granville an Grey 16. u. 18. Juli 1914. *Brit. Dokum. Ausbruch* 1, S. 69 ff., S. 88 ff. ...zurück...

19 [3/797] *Österr.-Ung. Außenpol.* 8, S. 602 f. Grey an Bunsen 23. Juli. *Brit. Dok. Ausbruch* 1, 115 f. Dagegen wiederholten Grey und Haldane am 23. Juli Albert Ballin gegenüber (der in offiziösem Auftrage erschienen war), die fortgesetzte Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen. ...zurück...

20 [1/798] Maurice Paléologue, *Mémoires* Bd. 1 (1924). ...zurück...

21 [1/801] Alfred v. Wegerer: "Die Verantwortung für die Ablehnung des Ultimatums ist daher weder auf die Schwere der Forderungen von seiten Österreich-Ungarns noch auf eine Intransigenz von seiten Serbiens zurückzuführen, sondern trifft in erster Linie das zarische Rußland." ...zurück...

22 [1/802] Der Zar hatte schon nach der Ermordung des Erzherzogs den Kronprinzen aufgefordert, unter keiner Bedingung eine Auflösung der "Narodna odbrana" zuzulassen. ...zurück...

23 [2/802] Dobrorolsky, *Die Mobilmachung der russischen Armee 1914* (S. 192). Gunther Frantz, *Rußlands Eintritt in den Weltkrieg*. - Alfred v. Wegerer, "Der entscheidende Schritt in den Weltkrieg." *Berliner Monatshefte*, Juli 1931. ...zurück...

24 [3/802] *Berliner Monatshefte* April 1929, S. 365 f.: Das Protokoll des russischen Ministerrats vom 11./24. Juli 1914. ...zurück...

25 [1/803] Dazu gehören der Abbruch der Truppenübungen im Lager von Krasnoje Selo, Rückkehr der Regimenter in ihre Garnisonen, Absage der Manöver, Ernennung der Kriegsschüler zu Offizieren. ...zurück...

26 [1/804] Am 22. Juli 7 - 8 Uhr ihm mitgeteilt. ...zurück...

27 [1/805] G. Frantz, "Zeitkalender zu Rußlands Eintritt in den Weltkrieg." *Berliner Monatshefte* Jg. 1929, S. 259 - 267. ...zurück...

28 [1/806] Im Laufe der Nacht ließ der Zar noch ein zweites Telegramm folgen, das die Absendung des Militärbevollmächtigten Generals Tatistscheff mit besonderer Instruktion ankündigte. Telegramme des Zaren 29. Juli 8 Uhr 42 N. M.; 30. Juli 1 Uhr 20 V. M. *Deutsche Dok.* 366, 399. Besonders der Hausminister Graf Fredericks hatte den Zaren auf den verhängnisvollen Zusammenhang zwischen der russischen und der deutschen Gesamtmobilmachung aufmerksam gemacht. ...zurück...

29 [2/806] Am 30. Juli 4 Uhr 30 morgens telegraphierte Pourtalès über seine nach Mitternacht mit Sasonow gepflogene Besprechung: "Habe aus Äußerungen Sasonows Eindruck, daß Allerhöchstes Telegramm Wilhelms II. Wirkung auf Zaren nicht verfehlt hat, fürchte aber, daß Minister eifrig bemüht sind, daran zu arbeiten, daß Zar festbleibt." ...zurück...

30 [3/806] Graf Max Montgelas, "Der 30. Juli 1914 in Petersburg." *Deutsche Rundschau*, Juli 1922, S. 3, 8. ...zurück...

31 [1/807] Graf Max Montgelas hat es sowohl für Weisungen des Auswärtigen Amtes und Telegramme Kaiser Wilhelms II. festgestellt, als auch für Meldungen des Botschafters Swerbejew und Nachrichten des russischen Generalstabs. Das erst 3 Uhr 30 aufgegebene Antworttelegramm des Kaisers kann jedenfalls auf die schlechte Stimmung des Zaren um 2 Uhr keinen Einfluß ausgeübt haben, und das Telegramm Swerbejews über das falsche Gerücht einer deutschen Mobilmachung ist gleichfalls später eingetroffen. - Die letzte um Mittag ausgerichtete

Mitteilung des Auswärtigen Amtes betont noch einmal die formelle Erklärung Österreich-Ungarns, daß ihm Absichten auf territoriale Erwerbungen in Serbien fernlägen und die militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung bezweckten. ...zurück...

32 [2/807] Dobrorolski, a. a. O., S. 28. ...zurück...

33 [1/808] Memoiren der Gräfin Kleinmichel. ...zurück...

34 [2/808] Der Franzose Paléologue konnte am 30. Juli um 9 Uhr 15 abends die Meldung über die Generalmobilmachung nach Paris gehen lassen. ...zurück...

35 [3/808] **Liste der Mobilmachungstermine:**

A. Zum Serbisch-Österreichischen Krieg.

Serbien: 25. Juli, 3 Uhr nachmittags.
Österreich-Ungarn (8 Armeekorps): 25. Juli, 9 Uhr abends.
Montenegro: 29. Juli.

B. Zum europäischen Krieg.

1. Letztes Vorstadium.	***2. Allgemeine Mobilmachung.***
1. **Rußland** (Kriegsvorbereitungsperiode): 26. Juli	1. **Rußland** a) [Teilmobilmachung: 29. Juli abends]; b) Allgemeine Mobilmachung: 30. Juli, 6 Uhr abends.
2. **England** (Warnungstelegramm): 29. Juli.	2. **Österreich-Ungarn**: 31. Juli, 12 Uhr 23 Min. nachmittags.
3. **Frankreich** (Aufstellung des Grenzschutzes): 30. Juli.	3. **Frankreich**: 1. August (Brief Joffres: 1 Uhr 9 Minuten nachmittags); amtlich: 1. August 4 Uhr 30 Minuten.
4. **Österreich-Ungarn** (Alarmierung): 31. Juli.	4. **Deutschland**: 1. August 5 Uhr nachmittags.
5. **Deutschland** (Zustand drohender Kriegsgefahr): 31. Juli.	5. **England**: Flotte: 2. August 2 Uhr 25 Minuten vormittags. Armee: 4. August 4 Uhr nachmittags.

...zurück...

36 [1/809] Übrigens hatte Grey selbst am 23. Juli zu Mensdorff erklärt: "Das Beste wäre wohl, wenn zwischen Wien und Petersburg direkter Gedankenaustausch geführt werden könne." ...zurück...

37 [2/809] Vgl. Goschens unvollendetes Schreiben an Nicolson vom 31. Juli 1914, übersandt am 5. Sept. 1914. *Brit. Dokum. Ausbruch*, S. 548 ff. ...zurück...

38 [3/809] "Wenn der Kanzler den Krieg führt, dann nur, weil er gezwungen wird." Ebenda. ...zurück...

39 [1/810] *Österr.-Ung. Außenpol.* 8. Nr. 10 793. ...zurück...

40 [2/810] Die Depesche (*Deutsche Dokum.* 245) traf um 4,37 in Berlin ein. ...zurück...

41 [3/810] In dem Erlaß Jagows an Tschirschky, 27. Juli, 9,15 Nachm. (s. o.), bestimmt vor allem, die Sprache des Botschafters zu regeln, tritt diese Taktik fast befremdend hervor. Auch Grey beanstandete die Form dieses diplomatischen "Weitergebens". Jagow war augenscheinlich, wie er auch dem englischen Botschafter sagte, besorgt, durch eine allzu deutliche Einwirkung die Österreicher zu einem Vorgehen auf eigene Faust zu verleiten. ...zurück...

42 [1/813] Randbemerkung Wilhelms II. zum Bericht von Pourtalès vom 30. Juli; vormittags im Ausw. Amt entziffert; 7 Uhr abends in Händen des Kaisers. ...zurück...

43 [1/814] Viscount Morley hatte in seinem Memorandum (vgl. *Die Kriegsschuldfrage 1929*, S. 1 bis 29) ursprünglich den 26. Juli, später aber aus Vorsicht: 24. - 27. Juli geschrieben. Daß der 24. Juli, an dem das Telegramm Buchanans (s. o. **S. 802**) um 8 Uhr abends im *Foreign Office* eintraf, noch zu einer Kabinettsitzung geführt haben sollte, ist unwahrscheinlich. ...zurück...

44 [1/815] Der ehrliche Morley warf ein: "Ich bin kein Deutschenfreund, aber Sie geben uns keine Beweise." ...zurück...

45 [2/815] Dieser inneren Einstellung Greys entspricht die Tatsache, daß unmittelbar darauf, schon am 27. Juli, Churchill die vorgesehene Demobilmachung der zu einer Probemobilmachung versammelten Flotte einstellte. ...zurück...

46 [1/816] Über die Entstehung vgl. Goschen an Nicolson, 8. September 1814. ...zurück...

47 [1/817] Die inhaltlich völlig falsche Nachricht, die Cambon noch am 31. Juli, kurz vor Mitternacht, mitteilte, daß die Deutschen die französische Grenze überschritten hätten (H. Nicolson, a. a. O., S. 418), sollte wohl dem Zweck dienen, den englischen Entschluß zu erleichtern. ...zurück...

48 [1/818] Grey an Bertie, 1. August 1914. *Brit. Dok. Ausbruch* 2, 390 f., 399 f. Der Satz Greys: "Jetzt wäre die Lage so, daß Deutschland bereit sei, Frankreich nicht anzugreifen, wenn Frankreich im Fall eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland neutral bleibe. Wenn Frankreich daraus keinen Nutzen zu ziehen vermöge, dann deshalb, weil es durch ein Bündnis gebunden sei, an dem wir nicht beteiligt waren", deckt das Motiv dieses Zwischenspiels (s. u. **S. 819**) eindeutig auf. ...zurück...

49 [2/818] Chamberlains Memorandum über Englands Eintritt in den Krieg, Deutscher Text: *Berliner Monatshefte*, Februar 1930, S. 143 - 149. (Hier Mr. George Lloyd wiederholt irrtümlich mit Lloyd George verwechselt.) Vgl. Caldwell, *Wilson* I, 157. ...zurück...

50 [1/819] Telegramm Lichnowsky 562 (11 Uhr 14), 590 (2 Uhr 10), 596 (5 Uhr 47), 608 (8 Uhr 26); dazu *Brit. Dok. Ausbruch* S. 385 f., 390, 409. Der Aufsatz von A. Bach, "Das angebliche »Mißverständnis« des Fürsten Lichnowsky vom 1. August 1914" (*Berliner Monatshefte* April 1930), verkennt das Motiv Greys und wirft Lichnowsky fälschlich vor, die tatsächlich von Grey fallengelassene Sache seinerseits nicht verfolgt zu haben. ...zurück...

51 [2/819] Vgl. Generaloberst H. v. Moltke, *Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877 - 1916* (1922), S. 19-23. Kaiser Wilhelm II. an König Georg V., 1. August 7,05 NM. Die erste Folgerung des Kaisers war: "Also marschieren wir einfach mit der ganzen Armee im Osten auf." Moltke setzte nur mit Mühe die Aufrechterhaltung des Aufmarsches durch; der Vormarsch der 16. Division auf Luxemburg blieb sistiert; erst gegen Mitternacht wurde diese Folge beseitigt. Moltke war überzeugt, daß der Kaiser die Mobilmachungsorder nicht unterzeichnet haben würde, wenn die Depesche Lichnowskys eine halbe Stunde früher gekommen wäre. ...zurück...
52 [1/820] Grey an Bertie 1. August 1914, 5 Uhr 25 NM. *Ausbruch* Nr. 419. ...zurück...

53 [1/821] *Brit. Dok*, 8, Nr. 311 (englische Ausgabe); dazu *Berliner Monatshefte*, Dezember 1932, S. 1229-1235. ...zurück...

Ausblick

Wir halten in diesem Augenblick den Atem an. Das deutsche Geschlecht, das aus der europäischen Existenz des Deutschen Reiches und aus den wachsenden Gegnerschaften gegen das Werk Bismarcks hinüberschritt in die einem unabwendbaren Schicksal gleich sich entfaltende "Vorgeschichte" des Weltkrieges, diesen Begriff in seinem universellen Sinne genommen - das Geschlecht, das den heroisch bestandenen vierjährigen Vernichtungskrieg des größten Teiles der Welt gegen das Reich in dem tödlichen System der Friedensschlüsse, in diesem Versuch einer Verewigung von Kriegführung und Kriegsgesinnung, ausmünden sah -, dieses Geschlecht wird niemals aufhören, dieses ganze Geschehen als einen sinnhaften und zweckerfüllten Zusammenhang von durchgreifender Einheit zu empfinden. In so tiefgefurchten Linien hat sich dieses erschütternde Erleben, in unser aller, der Volksgemeinschaft wie jedes einzelnen Dasein, als sein innerster Kern eingegraben, es läßt bis zum heutigen Tage nicht ab, in unserm Wesen unauslöschbar aufzugehen. So wird eine Fortsetzung dieses Werkes, die durch die politische Geschichte des Krieges und den endlosen Ablauf der Friedensabwicklung reicht, den natürlichen Abschluß bilden müssen.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch konnte es kaum anders sein, als daß die Miterlebenden zunächst nur den Untergang empfanden, nur die abgrundtiefe Scheide der Zeiten, nur die Notwendigkeit, Staat und Gemeinschaft, die zu versinken drohten, aus ganz neuen Quellen des Lebens wiederaufzubauen. Mochte es doch manchem im Dröhnen des Umsturzes so erscheinen, als ob vordem ganz andere politische, wirtschaftliche und sittliche Gesetze auf dieser Erde geherrscht hätten, und als ob insbesondere die Deutschen vordem ein ganz anderes Volk gewesen seien, als sie nunmehr, nach unsagbaren Prüfungen, zu werden sich anschickten. Erst als das Gefühl dieses Bruches, durch das ein Jeder, der die Dinge tiefer nahm, qualvoll hindurch mußte, irgendwie überwunden war, brach in der deutschen Menschheit die Erkenntnis wieder durch, daß dieses ganze Erleben, die Gegenwart und die nahe, selbst die fernere Vergangenheit, sich doch wieder in einer grandiosen Einheitlichkeit zu einem Zusammenhange von tiefstem Sinne - das besagt das Wort Schicksal, das wir hier frei von allen fatalistischen Nebentönen anwenden - zusammenfüge und verschmelze.

Das Mächtigste in dem Leben großer Völker ist das Geheimnis dieser inneren Einheit, das Kontinuum, das dieses Ganze ihrer Sendung durchzieht und durchleuchtet. Daher werden zur höchsten Geltung immer diejenigen Völker inmitten der andern gelangen, die der ihnen eingeborenen Kontinuität dieses Besitzes - der häufig ein tragischer Besitz von schmerzlich-süßer Allgegenwart ist - sich wesenhaft bewußt sind, die aus ihr sich zu deuten und zu bestimmen die Kraft haben. Auch der Deutsche der Gegenwart, der aus allem "Unerhörten" in den Nöten seiner Tage den Blick zurücklenkt, wird sein wahres historisches Selbst erst dann erfassen können, wenn er über alle innern und äußern Kämpfe, über alle Stufen des letzten Reiches hinweg, über 1890 und 1870/71, über 1866 und 1815 sich den ganzen Bedingungen seines historischen Gewordenseins hingibt. Erst aus dem Strom der säkularen Entwicklung wird ihm eine Antwort auf die Frage auftauchen: Sag, was will das Schicksal uns bereiten?

So haben wir in dieser Darstellung den Ausgang weiter zurückliegend, als die Sache vielleicht zu fordern schien, genommen. In den naturgegebenen Bedingungen unseres Volkstums und in den ersten Anfängen unseres Staates, in der Verbindung von höchster Universalität und tiefster Besonderung, aus denen dann in schweren Erschütterungen das ebenso weitgreifende wie in sich aufgelockerte, dieses so ganz einmalige Heilige Römische Reich Deutscher Nation sich erhebt, ein Mikrokosmos der großen Staatengesellschaft in sich, eine Zusammenfügung kleiner Zwerggebilde und zukunftsreicher großer Staaten, in der Tiefe der Nation wurzelnd und doch wieder von einem modernen Nationalstaat weiter entfernt als alle andern. Bis dann schließlich, im Zeitalter der französischen Revolution, eine neue Riesenwelle der Erschütterungen dieses regelwidrige Gebilde der Mitte in seinem äußeren Bestande und in seinen seelischen Untergründen am tiefsten durchknetete. Denn das Schicksal des Erdteils wurde immer von seiner Mitte aus am Individuellsten durchlebt. Wo man von außen her den tiefsten Eingriffen unterlag, wurde man in das Innerste der Widerstandskräfte zurückgedrängt, und schöpfte aus der Idee der Nation, so allgemein und verschwommen sie bisher auch begriffen war, den Antrieb, sie gegen die bedrohende europäische Umwelt nach außen zu wenden und, um der Macht zu begegnen, sie in Macht zu verwandeln.

So sollte das Deutschland des 19. Jahrhunderts durch eine Entwicklung hindurchgehen, deren historisches Gelingen von vornherein gar nicht einmal so feststand. Daß sich in der Mitte Europas doch noch ein geschlossener Nationalstaat nach dem Beispiel der andern bildete, daß das Verspätete doch noch, trotz aller Hemmungen von innen wie von außen gelang, das war nicht ohne ein denkwürdiges Zusammentreffen möglich. Eine große Persönlichkeit und ein historischer Moment mußten sich vereinen, um das erhoffte Ideal in seiner Wirklichkeit erstehen zu lassen, die vielleicht dieses Ideal nicht vollkommen erfüllte, aber ihm nahe kam und die Gewähr eines bleibenden und starken Lebens in sich trug. Immerhin unter erschwerten Bedingungen, inmitten von Gegnerschaften, die, ringsum in Jahrhunderten emporgekommen, wohl gezwungen werden konnten, der nationalen Selbstbestimmung der Deutschen freien Raum zu gönnen, aber in die damit gegebene Machtverschiebung Europas sich um keinen Preis finden wollten. Dergestalt, daß an der

entscheidenden Stelle eine unauslöschliche nachbarliche Feindschaft zurückblieb.

Der deutsche Nationalstaat hatte die Kraft aufgebracht, die frische Zusammenfassung seiner Elemente durchzusetzen, er mußte jetzt die Macht entwickeln, seine Autonomie in der Mitte des Kontinents zu behaupten, sein eigenes Dasein - wie in den großen staatlichen Lebensprozessen immer das eine aus dem anderen zu folgen scheint - gegen die das Reich der Mitte flankierenden Gewalten wehrhaft abzusetzen. Immer sichtbarer wurde schon frühzeitig ein doppeltes Lebensgesetz, das im Grunde bereits hinter den Schicksalsstürmen des Mittelalters verborgen lag. Diese Mitte muß stark sein, um sich an ihrer Stelle nach ihrem Gesetz behaupten zu können; sei sie aber auch noch so stark, sie wird immer an ihrer Stelle und unter ihren Lebensbedingungen auch einem höheren Risiko unterliegen, die errungene Macht wieder einzubüßen. Wenn sie ungewöhnlich stark wurde, erwies sich bald, daß eine Überlegenheit der Mitte von den anderen nicht zu ertragen war, sondern mit neuen gegnerischen Kombinationen, wie sie von der Lage begünstigt wurden, beantwortet wurde. Und wenn das Reich in seiner gesicherten Mittelstellung dazu überging, die verlorenen Jahrhunderte auch draußen in der Welt nachzuholen, einen ihm entsprechenden Anteil auch auf den überseeischen Schauplätzen zu gewinnen, so konnte das nur auf die Gefahr hin geschehen, die nahen Gegnerschaften auf allen Seiten gegen den Kern seiner Existenz zusammenzuschließen.

Die eigentümliche Polarität dieser außerpolitischen Probleme ist für das mittelalterliche Kaiserreich schon von dem großdeutschen Historiker Julius Ficker erkannt worden: "Die Lage des deutschen Volkes in Mitteleuropa erfordert einen gewissen Einfluß auf seine Nachbarn - so allein kann es der Gefahr begegnen, von allen bekämpft zu werden." Und den preußischen Staat, der diese Mittelstellung erbte, glaubte der englische Historiker Seeley mit der Formel zu kennzeichnen: "Der Staat konnte sich nicht sicher fühlen, ohne zugleich gefährlich zu sein." Wenn eine solche "Gefährlichkeit" auch des neuen Deutschen Reiches in Frage käme, so war sie durch die Tatsache seiner großmächtlichen Flankierung restlos kompensiert, und man muß zugeben, daß sie weder gegen große noch gegen kleine Nachbarn jemals mißbraucht wurde. Auch die deutsche Weltpolitik lief nur darauf hinaus, das Schwergewicht in der Mitte zu benutzen, um als ebenbürtiger Anwärter an der letzten Erschließung der Erde teilzunehmen.

Dieses Deutsche Reich, so mochte es den andern sich darstellen, schien unter dem Gesetz zu stehen, zwar von größeren Schwierigkeiten als die andern umgeben zu sein, aber sie durch einen höheren Aufwand von bewußter Energie doch wieder auszugleichen - und dieses Gefühl der stärkeren Anspannung, die ihr Ziel erreicht, erregte das Mißgefühl der Rivalen. Wenige Wochen vor dem Weltkriege sehen wir den russischen Ministerpräsidenten einmal aufschäumen, daß dieses Deutsche Reich, das an ursprünglicher, elementarer Gewalt seinem russischen Nachbar unterlegen sei, nur durch seine Organisation und Disziplin den Stärkeren vorzustellen instandgesetzt werde - man weiß aus der russischen Literatur, wie tief gerade diese Abneigung gegen den disziplinierten Deutschen und seine Eigenschaften im russischen Volkscharakter begründet ist, und wird sich nicht wundern, daß sogar die Anklage auf Hegemonie auf diesem Boden in dieser Verbrämung erscheint. Die Engländer, die Franzosen werden sie anders und auf ihre Weise begründen. Damit soll nicht abgewiesen werden, daß an dem, was hier als ein großer allgemeiner Prozeß geschildert wird, auch die Menschen ihren Anteil haben. Das deutsche Volk selbst, in einer sprunghaften Umbildung seiner äußeren staatlichen und inneren gesellschaftlichen Lebensformen - fast zu rasch - durch wechselnde Entwicklungsphasen hindurchgetrieben, zu Reichtum, Macht und Selbstgefühl gelangt, entwickelte nicht gerade die Tugenden, die Anderen mit seiner Erscheinung auszusöhnen. Mißgriffe, Überspannungen und Veräußerlichungen blieben nicht aus, und diejenigen, die sich in sorglosem Besitze wiegten, gestanden sich nicht unbarmherzig genug ein, daß jener erste Aufstieg des Reiches unter der ungewöhnlichen Führung des Genius in einmaliger Konjunktur sich vollzogen hatte, daß aber nichts dafür spreche, ob sich beides auch für den Fall einer erneuten Prüfung wiederholen werde.

Die Voraussetzungen, unter denen das Deutsche Reich seine Existenz in der Mitte Europas führte,

machten es aber unwahrscheinlich, daß das Reich, das im frühen Mittelalter eine universale Rolle zu spielen vermocht hatte, eine annähernd hegemonische Laufbahn noch einmal würde einschlagen können. Die eigentlichen Weltmächte, die auf sicheren und uneinnehmbaren Plätzen saßen, verfügten über einen Vorsprung, den einzuholen uns nach unsern ganzen Lebensbedingungen auch bei höchster Energie versagt blieb. Man wußte in den gegnerischen Kabinetten genau genug, innerhalb welches europäischen Radius das Deutsche Reich eine fast unangreifbare Macht ersten Ranges war, und auf welchen außereuropäisch-peripherischen Schauplätzen es doch nur eine Macht zweiten Ranges vorstellte. Nachher hat der vierjährige Abwehrkampf der Deutschen im Weltkrieg, als Leistung unseres Volkes etwas Unvergleichliches, immer wieder die Vorstellung erwecken können, als wenn doch die gefährlichsten Möglichkeiten grenzenloser Machtentfaltung hier geschlummert hätten - es wird dabei nur außer acht gelassen, daß viel bedrohlichere Möglichkeiten fundamentaler Gefährdung, von einer Art, wie sie den andern führenden Staaten niemals zuteil werden konnte, dicht daneben lagen.

Es ging für die Deutschen im Weltkriege - und das unterschied ihre Schicksalslage von fast allen ihren großen und kleinen Gegnern - in ganz anderem Umfange um das Ganze ihrer Existenz, nicht nur um die Höhenlinie ihrer Macht und ihrer Wohlfahrt, sondern um die Behauptung fast aller Grundlagen ihres historisch erwachsenen Daseins. Die gesamten Jahrhunderte deutscher Geschichte standen auf dem Spiele: eines solchen Siegespreises war der Kreis der Feinde, wie seine Kriegsziele bezeugen, sich bewußt.

Als die Deutschen in den Weltkrieg eintraten, ein Schicksal auf sich nehmend, das sie nicht gesucht hatten, stellte sich sehr bald heraus, daß sie für diese unglaubliche Leistung ein Kriegsziel, das sie hätte locken oder mitreißen können, überhaupt nicht besaßen; ja, sie wußten - in einer fast verwirrenden Weise - kaum, wo sie es hätten suchen sollen; allein die Erhaltung der deutsch-slawisch-magyarischen Großmacht Österreich-Ungarn konnte kaum als ein fortreißendes und erlebtes Ziel für ein großes Volk bezeichnet werden. Was aber später an Kriegszielen auftauchte, waren militärische Konsequenzen aus bestimmten Kriegslagen oder historische Reminiszenzen publizistischer Liebhaber. Das amtliche Kriegszielkonto der politischen Reichsleitung im Weltkriege ist von einer realpolitischen Enthaltsamkeit ohne gleichen.

Wenn man bei Kriegsausbruch auf deutscher Seite nach einem historischen Vergleiche suchte, so war es im geheimen doch, auch von Kaiser Wilhelm II. tief empfunden, die Situation des siebenjährigen Krieges und die Hoffnung, nach dem Beispiel des großen Friedrich durch heldenhafte Anspannung alle Unterlegenheiten auszugleichen: der Zwang zu siegen, um nicht untergehen zu müssen, klang als Unterton in manches heroische Wort. Als aber die einzige militärisch vorgesehene Möglichkeit, die Ungunst der gesamten Machtverhältnisse wahrhaft auszugleichen, in der Marneschlacht verschwand, da blieb nur die äußerste Zusammenfassung aller Mittel, sich in der Abwehr siegreich zu behaupten; die Not des nächsten Tages und wie man ihrer Herr wurde, verschlang fast alle Kräfte; so ruhmvoll die Reihe der Siege über die einzelnen Gegner anwuchs, die Frage, wie man den Krieg beendigen wollte, lag fortan im Dunkel. Auf der feindlichen Seite aber wurde das innere Gefühl einer Überlegenheit, die auf die Dauer nicht unterliegen könne, trotz aller Niederlagen niemals ernstlich erschüttert. Schon als der Dreiverband Rußland - Frankreich - Großbritannien sich bei Kriegsbeginn zusammenschloß, flankiert durch die beiden Balkanstaaten Serbien und Montenegro, und verstärkt durch Belgien, war der Eindruck der Welt weit überwiegend, daß nicht bei den Mittelmächten (und der militärischen Schlagfertigkeit des ersten Momentes) die eigentliche Überlegenheit liege, sondern bei der Summe ihrer Gegner und der ihnen aus der ganzen Welt zuwachsenden Machtmittel, Sympathien und Möglichkeiten - gegen diese Rechnung vermochten auch die deutschen Erfolge im Felde kaum aufzukommen.

Die Gegner wußten in ihrem Überlegenheitsgefühl vom ersten Augenblicke an sehr wohl, was sie wollten, und stimmten auch darin überein, daß es nicht um Teile, sondern um das Ganze gehen

sollte. Eine Vorgeschichte des Weltkrieges wäre unvollkommen, wenn sie nicht noch einen letzten Blick hinauswürfe auf die in den Kabinetten und in der öffentlichen Meinung immer höher steigenden Kriegsziele der Franzosen, Russen, Engländer, und dann der Italiener, Polen, Tschechen, Belgier usw. Was da in den Köpfen der Staatsmänner sofort lebendig wurde - und nur von diesen "amtlichen" Kriegszielen ist hier die Rede - läßt wohl einen Rückschluß auf die wahren Ursachen des Krieges zu: alle tieferen Instinkte, in der diplomatischen Sprache der Vorkriegszeit vorsichtig verhüllt, brechen jetzt in greller Nacktheit durch. So fällt von diesen Kriegszielen, wie sie amtlich im geheimen formuliert oder auch der Öffentlichkeit zugestanden wurden, noch ein Licht zurück auf die eigentlichen Motive, die in den Jahren vor dem Kriege den Machtwillen der gegnerischen Großmächte lenkten.

Das französische Programm war am geschlossensten und weitreichendsten, denn es war historischer Natur. Handelte es sich doch hier überhaupt um den einzigen Gegensatz, der aus langer Vorgeschichte etwas von dem Geruch der Erbfeindschaft an sich trug - zumal für den Deutschen kreisten fast alle ihre lebendigen Kriegserinnerungen um Krieg mit Frankreich. Und auch dieses Mal lag hier die Entscheidung. Wohl gab es im August 1914 deutsche Politiker, die den scheinbar einleuchtenden Rat gaben, nach einem (erwarteten) entscheidenden Siege über Frankreich mit diesem Gegner sofort einen Sonderfrieden auf der Grundlage des *status quo* zu schließen - wie verkannten doch diese wohlmeinenden Doktrinäre die elementarste der historischen Gegnerschaften, die Unbedingtheit des französischen Machtwillens, sobald der Deutsche in Frage kam. Als der Krieg zu Ende ging, täuschten sich selbst die erfahrenen angelsächsischen Völker, die mit ihrem Blute den Widerstand der französischen Heere aufrechterhalten hatten, über die militärische Situation auf dem Kontinent. Nur solange der Deutsche noch aufrechtstand, konnten Engländer und Amerikaner hoffen, einen maßgebenden militärisch-politischen Einfluß auf ihren Verbündeten auszuüben; sobald der Waffenstillstand vollzogen war, waren sie selbst für ihren Verbündeten entbehrlich, und auf dem Kontinent konnte fortan - mit dem Ausscheiden der großen Militärmächte - der französische Machtwille schalten, wie er es selbst auf der Höhe Napoleons kaum vermocht hatte. Das war die Entscheidung, die dieses Mal mit dem Blute fast der ganzen Welt herbeigeführt worden war.

Bis zum Kriegsausbruch hatte das amtliche Frankreich sich sehr selten öffentlich zur Revanche bekannt, aber Freund und Feind waren über sein Kriegsziel nicht im unklaren. Ohne daß dieses Ziel in einem Vertrage mit Namen genannt oder nur angedeutet wurde, es stand doch wie eine für jeden lesbare Geheimschrift über der französischen Geschichte seit 1871: hier lag der Sinn, die verborgene Triebkraft ihrer Politik. Erst in den letzten Jahren gewöhnte man sich in Paris, auch in der amtlichen Sprache die Dinge bei ihrem Namen zu nennen. Ein französischer Diplomat bezeichnete damals als Zielsetzung des russischen Bündnisses: "Konstantinopel und die Meerengen bilden das Gegenstück zu Elsaß-Lothringen - dies ist in keinem bestimmten Abkommen ausdrücklich schriftlich festgelegt, ist aber das oberste Ziel des Bündnisses, das man als unerläßlich feststehend ansieht."[1] Es war daher eine entscheidende Wendung, als Frankreich unter den Auspizien Poincarés, die bisherige Zurückhaltung in der Orientpolitik aufgebend, sich dem Russen bedingungslos zur Verfügung stellte: dieser Übergang zum Aktivismus verpflichtete auch die andere Seite auf das Programm der Revanche. Das wurde auch von der russischen Seite während der Mission Delcassés im Jahre 1913 vertraglich anerkannt, und damals schon war die Rückgabe von Elsaß-Lothringen mit dem Ausblick auf die "notwendige Vernichtung von Deutschlands politischer und wirtschaftlicher Macht" in einen Zusammenhang gebracht. Auf diese Formel griffen die Franzosen bei Sasonows Frage im Oktober 1914, während ihre Regierung noch in Bordeaux saß, unbedenklich zurück. Es liegt im Wesen eines solchen Programms, daß es sich mit politischen, wirtschaftlichen, militärischen Motiven ins Uferlose steigern ließ, und so hatte denn der Umfang dieser Begehrlichkeiten zwischen der französischen und der russischen Regierung damals bereits die folgende amtlich festgelegte Grenze erreicht. Voran Elsaß-Lothringen, aber schon nicht mehr in dem Umfange, in dem es bis 1870 zu Frankreich gehört hatte, sondern "mindestens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt", wobei nach französischen Wünschen die strategischen Notwendig-

keiten und die wirtschaftlichen Bedürfnisse (das ganze Eisenerzrevier Lothringen und das ganze Kohlenrevier des Saarbeckens) zu befriedigen waren - alles was die Historie irgendwie decken mochte oder Schwert und Industriekapital für wünschenswerte Abrundung erklären würden. Alles übrige linksrheinische Gebiet, jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehörig, soll von Deutschland ganz abgelöst und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit (!) werden. Dergestalt, daß dieses linksrheinische Gebiet, so weit es Frankreich nicht einverleibt wird, ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und so lange von den Franzosen besetzt bleiben soll, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Friedensbedingungen und Garantien erfüllt haben werden. Also Aufteilung des ganzen linksrheinischen Deutschlands in ein Gebiet französischer Einverleibung und ein Gebiet unabsehbarer französischer Besetzung.

Auf dieser Forderung beharrten alle französischen Regierungen während des Krieges. Am 12. Januar 1917 bezeichnete Briand als "volle Sicherheit" für Frankreich nicht nur die Angliederung des Elsaß und des um das Saargebiet zu vergrößernden Lothringens, sondern auch die Lostrennung des ganzen linken Rheinufers von Deutschland; und am 27. Februar 1917 gestand das schon von der Revolution bedrohte Rußland alle diese Forderungen einschließlich der "Befreiung" des linken Rheinufers zu. Noch am 11. März empfing der Zar als Gegenleistung "die volle Freiheit, seine westlichen Grenzen nach Ermessen zu bestimmen". Der erobernde Franzose trug keine Bedenken, die Rheingrenze mit einer deutsch-russischen Odergrenze zu bezahlen.

Dem Historiker sind diese Kriegsziele nicht unbekannt. Es sind im wesentlichen dieselben Ziele, die dem Kaiser Napoleon III. in den Jahren vor 1870 vorschwebten und ihn schließlich in den Krieg trieben: beide Male bedeutete die Rheingrenze zugleich die Zurückwerfung Preußens am Rhein, die Zertrümmerung der preußischen Führerstellung in Deutschland, eine Rückbildung des deutschen Staates nach dem Bedürfnis nachbarlicher Machtspekulationen. Diese Kriegsziele des Weltkrieges erneuerten nichts anderes als die historische Rheinpolitik der Franzosen; die ganze Kette des Geschehens, die vom 17./18. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart reicht, setzt sich in ihnen fort; die Brückenköpfe, die schon König Ludwig XIV. und seine Generäle am Oberrhein anstrebten, von Freiburg bis Philippsburg kehren, zum System erhoben, auch in den Denkschriften der französischen Generäle des Weltkrieges wieder; und die Erinnerungen der napoleonischen Zeit übten einen unwiderstehlichen Anreiz aus, um alles das mit der Welt verbündet wiederzugewinnen, was man einst den siegreichen europäischen Mächten hatte herausgeben müssen. Vor allem hoffte man auf diese Weise, die preußische militärische Wacht am Rhein, die verhaßteste Erinnerung an den **Wiener Kongreß**, wieder zu beseitigen, und mit diesem Stoß gegen Preußen zugleich den bisherigen politischen Aufbau des Reiches über den Haufen zu werfen.

Als man von diesen großen Zielen in Versailles infolge des angelsächsischen Widerspruchs entfernt blieb, unternahm es die französische Politik - in der niemals zu sühnenden Geschichte von 1919 bis 1924 -, ihr Kriegsziel mitten im Frieden zu erreichen, und mit Hilfe der Besatzungen **und der Reparationen**, mit brutaler Gewalt und gemeiner Verlockung sich doch noch zum Herrn des Rheinlandes zu machen.

Schon im Juni 1922 glaubte Poincaré befriedigt feststellen zu können, daß man der dauernden Besetzung des linken Rheinufers entgegengehe: "Ich für mein Teil ziehe die Besetzung und die Eroberung den Reparationen vor. Das einzige Mittel, den **Versailler Vertrag** zu retten, besteht darin, es so zu arrangieren, daß unsere Gegner, die Besiegten, ihn nicht einhalten können." Für das Programm der Ruhrbesetzung von 1923 war es kennzeichnend, daß von diesen Positionen an Rhein und Ruhr aus der eigentliche Vorstoß auf das Ganze des deutschen Staates gerichtet war. Schon während des Einmarsches in den Ruhrbezirk schrieb die *Action française* am 9. Februar 1923:

> "Solange die Auflösung des deutschen Staates nicht in Berlin ausgesprochen ist, wird es schwer, wenn nicht unmöglich sein, im Rheinlande besonderes zu erreichen. Die

> Schwierigkeiten kommen daher, daß Deutschland noch eine Einheit ist und noch eine geordnete Regierung besitzt. Diese Regierung, diese Ordnung, dieses Gesetz, diese Einheit müssen zerschlagen werden."

Das war gewiß eine unsinnige Stimme der Leidenschaft, für die die Gesamtheit der Franzosen nicht verantwortlich zu machen ist; aber würde es in Frankreich eine Partei gegeben haben, die damals Kraft und Mut besessen hätte, sich diesem Vorgehen entgegenzuwerfen, wenn es sich ungestört durch Europa hätte verwirklichen lassen?

Im Vergleich mit Frankreich konnten Kriegsmotiv und Kriegsziel der Russen gegen Deutschland eine historische Begründung überhaupt nicht aufbringen. Denn wenn man die ganz vereinzelte Episode des siebenjährigen Krieges ausnimmt, waren russische und deutsche Fronten noch niemals feindlich aufeinandergestoßen; und auch in jenem Vorgang haftete die weltgeschichtliche Erinnerung nicht an dem Tage von Zorndorf, sondern an dem russischen Übertritt von der Großen Koalition zu Friedrich dem Großen, dem "*miracle de la maison de Brandebourg*". Es war das erste Vorspiel eines russisch-preußischen Zusammengehens, das damals für vier, fünf Generationen begründet wurde. Der Aufstieg des preußisch-deutschen Staates sollte sich geradezu unter der Rückendeckung der russischen Freundschaft vollziehen.

So war denn im Weltkrieg ein sachliches und unmittelbares Kriegsziel auf deutschem Boden nicht zu finden. Nur damit der russische Imperialismus die seiner Eroberung entgegenstehenden Hindernisse auf der Front von Galizien bis zu den Meerengen überrennen könnte, brachen die russischen Heere in Ostpreußen ein, sollte die deutsche Macht vernichtend getroffen werden: das Kriegsziel war die Zerstörung des deutschen Bundesgenossen Österreich-Ungarn. Daraus erklärt sich, daß die russischen Kriegsziele, soweit sie auf deutschen Boden gerichtet waren, einer innern Planmäßigkeit entbehrten: sie hatten mit dem politischen Lebenswillen der Großmacht nichts zu tun, sondern schleppten eher einige verblaßte dynastische Erinnerungen mit sich. Um so bezeichnender war es, daß gerade Sasonow bald nach dem Kriegsbeginn, unbekümmert um den Ausgang der Schlacht bei Tannenberg, die Kriegszieldebatte mit den Westmächten am 14. September 1914 zu eröffnen sich beeiferte.[2] Es verstand sich, daß er das Niederbrechen der deutschen Macht als solcher als Hauptziel nahm und insofern allen westlichen Wünschen der Franzosen entgegenkam - die machtlose Mitte Europas war jetzt die stärkste Machtvoraussetzung, die Rußland glaubte auch für sich wünschen zu sollen. Darüber hinaus forderte Rußland das östliche Ostpreußen, und unter dem Decknamen Polen das östliche Posen, Schlesien, Galizien - was die Aufrollung des gesamtpolnischen Bereiches, aber auch alter deutscher historischer Kulturlandschaften bedeutet haben würde. Aber die russische Phantasie schweifte, augenscheinlich durch rein dynastische Motive angeregt, noch weiter; sie wünschte Schleswig-Holstein für Dänemark, eine ansehnliche Vergrößerung Belgiens und die Wiederherstellung des Königreiches Hannover. Wenn der Franzose die Revision des **Frankfurter Friedens von 1871** vornahm, mochte der Russe das Werk Bismarcks an zwei namhaften Errungenschaften von 1864 und 1866 wieder zu zerschlagen suchen. Daß man auch die Aufteilung der deutschen Kolonien unter England, Frankreich und Japan anregte, geschah wohl mehr, um hier die russische Enthaltsamkeit zu betonen. Sasonow besaß so viel Einsicht, daß er selbst seine Vorschläge als "Skizze eines Gemäldes, dessen Leinwand noch nicht gewebt sei", bezeichnete; aber man sieht den Zaren noch gegen Ende November 1914 mit den Umrissen dieses Planes eifrig beschäftigt. Da hat inzwischen Belgien in der Richtung auf Aachen eine bedeutende territoriale Vergrößerung erhalten, und es wird eine Stärkung des Friedens davon erwartet, "wenn wir Hannover neu erstehen lassen und einen kleinen Staat zwischen Rußland und den Westen (!) legen". Man könnte an eine Erneuerung der deutschen Grenzgestaltung an Nord- und Ostsee im Zeitalter von 1648 denken, wenn man nicht dem geographischen Vorstellungsvermögen des Zaren einiges zugute halten müßte. Jedenfalls haben wir hier noch nicht die letzte Spur der russischen Kriegsziele auf deutschem Boden, sie sind in dem Blut der russischen Niederlagen von 1915 zugrunde gegangen, aber sie werden trotzdem noch in den ersten Monaten des Jahres 1917

zwischen Frankreich und Rußland verhandelt, und sie würden ohne den revolutionären Zusammenbruch Rußlands ihre Rolle auf dem Friedenskongreß gespielt haben. Was davon erhalten bleibt, wird in dem polnischen Wiederherstellungsprogramm des Dreiverbandes wieder auftauchen.

Auch der deutsche und der englische Geschichtsverlauf hatten bisher weder ernste Reibung noch kriegerischen Gegensatz gekannt. Gerade in den neueren Jahrhunderten hatte vielmehr eine gewisse Gemeinschaft der politischen Interessen und der Gegensätze überwogen; in der ganzen Epoche, da der säkulare englisch-französische Gegensatz die Welt beherrschte, war zuerst das Haus Habsburg, dann der preußische Königsstaat oder auch beide die Verbündeten des Inselreiches gewesen. Eben diese Traditionen waren es gewesen, die besonders auf deutscher Seite fast eine Undenkbarkeit des Bruches erzeugten, und auch wenn man das Wort "Blut ist dicker als Wasser" drüben nicht so häufig wie bei uns im Munde führte, so wäre ein Krieg gegen Deutschland noch um 1900 in England als ein fremdartiger Gedanke verworfen worden. In der Vergangenheit fehlte es an jeder Anknüpfung.

Wenn man die englischen Kriegsziele mit denen der anderen Feinde vergleicht, so haben sie zwar den Vorteil, ihre Phantasie nicht so weitgehend mit deutschem Land und Leuten zu sättigen, sie beschäftigten sich höchstens mit Schleswig-Holstein und dem Nordostseekanal. Aber sie werden darum nicht minder mörderisch ausgreifen. Die Kriegführung brachte es mit sich, daß **eine systematische Ausrottung der deutschen Industrieausfuhr und des deutschen Überseehandels** eingeleitet wurde. Und da England die öffentliche Meinung in der Welt am stärksten beherrschte, verfügte es gegenüber dem von dieser Welt völlig abgeschnittenen Deutschland über alle Mittel, den Gegner auch durch eine **systematische Propaganda der deutschen Greuel** moralisch zu diskreditieren und damit für die Nachkriegszeit wirtschaftlich-gesellschaftlich zu verfehmen und auszuschließen. Das Thema der **kolonialen Greuel** verfolgte dabei den besonders lohnenden Zweck, die Ausschließung der Deutschen aus ihrem kolonialen Besitz beizeiten, aber auch aus Gründen der Menschlichkeit und den Pflichten der kolonisierenden weißen Völker zu Liebe, restlos einzuleiten. So setzte dann alsbald die Eroberung des deutschen Kolonialbesitzes ein, sowohl soweit er aus der Periode Bismarcks stammte, als soweit er in der wilhelminischen Zeit hinzugewonnen war. England konnte vor allem in Südafrika, das man noch im Sommer 1914 mit den Deutschen hatte teilen wollen, an die Verwirklichung der imperialistischen Träume denken, die Cecil Rhodes einst erfüllt hatten. Im übrigen mochte das Inselreich sich bescheiden und damit rechnen, daß die deutschen Festlandsgegner ihre Ziele erreichen würden - wenn obendrein der Deutsche die gesamten Lasten des Krieges trug, dann war kaum zu erwarten, daß dieses, um die kontinentalen Kriegsziele verkleinerte und ausgepumpte Land, aus der See, **den Kolonien**, dem Weltwettbewerb gewaltsam hinausgetrieben, jemals wieder die Wege der englischen Weltmacht kreuzen würde.

Obgleich der Dreiverband der Welt schon beim Kriegsausbruch als die überlegene Partei erschien, hat er den Sieg nur dadurch davontragen können, daß er während des Kriegsverlaufes den weitaus größten Teil der neutralen Welt auf seine Seite hinüberzuziehen vermochte. Jenseits der militärischen Geschichte des Weltkriegs im engeren Sinne, in der es der Mitte Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien gelingt, in einem weit hinaus geschobenen Umkreis sich militärisch zu behaupten, vollzieht sich, schließlich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit, wie sie sich aus der Absperrung der Mitte von der übrigen Welt ergibt, der Anschluß von großen und kleinen Mächten an dasjenige Lager, dessen Endsieg als der wahrscheinlichere Ausgang angesehen wird, und damit werden auch die Kriegsziele, die gegen die Mitte gerichtet sind, in ununterbrochenem Wachstum bleiben, über alle ausbeutbaren Möglichkeiten der Befriedigung hinaus.

Gleich nach Kriegsausbruch hatte der Verbündete Englands, Japan, sich, wie zu erwarten war, der großen Angriffsfront angeschlossen. Sein begrenztes Kriegsziel war die - an sich auf ein deutsch-chinesisches Rechtsverhältnis gegründete - deutsche Position in Kiautschou und Schantung. Einst der Ausgangspunkt, von dem die Deutschen im Fernen Osten die Wege des Imperialismus beschritten hatten, vorbildlich und aussichtsreich, konnte sie sich in ihrer völligen Isolierung nicht halten.

Es ging dabei von vornherein nicht um die deutsche Stellung in Schantung allein, sondern um ihre ganze politisch-wirtschaftlich-kulturelle Einflußsphäre im Fernen Osten überhaupt. Um dieser auf weitere Sicht hin sich erstreckenden Ziele willen geschah es, daß die Entente im August 1917 auch das von schweren inneren Krisen heimgesuchte China trotz seines Widerstrebens zur Kriegserklärung gegen Deutschland nötigte.

Eine weitere Gruppe der Verstärkung des Feindverbandes ergab sich daraus, daß die beiden Glieder des Dreibundes, die das Bestehen der Bündnisverpflichtung für sich nicht anerkannt hatten, im weiteren Verlaufe allmählich auf die andere Seite hinübertraten: Italien und Rumänien. Nicht weil sie auf dieser andern Seite ein höheres Recht sahen. Italien hatte sogar nach den ersten Kriegswochen noch einmal geschwankt; als die Deutschen sich Paris näherten, hatte die italienische Politik sogar einen kurzen Anlauf genommen, eine gemeinsame italienisch-österreichische Aktion in Albanien einzuleiten und damit vorsichtig zum Bündnis zurückzukehren; erst als der Rückschlag der Marneschlacht erkennbar wurde, begann sie langsam, aber endgültig von dem alten Verbündeten abzuschwenken. Der alte König Karl von Rumänien konnte wenigstens, so lange er lebte, den Parteiwechsel vermeiden; erst sein Nachfolger vollzog ihn, als die Aussichten des Sieges sich ihm zu verschieben schienen. Schon ein Blick auf die Kriegskarte lehrt, daß der Hinzutritt Italiens und dann Rumäniens zu der russisch-serbischen Front gegen Österreich-Ungarn eine Verlängerung nach Westen wie nach Osten fügte, den ehernen Ring der Einkreisung um die von jetzt an um ihr Dasein kämpfende Donaumonarchie schloß. Die den neuen Fronten entsprechenden Kriegsziele liefen zunächst auf die Herauslösung der italienischen und rumänischen Bestandteile der Monarchie hinaus, indem sie sich mit dem russisch-serbischen Kriegsziel und den innerpolitischen Gegensätzen der Tschechen und Polen verbanden, mündeten sie in dem Endziel der nationalen Zerschlagung Österreich-Ungarns. Dabei stellte sich sofort heraus, daß der Vorstoß der Nationalitäten von allen Seiten sich nicht auf den diesen Nationalitäten eigentümlichen Boden beschränken würde, sondern alsbald, um nur für Italien und Rumänien die nächste Konsequenz zu nennen, mit Bozen und Hermannstadt in die alten historischen und kulturellen Sitze deutschen Volkstums erobernd einzubrechen bereit war.

Gewiß gab die Kriegslage noch lange Zeit solchen Hoffnungen keinen Raum, sondern schien sogar zu einem entgegengesetzten Ergebnis zu führen. Serbien und Rumänien wurden völlig von den siegreichen Mittelmächten überrannt, die Russen waren für immer weit hinter die polnisch-litauisch-baltische Front zurückgeschlagen, und die italienischen Isonzofronten begannen zu erstarren; rein militärisch gesehen, waren die Kriegsfronten Österreich-Ungarns zuletzt größtenteils entlastet. Aber jenseits dieser Kriegskarte lag noch eine Weltkarte, auf der die Gestirne ungünstiger standen. Die Summe der nationalen Spannungen in der habsburgischen Monarchie - die zu den Russen desertierten tschechischen Legionen blieben ein düsteres Vorzeichen - kennzeichnete die Lebensgefahr, in der sie schwebte; und alle Gunst von Paris, London und bald auch Washington blieb ihren inneren und äußeren Gegnern zugewandt. Wenn der Ausgang des Weltkrieges gegen die Mittelmächte entschied, mußte man mit dem Ende Österreich-Ungarns rechnen.

Vom deutschen Standpunkt aber mußte man sich sagen, daß dieses Ergebnis eine doppelte Bedeutung hatte. Es vernichtete eine Großmacht, die der deutsche Bundesgenosse war, und traf insofern auch die deutsche großmächtliche Stellung. Aber sie löste zugleich ein ehrwürdiges historisches Gebilde auf, das ursprünglich aus dem deutschen Staatsleben hervorgewachsen, auch in seinen späteren Entwicklungsstadien der Träger einer deutschen Kulturmission gewesen war; und wenn auch bei einem Auseinanderbruch die Tschechen und Polen, Südslaven und Rumänen zunächst ihre nationalen Volksanteile aus dem Gesamtkörper herausreißen mochten, so ließ sich doch voraussagen, daß dieser Prozeß nicht ohne zahllose blutende Schnittflächen für den Leib des über Österreich und Ungarn hin sich erstreckenden deutschen Volkstums durchgeführt werden könne. Auch hier vereinigten sich alle Kräfte der Zerstörung gegen die deutsche Nation.

Eine besondere Rolle spielte unter diesen Nationalitätenfragen das polnische Problem, in das die Mittelmächte sich gleichsam mit dem Schwerte hineinerobert hatten, und dessen friedliche Lösung sie jetzt für spätere Zeiten vorbereiten mußten; zumal wenn sie den polnischen Boden, den sie militärisch beherrschten, und die polnische Bevölkerung für ihre Kriegszwecke organisieren wollten, konnten sie sich dieser Aufgabe nicht entziehen. So hatten sie die Wiederherstellung Polens auf ihr Programm geschrieben, in einer staatlichen Form und in einem Umfange, wie sie meinten, sie ungefährdet kontrollieren zu können. Das mochte als gewagtes Spiel erscheinen, aber das letzte Urteil darüber, ob es falsch oder richtig war, hing im Grunde von der Entscheidung Sieg oder Niederlage ab, in der alles andere aufging. Als aber die Westmächte auf das weit zurückgeworfene und von der Revolution ergriffene Rußland keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchten, konnten sie das mittelmächtliche Programm der Wiederherstellung Polens weit überbieten; wenn sie im Augenblick den Polen auch das Land ihrer Träume selbst nicht geben konnten, so konnten sie für die Zukunft, für den Fall des Sieges, mit den Grenzen von 1772 und noch mehr verschwenderisch locken.

Schon längst hatte sich eine russische Abart des polnischen Nationalismus entwickelt, die ihre Hoffnungen - ursprünglich im Rahmen des russischen Reiches, dann aber von ihm abgelöst - weit über das begrenzte Angebot der Mittelmächte schweifen ließ. Hier begnügte man sich nicht, die Gebiete aller drei polnischen Teilungen - einschließlich der deutschen und der gemischten Bestandteile - zurückzuverlangen; man erhob Ansprüche auch da, wo der nationale Charakter oder die historische Vergangenheit eindeutig dagegen sprach. So scheute man sich nicht, **die reindeutsche Stadt Danzig** auf die Liste der Eroberung zu setzen und einen territorialen Eingang zur See zu fordern; man ging dazu über, seine **Ansprüche auch auf die Landschaft Oberschlesien**, die seit dem 11. Jahrhundert in keiner Beziehung zum polnischen Staate gestanden hatte, auf Grund der Sprachverhältnisse in der gemischten Bevölkerung auszudehnen; einmal auf diesem Wege, ergossen diese Rückforderungen sich hemmungslos über einen großen Teil des deutschen Kolonisationsgebietes vom 12. bis 14. Jahrhundert. Hinter diesem Kriegszielkomplex blieben die früheren russischen Pläne weit zurück. Was von den Deutschen einst zwischen Elbe und Weichsel besiedelt und kultiviert worden war, wurde von dieser Publizistik in Frage gestellt; und schon begannen sich auch die Tschechen (obgleich sie in Böhmen selbst einem Drittel deutscher geschlossener Bevölkerung gegenüberstanden) an diesen Streifzügen der historischen Phantasie zu beteiligen. Vor allem war es die französische Politik, die im Kampf gegen den "deutschen Drang nach dem Osten" das Erbe des Panslavismus übernahm und die Feindschaft zwischen "Germanentum und Slaventum" in den Dienst ihrer Vernichtungspolitik stellte - von dem Gesichtspunkt der französischen Rheinpolitik aus konnte auch Polen gar nicht groß genug wiederhergestellt werden. So sah der Deutsche angesichts dieser Eroberungsphantasie, die erst im Moment des Zusammenbruches ganz ungezügelt durchbrach, das Erbe von Jahrhunderten ins Wanken kommen.

In der Ausdehnung der Kriegsfronten war der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg die Entscheidung. Ein langer Weg hatte die letzte Großmacht der Erde, nach anfänglicher wohlwollender Neutralität für die Entente, zu einer praktisch weitreichenden finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Unterstützung unserer Feinde geführt, und von dem schiedsrichterlichen Willen, der sich in dem Präsidenten Wilson zumal seit seiner Neuwahl mehr und mehr befestigte, war nicht zu erwarten, daß er unter günstigen Zeichen für die deutsche Seite stehen würde. Der deutsche Übergang zum Unterseebootkrieg, der den Eintritt Amerikas in den Krieg unabwendbar machte, soll hier nicht diskutiert werden; daß selbst eine Intervention Amerikas, die uns schwere Opfer auferlegt haben würde, gegenüber einer durch Amerika herbeigeführten Siegentscheidung weitaus das geringere Übel gewesen wäre, kann von keiner nüchternen politischen Erwägung geleugnet werden.

Die praktischen und moralischen Wirkungen der Kriegserklärung Amerikas trugen ein Risiko in sich, das auszugleichen jenseits aller Wahrscheinlichkeit lag. Sie half alle erschütterten Gegner über das Ausscheiden Rußlands infolge der Revolution hinweg, sie sicherte ihnen nun vollends den Menschenreichtum und die Wirtschaftsmacht eines mächtigen Landes und erfüllte sie mit einem

unzerstörbaren Kapital an Zuversicht, dem furchtbaren deutschen Gegner am letzten Ende überlegen zu bleiben.

Für Deutschland und seine Verbündeten schloß dieser Eintritt Amerikas in den Krieg die Welt vollends zu. Nur der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, daß auch fast alle mittelamerikanischen und eine Reihe von südamerikanischen Republiken dem Kriegsentschlusse der Union sich mehr oder minder freiwillig anschlossen - man hat nur die Namen derer, die sich heraushielten, und nicht derer, die mitgingen, im Gedächtnis behalten. Und es sei nicht verschwiegen, daß in jenem Prozeß der Wirtschaftszerstörung, der seit Jahren schon die deutsche Arbeit in einem großen Teile der Welt ausrottete, nunmehr noch weitere unabsehbare Kriegsschauplätze hinzugewonnen wurden. Dieses Gebiet einer fast die ganze Welt umfassenden Kriegführung wird in einer tiefen Herabdrückung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes verewigt bleiben.

Freilich, diese amerikanische Welt verfolgte nicht ihr eigentümliche Kriegsziele. Präsident Wilson wollte ja weiter nichts, als die Welt zu einem sichern Heim der Demokratie machen - in jener merkwürdigen Mischung von ausgesprochenen Instinkten der Abneigung und Zuneigung, von gutem Glauben und persönlichem Ehrgeiz und von nackten Interessen, die seine unsicheren Schritte leitete. Wenn der Präsident in dem zweiten seiner **14 "Punkte"** sich feierlich dafür einsetzte, daß "Völker und Provinzen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden dürfen, gerade als ob sie bloße Gegenstände oder Steine im Spiele wären", so hätte er im Kreise seiner Verbündeten Gelegenheit genug gehabt, ihre Absichten auf deutsches Land und Volkstum auszumerzen, aber es ist nicht bekannt, daß er bei seinem Eintritt in den Krieg eine Revision dieser Eroberungsprogramme sich ausbedungen hätte - für den Gesichtskreis eines amerikanischen Politikers lagen nun einmal solche Territorialfragen außerhalb der Sachkunde und des inneren Anteils. Letztlich wollte Amerika in den Kampf um eine neue Weltordnung so eingreifen, daß seine eigenen Interessen in der neuen Gruppierung irgendwie auf ihre Kosten kämen. So ließ sich der amerikanische bewaffnete Schiedsrichter in einen Krieg hineintreiben, den er als Letzter mit seinem Schwergewicht im Felde entscheiden konnte, aber zu einem wahrhaften Frieden zu gestalten außerstande war.



"The big three", Clemenceau, Wilson, Lloyd George während der Friedensverhandlungen in Paris 1919.

Es konnte nicht anders sein, als daß der **Gewaltfriede von Versailles** hinter der Summe der Kriegsziele, die hier erläutert wurden, doch wesentlich zurückblieb; waren doch während des Weltkriegs Karten der Aufteilung Deutschlands vertrieben worden, bei denen vermöge der Ausplünderung von allen Seiten her nur in der innersten Mitte ein Rest oder gar nichts mehr übrig blieb. Und der Geist des Vernichtungswillens war allerdings nicht weit von solchen Wünschen entfernt; glaubte man doch in Versailles den Unterlegenen so grenzenlos mit dem Ersatz für möglichst alle Kriegskosten belasten zu können, daß man schon nach einem Jahrzehnt selber einsehen mußte, wie man Gefahr lief, mit solchen Gewaltmitteln die Wirtschaftszerstörung der Welt zu verewigen. Diese Pläne verdienen dasselbe Urteil wie jene phantastischen Karten.

Wenn die Neuordnung von Versailles ihr Werk rechtfertigen wollte, berief sie sich darauf, daß sie an Stelle früherer Zeiten, in denen Blut und Eisen geherrscht hätten, nun die Gerechtigkeit als Norm einer geordneten Völkergesellschaft einführen wolle. So ließ man es sich angelegen sein, viele der Umgestaltungen mit dem Grundsatz einer Selbstbestimmung der Völker zu rechtfertigen. An der **einen** Stelle aber, wo dieses staatenbegründende Prinzip in seinen Folgen zu einer Verstärkung des deutschen nationalen Elementes hätte führen müssen, da wurde es in vollem Umfang verleugnet, ja unter Verbot gestellt: **Der Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich, des Rumpfstaates, der nach Zerschlagung der Monarchie lebensunfähig in sich selber zurückgeblieben war, wurde an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die einem Verbote gleichkamen.** Und wiederum war es Frankreich, das als der herkömmliche Gegner der deutschen nationalstaatlichen Einigung auf einem Gebiete die Führung übernahm, auf dem ein rechtzeitiger Ausgleich, unmittelbar nach dem Abschluß des Weltkrieges vollzogen, viel zur Völkerversöhnung hätte beitragen können. Aber die Franzosen hatten alles daran gesetzt, in Versailles wie nachher, die deutsche staatliche Einheit, soweit es möglich war, zu zerstören, - wie hätten sie es zulassen sollen, daß sie sich vollende! So verhinderten sie den Anschluß auf die Gefahr, damit das hohe Prinzip der Selbstbestimmung der Völker an der bedeutsamsten Stelle zu durchbrechen. Aus demselben Grunde, aus dem man die Rheinlinie wollte und ein möglichst tief nach Deutschland hineingeschobenes Polen, aus demselben Grunde mußte man das verunglückte Experiment der Mainlinie wiederholen und einen Abgrund zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Österreich aufreißen. Wenn man den Bestand des Deutschen Reiches als solchen nicht von außen wesentlich antasten konnte, sollte er wenigstens von innen so vernichtend wie möglich gelähmt werden. Und so stoßen wir noch einmal auf den tiefsten Grund jener weit zurückreichenden historischen Rivalität, auf den eifersüchtigen und streitbaren nationalen Lebenswillen der Franzosen, der sich dem werdenden Nationalstaat des Deutschen Reiches in den Weg stellte und damit Auftakt und Richtung eines neuen Zeitalters bestimmte.

Aber wie es um die Friedensbestimmungen im einzelnen stehe, alles, was den Deutschen im Versailler Frieden genommen und ihnen auferlegt wurde, ist tödlich vergiftet worden durch den Vorwurf, daß sie mit dieser Sühne eine gerechte Strafe für eine schwere Schuld auf sich nähmen; für eine Alleinschuld oder doch eine überwiegende Schuld an dem Weltkriege, an seinem Ausbruch oder an seiner Vorgeschichte oder an dem Geiste des Zeitalters, aus dem er hervorging, je nachdem die angeblich historisch beweisbare Anklage an dem äußerlichen Einzelvorgang haften sollte oder in dem Innersten des Volkstums verwurzelt wurde. Es war nichts anderes, als den Geist der antideutschen Vorkriegspublizistik und Kriegspropaganda, die immer nur die Stimme der Partei vertreten hatten, nunmehr in die höchste Instanz eines völkerrechtlich unfehlbaren Richterspruches zu erheben. Dabei handelte es sich nicht um eine schuldhafte Diplomatie etwa in den letzten acht Tagen vor Kriegsausbruch oder in den letzten Jahren der wachsenden Kriegsgefahr, sondern der Sinn dieser verächtlichen Kriegsschuldthese richtete sich gegen den ganzen Aufstieg des Deutschen Reiches im letzten Menschenalter, ja gegen unsere ganze geschichtliche Existenz in der europäischen Staatenentwicklung, gegen unser So-und-Nichtanderssein nach außen wie nach innen.

Es hat auch nicht an französischen Historikern gefehlt, die, das letzte Geheimnis heraussagend, dem

Deutschen Reiche vorwarfen, daß es durch sein bloßes Emporkommen (*seul en existant*) zum Störenfried Europas geworden sei, so wie man den Reichsgründer beschuldigte, daß er erst die unheilvollen Methoden der Macht, die Politik des Blut und Eisen, in eine friedlich und ethisch gerichtete geordnete Staatengesellschaft eingeführt hätte. Der überhebliche Geist dieser Anklage ist auch in dem allmählichen Urteil eines englischen Staatsmannes von vorübergehendem Range zu Worte gekommen: Die deutsche Geschichte der letzten hundertundfünfzig Jahre sei überhaupt ein einziger Fehlgriff gewesen. Von hier gelangt man ohne Mühe zu den verzerrten Geschichtsbildern der finnischen Völker des Ostens, die den deutschen Besitz der Länder östlich der Oder oder gar der Elbe, als gewaltsamer Eroberung verdankt, am liebsten in einem Zuge bestreiten möchten.

Immer wieder kehren wir zu der Tatsache zurück, daß der "Vernichtungskrieg" nicht nur ein Wort, sondern buchstäblich gemeint war. Die Summe der Kriegsziele und Anforderungen steigerte sich so hoch, daß das Ganze der deutschen geschichtlichen Existenz darüber zertreten und zerstückelt wurde. Nicht nur das Deutschland Wilhelms II. und seine weitausgreifende Arbeit in der Welt, auch das Deutschland Wilhelms I. und Bismarcks, seine Macht und Sicherheit, die deutschen Positionen des 18. und 19. Jahrhunderts im Osten und Westen, das ganze geschichtliche Gebilde der deutschen Großmacht Österreich und ihrer kulturellen und staatlichen Mission im Südosten, ja ein guter Teil deutscher Kulturarbeit des Mittelalters sollte verschlungen werden. So daß man vor der Frage stand, ob nicht der ganze Ablauf der deutschen Geschichte seinen innersten Sinn damit verlieren sollte.

Niemals hat in älteren und neueren Zeiten ein Volk gegen eine so weither angelegte Verneinung seiner geschichtlichen Existenz, eine aus so vielen Quellen sich nährende Verunglimpfung sich zu verwahren gehabt, wie sie in Versailles beschlossen wurde - beschlossen zu dem Zwecke, das Gewaltwerk dieses Friedens mit einem Schein des Rechtes zu umgeben. Die Kriegsschuldthese ist zwar langst in einem Verfall begriffen, wie andere Teile dieser Friedensakte sich auch als unausführbar erwiesen haben. Aber man täusche sich darüber nicht, daß sie nicht auf das einzelne geht, in dem sie zu widerlegen, zu diskutieren, zu "entscheiden" wäre. Sie geht gegen den geschichtlichen Anteil der Deutschen an der europäischen Staatenentwicklung.

Und so haben wir, auch wenn wir die einzelne Anklage aufnehmen und in sich auflösen, dem Geiste dieses Angriffs doch nur das ganze Bild unseres Seins entgegenzustellen, zu stolz, vor den anderen zu rechtfertigen, daß unsere Rolle in der Geschichte diese und keine andere gewesen sei und zu bleiben fortfahre. Denn in dem Besitze dieser Geschichte, dieses Aufsteigens und Niedergehens, dieses Tuns und Lassens, dieses Gebens und Nehmens, dieses Handelns und Leidens sind wir so unsterblich unter den Völkern dieser Erde, wie überhaupt von einer Unsterblichkeit der Völker gesprochen werden kann. In diesem ganzen Besitze aber, eingeschlossen die höchsten Höhen und die tiefsten Tiefen, auf die wir zurückblicken, sind wir uns bewußt, daß das Leben des deutschen Volkes so ungebrochen in seinen seelischen Energien und in seinem Glauben an sich selber ist wie je zuvor. Auch für die Gemeinschaft eines Volkes gilt, wie für das Leben des einzelnen: was Not und Leiden zerstörten, wird aufgewogen durch das, was Not und Leiden an neuen Kräften ins Leben rufen, zeugungskräftig und unwiderstehlich.

Anmerkungen:

1 [1/830]Der französische Botschafter in Petersburg G. Louis gibt diese Formulierung im Jahre 1910. ...zurück...

2 [1/832]Mitgeteilt von Fr. Stieve, Berliner Monatshefte, 1927. ...zurück...

Namen- und Sachverzeichnis
Bearbeitet von M. Schwarte.

Vorbemerkung: ~~Die im Verzeichnis aufgeführten Seitenzahlen befinden sich von Seite 1 bis Seite 352 in Band 6, von Seite 353 ab in Band 7~~. *Anmerkung des Hilfsbibliothekars: In der gedruckten Original-Ausgabe befand sich dieses Verzeichnis für die Bände 9 und 10 am Ende des 10. Bandes. Für diese Druckversion wurde das Verzeichnis auf die Bände 9 und 10 aufgeteilt. Die Seitenzahlen entsprechen den Seitenzahlen im Original, die Verweise führen zu den entsprechenden Stellen im Text.*

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

I.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

R.

S.

T.

U.

V.

W.

Z.